Dirk Bavendamm

# Roosevelts Weg zum Krieg

Amerikanische Politik 1914–1939

Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs ist in dem halben Menschenalter, das seit dem Zweiten Weltkrieg verging, nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Während sich die politische Debatte um das Stärkeverhältnis zwischen Ost und West in der gegenseitigen Aufrechnung der militärischen Potentiale erschöpft, droht die geschichtliche Dimension der Friedensfrage in Vergessenheit zu geraten. Dabei könnte man in dem Versuch der Reagan-Administration, der Sowjetunion in Gestalt der nachgerüsteten NATO ein Bündnis von überwältigender Macht entgegenzustellen, durchaus ein Element der historischen Kontinuität erkennen.

Bevor die Sowjetunion zur nuklearen Supermacht aufstieg, sahen die Vereinigten Staaten von Amerika im nationalsozialistischen Deutschland ihren Weltfeind Nr. 1. Franklin Delano Roosevelt, dem amerikanischen Präsidenten, waren jedoch durch die Neutralitätsgesetze seines Landes und die Opposition im Kongreß bis zu einem gewissen Grad die Hände gebunden. Trotzdem gelang es ihm, am Rande der Legalität Mittel und Wege zu finden, um Hitler ebenso geschickt wie erfolgreich entgegenzutreten. Letzlich *muß* man in der Quarantäne, die Roosevelt 1939 mit Hilfe Englands, Frankreichs und Polens über das Dritte Reich verhängte, sogar den eigentlichen Anlaß für Hitlers Aggression sehen.

Diese aufsehenerregende These seines Buches belegt Dirk Bavendamm mit zahlreichen Geheimdokumenten aus dem Englischen Staatsarchiv, die bisher noch nie veröffentlicht wurden. Weit davon entfernt, die aggressive und grausame Natur des Nazi-Regimes zu beschönigen, versucht er zu ergründen, warum sich die Westmächte und Polen 1939 der nationalsozialistischen Expansion widersetzten. Bavendamm sieht den Grund dafür im weltpolitischen Führungsanspruch der Vereinigten Staaten, die auf der anderen Seite des Atlantiks keine Gegenmacht von vergleichbarer Bedeutung dulden.

Mit seinem spannend, sachlich und informativ geschriebenen Buch wirbt der Autor für ein neues Geschichtsverhält-

HERBIG

Grönland
Island
Kanada
GROSS-
BRITANNIEN
NIEDERL
FRANKREICH
USA
Azoren
Bermuda In.
(brit.)
Madeira
Algerien
Kanarische In.
Bahamas (brit.)
ATLANTISCHER OZEAN
Französisch-Westafrika
Kapverdische
In.
Martinique (franz.)
Trinidad (brit.)
Brit. Guayana
Niederländ. Guayana
Franz. Guayana
Nigeria
Togo
Kame
Frz.
Kong
Ascension
(brit.)
St. Helena
(brit.)
Deutsch-
Südwestaf
Kapst
Tristan da Cunha
(brit.)
Falkland In. (brit.)

RUSSLAND
CHINA
Syrien
Palästina
Irak
Ägypten
Arabien
Indien
Burma
Kanton
Hongkong
Sudan
Abessinien
Andamanen (brit.)
Indochina
Ceylon
Malediven (brit.)
Malaya
Sarawak
Singapur
Seychellen (brit.)
Tschagos In. (brit.)
Niederländisch-Ostindien
Deutsch-Ostafrika
INDISCHER OZEAN
Kokos In. (brit.)
Mauritius (brit.)
Reunion (franz.)
Madagaskar
Australien
DIE WELT 1933
Britisches Empire
Französisches Imperium
Völkerbundmandate
Niederländische Kolonien
Italienische Kolonien
Amerikanische Einflußgebiete

Dirk Bavendamm

# Roosevelts Weg zum Krieg

Dirk Bavendamm

# Roosevelts Weg zum Krieg

## Amerikanische Politik 1914–1939

Herbig

DOKUMENT I

THE WHITE HOUSE
WASHINGTON

July 28, 1937.

My dear Mr. Chamberlain:

I have read with much interest your letter of July 8 to Mr. Norman Davis in reply to a letter which he wrote to you at my suggestion. I am pleased to learn that you think it would be desirable to make a visit here - as suggested - as soon as conditions appear to warrant your doing so; and also that we are in accord as to the importance of Anglo-American cooperation in the promotion of economic stability and peace in the world. I agree with you that however desirable a meeting between us may be, it is necessary that it should be properly prepared and timed if it is to have fruitful results.

My suggestion to Mr. Davis, which he conveyed in his letter to you, was that if the ground could be sufficiently prepared in advance, it would be most agreeable to me if your visit could be made in the early fall. I recognize however that events have not so shaped themselves as to make such an early visit practicable.

I appreciate the desirability of making such progress as is possible on other lines which would have a bearing upon the timing of your visit here.

The Right Honorable
Neville Chamberlain,
10 Downing Street,
Whitehall,
London, England.

I would be glad, however, to receive any suggestions you may have as to any additional preparatory steps that might be taken as between ourselves in the near future to expedite progress towards the goal desired.

I am, my dear Prime Ministe, with assurances of high esteem

Yours sincerely,

Franklin D. Roosevelt

I am asking the Ambassador to deliver this to you in person.

(Übersetzung siehe Seite 631)

*Den alten und den jungen Deutschen*
*– als Brücke des Verständnisses*
*zwischen den Generationen*

© 1983 by F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München · Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Christel Aumann, München,
unter Verwendung eines Photos
vom Bilderdienst Süddeutscher Verlag
Verlagsredaktion: H. R. v. Zabuesnig
Vorsatzkarten (vorne u. hinten): Christel Aumann, München
Layout und Herstellung: Franz Nellissen
Satz: Filmsatz Schröter GmbH, München
gesetzt aus 9.5 Times auf Linotron 202
Druck und Binden: Mohndruck Graphische Betriebe GmbH, Gütersloh
Printed in Germany
ISBN: 3-7766-1260-6

# Inhalt

Zu diesem Buch . . . . . 9

## Teil I
## Franklin Delano Roosevelt

1. Leben am Hudson . . . . . 25
2. Der glückliche Krieger . . . . . 35
3. Kleine Erfolge, große Worte . . . . . 49
4. Macht und Moral . . . . . 62
5. Die globale Präsidentschaft . . . . . 75

## Teil II
## Amerika

1. Das Spiel mit dem Feuer . . . . . 89
2. Die Rechnung geht nicht auf . . . . . 108
3. In London schlägt eine Bombe ein . . . . . 129
4. Krieg haben, ohne ihn zu machen . . . . . 145
5. Die »Hitler-Chamberlain-Verschwörung« . . . . . 163

## Teil III
## Europa

1. Von der Kunst, Frieden zu schließen . . . . . 183
2. Amerika hat die Finger im Spiel . . . . . 198
3. Das System der kollektiven Unsicherheiten . . . . . 210
4. »Flink wie der Dieb in der Nacht« . . . . . 229
5. Auf der Suche nach einem modus vivendi . . . . . 249

## Teil IV
# England

1. Der Plan des Präsidenten . . . . . 271
2. Tote stehen wieder auf . . . . . 300
3. Die dreifache Schicksalsfrage . . . . . 319
4. Kein Friede in Sicht, nur Krieg . . . . . 342
5. Bereit sein ist alles . . . . . 363

## Teil V
# Holland und Polen

1. Falscher Alarm . . . . . 399
2. »Fast so viel wie eine Allianz« . . . . . 447
3. Eine bewußte Entscheidung für den Krieg . . . . . 493
4. Ein letztes Mal: Appeasement . . . . . 542
5. Im Käfig der Quarantäne . . . . . 563

# Anhang

Abkürzungen . . . . . 615
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . . 617
Dokumente II u. I (Übersetzungen) . . . . . 630
Register . . . . . 633
Bildnachweis . . . . . 640

# Zu diesem Buch

*Die falschen Vorstellungen von der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation.*

Jan Jozef Lipski, polnischer Historiker, 1981

Kein Historiker kann sich ganz von der Gegenwart freimachen, in der er über die Vergangenheit schreibt. Die Intention zu diesem Buch über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges reicht zurück in eine Zeit, da die weltpolitischen Temperaturen wieder anstiegen und von der Gefahr eines Dritten Weltkrieges gesprochen wurde. Vielleicht wäre es ohne den sich verschärfenden Konflikt zwischen den beiden atomaren Supermächten, den USA und der Sowjetunion, gar nicht entstanden.

Seit Beginn der Präsidentschaft Ronald Reagans gibt es in Amerika einen Chor von Stimmen, der einen unmittelbaren Vergleich zwischen den achtziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts herstellt. Während es seinerzeit um den Kampf zwischen liberaler Demokratie und Faschismus gegangen sei, so heißt es, gehe es jetzt um den Konflikt zwischen liberaler Demokratie und Kommunismus. Heute wie damals, so sagen die Anhänger der amerikanischen Nachrüstung, stehe dem uneinigen, schwachen und von falschen Friedensparolen betörten Westen eine expansive, offensive, von einer revolutionären Ideologie unaufhaltsam vorangetriebene Macht gegenüber, die um fast jeden Preis entschlossen sei, die Weltherrschaft an sich zu reißen.

Obwohl ein direkter Vergleich zwischen dem Deutschland Hitlers und dem Rußland Andropows sicher fragwürdig ist, zwingt er zum Nachdenken – vor allem über diejenigen, die ihn anstellen. Präsident Reagan meinte sogar, die USA seien in die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts nicht durch ihre militärische Stärke, sondern durch ihre militärische Schwäche hineingeschlittert. Mit diesem Argument versuchte er nicht nur, das größte Rüstungsprogramm zu rechtfertigen, das die USA seit Roosevelt jemals in Friedenszeiten aufgelegt haben. Vielmehr steht dahinter die Überzeugung, daß der Weltfrieden nur durch die überwältigende militärische Macht der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu gewährleisten sei.

Der Zusammenschluß aller freien Völker zur Erhaltung des Friedens ohne Krieg ist eine alte amerikanische Utopie. Trotzdem hat es in diesem Jahrhundert schon zwei Weltkriege gegeben, so daß man sich fragt: Hat die Utopie nicht funktioniert, weil der Kriegsgeist möglicher Angreifer von vornherein stärker war? Oder wurde ihr Kriegsgeist paradoxerweise gerade durch die Versuche bestärkt, die Utopie eines Friedens ohne Krieg zu verwirklichen? Als Deutscher stellt man diese Fragen nicht ohne eine gewisse Befangenheit, weil Deutschland sowohl im Ersten, als auch im Zweiten Weltkrieg der Aggressor

war. Gewiß, es gibt Historiker, die behaupten, das kaiserliche Deutschland sei in den Ersten Weltkrieg nur »hineingeschlittert« wie andere Mächte auch. Aber während die Meinungen in diesem Fall noch auseinandergehen, scheint im Falle Hitlers ein eindeutiger Konsens zu bestehen.

Man wäre geneigt, sich mit dieser Feststellung zufriedenzugeben, wenn man genauere Kenntnis darüber hätte, wie sich das Land, das die Utopie eines Friedens ohne Krieg von jeher am stärksten vertreten hat, vor dem Zweiten Weltkrieg verhielt – die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber was man über sie in der zeitgeschichtlichen Literatur liest, ist unbefriedigend. Die meisten Historiker erkennen zwar die Schlüsselstellung an, welche die USA zwischen den beiden Kriegen als weltpolitische Entscheidungsmacht einnahmen. Aber sie halten Amerika überwiegend für eine nicht unmittelbar an der europäischen Entwicklung beteiligte, vor allem wirtschaftlich interessierte und im Grunde unpolitische Macht, die den Ereignissen folgte, anstatt ihnen voranzugehen. Weit verbreitet ist die Ansicht, die USA hätten sich nach dem Ersten Weltkrieg in ihr Schneckenhaus zurückgezogen und seien erst Ende der dreißiger Jahre unter dem Zwang der nationalsozialistischen Gewaltdrohungen als selbstloser Retter von Freiheit und Demokratie wieder in die Weltpolitik zurückgekehrt.

Dieses Bild erschien mir schon auf den ersten Blick als widersprüchlich und unrealistisch. Eine Weltmacht, die sich in ihr Schneckenhaus zurückzieht? Ein deutscher Diktator, der Zwang auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten ausübt? Roosevelt als selbstloser Retter von Freiheit und Demokratie? Ungewollt oder nicht – wenn man die Dinge so betrachtet, kommt einem die Rolle der Vereinigten Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg reichlich unterbelichtet vor. Andererseits treten Hitler, das Dritte Reich und der Nationalsozialismus in unserem Geschichtsbild um so greller hervor. Sie sind so überbelichtet, daß ich außer ihnen fast gar nichts anderes wahrnahm, als ich die Arbeit an diesem Buch begann.

Doch je mehr ich mich in den Stoff vertiefte, desto besser lernte ich, Licht und Schatten genauer zu unterscheiden und auch die Stellen auszuleuchten, die bisher im Dunkeln gelegen hatten. Allmählich trat ein neues, erregendes und in mancher Beziehung überraschendes Bild hervor. Mir war zumute, als würde ich an einer archäologischen Ausgrabung teilnehmen: Während ich in den Schuttmassen vorgefaßter Meinungen, voreiliger Urteile und moralisch zwar richtiger, aber sachlich unzutreffender Behauptungen herumgrub, stieß ich auf Roosevelts *Weltfriedensplan*, der die Utopie vom Frieden ohne Krieg letzten Endes mit militärischen Zwangsmitteln zu verwirklichen suchte. Mit dieser weltpolitischen Führungskonzeption hatte ich gewissermaßen den Kopf einer Skulptur in der Hand, von der wir bisher nur den Leib und die Gliedmaßen gekannt hatten.

Als ich den Torso vervollständigte, veränderten sich alle Proportionen und ich erkannte, daß unsere Vorstellungen von der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges bisher auf dem Kopf gestanden hatten. Am Ende meiner Recherchen, die sich vor allem auf die Jahre 1937 bis 1939 erstreckten, hatte ich die

Gewißheit, daß 1938/39 nicht Hitler das internationale Geschehen beherrschte und Roosevelt das Gesetz des Handelns aufzwang, sondern daß es sich umgekehrt verhielt und daß genau hier der tiefere Grund für den frühzeitigen Kriegsausbruch und schließlich auch für die deutsche Niederlage liegt.

Erstaunt fragte ich mich, warum noch niemand vor mir diese bedeutsame Entdeckung gemacht hatte. Die Antwort war ebenso einfach wie deprimierend: Die meisten Historiker hatten bewußt oder unbewußt das von der amerikanischen und deutschen Vorkriegspropaganda geprägte Axiom vom »Größten Führer aller Zeiten« übernommen, einer Mischung aus Monster und Supermann, die Deutschland und den Westen gleichermaßen kriegsbereit machen sollte. Wer Hitler so sieht, der kommt gar nicht auf den Gedanken, daß Roosevelt stärker war als er.

Es ist hier nicht der Platz, Hitlers Verhältnis zu Amerika und insbesondere zu Roosevelt auszubreiten, ein großes und bisher kaum ausgeschöpftes Thema, das Stoff für ein neues Buch abgeben könnte. [1] Aber um den deutschen Kontext nicht ganz schuldig zu bleiben, läßt sich doch immerhin feststellen, daß sich der Nationalsozialismus als eine Art Gegenrevolution zum liberal-demokratischen Internationalismus Amerikas verstand, daß Hitler die von Roosevelt und dem New Deal verkörperte Modernität einerseits bekämpfte, andererseits in einer verqueren Weise nachzuahmen versuchte und daß auf diese Weise bis zum Kriegsausbruch das Großdeutsche Reich in einer eigentümlich gespaltenen Gestalt entstand. [2]

Trotz seiner rassistischen Zwangsvorstellungen hatte Hitler bereits in seiner 1924 erschienenen programmatischen Schrift »Mein Kampf« die Vereinigten Staaten ganz nüchtern als *»neue Herrin der Welt«* erkannt. [3] In seinem »Zweiten Buch«, das er 1928 fertigstellte, das aber erst 1961 veröffentlicht wurde, betrachtete es Hitler als seine Aufgabe, den USA *»die Stirn zu bieten«*, um Unheil vom deutschen Volk abzuwenden. [4] Letzten Endes könnte man Hitlers ganzes außenpolitisches Programm als Versuch deuten, sich mit seinem »Lebensraum im Osten« einen autarken, blockadesicheren und verteidigungsfähigen Großraum für die weltpolitische Auseinandersetzung mit Amerika zu verschaffen, die er auf die Dauer für unvermeidlich hielt, wollte sich Deutschland wieder als Weltmacht etablieren. Und das war ja sein erklärtes Ziel. Dabei hatte die von Hitler angestrebte Verständigung mit England die Funktion, die Vereinigten Staaten mindestens solange zu neutralisieren, bis die deutschen Ostziele erreicht waren.

Innerhalb seiner globalen Konzeption nahm England also eine Schlüsselposition ein. Für Hitler hing daher der Erfolg seiner Gesamtpolitik davon ab, ob *»die Kräfte der traditionellen britischen Staatskunst den verheerenden jüdischen Einfluß noch brechen (können) oder nicht«*, wie er sich auszudrücken beliebte. [5] Für seine Begriffe bestanden dafür gute Chancen, weil er der Meinung war: *»In Zukunft wird die größte Gefahr für England überhaupt nicht mehr in Europa liegen* (sprich: in einem von Deutschland beherrschten Europa – D. B.), *sondern in Nordamerika«*. [6] Deshalb, so glaubte Hitler, werde sich

England schließlich doch mit der deutschen Hegemonie über Europa abfinden, sich mit Deutschland weltweit verständigen und mit ihm gemeinsam *»der drohenden Überwältigung durch die amerikanische Union entgegentreten.«* [7] Von seinen Botschaftern in London, Paris und Washington auf dem Laufenden gehalten, von seinem Außenminister in seinen antiwestlichen Ressentiments bestärkt und durch den enttäuschenden Gang der Ereignisse belehrt, erkannte Hitler jedoch 1937/38 die Gefahr, daß sich die westeuropäischen Demokratien einer Ausdehnung der deutschen Machtsphäre in Osteuropa am Ende doch mit militärischen Mitteln widersetzen würden. Deshalb stellte er sich darauf ein, daß Deutschland in eine Lage geraten könne, in der es seine Ziele *ohne* oder gar *gegen* England gewaltsam erreichen müsse, das heißt durch einen Krieg gegen die Westmächte. Da aber ein Krieg gegen England und Frankreich das voraussichtlich sicherste Mittel war, die USA vollends in die europäischen Auseinandersetzungen hineinzuziehen und dadurch die deutsche Ostexpansion gänzlich unmöglich zu machen, scheute Hitler während der Tschechoslowakei-Krise immer wieder vor dem Krieg zurück. Anscheinend hoffte er sogar noch am 1. September 1939, als er Polen angriff, den Krieg durch einen Blitzsieg lokalisieren zu können.

Obwohl die Einzelheiten noch näher untersucht werden müssen, steht fest, daß Hitler den zunehmenden Einfluß der USA auf England schon im Winter 1938/39 erkannt hatte. Nur schien er die Initiative dafür stärker in London zu vermuten als es der Wirklichkeit entsprach. So sagte er im November 1938 vor einem kleinen Kreis deutscher Journalisten, die Freundschaft mit England sei beendet, weil London nicht gleichzeitig mit Washington und Berlin sympathisieren könne. [8] Die deutsche Wehrmachtführung begann, sich nach der Münchner Konferenz auf einen strategischen Luft- und Seekrieg gegen die angelsächsischen Mächte vorzubereiten, und die deutsche Propaganda schaltete im Januar 1939 von einer anti-englischen auf eine anti-amerikanische Welle um, indem sie die *»Kriegspaniklügen des Rooseveltklüngels«* anprangerte und den US-Präsidenten als *»Kriegstreiber Nr. 1«* beschimpfte. [9]

Der deutsche Botschafter in London, Herbert von Dirksen, meldete seiner Regierung am 27. Januar 1939, als die internationalen Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Angriff Deutschlands auf die Niederlande ihren Höhepunkt erreichten: Die englische Öffentlichkeit werde seit Tagen *»durch offensichtlich aus amerikanischen jüdischen Quellen stammende Gerüchte«* beunruhigt. Es handele sich dabei um ein großangelegtes Manöver à la baisse gegen die Londoner Börse. In der Konservativen Partei würden die Strömungen stärker, die *»mehr Rückgrat gegenüber den totalitären Staaten«* verlangten, und Regierungschef Chamberlain gerate *»immer stärker unter Druck«*. [10] Dirksens Warnungen gipfelten am 20. Februar 1939 in dem Satz: *»Die jüdische Hochfinanz der Vereinigten Staaten will England von einem Zusammengehen mit den totalitären Staaten abhalten.«* [11]

In seinen beiden Reichstagsreden vom 30. Januar und 28. April 1939, die ausgesprochen programmatischen Charakter trugen, gab Hitler dann auch

offen zu erkennen, daß er in Roosevelt seinen eigentlichen Hauptfeind sah. Er bezeichnete ihn als einen jener *»Männer, die unter allen Umständen einen Krieg vom Zaun brechen wollen«* und verbat sich jede Einmischung Amerikas in die europäischen Verhältnisse. [12] Unter Hinweis auf das Diktat von Versailles, wo Deutschland *»im Vertrauen auf die feierlichen Zusicherungen des amerikanischen Präsidenten Wilson«* den *»größten Wortbruch aller Zeiten«* erlebt habe, erklärte Hitler, daß sich kein Deutscher jemals mehr wehrlos an den Konferenztisch setzen würde.

Es war eine ganz klare Absage an Roosevelts Friedenspolitik, die – jedenfalls aus der Sicht der Nazis – nicht der Berechtigung entbehrte. Der deutsche Geschäftsträger in Washington, Hans Thomsen, hatte bereits am 27. März 1939 gemeldet: *»Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten ... Roosevelt ist in seinem Innern davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß, weil er das Gleichgewicht der Kräfte und den status quo derartig empfindlich gestört hat, daß Amerika die Folgen zu spüren haben wird, wenn es nicht gelingt, das Prävenire zu spielen* (sprich: den Präventivkrieg gegen Deutschland zu wagen – D. B.) *... Er glaubt nicht an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens und rechnet mit einer Auseinandersetzung zwischen den totalitären Mächten und den Demokratien. Diese sind Amerikas erste Verteidigungslinie; sollte sie wegfallen, ist Amerikas Rolle als Großmacht nach Ansicht Roosevelts ausgespielt ...«* [13]

Zutreffender konnte man die Absichten des amerikanischen Präsidenten kaum beschreiben. Der deutsche Diplomat kannte und nannte in seinen Berichten alle Maßnahmen, die Roosevelt bereits ergriffen hatte, um Deutschland von England und Frankreich zu isolieren, unter Quarantäne zu halten und dadurch vor die Wahl *»Kapitulation oder Krieg«* zu stellen. Hitler wertete die vor allem aus Amerika immer lauter herüberschallende Parole *»Kein zweites München mehr!«* als Bestätigung seiner Annahme, daß der Westen eine unblutige Lösung der deutschen Lebensprobleme nicht mehr zulassen werde, und er hatte recht damit.

Der deutsche Geschäftsträger sagte wenig später voraus, die Vereinigten Staaten würden innerhalb von sieben Monaten nach Kriegsbeginn an die 50 Heeresdivisionen aufgestellt und ihre Industrie kriegsmäßig mobilisiert haben. Der frühere deutsche Botschafter in Washington, Hans Dieckhoff, hielt das öffentlich abgegebene Versprechen des amerikanischen Präsidenten, keine Truppen nach Europa zu entsenden, für einen Bluff und rechnete mit dem Kriegseintritt der USA. Keine der beiden Vorhersagen ging weit an der Wirklichkeit vorbei.

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Als sich Hitler im Sommer 1939 zum Krieg gegen Polen entschloß, ohne einen gleichzeitigen Krieg gegen England und Frankreich länger ausschließen zu können, handelte er aus der

Befürchtung heraus, daß über kurz oder lang eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Europa erfolgen werde. Als Veteran des Ersten Weltkrieges wußte er, was das bedeuten würde: den Sieg seiner ärgsten Feinde! Thomsen meldete drei Tage vor Kriegsbeginn, die USA würden in Europa eingreifen, *»a) falls England und Frankreich in Gefahr einer Niederlage geraten, b) voraussichtlich auch, falls sichere Aussicht auf englisch-französischen Endsieg besteht.«* Freilich, da die Entsendung eines amerikanischen Expeditionsheeres nach Europa binnen Jahresfrist nach Kriegsbeginn *»technisch nicht möglich«* sei, wie Thomsen meinte [14] – aus politischen Gründen dauerte es nachher noch sehr viel länger – worauf sollte Hitler eigentlich noch warten? Daß ihm die Westmächte allmählich die Luft abdrehten? Daß ihn die nationalistisch erregten Polen und Franzosen in einen Krieg verwickelten, wann immer es dem amerikanischen Präsidenten paßte?

So war Hitler nicht gebaut, und es war nicht so, daß dies im Westen niemand wußte. Im Gegenteil: Fast alles, was Roosevelt seit 1937 getan und unterlassen hatte, schien darauf berechnet zu sein, in Hitler den ohnehin reichlich vorhandenen Kriegsgeist zu schüren. Und so griff der Diktator – fast möchte man sagen: programmgemäß – im Osten an, weil Deutschland im Herbst 1939 noch einen gewissen Rüstungsvorsprung vor den Westmächten hatte. Offenbar wollte Hitler noch vor der amerikanischen Intervention versuchen, die Hegemonie über Europa zu gewinnen, ohne die ein strategischer Langzeitkrieg gegen Amerika von vornherein verloren gewesen wäre. Gleichzeitig versuchte er, England und Frankreich – und damit auch die USA – durch eine *volte de face* doch noch aus dem Krieg herauszuhalten: durch seinen Nichtangriffspakt mit Stalin.

In Übereinstimmung mit Andreas Hillgruber kann man sagen, *»daß das Tempo in der Aufeinanderfolge der einzelnen Aktionen und ›Feldzüge‹ Hitlers (natürlich nicht allein, doch stark) von dem ihm mehr oder weniger drohend erscheinenden Eingreifen der USA in die europäischen Auseinandersetzungen bestimmt wurde.«* [15] Das ist es, was ich meine, wenn ich davon spreche, daß Hitler von Roosevelt das Gesetz des Handelns aufgezwungen wurde. Denn eigentlich hatte sich der Diktator, eingedenk der Schwächen seiner Wehrmacht, erst 1942/43 in das Risiko militärischer Konflikte mit den Westmächten begeben wollen. Daher dann auch sein Bemühen nach dem gelungenen Blitzsieg über Polen, *»den ihm zur Unzeit ›aufgezwungenen‹ Krieg im Westen durch eine militärische Niederwerfung Frankreichs und einen ›Ausgleich‹ mit England . . . so schnell wie möglich zu einem Ende zu bringen.«* [16]

Wenn dies alles so klar zutage liegt, warum hat es nicht stärker unser Geschichtsbild bestimmt? Warum wurden wir in dem Glauben gehalten, Hitler sei bis tief in den Krieg hinein – bis zu den Katastrophen von El Alamein und Stalingrad – der übermächtige Akteur gewesen? Warum wurde diese Fiktion aufrechterhalten?

Mehrere Gründe lassen sich dafür nennen. Zunächst war es einfach logisch, daß man die Ursachen für den Zweiten Weltkrieg beim Aggressor suchte.

Recht so, denn niemand anderes als die Deutschen haben in Polen den ersten Schuß abgegeben! Diese Tendenz zu einer monokausalen Erklärung wurde durch die Niederlage Deutschlands und durch die Massenvernichtung der Juden, Polen und Russen, die 1945 zum Vorschein kam, noch mächtig verstärkt. Die deutsche Schuld an dieser Weltkatastrophe war so groß, daß sie den Blick auf das internationale Umfeld, in dem Hitlers Entschluß zum Kriege und zum Holocaust reifte, einfach verstellte.

Aber es wäre unehrlich, wenn man verschweigen würde, daß sich diese moralisch verständliche Blickverengung von Anfang an auch von politischen Opportunitäten beeinflußt wurde. So stellten die Siegermächte die (sebst-)kritische Aufarbeitung der deutschen Nationalgeschichte »von Luther bis Hitler« in den Dienst ihrer Pazifizierungspolitik, mit der sie aus den unruhigen Deutschen folgsame Bundesgenossen zu machen versuchten. Das Ergebnis dieses Umerziehungsprozesses ist in beiden deutschen Teilstaaten ein Grundkonsens, der den moralisch-politischen Antifaschismus mit einer beträchtlichen Distanz zur nationalen Idee verbindet. Jede Darstellung, die den Eindruck erweckt, sie wolle die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg von Deutschland auf andere Mächte abwälzen, wird als Rückfall in unerwünschte Denk- und Werthaltungen bekämpft, die den Ansatz für eine Destabilisierung des status quo in Europa bilden könnten. Deshalb wurde eine gründliche Revision unseres Geschichtsbildes in den Köpfen der meisten deutschen Historiker unterdrückt, die diese Selbstzensur freilich mit einer gehörigen Portion Provinzialität bezahlten.

Moralische Rücksichten, politische Pressionen und die einseitige Archivpolitik der Siegermächte führten außerdem zu einer zeitweiligen Beschränkung des wissenschaftlichen Horizonts. Die amtlich publizierten Dokumente zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, die der Forschung zuerst und lange Zeit allein vorlagen, waren die »Akten zur deutschen auswärtigen Politik.« Die amerikanischen und englischen Archive wurden dagegen größtenteils erst Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre geöffnet. Die sowjetischen und polnischen Archive blieben bis heute verschlossen. Durch diese Ungleichzeitigkeit der Veröffentlichung blieb die Kriegsursachenforschung lange Zeit künstlich auf den deutschen Aspekt beschränkt, was dazu beitrug, die internationalen Rahmenbedingungen für den Kriegsausbruch auszublenden.

So kam es, daß man zwar ungefähr weiß, warum Hitler 1939 Polen angriff, daß aber die internationale Forschung die andere wichtige Frage, warum England und Frankreich zwei Tage später Deutschland den Krieg erklärten, bis heute nicht schlüssig zu beantworten vermag. [17] Abgesehen von den moralischen und politischen Gründen, die ich bereits nannte, gibt es dafür auch einen fachlichen Grund. Historiker pflegen das geschichtliche Geschehen für ihre Zwecke in mehr oder weniger handliche Einzelteile zu zerlegen. Sie unterscheiden säuberlich zwischen Innen- und Außenpolitik und reduzieren die Komplexität der internationalen Politik auf lauter bilaterale Einzelbeziehungen. Dieses sezierende Verfahren vereinfacht zwar die wissenschaftliche Arbeit und

macht sie, wie man fairerweise hinzufügen muß, in vielen Fällen überhaupt erst möglich. Aber es verzerrt auch die historische Wirklichkeit, in der die nachträglich künstlich voneinander getrennten Bereiche ja stets nur gemischt vorkommen. Das heißt, der Historiker bezahlt die Vivisektion an seinem Gegenstand mit einem geschichtlichen Realitätsverlust.

Vielleicht liegt es auch daran, daß es wissenschaftlichen Spezialisten manchmal an darstellerischen Gaben gebricht. Jedenfalls haben wir heute zwar eine Menge hervorragender Studien über die amerikanische, deutsche, englische oder französische Innen- und Außenpolitik. Die amerikanisch-deutschen, deutsch-englischen und englisch-französischen Beziehungen wurden wiederholt untersucht. [18] Aber für die Zwischenkriegszeit fehlte es bisher an einer Arbeit, die zwischen diesen verschiedenen Sektoren des öffentlichen Lebens einen lebendigen Zusammenhang herstellt und auf der Basis des letzten Kenntnisstandes und neuer Forschungen jene Vielgestaltigkeit wiederherstellt, die den tatsächlichen Verhältnissen der zwanziger und dreißiger Jahre entspricht.

Es war von vornherein mein Wille, dieses Ziel zu erreichen, und obwohl ich dem Leser das Urteil darüber überlassen muß, ob es mir gelungen ist, kann ich sagen, daß für mich das Geheimnis der Vorkriegszeit in der Zusammenschau der verschiedenen Politiken liegt: Für sich allein genommen wirkt die nationalsozialistische Außenpolitik so zielstrebig, kraftvoll und dämonisch wie die Außenpolitik der angelsächsischen Seemächte unsicher, schwach und vernünftig wirkt. Fügt man diese beiden Seiten jedoch zu einem flächigen und differenzierten Bild zusammen, ergibt sich ein ganz anderer Eindruck – der Eindruck gebrochener Töne, seltsamer Zusammenhänge und zum Teil ausgesprochen überraschender Verkehrungen.

Bei meinem Versuch, die lange verkannte Realität so wieder herzustellen, wie sie von den Akteuren im Westen gesehen wurde – und nicht so, wie sie aus moralischen oder politischen Gründen hinterher interpretiert wurde –, stolperte ich über den bestürzenden Sachverhalt, daß ab Ende 1938 / Anfang 1939 ein in mancher Beziehung grob irreführendes Bild von Hitlers nächsten Absichten verbreitet wurde, um England kriegsbereit zu machen und den Diktator zu unbedachten Handlungen zu provozieren. Bis heute haben die Historiker diese vom deutschen Widerstand genährte Manipulation der öffentlichen Meinung übersehen. Sie machten dadurch möglich, was der amerikanische Journalist Walter Lippmann einmal als das Ziel jeder »*re-education*« hinstellte: »*Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von nachfolgenden Generationen geglaubt wird, kann die Umerziehung wirklich als gelungen angesehen werden.*«

Propaganda wurde vor dem Zweiten Weltkrieg ohne Unterlaß von allen Mächten betrieben, und obwohl die Nazis auf diesem Gebiet wahrlich keine Waisenknaben waren, fanden sie in bestimmten Kreisen, die von Roosevelts Konfrontationskurs bestärkt wurden, ihren Meister. Dieser bis heute unbe-

kannte Sieg in der psychologischen Kriegführung, der dem Sieg auf den Schlachtfeldern vorausging, läßt sich genau auf die Jahreswende 1938/39 datieren, und er ist zusammen mit der englisch-französischen Holland- und Polen-Garantie dasjenige Ereignis, das den Kriegsausbruch neun Monate später vorprogrammierte. Um die Realitäten vorzutragen, die im Teil V dieses Buches in der verdrehten Form alliierter Zweckgerüchte erscheinen, möchte ich an dieser Stelle drei Punkte nennen:

1. Für den falschen »Blitzschlag«-Alarm, d.h. einen überfallartigen Angriff der deutschen Luftwaffe auf die englische Hauptstadt, gibt es in den deutschen Dokumenten keinen Anhaltspunkt. Zwar bereitete sich die deutsche Führung seit der Konferenz von München grundsätzlich auf die Eventualität eines Krieges gegen die Westmächte zur See und in der Luft vor. Doch war die Luftflotte 2, die im Zweifel das Bombardement Londons hätte ausführen müssen, noch im April 1939 gar nicht darauf vorbereitet. Selbst als sich die deutschen Westkriegsplanungen nach der englischen Polen-Garantie im Mai 1939 konkretisierten, wurden Terrorangriffe auf London verworfen, weil die Deutschen befürchteten, diese würden die Engländer nur umso fester zusammenschweißen. [19]
2. Ebenso unzutreffend war die Behauptung, Deutschland beabsichtige, Belgien, die Niederlande und die Schweiz anzugreifen. Im Gegenteil sah die Denkschrift des Oberkommandos der Wehrmacht vom 28. Oktober 1938 für den Fall eines Westkrieges, den sie erst *»in vier bis fünf Jahren ... im Bereich der Möglichkeiten liegend«* ansah, ausdrücklich eine Schonung der belgischen, niederländischen und Schweizer Neutralität vor. [20]
3. Ebensowenig hatten sich im Winter 1938/39 die angeblichen Pläne für eine offensive Unterstützung der italienischen Forderungen an Frankreich durch Deutschland verdichtet. Mussolini wünschte zwar seit November 1938 eine militärische Zusammenarbeit mit Hitler, was ihn aber nicht daran hinderte, auf dem Balkan eigene Pläne voranzutreiben, die sich nicht unbedingt mit den Interessen des Dritten Reiches deckten. Doch wurden die deutsch-italienischen Generalstabsgespräche erst am 4. April 1939, vier Tage nach der englischen Polen-Garantie, aufgenommen. Solange hatte Hitler gebremst. [21]

Die im Westen umlaufenden Gerüchte, Hitler plane in den nächsten Monaten oder gar Wochen einen Krieg gegen den Westen, die zu einer geheimen Militärkonvention zwischen England und Frankreich führten, verunsicherten die deutsche Führung sogar so, daß der Oberbefehlshaber des Heeres, General Walther von Brauchitsch, am 18. Januar 1939 eine »Aufmarschanweisung ›Fall West‹« erließ. Sie sah *»eine vorläufige Sicherung des Westgrenzgebietes ... oder volle Abwehrbereitschaft gegen feindliche Großangriffe«* vor, die man vor allem von Frankreich befürchtete. [22]

Soviel Angst hatte man in Berlin also vor einem Angriff des Westens! Nur eines stimmte: Für den Fall eines Krieges hatte Hitler 1938/39 offenbar die politische Einbeziehung Polens in seine Strategie vorgesehen. [23] Man wird sehen, daß

in der Westwendung, die der polnische Außenminister Beck daraufhin unter amerikanischem und französischem Einfluß vollzog, die eigentliche Ursache für den Kriegsausbruch lag.

Natürlich kann man sagen: Hätte Roosevelt 1938/39 nicht gehandelt, Hitler wäre sowieso früher oder später über Frankreich und Polen hergefallen, und er hat es ja schließlich auch getan. Insofern war die amerikanisch-französisch-polnische Konnektion nur ein Akt politischer Daseinsvorsorge. So kann man in der Tat argumentieren. Aber dies ändert nichts an der Tatsache, daß es der amerikanische Präsident war, der die Dinge in der Entscheidungssituation des Jahreswechsels 1938/39 machtpolitisch in Bewegung brachte und der Hitler durch seine Quarantäne-Politik zwang, die weit verbreiteten Prophezeiungen von seiner Politik weitaus schneller zu erfüllen, als dem Diktator selbst recht sein konnte. Daß dies zu deutschen Angriffen auf die Nachbarstaaten in Ost und West führen mußte, war 1938/39 nicht schwerer als 1913/14 vorauszusehen. Dieses Übel nahm Roosevelt um der amerikanischen Sicherheit willen bewußt in Kauf, und unsere Phantasie reicht einfach nicht für die Vorstellung aus, was geschehen wäre, hätte es in Europa noch ein, zwei oder drei Jahre länger keinen Krieg gegeben.

Als Deutscher, dessen Leben etwa soviele Jahre zählt, wie seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, schaut man mit großer Betroffenheit auf dieses schreckliche Ereignis zurück. Ich weiß, es ist geschehen, ich habe es miterlebt, ich kann es nicht ungeschehen machen. Ich glaube auch, wir Deutschen haben für unsere Schuld schwer gebüßt, und ich habe dieses Buch nicht deshalb geschrieben, um anderen Mächten ihre Schuld vorzuhalten, um die Fehler der Vergangenheit gegeneinander aufzurechnen oder um für die Zukunft Zwietracht zwischen Amerikanern und Deutschen zu säen.

Etwas ganz anderes bewegte mich. In einer Zeit, welcher mit dem Sinn für historische Zusammenhänge ein wesentlicher Teil ihrer politischen Kultur abhanden zu kommen droht, will ich etwas für die Aufbesserung unseres kollektiven Gedächtnisses tun. Das scheint mir gerade für uns Deutsche, die wir rund um Hitler alles verdrängt haben, um der Welt zu gefallen, ein Gebot der Stunde zu sein. Hätte ich vor einer oder zwei Generationen gelebt, wer weiß, vielleicht wäre diese mühsame und schmerzhafte Erinnerungsarbeit im Geiste des Revanchismus geschehen – also in dem falschen Bewußtsein, man könne Geschichte rückgängig machen. Von Hitler wurden wir Deutschen jedoch belehrt, daß dies nicht möglich ist. Wir wissen: Kein gangbarer Weg führt in dieses dunkle, verworrene und blutige Kapitel unserer Geschichte zurück.

Dagegen gibt es eine andere Brücke in die Vergangenheit, und ich beschritt sie mit einem Gefühl wachsender Beklommenheit. Das ist der kontinuierliche Aufstieg der Vereinigten Staaten. Er überglänzt dieses Jahrhundert wie eine ununterbrochene Kometenbahn. Aufstieg und Fall nicht nur des Dritten Reiches, sondern des deutschen Nationalstaates überhaupt, ja *aller* Reiche und Nationalstaaten hängen mit diesem epochalen Ereignis zusammen. Und es ist

wohl kein Zufall, daß man in Washington heute die Sowjetunion und den Ostblock für das letzte, im Grunde schon anachronistische Imperium hält.
Der von Roosevelt entfesselte liberal-demokratische Internationalismus Amerikas erwies sich bisher als die stärkste Kraft dieses Jahrhunderts, das man nicht zufällig das »amerikanische Jahrhundert« nennt. Sie war stärker als die deutsche Reichsidee, stärker als das Britische Empire, stärker als alles, was frühere Jahrhunderte an politischen Formen und Werten hervorgebracht hatten. Wenn ich den Ereignissen der zwanziger und dreißiger Jahre gerecht werden wollte, und das war mein höchstes Ziel, mußte ich diese übergreifende Entwicklung deutlich machen. Dabei ging ich von der Annahme aus, daß der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur nuklearen Supermacht, der sich ja nicht wie im Falle der Sowjetunion erst nach 1945 gewissermaßen als Zufallsprodukt eines vorhergegangenen Krieges vollzog, die Hauptursache für die Krise des internationalen Systems seit der Jahrhundertwende bildet.
Diese Annahme hatte für meine Arbeit weitreichende Konsequenzen. Denn von wo aus ließ sich der amerikanische Komet am besten beobachten? Nach einigem Überlegen entschied ich mich aus zwei Gründen für London: Erstens war England die Weltmacht gewesen, die von den USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgelöst wurde. Und zweitens gehörte nicht viel Phantasie zu der Vermutung, daß sich dieser Ablösungsprozeß irgendwie auch auf die Haltung Englands gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland ausgewirkt hat. Wie die Fülle der bisher unveröffentlichten, aber für die Beurteilung der Zwischenkriegszeit zentral wichtigen Dokumente beweist, die ich in London fand, hat diese Standortentscheidung reiche Früchte getragen.
Trotzdem kann dieses Buch nur ein Anfang sein – der Anfang für eine deutsche Vergangenheitsbewältigung, die sich nicht mehr als »Führerkult mit umgekehrtem Vorzeichen« versteht. Es ist der Anfang einer Geschichtsschreibung, in der nicht mehr Deutschland im Mittelpunkt steht, sondern jene Macht, die stärker als das kaiserliche und das nationalsozialistische Deutschland war – die Vereinigten Staaten von Amerika.
Mein Buch greift zurück in eine Zeit, in der die Sowjetunion noch so schwach war, daß sich Stalin weigerte, für den Westen die Kastanien aus dem Feuer eines Krieges gegen Hitler zu holen. Aber es erscheint zu einem Zeitpunkt, da die Sowjetunion vom Westen als so bedrohlich eingeschätzt wird, daß man hierzulande geneigt ist, in ihr eine Gefahr für den Frieden zu sehen. Was an diesem Bild wahr und was an ihm unwahr ist, können letztlich nur diejenigen beurteilen, die für dieses Bild verantwortlich sind – die Amerikaner. Sicher gibt es keinen vernünftigen Grund, an der sowjetischen Aufrüstung zu zweifeln. Aber es gibt gute Gründe, die Anzahl sowjetischer Raketen, Panzer und U-Boote nicht für den alleinigen oder auch nur wichtigsten Maßstab sowjetischer Stärke zu halten. Was ihre Wirtschaft, ihre innere und äußere Stabilität angeht, scheint mir die Sowjetunion eher ein Riese auf tönernen Füßen zu sein.
Es ist nicht üblich, daß Historiker in ihren Büchern politische Bemerkungen machen, und ich habe mich nach besten Kräften bemüht, die Zeit zwischen den

beiden Weltkriegen aus sich heraus zu verstehen. Aber ich wäre nicht überrascht, wenn der Leser wie ich manche Parallele zwischen den dreißiger und achtziger Jahren unseres Jahrhunderts entdeckt. Die wichtigste Parallele besteht darin, daß die weltpolitische Entwicklung damals wie heute stark von der Einschätzung abhängt, welche die Roosevelt- und die Reagan-Administration der jeweiligen Gegenmacht auf der anderen Seite des Atlantiks entgegenbringt. Diese Einstellung war im Falle des nationalsozialistischen Deutschlands von vornherein negativ, jedenfalls von dem Augenblick an, da man Hitler in Washington die Fähigkeit zutraute, Mitteleuropa zu beherrschen, sich mit England zu verständigen und damit jenen maritimen Schutzschild zu durchdringen, hinter dem die USA in den letzten 150 Jahren ungefährdet zur nuklearen Supermacht herangereift waren.

Im Fall der Sowjetunion hat die amerikanische Einschätzung jedoch immer geschwankt – zwischen pragmatischer Analyse und emotionalem Kreuzzugsdenken. Es war George Kennan, der in seinem berühmten Artikel in »Foreign Affairs« 1947 feststellte, die Sowjetunion sei einerseits einfacher zu behandeln als das nationalsozialistische Deutschland, weil sie sich gegenüber ihren Gegnern sensibler verhalte. Andererseits sei sie aber auch schwerer zu behandeln, weil »sie nicht einfach besiegt oder entmutigt werden kann durch einen einzigen Sieg«. [24] Diese Grunderkenntnis führte sämtliche amerikanischen Administrationen seit Roosevelt zu jener »intelligenten langfristigen Politik«, die man unter dem Stichwort des »containments« oder der »Eindämmung« zusammenfaßt.

Diese Politik muß zwangsläufig dann ins Wanken geraten, wenn sich in Amerika der Glaube festigt, man habe die Mittel für einen »einzigen Sieg« in der Hand. Es gibt Beobachter, die diesen Zeitpunkt jetzt mit den Pershing-II- und MX-Raketen für gekommen halten. In dieser Annahme könnte zugleich mit einer Bedrohung des Friedens eine weitere Parallele zu den dreißiger Jahren liegen. Denn zweifellos war die strategische Luftwaffe damals das, was heute die nuklearen Fernraketen sind.

Sicher gibt es auch gewaltige Unterschiede – unter anderem den, daß die USA seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr formal neutral, sondern mit England, Frankreich, dem westlichen Teil Deutschlands und einer Reihe anderer Staaten tatsächlich verbündet sind und daß sie ihre Truppen auf dem europäischen Festland stehen haben. Ihre Fähigkeit, die sowjetische Gegenmacht in eine Lage zu bringen, in der sie sich wie das nationalsozialistische Deutschland zwischen Kapitulation und Krieg entscheiden muß, wurde dadurch unzweifelhaft bedeutend verstärkt. Man wird sehen, ob dies auf die Dauer dem Frieden mehr nützt als schadet.

Ich muß gestehen, daß ich durch die vierjährige Arbeit an meinem Buch skeptisch gegenüber der amerikanischen Friedenspolitik geworden bin. Die Idee vom Zusammenschluß aller freien Völker zur Erhaltung des Friedens ist zweifellos eine grandiose Idee. Aber schon das Beispiel Roosevelt zeigt, daß sie im Ernst praktisch nicht ohne Krieg zu verwirklichen ist. Letztlich läuft sie auf

die Zusammenballung einer überwältigenden Macht hinaus, die in jedem Präsidenten die Neigung bestärken muß, sie gegebenenfalls zugunsten der amerikanischen Interessen einzusetzen. Diese Interessen müssen aber nicht immer identisch mit den europäischen, geschweige denn mit den deutschen sein!

Ohne die Solidarität meiner Frau, die mir auch in kritischen Situationen zur Seite stand, hätte ich dieses Buch möglicherweise nicht vollendet. Ihr gebührt in erster Linie mein herzlichster Dank. Desgleichen danke ich meinen drei Töchtern und meiner Mutter für die Geduld, die sie mit mir hatten, sowie meinem Bruder Jürgen und meinen Freunden für die oft leidenschaftlichen Diskussionen, die dazu beitrugen, meinen Blick für die wesentlichen Fragen zu schärfen.

Wertvolle Anregungen verdanke ich Professor Dr. Hans Jürgen Schröder (Universität Gießen), Dr. Karl-Heinz Pütz (John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin), Dr. Dietrich Aigner (Universität Mannheim), Professor Dr. Klaus-Jürgen Müller (Bundeswehrhochschule Hamburg) und Dr. David Reynolds (University of Cambridge). Bei meinen Aufenthalten in der englischen Hauptstadt konnte ich stets auf die kollegiale Unterstützung durch Dr. Lothar Kettenacker und Dr. Gerhard Hirschfeld vom Deutschen Historischen Institut London bauen.

Mr. Cox, *Head of the Search Room* im englischen Staatsarchiv, dem *Public Record Office*, und Frau Luise Finck, Diplombiliothekarin am Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg, möchte ich für ihr unermüdliches Entgegenkommen, das sie mir bei der Beschaffung von Dokumenten und Literatur bewiesen, hier ein kleines Denkmal setzen. Unvergessen ist auch die Präzision, mit der Frau Karin Engel meine Tonbanddiktate per Schreibmaschine in ein satzfertiges Manuskript umsetzte. *Last but not least* danke ich meinem Lektor, H. R. von Zabuesnig, für den Humor und für den Professionalismus, mit denen er für den reibungslosen Ablauf dieser nicht immer ganz einfachen Buchproduktion sorgte.

Es versteht sich von selbst, daß keiner von ihnen für die Aussagen verantwortlich ist, die ich in diesem Buch treffe. Gern schließe ich auch diejenigen Personen und Institutionen in meinen Dank ein, die meine Forschungsarbeit finanziell gefördert haben, die aber aus Furcht vor politischen Konsequenzen nicht genannt werden wollen. Die Übersetzungen aus den englischen Originaldokumenten, die das königliche Copyright tragen, geschieht mit Erlaubnis von *H. M. Stationary Office*. Für die beiden Faksimiles am Anfang und Ende dieses Buches wurde das Copyright eingeholt.

Reinbek, im Juni 1983

Dirk Bavendamm

## Anmerkungen

1 Hans-Jürgen Schröder, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes. Wiesbaden 1970
2 Kurt Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945. München 1982
3 Adolf Hitler, Mein Kampf. 19. Aufl. München 1933, S. 722
4 Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. Stuttgart 1961, S. 130
5 Hitler, Kampf, S. 720
6 Hitlers Zweites Buch, S. 172f.
7 ebda., S. 218
8 DBFP 3/V, S. 278: Forbes 18. 11. 38 Halifax
9 Völkischer Beobachter, 21. 1. 1939 und 10. 2. 39
10 Dieses Telegramm wurde nicht in die offizielle Publikation der »Deutschen Akten zur auswärtigen Politik 1918–1945« aufgenommen. – Vgl. Auswärtiges Amt (Hg.), Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Berlin 1939, S. 159: Dirksen 27. 1. 39 AA
11 ADAP D IV, S. 359: Dirksen 20. 2. 39 Ribbentrop
12 Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945. Band II. Würzburg 1963, S. 1047ff. bzw. 1148ff.
13 ADAP D VI S. 107f.: Thomsen 27. 3. 39 AA
14 ebda. VII, S. 314: Thomsen 28. 8. 39 AA
15 Andreas Hillgruber, Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941. In: Ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1977, S. 202f.
16 ebda., S. 206
17 Andreas Hillgruber, Forschungsstand und Literatur zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In: Wolfgang Benz / Hermann Graml, Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg. Stuttgart 1979, S. 346
18 David Reynolds, The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941. A Study in Competitive Co-operation. London 1981
19 Karl Gundlach, Gedanken über die Führung eines Luftkrieges gegen England bei der Luftflotte 2 in den Jahren 1938/39 (Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Luftschlacht um England). In: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jgg. 10 (1960), S. 33–46
20 Manfred Messerschmidt u. a., Das strategische Lagebild der deutschen Führung 1938. Unveröffentlichtes Manuskript 1982, S. 34
21 ADAP D VI, Anhang I, S. 929ff. bzw. ADAP D IV S. 456ff: Mackensen 5. 11. 38 AA
22 Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940. Göttingen/Berlin/Frankfurt 1956, S. 31ff.
23 vgl. Anm. 2, S. 34: So Hitler in seiner Ansprache vom 22. 8. 39
24 X, The Sources of Soviet Conduct. In: Foreign Affairs, 4/1947, S. 575 (X war das Pseudonym für Kennan).

# Teil I

# Franklin Delano Roosevelt

# 1.
# Leben am Hudson

Franklin Delano Roosevelt – wenn der klangvolle Name fällt, werden widersprüchliche Erinnerungen wach. Man denkt an den New Deal und an den Zweiten Weltkrieg, an den engagierten Sozialreformer und an den zynischen Machtpolitiker der 30er und 40er Jahre. Obwohl Roosevelts Präsidentschaft fünfzig Jahre zurückliegt, wird unser Leben von ihr bis auf den heutigen Tag bestimmt.

Roosevelt war die Sphinx unter den amerikanischen Präsidenten dieses Jahrhunderts, strahlend und düster und rätselhaft zugleich. Wenn man ältere Fotos betrachtet, sieht man einen großgewachsenen, gut aussehenden und energischen Mann vor sich, mit einem schmalen hohen Kopf, das graue Haar gelichtet, die merkwürdig verschatteten Augen meistens hinter einem Kneifer, lächelnd, obwohl an beiden Beinen gelähmt.

Bei längerem Nachdenken erinnert man sich schwach an Pearl Harbor, an die Atlantik-Charta, an die »Fliegenden Festungen« und an den Morgenthau-Plan, an die Konferenzen von Teheran und Jalta. Dies alles, was unser Leben bis auf den heutigen Tag bestimmt, ist mit dem Namen Roosevelt verbunden, auch die Entwicklung der Atombombe. War das nicht der Mann, der mit Churchill und Stalin »das unnatürliche Bündnis« gegen Hitler schloß? Der von Deutschland die »bedingungslose Kapitulation« verlangte? Der Osteuropa dem Kommunismus auslieferte, weil er sich in der Geographie nicht auskannte?

Die Vereinigten Staaten von Amerika brachten viele bedeutende Präsidenten hervor. Aber Roosevelt war einer ihrer bedeutendsten, und keiner wurde zu Unrecht so gründlich halbvergessen wie er. Weil seine Amtszeit so lange zurückliegt, glänzt Roosevelts Präsidentenschaft weniger als die John F. Kennedys. Aber sie wirkt auch nicht so skandalumwittert wie die Richard Nixons. Kaum zu glauben, daß die Zeitgenossen vor 50 Jahren diesen Mann so heftig umjubelt und verdammt haben wie Nixon und Kennedy zusammen. Bis zum Amtsantritt Ronald Reagans war kein Präsident umstrittener als er.

Aus Roosevelt wurde, bevor man ihn richtig verstand, ein Mythos, der Mythos des modernen Amerika. Nicht umsonst sprach man Anfang der 30er Jahre, als er fast zeitgleich mit Adolf Hitler an die Macht kam, von der »Roosevelt-Revolution«. Bis heute begriff man nicht richtig, woraus der New Deal eigentlich bestand. Für die Konservativen war er ein heimtückischer Klassenkampf, für die Revisionisten eine abgefeimte Reparatur des Kapitalismus.

Aber irgendwie wurde dieser New Deal das Modell für unsere Gesellschaft von heute, und irgendwie hing das mit dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Aber wie waren die Zusammenhänge genau?

Fragen über Fragen. Nur die Geschichte hält die Antworten bereit. An europäischen Maßstäben gemessen, haben die Vereinigten Staaten eine kurze Geschichte. Sie wurden gegründet, als bei uns Friedrich der Große regierte. Das ist erst zweihundert Jahre her. Aber Amerika ist beileibe kein geschichtsloses Land. Im Gegenteil, kaum irgendwo wird das Geschichtsbewußtsein so inbrünstig gepflegt wie dort. Und auf eine schwer zu beschreibende Weise wurde die amerikanische Geschichte in den letzten Jahrzehnten ein Teil unserer Geschichte. Sie wurde es nicht zuletzt durch Roosevelt.

In Amerika weiß jeder halbwegs gebildete Mensch, wo die früheren Präsidenten wohnten, wenigstens die berühmteren unter ihnen. Washington in Mount Vernon, Jefferson in Monticello, Kennedy in Boston, Hyannis Port, oder Washington. Um Franklin Delano Roosevelt zu begegnen, muß man sich nach New York begeben, in diese »schöne und ehrenwerte Katastrophe«, wie der Architekt Le Corbusier diese Stadt einmal nannte, genauer in den Bundesstaat New York, den Hudson River hinauf bis nach Hyde Park. Dort stand die Wiege des Präsidenten.

Der Hudson entspringt in den Adirondack-Bergen an der kanadischen Grenze. Er mündet westlich von Manhattan in den Atlantischen Ozean. Der Hudson ist kein beliebiger Fluß, er ist einer der mythischen Ströme Amerikas, verherrlicht in Gemälden, besungen von Liedern und Legenden, ein fließendes Stück amerikanischer Geschichte. Hier siedelten die ersten Kolonisten, bevor die »Mayflower« etwas weiter nördlich bei Boston ihre Anker warf.

Es waren übrigens Holländer, die den Indianern die Felseninsel, auf der heute die Wolkenkratzer in den Himmel streben, 1624 für 24 Dollar in Perlen, Schmuck und Knöpfen abkauften. Sie nannten den Flecken »New Amsterdam«, und nach ihrer Unterwerfung durch den englischen Herzog von York wurde »New York« daraus. Roosevelt stammte von diesen holländischen Ursiedlern ab. Das geruhsame Leben an den waldreichen und hügeligen Ufern des Hudsons bedeutete ihm zeitlebens sehr viel. So bekannte er einmal:

»Alles, was in mir ist, geht auf den Hudson zurück.« [1]

Roosevelts Wurzeln waren vergoldet. Er stammte aus wohlsituierten Verhältnissen. Anfang des 19. Jahrhunderts gewöhnten es sich die erfolgreichen New Yorker Großhändler, Industriellen und Finanziers an, in der Umgebung der City Landsitze zu erwerben. Auf sie zogen sie sich während der heißen Sommermonate mit ihren Familien zurück. Immerhin liegt New York auf der geographischen Breite von Neapel. James Roosevelt, der Vater des späteren Präsidenten, hatte mit einer Zuckerraffinerie, Bank- und Eisenbahngeschäften ein Vermögen gemacht. Er kaufte 1867 Hyde Park. Hier wurde Franklin Delano Roosevelt fünfzehn Jahre später, am 30. Januar 1882, geboren.

Franklin Roosevelt war ein Sproß des 19. Jahrhunderts. Als er das Licht der

Welt erblickte, schloß das Deutschland Bismarcks gerade den Dreibund mit Italien und Österreich-Ungarn, schrieb Richard Wagner seinen »Parsifal« und gründete Thomas Edison, der Erfinder der Glühbirne, sein erstes Elektrizitätswerk, übrigens in New York. Franklin Delano Roosevelt war der Zeitgenosse des irischen Dichters James Joyce, des russischen Komponisten Igor Strawinsky und des französischen Malers Georges Braque.

Hyde Park ist ein weitläufiger Landsitz. Seine Rasenflächen fallen steil zum Ufer des Hudsons ab. Gesäumt von Ahornbäumen, die links und rechts Spalier stehen, führt ein breiter Kiesweg von der Landstraße durch den Park vor das Haus. Was heißt Haus? In Wirklichkeit handelt es sich um eines jener bürgerlichen Chalets, wie sie überall in diesem Landstrich New Englands von Reichtum, Macht und Ansehen künden. Die ockerfarbene Fassade erhebt sich mit jener neoklassizistischen Eleganz, wie sie in Amerika nach der Weltausstellung von Chicago 1893 Mode wurde. Die breite Treppe, der tempelartige Portiko mit seinen weißen Säulen und die vielen ebenfalls weiß gelackten Sprossenfenster unterstreichen den herrschaftlichen Charakter des Anwesens. Von den Dächern grüßen die Ballustraden der großen Sonnenterrassen und die hohen Kamine wie die Vorboten sommerlicher und winterlicher Freuden herab.

Das Haus wurde von Franklin Delano Roosevelt, der eine Frau, zwei Töchter und vier Söhne hatte, verschiedentlich erweitert und umgebaut. Schon zu seinen Lebzeiten umfaßte es neben den weitläufigen Wohn- und Schlafräumen sieben Bäder, eine riesige Bibliothek nach englischem Vorbild und eine Veranda, von der aus man einen weiten Ausblick auf den majestätischen Hudson hat. Noch heute zeugen kleine Rampen vor den Türschwellen, die massiven Handläufe im Treppenhaus und der hölzerne Rollstuhl von jenem Mann, den die Kinderlähmung im 41. Lebensjahr heimsuchte und der trotzdem zu den mächtigsten Männern unseres Jahrhunderts zählt.

Es war wirklich eine heile Welt, in die Franklin Delano Roosevelt hineingeboren wurde. Bei dem italienisch klingenden »Delano« handelte es sich übrigens um den Familiennamen seiner Mutter Sara. Ihr Stammbaum hat sogar einen Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung aufzuweisen, in dem sonst so demokratischen Land ein Zeichen von Adel. Franklin Delano Roosevelt war ein Einzelkind. Er hatte sonst nur noch einen mißratenen Halbbruder aus der ersten Ehe seines Vaters, der nicht mit in Hyde Park wohnte. So wuchs der kleine Franklin in der behüteten Isolation wohlgeordneter Verhältnisse auf, die ihm ein aktiver und interessierter Vater und eine liebevolle, aber recht bestimmte Mutter bereiteten.

»Er ist ein Delano, kein Roosevelt«, unterstrich sie ihren Besitzanspruch. [2] Der Vater unterwies seinen Sohn im Segeln und in anderen Sportarten. Gouvernanten und Tutoren, die ins Haus kamen, sorgten für das nötige Grundwissen. Mit dem Gewehr, das er zum Geburtstag bekam, erlegte Franklin in den Wäldern jene Vögel, die er über alles liebte, ausstopfte und zu einer beachtlichen Sammlung zusammenfügte. Das Jahr war ein Reigen warmer Sommer auf der Insel Campobello vor der Küste Kanadas, wo die Roosevelts

ein Ferienhaus besaßen, und kalter Winter, die den Hudson und seine Umgebung in Schnee und Eis hüllten. Die Eltern verfolgten die Entwicklung des schlanken, etwas blassen Knaben mit jener Mischung aus Ehrgeiz und Besorgnis, wie sie älteren Ehepaaren zueigen ist. Das prägte seinen Machtwillen aus.

»Mami, wenn ich nicht die Befehle gebe, dann würde hier überhaupt nichts geschehen.« [3]

So soll der kleine Franklin sich über seine wohl allzu passiven Spielkameraden geäußert haben. Viele hatte er nicht, und so kam die eigentliche Bewährungsprobe für sein Durchsetzungsvermögen erst, als Franklin mit vierzehn Jahren in das Internat nach Groton kam.

Bis dahin war er mit seinen Eltern oder mit seine Mutter allein nicht weniger als vierzehnmal in Europa gewesen. Er hatte dank seines einflußreichen Vaters eine Reihe prominenter Leute kennengelernt, einschließlich des Präsidenten Grover Cleveland im Weißen Haus. Schon in Hyde Park erlernte er die Grundzüge der deutschen und der französischen Sprache. Wahrscheinlich war Franklin Delano Roosevelt von allen Präsidenten, die vor ihm amtiert hatten, derjenige mit einem halbwegs internationalen Bildungshintergrund. Für den Zuschnitt seiner Politik scheint das nicht unwesentlich gewesen zu sein.

Bei längeren und kürzeren Aufenthalten in England, Holland, Frankreich und vor allem Deutschland sah der junge Franklin die Schlösser von Belvoir und Versailles, das kleine Städtchen Bad Nauheim und den Schwarzwald, das Wagner-Festspielhaus in Bayreuth und die holländische Nordseeküste. In dem hessischen Badeort, den der Vater wiederholt zu Kurzwecken aufsuchte, ging der Sohn einmal sogar drei Monate lang zur Volksschule. Zeit seines Lebens sprach er etwas deutsch.

Seine Reiseerfahrungen schienen das negative Deutschland-Bild zu bestärken, das im Roosevelt-Clan vorherrschte. Auch das prägte den jungen Franklin. Viele Jahre später kam er in einem Schlüsselgespräch, das er mit seinem Freund Arthur Willert im kritischen März 1939 führte, auf diese frühe Erfahrung zurück. Willert erinnert sich [4]:

»Der Präsident wiederholte dann, was er mir schon einmal erzählt hatte, daß nämlich sein Widerwille gegen Deutschland auf die Schulzeit zurückgehe, die er dort verbrachte. Sie (die Deutschen – D. B.) hätten versucht, ihn zu tyrannisieren. Aber er finde, sie würden jedesmal zusammenklappen, wenn er hart zurückschlage und ihnen standhalte.«

Das wilheminische Deutschland hatte damals, als der junge Roosevelt es besuchte, in Amerika eine schlechte Presse. Es versuchte als imperiale Macht in der Welt Fuß zu fassen. Über die Erwerbung des Flottenstützpunktes Kiautschou kam es 1897 zu einem machtpolitischen Zusammenstoß mit den USA, die sich ebenfalls für China interessierten. Später rasselten die beiden Mächte während der Marokko-Krise zusammen. Beide Affären wirbelten in den Vereinigten Staaten ziemlich viel Staub auf, der Deutschlands Ruf verdunkelte. Den Rest besorgte die *Illustrated London News*, die jede Woche nach

Hyde Park kam. Ihre Fotos zeigten die zackigen Paraden der Hohenzollern, und ihre Kommentare über den Kaiser waren im Zeichen der englisch-deutschen Flottenrivalität nicht gerade freundlich gestimmt.

Das Foto des Vierzehnjährigen, der nach Groton ging, zeigt einen hochaufgeschossenen, blassen und empfindsamen Knaben mit einem braven Mittelscheitel und seltsam tiefliegenden Augen. Er zieht seinen ausdrucksstarken Mund leicht zusammen, als müsse er irgendeinen heimlichen Schmerz verbergen. Besonders glücklich wirkt dieser Franklin Roosevelt, der erstmals für länger den häuslichen Umkreis verließ, nicht.

Groton war eine der führenden Privatschulen Neuenglands, wo sich um die Jahrhundertwende die »*jeunesse dorée*« der amerikanischen Ostküste zu versammeln pflegte. Es handelte sich um die Söhne jenes weißen, angelsächsischen und puritanischen Patriziats, für das sich in Amerika die Abkürzung Whasp (»*white, anglosaxonian, protestant*«) einbürgerte. Sie beherrschte das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben zwischen Boston und Washington. In Groton wurden die jungen Leute für den anschließenden Besuch der Eliteuniversitäten von Harvard, Yale, Columbia und Princeton getrimmt und auf ihre angestammten Führungspositionen in Staat und Gesellschaft vorbereitet.

Die Roosevelts gehörten der Episkopalischen Kirche an, einem Ableger der englischen Hochkirche, und deren christlich-missionarischer Geist bestimmte das Leben in Groton. Schulleiter Endicott Peabody bemühte sich wacker um die gottesfürchtige Bildung seiner Zöglinge. Dazu gehörte der Unterricht in Griechisch und Latein. Dem jungen Roosevelt, der in den nächsten vier Jahren die Adoleszenz erreichte, vermittelte dieser Aufenthalt zwei Erfahrungen, die sein ganzes weiteres Leben bestimmten: Er legte Grund für sein politisches Weltbild, und er gewann eine Reihe von Freunden, die er später in wichtige Ämter seiner Administration berief. Dean Acheson (später Unterstaatssekretär in Roosevelts Finanzministerium), Joseph Grew (Botschafter in Tokio), Averell Harriman (Sonderbotschafter bei Churchill und Stalin) und Sumner Welles (Unterstaatssekretär im Außenministerium) zählten dazu.

Den Internatsbetrieb darf man sich freilich nicht besonders weltfremd vorstellen, sondern straff, am Wettbewerb orientiert und den Dingen des praktischen Lebens, vom Sport bis zur Politik, zugetan. Die Jungen wurden in Handel, Industrie, Geld-, Bank- und Steuerwesen, Außenpolitik, Seestrategie und politischer Ökonomie unterwiesen. Das Ergebnis war eine Mischung aus christlichem Idealismus und ökonomischem Pragmatismus, vermischt mit einer kräftigen Portion Nationalstolz. Sie verlieh ihnen von früh auf die Überzeugung, daß gerade die privilegierten Amerikaner dazu beitragen müßten, die Übelstände des nationalen und internationalen Lebens zu heilen. Das schloß in ihren Augen keineswegs den privaten Wohlstand aus, machte ihn aber moralisch erträglicher. Denn Erfolg hat nach den Lehren des Puritanismus nur der Gottgefällige.

Mit einem Wort: Groton war eine Pflanzstätte jenes missionarischen Interna-

tionalismus, der die Politik des späteren Präsidenten bestimmte. Spätestens hier machte Franklin Roosevelt auch Bekanntschaft mit den Werken Alfred Thayer Mahans, einem der erstaunlichsten Geister seiner Zeit. Der kahlköpfige Präsident der amerikanischen Kriegsmarineschule hatte soeben sein Hauptwerk »The Influence of Seapower on History« (Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte) veröffentlicht. Es machte den Kapitän über Nacht zum »Clausewitz der See«, zum führenden Seestrategen der Welt.

Für die Welt um die Jahrhundertwende war die plötzliche Popularität Mahans und der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Seemacht etwas Neues und Ungewohntes. Die Engländer beherrschten damals noch die Weltmeere, und sie waren mit Recht stolz auf ihre »Royal Navy«, die größte und stärkste Flotte der Welt. Als Mahan plötzlich berühmt wurde, sah sich sogar die englische Königin Viktoria veranlaßt, für den Amerikaner ein Staatsbankett zu geben. Seine Bücher über »Das gegenwärtige und zukünftige Interesse Amerikas an der Seemacht« und »Flottenstrategie« las sogar der deutsche Kaiser Wilhelm II. In ihnen stellte Mahan die Grundsätze der amerikanischen Globalstrategie auf: Die Gleichsetzung von Seeherrschaft und Weltherrschaft; die Kontrolle der internationalen Seewege durch eine mächtige Flotte zu politischen Zwecken; die Verteidigung der Vereinigten Staaten möglichst weit von ihren Küsten entfernt; die Konzentration der Flotte auf jeweils einen Kriegsschauplatz zur Herbeiführung einer möglichst raschen und definitiven Entscheidung. Alle diese Einsichten übernahm Roosevelt, der die Bücher und Aufsätze Mahans verschlang und sammelte, später in seine militärische Strategie zu Wasser und in der Luft.

James und Sara Roosevelt hatten ihren Sohn mit der Erwartung nach Groton geschickt: »Wir dachten, er sollte ein paar Preise gewinnen.« [5] Vielleicht lag es an diesem Erwartungsdruck, daß Jung-Franklin von seinen Mitschülern als geradezu verzweifelt ehrgeizig beschrieben wurde. In ihm brannte ein wildes Feuer, das nicht immer ausreichend Nahrung fand. Was er im Sport nicht an Anerkennung gewinnen konnte, versuchte der junge Roosevelt durch Beiträge in der Schülerzeitung, durch die Mitgliedschaft in der Grotoner »Missionarischen Gesellschaft« und als politischer Debattierer wettzumachen.

Trotzdem war er kein Intellektueller. Aber seine Biographen heben hervor, Franklin Roosevelt habe von früh an die besondere Verpflichtung des hochgeborenen Amerikaners für diejenigen empfunden, die vom Leben weniger begünstigt waren. Gelegentliche soziale Dienste, die er übernahm, bezeugen das. Andererseits zeichnete er sich durch brennendes Geltungsbestreben, das Bedürfnis nach einer gewissen Selbstdramatisierung und durch einen rebellischen Nonkonformismus aus, der gelegentlich in krassen Opportunismus umschlug.

Die nächste Station nach Groton war Harvard, die berühmte Eliteuniversität in Cambridge bei Boston. Dort besuchte Franklin Roosevelt als 18jähriger die rechtswissenschaftliche Fakultät, die sogenannte »*Law School*«, an der schon sein Vater studiert hatte. Aber es war für den jungen und ehrgeizigen Mann ein

schwerer Schlag, als er nicht in den »Porcellian Club« aufgenommen wurde, wo sich »die besten jungen Männer« versammelten.
Für Franklin Roosevelt war diese Zurücksetzung ein Schlüsselerlebnis. Offenbar gab es Menschen in seiner Umgebung, die noch reicher, noch angesehener und noch mächtiger waren als seinesgleichen. Er versuchte, sich mit der Redaktion der Universitätszeitung über seine Schlappe hinwegzutrösten. Nach vier Jahren Harvard wechselte Franklin Roosevelt dann aber auf die rechtswissenschaftliche Fakultät der Columbia-Universität in New York über, um dort sein Studium abzuschließen.
Menschen, die ihm nahe standen, führten das soziale Engagement, das der Präsident 30 Jahre später in seinem New Deal entwickelte, auf jene Kränkung seines Selbstwertgefühls zurück. Roosevelt war wohl immer stark ich-bezogen. An der Columbia-Universität machte er jedoch die Bekanntschaft mit einer sozialen Klasse, die noch härter um ihre Gleichberechtigung rang: mit den New Yorker Juden. Auch das war eine entscheidende Erfahrung für ihn.
Die amerikanische Gesellschaft von damals trug zum Teil ausgesprochen antisemitische oder allgemein rassistische Züge. So forderte ausgerechnet der Führer der sogenannten »Progressisten«, Albert Beveridge, seine Landsleute auf, »dem Ruf unseres Blutes zu folgen, neue Märkte und, falls notwendig, neue Länder zu erobern«. Begründung: Es liege nun einmal »in des Allmächtigen unendlichem Weltenplan«, daß die »in Verfall geratenen Rassen« dazu verurteilt seien, »der höheren Kultur einer edleren und stärkeren Rasse« zu weichen. [6] Natürlich waren damit die WASP-Amerikaner gemeint. Diesen Satz hätten die Alldeutschen in Berlin und die englischen Imperialisten auch nicht besser formulieren können.
Vor der Gründung des Staates Israel war New York der Ort mit den meisten und mächtigsten Juden in der Welt. Kein Wunder, daß sie hier eine besondere Rolle spielten. Roosevelt war zwar selbst kein Jude, wenngleich es in seiner Familie einige »Isaaks«, »Jonathans«, »Rebeccas« und »Saras« gab. Aber das Zusammentreffen mit dieser kleinen, aber einflußreichen Minderheit war für ihn als New Yorker unvermeidlich, und als er einmal wegen seiner oft vermuteten Blutsverwandtschaft attackiert wurde, antwortete der Präsident schlagfertig, er hätte sich gewünscht, ein Jude zu sein. Jedenfalls machte er auf der Columbia-Universität die Bekanntschaft mit jenen jüdischen Akademikern, die später seinen New Deal »erfanden«.
Unterstützt in seinem sozialen Empfinden wurde der junge Franklin Delano Roosevelt aber zweifellos auch von seiner jungen Braut. Besondere Schönheit drückte Eleanor Roosevelt nicht. Aber die zierliche Person besaß eine unheimliche Energie. Dabei war sie eine stille, zarte und nachdenkliche Frau, die eine schwere Kindheit und Jugend hinter sich hatte. Ihre Ausbildung als Sozialhelferin hatte Eleanor Roosevelt in England absolviert. Franklin lernte sie 1902 kennen, als Eleanor in den Armenvierteln der New Yorker Eastside wirkte. 1904 verlobten sich die beiden, ein Jahr später heirateten sie.

In seinem Leben hatte Roosevelt eigentlich drei Frauen: Seine Mutter Sara, Eleanor und Lucy Mercer. Die alte Dame, die erst 1941 starb, wirkte als selbsternannte Beraterin. Wegen ihrer altmodischen Ansichten war sie nicht immer leicht zu ertragen, vor allem, wenn sie ihren Sohn in Gegenwart hochgestellter Besucher schwerhörig fragte: »Wer ist dieser furchtbare Kerl?« Mit Lucy Mercer, einer dunkelhaarigen Schönheit und ehemaligen Sekretärin seiner Frau, hatte Roosevelt wahrscheinlich schon seit 1913 ein Verhältnis. Als Frau Rutherford war die Geliebte sogar zur Stelle, als der Präsident 1945 starb.

Besonders glücklich war die Ehe der Roosevelts, aus der sechs Kinder hervorgingen, unter diesen Umständen nicht. Seit Eleanor Roosevelt von der Leidenschaft ihres Mannes wußte, und das war seit 1918 der Fall, lebten die Eheleute innerlich auf Distanz. Gerade das aber gab der späteren Präsidentengattin den Freiraum, den sie energisch für ihre eigene Emanzipation nutzte. So wurde Eleanor Roosevelt schon in den zwanziger Jahren eine politische Figur, und wahrscheinlich gab es vor und nach ihr keine politischere »First Lady« im Weißen Haus. Sie war in der amerikanischen Frauenbewegung aktiv und kämpfte für die Rechte von Minderheiten. Obwohl er mit ihr längst nicht immer einer Meinung war, nutzte dem Präsidenten das politische Engagement seiner Frau.

Neben ihren persönlichen Qualitäten brachte Eleanor, die aus einem anderen Stamm der weitverzweigten Roosevelt-Clans stammte, eine besondere Mitgift in ihre Ehe ein: Onkel Theodore Roosevelt, seit 1901 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser Mann war wie geschaffen, das Idol des jungen Franklin Roosevelts zu sein, der ebenfalls entfernt verwandt mit ihm war.

»Teddy« Roosevelt war als Stellvertreter des ermordeten Präsidenten William McKinley 1901 an die Macht gekommen. Er war Mitglied der Republikanischen Partei, die damals, um die Jahrhundertwende, alle Präsidenten stellte. Während die Republikaner in einer Orgie des »Bossismus«, der Korruption und der Mißwirtschaft versanken, wurde die amerikanische Öffentlichkeit von einer Woge des Militarismus und der Eroberungssucht heimgesucht. Die Vereinigten Staaten hatten ihr eigenes Territorium erst in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis hin nach Kalifornien erschlossen. Jetzt vollzogen sie den »Bruch mit der amerikanischen Vergangenheit« (Barbara Tuchmann), indem sie aufhörten, die unschuldige Heimstatt aller Verfolgten und Entrechteten zu sein. Stattdessen reihten sie sich in die Phalanx der imperialistischen Mächte ein.

Drei Ereignisse putschten die Leidenschaften auf: Der Sieg Japans über China, der bewies, wer die führende Macht in Ostasien war; der Grenzstreit zwischen Venezuela und England, der die Gefahr heraufbeschwor, daß die Briten in Südamerika noch stärker Fuß faßten; und der Aufstand der Kubaner gegen die spanische Kolonialherrschaft. Alle drei Ereignisse fanden 1895 statt. Das erste bedrohte die langfristigen Perspektiven der amerikanischen

Macht im pazifischen Raum. Das zweite forderte die amerikanische Macht gewissermaßen vor der eigenen Haustür heraus. Das dritte gab ihr den Vorwand zum Eingreifen gegen einen moralisch unterlegenen Gegner, der Anzeichen von Schwäche zeigte.

Tatsächlich brach 1898 – Franklin Roosevelt war gerade 16 – der amerikanisch-spanische Krieg aus. »Teddy« Roosevelt, damals Stellvertretender Marineminister, legte sein Amt nieder, bildete aus Freiwilligen ein Kavallerieregiment, die berühmten »Rauhreiter« (»Rough Riders«), und kämpfte am San Juan Hill auf Kuba erfolgreich gegen die Spanier. Als Freiheitsheld gefeiert, kehrte er nach New York zurück. Ein halbes Jahr später ergatterte er dort das mächtige Amt des Gouverneurs.

Natürlich wurde Spanien, das längst keine erstklassige Seemacht mehr war, von den Amerikanern in einem Krieg besiegt, in dem es vor allem um wirtschaftliche Interessen ging. Im Frieden von Paris mußte Madrid wesentliche Konzessionen machen. Es trat Puertorico in der Karibik und die Phillippinen in Ostasien an die Vereinigten Staaten ab. Kuba wurde in die Freiheit entlassen, sogleich aber durch einen Interventionsvertrag der amerikanischen Macht unterworfen – sprich: dem Trust, der sich für den kubanischen Zucker interessierte. Außerdem annektierten die USA Hawaii, das sie schon vorher besetzt hatten. Im Besitz eines ungehinderten Zugangs nach China und einer konkurrenzlosen Machtposition in der Karibik stiegen sie nun, an der Jahrhundertwende, zur Weltmacht auf.

Kann man es einem jungen Mann verdenken, der eben erst die Lehren Mahans in sich aufgesogen hatte, daß er sich für seinen Onkel Teddy begeisterte, der den kometenhaften Aufstieg seines Landes als imperialer Star überglänzte? Im Frühjahr 1905, als Franklin Roosevelt heiratete, war der Präsident sein Hochzeitsgast. Im Herbst 1905 schlichtete Theodore Roosevelt den japanisch-russischen Krieg, wofür er sogar den Friedensnobelpreis erhielt.

Bisher hatte sich Franklin Roosevelt mehr für Briefmarken, Autographien, Drucke mit Marine-Motiven und modisches Schuhwerk interessiert. Jetzt gestand der Fünfundzwanzigjährige, der gerade in die prominente Anwaltsfirma Carter, Ledyard and Milburn eingetreten war, einem Freund: »Ich will Präsident werden.« Das Vorbild hatte also gewirkt. Franklin Roosevelt nannte auch genau die Schritte, die ihn zu diesem Erfolg führen sollten: Erst ein Sitz im Parlament des Bundesstaates New York, dann stellvertretender Marineminister, dann Gouverneur von New York – genau wie Teddy Roosevelt. [7]

Warum wurde Franklin Roosevelt dann nicht auch Republikaner, wie es der Onkel war? Weil sie bereits einen Roosevelt als Präsidenten gestellt hatten? Weil dies Franklin Roosevelt auf dem Weg ins Weiße Haus behindert hätte? Zuzutrauen wäre ihm eine solche Überlegung schon. In Harvard hatte er jedenfalls noch dem »Republikanischen Club« angehört. Vielleicht war für seine politische Orientierung aber auch die Tradition der engeren Familie auschlaggebend.

»Die Männlichkeit der Roosevelts«, sagte Franklin Delano einmal, »kommt aus ihrem sehr demokratischen Geist. Sie haben nie geglaubt, daß sie nur deshalb, weil sie aus besseren Kreisen stammten, ihre Hände in die Taschen stecken und trotzdem erfolgreich sein könnten.« [8]

---

## Anmerkungen

1 James Roosevelt, My Parents. A Differing View. London 1977, S. 7.
2 Roosevelt, Parents, S. 7.
3 Robert Dallek, Franklin Delano Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945. New York 1979, S. 5.
4 PRO CAB 27/627: FP (36) 80: Willert »Notizen« 25. 4. 39 FO betr. Gespräch Arthur Willert 25./26. 3. 39 FDR.
5 Dallek, Roosevelt, S. 5.
6 Barbara Tuchmann, Der stolze Turm. Ein Porträt der Welt vor dem Ersten Weltkrieg 1890 bis 1914. München 1969, S. 189.
7 Dallek, Roosevelt, S. 6.
8 ebda., S. 6.

## 2.

# Der glückliche Krieger

Senator in New York, Stellvertretender Marineminister, Vizepräsident, Gouverneur, Präsident – eigentlich war es erstaunlich, daß Roosevelts Karriere genauso verlief, wie er sie sich als Fünfundzwanzigjähriger erträumt hatte. Ihr haftete ein Hauch von traumhaftem Glück, aber auch von kalter Berechnung an. Beinahe wäre sie sogar ganz gescheitert an einem Ereignis, das niemand voraussehen konnte: An der Kinderlähmung, die den Vierzigjährigen befiel.

Zunächst fing alles ganz normal an. Hyde Park liegt im Dutchess-Kreis, einer ländlichen Gegend vor den Toren New Yorks. James Roosevelt, der Vater des späteren Präsidenten, war ein Freund und Mäzen der Demokratischen Partei. Und so nahm es nicht Wunder, daß die lokale Parteiorganisation 1910, vier Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges, auf seinen 28jährigen Sohn zukam. Sie bot dem Wallstreet-Anwalt Franklin Roosevelt einen Sitz in der Zweiten Kammer des Bundesstaates, im New Yorker Senat, an.

Die beiden Parteien der Vereinigten Staaten, die Republikanische und die Demokratische Partei, befanden sich damals in einem beklagenswerten Zustand. Sie waren Ausgeburten der Vetternwirtschaft, persönlicher Rivalitäten und der Korruption. Vor allem waren sie unfähig, die arbeitenden und vielfach notleidenden Menschen Amerikas mit dem rüden Manchesterkapitalismus zu versöhnen, der die aufstrebende Industriemacht kennzeichnete. Nach einer Reihe von Wirtschaftskrisen, Streiks und anderen Alarmsignalen schien das ganze politische System der Vereinigten Staaten um die Jahrhundertwende vom Verfall bedroht zu sein.

Die Anzeichen für eine soziale Revolte mehrten sich. 1896 gründeten die Farmer eine »populistische Partei«, die später mit den Demokraten verschmolz. Die Kirchen verkündeten ihr »soziales Evangelium«. Das Parlament in Washington, der Kongreß, verabschiedete ein Gesetz, das die wenigen Monopolgesellschaften, die sog. »Trusts«, aufsprengen sollte. Die Arbeiter organisierten sich in der »American Federation of Labor« (AFL), einer nichtsozialistischen Gewerkschaftsbewegung, und schließlich gründete Präsident Theodore Roosevelt, das Idol des jungen Franklin, seine eigene »Nationale Progressive Partei«. Sie gab der Ära ihren Namen.

Die »progressive Ära« reichte von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg. Sie stellte für den Nachwuchspolitiker Franklin Roosevelt das entscheidende innenpolitische Bildungserlebnis dar. Diese Reformperiode prägte nicht nur das moderne Amerika im ersten Viertel unseres Jahrhunderts.

Sie formte auch das politische Selbstverständnis des werdenden Präsidenten, seinen Geist, seine Rhetorik und seine Methoden. Während der junge Roosevelt in einem roten Maxwell-Cabriolet, das er mit knatternden Fahnen und Wimpeln schmückte, seinen Wahlkreis abgraste, sog er soviel von dem neuen und optimistischen Zeitgeist ein, daß zwanzig Jahre später noch sein New Deal davon profitierte.

Im Grunde war die »progressive Bewegung« vor dem Ersten Weltkrieg das, was der New Deal vor dem Zweiten Weltkrieg war: Der Versuch, das politische System der Vereinigten Staaten zu modernisieren, es neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen anzupassen, es wieder erfolgreich zu machen. Natürlich gab es die zeitbedingten Unterschiede. Aber die Entsprechungen reichten bis hinein in die politische Philosophie und die Terminologie. Bekanntlich nannte Theodore Roosevelt seine Politik der sozialen Integration einen »Square Deal«, einen »gerechten Handel«. Und der Begriff der »neuen Grenze«, die es nun zu erreichen galt, spielte auch im New Deal eine Schlüsselrolle.

Ausgangspunkt und Hauptursache der »progressiven Ära« war die amerikanische Wirtschaftskrise von 1893 bis 1897, die schwerste vor der Großen Depression von 1933 bis 1939. Sie versetzte dem Selbstbewußtsein der jungen und aufstrebenden Nation einen gewaltigen Schock. »Effektivität« und »Expansion« hießen danach die Stichworte der herrschenden Elite, zu der ja auch Franklin Roosevelt gehörte, höhere Produktivität im Inneren und bessere Handelsbeziehungen nach außen, Hebung des Volkswohlstandes. Diese Ergebnisse sollten aber nicht mehr wie bisher dem rüden Spiel der industriellen und imperialistischen Kräfte Amerikas überlassen bleiben. Diese Ziele sollten die Politiker künftig vielmehr in einem geregelten, rechtlich einwandfreien und sozial vertretbaren Rahmen erreichen. Das war das neue, progressive an der amerikanischen Schicksalsbestimmung, an der »manifest destiny«, wie man sie damals interpretierte.

Auf den jungen Roosevelt übten diese Ideen eine große Anziehungskraft aus. Er mobilisierte seine politischen Energien zunächst gegen das, was in seiner Nähe reformbedürftig war – gegen die eigene Parteiführung, nach ihrem New Yorker Versammlungslokal auch »Tammany Hall« genannt. Unter ihren Bossen Charly Murphy und Packy McCabe war sie wegen ihrer Bestechlichkeit geradezu sprichwörtlich verrufen. Auch damit blieb Franklin Delano Roosevelt seinem Idol Theodore Roosevelt treu: Er startete seine politische Laufbahn in derselben Rolle, in der sie der Ex-Präsident gerade beendete, als Parteirebell. Gleichzeitig schien er nach einem neuen Vorbild Ausschau zu halten, das er in Woodrow Wilson fand.

Der Präsident der Princeton-Universität amtierte im Nachbarstaat New Jersey als Gouverneur. Der sechsundfünfzigjährige Professor der politischen Wissenschaften hatte sich bereits als sozialer Reformer profiliert, als er auf dem Parteitag der Demokratischen Partei 1912 im – sage und schreibe – 46. Wahlgang zum Kandidaten für das Amt des amerikanischen Präsidenten nominiert

wurde. Ein Jahr später wurde Wilson gewählt. Zwei Jahre später begann der Erste Weltkrieg. Fünf Jahre später befanden sich auch die USA im Krieg gegen Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei, den sie für England und Frankreich gewannen. Sieben Jahre später war Wilson ein toter Mann.

Nichts veränderte die Welt damals mehr als Aufstieg und Fall dieses amerikanischen Präsidenten. Der dünnhäutige Gelehrte mit dem weißen Haar, dem Kneifer und dem stets etwas säuerlichen Gesicht startete als innenpolitischer Reformer und endete als verspotteter Idealist. Dazwischen hatte er eine kurze, aber kometenhafte Weltkarriere als Hoffnungsträger aller Völker erlebt. Gegen sein Versprechen, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten, ließ sich Wilson von seinen pro-englischen Beratern in den Krieg hineinziehen. Ausschlaggebend war dafür nicht nur die »deutsche Gefahr«, sondern auch das weltumspannende Herrschaftsinteresse des liberal-demokratischen Internationalismus. Schließlich wirkte Wilson in Versailles auch noch an jener diktatorischen Nachkriegsordnung mit, die allen seinen Idealen von einem »Frieden ohne Sieg« und einem »freien Bund der Völker« zum Trotz aus dem Weltkrieg eine Weltkatastrophe machte.

Wilsons Aufstieg zum Weltfriedenspräsidenten war für Roosevelt ein Vorgang von leuchtender Strahlkraft. Wilsons Abstieg zum politischen Wrack war ihm dagegen immer ein warnendes Beispiel. Das »Hosiannah« und das »Kreuziget ihn« lagen im Falle dieses Präsidenten nur sechs Jahre auseinander. 1912, auf dem Parteitag in Baltimore hatte Roosevelt hinter den Kulissen hart für die Nominierung des verklemmten Gelehrten gekämpft. 1920, als die Demokraten in San Francisco einen anderen Präsidentschaftsbewerber nominierten, fiel auch Roosevelt von Wilson ab. In der Zwischenzeit hatte seine politische Selbstdarstellung eine eigentümliche Wandlung durchgemacht.

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte Roosevelt seine erste Berührung mit der Macht in ihrer reinsten Form, nämlich mit der militärischen Macht, genauer gesagt, mit der Seemacht Amerikas. Er wurde 1913 von Wilson zum Stellvertretenden Marineminister berufen. Roosevelt erklomm damit die zweite Stufe in seiner Karriereleiter, und zum erstenmal hatte er die Gelegenheit, sich in einem politischen Amt von nationaler, ja internationaler Bedeutung zu bewähren. Als militärische Macht waren die USA damals in erster Linie eine Seemacht, d. h. sie hatten eine Flotte und sonst nichts von alledem, was man zum Kriegführen brauchte. Obwohl ihnen Alfred Mahan die Augen für die Bürden geöffnet hatte, die sie nach dem berühmten Gedicht des englischen Dichters Rudyard Kipling »für den weißen Mann« schultern sollten, waren die Amerikaner 1913 noch gar nicht auf den Krieg vorbereitet. Die amerikanische Flotte war zu klein. Sie mußte erst einmal aufgebaut werden. Und dazu brauchte man zuallererst einen industriellen Apparat, Werften, Stahlfabriken, Kanonengießereien, die schnell, billig und in großen Stückzahlen produzieren konnten.

Es war die wichtigste Aufgabe des Stellvertretenden Marineministers Roosevelt, diesen Apparat binnen kürzester Frist auf die Beine zu stellen. Eine

gigantische Aufgabe. Roosevelt löste sie zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten und aller Beteiligten mit Hilfe jener Gaben, die ihm die Natur reichlich zur Verfügung gestellt hatte: mit Optimismus, Charme, Energie und der nie ermüdenden Geduld, mit der er widerstreitende Interessen an einen Tisch und zu bestimmten Kompromissen brachte.

So machte der jüngste Stellvertretende Marineminister, den die USA bisher hervorgebracht hatten, mit 31 Jahren das, was er 26 Jahre später als Präsident wieder machte: Er organisierte die größte und mächtigste Kriegsmaschine der Welt. Es war eine Lektion, die für Roosevelts ganzes Leben reichte.

Die Hauptleistung des Stellvertretenden Marineministers bestand darin, Unternehmer und Gewerkschaften, Idealisten und Imperialisten, Zivilisten und Militärs zu einer wenigstens halbwegs effektiven Zusammenarbeit zu bewegen. Stärker als diese technische Fingerübung für den späteren New Deal interessieren jedoch ihre politischen Vorzeichen. Von Roosevelts tiefsitzender Abneigung gegen alles Deutsche wurde bereits gesprochen. Für die Parole »Hang the Kaiser«, die der englische Kriegspremier David Lloyd George ausgegeben hatte, empfand er herzliche Sympathie. Mindestens aber für die Abschaffung der Monarchie, wie sie Wilson forderte.

Roosevelt fungierte damals als Vizepräsident der »English-Speaking Union«, der USA, einer weltweit operierenden Kultur-Organisation, die während des Ersten Weltkrieges ein Bündnis zwischen Amerika und England verlangte. Roosevelt war jedoch keineswegs uneingeschränkt pro-britisch. Davor bewahrte ihn schon seine progressive Einstellung gegenüber den alten Zöpfen der englischen Monarchie. Außerdem standen massive amerikanische Wirtschaftsinteressen hinter dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, die sich nicht nur gegen ein deutsches Mitteleuropa, sondern auch gegen das englische Empire richteten. Schließlich gehörte die Ablehnung des Kolonialismus als Hindernis auf dem Wege zu einer Welt ohne Unterdrückung, Verschwendung und Handelsschranken zu den festverwurzelten Denkmustern der progressiven Bewegung. Dies alles machte aus Roosevelt keinen Freund Englands. Aber einen Sieg des kaiserlichen Deutschlands über England und Frankreich, die in Europa die erste Linie der amerikanischen Verteidigung bildeten, hätte er zweifellos als das schlimmere Übel betrachtet. Gegen die moralischen Bedenken seines Präsidenten und gegen den politischen Willen seines Vorgesetzten, Marineminister Joseph Daniels, die von der Neutralität Amerikas nicht lassen wollten, befürwortete Roosevelt daher von Anfang an den möglichst frühen Kriegseintritt Amerikas. Die Entschlossenheit, mit der er das tat, entsprang nationalistischen Motiven, die im Dienst internationalistischer Ziele standen. Er wollte die Welt nicht nur besser, sondern auch amerikanischer machen in ihrer Wirtschaft und ihren Werten, einheitlicher in ihrem Aufbau, Geist und Stil.

»Unsere nationale Verteidigung muß sich über die ganze westliche Hemisphäre erstrekken. Sie muß tausend Meilen weit in das Meer hinausreichen, sie muß die Philippinen

und die überseeischen Gebiete umfassen, wo immer unsere Handelsinteressen liegen.« [1]

So sprach der Roosevelt des Jahres 1914. Der Roosevelt des Jahres 1939 sprach kaum anders.

Roosevelt war schon 1914 ein unermüdlicher Anwalt jenes militärischen Bereitschaftszustandes, der es Amerika erlauben sollte, die politischen Entscheidungen der europäischen Kabinette zu beeinflussen. Ein wenig glich dieser Interventionismus der »Politik des großen Knüppels«, die Theodor Roosevelt schon lange vor dem Ersten Weltkrieg in Südamerika verfolgt hatte. Dieses Beispiel wirkte unzweifelhaft nach. Vorübergehend spielte der Nachwuchsminister während des Ersten Weltkrieges sogar mit dem Gedanken, den Dienst zu quittieren, um sich in Frankreich an der Front auf seinem »Juan Hill« zu bewähren.

Nach Ende des Krieges reiste Roosevelt 1919 nach Versailles, wo er als Berater der amerikanischen Delegation für Deutschland die härtesten Friedensbedingungen befürwortete. Würden die Deutschen noch einmal Krieg machen, so warnte er, würde es einen »*Frieden in Berlin*« geben, was die bedingungslose Kapitulation Deutschlands voraussetzte.

Der Erste Weltkrieg bestimmte die Grundzüge seines außenpolitischen Denkens. Aber merkwürdig, kurz bevor Wilsons Stern sank, hörte Roosevelts martialische Rhetorik plötzlich auf, und er begann, in friedlichen Tönen zu sprechen. Im Wahlkampf für die Kongreßwahl von 1919 nahm der Ex-Minister die von Moralismen und Idealen gesättigte Sprache seines neuen Vorbildes auf. Plötzlich forderte auch Roosevelt Amerikas Beitritt zum Völkerbund. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, das mit dem Ende seines Lebens zusammenfiel, ließ Roosevelt nicht mehr von dieser hochgestimmten Friedensrhetorik, obwohl er es als Präsident stets vermied, Wilsons Fehler eines ungeschützten und ungeschickten Bekennermutes zu wiederholen.

Beruhte dieser Wandel nur auf opportunistischer Verstellung? In der Tat war Roosevelts plötzlicher Pazifismus in der Hauptsache eine Reaktion auf den begeisterten Empfang, der Wilson 1919 bei seiner Rückkehr aus Versailles von den Amerikanern zunächst bereitet wurde. Und sie war ein Stück Anpassung an eine öffentliche Meinung, die nach den Entbehrungen des Krieges nichts mehr von Krieg hören wollte. Wenn Roosevelt beabsichtigte, an die Spitze der politischen Pyramide zu gelangen – und das war ja sein erklärtes Ziel –, dann mußte er aus sich einen Mann des Friedens machen.

Behende versuchte Roosevelt, alle Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit zu zerstreuen.

»Dies ist eine Zeit für Idealismus«, bemerkte er damals, »eine Zeit, in der man billigerweise mehr Ideale von uns verlangen kann und in der die Welt darauf achtet, wie wir den hohen Zweck rechtfertigen, unter dem wir in den Krieg eintraten.« [2]

Es klang fast so, als wollte Roosevelt seine Ideale vom Ausmaß der zeitbedingten Nachfrage abhängig machen. Da sein Geschick im Umgang mit der

öffentlichen Meinung sprichwörtlich wurde, drängt sich die Vermutung auf, daß er niemals wirklich an Wilsons Ideale einer friedlichen, freien und gerechten Welt ohne Zwangsanwendung glaubte. In seinem Innersten blieb er wahrscheinlich stets der amerikanische Nationalist, der sich des liberal-demokratischen Internationalismus als Mittel zum Zweck weltumspannender wirtschaftlicher, politischer und militärischer Machtinteressen bediente.

Trotzdem hatte Roosevelt natürlich auch seine politischen Grundüberzeugungen. Nur waren sie alles andere als ein fader, zahnloser und letztlich ohnmächtiger Idealismus. Sein Vorbild Theodore Roosevelt hatte ihm ja gezeigt, daß die amerikanische Friedenspolitik eine kraftvolle und bisweilen gewalttätige Durchsetzung amerikanischer Interessen keineswegs ausschloß – den Krieg um des Friedens willen. Irgendwo in der Mitte zwischen dem Idol seiner Jugend und dem Vorbild seiner Reifezeit, zwischen dem Idealpolitiker Wilson und dem Imperialpolitiker Roosevelt I., stand daher auch der Realpolitiker Roosevelt II. Als solcher war er nach dem Abgang Wilsons so anerkannt, daß ihn seine Partei 1920 in San Francisco für das Amt des Vizepräsidenten nominierte.

Ein Jahr später, im August 1921, drohte jedoch ein furchbarer Schicksalsschlag diesen aufstrebenden Stern vom Himmel seiner politischen Träume zu holen. Roosevelt und seine Kinder segelten auf der Familienyacht »Vireo« vor Campobello, löschten gemeinsam einen kleinen Waldbrand am Ufer und schwammen dann noch ein bißchen im Meer zum Abschluß dieses Ferientages. Hinterher blieb der Politiker in seiner nassen Badehose noch auf der Veranda sitzen, um ein paar Briefe zu lesen. Weil er in der abendlichen Kühle fröstelte, zog er sich wenig später in sein Bett zurück. Dem Frösteln, das nicht aufhören wollte, folgte hohes Fieber, das man zunächst für das Anzeichen einer nahenden Grippe hielt. Aber als Roosevelt in den nächsten Tagen unter höllischen Schmerzen die Fähigkeit verlor, seine Beine zu bewegen, begann man zu begreifen, daß es Kinderlähmung war.

Franklin Roosevelt brauchte sieben bis acht Jahre, ehe er sich endgültig damit abgefunden hatte, daß er Zeit seines Lebens auf Beinschienen, Krücken und einen Rollstuhl angewiesen sein würde – und auf einen Menschen, der ihn stützte, wenn er gezwungen war, ein paar Schritte zu machen. Nie wieder, sein ganzes Leben lang, konnte Roosevelt trotz eisernen Trainings auch nur eine einzige Zehe bewegen. Und trotzdem wurde er 1932 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.

Ein erstaunlicher Triumph des Willens, der später den harten Kern des Roosevelt-Mythos bildete. Das Beispiel des angehenden Präsidenten zeigte, daß man die größten Schwierigkeiten im privaten und politischen Leben überwinden konnte, wenn man nur wollte – auch die eigene Schwäche. Natürlich war es Roosevelt nicht allein, der dieses Wunder vollbrachte. Drei Menschen halfen ihm dabei mit Energie, Ausdauer und Hingabe: seine Frau Eleanor, seine Sekretärin Missy LeHand und Louis McHenry Howe.

Der frühere Provinzkorrespondent der republikanischen *New York Herald*

*Tribune* hatte bereits 1912 Roosevelts Wiederwahl in den New Yorker Senat gerettet, als der junge Senator an Typhus erkrankt war. Seitdem diente ihm der zwergenhafte, asthmatische und immer etwas ungepflegt wirkende Journalist als politischer Chefberater mit Festgehalt. Ohne Louis McHenry Howe, so könnte man sagen, wäre Roosevelt nie Präsident geworden.

Howe war ein Mann mit einem enormen Ego, ein »Hans Dampf in allen Gassen«, ein politischer Windhund mit einem sicheren Gespür für Gefahren und Chancen. Er kannte die brackigen Gewässer der New Yorker Lokalpolitik wie seine Westentasche. Er bastelte an den taktischen Winkelzügen, mit denen Roosevelt seine Konkurrenten innerhalb der Demokratischen Partei überrundete. Er manövrierte den bulligen James Farley, einen Katholiken und Baustoffhändler, der als skrupelloser Organisator bekannt war, gerade dann in das Amt des Parteivorsitzenden, als es Roosevelt am meisten nützte. Denn bei der alten Parteiführung bestand aus naheliegenden Gründen wenig Neigung, ausgerechnet diesen Parteirebellen von ehedem auf den Schild zu heben.

Wenn man der Legende glaubt, so verfuhr Howe bei alledem nach einem ebenso einfachen wie wirkungsvollen Rezept, das er einmal James Roosevelt jr., dem Sohn des späteren Präsidenten, anvertraute:

»Ich arbeitete für deinen Vater einen Zeitplan aus, wie er Präsident werden könnte, und wir lagen damit goldrichtig. Er kannte die Einzelheiten nicht. Er sprach nie darüber.« [3]

Aber diese Legende ist einfach zu schön, um wahr zu sein.

Natürlich darf man Howes Erfindungsreichtum nicht unterschätzen. Seine Loyalität, sein Glaube an den Erfolg, seine Gerissenheit waren Bausteine für die Präsidentschaft Roosevelts wie es die liebevolle Hingabe von Missy LeHand und die politische Schützenhilfe von Eleanor Roosevelt waren. Aber das alles reichte ebenso wenig aus, den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg eines schwerbehinderten Menschen zum höchsten Staatsamt der USA zu erklären, wie der Ehrgeiz, die Energie und der persönliche Mut, mit denen Roosevelt sein Schicksal meisterte.

So wichtig sein Witz, seine Ausstrahlung und der heroische Glanz waren, die ihn zu einer ungemein farbigen Persönlichkeit machten, so sehr war Roosevelts Erfolg letzten Endes doch der Erfolg bestimmter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gruppen, die ihn und niemand anderes im Weißen Haus sehen wollten. Dazu gehörten bis 1933 das New Yorker Bankhaus Lehman, das 1932 mit Herbert Lehman den Nachfolger Roosevelts als Gouverneur von New York stellte, die Familie Straus, Eigentümerin des größten Warenhauses von New York »*R. H. Macy & Co.*«, die Grundstücks- und Börsenmakler Bernard Baruch und Joseph Kennedy, die Kupfer-Dynastie Guggenheim, der Film-König Warner, die Bullitt- und Biddle-Clans aus Philadelphia. Viele von ihnen wurden für ihren Einsatz später von dem gewählten Präsidenten, wie es in Amerika von jeher üblich ist, mit Botschafterposten belohnt.

Diese Gruppen bedienten sich Roosevelts, weil sie fanden, daß dieser Kandidat die für das höchste Amt im Staate nötigen Qualitäten mitbrachte, vor allem

eine hohe Medienwirksamkeit. Mit Hilfe dieser Waffe vor allem gelang es ihnen in den nächsten Jahren tatsächlich, die protektionistisch-konservative Koalition von der Macht zu verdrängen und durch die liberal-demokratische Allianz zu ersetzen. Mit diesen Mächten stieg Roosevelt zum Amt des Präsidenten auf.

Freilich war er nicht nur der Repräsentant bestimmter, in vielen Fällen jüdischer Geldinteressen, sondern der Exponent eines langfristigen Trends, der die gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung aller Industriestaaten der nördlichen Erdhalbkugel in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts prägte. Dieser Trend trat zuerst und am stärksten in den Vereinigten Staaten in Erscheinung, und er war der innerste Kern der sogenannten Roosevelt-Revolution: der Übergang vom industriellen zu einem Zeitalter, das man in Ermangelung eines treffenderen Namens das postindustrielle nennt.

Natürlich vollzog sich dieser Übergang nicht über Nacht. Er beschränkte sich nicht auf die zwanziger und dreißiger Jahre, und er ist bis heute nicht völlig abgeschlossen. Aber der Prozeß brach sich mit, durch und nach dem Ersten Weltkrieg Bahn. Er gewann in den zwanziger Jahren an Fahrt, und er entfaltete in den dreißiger und vierziger Jahren – entfesselt, gelenkt und geformt durch Franklin Roosevelt und die liberal-demokratische Allianz – seine volle Dynamik. Schon deshalb ist die Biographie dieses amerikanischen Präsidenten ein exemplarisches Stück unserer jüngeren Wirtschafts-, Sozial- und Weltgeschichte.

Bei der Wahl von 1896 hatte sich trotz der Gründerkrise noch einmal der alte amerikanische Machtblock befestigt. Er beherrschte damals noch die Republikanische und die Demokratische Partei. Er bestand aus den großen Schwerindustrien rund um Kohle, Stahl und Eisenbahnen und aus den großen Banken, die das alles finanzierten, allen voran das Bankhaus J. P. Morgan. Diese Koalition war arbeitsintensiv, kapitalintensiv, protektionistisch. Sie war gegen den Freihandel und neigte zu einer imperialistischen Machtpolitik. Mit der Ausnahme von Woodrow Wilson, der von 1913 bis 1921 regierte, stellte sie von 1896 bis 1932 sämtliche Präsidenten.

Diese Koalition verkörperte wirtschaftliche Machtzusammenballungen von bisher ungeahnten Ausmaßen, die sogenannten »Trusts«. Sie erhielt aber durch die Progressive Bewegung und durch den Ersten Weltkrieg einen entscheidenden Knacks. Die USA avancierten damals quasi über Nacht vom Netto-Schuldner zum Netto-Gläubiger der Welt, d. h. sie hatten unter dem Strich mehr Geld an andere, statt von anderen Mächten geliehen. Die amerikanische Schwerindustrie hatte ihre Produktionskapazitäten bis an die Grenzen des Vertretbaren ausgeweitet, um möglichst viel am Krieg zu verdienen. Als der Frieden kam, sah sie sich plötzlich großen Absatzschwierigkeiten und einer beachtlichen ausländischen Konkurrenz gegenüber, während die amerikanischen Farmer auf ihrer landwirtschaftlichen Überschußproduktion sitzen blieben.

Die amerikanische Wirtschaft produzierte also nach Versailles zuviel und

verdiente zu wenig. In dieser bedrohlichen Situation verschanzte sich die protektionistisch-konservative Koalition zunächst hinter hohen Zollmauern, um die Preise einigermaßen hochzuhalten. Außerdem versuchte sie, wie der berüchtigte »red scare« von 1919 zeigte – eine panikartige Verfolgung aller angeblich »Linken« und »Kommunisten« –, die innenpolitische Entwicklung in ihrem Sinne zu stabilisieren und das Rad der sozialen Entwicklung zurückzudrehen.

Gegen diese Versuche machte jedoch ein neuer Machtbock Front. Er bestand aus den postindustriellen Kräften, die sich zutrauten, die Anpassungskrise mit anderen Mitteln zu überwinden. Dieser Block bestand erstens aus den Handels- und Investmentbanken, die nicht zuletzt durch die Finanzierung der europäischen Kriegsparteien im Ausland hohe Guthaben besaßen. Er bestand zweitens aus technologisch weit fortgeschrittenen Unternehmen der Öl-, Elektro- und Maschinenindustrie, die im Ausland ebenso beträchtliche Summen investiert hatten. Er bestand drittens aus den neuen Medien des Radios, des Films und der international verbreiteten Presse. Natürlich handelte es sich nicht um eine Einheitsfront, die im Gleichschritt marschierte oder irgendeinem Kommando gehorchte. Ihre Glieder unterschieden sich in dreierlei Hinsicht von den alten Industrien, und nur weil das ihre große Gemeinsamkeit war, kann man überhaupt von einer »Allianz« sprechen.

Diese Allianz war erstens bedeutend weniger arbeitsintensiv, hatte zweitens keine Überkapazitäten und brauchte drittens dank ihres Leistungsvorsprungs die ausländische Konkurrenz weniger zu fürchten als der protektionistisch-konservative Block. Sie befürwortete daher ein Klima der innenpolitischen Liberalität, der sozialen Partnerschaft und der internationalen Zusammenarbeit, allesamt Bedingungen, unter denen sie am besten gedeihen konnte.

Beide Blöcke umwarben die städtischen Mittelschichten sowie die Farmer im Mittleren Westen und in den Südstaaten. Vor allem aber kämpften sie um die Vorherrschaft über die Demokratische Partei. Je mehr sich nun nach dem Ersten Weltkrieg die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Amerika wandelten, desto mehr veränderten sich auch die Kräfteverhältnisse innerhalb dieser Partei. Es war ein langes, konfliktreiches und schweres Ringen um die Macht, das Roosevelt sogar unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nur teilweise gewann.

Aber es war nicht nur ein innenpolitischer Kampf.

> »Der Konflikt zwischen diesen beiden Gruppen läuft wie ein roter Faden durch alle größeren außenpolitischen Debatten der zwanziger Jahre«,

schreibt der amerikanische Politikwissenschaftler Thomas Ferguson. [4] Der homerische Streit der dreißiger Jahre zwischen »Isolationisten« und »Internationalisten« hatte in den Auseinandersetzungen zwischen dem protektionistisch-konservativen und dem liberal-demokratischen Block seine Wurzel. Er wird uns noch an anderer Stelle beschäftigen.

Zu dem Hochtechnologie-Freihandels-Medienblock, der Roosevelt 1933 auf

den Schild hob, gehörten *General Electric*, *IBM*, *Standard Oil*, *Harvester*, *Sears Robruck* und andere Unternehmen. Dazu kamen Banken, die sich überwiegend in jüdischer Hand befanden, wie *Dillon Read*, *Brown Brothers/Harriman*, *Goldman/Sachs*, *Lehman Brothers*, die *Bank of America* des Italoamerikaners Amadeo Gianini und der Finanzier Joseph Kennedy als Repräsentant ausgedehnter Wallstreet- und Medieninteressen. Das Ganze liest sich heute wie ein Gotha der amerikanischen Finanz und Industrie. Aber einige Spitzenleute dieser Firmen konnte man schon damals unter Roosevelt in führenden Partei- und Staatsämtern finden: James Forrestal, Averell Harriman, Sidney Wineberg, Herbert Lehman und den amerikanischen Botschafter in London, Joseph Kennedy. Vor allem von ihm, dem Vater des späteren Präsidenten John F. Kennedy, wird in diesem Buch noch oft die Rede sein.

Seit 1922 war auch der Gründer der *Standard Oil Company*, John D. Rockefeller, einer der mächtigsten Männer seiner Zeit, mit von der Partie. Zwei Jahre später, auf dem Parteitag der Demokraten im New Yorker Madison Square Garden, feierte der gelähmte Franklin Delano Roosevelt sein Comeback in der Politik. Es war eine der stärksten Vorstellungen, die er in seinem ganzen Leben gab. Und nicht zufällig war ihr Opfer der Vertreter des protektionistisch-konservativen Partei-Establishments, Alfred Smith.

Der ahnungslose Smith wurde vom Roosevelt-Lager beschwatzt, seine Nominierung in der Arena des Sportpalastes von dem gelähmten Ex-Senator ankündigen zu lassen – für den Möchtegern-Bewerber anscheinend ein risikoloses Unterfangen. Roosevelt erschien auf dem Konvent zusammen mit seinem sechzehnjährigen Sohn Jimmy. Er hatte vor, mit dessen Hilfe das Podium zu erklettern und die letzten Schritte zum Rednerpult dann allein an seinen Krücken zu gehen. Auf diese Weise wollte er aller Welt demonstrieren, daß man wieder mit ihm rechnen konnte.

Mit atemloser Spannung verfolgten die rund 1000 Delegierten und Hunderte von Reportern aus allen Teilen der Vereinigten Staaten das dramatische Schauspiel. Jahre später erinnerte sich James Roosevelt des denkwürdigen Augenblicks, als er seinen Vater loslassen mußte:

»Dann mußte er allein gehen. Ich gab ihm seine zweite Krücke. Ich fühlte mich so, als müßte ich ersticken. Er setzte sich in Bewegung, langsam, indem er um sich sah und der schweigenden Menge zulächelte. Schritt für Schritt trugen ihn seine Krücken vorwärts. Er fiel nicht. Er erreichte das Rednerpult. Indem er sich vorbeugte, lehnte er eine Krücke dagegen und winkte mit der anderen Hand. Er lächelte noch immer. Die Menge bereitete ihm eine Ovation.« [5]

Getragen von der Begeisterung seines Publikums, wuchs Roosevelt anschließend noch weiter über sich hinaus. Er hielt eine der besten Reden seiner ganzen Laufbahn. In ihr gebrauchte er das Wort vom »glücklichen Krieger«. Es war auf »Al« Smith gemünzt. Aber eigentlich paßte es besser auf Roosevelt, der so tapfer gegen sein Schicksal ankämpfte. Das Schlagwort wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit auch so verstanden und mit Begeisterung aufgenom-

men. Roosevelt hatte sich damit ein persönliches Gütezeichen verschafft. Smith fiel bei den Delegierten durch, die einen anderen Kandidaten nominierten. Aber die Medien posaunten es anderen Tags hinaus: Der eigentliche Sieger hieß Franklin Delano Roosevelt.

Eine zweite Vorentscheidung zwischen Smith und Roosevelt fiel 1928 auf dem Parteitag der Demokraten in Houston/Texas. Diesmal wurde »Al« Smith zwar gleich im ersten Wahlgang zum Präsidentschaftsbewerber befördert. Aber er mußte Roosevelt als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten und, was vielleicht noch wichtiger war, für das Amt des Gouverneurs von New York akzeptieren. Das war eine sehr wichtige innenpolitische Stellung, die zuvor Smith selbst innegehabt hatte.

Aber es kam, wie es kommen mußte: Bei der Präsidentschaftswahl von 1929 hatte der unglückliche Smith gegen den Republikaner Herbert Hoover keine Chance. Er verlor den Bundesstaat New York mit einem Abstand von 100000 Stimmen. Dagegen gelang es Roosevelt bei der gleichzeitig stattfindenden Gouverneurswahl, diese Hochburg der Republikaner an sich zu reißen. 1930 wurde er sogar mit der dreifachen Anzahl der Stimmen wiedergewählt. Innerhalb seiner Partei galt Roosevelt danach als Favorit im Kampf um die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten von 1932.

Der Zweikampf zwischen Smith und Roosevelt war symptomatisch für die schweren Konflikte, die sich damals innerhalb und außerhalb der Demokratischen Partei abspielten. Denn überall mußten sich erst die Kräfte des demokratischen Liberalismus gegen das konservativ-protektionistische Establishment durchsetzen. Und man versteht die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, die Roosevelt später als Präsident hatte, nur dann, wenn man von der verletzenden Härte weiß, mit der dieser Streit ausgetragen wurde. Der liberal-demokratische Machtblock war innerhalb der Demokratischen Partei seit Wilsons Zeiten auf dem Vormarsch. Aber er stieß auf den erbitterten Widerstand der beharrenden Kräfte, die seit 1928 noch einmal erhebliche Verstärkung erhielten. 1929 brach dann über Freund und Feind die Weltwirschaftskrise herein. Sie verschärfte die Konflikte in der amerikanischen Finanz und Industrie noch einmal, und beinahe wäre daran die Präsidentschaft Roosevelts gescheitert.

Das ganze war ein Vorgang, dessen Schockwellen bis nach Deutschland reichten. Er tauchte Hitlers Aufstieg zur Macht, der sich ja gleichzeitig vollzog, in ein seltsames Licht. Das Zentrum der Turbulenzen lag in Amerika, wo die beiden größten Kapitalgruppen der damaligen Zeit um die Aufteilung der Gummi-, Chemie-, Düngemittel-, Auto- und Luftfahrtindustrien im Weltmaßstab kämpften: Die DuPont/General Motors/Morgan-Gruppe und die Rockefeller/Ford/National City Bank-Gruppe, gewissermaßen die Vormächte des protektionistisch-konservativen und des liberal-demokratischen Blocks. Letzterer hatte mit dem deutschen Chemieriesen IG-Farben ein weltweites Monopol in der synthetischen Treibstofferzeugung gebildet. Das führte

zur Gründung der amerikanischen IG-Farben-Tochter, die den Druck auf den amerikanischen Chemie-Giganten DuPont verstärkte. Während sich DuPont weigerte, die Patente zurückzugeben, die er dem besiegten Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg abgenommen hatte, bestanden die internationalen US-Banken darauf. Denn solange die deutsche Exportindustrie nicht entscheidend gestärkt war, fürchteten sie um die Rückzahlung der riesigen Kredite, die sie dem geschlagenen und wirtschaftlich zerrütteten Deutschland gewährt hatten.
Dagegen versuchte DuPont die Vergabe weiterer US-Anleihen an die Weimarer Republik zu blockieren, weil sie geeignet waren, die IG-Farben-Konkurrenz auf den Weltmärkten zu verstärken. Aber DuPont verlor den Kampf, und die amerikanischen Banken obsiegten. Die Folge war der sogenannte Young-Plan, eine weitere Finanzspritze für die marode Weimarer Republik, die den internationalen Zahlungsverkehr in Gang halten sollte. Mit seinem sogenannten »Volksbegehren« gegen den Young-Plan begann jedoch Adolf Hitlers Aufstieg zur Macht.
1928 hatte sich der republikanische Präsident Hoover in der Patent-Frage auf die Seite der Internationalisten gestellt. Gleichzeitig erklärte der Stellvertretende Bundesanwalt, Oberst William »Wild Bill« Donovan – übrigens ein enger Freund Roosevelts, der mit den deutschen IG-Farben in ständigem Kontakt stand und einige Jahre später den amerikanischen Geheimdienst OSS gründete –, daß die Tätigkeit der amerikanischen IG-Farben-Tochter nicht gegen die Anti-Trust-Gesetze verstoße. Derartig isoliert, schwenkte DuPont zur Demokratischen Partei über, renovierte deren Nationalkomitee und pumpte Tausende von Dollars in die Parteiorganisation. Diese Gelder kamen vor allem dem Präsidentschaftsbewerber »Al« Smith zugute. Ziel war die erste Hochschutzzoll-Plattform in der Geschichte der Demokraten. Über sie kam es auf dem Konvent von Houston/Texas fast zur Spaltung der Partei.
In dieser kritischen Situation erhielten die amerikanischen Internationalisten um Roosevelt Verstärkung durch einen Mann, der schon Präsident Wilson als politischer Chefberater gedient hatte: Oberst Edward House. Er war inzwischen mit den Rockefeller-Interessen liiert. House stellte die Verbindung zwischen Roosevelt und Rockefellers National City Bank her. Außerdem begann der Oberst a.D. gemeinsam mit einer Gruppe zumeist jüdischer Intellektueller, die später Roosevelts »Brains-Trust« bildeten, dem werdenden Präsidenten den Weg durch das Dickicht der widerstreitenden Interessen innerhalb der Demokratischen Partei zu ebnen.
Die erste Verpflichtung, die ihm seine Helfer auferlegten, bestand darin, sich in seiner internationalistischen Rhetorik zu mäßigen. Der konservativ-protektionistische Block sollte nicht unnötig herausgefordert werden. Diese Schweigetaktik führte zwar dazu, daß die Roosevelt-Anhänger im Präsidentschafts-Wahlkampf nicht erfuhren, worin eigentlich das außenpolitische Programm des Kandidaten bestand. Aber anders war die Unterstützung von Randolph Hearst nicht zu gewinnen, und der Medienzar zählte zu den eingeschworenen Isolationisten.

Auf dem Parteikonvent von 1932 in Chicago schürzte sich der Knoten, und es gehörte sicher zu Roosevelts taktischen Meisterleistungen, daß er ihn löste, ohne sich um seine Chancen für die Präsidentschaft zu bringen. Zur Wahl standen neben ihm zwei weitere Kandidaten: Alfred Smith, der dadurch Roosevelts New Yorker Hausmacht zu spalten versuchte, und John Garner aus Texas, genannt »Cactus Jack«, der Sprecher des Repräsentantenhauses, den Hearst ins Rennen schickte.

Um sich von diesem Zwei-Fronten-Druck zu entlasten, hatten sich Roosevelt und dessen Stratege Howe etwas Besonderes einfallen lassen. Sie hatten Jim Farley in das Amt des Parteivorsitzenden gehievt, und sie hielten den Rest des konservativen Parteiestablishments mit der Drohung nieder, die Affaire um den korrupten Bürgermeister von New York, Jimmy Walker, noch vor der Präsidentenwahl aufzudecken, sollte die Nominierung Roosevelts zum Kandidaten scheitern.

Unter diesen Umständen sahen alle Beteiligten der Entscheidung in Chicago mit äußerster Spannung entgegen. Für die Nominierung war eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Delegierten erforderlich, insgesamt 770 Stimmen. Doch votierten für Roosevelt im ersten Wahlgang nicht mehr als 666 Deligierte. Im zweiten Wahlgang gewann er zwar einige Stimmen hinzu. Aber im dritten hatte er sich noch immer nicht über den Stand von 683 Stimmen hinaus verbessert. Dagegen hielten Smith 191 und Garner 102 Stimmen, zusammen 293.

Es bestand also die Gefahr eines toten Rennens, was wiederum die Gefahr eines »dark horse« erhöhte, eines unbekannten Überraschungskandidaten, den die eine oder andere Seite in letzter Minute präsentierte, um eine Entscheidung zu ihren Gunsten zu erzwingen. Tatsächlich wurde ein solcher Versuch, den das konservative Lager um DuPont und das Bankhaus Morgan vor dem zweiten und dritten Wahlgang mit Wilsons ehemaligem Kriegsminister Newton Baker zu starten versuchte, hinter den Kulissen vom Roosevelt-Lager nur mit Mühe niedergeschlagen.

Vor dem vierten Wahlgang lagen die Dinge so, daß nur noch die Haltung des Zeitungskönigs Hearst, der über die Stimmen von Texas und Kalifornien verfügte, die Entscheidung bringen konnte. Bei dem Isolationisten Hearst stand der Internationalist Baker sowieso auf der Schwarzen Liste. Aber Hearst haßte auch Roosevelt, der ihn 1926 um die Wahl zum Gouverneur von New York gebracht hatte. Andererseits war Hearst klug genug einzusehen, daß er nichts mehr gewinnen konnte, wenn er Garner weiter mit Smith zusammenband.

In dieser dramatischen Pattsituation hing Roosevelts Nominierung am seidenen Faden. Alles kam jetzt darauf an, mit Hearst irgendeinen Handel – ein sogenanntes »bargaining« – zustande zu bringen. Dabei bestand die Schwierigkeit darin, daß der Zeitungszar auf seinem kalifornischen Renaissanceschloß San Simeon weilte, während sich der Kandidat Roosevelt in seinem Gouverneurspalast in Albany bei New York aufhielt.

Es waren schließlich Howe und Joseph Kennedy, die in dramatischen Telefongesprächen von Chicago aus einen Direktkontakt zwischen dem Verleger und dem Bewerber zustande brachten. Hearst ließ sich von Roosevelt telefonisch versprechen, daß dieser als Präsident weder den Beitritt der USA zum Völkerbund in Genf, noch zum Weltgerichtshof in Den Haag vollziehen werde. Dann erhielt er Hearsts Segen. Roosevelt wurde also vor seiner Nominierung auf eine isolationistische Plattform in der Außenpolitik eingeschworen.
Daraufhin wies Hearst die 102 texanischen und kalifornischen Wahlmänner an, nicht mehr für Garner, sondern für Roosevelt zu stimmen. Der »glückliche Krieger« erhielt im letzten und vierten Wahlgang 945 Mandate, mehr als er für die Nominierung benötigte. Ein halbes Jahr später ging für den Fünfzigjährigen der Plan auf, den er sich als Fünfundzwanziger vorgenommen hatte: Mit 22,8 Millionen Stimmen wurde er zum 32. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Das war im November 1932. Zwei Monate später kam in Berlin, 6000 Kilometer von Washington entfernt, Adolf Hitler an die Macht ...

---

Anmerkungen

1 Dallek, Roosevelt, S. 9.
2 ebda., Roosevelt, S. 11f.
3 Roosevelt, Parents, S. 85.
4 Thomas Ferguson, From Normalcy To New Deal: Industrial Structure, Party Competition, and American Public Policy in the Great Depression. Cambridge/Mass. (o. J.) (unveröffentlichtes Manuskript) S. 4.

# 3.

# Kleine Erfolge, große Worte

Viereinhalb Jahre nach dem »Schwarzen Donnerstag« des Jahres 1929 – dem Zusammenbruch der Aktienmärkte in der Wallstreet, der Bank- und Börsenstraße New Yorks – erlebten die Vereinigten Staaten den schwärzesten Augenblick ihrer Geschichte. Wie ein Wirbelwind war die Wirtschaftskrise über die ganze Erde hinweggefegt. Überall hatte sie das feingesponnene Netzwerk der Handels- und Finanzbeziehungen zerrissen, die politischen Landschaften verwüstet und die Menschen massenhaft um ihre Ersparnisse gebracht. Ende Februar 1933 zogen über Amerika neue Gewitterwolken auf.

Verschiedene Bundesstaaten meldeten abermals eine Welle von Bankenzusammenbrüchen. Sie sahen sich gezwungen, sogenannte »Bankfeiertage« einzuführen. An ihnen blieben die Institute geschlossen, weil sie illiquide zu werden drohten. Am 3. März 1933, einem Freitag, steigerte sich die allgemeine Nervosität zur offenen Panik: In hellen Scharen rannten die Kunden an die Schalter und räumten ihre Konten. Der Wirtschaftskreislauf Amerikas stand vor einem Kollaps, weil der Geldstrom versiegte. Am nächsten Tag betrat Franklin Delano Roosevelt erstmals als Präsident das Weiße Haus.

Die Zeichen standen auf Sturm. Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise war fast ein Drittel der amerikanischen Banken Pleite gegangen. Sie hatten die Spareinlagen ihrer Kunden in Spekulationsgeschäften verschleudert. Die Aktien und Schuldverschreibungen, in denen Hunderttausende von Anlegern und Sparern ihr Vermögen investiert hatten, besaßen nur noch ein Sechstel ihres Wertes. Immer mehr Firmen brachen unter der doppelten Last von steigenden Schulden und sinkenden Preisen zusammen. Es gab fast 13 Millionen Arbeitslose, 25% der erwerbstätigen Bevölkerung. Damit war jeder zehnte Amerikaner von Armut, Hunger und Not bedroht.

In einer gewissen Weise wurden die Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaftskrise vom Ersten Weltkrieg eingeholt, und zwar nicht ohne eigenes Verschulden. Der Kreislauf aus deutschen Reparationen, alliierten Kriegsschuldenzahlungen und amerikanischen Krediten, der die Weltwirtschaft nach dem Krieg zehn Jahre lang mehr schlecht als recht in Gang gehalten hatte, wurde durch das amerikanische Spekulationsfieber überhitzt und brach zusammen.

Der Hawley-Smoot-Zolltarif von 1930 – die höchste Handelsschranke gegen ausländische Konkurrenz, die es in der amerikanischen Geschichte gegeben hatte – hinderte die europäische Wirtschaft an einer nachhaltigen Erholung,

weil er den Export in die USA versperrte, den größten Einzelmarkt der Welt. Die Folge war ein katastrophaler Konjunkturabschwung, in dessen Verlauf sich das englische Pfund vom Goldstandard löste. Damit brach das internationale Währungssystem, Grundlage der Weltwirtschaft seit hundert Jahren, auseinander.
Nicht ohne Grund forderte der frisch gebackene Präsident in seiner ersten Botschaft an den Kongreß

»unumschränkte Exekutivgewalt, um den Krieg gegen die Not richtig führen zu können, so umfassend wie die Machtbefugnisse, die ich erhalten würde, wenn tatsächlich ein fremder Feind unsere Grenzen überschritten hätte.« [1]

Zwei Tage später, am Montag, den 6. März 1933 ließ Roosewelt die amerikanischen Banken für eine Woche schließen. Im Krieg gegen die Krise war damit »die Stunde Null« erreicht, jener tiefste Punkt auf der wirtschaftlichen Talsohle, von dem aus es eigentlich nur noch aufwärts gehen konnte.
In den nächsten hundert Tagen bombardierte Roosevelt den Kongreß mit Gesetzesinitiativen, Anträgen auf Notverordnungen und moralischen Appellen. Repräsentantenhaus und Senat, die sich in der Vergangenheit immer als sehr selbstbewußte Legislative aufgeführt hatten, waren plötzlich Wachs in seinen Händen. Das ganze Land vibrierte wieder vor lauter Tatendrang, Experimentierfreude und Optimismus. Und so kristallisierte sich allmählich das heraus, was als »New Deal« wie ein Mythos in die amerikanische Geschichte eingegangen ist.
Der Begriff war schwer übersetzbar. Wörtlich genommen bedeutete er soviel wie »neuer Handel« etwa in dem Sinne, wie man beim Kartenspiel ein neues Blatt ausgibt oder eine neue Runde eröffnet. »Neuanfang« könnte man vielleicht ganz unpathetisch sagen, aber am besten läßt man es bei der amerikanischen Formulierung. Roosevelt hatte das Wort erstmals auf dem Parteikonvent der Demokraten 1932 in Chicago verwendet, den er nach seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten aufsuchte.

»Ich verpflichte Sie, ich verpflichte mich auf einen New Deal für das amerikanische Volk.«

Das waren damals seine Worte gewesen. [2]
Vielleicht lag es an der semantischen Unklarheit. Aber eigentlich war schon damals nicht ganz klar, was dieser New Deal war. Eine Reform? Eine Befestigung alter Besitzverhältnisse durch neue Methoden? Ein soziales Hilfsprogramm? Ein Versuch der Konjunkturbelebung? Eine Transformation des politischen Systems? Ein Staatsumbau? Über den New Deal gibt es heute eine unübersehbare Fülle an Literatur mit immer neuen Definitionsversuchen. William Leuchtenberg nannte ihn »merkantilistisch«. Für W. A. Williams und Barton Bernstein, die radikalen Revisionisten unter den amerikanischen Historikern, bestand das Ergebnis aus einem »syndikalistischen« oder einem »Makler-Staat«. Der deutsche Historiker Ernst Nolte ordnete den New Deal in

den Formenkreis der »Epoche des Faschismus« ein, als die er die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bezeichnete. Aber für viele Amerikaner, die ihn miterlebten, war er reiner Kommunismus.

Die Hauptschwierigkeit mit dem New Deal bestand von Anfang an darin, daß er für das Erscheinungsbild der Vereinigten Staaten etwas völlig Neues bedeutete, daß er deshalb politisch auf das äußerste umstritten war und daß alle diese Konflikte noch jahrzehntelang in den Kontroversen der Wissenschaftler nachzitterten. Je nachdem, ob sich der betreffende als Traditionalist, Revisionist oder Marxist verstand, empfand er den New Deal als positiv, als gelungen oder mißglückt, als Errungenschaft oder als Enttäuschung, als links oder rechts. Und wahrscheinlich hatte jeder auf seine Weise recht.

Es ist wenig sinnvoll, den vorhandenen Definitionsversuchen immer neue hinzuzufügen. Wichtiger ist die Analyse der Kräfte, die hinter dem New Deal standen und die ihn bekämpften. Dabei wird deutlich, daß er, streng genommen, weder »links« noch »rechts« war, daß er weder einseitig die Unternehmer, noch einseitig die Arbeitnehmer begünstigte und daß er rund 20% der erwerbstätigen Bevölkerung, die meisten Schwarzen und viele andere Minderheiten, überhaupt nicht erreichte.

Im Grunde war der New Deal eine Waffe, mit deren Hilfe die liberaldemokratische Allianz – übrigens bisweilen in einer ziemlich illiberalen und undemokratischen Weise – über die protektionistisch-konservative Koalition triumphierte. Aber auch das nur bis 1936 und dann erst wieder ab 1941. Dazwischen lag der Kriegsausbruch.

Ganz nüchtern gesprochen, bestand der New Deal aus einer Reorganisation des amerikanischen Bankensystems, der Landwirtschaft und der Industrie. Dazu kamen bestimmte Arbeitsbeschaffungsprogramme, Sozial- und Steuergesetze. Seine Mittel waren laut Roosevelt »Aktion, Experiment, Führerschaft« des Präsidenten. Seine Ziele lauteten »Hilfe, Erholung, Reform«. Der harte Kern des New Deal bestand aus einer »bewußten Anwendung und Ausweitung der exekutiven Befugnisse« (Waldemar Besson) – bis an die Grenze des Verfassungsbruchs.

Roosevelts erste Tat war der Nationale Bankfeiertag vom 6. März 1933, ein Vorgang, den ein Kongreßabgeordneter mit den bissigen Worten kommentierte:

»Der Präsident vertrieb die Geldwechsler aus dem Kapitol, und ein paar Tage später waren sie wieder drin.« [3]

Schon das war ein Indiz dafür, daß der New Deal zum Teil auf einer optischen Täuschung beruhte. Roosevelts letzte Tat bestand aus dem »Fair Labor Standard Act« von 1938, ein Gesetz, das 750000 Arbeitern Lohnerhöhungen brachte.

In seiner Kongreßbotschaft vom 4. Januar 1939 erklärte der Präsident selbstbewußt:

»Wir haben die Periode interner Konflikte . . . hinter uns . . .«. [4]

Dabei hatten sie sich vor eineinhalb Jahren wieder verstärkt, seit die »Roosevelt-Depression« von 1937 alle Erfolge der »Roosevelt-Revolution« auszulöschen drohte. Wer weiß, ob dieser Präsident noch die Wahlen von 1940 gewonnen hätte, wenn nicht ein Jahr vorher der Zweite Weltkrieg ausgebrochen wäre.

Innen- und Außenpolitik hingen unter Roosevelt sehr eng miteinander zusammen, und das Hervorstechende am New Deal war nicht etwas Fertiges, ein bestimmtes Programm oder eine bestimmte Leistung, die sich in Zahlen ausdrücken läßt, sondern die Dynamik, das Widersprüchliche, Unfertige und Kreative. So wurde Roosevelt vorgeworfen, er betreibe eigentlich gar keine Wirtschaftspolitik und wahrscheinlich sogar die falsche Finanzpolitik, die sich am Ausgleich des Budgets orientierte, anstatt durch kräftiges »deficit spending« Nachfrage zu schaffen. Diese Vorwürfe bestanden zu Recht. Jedenfalls verfehlte Roosevelt das Nahziel seiner Präsidentschaft, die Beseitigung der Depression, und ihrer Hauptursachen: die Überproduktion der Landwirtschaft und die Überkapazität der Industrie. Bereits 1939 gab es in Amerika wieder 9,5 Millionen Arbeitslose, und das Bruttosozialprodukt lag immer noch unter dem Wert von 1929.

Aber trotzdem bekam das, was der New Deal war, in und nach dem Zweiten Weltkrieg weltweiten Modellcharakter. Hinter dem Übergang von der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft standen Kräfte, die in der Lage waren, einen langfristigen stabilen und überlegenen Trend der amerikanischen Gesellschaft international zu etablieren. Und wahrscheinlich lag das Geheimnis dieses epochalen Erfolges da, wo es der amerikanische Historiker Christopher Lasch vermutete: In der Fähigkeit des amerikanischen Kapitalismus, »Alternativen auszuschließen«. [5]

Der New Deal wurzelte in der Progressiven Bewegung und in der Organisation der amerikanischen Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkrieges. Damals hatte der New Yorker Finanzier Bernard Baruch, einer von Roosevelts jüdischen Freunden, das Kriegsindustrie-Amt aufgebaut, eine riesige, mächtige und weltumspannende Behörde. Sie sollte Amerikas unerschöpfliche Ressourcen möglichst schnell und möglichst effektiv in Kriegsmaterial, Waffen und Munition umsetzen. Dieses »War Industries Board (WIB)« diente Baruch und anderen ehemaligen WIB-Leuten, die vor und nach dem Krieg wichtige Positionen in der amerikanischen Finanz und Industrie bekleideten, schon in den zwanziger Jahren als Modell für freiwillige Wettbewerbsbeschränkungen zur Erzielung einer höheren Produktivität in der amerikanischen Wirtschaft. Es stand in den dreißiger Jahren für jene Mammutbehörde Pate, die sich »National Recovery Agency« (NRA, etwa: »Büro für die nationale Erholung«) nannte. Sie regulierte die Beziehungen zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie einerseits und den Arbeitgebern und Arbeitnehmern andererseits.

Auch Roosevelts Vorgänger, Präsident Herbert Hoover, obwohl Republikaner, hatte seinen Anteil an der Entstehung des New Deal. Er war keineswegs

der rückständige Laissez-Faire-Kapitalist, als der er im Wahlkampf 1932 von bestimmten Demokraten karikiert wurde. Im Gegenteil war Hoover ein gutes Beispiel dafür, wie nahe auch bestimmte Republikaner dem liberal-demokratischen Denken kamen. Der ehemalige Bergwerksingenieur und Star-Prospektor aus dem Mittleren Westen hatte im und nach dem Ersten Weltkrieg die amerikanische Ernährungswirtschaft und die US-Hilfsorganisationen im zerstörten Europa aufgebaut. Das hatte er so erfolgreich getan, daß US-General Pershing mit gutem Recht behaupten konnte: »Herr Hoover regelt die Ernährung der Welt.« [6]

In den zwanziger Jahren machte Hoover als Handelsminister unter Präsident Harding die Idee des Außenhandels unter den amerikanischen Banken und Handelsleuten populär. Von den Hochschulen des Landes rekrutierte er die kommerziell-technische Intelligenz, die zusammen mit den Praktikern der US-Kriegswirtschaft die privaten Unternehmer zu neuen, nach außen gerichteten Aktivitäten bekehrte. Hoover predigte das neue amerikanische Evangelium der Serialisierung, Spezialisierung, Standardisierung, Massenproduktion, Kostenrechnung und der kapitalistischen Effektivität.

»Kurzum«, schrieb ein englischer Publizist an der Wende der zwanziger zu den dreißiger Jahren, »Herr Hoover hat die Amerikanisierung Amerikas erreicht, die bis dahin nur als Traum weniger Amerikaner und als Alptraum der meisten Europäer existiert hatte.« [7]

Präsident Hoover etablierte in der öffentlichen Meinung Amerikas die Überzeugung, daß sich Prosperität und Depression politisch kontrollieren ließen. Aber die riesigen Korporationen, die unter seiner Regie in der amerikanischen Wirtschaft entstanden, mächtige Kollektive von Kapital und Produktivität, waren vor allem dazu da, mit den ausländischen Monopolen zu konkurrieren. Vor der Errichtung eines korporativen Staates schreckte Hoover freilich im entscheidenden Moment zurück. Deshalb verlor er den Kampf gegen die Depression, gegen die Demokraten und gegen Roosevelt.

Die eigentliche Geburtsstunde des New Deal schlug denn auch erst mit jenem berühmten Memorandum, das Professor Raymond Moley von der New Yorker Columbia-Universität am 19. Mai 1932 für den demokratischen Präsidentschaftsbewerber Roosevelt anfertigte. Es war gewissermaßen die Geburtsurkunde des New Deal, seine Magna Charta. Es nahm ihn in allen wesentlichen Grundzügen von Anfang bis Ende vorweg. Moley gehörte jenem legendären »Brains Trust« an, dessen Vorgeschichte sich in den Wirren der liberal-demokratischen Revolution innerhalb der Demokratischen Partei verlor.

Dabei handelte es sich um einen Kreis von Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen, der sich aus der Efeu-Liga der Elite-Universitäten und aus der »Taylor Society« rekrutierte. Elitär, akademisch und politisch ehrgeizig, war der »Brains Trust« stark mit jüdischen Intellektuellen durchsetzt. Seine Zusammensetzung wechselte, und der Stellenwert seiner Mitglieder stieg und sank je nach dem, welches Ansehen sie gerade beim Präsidenten selbst

genossen. Wahrscheinlich kann man die Professoren Raymond Moley und Rexford Tugwell sowie die Juristen Adolph Berle, Louis Brandeis und Felix Frankfurter als ihre wichtigsten Köpfe bezeichnen. Abgesehen von Moley, der Roosevelts Chefberater freilich nur in den ersten »hundert Tagen« war, besaßen Berle, Brandeis und Frankfurter wahrscheinlich den stärksten Einfluß auf den Präsidenten in der Zeit von 1933 bis 1939.

Von diesen drei Juden war der weißhaarige Richter Brandeis, der 1933 schon im 77. Lebensjahr stand, die bekannteste Gestalt. Er stammte aus Kentucky, hatte die Harvard Law School besucht und wurde 1908 als Anwalt durch den legendären Fall »Müller gegen Oregon« berühmt. In diesem Prozeß setzte Brandeis den Schutz der weiblichen Arbeitskraft mit Hilfe humanitärer Argumente vor dem Obersten Bundesgericht durch. Brandeis war antibritisch, progressiv, ein Wilsonianer und einer der Vorkämpfer gegen die großen Konzerne, das »corporate business«. Sein Buch »Anderer Leute Geld« (»Other People's Money«) beeinflußte die frühe Roosevelt-Administration.

Der Jurist Berle, ein früherer Mitarbeiter von Brandeis, war mit seinen achtunddreißig Jahren der brillianteste Kopf von den dreien. Er hatte schon in jungen Jahren als Assistent des US-Hochkommissars für Polen an der Friedenskonferenz in Versailles teilgenommen. Später betätigte er sich als Anwalt in New York und im Stab der Columbia Universität. Seit seiner phantastischen Harvard-Karriere galt der Jurist als Star-Intellektueller, der auch ein programmatisches Buch »Die moderne Verfassung des Privateigentums« (»Modern Corporation of Private Property«) geschrieben hatte. Im März 1938 wechselte er vom »Brains Trust« als Unterstaatssekretär in das Außenministerium über.

Berle gehörte zu den Schülern des einundfünfzigjährigen Felix Frankfurter, einer der wichtigsten und rätselhaftesten Figuren der Roosevelt-Zeit. Er war in dem Trio der einflußreichste und cleverste Mann. Gebürtig in Wien, lebte er seit 1894 in den USA; von 1914 bis 1933 arbeitete der Anwalt als Professor an der Harvard Law School. Ohne offizielle Funktion hatte Frankfurter einen beträchtlichen Einfluß auf den New Deal, auf die amerikanische Außenpolitik und auf Roosevelt selbst, wie seine jahrelange Korrespondenz mit dem etwa gleichaltrigen Präsidenten zeigt. Außerdem war Frankfurter eine Art »Ein-Mann-Personalbüro«, das viele junge Leute für die Administration aquirierte, die meisten von ihnen natürlich aus der Frankfurter Schule in Cambridge/Boston.

Um den »Brains Trust« entstand deshalb ein Mythos, weil er für die amerikanische Politik etwas völlig Neues war. Kein Präsident vor Roosevelt hatte sich eines ähnlichen Denkapparates bedient. Keiner vor ihm – mit der Ausnahme Wilsons – war im 20. Jahrhundert auch mit einem ähnlich hohen programmatischen Anspruch angetreten. Freilich wurde der Einfluß des »Brains Trust« auch vielfach überschätzt. Abgesehen davon, daß seine Mitglieder längst nicht immer einer Meinung waren, mußte er seinen unbestreitbaren Einfluß auf die Politik des Präsidenten, die übrigens immer sehr pragmatisch war, mit vielen anderen Gruppen, Gremien und Einzelpersonen teilen. Roosevelt schien die

Intellektuellen in seiner Umgebung auch nicht immer todernst zu nehmen. Jedenfalls brachte er sie immer dann zur Verzweiflung, wenn er sie aufforderte, ihre teils weit auseinanderklaffenden Pläne »miteinander zu verweben«.
Seinen Hauptwiderspruch, wahrscheinlich aber auch seine produktivste Kraft verdankte der New Deal zwei Umständen. Der »Brains Trust« erkannte die Konzentration wirtschaftlicher Macht als Haupttrend der amerikanischen Geschichte an. Aber er setzte ihr eine zentrale Planung – verkörpert durch die Bundesregierung, ihre Oberbehörden und Büros – als Gegengewicht innerhalb eines zentralisierten Gesamtsystems entgegen. Das war der Grundgedanke des »korporativen« oder »körperschaftlichen« Kapitalismus, der damals in Mode kam und der die westliche Welt im Laufe der nächsten Jahre eroberte.
Dieser korporative Kapitalismus war insofern »progressiv«, als er die geheiligten Traditionen des amerikanischen Manchesterkapitalismus dadurch brach, daß er eine durch Vertrag und Gesetz geordnete Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat sowie zwischen den Sozialpartnern als gesellschaftspolitisches Ideal etablierte – die Keimzelle der späteren »Sozialen Marktwirtschaft«. Aber der New Deal war zugleich »konservativ«, weil er die Herrschaft des »big business« nicht abschaffte, sondern die kapitalistische Machtelite innerhalb des amerikanischen Gesamtsystems durch eine andere, wenn auch stärker sozial und international orientierte Machtelite ersetzte.
Der New Deal gab nicht nur den Juristen, sondern auch den Sozialingenieuren der Universitäten und Top-Managern der großen Konzerne eine große Macht, sofern sie der liberal-demokratischen Koalition angehörten. Sie, vereinzelt auch Privatbankiers und Unternehmer, saßen in den Lenkungsgremien des New Deal, in denen über Beschäftigung, Kredit, Wachstum und Geldwertstabilität entschieden wurde. Wobei die Faustregel galt, daß ein Mann mit der Auszeichnung, lange Lohnlisten bezahlt zu haben, auch in der Lage sein müsse, jede ihm anvertraute Regierungsaufgabe zu lösen.
Wohin diese wirtschaftsbezogene Personalpolitik führte, zeigte zum Beispiel der Beraterstab des Handelsministeriums, das sogenannte »Business Advisory Council«, das hinter der Reorganisation der amerikanischen Industrie stand. Unter dem Vorsitz von Walter Teagle (Standard Oil), gehörten ihm Henry Harriman (Präsident der US-Handelskammer), Thomas Watson (Internationale Büromaschinen), Walter Gifford (American Telefone & Telegraph), Gerald Swope (General Electric), Winthrop Aldrich (Chase National Bank, ein Schwiegersohn John D. Rockefellers) und Averell Harriman (Union Pacific Railways) an. Da waren sie wieder die Spitzenvertreter des Hochtechnologie-Freihandels-Blocks, die Herren der neuen Zeit.
In dieser Umgebung wirkte ein Mann wie Joseph Kennedy beinah anachronistisch. Aber er war das beste Beispiel eines »leitenden Einzelkämpfers« für den New Deal. Der rothaarige, muskulöse und hochgewachsene Kapitalist hatte mit den Sozialreformen sicher wenig im Sinn. Er selbst bezeichnete sich als Isolationisten, und er wurde von einem Untersuchungsausschuß des Senats als Spekulant entlarvt, bevor er 1934 den Vorsitz ausgerechnet über die Kommis-

sion übernahm, die das Bankwesen reformierte. Seine Gegner bezeichneten diese Wahl daher auch als einen »Schlag ins Gesicht des New Deal«.

Kennedy hatte den größten Teil seines Vermögens mit Grundstücks- und Börsenspekulationen gemacht. Aber seine Berufung durch Roosevelt zeigte, daß es dem Präsidenten nicht auf die ideologische Überzeugungstreue oder auf eine besonders weiße Weste ankam, sondern auf Verbindungen zur amerikanischen Wirtschaft, auf politische Fähigkeiten und auf publizistische Wirksamkeit. Es ist sicher unmöglich, alle Kontakte aufzuzählen, die der Katholik aus Boston in das Roosevelt-Lager einbrachte. Eine kleine Auswahl zeigt jedoch schon, wie exemplarisch der Fall Kennedy war.

Kennedy kannte Roosevelt aus dem Ersten Weltkrieg. Damals hatte er als Manager einer Werft des US-Stahlriesen »Bethlehem Steel« für den Stellvertretenden Marineminister Zerstörer und U-Boote gebaut. Außerdem war Kennedy mit der Tochter des Bostoner Bürgermeisters verheiratet und in der Lokalpolitik des wichtigen Bundesstaates Massachusetts beheimatet, was dessen Verhalten bei Roosevelts erster Wahl von 1932 sicher positiv beeinflußte. Kennedy machte sich auch finanziell um den Präsidentschaftsbewerber und dessen Freunde verdient. Er selbst hatte Roosevelts Kampagne von 1932 mit 25000 Dollar unterstützt. Später lieh er der Demokratischen Partei weitere 50000 Dollar und sammelte für sie schließlich noch einmal 100000 Dollar in der Wallstreet, wo man wegen der Bankenreformen keineswegs gut auf Roosevelt zu sprechen war.

Über den Wallstreet-Spekulanten Elisha Walker hatte Kennedy selbst die besten Verbindungen zum Zentrum der amerikanischen Finanz. Aber er hatte auch vorzügliche Kontakte zum »neuen Geld«, indem er Amadeo Gianini kannte, der Roosevelts erste Wahlkampagne ebenfalls finanzierte. Mit Hilfe seiner Bank of Italy hatte dieser ehemalige Gemüsehändler aus San Francisco die »Bank of America« erworben. Binnen weniger Jahre stieg sie – sehr zum Verdruß der New Yorker Geldaristokratie, aber auch begünstigt durch Kennedys Bankreform – zu einem der führenden Häuser der Vereinigten Staaten auf.

Kennedy stand schließlich auch im Dienste der amerikanischen Medien-Industrie. Vorübergehend hatte er sich als Finanzier in Hollywood betätigt, in den zwanziger Jahren Amerikas viertstärkster Industriezweig, und dort binnen 32 Monaten fünf Millionen Dollar verdient. Seit 1927 war Kennedy außerdem geschäftlich mit der »Radio Corporation of America« (RCA) liiert, einem der größten Medienkonzerne der Welt, dessen Präsident, Owen Young, den nach ihm benannten »Youngplan« für Deutschlands Reparationen entwarf.

Der praktizierende Katholik Kennedy, der natürlich den New Yorker Kardinal Francis Spellman kannte, unterhielt besonders enge Beziehungen zum Vatikan. Er erfreute sich der besonderen Wertschätzung durch den Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. Auf einer Amerikareise ließ es sich der Kirchendiplomat nach einer Visite im Weißen Haus

nicht nehmen, bei den Kennedys vorbeizuschauen. Außerdem gab er Kennedys jüngstem Sohn Edward, dem heutigen Senator, bei anderer Gelegenheit die erste Kommunion.

Für Roosevelt und den New Deal waren so erfolgreiche »Türöffner«, Verbindungsleute und Mitstreiter wie Kennedy von unermeßlichem Wert. Sie brachten die Kontakte zur politischen Prominenz einzelner Bundesstaaten, zur Wirtschaft und zur Hochfinanz, zu den Medien und zu bestimmten Minderheiten mit, die der Präsident brauchte, um seine gesellschaftspolitischen Leitvorstellungen und seine Außenpolitik gegen den konservativ-protektionistischen Block und mächtige Einzelinteressen durchzusetzen. In Form von Geld, Ansehen und Einfluß verbreiterten Leute wie Joseph Kennedy die innenpolitische Basis Roosevelts nach rechts, was freilich der New Deal mit einem Verlust an progressivem Profil bezahlen mußte.

Immerhin hatten sich 1934/35 die Errungenschaften des »Korporativen Kapitalismus« so weit entfaltet, daß die neuen Machtstrukturen sichtbar wurden: Der Kongreß, in dem die Reformer seit der Wahl von 1934 noch stärker vertreten waren; die riesigen neuen Bundesbehörden und -agenturen, die mit ihren weitgesteckten Kompetenzen den Kongreß und die Einzelstaaten zu überwuchern drohten; und an der Spitze der Pyramide ein Präsident, der dank der Sondervollmachten, die ihm der Kongreß in der Stunde der Not gewährt hatte, über eine noch nie dagewesene Fülle an Macht verfügte. Dagegen hatte der pensionierte Vizepräsident von DuPont, John Raskop, die »Liberty League« (Freiheitsliga) gestellt, eine mächtige Organisation, die zu den Zuständen von vor 1929 zurückkehren wollte.

Im Frühjahr 1935 bat Roosevelt das Parlament, den Kongreß, um die Bewilligung von fast fünf Milliarden Dollar für die Linderung der Not, die noch immer in vielen Teilen der Vereinigten Staaten herrschte. Der Opposition erschien das als Signal für den Abmarsch Amerikas in den Wohlfahrtsstaat, der angeblich die traditionellen Werte ihres Landes zu vernichten drohte. Gleichzeitig machte Roosevelt Anstalten, seine weitgespannten außenpolitischen Möglichkeiten zu nutzen. Er beschäftigte sich erstmals ernsthaft mit jenem Weltfriedensplan, der die regionalen Krisen im Pazifik, in Nordafrika und in Europa in einer einzigen gigantischen Anstrengung lösen sollte. Damit schien er die Vereinigten Staaten stärker, als es der Opposition gut dünkte, in die Weltpolitik einzubinden.

Kurzum, die liberal-demokratische Koalition hatte Mitte der dreißiger Jahre den Punkt erreicht, an dem sie die konservativ-protektionistische Koalition zum offenen Widerstand herausforderte. In den folgenden fünf Jahren, praktisch bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, kam es daher zu einer heftigen innenpolitischen Konfrontation, wobei die Tatsache, daß sich jede der beiden Seiten mit dem Ganzen identifizierte, den hochgestimmten, dramatischen und teilweise erbitterten Ton der damaligen Debatten erklärte. Spätestens von jetzt an ließen sich die innenpolitischen und außenpolitischen Dimensionen dieser Auseinandersetzung nicht mehr voneinander trennen. Die Opposition ver-

suchte vielmehr, dem New Deal und dem Präsidenten in beiden Richtungen Fesseln anzulegen.

Tatsächlich fielen die Hammerschläge dicht an dicht. Am 27. Mai und 6. Juni 1935 erklärte der Oberste Bundesgerichtshof zwei der drei Kernpunkte des New Deal für verfassungswidrig: die Reform der Industriestruktur und die Reform der Landwirtschaft. Knapp zwei Monate später, am 31. August 1935, verabschiedete der Kongreß das erste Neutralitätsgesetz, das die Verwicklung der Vereinigten Staaten in fremde Kriege durch den Präsidenten ausschließen sollte. Zweieinhalb Jahre nach seiner Wahl schien Roosevelt damit an die Grenzen seiner Macht zu stoßen. Aber er kämpfte sich wieder frei, wobei er von den Mitteln der Demagogie, der List und der Täuschung nicht zurückschreckte.

In jenem Sommer 1935 begann der Grabenkrieg zwischen »Isolationisten« und »Internationalisten«, der uns im nächsten Kapitel beschäftigen wird. In jenem Sommer 1935 begann auch der Versuch Roosevelts, den New Deal bei unverändert konservativen Machtstrukturen links zu überholen. Das Ergebnis dieses Zwei-Fronten-Krieges war ein echter Verfassungskonflikt zwischen dem Präsidenten einerseits, dem Kongreß und dem Obersten Bundesgericht andererseits, der die Vereinigten Staaten von Amerika in einer besonders kritischen Phase der Weltpolitik vor eine innere Zerreißprobe stellte.

Bis zum Sommer 1935 hatte sich im Grunde nicht viel an jenem Zustand geändert, den Roosevelt bei seinem Amtsantritt als skandalös beschrieben hatte [8]: Zwei Drittel der amerikanischen Wirtschaft, Industrie, Handel und Finanz beherrschten 5000 Führungskräfte in 600 Konzernen, nur daß es jetzt teilweise andere Konzerne waren. Die Depression war nicht beseitigt, und bei den Arbeitskämpfen überall im Lande hatte es sogar Tote gegeben. Der kleine, beleibte und bebrillte Pater Coughlin aus Michigan, der sich »Radiopriester« nannte, beschimpfte den Präsidenten in seinen Sendungen als »Schuft«, »Lügner« und »Betrüger«. Wenn seine Stimme über den Äther kam, hingen 30 bis 40 Millionen Amerikaner an den Lautsprechern, eine noch nie dagewesene Zahl.

Die sozialen Konflikte im Amerika der dreißiger Jahre waren nicht gelöst, und durch die Dauerdepression wurden sie sogar noch größer. Ein früherer Weggefährte Roosevelts, der demokratische Senator Hugh Long aus dem südlichen Louisiana, peitschte seine Wähler mit der Parole auf: »Teilt den Reichtum«, und der Arzt Dr. Townsend, ebenfalls ein freischaffender Künstler der Politik und Gegner des Präsidenten, wollte jeden Arbeitnehmer, der sich zur Ruhe setzte, 200 Dollar schenken, wenn der Betreffende versprach, sie zur Konjunkturbelebung innerhalb der nächsten 30 Tage auszugeben.

Es war eine Zeit großer Worte und kleiner Erfolge. Noch Anfang 1936 mußte Roosevelt kleinlaut eingestehen:

»Ich sehe ein Drittel des Landes in schlechten Wohnungen, schlecht gekleidet, schlecht ernährt.« [9]

Ein Drittel? Das waren mehr als 40 Millionen Menschen, eine riesige Zahl. Mit dem Verbot der »Agentur für nationale Erholung« durch das Oberste Bundesgericht war überdies ein neues Gesetz über die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern fällig geworden. Die Vorgeschichte des berühmten »Wagner-Acts«, der im Spätsommer 1935 verabschiedet wurde und die amerikanischen Gewerkschaften erstmals als unabhängige Tarifpartei anerkannte, zeigte deutlicher als manches andere, daß aus Roosevelt nicht über Nacht ein Linker geworden war. Er hatte das Gesetz ohne großen Enthusiasmus unterstützt.

Zwar verdoppelte sich die Zahl der organisierten Arbeitnehmer in den nächsten beiden Jahren auf 7,2 Millionen, wobei es zur Spaltung der Arbeiterbewegung in die korrupte »American Federation of Labor« (AFL) und den etwas radikaleren »Congress of Industrial Organisation« (CIO) kam. Aber der Präsident arbeitete zu keinem Zeitpunkt wirklich mit einem der Gewerkschaftsführer zusammen, und er benutzte die AFL nur manchmal zu taktischen Zwecken, um die Arbeiter ruhig zu halten.

Auch die Sozial- und Steuergesetze, die 1935 den Kongreß passierten, waren nicht mehr als Anfangserfolge auf dem langen Weg zu mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung. Für die Gleichberechtigung der Neger und anderer Minderheiten tat der Präsident so gut wie nichts, was ihm den Vorwurf eintrug, er habe vor dem Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft kapituliert.

Im Februar 1937 versuchte Roosevelt sogar, das widerspenstige Oberste Bundesgericht durch eine Justizreform aus den Angeln zu heben, was strenggenommen einem Putsch gleichkam, zumindest einem Frevel an der ehrwürdigsten Institution der amerikanischen Verfassung. Neben diesem innenpolitischen Konfliktkurs versuchte der Präsident, sich außenpolitisch als Weltfriedenspräsident zu profilieren. Ein Teil der Medien feierte ihn als eine Art Robin Hood des Rechts und der Gerechtigkeit im Weltmaßstab, während Roosevelt seine Freunde Brandeis und Frankfurter im Obersten Bundesgericht unterbrachte.

Was die Roosevelt-Administration in den beiden Jahren von 1935 bis 1937 zustandebrachte, war eine Meisterleistung der Öffentlichkeitsarbeit. Sie wurde in den folgenden vier Jahren nur noch von der erfolgreichen Werbung für Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg übertroffen. In beiden Fällen machte sich, unterstützt durch die sich verschärfende Krise des internationalen Systems, der Machtzuwachs der liberal-demokratischen Allianz bemerkbar. Ihre Verbündeten waren die großen Radio-Netzwerke *CBS* und *NBC*; die *New York Times*, deren neuer Herausgeber Arthur Sulzberger ein Freund von Roosevelts Finanzminister Morgenthau war; die neuen Nachrichtenmagazine *Today* (später: *Newsweek*) und *Time*, die Scrips-Howard Zeitungskette, das Umfrageinstitut von Mister Gallup und ein ganzer Schwarm von Kolumnisten, Fotoreportern und Kommentatoren. Sie alle hatten den Mann Roosevelt, das Land Amerika und den Mythos des New Deal inzwischen als die Story ihres

Lebens entdeckt, und während Roosevelts Aktien in der amerikanischen Öffentlichkeit stiegen, trieb sein ehemaliger Gegenspieler, der Zeitungszar Ralph Hearst, dem finanziellen Ruin entgegen.
Der linke Zeitgeist unter Amerikas Intellektuellen begünstigte das linke Image Roosevelts, das nie ganz den Tatsachen entsprach. Die russische Oktoberrevolution von 1917 hatte den amerikanischen Kapitalisten einen Schock versetzt, aber sie hatte das geistige Klima der Vereinigten Staaten zweifellos verändert. Seit der Teilnahme vieler junger Amerikaner am Ersten Weltkrieg wuchs ihr Sinn für die internationale und soziale Gemeinschaft, und die Große Depression, die einen wahren Rattenschwanz an ruinierten Geschäftsleuten, arbeitslosen Arbeitern und entwurzelten Farmern zur Folge hatte, schärfte den allgemeinen Sinn für revolutionäre Prozesse vor allem deshalb, weil ein Teil der Unternehmer weiterhin riesige Gewinne machte.
Die Grundstimmung an den amerikanischen Universitäten war von jeher »liberal«, was nach europäischen Maßstäben »radikal« oder »links« bedeutete. Wirtschaftswissenschaftler wie der damals noch junge John Kenneth Galbraith beschäftigten sich nicht nur mit Adam Smith, dem Erzvater des Kapitalismus, sondern auch mit Karl Marx und John Maynard Keynes.

»Der Linksruck führte Ende der dreißiger Jahre zum großen Harvard-Aufruhr, der mit dem Streik und der Universitätsrevolte 30 Jahre später verglichen werden kann«,

schrieb Galbraith später in seinen Memoiren. [10]
In dieser Zeit der Studentenrebellion und der Verelendung breiter Massen, der Swing-Bands und der Wolkenkratzer, herrschte ein Bedarf an persönlichen Vorbildern und an politischer Orientierung, den Roosevelt zum Teil deckte. Man war progressiv, weil nicht alles beim alten bleiben konnte, und viele Schriftsteller, Maler, Musiker und Fotografen, die anders keine Arbeit fanden, wurden direkt abhängig vom New Deal. Sie erhielten ihre Aufträge von einer der Agenturen, die im Auftrage der Roosevelt-Administration auch für diesen Personenkreis neue Jobs zu schaffen hatten.
Auf diese Weise entstanden in den dreißiger Jahren zahllose Wandmalereien, Fotoreportagen, Musikstücke und Prosawerke, die direkt oder indirekt den Präsidenten und dessen soziale Glanzleistungen verherrlichten. Amerika erschien in den Medien als Hochburg des sozialen Fortschritts, überstrahlt von einer Gloriole der intellektuellen Erleuchtung. Aber nur wenige Intellektuelle machten sich damals klar, daß sie sich durch ihre Aktivitäten auch zu Anwälten jener banalen Machtinteressen machten, die hinter Roosevelt und dem New Deal standen. Viele unterstützten den Präsidenten freilich bewußt, weil er als Internationalist zugleich Antifaschist, Antiimperialist und ein Freund der Sowjetunion war.
Das Pathos des »kapitalistischen Realismus«, das durch die neue und reizvolle Symbiose von Kunst, Kommerz und Politik entstand, fand in der Roosevelt-Administration durchaus seine Entsprechung. Die kreativen Aufträge wurden vom Finanzministerium und dort wiederum von dem Silber-Experten Edward

Groose vergeben, einem ehemaligen Bankier, der selber malte. Wie überall, so ließ Roosevelt auch hier freilich erkennen, daß ihm an extremen Linkstendenzen nicht gelegen war. Er habe

»kein Interesse an jungen Enthusiasten«, sagte er einmal, »die Lenins Portrait auf das Gerichtsgebäude malen«. [11]

Aber der Präsident hatte nichts dagegen, daß man ihn fast überall in der Welt als Schiedsrichter betrachtete.

---

Anmerkungen

1 Franklin Delano Roosevelt, Blick vorwärts. Berlin 1933, S. 217.
2 Detlef Junker, Franklin Delano Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten. Göttingen 1979, S. 60.
3 Barton J. Bernstein (Ed.), The Conservative Achievements of Liberal Reform. In: Towards a New Past. Dissenting Essays in American History. London 1970, S. 268.
4 Samuel L. Rosenman (Ed.), The Public Papers and Adresses of Franklin Delano Roosevelt. Vol. VII. New York 1941, S. 1ff.
5 Gerhard Armanski, Der New Deal: Konturen eines großen sozialen Aufbruchs. In: Dollars & Träume, Heft 3, 1981, S. 17.
6 Cranstrone Jones, Homes of the American Presidents. New York/Toronto/London 1962, S. 192.
7 Ludwell Denny, America conquers Britain. New York 1930, S. 64.
8 Roosevelt, Blick, S. 29.
9 Rosenman, Papers, Vol. VI. New York 1941, S. 5.
10 John Kenneth Galbraith, Leben in entscheidender Zeit. Memoiren. München 1982, S. 104.
11 George Biddle, An American Artist's Story. Boston 1939, S. 273.

# 4.
# Macht und Moral

Adolf Hitler und Josef Stalin, die beiden Weggefährten und Widersacher Franklin Roosevelts, kamen in der ersten Kongreßbotschaft des neuen Präsidenten gar nicht vor. Ebensowenig war von England, Frankreich oder Japan die Rede. Was Roosevelt in seiner Regierungserklärung vom 4. März 1933 am meisten beschäftigte [1], war die wirtschaftliche Gesundung der USA. Nach der selbstgesetzten Devise, man müsse die wichtigsten Dinge zuerst tun, widmete er seiner künftigen Außenpolitik so wenige Worte, als läge Amerika auf einem fremden Stern.

Dennoch war sie in dieser Rede bereits wie in einer Nußschale enthalten. »Entschiedene Selbstachtung«, »Heiligkeit der Verträge«, »Politik des guten Nachbarn« innerhalb einer »Welt von Nachbarn« – das waren die vier programmatischen Eckwerte des Internationalisten Roosevelt und seiner liberal-demokratischen Koalition. Zwischen den drängenden Wirtschaftsproblemen seines Landes und der hehren Vision des Weltfriedens versuchte dieser Präsident einen Zusammenhang herzustellen, in dem der Internationalismus der ausschlaggebende Faktor war.

Roosevelt hatte den Internationalismus vor seiner Wahl fast idyllisch als

> »gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, der Geschäftszweige, der Industrien, der Städte, der Dörfer, der Staaten, der Nationen voneinander«

beschrieben, als Interdependenz, die es erlaube, die weltweiten Probleme zu erkennen und zu lösen. Aber seine Zusatzbemerkung, die Vereinigten Staaten müßten den Internationalismus »mit aggressivem Nachdruck« unterstützen und »seine Triebkraft fördern«, verriet schon, daß er Widerstände notfalls mit Gewalt zu brechen gewillt war. [2]

Die von Amerika ausgehende Weltwirtschaftskrise zerschlug die meisten Ansätze für einen liberal-demokratischen Internationalismus, wie er Wilson vorgeschwebt hatte. Die meisten Nationen der Welt waren nach der Katastrophe nicht mehr bereit, ihre Probleme unter Verzicht auf eigene Souveränitätsrechte im Geist gleichberechtigter Zusammenarbeit ohne Anwendung von Zwang nach innen und außen zu lösen. Das Hemd saß ihnen einfach näher als der Rock. So wurde die Welt in den dreißiger Jahren beherrscht von einer Reihe von nationalistischen Konflikten, und der Internationalist Roosevelt verschärfte sie noch, indem er sich selbst nationalistischer Methoden bediente. Ursprünglich war sich sein »Brains Trust« einig gewesen, die weltwirtschaftli-

chen Probleme im Geist des liberal-demokratischen Internationalismus zu lösen. Frankfurter, Moley und Cordell Hull, Roosevelts späterer Außenminister, dachten daran, die Kriegsschulden, die England und Frankreich noch aus dem Ersten Weltkrieg in Amerika hatten, zu streichen, wenn die beiden westeuropäischen Mächte auf ihre Reparationsforderungen gegenüber Deutschland verzichteten. Ein solcher Verzicht auf Gegenseitigkeit hätte die europäischen Zahlungsbilanzen entlastet, eine globale Neuordnung der Währungsverhältnisse gestattet, den Welthandel beflügelt, die Lösung der Abrüstungsfrage erleichtert und damit die Revision des Versailler Diktats eingeleitet.

Im Vertrauen auf den Erlaß ihrer Kriegsschulden verzichteten England und Frankreich in der Tat auf ihre Reparationsforderungen. Das geschah im Sommer 1932 auf der Konferenz von Lausanne. Fünf Monate später jedoch, im November 1932, löste der frisch gewählte Präsident den mühsam hergestellten Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik wieder auf, indem er auf einer getrennten Behandlung der verschiedenen Probleme bestand. In Wirklichkeit wollte Roosevelt seinen New Deal nur von außenpolitischen Auseinandersetzungen mit seinen innenpolitischen Gegnern freihalten. Vor allem ein Verzicht auf die englischen Kriegsschulden, immerhin 4,2 Milliarden Dollar, wäre im Kongreß äußerst umstritten gewesen.

Die Bedeutung dieser Weichenstellung für die dreißiger Jahre ließ sich gar nicht überschätzen: Amerika zog sich wirtschaftlich auf sich selbst zurück und ließ Europa auf seinen Problemen sitzen. Gleichzeitig übte es dadurch einen gewissen Zwang auf die europäischen Mächte aus, ihre Probleme untereinander – d. h. ohne Amerika – zu lösen. Denn keine dieser Mächte befand sich in der einzigartigen Lage, in der sich die USA befanden. Nur die Vereinigten Staaten konnten ihre wirtschaftlichen Probleme binnenwirtschaftlich lösen. Für sie bildeten die außenwirtschaftlichen Probleme, wie sich Roosevelts Wirtschaftsberater Moley ausdrückte, »nur zehn Prozent des Problems«. [3] Bei den übrigen Staaten war es umgekehrt.

Zur Entschuldigung für seine verhängnisvolle Entscheidung konnte sich Roosevelt darauf berufen, er habe sich auf dem Konvent in Chicago gegenüber seinen Widersachern innerhalb der Demokratischen Partei verpflichtet, jedem Internationalismus abzuschwören. Aber das war nur eine schwache Ausrede dafür, daß die amerikanischen Internationalisten von ihren wortreich beschworenen Prinzipien abwichen, wann immer es ihnen paßte.

Der Widerspruch zwischen internationalistischem Anspruch und nationalistischer Praxis war in der amerikanischen Außenpolitik nichts Neues. So hatte der englische Außenminister Austen Chamberlain, ein Halbbruder des späteren Premierministers Neville Chamberlain, schon 1924 gemeint: Sobald es um ihre Handels- und Finanzinteressen gehe, würden die Amerikaner keinerlei Rücksicht auf die »allgemeinen Prinzipien« nehmen,

»die amerikanische Redner fast wie ein Monopol in Anspruch nehmen, solange nur die Interessen anderer Staaten betroffen sind«. [4]

Dennoch wirkte es schockierend, daß nun auch Roosevelt so verfuhr.
Der Grund für die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis lag meistens in der Rücksicht, die der US-Präsident auf mächtige Einzelinteressen nehmen mußte, auf die Farmer, auf die exportierende Industrie und auf die Banken. Vielleicht galt das für Roosevelt sogar in einem höheren Maße als für manchen seiner Amtsvorgänger. Denn durch den New Deal hatte er sich ja wichtige Teile der amerikanischen Wirtschaft verfeindet. Große Teile der Wallstreet zum Beispiel grollten ihm wegen der Bankenreform, und Roosevelt wurde nie den Verdacht ganz los, daß sie heimlich mit den konservativen Kräften in der Londoner City und mit den Nazis gegen ihn und den New Deal konspirierten.
Die Abhängigkeit der amerikanischen Außenpolitik von starken Einzelinteressen, mit denen sich der Präsident fortwährend herumzuschlagen hatte, war sicher ein schweres Handicap. Aber das unterschied ihn nicht von anderen Regierungschefs. In einer wichtigen Beziehung hatte es Roosevelt sogar sehr viel leichter: In einer Zeit, in der es noch keine Fernraketen gab und die Luftfahrt noch in den Kinderschuhen steckte, waren die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu den meisten Staaten Europas militärisch unverwundbar. Und das erlaubte Roosevelt und den Internationalisten im Grunde eine Außenpolitik der Prinzipientreue und des langen Atems, die Außenminister Hull in einmaliger Prägnanz 1932 vor dem Kongreß so formulierte:

»Amerika, so hervorragend dazu geschaffen, die Welt anzuführen zu ungeahnten Höhen des Reichtums und der Zivilisation, muß sich nur gürten, dem Gesetz seiner Schicksalsbestimmung folgen und als wirtschaftlich und moralisch überlegener Faktor voranschreiten.« [5]

Zwei Jahre später, 1934, zeichnete sich immer stärker ab, daß die Roosevelt-Administration nicht in der Lage war, die amerikanische Depression binnenwirtschaftlich zu beseitigen. Da die Landwirtschaft nach wie vor viel zuviel produzierte und die Industrie noch immer über unausgelastete Kapazitäten klagte, lag es nahe, die ungelösten Strukturprobleme Amerikas durch eine Handelsoffensive in das Ausland zu exportieren. Wo sollte man schließlich sonst die Überschußproduktion aus beiden Bereichen absetzen? Diesem Zweck diente das Handelsvertrags-Programm, das Hull 1934/35 im Kongreß durchsetzte. Gleichzeitig begann Finanzminister Morgenthau, den Dollar durch bilaterale Währungsabkommen mit England und Frankreich als internationale Leitwährung zu etablieren.
Mit diesem Doppelerfolg in den auswärtigen Handels- und Finanzbeziehungen schien der Roosevelt-Administration eine Art innenpolitischer Durchbruch zu gelingen. Sie vergrößerte ihre liberal-demokratische Plattform um eine Reihe illustrer Namen und Adressen: Dean Acheson, Sir Henry Deterding, Paul Getty, James Moffet, Charly Roesser, James Warburg sowie Cities Services, Coca Cola, Manufacturers Trust, United Fruit, Zenith usw. Etwa gleichzeitig wurden die Sozialgesetze des Jahres 1935 erlassen, wodurch der New Deal

einen scheinbar roten Anstrich erhielt. Mit dem Wind aus beiden Richtungen im Rücken, aus Arbeitnehmerschaft und den neuen Zweigen der Industrie, begann der Triumphwagen Roosevelts langsam wieder an Fahrt zu gewinnen. Dazu trug sicher nicht wenig bei, daß Rockefellers Chase National Bank der Demokratischen Partei 100000 Dollar vorstreckte und daß sich die *New York Times* hinter Roosevelt stellte. Sie ging damals gerade von Adolph Ochs auf Arthur Sulzberger über.

Das Ergebnis dieses Zulaufs war der triumphale Wahlsieg von 1936. Roosevelt hatte jetzt endlich jenes Fundament an politischer Macht und Popularität erreicht, das er brauchte, um in den nächsten drei Jahren seine außenpolitische Offensive zu starten. Gleichzeitig verschärfte sich aber der Gegensatz zur konservativ-protektionistischen Opposition. Sie versuchte mit der Abwehr außenpolitischer Verpflichtungen zugleich auch eine unerwünschte Transformation des politischen Systems zu verhindern. Damit fällt das Stichwort vom »Isolationismus«.

Wer waren die Isolationisten? Zunächst einmal alle diejenigen, die von den Internationalisten zwecks politischer Diffamierung so genannt wurden. Das vielzitierte Begriffspaar stammte aus dem Kampfvokabular der amerikanischen Innenpolitik. Es wurde mit einer gewissen Arglist gebraucht, um den jeweiligen Gegner als dumm, verantwortungslos oder als unmoralisch zu verdächtigen. Waren gewisse Senatoren wie Henry Cabot Lodge, William Borah oder Gerald Nye dagegen, daß die USA politische Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten übernahmen, dann waren sie »isolationistisch.« Umgekehrt galten Roosevelt, Hull oder Morgenthau als »internationalistisch«, obwohl sie die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten nie aus den Augen ließen. Ursprünglich hatte sich die Unterscheidung nach einem ganz einfachen Kriterium gerichtet. Wer nach dem Ersten Weltkrieg für den Beitritt der USA zum Völkerbund war, der war ein Internationalist, und derjenige, der dagegen war, der war ein Isolationist. Aber dieser Streit hatte sich mit dem Sturz Woodrow Wilsons 1921 praktisch erledigt.

Im Grunde genommen war das Begriffspaar schon damals ungeeignet gewesen, die mannigfaltige politische Wirklichkeit der Vereinigten Staaten richtig zu erfassen. Zu den Isolationisten gehörten einerseits reine Idealisten und Pazifisten. Sie verbanden mit jedem außenpolitischen Engagement ihrer Regierung die Befürchtung, daß die Vereinigten Staaten dadurch in fremde Kriege verwickelt und ihre Werte kompromittiert werden könnten – die Freiheit, die Gleichheit und das Streben nach Glück. Zu den Isolationisten gehörten aber auch die rabiaten Expansionisten und Imperialisten. Sie waren nicht grundsätzlich dagegen, daß sich Amerika mit anderen Staaten verbündete. Aber weder waren sie mit der Gleichheit der Verpflichtungen, noch waren sie mit der Gegenseitigkeit der Bindungen an gemeinsame Beschlüsse einverstanden, wie sie in Allianzen üblich sind. Noch wollten sie, daß sich die Vereinigten Staaten den Mehrheitsbeschlüssen internationaler Organisationen unterwarfen und damit indirekt von anderen Staaten abhängig wurden. Ihr Programm war eine

Außenpolitik der freien Hand, und deshalb hatten sie gegen den Beitritt der USA zum Völkerbund gestimmt.
Natürlich gab es auch auf der Seite der Internationalisten nicht nur die Vertreter einer reinen Moral, die das Schicksal der ganzen Welt über das der einzelnen Staaten stellten. Selbst Wilson hatte die Vereinigten Staaten nicht nur deshalb in den Ersten Weltkrieg geführt, weil er die Welt reif für die Demokratie machen wollte. Auch seine Ideale waren mit den amerikanischen Interessen legiert. Das fand der deutsche Historiker Friedrich Meinecke bereits 1917 heraus, als er in der Sprache seiner Zeit über die Amerikaner sagte,

»daß der Glaube an die eigene göttliche oder humanitäre Mission in der Wurzel verwachsen ist mit den elementaren Machtinstikten einer Rasse, die schon durch die märchenhafte Gunst ihrer geografischen Lage in Versuchung geführt wird, das Zepter der Weltherrschaft zu ergreifen«. [6]

Immerhin waren es nicht irgendwelche, sondern amerikanische Ideale, die Wilson vertrat, auch wenn er vorgab, für die ganze Menschheit zu sprechen.
Wo die Moral aufhörte und die Macht anfing, war an der amerikanischen Außenpolitik notorisch schwer zu erkennen. Der bekannteste Isiolationist der dreißiger Jahre war der Senator aus Idaho, William Borah, Mitglied des Außenpolitischen Senatsausschusses. Als alter Progressist hatte er vor dem Ersten Weltkrieg durchaus die expansionistischen Ziele Theodore Roosevelts unterstützt, die amerikanische Imperialpolitik. Nach dem Krieg kam er dann zu der Überzeugung, daß jeder Versuch der Vereinigten Staaten, ein Weltreich nach englischem Vorbild zu errichten, nutzlos und unamerikanisch sei. Das war eine moralisch und auch politisch durchaus ernstzunehmende Überzeugung. Selbst Borah war freilich weit davon entfernt, die Macht der Vereinigten Staaten zu verleugnen oder zu glauben, sein Land sei vollkommen autark und auf die Verbindung zu anderen Staaten nicht angewiesen. Im Gegenteil, für den Fall, daß sich für Amerika die Notwendigkeit ergab, Japan oder Deutschland in die Schranken zu verweisen, befürwortete der Senator ein Bündnis mit Rußland.
Entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil waren die meisten Isolationisten keineswegs für einen Rückzug der Vereinigten Staaten von der Weltmachtrolle, die sie mit dem Ersten Weltkrieg gewonnen hatten. Sie beschäftigte vielmehr die Frage, wann, wie und unter welchen Umständen Amerika sein Gewicht weltpolitisch in die Waagschale werfen sollte, damit es sich auch wirklich lohnte. Bekanntlich war der Beitritt der USA zum Völkerbund nicht deshalb gescheitert, weil die Mehrheit des Senats jede Organisation des internationalen Systems ablehnte, sondern weil Artikel 10 der Völkerbundsakte die USA darauf verpflichtet hätte, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines jeden Völkerbundmitgliedes gegen Angriffe von außen zu verteidigen, selbst auf die Gefahr hin, daß sich die Vereinigten Staaten damit in endlose Händel und Kriege verstrickten. Das ging dem Senat

damals viel zu weit. Es hätte die USA auf einen Beistandsautomatismus verpflichtet, ohne daß sie die Macht darüber besaßen, die Ursachen für diese Konflikte auszuräumen. Weil die Völkerbundsakte die USA indirekt auf einen unhaltbaren und ungerechten Status quo festgelegt hätte, wie ihn der Versailler Vertrag verkörperte, wurden beide Teile der Friedensregelung vom Senat abgelehnt.

Es wäre auch falsch, alle Republikaner für Isolationisten und alle Demokraten für Internationalisten zu halten. Zum Beispiel entwickelte der spätere Präsident Hoover und die beiden wichtigsten Außenminister der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, Charles Evans Hughes und Henry Stimson, obwohl sämtlich republikanisch, gewisse Vorstellungen von einer internationalen Gemeinschaft der Ideale, Interessen und Zwecke. Deren Seele sollte eine amerikanisch-englische Entente sein. Diese Vorstellungen kamen Roosevelts Internationalismus durchaus nahe. Und es war der republikanische Präsident Calvin Coolidge, der am »Memorial Day« des Jahres 1928 erklärte:

»Unsere Investitionen und Handelsbeziehungen sind derart, daß es unmöglich ist, sich irgendeinen Konflikt irgendwo auf der Welt zu denken, der uns nicht verletzen würde.« [7]

Roosevelt hätte das nicht anders und nicht besser ausdrücken können, und er hat es später auch oft genug so gesagt.

Die außenpolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Demokraten und Republikanern gingen so weit, daß Roosevelt nach seinem Amtsantritt 1933 die sogenannte »Stimson-Doktrin« übernahm und sie zum Eckpfeiler seiner ganzen Außenpolitik machte. Mitte der dreißiger Jahre kam es sogar zu einer außenpolitischen Zusammenarbeit mit der republikanischen Kongreßpartei, die auch Roosevelts Gegenkandidaten bei der Präsidentschaftswahl von 1936, Alfred Landon, umfaßte. So stimmten die Republikaner im Dezember 1937, nach dem sogenannten Panay-Zwischenfall, Roosevelts Japanpolitik zu, und Ex-Außenminister Stimson erklärte ausdrücklich Anfang März 1939, er sei für ein Bündnis zwischen den USA, England und Frankreich, was Hull als »sehr konstruktive Erklärung« [8] begrüßte.

Roosevelts Hauptproblem war denn auch nicht nur die republikanische Opposition, sondern die eigene demokratische Kongreßfraktion. Obwohl sie in beiden Häusern, dem Repräsentantenhaus und dem Senat, die Mehrheit besaß, machte ein Teil von ihr mit dem konservativ-protektionistischen Block gemeinsame Sache. Dabei handelte es sich überwiegend um die konservativen Südstaaten-Demokraten. Sie widersetzten sich den gesellschaftlichen und politischen Experimenten des New Deal, mißtrauten der überwältigenden Machtstellung des Präsidenten oder hatten etwas an einzelnen außenpolitischen Maßnahmen auszusetzen. Die ganze Richtung paßte ihnen nicht.

Roosevelt machte noch 1938 den Versuch, diese parteiinterne Opposition auszuräuchern. Aber es gelang ihm nicht, die Aufstellung unliebsamer Kandidaten für die damalige Kongreßwahl zu verhindern, und am Ende hatte er nur

die Zweifel bestärkt, die viele Demokraten ohnehin an seinem Demokratieverständnis hatten.

Die außenpolitische Opposition im Senat und Repräsentantenhaus, die sich quer durch die beiden Kongreßparteien zog, drängte Roosevelt in seinen beiden ersten Amtsperioden von 1933 bis 1941 immer wieder an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Die Mehrheit, die er 1936 bei den Wählern gewonnen hatte, schrumpfte so bei den Abstimmungen der Senatoren und Abgeordneten nur allzu oft zu einer Minderheit zusammen. Das Nadelöhr für alle außenpolitischen Anträge war der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Repräsentantenhauses. Ursprünglich mit acht Demokraten und vier Republikanern besetzt, brauchte der Vorsitzende, ein Südstaaten-Oppositioneller, nur zwei Stimmen auf seine Seite zu ziehen, um die gesamte Außenpolitik Roosevelts zu blockieren. Diese knappen Mehrheitsverhältnisse zwangen den Präsidenten zu einer Außenpolitik der Heimlichkeiten und der großen Worte, die aus jeder außenpolitischen Aktion ein fragwürdiges Vanbanquespiel machte.

Gab es unter Roosevelt überhaupt eine einheitliche amerikanische Außenpolitik? Was ihre Organisation angeht, konnte man die Frage mit gutem Recht verneinen. Zum Teil lag das an den organisatorischen Prinzipien selbst, war also keineswegs typisch nur für die Roosevelt-Ära. Zunächst gab es die von der Verfassung vorgesehene Gewaltenteilung zwischen Präsident und Kongreß. Im Gegensatz zu den parlamentarischen Regierungssystemen Europas, in denen Regierung und Regierungsmehrheit gewöhnlich aus derselben Wahl hervorgehen und deshalb in einem hohen Maß miteinander übereinstimmen, werden Präsident und Kongreß der Vereinigten Staaten in zwei voneinander unabhängigen Wahlen gewählt. Deshalb und weil sich jeder amerikanische Kongreßmann eher als Vertreter seiner Wähler, denn als Parteivertreter versteht, kann der Regierungschef selbst bei seinen Parteifreunden in Senat und Repräsentantenhaus nie auf das gleiche Maß an Solidarität und Unterstützung rechnen.

Ein weiteres Problem ist die Gewaltenteilung. Zwar ist der Präsident formell allein verantwortlich für die Außenpolitik. Aber den Außenminister und den Botschaftern, die er ernennt, muß der Senat mit einfacher Mehrheit zustimmen. Den völkerrechtlichen Verträgen, die der Präsident mit anderen Staaten schließt, sogar mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Senatoren. Und das Recht, Krieg zu erklären oder die Verletzung von völkerrechtlichen Normen festzustellen, bleibt dem Kongreß ganz vorbehalten.

Das ist und war schon immer so. Als Präsident, der während der größten Krise an die Macht kam, die Amerika bisher erlebt hatte, erhielt Roosevelt jedoch vom Kongreß eine große Anzahl von Sondervollmachten, die seinen außenpolitischen Handlungsspielraum erheblich erweiterten. Neben der Vollmacht, den Dollar gegenüber anderen Währungen um 50% auf- oder abzuwerten, hatte Roosevelt zum Beispiel das Recht, im Falle eines »nationalen Notstandes« (noch nicht des Kriegszustandes!) bestimmte Bank- und Devisengeschäfte mit dem mutmaßlichen Feind zu verbieten. Praktisch war der Präsident dazu

ermächtigt, fremde Währungen zu ruinieren oder die Auslandsguthaben von Staaten zu kassieren, die ihm mißliebig waren – vorausgesetzt, er konnte der Öffentlichkeit einen »nationalen Notstand« glaubhaft machen. Es waren Waffen so scharf wie Messer. Sie standen bestimmten Möglichkeiten nicht nach, die Roosevelt in psychologischer und militärischer Beziehung hatte.

In anderer Hinsicht gelang es dem Präsidenten, den Kongreß auszuspielen. So wickelte er die Handelsverträge, die sein Außenminister im Laufe der dreißiger Jahre mit anderen Staaten schloß, als Regierungsabkommen ab. Da diese nicht der Ratifikation durch den Senat bedurften, hatte Roosevelt in diesem wichtigen Bereich seiner Außenpolitik etwas mehr freie Hand gewonnen. Aber das Handelsvertragsgesetz von 1934, das ihm diese Autonomie gab, war die Voraussetzung dafür gewesen, und dafür hatte Roosevelt gewisse Preise zahlen müssen.

Nach den »ersten hundert Tagen« des Jahres 1933, die dem akuten Krisenmanagement dienten, wachte der Senat wieder sehr eifersüchtig über seine Rechte. Für alles, was er dem Präsident zugestand, forderte er etwas zurück. Bestimmte innenpolitische Maßnahmen, die Roosevelt im Interesse seines New Deal durchzusetzen wünschte, wurden gegen bestimmte außenpolitische Maßnahmen gleichsam »verrechnet«, die dem Senat zuwider waren – und umgekehrt. Zahllose Beispiele für dieses Geben und Nehmen ließen sich nennen. Das verlieh der amerikanischen Außenpolitik in den dreißiger Jahren ein unscharfes und schwankendes Bild und machte sie zum Teil unberechenbar.

Das galt insbesondere für die Neutralität, neben dem positiven Internationalismus das negative Hauptmerkmal der amerikanischen Außenpolitik unter Roosevelt. Das erste Neutralitätsgesetz entstand im August 1935, kurz vor Ausbruch des Abessinien-Krieges. Seine Verlängerung und teilweise Neufassung entstand im Mai 1937, während des Spanischen Bürgerkrieges. Beide Gesetze definierten den Handlungsspielraum des Präsidenten in diesen und allen folgenden Krisen praktisch bis zum Kriegsausbruch von 1939. Als Gesetze waren sie aber ebenso den innenpolitischen Kräfteverhältnissen unterworfen wie jedes andere Gesetz. Sie waren Ausdruck des Ringens um die Macht zwischen Senat und Präsident, was ihren apodiktischen Charakter erklärte.

Auch inhaltlich konnte eigentlich nicht von einer Einheit die Rede sein. Neben der Weltwirtschaft waren die Diktaturen und autoritären Regimes, wie sie Deutschland, Italien, Japan und die Sowjetunion verkörperten, das zweite große Thema der amerikanischen Außenpolitik, wenn es sich nicht einfach nur um die berühmten beiden Seiten ein und derselben Medaille handelte. Auch hier gab es den Widerspruch zwischen dem Anspruch Amerikas, im Namen überstaatlicher, moralischer und gleichsam »ewiger« Werte zu handeln, und der außenpolitischen Praxis Roosevelts, die sich in einer nicht immer besonders einladenden Weise an den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten orientierte.

Wenn man den deutschen Nationalsozialismus, den italienischen Faschismus,

den japanischen Militarismus und den russischen Bolschewismus zusammennahm, konnte man vielleicht zum erstenmal in der Geschichte von einer globalen Bedrohung Amerikas sprechen. Roosevelt tat es jedenfalls, und es wurde eigentlich nie ganz klar, wie ernst er diese von ihm geschickt geschürte Angst selber nahm. Aber die Bedrohung kam nicht aus einer, sondern aus mehreren Himmelsrichtungen, und es war für den Präsidenten keineswegs einfach, sie im Bewußtsein der Wähler auf einen handlichen Nenner zu bringen.

Die dreißiger Jahre waren ja die Zeit, in der sich die große Weltkoalition gegen Hitler erst bildete. In ihr gab es noch keine Bipolarität zwischen den beiden nuklearen Supermächten. Die Atombombe war noch nicht einmal erfunden. Amerika und Rußland waren keine Gegner, sondern Noch-Nicht-Verbündete, bevor es zum kurzen Zwischenspiel des Hitler-Stalin-Paktes kam. Es war die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, zwischen Völkerbund und Vereinten Nationen, zwischen Entente cordiale und NATO. Es war also eine echte »Zwischenzeit«, Zeit des Wandels und des Überganges. Auch das verstärkte natürlich den diffusen Charakter der amerikanischen Außenpolitik.

Und noch ein letztes – England. Das britische Weltreich – in einem abgeschwächten Maße galt das auch für Frankreich und seine Kolonien – war damals noch eine echte Weltmacht. Vielleicht nicht gemessen an der Zahl seiner Divisionen, aber an seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht, an seiner Flotte und an der Idee von seiner geschichtlichen Mission. Das England der dreißiger Jahre, vor allem das England Chamberlains, war weniger ein Freund als vielmehr ein Rivale von Roosevelts Amerika, ein möglicher Verbündeter, aber auch ein möglicher Feind. Auch das komplizierte die amerikanische Außenpolitik.

Nicht einmal in der Administration selbst waren sich alle einig. Nicht einmal hier gab es immer eine eindeutige, in sich schlüssige und kontinuierliche Außenpolitik. Der oberste Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika war zu Roosevelts Zeiten der Präsident selbst. Darunter amtierte der eigentliche Außenminister Cordell Hull. Aber Hull mußte andererseits auch mit seinem Unterstaatssekretär Sumner Welles und mit Finanzminister Henry Morgenthau konkurrieren. Innerhalb des Außen- und Finanzministeriums gab es wiederum jeweils verschiedene Denkschulen, die man grob in »Falken« und »Tauben« unterteilen könnte, das heißt in verschiedene »harte« und »weiche« Linien. Die Botschafter der Vereinigten Staaten, von denen die wichtigsten zu den persönlichen Freunden Roosevelts zählten, machten schließlich sowieso häufig das, was sie wollten.

Hull war 62 Jahre alt, als er 1933 von Roosevelt zum Außenminister berufen wurde. Er zählte ein Dutzend Lebensjahre mehr als der Präsident, und auf manchen Besucher wirkte er noch älter. Er war ein kleiner, zierlicher, etwas provinziell wirkender Mann mit silberweißem Haar und einem leichten Sprachfehler, über den man sich gern lustig machte. Hull hatte dem Kongreß seit 1907 angehört und Anfang der zwanziger Jahre auch einmal für kurze Zeit das

Nationalkomitee der Demokratischen Partei geleitet. Seine Berufung verdankte er den beiden Umständen, daß er Roosevelt geholfen hatte, die Demokratische Partei auf einen internationalistischen Kurs zu trimmen und daß er aus Tennessee stammte, also aus den Südstaaten. So band Hull einen Teil der widerspenstigen Südstaaten-Demokraten an die Administration und ihre Außenpolitik, ohne daß er selbst einen besonderen außenpolitischen Genius hatte.

Der Außenminister war ein integrer, würdiger und charmanter Mensch. Aber er redete viel, ohne viel zu sagen. Schon deshalb hatte er bei Roosevelt einen schweren Stand. Außerdem glaubte Hull unerschütterlich daran, daß sich der Friede auf der Welt durch einen möglichst schrankenlosen Freihandel zwischen den Staaten und Völkern sichern lasse. In normalen Zeiten ohne den Hintergrund einer wirtschaftlichen Dauerkrise und bei einer gleichmäßigen Machtverteilung wäre das vielleicht ein ganz annehmbares Konzept gewesen. Aber abgesehen davon, daß die USA ihren Außenhandel selbst nicht so liberal gestalteten, wie sie es von anderen Staaten verlangten, reichten Handelsverträge in den dreißiger Jahren kaum aus, um die internationalen Konflikte zu beheben.

Wesentlich phantasievoller, aggressiver, aber auch risikobereiter war dagegen Henry Morgenthau, der Finanzminister, ein praktizierender Jude aus New York und elf Jahre jünger als Roosevelt. Der Sohn eines ehemaligen US-Botschafters in der Türkei hatte sich schon früh auf die Landwirtschaft spezialisiert, und zwar auf die Zucht reinrassiger Holstein-Rinder und roter Mackintosh-Äpfel. Die Roosevelts und die Morgenthaus waren alte und enge Freunde, und Henry Morgenthau Jr. hatte bereits dem Gouverneur von New York als landwirtschaftlicher Berater gedient, bevor er 1933 zum Leiter der Kreditverwaltung für die notleidenden Farmer gemacht wurde.

Als es kurz danach innerhalb der Roosevelt-Administration zu starken Unstimmigkeiten über die Geld- und Währungspolitik kam, schlug die Stunde Morgenthaus. Er wechselte als Nachfolger des zurückgetretenen Unterstaatssekretärs Dean Acheson in das Finanzministerium über und stieg dort am 1. Januar 1934 zum Minister auf. Morgenthaus Ernennung wurde vom »Commitee for the Nation« protegiert, eine Lobby aus dem Freihandels-Hochtechnologie-Lager, dem sich einige Einzelhändler- und Farmerorganisationen angeschlossen hatten. Sie alle befürworteten wie der neue Finanzminister ein Abgehen der USA vom Goldstandard um der Geldschöpfung durch die Abwertung des Dollars willen. Damit wurde jene verhängnisvolle »beggar my neighbour«-Politik (frei übersetzt: »bettle meinen Nachbarn an«-Politik) unterstützt, die so viel zum unglücklichen Verlauf der dreißiger Jahre beitrug.

Morgenthau stand Roosevelt menschlich und politisch sehr viel näher als Hull. Er war mit dem Präsidenten persönlich befreundet und hatte schon von daher einen sehr viel größeren Einfluß auf ihn als der eigentliche Außenminister. In ihrem agressiven Internationalismus, ihrer kompromißlosen Ablehnung des Dritten Reiches, und – man muß es wohl sagen – ihrem Deutschenhaß, standen

sie sich auch politisch viel näher. In seinen Memoiren gab Morgenthau viele Beispiele für diese Seelenverwandtschaft.

Zwischen dem umtriebigen, unnachsichtigen und etwas derben Morgenthau, der oft einen Kneifer trug, und Hull herrschte dieses Einverständnis nicht. Dadurch, daß der New Deal die amerikanische Währungspolitik den bisher für sie zuständigen Privatbanken entzog und dem Finanzministerium zuordnete, verfügte der Minister über eine außenpolitische Teilkompetenz, die er, gestützt auf die Sympathien Roosevelts, weidlich ausnutzte. Mit einem gewissen Recht kann man sagen, daß die USA während der dreißiger Jahre zwei Außenminister hatten, Hull und Morgenthau, die wiederum über zwei diplomatische Dienste verfügten.

Natürlich war Hull formal verantwortlich für die Außenpolitik. Aber der Präsident hatte ihm die Verantwortung materiell weitgehend abgenommen. Das geschah in der Personalpolitik besonders häufig. Mit seinen Botschaftern Biddle (Warschau), Bullitt (Paris), Dodd (Berlin), Davies (Moskau/Brüssel), Kennedy (London), Phillipps (Rom) korrespondierte Roosevelt direkt, ohne daß der Außenminister jeden einzelnen Brief kannte. Umgekehrt adressierten die Botschafter ihre Berichte nicht selten unmittelbar an den Präsidenten. Das geschah besonders dann, wenn die Telegramme besonders heikle Informationen enthielten.

Daneben aber gab es noch das Morgenthau-Netzwerk. Es bestand aus den Finanzberatern, die den wichtigsten Botschaften zugeteilt waren oder die sich als Sonderemissäre in den Hauptstädten derjenigen Länder befanden, an denen die USA ein gesteigertes außenpolitisches Interesse hatten. China und Frankreich waren dafür in den dreißiger Jahren die besten Beispiele. In der französischen Hauptstadt residierte Merle Cochran, ein erfahrener Währungsexperte, der die Verbindung zwischen dem amerikanischen Finanzministerium und den europäischen Zentralbanken hielt. In den vielen Finanzkrisen, die Frankreich in den dreißiger Jahren schüttelten, bewährte er sich als Morgenthaus verlängerter Arm. In Nanking, bei General Tschiang Kai-shek, in der damaligen chinesischen Hauptstadt, weilte der Ökonom und Statistiker Prof. Lossing Buck, um die chinesische Währung zu sanieren. Seine Frau war übrigens die berühmte Romanschriftstellerin Pearl S. Buck, die sich nebenbei für die amerikanische Kulturpolitik engagierte.

Hull und Morgenthau waren oft uneins in der Außenpolitik. Meistens ging es um die Frage: Wieviel Entspannung oder wieviel Konfrontation mit den sogenannten »Achsenmächten« Deutschland, Italien und Japan? Es war die wichtigste Frage der dreißiger Jahre. So widersetzte sich Hull im Frühjahr 1938 Versuchen Morgenthaus, China Kredite für Weizen- und Waffenkäufe zu geben. Der Außenminister befürchtete, Japan, das am »Reich der Mitte« ebenso interessiert war wie Amerika, könnte eine solche Anleihe als offene wirtschaftliche Unterstützung und damit als Kriegsgrund werten. Deshalb wurde nichts aus dem Plan – noch nicht.

Andererseits beabsichtigte Morgenthau auf dem zweiten Gipfel der Tschecho-

slowakeikrise im September 1938, amerikanische Schiffe nach London zu schicken. Sie sollten das amerikanische Gold aus den Tresoren der Bank of England abholen, und in den Vereinigten Staaten in Sicherheit bringen. In der ungeheuren Nervosität, die damals die europäischen Hauptstädte beherrschte, hätte eine solche Aktion wahrscheinlich das Ende der Regierung Chamberlain bedeutet und – unter einem anderen Premier – möglicherweise den Krieg gegen das Deutschland Hitlers ausgelöst. Es kam denn auch nicht dazu. Aber gegen den Willen Hulls ließ Morgenthau im Tiefwasserhafen Gravesand auf der Themse, vierzig Meilen vor London, einen US-Kreuzer vor Anker gehen – unübersehbares Zeichen dafür, daß mit den Amerikanern zu rechnen war.
Morgenthau wollte schon 1938 gern schärfere Wirtschaftssanktionen gegen Deutschland verhängen. Aber er vermied es bewußt, sich in den Mittelpunkt der Krise zu stellen, die zum Münchner Abkommen führte. Hitler, so sagte er im September zu seinen Beratern [9], würde sonst den Deutschen erzählen, ein jüdischer Finanzminister in Amerika versuche, die deutsche Nation wirtschaftlich zu strangulieren, und deshalb müsse Deutschland jetzt kämpfen. Um dieses Risiko zu vermeiden, verzichtete Morgenthau lieber auf den gewünschten Boykott, und Hull hatte wie immer gebremst.
Bis das neue State Department in den dreißiger Jahren erbaut wurde, residierte der Außenminister im Regierungsgebäude westlich des Weißen Hauses, ein alter Kasten, nachempfunden dem französischen Rokoko, überladen mit Mansardendächern, Säulen und Pilastern. In diesem Haus herrschte die Gediegenheit

»eines malerischen alten Platzes mit der Atmosphäre einer Anwaltskanzlei, seinen kühlen dunklen Korridoren, seinen Schwingtüren, seinen Messingspucknäpfen, seinen Schaukelstühlen aus schwarzem Leder und Großvaters Uhr im Büro des Außenministers«. [10]

Auf der anderen Seite des Weißen Hauses lag das Finanzministerium, auch »Schatzamt« genannt, eines der ältesten Regierungsgebäude Washingtons, ganz im strengen Stil der griechisch-römischen Klassik.
Diese Konstellation war in einer gewissen Weise typisch für die amerikanische Außenpolitik. Wenn der Finanzminister außenpolitisch etwas vorschlug, von dem Roosevelt meinte, es könne vielleicht nicht im Sinne Hulls sein, pflegte er zu Morgenthau zu sagen: »Geh und hol dir die Zustimmung von Hull.« [11] Und wenn der Außenminister tatsächlich widersprach, suchte man irgendeinen Kompromiß. Das diente der Zusammenarbeit zwischen den beiden so verschiedenen Männern und zwang Roosevelt, von Fall zu Fall eigene Entscheidungen zu treffen oder auch nicht zu treffen. Der Klarheit und Entschiedenheit der amerikanischen Außenpolitik diente es nicht.
Roosevelts Frau Eleanor sagte einmal über das Verhältnis ihres Mannes zu Morgenthau und Hull:

»Hull ist Roosevelts Gesetzbuch, während Morgenthau sein Bewußtsein ist«. [12]

Hull mußte sich dieser starken Konkurrenz erwehren. Er hatte es aber auch mit

einem starken Unterstaatssekretär, Sumner Welles, zu tun. Welles war ein ehemaliger Schulfreund Roosevelts und schon von daher befähigt, das Ohr des Präsidenten zu finden. Der gerade erst Vierzigjährige verkörperte den Typ des glatten Karrierediplomaten. Bevor er als Beamter an die Spitze des Ministeriums trat, hatte sich Welles in einer Reihe von mittelamerikanischen Krisen bewährt und als Botschafter in der kubanischen Hauptstadt Havanna gedient.

Aus dem konfliktreichen Neben-, Gegen- und Miteinander von Hull, Welles und Morgenthau ging der Finanzminister als Sieger hervor. Hull und Welles traten 1943/44 zurück. Bis dahin mußte Präsident Roosevelt die verschiedenen Kräfte innerhalb seiner Administration ausbalancieren, einen nationalen Konsens mit den großen Machtblöcken der amerikanischen Gesellschaft herstellen, und mit den auswärtigen Mächten fertigwerden. Es war nicht ein Spiel mit fünf, sondern mit sechs, sieben oder acht Kugeln. Es war ein Ringen um Frieden und Krieg.

---

Anmerkungen

1 Roosevelt, Blick, S. 215.
2 ebda., S. 202.
3 Elliot Rosen, Roosevelt and the Brains Trust. A Historical Overview. In: Political Science Quarterly LXXXVII (1972), S. 548.
4 Hans-Jürgen Schröder, Deutschland, S. 20.
5 Zitiert nach Robert F. Smith, American Foreign Relations 1920–1942, In: Bernstein, Past, S. 252.
6 Ernst Fraenkel, Das deutsche Wilsonbild. In: Jahrbuch für Amerikastudien, Band 5 (1960), S. 95.
7 William A. Williams, The Legend of Isolationism in the 1920's. In: Science and Society, Vol. XVIII, Nr. 1 (1954), S. 16.
8 PRO FO 371/22 829 A 2856 – Stimson und dessen Parteigenosse Frank Knox, der erste als Kriegs-, der zweite als Marineminister, wurden 1940 sogar Mitglieder der Regierung Roosevelt.
9 John Morton Blum (Ed.), From the Morgenthau Diaries, Vol. I, Boston 1959, S. 521.
10 George Kennan, American Diplomacy 1900–1950, New York 1952, S. 90.
11 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 524.

# 5

# Die globale Präsidentschaft

Kein amerikanischer Präsident vor und nach ihm regierte länger als Franklin Roosevelt. Als erster und einziger verstieß er gegen die goldene Regel der einmaligen Wiederwahl, der sich seit George Washington alle Amtsvorgänger unterworfen hatten. Roosevelt wurde sogar dreimal wiedergewählt, 1936, 1940 und 1944. Das letzte Mal geschah es ein halbes Jahr vor seinem Tod am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Von seinen drei Amtsperioden fielen die beiden ersten in eine Zeit, in der die USA scheinbar noch in Frieden lebten. Die Wahl von 1932 stand im Zeichen der großen Depression. Die Wiederwahl von 1936 beherrschte der Verfassungskonflikt über den New Deal. Für Franklin D. Roosevelts Entschluß, 1940 ein drittes Mal für das Amt des Präsidenten zu kandidieren, waren außenpolitische Motive ausschlaggebend: Der Kriegsausbruch in Europa und die Eroberung Frankreichs durch Deutschland.

Was seine historische Größe angeht, hatte Roosevelt das doppelte Glück, in der Außenpolitik auf einen gefährlichen Gegner und in der Innenpolitik auf keinen ernstzunehmenden Rivalen zu treffen. Ohne Adolf Hitler wären die Vereinigten Staaten langsamer zur Supermacht aufgestiegen, und hätte die Republikanische Partei bei den Wahlen andere Präsidentschaftskandidaten als Alfred Landon und Wendell Willkie präsentiert, wäre der 32. amerikanische Präsident vielleicht schon bei der Wahl von 1936 gescheitert.

Die erste Kongreßwahl nach Roosevelts Amtsantritt im November 1934 erbrachte ein überwältigendes Votum für den New Deal. In den folgenden beiden Jahren erklärte das Oberste Bundesgericht die Kernstücke des Reformprogramms jedoch für verfassungswidrig. Begründung: Die Bundesregierung habe sich zu viel Macht angemaßt. Während die Systemveränderer in zum Teil blutigen Konflikten auf eine Fortsetzung der Reformen drängten, steigerte sich der konservative Widerstand gegen Roosevelts Außen- und Innenpolitik bis zum hysterischen Haß.

Die allgemeine Polarisierung bedrohte im Wahljahr 1936 die zentristische Position des Präsidenten. Roosevelt geriet von links und rechts unter Beschuß. In dieser Situation entschloß sich Roosevelt zu einer populistischen Wendung, die ihm bei den Wählermassen den entscheidenden Popularitätsvorsprung eintrug. Er profilierte sich im Wahlkampf als heroischer Einzelkämpfer gegen die dunklen Mächte des »organisierten Geldes« und griff das Friedensthema auf. Rasenden Jubel löste Roosevelt bei seinem Publikum

aus, als er auf einer Kundgebung im New Yorker Madison Square Garden ausrief:

»Ich möchte, daß man von meiner ersten Administration sagen kann: Die Mächte des Egoismus und des Machtrausches sind dort auf Widerstand gestoßen ... diese Kräfte hätten ihren Meister gefunden.« [1]

Aus dem Munde eines Mannes, dem das Oberste Gericht seines Landes soeben den Mißbrauch der Macht vorgeworfen hatte, mutete diese Argumentation etwas seltsam an. Außerdem stand Roosevelt, der gegen die protektionistisch-konservative Allianz um DuPont, die Morgan-Bank und den Zeitungsverleger Hearst ankämpfte, ebenfalls im Dienst organisierter Geld- und Wirtschaftsmächte, nur daß ihm diese wegen ihrer liberal-demokratischen Einstellung als erleuchtet vorkamen.

Roosevelt wurde 1936 mit einer Mehrheit von 60,8 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt, dem besten Ergebnis seit mehr als 100 Jahren. Damit hatte er in einem außenpolitisch kritischen Moment seinen innenpolitisch entscheidenden Sieg errungen. Er verschaffte dem Hochtechnologie-Freihandels-Medienblock eine Massenbasis und damit ein relativ sicheres Machtfundament. Gleichzeitig gelang Roosevelt eine gewisse Profilierung nach links, die ihn für eine Weltführungsrolle in Sachen Freiheit, Fortschritt und Frieden prädestinierte. Insofern war das Wahlergebnis von 1936, das die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses abermals verstärkte, äußerst bedeutsam. Insgesamt, so kann man sagen, legte Franklin Delano Roosevelt mit seinem Sieg von 1936 den Grund für die moderne amerikanische Präsidentschaft und für den Aufstieg der USA zur Supermacht.

Seit Roosevelts Tagen ruht die Ausnahmestellung des amerikanischen Präsidenten auf vier Säulen: auf der Kontrolle über eine mächtige Bundesgewalt; auf der faktischen Führung des Kongresses; auf der Beherrschung der Medien; und auf der Fähigkeit, als »Präsident des Volkes« die hinter ihm stehenden Machtgruppen mit der Loyalität der Massen zu einer innen- und außenpolitisch brisanten Allianz zu verschmelzen. Diese vier Säulen machen die imperiale, die »kaiserliche«, sagen wir besser: die globale Präsidentschaft aus.

Wie immer hatte Roosevelt von seinen beiden Vorbildern, Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson, gelernt. Sie waren bei der Ausgestaltung des Amtes seine Lehrmeister, obwohl er sie in jeder Beziehung übertraf. Erst unter Franklin Roosevelt erhielt die Präsidentschaft ihren aktivistischen Zug. Erst unter ihm begannen die Amerikaner dauerhaft an ihren Präsidenten als den Retter aus aller Not zu glauben – und mit ihm nicht geringe Teile der Welt. Zur messianischen Aura gesellte sich eine scheinbar überlegene Problemlösungskompetenz, wobei Roosevelt das Geschick besaß, den Machtinstinkt seines Oheims »Teddy« mit dem Erlöserpathos Woodrow Wilsons zu verbinden.

Dabei waren die Prognosen, die man ihm anfangs stellte, keineswegs ermutigend gewesen. Als

»freundlichen Mann, der, ohne bedeutende Qualifikationen für das Amt, sehr gerne Präsident werden möchte«,

schilderte ihn Walter Lippmann, Star-Kolumnist der Republikanischen *New York Herald Tribune*, im Januar 1932. Noch 1935 meinte er:

»Ich bin tief besorgt um Roosevelt, persönlich ... Er hat ein gutes, aber kein großes Herz. Und er hat sicher keinen sehr großen Geist. Und seine Tugenden – als da sind Sensibilität, Eifer und Mut – sind keine Qualitäten, mit denen man der korrodierenden Wirkung der Macht widerstehen kann ... Ich fürchte, er ist nicht durch und durch gereift und daß er mehr zu einer Krise als zu länger währenden Anstrengungen paßt.« [2]

Manches an dieser Diagnose schien sich später zu bestätigen. Die globale Präsidentschaft war die Antwort Amerikas auf die Krise des nationalen und internationalen Systems, aber zugleich auch ein Teil ihrer Symptomatik. Diese Krise drückte sich aus in der Depression, im Verfall des Völkerbundes, im Aufstieg der Achsenmächte, und niemand beeinflußte sie mehr als Franklin Delano Roosevelt. Indem er sich ihr mit Sensibilität, Eifer und Mut, aber auch mit allen seinen Schwächen stellte, wurde der amerikanische Präsident – nach innen und außen – zu ihrer Zentralfigur. Nicht einmal Hitler konnte sich mit ihm messen.

Die Tatsache, daß er seinen enormen Einfluß auf die Geschehnisse gleichermaßen durch sein Tun und durch sein Unterlassen ausübte, durch seine Interventionen ebenso wie durch seine Passivität, durch sein Abwarten und durch sein Drängen, machte die eigentümliche Paradoxie seines Wirkens aus. Als Präsident der Vereinigten Staaten trug er viele »Hüte«. Er war Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberbefehlshaber, Parteiführer, Mit-Gesetzgeber, Außenpolitiker in einer Person. Roosevelt war das alles in einem gesteigerten Maße. Aber er war gleichzeitig noch mehr: Hoffnungsträger, Angstgegner, Symbolfigur für den Kampf um eine neue politische Weltkultur. Keiner seiner Vorgänger und Nachfolger in diesem Jahrhundert repräsentierte, regierte und negierte die Vereinigten Staaten mit mehr Wirkung im guten wie im schlechten als Roosevelt. Niemand gab seiner Mit- und Nachwelt aber auch mehr Rätsel auf.

»Sie sind einer der schwierigsten Männer, mit denen man zusammenarbeiten kann ... Sie würden nicht einmal mit denen offen sprechen, die Ihnen gegenüber loyal sind«,

bemerkte sein Innenminister Harold Ickes, ein Vertrauter des Präsidenten, und fügte hinzu:

»Sie halten ihre Karten verdeckt. Sie legen sie niemals auf den Tisch.« [3]

Und die Sozialministerin Francis Perkins, einzige und gewissermaßen »ewige« Frau in allen seinen Kabinetten, faßte ihren Eindruck so zusammen:

»Roosevelt ist das komplizierteste Wesen, das ich je gekannt habe.« [4]

»Man mag FDR nachsagen, was man will«, schrieb der Politologe Ernst Fraenkel, [5] »weltfremd und naiv ist er nicht gewesen im Gegensatz zu Wilson, mit dem er zu Unrecht so häufig verglichen wird, war er kein Dogmatiker, sondern ein Opportunist, eher zu prinzipienlos als zu prinzipienfest, kein Staatsmann mit Messiasambitionen, sondern ein Politiker mit sehr nüchternen politischen Zielen, eher leichtfertig als tiefsinnig, in seinem Handeln manchmal verwegen, in seinem Denken niemals verbohrt – ein Mensch, dessen Stärke und Schwäche sehr viel deutlicher in seinem Charakter als in seinem Intellekt zum Ausdruck kamen.«

Wegen dieser Charaktereigenschaften nannte ihn Golo Mann einen »geriebenen Messias«, sein Vater Thomas Mann »einen Rollstuhl-Cäsar« – nicht ohne einen Unterton von Mißtrauen und Bissigkeit. James Roosevelt, der Sohn des Präsidenten, beschrieb ihn so:

»Er war ein Super-Verkäufer seiner selbst, und sogar nachdem die Kinderlähmung seine Erscheinung beeinträchtigt hatte, blieb er als Person eindrucksvoll. Dieses zähneblekkende Lächeln war der Stoff, aus dem Stars gemacht werden, und er wußte, wie er es einzusetzen hatte. Dann reckte er sein Kinn vor in einer charakteristischen Weise, steckte seine Zigarette in eine lange Spitze, die in einem Winkel aus seinem Grinsen hervorstach, und rundete das Bild nach oben mit einem schäbigen Filzhut ab, um sich populär zu geben.
Er nahm seine Pose ein, wann es ihm paßte. Obwohl er fast immer saß, überragte er alle, die ihn umstanden. Er war ›FDR‹, der erste Präsident, den man an seinen Initialen erkannte.« [6]

Obwohl er eine Art Markenzeichen verkörperte, hing die Unschärfe der Kontur, die Franklin Delano Roosevelt kennzeichnete, mit der einzigartigen Situation zusammen, in die er als Präsident gestellt wurde. Mit einer inneren und äußeren Krise ohne Beispiel in der amerikanischen Geschichte konfrontiert, hatte er sich eine doppelte Aufgabe gestellt. Er wollte die Konservativen mit dem Hauptziel des liberal-demokratischen Blocks versöhnen – einem Staatsinterventionismus in Wirtschaft und Gesellschaft – und die Liberalen mit dem Hauptziel des protektionistisch-konservativen Blocks – einem militärisch-industriellen Komplex im Interesse der nationalen Sicherheit. Für ihn ging es darum, unter schwierigen Bedingungen einen neuen nationalen Konsensus über die Innen- und Außenpolitik herzustellen. In der konkreten Entscheidungssituation der Jahre 1937 bis 1941 hieß das für Roosevelt, sein widerstrebendes Land in den Krieg zu führen, ohne darüber Macht oder Sieg zu verlieren.
Um diese Aufgabe zu bewältigen, jonglierte der Präsident mit den Möglichkeiten, die ihm sein Charakter und sein Amt an die Hand gaben. Dieses Spiel wirkte jedoch auf Roosevelt selbst zurück. Es verwischte die Konturen seiner Person und Politik noch zusätzlich. Zwar war Roosevelts Kabinett nicht mehr der selbstbewußte Herrenclub früherer Präsidenten, deren Mitglieder halbsouveränen Potentaten mit eigenen Hausmächten geglichen hatten. Außer Hull

und Morgenthau wird man sich aus der Zeit, in der die Republikaner noch nicht in der Regierung saßen, nur die Minister Harold Ickes (Innen) und Harry Hopkins (Handel) merken müssen. Aber in den drei Amtszeiten, die Roosevelt absolvierte, wuchs die Zahl der Bundesbediensteten um 400 Prozent. Fast jedes Jahr kamen neue Behörden, Büros und Komitees hinzu – fast für jede Aufgabe ein neues Amt. Ihre mehr oder minder eindrucksvollen Namen bestanden meistens aus drei Worten, die in der Abkürzung drei Initialen ergaben. Das Ganze war schließlich eine einzige »Buchstabensuppe«, eine breiige Masse von Programmen, Personen und Zuständigkeiten, in dem die Umrisse einer wohlgeordneten Bürokratie versanken.

Freilich kam grade das Fließende, Mehrdeutige und Unübersichtliche Roosevelts Führungsprinzip entgegen. Er hatte die Fähigkeit, die verschiedensten Interessen, Menschen und Gremien an sich zu binden, gegeneinander auszuspielen und letztlich mit seinen eigenen Entscheidungen zu überraschen. Dieser Führungsstil des »Teile und Herrsche«, des Taktierens und Finassierens, des Dynamisierens und des Retardierens prägte auch sein Verhältnis zur öffentlichen Meinung und zum Kongreß.

Durch Roosevelt wurde der Präsident der Motor des Gesetzgebungsverfahrens. Von seiner Administration gingen die meisten Initiativen aus. Die beiden Häuser im Kapitol debattierten die Gesetzesvorhaben nicht, die ihnen in den ersten hundert Tagen des New Deal vorgelegt wurden. Sie ließen sie »grüßend vorbeisegeln«, wie sich ein Zeitgenosse treffend ausdrückte. »Das Haus brennt ab«, meinte der Sprecher der Republikaner im Repräsentantenhaus unter dem Eindruck der damaligen Wirtschaftskrise,

»und der Präsident der Vereinigten Staaten sagt, wie man das Feuer löscht.« [7]

Also bekam er seinen Willen.

Um 1935, als die gröbste Not vorüber war, wurde der Kongreß jedoch wieder selbstbewußter. Ab 1935 lag er mit Roosevelt außenpolitisch, ab 1937 innenpolitisch in bitterem Streit. Ein halbes Dutzend Gesetzentwürfe blieb liegen. Amerika rutschte wieder in eine tiefe Depression. Im Grabenkampf um die Entfesselung seines außenpolitischen Interventionismus, der gerade damals begann, entwickelte Roosevelt seine Meisterschaft im Umgang mit widerspenstigen Senatoren und Abgeordneten. Einer seiner engsten Mitarbeiter beschrieb die Mittel, die der Präsident virtuos einzusetzen wußte:

»Schmeichelei, Diplomatie, versteckte Drohungen, Versprechungen, Hoffnungen, Roßtäuschereien, intellektuelle Argumente, Charme, Appelle an die Parteitreue oder eine Kombination von alledem.« [8]

Trotzdem verlor Roosevelt die wichtigste Schlacht im vier Jahre dauernden Krieg gegen die Neutralitätsgesetze gerade im entscheidenden Sommer 1939 – als die Bereitschaft Chamberlains, dem Konfrontationskurs Roosevelts zu folgen, nur noch vom erwarteten Ausmaß des amerikanischen Engagements in Europa abhing.

Diese Niederlage war das beste und wichtigste Beispiel dafür, wie abhängig Roosevelt außenpolitisch von der jeweiligen innenpolitischen Gefechtslage war. Insgesamt litt das Profil seiner Präsidentschaft unter diesem permanenten Zwang zum Kompromiß. Er ergab sich aus der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, die Roosevelt mit Hinterlist respektierte, und aus der interfraktionellen Daueropposition gegen seine Innen- und Außenpolitik, die seine Position ständig bedrohte. Nur um den Preis des Machtverlusts hätte er sich offen über diese beiden Hindernisse hinwegsetzen können.

Wenn es Roosevelt dennoch gelang, sein »FDR« zum Markenzeichen seiner Präsidentschaft zu machen, die als eine der glänzendsten persönlichen Leistungen in das Geschichtsbewußtsein der meisten Amerikaner einging, dann lag es an zweierlei: an Roosevelts Fähigkeit, sich mit Hilfe der Medien zum »Präsidenten des ganzen Volkes« – man möchte sagen: der ganzen Welt – zu machen, und an der positiven Aufnahme, die diese globale Amtsauffassung nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen der antikommunistischen Konfrontation fand. In diesem bisher wenig erkannten Zusammenhang liegt das Geheimnis der Roosevelt-Präsidentschaft und der eigentliche Kern des Nachruhms, den sie erfuhr.

Als Roosevelt 1933 das Weiße Haus betrat, war er im Grunde der Präsident einer Minderheit. Die Republikaner verabscheuten ihn. Die Demokraten hatten sich über seiner Kandidatur zerstritten. Trotzdem hatte er die Wahl von 1932 mit einer Mehrheit von sieben Millionen Stimmen gewonnen. Vier Jahre später, bei der Präsidentenwahl von 1936, wuchs diese Mehrheit sogar auf elf Millionen. Zwischen diesen Zahlen und den knappen Mehrheitsverhältnissen, mit denen Roosevelt im Kongreß zurechtkommen mußte, bestand immer ein gewisses Spannungsverhältnis. Daß er in den folgenden Jahren wesentlich populärer wurde, ohne bei der Wahl von 1940 wesentlich mehr Stimmen zu gewinnen, verdankte er den neuen Möglichkeiten der Massenkommunikation.

Frühere Präsidenten waren treue Diener ihrer Parteien gewesen. Sie stellten sich folgsam auf jene »Wahlplattformen«, die ihnen die Parteibosse und die mehr oder minder zufälligen Mehrheiten der Parteikonvente gezimmert hatten. Auch Roosevelts Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten hing 1932 an einem hauchdünnen Faden. Er durfte nach dem höchsten Amt im Staate nur greifen, nachdem er seinem außenpolitischen Internationalismus abgeschworen hatte. So hatte es Randolph Hearst verlangt. Aber Roosevelt dachte keinen Augenblick daran, von seinen Überzeugungen abzulassen. Er hielt sich an kein Parteiprogramm, obwohl er natürlich dem Vortrupp des liberal-demokratischen Zeitalters folgte. Er hielt sich auch von allen Parteiungen fern. Während die Mitglieder des Kongresses einzelne Wahlkreise und Interessen vertraten, stilisierte sich Roosevelt zum »Präsidenten des Volkes« hoch. Auf diese Weise wurde er

»der überlegene Akteur innerhalb des (amerikanischen) Verfassungssystems der ›checks and balances‹«

(Godfrey Hodgson). Und das Oberste Bundesgericht, mit dem er eben noch in heftiger Fehde gelegen hatte, tat ihm schließlich den Gefallen und segnete 1937 den Grundsatz ab:

»Der Präsident allein hat die Macht, als Repräsentant der Nation zu reden oder zuzuhören.« [9]

Nicht der Kongreß. Natürlich fiel dieser Erfolg, der das in 150 Jahren gewachsene Selbstbewußtsein des Kapitols anstieß, nicht einfach vom Himmel. Wie alles gemacht wird in der Politik, so wurde auch er gemacht. Um die alten Gesetzmäßigkeiten der Politik abzuschaffen, setzte kein Präsident vor ihm die neue Macht der Massenkommunikation gezielter ein als Franklin Delano Roosevelt. McKinley war der erste Präsident gewesen, der Reporter in das Weiße Haus einließ. Präsident Wilson führte zum erstenmal formelle Pressekonferenzen ein. Doch für die Medien der dreißiger Jahre war Roosevelt der unübertroffene Super-Star. Sie schienen mit ihm im Bunde zu stehen.

Für die Mehrzahl der Zeitungsverleger traf das anfangs freilich nicht zu. Sie waren in der Mehrzahl republikanisch oder »anti-Roosevelt«. Dem aufstrebenden Politiker und Präsidenten blieb daher zunächst nichts anderes übrig, als sich mit den Reportern an der Nachrichtenfront gegen die Redakteure, Kolumnisten und Editoren in den Verlagszentralen zu verbünden. Dafür sorgten der unermüdliche Louis Howe und Pressesprecher Steve Early, der Roosevelt seit dessen Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten im Jahre 1920 begleitete.

Durch seine Lähmung mit einem schweren Handicap belastet, genoß Roosevelt bei den Reportern einen natürlichen Sympathievorsprung gegenüber jedem Rivalen, auch bei den Fotoreportern. Verständlicherweise hatten die Manager seines Erfolges kein Interesse daran, daß der Präsident häufiger als unbedingt nötig mit Rollstuhl und atrophierten Beinen abgelichtet wurde. Und die Herren über das Blitzlichtgewitter, das schon manche Politikerkarriere vernichtet hatte, hielten sich daran. Entweder bannten sie Roosevelt von der Taille an aufwärts auf ihre Platten oder sie fotografierten ihn hinter einem Tisch. Freilich pflegte der Gelähmte selbst aus seinem Leiden noch einen Funken von Witz zu schlagen, wenn er zu seinem Publikum auf Wahlkampfreisen sagte:

»Nun, hier bin ich – der hilflose Krüppel, von dem mein Gegner spricht. Das ist meine 16. Rede heute.«

Jedesmal war ihm dann der Beifall sicher.

Roosevelt war wahrscheinlich der beste Journalist, der jemals im Weißen Haus gesessen hat. Sein guter Draht zu den Medien und seine natürliche Medienwirksamkeit beruhten einfach auf seiner Fähigkeit, »sich zu verkaufen«, immer gut für einen Witz, ein Zitat oder eine ganze Story zu sein. Außerdem hatte er ein menschlich erfreuliches Verhältnis zu den Reportern,

die ihn auf seinen Wahlkampfreisen oder im Sonderzug auf ein Wochenende nach Hyde Park begleiteten.
Die unermüdliche Pflege der Pressekontakte machte sich für Roosevelt bezahlt. Darauf angesprochen, warum er und seinesgleichen den ungeschriebenen Gesetzen im Umgang mit dem Präsidenten folgten, antwortete der Fotograf Sammy Schulman in einer typischen Weise:

»Vor allen Dingen, er behandelte uns gut, und deshalb behandelten wir ihn auch gut. Noch nie gab es eine Figur des öffentlichen Lebens, die für die Presse so zugänglich war, die so gut und leicht mit ihr korrespondierte, die sie als gleiche behandelte und mit ihr scherzte. Er war ein netter Mensch, wir mochten ihn einfach, und wir wollten ihn nicht in Verlegenheit bringen. Dann müssen Sie sich daran erinnern, daß er während der Depression ins Amt kam und daß er während des Krieges in ihm blieb. Das waren harte Zeiten, und er war unsere Hoffnung. Irgend etwas zu tun, was ihn in den Augen der Öffentlichkeit herabgesetzt hätte, wäre undenkbar gewesen.« [10]

Unsere Hoffnung – so wurde Roosevelt allmählich zu einer Institution, von der schwer zu sagen ist, ob es sie ohne die Massenkommunikationsmittel je gegeben hätte.
In den zwölf Jahren seiner Präsidentschaft hielt er mehr als tausend Pressekonferenzen ab, durchschnittlich zwei pro Woche, jeden Dienstag und Freitag eine, wenn nichts dazwischenkam. Zum erstenmal durften sich die Reporter mit gezückten Stiften und Blocks um seinen Schreibtisch im Arbeitsraum des Präsidenten, dem »Oval Office«, versammeln, im Zentrum der amerikanischen Macht. Dort und in ungezählten Interviews, Telefonaten und Hintergrundgesprächen fand das statt, was Arthur Schlesinger im Zusammenhang mit Roosevelt schlicht und ergreifend »die heimliche Manipulation der Presse« nannte, jene unermüdliche »Erziehung« der veröffentlichten Meinung zu den Zielen, die der Präsident vertrat.
Wäre es ohne das Radio möglich gewesen? Roosevelt hatte das neue Medium, das die Wirkungen der Rotationspresse bei weitem übertraf, schon in seinen New Yorker Wahlkämpfen benutzt. Wenn er mit seiner sonoren Baritonstimme in die Mikrophone des *Columbia Broadcasting Systems* (CBS) oder der *National Broadcasting Corporation* (NBC) sprach, konnte er bei Millionen von Amerikanern gleichzeitig zu Gast sein. Konsequent wurde diese Möglichkeit in den sogenannten »Fireside chats« genutzt, jenen Kaminplaudereien, die der Präsident während seiner Amtszeit in unregelmäßigen Abständen veranstaltete. Dabei saß er im Diplomatischen Empfangsraum des Weißen Hauses – übrigens eines der wenigen Zimmer, in denen es keinen Kamin gab – und verbreitete sich ebenso locker wie gekonnt über seine Politik.
Die Millionen von Amerikanern, die an ihren heimischen Feuerstellen vor den Lautsprechern ihrer Empfangsgeräte saßen, lernten den mächtigen Mann im fernen Washington auf diese Weise als Freund des Hauses kennen. Als guter Nachbar, der ihnen geduldig und geschickt sein weltpolitisches Konzept der »guten Nachbarschaft« auseinandersetzte, gewöhnte Roosevelt die Amerika-

ner an seine internationalistische Sicht der Dinge, an die Werte und Zielvorstellungen des liberal-demokratischen Blocks.
Aber er registrierte ebenso aufmerksam die Sorgen und Nöte, Hoffnungen und Wünsche, Meinungen und Gefühle seiner amerikanischen Nation. Gerade in dieser Sensibilität für die öffentliche Resonanz war Roosevelt unübertreffbar. Er hörte buchstäblich das Gras wachsen, aber mit mancher Rede haute er auch fürchterlich daneben. Jeden Arbeitstag begann der Präsident mit der Lektüre verschiedener Zeitungen. Durch Umfragen, Presseübersichten und Gremien wie das »National Emergency Council« (etwa »Nationaler Notstandsrat, ab 1939: Büro für Regierungsberichte – eine Behörde, die den Fortschritt des New Deal in den einzelnen Bundesstaaten kontrollierte) hatte der Präsident die Hand am Puls des Volkes.
Freilich nicht aus reiner Philantropie. Roosevelt war der erste Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten, der den Dialog mit der Öffentlichkeit systematisch, bewußt und vor allem in einem ganz großen Stil nutzte, um die nationale und internationale Akzeptanz für seine Innen- und Außenpolitik zu erhöhen. Es war das wichtigste Mittel seiner Konsensdemokratie, eine neue Form von »leadership«, von Führung und Verführung. Auf diese Weise entstand eine merkwürdig gespaltene Präsidentschaft, in der das Image und die Macht auseinanderklafften. Was die liberal-demokratischen Medien Roosevelt an außenpolitischer Magie zumaßen, versuchten ihm die protektionistisch-konservativen ad hoc-Mehrheiten des Kongresses an Macht zu verweigern.
Edward Bernay sah in diesem Mangel an parlamentarischer Legitimation keinen Widerspruch zur amerikanischen Demokratie. Der Neffe Sigmund Freuds, der 1918 der US-Delegation in Versailles als PR-Berater gedient hatte, stand den New Dealern um Roosevelt nahe. Bernay betreute in den dreißiger Jahren die Amerikatournee des italienischen Heldentenors Enrico Caruso ebenso wie die Marketing-Strategien von *CBS, Procter & Gamble* und *United Fruit.* Der vielseitig begabte Mann schrieb 1928 in seinem bekannten Buch »Propaganda«, einem Standardwerk liberaldemokratischer Medienkunde:

»Die bewußte und intelligente Manipulation der organisierten Haltungen und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft. Diejenigen, die diese unsichtbaren Mechanismen der Gesellschaft manipulieren, begründen eine unsichtbare Regierung, welche die eigentliche Herrschaftsgewalt unseres Landes ist . . . es sind die intelligenten Minderheiten, die kontinuierlich und systematisch Gebrauch von der Propaganda machen müssen.« [11]

Dies schien ganz genau auf Roosevelt und die liberal-demokratische Allianz zu passen.
Natürlich hätte die »unsichtbare Regierung« nicht funktioniert, wäre Roosevelt nicht ein so glänzender Redner gewesen, in seiner Zeit vielleicht nur noch von dem Engländer Winston Churchill erreicht. Unterstützt von Sam Rosenman, Robert Sherwood und anderen Redenschreibern, vermochte der Präsident, seine politischen Vorstellungen in griffige Parolen zu kleiden, in Formu-

lierungen von gedanklicher Schärfe, politischer Poesie und demagogischer Halbwahrheit. Natürlich hätte das Ganze auch nicht funktioniert, wenn Amerika nicht nach einem nationalen Hoffnungsträger gedürstet hätte wie ausgedörrtes Land nach einem Sommerregen.

Es sind immer besondere Umstände und besondere Begabungen, die zusammenkommen müssen, damit aus den prosaischen Handlungen der Politiker ein geschichtliches Drama wird, vor dem die Nationen anbetend in die Knie sinken. Roosevelt, die Depression, der New Deal, die Krise des internationalen Systems und das bebende Kraftgefühl der amerikanischen Nation schufen eine solche Konstellation. Und dennoch stand der Präsident ab 1935 innenpolitisch mit dem Rücken an der Wand. Nur die Außenpolitik konnte den Durchbruch zu jenem Gipfel der Identifikation zwischen Roosevelt und Amerika und dem Frieden bringen, auf dem die globalen Machtinteressen eines Landes eins werden mit dem Geist von Zeit und Welt.

Im Wahlkampf von 1936 begann sich Roosevelt erstmals als Weltfriedenspräsident zu profilieren. Der Frieden war damals auf der Welt gefährdet durch Mussolinis Angriff auf Abessinien, durch Hitlers Rheinlandbesetzung und durch den Spanischen Bürgerkrieg. Diese außenpolitische Krisenlage überlagerte den innenpolitischen Kampf um das Neutralitätsgesetz, um Roosevelts ehrgeiziges Sozialprogramm und um die Mehrheit im Obersten Bundesgericht. Wie bei einem schlecht gestimmten Instrument gab es dissonante Schwingungen zwischen den verschiedenen Handlungsebenen. Sie gefährdeten die Handlungsfreiheit des Präsidenten. Nur noch die Flucht aus der Innenpolitik durch die Intensivierung des Friedensthemas, so schien es, konnte in einem Land, das sich selbst nach Frieden sehnte, für Roosevelt den Durchbruch zur unbestrittenen Führerfigur bringen.

Tatsächlich gelang Roosevelt mit seinem Wahlkampfversprechen, er werde Amerika aus fremden Kriegen heraushalten, 1936 der Einbruch in die amerikanische Friedensbewegung auf breiter Front. Mary E. Wooley, führende Pazifistin und treue Republikanerin, wechselte in das Roosevelt-Lager über. Der Präsident empfing zum Beispiel die Abordnung einer Bürgerinitiative, die zwölf Millionen Unterschriften für den Frieden gesammelt hatte, und bestärkte sie in ihrem Vorsatz, weltweit weitere 50 Millionen einzuholen. In einer berühmten Rede, die er am 11. August 1936 in Chautauqua hielt, verschmolz Roosevelt den New Deal und das Friedensthema zur Apotheose seiner Präsidentschaft, indem er sagte: Vor die Wahl gestellt, ob es Frieden oder Profite wolle, werde und müsse sich das amerikanische Volk für den Frieden entscheiden. Selbst Senator Nye, der grade die düstere Rolle der amerikanischen Rüstungsindustrie im Ersten Weltkrieg untersuchte, war tief beeindruckt.

Ganz sicher war Roosevelt ein Präsident, der von Wirtschaft und Gesellschaft relativ wenig verstand, den dieses Gebiet auch verhältnismäßig wenig interessierte und dessen Hauptinteresse der Außenpolitik galt. Hier lag das Schwergewicht seiner internationalistischen Überzeugungen. Insofern war seine Rolle, die er in den internationalen Beziehungen der dreißiger Jahre spielte, naturnot-

wendig und schicksalhaft. Und weil die sich ständig verschärfende Weltkrise nach einer amerikanischen Vermittlung zu rufen schien, war sie auch ganz begreiflich. Nur, was machte er daraus?

Abgesehen davon, daß Roosevelt auf eine nur schwer durchschaubare Weise selbst zur Verschärfung dieser Krise beitrug – und dadurch wiederum den Ruf nach seiner eigenen Mittlerrolle verstärkte – haftete seiner Hinwendung zur Außenpolitik ein Element der innenpolitischen Berechnung an. Dieses Element wurde ab 1936 ein unverzichtbarer Bestandteil der globalen Präsidentschaft. Warum?

Es handelt sich um ein Problem, das seit Roosevelt alle amerikanischen Präsidenten haben. Der Präsident kann sich in der Innenpolitik nicht ausreichend in Szene setzen, um seine Wiederwahl zu rechtfertigen. Was immer er innenpolitisch tut und sagt, er muß in den Medien mit dem konkurrieren, was Senatoren, Kongreßabgeordnete und die Sprecher der mächtigen sozialen Gruppen tun und sagen. Sobald sich der Präsident aber auf das Gebiet der Außenpolitik begibt, verbessern sich seine Selbstdarstellungschancen beträchtlich. Während er gegenüber anderen politischen Instanzen verschiedene Informationsvorteile gewinnt, wissen amerikanische Reporter in der Regel weniger mit fremden Ländern anzufangen. Sie fühlen sich gegenüber dem Ausland weniger verpflichtet. Und es kann durchaus Krisensituationen geben, in denen sie dazu neigen, der Loyalität ihrem eigenen Land gegenüber einen gewissen Vorrang vor ihrer berufsethischen Pflicht zur Objektivität, Fairneß und Wahrheit zu geben. Der Präsident selbst kann sie durch eine dramatisierende Informationspolitik dazu bringen. Genau das erreichte Franklin Roosevelt in den Jahren 1937 bis 1939.

Alles, was Roosevelt damals außenpolitisch tat und sagte, diente nicht zuletzt dem alles überragenden Ziel, seine innenpolitische Macht und Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Godfrey Hodgson, der diese Zusammenhänge näher untersuchte, schrieb dazu:

»Weil der unausgesprochene Standard, an dem alles gemessen wird, die politische Stärke des Präsidenten ist, steht er ständig in der Versuchung, sich von den unlösbaren und frustrierenden Problemen der Innenpolitik abzuwenden, nicht um sich den großen Fragen der Außenpolitik zuzuwenden, mit denen sich der Präsident natürlich beschäftigen muß, sondern um seiner theatralischen Auftritte auf der Weltbühne willen, deren untergründiger Zweck es ist, seine politische Stellung aufzuwerten.« [12]

Dadurch erreichte Roosevelt etwas, was vor ihm – außer Wilson – noch kein Präsident in dem Maße erreicht hatte: Die amerikanische Innenpolitik wurde ein Teil der Weltpolitik und die Weltpolitik wurde ein Teil der amerikanischen Innenpolitik. Der Hauptunterschied zu Wilson bestand darin, daß es Roosevelt mit Hilfe der Außenpolitik gelang, seine innenpolitische Basis zu verbreitern. Dazu noch einmal Hodgson:

»Die effektive Macht des Präsidenten leitet sich nicht ab aus dem Mandat der letzten Wahl, sondern aus den politischen Ressourcen, die er durch sein Handeln auf dem

Washingtoner Markt anzusammeln versteht. Die Währung ist sein alles überragender Ruf, wie er von seinen Konkurrenten und den Medien bemessen wird, deren Aufgabe es ist, diesen Dingen auf der Spur zu bleiben. Die permanente Wahlkampagne ist mehr und mehr die Realität der Präsidentschaft.« [13]

Und schon damals war der Frieden das beste Wahlkampfthema der Welt. Auf diese Weise gelang es dem innenpolitisch stark bedrängten Präsidenten, 1936 für die entscheidenden vier Jahre, die folgten, wiedergewählt zu werden. Außenminister Hull jubelte damals in einem Telegramm an US-Botschafter Dodd, der sich gerade in Paris aufhielt und es dem englischen Botschafter Sir Eric Phipps sagte, der es wiederum dem englischen Außenminister Sir Anthony Eden weitererzählte: Der überwältigende Sieg Roosevelts beruhe auf seiner Außenpolitik. Sie bestehe darin, daß sie die faschistischen Staaten nicht ermutige und neue Handelsverträge mit ihnen ausschließe, solange sie auf ihren Gangster-Methoden bestünden. Der Präsident ziehe es vor, Deutschland »kurzzuhalten«, und habe nicht die Absicht, die italienischen Eroberungen in Abessinien oder Francos Diktatur in Spanien anzuerkennen. Im Frühjahr 1937 werde Roosevelt eine Weltfriedenskonferenz einberufen. Sollten die Gangster-Nationen sich weigern, zu kommen oder auf der Konferenz ausreichende Zusicherungen zu machen, würden sich die friedliebenden Nationen gegen sie zusammenschließen. [14] Damit war das Leitmotiv von Roosevelts Außenpolitik angeschlagen.

---

Anmerkungen

1 Richard J. Whalen, The Founding Father. The Story of Joseph P. Kennedy. London 1965, S. 167.
2 Ronald Steel, Walter Lippmann and the American Century. London/Sydney/Toronto 1980, S. 316.
3 Dallek, Roosevelt, S. VII.
4 Junker, Roosevelt, S. 74.
5 Ernst Fraenkel, Roosevelt – Schatten über der NATO. In: Deutsche Rundschau, Band 84/2 (1958), S. 911.
6 Roosevelt, Parents, S. 114.
7 Godfrey Hodgson, All Things to all Men. The False Promise of the American Presidency. New York 1980, S. 54.
8 ebda., S. 62.
9 ebda., S. 147.
10 Roosevelt, Parents, S. 83.
11 Stephen Schlesinger/Stephen Kinzer, Bitter Fruit. New York 1982, S. 65.
12 Hodgson, Things, S. 237.
13 ebda., 210ff.
14 Anthony Eden, The Memoirs of Sir Anthony Eden. Vol. II. London 1960, S. 525.

# Teil II

# Amerika

# 1.
# Das Spiel mit dem Feuer

Fast hundert Jahre brauchten die Vereinigten Staaten, um sich zu einem wirklichen Nationalstaat zu vereinigen – vom Aufstand gegen die englische Kolonialherrschaft bis zum Ende des amerikanischen Bürgerkrieges Mitte des 19. Jahrhunderts. In den folgenden fünfzig Jahren, bis zum Ersten Weltkrieg, stießen sie in die Spitzengruppe der Weltmächte vor. In den 25 Jahren von 1919 bis 1945 ließen die USA als Supermacht alle anderen Mächte hinter sich.
Besser als mit diesem Zeitraffertempo läßt sich der kometenhafte Aufstieg Amerikas vom Objekt zum Subjekt der Weltpolitik nicht illustrieren. Als Roosevelt 1933 sein Amt antrat, war dieser Prozeß schon recht weit fortgeschritten. Als er 1945 starb, war die Entwicklung so gut wie abgeschlossen: Amerika erreichte mit der Zündung der ersten Atombombe den Gipfel seiner Macht. Zwar hatten die Vereinigten Staaten gerade zu Beginn der dreißiger Jahre wirtschaftlich einen beispiellosen Schwächeanfall erlitten, der im Grunde bis zu ihrem Kriegseintritt 1941 anhielt. Aber schon die Tatsache, daß der amerikanische Börsen- und Bankenkrach damals die ganze Welt in den Abgrund der Wirtschaftskrise hineingeschleudert hatte, zeigte das ungeheuer große Gewicht der Vereinigten Staaten im internationalen Zusammenhang.
Viele gleichsam natürliche Umstände begünstigten dieses Größenwachstum: die kontinentale Ausdehnung, die geschützte Lage zwischen den beiden Ozeanen, die Fruchtbarkeit und der Reichtum des Landes, die ungebrochene geschichtliche Kontinuität, das große Ansehen Amerikas in der Welt, seine Neutralität. Seit dem letzten Krieg gegen England Anfang des 19. Jahrhunderts hatten die Amerikaner nicht mehr erlebt, was es bedeutet, wenn fremde Truppen das eigene Land besetzen. Nie wurde ihnen ein Frieden diktiert. Insofern war selbst der Erste Weltkrieg trotz des hohen Blutzolls, den sie in Europa bezahlt hatten, fast spurlos an Amerika vorübergegangen.
»Amerika, du hast es besser«, hatte schon der alte Geheimrat Goethe geschwärmt.

»Was können wir tun, wenn die Führerschaft der Welt in unsere Hände fällt?«

fragte der amerikanische Botschafter Page ziemlich ratlos am Ende des Ersten Weltkrieges seinen Präsidenten Wilson. Fast überall brach in den zwanziger Jahren, den »roaring twenties«, ein wahres Amerika-Fieber aus, mit Jazz, Revue-Girls und Hollywood-Filmen. Aber noch Anfang der dreißiger Jahre, als einmal pro Woche der »Atlantic Clipper« von Lissabon abflog und man mit

dem Dampfer zehn bis zwölf Tage über den großen Teich brauchte, schienen »die Staaten« ziemlich weit entfernt von den Molesten Europas zu sein, von seinen Revolutionen, Kriegen und Katastrophen.
Dabei reichten die amerikanische Macht und der amerikanische Einfluß schon zu diesem Zeitpunkt längst bis in die Tiefen Asiens, Lateinamerikas und Europas hinein, bis in das Tal des Yangtsekiang und bis in die Hochtäler der Anden in Chile, bis in die Kontore der Londoner City und bis in die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, bis in die Köpfe der meisten Menschen durch Vorbild, Leistung und Abschreckung. Selbst das bolschewistische Rußland, wo die Menschen unter Stalin vor Hunger starben, empfand sich als eine Kombination von revolutionärem Schwung und amerikanischer Sachlichkeit. [1] Aus einer Handvoll von Kolonien an der nordamerikanischen Ostküste war inzwischen ein Weltreich geworden, stark genug, die »Pax Britannica« der letzten 200 Jahre durch eine »Pax Americana« abzulösen, durch einen »amerikanischen Frieden« für die ganze Welt.
Es war ein Reich, das buchstäblich keine Grenzen kannte. Während sich für die englischen und französischen Weltreiche, die es damals noch gab, genau die Länder benennen ließen, die zu ihnen gehörten – die Dominions, Kolonien und Vizekönigtümer – war das im Falle Amerikas unmöglich. Außer ein paar Inseln und Inselgruppen im Pazifik und in der Karibik besaßen sie nichts an fremden Territorien. Selbst bei der letzten größeren Landverteilung am Ende des Ersten Weltkrieges in Versailles, als das deutsche, das österreichisch-ungarische und das türkische Reich aufgelöst oder verkleinert wurden, waren die USA leer ausgegangen. Sie saßen nicht einmal im Völkerbund. Und doch regierten sie heimlich die Welt.
Um diese Macht zu analysieren, hatte es bis zur Präsidentschaft Roosevelts wenig Sinn, nur nach Washington zu gehen, einer liebenswürdigen, aber unbedeutenden Stadt am Potomac, die nur 400000 Einwohner zählte. Bevor die amerikanische Hauptstadt während des New Deal ihren Aufschwung zur Weltmetropole erlebte, besaß sie im Vergleich zu London und Paris nur einen geringen politischen *news*-Wert. Es genügte auch nicht, die Reden des Präsidenten und den diplomatischen Schriftverkehr des Außenministers zu studieren. Roosevelt war zwar sicher ein bedeutender Redner und Hull ein rechtschaffener Mann. Aber die amerikanische Gesamtpolitik, die aus einem dichten Gemisch von Innen- und Außenpolitik besteht, wurde auch von den mächtigen Senatoren, Bankiers, Zeitungsverlegern, Industriekapitänen, Kirchenpräsidenten und Anwälten gemacht. Sie alle vertraten die amerikanische Macht nach innen und nach außen auf ihre mehr oder weniger stille, effektive und beständige Weise, wie sie es immer getan hatten.
Natürlich hatten sich Roosevelt und die liberal-demokratische Koalition dem ständigen Wandel der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse anzupassen. Sie führten diesen Wandel großenteils sogar selbst herbei:

– mit dem allmählichen Übergang vom industriellen zum nachindustriellen

Zeitalter, der die Menschheit einer globalen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung näher brachte;
- mit der Auflösung der traditionellen Strukturen in den Staaten und Gesellschaften der ganzen Welt, die einer Erhöhung des Lebensstandards entgegenstanden;
- mit dem Siegeszug jenes gemischten Wirtschaftssystems zwischen Liberalismus und Sozialismus, das Freiheit und Zwang miteinander kombinierte;
- mit der großen Allianz schließlich zwischen Amerika, England, Frankreich und Rußland gegen das Deutschland Hitlers.

Der Aufstieg Amerikas zur Supermacht vollzog sich im Einklang mit den vorherrschenden Tendenzen des »amerikanischen Jahrhunderts«, nicht gegen sie. Wahrscheinlich liegt es daran, daß an dem Reich ohne Grenzen in den dreißiger Jahren zunächst seine Unauffälligkeit auffiel. Es kam nicht mit Pauken und Trompeten daher, auch nicht mit Konzentrationslagern und Schauprozessen. Als Roosevelt am 4. März 1933 in sein Amt eingeführt wurde, begrüßte ihn sein Amtsvorgänger Hoover vor dem Weißen Haus wie ein liebenswürdiger Nachbar.

Anschließend fuhr der 32. Präsident der Vereinigten Staaten zum Kapitol, dem Sitz des Senats, wo er auf der Osttreppe vor einer festlich gekleideten Menge eine Rede hielt, die sogenannte »Inauguraladresse«. Der Oberste Bundesrichter Hughes vereidigte ihn auf eine alte Familienbibel. Das war alles – nichts Neues außer den Sicherheitsbeamten, die den Wagen des Präsidenten auf der Pennsylvania Avenue im Laufschritt begleiteten, als er zurück zum Weißen Haus fuhr. Kontinuität und Diskontinuität lagen in Amerika vor und nach 1933 sehr eng beisammen.

Seit Ende des Ersten Weltkrieges bis zu ihrem Kriegseintritt 1941 waren die USA formell neutral. In den vielen Konflikten, die damals die Welt beherrschten, durften sie nicht Partei ergreifen. Da es dem Präsidenten untersagt war, sein Land ohne Zustimmung des Kongresses in fremde Kriege zu führen oder in Bündnisse zu verstricken, traten die Vereinigten Staaten in den dreißiger Jahren keiner einzigen Allianz bei. Nirgendwo in der Welt kämpften zu jener Zeit amerikanische Soldaten. Außer einigen Männern, die bei der Niederwerfung der Streiks in Minnesota und beim sogenannten »Panay-Zwischenfall« auf dem Yangtsekiang starben, kam damals kein Amerikaner durch die Politik seiner Führer zu Tode. Die Vereinigten Staaten schlossen mit anderen Mächten einige Handels- und Finanzabkommen, nahmen die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion auf und froren diejenigen zum Dritten Reich ein. Aber im großen und ganzen schienen sie außenpolitisch mehr zu unterlassen als zu unternehmen.

So konnte in den dreißiger Jahren der idyllische Eindruck entstehen, Amerika sei außenpolitisch eine isolierte Macht. Sie schien erst durch das moralische Versagen der europäischen Mächte England und Frankreich vor den inhumanen, agressiven und schlechthin bösen Diktaturen in Deutschland, Italien und

Japan zum Widerstand herausgefordert zu werden. »*Challenge to Isolation*« (»Herausforderung an die Isolation«) hieß denn auch der Titel eines Buches, der das Amerikabild jener Jahre lange Zeit bestimmte. [2]
Dieses Klischee wurde durch so freundliche Schlagworte wie »offene Tür *(open door)*, »guter Nachbar« *(good neighbour)* und »Befriedung der Welt« *(world appeasement)* unterstützt. Mit ihnen schmückte sich in den dreißiger Jahren die amtliche Außenpolitik, in der nicht säbelrasselnde Generale, ruchlose Berufsdiplomaten und größenwahnsinnige Diktatoren den Ton angaben, sondern rechtschaffende Anwälte, erfolgreiche Unternehmer und geschmeidige Bankiers – in China stellenweise sogar Missionare. Sie alle folgten dem Willen einer demokratisch gewählten Regierung. Und irgendwo über allem, in einem weißen Haus, das die Macht, die Herrlichkeit und die Unschuld Amerikas symbolisierte, wohnte ein gestrenger, aber gerechter Präsident, der das alles in ein wohlklingendes, aber hilfloses Pathos zu kleiden wußte.
Wegen seiner gefälligen Formlosigkeit nannte man das amerikanische Weltreich ein »informelles Empire«, ein zwangloses Reich. Daran war richtig, daß es der scharfgezogenen Grenzen, der schimmernden Wehr und einer autokratischen Zentralgewalt entbehrte, Formen, die gewisse Reiche in Europa charakterisierten. Aber war das amerikanische Reich deshalb weniger mächtig? Die Außenpolitik Washingtons beabsichtigte weder die Eroberung fremder Territorien, noch die Entfesselung von Kriegen, erst recht nicht die Vernichtung der Menschheit. Statt dessen wollte sie im Zeichen des Internationalismus und der Interdependenz, der gegenseitigen Verflechtung aller Länder und Lebensbereiche, sämtliche Grenzen öffnen, den Welthandel liberalisieren und die Verfassungen aller Staaten und Gesellschaften demokratisieren, auf daß die Menschen in den Genuß jener Rechte kämen, die die »*Bill of Rights of Virginia*«, einst verheißen hatte: die Freiheit, die Gleichheit und das Streben nach Glück.
Das alles wirkte friedlich, gesittet und menschlich, und nur wenige stießen sich an den unfreundlichen Tönen, wie sie Wilsons Außenminister Bryan einst von sich gegeben hatte. Durchaus kein zynischer Machtpolitiker, hatte er 1914 vor amerikanischen Exporteuren erklärt: Es sei Aufgabe der amerikanischen Politik,

> »die Türen aller schwächeren Länder für eine Invasion amerikanischen Kapitals und amerikanischer Unternehmen zu öffnen.« [3]

Für die Idealisierung der amerikanischen Politik in den dreißiger Jahren sorgten so fernliegende Faktoren wie der republikanische Idealismus eines Alexis de Tocqueville und Carl Schurz, aber auch so naheliegende Dinge wie Hitlers und Stalins Terror. Vor allem wurde diese Idealisierung von den Amerikanern aus Berechnung oder Naivität selbst betrieben. Da sich die Welt in einem Bewußtseinskrieg zwischen Faschismus und Kommunismus befand, lag es für viele Menschen nahe, in der amerikanischen Demokratie

ein ideales tertium comparationis zu sehen, und für alle Verfolgten dieser Erde war Amerika die Insel, auf der sie Zuflucht und Heimat suchten.

Hinzu kamen bestimmte Eigenheiten der amerikanischen Politik: der scheinbare Mangel an Koordination und Geheimhaltung, an Kontinuität und Ausdauer, an Schnelligkeit und Entschiedenheit. Schon Tocqueville hatte im 19. Jahrhundert beklagt, daß die amerikanische Politik mehr der öffentlichen Meinung als nationalen Überlegungen folge und manchmal selbstzerstörerische Züge trage. [4] Da sich die Amerikaner scheinbar mehr für Wirtschaft interessierten als für Politik – eine an sich seltsame und blutleere Unterscheidung –, schlich sich sogar das Mißverständnis ein, die Vereinigten Staaten hätten überhaupt keine »richtige Außenpolitik«.

Konzeptionen waren jedenfalls nicht zu erkennen. Verwirrt muteten die Grundmuster der amerikanischen Politik an zwischen Neutralität und kollektiver Sicherheit, Selbstisolierung und Intervention, Idealismus und Egoismus. Wer erkannte dahinter die harten Konturen der Machtpolitik? Abgesehen von ein paar markigen Ansprachen wie der Quarantäne-Rede im Herbst 1937, plädierte der Präsident immerfort für Verhandlungen, Konferenzen und Verträge. Und sein Außenminister Hull pries ebenso rastlos wie wirkungslos den Freihandel als Allheilmittel für die internationale Krise an. Von den fein gesponnenen Künsten der Geheimdiplomatie schienen die Amerikaner dagegen nichts zu halten oder – schlimmer noch – nichts zu verstehen.

Die Lieblingsidee des liberal-demokratischen Lagers von der »*einen* Welt«, so schien es, war eine schöne Utopie. Aber angesichts der Gefahren, die überall auf den Weltfrieden lauerten, entbehrte sie offenbar der Realität. Fast niemand ahnte damals, daß ihre politische Realisierung doch schon weit fortgeschritten war.

Die »*eine* Welt« war der Inbegriff des nationalen Interesses, wie es von Roosevelt und den liberal-demokratischen Internationalisten definiert wurde. Sie sollten auf drei Säulen ruhen: Auf dem *einen* Markt, auf der *einen* Sicherheit und auf dem *einen* Bewußtsein – dies alles zusammengefaßt von irgendeiner Art Friedensmaschinerie unter amerikanischer Führung. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte der Völkerbund diese Funktion übernehmen sollen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vereinten Nationen daraus. Aber wo war die Brücke, die von der einen Weltorganisation zur anderen führte?

Untersucht man die Vorgeschichte der beiden Weltkriege, dann stößt man auf die ständig steigende wirtschaftliche, politische und militärische Macht der Vereinigten Staaten. Dann entdeckt man auch die wachsende Herrschaft Amerikas über das Völkerrecht und damit über den Kernbereich des politischen Bewußtseins. »*Caesar dominus et supram grammaticam*«, sagten schon die alten Lateiner – Herr ist, wer die Grammatik beherrscht. Das Völkerrecht ist gewissermaßen die Grammatik der internationalen Beziehungen, die Außenpolitik des Einzelstaates ihre Sprache. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es viele solcher »Sprachen«. Indem die Amerikaner nach dem Ersten Weltkrieg

zunehmend die Herrschaft über das Völkerrecht errangen, konnten sie auch stärker darüber entscheiden, welche Außenpolitik zulässig war oder nicht. Denn sie bestimmten das politische Bewußtsein der Weltöffentlichkeit.
Begonnen hatte diese Entwicklung rund hundert Jahre vor Roosevelts Amtsantritt mit der sogenannten »Monroe-Doktrin«, eine Erklärung des Präsidenten James Monroe. Sie sollte »die Heilige Allianz« – das europäische Konzert der Mächte – davon abhalten, sich die süd- und mittelamerikanischen Besitzungen der sterbenden Weltmacht Spanien anzueignen. In der Hauptsache richtete sich die Doktrin natürlich gegen England. Denn mit seinem Empire war England bis zum Ersten Weltkrieg die unbestreitbare größte Macht der Welt, was die Ausdehnung seines Reiches, die Macht seiner Flotte und die Bedeutung seiner Handels- und Finanzbeziehungen angeht.
Überall, wo damals amerikanische Kaufleute, Bankiers und Diplomaten auftauchten, stießen sie bereits auf englische Kaufleute, Bankiers und Diplomaten – und auf die Einheiten und Stützpunkte der *Royal Navy*. England war im 19. Jahrhundert vor Frankreich die führende Kolonialmacht der Welt, und der amerikanische Präsident Monroe wollte sie davon abhalten, in Lateinamerika weitere Kolonien zu gründen. Die Erklärung, die er 1823 abgab, enthielt deshalb unter ausdrücklicher Berufung auf »die Rechte und Interessen« der USA das Verbot der Kolonisation und der Intervention dritter Mächte auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Die Monroe-Doktrin war die Geburtsurkunde einer imperialen Macht, die das Kunststück fertigbrachte, gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, daß sie antiimperialistisch sei.
Bei der Monroe-Doktrin handelte es sich um eine einseitige Willenserklärung des Präsidenten, nicht um eine Konvention oder um einen völkerrechtlichen Vertrag. Um so erstaunlicher war es, welche Wandlungen die Monroe-Doktrin in den nächsten hundert Jahren durchmachte, ohne daß sie an Geltung verlor. Ursprünglich hatte sie den Vereinigten Staaten als Instrument zur Abwehr raumfremder Mächte gedient. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Doktrin jedoch zu einem Werkzeug der amerikanischen Hegemonie über Mittel- und Südamerika: Die dortigen Staaten mußten es hinnehmen, daß ihre Regierungen praktisch von der Anerkennung Washingtons abhingen.
So wurde aus einem Grundsatz der Nicht-Intervention, der übrigens nach dem Willen Monroes die USA umgekehrt auch gegenüber Europa binden sollte, allmählich eine Rechtfertigung für die Intervention der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Mächte einer bestimmten Region. Das war an und für sich schon eine erhebliche Bedeutungsverschiebung. Diese Einmischungen fanden zwar meistens auf verdeckte Weise statt, durch politischen Druck oder wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, den berüchtigten »Dollarimperialismus«. So wurden in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die Finanzen von nicht weniger als zehn lateinamerikanischen Staaten von Washington beherrscht.
Aber nicht selten wendeten die USA auch nackte militärische Gewalt an, um unerwünschte Entwicklungen in Lateinamerika zu verhindern oder erwünschte

zu erzwingen: so 1898 auf Kuba, 1903 in Panama, 1915 in Haiti, 1921 in Paraguay, 1924 wieder in Panama, 1926 in Nicaragua. Das war die berüchtigte »*big-stick-policy*«, die Politik des großen Knüppels, die Theodore Roosevelt erfunden hatte. Erst später, nämlich unter Hoover und Franklin Delano Roosevelt, wurde diese Politik durch die sanftere Politik der »guten Nachbarschaft« abgelöst, ohne daß sich an ihren Zielen wesentliches änderte. Das Ziel war und ist die Beherrschung Lateinamerikas.

An der Monroe-Doktrin ist dreierlei interessant. Sie ist unilateral, d. h. ein einseitiger Akt, sie richtete sich ursprünglich gegen England, und sie wurde trotz ihres Bedeutungswandels im Laufe der Zeit von allen Mächten der Erde anerkannt, letzten Endes auch von England. Schon das war ein großer völkerrechtlicher Erfolg für die Vereinigten Staaten, für den es eigentlich nirgendwo auf der Welt eine Parallele gibt. Wilson bezeichnete den Völkerbund denn auch ziemlich vorlaut als »Ausdehnung der Monroe-Doktrin auf die ganze Welt«. [5] Deutlich kam der amerikanische Machtzuwachs darin zum Ausdruck, daß sich später auch sämtliche andere Mächte der Doktrin unterwarfen.

So kam es, daß die Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingriffen, um sie indirekt zu beherrschen, ohne daß die USA je als Friedensbrecher oder Angreifer zur Rechenschaft gezogen wurden.

Einseitig, antienglisch und noch prägender für das politische Bewußtsein als die Monroe-Doktrin war jedoch die sogenannte »*Open-door*«-Politik. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß die Maximen dieser Politik für das Lebensgefühl dieses Jahrhunderts bestimmend wurden. Sie sind sein kongenialer Ausdruck. Die »*Open-door*«-Politik wurde von Präsident McKinley 1899, also nach dem amerikanisch-spanischen Krieg, in die amerikanische Außenpolitik eingeführt. Sie hatte von vornherein eine offensive Tendenz. Sie schuf die wirtschaftlichen und auch die politischen Voraussetzungen für das amerikanische Reich ohne Grenzen. Ihre Entstehung wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Vereinigten Staaten damals – ähnlich wie das Deutschland Bismarcks, aber von einer ganz anderen und wesentlich besseren Ausgangsposition aus – reichlich spät in die Weltpolitik starteten.

Die Erde war Ende des 19. Jahrhunderts bereits weitgehend aufgeteilt, und England gehörte der Löwenanteil. Der Grundgedanke der »*Open-door*«-Politik bestand darin, die Kolonialreiche und alle sonstigen Einflußzonen der europäischen Mächte durch den Ruf nach der gleichen Chance für alle aufzubrechen. Alle sollten überall die gleichen Rechte des Handels und des Wandels haben.

Wenn man bedenkt, daß die Kolonialmächte von jeher dazu neigten, ihre Reiche nach außen hin durch Zollmauern und andere Handelshemmnisse abzuschotten, damit sie sich ungestört in den Genuß der Rohstoffe, Arbeitskräfte und Anlagemöglichkeiten setzen konnten, wird deutlich, welche Sprengkraft die »*Open-door*«-Politik hatte. Da sie insofern »antiimperialistisch« war, ließ sie sich in der internationalen Öffentlichkeit auch gut »ver-

kaufen«, vor allem natürlich bei den unterdrückten und unterentwickelten Völkern selbst.

Auf das Weltsystem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirkte die »*Open-door*«-Politik mit ihren Forderungen nach Freiheit des Welthandels und der Weltmeere wie reines Dynamit. Ursprünglich sollte sie nur den amerikanischen Kaufleuten und Bankiers in Lateinamerika und China die Türen öffnen. Sie sollte ihnen die Märkte erschließen, die unmittelbar vor der amerikanischen Haustür lagen.

Aber im Laufe der Zeit, mit dem Wachsen der amerikanischen Macht, wurden die »*Open-door*«-Prinzipien ebenso wie die Monroe-Doktrin auf die ganze Welt ausgeweitet. Sie wurden in jeden wichtigen Vertrag aufgenommen, den die Vereinigten Staaten mit anderen Ländern schlossen. Und da kaum ein Land darauf verzichten konnte, seine eigenen Waren auf dem riesigen amerikanischen Markt zu verkaufen und die kostengünstigen amerikanischen Waren, Rohstoffe und Agrarprodukte dort einzukaufen – also mit den USA Handel zu treiben – setzte sich die »*Open-door*«-Politik langsam, aber sicher durch. Und das hatte natürlich politische Konsequenzen.

Die »*Open-door*«-Politik wurde von den amerikanischen Politikern, Finanziers und Handelsleuten in der sicheren Erwartung eingeleitet, daß sich ihre Kapital- und Wirtschaftskraft unter den Bedingungen des uneingeschränkten Wettbewerbs am besten gegen die Konkurrenz durchsetzen konnte. Man rechnete von vornherein mit einer erfolgreichen Expansion der amerikanischen Außenwirtschaft. Hatten amerikanische Banken, Exportfirmen, Bergbauunternehmen, Ölfirmen, Versicherungsgesellschaften, Schiffahrtslinien, Automobilfabriken usw. erst einmal in einem Land Fuß gefaßt und investiert, dann trat regelmäßig eine Art »Ölfleckwirkung« ein. Wie Öl auf dem Wasser breitete sich der amerikanische Einfluß immer weiter aus. Erst brauchten die Firmen in ihrem Gastland wirtschaftliche Sicherheit für ihre Geld- und Sachanlagen, dann bessere Straßen, dann ein höheres Bildungsniveau für ihre Arbeitnehmer, schließlich politische Verhältnisse, die ihren Gewinnen Sicherheit und Stabilität gewährten.

So wurde die ganze Welt allmählich vom amerikanischen Einfluß durchdrungen. Natürlich trat diese Wirkung nicht schlagartig und überall gleichmäßig ein. In einer »Bananenrepublik« setzten sich die US-Interessen schneller durch als bei einer der europäischen Hauptmächte. Deutschland z. B. wurde erst nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg, also in den zwanziger Jahren »amerikanisiert«, China – soweit das im Bürgerkrieg möglich war – in den dreißiger Jahren, England, wenn überhaupt erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Tatsächlich setzten die Engländer der »*Open-door*«-Politik in den zwanziger und dreißiger Jahren noch erheblichen Widerstand entgegen, eine Tatsache, die in diesem Buch noch eine wichtige Rolle spielen wird.

Aber die Entscheidung zugunsten der »*Open-door*«-Politik hatte nicht nur draußen in der Welt, sondern auch in Amerika selbst wichtige politische Folgen, und zwar schon vor der Jahrhundertwende. Sie beendete praktisch den

Streit zwischen den Imperialisten vom Schlage Teddy Roosevelts und den Anti-Imperialisten à la Wilson. Die Anti-Imperialisten siegten und setzten ihren »Imperialismus der Gleichheit« durch, den liberal-demokratischen Internationalismus, die politische Philosophie einer bürgerlich-nivellierten Weltkultur im amerikanischen Sinne. Die außenpolitische Entscheidung für die »*Open-door*«-Politik war also zugleich eine innenpolitische Entscheidung gegen diejenigen Kräfte, die den Aufbau eines »formellen Imperiums« forderten. Sie war eine Entscheidung gegen die europäische Form der Machtpolitik mit Kriegen, Okkupationen und Annektionen.

Sicher war diese Wendung vielen Amerikanern ein Herzensbedürfnis, ein moralisches Anliegen, ein Gebot der Menschlichkeit. Da die amerikanische Außenpolitik aber im allgemeinen ebensowenig zu Sentimentalitäten neigt wie die Politik anderer Mächte, entsprang die »*Open-door*«-Politik letztlich eben doch einem nüchternen Machtkalkül. Sie war einfach diejenige Methode, mit der man bei einem Minimum an Einsatz ein Maximum an Effekt erzielte, wenn man unter Effekt eine Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Macht versteht.

Damals, als die »*Open-door*«-Politik in Schwung kam, entstand in den USA eine lebhafte Friedensbewegung. Sie propagierte eine schiedsrichterliche Schlichtung (»*arbitration*«) von Konflikten, die bisher mit Waffengewalt ausgetragen wurden. Und da die amerikanische Friedensbewegung davon ausging, daß das Recht nur dann internationale Geltung erlangt, wenn es von den Völkern selbst akzeptiert wird, war es auch eine sehr demokratische Bewegung. In ihr nahm die »kollektive Sicherheit«, ein politischer Schlüsselbegriff der zwanziger und dreißiger Jahre, allmählich Gestalt an.

Auch beim »*arbitration movement*«, bei der Bewegung zugunsten einer Schlichtung internationaler Konflikte, war die anti-englische Stoßrichtung zunächst unverkennbar. Sie sollte eine Wiederholung des Zusammenstoßes mit England über Venezuela verhindern und überhaupt Lateinamerika vor einer »Afrikanisierung« bewahren, vor einer Zersplitterung in lauter englische Kolonien. Vor allem wollte sich die aufstrebende Weltmacht USA durch die Einrichtung von Schlichtungsinstanzen ein verbrieftes Mitspracherecht gegenüber der bereits etablierten Weltmacht England verschaffen.

Erst der wachsende deutsch-englische Gegensatz vor dem Ersten Weltkrieg änderte die Situation. Vor die Wahl gestellt, ihre Neutralität für England und notabene Frankreich zu opfern oder die Herrschaft des Deutschen Reiches über Kontinentaleuropa zuzulassen, entschieden sich die USA für das kleinere Übel – für das Bündnis mit der Entente. Alles andere hätte die englische Seemacht gefährdet, den maritimen Schutzschild der USA.

Es war Theodore Roosevelt, der 1910 in einer Rede erstmals einen Völkerbund als internationale Schlichtungsinstanz vorgeschlagen hatte, der Kriege mit einer Art internationaler Polizeigewalt verhindern sollte. Diese Gewalt sollte von den »großen Nationen« ausgeübt werden,

»die ernsthaft Frieden wünschen und die nicht daran denken, aggressive Akte zu begehen.«[6]

Vor ein paar Jahren hätte sich dieser Aufruf noch gegen England gerichtet. Aber jetzt, im Zeichen des deutsch-englischen Flottengegensatzes, hinter dem zunehmend auch ein amerikanisch-deutscher Machtgegensatz stand, meinte Roosevelt nichts anderes als einen Zusammenschluß der »friedliebenden« angelsächsischen Seemächte gegen die »aggressiven« Kontinentalmächte wie Deutschland und Österreich-Ungarn.

Diese selbstgerechte Unterscheidung zwischen »friedliebenden« und »aggressiven« Mächten wurde natürlich von allen Nicht-Angelsachsen als willkürliche Diskriminierung empfunden, als eiskalte Mißachtung der deutschen und österreichischen Lebensinteressen und als scheinheilige Anmaßung raumfremder Mächte, die damit ihrerseits aggressive Ziele verfolgten. Unberechtigt war diese Empörung nicht. Denn welche Macht hatte das Recht, die anderen Mächte in schwarze und weiße Schafe einzuteilen? Keine, und die Unterscheidung in »friedliebende« und »aggressive« Mächte verfolgte natürlich den Zweck, die Mittelmächte in den Augen der Weltöffentlichkeit schon vor Kriegsbeginn ins Unrecht zu setzen und dadurch zu schwächen.

Andererseits war die Unterscheidung nicht völlig aus der Luft gegriffen, auch wenn es für die »Friedensliebe« Englands und Amerikas Gründe gab, die sie eigener Aggressivität und Macht verdankten. Die Sache war nämlich ganz einfach: England brauchte keinen Krieg mehr, weil es bereits alles, was es brauchte, durch Krieg und Diplomatie gewonnen hatte. Und die Vereinigten Staaten konnten sich allein schon aufgrund ihrer überlegenen Größe berechtigte Hoffnungen machen, daß sie durch ihre friedliche »*Open-door*« -Politik über kurz oder lang alles bekommen würden, was sie brauchten. Trotzdem war Theodore Roosevelts »Friedensliga« der ziemlich unverhohlene Versuch, eine amerikanisch-englische Weltherrschaft aufzurichten.

Hinter Roosevelts Vorschlag stand der Gedanke, alle Konflikte der Welt durch ein internationales Schiedsgericht schlichten zu lassen, um auf diese Weise den Krieg ein für allemal von der Erde zu verbannen und einen ewigen Frieden zu schaffen, einen angelsächsischen Frieden.

Über die Utopie des ewigen Friedens hatten schon die Griechen nachgedacht, aber auch z. B. der deutsche Philosoph Immanuel Kant, wie seine berühmte Schrift »Vom ewigen Frieden« zeigt. Ein Schiedsgericht ohne Polizeigewalt, die das Urteil in der Völkergemeinschaft vollstreckt, war aber nicht viel wert. Deshalb tat sich mit Roosevelts Vorschlag ein grundlegendes Dilemma auf. Eine Friedensliga, die gegen einen möglichen Aggressor Soldaten in Marsch setzte oder wirtschaftliche Zwangsmittel verhängte, sogenannte »Sanktionen«, stand in Gefahr, selbst den Krieg auszulösen, den sie ja eigentlich verhindern wollte. Außerdem fragte es sich, wie viele Staaten bei so einem gefährlichen Unternehmen mitmachen würden, von dem sich ja gut denken ließ, daß es irgendwann einmal gegen lebenswichtige Interessen dieser Staaten verstoßen würde. Das heißt, es ergab sich die Frage nach der internationalen Solidarität.

Beide Probleme, die Frage der Sanktionsgewalt und der internationalen Soli-

darität, wurden weder vor noch nach dem Ersten Weltkrieg befriedigend gelöst. Es half dem Völkerbund, der nach der Niederlage der Mittelmächte 1919 tatsächlich gegründet wurde, denn auch gar nichts, daß er die Befugnis erhielt, militärische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Aggressoren zu verhängen. Sie wurden, wie sich später zeigte, entweder gar nicht verhängt, oder sie fielen zu schwach aus, um mögliche Angreifer abzuschrecken.

Wilsons Völkerbund war gewissermaßen die Verlängerung von Theodor Roosevelts »Friedensliga« über den Ersten Weltkrieg hinaus. Wie er im einzelnen zustandekam, tut hier nichts zur Sache. Wichtig ist nur zweierlei: Spätestens als die Vereinigten Staaten 1917 an der Seite Englands und Frankreichs in den Krieg gegen Deutschland und die anderen Mittelmächte eintraten, gaben sie ihre langgehegte Neutralität auf und wandten sich dem diskriminierenden Kriegsbegriff zu, den Theodore Roosevelt bereits vorgezeichnet hatte. Das heißt, sie führten nach ihrem Verständnis gar keinen »Krieg«, sondern nahmen auf der Grundlage des von ihnen selbst gesetzten Völkerrechtes zusammen mit den Ententemächten an einer kollektiven Polizeiaktion gegen den Völkerrechtsbrecher Deutschland teil, dem die »gerechte Sache« abgesprochen wurde. [7] Daher brach über das deutsche Kaiserreich in Versailles tatsächlich so etwas wie ein amerikanisch-englisch-französisches »Weltgericht« herein: Die Siegermächte verlangten die Auslieferung des Kaisers und dessen führenden Militärs zwecks strafrechtlicher Aburteilung. Schon hier wurde der verhängnisvolle Weg beschritten, der dreißig Jahre später nach Nürnberg führte.

Andererseits versuchte sich der amerikanische Präsident Wilson in seinen Friedensbemühungen von vornherein von den beiden europäischen Siegermächten, England und Frankreich, abzusetzen. Schon mit seinem ersten Vermittlungsvorschlag vom 16. Dezember 1916 hatte er sich über die streitenden Parteien Europas erhoben. Unter Anwendung von finanziellem Druck versuchten die Amerikaner anschließend, England zur Bekanntgabe seiner Kriegsziele zu zwingen. Schließlich wirkten auch die beiden berühmten Reden vom 12. und 22. Januar 1917, in denen Wilson »einen Frieden ohne Sieg« forderte, wie eine eiskalte Dusche auf die Engländer und Franzosen. Sie wollten Deutschland natürlich erst besiegen, bevor sie Frieden machten. Deshalb waren sie ja in den Krieg gezogen.

Erst die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland und der amerikanische Kriegseintritt schmiedeten die angelsächsischen Mächte und Frankreich dann fest zusammen. Aber die Eintracht währte nicht lange. Denn mit seinen »Vierzehn Punkten« setzte sich der amerikanische Präsident 1918 wieder von seinen europäischen Verbündeten ab. (Bezeichnenderweise waren die USA mit England und Frankreich im Krieg nicht »alliiert«, sondern nur »assoziiert« – nicht verbündet, sondern nur verbunden – gewesen.)

Etwa die Hälfte dieser »Vierzehn Punkte«, auf die sich der Frieden gründen sollte, verschreckte die Sieger England und Frankreich ebenso wie den Verlierer Deutschland: Öffentlichkeit aller internationalen Vereinbarungen, Freiheit der Meere, Freiheit des Welthandels, Rüstungsbegrenzung, internationale

Regelung der Kolonialfrage, Räumung Rußlands, das die Entente soeben überfallen hatte, um die bolschewistische Machtergreifung zu verhinden. England und Frankreich waren deshalb dagegen, daß Wilsons Vorschläge uneingeschränkt zur Grundlage des Friedensschlusses gemacht wurden. Denn das waren ja die Prinzipien der »*Open-door*«-Politik. [8] Schließlich konnte man in London und Paris nicht übersehen, daß Wilson einen Frieden der Annektionen und Okkupationen in Europa ausschließen wollte, indem er mit der anderen Hälfte seiner vierzehn Punkte beschrieb, welche Gebietsveränderungen im einzelnen eintreten sollten.

Wegen dieser Widerstände reiften die Träume des amerikanischen Präsidenten nicht, die beiden europäischen Weltmächte zu entthronen und die Nachkriegsordnung Europas zu bestimmen. Der englische Premierminister David Lloyd George und der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau setzten in Versailles vielmehr doch einen Frieden der Annektionen und Okkupationen durch. Die Amerikaner hatten zu viel auf einmal gewollt – die kollektive Sicherheit des Völkerbundes *und* die Führung als Weltschiedsrichter über England und Frankreich, über Europa. Und aller Streit, den es in Versailles und nach Versailles gab, aller Ärger, den die Amerikaner über die verstockten Europäer empfanden, letztlich sogar der schmähliche Untergang Wilsons in den Wirbeln der amerikanischen Innenpolitik, ließen sich letztlich auf diese Selbstüberschätzung Amerikas zurückführen. Es war mit seiner Utopie der *einen* Welt an den europäischen Führungsmächten gescheitert.

Aber die Vereinigten Staaten hatten sich ihrem Ziel doch schon um ein gutes Stück angenähert. Denn sie waren durch und nach dem Ersten Weltkrieg sehr viel stärker als die europäischen Mächte geworden. So setzten sie ihre Versuche fort, das Reich ohne Grenzen auszuweiten und das Völkerrecht entsprechend umzuformen. Dabei verwickelten sie sich freilich in immer größere Widersprüche. Sie ratifizierten das Versailler Diktat nicht, aber sie wirkten im Rahmen der Pariser Botschafterkonferenz und in anderer Hinsicht an der Ausführung seiner Bestimmungen mit. [9] Die USA traten dem Völkerbund nicht bei, der künftig die Entscheidung darüber beanspruchte, ob ein Krieg völkerrechtlich zulässig oder unzulässig sei. Aber sie waren durchaus bereit, ihre Neutralität im Falle eines unzulässigen Krieges aufzugeben – eine Haltung, die mit den herkömmlichen Rechten und Pflichten der Neutralität nicht mehr unbedingt zu vereinbaren war.

So gerieten die Vereinigten Staaten im Laufe der zwanziger Jahre immer tiefer in eine bedenkliche Grauzone zwischen Neutralität und kollektiver Sicherheit hinein. Während sich die internationale Lage scheinbar entspannte, schufen sie auf diese Weise selbst eine wichtige, vielleicht sogar die wichtigste Vorbedingung für die allmähliche Destabilisierung des internationalen Systems in den dreißiger Jahren. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung bildeten der Kellogg-Pakt und die Stimson-Doktrin. Sie programmierten die Konflikte um die Mandschurei, Abessinien und die Tschechoslowakei in einer gewissen Weise vor.

Der Kellogg-Pakt, benannt nach dem Außenminister des Präsidenten Coolidge, Frank Kellogg, wurde am 27. August 1928 in Paris von den Vereinigten Staaten, Deutschland, England, Frankreich und einem Dutzend weiterer Staaten geschlossen. Er hieß deshalb auch Pariser Vertrag. Frankreich wollte sein Sicherheitsbedürfnis dadurch befriedigen, daß es die USA näher an Europa heranzog, nachdem die Attraktivität des Völkerbundes allmählich verblaßt war. Coolidge jedoch, weiterhin darauf bedacht, die Neutralität seines Landes zu wahren, durfte sich nicht auf ein solches Bündnis einlassen. Der US-Senat hätte dies als unerwünschte Verwicklung der USA in die europäischen Konflikte betrachtet.

Was bei der Vermittlung zwischen diesen beiden Extremen herauskam, war ein völkerrechtliches Unikum: kein Vertrag im eigentlichen Sinne, sondern eine Deklaration zur Ächtung des Krieges »als Werkzeug nationaler Politik« – ohne Vorschriften über gegenseitige Konsultationen oder gemeinsame Sanktionen, wie sie in klassischen Bündnissen üblich sind. Aber mit dem Vorbehalt, daß der Einsatz militärischer Macht zur Selbstverteidigung der unterzeichnenden Staaten weiterhin legitim sei. Mit anderen Worten: Der Kellogg-Pakt erklärte den Krieg zwar als Mittel der *nationalen* Politik für abgeschafft, nicht aber als Mittel der *internationalen* Politik, sprich der kollektiven Sicherheit. Außerdem definierte er nicht, was verbotener »Krieg« und was erlaubte »Selbstverteidigung« sei. Das sollte – ohne daß der Text sagte, von wem und wie – von Fall zu Fall entschieden werden mit der stillschweigend erwarteten Folge, daß die Vereinigten Staaten dann ihre Neutralität aufheben und in den gerechten Krieg gegen den nicht gerechtfertigten Aggressor eintreten würden.

Auf den ersten Blick wirkten die Formulierungskünste der Juristen ziemlich verwirrend, und sie waren es auch. Denn der Kellogg-Pakt warf weit mehr völkerrechtliche Probleme auf als die Völkerrechtsgemeinschaft lösen konnte. Auf jeden Fall war der diskriminierende Unterschied zwischen einem ungerechten »nationalen« Krieg und einem gerechten »internationalen« Krieg jetzt festgeschrieben, und es lag fortan faktisch in der Hand der Vereinigten Staaten, welchen Staat der Bannstrahl des Aggressionsvorwurfs im Falle eines Konflikts treffen würde. Denn so viel war nach dem Ersten Weltkrieg klar: England und Frankreich würden kaum bereit sein, gegen einen »Aggressor« allein in den Krieg zu ziehen.

Obwohl die Weimarer Republik zu den Unterzeichnerstaaten gehörte, richtete sich der Kellogg-Pakt natürlich in erster Linie gegen Deutschland. Ein wiedererstarkendes Deutsches Reich sollte vertraglich daran gehindert werden, die Revision des Versailler Vertrages mit aggressiven Mitteln anzustreben. Dem deutschen Rechtslehrer Carl Schmitt, der großen Einfluß auf das Rechtsdenken des Dritten Reiches hatte, schwante denn auch, daß mit dem Kellogg-Pakt

»ein neuer Weltherrschaftsanspruch erhoben (werde), den nur ein neuer Weltkrieg verwirklichen könnte« [10]

– wohlgemerkt: ein Weltkrieg des Westens gegen Deutschland.

Dagegen meinte Kellogg mit Tränen in den Augen bei Abschluß des Vertrages: »Das Ende aller Kriege ist erreicht.« [11]
So verschieden konnte man den Kellogg-Pakt sehen. Er war daher kaum geeignet, wirklich Frieden zu stiften. Trotz aller Bedenken wurde der Vertrag aber damals, Ende der zwanziger Jahre, überall als großer Sieg über den Krieg gefeiert. Er brachte die Vereinigten Staaten dem deutsch-französischen Versöhnungswerk von Gustav Stresemann und Aristide Briand näher. Insofern hatte er durchaus sein Gutes.
Aber der Kellogg-Pakt bedeutete doch auch ein hohes Risiko für die Stabilität des internationalen Systems. Denn er ließ einfach zuviel offen. Indirekt machte der Kellogg-Pakt die Vereinigten Staaten zum Partner der europäischen Sicherheit, dessen Kern das deutsch-französische Verhältnis war. Aber waren die USA denn wirklich willens und in der Lage, den Schiedsrichter zwischen Paris und Berlin zu spielen, wenn es zu einer ernsthaften Krise kam?
Der Engländer Philip Kerr, der spätere Lord Lothian, hatte da seine Zweifel:

> »Sie (die USA) wollen auf der einen Seite ihre Rechte als neutrale Macht im Falle eines Krieges wahren, und sie wollen keine Verpflichtungen für die Erhaltung des Weltfriedens übernehmen.« [12]

Damit hatte der Engländer seinen Finger auf die Wunde gelegt. Die Amerikaner wollten von allem etwas. Aber von nichts wollten sie alles, weil dies ihre weltpolitische Handlungsfreiheit beschnitten hätte.
Von den 67 selbständigen Staaten, die es damals auf der Welt gab, unterzeichneten im Laufe der Zeit 63 den Kellogg-Pakt. Alle Welt erwartete, daß die USA im Falle eines ungerechtfertigten Krieges, also eines unprovozierten Angriffskrieges, nicht mehr abseits stehen würden. Denn wenn ein Krieg nach Meinung der ganzen Welt illegitim war, dann mußte es auch die Neutralität sein. Aber sicher war man eben nicht.
Schlimmer noch: Indem der Kellogg-Pakt den Krieg abschaffte, schaffte er in einer gewissen Weise auch den Frieden ab. Denn das eine konnte es begrifflich nicht ohne das andere geben. Damit geriet die mühsam aufgebaute Tradition, den Krieg Krieg sein zu lassen, ihn aber strengen und relativ humanen Regeln zu unterwerfen, in Gefahr. Insofern war der Kellogg-Pakt paradoxerweise der Wegbereiter für den totalen Krieg.
Mit dem Kellogg-Pakt übernahmen die USA die globale Führung über das System der kollektiven Sicherheit, jedenfalls auf dem Papier. Auf Wunsch der Amerikaner sollte Krieg künftig nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt verboten sein. Aber da die Vereinigten Staaten bis auf weiteres neutral blieben, lösten sie ihren Weltführungsanspruch politisch nicht ein. Ihre Neutralität und die kollektive Sicherheit gerieten miteinander in Konflikt. Selbst wenn die USA ihre Neutralität im Fall eines Krieges aufgeben würden, mußten die anderen Mächte damit rechnen, daß es sehr lange dauern würde, ehe Amerika militärisch gegen einen Aggressor vorgehen konnte. Denn die Vereinigten Staaten rüsteten zwischen den beiden Weltkriegen fast vollständig ab. Allein

waren England und Frankreich aber möglicherweise zu schwach, um der Gefahr zu begegnen.

Es entstand also ein latentes Sicherheitsdefizit bei den europäischen Führungsmächten, die sich mit ihrer Unterschrift unter den Kellogg-Pakt wiederum der amerikanischen Führung unterworfen hatten, eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Solche Sicherheitsdefizite hatte es zwar schon immer gegeben. Aber jetzt gab es diese Lücke zwischen dem Völkerbund und den USA, genauer zwischen England und Frankreich einerseits, den Vereinigten Staaten andererseits, die lähmend wirken konnte. Um wenigstens ein gewisses Maß an außenpolitischer Handlungsfreiheit zu behalten, klammerten England und Frankreich deshalb gewisse Gebiete von »lebenswichtigem Interesse« aus dem Geltungsbereich des Kellogg-Paktes aus. In ihnen wollten sie – wie die USA unter der Monroe-Doktrin in Lateinamerika – die freie Entscheidung darüber behalten, ob sie mit der Waffe in der Hand für ihre Interessen kämpften oder auch nicht. Aber diese Sicherung des eigenen Handlungsspielraumes erwies sich angesichts der Sicherheitsrisiken, die sich aus der Neutralität Amerikas ergaben, als viel zu gering.

Den ersten Anwendungsfall für den Kellogg-Pakt bildete die Mandschurei-Krise der Jahre 1931 bis 1933, also der Versuch Japans, sich jenen nordöstlichen Teil Chinas anzueignen, den es seit Jahrzehnten als festen Bestandteil seiner Einflußzone in Ostasien betrachtet hatte. Diese Krise war sozusagen der Paradefall für den Konflikt zwischen amerikanischer Neutralität und kollektiver Sicherheit. Diese Krise machte nämlich schlagartig die vier wichtigsten Probleme der dreißiger Jahre sichtbar: (1) die Schwierigkeit, jede einseitige und nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmende Veränderung des status quo sogleich als unbegründete, unbillige und böswillige Aggression zu qualifizieren, als Angriff, als Krieg; (2) die Unfähigkeit des Völkerbundes, sich rasch auf eine vernünftige, mehrheitsfähige und damit auch durchsetzbare Reaktion zu einigen, die das drohende oder bereits eingetretene Übel der Völkerrechtsverletzung verminderte und nicht vermehrte; (3) die Neigung der Vereinigten Staaten, in der verbalen Verurteilung solchen Völkerrechtsbruches bis zum äußersten zu gehen, aber England und Frankreich die politisch-militärische Gegenwehr zu überlassen; (4) die Entstehung einer sicherheitspolitischen Asymmetrie unter den Westmächten, die den beiden westeuropäischen Demokratien einseitig das Kriegsrisiko zuschob.

Alle vier Probleme hingen eng miteinander zusammen. Sie bildeten den Teufelskreis der dreißiger Jahre, den sich die Westmächte selbst geschaffen hatten. Aber sonderbarerweise schoben sie anderen die Schuld zu, wenn sie darüber in Schwierigkeiten gerieten. Die Besetzung der Mandschurei durch die japanische Kwantung-Armee war streng genommen natürlich ein Angriff auf China. Aber wie streng mußte man den Fall eigentlich nehmen? Konnte man ihn nicht auch als halbwegs gerechtfertigte Sicherung eines wohlerworbenen Besitzstandes betrachten? Wer entschied darüber? Schließlich hatten japanische Soldaten schon seit längerer Zeit in dieser chinesischen Provinz gestanden.

Sie handelten auch nicht unprovoziert, als sie zu den Waffen griffen. Schließlich verhinderte ihre Aktion vielleicht noch größeres Unheil, indem sie China vor dem russischen Bolschewismus schützten. Aus allen diesen Gründen fiel es wirklich schwer, die Japaner einfach als »Aggressoren« abzustempeln.

Was konnte man denn praktisch tun? Die Mandschurei lag zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem durch einen Bürgerkrieg zerrissenen China, gewissermaßen am anderen Ende der Welt. England und Frankreich, die in China und Indochina wichtige Interessen hatten, verspürten wenig Neigung, durch eine Schwächung Japans den kommunistischen Einfluß im »Reich der Mitte« zu verstärken. Außerdem hätte ein wirkungsvoller Widerstand gegen die Besetzung der Mandschurei einen »echten« Krieg gegen Japan ausgelöst und in diesem Land die militaristischen Kräfte verstärkt, die noch viel weitergehende Pläne hatten.

Die Mandschurei-Krise war aber noch aus einem anderen Grunde der Paradefall für die späteren Krisen in Europa und Nordafrika. Es zeigt sich hier nämlich zum ersten Mal, daß die Vereinigten Staaten nicht willens und in der Lage waren, eigene Streitkräfte in das umstrittene Gebiet zu entsenden. Die Gegenwehr gegen die japanische »Aggression« hätte also von England und Frankreich ausgehen müssen, den Führungsmächten des Völkerbundes. Dies hätte sie in einen Seekrieg verwickelt mit anschließender Besetzung der Mandschurei durch eine »Polizeitruppe«, also in ein unabsehbares militärisches Engagement. Dazu waren England und Frankreich verständlicherweise nicht bereit. Denn sie waren zu schwach dazu.

Im Grunde zeigte die Mandschurei-Krise aufs neue, was bereits der Erste Weltkrieg bewiesen hatte: England und Frankreich waren nicht länger fähig, einen größeren Krieg ohne aktive Unterstützung der USA zu führen, geschweige denn zu gewinnen. Diese Unfähigkeit lähmte den Völkerbund, weil er die Abschreckungswirkung der kollektiven Sicherheit beseitigte. Dennoch taten die Vereinigten Staaten damals etwas, was die Probleme Englands und Frankreichs nicht verringerte, sondern vergrößerte. Sie erließen die »Stimson-Doktrin«, benannt nach Henry Stimson, dem Außenminister und Kriegsminister des damaligen Präsidenten Herbert Hoover. Diese Doktrin schloß eine gewaltsame Veränderung des territorialen status quo theoretisch von jeder völkerrechtlichen Anerkennung durch die USA aus. Aber sie fragte nicht danach, wie eine Völkerrechtsverletzung im Einzelfall ohne die USA praktisch verhindert oder beseitigt werden könnte.

Die Stimson-Doktrin war ein abstraktes Rechtsprinzip, mit dessen Hilfe sich die Vereinigten Staaten in der ganzen Welt zum Schiedsrichter über jeden territorialen Streitfall aufschwingen konnten. [13] Auch hier wieder das Erstaunliche: Ursprünglich bestand die Stimson-Doktrin aus nichts weiter als aus einem Brief, den Außenminister Stimson an Senator Borah geschrieben hatte. (Später wurde sie in zwei Noten aufgenommen, die Washington an die Regierungen in Tokio und Nanking schickte.) Sie war also ein völlig einseitiger Rechtsakt. Aber obwohl die Vereinigten Staaten ohne vorherige Absprache

etwa mit England und Frankreich gehandelt hatten, beanspruchten sie, daß ihnen die übrige Welt auf der nun einmal eingeschlagenen Bahn der Nicht-Anerkennungs-Politik folgte. Und tatsächlich übernahm der Völkerbund in einer Resolution wenig später die Substanz der Stimson-Doktrin.

Von da an blieb die Nicht-Anerkennung von internationalen Tatbeständen, die nach Meinung der Vereinigten Staaten nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmten, ein zentraler Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik – bis zu den Tagen der Hallstein-Doktrin nach dem Zweiten Weltkrieg. Während jedoch in den fünfziger Jahren feste militärische Bündnisverpflichtungen Amerikas hinter seiner Nicht-Anerkennungs-Politik standen, gab es in den dreißiger Jahren nur den schwächlichen Völkerbund, der sie hätte geltend machen können – eine Organisation ohne eigene Soldaten, dem die Vereinigten Staaten gar nicht angehörten.

Das Ganze lief faktisch auf eine Abtretung der Risiken, die mit der Nicht-Anerkennungs-Politik verbunden waren, an England und Frankreich hinaus, während sich die Vereinigten Staaten das Recht zur Verursachung dieser Risiken vorbehielten. Man kann also sagen: Die Stimson-Doktrin unterstrich den amerikanischen Weltführungsanspruch und vergrößerte zugleich das Sicherheitsdefizit für die westeuropäischen Demokratien. Da dies ein ganz und gar unhaltbarer Zustand war, mußten die USA zu einem recht zweifelhaften Aushilfsmittel greifen, um England und Frankreich zu unterstützen: Sie wirkten faktisch am Völkerbund mit, ohne dieser Weltorganisation formal anzugehören.

Natürlich ging rein äußerlich alles mit rechten Dingen zu. Aber es war schon recht seltsam, daß der amerikanische Konsul Prentiss Gilbert während der Mandschurei-Krise an den Sitzungen des Völkerbundrates teilnahm. Ein Amerikaner gehörte später auch der »Lytton-Kommission« an, die den Mandschurei-Konflikt untersuchte, ein weiterer Amerikaner der Untersuchungskomission im noch späteren Abessinien-Konflikt. Immer waren die Vereinigten Staaten also dabei, wenn es im Völkerbund um die Frage nach Recht oder Unrecht ging. Aber darüber hinaus taten sie praktisch nichts, um England und Frankreich den Rücken zu stärken.

Mangels einer ausreichenden Pazifikflotte waren die USA im Mandschurei-Konflikt impotent. So sahen sich plötzlich England und Frankreich vor die peinliche Lage gestellt, für die Vereinigten Staaten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Als Führungsmächten des Völkerbundes oblag ihnen ja die Pflicht, die Nicht-Anerkennungs-Doktrin zur Anerkennung zu verhelfen – sei es durch Beschränkungen des japanischen Außenhandels, also durch Wirtschaftssanktionen, sei es durch die Anwendung von militärischer Gewalt. Praktisch hätte diese Last vor allem England tragen müssen. Als einzige Macht der Erde besaß es eine Flotte, die in der Lage gewesen wäre, eine Blockade über Japan zu verhängen oder einen Seekrieg zu bestehen. Aber einerseits wußte die Regierung in London nicht, ob die Amerikaner nicht eine englische Seeblockade unterlaufen würden, um das Japan-Geschäft der Engländer an

sich zu reißen. Andererseits hatten sie keinerlei Garantie, ob sie im Falle eines längeren Krieges wirklich das an Munition, Waffen und Kriegsgerät von den Amerikanern erhalten würden, was sie mit Sicherheit brauchten. Denn bis auf weiteres waren die USA ja neutral und keineswegs verpflichtet, die Feststellung eines Kriegszustandes vom Völkerbund zu übernehmen, wenn der Völkerbund eine solche Feststellung traf.

Natürlich traf der Völkerbund unter diesen Umständen keine solche Feststellung im Mandschurei-Konflikt. Er traf sie auch in keinem anderen Konflikt der dreißiger Jahre. Der Völkerbund verurteilte Japan zwar als Aggressor. Aber die Sanktionen, die er verhängte, waren so milde, daß es nicht zum äußersten kam, zum Krieg – jedenfalls zunächst nicht. England und Frankreich mußten sich damals von den Amerikanern bittere Vorwürfe gefallen lassen, sie hätten »moralisch versagt« und deshalb auch politische Vorwürfe, die nach jeder weiteren Krise in den dreißiger Jahren erhoben wurden, ob sie nun in Abessinien, im Rheinland oder in Spanien stattfand.

Dieser Vorwurf wurde in London und Paris als ungerecht empfunden und mit Gegenvorwürfen beantwortet. Warum waren die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes? Warum bezeichneten sie sich als neutral, obwohl sie im Konflikt zwischen Japan und China immer offener die Partei Chinas ergriffen, einer der Hauptgründe dafür, daß Japan 1933 aus dem Völkerbund austrat und 1937 auf breiter Front zum Krieg gegen China überging? Warum übernahmen die USA gegenüber den europäischen Mächten keine festen Bündnisverpflichtungen, die geeignet waren, die Eskalationsrisiken zu mindern?

Fragen über Fragen, Fragen an Amerika, die gestellt wurden, längst bevor in Deutschland Adolf Hitler an die Macht kam. Die Amerikaner hatten die Führung über das System der kollektiven Sicherheit übernommen. Aber sie zogen nicht die schon längst fälligen Konsequenzen daraus. Sie ergriffen Partei und blieben offiziell neutral. Sie erhoben moralische Ansprüche und hatten keine Waffen, um sie in politische Realitäten umzusetzen, außer ihrer wachsenden Herrschaft über die Weltwirtschaft und über das politische Bewußtsein der Welt. Diese Waffe wurde im Mandschurei-Konflikt erstmals während der dreißiger Jahre eingesetzt. Mit Erfolg?

Im Grunde glich die amerikanische Außenpolitik dem Versuch, den Kuchen der eigenen Sonderstellung zu behalten, und ihn gleichzeitig durch die Erhebung von Führungsansprüchen zu essen. Im Falle Japans wirkte sie so, als würde man versuchen, ein kleines Feuer zu löschen, indem man ein großes anzündet. Es mußte schiefgehen. Deshalb versuchten England und Frankreich während der dreißiger Jahre verzweifelt, die Schwelbrände der überall vorhandenen Konflikte unter der Decke zu halten oder auszutreten.

## Anmerkungen

1 In diesem Sinne äußerte sich Stalin auf dem XIII. Parteitag der KPdSU 1924. Vgl. Maximilien Rubel, Josef W. Stalin in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek 1975, S. 60.

2 William Langer/S. Gleason, The Challenge to Isolation 1937–1940. London 1952 – Der wissenschaftliche Anspruch dieses Buches wird dadurch beeinträchtigt, daß Langer vorher im Dienst des amerikanischen Außenministeriums gestanden hatte und ab 1941 als Leiter der »Division of Special Information« (DSI) unter dem Roosevelt-Intimus William »Wild Bill« Donovan, fungierte. Donovan war »Coordinator of Information« (COI) und später der Chef des US-Geheimdienstes OSS (= Organisation of Strategic Studies).

3 William A. Williams, The Tragedy of the American Diplomacy, New York 1959, S. 78.

4 Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika. In: Alexis de Tocqueville, Werke und Briefe, Band I. Stuttgart 1959, S. 257–259.

5 Golo Mann, Vom Geist Amerikas. Stuttgart 1954, S. 18.

6 Roland Stromberg, Collective Security and American Foreign Policy. New York 1963, S. 3.

7 Wilhelm Grewe, Zwischen Neutralität und Kollektivsicherheit. Zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten. In: Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, Nr. 4/2, 1937, S. 628.

8 Konferenzen und Verträge. (Vertrags-Ploetz), Teil II, 4. Band: Neueste Zeit 1914–1959. 2. erw. u. veränd. Aufl. Würzburg 1959, S. 23.

9 Jürgen Heideling, Aeropag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931. Husum 1979.

10 Carl Schmitt, Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff. In: Schriften der Akademie für deutsches Recht. Hg. vom Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister Dr. Hans Frank, Gruppe, Völkerrecht, Nr. 5. München o. J., S. 47.

11 Stromberg, Security, S. 62.

12 ebda., S. 60.

13 Die völkerrechtliche Aktivlegitimation der Vereinigten Staaten für den Erlaß der Stimson-Doktrin aus Anlaß des Mandschurei-Konflikts war der Neunmächtevertrag von 1922, zu dessen Unterzeichnern die Vereinigten Staaten gehörten.

## 2.

## Die Rechnung geht nicht auf

Wie sah es in Europa aus? Durch ihren Eintritt in den Ersten Weltkrieg und durch die Teilnahme an der Konferenz von Versailles hatten die Vereinigten Staaten kräftig dazu beigetragen, die traditionellen Machtstrukturen auf dem eurasischen Festland zu zerstören. Aus dem deutschen Kaiserreich wurde eine schwächliche Republik. Die österreich-ungarische Doppel-Monarchie wurde in lauter kleine Einzelstaaten zerschlagen. Das Osmanische Reich, die heutige Türkei, wurde unter England und Frankreich aufgeteilt und praktisch auf das Gebiet von Anatolien beschränkt.

Eigentlich bildeten seitdem nur noch die Kolonialreiche Englands und Frankreichs ernstzunehmende Hindernisse für die amerikansiche »*Open-door*«-Politik, von Rußland einmal abgesehen, das sich unter der Herrschaft Stalins bis zu einem gewissen Grade selbst isolierte. Die beiden europäischen Westmächte waren dagegen keineswegs isoliert. Sie beherrschten nach wie vor zentrale Felder der Weltpolitik, und der amerikanisch-englische Gegensatz war Ende der zwanziger Jahre so stark, daß stellenweise sogar von der Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Mächten gesprochen wurde.

In Wahrheit befand sich das englische Empire bereits auf dem absteigenden Ast, vom krisengeschüttelten Frankreich ganz zu schweigen. Aber gerade weil das amerikanische Reich ohne Grenzen sich überall auf einem stürmischen Vormarsch befand – Bertrand Russell sah in ihm »die nächste Macht, die sich um die Weltherrschaft bewerben wird« [1] – wirkte die Weltwirtschaftskrise in den Augen der liberal-demokratischen Internationalisten so verheerend: Sie stellte das kapitalistische »Modell Amerika« radikal in Frage.

Als Franklin Delano Roosevelt 1933 sein Amt antrat, kamen zwei neue Komplikationen hinzu: die japanische Expansion in China und die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland. Beide Ereignisse zusammen waren dazu angetan, die bestehende Weltstruktur noch weiter zugunsten der USA zu verändern. So sahen die strategischen Gefahren aus dem Blickwinkel des neuen US-Präsidenten aus:

1) Deutschland und Japan bedrohten die europäischen Kolonialmächte England und Frankreich gleichzeitig an den entgegengesetzten Enden ihrer Reiche, im Fernen Osten und in Mitteleuropa;
2) Deutschland und Japan brachten die ohnehin ziemlich isolierte Sowjetunion in eine potentielle Zwei-Fronten-Lage;
3) Deutschland und Japan beraubten die westliche Hemisphäre

a) ihres atlantischen Schutzschildes, wenn es Deutschland gelang, England und Frankreich militärisch auszuschalten oder politisch zu neutralisieren;
b) ihres pazifischen Schutzschildes, wenn es Japan gelang, China zu erobern und dann gemeinsam mit Deutschland die Sowjetunion zu zerschlagen.

4) Für den Fall, daß die unter 3a) und 3b) genannten Lagen gleichzeitig eintraten, sahen sich die Vereinigten Staaten erstmals in ihrer Geschichte einer Zwei-Fronten-Lage gegenüber.

Schließlich war abzusehen, daß die stürmische Entwicklung der Verkehrsfliegerei – der amerikanische Oberst Charles Lindbergh hatte 1927 als erster Mensch den Atlantik im Non-Stop-Flug überquert und damit das Zeitalter der interkontinentalen Luftfahrt eingeleitet – eine ebenso stürmische Entwicklung der Luftwaffe folgen würde. Mit Bombern mittlerer Reichweite würden die Deutschen, die unter Hitler wiederaufrüsteten, bald in der Lage sein, London und Paris aus der Luft zu zerstören, die dortigen Regierungen einzuschüchtern oder zur Kapitulation zu zwingen und damit die strategische Überlegenheit der beiden Seemächte zu gefährden. Die Frage lag nahe: Wann würden sie mit Langstreckenbombern Amerika erreichen?

Obwohl die amerikanische Zeitschrift »*Foreign Affairs*« noch 1939 feststellte, [2]

»irgendeine Invasion unseres Landes durch Gewalt . . . ist für die vorhersehbare Zukunft unmöglich«,

hatte Roosevelts Analyse schon 1933 ergeben, daß die größeren Risiken für die *eine* Welt von Deutschland ausgingen. Anti-deutsche Ressentiments aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und eine tiefsitzende Abscheu vor dem Antisemitismus Hitlers kamen hier zusammen. Bereits 1935 war Roosevelt fest davon überzeugt, daß der nächste Weltkrieg zuerst in Europa, nicht in Ostasien ausbrechen würde. 1937 hielt er den Krieg gegen Deutschland für unvermeidlich, und bis dahin hatte sich in seiner Administration längst die Meinung gefestigt, daß sich alle Weltprobleme lösen ließen, wenn erst einmal das »deutsche Problem gelöst« sei und in Berlin eine Regierung sitze,

»mit der die Vereinigten Staaten und andere Länder in einer normalen Weise verkehren könnten.«

Die »*Germany first*«-Strategie, die die USA im Zweiten Weltkrieg militärisch anwandten, zeichnete sich also bereits lange vor dem Kriege ab. [3]

Was immer der amerikanische Präsident vorhatte, um sein Reich ohne Grenzen abzusichern, er stand vor vier großen Unmöglichkeiten:

Erstens wollte sich Roosevelt mit dem Dritten Reich nicht bilateral auf der Grundlage von Hitlers Forderungen verständigen. Das nationalsozialistische Deutschland ebenso wie übrigens das faschistische Italien und das militaristische Japan waren für ihn »*Gangster*«-Nationen, die gegen die Prinzipien des

liberal-demokratischen Internationalismus verstießen, die sich gegen die Grundsätze der amerikanischen »*Open-door*«-Politik vergingen und die damit außerhalb des amerikanischen Gesetzes standen.
Zweitens konnte Roosevelt die Konflikte, die in Europa und anderen Regionen bestanden, nicht durch militärische Interventionen beenden. Abgesehen von allen anderen Hindernissen, bestand die US-Armee noch 1939 aus nur 190000 Mann. Die US-Luftwaffe steckte noch in den Kinderschuhen, und die US-Flotte hatte den *Two-Ocean*-Standard noch nicht erreicht, das heißt, es fehlte ihr noch die Fähigkeit, im Atlantik und Pazifik gleichzeitig größere Kriege zu führen.
Drittens durfte Roosevelt keine verstrickenden Bündnisse mit England, Frankreich, Polen oder Rußland eingehen, also keine militärischen oder politischen Allianzen mit festen Verpflichtungen, die zum Krieg führen konnten. Dies vertrug sich weder mit den außenpolitischen Traditionen seines Landes noch mit dem verfassungsmäßigen Selbstverständnis des Senats.
Viertens konnte Roosevelt England und Frankreich keine bindende Zusage machen, daß der Senat das Neutralitätsgesetz im Kriegsfall aufheben werde, um die Versorgung der westeuropäischen Demokratien sicherzustellen. Denn das lag nicht in seiner Hand.
Was dem Präsidenten nach Hitlers Machtergreifung zunächst blieb, war der Rückgriff auf das System der kollektiven Sicherheit. Roosevelt setzte die Tradition seines Amtsvorgängers Hoover fort, der anläßlich der Mandschurei-Krise in der Grauzone zwischen Neutralität und offener Parteinahme agiert hatte. Damals hatten die Amerikaner als erste Japan als Aggressor abgestempelt. Diesmal hielten sie es so mit Deutschland.
Der Präsident ließ seinen Sonderbotschafter Norman Davis im Mai 1933 vor dem Völkerbund erklären, vier Monate nach Hitlers Machtergreifung:

»Die Vereinigten Staaten würden England und Frankreich bei der Feststellung eines Kriegszustandes konsultieren und nichts unternehmen, was geeignet wäre, die ›kollektiven Anstrengungen‹ des Völkerbundes ›zur Wiederherstellung des Friedens‹ zu schwächen.« [4]

Wie die Stimson-Doktrin war die Erklärung von Davis der Versuch, den Völkerbund zu einer kompromißlosen Haltung gegenüber Deutschland zu bewegen. Aber wie schon im Falle Japans waren England und Frankreich jetzt auch im Falle Deutschlands nicht bereit, irgend etwas wirklich Einschneidendes zu unternehmen, solange ihnen die Vereinigten Staaten keine bindenden Garantien für eine wirkliche Unterstützung im Kriegsfall boten. Roosevelt war dazu weder bereit noch in der Lage. Deshalb tat sich wieder das alte Dilemma auf: Die Regierung in Washington erwartete von den Regierungen in London und Paris etwas, wozu sie selbst nicht imstande war, nämlich die Übernahme von politischer Führung unter Kriegsgefahr.
Wieder entstand zwischen Amerika und Europa das bereits bekannte Sicherheitsdefizit. Diesmal aber hatte das Drängen des amerikanischen Präsidenten

auf eine aktivere Rolle des Völkerbundes verhängnisvolle Folgen in der amerikanischen Innenpolitik. Schließlich war Roosevelt ein geschworener Internationalist, von dem viele so etwas befürchtet hatten. Als er 1935 den Beitritt der USA zum Weltgerichtshof in Den Haag betrieb, einer Einrichtung des Völkerbundes, fuhr ihm der Kongreß in die Parade. Er verabschiedete ein Gesetz, daß die amerikanische Neutralität im Falle eines Krieges schützen und verstärken sollte.

Mit diesem sog. »Neutralitätsgesetz« zog die amerikanische Volksvertretung eine Lehre aus dem Ersten Weltkrieg, die den meisten Amerikanern einleuchtete: Nie wieder sollte ein Präsident in Versuchung geraten, ihr Land durch die Zulassung von gigantischen Rüstungsgeschäften und finanziellen Transaktionen in einen Krieg zu verstricken. Nie wieder sollten fremde Mächte Gelegenheit bekommen, die Vereinigten Staaten in einen Krieg hineinzuziehen, in dem sie erst massenhaft Munition, Waffen und Kriegsgerät kauften, das Material dann nicht bezahlten, so daß die USA ihre Außenstände schließlich nur noch dadurch sicherstellen konnten, daß sie selber in den Krieg eintraten.

Der Kern dieses Neutralitätsgesetztes war das sog. »Waffenembargo«, das die Waffenausfuhr an kriegführende Parteien verbot. Darüber hinaus wurden alle amerikanischen Banken, Rüstungsfabriken und Exportfirmen verpflichtet, ihre Lieferungen und Kredite an kriegführende Mächte einzustellen. Amerikanische Handelsschiffe und Privatpersonen verloren in Zukunft den Schutz der Vereinigten Staaten, falls sie in einem Kriegsgebiet zu Schaden oder zu Tode kamen. Auf diese Weise wollte der Kongreß eine Wiederholung des tragischen »*Lusitania*«-Zwischenfalls verhindern, 1915 ein Meilenstein auf Amerikas Weg in den Krieg.

Wenn man bedenkt, was sich England und Frankreich zwischen 1914 und 1917 in Amerika an Kriegsmaterial zusammengekauft und an Geld geliehen hatten, dann war das Neutralitätsgesetz ein anti-englisches und anti-französisches Gesetz. Denn es blockte solche Transaktionen für künftige Kriegsfälle ab. Ähnlich wirkte der sog. »*Johnson-Act*«, ein Gesetz, das allen Ländern, die ihre Schulden aus dem Ersten Weltkrieg noch nicht bezahlt hatten, den Weg auf den amerikanischen Anleihe- und Kreditmarkt versperrte. Bis auf Finnland waren davon alle Schuldnerländer betroffen, auch England und Frankreich. Sie hatten damit auf dem Papier keine Chance mehr, einen größeren Krieg zu finanzieren.

In erster Linie aber war das Neutralitätsgesetz ein Anti-Roosevelt-Gesetz. Es sollte die außenpolitischen Handlungsspielräume des Präsidenten eingrenzen und damit zugleich den wichtigsten Teil seiner Macht. Das war die Folge des permanenten Konflikts zwischen Roosevelt und dem Senat. Senator Hiram Johnson aus Kalifornien, einer seiner Hauptgegner, kleidete diese Tatsache in den plakativen Satz: Wenn sich Roosevelt durch den New Deal und die ungeheure Vermehrung der Bundesgewalt schon zum »ruchlosen Diktator« aufgeschwungen habe, dann dürfe man ihm nicht auch noch die Macht in die Hand geben, »den nächsten Krieg vom Zaun zu brechen«. [5]

Ohne Übertreibung kann man sagen, daß der Senat bis zum Kriegsausbruch mit keinem anderen Einzelgesetz so viel Außenpolitik machte wie mit dem Neutralitätsgesetz. Es war eine klare, parlamentarisch legitimierte, zunächst auch von der öffentlichen Meinung getragene Absage an die »neue Neutralität« des Kellogg-Paktes, der Stimson-Doktrin und Roosevelts.

Der Kongreß wollte klare Verhältnisse in der amerikanischen Außenpolitik. Roosevelt erhielt denn auch nur einen kleinen Ermessensspielraum zugestanden, innerhalb dessen er die Anwendung des Neutralitätgesetzes der jeweiligen Lage anpassen durfte. Das Gesetz hielt strikt an der unparteiischen Neutralität fest, das heißt, es versprach, die angegriffene Partei in einem Kriegsfall nicht gegenüber dem Angreifer zu begünstigen. Insbesondere war es dem Präsidenten seit 1935 gesetzlich verboten, sich mit dem dafür nach wie vor zuständigen Völkerbund oder mit den Mitunterzeichnern des Kellogg-Paktes darüber zu verständigen, welche Macht im Einzelfall als Aggressor zu betrachten sei.

Das amerikanische Neutralitätsgesetz von 1935 war ein Schritt zurück zur »alten Neutralität« und zum nicht-diskriminierenden Kriegsbegriff. Ein Angreifer war künftig nicht mehr von vornherein aus der Völkerrechtsgemeinschaft ausgeschlossen, sondern gewissermaßen durch die unparteiische Neutralität der USA weiterhin mit ihr verbunden, bis der Senat durch seine Kriegserklärung den Stab über ihn brach. Das war der tiefere Sinn jener Bestimmungen, die es dem Präsidenten untersagten, an der Feststellung des Kriegszustandes durch den Völkerbund mitzuwirken. Der Senat wollte sich einfach vorbehalten, wie er zu einer solchen Feststellung im Einzelfall stand, sei es daß er sie übernahm, sei es daß er sie verwarf. Amerika sollte wieder die freie Wahl zwischen Frieden und Krieg haben.

Für die Vereinigten Staaten war das natürlich eine feine Sache, jedenfalls in der Theorie. Sie entsprach jener »Politik der freien Hand« die Amerika 1919 bereits daran gehindert hatte, dem Völkerbund beizutreten. Für alle anderen Mächte aber bedeutete das Neutralitätsgesetz eine doppelte Crux. Die europäischen Führungsmächte England und Frankreich wußten von nun an erst recht nicht mehr, ob, wann und in welchem Umfang sie die USA in einem Krieg zum Verbündeten haben würden. Und die revisionistischen Mächte Deutschland, Italien und Japan wußten erst recht nicht mehr, ob, wann und in welchem Umfang sie die Vereinigten Staaten in einem Krieg zum Gegner haben würden. Amerika wurde für beide Seiten unberechenbar.

Unter allen Ungewißheiten der dreißiger Jahre war diese die bei weitem größte. Bereits der Angriff Italiens auf Abessinien im Herbst 1935, reichlich einen Monat nach Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes, zeigte aller Welt auf drastische Weise, wie sehr das amerikansiche Mitwirkungsverbot den Völkerbund lähmte. Zunächst zögerte die Roosevelt-Administration das Inkraftsetzen des Gesetzes so lange hinaus, bis sie wußte, was der Völkerbund tun würde. Solange betrieben die amerikanischen Firmen ihre Geschäfte weiter mit dem italienischen Angreifer. Als der Völkerbund schließlich den Handel zwischen seinen Mitgliedsstaaten und Italien einschränkte, stellte sich

heraus, daß diese Sanktionen viel weiter gingen als das inzwischen wirksam gewordene Handelsembargo der Amerikaner. Die Sanktionen des Völkerbundes erstreckten sich nämlich auch auf strategische Rohstoffe wie Erdöl – wenigstens auf dem Papier. Aber die Amerikaner verkauften Mussolini 1935 doppelt soviel Ölprodukte, Kupfer, Eisen und Stahlschrott wie sonst. Die amerikanischen Erdölexporte nach Italien verdreifachten sich sogar im letzten Quartal des Jahres. In seiner Hilflosigkeit verhängte Roosevelt ein »moralisches Embargo« gegen die amerikanischen Exporteure. Andererseits betonte er die Unabhängigkeit seiner Politik vom Völkerbund.

Aber diese Widersprüche täuschten nur, obwohl sie für die Regierungen in London, Paris und Rom gewichtige und ärgerliche Tatsachen schufen. In Wirklichkeit warfen sich die Verantwortlichen in Washington und Genf, wo der Völkerbund saß, nämlich doch heimlich die Bälle zu. Zum ersten Mal gab es jenes zufällig wirkende, aber in Wahrheit genau kalkulierte Zusammenspiel, das auch die folgenden Krisen kennzeichnete. Meistens bestand es darin, daß der amerikanische Präsident wichtige Reden hielt, bevor der Völkerbund wichtige Beschlüsse faßte, so als bedurfte die Weltorganisation des amerikansichen Zuspruches, um zu gewissen Entscheidungen zu gelangen. Es war ja auch so, nur durfte es niemand in Amerika merken. Sonst hätte den Präsidenten das »*impeachment*« gedroht, die Verfassungsanklage, weil er mindestens gegen den Geist des amerikanischen Neutralitätgesetzes verstieß.

Aber was nützten England und Frankreich Roosevelts Worte? Weil sie es für sinnlos hielten, einen Krieg zu führen, in dem Mussolini auf einer Woge amerikanischen Öls zum Siege schwamm, verzichteten die Regierungen in London und Paris darauf, Italien den Ölhahn abzudrehen. Sie lenkten in Abessinien ein. Und dafür mußten sie sich wiederum Vorwürfe aus Amerika gefallen lassen wegen eines angeblichen Mangels an moralischer Standfestigkeit. So war es eben immer: England und Frankreich trugen das Kriegsrisiko allein und scheuten deshalb vor dem Krieg zurück, und anschließend wurden sie von den Amerikanern mit moralischen Vorwürfen überschüttet.

So glich die Weltpolitik einem aufgewühlten Meer, in dem die Vereinigten Staaten wie ein Gespensterschiff auf- und wieder untertauchten, das eine Mal unter der Flagge der Neutralität, ein anderes Mal unter dem Banner kriegerischer Entschlossenheit. Für alle Mächte waren sie so ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko. Gerade daran ging das System der kollektiven Sicherheit in den dreißiger Jahren zu Bruch und nicht nur daran, daß England und Frankreich allein zu schwach zum Kriegführen waren.

Aus diesen Unzuträglichkeiten zog der amerikanische Senat 1937 einen Schluß, der die Verwirrung noch weiter steigerte. Er fügte in das Neutralitätsgesetz die sog. »*cash & carry*«-Klausel ein. Sie erlaubte den Amerikanern im Kriegsfall den Export von Kriegsgerät – nicht Waffen –, falls es von den kriegführenden Mächten bar bezahlt *(cash)* und auf eigenen Schiffen abtransportiert (*carry*) wurde. Zusätzlich erhielt der Präsident das Recht,

den unscharfen Begriff »Kriegsgerät« zu definieren. Er rufte auch nach eigenem Ermessen entscheiden, ob er die Klausel in Kraft setzte oder nicht.
Auf diese Weise erhielt die amerikanische »Sturmkeller«-Neutralität gewissermaßen einen Notausgang, jene berühmt-berüchtigte »Hintertür zum Krieg«, [7] die nach dem Zweiten Weltkrieg den Titel für ein bekanntes Buch abgab. Nur wurde ihre Gültigkeit im entscheidenden Moment – nämlich im Frühsommer 1939 – nicht verlängert.
Die »*cash & carry*«-Klausel war ein Kompromiß zwischen alter und neuer Neutralität. Sie gab dem Präsidenten einen größeren Ermessensspielraum in der Anwendung des Gesetzes, und sie begünstigte von vornherein England. Nur England mit seiner immer noch beträchtlichen Kapitalkraft und mit seiner großen Handelsflotte war im Ernstfall in der Lage, die Klausel voll auszuschöpfen, nicht etwa Deutschland. Außerdem erlaubte es das Gesetz der amerikanischen Rüstungsindustrie, wenigstens zum Teil auch in Kriegszeiten ihre Geschäfte zu machen.
»Erfinder« dieses Kompromisses zwischen Feigheit und Habgier, wie Senator Borah das Neutralitätsgesetz von 1937 nannte [7], war übrigens der Roosevelt-Freund und Wallstreet-Spekulant Bernard Baruch. Der hatte schon bei der Umstellung der amerikanischen Industrie auf den Ersten Weltkrieg ein hohes Maß an Phantasie bewiesen. Aber Roosevelts Hauptproblem beseitigte auch Baruch nicht – nämlich die Einschränkung der präsidialen Handlungsfreiheit in der Außenpolitik. Nach wie vor blieb es Roosevelt verboten, innerhalb des Systems der kollektiven Sicherheit eine verantwortliche Führungsrolle zu übernehmen. Nach wie vor konnten ihn die europäischen Mächte für ihre außenpolitischen Fehlschläge nicht zur Rechenschaft ziehen. Roosevelt konnte sich bei Bedarf hinter dem Neutralitätsgesetz verstecken. Es fesselte ihn und sicherte ihm gleichzeitig seine weltpolitische Ungebundenheit.
Aber in Wahrheit war alles noch viel schlimmer. Roosevelt interessierte der Völkerbund im Grunde nicht. Er hatte die Machtlosigkeit der Weltorganisation längst durchschaut, und eine kollektive Sicherheit, hinter der keine überwältigende Sanktionsgewalt stand, war in seinen Augen schlimmer als keine kollektive Sicherheit. Diese frühe Einsicht war der Ursprung für den Weltfriedensplan, den der Präsident 1938 präsentierte.
In einer Programmschrift aus dem Jahre 1928 hatte sich der Präsidentschaftsbewerber kritisch mit den Instrumenten der kollektiven Sicherheit auseinandergesetzt: Mit dem Völkerbund, mit dem Weltgerichtshof und mit dem Kellogg-Pakt. Sicher, so meinte Roosevelt damals, kein Amerikaner würde dem Völkerbund je Steine in den Weg legen. Wie der Weltgerichtshof so gab auch der Völkerbund einen hervorragenden Resonanzboden für die Friedensappelle des amerikanischen Präsidenten ab. Aber Roosevelt, der Realist, hatte schon damals erkannt: »Worte ohne Taten sind nicht genug.« Nach seinem Urteil fehlte es an einer

»Maschinerie für die Eliminierung von Streitgründen, bevor sie ernste Ausmaße annehmen.«

Seine Schlußfolgerung:

»Eine praktische Maschinerie muß errichtet und in Gang gehalten werden.« [8]

Im Grunde nahm Roosevelt damit Überlegungen wieder auf, die das amerikanische *»arbitration movement«* für die friedliche Schlichtung aller Weltkonflikte schon vor dem Ersten Weltkrieg bewegt hatten: Schlichtung durch Überzeugung oder durch Gewalt? Der transatlantische Zirkel um den Ex-Präsidenten Teddy Roosevelt, dem der junge New Yorker Senator Franklin Roosevelt angehört hatte, war damals für einen Frieden notfalls durch die Anwendung von militärischer Gewalt eingetreten, für ein Bündnis zwischen Amerika und England, das Deutschland – natürlich im Namen des Friedens – von einem Krieg abschrecken oder in einem Krieg besiegen sollte. Es sollte die Engländer auf eine Konfrontation mit Deutschland festlegen und die Deutschen durch die Androhung einer überlegenen militärischen Gewalt von ihren politischen Zielen abbringen – nach der Methode: Friß Vogel, oder stirb!

An diese Überlegungen knüpfte Franklin Roosevelt als Präsident wieder an, weil der Völkerbund weder den amerikanischen Interessen noch den amerikanischen Idealen entsprach. [9] Viele Anhänger des liberal-demokratischen Blocks hielten den Völkerbund außerdem für eine Institution zur Verewigung des englischen Empires, für eine Versicherungsgesellschaft der europäischen Großmächte auf Gegenseitigkeit, für eine Neuauflage der Heiligen Allianz. Wenn es schon eine Weltorganisation gab, dann mußte sie nach der Vorstellung Roosevelts und seiner Freunde im Hochtechnologie-Freihandels-Medien-Block unter amerikanischer Führung stehen, unter dem Leitstern der liberal-demokratischen Ideale und Interessen.

Aus diesen früheren Überlegungen entwickelte Roosevelt in den dreißiger Jahren seinen ebenso grandiosen wie dubiosen Weltfriedensplan. Dessen »praktische Maschinerie« sollte den machtlosen Völkerbund durch eine Große Allianz Englands, Frankreichs, Rußlands und der Vereinigten Staaten im Namen des internationalen Rechts ersetzen und die amerikanische Neutralität aus ihrem chaotischen Zustand befreien.

Schon in den zwanziger Jahren hatte sich Roosevelt für einen solchen Plan begeistert. [10] 1935, als das System der kollektiven Sicherheit nach dem Abessinien-Krieg endgültig unterging, kam der Präsident darauf zurück. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Rußlands, Italiens, Belgiens, Hollands und Polens sollten unter amerikanischer Schirmherrschaft in Washington zusammenkommen, um sich auf ein Abrüstungsprogramm für die nächsten zehn Jahre zu verständigen. Danach sollte das nationalsozialistische Deutschland vor die Alternative gestellt werden, sich dieser Vereinbarung entweder zu unterwerfen oder – bei Ablehnung – mit einem Blockadekrieg überzogen zu werden.

Dieses Verfahren hielt für Hitler nur noch die Wahl zwischen freiwilliger und erzwungener Kapitulation bereit. Sollte die unblutige Vollstreckung des Welt-

friedens trotz Unterstützung durch die amerikanische Kriegsmarine nicht gelingen, bestand nach Worten des Präsidenten »Aussicht, daß wir den nächsten Weltkrieg bekommen«. [11]

Der Blockadekrieg war von vornherein ebenso integraler Bestandteil von Roosevelts Weltfriedenskonzeption wie seine Bemühungen, für diese unerfreuliche Tatsache irgendeinen unverfänglichen Namen zu finden. [11a] Das hatte einen ebenso einfachen wie gewichtigen Grund. Im Gegensatz zu einer Kriegserklärung oder einem Wirtschaftsboykott, die der Zustimmung des Kongresses bedurften, fiel der Beitritt der Vereinigten Staaten zu einer *bereits bestehenden* Blockade in die alleinige Kompetenz des Präsidenten. Das heißt, es war ihm etwas erlaubt, was in aller Regel zum Krieg führen mußte. In diesem Umstand lag der eigentliche Grund dafür, daß Roosevelt bei seinem späteren Versuch, den Weltfrieden praktisch zu erzwingen, niemals von »Krieg« sprach, weil dies den Senat gegen ihn aufgebracht hätte. Hier lag auch der Grund dafür, daß der amerikanische Präsident einen so erbarmungslosen Druck auf England ausübte: Er brauchte die englische Flotte einfach, weil nur sie in der Lage war, eine Blockade gegen die Achsenmächte zu errichten, der die Vereinigten Staaten dann beitreten konnten.

Mit anderen Worten: Roosevelt brauchte in England eine Regierung, die bereit war, ihre Flotte so einzusetzen, daß sie zum weltpolitischen Erfüllungsgehilfen des amerikanischen Präsidenten wurde. Oder noch anders gesagt: Ohne ein willfähriges England, das den Blockadekrieg gegen Deutschland und/oder Italien um der Verwirklichung der *Pax americanas* willen in Kauf nahm, glich Roosevelts Weltfriedenskonzeption einem Haifisch ohne Zähne: Sie entbehrte der militärischen Sanktionsgewalt.

In seiner Entschlossenheit, den Weltfrieden notfalls auch in blutiger Weise zu vollstrecken – also durch Krieg – lag das Mehrdeutige von Roosevelts Weltfriedensplan, seine Licht- und Schattenseite, seine doppelte Moral. Sicher, es war ein Plan zur Rettung des Friedens in der Welt, und vielerorts, nicht nur in Roosevelts engster Umgebung, war man davon überzeugt, daß nur der amerikanische Präsident diese gigantische, fast möchte man sagen utopische Aufgabe würde lösen können. Aber Frieden um welchen Preis? So friedlich war dieser Plan in seinen Intentionen eben nicht, daß er das Risiko eines neuen Weltkrieges ausschloß. Im Gegenteil, er schloß das Risiko eines neuen Weltkrieges bewußt ein, und das unterschied ihn gerade von der friedenspolitischen Konzeption des englischen Premierministers Neville Chamberlain, wie wir noch sehen werden.

Sicher, man konnte damit argumentieren, daß die Abschreckungswirkung, die aus einem echten Kriegsrisiko resultierte, Hitler von der Anwendung von militärischer Gewalt abhalten werde. Diese Wirkung war aber keineswegs sicher, es konnte auch das Gegenteil eintreten. Sollte sich Hitler weigern, freiwillig zu kapitulieren, würde er seinerseits zu den Waffen greifen, um der Gefahr auszuweichen. Dann würde Roosevelts Plan nicht friedenstiftend, sondern wie die Lunte am Pulverfaß wirken: Sie würde die Konflikte Europas

unweigerlich entzünden. Diese Gefahr war selbst nach Meinung von US-Außenminister Hull nicht ausgeschlossen. Hull nannte Roosevelts Plan einfach »pyrotechnisch«, [12] und Unterstaatssekretär Phillipps hatte schon 1935, als der Präsident erstmals mit dem Gedanken an eine »komplette Blockade Deutschlands« gespielt hatte, gemeint:

»Der Präsident schien mir auf einmal vollständig vom geraden Weg abzukommen.« [13]

Noch verräterischer für Roosevelts unfriedlichen Absichten schien der Zeitpunkt zu sein, den er für den Start seines Weltfriedensplanes wählte. Der englische Premierminister Neville Chamberlain schickte sich just im Frühjahr 1937 an, einen zumindest mittelfristigen modus vivendi mit dem Deutschland Hitlers und dem Italien Mussolinis zu suchen, um den Weltfrieden auf diese Weise zu sichern. Mitten in die Entfaltung dieser sog. »*Appeasement*« -Politik platzte Roosevelt mit seinem »*World appeasement*« hinein, allein schon vom Zeitablauf her ein klares Störmanöver.

Der schmerzhafte Zusammenprall zwischen Roosevelt und Chamberlain, den der amerikanische Präsident dadurch auslöste, war Ausdruck einer erbitterten Konkurrenz um Weltmarkt- und Weltmachtchancen. Sie beherrschte das Verhältnis zwischen Amerika und England seit dem Ersten Weltkrieg. Es war die Konkurrenz zwischen den Weltführungsansprüchen der beiden angelsächsischen Mächte. Sie bildete die eigentlich Achse, um die sich das Geschehen vor dem Zweiten Weltkrieg drehte, und sie degradierte alle Krisen und Kriege der Vorkriegszeit zu bloßen Nebenkriegsschauplätzen dieses Wettbewerbs.

Ob in Spanien oder im Fernen Osten, ob in Österreich oder in der Tschechoslowakei, wo immer sich das England Chamberlains mit Deutschland, Italien und Japan zu arrangieren versuchte, überall und immer wieder tauchte der Weltfriedensplan des amerikanischen Präsidenten in dieser oder jener Form auf: Nur andeutungsweise in Roosevelts Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937; ausführlich in seinem Notenwechsel mit Chamberlain Anfang 1938; teils öffentlich, teils geheim im Herbst 1938 vor der Konferenz von München; bis sich Roosevelt am 14. April 1939 über Chamberlains Kopf hinweg in einem dramatischen Friedensappell direkt an Hitler und Mussolini wandte, um sie noch vor Kriegsausbruch zu »Angreifern« abzustempeln.

Bei der Regierung in London bestand vor allem deshalb wenig Neigung, dem Plan des amerikanischen Präsidenten zu folgen, weil England die Last des erhöhten Kriegsrisikos auch dann bis auf weiteres hätte allein tragen müssen, wenn sich Chamberlain dem amerikanischen Führungsanspruch unterworfen hätte. Welche Verbündeten besaß England denn, die ihm helfen konnten, diese Last zu tragen? Nur Frankreich, dessen politische und militärische Leistungsfähigkeit indessen höchst umstritten war. Amerika war neutral und blieb neutral und würde es bis auf weiteres bleiben. Die reichlich zwei Jahre, die zwischen Kriegsausbruch und dem Kriegseintritt Amerikas verstrichen, zeigten, wie recht Chamberlain hatte, sich dem amerikanischen Weltfriedensplan nicht anzuvertrauen.

Vor allem war Chamberlain klar, daß ein neuer Krieg das Ende des englischen Empires und der englischen Weltmachtstellung bedeuten würde. Umgekehrt gab es auch für die liberal-demokratische Allianz Amerikas keine bessere und wohlfeilere Gelegenheit, sich gleichzeitig als Anwalt des Weltfriedens zu profilieren, Hitler bis zur Raserei zu isolieren und den Ruin des englischen Empires zu betreiben als den Weltfriedensplan des Präsidenten. Aus der Art und Weise, wie Roosevelt diesen Plan betrieb, muß man schließen, daß er alle drei Ziele gleichzeitig im Auge hatte.

Im Frühjahr 1939 hatte Roosevelt zwar noch immer nicht die Zustimmung Chamberlains erreicht. Aber dem liberal-demokratischen Amerika war es mittlerweile gelungen, den konservativen Premierminister im eigenen Land moralisch so zu diskreditieren, die Aggressivität der Diktatoren so zu steigern und die Belieferung Englands und Frankreichs mit amerikanischen Bombern und Kampfflugzeugen so anzukurbeln, daß ein neuer Weltkrieg immer wahrscheinlicher wurde, und damit auch die Rolle Roosevelts als Retter der Welt, die dann eine amerikanische sein würde. Die englische Garantien für Holland, die Schweiz und Polen waren die beiden ersten und entscheidenden Teilkapitulationen Chamberlains vor dem enormen amerikanischen Druck, die den Angriffen Hitlers auf Polen im Herbst 1939 auslösten.

Aber selbst dieses Ereignis schien dem amerikanischen Präsidenten noch recht zu geben. Selten hatte es eine politische Prophezeiung gegeben, die sich überzeugender erfüllte als Roosevelts ständiges Reden vom Krieg. Nur wurde die genau berechnete Wirkung dieses ceterum censeo auf die innenpolitischen Verhältnisse in England und Frankreich meistens ebenso übersehen wie der Anteil, den der Präsident persönlich daran hatte.

»Er (FDR) war zuversichtlich, daß unser System einen weiteren Krieg überleben werde, zumal der Krieg kürzer sein werde als seine Vorgänger«,

schrieb der englische Journalist und Präsidenten-Freund Arthur Willert Ende April 1939. Dank seiner »Erziehung« und der Mithilfe Hitlers sei die öffentliche Meinung Amerikas schon in Bewegung Richtung Krieg, meinte Roosevelt, aber es wäre alles einfacher »wenn ihr Briten nur vorangehen würdet«. [14]

Aber gerade das wollte Chamberlain nicht. Er wollte es mindestens so lange nicht, wie ihm die Garantie Roosevelts fehlte, daß ihm die Vereinigten Staaten mit allem, was sie an Menschen und Waffen hatten, postwendend in den Krieg folgen würden. Da diese wohlbegründete Zurückhaltung den Engländern als moralische Schwäche ausgelegt wurde, entstand der Eindruck, als sei das Inselreich nach 150 Jahren der Weltherrschaft reif, das Zepter an die Vereinigten Staaten zu übergeben. Kein Zweifel, daß die liberal-demokratische Koalition genau das beabsichtigte, weil sie das Empire beerben wollte, indem sie die Prinzipien der »*Open-door*«-Politik überall durchsetzte – in den Dominions, in den Kolonien und in Indien. Überall würde, wenn erst einmal der Krieg ausbrach, der Ruf nach mehr Freiheit und Wohlstand sich erheben.

Etwas überspitzt könnte man nach alledem sagen, daß der Ausbruch des

Zweiten Weltkrieges 1939 nur im Interesse der Vereinigten Staaten lag. Und vielleicht hatte der amerikanische Historiker Warren Kimball recht, als er schrieb:

»Die Vorstellung vom britischen Reichtum, kombiniert mit der Gelegenheit, ein hartes und profitables Geschäft zu machen, führte die Oberhäupter der amerikanischen Regierung ständig in Versuchung.« [15]

Als Hitler ihnen in der Tschechoslowakei die Chance bot, verfielen sie dieser Versuchung, um ihre Zwecke zu erreichen. Roosevelt und das liberal-demokratische Lager scheuten nicht einmal davor zurück, die englischen Konservativen mit den deutschen Nationalsozialisten in einen Topf zu werfen. Auch das war dazu angetan, die englische Position zu schwächen. Als Außenminister Anthony Eden Ende 1938 nach Amerika fuhr, mußte er sich alle Mühe geben, seine Gesprächspartner in Washington davon zu überzeugen, »daß Neville (Chamberlain) kein Faschist sei.« [16] Und Henry F. Grady, Chefarchitekt von Hulls Handelsvertragsprogramm, das auf die Zollmauer des Empires wie Hammer und Meißel wirkte, sagte einmal mit schöner Offenheit:

»Für mich sind ein autarkes Gebiet der Deutschen und das britische Empire nur ein gradueller Unterschied, und die Instrumente, die man benutzt (um sie zu öffnen), sind von sekundärer Bedeutung.« [17]

Die Morgenthau-Tagebücher und die Hull-Memoiren sind voller Hinweise auf den engen Zusammenhang von aggressiver Friedenspolitik, moralischer Überheblichkeit und nüchternen Profitinteressen, der die Politik der Roosevelt-Administration vor dem Zweiten Weltkrieg charakterisierte. Außenminister Hull hatte schon im Januar 1937 davon geträumt, daß Empire »aufzubrechen . . . wie eine Austernschale.« [18] Roosevelt sagte 1938, auf dem Höhepunkt der Tschechoslowakei-Krise, in der bereits viele Amerikaner von Chamberlain erwarteten, daß er Hitler mit der Waffe in der Hand entgegentrat: Die Vereinigten Staaten würden selbst dann in Wohlstand leben, wenn es in Europa einen Krieg geben würde. Chamberlain wäre glücklich gewesen, wenn er dasselbe von seinem Land hätte behaupten können. Bereits im November 1938 skizzierte der amerikanische Präsident die Grundzüge des späteren Leih- und Pachtgesetzes, das England während des Krieges in eine entwürdigende Abhängigkeit von den USA brachte, ein kleines Zeichen dafür, wie langfristig der Präsident dachte.

»Vielleicht, wenn es dazu kommt, werden die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Scherben der europäischen Zivilisation aufzusammeln«,

hatte Roosevelt wenig vorher im Hinblick auf den nächsten Krieg, der für ihn bereits eine feststehende Tatsache zu sein schien, an einen Freund geschrieben. [19] Was er hinzuzufügen vergaß, war die berechtigte Erwartung, daß die Vereinigten Staaten die einzige Macht sein würden, diese Scherben nach eigenem Gusto wieder zusammenzufügen – neben den Russen. Bevor man

Scherben aufsammeln konnte, mußte das Gefäß der europäischen Zivilisation freilich erst einmal zu Bruch gehen.
Neben England – und notabene Frankreich – hatte Roosevelt in seiner Konzeption von der *einen* Welt, die sein Weltfriedensplan verkörperte, auch dem Rußland Stalins eine Schlüsselrolle zugedacht. Ohne die Mitwirkung der Sowjetunion und Frankreichs war es unmöglich, Hitler in eine Zwei-Fronten-Lage zu manövrieren, die halten würde, was sie an überwältigender Macht versprach. Zwar hatten die meisten europäischen Mächte das kommunistische Rußland schon in den zwanziger Jahren anerkannt. Aber aus Furcht vor revolutionären Infektionen vermieden sie es, Stalin aus der Isolierung herauszulösen, in der er sich noch Anfang der dreißiger Jahre befand.
Dies blieb dem Amerika Roosevelts vorbehalten. Die Normalisierung der Beziehungen zum bolschewistischen Rußland wurde von der liberal-demokratischen Allianz 1933 mit einem Enthusiasmus vollzogen, der viele Menschen in Europa verstörte. Die führenden Köpfe des New Deal empfanden sich aber als progressiv, links, oder hatten sogar eine romantische Affäre mit dem Kommunismus. Der erste US-Botschafter in Moskau, William C. Bullitt, war ein ganz typischer Vertreter jener Großbürgersöhne, die damals an der amerikanischen Ostküste die »*pink parlors*« bevölkerten, die rosa Salons und Intellektuellen-Zirkel, in denen die sogenannten »Salon-Bolschewisten« verkehrten.
Bullitt war der Sproß einer alten und angesehenen Hugenottenfamilie aus Philadelphia, Sohn eines prominenten Anwalts, Absolvent der Yale-Universität und der Harvard-Law-School, Müßiggänger und Journalist. Schon mit 28 Lebensjahren hatten ihn Wilson und Lloyd George auf eine Geheimmission in die sowjetische Hauptstadt entsandt, um mit Lenin die Bedingungen für einen Frieden Rußlands mit den Westmächten abzuklären. Dort, in der sowjetischen Hauptstadt, liegt auf dem Roten Platz der erste Mann von Bullitts späterer Ehefrau, der amerikanische Kommunist John Reed, begraben.
Nach nur dreijährigem Anschauungsunterricht in Sachen Sowjetkommunismus kehrte Bullitt 1936 jedoch völlig desillusioniert nach Amerika zurück, um wenig später den Botschafterposten in Paris zu übernehmen. Sein Nachfolger in Moskau wurde der reiche Wirtschaftsanwalt und Geschäftsmann Joseph Davies. Er war aus einem ganz anderen Holz geschnitzt. Davies interessierte sich nicht für die kommunistische Ideologie, sondern für russische Antiquitäten. Er wurde von Roosevelt am 15. Dezember 1936 mit der ausdrücklichen Weisung in Marsch gesetzt, »freundliche Beziehungen und Kooperation« mit der Sowjetunion herzustellen,

> »besonders im Hinblick auf die chinesisch-japanische Situation und die Möglichkeit eines Weltkrieges, der in Europa beginnt.« [20]

Im Grunde hatte sich Roosevelt bereits mit diesem Auftrag für die Priorität des europäischen Kriegsschauplatzes entschieden. In den eineinhalb Jahren seiner Moskauer Mission gelang es Davies, das Vertrauen des sowjetischen Außenministers Maxim Litwinow zu gewinnen, bis zu einem gewissen Grade auch das

des damaligen Ministerpräsidenten Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow. Mit Molotow tauschte der US-Botschafter am 19. und 25. Februar 1937 förmliche Erklärungen aus, die deutliche Anspielungen auf Roosevelts Weltfriedensplan enthielten. [21]

Litwinow hatte sich am 4. Februar 1937 in einem Gespräch mit Davies heftige Sorgen über eine mögliche Verständigung zwischen Deutschland, England und Frankreich gemacht. Eine solche Konstellation drohte aus Moskauer Sicht, ganz Europa westlich der russischen Grenze in eine Frontstellung gegen die Sowjetunion zu bringen. Da dies auch nicht im Sinne Roosevelts war, schlug der sowjetische Außenminister dem US-Botschafter eine »schnelle, feste Erklärung der europäischen Demokratien« vor, zu denen er neben Frankreich und der Tschechoslowakei auch Rußland zählte. Wenn die USA eine solche Erklärung unterschreiben würden, so Litwinow weiter, dann würde dies den »Weltfrieden« und eine »Lösung der japanischen Frage« bedeuten, an der beide Mächte ebenfalls interessiert waren. [22]

Litwinows Mitteilung war ein klares Signal an die Vereinigten Staaten, sich stärker als bisher in Europa zu engagieren und der Sowjetunion im Osten gegenüber Japan, im Westen gegenüber Deutschland einen stärkeren Rückhalt zu geben. Wie Roosevelt hielt der sowjetische Außenminister nichts von exklusiven Verständigungsversuchen der europäischen Hauptmächte unter sich – ohne Rußland und Amerika. Aber wie Chamberlain scheiterte er in gewisser Weise an der Unfähigkeit Roosevelts, die Hürden des amerikanischen Neutralitätsgesetzes zu überspringen und die Vereinigten Staaten tatsächlich in eine weltpolitische Koalition gegen Hitler hineinzuführen.

Was unter diesen Umständen blieb, war ein Mittelding zwischen klassischer Allianz und kollektiver Sicherheit – eben jener Weltfriedensplan Roosevelts. Davies hatte den Auftrag, das industrielle Potential der Russen unter kriegswirtschaftlichen Aspekten einzuschätzen. Seine Mission fiel in eine Zeit, in der die sowjetische Politik von zwei Tendenzen gekennzeichnet wurde: von der Bereitschaft, mit den bürgerlichen Demokratien gegen den Faschismus zu paktieren, und von den blutigen Säuberungen, der große Teile des russischen Offizierscorps und der Alten Garde der revolutionären Parteiführer zum Opfer fielen. Die Berichte des US-Botschafters zeugten davon, daß die Sowjetunion trotzdem über »außerordentliche ökonomische und politische Potenzen« verfügte und daß Teile der sowjetischen Führung

> »mit ihrer Freundschaft zu den USA weiter gehen würden als mit jeder anderen Nation der Welt«. [23]

Die Tatsache, daß Roosevelt beabsichtigte, Stalin in sein »*world appeasement*« einzubeziehen, bewies abermals den mehrdeutigen Charakter seiner Außenpolitik. Wie ernst war es um das Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten zum Frieden und zu den Menschenrechten bestellt, wenn er bereit war, sich mit dem bolschewistischen Diktator zu verbünden? Schließlich hatte Stalin zu diesem Zeitpunkt bereits Millionen von Menschen auf dem Gewissen, und

»das riesige Aufrüstungsprogramm, das sich die sowjetische Regierung damals vorgenommen hatte und bei dem selbst die Kollektivierung (der Landwirtschaft) und die verschiedenen Fünf-Jahres-Pläne nur eine Art Zubringerrolle spielten«,

stand der Aufrüstung Hitlers kaum nach. [23a]
Außerdem war es sehr fraglich, ob eine Große Allianz zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, einschließlich der USA, den Frieden sicherer oder unsicherer machen würde. Für das Deutschland Hitlers schuf allein schon die Möglichkeit einer solchen Koalition eine lebensgefährliche Bedrohung. War die Wahrscheinlichkeit nicht groß, daß der Diktator ihre Entstehung zum Anlaß für einen Präventivkrieg nehmen würde? War diese Wahrscheinlichkeit ein Teil von Roosevelts Plan?
Der Präsident beschäftigte sich in jenen Jahren so intensiv mit der Frage nach Frieden und Krieg, daß man kaum annehmen kann, ihm wäre diese Gefahr entgangen. Einerseits hoffte Roosevelt zwar, mit seinem Weltfriedensplan

»eine Basis zu finden, auf der sich Hitler, Großbritannien und Frankreich einigen könnten, wodurch Krieg verhindert werden könnte.«

Andererseits beeindruckte ihn der »noch nie dagewesene industrielle Kriegs-Mechanismus« Deutschlands so, daß der Präsident »sehr pessimistisch« über die Friedensaussichten dachte, ja, Krieg bereits im Frühjahr 1937 für »unausweichlich« hielt. [24] Unter diesen Umständen kam sein Weltfriedensplan dem Versuch nahe, ein Feuer gleichzeitig zu löschen und anzufachen.
Wahrhaftig sprach Roosevelt damals schon von einer »allgemeinen europäischen Kriegslage«, als wäre der Krieg in Europa bereits eine feststehende Tatsache. Im September 1937 wurde Davies von Roosevelt auf eine Rundreise durch das Baltikum und Skandinavien geschickt, um mögliche »Kampfzonen« zu inspizieren. Gleichzeitig beschäftigte sich der amerikanische Präsident mit einer neuen Methode, wie er Krieg haben könne, ohne ihn selbst entfesseln zu müssen, eine Methode, die er »Quarantäne« nannte.
Den Ausdruck verwendete Roosevelt erstmals in seiner berühmten »Quarantäne«-Rede [25] vom 5. Oktober 1937. Er hielt sie zwar vor dem Hintergrund des japanisch-chinesischen Krieges, doch kam ihr eine allgemeine, eine globale Bedeutung zu. Sie richtete sich gegen alle drei Achsenmächte. Die unfriedlichen Absichten, die Roosevelt mit der Quarantäne-Rede verfolgte, ergaben sich aus einer Äußerung, der er am 17. Dezember 1937 vor seinem Kabinett machte. Als Marineminister Swanson forderte, die Versenkung des amerikanischen Kanonenbootes »Panay« durch japanische Flugzeuge müsse mit Krieg beantwortet werden, sagte der Präsident:

»Er wünsche nicht, daß wir Krieg machen müssen, um ihn zu haben.« [26]

Der Weltfriedensplan war dafür das geeignete Instrument, weil er die aggressiven Tendenzen des liberal-demokratischen Blocks in das attraktive Gewand des Friedens kleidete. Die Prozeduren, die dieser Plan vorsah, sollten die

Achsenmächte von ihren regionalen Hegemonieansprüchen abbringen und vor der Weltöffentlichkeit bloßstellen, wenn sie sich nicht freiwillig dem obligatorischen Friedensprozeß unterwarfen. In diesem Fall würde sie dann die volle Wucht der globalen »Quarantäne« treffen, die vom Abbruch aller Außenbeziehungen bis zum Defensivkrieg reichte.

Der Weltfriedensplan war der Versuch Roosevelts, die Achsenmächte vor die Alternative »Kapitulation oder Krieg« zu stellen – eine Alternative, die an und für sich schon ein hohes Kriegsrisiko in sich barg. Denn wer konnte sich vorstellen, daß Hitler, Mussolini und die japanische Militärkaste ruhig zusehen würden, wie man ihnen den Hahn abdrehte, ohne daß sie vorher selbst zu den Waffen griffen? Dies war aber nur die eine Seite des Projekts. Auf der anderen Seite versuchte Roosevelt, England und Rußland mit Hilfe seines Planes dem amerikanischen Weltführungsanspruch dienstbar zu machen. Die beiden europäischen Flügelmächte sollten durch die raffinierte Mischung aus klassischem Bündnis und subtiler Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, die der Plan verkörperte, an bilateralen Abmachungen mit den Achsenmächten gehindert und in eine multilaterale Weltstruktur einbezogen werden, die dann, wie immer, die mächtigste Macht der Erde beherrschen würde:

Die Supermacht Amerika.

Wie Stalin sich endgültig dazu gestellt hätte, wissen wir nicht. Denn der Weltfriedensplan scheiterte 1938/39, bevor er noch das Licht der Welt erblickte. Er lebte erst 1943 – dann unter den Bedingungen des Krieges – in Gestalt der Vereinten Nationen wieder auf. Roosevelts Vorhaben scheiterte auch nicht an Stalin, wie man aus heutiger Sicht vielleicht annehmen könnte, sondern an der Weigerung des englischen Premierministers Neville Chamberlain, sich dem amerikanischen Weltführungsanspruch zu unterwerfen und damit das Risiko eines Krieges gegen Hitler einzugehen. Aus Davies' Berichten geht freilich die große Enttäuschung hervor, die der US-Botschafter und der sowjetische Außenminister Litwinow über die Haltung »der reaktionären Elemente« in England empfanden. Der Präsident und seine Administration empfanden nicht anders.

Davies und Litwinow klagten nicht ohne Grund. Im Laufe des Jahres 1937 sickerten nämlich die Pläne Chamberlains für eine europäische Friedensregelung durch. Danach sollte Hitler veranlaßt werden, nicht nur mit Frankreich und Belgien, sondern auch mit den osteuropäischen Nachbarstaaten bilaterale Nichtangriffsverträge zu schließen, so weit das nicht schon geschehen war. Auf diese Weise beabsichtigte Chamberlain, das dort liegende Konfliktpotential zu entschärfen und das Verhältnis zwischen Deutschland einerseits, Rußland und Frankreich andererseits zu entspannen. Auf diese Weise wäre das französische Ostpaktsystem entwertet – für Davies ein Ereignis von »erstrangiger Konsequenz«, [27] weil dies Hitler aus der Zwei-Fronten-Lage befreit hätte – und der Weg für eine deutsch-englische Verständigung vielleicht frei geworden.

Sicher war die Weigerung Chamberlains, sich dem amerikanischen Weltführungsanspruch zu unterwerfen, für Stalin der Hauptgrund, dem Weltfriedens-

plan Roosevelts gegenüber mißtrauisch zu bleiben. Sofern nämlich dieser Plan auf die Mitwirkung Rußlands zwecks Einkreisung Deutschlands zielte, *ohne* England und Frankreich fest in das Bündnis einzubinden, setzte er die Sowjets erheblichen Gefahren aus. Denn wer sollte Stalin dann davor schützen, daß sich England schließlich doch noch mit Frankreich und Deutschland verband, um gegen den verhaßten Bolschewismus einen gemeinsamen Kreuzzug zu führen?

Von den USA drohte diese Gefahr damals noch nicht. Das liberal-demokratische Amerika Roosevelts hatte Deutschland als Hauptgegner erkannt, empfand für das bolschewistische Rußland gewisse Sympathien, und es bedurfte erst der Niederlage Hitlers, des sowjetischen Vorstoßes nach Mitteleuropa und der Wahl des Roosevelt-Nachfolgers Harry S. Truman, bis sich Washington nach 1945 anders besann.

Stalin hatte 1937/38 aber schon einen konkreten Grund, sich gegenüber Roosevelts Plänen bedeckt zu halten. Und das war die amerikanische Fernostpolitik, insbesondere die Haltung Washingtons zum chinesisch-japanischen Krieg, der am 7. Juli 1937 ausbrach. Amerika vermittelte in diesem Konflikt nicht, es griff auch nicht zu den Waffen, sondern es operierte wieder in der Grauzone zwischen Neutralität und kollektiver Sicherheit, ohne sich wirklich mit den europäischen Mächten abzustimmen.

Roosevelt ließ damals zwar seinen Gesandten in Bern, Leland Harrison, an den Beratungen des Völkerbundes teilnehmen. Die Weltorganisation verurteilte die japanische Aggression. Aber praktisch folgte daraus nichts, nur daß US-Außenminister Hull alles noch viel schlimmer machte, indem er sich in einer öffentlichen Erklärung dem Verdikt des Völkerbundes anschloß. Daraufhin verzichtete Japan auf die Teilnahme an der Ostasienkonferenz, die im November 1937 in Brüssel tagte.

Die letzte Chance für eine Beilegung des Fernostkrieges war damit vertan, aber Roosevelt war nicht bereit, wenigstens jetzt die »Quarantäne« über Japan zu verhängen, von der er noch einen Monat zuvor gesprochen hatte. Die amerikanische Haltung wurde damals von den europäischen Mächten scharf kritisiert. Der englische Premierminister Chamberlain schloß aus dem Brüsseler Debakel, daß man von den Vereinigten Staaten im Ernstfall offenbar nur Worte, aber keine Taten erwarten dürfe. Der sowjetische Geschäftsträger in Washington erklärte [28], er finde die amerikanische Fernostpolitik »sehr enttäuschend«. Die Vereinigten Staaten hatten sich wie ein »erschrecktes Kaninchen« benommen, obwohl auf sie – im Gegensatz zu England und Frankreich – kein Gewehr gerichtet war. [29]

Der US-Präsident verstand die Europäer nicht. Vielleicht wollte er sie auch gar nicht verstehen. Chamberlain fürchtete nicht nur um die englischen Besitzungen in Hongkong, Shanghai und Tientsien. Für ihn hatte der Krieg in China noch einen anderen beunruhigenden Aspekt. Der Krieg förderte den kommunistischen Einfluß in China, wo Mao Tse-Tung mit seinem Marsch an die Macht bereits begonnen hatte – und Amerika unternahm auch dagegen nichts. Die

Warnungen vor einer kommunistischen Machtergreifung in China, die der amerikanische Rußland-Experte, George Kennan, damals unentwegt ausstieß, wurden in Washington in den Wind geschlagen. Wie es Joseph Davies auch für »Quatsch« hielt,

»daß Krieg Kommunismus in einem besiegten Deutschland bedeuten würde«. [30]

Leider behielt Kennan recht, und Davies behielt nicht recht. Das Amerika Roosevelts unterschätzte den Kommunismus, vielleicht aus einem Mangel an Weitsicht, vielleicht aus ideologischer Verblendung, vielleicht, weil an einigen wichtigen Stellen der Administration kommunistische Agenten saßen, wie man erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr. [31] Für die konservativen Engländer hatte die »kommunistische Gefahr« dagegen einen ganz anderen Stellenwert. Sie dachten nicht daran, den *cordon sanitaire* aufzulösen, mit dem der Westen die Sowjetunion in Versailles umgeben hatte. Chamberlain ließ daher Stalin links liegen und bereitete die Verständigung mit Deutschland und Italien vor. Als alle Versuche, den halsstarrigen Engländer zur Räson zu bringen, nichts einbrachten, blieb Roosevelt nichts anderes übrig, als Chamberlains Widerständen gegen ein Bündnis mit Rußland und Stalins daraus folgenden Irritationen auf andere Weise Rechnung zu tragen. Um Hitler vor die Alternative »Kapitulation oder Krieg« zu stellen, bevor der deutsche Diktator die Herrschaft über Mitteleuropa errang, entschied sich der amerikanische Präsident an der Jahreswende 1938/39 für ein Zusammengehen mit Polen. Denn Polen wollte sich ohnehin gern mit dem Westen, aber um keinen Preis in der Welt mit Hitler oder Stalin gegen den Westen verbünden. Außerdem wurde Polen in Washington als die militärisch effektivere Macht als die Sowjetunion angesehen.

Die amerikanische Entscheidung für Polen war zudem Bestandteil einer größeren Operation zur engeren Zusammenführung der Westmächte, an der damals von den Polen, über den deutschen Widerstand bis zu den Amerikanern die verschiedensten Kräfte arbeiteten. Auch Roosevelt wirkte aktiv an dieser Operation mit, die im Februar/März 1939 zu englisch-französischen Garantien für Holland, die Schweiz und Polen führten. Garantin dieser Garantien, die Deutschland auch ohne Rußland in eine Zwei-Fronten-Lage manövrierten, war eine geheime englisch-französische Militärallianz, die praktisch unter amerikanischem Schutz stand. Denn Roosevelt hatte den Regierungen in London und Paris inzwischen verschiedene Beistandsversprechen gegeben.

Umgekehrt wandte sich Stalin ab März 1939 Hitler zu, als er sah, daß er von dem vorwärtsdrängenden Roosevelt und dem zögernd folgenden Chamberlain übergangen wurde. Damit begann Europa in zwei Lager zu zerfallen – sicherste Voraussetzung für den Krieg. Der Appell des amerikanischen Präsidenten vom 4. August 1939 an den sowjetischen Diktator, im Interesse des Weltfriedens

»lieber eine Allianz mit England und Frankreich, statt mit Deutschland einzugehen«, [32]

war unter diesen Umständen nur noch eine reine Pflichtübung. Sie stieß in Moskau auf taube Ohren, wo wenig später der Hitler-Stalin-Pakt geschlossen wurde.

Dieser Vertrag war die Quittung für Roosevelts halsbrecherische Weltpolitik. Er hob die deutsche Zwei-Fronten-Lage fürs erste wieder auf, weil er Polen für Deutschland zu einem leicht lösbaren Problem machte. Hitler hatte sich dadurch die Ausgangslage geschaffen, die er brauchte, um den Zweiten Weltkrieg wenigstens mit einer minimalen Siegeschance anzugehen, und Stalin folgte ihm zunächst. Schließlich konnte der Mann im Kreml nicht wissen, daß es Roosevelt und seinen liberal-demokratischen Freunden doch noch gelingen würde, Chamberlain zu stürzen, Churchill in den Sattel zu heben und England in der Stunde seiner bittersten Not zu veranlassen, den Kampf gegen Deutschland mit tödlicher Konsequenz aufzunehmen, mochte darüber auch das Empire zerbrechen.

---

Anmerkungen

1 Bertrand Russel, Prospects of Industrial Civilisation, zitiert nach Ludwell Denny, America, S. 16.
2 Hanson W. Baldwin, Our new long shadow. In: Foreign Affairs Nr. 4 (1939), S. 476.
3 Langer/Gleason, Challenge, S. 21: Memorandum Unterstaatssekretär Messersmith 11. 10. 37 Hull – Am 21. 4. 1935 schloß Roosevelt mit Bullitt eine Wette ab, daß der Krieg zuerst in Europa ausbrechen werde. Orville H. Bullitt (Ed.), For the President. Personal and Secret Correspondence between FDR and William C. Bullitt. o. O. 1972, S. 113 – Am 28. 4. 1937 notierte Davies in seinem Tagebuch mit eindeutigem Bezug auf Deutschland: »Für ihn (Roosevelt – D. B.) schien Krieg unausweichlich.« Joseph Davies, Mission to Moscow. New York 1943, S. 102.
4 FRUS 1933 I , S. 121 – Die Erklärung wurde auf der Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes abgegeben, an der Davis – wie schon Gilbert an den Völkerbundsberatungen über die Mandschurei-Krise – als »Beobachter« teilnahm.
5 Dallek, Roosevelt, S. 140.
6 Charles Tansill, Back Door to War. The Roosevelt Foreign Policy 1933–1941. 2. Auflage. Chicago 1952.
7 Stromberg, Security, S. 7.
8 Franklin D. Roosevelt, Our Foreign Policy: A Democratic View. In: Foreign Affairs Nr. 4 (1928), S. 585.
9 So hatte Rossevelt schon 1932 gesagt, der Völkerbund sei nicht in der Lage, die internationalen Dispute im Einklang mit den amerikanischen Idealen zu lösen. Cordell Hull, The Memoirs of Cordell Hull, Vol. I. New York 1948, S. 150.
10 Roosevelt, Parents, S. 80 – Damals hatte seine Frau Eleanor Roosevelt an einem öffentlichen Wettbewerb mitgewirkt, den der amerikanische Verleger Ed Bok ausgeschrieben und mit 100000 Dollar dotiert hatte. Der preisgekrönte Plan sah den Eintritt der USA in den Weltgerichtshof und in einen reformierten Völkerbund vor.
11 Dallek, Roosevelt, S. 102.
11a Elliott Roosevelt, Franklin D. Roosevelt. His Personal Letters 1928–1945, Vol. III. New York 1950, S. 472: FDR 10. 4. 35 Oberst House.
12 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 548.
13 Dallek, Roosevelt, S. 103.

14 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 80: Willert »Notizen« 25. 4. 39 FO betr. Gespräch Arthur Willert 25./26. 3. 39 FDR – PRO FO 371/22 827 A 1143: Mallett 26. 1. 39 FO: Michael Vyvyan o. D. Strang.

15 Warren Kimball, Lend lease and the Open Door: The Temptation of British Opulence 1937–1942. In: Political Science Quarterly 86 (1971), S. 238.

16 David Carlton, Anthony Eden. A Biography. London 1981, S. 147.

17 FRUS I 1937 S. 814: Grady 3. 4. 37 Hull.

18 Kimball, Lend Lease, ebda.

19 Elliott Roosevelt (Ed.), The Roosevelt Letters. Being the Personal Correspondence of FDR. Vol. III. London/Toronto/Wellington/Sidney 1952, S. 241 f.

20 Davies, Mission, Tagebucheintragung, 15. 12. 36, S. 14.

21 In dem Statement von Davies war davon die Rede, »daß der Präsident der Vereinigten Staaten in einer sehr breit angelegten, großen Weise in bestimmte Arrangements eingetreten sei, die noch nicht abgewickelt worden seien,« daß er durch die Anerkennung der Sowjetunion einen »sehr großen liberal-demokratischen Block geschaffen« und dadurch die amerikanisch-russischen Beziehungen verbessert habe, daß schließlich die USA und die Sowjetunion »ein großes Ziel gemeinsam hätten, und das sei die Erhaltung des Friedens.« Molotow nahm die Formel von den »gewissen Arrangements, die begonnen, aber noch nicht abgeschlossen sind« in seiner Entgegnung auf und hoffte, daß sie sich »zur gegenseitigen Zufriedenheit« lösen ließen. Aus der anschließenden Bemerkung Davies, daß es sich um »eine Angelegenheit von Wichtigkeit für die Zivilisation und den Weltfrieden« handele, geht der Zusammenhang mit Roosevelts Weltfriedensplan besonders deutlich hervor, der teilweise dieselben Vokabeln benutzte. – Davies, Mission, S. 65 ff.: Davies 25./26. 2. 37 FDR, streng vertraulich. Der Austausch der Erklärungen zwischen Molotow und Davies fand außerdem wenige Tage nach jenem 16. 2. 37 statt, an dem Roosevelt gegenüber Morgenthau zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder in sehr konkreter Form seinen Plan aufgegriffen hatte. – Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 459.

22 Davies, Mission, S. 49: Davies 6. 2. 37 Hull.

23 ebda., S. 268 f. »Überblick über die Fakten der Sowjetunion« und »Schlußbericht« an Hull vom 6. 6. 38.

23a George Kennan, Memoiren eines Diplomaten. 4. Aufl. Stuttgart 1968, S. 77.

24 ebda., S. 99 und 102 – Nach einem Lunch mit Roosevelt am 7. 4. 37 und Tagebucheintragung vom 28. 4. 37 – Beide Eintragungen machte Davies kurz vor bzw. unmittelbar während der Einleitung von Roosevelts Friedensinitiative durch die Geheimmission des US-Sonderbotschafter Davis zu Chamberlain, der sein erstes Gespräch mit dem damaligen Schatzkanzler Englands am 26. 4. 37 führte.

25 Rosenman, Papers, Vol. VI, S. 406 ff.

26 The Secret Diary of Harold Ickes. Vol. II: The Inside Struggle 1936–1939. New York 1954, S. 272 ff.

27 Davies, Mission, S. 144: Bericht Davies 1. 9. 37 Hull – nach der Inspektionsreise des US-Diplomaten durch Skandinavien und das Baltikum. Aus Davies' Kommentar, durch den Chamberlain-Plan wäre »der Konflikt zwischen Deutschland und Rußland minimalisiert wegen des ›neutralisierten‹ Gebietes zwischen ihnen,« läßt sich ein gewisses Bedauern herauslesen. Die Bemerkung über die »reaktionären Elemente« machte Litwinow am 1. 4. 38 in einem charakteristischen Zusammenhang: Nach Einleitung des Verständigungsprozesses durch Chamberlain, der bereits zum »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich geführt hatte, sagte der sowjetische Außenminister, »daß es keine Hoffnung für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, gegründet auf öffentliche Moral, zwischen den Nationen gebe, solange die ›reaktionären Elemente‹, die in England regierten, nicht überwältigt seien.« Davies, Mission, S. 196: Davies 1. 4. 38 Hull. – Zweifellos war diese Gedankenverbindung zwischen der Lage in Europa und der englischen Innenpolitik nicht weit von dem entfernt, was Roosevelt und Davies dachten.

28 Zitiert nach Tansill, Back Door, S. 476.

29 Zitiert nach Dorothy Borg, The United States and the Far Eastern Crisis 1933–1938. From the Manchurian Incident through the Initial Stage of the Undeclared Sino – Japanese War. Cambridge/Mass. 1964, S. 421 – Es handelte sich um eine Replik des französischen Ministerpräsidenten Chautemps auf eine Äußerung Roosevelts, der England und Frankreich vorgeworfen hatte, die benähmen sich wie »erschreckte Hasen«.

30 Die chinesischen Kommunisten, die eine Art Volksfrontpolitik gegenüber den Nationalisten verfolgten, hatten sich damals noch längst nicht von der sowjetischen Führung emanzipiert. Es war George Kennan, bis Sommer 1937 diplomatischer Sekretär an der US-Botschaft in Moskau und dann im Washingtoner Außenministerium tätig, der die Roosevelt-Administration laufend auf die kommunistische Gefahr in China aufmerksam machte. Aber er gibt in seinen Memoiren zu, daß er »von den Grundtendenzen Rooseveltscher Rußlandpolitik« abwich. George Kennan, Memoiren eines Diplomaten. Stuttgart 1968, S. 79. – Borg, USA, S. 232 gibt keine Erklärung dafür, warum Kennans Warnungen in den Wind geschlagen wurden. – Die Äußerung von Davies stammte vom 18. 1. 39, als er Botschafter in Brüssel war. Davies, Mission, S. 276 – Kennan und der Rest des Moskauer Botschaftspersonals hatten gegen die Ernennung von Davies protestiert, weil sie ihn für ungeeignet hielten, diesen wichtigen Posten auszufüllen.

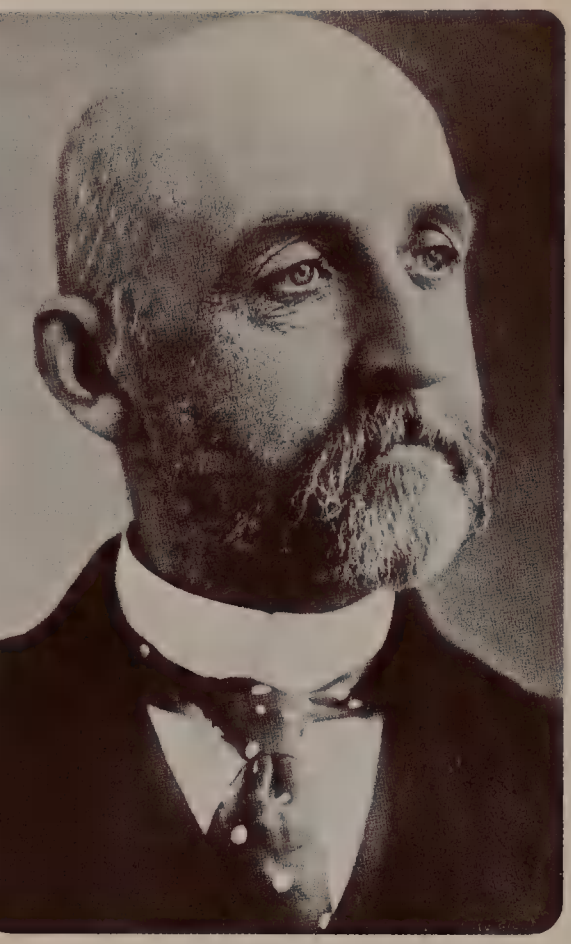
31 Dieser Faktor sollte nicht überbewertet, aber auch nicht verschwiegen werden. Zu den Agenten zählten der Stellvertretende Finanzminister Harry Dexter White, einer der engsten Berater Morgenthaus, und Alger Hiss, ein Beamter des Außenministeriums, der in der Vorbereitung der Konferenz von Jalta eine wichtige Rolle spielte. Nicolai Tolstoi, Stalins Secret War. London 1981, S. 336.

32 FRUS 1939 I, S. 293f.: Welles 4. 8. 39 Steinhardt.

1 *Der achtjährige Franklin* (oben)

2 *Der gelähmte Präsident, flankiert von seiner Frau Eleanor* (links) *und seiner Mutter Sara*

3 *Roosevelts Geburtshaus und Landsitz Hyde Park* (unten)



4 *Admiral Alfred Thayer Mahan, Vater der amerikanischen Seestrategie* (links)

5 *Alfred K. Smith, Roosevelts Gegner im Rennen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten* (links unten)

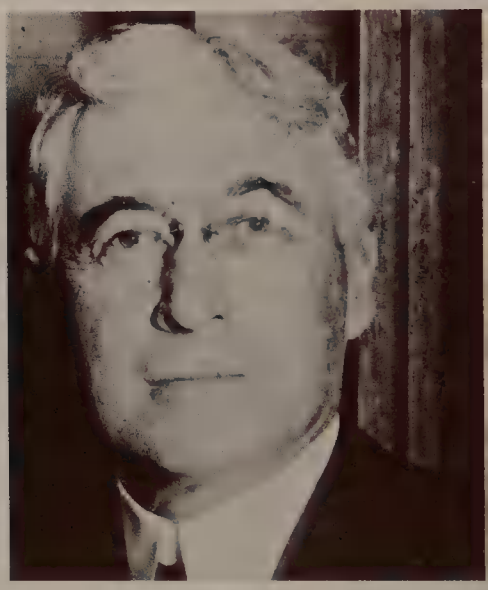
6 *Roosevelt und sein designierter Vizepräsident John Nance Garner* (rechts)

7 *Ex-Präsident Herbert Hoover begrüßt seinen Amtsnachfolger vor dem Weißen Haus* (unten)

8 *William Randolph Hearst, der Zeitungskönig* (links)

9 *Felix Frankfurter, die graue Eminenz* (rechts)

10 *Bernard Baruch, der Finanzier* (rechts Mitte)



11 *Roosevelt und der Boss der Demokratischen Partei, James Farley* (unten)

## 3.

# In London schlägt eine Bombe ein

Die größte Chance, als Weltfriedenspräsident positiv in Erscheinung zu treten, hatte Franklin Roosevelt kurze Zeit nach seinem Amtsantritt 1933. Während in Genf die Abrüstungskonferenz tagte, bereitete sich alle Welt im Frühjahr mit Spannung auf die Wirtschafts- und Währungskonferenz in London vor. Nach der Weltwirtschaftskrise, nach der Mandschurei-Krise und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland lagen die beiden wichtigsten Fragen auf dem Verhandlungstisch: Gab es für die vielen drängenden Probleme der Arbeitslosigkeit, der Geldwertstabilität, des Außenhandels und der Rohstoffversorgung eine befriedigende Konferenzlösung? Oder waren die kruden Methoden der bewaffneten Diplomatie, der Vertragsbrüche und »vollendeten Tatsachen« die einzig mögliche Alternative im »Kampf um den Lebensraum«?

Für die meisten Beobachter bestand zwischen der Krise des internationalen Systems und der wirtschaftlichen Depression ein enger Zusammenhang. Eine neue Weltwirtschafts- und Währungsordnung würden nach ihrer Meinung die Abrüstung und die Lösung aller anderen politischen Streitfragen bedeutend erleichtern. Auch die neue Administration in Washington trat für einen »Frieden durch Abrüstung« und ein »Ende des wirtschaftlichen Chaos« ein, so Roosevelt in einem Appell vom 16. Mai, der sich vor allem an Hitlers Adresse richtete. Aber dies alles geschah nicht ohne Hintersinn. Eine Abrüstung der europäischen Mächte nämlich würde die Mittel freimachen, die sie benötigten, um ihre Kriegsschulden in Amerika zu tilgen.

Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise hatten die meisten europäischen Länder ihre Zahlungen bereits eingestellt. Insgesamt schuldeten sie ihren privaten und öffentlichen Gläubigern in den USA 22 Milliarden Dollar – für heutige Verhältnisse ein relativ kleiner Betrag, aber für die damaligen Hauptschuldner eine riesenhafte, staunenswerte und Abscheu erregende Summe. England allein stand in Amerika mit 4,2 Milliarden Dollar in der Kreide und Frankreich hatte die Rate, die im Dezember 1932 fällig gewesen war, nicht mehr bezahlt. Da die Kriegsschulden mit dem Problemkreis Abrüstung – Wirtschafts- und Währungsreform – Umbau der internationalen Nachkriegsordnung zusammengehörten, erhoben sich in den europäischen Hauptstädten Stimmen, die eine einzige Konferenz über alle Themen zusammen forderten.

Natürlich konnte man sich darüber streiten, ob ein solches Mammutunterneh-

men überhaupt sinnvoll war. Aber Roosevelt leistete gegen das Vorhaben aus ganz anderen Gründen Widerstand. Er fürchtete eine Isolierung Amerikas gegenüber einer Phalanx verarmter, verbitterter und aggressiver Schuldnerstaaten. Die europäischen Mächte hatten auf der Konferenz von Lausanne 1932 bereits grundsätzlich auf die deutschen Reparationen verzichtet. Mit einem gewissen Recht erwarteten sie jetzt, daß die Amerikaner nun auch auf die Eintreibung ihrer Schulden verzichteten. Schließlich hatten die Alliierten ihre Tilgungsraten größtenteils aus den Reparationen bestritten. Außerdem gab es in Europa sehr viel Unmut über die amerikanischen Hochschutzzölle, die den Welthandel seit Jahren auf das schwerste beeinträchtigten.
Die Zustimmung Roosevelts zu einer umfassenden Gesamtkonferenz hätte die USA unter diesen Umständen wahrscheinlich in große Verlegenheit gebracht. Das Schauspiel eines Amerikas, von den europäischen Mächten herumgestoßen und isoliert, hätte dem New Deal Roosevelts und seiner internationalistischen Außenpolitik im Kongreß schwer geschadet. Außerdem stand der Präsident bei den Banken im Wort, weder eine Kürzung noch eine Streichung der Kriegsschulden zuzulassen.
So fand die *eine* große Weltkonferenz nicht statt, die 1933 vielleicht noch eine Chance gehabt hätte, alles zum Besseren zu wenden. Es blieb bei den getrennten Verhandlungen über Abrüstung in Genf, über Wirtschaft und Währungen in London, Verhandlungen, die sich zeitlich und sachlich miteinander überschnitten. Allerdings konnte Roosevelt der Versuchung nicht widerstehen, selbst eine Verbindung zwischen diesen Konferenzen herzustellen. Er lud nämlich im April 1933 die Regierungschefs von elf Ländern ein – auch Hitler, der sich freilich von seinem Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht vertreten ließ – zu einer Vorkonferenz nach Washington zu kommen. Auf ihr sollte über Abrüstung, Zollsenkungen und die internationale Vertrauensbildung diskutiert werden, um »irgendeine fundamentale Verständigung« zu erreichen und eine »günstige öffentliche Meinung« (Roosevelt) für die Konferenz in London zu schaffen. Außerdem wurden der englische Premierminister Ramsey MacDonald und der französische Ex-Premier Edouard Herriot zu separaten Gesprächen über die Kriegsschulden nach Washington gebeten. Gleichzeitig erließ der Präsident einen pathetischen Friedensappell an 54 Staaten.
Diese Maßnahmen machten aus den in Europa laufenden Konferenzen ein einziges Possenspiel. Der amerikanische Präsident versuchte, sich vor dem unruhigen Hintergrund weit auseinanderliegender Konferenzorte, paralleler Verhandlungen und geheimer Gespräche selbst als eine Art Welteneiniger zu etablieren. Roosevelt stahl dem Völkerbund die Schau, indem er eine eigene Friedens-»Maschinerie« auf die Beine stellte. Es war genau die Mischung aus Vor- und Nachkonferenzen, überhöht durch wohlklingende Deklarationen, die seinen späteren Weltfriedensplan kennzeichnen sollten.
Viel kam bei diesem Debut freilich nicht heraus. Vielmehr versanken die Vorkonferenz in Washington und die Hauptkonferenz in London in einem Chaos der Desorganisation und der Konfusion, das ohne Beispiel war. Das lag

zum Teil an den Schwierigkeiten, die in Washington beim Übergang von der Hoover- zur Roosevelt-Administration entstanden waren. Der neue Präsident trat sein Amt ja erst im März 1933 an. Er hatte sich geweigert, mit seinem Vorgänger gemeinsam die Londoner Konferenz vorzubereiten, weil er an eine binnenwirtschaftliche Lösung der amerikanischen Krise dachte.

Die Washingtoner Vorkonferenz fiel außerdem mit den ersten hundert Tagen des *New Deal* zusammen, als der Präsident hauptsächlich damit beschäftigt war, Dämme gegen die Flut der Bankzusammenbrüche, Firmenkonkurse und Arbeitslosigkeit zu bauen, die sein Land zu überschwemmen drohte. Jeder Fehler in der Außenpolitik oder in der Außenwirtschaftspolitik, für amerikansiche Begriffe ohnehin dasselbe, hätte sofort die unangenehmsten innenpolitischen Rückwirkungen ausgelöst. Vom Gelingen des Reformprozesses hing aber die Neugeburt des liberal-demokratischen Amerikas ab. Schließlich waren viele Mitglieder der Roosevelt-Administration, der Präsident selbst eingeschlossen, noch gar nicht optimal auf ihre Aufgabe eingestellt, mit verschiedenen Partnern auf verschiedenen Ebenen über so viele verschiedene Gegenstände zu verhandeln.

Der entscheidende Grund für das Scheitern der Washingtoner Vorkonferenz und der Londoner Hauptkonferenz – zugleich auch ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz – lag jedoch im nationalen Egoismus Amerikas, der Roosevelt veranlaßte, sein eigenes »*world appeasement*« zu torpedieren. Das begann schon im Januar 1933, also vor seinem Amtsantritt, als er sich gegen den Rat Hoovers entschloß, daß in Lausanne mühsam geschnürte Paket aus Kriegsschulden, Reparationen, Abrüstung, Wirtschafts- und Wahrungsfragen wieder aufzuschnüren.

Anfang März 1933, zwei Tage nach seiner Amtseinführung, leitete Roosevelt dann die dramatische Abkehr der Vereinigten Staaten vom Goldstandard ein. Diese währungspolitische Sensation versetzte die internationalen Devisenmärkte in einen monatelangen Aufruhr. Als dieses Ereignis Mitte April endgültig eintrat, wurde aller Welt bewußt, daß die neue Administration einen wirtschafts- und währungspolitischen Kurs steuerte, der sie in einen Gegensatz zum Rest der Welt bringen mußte.

Auf Anraten seines »Brains Trust« hatte Roosevelt beschlossen, die amerikanische Wirtschaft auf eigene Faust zu sanieren und nicht durch eine konzertierte Aktion mit den anderen Mächten. Deren Interessen liefen die Methoden der Preisinflation, Dollarabwertung und Einfuhrbeschränkung, die Amerika in den nächsten Monaten und Jahren anwandte, sogar direkt zuwider. Jedermann wußte, daß es eine Abrüstung ohne die gleichzeitige Lösung der Wirtschafts- und Währungsprobleme nicht geben würde. Deshalb war der Vorschlag von Roosevelts Sonderbotschafter in Genf, Norman Davis, nicht viel wert, die amerikanische Neutralität gegen eine angemessene Abrüstung in Europa aufzugeben. Abgesehen davon, daß diese Zusage ohne Zustimmung des Senats erfolgte, genügte sie offenbar, um Hitler von der Notwendigkeit einer möglichst raschen Aufrüstung zu überzeugen.

Im Grunde war die Londoner Weltwirtschafts- und Währungskonferenz schon gescheitert, bevor sie am 12. Juni 1933 von König Georg V. im Geologischen Museum zu London eröffnet wurde. Zwei Paukenschläge des amerikanischen Präsidenten gaben ihr jedoch den Rest. Zunächst erfuhr der Leiter der US-Delegation, Außenminister Cordell Hull, erst auf der Überfahrt nach England, der Herr im Weißen Haus beabsichtige nicht, das verabredete Handelsvertragsgesetz im Kongreß einzubringen. Anstatt damit das Signal für die Belebung des Welthandels zu geben, erhöhte Roosevelt die US-Zölle und führte für bestimmte Güter Einfuhrquoten ein. Da Roosevelt die Frage der Kriegsschulden schon vorher ausgeklammert hatte und da über die Währungsprobleme im Expertenkreis neben der Londoner Hauptkonferenz verhandelt werden sollte, traf Hull praktisch mit leeren Händen in der englischen Hauptstadt ein.
Wie kläglich seine Lage war, schrieb der Minister später in seinen Memoiren nieder:

»Ich wollte Zollsenkungen, aber konnte selbst nichts Befriedigendes bieten. Frankreich und die Goldblockländer wollten Währungsstabilisierung, bevor sie Zollsenkungen in Erwägung ziehen wollten, aber ich konnte darüber nicht sprechen. Großbritannien und andere wollten eine Schuldenregelung, aber ich vermochte es nicht zu diskutieren.« [1]

Die Delegation, die den US-Minister begleitete, machte auf die Wirtschafts- und Finanzminister aus sechsundsechzig Nationen einen sonderbaren Eindruck. Sie bestand aus einem ehemaligen US-Vizepräsidentschaftskandidaten, zwei Senatoren, einem Mitglied des Repräsentantenhauses und einem pensionierten Bankier. Roosevelt hatte die Mitglieder, ohne Hull zu fragen, selbst ausgewählt. Zwar befand sich der Vorsitzende des mächtigen Senatsausschusses für außenpolitische Beziehungen unter ihnen, Senator Key Pittman. Da er aus dem Silberstaat Nevada stammte, interessierte er sich freilich nur für die Silberfrage, die auf der Konferenz kaum eine Rolle spielte. Pittman schoß mit seinem Colt im nächtlichen London hin und wieder auf Straßenlaternen und jagte einen Berater der US-Delegation mit einem offenen Messer durch die Flure des Claridge-Hotels, weil dieser sich angeblich nicht genug für die Silberfrage interessierte.
Weitaus ernster war jedoch der zweite Paukenschlag, mit dem der neugewählte amerikanische Präsident die Welt überraschte. Seine Botschaft wurde als »*bombshell-message*« bezeichnet, weil sie am 3. Juli 1933 in London wie eine Bombe einschlug. Der Hintergrund: Nach einigem Hin und Her hatten sich die Vereinigten Staaten, England und Frankreich auf eine vorübergehende Stabilisierung ihrer Währungen geeinigt. Roosevelt akzeptierte diese Vereinbarung aber nicht, weil er den bereits kräftig sinkenden Dollar noch weiter gegenüber dem englischen Pfund abwerten wollte. Während die Länder des Goldblocks in ihrer Not mit der Aufgabe des Goldstandards drohten, schickte der Präsident seinen Chefberater, Raymond Moley, nach London, um seinen Willen durchzusetzen, auch gegenüber den eigenen Finanzexperten.
Moley ließ sich jedoch von Dean Acheson, Bernard Baruch, James P. Warburg

vom Gegenteil überzeugen. Er versuchte, den Währungskompromiß zu retten, der für die Neuordnung des Welthandels entscheidend war. Aber da fuhr Roosevelt mit seiner Erklärung dazwischen. Er bezeichnete die Vereinbarung als »Katastrophe, wenn nicht als eine Welttragödie« und stellte das »gesunde innere Wirtschaftssystem« der USA über das Wechselverhältnis des Dollars zu den anderen Währungen. [2] Der Grund: Der Präsident wollte sich von den Goldblockländern nicht sein wirtschaftspolitisches Konzept kaputtmachen lassen. Die Folge: Ein wütender Aufschrei aller Delegationen. Nach dieser Katastrophe trat nie wieder vor dem Krieg eine vergleichbare Konferenz zusammen.

So blieb das größte Problem der Weltwirtschaft, die langanhaltende Depression, während der dreißiger Jahre ungelöst. Roosevelt kam, wie sich zeigen sollte, mit seiner binnenwirtschaftlichen Lösung nicht zu Rande. Bei der weltbeherrschenden Stellung, die die amerikanische Wirtschaft und der Dollar in den zwanziger Jahren gewonnen hatten, wirkten sich die deflationären Wirkungen von Roosevelts-Krisenstrategie auf der ganzen Erde aus. Vor allem die sogenannten Goldparitätländer Frankreich, die Schweiz, Belgien, die Niederlande und Polen, deren Goldschätze durch die aggressiven Goldkäufe Morgenthaus großenteils in die USA abflossen, bekamen das zu spüren. Durch exzessive Silberkäufe wurde die amerikansiche Depression außerdem auf China und Mexiko ausgedehnt, die sogenannten Silberwährungsländer. Ende des Jahrzehnts besaßen die USA rund 60 Prozent der Goldreserven der Welt und fast alles Silber – Grundstock für das Weltwährungssystem von Bretton Woods nach dem Krieg mit dem Dollar als alleiniger Leitwährung.

So wurde Weltgeschichte gemacht, denn die Wirkungen der gescheiterten London-Konferenz gingen weit über das Wirtschaftliche hinaus. Der französische Finanzminister Georges Bonnet meinte damals:

»Frankreich fühlt, daß sich die Vereinigten Staaten von Europa getrennt haben.« [3]

Und der englische Schatzkanzler Chamberlain fand mit leiser Ironie:

»Die Amerikaner sind vor allem darum besorgt, ihre Leute davon zu überzeugen, daß sie in nichts hineingezogen werden, was für den Rest der Welt hilfreich wäre.« [4]

Das Gefühl der Enttäuschung in Europa war damals so groß, weil die Erwartungen so groß gewesen waren, die man in das »neue Amerika« Roosevelts, des *New Deal* und der »guten Nachbarschaft» gesetzt hatte. Der Verlust an Vertrauen, den der Präsident, sein glückloser Außenminister und die Idee einer Weltkonferenz in London erlitten, hielt für die nächsten sechs Jahre bis 1939 vor. Er wurde durch den eklatanten Fehlschlag der Brüsseler Neun-Mächte-Konferenz im November 1937 nur noch einmal bestätigt.

Roosevelts Verhalten vor und während der Londoner Konferenz bedeutete einen krassen Rückfall in den nationalen Egoismus. Sicher hing er mit dem Krisendruck zusammen, unter dem damals auch Amerika stand. Vorübergehend hatten sich sogar die liberal-demokratischen *New Dealer* mit dem konser-

vativ-protektionistischen Lager verbündet, das sich quer durch die demokratischen und republikanischen Kongreßfraktionen zog. Die einen wollten ihre großangelegten Reformprojekte in der amerikanischen Landwirtschaft und Industrie vom Wettbewerbsdruck der ausländischen Konkurrenz entlasten, die anderen waren sowieso für eine Hochschutzzollpolitik.

Welches andere Land der Welt hatte jedoch die Möglichkeit, sich um der eigenen Gesundung willen auf sich selbst zurückzuziehen? Amerika verstieß damit gegen die Prinzipien der eigenen »*Open-door*«-Politik. Erst gegen Mitte der dreißiger Jahre, nach Abschluß der akuten Reformphase und unter dem Druck der anhaltenden Depression im eigenen Land, kehrte die Roosevelt-Administration allmählich wieder zu den eleganteren Methoden ihres egoistischen Globalismus zurück. Nach dem Schock der Londoner Weltwirtschaftskonferenz geriet das amerikanische Reich ohne Grenzen immer stärker unter Druck. Bis dahin zogen sich England und Frankreich hinter die Zollmauern ihrer Kolonialreiche zurück. Deutschland, Italien und Japan gingen dazu über, sich mit mehr oder weniger aggressiven Methoden »autarke, blockadefeste und verteidigungsfähige Großwirtschaftsräume« (Andreas Hillgruber) aufzubauen. Dadurch unterhöhlten sie ihrerseits das System der kollektiven Sicherheit. Das wiederum führte zusammen mit den Neutralitätsgesetzen zu einer zunehmend negativen Entwicklung der Weltlage.

Dafür trug die Roosevelt-Administration ein gerüttelt Maß an Verantwortung. Gleichzeitig mußte sie aber etwas tun, um die Weltmachtposition der Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, wieder auszubauen. Die Vorteile, die der riesige amerikanische Markt grundsätzlich allen Exporteuren bot, kamen ihr dabei ebenso entgegen, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die England und Frankreich immer mehr gerieten. Andererseits ließ sich die amerikanische Nachfragemacht auch als Kampfmittel gegen die Expansionsbestrebungen Deutschlands, Italiens und Japans einsetzen. Dies alles führte zu einer erheblichen Aktivierung der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik in den Jahren 1934 bis 1938.

Meilensteine dieser Entwicklung waren (1) das Außenhandelsprogramm von 1934/35 mit dem amerikanisch-englischen Handelsvertrag vom 17. November 1938 als Glanz und Höhepunkt; (2) das sogenannte »Tripartite«-Abkommen vom 25. September 1936, das die Vereinigten Staaten mit England und Frankreich zur wechselseitigen Stützung ihrer Währungen schlossen; und (3) ein ganzes Bündel von Diskriminierungen, die sich gegen die revisionistischen Mächte richteten, angefangen mit der Nicht-Verlängerung des Handelsvertrages, den das Dritte Reich in Verkennung der amerikanischen Haltung vorher selbst gekündigt hatte, bis hin zu den drastischen Zollerhöhungen für japanische und italienische Einfuhren.

Die außenwirtschaftliche Offensive Amerikas wirkte in jeder Richtung mehrdeutig. Sie behinderte die Konsolidierung und Expansion des Dritten Reiches, Japans und Italiens, sie verstärkte aber auch deren Aggressivität. Nicht

zufällig fielen die ersten Versuche zu einer weltpolitischen Bündnisbildung zwischen den drei sogenannten »Achsenmächten« – der deutsch-italienische Vertrag vom 25. Oktober 1936, der die sogenannte »Achse Berlin-Rom« begründete, und der deutsch-japanische Antikominterpakt vom 25. November 1936, dem sich Italien am 6. November 1937 anschloß – in diese Zeit. Der amerikanische-englische Handelsvertrag und das »Tripartite«-Abkommen stärkten die Abwehrkraft Englands und Frankreichs gegenüber den Diktaturen. Sie verstärkten aber zugleich auch ihre Abhängigkeit von den USA.

Alles zusammen war geeignet, das amerikanische Reich ohne Grenzen auszudehnen, auch wenn nicht alles gegen den Willen Englands und Frankreichs geschah. Nicht alles war auch gegen das nationalsozialistische Deutschland, das fachistische Italien und das militaristische Japan gerichtet. Aber alles war für den Sieg der amerikanischen *»terms of trade«*, für die Verwirklichung der *»Open-door«*-Prinzipien, für den *einen* Markt im Weltmaßstab bestimmt. Den harten Kern dieser Politik bildete der Führungsanspruch des Dollars und die unbedingte Meistbegünstigung. [5] Seiner Durchsetzung standen das britische Empire, das Frankreich *»d'outre mer«*, das Großdeutsche Reich, Italien und Japans Groß-Ostasiatische Wohlstandsphäre im Wege, vor allem dann, wenn sie sich zusammentaten.

Die Gefahr dieses Zusammenschlusses nahm mit dem Zerfall des Systems der kollektiven Sicherheit zu, als England und Frankreich neue Sicherheiten suchten. Roosevelts Weltfriedensplan und Hulls Außenwirtschafts-Offensive versuchten, diese unerwünschte Entwicklung aufzuhalten. In bezug auf das Tripartite-Währungsabkommen, ein Unternehmen, über das die drei Mächte schon am Rande der Londoner Konferenz gesprochen hatten, kam die Initiative aus Paris, der Hauptstadt jenes Landes, das von wiederkehrenden Finanz- und Regierungskrisen wie von konvulsivischen Zuckungen geschüttelt wurde.

Am 20. Juni 1936 erschien Emmanuel Monick, Gouverneur der Banque de France in Washington. Er reiste in geheimer Mission des französischen Premierminister Léon Blum, der in Frankreich die Volksfront regierte. Seine Sorge, so sagte der Gouverneur am 23. Juni zu Roosevelt, sei die politische Lage Europas. Die kleineren Länder rund um Deutschland, vor allem Polen, würden allmählich zusammenbrechen. Die Niederlande und Belgien seien ohne Verteidigung, sollte sich Deutschland entschließen, wie 1914 wieder im Westen anzugreifen. Auch Frankreich befinde sich in prekärer Lage und müsse gestärkt werden. Was es brauche, sei eine englische und amerikanische Unterstützung für ein Programm der Franc-Abwertung.

Roosevelt und sein Finanzminister erkannten sofort die große Chance, die sich ihnen bot, in die europäische Entwicklung einzugreifen. Sie sagten ihre Unterstützung zu. Die politische Absicht der monetären Hilfeleistung war in Washington zu keinem Zeitpunkt der Verhandlungen mit dem Sozialisten Auriol und dem Konservativen Chamberlain umstritten. Es traten nur gewisse Verzögerungen ein, weil der englische Schatzkanzler gerade in Schottland Ferien

machte. Auch mußten die Franzosen erst dazu gebracht werden, sich auf ganzer Linie den amerikanischen Wünschen anpzupassen.
Um freie Hand in der Weltwährungspolitik zu behalten – sie wurde seit 1933 nicht mehr von den US-Banken, sondern vom Finanzminister selbst gemacht – bestand Morgenthau auf einem »*gentleman's aggreement*« mit den beiden westeuropäischen Mächten. Das war weniger als ein formeller Vertrag, aber es hatte faktisch dieselbe Wirkung: England, Frankreich und die Vereinigten Staaten verpflichteten sich durch inhaltlich miteinander abgestimmte Erklärungen, ihre Währungen bei Über- oder Unterschreiten bestimmter Wechselkursverhältnisse gegenseitig zu unterstützen. Zwischen diesen Interventionspunkten konnten der Dollar, das Pfund Sterling und der Franc floaten. So ließen sich die Kursverluste in Grenzen halten.
»Das ist eine Drohung gegen Italien, Deutschland und Japan«, sagte Morgenthau zu seinen Beratern, als er den amerikanischen Erklärungsentwurf noch einmal überflog. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er besonders Deutschland meinte. Die Erklärung begann mit einem wortreichen Bekenntnis zu den Prinzipien der »*Open-door*«-Politik und zum Frieden. Herbert Feis, Berater des Außenministeriums in internationalen Wirtschafts- und Währungsfragen, den Hull für die Vorbereitung des Tripartite-Abkommens abgeordnet hatte, machte deutlich, wo er die Verbindung zwischen Frieden und Krieg sah: Das gentleman's agreement müsse so formuliert werden, daß es den Leuten die Augen für

»den Typ von lebenswichtigen Interessen« öffne, »für dessen Verteidigung sie dazu gebracht werden könnten, zu den Waffen zu greifen.«

Am 25. September 1936 wurden die Erklärungen gleichzeitig in Washington, London und Paris veröffentlicht. Sie taten die erhoffte Wirkung. Die anderen Länder des Goldblocks – Belgien, die Schweiz und die Niederlande – einschließlich Italiens traten den Tripartite-Prinzipien bei. Zehn Tage später erfolgte eine Verständigung zwischen den Amerikanern, Engländern und Franzosen auch in der Goldpolitik mit den gleichen Wirkungen. Der »Währungsklub« vergrößerte sich. Die beteiligten Regierungen entdeckten die Währungsverhältnisse als Gegenstand ihres wechselseitigen Interesses. Das multilaterale Denken breitete sich in der »atlantischen Gemeinschaft« aus. Und nebenbei hatten England und Frankreich den amerikanischen Goldpreis als Bewertungsmaßstab für ihre Währungen akzeptiert. [6]
Das »Bollwerk gegen den Faschismus«, wie ein wichtiger Morgenthau-Berater das Tripartite-Abkommen nannte, wurde durch das Handelsvertragsprogramm verstärkt, das Außenminister Hull im Januar 1934 im Kongreß durchbrachte. Es vergrößerte die Abhängigkeit Englands und Frankreichs von Amerika, und es förderte dadurch wiederum das Reich ohne Grenzen gegenüber dem Empire.
Frankreich hatte einen Handels-Vertrag bereits 1936 mit den USA abgeschlossen. Ein Jahr später waren 16 solcher Abkommen in Kraft. Die Roosevelt-

Administration bereitete die Abschlüsse generalstabsmäßig vor. Sie trat der Reihe nach an diejenigen Länder heran, mit denen sie kontrahieren wollte. Jeder Vertrag begann mit einer Deklamation der »*Open-door*«-Prinzipien. Die unbedingte Meistbegünstigungsklausel wurde so geschickt angewandt, daß die Vereinigten Staaten in zwei Jahren neunmal soviel von diesen Abkommen profitierten wie ihre Partnerländer. Deren Importe aus Amerika steigerten sich bis 1937 um insgesamt 60 Prozent. Sie waren ausnahmslos größer als die Importe aus dritten Ländern.
Das Handelsvertragsprogramm war also ein großer Erfolg für die USA. Nur machte England nicht mit. Hull klagte:

»Wir hatten schreckliche Schwierigkeiten mit den Hochschutzzoll-Elementen in Britannien . . . Im Ergebnis waren wir gezwungen, mit einigen Dominions zu beginnen und durch einen Handelsvertrag mit Kanada anzufangen, die Struktur der Empire-Präferenzen aufzubrechen. Erst danach ließen unsere Handelsvertragsprobleme mit Britannien nach.« [8]

Im November 1937 wurden die Verhandlungen aufgenommen. Ein Jahr später wurden sie mit der Vertragsunterzeichnung abgeschlossen.
Alles hing mit allem zusammen. Die Geschichte des amerikanisch-englischen Handelsvertrages war ein wichtiges Element der Vorkriegsgeschichte. Sie war ein Instrument der amerikanischen Friedensstrategie, die seltsamerweise eher das Kriegsrisiko erhöhte. Und die Engländer wehrten sich, als hätten sie es geahnt. Jedenfalls wußten sie, daß es um ihr Empire ging.
Sir Ronald Lindsay, der englische Botschafter in Washington, tat zunächst so, als sei er schwerhörig gegenüber dem amerikanischen Verlangen nach Gesprächseröffnung. Hull fand den Umgang mit dem Diplomaten – einer großen, gut gebauten maskulinen Erscheinung, die über der Oberlippe ein Bärtchen zierte – »schwierig«. Der Außenminister warf dem Botschafter vor, er verkehre nur in den allerfeinsten Kreisen der amerikanischen Gesellschaft, die Gegner der progressiven Roosevelt-Administration seien. Tatsächlich schien Lindsay den neuen Präsidenten für ein politisches Leichtgewicht zu halten. Dabei hatte Roosevelt, als er noch Stellvertretender Marineminister war, dem leidenschaftlichen Kricketspieler Lindsay im Chevy Chase Country Club selbst das Baseballspiel beigebracht.
1935 wurde die Sache ernst. Die USA schlossen mit Kanada einen Handelsvertrag. Kanada gehörte zum Empire, zum »*British Commonwealth of Nations*«. Dieses Reich hatte sich 1931 hinter eine Zollmauer verschanzt, um den Stürmen der Weltwirtschaftskrise und der amerikanischen Konkurrenz zu trotzen. Seitdem gewährten sich seine Glieder, die Dominions und das Mutterland, in ihrem Handelsverkehr wechselseitige Vorteile, sogenannte Präferenzen. Es lag auf der Hand, daß ein solches Präferenzsystem diejenigen Länder benachteiligte, die bei ihrem Handel mit dem Empire nicht in den Genuß solcher Vorzüge kamen, zum Beispiel die USA. Diese Länder mußten auf ihre Exporte in das Empire höhere Zölle zahlen.

Das englische Weltreich war deshalb einer der größten Brocken auf dem Wege zu der *einen* Welt. Es mußte den »*Open-door*«-Prinzipien weichen. Nicht zufällig begann die Roosevelt-Administration ihre Verhandlungen mit Kanada. Es war Englands wichtigster Stützpunkt in Nordamerika. Durch den Handelsvertrag mit den USA wurde Kanada verpflichtet, den Amerikanern die gleichen Handelsvorteile einzuräumen, wie den Mitgliedern des Empires und England. Damit erhielt die englische Exportwirtschaft auf dem kanadischen Markt eine starke amerikanische Konkurrenz. Mehr noch, der Zusammenhalt des Empires lockerte sich. Das Gewicht der Vereinigten Staaten gegenüber England wurde größer.

1935/36 kam die Krise des Systems der kollektiven Sicherheit dazu, die England bedrohte. In dem Gespräch, das er am 22. Oktober 1936 mit Lindsay führte, stellte Hull erstmals eine Verbindung zwischen der englischen Aufrüstung und einem »positiven Programm der Kooperation« zwischen England und den Vereinigten Staaten her: Nur wenn es sich auf diese Kooperation einlasse, werde England amerikanische Rüstungshilfe erhalten. [9] Drohend schrieb James C. Dunn, Chef der Westeuropaabteilung im US-Außenministerium, in einem Brief vom 27. Oktober, dessen Inhalt der amerikanische Botschafter in London der englischen Regierung übermittelte:

»Sollte England seine Aufrüstung ohne Handelsvertrag mit Amerika organisieren, würde es ›definitiv‹ eine Gelegenheit versäumen, Kräfte in Bewegung zu setzen, die die allerwünschenswerteste Wirkung auf die Verhinderung von Krieg haben würde.«

Im Klartext hieß das, wenn England bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht nachgab, würde es im Kriegsfall auf die amerikanische Hilfe verzichten müssen.

Der Wink mit dem Zaunpfahl tat seine Wirkung. Im Januar 1937 schickte die Regierung Baldwin den Präsidenten ihres Außenhandelsamtes, den 67jährigen Viscount Walter Runciman, zu Sondierungen nach Washington. Am 23. Januar wurde der liberale Politiker zusammen mit seiner Frau von Roosevelt und dessen Mutter Sara zum Tee im Weißen Haus empfangen. Anschließend zogen sich die beiden Männer zu einem Gespräch unter vier Augen zurück.

Unverblümt erklärte der Präsident dem Engländer [10]

»die Schwierigkeiten, sein Neutralitätsgesetz zu umgehen, und seinen Glauben an die Ermächtigungen, die es ihm gibt«.

Die Wirkung, die diese Ermächtigungen auf das deutsche Bewußtsein ausübten, hielt Roosevelt für »eine wichtige neue Tatsache«. Insbesondere würde eine Zusammenarbeit zwischen England und Amerika »pazifizierend« auf Hitler wirken. [11] Sollte Deutschland zuerst im Westen angreifen, hielt der Präsident ein zwei- bis dreiwöchiges Bombardement der deutschen Luftwaffe auf London für wahrscheinlich. Auf diese Weise würden die Deutschen versuchen, so schnell wie möglich eine militärische Entscheidung herbeizuführ-

ren. Eine Verlängerung des Krieges etwa durch Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung wäre dagegen »katastrophal für die deutsche Zivilbevölkerung«, urteilte der Präsident.
Runciman entgegnete,

»daß nach meiner Ansicht Deutschland Krieg machen würde, wann immer es ihm paßt, vorausgesetzt, Amerika unternehme nichts, um anzutreten oder eine effektive Neutralität auszuüben«.

Roosevelt bat England im Fernen Osten um mehr Kooperation. Die beiden Gesprächspartner stimmten darin überein, es sei notwendig, einige »läßliche Fragen« auszuräumen, die zwischen beiden Ländern stünden, um den »Gefahren des Krieges« in Europa besser begegnen zu können. Frankreich wolle das auch, aber Roosevelt versprach, gegenüber Paris nichts hinter dem Rücken Londons zu unternehmen. Das Tripartite-Abkommen, so der Präsident, ermögliche es den drei Ländern, »gemeinsam zu handeln in enger Verbindung und Übereinstimmung«.
Was Deutschland anging, sah der Präsident keine Möglichkeit einer Rückgabe der Kolonien, solange sich die Südafrikanische Union dagegen sperrte. [12] Er erkannte zwar Deutschlands Rohstoffschwierigkeiten an. Aber er hielt Hitler nicht für berechtigt, »gewaltsame Schritte zu unternehmen, um seine Vorräte zu vergrößern«. Andererseits war Roosevelt

»nicht bereit, Deutschland irgendwelche Unterstützung zu leihen, um entweder zu seiner Aufrüstung beizutragen oder daß es auf dem amerikanischen Markt besser Geld aufnehmen könne.«

Er war offenbar von Kopf bis Fuß ganz auf die Aufrechterhaltung des status quo eingestellt, auf harte Konfrontation mit Hitler. Der Präsident beklagte freilich das Neutralitätsgesetz. Dessen Wirkung werde sein,

»daß Länder wie das Vereinigte Königreich (England) sich von den USA abwenden zu anderen Versorgungsquellen, weil sie nicht Gefahr laufen könnten, sich eines Tages abgeschnitten zu sehen, vielleicht in einer Zeit größter Not«.

Aber Roosevelt hoffte, daß sich das ändern werde, sobald der Kongreß die neue »*cash & carry*«-Klausel bewilligt habe.

»Wenn der Handelsvertrag erst einmal aus dem Weg ist«, schrieb Runciman nach diesem Gespräch an Premier Baldwin, »ist alles klar für eine vollständige Kollaboration (zwischen England und den USA – D. B.) . . . gegenwärtig muß er (Roosevelt) langsam vorangehen, und wir Engländer müssen vorsichtig mit allem sein, was wir über Amerikas Haltung sagen. Je näher wir uns zu ihrer öffentlichen Meinung halten, desto sicherer können wir auf amerikanische Unterstützung früher oder später rechnen.«

Damit war das Problem der amerikanisch-englischen Beziehungen in den dreißiger Jahren umrissen: Roosevelt erwartete von den Engländern, daß sie sich der öffentlichen Meinung Amerikas anpaßten, den Handelsvertrag schlossen und Hitler nicht entgegenkamen. Erst dann würden sie irgendwann in den

Genuß der amerikanischen Unterstützung im Kriegsfall kommen. Roosevelt war damit etwas gelungen, was Morgenthau einmal als das Geheimnis seiner Staatskunst bezeichnete: Er hatte England zum »Bittsteller« gemacht. [13] Es mußte sich durch Wohlverhalten erst der amerikanischen Hilfe als würdig erweisen, bevor es sie tatsächlich bekam.

Trotzdem sahen sich Hull und Roosevelt noch Anfang 1937 genötigt, den kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King nach allen Regeln der Kunst zu bearbeiten, damit dieser die Engländer zum Nachgeben veranlaßte. Unter Hinweis auf diplomatische Berichte aus Berlin, die auf außenpolitische Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Führung hindeuteten, malte der amerikanische Außenminister gegenüber Mackenzie King eine schreckliche Alternative an die Wand: Wenn sich England bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag nicht bald als gefügig erweise, werde Europa entweder in zwei Jahren wirtschaftlich zusammenbrechen oder Deutschland werde aus wirtschaftlicher Verzweiflung zu den Waffen greifen. [14]

Dadurch wurde der amerikanisch-englische Handelsvertrag zu einer Frage von Krieg und Frieden, ein Mittel, das Hull mit Bedacht gewählt hatte, um England unter Druck zu setzen. Wer von den Politikern in London jetzt noch mit der Aufnahme der Verhandlungen zögerte, mußte damit rechnen, von der liberal-demokratischen Presse Amerikas zum Feind des Friedens abgestempelt zu werden. Schleunigst ließ Chamberlain daher von den Dominions, die im Mai 1937 in der englischen Hauptstadt zu einer Reichskonferenz zusammentraten, eine Belebung des internationalen Handels beschließen. Mit dem Brustton der Überzeugung erklärte der Schatzkanzler dabei:

> »Der moralische und psychologische Effekt einer solchen Übereinkunft wäre ungeheuer.« [15]

In Wirklichkeit hatte Chamberlain seine Vorbehalte, und er war entschlossen, die wirtschaftliche Weltmachtstellung Englands so teuer wie möglich zu verkaufen.

Unter diesen Umständen wurde der amerikanisch-englische Handelsvertrag eine extrem schwere Geburt. Die Dinge komplizierten sich zusätzlich noch dadurch, daß die Amerikaner prallel zu den Engländern mit den Kanadiern verhandelten und die beiden Partner gegeneinander auszuspielen versuchten. Ihre Haltung sei »nicht hilfreich«, stöhnte der Britische Hochkommissar in Ottawa. [16]

Ende Oktober 1937 machten sich in der englischen Regierung Zweifel breit, ob die Verhandlungen überhaupt je zum Abschluß kommen würden. Hatte man bisher noch gehofft, man könnte das Präferenzsystem des Empires über die Runden retten, erwiesen sich jetzt massive Konzessionen als unumgänglich. Die Engländer waren zwar bereit, bis an die Grenzen des Möglichen zu gehen. Aber die Amerikaner forderten immer mehr Zugeständnisse, ohne zu sagen, wie weit ihre Forderungen noch gehen würden. Außerdem bestan-

den sie darauf, daß England zuerst bestimmte Konzessionen machte, bevor es sich mit seinen Dominions abstimmte. Ein ungewöhnliches Verfahren, das geeignet war, Mißtrauen und Zwietracht zwischen dem Mutterland und seinem Weltreich zu säen. Trotzdem ließen sich die Engländer darauf ein, um die amerikanischen Sympathien nicht ganz zu verlieren.

Aber jede handelspolitische Konzession, die sie den USA etwa auf dem Agrarsektor machten, ging direkt oder indirekt zu Lasten der Dominions. Natürlich war die Roosevelt-Administration darauf aus, Amerikas landwirtschaftliche Überproduktion in England abzusetzen. Dagegen waren Kanada, Australien, Neuseeland und die Südafrikanische Union ebenso selbstverständlich daran interessiert, ihr Monopol als Nahrungsmittellieferanten des Inselreichs zu behaupten. Jede Konzession an Amerika mußte auf ihre Kosten gehen.

Ab Ende Oktober 1937 stand die englische Regierung unter äußerst starkem Druck der Amerikaner. Chamberlain war inzwischen Premierminister geworden. Nicht zufällig begannen sich die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Roosevelts Weltfriedensplan zu überschneiden. Die Regierung in Washington verstärkte ihre Pressionen, und Chamberlain mußte handelspolitische Zugeständnisse machen, wenn er sein Doppelziel erreichen wollte: Eine zumindest zeitweise Verständigung mit Hitler und Mussolini *und* eine Sicherung der amerikanischen Hilfeleistungen für den Fall, daß diese Verständigung mißlang. Die englische Regierung ging daher in ihrem Angebot an die Roosevelt-Administration so weit wie möglich. Um der US-Exportindustrie entgegenzukommen, stellte sie den Weizenhandel mit dem Empire von den bisherigen Präferenzen frei. [17] Die englische Industrie, die Landwirtsschaftslobby und die Dominions reagierten betroffen.

Im Januar 1938 – Roosevelt schockierte Chamberlain gerade mit seinem Weltfriedensplan – hatten beide Seiten erst das Stadium erreicht, in dem »die Intention, zu verhandeln« bestand. Als Ende Februar eine englische Delegation in Washington die Verhandlungen eröffnete – sie fanden natürlich nicht in der englischen Hauptstadt statt – beschwerte sie sich in London über die »ungeschäftsmäßigen Methoden« der Amerikaner. Zu diesem Zeitpunkt bereitete sich Chamberlain gegen starke Widerstände in der englischen Innenpolitik darauf vor, die abessinischen Eroberungen Mussolinis anzuerkennen und Direktgespräche mit Hitler aufzunehmen. Ende April, als die USA zum ersten Mal eigene Zollsenkungen anboten, faßte das englische Außenhandelsamt die Lage wie folgt zusammen:

»Es ist klar, daß die Amerikaner immer noch zuviel verlangen und zu wenig anbieten.« [18]

Im Sommer 1938 quälten sich die Verhandlungen dahin, während der Premierminister versuchte, sich mit Hitler über die Tschechoslowakei zu verständigen. Es war schwer, zwischen diesen beiden Ereignislinien keinen Zusammenhang zu erblicken.

Schon Anfang Februar hatte es der Unterstaatssekretär im englischen Außenministerium, Sir Alexander Cadogan, für eine »ausgezeichnete Sache« gehalten, wenn der Außenminister oder Chamberlain selbst zur Unterzeichnung des Handelsabkommens nach Washington führe. Die Roosevelt-Administration habe

»derartig auf ihrem Verlangen nach einem Informationsaustausch über weltpolitische Angelegenheiten bestanden«,

daß sie der Premierminister mit einem Besuch sicher schmeicheln würde. Allerdings müßte er damit rechnen,

»von den Amerikanern über das ganze Feld der Diskussionen geschleppt zu werden«, [19]

und da Chamberlain mit Roosevelt gerade ernste Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der tschechoslowakischen Frage hatte, verzichtete er auf die Reise. [20]

Stattdessen traf sich Chamberlain im Herbst 1938 mit Hitler, Mussolini und dem französischen Premierminister Daladier in München. Auf diesem Gipfeltreffen wurde der Streit über die Tschechoslowakei vorerst beigelegt, ohne Roosevelt und ohne Stalin und auf Kosten des kleinen Vielvölkerstaates. Eine Woche später beklagte sich Chamberlain bei seinem Schatzkanzler John Simon, den Hull verächtlich als »kalt« bezeichnete: Erst hätten die Vereinigten Staaten die Verhandlungen über das Handelsabkommen hinausgezögert. Jetzt versuchten sie durch »Druck« noch weitere Zugeständnisse zu erzwingen, wobei sie nicht vor der Forderung zurückschreckten, England solle handelspolitische Verpflichtungen widerrufen, die es gegenüber Drittländern übernommen hatte. [21]

Am 6. Oktober, knapp sechs Wochen vor Unterzeichnung des Abkommens, legte die Roosevelt-Administration neue Forderungen vor, die nach Chamberlains Meinung »weit über das hinausgehen, was wir als vernünftig ansehen«. Diese Forderungen trugen »beträchtlich zu unseren schon beträchtlichen Schwierigkeiten bei«, klagte der Premier. [22] Trotzdem wurden das amerikanisch-englische Handelsabkommen und der parallel ausgehandelte Vertrag zwischen den USA und Kanada am 17. November 1938 in Washington feierlich unterzeichnet – in Anwesenheit Roosevelts und Mackenzie Kings, nicht aber Chamberlains, der damit die Show angelsächsischer Eintracht verpatzte. Die Verhandlungen hatten erst Ende Oktober eine günstige Wendung genommen und den Abschluß ermöglicht.

Die englischen Zugeständnisse reichten so weit, daß sie die eigene Wirtschaft und den Zusammenhalt des Empires belasteten. Die erhoffte Gegengabe einer festen Hilfszusage der USA für den Fall eines Krieges in Europa war aber zunächst ausgeblieben.

»Ich habe niemals gehofft«, sagte denn auch Chamberlain im Oktober 1938 ziemlich kleinlaut vor seinem Kabinett, [23] »daß wir irgendeine bedeutende wirtschaftliche oder

politische Unterstützung von den Vereinigten Staaten als Ergebnis des Vertragsabschlusses erhalten würden.«

## Anmerkungen

1 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 257.
2 Rosenman, Papers, Vol. II, S. 263f.
3 Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1946, S. 225.
4 ebda., S. 226.
5 US-Außenminister Hull definierte das Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung einmal so: »Ich behandle dich nicht schlechter als die Person, die ich am besten behandle, vorausgesetzt, daß du mich nicht schlechter behandelst als die Person, die du am besten behandelst.« In dieser Formulierung kommt besonders gut zum Ausdruck, daß das Prinzip auf Gegenseitigkeit beruhen sollte.
6 Die Zitate der letzten fünf Absätze stammen aus Blum, Morgenthau, Vol. 1, S. 148 und 150ff.
7 ebda., S. 474.
8 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 379.
9 ebda., S. 522f.
10 PRO PREM 1/291: Runciman 8. 2. 37 Baldwin – Zitiert wurde beigeschlossener Bericht über das Treffen Runciman-Roosevelt am 27. 2. 37, Weißes Haus, Washington.
11 Offenbar eine Anspielung auf den Satz aus Hitlers Neujahrsansprache: »Die Zeit der Überraschungen ist vorbei.«
12 Der Südafrikanischen Union war von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges das Völkerbundsmandat über Deutsch-Südwestafrika, das heutige Namibia, zugesprochen worden.
13 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 170: Morgenthau am 25. 9. 36 zu Roosevelt im Zusammenhang mit der Berechtigung, Gold in den USA zu kaufen, das England durch das Tripartite-Abkommen erworben hatte.
14 Roosevelt, Letters, Vol. I, S. 664f.: Mackenzie Kings »Notizen zu einer permanenten Konferenz über wirtschaftliche und soziale Probleme«.
15 Hans-Jürgen Schröder, Economic Appeasement. Zur britischen und amerikanischen Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. In: Vierteljahreshefte für Zeitgschichte 1 (1982), S. 91.
16 PRO PREM 1/291: Britischer Hochkommissar in Kanada 8. 7. 37 Ministerium für die Angelegenheiten der Dominions.
17 PRO PREM 1/291: Generalgouverneur Neuseeland 29. 10. 37 Hochkommissar der Südafrikanischen Union, Anlage: Entwurf des englischen Verhandlungsangebots an die USA.
18 PRO PREM 1/291: Board of Trade, 4. 5. 38, »Notiz über die Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten.«
19 PRO PREM 1/261: Ashton-Gwatkin 14. 3. 38 Horace Wilson, persönlich – Wilson war Chamberlains engster Ratgeber in der Außen- und Wirtschaftspolitik. Ashton-Gwatkin schrieb seinen Brief in dem Moment, da sich der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich abzeichnete, der am nächsten Tag vollzogen wurde. Handschriftlich fügte der Beamte aus dem Außenministerium daher hinzu: »Die österreichische Katastrophe macht es umso notwendiger, so bald wie möglich nach Washington zu gehen.«
20 PRO PREM 1/291: Mackenzie King 10. 10. 38 Chamberlain. Der kanadische Ministerpräsident und der US-Präsident hatten über Chamberlains Reise schon beim letzten Besuch Roosevelts in Ottawa gesprochen, und Mackenzie King fand, daß es ein »riesiger Erfolg« wäre, wenn Chamberlain nach Washington käme. Die Wirkung eines solchen Besuchs wäre »äußerst signifikant und weitreichend,« vor allem in Europa.

21 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 379 – PRO PREM 1/261: Chamberlain 7. 10. 38 Simon.
22 PRO PREM 1/291: Chamberlain 24. 10. 38 Mackenzie King – ebda., Chamberlain 14. 10. 38 Britischer Hochkommissar in Kanada.
23 PRO CAB 23/96: Kabinettssitzung vom 19. 10. 38, geheim.

# 4.

# Krieg haben, ohne ihn zu machen

Das Sicherheitsbedürfnis des Reiches ohne Grenzen war buchstäblich grenzenlos.

»Jeder Schlag gegen unseren Außenhandel ist eine direkte Bedrohung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens«,

schrieb Hulls Unterstaatssekretär, Francis Sayer, 1936 in einem Buch. [1] Was sollten da erst die kleineren Staaten sagen, die häufig genug um das Existenzminimum rangen? In den nächsten drei Jahren mußten die Vereinigten Staaten einige solcher Schläge einstecken. Denn die Einflußzonen Deutschlands, Italiens und Japans wuchsen, und England und Frankreich neigten vorübergehend dazu, sich mit ihnen zu einem Wirtschaftsblock zu verbünden.
Mit seinen Handelsverträgen versuchte der Außenminister dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Er wollte erst England, dann Skandinavien und schließlich den ganzen Balkan auf die amerikanische Seite ziehen, sicher die unblutigste Weise, Deutschland zu isolieren und Hitler zu entmachten. Aber Roosevelt hatte, wie er seinem Finanzminister im Oktober 1938 anvertraute, seine Zweifel an der Wirksamkeit des Hull-Konzepts.

»Henry«, stöhnte er, »diese Handelsverträge sind verdammt noch einmal zu langsam. Die Welt bewegt sich zu schnell voran. Sie sind einfach zu langsam.« [2]

Im Herbst 1938, nach der Konferenz von München, sah man in Washington, wohin die Bewegung führte. Die Japaner hatten weite Teile Chinas besetzt, und die Deutschen waren nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei im Begriff, freie Hand im europäischen Osten zu gewinnen. England und Frankreich schwankten, ob sie sich mit Hitler und Mussolini weiter verständigen sollten oder nicht. Und damit wankte auch die atlantische Gegenküste Amerikas.
In dieser Lage beauftragte der US-Generalstab seine Planungsabteilung, sich neue Gedanken über die Verteidigung der Vereinigten Staaten zu machen. Am 25. Januar 1939 war ein erster Entwurf fertig. Er bedeutete eine strategische Weltrevolution: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verlagerten die Vereinigten Staaten ihr maritimes Schwergewicht vom Pazifik auf den Atlantischen Ozean. Wörtlich sprach eine weitere Studie am 21. April 1939 davon, daß das angenommene Szenario des kommenden Krieges und

»die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten offensive Maßnahmen im Atlantik gegen

Deutschland und Italien erfordern werden, um die lebenswichtige Sicherheit der Karibik und des Panama-Kanals zu sichern.«

Dafür müßte im Pazifik eine »defensive Haltung« eingenommen werden. Denn

»eine aktive Aggression durch Deutschland und Italien (das heißt ein gefährlicher Angriff auf die USA, Lateinamerika und Kanada – D.B.) würde nur dann möglich sein, wenn die Marinestreitkräfte der Vereinigten Staaten unentwirrbar in Operationen im westlichen Pazifik verwickelt sind.« [3]

Da sie es nicht waren, widerlegten die militärischen Fachleute mit dieser Feststellung nicht nur die Propaganda-Tiraden des Präsidenten von einer angeblich bevorstehenden Invasion des amerikanischen Doppelkontinents durch Hitlers Armeen. Sie legten auch ziemlich genau fest, wie sich die USA im Zweiten Weltkrieg dann wirklich verhielten: Ihre Streitkräfte konzentrierten im Atlantik eine überlegene militärische Macht und vernachlässigten erst einmal den Pazifik. Sie befolgten damit den obersten strategischen Satz von Roosevelts-Flotten-Lehrmeister, Admiral Mahan, daß über Sieg und Niederlage in einem Krieg das »*frapper la masse*« auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz entscheidet. [4]

Amerika war und ist eine Seemacht, die zwischen zwei Meeren liegt. Sie gab 1939 dem Atlantik den Vorrang, als hätte es das Ringen um den Pazifik in den letzten vierzig Jahren nicht gegeben. Doch ist dieses Geschehen in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ein wichtiger Teil. Nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland aus dem Kreis der See- und Weltmächte ausgeschieden. Die *Royal Navy* der Engländer übernahm wieder die unangefochtene Herrschaft über den Atlantik. Im Mittelmeer schwammen auch die kleineren Flotten Frankreichs und Italiens. Unterdessen konnten sich die Vereinigten Staaten, die unter der Regie des Stellvertretenden Marineministers Franklin Roosevelt die stärkste Flotte der Welt aufgebaut hatten, ungestört Ostasien zuwenden: der Öffnung Chinas, dem Schutz der Philippinen, der Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin von Alaska bis Feuerland.

Durch ihren Reichtum, ihre Ressourcen und ihre geographische Lage waren die USA gegenüber Angriff und Blockade von außen unverwundbar. Aber sie mußten ihre Macht mit Japan und Rußland als »Mächten am Pazifik« sowie mit England, Frankreich und den Niederlanden als »Mächten im Pazifik« teilen. Das war ihnen unbequem. Denn auf die Dauer wollte Amerika keine Flotte unterhalten, die größer war als die vereinigten Flotten ihrer beiden stärksten Konkurrenten Japan und England zusammen. Daher setzte Washington die Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses durch, das während des Ersten Weltkrieges bestanden hatte. Das geschah auf der Washingtoner Flottenkonferenz von 1921/22 und war ein überaus folgenschweres Ereignis. Denn es entfremdete Japan den angelsächsischen Mächten, und es schwächte Englands Stellung im Pazifik und nicht nur dort.

Die Washingtoner Flottenkonferenz könnte man das »Versailles des Fernen Ostens« nennen, wenn es sich nicht um eine Konferenz gehandelt hätte, an der

nur Siegermächte teilnahmen und solche, die sich wie Italien dafür hielten. Es handelte sich um eine Konferenz zwischen gleichberechtigten Mächten, und trotzdem waren die USA als eigentliche Siegermacht des Ersten Weltkrieges auch hier gleicher als gleich. [5]

Amerika hatte auf der Konferenz rundum Erfolg. Gleichsam in einem Heimspiel begrenzte es die englische und japanische Flottenmacht so geschickt, daß es für jeden denkbaren Konflikt im Pazifik mit diesen beiden Staaten Waffengleichheit erzielte. Die Vereinigten Staaten dämmten die japanischen Expansionsgelüste ein und ließen sich ihre »*Open-door*«-Politik in China verbriefen. Kein Wunder, daß der englische Admiral Lord Wester-Wemyses hinterher klagte:

»Großbritannien hat seine maritime Überlegenheit, auf der bisher das ganze Gebäude unseres Empires beruhte, aufgegeben.« [6]

Freilich waren auch die Amerikaner noch immer nicht ganz zufrieden. Sie mußten als Gegengabe für ihre Erfolge auf die Befestigung ihrer Inseln Guam und der Philippinen im Westpazifik verzichten. Aber die eigentlichen Verlierer von Washington waren die Japaner. Sie wurden auf den Rang einer zweitklassigen Seemacht zurückgeworfen, und der Aufbau eines Kolonialreiches in China wurde ihnen versagt. Als rohstoffabhängige Industrie- und Handelsmacht in insularer Randlage war Japan fortan ganz und gar auf den guten Willen seiner amerikanischen und englischen Vertragspartner angewiesen. In dieser empfindlichen Zurücksetzung wurzelte die Entwicklung, die 1931 zur Mandschurei-Krise, 1937 zum chinesisch-japanischen Krieg und 1941 schließlich zu Pearl Harbor führte, als japanische Flugzeuge einen großen Teil der in Hawaii stationierten US-Flotte zerstörten. Alles das waren Versuche Japans, sich mit Gewalt zu holen, was ihm die ehemaligen Alliierten 1921/22 und in den Jahren danach versagt hatten. Wie es dazu kam, kann hier im einzelnen nicht beschrieben werden. Der Pazifik war durch die Entscheidungen Roosevelts bis 1941 immer nur ein Nebenkriegsschauplatz. Aber auf zwei besondere Abmachungen der Washingtoner Konferenz muß man hinweisen, um auch gewisse Ereignisse in Europa verständlich zu machen.

Die ostasiatische Friedenskonferenz hatte die Stärkeverhältnisse bei den Kriegsschiffen, die nicht sogenannte »*capital ships*« waren, offen gelassen, und sie bürdete den USA so etwas wie eine Bestandsgarantie für China auf. Das eine führte zu einem jahrelangen Streit über die Frage, ob die für »*capital ships*« [7] vereinbarte Rüstungsbegrenzung auch für alle anderen Kriegsschiffe gelte. Das andere stellte Washington vor eine Aufgabe, auf die es kaum vorbereitet war. Denn wie sollten die Vereinigten Staaten, die gar nicht über die dafür geeigneten Streitkräfte verfügten, ein Land wirkungsvoll verteidigen, das sich in revolutionärer Gärung befand und an zwei habgierige Nachbarn grenzte, Japan und Rußland? Denn weder unterhielten die USA in der Zwischenkriegszeit ein großes Heer noch bauten sie in den

zwanziger Jahren ihre Pazifikflotte bis zu der Grenze auf, die ihnen die Washingtoner Verträge setzten.
Beide Probleme hatten bedeutende Rückwirkungen auf die internationale Politik in den zwanziger und dreißiger Jahren. Der anhaltende Streit zwischen den Seemächten Amerika, England und Japan über ihre Flottenstärken behinderte den Abrüstungsprozeß der europäischen Landmächte. Das sicherheitsversessene Frankreich, das sowohl See- als auch Landmacht war, weigerte sich z. B., Italien die Flottenparität zuzugestehen, die Italien nach dem Washingtoner Flottenvertrag beanspruchen durfte. Weil Frankreich aber die italienische Flottenrüstung nicht verhindern konnte, war es wenig geneigt, dem deutschen Verlangen nach Abrüstung seiner Landstreitkräfte nachzukommen.
Schwierig war auch die Lage Englands. Es baute zwar für den Pazifik die Kreuzer, Zerstörer und U-Boote, auf die es angewiesen zu sein glaubte. Immerhin hatten die Engländer nicht nur ihre Interessen in China zu verteidigen. Vielmehr lag ein großer und wichtiger Teil ihres Empires in Ostasien – Neuseeland, Australien und Indien. Aber dem Vereinigten Königreich fehlte nach dem Ersten Weltkrieg doch die wirtschaftliche Kraft, seine Dominions und Interessen wirklich dauerhaft und wirksam gegen die Expansionsgelüste der Japaner abzuschirmen. Damit war England auf die Schützenhilfe Amerikas angewiesen, das es andererseits durch sein Kreuzerbauprogramm erzürnte.
Auf der Londoner Flottenkonferenz von 1930 gelang es den Hauptseemächten der Welt noch einmal, die Rüstungsbegrenzungen fortzuschreiben, mit der verhängnisvollen Maßgabe allerdings, daß die vereinbarten Höchststärken nicht vor 1936 erreicht werden durften. Das war deshalb verhängnisvoll, weil die Japaner sich ausrechneten, daß sie ihren relativen Rüstungsvorsprung vor den Vereinigten Staaten nur bis zu diesem Datum würden halten können, während die USA unter Roosevelt mit gewaltigen Anstrengungen hinterherbauten. Vor allem war abzusehen, daß Japan spätestens auf der nächsten Flottenkonferenz seinen Anspruch auf den gleichen Rang als Seemacht erheben würde. Damit war nicht nur die Idee der Rüstungsbegrenzung gefährdet, sondern in einer gewissen Weise auch der amerikanisch-japanische Konflikt vorgezeichnet.
1933 trat Roosevelt, der Flottenfanatiker und ehemalige Vize-Marineminister, sein Amt an. Schon ein Jahr später beschloß der Kongreß, die US-Pazifik-Flotte auf die vertraglich zulässige Höchststärke zu bringen. Das war sicher nichts Unrechtes, denn inzwischen hatten die Japaner die Mandschurei besetzt und sich als expansionistische Macht zu erkennen gegeben. Durch die amerikanische Nachrüstung, die von einer Position zumindest potentieller Überlegenheit aus erfolgte, fühlte sich Japan jedoch angetrieben, seinem Gleichheitsanspruch nun noch mehr Nachdruck zu verleihen, und damit war für ein Wettrüsten der Flotten die beste Voraussetzung gegeben.
1934 mußte diejenige Macht, die das Londoner Flottenabkommen von 1930 nicht zu verlängern wünschte, ihren Partnerstaaten eine entsprechende Anzeige machen. Um den Zusammenbruch des pazifischen Sicherheitssystems

zu vermeiden, trafen sich die Engländer und Amerikaner in London zu einer Vorkonferenz, zu der sie die Japaner erst in letzter Minute einluden. Schon das war nicht gerade eine Geste überschwenglicher Freundlichkeit. Die Lage wurde aber dadurch erst richtig verschärft, daß die Roosevelt-Administration – nach dem Motto »keine einzige Tonne mehr!« – mit eiserner Härte auf der Beibehaltung, besser noch auf der weiteren Reduzierung der vereinbarten Stärkeverhältnisse bestand.

Auf den ersten Blick wirkte diese Haltung recht friedfertig und vernünftig, aber sie war nur ein taktischer Trick. Mit seinen Abrüstungsvorschlägen wollte der amerikanische Präsident die heimischen Kritiker seines Nachrüstungsprogramms beschwichtigen und gleichzeitig den Japanern die Schuld zuschieben, wenn sich die Rüstungsspirale weiter drehte. Roosevelt kannte ja ihr Verlangen nach Parität, d. h. nach Aufhebung der bestehenden Stärkeverhältnisse. Wenn er jetzt auf ihrer Beibehaltung oder sogar Reduzierung bestand, kam dies der Aufforderung an die Japaner gleich, aus dem Sicherheitssystem des Pazifiks auszuscheren.

Eine solche Interpretation legte auch das Verhalten der Amerikaner auf der Londoner Vorkonferenz nahe. Washington provozierte zwar Tokio nicht direkt. An eine Konfrontation war so lange nicht zu denken, wie die eigene Flotte keine wirkliche Siegeschance hatte und die Verhältnisse in Europa volle Aufmerksamkeit beanspruchten. Aber die Roosevelt-Administration kam den Wünschen des Kaiserreichs nach einer Vorzugsstellung in China auch nicht einen einzigen Schritt entgegen. Im Gegenteil, gegen die Proteste der Japaner begannen die Amerikaner gerade damals, sich immer mehr in die chinesische Innenpolitik einzumischen.

Dies geschah natürlich nicht mit Gewalt, sondern mit Hilfe der friedlichen »*Open-door*«-Prinzipien. In diesem Zusammenhang spielte ein Mann eine besondere Rolle, der vier Jahre später im Zusammenhang mit der amerikanischen Rüstungshilfe für England und Frankreich wieder auftauchte: Jean Monnet. Er hatte im Ersten Weltkrieg den »Interalliierten Seetransport-Rat«, den »Weizen- und Verschiffungs-Pool« und andere Mammutorganisationen der Westmächte für ihren Kampf gegen Deutschland geleitet. Der gebürtige Franzose aus Cognac gehörte zu jenem Kreis von Internationalisten um Roosevelt, die die liberal-demokratische Koalition finanzierten.

Monnet hatte in den zwanziger Jahren im Dienste des Bankiers Amadeo Gianini gestanden, dessen *Bank of America* binnen kurzem zur drittstärksten Bank des Landes aufstieg. In den dreißiger Jahren sanierte er Tschiang Kaishecks Finanzen, was die chinesische Zentralregierung in eine wachsende Abhängigkeit zu den USA. brachte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Monnet führend an der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt und erster Präsident der Montan-Union.

Durch den zunehmenden Einfluß der USA auf die chinesische Nationalregierung wurde das »Reich der Mitte« den Japanern immer mehr entfremdet. Ohne maritime Gleichberechtigung und von den Landstrichen abgedrängt, die sie als

ihren eigenen Nährboden betrachteten, wuchs in dem kleinen, aber stolzen Volk das anti-westliche Ressentiment. Die Amerikaner konnten diese Haßgefühle eine Zeitlang ignorieren. Außer ihren Geschäften, die sie notfalls auch von Manila oder San Francisco aus abwickeln konnten, hatten sie in Hongkong, Schanghai oder Kanton nicht viel zu verlieren. Die Leidtragenden eines Konflikts würden die Engländer sein, die hier seit vielen Jahrzehnten ertragreiche Handelsniederlassungen, Bankgeschäfte und Grundstücke besaßen. Um alles dies mußten die Engländer fürchten, wenn es eines Tages zum Kampf zwischen Japan einerseits, China und Amerika andererseits kommen würde.

Da die Wege nach China lang und die eigenen Kräfte begrenzt waren, trieb die amerikanisch-japanische Konfrontation England allmählich in jene Überforderung hinein, die ihm in den dreißiger Jahren so ungeheuer zu schaffen machte. Sicher wäre es ungerecht, die Schuld dafür allein den USA zuzuschieben. Da die Amerikaner den Japanern aber auch überall dort mit Härte, Unnachgiebigkeit und Geringschätzung begegneten, wo die Engländer noch Möglichkeiten für Verhandlungen, Verständnis und Kompromisse sahen, trugen sie zur Verschärfung der Situation in Ostasien unzweifelhaft bei. Und bei ihrer allgemeinen Tendenz, das Empire zu schwächen, wo sie nur konnten, hat man den Eindruck, daß es die Amerikaner auch mit einer gewissen Berechnung taten.

England geriet durch das Verhalten der USA gegenüber Japan allmählich in eine Frontstellung, die es als überflüssig und gefährlich empfand. Schließlich mußte es sich noch an zwei anderen Fronten mehr oder weniger mächtiger Rivalen erwehren, nämlich Deutschlands in Mitteleuropa und Italien im Mittelmeer. Deshalb neigten die Engländer in den dreißiger Jahren dazu, sich mit den Japanern zu arrangieren, wenn diese bereit waren, die englischen Interessen in China zu respektieren. Dies und die Absicht der englischen Regierung, verstärkt Kreuzer für den pazifistischen Ozean zu bauen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, verstimmte wiederum Amerika.

Die Roosevelt-Administration stellte sich damals auf den ziemlich akademischen Standpunkt, jede der Pazifik-Mächte genieße das gleiche Ausmaß an Sicherheit. Dies konnte schon deshalb nicht stimmen, weil das riesige, von den Weiten der Ozeane geschützte, wirtschaftlich nicht erpreßbare Amerika von Natur aus ein sehr viel höheres Maß an Sicherheit genoß als etwa Japan oder England. Durch ihre Weigerung, einem Interessenausgleich zwischen England und Japan zuzustimmen, schnitten die Vereinigten Staaten jedoch den einzigen Weg ab, auf dem sich Japan und die Westmächte vielleicht hätten begegnen können.

Die Londoner Vorkonferenz von 1935 war ein lehrreiches Beispiel dafür, wie sich die Roosevelt-Administration verhielt, wenn sie mit einer »Gangster-Nation«, als die sie Japan betrachtete, zusammen am Verhandlungstisch saß. Es war ein Beispiel, das weder England noch eine der Achsenmächte zur Wiederholung solcher Konferenzen reizte. Und es ist sicher kein Zufall, daß sich die englischen Politiker, die 1935 in London mit Roosevelts Sonderbot-

schafter Norman Davis verhandelten, sich drei, vier Jahre später weigerten, die USA in die Regelung der europäischen Verhältnisse einzubeziehen.
Nach Davis' Einschätzung war diese »kleine Gruppe willensstarker Männer« bereit, sich mit Japan zu verbünden – dasselbe Japan, dessen China-Politik Amerika bereits 1931 durch die Stimson-Doktrin für rechtlos erklärt hatte. Es handelte sich um niemand anderes als um Neville Chamberlain und John Simon, damals Schatzkanzler und Außenminister im Kabinett MacDonald. Diese »Tory-Extremisten« (Dorothy Borg) waren offenbar davon überzeugt, daß sich die USA niemals dazu durchringen würden, formelle Verpflichtungen für den Schutz des englischen Empires im Fernen Osten einzugehen. Roosevelt setzte sie 1935 dennoch unter gewaltigen Druck, indem er androhte,

»die öffentlichen Gefühle in Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika aufzurühren in einer endgültigen Anstrengung, um diese Dominions davon zu überzeugen, daß ihre Sicherheit mit der unseren verbunden ist.« [8]

Für den Umgang des liberal-demokratischen Amerika mit dem konservativen England war diese Drohung, die Einheit des Empires anzutasten, nicht untypisch. Sie unterschied sich nicht so sehr von den Methoden, die Roosevelt 1938/39 anwandte, als es um eine Verständigung zwischen England und Deutschland ging. Die Engländer ließen sich bereits 1935 davon beeindrucken. Sie verzichteten auf jede Sonderbündelei mit den Japanern und unterstützten damit praktisch die amerikanische Konfrontationspolitik im Pazifik, was sie wenig später bereuten.
Die Londoner Flottenkonferenz kam ein Jahr später zwar noch zustande. Aber Japan vermochte seinen Anspruch auf Flottenparität gegen den nunmehr vereinigten Widerstand der Westmächte nicht mehr durchzusetzen. Es verließ die Konferenz im Januar 1936 ergrimmt. Damit zerbrach das Sicherheitssystem im Pazifik, das die Washingtoner Verträge 1921/22 geschaffen hatten. Eineinhalb Jahre später brach der japanisch-chinesische Krieg aus, ein Ereignis, das viele Beobachter damals bereits für den Beginn eines neuen Weltkrieges hielten.
Der japanisch-chinesische Krieg von 1937 war die Quittung für die maximalistische, kompromißlose und dogmatische Politik der USA, die in Wirklichkeit Japan für sein unbotmäßiges Verhalten bestrafen wollten. Von nun an waren die Engländer in Ostasien wirklich auf den Beistand der Amerikaner angewiesen, die 1936 das größte Flottenbauprogramm ihrer Geschichte verabschiedet hatten. Die eigentliche Probe auf die amerikanisch-englische Solidarität kam jedoch erst im Dezember 1937. Japanische Flugzeuge beschossen das amerikanische Kanonenboot »Panay«, drei Tankschiffe der Standard Oil Company und ein englisches Kanonenboot namens »Moskito«, die den chinesischen Yangtse-kiang befuhren. Es gab eine Reihe von Toten und Verletzten.
Bei diesem Zwischenfall handelte es sich um einen mutwilligen Angriff der Japaner auf das Zentrum der amerikanischen und englischen China-Interessen, die auch vom Vormarsch der japanischen Armee bedroht wurden. Die

englische Regierung – jetzt schon unter Premierminister Chamberlain – bestand auf einer Konsultation mit der Roosevelt-Administration, um geeignete Gegenmaßnahmen zu synchronisieren. Bestimmte Kreise im Londoner Außenministerium erwarteten sogar eine amerikanische Flottendemonstration zur Abschreckung der Japaner.

Die Amerikaner reagierten freilich auf ihre Weise: Sie informierten und konsultierten London in der Panay-Affäre nicht. Sie bestanden stattdessen auf einer »konkurrierenden und parallelen Aktion« [8a], was bedeutete, daß sie freie Hand behalten wollten. Die *New York Times* plauderte den englischen Annäherungsversuch aus und versah ihn mit dem hämischen Kommentar: Chamberlain sei offenbar so verängstigt durch die Deutschen, daß er einem »schrecklichen« Verlust an Prestige in Europa und Asien gegenüberstehe. [9] Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten war überwiegend dagegen, daß die amerikanische Flotte die Interessen des englischen Empires im Pazifik verteidigte.

Nach dem schrecklichen Fehlschlag der Brüsseler Ostasien-Konferenz einen Monat davor wirkte die amerikanische Reaktion auf die Engländer wie die zweite kalte Dusche binnen kürzester Zeit. Aber wichtiger war, was sich hinter Washingtons Kulissen tat. US-Finanzminister Morgenthau versuchte am 17. Dezember, seinen englischen Kollegen Simon am Telefon vergeblich zu einem gemeinsamen Schlag gegen die japanischen Auslandsguthaben zu überreden. Der Engländer wimmelte den Amerikaner mit der Bemerkung ab, in seinem Land würden sich nur die dafür zuständigen Stellen mit Außenpolitik befassen. Nach Rücksprache mit Chamberlain ließ der englische Schatzkanzler am nächsten Tag durchblicken, London wolle es nicht zum äußersten kommen lassen.

Das war wiederum ein Schlag gegen die Amerikaner, denn in Washington standen die Zeichen tatsächlich auf Krieg. Wenn nötig, werde Amerika wegen des Panay-Zwischenfalles kämpfen, erklärte Morgenthau. [10] Als seine Mitarbeiter zum Teil widersprachen, herrschte sie der Minister mit den Worten an:

»Wollen Sie warten, bis die Japaner auf den Phillippinen, Hawaii oder in Panama stehen?«

»Nein«, entgegnete sein Stellvertreter, Wayne Taylor,

»von all den verrückten Dingen, die wir tun können und die verrückter sind als unser Eintritt in den Ersten Weltkrieg, wäre dies (ein Krieg gegen Japan – D. B) das Verrückteste.«

Schließlich war Morgenthau damit einverstanden, daß der Präsident über Frieden und Krieg entschied.

»Wenn Italien und Japan eine Technik entwickelt haben, wie sie kämpfen können, ohne Krieg zu führen, warum können wir nicht etwas Ähnliches entwickeln?«

fragte Roosevelt, als man ihn mit dem Problem konfrontierte. Er dachte an die

Fesseln, die ihm das Neutralitätsgesetz anlegte und die ein offenes militärisches Engagement nicht zuließen. Zunächst war der Präsident ebenfalls nicht abgeneigt, zu einem fühlbaren Schlag gegen die finanziellen Außenbeziehungen Japans auszuholen. »Wir nennen das nicht Sanktionen«, fügte er in Anspielung auf seine berühmt-berüchtigte Rede hinzu, »wir nennen das Quarantänen.« Auf der Kabinettsitzung, die am gleichen Tag stattfand, sprach Roosevelt sogar von einer amerikanisch-englischen Blockade gegen Japan. Sie würde dieses unbotmäßige Land binnen Jahresfrist in die Knie zwingen. [11]

Wäre der Blockade-Plan des Präsidenten im Winter 1937/38 Wirklichkeit geworden, dann hätte die Welt Pearl Harbor wahrscheinlich schon 1938/39 erlebt. Das aber hätte der Grundentscheidung Roosevelts widersprochen, den Krieg, wenn möglich und nötig, in Europa beginnen zu lassen. Außerdem hätte sich der ehrgeizige Blockadeplan nur mit Hilfe der Engländer verwirklichen lassen. Die aber waren verständlicherweise nicht bereit, ihre ohnehin schon großen Sicherheitsprobleme noch dadurch zu erhöhen, daß sie Öl in das Feuer gossen, das in China bereits lichterloh brannte.

Roosevelt verlegte sich deshalb an der Jahreswende 1937/38 auf zwei andere Initiativen, um Chamberlain an die Kette zu legen: auf seinen Weltfriedensplan und auf die Ingersoll-Mission. Kapitän Royal Ingersoll war damals Direktor der Kriegsplanungsabteilung der US-Navy. Er stieg im Zweiten Weltkrieg zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Atlantik-Flotte auf. Der Marineoffizier wurde von Ende Dezember 1937 bis Anfang Januar 1938 zu einem geheimen Informationsaustausch mit dem englischen Marinestab, der Admiralität, nach London entsandt. Der Kapitän sollte dem geheimen Weltfriedensplan, den Roosevelt gerade startete, gleichsam die stählerne Seele einziehen. Ziel war eine erste, vielleicht noch unvollkommene Absprache zwischen den beiden mächtigsten Kriegsmarinen der Welt, die sich gegen die Achsenmächte richten sollte.

Die Vorbereitungen für die militärische Aktivierung der USA hatten bereits ein dreiviertel Jahr früher, im März 1937 begonnen. Motor war der Unterstaatssekretär für Verteidigung, Louis Johnson, ein glatzköpfiger und energischer Mann in den Vierzigern. Die Stäbe der US-Navy und US-Army hatten bis dahin praktisch nur mit einem Pazifik-Krieg gerechnet. Für diesen Fall gingen sie sicherheitshalber davon aus, daß die USA gegen ein englisch-japanisches Bündnis antreten müßten. Diese Annahme erwies sich jedoch als immer unrealistischer, je mehr sich Japan in eine aggressive Militärdiktatur verwandelte und England abstieß, das den chinesisch-japanischen Krieg mit Abscheu und Entsetzen betrachtete.

So waren die Japaner in Ostasien einigermaßen isoliert, und die Vereinigten Staaten hofften, daß es ihnen gemeinsam mit der Sowjetunion gelingen würde, sie aus der strategischen Defensive heraus in Schach zu halten. Was die Aufmerksamkeit Washingtons seit der Rheinland-Krise von 1936 zunehmend beanspruchte, war die Lage in Europa, wo Hitlers »Kriegsmaschine«

(Roosevelt) den status quo verschob und immer weiter zu verändern drohte. Dies legte eine Allianz mit England nahe, der sich Rußland eines Tages anschließen mochte, und deshalb wurden die alten Operationspläne zu den Akten gelegt. Neue Wege für eine Zusammenarbeit mußten gefunden werden. Am 16. Dezember 1937 bat der US-Präsident den englischen Botschafter Lindsay zu sich in das Weiße Haus. Er schlug ihm Gespräche zwischen den Stäben der US-Navy und der Royal Navy vor, die zunächst eine Seeblockade – oder besser: »Quarantäne« – Japans zur Folge haben sollte. Es war das erste Mal, daß der amerikanische Präsident mit einem so betont militärischen Vorschlag an eine fremde Macht in das Weltgeschehen eingriff. Seine Unterredung mit Lindsay hatte gleichsam Modellcharakter für jenes Gespräch, in dem Roosevelt ein dreiviertel Jahr später – auf dem Gipfel der Tschechoslowakei-Krise – eine Seeblockade gegen Deutschland vorschlug.

Natürlich hatten die Engländer nichts gegen einen Informationsaustausch. Sie konnten sich auch kaum dagegen wehren. Am 26. Dezember 1937 machte sich Kapitän Ingersoll, mit persönlichen Instruktionen des Präsidenten im Gepäck, auf den Weg nach London. Zwar brachte Roosevelts Geheimemissär nach dem Geschmack der Admiralität zu wenig Konkretes mit, aber das Ergebnis seiner Gespräche bestand doch aus einer bedeutsamen Aktennotiz. Amerika und England sicherten einander zu, daß ihre Hoheitsgewässer den Kriegsschiffen beider Seiten für den Fall offenstehen würden, daß die Flotten beider Mächte in einem Krieg gegen Deutschland und Japan zusammenwirken. Diese Abmachung war noch ziemlich formlos und theoretisch. Aber sie wurde von Ingersoll und der englischen Admiralität am 12. Januar 1938 abgesegnet, genau an dem Tag, an dem Botschafter Lindsay den Weltfriedensplan des Präsidenten nach London übermittelte.

Das zeitliche Zusammentreffen der beiden Vorgänge war kein Zufall und brachte Chamberlain in eine gewisse Verlegenheit. Einerseits lag dem Premier durchaus an Vereinbarungen wie der Flottenabsprache, die den konkreten Beistand Amerikas im Kriegsfall verhießen. Die englische Pazifikflotte war schwach, während die Hauptstreitmacht der US-Navy an der kalifornischen Küste lag. Sie bedrohte die Japaner, die auf ihrem Eroberungszug immer weiter nach Südwesten Richtung Singapur vorrückten, von hinten. Andererseits war Chamberlain nicht bereit, einem Weltfriedensplan zuzustimmen, der nach seiner Meinung eher geeignet war, den Weltfrieden zu gefährden. Der Engländer tat daher das Naheliegende, indem er der Flottenabsprache zustimmte und den Weltfriedensplan platzen ließ.

Dadurch bestätigte der englische Regierungschef zwar unfreiwillig das Klischee, das man sich Washington von den selbstsüchtigen und skrupellosen Machtpolitikern Europas zurechtgelegt hatte. Aber das Bedürfnis nach einer Zusammenarbeit mit England war bei Roosevelt stärker, und so kam bis zum Juni 1939 schrittweise und zögernd doch noch ein informelles Flottenbündnis zwischen den beiden angelsächsischen Seemächten zustande.

Die Verhandlungen, die der englische Commander T. C. Hampton im Sommer

1939 mit US-Flottenchef William Leahy führte, waren so geheim, daß hinterher alle schriftlichen Unterlagen vernichtet werden mußten. Das Ergebnis bestand wieder nur aus einer Aktennotiz, die freilich diesmal ein geschichtliches Gewicht hatte: Im Kriegsfall würde sich die Royal Navy auf die Herrschaft über den Ostatlantik und das Mittelmeer konzentrieren, um Deutschland und Italien in Schach zu halten, während die US-Navy den Schutz der englischen Nachschublinien im West- und Südatlantik sowie die Kontrolle des Pazifiks gegenüber Japan übernehmen würde.

Der Schulterschluß zwischen den beiden größten Kriegsflotten der Welt, die sich zu einer globalen Arbeitsteilung zusammenfanden, war sicher eines der bedeutsamsten Ereignisse der Vorkriegszeit. Es zeigte, wie weit sich das England Chamberlains nach der Polen-Garantie bereits in das amerikanische Konzept der *einen* Sicherheit eingefügt hatte.

Sicher war die flottenpolitische Annäherung zwischen Amerika und England zum Teil die Folge von Hitlers aggressiver Politik. Zum Teil war sie aber auch eine Folge der englischen Unfähigkeit, sich wenigstens mit Italien oder Japan zu verständigen und dadurch die gefährliche Drei-Fronten-Lage abzubauen, vor der das Empire Ende der dreißiger Jahre stand. Das wiederum war die Folge der internationalistischen Politik Roosevelts, der alle drei Achsenmächte mit der gleichen Feindseligkeit behandelte, der nicht zuließ, daß Chamberlain aus der Reihe tanzte, und der dadurch Deutschland, Italien und Japan immer aggressiver machte.

Bevor es mit der Polen-Garantie zum endgültigen Bruch zwischen Chamberlain und Hitler kam, hatte Roosevelt bereits zweimal versucht, die amerikanisch-englische Flottenkooperation zur Eindämmung Deutschlands zu benutzen. Am 20. Mai 1938, einen Tag vor dem dramatischen Höhepunkt der sogenannten »Wochenendkrise«, trat der Marineattaché der amerikanischen Botschaft in London, Kapitän Russel Wilson, an die englische Admiralität heran: Unter Berufung auf eine gewisse Situation, die jederzeit eintreten könne, bat er die englische Flottenführung um einen Informationsaustausch über Aufmarschwege, Schlachtformationen und Angriffstaktiken. [12]

Die mögliche Situation, auf die der Attaché anspielte, war der Krieg, der damals jederzeit zwischen Deutschland einerseits, der Tschechoslowakei und Frankreich andererseits auszubrechen drohte. Das Ersuchen Wilsons, das ohne Folgen blieb, war offenbar darauf berechnet, das zögernde England der amerikanischen Bereitschaft zu versichern, einer gemeinsamen Blockade gegen Deutschland näherzutreten.

In der noch gefährlicheren Septemberkrise des Jahres 1938, als der Ausbruch von militärischen Feindseligkeiten zwischen allen Mächten kaum noch vermeidbar schien, trat Präsident Roosevelt sogar selbst in Aktion. Telefonisch und durch die Telegramme seiner Botschafter über die Ereignisse in London, Paris und Prag auf dem laufenden gehalten, rief er am Nachmittag des 19. September den englischen Botschafter Lindsay zu sich. [13] Es war just der Tag, an dem die tschechoslowakische Regierung von ihren Verbündeten und

Hitler auf das äußerste bedrängt wurde, der Abtretung des Sudetenlandes zuzustimmen.

Als der Diplomat am Abend im Weißen Haus eintraf, wurde er vom Präsidenten auf absolute Geheimhaltung verpflichtet. Nicht einmal Außenminister Hull dürfe von diesem Vorgang erfahren. Ohne Umschweife setzte Roosevelt dem wie vom Donner gerührten Diplomaten dann auseinander, was er von der Lage hielt. Eine Tschechoslowakei, die sich den Deutschen mit Waffengewalt widersetzte, werde von der Wehrmacht in drei Wochen überrannt. Hitler könnte auch England, Frankreich und Rußland schlagen, sofern diese Mächte den Krieg »auf der klassischen Linie des Angriffs« wagten.

Den einzigen Ausweg sah Roosevelt in einem Plan, den er Lindsay im »sehr geheimen Teil der Kommunikation« offenbarte: Der Westen beruft eine Weltkonferenz zwecks allgemeiner Regelung aller Streitfragen ein. Zu dieser Konferenz wird auch Hitler eingeladen. Selbst er, Roosevelt, würde erscheinen, wenn die Konferenz nicht in Europa, sondern zum Beispiel auf den Azoren mitten im Atlantik stattfinde. Sollten die Westmächte dann »zum Krieg gezwungen« sein – der Präsident unterstellte, daß sich Hitler den Beschlüssen einer solchen Konferenz widersetzen würde – wagen sie den Krieg gegen Deutschland »allein durch Blockade und in einer defensiven Manier«. Dabei müsse die Blockadelinie durch die Mitte der Nordsee, den Ärmelkanal, über Gibraltar durch das Mittelmeer hindurch bis zum nördlichen Ausgang des Suezkanals verlaufen, das heißt die gesamte mittel- und südeuropäische Landmasse umfassen. Der Präsident erwähnte nicht, daß damit zugleich auch Italien vom Weltverkehr abgeschnitten werden würde.

Auf diese Weise könne man »den Feind in die Knie zwingen«, sagte Roosevelt. Mit Rücksicht auf die Isolationisten vergaß er jedoch nicht hinzuzufügen, man dürfe diese Maßnahmen nicht »Sanktionen« nennen. Sie seien überdies so menschlich wie möglich zu gestalten. Er selbst könne diesen Plan offiziell natürlich nicht anregen. Aber es liege innerhalb seiner verfassungsmäßigen Befugnis als Präsident der Vereinigten Staaten, eine bestehende Blockade für wirksam zu erklären und ihr später beizutreten.

Das kam der Aufforderung an die englische Adresse gleich, sich mit einem Fuß über den Rand des Abgrundes hinauszuwagen, in der vagen Hoffnung, daß Amerika mit allem, was es an Reserven hatte, dann schon nachfolgen würde. Lindsay, sonst ziemlich standhaft, war so tief beeindruckt, daß er seinem Außenministerium noch nachts um halb drei ein dramatisches Kabel sandte. Vorher hatte er dem Präsidenten die Gretchen-Frage gestellt: Würde die Roosevelt-Administration die teilweise oder völlige Aufhebung des Neutralitätsgesetzes im Kriegsfalle sicherstellen? In diesem Punkt aber wich der Präsident aus: Wenn England und Frankreich darauf verzichteten, Deutschland formell den Krieg zu erklären, brauche er das Waffenembargo nicht in Kraft zu setzen, erklärte er beruhigend. Unbefriedigend war jedoch, daß Roosevelt eine erneute Verwicklung der USA in einen europäischen Krieg zwar für durchaus denkbar hielt, daß er aber die Entsendung eines amerikani-

schen Expeditionskorps fürs erste ausschloß. Immerhin deutete er dann an, daß ein deutscher Angriff auf England eine »solche Woge des Gefühls« in Amerika aufpeitschen würde, daß ein Feldheer über kurz oder lang nach Europa verschifft werden könnte.

Chamberlain hielt diese Vorschläge für so abenteuerlich, daß er sie in der Versenkung verschwinden ließ. Die Ablehnung wirkte aber in der englischen Innenpolitik und im amerikanisch-englischen Verhältnis weiter, zumal es Chamberlain vorzog, sich in München mit Hitler und Mussolini zu treffen, anstatt auf den Azoren mit dem amerikanischen Präsidenten und dem Rest der Welt. Die beiden Manöver Roosevelts zielten darauf ab, das Ringen der europäischen Mächte um die Tschechoslowakei von außen im amerikanischen Sinne zu beeinflussen. Sie verschärften die aggressiven Tendenzen Hitlers und bestärkten die in England, Frankreich und der Tschechoslowakei durchaus vorhandenen Neigung der Anti-*Appeaser*, das nationalsozialistische Deutschland lieber früher als später in einen Zwei-Fronten-Krieg zu verwickeln, durch Aussicht auf amerikanischen Beistand und Hilfe.

Natürlich reichte die angelsächsische Flottenmacht nicht aus, die Sicherheit Amerikas zu verbürgen, obwohl Roosevelt schon im Januar 1938 ein »gewaltiges Aufrüstungsprogramm« für die US-Navy verkündete. Auf nennenswerte Landstreitkräfte konnten die Vereinigten Staaten zunächst nicht zurückgreifen, weil sie in der Zwischenkriegszeit die Wehrpflicht abgeschafft hatten. Doch lagen bereits am 25. November 1938 dem US-Generalstab erste Pläne für ein Expeditionskorps vor, das allerdings noch für den Einsatz in Südamerika bestimmt war. [14] Die eigentliche Waffe der Zukunft war jedoch die Luftwaffe, und niemand hatte das so klar erkannt wie Roosevelt, obwohl die amerikanischen Produktionskapazitäten zunächst keineswegs ausreichten, Kampfflugzeuge, Jäger und Bomber in eindrucksvollen Stückzahlen zu bauen. Die Flugzeugindustrie Englands, Frankreichs und Amerikas waren den deutschen Werken zwar potentiell haushoch überlegen – vor allem dann, wenn sie sich zusammentaten – aber Roosevelt sorgte sich zur Zeit noch vor allem über »die immensen Luft-Ressourcen der Deutschen«. [15]

Hinter dieser Überschätzung stand die Furcht, Hitler könnte es gelingen, durch einen plötzlichen k.o.-Schlag aus der Luft die beiden westeuropäischen Demokratien auszuschalten und die westliche Hemisphäre dadurch jenes Schutzschildes zu entkleiden, der sie seit den Tagen der Heiligen Allianz gegen Angriffe von außen abgesichert hatte. Wie weit die Phantasiezahlen, die damals über die Stärke der deutschen Luftwaffe kursierten, auf Tatsachen, auf dem Abschreckungswillen Hitlers oder auf propagandistischen Absichten der Anti-*Appeaser* beruhten, ließ sich im einzelnen kaum feststellen. Jedenfalls führte die jahrelang nicht ohne Berechnung im Westen genährte Angst vor einem deutschen k.o.-Schlag aus der Luft gegen London oder Paris dazu, daß auch Frankreich und England ihre Luftrüstungen laufend verstärkten. Da es den beiden Ländern an ausreichenden Ressourcen fehlte, mußten sie ab Januar 1938 zunehmend auf Zukäufe aus der amerikanischen Flugzeug-

produktion zurückgreifen, was auch ihre politische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verstärkte.

Die Priorität, die Präsident Roosevelt den englisch-französischen Bestellungen im Januar 1939 vor den Beschaffungswünschen des amerikanischen »*Air Corps*« erkämpfte, war nicht nur ein gutes Geschäft für die Rüstungsindustrie zwischen Chicago und San Francisco. Da sie ein höheres Maß an Koordination zwischen London, Paris und Washington erforderte, diente die rüstungswirtschaftliche Verflechtung auch Roosevelts oberstem politischen Ziel, der Herstellung einer antifaschistischen Einheitsfront.

Natürlich bildete die ungeklärte Frage, ob, wie und wann das amerikanische Neutralitätsgesetz revidiert werde, ein schweres Handicap für jede langfristige Planung der wirtschaftlichen Kriegführung. Das Foreign Office zögerte, Lieferaufträge an die amerikanische Industrie und Landwirtschaft zu vergeben, weil es nicht sicher war, ob es die bestellten Rüstungsgüter und Nahrungsmittel im Kriegsfall noch aus den USA beziehen könnte. Aber die Planungen für eine zentrale Einkaufsorganisation der Engländer in den USA waren bereits im Januar/Februar 1939 erstaunlich weit fortgeschritten und konkretisierten sich im Verlauf der nächsten vier Monate rasch. [16]

Schon seit April 1938 hatte es amerikanisch-englische Verhandlungen über die Errichtung von Rüstungsfabriken in Kanada zwecks Umgehung des Neutralitätsgesetzes gegeben. Im Februar 1939 lag eine Vereinbarung zwischen England, Frankreich, Belgien und den Niederlanden über die Reihenfolge ihrer Einkäufe an der New Yorker Weizenbörse vor. Und am 26. April 1939 erreichte das Foreign Office schließlich die historisch zu nennende Mitteilung von Professor George Thomson, Physiker am *Imperial College* in London-Kensington, er und Professor Juliot in Paris seien davon überzeugt, daß man aus Uran sehr viel Explosionskraft und Hitze gewinnen könne. Es war der erste Hinweis auf die Atombombe, der im August 1939 zu dem berühmten Brief Albert Einsteins an Präsident Roosevelt und später zum »Projekt *Manhattan*« führte.

Alle diese Aktivitäten wären nicht möglich gewesen, wenn sich Amerika nicht »als das Warenhaus und die Munitionsfabrik für alle Demokratien« betrachtet hätte,

> »die in einen Kampf mit den Nazis und faschistischen Ländern verwickelt sind«,

wie der Wirtschaftsberater der englischen Regierung, Graeme Haldane, nach Gesprächen mit Roosevelt und Johnson Anfang 1939 berichtete. [16a]

Der US-Präsident hatte die Koordination der aus- und inländischen Anforderungen an die amerikanische Rüstungsindustrie im Dezember 1938 an seinen Finanzminister Morgenthau delegiert. Das hatte zunächst seinen Grund in den wachsenden Finanzierungsproblemen, in die England und Frankreich wegen ihrer forcierten Aufrüstung gerieten. Dabei vermochte der Finanzminister seine nicht immer unumstrittene Hilfe zu leisten. [17] Zugleich wirkte Morgenthau, der in der Roosevelt-Administration zu den antifaschistischen Falken

zählte, an der Mobilisierung der amerikanischen Öffentlichkeit für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten mit. Auf diese Weise symbolisierte er das steil ansteigende Engagement der USA an der aktiven Vorbereitung des Krieges nach innen und außen.

Dieses Engagement beruhte auf einer weltpolitischen Lageeinschätzung, die sich nicht immer an hinreichend gesicherten Tatsachen orientierte. Gerade die Grundannahme, von der Roosevelt an der Jahreswende 1938/39 ausging, daß nämlich »der Krieg im Frühjahr (1939) ausbreche«, [18] war unter den führenden Politikern der westlichen Welt äußerst umstritten. Die Kritiker des Präsidenten fragten sich daher, ob seine Zusage, die er England und Frankreich damals für eine praktisch unbegrenzte Lieferung von Flugzeugen und Rohstoffen machte, wirklich der objektiv gegebenen Bedrohung entspreche. Stellenweise wurde man das Gefühl nicht los, daß diese Zusagen auch dazu bestimmt waren, die ohnehin schon angespannte Lage noch zu verschärfen und die westeuropäischen Demokratien in Richtung auf einen Krieg zu drängen, den sie 1939 zum Teil weder führen wollten noch führen konnten.

Zweifellos trugen die richtungsweisenden Rüstungsentscheidungen Amerikas nicht zur Entspannung der politischen Lage in Europa bei. Nach der Konferenz von München begann Hitler und Mussolini zunehmend die Sorge zu plagen, daß sie es mit den Vereinigten Staaten im Kriegsfall schneller zu tun haben würden, als ihnen lieb sein konnte. Das aber war gerade der Zweck von Roosevelts Abschreckungspolitik. Er wollte den Diktatoren zeigen, daß sie

»mit einem Maximum an Feindschaft der Vereinigten Staaten rechnen müssen«,

falls sie England und Frankreich herausforderten, und daß die USA im Kriegsfall »alles nur mögliche tun« würden, um »den Demokraten zu helfen«.

Obwohl die Vereinigten Staaten bis auf weiteres keine eigenen Landstreitkräfte auf den europäischen Kontinent entsenden konnten, besorgte den Präsidenten die Aussicht auf einen frühen Kriegseintritt seines Landes anscheinend nicht. Wie im Ersten Weltkrieg seinen Vorgesetzten, so vermittelte Roosevelt einem Freund schon fünf Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs durchaus den Eindruck,

»daß er es nicht bedauern würde, die Vereinigten Staaten im Krieg zu sehen«.

Dafür mußte er den Krieg freilich erst einmal haben, und obwohl der Mahan-Schüler schon im März 1939 davon schwärmte, die amerikanisch-englische Flottenkooperation im Atlantik werde

»endlose Gelegenheiten für ›casus-belli‹-Zwischenfälle (mit der deutschen Kriegsmarine – D.B.) bieten«, [19]

waren es ja zunächst Frankreich oder die osteuropäischen Staaten, die den

Zusammenprall mit der Landmacht Deutschland auszuhalten hätten. Für sie konnte ein frühzeitiger Kriegsausbruch ohne Unterstützung von außen zu Lande tödlich sein, und genau das trat ja 1939 für Polen und 1940 für Frankreich ein.
Das informelle Flottenbündnis mit England, die Flugzeuglieferungen an die westeuropäischen Demokratien und die gewaltigen Nachrüstungsprogramme für die amerikanischen Luft-, See- und Landstreitkräfte waren Bestandteile eines Sicherheitskonzepts, das buchstäblich die ganze Welt umfaßte. Es nahm das Risiko von kriegerischen Verwicklungen im europäischen-atlantischen Raum bewußt in Kauf, wobei es England, Frankreich, Polen und möglichst auch Rußland, zunächst die Rolle von Frontstaaten zudiktierte. Roosevelt kam es darauf an, alle diese Staaten für

»schnelle Anpassungen an wechselnde Umstände«

zu rüsten, um so die mögliche Annahme Hitlers zu widerlegen,

»daß nur der Totalitarismus in der Lage sei, eine schlagkräftige Regierung zu stellen«. [20]

Die vielzitierte und viel dementierte Äußerung des Präsidenten vom Januar 1939, die erste Linie der amerikanischen Verteidigung liege am Rhein – also an der französischen Ostgrenze – drückte den Sachverhalt nur unvollkommen aus. In Wirklichkeit, so vertraute Roosevelt einem Freund an, begann die amerikanische Vorne-Verteidigung

»in Finnland, läuft von dort rund um Skandinavien zu den westlichen Demokratien und von dort zu den anderen freiheitsliebenden Regierungen Europas«. [21]

Wegen ihrer unübersehbaren Militanz und wegen der »riesigen Luftwaffe«, an der die Vereinigten Staaten seit November 1938 für einen Überseekrieg bauten, konnte man diese Verteidigungskonzeption kaum von einer groß angelegten Kriegsplanung unterscheiden.
Alle europäischen Staaten hatten daher Anlaß, das wachsende US-Engagement mit gemischten Gefühlen zu betrachten. Dieses »Kriegs-Theater« hatte für die globale Kriegsplanung der Vereinigten Staaten schon lange vor Kriegsausbruch eine hervorragende Bedeutung. Letztlich aber diente die amerikanische »*Germany first*«-Strategie einem ganz anderen Ziel, nämlich der Niederlage Japans. Es sollte durch die Vernichtung seiner europäischen Achsenpartner zum Rückzug aus den Weiten Ost- und Südostasiens auf seine eigenen Inseln gezwungen werden. [22]

Sicher stand hinter dieser Vorstellung von einem eurasischen Doppelsieg die Vision einer friedlichen Welt. Aber sie war mit dem bewußt einkalkulierten Risiko eines Weltkrieges behaftet. Dieser Weltkrieg bedrohte in erster Linie nicht das damals noch unverwundbare Amerika zwischen den beiden Weltmeeren. Er bedrohte die europäischen Mächte mit dem Untergang, nicht nur

Deutschland und Italien, sondern auch England und Frankreich und die dazu gehörigen Kolonialreiche, Einflußzonen und Machtkomplexe. Und wenn man die Welt nach 1945 betrachtet, dann fragt man sich, ob nicht auch dieses Ergebnis von vornherein mit einkalkuliert war, weniger als Nebenfolge denn vielmehr als Hauptziel des letzten Krieges, der vielleicht nicht der letzte war.

»Sollte Krieg ausbrechen, werden wir anfangs wahrscheinlich nicht an ihm teilnehmen. Aber wir werden ihn beenden.« [23]

Diesen denkwürdigen Satz sprach US-Botschafter Bullitt im Februar 1939. Freilich hatte Stalin bereits 1925 gesagt:

»Wenn der Krieg beginnt, werden wir nicht in der Lage sein, mit gefalteten Händen dazusitzen – wir werden ziehen müssen, aber unser Zug kommt als letzter.« [24]

Die Grundstrukturen der Nachkriegszeit zeichneten sich also schon vor dem Krieg ab, zuletzt im Ringen zwischen Roosevelt und Stalin um den »richtigen« Zeitpunkt für den eigenen Kriegseintritt. Es war ein Ringen um die künftigen Weltmacht- und Weltmarktchancen. Aus der Sicht Amerikas ging es um eine »neue Welt, um der Machtbalance der alten abzuhelfen«. [25] Eine Welt ohne Machtbalance versprach jedoch, eine Welt mit einer Übermacht zu werden – mit der Supermacht Amerika.

---

Anmerkungen

1 Francis Sayre, Our Problem of Foreign Trade. Washington 1936.
2 Morgenthau-Tagebuch – unveröffentlicht – Eintragung vom 11. 10. 38, zitiert nach Richard Kottmann, Reciprocity and the North Atlantic Triangle. Ithaca, N. Y. 1968, S. 257.
3 Mark Watson, Chief of Staff. Prewar Plans and Preparations. Washington 1950, S. 98.
4 Winston Churchill, World Crisis: The Aftermath. New York 1923, S. 93.
5 An der Washingtoner Flottenkonferenz nahmen die USA, England, Frankreich, Japan, Italien, die Niederlande, Belgien, Portugal und China teil, nicht Rußland. Es wurden drei Verträge geschlossen – ein Fünf-Mächte-Abkommen zwischen USA, England, Japan, Frankreich und Italien, das die Flottenstärken weltweit im Verhältnis 5:5:3:1,75:1,75 begrenzte und ein Neun-Mächte-Abkommen unter Einschluß der anderen oben genannten Staaten, das die territoriale Integrität Chinas garantierte und die Open-Door-Politik der USA bestätigte.
6 Raymond O'Connor, Perilous Equilibrium. The United States and the London Naval Conference of 1930. Lawrence 1962, S. 8.
7 Als »capital ships« galten Flugzeugträger und Schlachtschiffe, sofern diese eine Wasserverdrängung von mehr als 10000 Tonnen und ein Kaliber von mehr als 8 inches hatten.
8 Borg, United States, S. 108.
8a FRUS 1937 IV, S. 503: Welles 15. 12. 37 Lindsay.
9 New York Times, 17. 12. 37.
10 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 487 ff.
11 Ickes, Diaries, Vol. II, S. 727 ff. – Die gemeinsame Blockadelinie sollte wie eine Sichel quer durch den Pazifik laufen. Nach den Vorstellungen des Präsidenten hatte die amerikanische Kriegsmarine im Ostpazifik den Abschnitt von den Aleuten über Hawaii bis nach Guam zu übernehmen, während er der Royal Navy im Westpazifik die Linie Guam –

Singapur zudachte. So konnte man Japan von seinem gesamten Außenhandel mit Europa und Amerika abschneiden und aushungern.

12 PRO ADM 116/4302: Report of conversation, 20. 5. 38.

13 PRO FO 371/21 257 A 7504: Lindsay 19. 9. 38 FO – Das Dokument ist in der amtlichen Publikation der englischen Akten zur auswärtigen Politik nicht abgedruckt. Vgl. auch Joseph Lash, Roosevelt and Churchill 1938–1941. The Partnership that served the West. New York 1976, S. 174.

14 Im Dezember 1938 lagen Pläne für eine US-Armee von 730000 Mann (am Tage der Mobilmachung) bzw. 900000 Mann (Mobilmachungs-Tag plus 5 Monate) vor. Diese Zahlen entsprachen einer Vervielfachung des personellen Ist-Bestandes von 1938. Watson, Prewar, S. 139.

15 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 80 – Im November 1938 hatte der Präsident geschätzt, daß Frankreich über 600, England über 1500 bis 2200, Deutschland aber über 5000 bis 10000 moderne Flugzeuge verfügten. Vgl. Watson, Prewar, S. 137 – Diese Zahlen wichen im Falle Frankreichs/Englands soweit nach unten und im Fall Deutschlands soweit nach oben von den tatsächlich gegebenen Stärkeverhältnissen ab, daß man sich fragen muß, ob Roosevelt wissentlich mit Unter- bzw. Übertreibungen operierte, um bestimmte politische Wirkungen zu erzielen. Vgl. die wahren Stärkeverhältnisse unten Vierter Teil, 2. Kapitel, Anmerkung 2.

16 PRO FO 371/23 989 W 2487 und W 7822: Brief Hoyer Millar, Engl. Botschaft/Washington 2. 2. 39 FO, geheim zu »Vorbereitungen für die ökonomische Kriegführung«, Einkaufsorganisation, Weizeneinkäufe und Lindsay 9. 5. 39 FO zu Einkaufsorganisation, Auftragsvergabe – ebda., W 5842: Aufzeichnung des kanadischen Generals McDougall, undatiert, über Rüstungsfabriken in Kanada sowie ebda., W 6751: Aufzeichnung Stephenson FO 26. 4. 39 über die Mitteilung von Professor Thomson.

16a PRO FO 371/22 813 A 1378: Bericht Haldane 14. 2. 39 FO, vertraulich.

17 Vgl. unten Seite 365.

18 PRO FO 371/22 813 A 1321: Britischer Generalkonsul/New York, Haggard 2. 2. 39 Britischer Geschäftsträger/Washington, Mallet.

19 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 80 – Gespräch FDR 25./26. 3. 39 Willert.

20 PRO FO 371/22 813 A 1378: Bericht Haldane 14. 2. 39 FO, vertraulich.

21 Vgl. Anmerkung 19 – Roosevelt sagte in diesem Gespräch, das nach der Besetzung Prags durch Deutschland stattfand, vor ein paar Tagen hätte er auch noch die Tschechoslowakei einen »Teil der amerikanischen Verteidigung« genannt.

22 Die Hoffnung auf diese Wirkung sprach Welles in seinen mündlichen Erläuterungen zu Roosevelts Weltfriedensplan offen als Endzweck des ganzen Unternehmens aus, als er am 12. 1. 38 zu Lindsay sagte: Sollte der Plan angepackt werden und sich Deutschland und Italien zu ernsthaften Verhandlungen gezwungen sehen, »werden sie durch die Macht der Umstände gezwungen sein, ihre Unterstützung (für Japan – D. B.) in einem Maße zurückzuziehen, daß die japanische Regierung Frieden im Rahmen des Neun-Mächte-Vertrages machen muß.« – PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim – Wie er dem englischen Botschafter in der nächtlichen Unterredung am 19. 9. 38 erklärte, ging Roosevelt nämlich von der Überzeugung aus, »daß die japanische Regierung durch Geheimvertrag verpflichtet ist, Deutschland im Kriegsfall beizustehen.« Lash, Roosevelt, S. 174 – Ein solcher Vertrag kam aber erst 1940 zustande.

23 Waclaw Jedrzejewicz (Ed.), Juliusz Lukasiewicz. Diplomat in Paris 1936–1939. New York 1970, S. 168: Lukasiewicz 4. 2. 39 Beck.

24 Tolstoi, Stalin, S. 79.

25 PRO FO 371/22 797 A 1790: Brit. Hochkommissar/Ottawa 16. 2. 39 Minister f. die Angelegenheiten der Dominions unter Berufung auf eine Äußerung Mackenzie Kings im Zusammenhang mit dem amerikanisch-englischen Handelsvertrag.

# 5.

# Die »Hitler-Chamberlain-Verschwörung«

Was US-Botschafter Bullitt, Roosevelts Auge, Ohr und Arm auf dem europäischen Kontinent, Ende November 1937 auf einer Reise nach Berlin und Warschau hörte, klang beunruhigend. Der französiche Militärattaché in der Reichshauptstadt erzählte ihm von Hitlers sagenhafter Luftüberlegenheit und behauptete, Deutschland rüste schneller und effektiver auf als England und Frankreich zusammen.

Das, was Bullitt anschließend in Warschau erfuhr, schien die Schreckensnachrichten aus Berlin aber noch zu übertreffen. Auf die Frage des amerikanischen Diplomaten, wie sich Polen verhalten werde, wenn Hitler die Tschechoslowakei angreife und es dadurch zum Krieg komme, antwortete der polnische Außenminister Josef Beck ungerührt: Polen werde stillhalten und Prag nicht verteidigen.

In seinem Reisebericht, den er anschließend an den Präsidenten in Washington kabelte, warnte Bullitt vor einem »frühen Krieg« in Europa. Unterstaatssekretär Sumner Welles bezeichnete den Report als

»eines der wichtigsten Informationsstücke, die das Außenministerium seit vielen Monaten erreichte«, [1]

wobei er offen ließ, was ihn mehr beunruhigte: die deutsche Aufrüstung oder die Befürchtung, die europäischen Mächte könnten den deutschen »Drang nach Osten« tatenlos dulden.

Für diese Befürchtung bestand wirklich Anlaß, denn der zweite Mann nach Hitler, Hermann Göring, hatte Bullitt anvertraut, Deutschland suche die Verständigung mit seinem Erzfeind Frankreich, obgleich es andererseits entschlossen sei, die Deutschen in Österreich, im Sudentenland und in Danzig heim ins Reich zu holen. Wahrscheinlich beabsichtigte der Luftwaffen-Chef, der großen Wert auf ein störungsfreies Verhältnis zu den Westmächten legte, die Amerikaner damit zu beruhigen. Denn eine deutsch-französische Verständigung schloß die gewaltsame Wiedervereinigung aller Deutschen natürlich aus. Aber Göring ahnte nicht, daß seine Mitteilung in Washington größte Unruhe bewirkte.

Roosevelt war über die Absicht Englands und Frankreichs, sich mit Deutschland um des lieben Friedens willen zu arrangieren, tief besorgt. Chamberlains designierter Außenminister, Lord Halifax, hatte Hitler und Göring im November 1937 aufgesucht, um die Absichten der deutschen Führung zu erkunden. Daraus schloß Bullitt messerscharf:

»Wir könnten erleben, daß die Erhaltung des Friedens in Europa einfach darauf beruht, daß England und Frankreich die deutsche Herrschaft über Mitteleuropa ruhig hinnehmen.«

Eine deutsche Hegemonie über Europa mit England und Frankreich als Partnern war für das liberal-demokratische Amerika jedoch eine unerträgliche Vorstellung. Ein solches Arrangement mit den »Gangster-Nationen« widersprach nicht nur den moralischen Überzeugungen der Roosevelt-Administration. Es widersprach auch den amerikanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Denn eine Verständigung zwischen den europäischen Hauptmächten würde über kurz oder lang auch die beiden anderen Achsenmächte, Italien und Japan, einbeziehen und auf diese Weise ein weltpolitisches Gravitationszentrum erzeugen, das der amerikanischen Supermacht gefährlich werden konnte. Und der Sowjetunion. Morgenthau hatte schon 1936 erkannt:

»Wenn sich Hitler in Europa bedeckt halten kann, so daß er keinerlei Konflikt an seinen Grenzen hat ... so ist er in der Lage, Japan die Hand zu reichen und Rußland anzugreifen.« [2]

Dies zu verhindern war der zentrale Grundsatz der amerikanischen Strategie und Außenpolitik in den dreißiger und vierziger Jahren. Denn ein deutsch-japanischer Sieg über Rußland, dazu noch im Einverständnis mit England und Frankreich, würde die gesamte eurasische Landbrücke zwischen Wladiwostok und Gibraltar in den Besitz der neuen Mächtekombination bringen, China gefährden und die beiden Amerikas auch.

Um diese Entwicklung abzuwenden, mußten England und Frankreich daran gehindert werden, sich mit Deutschland, Italien und Japan zu verständigen. Das war das oberste Ziel der amerikanischen Politik in den dreißiger Jahren. Es wurde erst 1940 endgültig erreicht, als Hitler Frankreich besiegt hatte und England, die Ausweitung des europäischen Krieges zum Weltkrieg und damit den Verlust seines Weltreiches vor Augen, noch einmal an eine Verständigung mit Deutschland dachte. Damals wurde Premierminister Chamberlain, der ein halbes Jahr später an Krebs starb, von Winston Churchill abgelöst, den Charles de Gaulle nicht ohne Grund »Roosevelts Statthalter in Europa« nannte. [3]

Voraussetzung für diesen Sieg der »Anti-*Appeaser*« über die »*Appeaser*« war ein globaler politischer Bewußtseinswandel. Er setzte 1937 ein und erfaßte allmählich die beiden westeuropäischen Demokratien und alle Staaten, die von ihnen abhingen. Durch ihn wurde Hitler zu einem Monster abgestempelt, das nur noch durch Krieg beseitigt werden konnte.

Natürlich war dieser Wandel vom *Appeasement* zum Anti-*Appeasement* und der daraus folgenden Kriegsvorbereitung auch auf die Achsenmächte zurückzuführen, auf den kriegerischen, undemokratischen und zum Teil unmenschlichen Charakter ihrer Regierungen und ihrer Politik. Das galt insbesondere für das Dritte Reich, auf das sich die Aufmerksamkeit der Roosevelt-Administration freilich auch mit besonderer Intensität konzentrierte. Mit dem politischen

Ansehen, das Hitler bei seinen europäischen Nachbarn und in Japan genoß, stand und fiel gewissermaßen die gesamte Eindämmungsstrategie, die die Vereinigten Staaten gegenüber den Achsenmächten verfolgten. Dieses Ansehen war, ob nun zu Recht oder zu Unrecht, 1937 noch verhältnismäßig groß, aber es war in London oder Paris zu keinem Zeitpunkt unumstritten. In diesen Zwiespalt stießen die Roosevelt-Administration und die liberal-demokratischen Internationalisten in aller Welt mit einer massenpsychologischen Beeinflussungskampagne ohnegleichen hinein.

Die Geister schieden sich damals eher an Hitler und dem Nationalsozialismus bzw. Faschismus als an Stalin und dem Kommunismus. In allen Ländern gab es Leute, die energisch »pro-Nazi« und »pro-*dictator-minded*« waren, die also in der Verständigung mit Deutschland nichts Verwerfliches, sondern vielleicht sogar etwas politisch Wünschenswertes oder Notwendiges sahen, um den Kommunismus einzudämmen. Es gab aber in allen Ländern auch Leute, die aus moralischen und politischen Gründen ebenso energisch »anti-Nazi« und »anti-*dictator-minded*« waren und die sich dafür sogar mit Stalin verbünden wollten. Für die amerikanische Eindämmungsstrategie kam es darauf an, aus diesen Leuten eine handlungsfähige politische Mehrheit gegen Hitler zu machen.

Das liberal-demokratische Amerika, angeführt von der Roosevelt-Administration und dem Präsidenten selbst, wandte dabei grundsätzlich drei verschiedene Mobilisierungsmethoden an.

- Es beschwor erstens die von Hitler und Deutschland angeblich oder tatsächlich ausgehende Kriegsgefahr.
- Es wies zweitens auf das moralisch Verwerfliche einer Verständigung mit dem Deutschland Hitlers hin.
- Hinzukam als dritte Methode die eigene Imagepflege, die Amerika als einen Hort des Friedens, der Demokratie und des Wohlstandes erscheinen ließ.

Ziel dieser drei Methoden war die Herstellung eines globalen Image-Imperiums, [4] das sich an den liberal-demokratischen Werten Amerikas orientierte und als Kontrastprogramm die Herstellung *eines* anti-faschistischen Bewußtseins auf der ganzen Welt.

Die wachsende Abhängigkeit der westeuropäischen Demokratien von den USA durch die Handels- und Währungsabkommen, die Rüstungs- und Flottenkooperation kam dieser Entwicklung natürlich sehr entgegen. Umgekehrt hätte es diese wachsende Abhängigkeit, die England und Frankreich ja auch wachsenden Risiken aussetzte, nicht ohne den politischen Bewußtseinswandel der späten dreißiger Jahre gegeben. So spielte alles zusammen, wobei eigentlich nie ganz klar wurde, welche Gefahr Roosevelt für größer hielt, die Gefahr, die von Hitler, der Wehrmacht und der nationalsozialistischen Ideologie ausging oder die Gefahr, daß sich England und Frankreich trotz allem mit diesem Deutschland verständigten.

Beide Möglichkeiten waren in den Berichten Bullitts aus Berlin und Warschau angelegt. Aber für den Präsidenten liefen sie bereits 1937 auf ein und dasselbe

hinaus: Auf seine Überzeugung von der Unvermeidbarkeit eines Krieges gegen Hitler. Der Unterschied bestand nur darin, daß Hitler allein leichter zu schlagen war und daß seine vorherige Stärkung durch eine Zustimmung Englands und Frankreichs zur deutschen Ostexpansion die Anzahl der Opfer unvermeidlicherweise erhöhen würde.

Dieses Argument, daß die Kriegsgefahr um so größer werde, je mehr sich die europäischen Mächte auf eine friedliche Koexistenz mit Hitler einließen, war sogar die wirksamste Waffe in diesem Weltbewußtseinskrieg. Eigentlich widersprach es den Gesetzen der politischen Logik. Denn im Grunde mußte man ja annehmen, daß die Kriegsgefahr um so geringer werde, je mehr es gelang, Hitler von den Vorteilen eines friedlichen Ausgleichs zu überzeugen. Genau das war die Hoffnung der *Appeaser*. Die Anti-*Appeaser* befürchteten dagegen, daß Hitlers Appetit um so größer werde, je mehr man ihm in den Rachen stopfe und daß er unbesiegbar werde, wenn man ihm erlaube, bis zum Schwarzen Meer vorzustoßen und sich auf dem Weg dorthin das rumänische Öl anzueignen.

Roosevelts Anti-These von der Unvermeidbarkeit eines Krieges stellte denn auch das *Appeasement* in die Perspektive einer durch falsche Nachgiebigkeit verursachten Massenvernichtung, die ihren Eindruck auf die europäische Öffentlichkeit – verängstigt, schwankend und orientierungslos, wie sie seit dem Ersten Weltkrieg war – nicht verfehlte. Und der wachsende Einfluß Amerikas zeigte sich allein schon darin, daß Hitler immer weniger Anhänger für seine Auffassung fand, daß auf die Dauer nur eine säuberliche Scheidung zwischen Amerika und Europa – er sprach in diesem Zusammenhang von einer »europäischen Monroe-Doktrin« [5] – den Frieden garantieren könne.

Die Verzweiflung der Europäer über ihre Uneinigkeit und die daraus resultierenden Konflikte kamen der amerikanischen Kampagne für die *eine* Welt entgegen. Nach Meinung rechter und linker Kreise in Frankreich war der »Endsieg« der Deutschen nur noch durch einen kühnen Plan zur Vereinigung Europas unter amerikanischer Schirmherrschaft aufzufangen – gedankliche Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg Wirklichkeit wurden. Doch sollten die USA eine entsprechende Initiative »so leise wie möglich« [6] ergreifen.

Roosevelt griff auf diese Anregungen und auf eigene Überlegungen zurück, als er seinen Weltfriedensplan am 12. Januar 1938 unter strengster Geheimhaltung vom Stapel ließ. Er richtete ihn allerdings nicht an die französische Adresse, wie man in Paris gehofft hatte, sondern an die englische mit der dringenden Bitte, den Franzosen nichts davon zu verraten. Nur Chamberlain und niemand sonst sollte die Friedensvorschläge des amerikanischen Präsidenten vor ihrer Veröffentlichung zu Gesicht bekommen.

Die fast konspirativen Umstände, unter denen Roosevelts Initiative anlief, hatten einen ganz einfachen Grund. Die kleinste Indiskretion während der Vorbereitungsphase hätte weltweites Aufsehen erregt, zu hochnotpeinlichen Rückfragen im amerikanischen Kongreß geführt und den Präsidenten unter

Umständen der Gefahr einer Amtsenthebung ausgesetzt. Schließlich hatten seine innenpolitischen Gegner schon immer befürchtet, Roosevelt werde sein Land auf die eine oder andere hinterlistige Weise in die Konflikte der Welt verstricken.

Natürlich hatte der Präsident nicht vor, die angestrebte Weltkoalition gegen Hitler, Mussolini und die Japaner ein für allemal geheimzuhalten. Im Gegenteil, die überraschende, spektakuläre und unwiderrufliche Herstellung der Weltöffentlichkeit war unmittelbarer und wichtigster Bestandteil seines Planes. Am 22. Januar 1938 wollte Roosevelt das gesamte Diplomatische Korps extra zu diesem Zweck im Weißen Haus zusammenrufen. Die Bekanntgabe seiner Vorschläge vor diesem erlauchten Kreis würde ihnen eine weltweite Publizität und Wirksamkeit sichern.

Wie Wilson mit seinen »Vierzehn Punkten« verfolgte Roosevelt die Vorstellung von einer »öffentlichen Diplomatie«, die zu den alten Utopien des liberaldemokratischen Lagers zählte. Schon Wilson hatte versucht, die finstere Geheimdiplomatie der europäischen Kabinette durch eine

> »Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der regierten Völker und aufrechterhalten durch die organisierte öffentliche Meinung der Menschheit«

abzulösen. [7] Wie weit sich die amerikanische Utopie bereits theoretisch im Völkerrecht durchgesetzt hatte, bewies die Präambel der Völkerbundsakte, derzufolge es darauf ankam,

> »in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre beruhende Beziehungen zwischen den Völkern zu pflegen«. [8]

In dieser Beziehung war Roosevelt ein gelehriger Schüler Wilsons. Aber auch in diesem Fall verband sich der ideale Vorsatz wieder mit dem globalen Machtinteresse der Vereinigten Staaten. Denn es war klar, daß in einer Diplomatie, die die öffentliche Meinung bestimmte, diejenige Macht die größten Vorteile einstreichen würde, der es gelang, ihre veröffentlichte Meinung am wirksamsten zu organisieren. Diese Macht war niemand anderes als die USA, deren Medien damals bereits alles, was in Europa an Presse, Rundfunk und Film existierte, an Reichweite, Wirksamkeit und imaginativer Kraft übertrafen. Wenn Stalin fragte, wieviel Divisionen der Papst habe – eine treffende Anspielung auf die immaterielle Macht des katholischen Oberhirten – dann war es in den dreißiger Jahren nicht verkehrt, danach zu fragen, wieviele Journalisten der amerikanische Präsident hatte, um seine publizistische Macht zu taxieren.

Außer Walter Lippmann und Dorothy Thompson, den beiden Zelebritäten des politischen Journalismus, wären hier etwa die Engländer Vernon Bartlett, A. J. Cummings oder der Franzose Wladimir d'Ormesson zu nennen. Lippmann und Thompson verkörperten in Amerika soviel öffentliche Macht, wie manche mitteleuropäische Regierung. Der Ex-Geheimdienstoffizier Walter Lippmann hatte bereits Präsident Wilson bei der Abfassung seiner »Vierzehn Punkte«

beraten. Er gehörte wie seine Kollegin Dorothy Thompson zu jener Sorte von Meinungs-Großmogulen, von denen sich Europa damals noch keine rechte Vorstellung machte.

Für seine berühmte Kolumne »*Today and Tomorrow*« (Heute und Morgen), die als Wegweiser durch das weltpolitische Dickicht regelmäßig in der *New York Herald Tribune* erschien, erhielt Lippmann ein Jahresgehalt von 25000 Dollar, für damalige Verhältnisse ein märchenhaftes Salär. Weitere Privilegien, die mit seiner Ausnahmestellung verbunden waren, dürften seine Einkünfte auf rund 60000 Dollar pro Jahr gesteigert haben. Damit gehörte Lippmann zu den Großverdienern unter den Journalisten. Obwohl innenpolitisch ein Gegner Roosevelts und auch außenpolitisch längst nicht in allen Fragen mit ihm einig, galt Lippmann als publizistischer »Moses des Liberalismus« *(Time)*. Seine Artikel wurden überall im Land nachgedruckt. Sie bildeten die politische Meinung einflußreicher Kreise in Wirtschaft und Politik.

In einer Reihe von Vorträgen, die er Mitte Februar 1938 in Chicago unter dem Titel »Die amerikanische Schicksalsbestimmung« hielt – Chicago war eine Hochburg des sogenannten »Isolationismus« – schlug Lippmann das große Thema seiner Epoche an: Die Vereinigten Staaten müßten bei der Regulierung des Weltgleichgewichts das Erbe Englands antreten. [9] Frau Thompson, Ehefrau des amerikanischen Schriftstellers und Nobelpreisträgers Sinclair Lewis (»*Main Street*«, »*Elmar Gantry*«), hatte nach dem Ersten Weltkrieg in Wien und Berlin als Auslandskorrespondentin gearbeitet. Nach einem gehässigen Interview mit Hitler, zu dem sie angetrunken erschienen war, wurde sie 1935 aus Deutschland ausgewiesen. In ihrer außenpolitischen Kolumne, die sie im Wechsel mit Lippmann in der *New York Herald Tribune* publizierte, und in der *Washington Post* betrieb sie einen ideologischen Privatkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland mit breiter öffentlicher Wirkung. Nach englischen Schätzungen erreichte sie 1939 rund sieben Millionen Leser.

Es war Arthur Krock, außenpolitischer Star-Autor der *New York Times*, mit dem Roosevelt 1936 seinen Weltfriedensplan diskutierte. Im Grunde lief dieser Plan auf den Versuch hinaus, die amerikanische Öffentlichkeit mit Hilfe der Weltöffentlichkeit zu überrumpeln. [10] Durch die schockartige Veröffentlichung seiner Vorschläge hoffte der Präsident, zunächst die Regierungen in aller Welt, möglichst auch die Diktatoren, dazu zu bringen, sich seiner Initiative anzuschließen. Das aber war nur der erste Schritt.

Den zweiten und entscheidenden Schritt auf dem Wege zu *einem* politischen Weltbewußtsein hoffte Roosevelt dann im eigenen Land zu tun. Die einmütige Reaktion der Weltöffentlichkeit sollte die konservativ-protektionistische Opposition Amerikas veranlassen, ihren Widerstand gegen den Internationalismus der liberal-demokratischen Koalition aufzugeben, das ärgerliche Neutralitätsgesetz abzuschaffen und dem Präsidenten freie Hand bei der Schlichtung der internationalen Konflikte zu lassen. Auf diese Weise würde der Weg dann frei werden für die Neudefinition der amerikanischen Stellung in der Welt, für eine neue und effektivere Weltorganisation unter amerikanischer

Führung und für die Entmachtung Hitlers, Mussolinis und der japanischen Militärdiktatur. »Wiederherstellung des Einflusses demokratischer Regierungen«, nannte es der Unterstaatssekretär Welles unauffällig. [11]
Voraussetzung für das Gelingen des ganzen Manövers war jedoch die vorherige Zustimmung und Unterordnung Englands, Ziel des geheimen Notenwechsels im Januar 1938. Nur wenn sich Chamberlain rückhaltlos hinter den Weltfriedensplan stellte, konnte Roosevelt daran denken, mit ihm an die Öffentlichkeit zu treten. Nicht nur, daß die Eintracht zwischen zwei Ländern, die den Welthandel, die Weltfinanzen, die Weltmeere und die Weltrohstoffreserven kontrollierten, ihren Eindruck auf die Weltöffentlichkeit kaum verfehlen würde. Vielmehr konnte der amerikanische Präsident seine neue Weltführungsrolle nur dann vor dem Kongreß und den Medien seines Landes rechtfertigen, wenn sich auch England seiner Führung anvertraute. Weigerte sich Chamberlain aber oder lieh er dem Unternehmen nur lauwarme Unterstützung, würde die amerikanische Öffentlichkeit aus denselben Gründen gegen Roosevelts Vorhaben sein, aus denen sie seinerzeit den Beitritt Amerikas zum Völkerbund bekämpft hatte. Vorbei wäre es dann zunächst mit der globalen Präsidentschaft. Die Rivalität Amerikas und Englands um die Führung der Welt würde über die Utopie der *einen* Welt triumphieren, und Chamberlain würde sich mit Hitler einigen.
Wenn man bedenkt, was alles auf dem Spiele stand, kann man die Enttäuschung verstehen, die Roosevelt empfand, als ihm der englische Premierminister im Januar 1938 bedeutete, er würde eine Verschiebung des Weltfriedensplanes »für eine kurze Zeit« lieber sehen. [12] Denn aufgeschoben war hier wirklich soviel wie aufgehoben. Darauf deuteten der Tenor von Chamberlains Antwort und alle anderen Informationen über seine politischen Absichten hin. Und nun trat das ein, was der Präsident dem Premierminister von vornherein in brüsker Offenheit angedroht hat. England wurde für seine Absage von der liberal-demokratischen Koalition, deren Verbindungen von Amerika aus bis tief in die Innenpolitik und Medienlandschaft aller europäischen Länder reichte, vor aller Welt in den Anklagezustand versetzt.
Welles hatte das drohende Übel gegenüber Botschafter Lindsay in unmißverständlichen Wendungen beschrieben:

> »Die Regierung Seiner Majestät wird von der Regierung der Vereinigten Staaten getadelt werden, sollte sie den Plan durch einen Mangel an Unterstützung zum Scheitern bringen, was den ganzen Fortschritt vernichten würde, den wir in den letzten beiden Jahren gemacht haben.« [13]

Der Fortschritt der letzten beiden Jahre? Das war die «*cash & carry*«-Klausel des Neutralitätsgesetzes, das war die Identifizierung der Roosevelt-Administration mit der Friedensbewegung, das war die allmähliche Vorbereitung der amerikanischen Nation auf ihre Weltführungsrolle durch Hulls »Acht Säulen des Friedens«, durch Roosevelts »Quarantäne«-Rede, durch gigantische Flottenbauprogramme. Das alles und die von Roosevelt anvisierte Befriedung der Diktaturen

wurde durch Chamberlains Absage entwertet wie der Dollar durch einen Währungsschnitt, ein »schwarzer Freitag« für Roosevelts Außenpolitik.
Was folgte, war eine gnadenlose Kampagne gegen Chamberlains *Appeasement*-Politik. Sie endete nicht am 1. September 1939, als der Zweite Weltkrieg begann. Sie endete auch nicht am 10. Mai 1940, als Chamberlain zum Rücktritt gezwungen wurde oder am 9. November 1940, als er starb. Die Kampagne zittert bis heute in den zeitgeschichtlichen Kontroversen nach, weil mit ihr die Frage nach der Kriegsschuld verbunden ist. Winston Churchill, der Nachfolger Chamberlains und Befürworter des Weltfriedensplanes, schrieb dazu den bedeutungsschwersten Satz:

»Wir müssen die Ablehnung (des Planes durch Chamberlain – D. B.) . . . als Preisgabe der letzten Chance betrachten, die Welt auf andere Weise als durch Krieg von der Tyrannei zu erretten.« [14]

Klarer konnte man nicht zum Ausdruck bringen, daß mit dem Fortfall von Roosevelts Weltfriedensplan auch das entfiel, was allenfalls friedlich an ihm genannt werden konnte, nämlich der Versuch einer Schlichtung der Weltkonflikte durch einen »gemeinsamen Akkord aller Mächte«. Was nach Chamberlains Absage blieb, war nur noch die stählerne Seele des Roosevelt-Planes, das informelle Flottenbündnis zwischen Amerika und England, die gemeinsame, sich stetig steigernde Nachrüstung, der allmähliche Übergang von der defensiven zur offensiven Rüstung, der immer deutlicher zutage tretende Wille zum Krieg diesseits und jenseits des Atlantiks. Was blieb, waren auch die Diktaturen, der beängstigende Charakter ihrer Herrschaftsformen und Politik. Was blieb, waren schließlich die Versuche Chamberlains, zwischen der Skylla eines »faschistischen Friedens« und der Charybdis eines neuen Weltkrieges irgendeinen gangbaren Weg für England und das Empire zu finden.
Dieser Weg wurde 1938/39 durch das liberal-demokratische Amerika Roosevelts planmäßig zerstört. In einer öffentlichen Kampagne ohnegleichen, die man in beschönigender Weise einen »Erziehungsfeldzug« nannte, gelang es dem amerikanischen Präsidenten, sich während der Tschechoslowakei-Krise in dem Maße zum moralischen Weltführer hochzustilisieren, wie er seinen englischen Gegenspieler Chamberlain und alle anderen *Appeaser* moralisch diskreditierte. Der Bewußtseinswandel der Öffentlichkeit diesseits und jenseits des Atlantiks vollzog sich mit derselben Gesetzmäßigkeit, mit der eine Waage funktioniert: Hebt sich der eine Arm, senkt sich der andere, und Chamberlain konnte nicht verhindern, daß er am Ende auf der Strecke des öffentlichen Ansehens ganz unten saß.
Abgesehen von den politisch-publizistischen Hilfstruppen, deren sich der Präsident bediente, waren in einer gewissen Weise Hitler und Mussolini die besten PR-Agenten Roosevelts. Sie taten meistens das, von dem der Präsident bereits behauptet hatte, daß sie es tun würden. Und da sich die wenigsten Journalisten und Politiker der westlichen Welt damals Gedanken darüber machten, welche Motive diese Taten hatten und ob sie am Ende vielleicht nur

die Folge jener alarmierenden Reden waren, die der amerikanische Präsident im Munde führte, sah es so aus, als würde Roosevelt mit seiner Behauptung stets recht behalten, die Diktatoren seien zum Frieden nicht fähig.

Der Polarisierung der Meinungen, die mit diesem Prozeß verbunden war, kam wiederum die amerikanische Neigung entgegen, die Welt in ein Gut und ein Böse einzuteilen, und so konnte die amerikanische Schicksalsbestimmung schließlich wieder einmal darin bestehen, dem Guten endgültig zum Sieg zu verhelfen. In einer so einfach strukturierten Welt, die sich nur noch um einen moralischen Gegensatz zu drehen schien, war kein Platz mehr für die komplizierte Politik Chamberlains, die sich ganz pragmatisch an den englischen Interessen orientierte. Ganz abgesehen davon, daß es nach der Überzeugung Roosevelts und seiner liberal-demokratischen Koalition in einer vom Nazismus gereinigten Welt auch keinen Platz mehr für das englische Empire geben durfte.

Roosevelts Geschick im Umgang mit den Medien bestand darin, daß er es verstand, die moralische Entrüstung, die viele Menschen über den Faschismus empfanden, wie Wasser auf die Mühlen der amerikanischen Herrschaftsinteressen zu leiten, so daß am Ende die Mehrheit fand, Amerika müsse endlich die moralische und politische Führung der Welt übernehmen. Dabei wurde er von einer großen Anzahl prominenter Leute diesseits und jenseits des Atlantiks unterstützt, die mit dem Präsidenten entweder dessen moralische Überzeugungen oder, vielleicht aus ganz anderen Gründen, dessen politischen Ziele teilten.

Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, der Carnegie-Stiftung und einer der mächtigsten Intellektuellen Amerikas, hielt zum Beispiel im Juni 1938 eine vielbeachtete Rede vor dem »*American Club of Paris*«, in der er die Behauptung aufstellte, die Welt scheine sich jenem Augenblick anzunähern, in dem der uralte Gegensatz zwischen Macht und Moral verschwinde, da er verbannt und aufgehoben werde durch die *Pax Americana*. Da Butler zu den geistigen Autoritäten seiner Zeit gehörte, glaubte man ihm seine These.

Obwohl sie das Neutralitätsgesetz intern verfluchte, tat die Roosevelt-Administration außerdem so, als würde sie sich nur für die internationale Moral interessieren und als hätte Amerika, neutral und isolationistisch, wie es angeblich war, mit den profanen Händeln dieser Welt nur wenig zu schaffen. Als zentraler Inhalt des amerikanischen Image-Strategie konnte so allmählich der Eindruck entstehen, es handle sich bei den Vereinigten Staaten um eine Macht, deren Verhalten völlig friedfertig und selbstlos sei.

An diesem Eindruck arbeitete Roosevelt kräftig mit. Er war in der Außenpolitik der wichtigste, beste und raffinierteste Öffentlichkeitsarbeiter seines Landes. Einerseits drohte Roosevelt den Diktatoren für den Fall, daß sie einseitige, völkerrechtswidrige oder aggressive Akte begingen, die Feindschaft Amerikas an. Andererseits vermied der Präsident jede verpflichtende Bindung an die westeuropäischen Demokratien. Auf diese Weise bezog Roosevelt moralisch eindeutig Stellung, er war »im Herzen nicht neutral«, wie er einem Freund einmal schrieb. [16] Aber er legte sich nicht auf die Methoden und Ziele

der englischen und französischen Politik fest, und so konnte er gegen »das Böse« sein, ohne »das Gute« an Amerika zu korrumpieren.
Ebenso geschickt verhielt sich Roosevelt in der Frage nach Frieden und Krieg.

»Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wird die Regierung nur bei Maßnahmen friedlicher Kooperation mit anderen friedliebenden Ländern unterstützen, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen der Kooperation dazu bestimmt sind, die Prinzipien des internationalen Rechts und der internationalen Moral zu begründen und aufrechtzuerhalten«,

hielt der grenzenlos enttäuschte Präsident dem englischen Premierminister vor, nachdem dieser Roosevelts Weltfriedensplan abgelehnt hatte. [17] Damit war die amerikanische Hilfe nicht nur auf andere »friedliebende Länder« beschränkt, sondern auch noch an die Bedingung geknüpft, daß diese Länder etwas für das internationale Recht und die internationale Moral zu tun beabsichtigten. Da dem England Chamberlains von der liberal-demokratischen Internationale jedoch ständig vorgeworfen wurde, es verfolge nur engstirnige nationale und daher unmoralische Ziele, mußte es sich darauf einstellen, im Kriegsfall ohne amerikanische Hilfe zu bleiben.
Auf diese Weise ermutigte Roosevelt den englischen Premierminister nicht, in der Tschechoslowakei-Krise des Jahres 1938 das Risiko eines Krieges gegen Hitler einzugehen. Im Gegenteil zwang er ihn indirekt zu einer vorsichtigen Vorgehensweise, die Chamberlain wiederum wachsender Kritik im liberal-demokratischen Lager aussetzte. Das hatte auf das Image Chamberlains eine verheerende Wirkung, weil sich durch diese zum Teil ziemlich unsachliche Kritik in der Öffentlichkeit der Eindruck festsetzte, der englische Premierminister verursache mit seiner Friedenspolitik den Krieg, während der militante Präsident dem Frieden diene.
Selbst die Bischöfe der anglikanischen Kirche, von Roosevelts Friedenspropaganda angesteckt, mahnten ihren Premierminister im Sommer 1938, »gewisse moralische Grundsätze der Weltführung« seien wichtiger als »die Aufrechterhaltung des Friedens«. [18] Pierre Cot, bis 1937 französischer Luftfahrtminister, forderte im englischen *News Chronicle*, einem der bissigsten Anti-Chamberlain-Blätter, die Vernichtung der faschistischen Mächte durch eine eiserne Wirtschaftsblockade. Und der englische Literat und Anti-Appeaser Harold Nicolson fand,

»daß der Konflikt eigentlich gar nichts mit der Tschechoslowakei zu tun hat, sondern den Endkampf zwischen den Prinzipien des Rechts und der Gewalt darstellt, und daß . . . es für uns nahezu unmöglich ist, beiseite zu stehen, wenn Deutschland die Tschechoslowakei angreift und Frankreich hineingezogen wird.« [19]

Tatsächlich schlug der Pazifismus der Nachkriegszeit in England damals allmählich in die militante Kreuzzugsstimmung einer neuen Vorkriegszeit um, und die liberal-demokratischen Medien waren daran ebenso beteiligt, wie Hitlers Kriegstreiberei in der Tschechoslowakei. Die Frage nach Krieg oder

Frieden wurde 1938 eine Frage nach »Gut« oder »Böse«, wobei derjenige als immer »böser« galt, der im Interesse seiner Nation den Frieden höher stellte als jede Moral.

Auf diese Weise geriet der englische Premierminister zunehmend in Verruf, währenddessen Roosevelts Stern immer heller strahlte. Das Image des Engländers wurde gerade von jenen Reportern, Korrespondenten und Kolumnisten verdunkelt, die aus der Neuen Welt herüberkamen, um mit einer Mischung aus Selbstgerechtigkeit, Naivität und Schadenfreude zu beobachten, wie sich die Alte Welt wieder einmal in ihren Schmerzen wälzte.

Zu diesen Journalisten, für die Grenzen, Kosten und technische Probleme meist keine Rolle spielten, zählte auch William Shirer, Europa-Korrespondent der amerikanischen Rundfunkgesellschaft CBS. Der wendige Mann aus New York verfügte über gute Kontakte zur Roosevelt-Administration und zum Präsidenten persönlich. Er war heute in Prag, um den tschechoslowakischen Rundfunk bei der Einrichtung eines Kurzwellensenders zu beraten, morgen in Rom, um das Treffen zwischen Mussolini und Hitler zu kommentieren, übermorgen in Genf, um sich über die Meinungen des Völkerbundes zu informieren, überübermorgen in Warschau, um ein paar Freunde im polnischen Außenministerium zu besuchen. Shirer zählte zu den Informanten und Meinungsmachern, die das Bild der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit von der europäischen Krise allein schon durch ihre Omnipräsenz, mehr aber noch durch ihre liberal-demokratischen Überzeugungen prägten.

Shirer war von der Unvermeidbarkeit des Krieges gegen Hitler ebenso überzeugt wie von der Notwendigkeit des amerikanischen Weltführungsanspruches, vertreten durch den Präsidenten. »Roosevelt«, so schrieb er nach einem Heimaturlaub in Washington, [20]

> »sieht die europäische Lage richtig, aber weil er die Gefahr sieht, nennen ihn seine Gegner einen Kriegstreiber«.

Shirer, zu dessen freien Mitarbeitern Winston Churchill zählte, war entsetzt über die »defätistische Panik«, die Europa nach der Konferenz von München erfaßte. [21]

An der Erzeugung einer Kriegspanik waren Leute wie Shirer vorher nicht immer ganz unschuldig gewesen. In Erwartung des nahenden Kriegsausbruches war der US-Journalist drei Wochen vor München, am 9. September 1938, wieder einmal nach Prag gereist, wo Gerüchte über deutsche Truppenmassierungen an der tschechoslowakischen Grenze kursierten. Alles wartete mit nervöser Spannung auf die Rede, die Hitler am 12. September auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg hielt. Als diese Rede überraschend milde ausfiel, notierte Shirer enttäuscht in sein Tagebuch: »Es gibt keinen Krieg.« [22]

Sein Kollege Ed Murray in London, der die CBS-Aktivitäten in Europa koordinierte, war offenbar anderer Meinung. Er gab Shirer ab sofort täglich fünf Minuten Sendezeit aus Prag, für damalige Verhältnisse »ein revolutionäres

Hörfunkgeschäft« (Shirer). Es vermittelte Millionen amerikanischer Hörer das prickelnde Erlebnis, an ihren Lautsprechern den Ausbruch eines Krieges mitzuerleben, der dann wegen Chamberlains unmoralischer Nachgiebigkeit gegenüber Hitler doch nicht stattfand.

Am 13. und 14. September – Chamberlain bereitete gerade seinen Besuch bei Hitler in Berchtesgaden vor, um den Frieden zu retten – versammelten sich die amerikanische Presse im Prager Hotel »*Ambassador*«. Sie wollte den angeblich unmittelbar bevorstehenden Kriegsausbruch auf der »richtigen«, nämlich auf der tschechoslowakischen Seite miterleben. Korrespondenten der großen Nachrichtenagenturen *United Press International* (UPI) und *Associated Press* (AP) waren dabei, Red Knickerbocker vom *International News Service*, zwei Leute von der *Chicago Daily News*, Walter Kerr von der *New York Herald Tribune*, zwei weitere Journalisten von der *New York Times* und William Shirer.

Er hörte, daß die UPI-Korrespondentin Phoebe Packard von ihrem Chef McCormick per Telefon generalstabsmäßige Anweisungen erhielt, wie sie den kommenden Krieg zu »*covern*« habe: »Kriege beginnen immer abends, seien Sie abends an Ort und Stelle«, lautete McCormicks fachmännischer Ratschlag. [23] Aus dem Sudentenland liefen in der kommenden Nacht Meldungen ein, der Krieg sei bereits ausgebrochen, aber sie bestätigten sich nicht.

Als die Waffen am 18. September immer noch schwiegen, wurde Shirer von Murray nach Berlin dirigiert. Von dort aus sollte der Korrespondent nach Bad Godesberg weiterreisen, um über das zweite Treffen zwischen Chamberlain und Hitler zu berichten. Vorher setzte sich Shirer mit zwei Freunden im Londoner Foreign Office in Verbindung, um sie über die bevorstehende Abtretung des Sudentenlandes an das Dritte Reich zu informieren. Von diesem empörenden Vorgang hatte ihm Murray erzählt, der die Neuigkeit wieder aus anderen Quellen hatte.

Auf dem Berliner Bahnhof Friedrichstraße veranstaltete Shirer bei seinem Zwischenaufenthalt eine improvisierte Hörfunkdiskussion mit anderen Europakorrespondenten, die direkt nach New York übertragen wurde. Sie alle, von Shirer nach eigenem Gusto ausgewählt, waren gegen Chamberlains Verrat an der Tschechoslowakei, so daß in Amerika der Eindruck entstand, ganz Europa sei dagegen. Im Bad Godesberger »Hotel Dreesen«, wo er den nervösen Hitler aus nächster Nähe beobachtete, hörte Shirer zum ersten Mal die Geschichte vom »Teppichfresser«. Der Journalist hielt diese Story für authentisch, weil er mit vielen seiner Gesinnungsgenossen die haßerfüllte Ansicht teilte, Hitler sei ein Verrückter, der im Grunde in eine psychiatrische Anstalt gehöre, nicht aber in die Berliner Reichskanzlei.

Der »Teppichfresser«-Tick bestimmte das Hitler-Bild fast ebenso lange, wie der Eindruck Shirers, der englische Premierminister habe die Tschechoslowakei in Bad Godesberg für einen Judaslohn von »fünf Cents« verkauft, das Bild Chamberlains bestimmte. Obwohl diese Meinungen nur zu einem geringen Teil auf einer wirklichen Kenntnis der Tatsachen, überwiegend aber auf Shirers

Vorurteilen beruhten, setzten sie sich im öffentlichen Bewußtsein fest, so daß sie nach dem Krieg große Partien unseres Geschichtsbildes bestimmten.
Manche dieser Quasi-Informationen waren sogar geeignet, den Gang der aktuellen Ereignisse zu beeinflussen. Mit Angst und Sorge wartete die Weltöffentlichkeit auf die Rede, die Hitler am 26. September 1938, auf dem Höhepunkt der Tschechoslowakei-Krise, im Berliner Sportpalast halten würde. Viele Beobachter, darunter auch solche, die keine Sympathien für den Diktator empfanden, urteilten hinterher, seine Ausführungen hätten die Krise nicht weiter verschärft. Dagegen hörte sich Shirers Kommentar, »Hitler hat endgültig alle Brücken hinter sich abgebrochen«, so an, als sei eine Fortsetzung der Verhandlungen zwecklos geworden und als stünde der Krieg jetzt vor der Tür. Um so überraschter mußten Shirers Hörer drei Tage später feststellen, als sich der Korrespondent von der europäischen Gipfelkonferenz in München meldete, daß der Krieg doch nicht ausgebrochen war:

»Sein (Hitlers) Abwarten zehn kurze Tage lang hat den Frieden in Europa gerettet – ein seltsamer Kommentar über diesen kranken, dekadenten Kontinent«,

lauteten die Worte, die Shirer durch den Äther sandte. [24]
Die Meinungen darüber, was die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch die vier europäischen Hauptmächte für das System der kollektiven Sicherheit bedeute, gingen erheblich auseinander. Die *New York Times* meinte:

»Dies ist das Ende des gesamten Sicherheitssystems . . . weil nun demonstriert worden ist, daß Gewalt allein der bestimmende Faktor in den Beziehungen der Nationen ist.« [25]

Die Londoner *Times* schlug mit der Bemerkung zurück, dies sie

»eine eigenartig paradoxe Ansicht über ein System, das in Wirklichkeit die organisierte Unsicherheit gewesen ist . . .« [26]

Immerhin herrschte nach München in Europa kurzfristig die Erleichterung darüber vor, daß es keinen Krieg gegeben hatte. Chamberlain wurde überall als großer Friedensmacher gefeiert. Obwohl dieses Vergnügen nur von kurzer Dauer war, beeindruckte es den publicitybewußten Roosevelt so, daß er Chamberlain einen Glückwunsch sandte. Das Telegramm, bestand nur aus den Worten »*Good Man*«, was alles und nichts bedeuten konnte. [27] Nach allem, was diesem Ereignis vorausgegangen war, drückten sie weniger die wahren Überzeugungen des Präsidenten aus, als vielmehr seine Befürchtung, er würde andernfalls den Zug in Richtung Frieden verpassen.
Nach München aber setzten Roosevelt und die anderen Gegner des englischen *Appeasements* alles daran, daß der Zug mit wachsender Geschwindigkeit in die entgegengesetzte Richtung fuhr. Sie interessierten den Durchschnittsamerikaner wieder lebhafter für Europa. Sie brachten seine Gefühle für die amerikanischen Ideale, gegen die teuflischen Nazis und gegen die dekadenten Engländer in Wallung. Sie gewöhnten seine Gedanken mehr denn je an die Selbstverteidi-

gung der Vereinigten Staaten, von der die Versorgung Englands und Frankreichs mit amerikanischen Flugzeugen offenbar nur ein Teil war.
Zwar versprach der Präsident seinen Wählern immer noch, er werde Amerika aus dem Krieg heraushalten. Aber je weiter Rüstung und Rünstungskooperation der drei Westmächte voranschritten, desto stärker wurde auch in Amerika das Bewußtsein, daß sich der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten nicht auf immer und ewig vermeiden ließ. Roosevelts Rüstungspolitik verlieh dem faktischen Bündnis mit England und Frankreich eine so normative Kraft, daß sie schließlich auch Chamberlain auf den amerikanischen Beistand einzurichten begann.
Um die Kriegsbereitschaft der amerikanischen Nation zu steigern, scheute Roosevelt nicht einmal vor dem Mittel der Täuschung zurück.

»Ich nehme irgendeinen besonderen Hasen«,

schilderte er im Frühjahr 1939 einem Freund seine Methoden, [28]

»scheuche ihn zehn Tage lang furchtbar herum, bis ich einen anderen finde. Es ist eine nützliche Technik, da die Politiker alles, was ich sage, wichtigtuerisch an ihre Heimatredakteure weitergeben. Mein jetziges Spiel geht mit den Kanarischen Inseln. Ich frage meine Gesprächspartner: Habt ihr schon etwas von dem großen Luftstützpunkt gehört, den die Deutschen dort gebaut haben? Seid ihr euch bewußt, wie sehr das den Mittleren Westen (der USA) bedroht? Wißt ihr, daß es von den Kanarischen Inseln nach Brasilien nur 1500 Meilen sind? Kennt ihr die ungeheuer große deutsche Bevölkerung in Brasilien? Seht ihr, daß Brasilien in einer bequemen Flugentfernung zu Yucatan (in Mittelamerika) liegt und Yucatan zur texanischen Küste und die texanische Küste zum Mississippi-Tal?«

In Wirklichkeit hatten die Deutschen gar keinen Luftstützpunkt auf den Kanarischen Inseln, die selbst noch im Kreig neutral blieben. Aber die ahnungslosen Politiker aus dem Mittleren Westen Amerikas wußten es nicht besser, und so blieb ihnen nichts anderes übrig als dem Präsidenten zu glauben, eine deutsche Invasion stehe bevor. Schließlich hatten sie in den letzten zwei Jahren schon oft gehört, die deutschen Nazis seien zu allem fähig.
Das aber war nur die tägliche Kleinarbeit. Daneben hielt Roosevelt seine flammenden Reden, in denen sich nach wie vor das lichte Pathos der amerikanischen Ideale mit den düsteren Prophezeiungen des bevorstehenden Krieges mischten. Diese Fanale sollten den Staaten Europas jene Hoffnung auf amerikanischen Beistand geben, die sie brauchten, um der Verlockung eines Arrangements mit den Nazis zu widerstehen. Daß sie Hitler immer mehr in die Enge trieben, stand auf einem anderen, der Öffentlichkeit weniger zugänglichen Blatt. Geheime Dokumente verrieten, daß man im Westen den kritischen Zustand des nationalsozialistischen Deutschlands erkannt und sein Ende beschlossen hatte – sei es durch eine Verschärfung der Krise, die in einen Sturz Hitlers münden mochte, sei es durch einen Krieg, falls der Diktator sein Heil in einem außenpolitischen Abenteuer suchen sollte. [29]
Chamberlain vermochte sich der Dynamik dieser Entwicklung nicht zu entzie-

hen, wenngleich er sich immer noch darum bemühte, seinem Land die letzte Freiheit der Entscheidung über Frieden oder Krieg zu bewahren. Angesichts des zunehmenden Anpassungsdrucks, der von der öffentlichen Meinung Amerikas und Englands ausging, war an ein »zweites München« ab Dezember 1938 aber nicht mehr zu denken, obwohl es noch immer Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland gab. Freilich, auch sie mußten nach dem Einmarsch Hitlers in die Rest-Tschechoslowakei im März 1939 eingestellt werden.

Das einzige, was Chamberlain blieb, um die immer raschere Drift in Richtung auf den Krieg ein wenig abzubremsen, war der Versuch, das 1938/39 stark anschwellende Rüstungstempo Englands nicht für politische Demonstrationszwecke auszunutzen. Dieses letzte Reservat der englischen Selbständigkeit, das zum großen Teil von wirtschafts- und finanzpolitischen Sachzwängen diktiert wurde, half Chamberlains Image in den Vereinigten Staaten jedoch nicht auf.

In der »stark anti-britischen Atmosphäre«, die die sogenannte »Reichskristallnacht« in Amerika geschaffen hatte, [30] wurde seine rüstungspolitische Zurückhaltung von den liberal-demokratischen Kräften vielmehr für ein letztes Zeichen englischer Schwäche und Dekadenz gewertet. Deutsche Emigranten wie Thomas Mann und Heinrich Brüning beschuldigten den Premierminister des Kotaus vor Hitler. Amerikanische Juden, die den größten Teil der Medien beherrschten, verdächtigten ihn der Kungelei mit den Nazis.

Bei den progressiven *New Dealern* machte das böse Wort von der »Hitler-Chamberlain-Verschwörung gegen Stalin« die Runde, das von dem englischen Sozialisten Harold Laski stammte. Obwohl viele Amerikaner gegenüber der Oberklasse ihres ehemaligen Mutterlandes heftige Minderwertigkeitsgefühle empfanden, wollten sie jetzt paradoxerweise, daß England stärker sei als es seine Mittel erlaubten. »Sie wollen sehen, daß jemand gegen Deutschland antritt«, erkannte ein englischer Beobachter. [31]

In England wurde dies alles nicht ohne Wehklagen registriert. So berichtete der Geschäftsträger an der englischen Botschaft in Washington im Januar 1939 nach London: Die öffentliche Meinung in Amerika werfe England vor,

> »daß unsere Anstrengungen in punkto Verteidigungsbereitschaft ziemlich schwach und halbherzig seien«.

Die »Kapitulation von München«, so Victor Mallet weiter, werde in den Vereinigten Staaten meistens mit dem Beiwort »schmachvoll« versehen. England erhalte daher »wenig Sympathie für die Vergangenheit«. Das werde sich für die Zukunft nur ändern, wenn man in Amerika glaubhaft mache,

> »daß unsere Regierung frühere Unterlassungen wieder wettmacht, daß die Aufrüstung wirklich vorankommt und daß die Luftabwehr in London besser ist, als sie es im vorigen Herbst (während der Septemberkrise von 1938 – D. B.) war. Die Amerikaner glauben stark an Selbsthilfe, und es würde tödlich sein, wenn hier der Eindruck um sich griffe, daß wir zu wenig tun, um uns selbst zu helfen, und nur herumsitzen und hoffen, daß Amerika uns helfen würde, wenn das Strafgericht über uns hereinbricht . . .« [32]

Chamberlain tat zwar, was er konnte und mußte. Aber im Grunde paßte dem liberal-demokratischen Roosevelt-Lager die ganze reichspolitische Richtung nicht, die der konservative Premierminister repräsentierte. Zwischen den Führungen der beiden angelsächsischen Mächte wurde ein weltpolitischer Konflikt ausgetragen, der schon jetzt – wenige Wochen oder Monate vor dem erwarteten Kriegsausbruch – die Nachkriegsordnung betraf, in der für das Empire kein Platz mehr sein würde.

Im Januar 1939 waren die amerikanischen Medien voll mit Forderungen nach dem Rücktritt Chamberlains. »Die Berichte in der amerikanischen Presse sind kaum fair«, klagte der höchste Beamte im englischen Außenministerium, Unterstaatssekretär Cadogan, noch im März, [33] als sich England bereits beeilte, auch den letzten rüstungspolitischen Forderungen Amerikas nachzukommen. Die meisten amerikanischen Journalisten seien links, notierte Cadogan, und ihre »linken Vorurteile« würden ihre Berichte aus Europa färben.

»Es ist kaum überraschend, daß wir all die Kritik einstecken müssen, die wir in Amerika bekommen, mögen die Informationen, die wir ihnen über unsere Außenpolitik geben, auch noch so objektiv sein.«

So geriet der Premierminister bereits im Frühjahr 1939 in einen innen- und außenpolitischen Zweifrontenkrieg mit Amerika, in dem er mit der Selbständigkeit Englands zugleich auch seine eigene Macht verteidigte. Ein Vorgang im Unterhaus Anfang Februar 1939 machte diesen Zusammenhang deutlich. Offenbar in provokativer Absicht, nämlich in Anspielung auf die »Kapitulation von München«, wollte der Abgeordnete Mander in einer parlamentarischen Anfrage von Chamberlain wissen, [34]

»ob er nicht die Ratsamkeit eines Besuches beim Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht ziehen will als Fortsetzung seiner kürzlichen Reisen zu nationalen Führern (womit Hitler und Mussolini gemeint waren – D. B.)?«

Hinter den Kulissen hatte das Außenministerium den Abgeordneten gedrängt, seine Frage mit Rücksicht auf das amerikanisch-englische Verhältnis zurückzuziehen. Als das mißlang, wurde die amerikanische Botschaft in London gebeten, nicht mehr in die Antwort Chamberlains hineinzugeheimnissen, als in ihr stehe. Als Mander seine Anfrage im Parlament vorbrachte, beschied ihn der Premierminister zunächst mit dem wenig überzeugenden Argument, seine Abwesenheit für einen längeren Zeitraum würde in der englischen Innenpolitik nur zu »Unzuträglichkeiten« führen, eine Anspielung auf das Kesseltreiben, das gegen ihn im Gange war.

Aber Mander ließ nicht locker. In einer Zusatzfrage bedrängte er Chamberlain: Ob der Premierminister nicht glaube, daß eine persönliche Verbindung mit »dem größten Mann der Welt« – gemeint war Roosevelt – nicht »große politische Vorteile« habe?

Gereizt konterte Chamberlain mit der Bemerkung:

»Die Zusatzfrage des Abgeordneten sei geradezu eine ›Illustration‹ der Unzuträglichkeiten, die entstehen, wenn der Premierminister außer Landes ist.«

In Wirklichkeit ging es gar nicht mehr um irgendwelche Unzuträglichkeiten. Es ging um Englands Kapitulation vor Roosevelts Weltführungsanspruch.

---

Anmerkungen

1 Bullitt, President, S. 238.
2 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 224.
3 Charles de Gaulle, Memoiren 1942–46. Die Einheit – der Ruf. Düsseldorf 1961, S. 9.
4 Der Begriff stammt von Erik Barnow, A History of Broadcasting in the United States. Vol. III: The Image Empire. Oxford 1970.
5 Domarus, Hitler. Band II, S. 1047ff.
6 Die Formulierung vom »Endsieg« benutzte Bullitt in seinem persönlichen und vertraulichen Bericht an Roosevelt vom 23. 7. 37, Bullitt, President, S. 237 – Ein möglichst leises Vorgehen nach sorgfältiger Vorbereitung auf den üblichen diplomatischen Wegen empfahl der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet. Bullitt, der das am 27. 11. 37 nach Washington übermittelte, schloß sich den Empfehlungen François-Poncets an.
7 So Wilson in seiner Mount-Vernon-Rede vom 4. 7. 1918, in der er seinen Völkerbundsplan erläuterte. Zitiert nach Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Internationale Beziehungen (Fischer Lexikon), Frankfurt 1969, S. 301.
8 Zitiert nach: Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner, Gregory Bateson, J. M. Keynes, Harold Nicolson, Arnold Brecht, W. I. Lenin u. a. München 1978, S. 122.
9 Steel, Lippmann, S. 363.
10 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, äußerst geheim: Das beweisen die mündlichen Erläuterungen von Welles: »Der Präsident setzt stark auf das Element der Überraschung, von dem er annimmt, daß es eine äußerst wohltuende Wirkung auf die eigene Öffentlichkeit hat.« Roosevelt hatte auch bestimmte Sachprobleme wie Abrüstung und Weltwirtschaft in seinen Vorschlagskatalog aufgenommen, um die öffentliche Meinung seines Landes zu beeindrucken. Das werde, so Welles, »die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten direkt hinter seinen Plan bringen.«
11 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, äußerst geheim.
12 PRO PREM 1/259: Chamberlain 13. 1. 38 FDR – i. e. die Antwort des englischen Premierministers auf den Weltfriedensplan.
13 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, äußerst geheim.
14 Winston S. Churchill, The Second World War. Vol. I: The Gathering Storm. 2. Aufl. London 1949, S. 229
15 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 Chamberlain, sofort/äußerst geheim.
16 Vgl. oben Anmerkung 19 im Zweiten Teil, 2. Kapitel: FDR 15. 9. 39 Phillipps.
17 PRO PREM 1/259: Lindsay 18. 1. 39 Chamberlain, sofort/äußerst geheim.
18 Die Tat, 30. Jahrgg., Heft 5 8/38, S. 288 – Steel, Lippmann, S. 368.
19 Harold Nicolson, Tagebücher und Briefe 1930–1941. Hg. von Nigel Nicholson. Frankfurt/M. 1969, S. 297.
20 William Shirer, Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934–1941. London 1942, S. 136 – Eintragung vom 3. 7. 39.
21 ebda., S. 127.
22 ebda., S. 105.
23 ebda., S. 108.
24 ebda., S. 120.

25 New York Times, 20. 9. 38, nach Bekanntwerden des englisch-französischen Abtretungsplanes.
26 Times, 21. 9. 38.
27 FRUS 1938 I, S. 688: Hull 28. 9. 38 Kennedy.
28 Quelle: vgl. Zweiter Teil, 4. Kapitel, Anmerkung 19.
29 Arthur Young, The X-Documents. London 1974 – vgl. mehr dazu in Teil Vier.
30 PRO FO 414 275 L C 13900: Halifax 15. 11. 38 Lindsay.
31 PRO FO 371/22 829 A 3017: Bruce Lockhart 15. 4. 39 FO mit ausdrücklichem Bezug auf den Januar 1939 – Das Wort von der »Hitler-Chamberlain-Verschwörung gegen Stalin« stammte von dem englischen Sozialisten und Churchill-Freund Harold Laski, der über Felix Frankfurter auch einen guten Draht zu Roosevelt hatte.
32 PRO FO 371/22 827 A 1143: Mallet 26. 1. 39 FO.
33 PRO FO 371/22 829 A 2584: Zusammenfassende Aufzeichnung Cadogan, 25. 3. 39.

# Teil III

# EUROPA

# 1.
# Von der Kunst, Frieden zu schließen

Für Roosevelt, der 1939 das 58. Lebensjahr erreichte, war der Erste Weltkrieg politisch das entscheidende Bildungserlebnis gewesen. Kein Wunder, daß die Erfahrungen jener Zeit im wesentlichen sein politisches Verhalten vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges prägten. Als müßte er sich diesen Tatbestand noch einmal vergegenwärtigen, sagte er am 1. September 1939, als Deutschland Polen angriff: »Die Geschichte wiederholt sich doch«. [1] Für seine Begriffe hatte sich vor allem Deutschland in der Rolle des Aggressors bestätigt. Aber es gab auch noch andere Parallelen zu 1914.

Auch damals hatte England gezögert, zu den Waffen zu greifen. Obwohl es mit Amerika insgeheim Flottengespräche führte, erreichte die englische Kriegsführung erst 1916 ihre volle Durchschlagskraft, als Premierminister Lloyd George den zögernden Herbert Asquith stürzte. Selbst dann gab es noch beträchtliche Unklarheiten über die endgültige Haltung der Vereinigten Staaten. Unter Berufung auf ihre Neutralität hatten sie im Handelsverkehr mit Europa zunächst versucht, die englische Kontinentalsperre zu durchbrechen. Aber im dritten Kriegsjahr, 1917, ergriffen sie dann doch für England Partei, nachdem Deutschland den unbeschränkten U-Boot-Krieg gegen die atlantischen Nachschubwege der Entente eröffnet hatte.

Für England waren die Jahre von 1914 bis 1917, dieses Hangen und Bangen zwischen Niederlage und Sieg, unvergeßlich. Wenn man sich nach dem Krieg auf der Insel schwor, so etwas dürfe sich nie wiederholen, dann meinten die meisten Konservativen und Liberalen, nie wieder dürfe England in seinen vitalen Lebensfragen von einer fremden Macht abhängen. So führte die amerikanisch-englische Waffenbrüderschaft in der Zwischenkriegszeit zu einer deutlichen Absetzbewegung zwischen den beiden angelsächsischen Mächten.

Dank der amerikanischen Hilfe zählten England und Frankreich zwar zu den Siegern des Ersten Weltkrieges. Aber welchen Preis hatten sie dafür bezahlt? Der Preis bestand vor allem aus ihrer wirtschaftlichen und politischen, auch kulturellen Entthronung durch die Vereinigten Staaten, und das war für die bisherige Weltmacht Nr. 1, England, das vorher 150 Jahre lang ziemlich unbestritten alle Meere der Welt und einen nicht geringen Teil der Kontinente beherrscht hatte, natürlich besonders schmerzlich.

Durch ihren immensen Bedarf an amerikanischen Gütern aller Art hatten Deutschlands Kriegsgegner während des Krieges selbst den übermächtigen Konkurrenten herangezogen, der sie nach dem Krieg aus ihren Machtpositio-

nen vertrieb. Die amerikanischen Exporte an Industriegütern, Waffen, Munition, Kriegsgerät, Rohstoffen und Nahrungsmitteln stiegen in den vier Jahren von 1914 bis 1918 so gewaltig, daß die amerikanische Industrie und Landwirtschaft ihre Kapazitäten – großenteils auf Kosten der europäischen Importeure – ebenso gewaltig vergrößern mußten.

Die Zweigstellen des New Yorker Bankhauses J. P. Morgan in London und Paris, *Morgan, Grenfell & Co.* und *Morgan, Harjes & Cie.*, wurden von den Regierungen Englands und Frankreichs 1915 offiziell als Makler für die Einkäufe in den USA bestellt. Sie schlossen nicht weniger als 4000 Verträge mit 900 US-Firmen, die ein Auftragsvolumen von 3,1 Milliarden Dollar hatten – für heutige Verhältnisse ein kleiner Betrag, für damals eine riesige Summe. Insgesamt exportierten die USA von 1914 bis 1917 Güter im Wert von sieben Milliarden Dollar nach England, Frankreich, Rußland und Italien. Nur ein Teil davon wurde bar bezahlt, so daß im Ergebnis alle diese Länder bei den USA tief in der Kreide standen. In einem Gassenhauer hieß es daher:

»Morgan, Morgan, the great financial gorgon«

– was soviel bedeutete wie: Morgan, Morgan, der große Halsabschneider.

Auch militärisch hatten die USA den Engländern und Franzosen den Rang abgelaufen. Ab Sommer 1918 bis zum Kriegsende landeten Monat für Monat 225 000 ausgeruhte, wohlgenährte und vorzüglich gerüstete Amerikaner an den Küsten der Normandie und Bretagne, um den erschöpften Armeen Englands und Frankreichs unter die Arme zu greifen. Ihr Befehlshaber, General Pershing, weigerte sich zunächst, sich dem alliierten Oberbefehlshaber Foch unterzuordnen.

Innerhalb von drei Wochen schlugen 1918 600 000 GIs zwei siegreiche Schlachten an zwei verschiedenen Schauplätzen, im St.-Mihiel-Bogen und im Meuse-Argonne-Sektor der Ardennenfront. Da das eine militärische Glanzleistung ohne Beispiel war, welche die englischen und französischen Armeen in den vier Jahren zuvor nicht geschafft hatten, führte kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß die Vereinigten Staaten mit ihrem Kriegseinsatz der Entente die Siegespalme entrissen.

Amerika baute Europa nach dem Ersten Weltkrieg wieder auf, und das war der dritte Schock, den durchaus nicht alle Europäer als heilsam empfanden. Denn während 1918/19 rund 350 Millionen Menschen auf dem Kontinent und den Britischen Inseln hungerten, froren und reif für die kommunistische Revolution zu sein schienen, waren es amerikanische Offiziere, Politiker, Ingenieure, Manager und Unternehmer, die überall Nahrungsmittel verteilten, die Produktion ankurbelten, den Handel wieder in Gang setzten und die Währungsverhältnisse reparierten. Vieles geschah sicher aus Wohltätigkeit und mit Hilfe billiger Kredite. Aber gleichzeitig wurden bei dieser Gelegenheit viele Engländer und Franzosen aus ihren angestammten Positionen als Herren im eigenen Hause verdrängt.

Besonders schockierend wirkte aber die Art und Weise, in der die Amerikaner

den Frieden von Versailles vorbereiteten und herbeiführten. US-Präsident Wilson hatte 1917 seinen Vertrauten, Oberst House, nach Europa geschickt, um bei den Alliierten eine gemeinsame Definition der Kriegs- und Friedensziele durchzusetzen. Als dieses Unternehmen mißlang, veröffentlichte Wilson seine »Vierzehn Punkte«, dazu noch weitere »Vier Grundsätze« und »Fünf besondere Sätze«, zusammen also einen stattlichen Katalog mit 23 Einzelpositionen, ohne die Engländer vorher zu konsultieren. Danach wurden sie von den Amerikanern unter Androhung von finanziellen Repressalien gezwungen, sich hinter das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten zu stellen.

Vor allem bewies der Friedensprozeß von 1918/19 daß die Mitwirkung des amerikanischen Präsidenten die Dinge nicht vereinfachte, sondern erschwerte. Denn am Ende seiner Verhandlungen stand ein Ergebnis, das den Keim für einen neuen Weltkrieg in sich trug. Zunächst hatte Wilson die europäischen Siegermächte mit seiner Absicht erschreckt, die Welt nach den Prinzipien der amerikanischen »*Open-door*«-Politik im Geiste einer abstrakten Gerechtigkeit neu zu ordnen. England und Frankreich strebten daher schon im Waffenstillstand mit den Mittelmächten danach, diejenigen sicherheitspolitischen Ziele durchzusetzen, bei denen sie eine Ablehnung durch Wilson befürchteten. Auf diese Weise erhielt der Waffenstillstand, gewöhnlich nur ein Übergangszustand zwischen Krieg und Frieden von untergeordneter Bedeutung, den gewichtigen Charakter eines Präliminarfriedens, von dem man später nicht mehr herunter konnte.

Eine weitere Verschärfung der Friedensbedingungen trat dadurch ein, daß sich der amerikanische Präsident und seine beiden europäischen Kontrahenten, der englische Premierminister Lloyd George und der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, lange nicht darüber einigen konnten, ob die zwischen ihnen vereinbarten Grundsätze für eine endgültige Friedensregelung noch mit den Deutschen verhandelt oder aber ihnen aufgezwungen werden sollten. Sicherheitshalber schlug deshalb vor allem Clemenceau noch so viel wie möglich auf seine Forderungen drauf, um den erstrebten »Karthago-Frieden« [2] mit Deutschland zu erreichen.

Das Ergebnis war ein Diktat, das nur wenig hinter Clemenceaus Maximalvorstellungen zurückblieb. Aber obwohl Wilson 19 seiner insgesamt 23 Friedenspunkte den englischen und französischen Ansprüchen geopfert hatte, um wenigstens sein Lieblingsprojekt – den Völkerbund – zu retten, ließen die Vereinigten Staaten die europäischen Alliierten im entscheidenden Punkt sitzen. Sie ratifizierten den Versailler Vertrag nicht, und sie traten dem Völkerbund nicht bei. Damit entfielen die Voraussetzungen für jene amerikanisch-englische Garantie, die allein die unermeßlichen Sicherheitsbedürfnisse Frankreichs nach dem Krieg wirksam hätte befriedigen können.

Diese von Wilson und von Lloyd George zugesagten Garantieverträge mit Frankreich – erste Vorläufer eines nordatlantischen Bündnisses, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg zustande kam – war die Geschäftsgrundlage für

Versailles gewesen. Ohne sie kam das ganze Riesengebäude aus Gebietsabtretungen, Entwaffnungsbestimmungen und Reparationen ins Wanken, den der infame Kriegsschuldartikel krönte.

Ohne die amerikanische Garantie befanden sich die beiden westeuropäischen Demokratien plötzlich in der unglücklichen Lage von zwei Geschäftsleuten, die »Frieden produzieren« sollten, nachdem ihnen der wichtigste Teilhaber das dafür nötige Betriebskapital entzogen hatte, die Macht. Ohne festen Rückhalt an der Macht Amerikas, notfalls eben auch an seiner militärischen Macht, war die Produktion des Friedens für England und Frankreich einfach zu teuer, wenn man unter »Kosten« die Mühen der beiden Mächte versteht, die Einhaltung des Versailler Vertrages trotz alledem zu gewährleisten.

Auf die Dauer konnte das Unternehmen nur mit ihrem allmählichen Bankrott oder aber damit enden, daß sich die beiden Partner gemeinsam in unabsehbare Abenteuer stürzten, um ihre Pleite abzuwenden. Tatsächlich bestand die Geschichte der nächsten zwanzig Jahre vor allem darin, daß England versuchte, Frankreich von den größten Torheiten zurückzuhalten, während Frankreich – ab 1933 von Roosevelt unterstützt – England daran hinderte, das Vernünftige zu tun, nämlich die zu großen Risiken abzustoßen. Da England so 17 Jahre lang weder die Kraft, noch den Willen, noch die Imagination hatte, zwischen Deutschland und Frankreich Frieden zu stiften – die einzige Alternative zu Pleite und Krieg – kam der Friede in Europa allmählich unter die Räder. Selbst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, welche die Verhältnisse in Europa zusätzlich komplizierte, verstrichen noch einmal vier Jahre, bis Chamberlain, gefolgt von dem schwankenden und widerwilligen Daladier, einen letzten schwachen Anlauf für eine europäische Friedensordnung wagte – diesmal ohne das Ballastgewicht Amerika.

Aber greifen wir nicht vor. Die Kritik der Engländer an Versailles war, wenn man von völlig verblendeten Chauvinisten und Wilsonisten absah, hart, höhnisch und bitter. Schließlich sahen sie ja, was ohne die amerikanische Garantie auf sie zukam, ein Haftungsrisiko, das ihre Einlage bei weitem überstieg. Der Schriftsteller Harold Nicolson und John Meynard Keynes, der bedeutendste Wirtschaftstheoretiker seiner Zeit, zeichneten ein vernichtendes Bild des amerikanischen Präsidenten: Unvorbereitet, doktrinär, begriffsstutzig und – seit seiner Niederlage bei den Kongreßwahlen im Februar 1919 – machtlos, erschien ihnen Wilson als ein »blinder, tauber Don Quixotte«, der in dem »kreischenden Papageienhaus« von Versailles »blinde Kuh spielte«. Anscheinend konnte man ihn gar nicht so schnell wieder auswickeln, wie ihn Clemenceau und Lloyd George eingewickelt hatten. [3]

Nach Meinung des französischen Historikers Etienne Montoux hatte es seit Edmund Burkes' »*Reflections on the Revolution in France*«, das England mit dem Gegengift des Konservativismus gegen den Bazillus der französischen Revolution impfte, kein Buch gegeben, das einen größeren Einfluß auf die europäische Geschichte ausübte als Keynes' Verdikt über Versailles. Dieses Urteil mag ebenso übertrieben sein, wie Keynes' Wilson-Bild in manchen

Zügen überzeichnet. Aber ganz sicher immunisierte es England in den nächsten zwanzig Jahren gegen einen Amerikanismus, der in anderen Ländern Nachkriegseuropas wie ein Sumpffieber grassierte.

Freilich, Versailles ohne die Vereinigten Staaten war eine Fehlkonstruktion, und das hatte für Amerika und für Europa massive Konsequenzen. England versuchte, sich aus dem Unternehmen langsam, aber sicher zurückzuziehen, wurde aber von Frankreich daran gehindert. Die USA verfolgten am Friedensdiktat vorbei ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke im atlantisch-europäischen und pazifisch-asiatischen Raum, indem sie England, Frankreich, Deutschland und Japan wechselseitig gegeneinander auszuspielen versuchten. Frankreich schließlich bemühte sich bis an die amerikanischen und englischen Toleranzgrenzen darum, in das Versailler System nachträglich noch die Sicherungen einzubauen, auf die es im Vertrauen auf Wilsons Garantiezusage verzichtet hatte. Das hieß vor allem, daß es Ersatzlösungen für die ihm entgangene Sicherung seiner Ostgrenze zu finden versuchte.

Die Fehler der Gesamtkonstruktion wurden dadurch natürlich nicht kleiner, sondern größer, denn nichts paßte nunmehr zusammen. Und so entstand allmählich jenes System kollektiver Unsicherheiten, das den friedlichen Grundgedanken der kollektiven Sicherheit in sein Gegenteil verkehrte. Dieser Prozeß einer politischen Perversion wird ohne eine gewisse Grundkenntnis von Versailles nicht ganz verständlich.

Die sogenannten »Friedensbedingungen« wurden am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses bei Paris unterzeichnet. Genau dort also, wo man 48 Jahre vorher, nach der Niederlage Frankreichs im Krieg von 1870/71, das deutsche Kaiserreich proklamiert hatte. Jetzt kam die Stunde der Revanche. Anwesend waren die Delegierten der 27 Feindmächte, an ihrer Spitze Clemenceau, Lloyd George und Wilson, dazu etwa eintausend geladene Gäste, Hilfskräfte, Journalisten. Der französische Ministerpräsident eröffnete die Sitzung. »Laßt die Deutschen eintreten«, sagte er mit scharfer Stimme in die Stille hinein. Die beiden deutschen Delegierten, Reichsaußenminister Hermann Müller und Justizminister Hans Bell, durchquerten den Saal mit hohl hallenden Schritten, gefaßt, aber leichenblaß, die Augen starr auf den Dekkenfries gerichtet.

Das ganze wirkte auf Harold Nicolson, der die Szene beobachtete, wie eine Hinrichtung, »höchst peinvoll«. [4] »Meine Herren, die Sitzung ist eröffnet«, sagte Clemenceau mit eisiger Stimme und fügte noch ein paar erklärende Worte hinzu. Die Deutschen unterzeichneten die Friedensbedingungen, danach die anderen Delegierten. Zur Feier des Tages donnerten draußen die Geschütze. Clemenceau schloß die Sitzung. Am gleichen Tag wurden die Beistandsverträge zwischen Frankreich und England sowie Frankreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.

Es war der letzte Friedensvertrag, den Europa bis heute bekam. Aber er trug den Keim des nächsten Krieges bereits in sich. Und die meisten Zeitgenossen ahnten es.

»Man kann die kritischen Darlegungen der Deutschen unmöglich lesen, ohne zu dem Eindruck zu kommen, daß die Pariser Konferenz in voller Absicht unter dem Deckmantel des Wilsonismus einen imperialistischen Frieden in die Welt gesetzt hat und daß sich selten in der Geschichte der Menschheit soviel Rachsucht in soviel salbungsvolle Sophistik gekleidet hat«,

notierte Nicolson. [5] »Heuchelei war das vorherrschende und unvermeidliche Ergebnis.« Hitlers späterer Staatssekretär, Ernst Freiherr von Weizsäcker, [6] damals noch ein ziemlich namenloser und arbeitsloser Marineoffizier, hatte schon nach der Lektüre der Waffenstillstandsbedingungen geahnt:

»Sie sind so niederziehend, daß mein erster Gedanke ist, hieraus entsteht ein neuer Krieg. Unsere Kinder werden ihn ausfechten müssen.«

Woran scheiterte der Friedensvertrag? Der erste Grundfehler lag in der Vorgeschichte von Versailles, in jener heimtückischen Verdrehung einer neutralen Friedensvermittlung in die Realität eines harten Diktats. Noch die fertigen »Friedensbedingungen« trugen die Spuren dieser Perversion. Das Dokument umfaßte nämlich zwei Teile – die Völkerbundsakte und das Diktat, Wilsons »Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit« und Clemenceaus »Karthago-Frieden«, die Ansätze für eine neue supranationale Weltordnung und die Reste einer alten imperialistischen Rechnung, die in Versailles beglichen wurde. Schon aus der Tatsache, daß der erste Teil nur 26, der zweite Teil aber 414 Artikel zählte, ging ganz klar hervor, wo der Schwerpunkt des Gesamtwerkes lag. Mehr als alles andere hat ihm dieser tiefe, jedes Ehrgefühl verletzende und daher schwer erträgliche Widerspruch geschadet.

Der zweite Grundfehler von Versailles lag in der Unaufhebbarkeit dieses Widerspruchs. Weder die Einheit von Völkerbundsakte und Diktat, noch einzelne Friedensbedingungen ließen sich wieder aufheben oder verändern, weil dies Einstimmigkeit zwischen den Hauptmächten USA, England, Frankreich, Italien und Japan vorausgesetzt hätten. Da diese Mächte in der Nachkriegszeit ununterbrochen miteinander rivalisierten, lag ihre Übereinstimmung fernab von jeglicher politischen Realität. Außerdem hätte die Revision des Versailler Vertrages auch den Bestand der anderen Pariser Vorortsverträge gefährdet, die mit Österreich in St. Germain, mit Bulgarien in Neuilly, mit Ungarn in Trianon und mit der Türkei in Sèvres geschlossen wurden.

Der dritte Grundfehler lag in der Maßlosigkeit des politischen Anspruchs von Versailles – im Mißverhältnis, das zwischen der Fülle der weitreichenden Vorschriften und dem Mangel an wirksamen Sanktionsmöglichkeiten bestand. Viele der Bestimmungen, die langfristig oder gar »ewig« gelten sollten, griffen tief in das Leben der europäischen Staatenwelt, der einzelnen Nationen und Bürger ein. Es hätte einer wahrhaft überwältigenden Macht bedurft, um sie gegen die zu erwartenden Widerstände durchzusetzen. Diese Macht aber gab es nicht, und die Solidarität zwischen den europäischen Staaten, die sie eigentlich ersetzen sollte, wurde durch den diktatorischen und teils völlig unsinnigen Charakter des Vertrages zerstört. So war z. B. die Entmilitarisierung Deutsch-

lands bis in alle Einzelheiten geregelt: Auflösung des Großen Generalstabes, Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, Auflösung des deutschen Heeres bis zu einer Reststärke von 100000 Mann, gerade noch stark genug, um das kapitalistische Nachkriegsdeutschland gegen die Gefahr des kommunistischen Umsturzes zu verteidigen, Ablieferung des gesamten Kriegsmaterials, Schleifung aller Festungen und festen Plätze bis zu 50 km Tiefe östlich des Rheins. Aber das gesamte Vertragswerk enthielt keine einzige Vorschrift darüber, was im Falle einer deutschen Wiederaufrüstung konkret zu geschehen hätte.

Viertens richtete sich die Mitgliedschaft im Völkerbund nach den tagespolitischen Opportunitäten Englands, Amerikas und Frankreichs, nicht aber nach dem vielbeschworenen Prinzip der Universalität. Während der afrikanische Wüstenstaat Abessinien, ein nur halb souveränes Machwerk der europäischen Mächte, von vornherein Mitglied war, traten Deutschland der Weltorganisation erst 1926, Rußland erst 1934 und die Vereinigten Staaten zu keinem Zeitpunkt bei. Keiner dieser Beitritte erfolgte automatisch nach Anmeldung, jeder hing praktisch von der Zustimmung Englands, Frankreichs und der USA ab, obwohl letztere formell gar nicht Mitglied waren. Auf diese Weise schlich sich in die Weltorganisation ein Element der Unaufrichtigkeit und Willkür ein, das ihre bindende Kraft zerstörte.

Fünftens hatten die Großen Drei in Versailles nicht den Mut, sich eindeutig, gleichmäßig und gerecht für das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu entscheiden. So wurde zwar Österreich-Ungarn unter Berufung auf dieses Recht abgeschafft, nicht zufällig ein Verliererstaat. Polen und die Tschechoslowakei jedoch, die im wesentlichen aus den Resten der Doppelmonarchie zusammengeflickt wurden, gründeten sich größtenteils auf die traditionellen Prinzipien der Macht, wobei die Interessen der Weltmächte den Ausschlag gaben. Diese willkürliche Manipulation des Selbstbestimmungsrechts unterminierte den Frieden und das Vertrauen nicht nur zwischen den Völkern, sondern auch zwischen einzelnen Völkern und ihren Regierungen von vornherein.

Sechstens war ein Austritt aus dem Völkerbund nur dann erlaubt, wenn eine belastende Abänderung der Völkerbundsakte eintrat, wenn sich also ein Mitgliedstaat durch eine Entscheidung der Völkerbundsorgane in unzumutbarem Maße belastet fühlte. Für den Fall, daß eine entlastende Abänderung unterblieb, war die Möglichkeit des Austritts aus dem Völkerbund dagegen nicht gegeben. So hatte Deutschland zum Beispiel keine Handhabe, die von der Völkerbundsakte versprochene Abrüstung der anderen Mächte einzufordern. Es mußte dem Völkerbund weiterhin angehören, obwohl die versprochene Abrüstung Frankreichs unterblieb. [7]

Die Mängelliste wird noch länger, wenn man die 414 Artikel des eigentlichen Diktats betrachtet. Es verfolgte zwei Hauptzwecke zugleich: Einerseits sollte es verhindern, daß von deutschem Boden jemals wieder ein Krieg ausging. Andererseits sollte es ausschließen, daß die bolschewistische Revolution von Rußland auf das übrige Europa übergriff. Das waren zwei gleichermaßen negative wie utopische Ziele, weil sich auf die Dauer weder ein 80-Millionen-

Volk niederhalten, noch die Ausbreitung einer revolutionären Idee mit Hilfe von administrativen Mitteln unterdrücken ließ.

Außerdem war das Hauptmittel, das man sich in Versailles ausdachte, um besagtes Doppelziel zu erreichen, denkbar ungeeignet. Es bestand aus der Balkanisierung Ostmitteleuropas von der Ostsee bis zur Adria, also in der Schaffung eines Niemandslandes oder Machtvakuums, das weder zur deutschen Einflußsphäre gehören noch der bolschewistischen Revolution anheimfallen sollte, obwohl England und Frankreich gar nicht über ausreichende Mittel verfügten, um das zu verhindern. Dieses »Zwischeneuropa« – zwischen Rußland und Mittel- bzw. Westeuropa – bestand aus zwölf Staaten. [8] Sie waren gleichsam das Zünglein an der Waage des neuen europäischen Gleichgewichts, in dieser Funktion aber hoffnungslos überfordert. Im Gegenteil, sie forderten ihre Nachbarn und die Westmächte dazu heraus, das Zünglein jeweils zu ihren Gunsten zu verstellen.

So wurde aus dem vermeintlichen Friedensfaktor des »*cordon sanitaire*« eine stete Quelle des Unfriedens, ein Beunruhigungsfaktor ohnegleichen, weil sich gerade hier, in Ostmitteleuropa, auch die sonstigen Fehler und Versäumnisse der Versailler Nachkriegsordnung häuften.

Zusammenfassend könnte man sagen: Nach der »Urkatastrophe unseres Jahrhunderts«, wie George Kennan den Ersten Weltkrieg einmal nannte, war Versailles die Folgekatastrophe. Es besserte nichts, sondern machte vieles nur noch schlimmer. Die westliche Staatskunst versagte vor der schweren Aufgabe, ein neues, auf die Dauer lebensfähiges, für neue Entwicklungen offenes, aber mit alten historisch gewachsenen Tatbeständen nicht allzu radikal brechendes System internationaler Beziehungen zu schaffen. Versailles war ein schlechter Kompromiß zwischen verschiedenen, miteinander unvereinbaren Friedensmodellen, und fast möchte man meinen, daß eine klare Entscheidung zur einen oder anderen Seite besser gewesen wäre, selbst wenn dies für Deutschland zu einem imperialistischen Rachefrieden der alten Art geführt hätte. Das hätte wenigstens von vorneherein klare Verhältnisse geschaffen.

Der tiefere Grund dafür, daß in Versailles kein Friedenswerk aus einem Guß gelang, lag darin, daß die Westmächte keine Symbiose zwischen den drei großen ideologischen Strömungen des 20. Jahrhunderts herzustellen verstanden – dem Nationalismus, dem Kommunismus und dem liberal-demokratischen Internationalismus. Versailles war von dem einem zu wenig, von dem anderen nichts und von dem letzten zuviel. Die europäischen Nationen, vor allem das besiegte und dadurch in seinem noch frischen überschäumenden Nationalstolz zutiefst gekränkte Deutschland, waren noch nicht reif für eine internationalistische Ordnung. Im Gegenteil, viele Deutsche empfanden gerade den rauhbeinigen Bekehrungsversuch, den die liberal-demokratischen Internationalisten an ihnen unternahmen, als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie wehrten sich dagegen, wie das Wiedererstarken der nationalen, autoritären, antidemokratischen Rechten in der Weimarer Republik zeigte, mit Händen und Füßen.

Nicht einmal die naheliegende, drängende und mehr technische Aufgabe, das Verhältnis zwischen Amerika und Europa und das Verhältnis der einzelnen Teile Europas zueinander zu regeln, wurde befriedigend gelöst. Rußland und Deutschland, Ost- und Mitteleuropa, standen unverbunden nebeneinander, weder zueinander in eine positive Beziehung, noch negativ gegeneinander in Stellung gebracht. England und Frankreich, durch den Krieg geschwächt, aber durch ihren Sieg nicht klüger gemacht, versuchten diese beiden Machtblöcke auseinanderzuhalten, obwohl sie am kürzeren Hebel saßen. So kam es, daß sich Deutschland und Rußland in den zwanziger Jahren und – wie der Hitler-Stalin-Pakt zeigte – auch noch in den dreißiger Jahren näher waren als etwa Rußland und England. Der Grund dafür war der, daß Amerika und England bis zu Hitlers Angriff auf die Sowjetunion nie einig genug waren, um Rußland an sich zu binden.

Eine eigentümliche Spannung durchzog nach Versailles den europäischen Kontinent. Sowohl England und Frankreich, als auch Deutschland waren grundsätzlich in der Lage, jeweils für sich ein Bündnis mit Rußland zu schließen, um gegen die jeweils andere Macht oder Mächtegruppierung zu Felde zu ziehen. Aber keine war bereit, sich um des Friedens willen mit allen anderen zu verbünden. In den mannigfachen Bündnisüberlegungen, welche die Zwischenkriegszeit in Europa bewegten, erhielt Rußland so die Funktion eines Zusatzgewichtes, das die ohnehin labile Entwicklung jederzeit Richtung Krieg in Schwung bringen konnte. Um sie in Richtung Frieden zu stabilisieren, hätte es einer festen, auch militärische Verpflichtungen einschließenden Bindung Amerikas an den europäischen Kontinent bedurft. Aber die war aus den geschilderten Gründen nicht zu haben.

Auch von der unbewältigten Mechanik der Mächte her war Europa nach Versailles moribund, kaum noch aus sich heraus lebensfähig. Das europäische Konzert der Mächte war zerstört. Außer Frankreich und England, die weiter auf ihren alten und verstimmten Instrumenten spielten, gab es keine Stimme, die das herrschende Stimmengewirr übertönte. Aber von weitem waren bereits die Schalmeien und Trompeten einer Weltrevolution zu vernehmen, die Europa binnen einer Generation in die beiden einander bitter widerstreitenden Lager des liberal-demokratischen und des kommunistischen Internationalismus zerspalten sollte. Schon damals konnte man die Teilung Deutschlands voraussehen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten es mit dem Ersten Weltkrieg politisch weit gebracht. Aber sie fielen in Versailles weit hinter ihre moralischen Ansprüche zurück. Was Wilsons Idealismus an Exzessen der europäischen Machtpolitik verhinderte, machte sein selbstgerechter Dilettantismus wieder wett. Amerika war ebensowenig wie Europa reif für den Völkerbund, und England und Frankreich, von den Gefahren des russischen Kommunismus und deutschen Revanchismus vor ihrer Tür verängstigt, spürten im Nacken den heißen Atem der amerikanischen Konkurrenz. Vorübergehend hofften sie noch einmal, nicht nur Amboß, sondern auch Hammer zu sein.

Mit Wilsons Wahlniederlage und der Rückkehr des konservativ-protektionistischen Blocks an die Macht in Washington schien sich der außenpolitische Kurs der Vereinigten Staaten noch einmal umzukehren. Lenin, Trotzki und die russische Oktoberrevolution drohten über den Nöten ihres Landes ins Stolpern zu geraten. Deutschland war aus dem kleinen Kreis der Weltmächte ausgeschieden. Noch einmal hatten die westeuropäischen Politiker die Chance, vor aller Welt ein Zeugnis ihrer Kunst abzulegen. Aber sie schafften es nicht.
Der »*cordon sanitaire*« – wörtlich übersetzt: »Gesundheits-Gürtel« – bildete das Hauptproblem. Er bestand aus zwölf neuen Staaten, die man aus den Altreichen mehr oder weniger willkürlich herausgeschnitten und zusammengeschustert hatte, den einen meistens auf Kosten des anderen. Keiner dieser Staaten, mit Ausnahme Polens und der Tschechoslowakei vielleicht, war innerhalb seiner Grenzen wirklich lebensfähig. Sie alle waren auf den Schutz, das Wohlwollen und die Kaufkraft ihrer beiden mächtigen Nachbarn, Deutschland und Rußland, angewiesen, die sie voneinander trennen sollten.
Es lohnt sich, einen kurzen Seitenblick auf die Tschechoslowakei und Polen zu werfen, weil sie in der europäischen Nach- und Vorkriegsgeschichte eine so große Rolle spielten. Die Tschechoslowakei war nach dem Urteil des englischen Historikers Keith Feiling [9] »eine Schöpfung der Gewalt und der Künstlichkeit«, die im Widerspruch zum Prinzip der Selbstbestimmung durch ein diplomatisches Ränkespiel im Ausland entstanden war, in Amerika, England und Frankreich, wo der künftige Staatspräsident, Eduard Beneš, mächtige Freunde hatte. Weil den 5,5 Millionen Tschechen noch 3,5 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slowaken und 1 Million Ungarn und etliche Ukrainer hinzugefügt wurden, mußte Beneš versprechen, aus der Tschechoslowakei eine »zweite Schweiz« zu machen. Leider hielt er sich nicht daran.
Polen war

> »mit allen Ingredienzen des Stolzes, der Gewalt und der Rachsucht wiedererstanden, die ihm 200 Jahre Teilung eingetragen hatten.«[10]

Es erhielt den eigentlich fehlenden Zugang zur Ostsee durch den sogenannten »Korridor«, eine Eisenbahnlinie, die den ostpreußischen Kreis Marienwerder durchschnitt, und durch die Umwandlung der deutschen Zitadelle Danzig in eine Freie Stadt unter dem Regiment des Völkerbundes. Polen gab sich damit nicht zufrieden, daß der Korridor das Reich von seiner östlichsten Provinz Ostpreußen trennte, sondern nahm sich 1919 noch Ostgalizien, teilte Oberschlesien eigenmächtig, so daß Volksabstimmungen über die endgültige Staatszugehörigkeit deutscher Provinzen entscheiden mußten, schnitt sich Gebietsstreifen aus der Ukraine und Weißrußland heraus und okkupierte schließlich das litauische Wilna mit Gewalt, typische Beweise dafür, wohin die nationale Selbstbestimmung verkommen konnte, wenn sie unter die Fuchtel des Machtprinzips geriet.
Im Falle Polens und der Tschechoslowakei sollte man auch erwähnen, daß die Vereinigten Staaten gerade diese beiden Staaten mit gesteigertem Interesse

betrachteten. Die Gründung der Tschechoslowakei war gewissermaßen der Dank, den sie der tschechischen Legion für ihren aufopferungsvollen Kampf an der Seite der Westmächte im Ersten Weltkrieg abstattete, und ein Erfolg der starken tschechischen Lobby in Washington. Die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates mit Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer war die einzige territoriale Forderung, die Wilsons »Vierzehn Punkte« enthalten hatten. Mit beiden Ländern fühlte sich die amerikanische Wirtschaft über Handelsbeziehungen und Kapitalverflechtungen besonders eng verbunden.

Wie bei einer Altbausanierung hatte man Europa regelrecht »entkernt« und an die Stelle der alten Wände und Decken mit fremder Hand ein paar neue, aber nicht sehr haltbare Pfeiler eingezogen. Der Völkerbund war jedenfalls nicht dazu angetan, die in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Es fehlte ihm sowohl an realer Macht, als auch an dem Willen, den Krieg als Mittel der Politik ein für allemal durch friedliche Mittel zu ersetzen. Wäre es anders gewesen, hätte er sich zu einer allgemeinen Abrüstung aufgerafft, anstatt sie auf das tote Gleis einer einseitigen Entmilitarisierung Deutschlands zu schieben.

Allerdings hatte England nach dem Krieg tatsächlich abgerüstet. Da es in Friedenszeiten traditionell nur eine verhältnismäßig kleine Berufsarmee unterhielt, schickte es seine Wehrpflichtigen, in der überwiegenden Mehrzahl erfahrene Frontsoldaten, zu Hunderttausenden nach Hause. Auf der Washingtoner Flottenkonferenz verpflichtete sich England sogar, 40 Prozent seiner *»capital ships«* zu verschrotten. Auch die königliche Luftwaffe, die *»Royal Air Force«* (RAF) wurde abgebaut. Aber das machte die Dinge in Europa paradoxerweise nicht einfacher. Denn dadurch wurde Frankreich automatisch zum größten und einzigen Waffenträger des Völkerbundes, was seine Neigung, einer Abrüstung zuzustimmen, nicht erhöhte.

So wie die Dinge nach 1919 lagen, fiel Frankreich zur Hauptsache die Aufgabe zu, den Frieden à la Versailles in Europa zu gewährleisten. Die Lösung dieser Aufgabe wurde ihm aber durch den antideutschen und anti-bolschewistischen Doppelzweck der Friedensbedingungen stark erschwert. Denn wie sollte Frankreich Deutschland auf die Dauer niederhalten, wenn es sich dazu nicht seines angestammten Allianzpartners Rußland bedienen konnte? Der aber war ja durch die anti-bolschewistische Stimmung, die im Nachkriegseuropa herrschte, und durch den Flickenteppich des *»cordon sanitaire«* isoliert.

Zu allem Überfluß hatte Deutschland – mit Zustimmung, wenn nicht auf Drängen Clemenceaus – seine wichtigsten und schmerzlichsten Gebietsverluste im Osten erlitten: Danzig, den Korridor, Westpreußen, fast die gesamte Provinz Posen, das Memelgebiet und das Hultschiner Ländchen. Was sollte Frankreich tun, wenn ein wiedererstarkendes Deutschland eines Tages versuchen würde, sich die verlorenen Ostgebiete wiederzuholen? Bis nach Ostmitteleuropa reichte der gepanzerte Arm der *»grande armée«* nun einmal nicht. [11]

Gegen die Erneuerung des »deutschen Dranges nach Osten«, der die West-

mächte und Rußland schon vor dem Krieg beunruhigt hatte, gab es im Versailler Diktat zwei Sicherungen: Erstens die Besetzung und Entmilitarisierung des Rheinlandes, zweitens das Verbot für Deutschland und Deutsch-Österreich, sich jemals miteinander zu vereinigen. Das Gegenteil hatte zwar die österreichische Nationalversammlung 1918 in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts gewünscht. Aber die Friedensmacher erkannten, daß die Tschechoslowakei nach einem Anschluß Österreichs an das deutsche Reich auf drei Seiten von deutschem Gebiet umschlossen sein würde. Und das ergab für den neu gegründeten Staat, in dem eine bedeutende deutsche Minderheit lebte, unter strategischen Gesichtspunkten eine bedrückende Perspektive. Also wurde der Anschluß verboten.

Um deutsche Übergriffe und Revancheakte in Ostmitteleuropa zu verhindern, hatten sich die »Großen Drei« in Versailles aber noch etwas anderes ausgedacht. Deutschland durfte in seinen Rheinprovinzen auf unbestimmte Zeit keine Soldaten, Festungen und militärischen Einrichtungen mehr unterhalten (sogenannte Entmilitarisierung). Es hielt Frankreich also gewissermaßen seine unbewehrte und unbewaffnete Brust hin, hinter der das industrielle Herz schlug, das Ruhrgebiet. Sollte sich Deutschland umwenden, um sich im Osten mausig zu machen, würde es für die französische Armee ein leichtes sein, hinter der Maginot-Linie hervorzubrechen und dem Friedensstörer in den Rücken zu fallen. Die linksrheinischen Gebiete Deutschlands und die drei rechtsrheinischen Brückenköpfe bei Köln, Koblenz und Mainz wurden von den Truppen der Entente 15 Jahre lang (von amerikanischen Verbänden für kürzere Zeit) besetzt. Die Franzosen würden im Falle eines Falles sehr schnell zur Stelle sein.

Am liebsten wäre Frankreich natürlich ein separater Rheinstaat als Puffer zum Deutschen Reich gewesen. Er hätte die Gefahr verringert, daß auch der nächste Krieg wieder auf französischem Boden stattfand. Die zweitbeste Lösung wäre eine unbefristete Besetzung der linksrheinischen Gebiete gewesen. Sie hätte wenigstens den Rhein selbst zur deutsch-französischen Grenze gemacht, ein natürliches Hindernis und daher auch eine ideale Verteidigungslinie. Unter dem Druck Wilsons und Lloyd Georges mußte sich Clemenceau dann aber mit dieser Kompromißlösung zufriedengeben: befristete Besetzung und unbefristete Entmilitarisierung des Rheinlandes.

Diesen Kompromiß ging Clemenceau freilich im Vertrauen darauf ein, daß die amerikanisch-englische Garantie für die Sicherheit Frankreichs zustande kommen würde. Als dieses Vertrauen aber enttäuscht wurde, weil sich die Amerikaner zurückzogen, sah die Sache plötzlich ganz anders aus. Sicher, der Wunschtraum Frankreichs seit den Tagen Richelieus war in Erfüllung gegangen: Mit Polen und der Tschechoslowakei wurde das Deutsche Reich im Osten von zwei »Quasi-Großmächten« bedroht, was seinem Drang nach Westen Zügel anlegen würde. Aber das war kein vollwertiger Ersatz für die amerikanisch-englische Garantie.

Die Räumung des Rheinlandes hing davon ab, daß Deutschland das Versailler Diktat erfüllte. Zwar zweifelte fast jeder daran, daß dies überhaupt möglich

sein würde. Die deutschen Reparationen, in Versailles zunächst gar nicht genau beziffert, summierten sich zu der schwindelerregenden Summe von 132 Milliarden Goldmark. Deutschland mußte seine Handelsflotte, seine Kolonien, beträchtliche Anteile seiner Bodenschätze abliefern und sich auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten zu jahrzehntelanger Fronarbeit verpflichten. Aber wenn die sprichwörtliche »deutsche Tüchtigkeit« am Ende doch obsiegte, würde die Besetzung des Rheinlandes gerade dann zu Ende gehen, wenn Deutschland die Kraft zurückgewonnen hatte, seine größere Bevölkerung und sein überlegenes Industriepotential wieder in militärische Energien umzusetzen und sich seine verlorenen Ostgebiete mit Gewalt zurückzuholen. Das war einer der gefährlichen Widersprüche von Versailles, der Frankreich von allem Anfang an tief beunruhigte.

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte es versucht, Deutschland durch das Bündnis mit Rußland in Schach zu halten. Diese Möglichkeit war nach dem Krieg zunächst durch die bolschewistische Oktoberrevolution verbaut, so daß Frankreich nur die kollektive Sicherheit des Völkerbundes und die Entente cordiale mit England blieb, zwei Ersatzlösungen, die kein Franzose als ausreichend anerkannte. Denn niemand wußte, ob sich der buntscheckige Völkerbund in der Stunde der Not dazu aufraffen würde, Frankreich wirksam beizustehen, und die Entente-Verträge, die Frankreich und England ab 1904 miteinander geschlossen hatten, waren zwar ein Beistandspakt, aber keine Militärkonvention im klassischen Sinne. Außer der ziemlich allgemein gehaltenen Verpflichtung Englands, Frankreich im Falle eines unprovozierten Angriffs Deutschlands zur Hilfe zu kommen, enthielten die Entente-Verträge keine Beistandsautomatik. Das heißt, die Freiheit Englands, sich für oder gegen einen Kriegseintritt zu entscheiden, blieb zumindest theoretisch erhalten. Im Grunde gaben die Verträge nur das politische Interesse Englands wieder, Frankreich und auch Belgien nicht von Deutschland besiegt zu sehen. Deshalb sollte bei einem deutschen Angriff sofort ein englisches Expeditionsheer nach Belgien verschifft werden, um den deutschen Vormarsch nach Antwerpen und den Durchmarsch durch die Ardennen aufzuhalten. Aber abgesehen von dem politischen Vorbehalt, wurde die Erfüllung dieser Verpflichtung auch noch dadurch in Frage gestellt, daß England im Frieden keine Wehrpflicht kannte. Es mußte im Spannungsfall also erst einmal ein Feldheer aufbauen, und ehe die Rekruten eingezogen, ausgebildet, ausgerüstet und über den Kanal verschifft waren, konnte es für Frankreich längst zu spät sein.

Dies alles war für Frankreich herzlich unbefriedigend, aber es war noch nicht alles. Vielmehr weigerte sich England hartnäckig, eine Remilitarisierung des Rheinlandes durch Deutschland – also eine Wiedereinbeziehung seiner westlichen Provinzen in die Landesverteidigung – ohne weiteres als Kriegsgrund anzusehen. Es weigerte sich, seine politischen Beistandsverpflichtungen für Frankreich, Belgien und die Niederlande durch regelrechte Militärkonventionen zu ergänzen, die etwa Pläne für gemeinsame Operationen, Versorgungsmaßnahmen oder Rüstungsprogramme vorsahen. Und es weigerte sich,

irgendwelche bindenden Verpflichtungen für den status quo in Ostmitteleuropa zu übernehmen, die über die Allgemeinplätze der Völkerbundakte hinausgingen.
Es ist wichtig, zu erkennen, daß alle diese Weigerungen nicht erst unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltdrohungen entstanden, sondern daß sie seit Versailles existierten. Sie waren nicht die Folge einer moralischen Knieweichheit Englands, sondern Inhalte der klassischen englischen Politik, die eine eingefleischte Abneigung gegen neue und unabsehbare Verpflichtungen auf dem Kontinent besaß. Lloyd George hatte zwar 1918 feierlich erklärt:

»Ein unabhängiges Polen, das alle polnisch gebürtigen Elemente umfaßt, die ihm angehören wollen, ist eine dringende Notwendigkeit für die Stabilität Europas.«

Aber drei Jahre später sagte er ziemlich kleinlaut:

»Ich denke nicht, daß dieses Land bereit ist, irgendwelche Garantien zu geben, die es in jeder Hinsicht in militärische Operationen in diesem Teil der Welt (gemeint war Ostmitteleuropa) verwickeln könne.« [12]

Und dabei blieb es – bis 1939.
Für England war es eben ein Unterschied, ob es – 1918 mit Amerika – das Selbstbestimmungsrecht forderte, um die deutsche Vormacht auf dem Kontinent aus den Angeln zu heben. Oder ob es – 1921 ohne Amerika – Polen garantierte, um die französischen Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen. Es war ein Unterschied, wie er etwa zwischen einem gutgefüllten Bankkonto und einem ungedeckten Wechsel besteht. Für Frankreich hingegen war der status quo in Ostmitteleuropa identisch mit der eigenen Sicherheit, mit dem Frieden in Europa, und so versuchte es, für Polen und die Tschechoslowakei zusätzliche Sicherheiten zu finden. Aber es dauerte 20 Jahre, bis eine Situation eintrat, in der Frankreich Aussichten hatte, daß England den ungedeckten Wechsel akzeptierte.

## Anmerkungen

1 Roosevelt, Letters, Vol. III, S. 273: Aufzeichnung FDR o. D., Annex zu einem Brief von Charles Edison vom 2. 9. 39.

2 Der Begriff »Karthago-Frieden« bezeichnet einen Friedensschluß, der darauf abzielt, den Besiegten als Machtfaktor für alle Zukunft auszuschalten. Das Modell bildete der Frieden zwischen Rom und Karthago am Ende des Zweiten Punischen Krieges, 201 v. Chr. Hannibal mußte damals auf alle Besitzungen im Mittelmeerraum verzichten, seine Flotte abliefern und 50 Jahre Reparationen von 200 Talent (= 1 Mio. Goldmark) p. a. zahlen. Damit war das Schicksal seines Reiches besiegelt, das sich zum Zeichen seiner Unterwerfung verpflichtete, künftige Kriege nur noch mit der Zustimmung Roms zu führen.

3 John Meynard Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München 1919 und Harold Nicolson, Die Friedensmacher 1919. Berlin 1933 – Die Zitate stammen aus: Der Vertrag von Versailles, S. 56ff.

4 ebda., S. 111ff.

5 ebda., S. 84.

6 Leonidas Hill, Die Weizsäcker-Papiere 1900–1932. Berlin/Frankfurt/Wien 1982, S. 26.

7 In der Abrüstungsfrage überlappte sich die Völkerbundsakte mit den restlichen Friedensbedingungen. Art. 8 stellte fest, »daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist.« Obwohl diese Formulierung eine Gummiklausel darstellte, hieß es in der auf Wunsch Wilsons eingefügten Präambel zum Teil V des Versailler Vertrages, der die Entmilitarisierung Deutschlands regelte: »Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland . . .« Damit war klar, daß der Gesamtvertrag die Abrüstung Deutschlands als Vorstufe einer allgemeinen Abrüstung ansah.

8 Die zwölf neuen Staaten dieses »Gesundheitsgürtels« waren Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Türkei, Jugoslawien, Rumänien, Albanien, Bulgarien, Lettland, Litauen und Livland.

9 Keith Feiling, Life, S. 246.

10 ebda.

11 Als Notbehelf sah der Versailler Vertrag, Art. 429, eine verlängerte Besetzung des Rheinlandes für den Fall vor, daß die Sicherheiten gegen einen unprovozierten Angriff Deutschlands zum Zeitpunkt der Räumung als nicht ausreichend betrachtet wurden.

12 W. M. Jordan, Great Britain, France, and the German Problem 1918–1939, London 1943, S. 221 und 201.

## 2.

# Amerika hat die Finger im Spiel

England hatte seine Hauptkriegsziele in Versailles erreicht: Deutschland mußte seine Flotte abliefern, auf seine überseeischen Besitzungen verzichten und eine Reihe wirtschaftlicher und finanzieller Auflagen hinnehmen. Von den Siegern wurde es auf eine demokratische Staatsform verpflichtet und vom Völkerbund auf einen Kodex internationaler Verhaltensregeln festgelegt. Zwar blieb vorerst der Schönheitsfehler, daß sich die übrigen Mächte nicht an diese Verhaltensregeln hielten, indem sie Deutschland den Beitritt zum Völkerbund verweigerten und es auf den ersten Nachkriegskonferenzen wie ein unmündiges Kind behandelten. Aber England hatte sich von Anfang an gegen diesen Unfug gewandt, und es hatte bei seinen Bemühungen, das Verhältnis zu Deutschland zu normalisieren, das beruhigende Gefühl, daß die Weimarer Republik auf absehbare Zeit keine Gefahr mehr für das englische Weltreich darstellen würde.

Ganz anders dagegen Frankreich. Es betrachtete sein Hauptkriegsziel – Sicherheit vor einem neuen Krieg gegen Deutschland auf eigenem Boden – auch nach Versailles als seine Hauptaufgabe. Um der Lösung dieser Aufgabe willen war es sogar bereit, einen neuen Krieg gegen Deutschland in Kauf zu nehmen, den letzten großen entscheidenden Krieg, der alle Kriege ein für allemal beenden würde. Diese latente Kriegsbereitschaft lief dem Friedensgedanken des Völkerbundes zuwider, und fast alle Maßnahmen, die Frankreich ergriff, um sich selbst vor einem neuen Krieg zu schützen, hatten die paradoxe Folge, das Kriegsrisiko für alle anderen Mächte zu erhöhen.

Im Verhältnis zwischen den beiden Kriegsverbündeten führten diese Unterschiede in der friedenspolitischen Optik zu einer Menge von Differenzen. Vor jeder Konferenz, die nach Versailles zusammentrat, um den Wust der Entmilitarisierungs-, Grenz- und Reparationsbestimmungen zu ordnen, mußten sich Frankreich und England erst einmal zusammenraufen. Und wenn das mißlang, ging die Konferenz ergebnislos auseinander, bis die nächste Konferenz einberufen wurde. Schließlich mußte das Leben ja irgendwie weitergehen.

Natürlich taten die Deutschen alles, um die Ausführung des Versailler Diktates so weit wie möglich zu verhindern. Als die Franzosen und Belgier 1923 das Ruhrgebiet besetzten, weil Deutschland mit der Lieferung von Holz und Kohle in Verzug geraten war, leisteten die Menschen dort sogar passiven Widerstand. Aber letzten Endes konnten sie nicht verhindern, daß Frankreich, das sich bereits im Besitz der Saarbergwerke befand, durch die Zwangsvereinigung des

lothringischen Eisens mit der deutschen Kohle zur mächtigsten Kontinentalmacht Europas aufschwang.

Die Engländer betrachteten das Treiben der Franzosen mit Mißtrauen. Schließlich hatten sie im letzten Krieg nicht gegen die deutsche Hegemonie über den Kontinent gekämpft, um jetzt die französische Vorherrschaft zu akzeptieren. Umgekehrt rechneten die Franzosen den Engländern vor, sie hätten auf der Washingtoner Flottenkonferenz für sich die beste Sicherheitsmarge seit dem Krimkrieg von 1854/56 herausgeholt. Wenn schon die *Royal Navy* die Beherrscherin der atlantisch-europäischen Gewässer sei, könnte man in London doch wenigstens Frankreich als stärkste Kontinentalmacht akzeptieren.

Im Grunde versuchte jede der beiden Entente-Mächte, die Hegemonie der jeweils anderen in Europa zu verhindern, wichtigste Ursache dafür, daß Frieden und Abrüstung nicht vorankamen. Am bedauerlichsten aber war in englischen Augen die Tatsache, daß dieses fruchtlose Ringen die wirtschaftliche Erholung Europas und damit Englands verhinderte.

Gewiß, aus sicherheitspolitischen Gründen konnte Frankreich einen Sinn darin sehen, daß sich der deutsche Reichsverband in lauter Separatstaaten auflöste. Die Besetzung des Ruhrgebietes sicherte der französischen Schwerindustrie ja ein produktives Unterpfand für den erfolgreichen Wettbewerb mit der englischen Konkurrenz. Aber England war verständlicherweise erbost darüber, daß Deutschland auf diese völkerrechtswidrige Weise daran gehindert wurde, die Mittel zu erwirtschaften, die es brauchte, um seinen Außenhandel wieder in Gang zu bringen, auch und gerade mit England. Denn ohne Erlöse aus ihrem Außenhandel, das sahen die englischen Wirtschaftsexperten ganz nüchtern, würden die Deutschen kaum in der Lage sein, ihre Reparationen zu bezahlen. Und diese Reparationen brauchten die Engländer wiederum, um ihre Kriegsschulden in Amerika abzutragen.

In dieser Beziehung zogen die Amerikaner an demselben Strang, obwohl sie 1922 gerade die höchsten Zollsätze ihrer ganzen Geschichte erlassen hatten. Was Europa daraufhin an Exporterlösen entging, mußten amerikanische Kredite wettmachen. Überhaupt waren die Vereinigten Staaten bei der Neuordnung des Kontinents in einer Weise präsent, die ihnen bei einem Minimum an eigenen Verpflichtungen ein Maximum an Einfluß sicherte. Ein schlagendes Beispiel für diese Doppelgleisigkeit der amerikanischen Europapolitik war das Verhältnis zum Völkerbund. Die Völkerbundsakte hatten die Vereinigten Staaten zwar ebenso wenig ratifiziert wie das Versailler Diktat. Dafür aber zählte ein Drittel der ursprünglichen Unterzeichner zu jenen süd- und mittelamerikanischen Staaten, die sich durch die Monroe-Doktrin, Interventionsverträge und wirtschaftliche Ausbeutung in Abhängigkeit zu den USA befanden. Dadurch und durch die Mitwirkung in der Botschafterkonferenz, die sich in Paris um die Durchführung der verschiedenen Friedensverträge kümmerte, hatten die Amerikaner ihre Finger im europäischen Teig, ohne sich für dessen Unverdaulichkeit rechtfertigen zu müssen. Unter Hinweis darauf, daß sie den

Friedensvertrag nicht unterzeichnet hätten, zogen sie sich andererseits aus der unpopulären Reparationskommission und anderen vertragsmäßig vereinbarten Gremien zurück. Diese Doppelstrategie versetzte die Vereinigten Staaten in die angenehme Lage, als uneigennütziger Schlichter in den Streitigkeiten zwischen England, Frankreich und Deutschland aufzutreten. Wie uneigennützig sie tatsächlich waren, bewies jedoch der separate Friedensvertrag, den sie bereits 1921 mit Deutschland geschlossen hatten. Er sicherte Amerika »alle Rechte und Vorteile« des Versailler Diktats, ohne es mit seinen Pflichten und Nachteilen zu belasten.

Auf diese Weise brachten sich die Amerikaner nachträglich in den Genuß des »Karthago-Friedens«, den sie angeblich aus moralischen Gründen abgelehnt hatten. Gleichzeitig arbeiteten sie aktiv am Völkerbund mit, dem sie offiziell gar nicht angehörten, natürlich nur auf »privater« Basis. Die *Rockefeller Foundation* hatte in Genf ein »Hochschulinstitut für internationale Studien« eingerichtet, das die akademische Elite Europas im Geiste des liberal-demokratischen Internationalismus erzog. Aus ihm gingen u. a. Carl J. Burckhardt, ab 1937 Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, und Wilhelm Roepke hervor, einer der Väter des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Lohn für dieses Katz- und Maus-Spiel, in dem die Amerikaner gleichzeitig die Katze und die Maus darstellten, bestand darin, daß sie parallel zur bestehenden Friedensmaschinerie freie Hand behielten, den Wiederaufbau Europas in ihrem Sinne zu beeinflussen, ohne mit dem Negativ-Image der französischen »Friedensmacher« identifiziert zu werden. Wie das im einzelnen funktionierte, zeigte der sogenannte »*Dawes*-« und »*Young-Plan*«, zwei wirtschaftliche und finanzielle Sanierungskonzepte, die Europa bis zum Eintritt der Weltwirtschaftskrise auch politisch leidlich über Wasser hielten.

Charles Dawes, Bankier aus Chicago, und Owen Young, Präsident von *General Electric*, repräsentierten den Hochtechnologie-Freihandels- und Medienblock, der sich in den USA damals gerade anschickte, Franklin Roosevelt auf den Schild zu heben. Die beiden Unternehmer wurden 1924 und 1929 als »Privatpersonen« von der Coolidge-Administration angeheuert, von jenem republikanischen Präsidenten also, der erklärt hatte:

> »Unsere Investitionen und Handelsbeziehungen sind so beschaffen, daß es fast unmöglich ist, irgendeinen Konflikt irgendwo auf der Erde zu begreifen, der uns nicht schädlich berührt.« [1]

Seit 1922 hatten die Amerikaner erst heimlich, dann auch öffentlich gedrängt, die Frage der deutschen Reparationszahlungen und damit die Fragen des europäischen Wiederaufbaus nicht dem englisch-französischen Gerangel zu überlassen. Sie seien bei einer Experten-Kommission besser aufgehoben. »Geschäft statt Politik«, hieß die verlockende Devise, wobei die meisten Europäer übersahen, daß das für die Amerikaner dasselbe war. Freilich leisteten die Franzosen Widerstand, indem sie das Ruhrgebiet besetzten, weil

sie sahen, was auf sie zukam: ein amerikanisch-englischer Akkord zwecks Verhinderung der französischen Hegemonie.

Um die Amerikaner ins Spiel zu bringen, setzte die Reparationskommission einen Unterausschuß ein, dessen Vorsitz Dawes übertragen wurde. Als sein Stellvertreter amtierte Young. Das geschah just in dem Augenblick, als die europäische Krise 1923 ihren Höhepunkt erreichte. Im Rheinland versuchten deutsche Separatisten unter französischer Obhut eine »Rheinische Republik« zu gründen. In verschiedenen Teilen Mitteldeutschlands probten die Kommunisten den Aufstand, und ein gewisser Adolf Hitler wagte in München einen erfolglosen Putschversuch gegen Bayern und das Reich. Die Reichsmark war keinen Pfifferling mehr wert. Sie drohte, die anderen Währungen mit in den Abgrund zu reißen, womit das sich rasend drehende Karussel aus Reparationen, Kriegsschuldenzahlungen und Anleihen abrupt zum Stillstand gekommen wäre.

Um die verheerenden Folgen einer solchen Gewaltbremsung für die Weltwirtschaft abzuwenden, ersann die Dawes-Kommission eine Reihe von Methoden zur Finanzierung der deutschen Reparationen. Sie stellte den Kredit der Weimarer Republik wieder her und setzte einen sogenannten »Reparationsagenten« ein. Er sollte die deutsche Währung praktisch vor allzu großen Devisenabflüssen schützen, damit die deutsche Zahlungsbilanz einigermaßen intakt blieb. Auch das war natürlich wieder ein amerikanischer »Privatmann«, nämlich der ehemalige Unterstaatssekretär im Washingtoner Finanzministerium, S. Parker Gilbert.

Im Ergebnis wurde die Reparationsfrage, zweifellos ein Kernstück des Versailler Diktats, durch den Dawes-Plan den europäischen Mächten entwunden und unter das Kuratel der Amerikaner gestellt. Für die damaligen Verhältnisse war das etwas ganz Neues, auch wenn die meisten Deutschen kaum begriffen, daß sie für die Wiederherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit in den folgenden Jahren schwer bezahlen mußten. Der Preis bestand aus den Zinsen für die Milliardenkredite, die die amerikanischen Banken bis 1929 nach Deutschland pumpten, und aus der internationalen Finanzkontrolle, die Deutschland in eine wachsende Abhängigkeit zu den Vereinigten Staaten brachte.

Ähnlich war es auch beim Young-Plan. Auch diesmal wurden verschiedene Erleichterungen in bezug auf die Reparationen gewährt (Senkung der Gesamtsumme der Jahresraten, Abschaffung der Finanzkontrollen, Schaffung der »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ) in Basel, die es noch heute gibt) und mit einem gigantischen Anleihegeschäft gekoppelt, ohne daß freilich der Schutz der deutschen Zahlungsbilanz aufrechterhalten wurde. Zwar machte die einsetzende Weltwirtschaftskrise das kunstvolle Zahlenwerk kurz darauf zunichte. Aber die sogenannte »Dawes«- und »Young-Anleihe« mußten weiterhin abgezahlt werden. Diesmal hatten die Franzosen zudem etwas herzugeben, was sie sicherlich besonders schmerzte: Um den Deutschen die bittere Pille des Young-Plans zu versüßen, wurde das Rheinland fünf Jahre früher als vorgesehen von alliierten Truppen geräumt.

Die Schutzbehauptung, der Dawes- und der Young-Plan seien das Privatvergnügen von zwei amerikanischen Geschäftsleuten gewesen, ließ sich unter diesen Umständen nicht mehr lange aufrechterhalten. Hinter ihr verbarg sich die Europa-Strategie der Amerikaner, die Deutschland eine zentrale Rolle zuwies. Coolidges erster Außenminister, Charles Evans Hughes, der später über einen Finanzskandal in der Ölindustrie stürzte, hatte diese Politik bereits 1922 in eine klassische Wendung gekleidet:

»Es kann so lange keine wirtschaftliche Erholung geben, wie sich Deutschland nicht erholt. Es wird so lange keinen dauerhaften Frieden geben, wie man sich keiner wirtschaftlichen Befriedigung erfreut.« [2]

Tatsächlich belebte der Dawes-Plan das Geschäft so, daß Deutschland auf einem ständig wachsenden Berg von Schulden vier wirtschaftlich erträgliche Jahre erlebte. Außerdem wirkte der Dawes-Plan ausgesprochen entkrampfend auf das Verhältnis Deutschlands zu England und Frankreich. Zum Glück wurde jenseits des Rheins gerade der »nationale Block« unter Raymond Poincaré abgewählt, während in England zum ersten Mal eine Labour-Regierung unter Ramsay MacDonald amtierte.

Unter diesen günstigen Umständen fühlte sich der deutsche Außenminister Gustav Stresemann zu dem Versuch ermutigt, sich mit den europäischen Westmächten über die Räumung des Ruhrgebietes und die Garantie der deutschen Westgrenzen zu einigen, die ja zugleich die Ostgrenzen Frankreichs und Belgiens darstellten. Das Ergebnis bestand aus den Verträgen von Locarno, die 1925 von Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Italien unterzeichnet wurden. Sie ebneten Deutschland ein Jahr später den Weg in den Völkerbund.

An der Geschichte des Dawes- und Young-Planes konnte man ablesen, wie es die Amerikaner verstanden, mit Hilfe der Weimarer Republik, die in mancher Beziehung den wilsonistischen Idealen entsprach, die Türen Europas zu öffnen. Die Alte Welt importierte in den zwanziger Jahren fast die Hälfte der amerikanischen Agrarproduktion und ein Drittel der amerikanischen Industrieproduktion, vieles davon mit Hilfe jener 4,3 Milliarden Dollar, die von den amerikanischen Banken bis 1928 über den Atlantik geschoben wurden. Am Ende eines Jahrzehnts der ungestümen Dollar-Expansion, die das Pfund Sterling als Königin der Weltwährungen entthronte, existierten bereits 1300 amerikanische Firmen in Europa, Brückenköpfe jener multinationalen Epoche, die durch und nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig heraufkam.

Noch war die Zeit freilich nicht reif dafür. Auch die Amerikaner waren noch nicht reif dafür. Sie

»wünschten einerseits im eigenen Interesse eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung in Europa und einen friedlichen Ausgleich der nationalen Antagonismen, weil dies die Voraussetzung für ein finanzielles Engagement und für die wirtschaftliche Expansion Amerikas war; andererseits beharrten sie (wie am deutlichsten die Handels- und

Schuldenpolitik dokumentierte) auf einer separaten, bilateralen Regelung ihrer Beziehungen zu jedem einzelnen europäischen Staat und wähnten hinter jeder europäischen Gemeinschaftsaktion oder Blockbildung anti-amerikanische oder doch zumindest die amerikanischen Interessen beeinträchtigende Tendenzen.« [3]

Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten betrieben ihre »*Open-door*«-Politik in Europa energisch, zielstrebig, nicht selten rücksichtslos und mit einem bemerkenswerten Widerspruch zwischen multilateralen Bekenntnissen und bilateraler Wirklichkeit. Aber wenn sich die Europäer zusammentaten, um den amerikanischen Ansturm nicht ganz wehrlos ausgesetzt zu sein, oder wenn sie gar ihre Hand hilfesuchend ausstreckten, um über das Versailler System der kollektiven Unsicherheiten hinwegzukommen, schlugen die Vereinigten Staaten die Tür wieder zu. Es war genau dieser »grundlegende Widerspruch der amerikanischen Europapolitik« (Werner Link) zwischen ausgeprägtem Geschäftssinn und Mangel an politischer Konsequenz, der die Amerikaner mit einer schweren Verantwortung für die weitere Entwicklung belastete.

Die Geschichte des »Genfer Protokolls für die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten« zeigte das mit erschreckender Deutlichkeit. Nach endlosen Beratungen über Abrüstung und Sicherheit hatte sich der Völkerbund 1924 endlich dazu durchgerungen, den Krieg als Mittel der Politik abzuschaffen und durch ein lückenloses System friedlicher Schlichtung zu ersetzen. Es war ein Projekt, das nach seiner Verwirklichung den Weg für eine Abrüstung und für eine friedliche Revision des Versailler Vertrages hätte freigeben können. Aber England weigerte sich, das Protokoll zu unterzeichnen, und so blieb es Makulatur.

Sicher war für diese Weigerung ein ganzes Bündel von Gründen maßgeblich, darunter vor allem die englische Abneigung gegen jede Automatik von internationalen Verpflichtungen, die geeignet war, die eigene Entscheidungsfreiheit in einer konkreten Situation einzugrenzen. Aber ausschlaggebend war die Haltung Amerikas. Denn bevor sich die englische Regierung für Annahme oder Ablehnung des Genfer Protokolls entschied, versuchte sie, sich durch ihren damaligen Botschafter in Washington, Sir Esmé Howard, des amerikanischen Einverständnisses zu versichern. [4]

Es sei »ein kardinaler Punkt« für seine Regierung, sagte Howard zu US-Außenminister Hughes, »freundliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu unterhalten und mit dieser Regierung wo immer möglich zu kooperieren«. Aber anstatt dem Botschafter mit gleicher Freundlichkeit zu entgegnen oder ihn sogar zu ermutigen – Sir Esmé hatte extra darauf hingewiesen, daß die Alternative zum Genfer Protokoll eine neue Runde des Wettrüstens in Europa sei – verabreichte ihm der Amerikaner eine kalte Dusche. Entweder, so sagte Hughes, verberge sich hinter der Friedensinitiative des Völkerbundes »ein Konzert gegen die Vereinigten Staaten«. Oder sie komme den amerikanischen Interessen auf andere Weise in die Quere. Der Außenminister legte sich zwar nicht definitiv für oder gegen das Genfer Protokoll fest. Aber es wurde klar, daß die Coolidge-Administration das ganze Unternehmen mit Mißfallen

betrachtete, und England wollte nicht den Unwillen Amerikas erregen. Deshalb unterzeichnete es das Genfer Protokoll nicht.
Damit scheiterte der ehrgeizigste Versuch der zwanziger Jahre, das System der kollektiven Unsicherheiten durch einen kollektiven Frieden ohne Waffen zu ersetzen. Ein Jahr später, in Locarno, endete auch die Suche Englands und Frankreichs nach einem bilateralen Sicherheitskonzept, weil England in Ostmitteleuropa keine neuen Verpflichtungen übernehmen wollte, und Europa stand sicherheitspolitisch mit leeren Händen da. Noch ein Jahr später, 1926, als in Thoiry darüber beraten wurde, wie sich die deutsch-französische Annäherung weiter verbessern ließe, versagten sich diejenigen amerikanischen Wirtschaftskreise, die mit Europa im schärfsten Wettbewerb lagen. Das war kein Isolationismus, wie man denken könnte, sondern ein Internationalismus, der sich von den Europäern einfach keine Zügel anlegen lassen wollte.
Noch versuchten die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Aristide Briand und Gustav Stresemann, Amerika näher an Europa heranzuführen, um dessen Einigung zu erleichtern. Stattdessen erhielten sie den Kellogg-Pakt, der mehr Probleme aufwarf als er löste. Dann brach die große Krise über die Weltwirtschaft herein, ohne daß es gelungen wäre, Europa einen sicheren Stand zu geben.
Bis dahin hatte sich jene Führungsstruktur herausgebildet, die Europa nach dem Wettersturz der Weltwirtschaftskrise und Roosevelts *»bombshell message«* ein neues Gesicht verlieh: Die vier europäischen Hauptmächte Deutschland, England, Frankreich und Italien bildeten eine Art von kollektiver Führung. Sie waren zugleich auch die vier ständigen Mitglieder des Völkerbundrates, zu denen – als außereuropäische Macht – noch Japan gehörte. An dieser Stelle sollte man einen Seitenblick auf Italien werfen. Seit sich der ehemalige Hilfslehrer und Gewerkschaftssekretär Benito Mussolini 1921 nach seinem legendären »Marsch auf Rom«, zum Diktator aufgeschwungen hatte, war Italien ein faschistisches Land, obwohl es formal eine Königreich blieb. Es zählte zu jenen 17 europäischen Staaten, die sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der liberal-demokratischen Herrschaftsform entledigten. [5] Mit seinem »Faschismus«, der Hitler und dem Nationalsozialismus in mancher Beziehung als Vorbild diente, gab es einer ganzen Epoche seinen Namen – zu Unrecht, wie viele Historiker finden. [6]
Italien hatte sich durch den Londoner Geheimvertrag mit der Entente 1915 verpflichtet, seinen bisherigen Verbündeten Deutschland und Österreich/Ungarn den Krieg zu erklären. Als Gegenleistung wurden ihm Südtirol, die Vorherrschaft über das Adriatische Meer und ein »angemessener« Kolonialbesitz versprochen. Bis auf Südtirol aber lösten die Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg bei den Friedensregelungen keine ihrer Zusagen ein, ein Umstand, der viel dazu beitrug, in dem südlichen Land die nationalistischen Leidenschaften zu entfachen, aus denen der Faschismus entstand.
Um den »verlorenen Frieden« wieder wettzumachen, sicherte sich Mussolini in den zwanziger Jahren die Mittelmeerinsel Korfu, die er auf Betreiben Englands

aber wieder räumen mußte. Er erhob außerdem gewisse Ansprüche in Nordafrika, Südosteuropa und im Nahen Osten, hinter denen die Vorstellung von einem italienischen Mittelmeerimperium stand. Zwar machten ihm die Engländer in Libyen und Abessinien gewisse Zugeständnisse. Doch blieben Italiens Ansprüche im wesentlichen unbefriedigt, trotz seiner Mitgliedschaft im Völkerbund. Vom Washingtoner Flottenabkommen als zweitklassige Seemacht eingestuft, rangierte es in dieser Beziehung auf dem gleichen Rang wie Frankreich, ein Umstand, der aus beiden Ländern im Mittelmeerraum Rivalen machte.

Auch Deutschland mußte sich Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre eingestehen, daß nicht alle Blütenträume gereift waren, die man beim Eintritt in den Völkerbund gehegt hatte. Gewiß war die vorzeitige Räumung des Rheinlandes von fremden Besatzungstruppen ein Erfolg, und die Mitgliedschaft in der Weltorganisation hatte das internationale Ansehen der Weimarer Republik gefestigt. Andererseits standen noch zehn Jahre nach Versailles – trotz Locarno und Kellogg-Pakt – fast alle deutschen Wünsche offen: die Befreiung von den Reparationslasten; die Rückgabe Danzigs, des Korridors und Memels; die Lösung der Probleme deutscher Minderheiten in Polen, der Tschechoslowakei und Italien; ein Ausgleich für die Kolonien, aus denen England und Frankreich im Namen des Völkerbundes sogenannte »Mandate« gemacht hatten; damit verbunden eine Lösung gravierender Rohstoff-, Handels- und Finanzprobleme, die Deutschland der Gefahr politischer Erpressung aussetzten; schließlich die allgemeine Abrüstung der anderen Mächte bzw. die militärische Gleichstellung Deutschlands mit ihnen.

Keines dieser Ziele war erreicht. Aber über alle bestand in Deutschland so etwas wie ein nationaler Konsens. Jedes dieser Ziele war freilich geeignet, die empfindliche Machtbalance in Europa zu berühren und erschreckte deshalb vor allem Frankreich. Die Dritte Republik, wie die Weimarer Republik von sozialer Unruhe, Inflation und häufigen Regierungskrisen geschüttelt, hatte inzwischen auf alle Pfänder für die Zahlung der deutschen Reparationen sowie auf die Kontrolle der deutschen Abrüstung verzichtet. Was den Schutz der französischen Rheingrenze anging, konnten die Regierungen in Paris zwar vorläufig den Verträgen von Locarno vertrauen. Aber der Traum von einer militärischen Defensivallianz mit England, die auch die Garantie des status quo in Ostmitteleuropa einschloß, hatte sich nicht erfüllt, weil Amerika nach wie vor abseits stand.

Diesen Mangel versuchten die Franzosen durch Beistandsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei auszugleichen, Ländern aus dem »*cordon sanitaire*«, die nun zur Befriedigung der französischen Sicherheitsbedürfnisse herhalten mußten. [7] Einige von ihnen bildeten die sogenannte »Kleine Entente« mit Frankreich. Die zunehmende Entwicklung nach rechts, die in Deutschland gegen Ende der zwanziger Jahre eintrat, warf jedoch die Frage nach der Haltbarkeit dieser Sicherungen auf. Die Tatsache, daß das politi-

sche Pendel in Frankreich 1930/32 erst nach rechts, dann nach links ausschlug, machte die Dinge nicht einfacher.
Auf jeden Fall waren aus Frankreichs Sicht die sicherheitspolitischen Voraussetzungen für eine Abrüstung weniger denn je gegeben. Hinzu kam die 1929/30 einsetzende Weltwirtschaftskrise, die sich im Laufe des Jahres 1931 panikartig verschärfte. Sie machte es immer unwahrscheinlicher, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen bis zur letzten Reichsmark erfüllen konnte. Frankreich mußte also damit rechnen, um die wichtigsten Früchte seines Sieges von 1918 gebracht zu werden. Und diese Aussicht, verbunden mit der überlegenen Stellung, die der Franc vorübergehend gewann, machte die Pariser Regierung in den Verhandlungen jener Jahre nicht kompromißbereiter.
Am 2. Februar 1932 wurde in Genf nach jahrelangen Vorbereitungen die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes eröffnet, am 16. Juni die Konferenz in Lausanne, die das Ende der Reparationen brachte. Reichlich zwei Wochen vorher war in Berlin die Regierung Brüning gestürzt, »hundert Meter vor dem Ziel«, wie der enttäuschte Reichskanzler sagte. Dieses Ziel strebte jetzt Adolf Hitler an der Spitze seiner »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) um so entschlossener an: die Befreiung Deutschlands von den Fesseln des Versailler Vertrages, die Sprengung der geostrategischen Mittellage und den Wiederaufstieg zur Weltmacht. Die unnachgiebige Haltung, die Frankreich in der Reparations- und Abrüstungsfrage einnahm, hatte den Sturz Brünings und den Aufstieg Hitlers beschleunigt. Insofern war Frankreich für das Ende der Weimarer Republik mitverantwortlich. Seine Träume von einem französisch beherrschten »Pan-Europa« trieben in einem dialektischen Prozeß wechselseitiger Bestärkung jenseits des Rheins die alten Vorstellungen von einem deutschbeherrschten »Mitteleuropa« wieder hervor.
Aber neben dem französisch-deutschen Gegensatz gab es auch noch den englisch-französischen Gegensatz, und jede der europäischen Hauptmächte hatte wiederum ihre spezifischen Probleme mit den USA. Kurzum, die Kriegsschulden, die Reparationen, die Abrüstung, die Zukunft Ostmitteleuropas, die Wahlerfolge der Nazis, die Instabilität der innenpolitischen Verhältnisse in England und in Frankreich schürzten sich vor dem düsteren Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zu einem Gordischen Knoten, den eigentlich nur noch einer durchschlagen konnte: der amerikanische Präsident Herbert Hoover. Aber der ging gerade der Schicksalswahl von 1932 entgegen. Und das machte ihn einerseits sehr unbeweglich, andererseits anfällig für politische Ideen, von denen er sich offenbar zuhause und in Übersee wahre Wunderdinge versprach. Zwei dieser Einfälle, die mehr Schaden als Nutzen anrichteten, seien hier herausgegriffen: das sogenannte Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, das für sämtliche Kriegsschulden und Reparationen einen einjährigen Zahlungsstop vorsah, und Hoovers Vorschlag vom 22. Juni 1932, sämtliche Streitkräfte der Welt um ein Drittel ihrer Stärke zu verringern.
Das Hoover-Moratorium stellte zwar zum ersten Mal einen Zusammenhang zwischen den alliierten Kriegsschulden und den Reparationen her, ein Einge-

ständnis, auf das England und Frankreich zehn Jahre lang vergeblich gewartet hatten. Aber der Präsident gab dieses Signal zu einem Zeitpunkt, als die Wirtschaftskrise mit Macht auf Deutschland, Österreich und Ungarn übergriff und als die amerikanischen Banken damit begannen, ihre Kredite in massiver Weise aus Mitteleuropa abzuziehen. Damit drohte der Zusammenbruch des internationalen Zahlungskreislaufs, und Frankreich konnte sich ausrechnen, daß nach Ablauf des Freijahres niemand mehr daran denken würde, die Zahlungen wiederaufzunehmen. Es legte sich daher ein halbes Jahr lang quer, ein Zeitraum, der ausreichte, die Kräfte der internationalen Spekulation auf das englische Gold und das Pfund Sterling zu lenken.

England war schließlich am 21. September 1931 gezwungen, vom Goldstandard abzugehen, eine einmalige Entscheidung in der 200jährigen Wirtschafts- und Währungsgeschichte des Landes. Da sich die französischen Banken an den Spekulationen beteiligt hatten und im Herbst 1931 sogar noch den Dollar in Gefahr brachten, war das Verhältnis zwischen England und Amerika einerseits, Frankreich andererseits bereits erheblich getrübt, als im Frühjahr 1932 die Genfer Abrüstungskonferenz begann. An den vorbereitenden Gesprächen hatte Hoovers Außenminister Stimson teilgenommen, der später auch die Konferenz selbst streckenweise mit seiner Anwesenheit beehrte.

Mancher Beobachter dachte damals an die Washingtoner Flottenkonferenz vor zehn Jahren zurück. Sie hatte die Welt in zwei maritime Machtsphären eingeteilt, in eine atlantische, die von England, und in eine pazifische, die von den USA beherrscht wurde. Dadurch war Frankreich auf den Rang einer zweitklassigen Seemacht zurückgefallen und die Genfer Konferenz praktisch zu einer Abrüstungsrunde für die europäischen Landstreitkräfte reduziert worden. Beides mißfiel Frankreich natürlich.

Aber Hoovers Abrüstungs-Plan hielt man in Paris für ganz besonders unfair. Er hätte die große französische Armee einseitig belastet, während die USA und England in Friedenszeiten bekanntlich keine Landstreitkräfte im nennenswerten Umfang unterhielten und deshalb kaum etwas abzurüsten hatten. Die Reduzierung wäre also einseitig zu Lasten Frankreichs gegangen. Außerdem lehnte es Stimson ab, der französischen Regierung irgendwelche Zusicherungen in bezug auf gegenseitige Konsultationen im Kriegsfall zu machen, nach wie vor eine der wichtigsten Vorbedingungen dafür, daß sich Frankreich überhaupt zu einer Abrüstung bereiterklärte. Denn letztlich sah es allein in irgendeiner Form von amerikanischer Beistandserklärung eine ausreichende Garantie für die eigene Sicherheit.

Im Grunde zielte Hoovers Abrüstungsvorschlag jedoch nicht gegen Frankreich, sondern gegen Japan. Die ostasiatische Gegenmacht sollte am Vorabend ihrer Expansion geschwächt oder, falls sie die Reduzierung ihrer Streitkräfte ablehnte, was wahrscheinlich schien, moralisch diskreditiert werden.

»Es war eine eigenartige und explosive Mischung von Pazifismus und militärischer Strategie«,

kommentierte ein Kenner den Plan des amerikanischen Präsidenten. [8] Und der amerikanische Historiker Gordon A. Craig meinte: [9]

»Bis zum Ende der Wahlen und in der folgenden Periode bis zur Amtseinführung Franklin D. Roosevelts war die amerikanische Rolle in Genf fast vollständig negativ.«

Unter diesen Voraussetzungen waren die Erfolgsaussichten der Genfer Abrüstungskonferenz von vornherein sehr gering, und die nationalsozialistische Machtergreifung mit dem Anspruch auf militärische Gleichberechtigung zusammen mit dem französischen Wunsch nach Sicherheit gaben ihr den Rest. Hätte Hoover den Mut gehabt, zwischen den beiden europäischen Nachbarmächten zu vermitteln, wovor er zurückschreckte, weil er eine europäische Einheitsfront in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage befürchtete, wäre Hitler vielleicht noch in letzter Minute verhindert worden. Zumindest hätte er es dann nicht so leicht gehabt, der Abrüstungskonferenz im Herbst 1933 den Rücken zu kehren.
Aber Hoovers vordergründiges Taktieren in der Abrüstungsfrage hatte noch eine andere Folge, die über Hitler hinausreichte und die der deutsche Historiker Michael Geyer so beschrieb: [10]

»Abrüstung wurde nun endgültig das, was ihre Kritiker immer behauptet hatten: ein verlängerter Arm der Militärstrategie und drückte bereits den hohen Grad der Militarisierung der internationalen Beziehungen aus, noch bevor der eigentliche Rüstungswettlauf am Vorabend des Zweiten Weltkrieges einsetzte.«

## Anmerkungen

1 Schröder, Deutschland, S. 20.
2 New York Times, 30. 12. 22.
3 Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932. Düsseldorf 1970, S. 78.
4 Dexter Perkins, The Department of State and American Public Opinion. In: Gordon A. Craig/F. Gilbert, The Diplomats 1919–1939. New York 1969, S. 290ff.
5 Diese Staaten waren Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Estland, Litauen, Lettland, Türkei, Portugal, Spanien, Japan und die Sowjetunion. Diese Staatengruppe könnte man so aufschlüsseln: Neun wurden in Versailles neu geschaffen, drei waren »alt«, aber besiegt und verstümmelt, weitere zwei waren »alt«, aber in Versailles zu kurz gekommen. Drei Staaten ließen sich keiner dieser Kategorien zuordnen.
6 Zum Begriff: Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963 – Die Worte »Faschismus« und »Nationalsozialismus« werden in diesem Buch als Begriffe für zwei verschiedene, wenn auch miteinander verwandte Sachverhalte gebraucht, obwohl sie vom »Antifaschismus« als ein und dasselbe verstanden wurden.
7 Das französische »Ostpaktsystem« bestand aus dem französisch-polnischen Bündnisvertrag von 1921 und dem französisch-tschechischen Bündnis- und Freundschaftsvertrag von 1925. Durch ersteren war Frankreich mit dem polnisch-rumänischen Bündnis, durch letzteren mit der »Kleinen Entente« (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) verbunden. Im Jahre 1935 kamen die noch näher zu betrachtenden Bündnisse Frankreichs mit Rußland und der Tschechoslowakei dazu.
8 Michael Geyer, Die Konferenz für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen und das Problem der Abrüstung. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933. München 1980, S. 202.
9 Vgl. in dieser Aufsatzsammlung auch den Beitrag von Gordon A. Craig, Die Regierung Hoover und die Abrüstungskonferenz, S. 125, von wo das folgende Zitat stammt.
10 ebda., S. 198.

# 3.

# Das System der kollektiven Unsicherheiten

»Die Vereinigten Staaten . . . sind niemals isoliert gewesen, können niemals isoliert sein und haben nicht denWunsch, isoliert zu werden«, erklärte Henry Cabot Lodge 1923 in der Zeitschrift »*Foreign Affairs*«, dem publizistischen Flaggschiff des liberal-demokratischen Internationalismus. [1] Als Widersacher Wilsons hatte Lodge maßgeblich daran mitgewirkt, daß die USA nach dem Ersten Weltkrieg offiziell dem Völkerbund fernblieben. Um so bemerkenswerter das Bekenntnis des republikanischen Senators, das die eigentliche, die nicht-isolationistische Willensrichtung der amerikanischen Politik anzeigte.

Ein Jahrzehnt nach Versailles, nach einer beispiellosen Expansion des amerikanischen »Reichs ohne Grenzen«, trat mit der Weltwirtschaftskrise jedoch ein Ereignis ein, das die Worte des Senators und die Bemühungen der USA um eine politische Weltführungsrolle radikal infrage stellte. Der globale Zusammenbruch der kapitalistischen Finanz- und Handelsmärkte, der von Amerika ausging, zerstörte das Vertrauen der Welt zu Amerika und damit zugleich den Mythos des amerikanischen Kapitalismus. Er vernichtete die Hoffnungen auf eine Befriedung Europas und der Welt, wie sie der Kellog-Pakt scheinbar eröffnet hatte.

Verantwortlich dafür waren die Amerikaner vor allem selbst. Allen internationalistischen Schwüren zum Trotz verhielten sich die Vereinigten Staaten in der Kriegsschuldenfrage, auf der Genfer Abrüstungskonferenz und auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz derartig egoistisch, daß sie tatsächlich in eine gewisse Isolierung gerieten. Diese wurde zwei Jahre später aus innenpolitischen Gründen noch durch das Neutralitätsgesetz verstärkt. Schon damals schwante Neville Chamberlain, der als englischer Schatzkanzler seit 1931 die Hand am Puls des internationalen Geschehens hatte:

»Die Amerikaner sind vor allem darum besorgt, ihre Leute davon zu überzeugen, daß sie in nichts hineingezogen werden, was für den Rest der Welt hilfreich wäre.« [2]

Diese sarkastische Wendung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die beiden Führungsmächte des Völkerbundes, England und Frankreich, Anfang der dreißiger Jahre wieder dastanden, wo sie die Amerikaner Anfang der zwanziger Jahre schon einmal hatten sitzen lassen. Trotz der Weltwirtschaftskrise hatten sie die Aufgabe, mit Hilfe des Versailler Diktats in Europa den Frieden zu erhalten. Nur hatte sich inzwischen etwas Entscheidendes geändert: Die Lösung dieser Aufgabe, die an sich schon der Quadratur des Zirkels glich,

war angesichts der gewandelten wirtschaftlichen Umstände noch erheblich schwieriger geworden. Die historische Stunde eines friedlichen Neuanfangs, die in den zwanziger Jahren geschlagen hatte, war ein für allemal verpaßt. England und Frankreich mußten jetzt gründlich umdenken, wenn sie noch retten wollten, was zu retten war.

Es gibt Historiker, die den Zweiten Weltkrieg nicht ohne Grund mit der Weltwirtschaftskrise beginnen lassen. Für die beiden westeuropäischen Demokratien bedeutete die Weltwirtschaftskrise in der Tat das, was der Erste Weltkrieg für Deutschland bedeutet hatte: das traumatische Erlebnis eines tiefen Falls aus großer Höhe, aus den Träumen von Sieg, Reichtum und Glück in die miserable Realität wirtschaftlicher Not, sozialen Protestes und instabiler Regierungsverhältnisse. Während Deutschland seinen Ruin erlebte, mußten sie von der alten Reichsherrlichkeit Abschied nehmen, die einst der verwegene Glanz Napoleons und der mütterliche Stolz der Königin Victoria erfüllt hatten.

Die Dritte Republik Frankreichs war ein Produkt der Niederlage gegen Deutschland von 1870/71, der Pariser Kommune und der Dreyfus-Affäre. Sie drohte im »Sumpf des Parlamentarismus« (de Gaulle) zu versinken. Frankreich verbrauchte allein in den Jahren 1933 bis 1939 nicht weniger als 16 Regierungen – pro Jahr zweieinhalb, statistisch gesehen – deren politisches Spektrum in stets wechselnden Kombinationen von der äußersten Rechten, der »Action française«, bis zur äußersten Linken, der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) reichte. Den Höhepunkt dieser Häutungsprozesse bildete zweifellos die sogenannte »Volksfront«, ein Regierungsbündnis zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten, das von der KPF gestützt wurde und das von 1936 bis 1938 bestand. Mit Ausnahme der Internationalisten in Moskau und Washington überzeugte es Freund und Feind von der Morbidität der französischen Verhältnisse.

Nach dem bissigen Urteil Chamberlains war Frankreich ein Land, das

> »kein Geheimnis länger als eine halbe Stunde und keine Regierung länger als neun Monate behalten kann.« [4]

Es verhinderte in dem Zustand, in dem es sich befand, jede geordnete Diplomatie. Dagegen ruhte England jenseits des Ärmelkanals noch relativ unversehrt in seinen Inseltraditionen. Es befand sich noch im Übergang vom victorianischen zum edwardischen Zeitalter, wobei es seinen jungen König Eduard VIII., den späteren Herzog von Windsor, durch eine Liebesaffäre mit der geschiedenen Amerikanerin Sarah Simpson verlor. Ihm folgte Ende 1936 König George VI.

Im Gegensatz zu Frankreich, das an seinen politischen Polarisierungen ein intellektuelles Vergnügen fand, versuchte England die Konflikte zwischen seinen Parteien durch eine Allparteienkoalition zu lösen. Das hatte freilich zum Ergebnis, daß die unvermeidlichen Kämpfe innerhalb der Parteien stattfanden. Das »*National Government*« bildeten die nur mühsam geeinte Konservative Partei, die in »Samueliten« und »Simoniten« gespaltenen Liberalen

sowie die Partei der aufkommenden Arbeiterbewegung, die *Labour Party*, in der ebenfalls Flügelkämpfe herrschten. Bevor Chamberlain 1937 das Ruder ergriff, waren Ramsay MacDonald (*National Labour*, 1931 bis 1935) und Stanley Baldwin (*Tory*, 1935 bis 1937) abwechselnd Premierminister. Die beiden Männer regierten England nach einer treffenden Beschreibung von David Thomson wie zwei alte Familienanwälte

»in milder uneiliger Weise, indem sie sich keiner Sache annahmen, bevor sie nicht nach Aufmerksamkeit schrie, und keine Entscheidung trafen, bevor sie nicht überfällig war . . . zivilisiert, human, wenn auch allzu altmodisch«. [5]

Der kritische Zustand, in dem sich die Weltreiche Englands und Frankreichs befanden, hätte jedoch eine ganz andere Entschlußkraft verlangt. Die beiden großen Kolonialmächte Europas hatten im Ersten Weltkrieg noch einmal zwei Millionen Quadrat-Meilen und fast vierzig Millionen Menschen erobert samt den dazu gehörenden Absatzmärkten, Rohstoffgebieten und Einflußzonen. Im wesentlichen handelte es sich um die Reste des Osmanischen Reiches und um die deutschen Kolonien, die sie jetzt im Namen des Völkerbundes verwalteten. Doch wehte über allem ein Hauch von Untergang.

Das englische Empire, das ungefähr ein Viertel der Erdoberfläche bedeckte, verwandelte sich gerade von einer Hierarchie in eine Art Partnerschaft zwischen dem Mutterland und den sogenannten »Dominions«, ein Experiment, das sich *Commonwealth of Nations* nannte. Dieses gigantische Reich, das sich von Neuseeland im Fernen Osten bis Kanada im Fernen Westen erstreckte, war eine historisch gewachsene Gemeinschaft mit höchst unterschiedlichen Mitgliedern. Sie wurde im Grunde nur noch vom herrschaftlichen Symbol der englischen Krone zusammengehalten und von den gemeinsamen Wirtschaftsinteressen. Die Regierung in London konnte sie jedoch nicht mehr ohne weiteres herumkommandieren.

Während das Mutterland auch weiterhin die Hauptlast der Reichsverteidigung und der Beziehungen zu dritten Mächten trug, besaßen die Dominions das Recht, eine eigene Außenpolitik zu treiben und im Falle eines Krieges neutral zu bleiben. Das machte die Reichsverteidigung extrem schwierig, denn die Außenpolitik des Empires mußte auf extra dafür anberaumten Reichskonferenzen, wie sie 1931 in Ottawa und 1937 in London stattfanden, zwischen den einzelnen Teilen des Reiches vereinbart und dann von den englischen Hochkommissaren und Generalgouverneuren in den Hauptstädten der Dominions vertreten werden. Indien und Irland besaßen diesen Status übrigens nicht. Sie kämpften mit Waffengewalt oder – wie Mahatma Ghandi – mit dem Mittel der Gewaltlosigkeit und des zivilen Ungehorsams um ihre Unabhängigkeit. Und mit Sorge blickte England auf Palästina, wo sich jüdische Siedler und einheimische Araber zunehmend in einen Guerillakrieg verstrickten.

Das französische Kolonialreich war zentralistischer organisiert als das englische, aber es hatte vielleicht noch mehr Probleme. In den indochinesischen Besitzungen rumorte die Revolution. In Syrien wurden die Franzosen als

unwillkommene Eindringlinge betrachtet. In Tunesien konnten sie den italienischen Bevölkerungsanteil nur dadurch begrenzen, daß sie immer mehr Italiener zu französischen Staatsbürgern machten. Die Sahara trennte die Nordafrikanischen Kolonien, von denen allein Algerien eigene Abgeordnete in die Pariser Kammer entsenden durfte, von Französisch Äquatorialafrika wie ein Meer aus Sand. Und Westindien, der älteste Teil des französischen Imperiums, drohte jenseits des Atlantiks ein wenig in Vergessenheit zu geraten.

»Das Schicksal dieses Landes ist letztlich an das Empire gebunden«,

sagte Chamberlain 1931. [6] Er drückte damit aus, was die Konservativen Frankreichs nicht anders empfanden: die Vitalität des Reichsgedankens. Die Lebensfähigkeit des Inselreiches war aber noch abhängiger von der ungestörten Einfuhr seiner Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Commonwealth sowie von der ebenso ungestörten Ausfuhr seiner Industrieprodukte in das Commonwealth, aber auch von den überseeischen Stützpunkten und Bunkermöglichkeiten für seine Flotte.

Obwohl England die amerikanische »*Open-door*«-Politik seit 1931 blockierte, indem es sein riesiges Empire mit einer Zollmauer umgab, trat England nach wie vor für die Freiheit der Weltmeere ein. Diese Freiheit gab es nur im Frieden. England war deshalb vital an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert, weil es nur unter dieser Bedingung seine »*staying power*« zu erhalten vermochte. Das war die Kraft, wirtschaftlich und finanziell einen strategischen Langzeitkrieg durchzuhalten, den am Ende nur die Blockade des Feindes zur See durch die englische Flotte entscheiden konnte. Schließlich hatte England sein Empire in den letzten zweihundert Jahren nur durch ungehinderte Handels- und Finanzbeziehungen groß gemacht.

Im Falle Frankreichs lagen die Dinge etwas anders. Es verfügte über keine seeimperiale Tradition von vergleichbarer Größe. Außerdem war Frankreich nicht nur eine See-, sondern vor allem eine europäische Landmacht. Es mußte sich also gleichzeitig auf den strategischen Seekrieg und auf den taktischen Landkrieg vorbereiten, was zu einer permanenten Überforderung führte.

Durch das Deutschland Hitlers in Mitteleuropa, durch das militaristische Japan im Fernen Osten und durch das Italien Mussolinis im Mittelmeer wurden England und Frankreich in den dreißiger Jahren latent an drei Fronten zugleich bedroht – dazu noch in drei Dimensionen: zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Hinzu kam freilich noch eine vierte, ganz anders geartete Front, die meistens übersehen wurde. Das war die Front, an der England und Frankreich ihre Weltreiche gegen die rabiate wirtschaftliche Konkurrenz und den ideologischen Supermachtanspruch Amerikas verteidigen mußten.

Diesen Anspruch trug die Roosevelt-Administration in den dreißiger Jahren auf drei Ebenen vor.

- Erstens führte sie die drei ganz unterschiedlichen und zunächst nur lose miteinander verbundenen Achsenmächte als kollektiven Weltfeind Nr. 1 in das öffentliche Bewußtsein ein, als eine Art sozialer Abnormität, politischer

Krankheit oder unmoralischer Epidemie, die es kollektiv zu bekämpfen gelte, weil sie sonst unfehlbar die ganze Welt verseuchen würde.
- Sie versetzte zweitens das konservative England, ohne das Frankreich außenpolitisch nicht handeln konnte, in den Anklagezustand desjenigen, der sich aus Eigensinn, politischer Rückständigkeit und schnödem Profitinteresse der gemeinsamen, moralisch gebotenen Quarantäne entzog und der sogar die Blasphemie beging, mit dem Weltfeind zu paktieren.
- Durch diese Doppelstrategie spannte sie drittens alle möglichen Kräfte in England, Frankreich und Deutschland, die gegen Hitler und Chamberlain waren – Demokraten, Liberale, Konservative, Sozialisten, Kommunisten, Christen, Imperialisten, Opportunisten – vor den Kampfwagen des liberaldemokratischen Internationalismus, auf dem Franklin Delano Roosevelt wie ein Apollon des 20. Jahrhunderts thronte.

Durch seine Anwesenheit im Bewußtsein der Menschen spornte der amerikanische Präsident Freund und Feind zu kämpferischen Höchstleistungen an. Daß sich sein ideologischer Kampfwagen zugleich hervorragend als Zugmaschine für die amerikanischen Weltmachtinteressen eignete, wurde allmählich auch den Engländern klar:

»Der Eintritt des Britischen Commonwealth of Nations in den zweiten europäischen Krieg innerhalb einer Generation«,

so stellte eine Denkschrift des Foreign Office 1939 fest,

»wirft an *erster* Stelle das Problem der Beziehungen zwischen den USA und dem Britischen Commonwealth als Ganzes auf.«

Ahnungsvoll fuhr der Verfasser fort:

»Strategisch, geographisch und (wenn der Krieg länger andauert) vielleicht finanziell und ökonomisch werden die Vereinigten Staaten bestens befähigt sein, das Generalhauptquartier des britischen Commonwealth zu werden.« (Hervorhebung D. B.) [7]

Aber da war der Krieg bereits ausgebrochen.

Die amerikanische Mobilisierungsstrategie entbehrte freilich nicht des Grundes. Die nationalsozialistische Machtergreifung, die Wiederaufrüstung Deutschlands, sein Austritt aus dem Völkerbund und die Besetzung des Rheinlandes durch die deutsche Wehrmacht ließen in der Mitte Europas bis 1936 wieder eine starke Militärmacht entstehen. Entscheidend war in diesem Zusammenhang die Einbeziehung des Rheinlandes in die deutsche Landesverteidigung, d. h. die Remilitarisierung der Rheinprovinzen. Damit standen die deutschen Soldaten nämlich wieder dort, von wo aus sie Frankreich bereits zweimal angegriffen hatten, 1871 und 1914.

Spätestens ab 1938, als Hitler mit dem Bau des sogenannten »Westwalls« begann – einer starken Befestigungslinie längs des Rheines, die den Einfall der französischen Armee nach Deutschland verhindern sollte – hatte Frankreich keine Chance mehr, das Rheinland im Handstreich militärisch zu besetzen,

sollte sich Deutschland zum Angriff nach Westen oder Osten rüsten. Auf diese Weise gewann Hitler innerhalb eines halben Jahrzehnts die Optionen für einen West- und einen Ostkrieg zurück, die schon das Deutsche Reich von 1871 besessen hatte. Er relativierte die französische Abschreckungsmacht, die das Diktat von Versailles als Garanten des status quo vorsah. Besorgt erkannte die Roosevelt-Administration, daß damit der Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung drohte.

Gleichzeitig begann Japan, den status quo in Ostasien zu verändern. Die Besetzung der Mandschurei und der Krieg gegen China, der sich ab 1937 entwickelte, bedrohte die englischen Interessen in Kanton, Hongkong und Tientsin, mittelbar auch die französischen in Indochina und die amerikanischen im ganzen pazifischen Raum. Zur Verteidigung *»Australasias«*, wie sich der fernöstliche Teil des Empires nannte, hatte England seinen Dominions für den Fall eines japanischen Angriffs die Entsendung eines größeren Flottenverbandes versprochen. Doch wurde der Singapur-Dock – Voraussetzung für jeden größeren Seekrieg zwischen Indien und Neuseeland – erst Anfang 1938 fertiggestellt. Außerdem hatten die Vereinigten Staaten in den Verträgen von Washington auf die Befestigung der Insel Guam und der Philippinen verzichtet, so daß die *US-Navy*, falls die japanische Expansion eine südwestliche Richtung nehmen sollte, im Westpazifik nicht ungefährdet operieren konnte.

Den bedrohlichen Zusammenhang, der zwischen den Krisenherden in Mitteleuropa und Ostasien existierte, wurde jedoch nicht nur von Roosevelt erkannt. Auch Chamberlain hatte bereits 1934 in einem Memorandum festgestellt: Sollte England gezwungen sein, seine Kräfte zu zersplittern,

»um unsere fernöstlichen Interessen zu sichern, während wir einen Krieg in Europa führen, dann muß es evident sein, daß nicht nur Indien, Hongkong und Australasia in schwerer Gefahr schwebten, von einem voll gerüsteten und organisierten Deutschland besiegt zu werden.« [8]

Während die Roosevelt-Administration auf den gemeinsamen Kampf aller sogenannten »freiheitsliebenden Völker« gegen den kollektiven Weltfeind drängte, machte Chamberlain deshalb den englischen Beitrag für diesen Kreuzzug von klaren amerikanischen Hilfszusagen abhängig. Alles andere empfand er als lebensgefährliches Abenteuer. Doch stand für den kommenden Premierminister schon 1934 fest:

»Wir sollten jetzt wissen, daß uns die USA keine Unterstützung geben, um einer japanischen Aktion durch Gewalt zu widerstehen, so lange es nicht zum Angriff auf Hawaii oder Honolulu kommt.« [9]

Roosevelt gab Chamberlain diese Unterstützung bis 1939 nicht, und deshalb kam eine englische Konfrontationspolitik gegenüber Deutschland und Italien solange nicht infrage.

Italien machte die ohnehin komplizierte Lage Englands und Frankreichs noch komplizierter. Mussolinis Truppen eroberten 1935/36 Abessinien, von wo aus

sie Französisch-Djibouti, Ägypten und den Suezkanal bedrohten. Um die Westmächte zur Anerkennung seiner Eroberungen zu zwingen, verdreifachte der *Duce* die Präsenzstärke seiner Truppen in jenem Teil Libyens, den England und Frankreich 1924 an Italien abgetreten hatten. In ihrer Reichweite lagen nun auch Französisch-Nordafrika (Tunesien), der englische Flotten- und Luftstützpunkt Malta sowie das formell unabhängige, aber noch immer eng mit England verbundene Ägypten. Schließlich kamen seit dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges im Jahre 1936 noch ca. 70000 italienische »Freiwillige« hinzu, die auf der Iberischen Halbinsel für den faschistischen Generalissimus Franco kämpften.

Bedrohlicher als diese Landstreitkräfte wirkte jedoch die italienische Flotte für die Herrschaft der Westmächte über das Mittelmeer. Sie war der französischen ebenbürtig und hatte gegenüber der englischen den strategischen Vorteil der kurzen Wege. Durch seine Flotte ließ Mussolini während des Spanischen Bürgerkrieges Mallorca besetzen. Außerdem wurde die Pantellaria-Insel (zwischen Sizilien und Tunesien) sowie der Dodecanes (eine Inselgruppe vor der türkischen Küste) von den Italienern befestigt. In beiden Fällen handelte es sich um Punkte von großer strategischer Bedeutung, während England im östlichen Mittelmeer lange Zeit keinen einzigen Flottenstützpunkt besaß (die Befestigung Zyperns begann erst 1938).

Obwohl die italienische Kampfkraft gering veranschlagt wurde – je länger die weitgespannten Engagements andauerten, desto geringer –, erwarb Mussolini im Lauf der dreißiger Jahre die zumindest theoretische Fähigkeit, die Lebensadern der englischen und französischen Weltreiche zu bedrohen, die durch das Mittelmeer liefen. Die Verlegung eines größeren Flottenverbandes in den Pazifik im Spannungsfall kam daher für die *Royal Navy* ab 1937/38 nicht mehr in Frage. »Australasia« blieb entblößt.

Aus dieser Drei-Fronten-Lage, die es noch nie vorher in der englischen Geschichte gegeben hatte, zog der Reichsverteidigungsrat, höchstes sicherheitspolitisch Gremium des Empires, am 19. Juli 1937 einen bestürzenden Schluß: [10]

»Vom Standpunkt der Reichssicherheit ausgesehen, sind unsere auswärtigen Beziehungen noch unbefriedigend. Es ist uns nicht gelungen, in der Verbesserung unserer Beziehungen zu Deutschland oder Japan große Fortschritte zu erzielen. Unsere Beziehungen zu Italien sind unbefriedigend. Wir haben daher fast den Punkt erreicht, vor dem uns der Generalstab so oft gewarnt hat, an dem wir potentielle Feinde im Westen, im Fernen Osten und mitten auf dem Hauptstrang der Reichsverbindungen zwischen Ost und West haben. Unsere potentiellen Feinde sind die am besten bewaffneten Nationen der Welt, und Frankreich, unser einziger ›verläßlicher Freund‹, ist sehr schwach... Unsere Außenpolitik und unsere Verteidigung sind aus dem Tritt geraten. Die kollektive Sicherheit hat sich als unzuverlässig erwiesen, und wir brauchen einige Jahre, um sie durch eine wesentlichere Abschreckung zu ersetzen.«

Sicher hatte man die Entwicklungen, die zu diesem beklagenswerten Zustand führten, in London und Paris nicht in allen Einzelheiten vorausgesehen. Aber

niemand vermochte zu behaupten, daß sie vollkommen überraschend gekommen waren. Die territoralen Forderungen, die Hitler, Mussolini und die japanischen Militärs jetzt mit Nachdruck erhoben, lagen seit dem Ersten Weltkrieg auf dem Tisch. Sie betrafen eine Revision der Friedensordnungen von Versailles und Washington in einer Reihe von Punkten, die auch von großen Teilen der Weltöffentlichkeit als änderungsbedürftig anerkannt wurden. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten hatten sich jedoch nicht von dem trennen können, was sie besaßen, obwohl die Machthaber in Berlin, Rom und Tokio wenig Zweifel daran ließen, daß sie sich letzten Endes nehmen würden, was man ihnen verweigerte.

Im Grunde hatten die drei Westmächte seit dem Ersten Weltkrieg die Wahl gehabt, ob sie beizeiten in einen friedlichen Wandel der Nachkriegsordnung einwilligen oder ob sie die Gefahr auf sich nehmen sollten, daß die Verliererna-tionen, zu denen in gewisser Weise auch Italien und Japan gehörten, die ungleichen Verträge eines Tages Stück für Stück zerrissen. Das eine hätte ein gemeinsames Konzept für Verhandlungen über einen besseren, gerechteren und dauerhaften Frieden erfordert, das andere eine überlegene militärische Macht. Da England, Frankreich und die USA über das eine nicht und über das andere nur bedingt verfügten, blieb ihnen nichts anderes als ein mehr oder minder überzeugender Mittelweg zwischen den Extremen Frieden und Krieg übrig. Dabei wurde die Toleranzbreite zwischen Nachgiebigkeit und Härte beileibe nicht nur von den drei Achsenmächten, sondern auch von der stärksten der drei Westmächte, den Vereinigten Staaten, bestimmt.

»Die Beseitigung der gerechtfertigten Beschwerden der Besiegten sollte der Abrüstung der Sieger vorausgehen«,

hatte der Engländer Winston Churchill noch im November 1932 erklärt. [11] Aber weder hatte der Völkerbund bis zur Machtergreifung Hitlers die gerechtfertigten Beschwerden Deutschlands beseitigt, auf dessen Schwäche und Rechtlosigkeit sich das Versailler System stützte. Noch war ihm eine Abrüstung gelungen, eine doppelte Unterlassung, die für die Ereignisse, die ab 1938 in Deutschland und Europa folgten, auch eine doppelte Verantwortung des Völkerbundes begründete.

Jedenfalls war es völlig verfehlt, die Schuld für die Zerrüttung des Versailler Systems nur bei den revisionistischen Mächten zu suchen. Selbst Lloyd George war der Meinung, der Westen hätte dadurch, daß er die Abrüstung unterließ, das Versailler Diktat gebrochen. Jedenfalls begründete diese Unterlassung einen schweren Verstoß gegen eines seiner wenigen versöhnlichen Elemente. Als Deutschland nach dem Machtantritt Hitlers 1933/34 das Recht in die eigene Hand nahm, aus dem Völkerbund ausscherte und wiederaufrüstete, um seine Schwäche zu beseitigen, fühlten sich die älteren Politiker, die in London und Paris das Sagen hatten, an die Zeit von vor 1914 erinnert, obwohl sie der krasse Antisemitismus des Diktators natürlich abstieß und verwirrte.

»Hitlers Deutschland ist der Flegel Europas«,

meinte Englands Schatzkanzler Chamberlain 1935. Diese Bemerkung erinnerte an den Tadel, den ein Lehrer seinem ungebärdigen Schüler aussprach, aber er verriet kein tieferes Verständnis. Die meisten Konservativen Englands verzichteten auf eine Analyse des Nationalsozialismus, den sie für eine unbegreifliche Verirrung kranker Gehirne hielten. Sie sahen in Hitler eine Art Stiefsohn Wilhelms II., der wie der Kaiser einen fatalen »Drang nach Osten« hatte.

Nicht wenigen war »Mein Kampf« bekannt, Hitlers Programmschrift, deren englische Ausgabe jedoch nur 30 Prozent der deutschen umfaßte. Da der Führer in diesem Buch seinen Willen zur Verständigung mit England und zur Bekämpfung des Bolschewismus beschworen hatte, fühlten sich die meisten Engländer vom Dritten Reich gar nicht unmittelbar bedroht, obwohl sie natürlich sahen, daß die deutsche Wiederaufrüstung den französischen Machtvorsprung auf dem Kontinent einebnete. Bei den vielen Animositäten, die es zwischen den Entente-Mächten seit der Ruhrbesetzung von 1923 und der Pfund-Krise von 1931 gab, war das nicht überall unwillkommen. Andererseits waren Hitlers Expansionspläne, die bis nach Rußland reichten und damit potentiell die englische Nahoststellung bedrohten, dazu angetan, in London die alten Ressentiments auf der Linie »Berlin–Bagdad« aufzurühren.

Da Hitler aber ausdrücklich auf Gebietsansprüche im Westen des Reiches und den Aufbau einer »Risikoflotte« verzichtete, blieb er an der Macht, festigte sie, und das nationalsozialistische Deutschland wurde von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr stärker. Es wurden zwar von den Engländern einige Annäherungsversuche unternommen, zumal Hitler selber immer neue Angebote vorlegte, sobald er wieder einmal irgendwo vollendete Tatsachen geschaffen hatte. Aber sie führten zu nichts. Da auch die von Frankreich ausgehenden Versuche einer anti-deutschen Frontbildung mißglückten, entstand Mitte der dreißiger Jahre eine Situation, in der das Dritte Reich sich aller Fesseln der kollektiven Sicherheit entledigt hatte. In ihrer Not versuchten England und Frankreich nun, sich sowohl mit Hitler zu verständigen als auch noch weiter aufzurüsten, um den deutschen Machtzuwachs im Falle eines offenen Konflikts mit militärischen Mitteln aufzufangen.

Aber abgesehen davon, daß sich Verständigungsbereitschaft und Nachrüstung an irgendeinem Punkt der Entwicklung gegenseitig aufheben mußten, fehlte den beiden westeuropäischen Demokratien für beides die innere Geschlossenheit und Kraft, so daß sie sowohl in der einen, wie auch in der anderen Richtung auf halbem Wege nicht schnell vorankamen. Hitler, dessen außenpolitischer Erfolg in Ostmitteleuropa von der Verständigung mit England abhing, geriet dadurch mehr und mehr in die Rolle eines verunsicherten Demandeurs, der Verhandlungen zunehmend für zwecklos und eine militärische Lösung seines »Raumproblems« für einen zwar riskanten, aber innerhalb einer bestimmten Frist einzig gangbaren Weg hielt. Diese Frist wurde vor allem von dem Willen und der Fähigkeit der Vereinigten Staaten bemessen, England und Frankreich

bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Deutschland raschen, wirksamen und umfassenden Beistand zu gewähren.

Die sicherheitspolitische Situation der beiden europäischen Führungsmächte wurde jedoch auch von ihren innenpolitischen Verhältnissen und von ihren Beziehungen untereinander bestimmt. Während die liberale, demokratische und sozialistische Linke Frankreichs und die Kommunisten eine Verständigung mit dem Deutschland Hitlers durchweg ablehnten, gab es auf der Rechten des Parteienspektrums durchaus Kräfte, die mit den Nazis sympathisierten. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die französische Rechte nur aus nationalsozialistischen Sympathisanten bestand. Weil sie sich durch Hitler an das wilhelminische Deutschland mit seinen imperialistischen Plänen erinnert fühlte, in Südosteuropa selbst imperialistische Pläne verfolgte und mit dem Gedanken an eine Wiederbelebung des französich-russischen Bündnisses spielte, begegnete sie dem nationalsozialistischen Deutschland teilweise mit Mißtrauen, das jederzeit in offene Feindschaft umschlagen konnte.

In England lagen die Dinge etwas anders und weniger ideologisch. Bis Ende der zwanziger Jahre, also bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise, wäre hier niemand auf den Gedanken gekommen, die englischen Politiker in »rechte« und »linke« einzuteilen. [13] Danach aber schritt die Ideologisierung recht rasch voran, vor allem in der Labour Party. Das linke Lager der Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter, Liberalen, Radikalen und Nonkonformisten, das sich bis weit in die bürgerliche, adelige und intellektuelle Elite erstreckte, war grundsätzlich für den Frieden, Abrüstung, Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. Obwohl es damit in einer natürlichen Übereinstimmung mit dem liberal-demokratischen Internationalismus und in einer ebenso natürlichen Gegnerschaft zum martialischen Nationalismus stand, hatte man hier anfangs nicht wenige Sympathien für das deutsche Verlangen nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung gehabt. Dagegen hielten die sogenannten *»die hards«*, wie man die unverbesserlichen Imperialisten, Chauvinisten und Kriegshelden von ehedem auf dem rechten Flügel der Konservativen Partei nannte, einen Krieg zur Beseitigung der »deutschen Gefahr« für unvermeidlich.

Die Spannungen und Konflikte zwischen den verschiedenen parteipolitischen Lagern machte es den Regierungen in London und Paris unmöglich, einen Konsens über ihre Deutschlandpolitik herbeizuführen, zumal sie ja selbst nur in der Form von komplizierten Koalitionsregierungen bestanden. Das begünstigte eine Politik der Halbheiten und der Kompromisse. Während die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in Frankreich wegen der häufigen Regierungswechsel recht chaotisch abliefen und kaum ein planvolles Handeln zuließen, hatte man es sich auch in England angewöhnt, die Außenpolitik von der öffentlichen Meinung abhängig zu machen. Häufig wurde die englische nicht weniger als die französische Diplomatie so zum Spielball von ideologischen und ökonomischen Interessen, die hinter bestimmten Medien standen. Eine weitere Quelle von Komplikationen bestand darin, daß sich die Beziehungen zwischen den Staaten, die außenpolitischen Konflikte und Interessen, mit

den innenpolitischen Konflikten und Interessen vermischten. Die strenge Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik ist ja ohnehin nur eine Erfindung der Zeitungsredakteure und Geschichtsschreiber, die sie um der eigenen Bequemlichkeit willen erfunden haben. Nun aber machten die neuen Medien und Verkehrsmittel wie Radio, Flugzeug und Telefon grenzüberschreitende Koalitionen zwischen den politischen Lagern einzelner Länder möglich, die häufig quer zu den regierenden Koalitionen in London und Paris lagen.

Auf dieser Schiene wirkte der liberal-demokratische Internationalismus Amerikas auf Europa ein. Roosevelts *New Deal* fand grade bei der französischen Volksfront seine eifrigsten Adepten. Harold Laski, Professor für politische Wissenschaft in London und einer der führenden theoretischen Köpfe der englischen Labour Party, hatte wie Roosevelt vor dem Ersten Weltkrieg in Harvard studiert und war mit dessen »grauer Eminenz«, Felix Frankfurter, befreundet. Der älteste Sohn des englischen Botschafters in London, Joe Kennedy, war einer von Laskis Schülern und begleitete den Churchill-Freund auf einer Reise in die Sowjetunion. Laski, der 1940 ein Buch über die amerikanische Präsidentschaft schrieb, hatte einen großen Einfluß auf das politische Bewußtsein in England.

Doch alles war nichts gegen den Einfluß, den US-Finanzminister Morgenthau und der amerikanische Botschafter in Paris, William Bullitt, auf die französische Politik ausübten. Da jede Franc-Krise zugleich eine Regierungskrise war (und umgekehrt) und weil sich Morgenthau aus politischen Gründen bemühte, die französische Währung über Wasser zu halten, regierte der amerikanische Minister praktisch in Frankreich mit. Sein oberstes Ziel war es, die französische Widerstandskraft gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland zu erhalten.

Bullitt pflegte freundschaftliche Beziehungen zur gesamten Führungselite in Paris von Pierre Laval auf der Rechten bis hin zu Maurice Thorez, dem jungen Führer der Kommunisten. Der Diplomat hatte sogar Zugang zu Kabinettsgeheimnissen und leistete den rasch wechselnden Außenministern im Quai d'Orsay ab und zu Formulierungshilfe bei der Abfassung ihrer Noten.

Streckenweise konnte man den Diplomaten kaum von den Mitgliedern der französischen Regierung unterscheiden. Durch den Apparat der US-Botschaft an den Champs Elysées und der Rue Boissy-d'Anglas, die wegen ihrer vielen Besucher aus nah und fern in den dreißiger Jahren einem Bienenstock glich, ließ das US-Außenministerium bisweilen seine diplomatischen Depeschen an die anderen US-Botschafter auf dem Kontinent laufen. Bullitt telefonierte fast täglich mit Roosevelt über die transatlantische Leitung und stand auch mit seinen Kollegen Joseph Kennedy (London) und Anthony Biddle (Warschau) laufend in telefonischem Direktkontakt. Er war das Auge und das Ohr des amerikanischen Präsidenten auf dem Kontinent, dessen verlängerter Arm, und er stand der englischen Politik unter Baldwin und Chamberlain ebenso kritisch gegenüber, wie es Roosevelt und Churchill taten.

Überhaupt darf man aus der Tatsache einer gewissen selbstverschuldeten

Isolierung nicht schließen, die Vereinigten Staaten seien nach 1933 in der europäischen Politik nicht mehr präsent gewesen. Das Gegenteil war richtig, auch wenn es schwerfiel, die amerikanische Einflußnahme im einzelnen zu bestimmen. Auf Roosevelts Zusammenspiel mit dem Völkerbund hart am Rande der Legalität wurde bereits hingewiesen. Der Präsident beschwor die kollektive Sicherheit, leistete aber keinen positiven Beitrag zu ihr, außer hochfliegende Reden zu halten.
Obwohl er durch das Neutralitätsgesetz gehindert wurde, England und Frankreich das Kriegsrisiko abzunehmen, schien eine gewisse Enthaltsamkeit aus der Sicht seiner Freunde auch im nationalen Interesse der USA zu liegen.

»Nichts zu sagen, nichts zu tun und eine große Kanone mit sich herumzutragen, scheint mir für uns die einzig annehmbare Politik zu sein«,

schrieb Bullitt 1935 aus Paris an Roosevelt. [14]

»Ich erwarte keinen Krieg in naher Zukunft. Wenn er kommt – vorausgesetzt, daß wir uns aus ihm heraushalten –, werden wir in einer guten Verfassung sein, beim Aufbau dessen mitzuhelfen, was von Europa übrigbleibt.«

Diesem Satz schienen bestimmte Kalkulationen über die weltpolitische Rolle der Vereinigten Staaten *nach* einem Zweiten Weltkrieg zugrundezuliegen.
Frankreich hatte seit dem Ersten Weltkrieg die meisten Forderungen Deutschlands nach einer Revision des Versailler Diktats aus Furcht davor abgelehnt, Deutschland werde dann neue und immer kühnere Forderungen stellen, bis sein westlicher Nachbar, der alte »Erzfeind«, ganz entwaffnet, geschwächt und entehrt dastehen würde, reif für den nächsten Angriff. Diese Furcht vor der deutschen Revanche wurde durch Hitlers Machtantritt natürlich noch verstärkt. Nach wie vor rangierte die kollektive Sicherheit in französischen Augen vor dem Frieden, wobei man in Paris nicht nur die eigene Sicherheit, sondern auch die der Staaten Ostmitteleuropas meinte. Mit einer Reihe von ihnen – vor allem mit den Mitgliedern der »Kleinen Entente«, einem Bündnis zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien – sowie mit Polen – hatte Frankreich schon in den zwanziger Jahren Beistandsverträge geschlossen.
Dagegen kam für England, das selbst kräftig abgerüstet hatte, Frieden eindeutig vor Sicherheit. Außerdem weigerte sich das Inselreich seit dem Ersten Weltkrieg, ohne Rückendeckung Amerikas auf dem Kontinent außenpolitische Verpflichtungen zu übernehmen, deren Einlösung sich seiner Kontrolle entzog. England hütete sich daher, mit Frankreich und den Staaten Ostmitteleuropas irgendwelche Militärallianzen einzugehen, die in Paris als sicherheitspolitisches non plus ultra galten, weil sie die Entscheidung über Krieg und Frieden im Ernstfall praktisch in die Hand des französischen Generalstabs legten. Genau das aber widersprach dem obersten Grundsatz der englischen Politik, die Entscheidung über Krieg oder Frieden nie aus der Hand zu geben. Andererseits wurde England aber indirekt doch zum unfreiwilligen Mit-Garanten Ostmitteleuropas, weil es Frankreich natürlich verteidigen mußte, sollte

sich dieses wegen der »Kleinen Entente« oder Polens in einen Krieg mit Deutschland verstricken.
Der Streit um die außenpolitischen Prioritäten lähmte vor allem die Deutschlandpolitik der beiden westeuropäischen Demokratien. Natürlich konnte Frankreich keinen Frieden mit Hitler machen, solange es keine Sicherheit vor seinem Revanchismus hatte. Hier wäre die Vermittlung Englands willkommen gewesen. Aber bis zum Regierungsantritt Chamberlains im Jahre 1937 dachte das Inselreich kaum daran, die beiden kontinentalen Nachbarn miteinander auszusöhnen. So kam der französische Außenminister Yvon Delbos noch im Mai 1937 nach Gesprächen in London zu dem Schluß, die Engländer blieben wie immer in ihrer Geschichte ängstlich darum bemüht, Frankreich und Deutschland von einer Verständigung abzuhalten. Aber ohne deutsch-französische Verständigung hatte auch England keinen Frieden.
Nach dem Urteil Bullitts [14a] bestand Frankreichs

»einzige Politik seit 1919 darin, die deutschen Verletzungen des Versailler Vertrages zu registrieren, um ein schönes Weißbuch vorzubereiten, das dazu bestimmt ist, beim Ausbruch des nächsten Krieges publiziert zu werden«.

Er hielt die »obstruktive Macht« des französischen Außenministeriums noch Anfang 1938 für so groß, daß er bezweifelte, die Dritte Republik könne je in der Lage sein, »eine konstruktive Politik auszuführen« angesichts dieser »intelligenten und gutinformierten Negation«. [14b]
Dank der deutschen Wiederaufrüstung und der Unfähigkeit der Entente-Mächte, mit dem Dritten Reich in einen geordneten Verhandlungsprozeß einzutreten, verschlechterte sich ihre Position laufend. Mitte der dreißiger Jahre war die Lage Englands und Frankreichs bereits so unbefriedigend, aber ihre Uneinigkeit weiterhin so groß, daß sich ihre Wege trennten. Das Ergebnis war das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935 [15] und der französisch-russische Beistandsvertrag, der 1935 geschlossen wurde. [16]
Die Roosevelt-Administration hielt die Gefahr eines vorzeitigen Krieges – von Ende 1936 an gerechnet – innerhalb der nächsten 18 Monate, die bis zur Vollendung der englischen Nachrüstung vergehen würden, für am größten. Um Hitler solange auch an der Erringung »blutloser Siege« durch bilaterale Abmachungen mit seinen Nachbarstaaten zu hindern, war sie an einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen den drei großen Demokratien England, Frankreich und USA interessiert. [16b] Diese Politik wurde durch den deutsch-englischen Vertrag zum Teil durchkreuzt.
Mit dem Flottenabkommen sanktionierte England praktisch die deutsche Wiederaufrüstung, die Hitler kurz vorher verkündet hatte. Das Abkommen sicherte der deutschen Kriegsmarine eine gewisse Höchststärke zu. Zugleich sicherte sich England dadurch vor einem deutschen Angriff über See, was die *Royal Navy* im Mittelmeer und Pazifik entlastete. In Washington und Paris wurde das Abkommen als Verrat an der kollektiven Sicherheit kritisiert. Umgekehrt bemängelten englische Konvervative wie Chamberlain das franzö-

sisch-russische Bündnis, das von einem russisch-tschechoslowakischen Bündnis gefolgt wurde, als

»unnötige Komplikation der ohnehin komplizierten europäischen Lage.«

Denn diese Militärallianzen erhöhten das englische Risiko, in einen ungewollten Krieg hineingezogen zu werden.
Das Flottenabkommen und der russische Vertrag bildeten eine Zäsur in der Geschichte der dreißiger Jahre. England und Frankreich wichen nun selbst vom Prinzip der kollektiven Sicherheit ab und gingen zu einer Politik der bilateralen Verträge über. Damit verlor das Versailler-System auch den letzten Rest seiner inneren Berechtigung, die es in den Augen der besiegten Nationen nie besessen hatte, ohne daß an seine Stelle eine neue und verläßliche internationale Ordnung trat. Sorgenvoll notierte Chamberlain 1935 in seinem Tagebuch:

»Sollten sich die USA weigern, England zu helfen, würden am Anfang die Sanktionen zerbröckeln, der Völkerbund seinen Zusammenhang verlieren und unsere ganze Politik zerstört werden.« [17]

Da sich die USA weigerten, nahm die Gefahr zu, daß sich Europa in zwei ideologische Blöcke spaltete, Voraussetzung für den nächsten Krieg. Deutschland fühlte sich durch den französisch-russischen Pakt eingekreist. Es wartete auf ein englisches Verständigungsangebot. Als es nicht kam und Hitler statt dessen sah, daß England die Begrenzung der deutschen Flottenrüstung mit einer Vergrößerung seiner gegen Deutschland gerichteten Luftwaffe beantwortete, ging er im Rheinland zu einer Politik der vollendeten Tatsachen über. Er bezog den Westen des Deutschen Reiches, den das Versailler Diktat vollständig demilitarisiert hatte, im Frühjahr 1936 wieder in die deutsche Landesverteidigung ein. Da England und Frankreich von Amerika keine praktische Unterstützung erhielten, setzten sie sich nicht zur Wehr, zumal die Regierung in Paris kurz vor der Rheinlandbesetzung wieder einmal gestürzt worden war.
Bis 1935 hatte sich Italien in einer gemeinsamen Front mit England und Frankreich gegen die deutsche Wiederaufrüstung und gegen den Anschluß Österreichs an das Reich befunden. Durch die Verträge Englands und Frankreichs mit Deutschland und Rußland fühlte es sich jedoch isoliert. Mussolini griff daher im Herbst 1935 Abessinien an, um sein Mittelmeerreich zu begründen. Er eroberte das Land bis zum Frühjahr 1936. Unter dem Druck der USA verhängten England und Frankreich Sanktionen gegen Italien, hoben sie dann aber wieder auf, weil die Sanktionen von den USA zum Teil unterlaufen wurden.
Japan, dem England und die Vereinigten Staaten die Flottenparität versagt hatten, verließ Anfang 1936 die Londoner Flottenkonferenz. Während das Wettrüsten im Pazifik auf Touren kam, ging Amerika zu einer Politik der wirtschaftlichen Repressalien über. Es erhöhte im Frühsommer 1936 die Zölle für japanische Textilimporte – eines der wichtigsten Exportgüter des Inselrei-

ches – um 42 Prozent. Die Militärs, die sich in Tokio auf dem Marsch an die Macht befanden, fühlten sich dadurch in ihrem anti-westlichen Ressentiment bestätigt.

Die Weigerung Amerikas, die eigene Neutralität zu modifizieren, und die amerikanische Konfrontationspolitik im Fernen Osten führten dazu, daß England und Frankreich bis Ende 1936 in Europa weitgehend die politische Initiative verloren. Die drei Westmächte erlebten nun, wie das Deutschland Hitlers die beiden anderen revisionistischen Mächte um sich scharte, indem es mit Italien die sogenannte »Achse« bildete und mit Japan den Antikominternpakt schloß. [18] Damit schien sich jene faschistische Weltkoalition herauszubilden, die den Drei-Fronten-Druck auf die englischen und französischen Weltreiche verstärkte.

England hatte zwar nach der Rheinlandbesetzung seine Garantie für Frankreich wiederholt, aber es weigerte sich bis zum Frühjahr 1939, die vereinbarten Stabsgespräche wirklich mit Leben zu erfüllen. [19] Der Spanische Bürgerkrieg, der im Sommer 1936 ausbrach, zeigte jedoch bereits, daß sich die französisch-englische Politik nach außen nur noch in gemeinsamer Negation erschöpfte. Obwohl Deutschland, Italien und Rußland auf die eine oder andere Weise mehr oder weniger heftig in die Kämpfe auf der Iberischen Halbinsel eingriffen, klammerten sich England und Frankreich an die Fiktion der »Non-Intervention«. Das heißt, sie taten so, als ob fremde Mächte in Spanien nicht eingriffen. In London wurde sogar ein »Non-Interventionsausschuß« gegründet, dem außer England und Frankreich auch die Interventionsmächte selbst angehörten. Immerhin bewies dieses Gremium jedoch, daß allen Beteiligten an einer Lokalisierung des Konflikts gelegen war.

Letzten Endes hinderte der Nicht-Intenventionsausschuß lediglich Frankreich daran, seine Pyrenäengrenze zu öffnen und die republikanische Regierung in Madrid mit Waffen zu versorgen. Denn dies hätte einen Krieg gegen Italien heraufbeschworen, das immer mehr »Freiwillige« nach Spanien schickte. Frankreich wurde aber dadurch daran gehindert, an dem »Krieg um die französische Seele« teilzunehmen, als den man den Spanischen Bürgerkrieg damals bezeichnete. So schmerzlich das für alle Antifaschisten auch war – in einer gewissen Weise bildete der »Non-Interventions-Ausschuß« einen Wendepunkt: Er machte zum ersten Mal die praktische Zusammenarbeit zwischen den vier europäischen Hauptmächten Deutschland, England, Frankreich und Italien möglich.

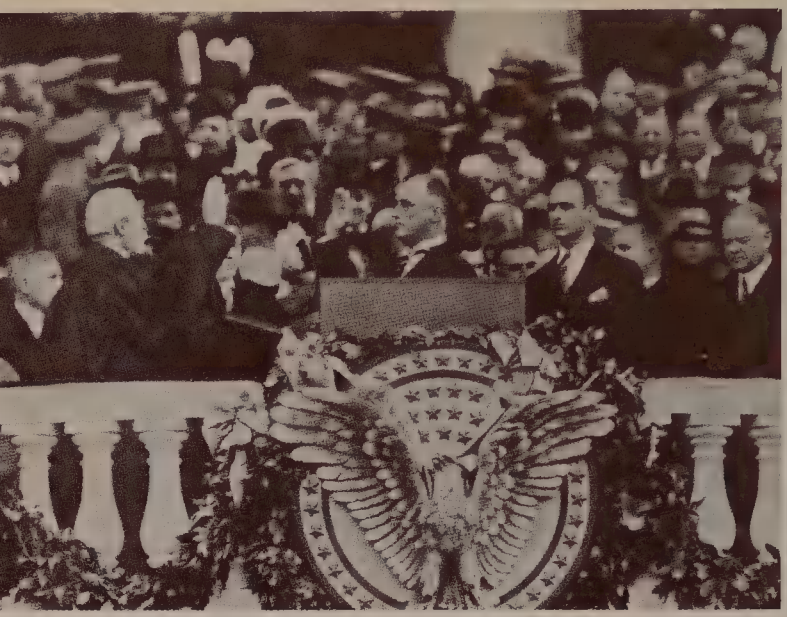
Für viele Liberale, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten in aller Welt, die den Spanischen Bürgerkrieg mit heißen Herzen verfolgten, war die Haltung, die England und Frankreich zu ihm einnahmen, ebenfalls ein Wendepunkt, wenn auch in entgegengesetzter Richtung. Da war es nun endlich zum offenen Schlagabtausch zwischen Freiheit und Demokratie auf der einen, Unfreiheit und Diktatur auf der anderen Seite gekommen, zu einem symbolischen Waffengang zwischen den Mächten des Guten und des Bösen, wie ihn viele Intellektuelle in Europa und Amerika schon lange ersehnt hatten. Da

12 *US-Sonderbotschafter Norman Davis* (oben)

13 *Unterstaatssekretär George S. Messersmith* (Mitte)

14 *Europa-Referent Jay Pierrepont Moffat* (unten)

15 *Stellvertretender US-Außenminister Sumner Welles*



16 *Vereidigung Roosevelts auf den Treppen des Kapitols am 4. März 1933* (links)

18 *Henry Morgenthau jr.* (rechts oben)

19 *Handelsminister Harry Hopkins* (rechts Mitte)

20 *Außenminister Cordell Hull* (rechts unten)

17 *Die amerikanische Regierung unter Roosevelt.* Links und rechts vom Präsidenten: *Finanzminister Morgenthau und Außenminister Hull.* Zweiter von rechts: *Innenminister Ickes.* Am anderen Tischende zwischen den beiden Fahnen: *Vizepräsident Garner*

22 *Joseph Davies, US-Botschafter in Moskau und Brüssel* (oben)

21 *J. Anthony Drexel Biddle, US-Botschafter in Warschau* (links)

23 *William C. Bullitt und Joseph P. Kennedy, US-Botschafter in Paris und London* (unten)

machten die westeuropäischen Demokratien mit den deutschen Nazis und den italienischen Faschisten gemeinsame Sache, die sich nicht scheuten, wehrlose Städte wie Guernica und Almeria zu bombardieren und zu beschießen.
Tatsächlich begann sich 1936/37 der liberal-demokratische Teil der Weltöffentlichkeit – das Versagen der Demokratien in Abessinien noch frisch im Gedächtnis – in militanter Weise gegen das konservative England zu wenden. Auf der Insel selbst wirkte der neu gegründete »*Left Book Club*«, den der Verleger Victor Gollancz, Harold Laski und der Kommunist John Strachey anführten, an der Verfestigung eines antifaschistischen Bewußtseins mit. Der Präsident des englischen Gewerkschaftsbundes, Sir Walter Critine, und der konservative Unterhausabgeordnete Winston Churchill riefen mit ihrer Agitprop-Organisation FOCUS zum weltweiten Kampf für Demokratie und Freiheit auf. Obwohl der Vorschlag für die Nichteinmischungspolitik von Léon Blum ausgegangen war, dem sozialistischen Regierungschef der Volksfront, wurde Frankreich von der linken Kritik weitgehend verschont. Es hatte gewissermaßen Generalpardon, denn seine Schwäche war offensichtlich.
Damals, im Wahlkampf um das Weiße Haus, stellte der innenpolitisch hart bedrängte Präsident den Anschluß an die internationale Friedensbewegung her, die ebenfalls immer militanter wurde. Nach seiner triumphalen Wiederwahl, nach seiner umjubelten Südamerika-Reise, begann Roosevelt, sich verstärkt die Sache des Weltfriedens zu eigen zu machen, wie er sie verstand: als Strafgericht für die Gangster-Nationen.
Kein Zweifel, daß der amerikanische Präsident die »Non-Interventionspolitik« Englands und Frankreichs zutiefst mißbilligte. Vorübergehend war er entschlossen, das Neutralitätsgesetz einseitig gegen Deutschland und Italien anzuwenden. Aber schließlich wich er Anfang Juli 1937 vor der Gefahr zurück, daß sich der Bürgerkrieg dadurch zu einem allgemeinen europäischen Krieg ausweitete, auf den die westeuropäischen Demokratien nicht vorbereitet waren.
Auf diese Weise wieder einmal über die außenpolitische Handlungsunfähigkeit des US-Präsidenten belehrt, trat Chamberlain der Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien näher. Der Gedanke einer solchen Kooperation war nicht neu. Niemand anderes als Mussolini hatte ihn bereits 1933 ins Spiel gebracht, als er einen regelrechten Pakt zwischen den vier europäischen Hauptmächten Deutschland, England, Frankreich und Italien vorschlug. Doch war das Unternehmen damals am Widerstand Frankreichs gescheitert. Jetzt aber, gegen Ende der dreißiger Jahre, nach dem Zerfall der kollektiven Sicherheit in der Mandschurei, im Rheinland und in Abessinien, war England anscheinend nicht länger bereit, sich alle Wege zu einer mindestens vorläufigen Sicherung des Friedens von Frankreich und den Vereinigten Staaten verbauen zu lassen.
Andererseits hatte im Jahr 1935 die währungspolitische Kooperation zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten begonnen, wobei US-Finanzminister Morgenthau von vornherein entschlossen war,

»die Währungspolitik zu benutzen, um eine geschlossene demokratische Front gegen Hitler zu schaffen«. [20]

Roosevelt war zunächst sehr zurückhaltend gegenüber der Möglichkeit, England in diese Zusammenarbeit einzuschließen.

»Das Problem ist, daß der Engländer, wenn du mit ihm verhandelst, 80 Prozent einsteckt, und du kriegst nur den Rest«,

gab der Präsident seinem Minister zu bedenken. Außerdem hatte er persönliche Vorbehalte gegen Chamberlain.
Aber dann, als man es in Washington kaum noch für möglich hielt, kam am 1. Juni 1936 das von Morgenthau erhoffte Zeichen des englischen Schatzkanzlers.

»In der schwierigen Zeit, die wir durchschreiten, und in den vielleicht noch schwierigeren Zeiten, die kommen werden«,

so hieß es in der Botschaft Chamberlains,

»ist der engste und freundlichste Kontakt zwischen den beiden Finanzministerien (in London und Washington – D. B.) wünschenswert«.

Der seit 1933 schwelende Streit um die Währungspolitik schien damit ausgestanden. Hull beglückwünschte Morgenthau, der die Initiative ergriffen hatte, zu diesem »wichtigsten diplomatischen Schritt«. Ein Vierteljahr später war das Tripartite-Abkommen zwischen den drei Westmächten unter Dach und Fach und der Weg frei für Verhandlungen über den amerikanisch-englischen Handelsvertrag.
Damit begann Chamberlain 1936 seine Gratwanderung zwischen den Vereinigten Staaten und den Achsenmächten. Seine Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien sollte den bestehenden Problemstau in der europäischen Politik beseitigen und auf diese Weise den Weltfrieden sichern. Seine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sollte die Überlegenheit des Westens sichern und Hitler vor unüberlegten Schritten abschrecken. Diese Doppelstrategie war vielleicht geeignet, England einen ruinösen Krieg zu ersparen. Aber irgendwann würde von nun an der Augenblick kommen, da es sich zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland entscheiden mußte.

## Anmerkungen

1 Henry Cabot Lodge, Foreign Relations of the United States, 1921–1924. In: Foreign Affairs, 2/4 (1924), S. 535.
2 Feiling, Life, S. 226.
3 de Gaulle, Memoirs, S. 27.
4 Feiling, Life, S. 322.
5 David Thomson, England in the Twentieth Century 1914–1979. 2. Aufl. Harmondsworth 1981, S. 141.
6 Feiling, Life, S. 196.
7 PRO FO 371/22 799 A 7345: Denkschrift von Graham Hutton, »The USA and the British Dominions«, 18. 10. 39.
8 Feiling, Life, S. 254.
9 ebda., S. 253.
10 PRO PREM 1/276: Memorandum Hankey, 19. 7. 37, geheim.
11 Feiling, Life, S. 245.
12 ebda., S. 256.
13 Die Begriffe stammten aus der kontinentalen »Gesäßgeographie«: Hier galt als am weitesten »rechts« derjenige Abgeordnete, der im Parlament – vom Präsidenten aus gesehen – am weitesten rechts saß. Diese Unterscheidung war aber nur bei einer Aufstellung der Parlamentssitze im Halbrund sinnvoll, wie sie auf dem Kontinent üblich war und ist. Im englischen Parlament, dem House of Commons, sitzen sich dagegen Regierungsfraktion und Opposition gegenüber, die eine rechts, die andere links vom Sitzungsleiter, dem sog. »Speaker«. In den zwanziger und dreißiger Jahren, als die Labour-Party die Regierung stellte, war sie also »rechts«, obwohl sie ideologisch zweifellos immer zu den »Links«-Parteien gehörte.
14 Bullitt, President, S. 106.
14a Bullitt, ebda., S. 236: Bullitt 23. 7. 37 FDR, persönlich/vertraulich.
14b ebda., S. 250: Bullitt 10. 1. 38 FDR.
15 Der Vertrag vom 18. 5. 35 bestätigte das von Hitler angebotene Tonnageverhältnis von 35:100 zugunsten Englands bei den Überwasserschiffen. Solange dieses Abkommen nicht verletzt wurde, durfte Deutschland soviel an U-Boot-Tonnage bauen, wie das gesamte Empire besaß, sofern nicht die Gesamttonnage-Relation überschritten wurde.
16 Das französisch-russische Bündnis datierte vom 2. 5., das russisch-tschechoslowakische vom 16. 5. 35. Beide Bündnisse müssen in einem von den Vertragspartnern auch so gewollten Zusammenhang gesehen werden. Im Falle eines unprovozierten deutschen Angriffs war Rußland nur dann verpflichtet, der Tschechoslowakei zur Hilfe zu eilen, wenn Frankreich seiner Beistandspflicht aus dem mit der Tschechoslowakei schon 1924 geschlossenen Vertrag nachkam. Dies war aber nur dann wahrscheinlich, wenn England die dafür nötige Rückendeckung gab. Obwohl es dazu nicht durch Vertrag verpflichtet war, mußte England seit 1935 damit rechnen, daß die Weltöffentlichkeit es im Fall einer deutsch-tschechoslowakisch-französischen Krise dazu zwingen würde, zu den Waffen zu greifen.
16a So das Urteil Bullitts, der damit den Wunsch der französischen Volksfrontregierung nach einer möglichst engen Anlehnung an die USA bekräftigte. Bullitt, President, S. 199: Bullitt 16. 12. 36 Hull.
17 Feiling, Life, S. 272.
18 Die »Achse Berlin – Rom« ruhte auf dem deutsch-italienischen Vertrag vom 25. 10. 36: Deutschland erkannte die italienischen Eroberungen in Äthiopien an. Beide Mächte einigten sich auf eine gemeinsame Linie in der spanischen Frage und erkannten die Regierung Franco an. Sie grenzten ihre Interessensphären in Südosteuropa gegeneinander ab. – Der deutsch-japanische Antikominternpakt vom 25. 11. 1936 richtete sich gegen die Tätigkeit der »Kommunistischen Internationale« (Komintern), die vor allem propagandistisch bekämpft werden sollte. Italien trat dem Antikominternpakt am 6. 11. 1937 bei.

Dadurch wurde die »Achse Berlin – Rom – Tokio« gebildet, die kein formelles Bündnis war.

19 Die Entente cordiale wurde durch einen Brief der Regierung Baldwin vom 19. 3. 1936 wiederbelebt, blieb aber auf den Schutz der Rheingrenze beschränkt. Die schon seit 1935 laufenden Stabsgespräche zwischen England und Frankreich wurden 1936 um Belgien erweitert und auf einen möglichen Land- und Luftkrieg ausgedehnt. Da nur auf der Ebene der Militärattachés geführt, blieb das Ergebnis vom 4. 6. 1936 weit hinter den französischen Erwartungen zurück. Auch in der Folgezeit bis zur Bildung der geheimen englisch-französischen Militärallianz Anfang Februar 1939 widersetzte sich England erfolgreich einer wirklich effektiven Kriegsplanung. Typisch dafür war die Argumentation von Außenminister Halifax, der Premierminister Chamberlain am 14. 4. 38 vorschlug: Um die Franzosen zu zügeln, müsse man ihnen sagen, daß Englands Hauptbeitrag zu einer gemeinsamen Verteidigungsplanung auf See und in der Luft liege und daß es sowieso nicht mehr als zwei Infantrie- und eine Panzerdivision im Ernstfall auf den Kontinent entsenden könnte. Dafür lohnten aber keine Stabsgespräche. PRO FO 800/309 H VIII 102: Brief Halifax 14. 4. 38 Chamberlain.

20 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 141.

## 4.

## »Flink wie der Dieb in der Nacht«

Als Neville Chamberlain am 28. Mai 1937 Premierminister wurde, brauchte er nur ein Haus weiterzuziehen. Sechs Jahre lang hatte der hochgewachsene, knorrige, bisweilen von Gichtanfällen geplagte Mann aus Birmingham in No. 11 Downing Street gewohnt, einem unscheinbaren Gebäude aus schwarzgebrannten Ziegeln im Londoner Stadtteil Whitehall, das dem Schatzkanzler als Amtssitz diente. Chamberlains Ernennung zum Regierungschef machte den Umzug in die legendäre No. 10 nötig. Zugleich bedeutete er für England die letzte, nur noch hauchdünne Chance, die eigene Weltmachtstellung zu behaupten.

Mit 68 Lebensjahren war Chamberlain zur Zeit seines Amtsantritts einer der ältesten Regierungschefs in der Geschichte seines Landes. Aber durch die Erfahrungen, die er in schwierigster Zeit gesammelt hatte, war er gleichzeitig auf seine neue Aufgabe besser vorbereitet als mancher seiner Vorgänger und Nachfolger. Das Amt des Schatzkanzlers war das zweitwichtigste Amt in der englischen Politik. Seine Kompetenzen reichten weit über den Bereich der Finanzen hinaus. Sie berührten den Außenhandel, die Währungsdiplomatie, die Landesverteidigung, und das waren von jeher die Kernbereiche der englischen Außenpolitik.

Unter der selbstgewählten Maxime »harte Arbeit, sparsame Wirtschaft, fester Mut, unermüdliche Geduld« hatte Chamberlain sein Land durch die Weltwirtschaftskrise gesteuert. Er löste das Pfund nach zweihundert Jahren erstmals vom Goldstandard. Er sicherte das Empire durch das Ottawa-Zollpräferenzsystem. Er brachte die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Kriegsschulden zu einem halbwegs befriedigenden Abschluß. Waren dies alles auch Aufgaben, die in seinen engeren Amtsbereich fielen, darf man ihre allgemeine politische Bedeutung für die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der damaligen Zeit nicht verkennen.

Das weit verbreitete Urteil über Chamberlain, er sei ein finanzpolitischer Fachmann gewesen, dem ein ausgeglichenes Budget wichtiger war als die Sicherheit seines Landes, beruhte auf einer Unkenntnis der englischen Lebensgrundlagen. Wohl und Wehe des Inselreiches, seines Handels, seiner Finanzen und seiner Industrie, hingen von einer funktionierenden Außenwirtschaft ab. Gerade sie aber wurde durch die Folgen der weltweiten Depression in den dreißiger Jahren auf das höchste gefährdet: Dauerarbeitslosigkeit, hohe Inflationsraten, wachsende Handels- und Zahlungsbilanzdefizite. Aus diesem

Grunde mußte Chamberlain darauf achten, daß er sein Land nicht durch eine unproduktive Aufrüstung ruinierte, bevor der Ernstfall des Krieges eintrat. Andererseits verkannte er die Notwendigkeit einer wirksamen Landesverteidigung nicht. Chamberlain tat für die Aufrüstung Englands mehr als seine beiden Vorgänger McDonald und Baldwin zusammen und fast so viel wie sein Nachfolger Winston Churchill, der dafür freilich schon ein Jahr nach Kriegsausbruch die internationale Zahlungsunfähigkeit seines Landes eingestehen mußte. Maßgeblich hatte Chamberlain als Schatzkanzler 1934 an der Einsetzung jenes Komitees mitgewirkt, das den Verteidigungsbedarf des Inselreiches ermitteln sollte und dessen Weißbuch ein Jahr später die große Wende in der englischen Rüstungspolitik zwischen den beiden Kriegen einleitete. Und noch als Schatzkanzler brachte er 1937 das mit 1,5 Milliarden Pfund größte Verteidigungsprogramm auf den Weg, das sich England jemals in Friedenszeiten geleistet hatte. Chamberlain war nicht der außenpolitische Amateur, als den ihn seine innenpolitischen Gegner aus nur allzu durchsichtigen Gründen ausgaben. Als Schatzkanzler hatte er an allen wichtigen Entscheidungen der Jahre 1931 bis 1937 mitgewirkt. Er wußte, wie gefährdet der Weltfrieden war, und gerade deshalb hatte er sich entschlossen, als Premierminister mit dem Schlendrian der Ära McDonald/Baldwin gründlich aufzuräumen.

Seine Grundüberzeugungen könnte man so zusammenfassen: Die englische Politik muß auf Macht beruhen. Aber sie muß angesichts der beschränkten Ressourcen, über die das Land verfügt, ihre Ziele vernünftig begrenzen. Das wichtigste Ziel ist nach der Verteidigung der Britischen Inseln die Erhaltung des Empires, und wenn der Krieg kommt, so muß er dort ausgefochten werden, wo die Verteidigung des Empires zugleich am leichtesten und am wichtigsten ist, in den europäischen Heimatgewässern rund um das Mutterland und im Mittelmeer. Aber mindestens so lange, wie England weder seine Aufrüstung vollendet noch eine bindende Beistandsverpflichtung der Vereinigten Staaten erhalten hat, darf es einen solchen Krieg nicht geben. Ziel ist eine Position der Stärke, aus der heraus England wieder frei über Frieden und Krieg entscheiden kann.

Obwohl er den Krieg verabscheute, war Chamberlain kein Pazifist, sondern ein Realist. Er war außenpolitisch ein Neoimperialist, ein Mann des 19. Jahrhunderts, aus der hohen Schule der englischen Reichstradition. Sein Vater, Joseph Chamberlain, hatte als Kolonialminister unter Salisbury und Balfour um die Jahrhundertwende die politische Bühne Englands beherrscht, mitverantwortlich für den Buren-Krieg, die *Entente cordiale* mit Frankreich und das Ende der »*splendid isolation*«, jener glänzenden Isolierung inmitten seines Reiches und seines Reichtums, die England bis zum Ersten Weltkrieg genossen hatte. Chamberlains Halbbruder Austen, als Zeitgenosse Briands und Stresemanns Mitschöpfer der Locarno-Verträge, hatte damals zu den bedeutendsten Außenministern seines Landes als Anhänger der kollektiven Sicherheit gezählt.

Neville Chamberlain war gegen den Krieg um jeden Preis, zum Beispiel gegen einen Krieg zur Verteidigung Abessiniens, des Rheinlandes oder der Tschechoslowakei, Gebiete, die traditionellerweise nicht zu den vitalen Interessen

Englands zählten und die es auch nicht verteidigen konnte. Ihm war klar, daß ein neuer Weltkrieg den Verlust der englischen Weltmachtstellung bedeuten würde, und so ein Preis als Gegenwert für zweitrangige Interessen war ihm zu hoch. Aber Chamberlain wußte auch, daß England kämpfen mußte, war erst einmal der Kernbestand seiner Interessen bedroht: Frankreich, Belgien und die niederländische Kanalküste in Europa sowie Singapur, die englische Stellung im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeer.

Chamberlains *Appeasement*-Politik war die englische Form von Realpolitik in diesem Jahrhundert, unideologisch, trickreich und nüchtern. Sie entsprach der englischen Staatsvernunft, die eher fremde Mächte für sich kämpfen ließ, als sich selbst in unwägbare Risiken zu begeben. Sie erfreute sich bei den Engländern zur Zeit seines Amtsantritts noch einer so hohen Popularität, daß man annehmen kann, über sie habe eine nationales Einverständnis bestanden, wenn man von der extremen Rechten und Linken absieht. Zumindest kam Chamberlains Politik den Interessen der Londoner City, der Dominions und dem schwerindustriellen Flügel der Konservativen Partei entgegen, die sich wie die Londoner *Times* bis Ende 1938 vehement für ihre Fortsetzung aussprachen.

Die allmähliche Zerstörung dieses nationalen Konsenses in den Jahren 1937 bis 1940 lag in der außen- und innenpolitischen Gesamtentwicklung begründet, in denen das Deutschland Hitlers eine wichtige, wenn auch nicht die wichtigste und einzige Rolle spielte. In mancher Beziehung wirkten die Nazis eher wie Blitzableiter, an denen sich die Spannungen entluden, die innerhalb und außerhalb von England ohnehin bestanden. Das Zentrum dieser Spannungen war das Verhältnis zwischen der aufstrebenden Supermacht Amerika und den alten und neuen Hauptmächten Europas, die nur noch zum Teil Weltmächte waren.

Was die innenpolitische Entwicklung anging, spielten Chamberlains Herkunft und Aufstieg keine geringe Rolle. Weil er 1914 bereits 45 Jahre alt gewesen war, hatte der Premier im Ersten Weltkrieg nicht gedient. Er gehörte weder zur Frontgeneration, die die englische Politik der Zwischenkriegszeit prägte, noch zum kleinen Kreis jener Olympier, die wie der nur fünf Jahre jüngere Churchill als »*War Lords*«, Kriegsfinanziers und Rüstungsprofiteure zu den Architekten des alliierten Sieges zählten. Chamberlain, während des Krieges Bürgermeister seiner Heimatstadt, war durch und durch Zivilist. Sein Debut als Minister im Amt für den Nationalen Dienst, das den Bedarf der Front an frischen Rekruten decken mußte, endete 1917 in einer administrativen Katastrophe.

Im Jahre 1923 gehörte der damals 54jährige Chamberlain als Schatzkanzler dem ersten Kabinett des Konservativen Baldwin an, in den fünf folgenden Jahren als Gesundheitsminister den beiden Labour-Regierungen unter McDonald. Es war jene stürmische Phase der englischen Nachkriegszeit, als die Konservativen die Arbeiterpartei regieren ließen, weil sie zu schwach war, um viel anzurichten, aber nicht schwach genug, um England zu diskreditieren. In jener Zeit begründete Chamberlain seinen Ruf als bedeutender Sozialreformer. Damals begann freilich auch die langjährige Krise der Liberalen und der

Konservativen Partei, und es war fast unvermeidlich, daß ein Mann, so energisch, so erfolgsorientiert und bisweilen so schroff wie Chamberlain, sich dabei fast so viele Feinde wie Freunde machte.

Nicht, daß Chamberlain ohne politischen Ehrgeiz gewesen wäre. Aber seinen eigentlichen Aufstieg zum »Kronprinzen« Baldwins, zum Schatzkanzler und zum Beherrscher der Konservativen Partei vollzog der dann schon über Sechzigjährige erst während der Weltwirtschaftskrise, wobei er sich des Protektionismus als Plattform bediente. Mit der Einführung des Zollpräferenzsystems als Instrument einer globalen Reichspolitik verschaffte sich Chamberlain nicht nur die Gegnerschaft des Freihändlers Churchill und jener Liberalen, die sich als sogenannte »Samueliten« unter Churchills Kriegskameraden Archibald Sinclar von ihrer Mutterpartei gelöst hatten. Er zog sich vielmehr auch die bis ins Ideologische gesteigerte Feindschaft des liberal-demokratischen Amerikas zu, das in der widerstandslosen Durchdringung der restlichen Welt den Inbegriff seines nationalen Interesses erblickte, nachdem es durch seine eigene Hochschutzzollpolitik in einem nicht geringen Maße gegen das Wohl der Menschheit verstoßen hatte.

Diese Hypotheken brachte Chamberlain bereits in sein neues Amt als Premierminister mit, und sie wogen schwer. Aber es kamen noch ein paar Dinge hinzu, die seinen Start 1937 beschwerlich machten. Politisch stützte sich der Premierminister auf den sogenannten »*Cliveden-Set*«, benannt nach dem prachtvollen Landsitz Cliveden der Familie Astor in Buckinghamshire an der Themse. Lady Astor, geborene Nancy Langhorn, stammte aus Virginia/USA. Sie hatte in zweiter Ehe den Zweiten Viscount Astor geheiratet. Sie war die erste Frau in der Geschichte von Westminister mit einem Sitz im Unterhaus. Ihr Schwager besaß als Haupteigentümer die Londoner *Times* und übte auch auf den *Observer*, die andere konservative Zeitung Englands von Rang, einen beherrschenden Einfluß aus.

So kam es, daß sich im politischen Salon der Lady, wo nach einem Klischee der Linken bei Whisky und Soda die außenpolitischen Entscheidungen fielen, viel Prominenz versammelte, zu der u. a. Lord Lothian, eine Reihe von konservativen Abgeordneten, sowie die publizistischen Halbgötter George Dawson und James Garwin gehörten, die Chefredakteure von *Times* und *Observer*. In der englischen Innenpolitik war es nicht ungewöhnlich, daß sich der Premierminister auf eine engere Gefolgschaft stützte. Aber so, wie der *Cliveden-Set* beschaffen war, konservativ, elitär und moralisch angreifbar, forderte er die progressiven Kräfte zu giftigen Angriffen heraus. In England und Amerika galt der Clan bald als Keimzelle eines englischen Faschismus.

Das Kabinett, das der neue Regierungschef 1937 nach 15 Jahren konservativer Agonie präsentierte, wurde von der englischen Öffentlichkeit nicht als Offenbarung empfunden. Sicher, es war nicht schlechter als irgendeines der Baldwin- oder McDonald-Kabinette, und es hatte den Vorzug, ein fast reinrassiges *Tory*-Kabinett zu sein, von wenigen liberalen Einsprengseln abgesehen. Aber außer dem jungen und schmucken Außenminister Sir Anthony Eden, der zugleich

Chamberlains größtes Handicap war, fehlte es der Regierung entschieden an Glanz. Und keiner der Minister – überwiegend etwas ältliche Herren, die wegen ihrer vielen Dienstjahre als »unsinkbare Schiffe« bespöttelt wurden – reichte an die Reputation, den Fleiß, den Gestaltungswillen und die Dynamik des Premiers heran.

So geriet Chamberlain, der im Gegensatz zu Baldwin im Unterhaus über keinen parlamentarischen Sekundanten verfügte, von vornherein in eine gewisse Isolierung, in der er die Angriffe wie von selbst auf sich zog. Die jüngeren Mitglieder des Hohen Hauses grollten ihm, weil er sie bei der Regierungsbildung nicht genügend berücksichtigt hatte, und mit den älteren hatte er schon zu viele parlamentarische Sträuße ausgefochten, um ihrer ungeteilten Sympathien sicher zu sein. In einer solchen Lage hätte ihm eine bezwingende rhetorische Begabung vielleicht weitergeholfen. Aber obwohl der Premier ein starker Redner war, fehlte es ihm an jener Leichtfüßigkeit und Eleganz, die Unterhausdebatten bisweilen zu ebenso dramatischen wie poetischen Auftritten von shakespearischen Dimensionen machen.

Aber wirklich entscheidend waren die politischen Differenzen. Sie zerklüfteten nicht nur die Konservative Partei, sondern das ganze Land. Sie drängten in der für die politische Kultur Englands typischen, verschlungenen Weise nach außen, die zwischen feingesponnener Intrige, edelmütiger Heuchelei und brutaler Feldschlacht schwankte. Durch die Energien des liberal-demokratischen Internationalismus nahmen diese Konflikte jedoch allmählich die Gestalt eines Religionskrieges an, der mit reformatorischer Inbrunst geführt wurde.

Für den Ausgang dieser gewaltigen Schlacht war das innenpolitische Verhältnis Chamberlains zur Linken und zu Churchill ebenso entscheidend wie das außenpolitische Verhältnis Englands zu den USA, zu Frankreich, zu Japan, zu den Diktaturen in Deutschland und Italien, ein wenig auch zu Rußland. Obwohl die Konservative Partei stramm antikommunistisch war, gab es in ihr nicht wenige Politiker, die es für das einfachste hielten, Deutschland wie vor dem Ersten Weltkrieg durch ein Bündnis mit Frankreich und Rußland in eine Zwei-Fronten-Lage zu manöverieren, in der es mit Hilfe Amerikas sicher zu schlagen sei.

Alte imperialistische Leidenschaften vermischten sich mit einem insularen Hochmut, der die englische Politik nicht immer selbstkritisch genug analysierte, sondern Hitler schlichtweg für »verrückt« erklärte, wenn etwas schiefzugehen drohte. Selbst Chamberlain, der die Deutschen – außer Beethoven – nicht besonders schätzte, war von solchen Anwandlungen nicht frei. Aber er vergaß nicht, daß im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg Italien und Japan zu den Gegnern Englands zählten und daß die Vereinigten Staaten durch ihr Neutralitätsgesetz gehindert waren, einer Großen Allianz gegen Deutschland beizutreten.

Die innenpolitische Auseinandersetzung um die Richtung der englischen Außenpolitik hätte vielleicht nie diese verletzende Schärfe angenommen, wenn sie auf die Konservative Partei beschränkt geblieben wäre. Schließlich

hatten die *Tories* in den dreißiger Jahren die erbitterte Debatte um das Indiengesetz verkraftet, das für das englische Weltreich ebenso wichtig war, ohne daran zu zerbrechen. Die Beteiligung der Labour-Party und der Samuel-Liberalen an den Auseinandersetzungen um das »*Appeasement*« machte aus der englischen Außenpolitik jedoch eine innenpolitische Machtfrage, die den Sturz des konservativen Chamberlains in erreichbare Nähe rückte.

In der Labour-Party herrschte während der dreißiger Jahre eine gewisse Verwirrung über das Verhältnis von Frieden und Sicherheit. Unter ihrem alten Vorsitzenden George Lansbury, gleichsam dem »Großvater« der idealistischen Linken, hatte die Partei einerseits heftig gegen jede Aufrüstung Englands opponiert, weil sie den Konservativen zutraute, daß sie das Land in einen »kapitalistischen Krieg« stürzen würden. Andererseits aber hatte die Arbeiterpartei kraftvoll die kollektive Sicherheit unterstützt, offenbar ohne zu bedenken, daß sie, um zu funktionieren, der militärischen Machtmittel bedurfte.

Erst als Lansbury im Herbst 1935 durch Clement Attlee abgelöst wurde, einem kämpferischen Major a. D. aus dem Ersten Weltkrieg, bahnte sich eine gegenläufige Entwicklung an. Jetzt begann man in der Labour-Party zu glauben, daß Rüstung zwar den Krieg verhindern könne, daß man aber den Frieden am Ende nur durch den Krieg gegen die Diktatoren haben werde. Und obwohl der Völkerbund nach dem Willen seiner Schöpfer den Frieden eigentlich ohne Waffen aufrechterhalten sollte – eine Vorstellung, die gerade die englische Linke mit US-Präsident Wilson geteilt hatte – setzte sie jetzt alles daran, ihn in eine Organisation zu verwandeln, die durch ihre überlegene militärische Stärke geeignet war, sowohl einen politischen Sieg des Faschismus in Europa zu verhindern als auch notfalls Deutschland und Italien mit Krieg zu überziehen.

Diese Vorstellungen waren von Churchills »Großer Allianz«, von der französischen Bündnispolitik und von Roosevelts Weltfriedensplan nicht mehr so weit entfernt. Die einzigen, die sich diesem neuen Konsens widersetzten, schienen Neville Chamberlain und jene Teile der Konservativen Partei zu sein, die schon in den Krisen um Abessinien und das Rheinland bewiesen hatten, daß sie lieber mit den Diktatoren paktierten als ihnen Paroli zu bieten. Unglücklicherweise holte der neue Premier 1937 Sir Samuel Hoare als Innenminister in sein Kabinett, der 1935 die schändliche Anerkennung von Mussolinis abessinischen Eroberungen mit seinem Sturz bezahlt hatte. Und Schatzkanzler Simon hatte im selben Jahr Hitler besucht.

Mit Hoare und Simon – einem pedantischen Oxford-Juristen, der als Außenminister in den Jahren 1931 bis 1935 die Amerikaner verschiedentlich bis zur Weißglut gereizt hatte – bildete Chamberlain sein »inneres Kabinett«, dem später, nach Edens Rücktritt, auch noch dessen Nachfolger, Lord Halifax, angehörte. Das war der engste Führungskreis, in dem die gesamtpolitischen Entscheidungen fielen, außer denen, die sich Chamberlain selber vorbehielt. Aber leider war Simon der Anführer jener »Simoniten«, die sich mit Sinclairs »Samueliten« zerstritten und mit diesen zusammen 1931 die liberale Partei Lloyd Georges gespalten hatten.

So bot die Regierung Chamberlain den »Samueliten«, der Labour Party und den konservativen Dissidenten im politischen Tageskampf viele Angriffsflächen, und die *Anti-Appeaser* der verschiedenen Lager und Richtungen brauchten sich nur zusammenzutun, um den Premierminister parlamentarisch in ernstliche Verlegenheit zu bringen. Das war natürlich leichter gesagt als getan, denn zwischen den *Anti-Appeasern* gab es genügend Meinungsverschiedenheiten anderer Art. Aber ihre politische Propaganda lief mehr oder weniger auf das Argument hinaus, Chamberlain suche den Frieden um jeden Preis und werde gerade deshalb à la longue um so sicherer den Krieg mit den Diktatoren bekommen. Mit dem gleichen Recht konnte Chamberlain zwar behaupten, die *Anti-Appeaser* redeten den Krieg herbei, indem sie ihn um jeden Preis verlangten. Aber die vielstimmigen Warnungen vor dem nahenden Krieg standen nun einmal im Raum, und sie bildeten die Grundlage für die Forderung nach einer wirklich »nationalen« Regierung. Gemeint war damit eine Allparteienkoalition, von der klar war, daß sie nicht Chamberlain führen würde.

Natürlich bedurfte es eines nationalen Notstandes, damit man diese Abweichung von den parlamentarischen Bräuchen vor der Öffentlichkeit rechtfertigen konnte. Aber bewiesen nicht der Spanische Bürgerkrieg, der chinesisch-japanische Krieg, die Rheinlandkrise, daß er immer näher kam? Und wenn sie es nicht bewiesen, mußte man den Ereignissen dann nicht ein wenig nachhelfen, damit sie die für einen Notstand erforderliche Panik hervorriefen? Jedenfalls schufen die außenpolitischen Ereignisse und die dazugehörige Meinungsmache im In- und Ausland ein Klima der Angst, Betroffenheit und Konfusion, in der Englands Krise gedeihen konnte.

Chamberlain war persönlich wie geschaffen dazu, diese Entwicklung noch seinerseits auf die Spitze zu treiben. In seiner direkten, zupackenden, etwas engstirnigen Art hatte er manchmal einen polarisierenden Effekt auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen. Immer wieder beschwerte er sich über die destruktive Kritik der liberalen und linken Presse, was ihm in *Fleet Street* keine Freunde machte. Da der Premierminister durch einen Wechsel an der Spitze der Konservativen Partei und nicht durch allgemeine Wahlen an die Macht gekommen war, fehlte ihm zudem noch der demokratische Ritterschlag. Die nächsten Unterhauswahlen waren erst 1940 fällig. Bis dahin mußte Chamberlain Kompromisse machen, um an der Macht zu bleiben. Auch das erklärte den widerspruchsvollen, zögernden und halbherzigen Charakter seiner Außenpolitik.

Ab 1938 wurden ihm die eigentlichen Entscheidungen von seinen innenpolitischen Gegnern mehr und mehr abgenommen. Nach dem Rücktritt Edens im Februar 1938, der die großen Fragen der englischen Politik aufwarf, befanden sich Chamberlain und seine Regierung in einem permanenten Belagerungszustand. Die Krieg-in-Sicht-Krisen im Mai und September um die Tschechoslowakei, in denen die *Anti-Appeaser* in London, Paris und Washington ihr trübes Zusammenspiel mit Hitler trieben, schienen Chamberlains Entspannungspolitik zu widerlegen. Und je weiter die englische Aufrüstung fortschritt – nach

Auffassung der *Anti-Appeaser* kam sie viel zu langsam voran – desto mehr geriet Chamberlain in die Klemme zwischen der Zusammenarbeit mit Roosevelt und der Verständigung mit Hitler, zwei Ziele, die sich je länger, desto mehr gegenseitig ausschlossen.

Vielleicht wäre Anfang 1939 nicht alles so schnell gegangen, wie es ging, wenn es Frankreich nicht unter der Regie von Edouard Daladier gelungen wäre, sich mehr und mehr von der englischen Dominanz zu befreien und in Roosevelt einen Rückhalt zu finden. Der damals 54jährige Geschichtslehrer gehörte der Radikalsozialistischen Partei an, einer links-liberalen Gruppierung, die als »Pendlerpartei« zwischen den Extremen seit jeher einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf die Regierungsbildungen in Paris ausübte. Als starker Mann der französischen Innenpolitik, nämlich als Ministerpräsident und Verteidigungsminister, bildete Daladier ein knappes Jahr nach Chamberlains Amtsantritt, am 12. April 1938, eine »Regierung der nationalen Verantwortung«. Weil sie in der Pariser Kammer von rechts bis links toleriert wurde, handelte es sich um eine Art »*United Front*«, nach der sich die *Anti-Appeaser* in London noch immer sehnten.

Innerhalb eines dreiviertel Jahres brachte der energische und intelligente Daladier, der die französische Regierung schon in den dreißiger Jahren wiederholt geleitet hatte, das Kunststück fertig, die Unterstützung, die er anfangs bei den Kommunisten besessen hatte, gegen die Unterstützung durch die Rechte einzutauschen, ohne daß er darüber die parlamentarische Mehrheit verlor. Zwar mußte der kleine Mann mit dem Duce-Kopf immer häufiger zur Flasche greifen, um seine Nerven zu beruhigen. Aber er änderte auch noch das Wahlgesetz und machte sich von den Sozialisten unabhängig, womit er das Volksfront-Experiment, das 1936 begonnen hatte, endgültig beendete.

Daladier, der ab 1939 mit der Hilfe von Notverordnungen regierte, bereitete jenes autoritäre Regiment vor, aus dem später, nach dem deutschen Sieg über Frankreich, der halbfaschistische »*Etat français*« des Marschall Pétain hervorging. Vorher aber gelang es ihm, Frankreich in den Aufmarsch der Demokratien gegen den Faschismus einzureihen und England mitzureißen.

Soviel zu den innenpolitischen Verhältnissen in Frankreich zur Zeit Chamberlains und Daladiers. Einige Monate vor seinem Amtsantritt hatte der designierte Premierminister mit der Vorbereitung seiner *Appeasement*-Politik begonnen. Während in London und Washington die Verhandlungen über den amerikanisch-englischen Handelsvertrag vorbereitet wurden, versuchte Chamberlain, das mit Frankreich und den USA geschlossene Tripartite-Abkommen über die gemeinsame Währungspolitik zu retten. Zu diesem Zweck nahm er seine Korrespondenz mit dem amerikanischen Finanzminister Morgenthau auf. Eigentlich ging es dabei nur um eine englische Anleihe für Frankreich, das sich finanziell wieder einmal in Nöten befand. Doch unversehens wurde aus der finanzpolitischen Fachsimpelei ein Meinungsaustausch über allgemeine politische Fragen.

Kurz nach dem 11. Februar 1937 erhielt Chamberlain von seinem Vertrau-

ensmann Kenneth Bewley, der als Finanzexperte die englische Botschaft in Washington beriet, eine Geheimbotschaft Morgenthaus, von der es hieß, ihr Inhalt sei außer dem Finanzminister nur dem Präsidenten bekannt. Darin wurde der englische Schatzkanzler von seinem amerikanischen Kollegen gefragt, ob es nicht irgend etwas gebe, was sie gemeinsam für die Abrüstung tun könnten, um den Frieden zu retten. Chamberlain wurde aufgefordert, entsprechende Vorschläge zu machen.

Der Engländer, der gerade die Gesetzesvorlage für das größte Rüstungsprogramm vorbereitete, das sein Land je in Friedenszeiten gesehen hatte, war verblüfft. Schließlich ließ sich das amerikanische Ansinnen auf Abrüstung nur schwer mit dem Vorwurf der *Anti-Appeaser* vereinen, Englands Rüstung schreite zu langsam voran. Chamberlain ließ sich daher mit der Antwort Zeit, und dann schrieb er Ende März an seinen Kollegen in Washington zurück: [1]

»Die größte Kriegsgefahr geht nicht von Italien oder Rußland, sondern von Deutschland aus, von seiner feindseligen Propaganda, seinem militärischen Vorbereitungen, seinen Vertragsverletzungen, seinen einseitigen Aktionen, wie sie zuletzt im Rheinland stattgefunden hätten.«

Deutschlands Aggressivität, so Chamberlain weiter, beruhe auf dem Wunsch, so stark zu werden, daß niemand es mehr wage, ihm zu widerstehen, welche Forderungen es auch immer erheben werde. Deshalb werde Deutschland kaum auf Abrüstungsvorschläge eingehen.

»Die einzige Erwägung, die es (Deutschland) zu einer entgegengesetzten Entscheidung bringen würde, wäre die Überzeugung, daß seine Anstrengungen, sich eine Überlegenheit zu sichern, zum Scheitern verurteilt sind, weil es auf eine überlegene Kraft trifft, wenn es den Versuch einer Aggression unternehmen würde.«

Damit hatte Chamberlain den Ball geschickt an Morgenthau zurückgespielt. Denn eine Kraft, die Deutschland überlegen war, konnte es ja nur geben, wenn England und die Vereinigten Staaten ihre Kräfte zusammentaten.

»Den größten einzelnen Beitrag, den die Vereinigten Staaten gegenwärtig für die Erhaltung des Weltfriedens leisten könnten«,

so fuhr Chamberlain deshalb fort, »wäre eine Revision der gegenwärtigen Neutralitätsgesetzgebung«, die zur Zeit noch Angreifer und Angegriffene gleichermaßen treffe. Dieses Gesetz sei in seiner gegenwärtigen Form »eine indirekte, aber potente Ermutigung für jeden Angreifer«, und er, Chamberlain, hoffe, die Roosevelt-Administration werde soviel Ermessensspielraum erhalten, daß sie das Neutralitätsgesetz in jedem einzelnen Fall sachgerecht anwenden könne.

Abschließend kam Chamberlain auf einen anderen wunden Punkt zu sprechen, auf Japan. »Ohne Scheu« setzte er Morgenthau die englische Besorgnisse auseinander, die, liest man den Text genau, sich ebenso gegen die japanische wie gegen die amerikanische Politik richteten. Die zunehmenden Spannungen zwischen Washington und Tokio waren in London bekannt.

»Japan«, schrieb der englische Regierungschef in spe, »ist eine andere Macht mit weitreichenden Ambitionen, welche die Interessen unseres Landes berührt ... nicht mit derselben Intensität wie diejenigen, die unsere Existenz selbst berühren, aber in hochwichtiger Hinsicht. Der Druck, unter dem unsere Ressourcen stehen, wird daher ernstlich durch die Notwendigkeit vergrößert, unsere fernöstlichen und pazifischen Interessen zu schützen. Insbesondere würde der ungünstigste Moment für irgendein Unternehmen in dieser Region genau dann sein, wenn wir in Europa in Feindseligkeiten verwickelt sind«.

Der Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan sei ein Indiz dafür, so Chamberlain weiter, daß England im Falle einer schweren Verwicklung in Europa »nicht einmal auf die Neutralität Japans zählen kann«. Alles, was die englische Position im Fernen Osten stärke, würde das Vereinigte Königreich daher im Fall von Schwierigkeiten auch in Europa sichern.
Diese Absage an die amerikanische Fernostpolitik war typisch Chamberlain: Geradeheraus, ungeschminkt und schonungslos. Sein Appell an die Vereinigten Staaten, die Konfrontationspolitik gegenüber Japan einzustellen, um Englands Stellung in Europa zu stärken, beendete denn auch vorerst die Korrespondenz. Washington hatte nicht die Absicht, seine Japanpolitik zu ändern. Auch das endgültige Neutralitätsgesetz, das den Kongreß am 1. Mai 1937 passierte und das im Gegensatz zu seinen Vorgängern nicht mehr befristet war, befriedigte Chamberlain nicht. Trotz der »*cash & carry*«-Klausel gab es dem Präsidenten noch immer zu wenig Handlungsspielraum.
Bei seinem Amtsantritt stand Chamberlain also ohne konkrete Aussicht auf eine amerikanische Beistandsverpflichtung da. Jedoch hatte das englische Verteidigungsweißbuch von 1935 verfügt, daß die einzelnen Teilstreitkräfte 1938/39 ihren größtmöglichen Bereitschaftsgrad erreichen sollten. Insofern verbesserte England seine militärische Stärke aus eigener Kraft, und das Verteidigungsprogramm vom 17. Februar 1937 erhöhte die Rüstungsausgaben des Landes um die staunenswerte Summe von 1,5 Milliarden Pfund, die bis 1941 ausgegeben werden sollten. Der eigentliche Engpaß der englischen Rüstungsproduktion, der im Mangel an Facharbeitern bestand, konnte dadurch jedoch nicht ausgeglichen werden.
Diese beiden Faktoren, die amerikanische Neutralität und der Stand der englischen Rüstung, waren die Ausgangspunkte der *Appeasement*-Politik. Der dritte Ausgangspunkt waren die außenpolitischen Verpflichtungen Englands, die Außenminister Eden Ende 1936 in seiner auch für die Regierung Chamberlain verbindlichen Leamington-Rede festgehalten hatte. [2] England war danach nur dann bereit, einen Krieg zu führen, wenn es galt, (1) die Integrität des englischen Empires, (2) Frankreichs und Belgiens (nur gegen einen unprovozierten Angriff!), (3) Ägypten und den Suez-Kanal sowie (4) den Irak zu verteidigen.
Außerdem gab es noch die Verpflichtung auf die kollektive Sicherheit, die aus Englands Mitgliedschaft im Völkerbund folgte. Zwar hatten sich alle Regierungen in London seit 1919 standhaft geweigert, Österreich und die

ostmitteleuropäischen Staaten zu garantieren, auf die es Deutschland abgesehen hatte. Da Frankreich aber mit einer Reihe dieser Staaten verbündet war und England wiederum mit Frankreich, ergab sich doch eine indirekte Mithaftung Englands für den status quo in ganz Europa. Das war die eigentliche crux der *Appeasement*-Politik. Denn wie konnte sich England vor unerwünschten Verwicklungen auf dem Kontinent schützen, solange es Frankreich freistand, sich über seine Bündnisse mit Rußland und der Tschechoslowakei in einen Krieg gegen Deutschland zu verstricken? Wer würde England helfen, wenn es in diesem Falle gezwungen wäre, Frankreich beizustehen? Die Vereinigten Staaten jedenfalls nicht, solange die Dinge so blieben, wie sie 1937 standen.

Aus den verzwickten Problemen der englischen Sicherheitspolitik ergab sich für Chamberlain der zwingende Schluß, daß eine Verständigung mit Deutschland auch Frankreich und Ostmitteleuropa umfassen mußte. Sein Ziel war eine »allgemeine Übereinkunft« *(general settlement)* zwischen den vier europäischen Hauptmächten Deutschland, England, Frankreich und Italien, das alle offenen Fragen – von der Abrüstung über die deutsche Ostgrenze bis zu den Wirtschafts- und Kolonialproblemen – regeln sollte. Im Mittelpunkt dieser Konzeption stand ein neues Locarno, also ein Sicherheitspakt zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Westen und im Osten, dem England als Garantiemacht beitreten sollte, ohne direkte Verpflichtungen in Ostmitteleuropa zu übernehmen. Dieser Pakt sollte zwar wie die alten Locarno-Verträge unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes stehen, was eine Rückkehr Deutschlands in die Weltorganisation voraussetzte, aber im Gegensatz zum Alt-Locarno keine militärische Beistandsautomatik mehr enthalten.

Chamberlain war zwar überzeugt, daß Hitler auf Zeit spiele, bis er militärisch so stark sei, daß er seine politischen Forderungen über die Revision des Versailles Diktats hinaus erhöhen könne. Er meinte, es gebe im nationalsozialistischen Deutschland »nicht wirklich Treu und Glauben«. Aber Chamberlain war andererseits auch entschlossen, im Interesse der englischen Sicherheit keine Gelegenheit für eine Verständigung mit Hitler vorübergehen zu lassen,

> »und sollte sich die Aussicht auf eine wirkliche Regelung ergeben«, so schrieb er im Sommer 1936, »bin ich bereit, einen langen Weg zu gehen, um sie zu bekommen«. [2a]

Mit seiner Konzeption eines europäischen Regionalpaktes, dem weitere im Fernen Osten (mit Japan) und im Mittelmeerraum (mit Italien) folgen sollten, stellte Chamberlain Frankreich vor eine schicksalhafte Entscheidung: Entweder akzeptierte es seinen Plan, der bei einem abgeschwächten Engagement Englands auf dem Kontinent eine zumindest zeitweilige Wiederherstellung der kollektiven Sicherheit »in der frischen Luft der Realität« (Chamberlain) verhieß. Oder es beharrte auf der Wiederherstellung des Systems von Locarno und Versailles bei vergrößerten Verpflichtungen Englands auf dem Kontinent und nahm das Risiko eines neuen Krieges in Kauf.

Ohne Zweifel hatte sich die Sicherheit Frankreichs durch die deutsche Rheinlandbesetzung vermindert. Aber Hitler hatte nicht nur wiederholt erklärt, daß

er keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber Frankreich (etwa auf das 1919 verlorengegangene Elsaß-Lothringen) erhebe. Er hatte auch den Abschluß eines neuen Westpaktes zur Sicherung der belgischen und französischen Ostgrenze vorgeschlagen, der die durch die Rheinlandbesetzung hinfälligen Locarno-Verträge ersetzen sollte. Außerdem hatte er bereits 1934 einen Nichtangriffsvertrag mit Polen geschlossen.

Unter diesen Umständen konnte sich Chamberlain gewisse Hoffnungen auf einen europäischen modus vivendi machen. Er sah darin die einzige Chance, Frankreich und Belgien neue Garantien für ihre Ostgrenzen zu verschaffen, gleichzeitig aber auch das ungeliebte Ostpaktsystem Frankreichs zu beseitigen und die europäische Sicherheit bei gleichzeitiger Nachrüstung Englands auf eine neue und verläßlichere Basis zu stellen.

So schlug der designierte Premierminister dem außenpolitischen Kabinettsausschuß am 10. März 1937 in Ergänzung zu dem geplanten Westpakt vor, das französisch-russische Bündnis durch ein System von Nichtangriffsverträgen zwischen Deutschland und Rußland einerseits und den ostmitteleuropäischen Staaten andererseits zu ersetzen. Dieser Vorschlag hätte England von seinen indirekten Verpflichtungen für die Verbündeten Frankreichs befreit. Er stieß jedoch bei Außenminister Eden und anderen Anhängern der kollektiven Sicherheit sogleich auf den heftigsten Widerspruch. Nach ihrer Meinung würde er Frankreich des letzten Instruments berauben, mit dessen Hilfe es Deutschland in die Schranken verweisen konnte, die Drohung mit dem Zwei-Fronten-Krieg. Außerdem hätte eine solche Lösung unweigerlich die Stellung der Tschechoslowakei geschwächt. Mit Rücksicht auf den französischen Verbündeten wurde Chamberlains Vorschlag daher von der Regierung Baldwin nicht weiter verfolgt.

Aber niemand konnte übersehen, daß Chamberlains Vorschlag für England eine Reihe wichtiger Vorteile bringen würde. Er war geeignet, das Zustandekommen des Westpaktes zu erleichtern, England von der indirekten Mithaftung für Ostmitteleuropa zu befreien und Deutschland und Rußland die Verantwortung für diese unwirtliche Gegend zuzuschieben. Wenn Stalin und Hitler darüber in Streit geraten würden, könnten die Westmächte als Schiedsrichter auftreten, es sei denn, sie würden der gegenseitigen Zerstörung der beiden Diktaturen den Vorzug geben.

Der Notenaustausch über den von Hitler vorgeschlagenen Westpakt war nicht der einzige Faden, der in diesem Frühjahr 1937 zwischen Deutschland und den westlichen Mächten gesponnen wurde. Der deutsche Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht hatte dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum im Herbst 1936 bestimmte Vorschläge für ein »*general settlement*« gemacht, für eine allgemeine Übereinkunft zwischen Deutschland, England und Frankreich, die alle Streitfragen in einem Aufwasch beseitigen sollte.

Diese Vorschläge [3] wiederholte Schacht im Februar 1937 in einem Gespräch, das er in Badenweiler mit Frederick Leith-Ross führte. Der ehemalige Privat-

sekretär des Ersten-Weltkriegs-Premiers Asquith diente der englischen Regierung seit 1932 als ökonomischer Chefberater. Schacht schlug ihm Dreiecksverhandlungen zwischen Deutschland, England und Frankreich über die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien, über wirtschaftliche Fragen, über die Neuordnung Europas und über die Abrüstungsfrage vor. Kurzum, Deutschland schien sich Chamberlains Vorstellungen von einem »*general settlement*« anzunähern.

In der Kolonialfrage machte Schacht, der zu Hitlers engsten Beratern gehörte, einen Vorschlag, der Leith-Ross aufhorchen ließ: Die Kolonialgebiete – es wurden Kamerun und Togo genannt – sollten nach Rückgabe nicht der deutschen Hoheitsgewalt unterstellt werden, sondern nur einem deutschen Management, so daß die Türen für den Handel mit anderen Mächten offen blieben. Auf diese Weise ließ sich der in England unpopuläre Eindruck vermeiden, Deutschland würde seine Kolonien einfach zurückhalten, die man ihm 1919 abgenommen hatte.

Für Europa schlug Schacht einen Dreimächtepakt vor mit indirekten Nichtangriffsgarantien Deutschlands für Rußland und die Tschechoslowakei als Ergänzung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages. Dafür sollten im Gegenzug das Sudetenproblem gelöst und die Rüstungen begrenzt werden. Der Minister schloß nicht einmal die Rückkehr des Dritten Reiches in den Völkerbund aus, wenn es vorher gelang, die Völkerbundssatzung vom Versailler Diktat zu trennen und das Strafmittel der Wirtschaftssanktionen aufzuheben.

Diese Vorschläge boten den Westmächten die einmalige Chance, Deutschland für die Rückgabe einiger Kolonialgebiete, dazu noch in so offener Form, ein gewisses Wohlverhalten in Europa und bei der Aufrüstung abzuverlangen. Außer den ehemals deutschen Kolonien, die sie verwalteten, besaßen England und Frankreich ja nichts, was sie Hitler anbieten konnten, um seinen »Drang nach Osten« abzubremsen.

Aber der englische Außenminister Eden dachte gar nicht daran, Hitler entgegenzukommen. In ziemlich unsanfter Weise erinnerte er den deutschen Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop, Hitlers späteren Außenminister, an das Jahr 1914: Damals hätte Deutschland die englische Öffentlichkeit durch die Forderung nach maritimer Gleichberechtigung aufgebracht. Das Verlangen nach Rückgabe der Kolonien könnte jetzt ähnliche Folgen haben. [4]

Dagegen glaubten Chamberlain und sein späterer Außenminister Halifax, daß man Deutschland einen angemessenen Platz in Afrika geben müsse, damit es seine wirtschaftlichen Probleme lindern könne, ohne auf Eroberungen im Osten bestehen zu müssen. Aber auch mit diesem Argument konnte sich der künftige Premierminister nicht gegen die innenpolitischen Widerstände durchsetzen. [5]

Die Frage einer Verhandlungsaufnahme mit Deutschland war 1937 so umstritten, daß die Regierung Baldwin auf einen Ausweg verfiel, den sie schon einmal, nämlich im Mai 1935 gewählt hatte, als Hitler als Gegengewicht zur Rheinlandbesetzung einen Friedensplan vorlegte: Sie antwortete auf Schachts

Vorschläge mit einem Fragebogen an die deutsche Adresse. Diesmal wollte sie von Berlin wissen, ob Deutschland bereit sei, über einen neuen Westpakt, über eine Garantie des status quo in Ostmitteleuropa, über eine Rückkehr in den Völkerbund und über die Abrüstung zu verhandeln – als würde sie nicht glauben, was der Reichsbankpräsident, der in England ein hohes Ansehen genoß, soeben gesagt hatte. Aber diesmal wurde der Fragebogen – im Gegensatz zu 1935 – nicht einmal abgeschickt.

Was war geschehen? Die englische Regierung war nicht bereit, etwas von ihrem Kolonialbesitz herauszurücken, z. B. Tanganjika, das ehemalige Deutsch-Ostafrika. Es wurde angeblich für die Reichsverteidigung gebraucht. In Wirklichkeit machte die Südafrikanische Union, die das Gebiet verwaltete, Widerstände und wollte es nicht herausrücken. Deshalb wurde die Kolonialfrage in dem besagten Fragebogen, bis auf einen versteckten Hinweis, gar nicht angesprochen. Stattdessen ließ die Regierung Baldwin durch ihren Botschafter, Sir Eric Phipps, in Paris anfragen, ob die französische Regierung bereit sei, Kamerun an Deutschland abzutreten. Natürlich war sie es nicht, empört wies sie das englische Ansinnen zurück. Der Fragebogen wurde zu den Akten gelegt.

Ministerpräsident Blum erklärte daraufhin Schacht, nach Meinung der Westmächte müsse erst eine allgemeine Übereinkunft über Europa gefunden werden, bevor man mit den Deutschen über die Kolonialfrage verhandeln könne, obwohl Chamberlain und Schacht die Prioritäten gerade andersherum gesetzt hatten. Merkwürdigerweise erfolgte diese indirekte Absage, die Hitlers Friedensfühler abschnitt, just am 28. Mai 1937, also an dem Tag, an dem Chamberlain in London Premierminister wurde.

So waren die ersten Versuche des englischen Regierungschefs, mit Deutschland in ein Gespräch zu kommen, noch vor seinem Amtsantritt an der Weigerung Frankreichs gescheitert, sein Ostpaktsystem aufzugeben, und an der Weigerung Englands, etwas von seinem Kolonialreich wieder herauszurücken. Trotzdem hielt Chamberlain an seinem Willen fest, die Lage in Europa zu entspannen. Sein Glaubensbekenntnis:

»Selbst eine kleine Verbesserung der internationalen Atmosphäre kann allmählich zu einer allgemeinen Entspannung führen, wogegen eine Politik des Treibenlassens einen allgemeinen Krieg zur Folge haben kann ... und wenn die Gespräche dann wirklich scheitern, dann möchten wir, daß das Scheitern auf Deutschlands Weigerung zurückzuführen ist, unsere vernünftigen Forderungen auf politischem Gebiet anzunehmen.« [6]

Aber welche Forderungen sollte England vernünftigerweise stellen? Darüber sollte der Besuch des Marquess of Lothian bei dem deutschen Diktator Anfang 1937 in Berlin Aufschluß bringen. Der 55jährige Publizist war früher einmal – damals hieß er noch Philip Kerr, weil er die Erbfolge in seiner adeligen Familie noch nicht angetreten hatte – der Privatsekretär von Lloyd George gewesen. Er hatte an der Formulierung des Versailler Diktats mitgewirkt. Im Frühjahr 1919 handelte Lothian mit dem Abgesandten Wilsons und Lenins, William Bullitt und Maxim Litwinow, in London Grundsätze für einen Friedensschluß mit der

jungen Sowjetunion aus, die vom Westen dann freilich verworfen wurden. Seitdem zählte der Sekretär des »*Rhodes Trust*« zu den ebenso einflußreichen wie geheimnisumwitterten Gestalten der internationalen Politik, die sich für delikate Missionen zu eignen schienen.

Lothian war Anfang 1935 schon einmal bei Hitler gewesen. Obwohl er wie Churchill dem sogenannten »*Kindergarten*« des Imperialisten Milner entstammte, war er ein Anhänger von Chamberlains *Appeasement*-Politik. Lothian hielt nichts davon, daß die Westmächte das nationalsozialistische Deutschland wie einen Aussätzigen behandelten. Am 4. Mai 1937 traf er in Begleitung des konservativen Abgeordneten Conwell Evans, einem Geschichtsprofessor, der Kontakte zum deutschen Widerstand unterhielt, in der Berliner Reichskanzlei mit Hitler zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch zusammen. Der lange Bericht, den er hinterher für den englischen Premierminister verfaßte, wird hier sehr ausführlich zitiert, weil er die deutschlandpolitische Lageeinschätzung der *Appeaser* zum Zeitpunkt von Chamberlains Amtseintritt beleuchtet. [7]

Lothian begann mit der Feststellung, die internationale Lage sei heute »sowohl gefährlicher als auch lösbarer« als früher. Deutschland sei entschlossen, die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages, falls nötig, aus eigener Kraft zu beseitigen. Die deutschen Forderungen seien in sich nicht unvernünftig. Aber Hitler sei zunehmend erbittert über England. Nach seiner Meinung blockiere England die deutschen Interessen überall, und die öffentliche Meinung des Inselreiches befinde sich auf einer »antifaschistischen Welle«.

Lothian sah das englische Dilemma so: Sein Land stehe wieder da, wo es vor dem Ersten Weltkrieg gestanden habe, als es die Entente mit Frankreich schloß, die den Krieg gegen Deutschland bedeutete. Jetzt bestehe diese Gefahr erneut. Die Lage sei heute zwar etwas günstiger, weil Deutschland »nicht neidisch auf das englische Empire« sei. Die Lage sei aber auch schwieriger, weil die Erholung Deutschlands unter Hitler »eine Neuordnung von Macht und Einfluß in der Weltpolitik« bedeute.

»Ich bin ganz sicher, daß die Führer Deutschlands keinen Krieg wollen«,

schrieb Lothian. Wenn sie aber, so fuhr er fort,

»gezwungen sind, Gewalt in der Politik oder im Krieg anzuwenden, werden sie es mit erschreckender Stärke, Entschiedenheit und Vehemenz tun«.

Es sei »ein vollkommener Fehler«, so Lothian weiter, die Bündnisse und den wirtschaftlichen Druck auf Deutschland weiter zu verstärken, um das nationalsozialistische Regime innenpolitisch in Verlegenheit zu bringen.

»Wenn Deutschland zur Explosion gebracht wird, dann wird es nach außen explodieren im Verband mit anderen unzufriedenen Mächten«,

warnte Lothian und appellierte an die Verantwortlichen in England:

»Gebt Deutschland die Aussicht, daß es seine legitimen Rechte erhält und ein gutes

Leben in Frieden, und die abnormen Erscheinungen in seinem Leben und seiner Politik werden allmählich verschwinden. Sie können in der Tat auf keine andere Weise zum Verschwinden gebracht werden. Man kann einen abnormen Patienten nicht dadurch kurieren, daß man die Behandlung fortsetzt, die seine Krankheit verursacht.«

Dies vorausgeschickt, stellte Lothian für die künftige Entwicklung Europas folgende Alternative zwischen Krieg und Frieden auf:

»Entweder wird Deutschland, wenn es voll wieder aufgerüstet ist, unter Berufung auf das Prinzip der Selbstbestimmung Danzig, das Memelgebiet, einen Teil des Korridors, Österreich und die Sudetendeutschen durch eine Serie von machtpolitischen Schlägen schlucken«

– Lothian benutzte hier das deutsche Wort »Machtpolitik« –

»von denen jeder die Gefahr des Krieges heraufbeschwört, und Deutschland wird am Ende seine Macht durch Gewalt zu einer formidablen Gefahr für ganz Europa gesteigert haben. Das ist das, was Hitler die Ulster Methode [8] nennt im Hinblick darauf, wie England seine Minderheiten behandelt. Oder es werden Vereinbarungen zwischen Deutschland und den kleineren osteuropäischen Nationen nach dem Modell des britischen Commonwealth getroffen, in dem die deutschen Minderheiten dieselben Rechte haben wie die 40 Prozent Engländer in Südafrika, und es werden vertrauensvolle Beziehungen, die irgendwelche wirtschaftlichen Arrangements auf Gegenseitigkeit umfassen, zwischen den Mitgliedern dieser Gruppe hergestellt. Ein solches System würde niemand bedrohen und eine deutsche Lösung des österreichischen Problems ermöglichen«.

Freilich war die »kolonial-ökonomische Frage« nach Meinung Lothians wegen der deutschen Rohstoff- und Ernährungsprobleme im Moment wichtiger für Deutschland als die »Träume von einer Ostexpansion«. Dies hätten Hitler und Göring und Schacht, mit denen Lothian während seines Berlin-Besuches gesprochen hatte, übereinstimmend bestätigt. Schacht habe sogar erklärt, davon hänge der Frieden ab, denn der eben erst verabschiedete Vier-Jahres-Plan löse die Probleme nicht. Lothians Kommentar: »Ich denke, er hat recht.« Seine Folgerung: Ohne eine »weitreichende Lösung an der wirtschaftlichen und finanziellen Front« könne weder die deutsche Aufrüstung gestoppt noch die deutsche Politik gemäßigt werden.
Schließlich kam Lothian auf den Themenkreis Abrüstung, Bündnisse und Völkerbund zu sprechen. Eine Abrüstung werde es seiner Meinung nach nicht geben, solange die europäischen und die wirtschaftlich-kolonialen Probleme nicht gelöst seien. Die deutsche Wiederaufrüstung sei »die Folge, nicht die Ursache der Unzufriedenheit« in Deutschland. Es sei ein »verhängnisvoller Fehler« gewesen, daß der Völkerbund mit der deutschen Abrüstung begonnen habe, anstatt zuerst die legitimen Beschwerden Deutschlands zu beseitigen. Gegenwärtig laufe alles auf miteinander rivalisierende Allianzsysteme zu. Die Alternativen seien die Wiederherstellung des Konzerts der europäischen Mächte oder ein reformierter Völkerbund. Der Völkerbund lasse sich aber nicht reformieren, ohne daß die Probleme Ostmitteleuropas und die deutschen

Wirtschaftsnöte gelöst seien. Dazu sei der Völkerbund nicht in der Lage. Deshalb müßten die Probleme direkt zwischen den Mächten angepackt werden. Danach werde Deutschland vielleicht sogar in einen reformierten Völkerbund zurückkehren.
Welche Optionen hatte England? Für Lothian lag die Alternative offen zutage: Entweder tat England nichts, obwohl Deutschland noch relativ schwach war und sich um eine maßvolle Verständigung bemühte – dann würde es binnen Jahresfrist aufwachen und erleben, daß Deutschland stark genug sei, die Dinge allein zu lösen. Die Folge:

»Dann werden wir von unseren Freunden mit dem Ruf nach bewaffnetem Widerstand für einen Zweck konfrontiert werden, über den wir ernste Zweifel empfinden und über den unsere Nation und unser Reich sicher nicht einig sein werden.«

Deshalb hielt es Lothian

»für unbedingt erforderlich, daß wir eine Verständigung jetzt zustandezubringen versuchen«.

Warnend fügte er hinzu: »Die Stimmung in Deutschland wandelt sich.« Hitler und Göring hätten ihm versichert, sie hätten noch keine Bündnisse mit Italien und Japan und sie würden eine Verständigung mit England immer noch bevorzugen. [9]
Lothian empfahl deshalb »sehr bald« einen offenen Meinungsaustausch mit der deutschen Führung, den es noch nicht gegeben habe. Deutschland sei isoliert, und man höre in der deutschen Reichshauptstadt immer wieder die Klage:

»Wenn nur Herr Eden in Berlin dieselben Gespräche führen würde, die er auf seinen Reisen von und nach Genf (Sitz des Völkerbundes – D. B.) in Paris führt – dann würde sich die ganze Atmosphäre ändern.«

Die Deutschen seien zutiefst mißtrauisch in bezug auf diese permanenten Gespräche zwischen England und Frankreich, an denen sie keinen Anteil hätten.
Zum Abschluß seiner Analyse schrieb Lothian an Chamberlain,

»es sei unmöglich, den Ernst der Entscheidungen zu übertreiben, die in den Hauptstädten Europas innerhalb des nächsten Jahres unausweichlich getroffen werden müssen«.

Es gebe nur noch die Alternative zwischen einer »Verhandlungslösung« *(agreed solution)* oder einem Allianzsystem, in dem sich England, Frankreich und Rußland einerseits, Deutschland, Italien und Japan andererseits gegenüberständen. Dann werde es eine »Machtkrise« in Europa geben – oder ein deutsch-russisches Bündnis.
Aber, so fuhr Lothian fort, England müsse eine noch ernstere Entscheidung treffen. Frankreich, die Tschechoslowakei und Rußland würden sich einer friedlichen Lösung wiedersetzen. Mit Deutschland werde schwer zu verhandeln sein, solange ihm nicht ganz klar gemacht werde, daß es »eine faire

Übereinkunft in Osteuropa und auf dem kolonial-ökonomischen Gebiet« erhalten werde. Aber England müsse Hitler auch klarmachen, daß jeder Versuch, »eine ungerechte Lösung durch Gewalt« herbeizuführen, »auf einen überlegenen Widerstand stoßen werde«. In diesem Fall müßte England die USA davon überzeugen, daß deren eigene Position im Pazifik und deren Hoffnungen auf Frieden und Demokratie in der Welt ernstlich infrage gestellt seien, solange sie nicht mit Japan fertig würden.
Die aktuelle Hauptschwierigkeit lag aus Lothians Sicht in den erwarteten Widerständen Frankreichs, Rußlands und der kleineren Staaten Ostmitteleuropas gegen eine Veränderung der deutschen Ostgrenze sowie in deren Überzeugung, daß sie sich letzten Endes auf England verlassen könnten. Das werde Deutschland in Bündnisse hineintreiben, deren »Hauptleittragende« das britische Commenwealth sein werde. In einem Krieg würde alle Welt mit der Niederwerfung Deutschlands beschäftigt sein, während sich niemand mehr für das Empire interessieren werde. Daher müsse der »oberste Satz der englischen Politik« sein,

»um jeden Preis zu vermeiden, daß wir Teil einer antideutschen Koalition werden, ehe es nicht absolut klar ist, daß Deutschland eine Allianz organisiert nicht um der Gerechtigkeit, sondern um des Angriffs und der Herrschaft Willen«.

Ein neuer Krieg werde Europa in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand stürzen, in dem sich Spanien heute befinde, und in Indien die Revolution auslösen.
Praktisch stelle sich jetzt die Frage, so meinte Lothian, ob man den status quo in Europa aufrechterhalten wolle oder nicht. Dagegen sei die kolonial-ökonomische Frage weniger dringlich. England dürfe nicht mehr Verpflichtungen übernehmen, als Eden in seiner Leamingtoner Rede ausgeführt habe. England dürfe nur als »ehrlicher Makler« zwischen Frankreich und dessen Verbündeten einerseits und Deutschland andererseits auftreten. Es müsse klarmachen,

»daß eine Neuregelung in Osteuropa nicht in erster Linie unsere Sache ist und sein darf«.

Dies sei angesichts der strategischen und militärischen Lage des Inselreiches eine Notwendigkeit. Nur wenn England sein »Desinteresse an Osteuropa« klipp und klar bekunde, werde ihm bei einer Krise –

»die unausweichlich kommen wird, flink wie der Dieb in der Nacht, wenn wir nicht bald eine Übereinkunft erzielen«

– wie in Abessinien mit der Alternative konfrontiert sein: demütigender Rückzug oder Krieg. England müsse der neutrale Mittler bleiben und klarmachen, daß es nichts zu tun habe mit dem französisch-russischen Pakt.
An zweiter Stelle, also nach Lösung der europäischen Frage, hatte nach Auffassung Lothians das offene Gespräch Englands mit den USA und den Dominions über eine Erleichterung der deutschen Wirtschafts- und Kolonialprobleme zu folgen.
Letzten Endes glaubte Lothian:

»Die einzige Politik, die das Empire zusammenhalten kann, besteht darin, eine wirkliche Übereinkunft mit Deutschland zu freundlichen Bedingungen zustandezubringen.«

Wenn das schiefgehe, müsse England seine Verpflichtungen auf dem Kontinent

»auf ein Minimum verringern, um eine maritime Assoziation mit den Vereinigten Staaten zu bilden, die örtliche Kriege daran hindert, sich zu Weltkriegen zu entwickeln«.

Die Analyse Lothians war ohne Zweifel scharfsinnig, eindrucksvoll und in mancher Hinsicht geradezu prophetisch. Angesichts der Ereignisse, die 1938/39 eintraten, konnte niemand, der das Memorandum gelesen hatte, behaupten, er habe nicht gewußt, was auf Europa und die Welt zukommen würde, wenn man sich nicht mit Deutschland einigte. Aber Lothians operative Schlußfolgerungen erschienen in mehrfacher Beziehung als unbefriedigend, unlogisch und fragwürdig.

Wenn Hitler, Göring und Schacht im Frühsommer 1937 übereinstimmend die Lösung der deutschen Wirtschaftsprobleme als vordringlich bezeichneten – war es dann richtig, ihnen zusammen mit der Kolonialfrage eine geringere Priorität zu geben als der Lage auf dem europäischen Kontinent? Wenn zu erwarten war, daß sich Frankreich und seine Verbündeten einer Veränderung des status quo ist Ostmitteleuropa widersetzen würden – war es dann richtig, daß sich England auf die Rolle des »ehrlichen Maklers« zurückzog, anstatt seine Einwirkung auf Paris, Moskau und Prag zu verstärken?

Sicher, England mußte sich hüten, in eine antideutsche Kombination hineingezogen zu werden, weil seine Rüstung noch nicht fertig war und weil es außer dem schwachen Frankreich keine namhaften Verbündeten hatte. England mußte auch Deutschland davon zurückhalten, in Ostmitteleuropa mit Hilfe von militärischer Gewalt einseitig vollendete Tatsachen zu schaffen. England würde sonst unter den Druck der öffentlichen Meinung geraten, selbst zu den Waffen zu greifen. Für diesen Fall war ein Flottenbündnis mit Amerika als Demonstration überlegener Macht vom englischen Standpunkt aus sicher wünschenswert. Nur war es noch nicht vorhanden. Reichte es unter diesen Umständen aus, daß sich England, wie Lothian empfahl, an Ostmitteleuropa desinteressierte? Reichte es aus, um im Ernstfall – wenn die Einigung zwischen Deutschland und Frankreich mißlang – den Frieden und das Empire zu retten?

Der Reichsgedanke als oberste Richtschnur der englischen Außenpolitik zog sich wie ein roter Faden durch Lothians Memorandum. Aus allen Himmelsrichtungen stürzten die Anforderungen auf das englische Weltreich ein. Schon jetzt war es überlastet. Es durfte nicht noch mehr Verpflichtungen übernehmen, als sie Eden in seiner Leamingtoner Rede definiert hatte. Wie sollte England dann aber, ohne selbst etwas einzusetzen, eine Übereinkunft zwischen den anderen Mächten zustandebringen?

Hier lag die Hauptschwäche des Lothian-Papiers und der *Appeasement*-Konzeption. England wußte, was es von den anderen Mächten erwartete, um sein

Empire zu retten. Aber es setzte selbst zu wenig ein, um diesen Erfolg sicherzustellen. Es vertraute darauf, daß sich Deutschland mit den anderen Kontinentalmächten über die großen europäischen Fragen einigen würde. Es war auch bereit, als »ehrlicher Makler« aufzutreten. Aber es hatte nichts in der Hand, um diese Verhandlungen zu beschleunigen oder zu einem glücklichen Abschluß zu bringen. Und das, was es hatte – das Bündnis mit Frankreich, die *Entente cordiale*, und die ehemals deutschen Kolonien – war es nicht bereit, aufzugeben.

So bestand die Gefahr, daß England von Frankreich, mehr als ihm lieb war, in die Konflikte auf dem Kontinent hineingezogen werden würde. Alles kam jetzt aus der Sicht der *Appeaser* auf den Versuch an, Deutschland durch ein großzügiges Verhandlungsangebot möglichst schnell zum Wohlverhalten zu bewegen. Sonst blieb am Ende nur das Bündnis mit Amerika.

---

Anmerkungen

1 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 455ff. – Vgl. auch PREM 1/261: Undatierte Kopie.
2 Anthony Eden, The Memoirs of Sir Anthony Eden. Vol. II: Facing the Dictators. London 1960, S. 477f.
2a J. R. M. Butler, Lord Lothian (Philip Kerr) 1882–1940, London 1960, S. 215.
3 Dies und das folgende in PRO PREM 1/330: F. P. (36) 43 Memorandum Eden, 25. 1. 38, »German Contribution for a general Appeasement«, Annex II – Geheime Verschlußsache.
4 John Harvey, The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940. London 1970, S. 25.
5 PRO CAB 27/622: F. P. 36, 7. Sitzung 18. 3. 37.
6 PRO CAB 27/626: F. P. (36) 23 vom 2. 4. 37.
7 PRO PREM 1/215: »Memorandum on Visit to Berlin, May 1937«. Dort sind auch die Wortprotokolle der Gespräche zu finden, die Lothian am 4. und 5. 5. 37 mit Hitler, Göring und Schacht führte.
8 Ulster ist der Name für das autonome Nordirland, das 1920 von Südirland (Eire) abgetrennt wurde und in dem England die katholische Minderheit mit harter Hand unterdrückte.
9 Die sogenannte »Achse Berlin – Rom« wurde erst durch den »Stahlpakt« vom 22. 5. 1939 und der Antikominternpakt zwischen Deutschland, Italien und Japan erst durch den Drei-Mächte-Pakt vom 27. 9. 1940 in förmliche Militär- bzw. Beistandsbündnisse umgewandelt.

# 5.

# Auf der Suche nach einem modus vivendi

Der Spanische Bürgerkrieg hatte in West und Ost die ideologische Leidenschaften entfacht. Während General Franco mit Hilfe Deutschlands und Italiens immer größere Gebiete der Iberischen Halbinsel eroberte, zog sich die republikanische Regierung mit Unterstützung der Sowjetunion nach Valencia zurück. Der erbitterte Kampf zwischen Faschismus und Antifaschismus gefährdete Chamberlains Appeasement-Politik.

Am 29. Mai 1937, einen Tag nach dem Amtsantritt des Premierministers, ereignete sich im Mittelmeer ein schwerer Zwischenfall. Das Panzerschiff »Deutschland«, Flaggschiff der jungen Reichskriegsmarine, das sich im Auftrag des Londoner Non-Interventions-Komitees an der Überwachung der spanischen Küste beteiligte, wurde von zwei republikanischen Flugzeugen bombardiert. Es gab 31 Tote und 75 Verwundete an Bord. Hitler beantwortete diese Provokation zwei Tage später mit der Beschießung der spanischen Küstenstadt Almaria durch deutsche Kriegsschiffe, wobei 72 Zivilpersonen ums Leben kamen.

Vierzehn Tage später meldete der Kommandant des deutschen Kreuzers »Leipzig«, der ebenfalls im Mittelmeer patroullierte, zwei republikanische U-Boote hätten sein Schiff, wenn auch erfolglos, mit Torpedos attackiert. Diesmal verzichtete Hitler auf militärische Repressalien und verlangte von England und Frankreich eine gemeinsame Flottendemonstration vor Valencia, der provisorischen Hauptstadt der spanischen Republik. Als die beiden Westmächte lediglich einen Untersuchungsausschuß einsetzen wollten, zog sich Deutschland gemeinsam mit Italien gekränkt aus dem Seepatrouillendienst zurück.

Damit drohte die Non-Interventions-Politik, erster Versuch einer Zusammenarbeit zwischen den europäischen Hauptmächten, zusammenzubrechen. Aber noch ernstere Folgen hatten die Zwischenfälle auf dem diplomatischen Feld und in der englischen Innepolitik. Hitler schlug eine Einladung aus, die der neue englische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, im Namen seiner Regierung dem deutschen Außenminister, Konstantin Freiherr von Neurath, überbracht hatte. Und Chamberlain mußte sich wegen seiner *Appeasement*-Politik im Unterhaus erstmals ernste Vorwürfe auch aus den Reihen seiner eigenen Konservativen Partei gefallen lassen. Offenbar traf der Gedanke einer Zusammenarbeit zwischen den vier europäischen Hauptmächten, wie er sich in der Non-Interventions-Politik manifestierte, bei den *Anti-Appeasern* auf wachsenden Widerspruch.

Die Sache hatte auch ihren amerikanischen Hintergrund. Außenminister Eden hatte im April mit Roosevelts Sonderbotschafter Norman Davis über eine Vermittlung des US-Präsidenten im Spanischen Bürgerkrieg verhandelt. Aber Chamberlain, der sich zu diesem Zeitpunkt auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitete, wehrte sich gegen die Vorbedingung Washingtons, sich dem politischen Führungsanspruch Roosevelts zu unterwerfen. Er bestand auf einer eigenständigen Politik, und als sich schließlich die beiden Zwischenfälle ereigneten, hatte der Premierminister das liberal-demokratische »Boot verpaßt«. Er stand allein mit seiner Politik.
Andererseits beklagte sich Hitler bitter über den Mangel an Solidarität, die die beiden westeuropäischen Demokratien dem ehrverletzten Deutschland erwiesen. Trotzdem wurde ihm im englischen Unterhaus die Hauptschuld dafür zugeschoben, daß die Non-Interventions-Politik nun zu scheitern drohte. Dabei stellte selbst Eden der Zusammenarbeit mit Hitler ein gutes Zeugnis aus:

»Deutschland hatte durchweg loyal, effektiv und eifrig kooperiert im Non-Interventions-Ausschuß. Es gab sogar guten Grund für die Annahme, daß Hitler sich vor dem bedauerlichen (›Deutschland-‹) Zwischenfall mit dem Gedanken anfreundete, die deutschen Freiwilligen aus Spanien zurückzuziehen.« [1]

Wie nah die Welt schon im Frühsommer 1937 einem Weltkrieg war, ließen die Ereignisse in Washington erkennen. Roosevelt drückte seine Mißbilligung für das Verhalten Englands und Frankreichs in der spanischen Frage dadurch aus, daß er am 29. Juni demonstrativ den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei der USA empfing. Hierbei handelte es sich zwar nur um eine unbedeutende Splittergruppe, aber ihr Vorsitzender, Norman Thomas, überreichte dem Präsidenten bei dieser Gelegenheit ein Weißbuch der spanischen Republikaner. Aus ihm ging hervor, daß sich Deutschland und Italien im Kriegszustand mit Spanien befanden.
Natürlich wußte Roosevelt, was diese Feststellung bedeutete: Die Anhänger der amerikanischen Friedensbewegung hofften, den Präsidenten dadurch zu einem Waffenembargo gegen die beiden faschistischen Mächte zu bewegen. Aber Roosevelt, der es im Grunde haarsträubend fand, daß die Regierungen in London und Paris immer noch behaupteten, sie hätten keinerlei Beweise für einen Kriegszustand in Spanien, widerstand der Versuchung. Außenminister Eden hatte ihm vorher klargemacht, ein solches Embargo würde die Lage Englands komplizieren. Außerdem bezog Franco einen großen Teil seines Öls aus amerikanischen Quellen.
So blieben die Vereinigten Staaten, indem sie die Fiktion der Nicht-Einmischung aufrechterhielten, nolens volens ein Gefangener der englischen Politik. Theoretisch hatte es Roosevelt freilich durchaus in der Hand, aus dem Spanischen Bürgerkrieg, der sich längst zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Weltanschauungen entwickelt hatte, einen »richtigen« Krieg zu machen. Hätte der Präsident z. B. in aller Form erklärt, es sei evident, daß sich Spanien, dessen republikanische Regierung immer noch von den

meisten Staaten der Welt als allein rechtmäßige Vertreterin des Landes anerkannt wurde, im Kriegszustand mit Italien befinde, hätte er vermutlich eine weltweite Kettenreaktion ausgelöst. Bei dem Gewicht, das die USA international besaßen, wären die meisten Staaten dem amerikanischen Beispiel gefolgt. Sie wären gegen Mussolini und dessen Verbündeten in Stellung gegangen, eine Konstellation, die Roosevelts »Quarantäne«-Vorstellungen ziemlich genau entsprochen hätte.

Eine Weile schien der Präsident, während er auf seinem Landsitz Hyde Park Urlaub machte, im Sommer 1937 mit diesem Gedanken zu spielen. Aber als ihm Eden versicherte, ein falangistischer Sieg sei gar nicht so schlimm, weil General Franco danach alle Deutschen und Italiener aus Spanien hinauswerfen werde, beugte sich der Präsident dem englischen Interesse an einer Begrenzung des Konflikts und an einer ungestörten Erzausfuhr aus dem baskischen Bilbao. Mit einer anderen Haltung wäre der Präsident damals selbst bei Churchill und im ganzen englischen Empire auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen.

Es war ein Sommer der Sorgen und des Mißvergnügens für den frisch gebakkenen Premier, obwohl die Reichskonferenz, die im historischen St.-James-Palast tagte, seine *Appeasement*-Politik ausdrücklich billigte. Chamberlain wußte seit Lothians Besuch in Berlin, daß Deutschland in Spanien keine territorialen Ziele verfolgte. Er bedauerte die dramatische Verschlechterung des deutsch-englischen Verhältnisses. Sie wurde auch nicht dadurch wettgemacht, daß der Reichskriegsminister Werner von Blomberg anläßlich der englischen Krönungsfeierlichkeiten London besuchte und in der deutschen Botschaft am eleganten Carlton Terrace ein rauschendes Fest für 1400 Gäste gab.

Die Thronbesteigung George VI. tauchte das Weltreich noch einmal in einen späten Glanz. Aber die Schatten wuchsen. Denn zur Krise der Non-Interventions-Politik, die den ohnehin wackligen Frieden im Mittelmeer infrage stellte, kam seit dem 7. Juli 1937 im Fernen Osten ein echter Krieg hinzu.

An diesem Tag lieferten sich chinesische und japanische Truppen ein Feuergefecht bei Lukoutschiau, einem Eisenbahnknotenpunkt 13 km südwestlich von Peking. Von hier aus konnte man bequem Nanking erreichen, die Hauptstadt der damaligen Republik China. Obwohl vier Tage später eine lokale Beilegung des Konflikts gelang, standen sich beide Seiten gleichsam mit gezückten Messern gegenüber, jederzeit bereit, aufeinander einzustechen.

General Tschiang Kai-shek fürchtete um seine Nordprovinzen und setzte Truppenverstärkungen in Marsch. Als sich die Zwischenfälle mehrten, die Japaner Tientsin und Peking einnahmen und entlang der Suijüan-Eisenbahn nach Süden vorrückten, gab es kein Halten mehr. Der Krieg nahm sehr rasch immer größere Ausmaße an. Ende des Jahres hatten die japanischen Armeen bereits Shanghai und das untere Tal des Yangtsekiang erobert. Außerdem wurde die chinesische Küste für den Außenhandel blockiert.

Damit war das eingetreten, was England spätestens seit dem Mukden-Zwi-

schenfall im Jahre 1931 hatte verhindern wollen, nämlich eine offene militärische Auseinandersetzung im Fernen Osten. Dieses Ereignis drohte das Inselreich von seinen massiven Wirtschafts- und Finanzinteressen in Kanton, Shanghai, Tsientin abzuschneiden. Es gefährdete außerdem die Kronkolonie Hongkong. Der ganze englische Fernosthandel stand auf dem Spiel und damit *Australasia*, der entfernteste Teil des Commonwealth. Außenminister Eden ließ daher schon am 13. Juli in Washington ein Aide-Mémoire übereichen, in dem sich die Regierung Chamberlain für eine gemeinsame englisch-französisch-amerikanische Vermittlungsaktion in Tokio stark machte. Wahrscheinlich hätte ein gemeinsames Auftreten der Westmächte zu diesem frühen Zeitpunkt noch das Schlimmste verhindert. [2]
Aber Hull lehnte jede gemeinsame Vermittlung kategorisch ab. Er bevorzugte wie immer eine »Kooperation auf paralleler, aber unabhängige Linie«, was das Gegenteil von dem war, was Chamberlain und Eden wollten. Das getrennte Vorgehen der beiden Mächte verfehlte dann auch seine Wirkung auf Japan, dessen Armeen weitermarschierten und nun nicht mehr aufzuhalten waren. Das Foreign Office faßte seine entmutigenden Erfahrungen mit dem US-Außenministerium hinterher so zusammen:

»Wir müssen unsere Annäherung an das State Departement (i. A. das US-Außenministerium – D. B.) stets so gestalten, daß jede Aktion, die schließlich unternommen wird, als eine amerikanische Idee ausgegeben werden kann, die auf amerikanische Initiative hin unternommen wird. Und wir dürfen uns nie darüber beklagen, wenn das State Departement handelt, ohne uns zu konsultieren.« [3]

Chamberlain war äußerst besorgt über die Neigung der Roosevelt-Administration, die internationalen Konflikte zu ideologisieren und dadurch unlösbar zu machen. Das widersprach seinem pragmatischen Naturell und den englischen Interessen. Wie in Spanien hatte es der US-Präsident auch im Fernen Osten in der Hand, aus einem regionalen Konflikt einen weltweiten Krieg zu machen. Er brauchte nur allen Staaten der Welt in aller Form mitzuteilen, Japan habe in China den Kellogg-Pakt gebrochen – und die internationale Resonanz würde entsprechend sein. Glücklicherweise widerstand Roosevelt dieser Versuchung selbst in der Panay-Krise Ende 1937, als die Kriegsbereitschaft in Washington einen ersten Höhepunkt erreichte.
Andererseits dementierte der Präsident immer wieder seine Bereitschaft, irgendwelche Bündnisse einzugehen oder in irgendwelche Kriege einzutreten, woran ihn formal auch das Neutralitätsgesetz gehindert hätte. Aber diese Doppelstrategie zwischen Konfrontation mit den Diktatoren und Enthaltsamkeit gegenüber internationalen Verpflichtungen glich einem Spiel mit dem Feuer. Es eignete sich nicht dazu, das Vertrauen des englischen Premierministers zu gewinnen.
Bis zum Überdruß mußte sich die Regierung Chamberlain im Frühjahr und Sommer 1937 den aufdringlichen Versuchen der Roosevelt-Administration widersetzen, sie in das weltpolitische Konzept der Vereinigten Staaten einzu-

spannen. Nach der Korrespondenz zwischen Chamberlain und Morgenthau und nach der Davis-Mission im Frühjahr erregte ein längeres Memorandum, das US-Außenminister Hull am 1. Juni in London, Downing Street No. 10, abgesandt hatte, bei den bearbeitenden Beamten in der Kanzlei des Premierministers nur noch hämische Kommentare: »Typisch amerikanisch«, »ein enttäuschender Essay«, »ungewöhnlich lang für einen Amerikaner«, »sie ziehen es vor, Süßholz zu raspeln«, hieß es in den Bearbeitungsvermerken. In aller Stille einigte man sich in Chamberlains Umgebung darauf, »daß diese Korrespondenz jetzt aufhören muß«. [4]

Der Premier schlug daher auch am 8. Juli eine Einladung nach Washington aus, die Roosevelts Sonderbotschafter Norman Davis kurz vorher im Namen des Präsidenten ausgesprochen hatte, nicht ahnend, daß sie drei Wochen später vom Präsident persönlich wiederholt werden würde. [5] Sicher wäre eine solche Begegnung zwischen Roosevelt und Chamberlain in jener Zeit, als »Gipfeltreffen« noch nicht zur internationalen Routine gehörten, ein »sehr großes Ereignis«, gewesen, eine echte Weltsensation, ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte seit den Tagen von Versailles. [6]

Zweifellos hätte sie auch den Traum vieler liberal-demokratischer Internationalisten, Interventionisten und Idealisten erfüllt von einem Weltbündnis der beiden großen Demokratien, dem sich dann auch Frankreich, Rußland und der Rest hätten anschließen können. Aus Chamberlains Antwort [7] wurde jedoch ersichtlich, daß er die unabsehbaren Gefahren erkannte, die eine so große Allianz unweigerlich heraufbeschwören mußte: die Gefahr der Blockbildung, der Isolierung Deutschlands und damit eines neuen Weltkrieges. Er verkenne zwar nicht

> »die immensen Möglichkeiten einer englisch-amerikanischen Kooperation bei der Wiederherstellung von Stabilität und Frieden in der Welt«,

schrieb er an Davis. Die Zeit sei jedoch »noch nicht reif« für eine Begegnung mit Roosevelt. Er, Chamberlain, sehe einfach nicht, wie man sich unter den gegebenen Umständen näherkommen könne.

Der Präsident erinnere sich gewiß an die »unglücklichen Zwischenfälle« im Mittelmeer, fuhr der Premierminister fort. Sie hätten dazu geführt, daß der Besuch des deutschen Außenministers von Neurath verschoben werden mußte. Chamberlain hoffte, daß er nachgeholt werde, damit sich das deutsch-englische Verhältnis kläre. Danach werde man die Richtung erkennen, »in die sich die Dinge nach vorn bewegen könnten«, und das könnte wiederum »ein nützliches Vorspiel« für ein Gespräch zwischen ihm und Roosevelt sein.

Hoffte Chamberlain wirklich, in Washington Verständnis für seine Politik zu finden, die eine Verständigung mit Roosevelt auf den zweiten Platz hinter die Verständigung mit Hitler verwies? Die Amerikaner taten jedenfalls im Fernen Osten nichts, was die englische Position erleichtert hätte. Im Gegenteil goß Außenminister Hull am 16. Juli noch Öl in das brennende Feuer, indem er eine Erklärung über die »Acht Säulen des Friedens« veröffentlichte.

»Es gibt keine ernsten Feindseligkeiten irgendwo auf der Welt, die nicht auf die eine oder andere Weise die Rechte oder Verpflichtungen dieses Landes berühren«,

hieß es da drohend. [8] Es war eine vielleicht nicht bewußte, aber deutliche Herausforderung an die Adresse der Radikalen in der japanischen Führung, die in der Errichtung eines eigenen Großwirtschaftsraumes das einzige Mittel gegen den amerikanischen Weltführungsanspruch sahen.
Gleichzeitig erklärte der amerikanische Außenminister aber vor Journalisten, seine acht Gebote richteten sich an jede Macht, die sie beträfen, als wollte er irgendwelche Spuren verwischen. Und als sich die USA in den nächsten Wochen und Monaten weigerten, irgend etwas Konkretes für den Frieden zu tun – die Washingtoner Verträge hätten sie dafür in Ostasien besser legitimiert als in Europa – gingen dem englischen Premierminister endgültig die Augen auf. »Es ist immer das beste und sicherste«, stöhnte er nach Roosevelts militanter Quarantäne-Rede, der wieder einmal keine Taten folgten,

»sich bei den Amerikanern auf nichts weiter als Worte zu verlassen«. [9]

Die amerikanische Politik der großen Worte und kleinen Taten trug fatalerweise nichts dazu bei, den Problemstau in der englischen Außenpolitik abzutragen. Sie vergrößerte ihn nur, und es war schwer, dabei nicht an Berechnung zu glauben, weil dadurch auch die Überforderung des Empires zunahm.

»Das Ideal ist ohne Zweifel, daß wir imstande sind, gegen Deutschland oder Italien oder Japan zu kämpfen, entweder gegen jedes einzelne dieser Länder oder gegen alle zusammen«,

erklärte Chamberlain vor seinem Kabinett. Weil die englischen Ressourcen aber begrenzt waren, entschloß sich der Premierminister, die Beziehungen zwischen England und Italien zu verbessern, wenn es im Moment nicht mit Deutschland und Japan ging. Der Anlaß dazu waren Meldungen, die im Sommer 1937 davon sprachen, Mussolini habe zwei Divisionen nach Libyen verlegt und unterhalte damit eine so starke Streitmacht in Nordafrika, wie es sie dort noch nie gegeben habe. Damit war die englische Nahoststellung, Dreh- und Angelpunkt des ganzen Weltreiches, in Gefahr.
Die daraufhin eingeleitete Überprüfung der Reichsverteidigung führte zu dem traurigen Ergebnis, daß eine Verstärkung der englischen Verteidigungsbereitschaft im Mittelmeer nur um den Preis möglich war, daß man die Heimatverteidigung gegenüber Deutschland entblößte. Da dies als ein zu großes Risiko erschien, blieb nur der Ausweg übrig, das politische Verhältnis zu Italien so zu verbessern, daß ein strategischer Entlastungseffekt eintrat. Das war der Inhalt eines geheimen Memorandums, das der Sekretär des Reichsverteidigungsausschusses, Maurice Hankey, am 19. Juli 1937 für den Premierminister anfertigte. [10]
Der 60jährige Beamte, der im Ersten Weltkrieg dem englischen Kriegskabinett als Sekretär gedient hatte, war sicher kein Bruder Leichtfuß, sondern in

politischen und strategischen Dingen so erfahren wie kaum ein anderer Beamter des Reiches. Obwohl er mit Chamberlains Hauptgegner Churchill in ständiger und lebhafter Verbindung stand, fällt die unbefangene, verständnisvolle, von ideologischen Vorurteilen völlig freie Art und Weise auf, mit der Hankey im Sommer 1937 die Chancen für eine Verbesserung der Beziehungen zu Mussolini beurteilte, den Eden zu diesem Zeitpunkt bereits als »Anti-Christ« beschimpfte. Da Hankeys Memorandum praktisch das Gegenstück zu Lothians Gutachten über die deutsch-englische Beziehung darstellt, wird es hier ebenfalls ausführlich zitiert.

Hankeys Ausgangspunkt war die Erkenntnis, daß England und Italien gegenwärtig »völlig unvorbereitet« auf einen Weltkrieg seien. Beide Länder habe bis zu Mussolinis Angriff auf Abessinien eine Tradition der Freundschaft verbunden. Beide würden »die Gefahr einer deutschen Hegemonie in Europa« sehen. Beide Länder seien aber auch durch gegenseitigen Argwohn und unterschiedliche Interessen voneinander getrennt. Hier könne nur helfen, wenn sich der eine in die Lage des anderen versetze und die »Unterschiede der nationalen Temperamente« in Rechnung stelle.

Als erstes müsse England den Italienern klarmachen, daß es sich nicht mehr in Abessinien einmischen werde. Italien hege z. B. das Ressentiment, daß die gesamte englische Politik auf Revanche aus sei. »Wir aber lassen Bygonien Bygonien sein und schauen in die Zukunft«, meinte Hankey gelassen. Es sei ebenfalls eine falsche Vorstellung Roms, daß sich die englische Aufrüstung gegen Italien richte. Vielmehr habe der Ausschuß für die Ermittlung des Verteidigungsbedarfs 1934 Italien ausdrücklich aus dem Kreis der möglichen Gegner ausgeschlossen. England habe freilich im Grunde seines Herzens nie das *»gentleman's agreement«* akzeptiert, das mit Italien am 2. Januar 1937 geschlossen wurde. [11] Die Zweifel am Willen Mussolinis, die Abmachung zu erfüllen, würden zwar durch seine antienglische Propaganda und verschiedene Maßnahmen auf dem Verteidigungssektor unterstützt. Die Annahme sei aber keineswegs unvernünftig,

»daß die italienische Haltung aus dem festen Glauben erwächst, wir führten etwas gegen sie im Schilde«.

Mussolini habe wirklich geglaubt, England werde ihn angreifen während des Krieges in Abessinien. England sollte jedoch einräumen, daß die öffentliche Meinung in Italien schlecht informiert sei und daß Mussolini in großer Abgeschiedenheit lebe. Für ein Volk, das schon so lange von einer Diktatur regiert werde, sei es schwer vorstellbar, daß eine Demokratie wie England »die weniger verantwortlichen Organe der englischen Presse«, die Italien gegenüber feindlich eingestellt seien, nicht zügeln könne.

Hankey ging in der englischen Selbstkritik sogar noch einen Schritt weiter, indem er schrieb:

»Wir haben niemals die Erklärungen der deutschen und italienischen Regierung akzep-

tiert, daß sie mit ihrer Unterstützung Francos lediglich das Ziel verfolgen, ein kommunistisches Spanien zu vermeiden. Trotzdem, ihre Erklärungen mögen der Wahrheit entsprechen. Selbst in England möchten viele Leute Franco gewinnen sehen, aus demselben Grund.«

Schließlich hätten auch die Westmächte alle möglichen Revolutionen unterstützt.
»Es gibt natürlich«, so fuhr Hankey fort,

»den grundlegenden Unterschied zwischen Faschismus und Demokratie. Aber das sollte ebenso wenig ein unüberwindliches Hindernis sein, wie es der Unterschied zwischen dem russischen Vorkriegsimperialismus oder Nachkriegskommunismus und unserem System der Demokratie war und ist. Denn in beiden Fällen haben wir einen Modus vivendi erreicht«.

Hankey schlug Chamberlain vor,

»irgendeine eminent informierte Person mit gesundem Menschenverstand«

zu Mussolini zu schicken – wahrscheinlich dachte er an jemand wie Lothian – die mit dem italienischen Diktator einmal über alles im Klartext reden könne. Ziel der englischen Initiative sollte nicht der Abschluß einer neuen Abmachung sein, sondern »ein neuer Geist«, damit das »*gentleman's agreement*« mit Leben erfüllt werden könne. Abschließend nannte der Beamte noch eine Reihe von Punkten, in denen er neue Abmachungen mit Italien für wünschenswert hielt.
Eden, der später nichts mehr davon wissen wollte, kam anschließend auf den Gedanken, einen Brief an Mussolini zu schreiben. Aber der italienische Botschafter in London, Dino Grandi, wandte sich direkt an Chamberlain und die beiden trafen unter vier Augen zusammen – ohne den englischen Außenminister. Dabei tat der Premierminister so, als komme ihm spontan der Gedanke, es sei wohl das beste, eine persönliche Botschaft an den Diktator zu richten. Bei dem schlechten Ruf, den Mussolini seit dem Überfall auf Abessinien bei der liberal-demokratischen Opposition überall in der Welt genoß, war das keineswegs selbstverständlich. Aber der Premierminister setzte sich noch am 27. Juli hin und schrieb einige Zeilen.
Zwei Tage später hatte Chamberlain die Bescherung. Der *News Chronicle*, journalistisches Flaggschiff der liberal-demokratischen Opposition in England, wußte aus »politischen Kreisen« von der Botschaft des englischen Premierministers an den italienischen Diktator zu berichten. Die Weltsensation war perfekt, die linke Presse schrie Zeter und Mordio, die Italiener zeigten sich beleidigt. Beinah wäre auch dieser erneute Start der *Appeasement*-Politik geplatzt, aber Mussolini antwortete Chamberlain zustimmend am 31. Juli.
Es dauerte trotzdem noch ein halbes Jahr, bis die Verhandlungen über eine Verbesserung der englisch-italienischen Beziehungen überhaupt in Gang kamen. Während dieses unglaublich langen Zeitraums besuchte Mussolini Hitler in Berlin, trat Italien dem deutsch-japanischen Antikominterpakt bei,

wurde die Achse Berlin – Rom – Tokio tatsächlich immer fester. Gleichzeitig wurde die englische Position durch den Aufstau der Probleme immer schwächer. Das ganze funktionierte wie ein System kommunizierender Röhren, dessen Druckverhältnisse teils von innen, teils von außen reguliert wurden.
Sicher hatte Hitler ein Interesse daran, eine Widerannäherung zwischen Italien und England zu verhindern. Aber sein Einfluß auf Mussolini, der in erster Linie eine Verständigung nicht mit Deutschland, sondern mit England wünschte, war begrenzt. Entscheidend dafür, daß sich die Anbahnung der englisch-italienischen Verhandlungen so lange hinzog, waren denn auch nicht Einwirkungen von außen, sondern die Verhältnisse in England selbst: die Verteufelung des italienischen Diktators durch die öffentliche Meinung, zunehmende Meinungsverschiedenheiten zwischen Chamberlain und Eden über den Kurs der englischen Politik, eine gewisse Planlosigkeit bei den Befürwortern des »*rapprochements*«. So hatte Hankey noch angenommen, daß England mit Mussolini ins Geschäft kommen könne, ohne die italienischen Eroberungen in Abessinien völkerrechtlich anzuerkennen. Aber Mussolini winkte energisch ab.
Damit stand die Regierung Chamberlain 1937 vor der Frage, ob sie sich für einen bilateralen modus vivendi mit dem faschistischen Italien oder für das Prinzip der kollektiven Sicherheit entscheiden sollte, das Italien mit seinem Angriff auf Abessinien verletzt hatte. Es stand weiterhin vor der Frage, ob es die amerikanische Stimson-Doktrin respektieren sollte oder nicht, die eine völkerrechtliche Anerkennung gewaltsamer Eroberungen ausschloß. Es war wirklich so etwas wie eine Schicksalsfrage. Der Völkerbund und Roosevelt hatten den Überfall Italiens auf Abessinien als Aggression gebrandmarkt, und obwohl die gegen Mussolini verhängten Sanktionen später wieder annulliert wurden, war es klar, daß die liberal-demokratischen Internationalisten eine völkerrechtliche Anerkennung der italienischen Eroberungen als Sakrileg an ihren heiligsten Prinzipien betrachten würden.
Es ist verständlich, daß sich die englische Regierung eine Entscheidung von solcher Tragweite doppelt und dreifach überlegte, wenngleich sich hinter der Zeitverzögerung hauptsächlich schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Premierminister und seinem Außenminister verbargen. Sie hatten nur mittelbar etwas mit dem englisch-italienischen Verhältnis zu tun. In Wahrheit ging es um die Frage, ob die USA oder England, Roosevelt oder Chamberlain gegenüber den Achsenmächten die weltpolitische Führung übernehmen sollten. Zusätzlich kompliziert wurde die Angelegenheit noch durch eine ganze Reihe von anderen Faktoren.
England hatte sich 1932 während der Mandschurei-Krise standhaft geweigert, die amerikanische Stimson-Doktrin zu unterschreiben. Der damals federführende Außenminister Simon saß seit Mai 1937 als Schatzkanzler im Kabinett Chamberlain, immerhin an der zweitwichtigsten Stelle. Er hatte seinerzeit seinem amerikanischen Amtskollegen Henry Stimson erklärt, England könne es sich als Mitglied des Völkerbundes nicht leisten, die Weltorganisation links

liegen zu lassen, um sich nur mit den USA gemeinsam für die Aufrechterhaltung des status quo in Ostasien stark zu machen.
Wenige Wochen nach diesen erregten Debatten über das transatlantische Telefon war England dann einer Resolution des Völkerbundes beigetreten. Sie untersagte es den Mitgliedsstaaten,

»irgendeine Situation, irgendeinen Vertrag oder irgendeine Übereinkunft anzuerkennen, die mit Methoden herbeigeführt wurden, die der Völkerbundsakte, ... oder dem Vertrag von Paris (i. e. der sog. ›Kellogg-Pakt‹ – D. B.) widersprechen«. [12]

Diese Resolution entsprach inhaltlich der Stimson-Doktrin. An sie war England auch noch 1937 gebunden, obwohl die Regierung Chamberlain bestritt, daß es sich bei der Errichtung des Marionettenstaates Mandschukuo durch Japan, um den es 1932 gegangen war, und bei der Eroberung Abessiniens durch Italien um vergleichbare Fälle handelte. [13]
Andererseits wurde England durch das Bestreben der sog. »Oslo-Gruppe« im Völkerbund und Rumänien unter Druck gesetzt, die Realitäten in Abessinien anzuerkennen. Wenn Chamberlain nicht den »Zusammenbruch der gesamten Völkerbund-Front« riskieren wollte, mußte er sich seiner etwaigen Verpflichtungen aus der Resolution entledigen. Hingegen durfte er die USA, Frankreich und die anderen Mächte, die am Prinzip der Nicht-Anerkennung festhielten, nicht über Gebühr provozieren. Dies galt auch für die eigene Presse, von der das Außenministerium befürchtete, vor allem die »linken Blätter« würden der Regierung massive Knüppel zwischen die Beine werfen, um »jede Hoffnung auf nützliche Ergebnisse zu blockieren«. [14]
Tatsächlich behauptete das Lager des liberal-demokratischen Internationalismus später, eine völkerrechtliche Anerkennung der italienischen Eroberungen in Abessinien sei ein Schlag in das Gesicht des Völkerbundes, entziehe der Verteidigung des status quo auch überall sonst in der Welt den Boden und stachele Hitler zur Nachahmung Mussolinis auf.
Alle diese Argumente begleiteten die Regierung Chamberlain auf ihrem »Gang nach Canossa« (Eden) wie der Chor in einer griechischen Tragödie. Hinter ihnen verbargen sich jedoch ganz handfeste Interessen. Die Roosevelt-Administration befürchtete, die Japaner könnten die Anerkennung der italienischen Eroberungen als willkommenes Präzedenz für die Anerkennung ihrer Eroberungen in China betrachten und sich zu Sonderverhandlungen mit England ermutigt fühlen. Die französische Regierung hatte Angst, daß sich England über die Köpfe seines Verbündeten hinweg und gegen dessen Interessen mit dem italienischen Rivålen im Mittelmeer einigen würde. Am wirkungsvollsten ließen sich alle diese Bedenken dadurch vertreten, daß man ihnen ein moralisches Mäntelchen umhängte, obwohl es im Grunde nur darum ging, den konservativen »Reichsengländern« vom Schlage Chamberlains und Simons eine Lektion zu erteilen.
Aber die Regierung Chamberlain war fest entschlossen,

»diese Frage der Anerkennung aus dem Weg zu räumen, weil sie einen störenden

Einfluß auf die internationale Politik ausübt und zum Teil verantwortlich für die internationale Spannung ist, die gegenwärtig jede Annäherung an eine Zusammenarbeit zwischen den europäischen Hauptmächten im Interesse des Weltfriedens behindert«. [15]

Dabei spielte für Chamberlain auch das Kalkül eine Rolle, es könne nichts schaden, Italien und Deutschland gegeneinander auszuspielen, indem er sich erst mit Mussolini und dann mit Hitler arrangierte, obwohl er »nicht einen Deut« für den italienischen Diktator gegeben hätte, wenn vorher eine Einigung mit Hitler möglich gewesen wäre. [16] Außerdem reizte den Premier natürlich die Aussicht darauf, daß ihm die völkerrechtliche Anerkennung von Italienisch-Abessinien Gelegenheit geben würde, von Mussolini im Gegenzug eine Reihe von Zusicherungen in bezug auf die Respektierung der englischen Interessen im östlichen Mittelmeer, in Nord- und Ostafrika bis hinunter nach Kenia, im Jemen und in Palästina zu erhalten. [17] Schließlich wäre England in eine absurde Lage geraten, wenn es weiterhin standhaft einen Staat anerkannt hätte, der zu existieren längst aufgehört hatte, während zum Beispiel die »Oslo-Gruppe« im Völkerbund das Gegenteil tat.

Der delikaten Aufgabe, einen Weg für die Verständigung mit Mussolini zu finden, die »Achse« zu spalten und trotz alledem weder Hitler noch die *Anti-Appeaser* in London, Paris und Washington allzu sehr vor den Kopf zu stoßen, war die englische Außenpolitik jedoch nicht gewachsen. Nachdem »unbekannte U-Boote«, die wahrscheinlich zur italienischen Kriegsmarine gehörten, sowjetische Versorgungsschiffe für Rot-Spanien angegriffen hatten, zerstörte die Mittelmeerkonferenz von Nyon [18] Mitte September alle Ansätze für eine Annäherung an Italien. Diese Konferenz war Edens Werk, der sich damit erstmals demonstrativ gegen Chamberlain stellte.

Zwar war dann Ende Oktober in Foreign Office wieder alles zur Kontaktaufnahme zwischen dem englischen Außenminister und dessen italienischen Amtskollegen, Graf Galeazzo Ciano, dem Schwiegersohn Mussolinis, bereit. Es existierte bereits der fertige Entwurf eines Telegramms, [19] das den englischen Botschafter in Rom, Lord Perth, beauftragte, die notwendigen Kontakte mit dem Diktator herzustellen. In seiner Datumszeile »... October 1937« brauchte der Außenminister nur noch den genauen Absendetag einzutragen. Premierminister Chamberlain gab bereits am 2. November im Unterhaus das offizielle Startsignal, indem er auf die bestellte Anfrage eines Abgeordneten antwortete:

»Ich erklärte die Bereitschaft Seiner Majestät Regierung, in Gespräche über den Gegenstand (i. e. die Wiederherstellung des Vertrauens zu Italien – D. B.) einzutreten.« [20]

Sechs Tage später aber, das Telegramm war noch immer nicht abgeschickt, fiel Eden dem Premierminister endgültig in den Arm. »Nach näherer Überlegung«, schrieb der Privatsekretär des Außenministers, Oliver Harvey, am 8. November an Chamberlain, [21]

»hält es Mr. Eden für besser, diesen Schritt nicht zu tun, da er die Deutschen aufbringen könnte (die wahrscheinlich davon hören werden) und wahrscheinlich nicht auf eine zustimmende Antwort treffen werde. Er (Eden) würde es vorziehen, sich auf ›den deutschen Hasen‹ zu konzentrieren«.

Natürlich konnte man die Politik gegenüber den Diktatoren als muntere Treibjagd betrachten. Aber für einen Mann wie Eden, der den deutschen Botschafter in London und Hitler-Vertrauten, Ribbentrop, gerade mit ziemlich arroganten Belehrungen traktiert hatte, war diese Wendung doch etwas unglaubwürdig. [22] Im Grunde wollte er durch das Hin und Her nur jede substantielle Annäherung an Mussolini und an Hitler so lange verhindern, bis England gerüstet genug war, um aus einer Position der Stärke heraus mit den Diktatoren zu sprechen.

Zwei Tage vorher war der italienische Diktator, den die englische Hinhaltetaktik verärgerte, dem deutsch-japanischen Kominternpakt beigetreten. Außerdem lag eine Einladung der Deutschen Jagdgesellschaft für den Lordsiegelbewahrer, Lord Halifax, aus Berlin vor. Hinter dieser Einladung an ein prominentes Mitglied des englischen Kabinetts – Halifax war immerhin fünf Jahre lang Vizekönig von Indien gewesen – verbarg sich die unverhohlene Absicht Hermann Görings, den Engländer mit Hitler und anderen Spitzen des Dritten Reiches zusammenzubringen. Der Reichsluftfahrtminister und Beauftragte für den deutschen Vierjahresplan, ein leidenschaftlicher Waidmann, fungierte als Schirmherr der Jagdgesellschaft. Eine Internationale Jagdausstellung in Berlin sollte den informellen Rahmen für die Gespräche mit Halifax abgeben.

Offenbar bestand aber auch gegenüber Deutschland die Gefahr, daß sich die englische Politik selbst blockierte. Die englisch-italienische Annäherung und die englisch-deutsche Annäherung, von Chamberlain ursprünglich als zwei aufeinanderfolgende Schritte einer Doppelstrategie gedacht, überschnitten sich nun miteinander, während die Neun-Mächte-Konferenz in Brüssel vergeblich nach einer Lösung für den Krieg im Fernen Osten suchte.

Die Gefahren an den drei Fronten des englischen Weltreiches überlagerten sich, und trotzdem wäre Görings Einladung an Halifax – wie schon Chamberlains Kontaktaufnahme mit Mussolini – beinah an den notorischen Indiskretionen der englischen Presse gescheitert. Selbst ein so seriöses und regierungsfreundliches Blatt wie die Londoner *Times* beteiligte sich diesmal an der Verbreitung von wilden Gerüchten, denen zufolge Chamberlain bereit sei, Hitler freie Hand in Osteuropa zu geben, eine Vorstellung, die allen Antifaschisten das Blut in den Adern gerinnen ließ.

Unter diesen Umständen kam die Regierung nicht daran vorbei, das Unterhaus offiziell von Halifax' bevorstehender Deutschlandreise zu unterrichten, obwohl sie diese Mitteilung lieber vermieden hätte. Denn die Folge war, daß sich die Franzosen betrogen fühlten. Die Engländer hatten sie nämlich wegen ihrer Kontakte zu Hitler ebensowenig wie wegen ihrer Kontakte zu Mussolini konsultiert. Um sie und die aufgeregte englische Öffentlichkeit zu beruhigen,

blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die Bedeutung der Halifax-Visite kräftig herunterzuspielen, was wiederum die Deutschen kränkte.
Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. So hatten die Gegner einer deutsch-englischen Annäherung ihr Ziel erreicht, und gleichgültig, welche Erwartungen Chamberlain persönlich in die Begegnung setzte, mußte sich Halifax im Endeffekt darauf beschränken, die außenpolitischen Absichten Hitlers zu erkunden. In einem Memorandum für den Premierminister hielt der Lord, der vorher alle möglichen Leute von Churchill über Eden bis zu Botschafter Henderson konsultiert hatte, seine Gesprächslinie fest.
Deutlich waren an seinem Papier die Spuren [23] von Lothians Gedanken zu erkennen. Zweck des Besuches sei es, Hitlers Haltung zu Österreich, der Tschechoslowakei, Danzig, dem Memelgebiet und der Kolonialfrage zu erkunden. Dabei müsse England in der Rolle des wohlwollenden Zuhörers erscheinen, der eine deutsch-französische Verständigung für vordringlich halte, der aber noch nicht wisse, ob er selbst jemals ein Verhandlungsangebot machen werde. Eine gewisse Avance könne man sich allerdings in bezug auf die Rückgabe der Kolonien Togo und Kamerun erlauben. Jedoch werde er, Halifax, Hitler vor jeder militärischen Gewaltanwendung in Europa warnen. Schließlich werde er den Führer fragen:

»Sollte es irgendwann einmal zu einer Verständigung zwischen England und Deutschland kommen, würde Deutschland dann in den Völkerbund zurückkehren, um seinen Beitrag zur kollektiven Sicherheit und zur allgemeinen Abrüstung zu leisten?«

Dies war ein möglicher Weg, jemanden auszufragen, aber es war kein Verhandlungsangebot. Immerhin verriet Halifax' Positionspapier, in welchen Punkten er englische und französische Konzessionen für erforderlich hielt. So hieß es zu Österreich: Die Mehrheit der dortigen Bevölkerung wolle zu Deutschland, »wir sollten nicht wünschen, es zu blockieren«. Die Tschechoslowakei stelle »ein reales Problem« für Deutschland dar, »das gelöst werden muß«, wobei man Staatspräsident Beneš zu Konzessionen zwingen müsse. Weiter schrieb Halifax, indem er bereits mögliche Opfer auf dem Kontinent andeutete:

»Es ist unmöglich für uns, unsere Hände in bezug auf Mitteleuropa in Unschuld zu waschen.«

Am 17. November 1937 traf Halifax in der Reichshauptstadt ein, wo er mit dem deutschen Außenminister Neurath lunchte und die Jagdausstellung am Funkturm besichtigte. Dann reiste er in Begleitung von Sir Ivone Kirkpatrick, Erster Sekretär der englischen Botschaft in Berlin, mit Hitlers Sonderzug auf den Obersalzberg bei Berchtesgaden weiter, dem Reduit des Führers in der Alpeneinsamkeit. In der Nacht zum 19. November hatte es geschneit. Eine Fahrbereitschaft der SA holte den hohen Gast im Mercedes vom Bahnhof in Berchtesgaden ab. Als Halifax vor dem Landhaus des Führers hielt, sah er durch das Wagenfenster ein paar schwarzbehoste Männerbeine, die in Patentlederschu-

hen auf dem gefegten Aufgang standen. Als vornehmer Mann an solche Bedienung gewöhnt, dachte Halifax zunächst an einen wartenden Butler. Beinahe hätte er ihm seinen Hut in die Hand gedrückt. Aber der Minister erkannte gerade noch rechtzeitig den Führer, der seinem Gast entgegengekommen war und ihn begrüßte.

In dem mehr als dreistündigen Gespräch, das die beiden unter vier Augen in einem überheitzten Zimmer führten, wiederholte der verdrießliche Hitler seine bekannten Ansichten und Forderungen. Er sei bereit, sich in Europa friedlich zu verhalten. Jede Vereinbarung zwischen den vier Hauptmächten Europas müsse jedoch von den Realitäten ausgehen, zu denen gehöre, daß Deutschland jetzt wieder eine Großmacht sei. Die Welt könne nicht auf dem Stand von Versailles stehen bleiben. Es gebe nur die Alternative zwischen dem freien Spiel der Kräfte, und das bedeute Krieg, und einer vernünftigen Regelung.

Er, Hitler, habe den anderen Mächten immer wieder Vorschläge zur Abrüstung und zur Verbesserung der politischen Beziehungen unterbreitet. Doch würden das demokratische System und die zügellose Presse in England und Frankreich jeden Fortschritt vereiteln. Zwischen England und Deutschland stehe lediglich das Kolonialproblem, es könne gelöst werden, wenn die beiden Ententemächte entsprechende Vorschläge machen würden. Von multilateralen Konferenzen, die alle drei Monate stattfänden, hielt Hitler nichts, viel aber von einer Verbesserung des politischen Klimas, das jetzt der »Atmosphäre einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe« gleiche. Im Augenblick gebe es zwar keine Gefahr für den Frieden. Aber wenn man der englischen Presse Glauben schenke, könnte es sein, daß Halifax eines Tages erwache und erlebe, »daß deutsche Truppen in Wien und Prag stehen«. [24]

Halifax beschränkte sich aufs Zuhören und gelegentliche Einwürfe, in denen er die Institutionen und Traditionen seines Landes verteidigte. Er kritisierte das Naziregime wegen der Behandlung, die es den Juden, Kirchen und Gewerkschaften angedeihen lasse. Er würdigte aber auch Hitlers Verdienste um die Abwehr des Kommunismus. Seine verschiedenen Angebote zur Verbesserung der internationalen Lage, so hielt Halifax dem Führer vor, hätten die Sicherheitsbedürfnisse anderer Länder nicht befriedigt. Außerdem habe Deutschland den Vertrag von Versailles ignoriert.

In dem, was er Hitler über die englische Haltung zu den anstehenden Problemen in Europa und der Welt sagte, wich Halifax nur an einer Stelle etwas von seiner vorgefaßten Gesprächslinie ab, als er erklärte: Es gebe

> »mögliche Änderungen der europäischen Ordnung, von denen man annehmen könnte, daß sie sich im Laufe der Zeit ergeben werden«.

Was Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei angehe, setzte Halifax hinzu, bestehe England nicht unbedingt auf der Aufrechterhaltung des status quo. Aber er müsse eine Behandlung dieser Probleme ablehnen, die Schwierigkeiten bereite.

»Wenn vernünftige Abmachungen erreicht werden können mit der freien Zustimmung und dem guten Willen derjenigen, die hauptsächlich davon betroffen sind, haben wir nicht den Wunsch, sie zu blockieren.«

Die Kolonialfrage könne nur im Rahmen einer allgemeinen Übereinkunft gelöst werden, aber England sei bereit, sie zu diskutieren. [25]
Nach dem Gespräch, das ohne ein konkretes Ergebnis endete, schied Halifax mit einem gespalteten Gefühl von Hitler. Der deutsche Führer hatte ihn persönlich beeindruckt, aber der Engländer, der einer konservativen Elite angehörte, spürte auch die tiefe Kluft, die die politische Kultur seines Landes und des gesamten Westens von der des nationalsozialistischen Deutschlands trennte. Er berichtete Chamberlain,

»Deutschland ist jetzt eine große und mächtige Nation, pulsierend von Energie und entschlossen, das zu realisieren, was es für seine legitimen Aspirationen hält«.

Sein Vorschlag: England sollte

»eine großzügige Lösung des Kolonialproblems als Hebel für eine Politik realer Rückversicherungen in Europa«

ins Auge fassen. Hitler und Göring, den Halifax auf dessen Landsitz »Karinhall« besucht hatte, hätten ihm erklärt, Kolonien seien doch das einzige, was England Deutschland für sein Wohlverhalten in Europa anzubieten habe. [26]
Obwohl Eden, der die Gespräche zwischen Halifax und Hitler als »ziemlich ziellos und deshalb waghalsig« kritisierte, auf seinem sterilen Standpunkt beharrte, »daß wir nichts geben, wenn wir nichts bekommen«, [27] schien sich mit Halifax' Bericht eine gewisse Wendung in der englischen Deutschlandpolitik anzubahnen. Im Mai 1937 war eine Annäherung zwischen den beiden westeuropäischen Demokratien und dem Dritten Reich vor allem an den englisch-französischen Differenzen in der Kolonialfrage gescheitert. Das hatte dazu geführt, daß Ministerpräsident Blum dem Reichsbankpräsidenten Schacht erklärte:

»Erst muß eine allgemeine politische Übereinkunft erreicht sein, nach der ökonomische Gespräche, mit oder ohne koloniale Konzessionen, folgen könnten.« [28]

Jetzt begann man in London, wenn schon nicht einer Umkehrung dieser Reihenfolge, so doch einer stärkeren Verzahnung zwischen den europäischen und den wirtschaftlich-kolonialen Fragen näherzutreten.
Auf der Sitzung des englisch-französischen Ministerrates, der am 29. und 30. November 1937 in London tagte, referierte Halifax über seinen Besuch bei Hitler. Anschließend erklärte Chamberlain:

»England ist bereit, die Kolonialfrage zu diskutieren, wenn Deutschland bereit ist, das zu diskutieren, was England als Gegenleistung haben will, nämlich Abrüstung, Völkerbund, einen Westpakt, Mittel- und Osteuropa.« [29]

Doch schien es Eden, der

»extrem skeptisch hinsichtlich der Chancen für eine umfassende Regelung der europäischen Pläne« [30]

war, als würde der Premierminister in den Beratungen nicht einmal mehr an der Idee eines »*general settlement*« festhalten. Sollte denn Deutschland seine Kolonien wiederbekommen *und* freie Hand in Ostmitteleuropa erhalten?
Denkwürdig war das Kommuniqué, das anschließend veröffentlicht wurde. Zum ersten Mal seit 1919 wurde in einem internationalen Dokument wieder die Kolonialfrage erwähnt. Noch merkwürdiger war, was England und Frankreich als Inhalt der anzustrebenden Übereinkunft mit Deutschland festgehalten bzw. nicht festgehalten hatten. Und das stand natürlich nicht im Kommuniqué: Ein Westpakt und eine Abrüstungsvereinbarung seien »unerläßliche Elemente« einer allgemeinen Übereinkunft. Die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund galt nur noch als »wünschenswert«. Zur Österreichfrage hieß es lediglich, man dürfe sie »nicht auslassen«, und die Tschechoslowakei wurde überhaupt nicht in die geplante Übereinkunft einbezogen.
Zu diesem Punkt hatte es eine längere Diskussion gegeben. Während der französische Außenminister Delbos vor allzu großen Konzessionen an Deutschland warnte, die Gefahr einer »deutschen Hegemonie« über Europa beschwor, und auf die Verpflichtungen aus dem französisch-tschechoslowakischen Beistandsvertrag pochte, erklärte Chamberlain ungerührt:

»Die Tschechoslowakei sei ein ziemlich weit entferntes Land, für das England nicht kämpfen werde.« [31]

Ohne Englands Beistand war Frankreichs Bündnis entwertet und die Tschechoslowakei so gut wie aufgegeben.
Obwohl man es in der Ministerrunde für möglich hielt, daß Hitler die Autonomie für das Sudetenland fordern werde – zweifellos eine Vorstufe für dessen »Heimkehr« in das Reich – einigte man sich darauf, die Tschechoslowakei solle in Direktverhandlungen mit Deutschland »angemessene Konzessionen« machen. Zwar sollte Deutschland im Gegenzug

»befriedigende Zusicherungen hinsichtlich der tschechoslowakischen Integrität«

geben. [32] Aber im Grunde lag niemand etwas an der Einheit des tschechoslowakischen Staatsverbandes. Offenbar hatte man dieses uneinheitliche Gebilde bereits abgeschrieben.
Die deutsche Führung, die das natürlich nicht ahnen konnte, schien eher enttäuscht von dem Halifax-Besuch zu sein. Sie ließ es England wissen. Eine Rückkehr in den Völkerbund komme nicht in Frage, erklärte man in Berlin demonstrativ nach der Londoner Konferenz der Ententemächte. Offenbar witterte Hitler hinter der Idee des »*general settlements*« eine Falle, in die England und Frankreich das Reich hineinlocken wollten, um es zu fesseln und an seiner östlichen Ausdehnung zu hindern. Deutschland habe ein Recht auf die Rückgabe seiner Kolonien und wünsche nicht, daß diese Frage mit anderen

Fragen vermischt werde, die man seit Jahren vor sich herschiebe, beschwerte sich Ribbentrop bei Eden. Aber wer wußte, ob Hitler mit seiner abweisenden Haltung am Ende nur Mussolini beruhigen wollte, der immer noch auf ein englisches Verhandlungsangebot wartete, oder ob er größere Konzessionen von Chamberlain erzwingen wollte? Schließlich konnte er sich ja ausrechnen, daß England nicht für die Tschechoslowakei kämpfen würde, weil es sie im Ernst nicht verteidigen konnte.

Der englische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, hatte sich schon vor dem Halifax-Besuch äußerst besorgt über die Lage Englands gezeigt, die er mit der vor 1914 verglich: »Ich bin entsetzt darüber, wie es mit uns bergab geht«, schrieb er an Chamberlains außenpolitischen Chefberater, Sir Horace Wilson.

»Wir folgen der Grey-Tradition des Machtgleichgewichts mit eben dem Unterschied, daß wir uns immerzu Feinde, statt Freunde machen. Die englische Öffentlichkeit wird Glauben gemacht, daß wir kollektive Sicherheit haben, während wir in der Blockunsicherheit versacken.« [33]

Nach dem Halifax-Besuch schrieb Henderson an Eden: Deutschland betrachte dieses Ereignis trotz einiger Skepsis als »möglichen Wendepunkt« in seinen Beziehungen zu England. Es warte auf ein konkretes Verhandlungsangebot in der Kolonialfrage. Je länger es darauf warten müsse, desto mehr würden seine wirtschaftlichen Probleme zunehmen und desto mehr würde auch die Gefahr wachsen, daß es sich in außenpolitische Abenteuer stürze.

Der Botschafter riet davon ab, weiter die Idee des »*general settlements*« zu verfolgen. Deutschland betrachte die Österreich-Frage als internes Problem. Die Integrität der Tschechoslowakei könne nur gerettet werden, wenn dieses Land sich von der »Achse Paris–Moskau« löse und sich in eine gewisse Abhängigkeit zu Deutschland begebe, wo es als »slawische Speerspitze« beargwöhnt werde. Deutschland werde auch nicht in den Völkerbund zurückkehren, es sei denn, dessen Satzung werde revidiert. Noch stehe eine militärische Aggression nicht unmittelbar bevor. Deshalb müsse Hitler schleunigst in die Lage versetzt werden, einen Nicht-Angriffsvertrag mit der Tschechoslowakei zu schließen.

Chamberlain war so beeindruckt von dieser Analyse, daß er den Diplomaten bat, zu Konsultationen zurück nach London zu kommen. Die Fronten der englischen Politik gerieten in Bewegung. Das Bemühen der Regierung um eine Kooperation mit Washington in Ostasien hatte nichts eingebracht. Am 28. Dezember reiste Eden in den Urlaub nach Südfrankreich. Chamberlain übernahm die Zügel der englischen Außenpolitik. Im Foreign Office, gleich um die Ecke von Downing Street, bereiteten die Beamten verschiedene Positionspapiere für die Aufnahme von Verhandlungen mit Italien und Deutschland vor.

»Ich glaube, daß die Doppelpolitik von Wiederaufrüstung und besseren Beziehungen mit Deutschland und Italien uns sicher durch die Gefahrenzone bringen wird«,

hatte der Premier kurz vorher frohgemut an seine jüngere Schwester Hilda geschrieben, mit der er gerne korrespondierte. [34]
Auch die Gespräche über eine Flottenzusammenarbeit mit den Amerikanern, die im Januar anliefen, gehörten zu dieser Doppelpolitik. Am 7. Januar 1938 – die englische Plattform für Verhandlungen mit Mussolini wurde gerade fertiggestellt – ließ Chamberlain bei Lindsay in Washington anfragen, wie die USA wohl auf eine völkerrechtliche Anerkennung von Italienisch-Abessinien reagieren würden. [35] Der Botschafter glaubte nicht, daß dies ein Anlaß zu großer Sorge sei, gab aber zu bedenken, ob es nicht besser wäre, die Vereinigten Staaten vorher ins Vertrauen zu ziehen. Am 12. Januar 1938, 16.00 Uhr MEZ, wurde Lindsay vom Foreign Office aus angewiesen, so zu verfahren. Wenige Stunden später schlug Roosevelts Weltfriedensplan »wie eine Bombe« (Chamberlain) in der englischen Hauptstadt ein.

## Anmerkungen

1 Carlton, Eden, S. 106.
2 FRUS 1937 III, S. 158: Eden 13. 7. 37 Lindsay – Selbst Tschiang Kai-shek war dieser Meinung, die er am 23. 8. 37 gegenüber Finanzminister Morgenthau zum Ausdruck brachte. Auch der US-Gesandte in Nanking, Peck, räumte am 12. 7. 37 ein, Japan hätte eine friedliche Beilegung des Zwischenfalls bei Lukoutschiao, mindestens aber eine Begrenzung der militärischen Auseinandersetzung auf Nordchina vorgezogen. FRUS 1937 III, S. 146: Peck 12. 7. 37 Hull.
3 Memorandum Roberts, 25. 8. 37, zitiert nach B. Ovendale, ›Appeasement‹ and the English Speaking World. Britain, the United States, and the Dominions and the Policy of Appeasement 1937–38. Cardiff 1975, S. 70.
4 PRO PREM 1/261: Hull-Memorandum und regierungsinterner Briefwechsel dazu.
5 PRO PREM 1/261: Brief N. Davis 10. 6. 37 Chamberlain – Rossevelts Einladung vgl. nächster Abschnitt – Das Außenhandelsamt hatte Chamberlain am 22. 6. 37 aus handelspolitischen Gründen von der Annahme der Einladung abgeraten. Die Verhandlungen über das amerikanisch-englische Handelsabkommen befänden sich erst in der Vorphase und versprächen, extrem schwierig zu werden, hieß es in der Begründung. – Chamberlains Absage erfolgte aber aus allgemeinpolitischen Gründen, wie der Text ergibt.
6 PRO PREM 1/261: Die Bewertung stammte vom US-Botschafter in London, Robert Bingham, die Außenminister Eden in einem Memorandum vom 17. 6. 37 niederlegte.
7 PRO PREM 1/261: Chamberlain 8. 7. 39 Davis.
8 Borg, United States, S. 289.
9 Feiling, Life, S. 326.
10 PRO PREM 1/276.
11 Es handelte sich um eine öffentliche Erklärung, die Eden mit dem italienischen Außenminister Ciano ausgehandelt und ausgetauscht hatte. Sie stellte keinen Vertrag im förmlichen Sinne dar. Beide Seiten sicherten sich in diesem Dokument den status quo im Mittelmeer zu. Italien versprach außerdem, die Integrität Spaniens zu achten, die es zu diesem Zeitpunkt bereits durch die Besetzung Mallorcas und die Entsendung von »Freiwilligen« auf den Bürgerkriegsschauplatz verletzt hatte. Das »Gentleman's Aggreement« war daher im Lager des liberal-demokratischen Internationalismus Gegenstand scharfer Kritik, zumal Mussolini danach weitere Freiwillige nach Spanien schickte.
12 Borg, United States, S. 15.
13 PRO PREM 1/276: FO-Memorandum, 10. 8. 37.
14 PRO PREM 1/276: FO-Memorandum vom 19. 8. 37.
15 PRO PREM 1/276: FO-Memorandum vom 29. 12. 37.
16 So Chamberlain in einem Brief vom 4. 7. 37, vgl. K. Middlemas, Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany 1937–1939. London 1972, S. 115.
17 An sich hatte sich England durch eine Reihe von Erklärungen dazu verpflichtet, die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung von Italienisch-Abbessinien (1) nicht zum Gegenstand von Verhandlungen mit Italien zu machen, sondern nur nach Sachlage, d. h. nach Recht und Gerechtigkeit zu entscheiden, und (2) bei dieser Entscheidung dem Völkerbund den Vortritt zu lassen. Das Außenministerium schlug mehrere Prozeduren zur Umgehung dieser Selbstfesselung vor. Chamberlain wählte schließlich einen Mittelweg zwischen einer bilateralen Verhandlungslösung und einem Schiedsspruch des Völkerbundes, indem er zunächst ein rein bilaterales »settlement« mit Mussolini aushandelte, das Italienisch-Abessinien im Prinzip völkerrechtlich anerkannte, die Anerkennungsfrage aber im Mai 1938 vor den Völkerbundesrat brachte. Vgl. die umfangreichen Memoranden des Foreign Office zur Prozedurfrage vom 29. 12. 37 und 11. 1. 38 in PRO PREM 1/276.
18 An der Konferenz, die auf Betreiben Edens und seines französischen Amtskollegen Delbos am 10. 9. 37 zustandekam, nahm außer England und Frankreich auch Rußland teil. Das ebenfalls eingeladene Dritte Reich zog seinen Vertreter auf Wunsch von Italien

zurück, das bei der Einladung übergangen wurde. Zur Stärkung der englisch-französischen Solidarität wurden auf der Konferenz gemeinsame Zerstörerpatrouillen der beiden Mächte im Mittelmeer beschlossen. Die Tatsache, daß den Sowjets die Teilnahme an diesen Patrouillen verwehrt wurde, bewerteten die liberal-demokratischen Internationalisten natürlich als unverzeihliche Unterlassungssünde.

19 PRO PREM 1/276.

20 ebda.

21 ebda.

22 In seinen Memoiren berichtet Eden ausführlich, er habe Ribbentrop bei einem von dessen Besuchen im Foreign Office Ende Oktober darüber belehrt, daß sich der deutsche Botschafter in London gefälligst in London und nicht irgendwo sonst in der Welt aufzuhalten habe. In die sanfteren Sprachformen der Diplomatie gekleidet, war dies eine offene Rüge dafür, daß Ribbentrop u. a. zur Unterzeichnung des Antikominternpakt mit Japan nach Berlin gereist war. Der Abschluß dieses Vertrages hatte in London und Washington verständliche, aber übertriebene Besorgnisse ausgelöst.

23 PRO PREM 1/330: Das Memorandum ist undatiert, muß aber unmittelbar im Anschluß an Lothians Besuch bei Hitler entstanden sein.

24 PRO PREM 1/330: Halifax-Memorandum, undatierte Kopie betr. seine Unterredung mit Hitler.

25 ebda.

26 Earl of Birkenhead, Halifax. London 1965, S. 373: Halifax-Memorandum vom 21. 11. 37.

27 Eden, Memoirs, Vol. II, S. 515.

28 PRO PREM 1/330: F. P. 36 (43) Eden-Memorandum vom 25. 1. 38 »German Contribution to a General Appeasement« – Geheime Verschlußsache.

29 ebda. – Maschinenschriftliche Fassung. In der oben zitierten Drucksache fehlt dieses wichtige Zitat.

30 Eden, Memoirs, Band II, S. 518.

31 ebda., S. 516f.

32 Vgl. Anmerkung 28.

33 PRO PREM 1/330: Henderson 10. 11. 37 Wilson, persönlich/vertraulich – Edward Grey war der englische Außenminister bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewesen.

34 Middlemas, Diplomacy, S. 419.

35 PRO PREM 1/276: Annex V zum FO-Memorandum »Anglo-Italian Conversations« vom 11. 1. 38 – Dort auch die folgenden Telegramme.

# Teil IV

# England

# 1.
# Der Plan des Präsidenten

Als am 6. Februar 1937 im amerikanischen Finanzministerium der Brief eintraf, in dem der englische Schatzkanzler Chamberlain wegen der französischen Finanzkrise Alarm schlug, weil er das Tripartite-Abkommen retten wollte, rief Henry Morgenthau sofort den Präsidenten an. Für den amerikanischen Finanzminister war es gar nicht so wichtig, was in dem Brief stand. Entscheidend war für ihn, daß er überhaupt eine Botschaft des spröden Engländers erhalten hatte. Diese Tatsache grenzte an eine politische Sensation, die Morgenthau in eine gewisse Hektik versetzte.

Nach Jahren des eigenbrötlerischen Bestehens auf der Unantastbarkeit, Größe und Hoheit des Empires, die der Weltwirtschaftskrise und dem Debakel der Weltwirtschaftskonferenz von 1933 gefolgt waren, schien England nun auf einmal bereit zu sein, die Solidarität zwischen den drei westlichen Führungsmächten der Welt höher zu stellen als die eigene finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit hinter den Mauern des Ottawa-Präferenzsystems. Morgenthau bewertete Chamberlains Brief, in dem es um irgendwelche Eisenbahnanleihen ging, deshalb als Signal von allgemeiner politischer Bedeutung, das es verdiente, in weltpolitische Aktivitäten der Vereinigten Staaten umgesetzt zu werden.

Als er den Präsidenten an der Strippe hatte, kam der Minister daher sogleich auf den Plan Roosevelts zu sprechen, sich nach Den Haag zu begeben, Sitz des Weltgerichtshofes und Hauptstadt der Niederlande, um führende Politiker verschiedener Länder zu Gesprächen einzuladen und mit ihnen Tacheles über die weltpolitische Lage zu reden. Diesen Plan hatte der Präsident schon vor einem Jahr erwähnt, und für Morgenthau, der meinte, daß alles in Europa auf Krieg hinauslaufe, dem sich die Vereinigten Staaten früher oder später nicht entziehen könnten, war jetzt einfach der Zeitpunkt gekommen, da der amerikanische Präsident die Welt retten mußte.

Drei Tage später saßen Morgenthau und Roosevelt wie so oft im Arbeitsraum des Präsidenten, dem »*Oval Office*«, beim Lunch zusammen, um die nächsten Schritte zu besprechen. Wegen seiner Lähmung zog es Roosevelt vor, das leichte Mittagsmahl an seinem Schreibtisch im Weißen Haus einzunehmen, und wer von seinen Freunden und Mitarbeitern gerade anwesend war, konnte dann mit ihm reden und essen. Morgenthau war davon überzeugt, daß das allgemeine Wettrüsten die größte Gefahr sei, weil es die meisten Staaten auf der Welt in den Bankrott zu stürzen drohte. Seiner Meinung nach konnte nur

noch der Auftritt des Präsidenten in Den Haag die Todesspirale der Rüstungen stoppen.
Als Roosevelt das hörte, lächelte er und antwortete:

»Ich hätte Lust, dir diese Tasse hier oder gleich die ganze Kaffeekanne an den Kopf zu werfen.«
»Bitte beides, aber warum?« fragte Morgenthau.
»Nun«, fuhr der Präsident fort, »neulich waren Hull und Norman Davis hier beim Lunch, und Davis sagte, der einzige der die Situation retten kann, ist Roosevelt, und dann fragte ich Davis, wie, und Davis sagte, indem Sie einen Geheimemissär nach Europa entsenden.«

Roosevelt legte eine kurze Pause ein und sagte dann: »Einen zweiten Oberst House.« Der Präsident dachte an den engsten Vertrauten des früheren US-Präsidenten Wilson, der 1917 mit einer Geheimreise nach England viel dazu beigetragen hatte, Amerika für den Eintritt in den Ersten Weltkrieg bereitzumachen. Weiter sagte Roosevelt:

»Hulls Philosophie besteht darin, daß seine Handelsverträge den Welthandel verbessern, der dann die Arbeitslosen in dem Maße aufsaugt, in dem die einzelnen Länder abrüsten.«
»Ich sehe das nicht anders als Hull«, entgegnete Morgenthau. »Aber bei seiner Politik brauchen wir fünf Jahre, ehe sie sich voll auswirkt. Es könnte jedoch sein, daß wir nur noch fünf Monate haben, ehe der Weltkrieg ausbricht, und wenn er auch nur zwei oder drei Jahre dauert, kannst du sicher sein, daß wir in ihn hineingezogen werden. Hättest du irgendwelche Einwände dagegen, wenn ich durch Bewley, der drauf und dran ist, nach England zurückzukehren, eine geheime und vertrauensvolle mündliche Botschaft an Neville Chamberlain senden würde, in der ich ihn frage, ob er irgendwelche Vorschläge zu machen habe, wie wir die Welt davon abhalten können, durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben finanziell zu Bruch zu gehen?«

Roosevelt dachte einen Augenblick nach und sagte dann:

»Nein, das geht in Ordnung.«
»Bist du sicher?«
»Ja, ich bin sicher.«
»Du kennst meinen Standpunkt«, sagte Morgenthau. »Sollte es irgendwelche Verhandlungen geben, müssen sie hier geführt werden. Es geht nicht an, daß wir dafür jemand ins Ausland schicken.«

»Genau«, sagte der Präsident, und Morgenthau notierte in sein Tagebuch, er habe mit Roosevelt einen »höchst interessanten und konstruktiven Lunch« gehabt.
Zwei Tage später, am 11. Februar, erhielt der Vertreter des englischen Schatzkanzlers in Washington, Kenneth Bewley, jene mündliche Botschaft Morgenthaus, von der ihm gesagt wurde, sie sei so wichtig, daß ihr Inhalt außer dem Finanzminister nur noch dem Präsidenten persönlich bekannt sei. Der verblüffte Beamte wurde gebeten, seinen Urlaub aufzuschieben und den Wortlaut so schnell wie möglich nach London zu übermitteln, wofür ihm als kleine

Reiseerleichterung bei der Überfahrt über den Atlantik sogar ein amerikanischer Zerstörer angedient wurde. Die Botschaft dürfe aber nur Chamberlain und niemanden sonst erreichen, sagte Morgenthau.

Als Bewley einwandte, der Schatzkanzler werde kaum in der Lage sein, zu antworten, ohne sich vorher mit dem Kabinett zu beraten, entgegnete Morgenthau, solange Chamberlain die Botschaft direkt erhalte – gewissermaßen von Finanzminister zu Finanzminister – stehe es ihm frei, darüber zu beraten, mit wem er wolle. Das war eine Aussage, die Bewley befriedigte, und im Weggehen sagte er noch, England werde sein Bestes tun, um das Wettrüsten in Grenzen zu halten. Doch sei der Hauptmissetäter Deutschland.

Auch für Morgenthau bestand das Grundproblem darin, wie man das Deutschland Hitlers stoppen konnte, während ihn im Augenblick die Frage am meisten beschäftigte, wie er Frankreich am besten zu helfen vermochte. Die Volksfront unter Léon Blum, an deren Wahlsieg im Mai 1935 Morgenthau durch eine geschickt getimte Franc-Stabilisierung keinen geringen Anteil gehabt hatte, befand sich in einer schweren Krise, und das ganze Land drohte in einem Chaos von Streiks, Gewalttätigkeiten und Kapitalströmen zu versinken, die ins Ausland abflossen, das meiste davon nach Amerika. Fünf Tage nach Bewleys Abreise, am 16. Februar, schlug Morgenthau daher dem Präsidenten eine Abrüstungskonferenz der Großmächte vor. Der Erfolg einer solchen Konferenz würde Frankreich von den Rüstungslasten befreien, unter denen es jetzt zusammenzubrechen drohte.

Roosevelt schien diese Idee zu gefallen. Wenn er eine solche Konferenz einberufe, so sagte er, dann würde er ungefähr ein halbes Dutzend Staaten nach Washington einladen, sie ihren Problemen überlassen und sie so lange irgendwo einsperren, bis sie eine Lösung gefunden hätten. Dieses Verfahren erinnerte an die amerikanischen Strafgerichte, wo die zwölf Geschworenen so lange beraten, bis sie sich auf den Schuldigen geeinigt haben. Als würde er sich in die Position des neutralen Gerichtsvorsitzenden hineindenken, fügte der Präsident noch hinzu, er werde den Konferenzteilnehmern keine Ratschläge erteilen, wie sie ihre Probleme zu lösen hätten. Aber er würde sich dafür einsetzen, daß die Abrüstung, berechnet auf einen Fünf-Jahreszeitraum, beschleunigt in Gang komme. Jede Nation, die sich den Mehrheitsbeschlüssen von Washington widersetze, sollte dann der wirtschaftliche Boykott der Konferenzteilnehmer treffen. [1]

Damit hatte der Präsident jenen Weltfriedensplan skizziert, mit dem er elf Monate später Chamberlain schockieren sollte. Dieser Plan war darauf angelegt, Chamberlains regionale Appeasement-Politik schon im Ansatz zu zerstören. Weil er in London innerhalb und außerhalb der Regierung zu einer starken Polarisierung führte, stürzte er die Vereinigten Staaten und England in einen erbitterten, lange anhaltenden, mit allen Mitteln der Intrige, des Betrugs und der Lüge geführten Konflikt von verheerender Wirkung.

England, das mit Chamberlains Amtsantritt im Mai 1937 vielleicht die letzte Chance erhielt, sein Empire und seine Weltmachtstellung für die nächsten

Jahre auf friedliche Weise zu retten, wurde durch die Intervention Roosevelts daran gehindert, auf die Diktatoren zuzugehen, ihnen beizeiten konkrete und aussichtsreiche Verhandlungsangebote zu machen und damit jenes Minimum an Vertrauen, Berechenbarkeit und Sympathie zu schaffen, das Europa so dringend für seine Befriedigung brauchte. Niemand kann sagen, ob dieses Minimum ausgereicht hätte, Hitler von den friedlichen Absichten der Westmächte zu überzeugen, ihn in ein Netzwerk von Verträgen einzubinden und, indem England die längst fälligen Konzessionen an Deutschland durch eine defensive Rüstung ergänzte, von seinen kriegerischen Plänen abzubringen. Aber durch den Kalten Krieg, den Roosevelt zwecks Durchsetzung seines Weltfriedensplans entfachte, wurde mit Chamberlains Entspannunspolitik die Bedingung der Möglichkeit für einen europäischen Frieden beseitigt.

Als amerikanischer Vertreter für eine in London tagende Walfangkonferenz getarnt, machte sich Norman Davis im März 1937 auf den Weg, um das politische Establishment Englands für die Pläne des Päsidenten zu gewinnen, die damals noch keine endgültige Form gefunden hatten. Im Gespräch mit Edens Privatsekretär ließ der Amerikaner die Katze aus dem Sack, indem er die entspannungsfeindlichen, gegen Chamberlains *Appeasement*-Politik gerichteten, letztlich aber auch auf die Isolierung Hitlers zielenden Absichten Roosevelts enthüllte.

In Anspielung auf die Gespräche zwischen Schacht und Leith-Ross sagte Davis, als müsse er einen besonders tadelnswerten Tatbestand erwähnen, es habe in den letzten Wochen mehrere Anzeichen dafür gegeben,

»daß die Deutschen ihre Ansichten mäßigen und sich mehr um das Zustandekommen einer allgemeinen Übereinkunft bemühen«.

Auch Frankreich scheine bereit, »gewisse Risiken für den Frieden in Kauf zu nehmen«. Er, Davis, sei deshalb erpicht darauf, zu erfahren, ob die englische Regierung eine Aufnahme von Verhandlungen mit Hitler über eine Verständigung für möglich halte.

»Präsident Roosevelt ist leidenschaftlich begierig, darauf Einfluß zu nehmen, aber sehr zurückhaltend, das zu tun, solange der Moment dafür nicht opportun ist.« [2]

In Wirklichkeit hatte Roosevelts Intervention in die englische Innen- und Außenpolitik bereits mit der Davis-Mission begonnen, und es bestand kein Zweifel daran, daß sie in einem für Chamberlain höchst inopportunen Augenblick erfolgte. Denn der designierte Premierminister, der gerade seine *Appeasement*-Politik formulierte, konnte angesichts der Widerstände, die sich ihm in Frankreich und in der englischen Innenpolitik ohnehin schon entgegenstellten, momentan alles andere als eine amerikanische Einmischung gebrauchen.

Bisher hatten Neutralität und egoistischer Globalismus die weltpolitischen Aktivitäten des US-Präsidenten gehemmt und ihn von einer echten Koope-

ration mit den westeuropäischen Demokratien abgehalten. Jetzt schienen seine Pläne jedoch nicht nur ein gesteigertes Interesse an Europa, sondern auch einen neuen Ansatz für die Realisierung von Vorstellungen anzuzeigen, welche die antiquierten Formen der kollektiven Sicherheit hinter sich ließen.

Für jeden Engländer, der wie Chamberlain den Ersten Weltkrieg mit vollem Bewußtsein miterlebt hatte, war Roosevelts Vorstoß ein höchst bedeutsames Ereignis. Zum ersten Mal, seit US-Präsident Wilson damals zwischen den Parteien vermittelt hatte, bahnte sich jetzt der abermalige Auftritt eines Amerikaners in der Rolle des Weltfriedenspräsidenten an. Was bei vielen Liberalen und Demokraten in England neue Hoffnungen weckte, erregte bei vielen Konservativen im Lande auch die alten Ressentiments. Schon in seinem Vorfeld war daher das Ereignis geeignet, die innenpolitischen Verhältnisse in England und Frankreich zu beeinflussen, die außenpolitischen Rahmenbedingungen von Freund und Feind grundlegend zu verändern und die relative Entscheidungsautonomie radikal in Frage zu stellen, welche die Regierungen Europas bisher besessen hatten.

Die Amerikaner gingen gleich aufs Ganze. Davis sprach in London unter anderem mit Schatzkanzler Chamberlain, Außenminister Eden, dem französischen Wirtschaftsminister Charles Spinasse und dem deutschen Botschafter Ribbentrop, der Roosevelt als »Weltfigur mit einem größeren Prestige als jede andere Person« zu schmeicheln versuchte. [3] Seit Ende 1936 hatte es Versuche verschiedener europäischer Länder gegeben, den amerikanischen Präsidenten als Schlichter in die internationalen Konflikte einzuschalten, an denen sich auch Schacht beteiligt hatte [3a]. Aber bis zum Beginn der beiden Missionen von Joseph Davies nach Moskau und Norman Davis nach London hatte Roosevelt diesen Verlockungen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Amerikas und seine Chancen bei der Wiederwahl von 1936 widerstanden. Jetzt aber, nach der Friedenskonferenz von Buenos Aires, dem überwältigenden Wahlsieg und dem Einsetzen des Entspannungsprozesses in Europa war er zum Handeln entschlossen.

Nach der Abreise von Norman Davis aus London zogen sich die amerikanischen Versuche, Einfluß auf die englische Politik zu gewinnen, den ganzen Sommer hin. Sie wurden gleichzeitig auf mehreren Ebenen vorgetragen: durch die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag, durch die mehr oder weniger normalen politischen Kanäle und durch öffentliche Erklärungen führender US-Politiker, die den Verkehr zwischen den Nationen und z. T. auch deren innere Verhältnisse im Sinn des liberal-demokratischen Internationalismus zu revolutionieren versuchten.

Nicht einmal der französischen Regierung kam das immer gelegen. Als Hull beispielsweise seine »Acht Säulen des Friedens« publizierte, die u. a. bei Bedarf eine Revision des Versailler Vertrages vorsahen, meldete sie in Washington Protest an. Paris befürchtete, Hitler könnte diesen Punkt als Einladung mißverstehen, den Status von Österreich und der Tchechoslowakei zu verändern. Die Aufregung legte sich erst, als der US-Außenminister unter vier

Augen erklärte, seine außenpolitische Erklärung habe genau das Gegenteil bezweckt: sie solle

»jede einseitige Prozedur in diesen Angelegenheiten künftig unmöglich machen«. [4]

Ihren unbestreitbaren Höhepunkt fand diese Entwicklung in dem persönlichen Brief, mit dem Roosevelt am 28. Juli 1937, einen Tag nach Chamberlains Kontaktaufnahme mit Mussolini, den Premierminister für den frühen Herbst nach Washington einlud. Die darin enthaltene Unterstellung, daß Chamberlain selbst den Wunsch nach dieser Reise geäußert habe, beruhte zwar auf einem – von Davis eventuell gewollten – Mißverständnis. [5] Aber wenigstens ging der Präsident auf den englischen Wunsch nach einer gründlichen Vorbereitung des Treffens ein, den Chamberlain in Abwehr einer solchen Einladung geäußert hatte.

Acht Wochen lang blieb die Botschaft Roosevelts im Büro des Premierministers liegen, als handele es sich um die vergessene Rechnung eines Gemüsehändlers. Dann, am 28. September 1937, nach der Rückkehr aus seinem Urlaub in Schottland, ließ Chamberlain sich mit einer Antwort vernehmen, die seine Absage in ein paar unerfreuliche Wahrheiten verpackte: Die Lage in Europa sei

»weniger bedrohlich als es noch vor ein paar Monaten schien, aber wir sind noch weit entfernt von der Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zwischen den totalitären Staaten und den Demokratien«,

schrieb der Premier. Dagegen hätte sich die Lage im Fernen Osten nach Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges so verschlechtert, daß er sich außerstande sehe, einen Weg vorzuschlagen, auf dem sich ein Treffen mit Roosevelt arrangieren ließe. Nach dieser verstecken Rüge für den Mangel an amerikanischer Kooperation im Fernost-Konflikt, die nicht einmal von den erbetenen Vorschlägen für ein Gipfelgespräch zwischen Roosevelt und Chamberlain aufgewogen wurde, hatten die Beziehungen zwischen Präsident und Premierminister im Herbst 1937 ihren absoluten Tiefpunkt erreicht. Der im Austeilen nicht zimperliche Roosevelt fühlte sich in seiner Reputation als Amerikaner gekränkt, und dieser arrogante Tritt vor sein Schienbein bewies ihm nur einmal mehr, daß das reaktionäre, selbstsüchtige und anachronistische England, das Chamberlain in seinen Augen verkörperte, den Erleuchtungen des amerikanischen Jahrhunderts nicht zu folgen vermochte.

Umgekehrt ließ sich Chamberlain als Vertreter der englischen Reichsidee nicht einfach vor den Karren der amerikanischen Weltpolitik spannen. Für ihn kam eine Zusammenarbeit mit Roosevelt nur auf der Basis der Gleichberechtigung, der Mäßigung und der Verläßlichkeit in Frage, auf der Grundlage der Realitäten, nicht irgendwelcher verblasener Pläne. Zwar glaubte auch der Premierminister daran, daß Engländer und Amerikaner grundsätzlich für dieselben Werte einträten – für

»Frieden, Freiheit, Ordnung, Respekt vor internationalen Verpflichtungen, Freiheit für jedes Land«.

Und er war davon überzeugt,

»daß die Kooperation zwischen unseren beiden Ländern das bedeutendste Instrument in der Welt für die Erhaltung des Friedens ist«.

Aber gleichzeitig war der Premier wild entschlossen, sich das Heft nicht von Roosevelt aus der Hand nehmen zu lassen.
Solange das Neutralitätsgesetz die Vereinigten Staaten daran hinderte, konkrete Verpflichtungen in Europa zu übernehmen, solange Frankreich schwach war und solange England seine Aufrüstung nicht vollendet hatte, mußte es seine Außenpolitik nach der festen Überzeugung Chamberlains

»anpassen an unsere Umstände und sogar Dinge mit Geduld und gutem Mut ertragen, die wir gern in ganz anderer Weise behandeln würden«

– z. B. die Verständigung mit den Diktatoren. Hier, in Richtung Berlin und Rom, wollte der Premier erst »etwas Grund« schaffen, bevor er »Hilfe von den USA« in Anspruch nahm.

»Es mag gut sein«,

schrieb Chamberlain Anfang 1938 an eine Bekannte in Boston, [6]

»daß ein Punkt erreicht wird, an dem ein Abkommen (mit Hitler und/oder Mussolini – D. B.) in Sicht ist und wir unfähig sind, es ohne helfende Hand zu bekommen. In einem solchen Fall könnte ein freundlicher und sympathischer Freund in der Lage sein, uns den frischen Stimulus zu geben, den wir benötigen . . .«

Aber genau das wollte Roosevelt wiederum nicht – er wollte nicht »der Schwanz am britischen Drachen« sein. [7] Er wollte nicht die englischen Kastanien aus irgendwelchen Feuern holen und sich daran die Finger verbrennen. Und er war auch kein »freundlicher und sympathischer Freund« Chamberlains. Der Präsident wollte England auf seine Seite ziehen, bevor es sich mit den Diktatoren verständigte und damit neue außenpolitische Fakten schuf, die die Ideale des liberal-demokratischen Internationalismus verrieten, und er fand Chamberlain »verachtenswert und unentschlossen«, weil ihm der Premierminister nicht auf diesem gefährlichen Weg folgte. [8]
In Wirklichkeit gingen die Animositäten und Ressentiments zwischen den beiden Männern jedoch noch sehr viel tiefer. Sie berührten das historisch gewachsene, nie von Konkurrenzneid, Vorurteilen und Mißverständnissen freie Verhältnis zwischen ihren Ländern. Man möchte fast sagen: Hätte es Hitler nicht gegeben, dann hätten sich die Spannungen zwischen England und Amerika auf anderen Feldern der Weltpolitik entladen. Roosevelt

»war immer unruhig wegen des britischen Kolonialismus, immer besorgt, eine Verhandlungsrunde an London zu verlieren, sich immer bewußt, daß englische und amerikanische Interessen nicht identisch waren«,

schreibt Morgenthaus Biograph, John Morton Blum. [9]

»Er hatte keinen Zweifel am gemeinsamen Motiv, der Ausrottung des Nazismus, aber er hatte fortgesetzte Zweifel an der spezifischen politischen Kooperation zu diesem Zweck. Insbesondere blieb der Präsident argwöhnisch gegenüber den New Yorker Finanzkreisen, die so lange in Opposition zum New Deal gestanden hatten, und gegenüber den Verbindungen zwischen Wall Street und Londoner City.«

Dagegen galt Chamberlain in den USA als Prototyp des »antiamerikanischen Engländers«, wie Thomas Lamont, Mitinhaber des New Yorker Bankhauses J. P. Morgan, im Sommer 1937 feststellte. [10] Mag sein, daß Lamont voreingenommen war, weil Chamberlain 1934 die Abzahlung der englischen Kriegsschulden eingestellt hatte, Schulden, die England zum größten Teil bei Morgan hatte. Aus der Luft gegriffen war sein Eindruck jedoch nicht, denn auch der Unterstaatssekretär im Londoner Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, konnte sich später erinnern, Chamberlain und sein außenpolitischer Chefberater Sir Horace Wilson hätten »eine fast instinktive Verachtung für die Amerikaner empfunden.« [11]
Freilich ließen sich auch Chamberlains antiamerikanischen Gefühle ebensowenig trennen von seinem Unmut über Roosevelts praktische oder vielmehr unpraktische Politik. Das machte Kriegsminister Hoare in seinen Memoiren deutlich: [12]

»Chamberlain war überzeugt, daß der amerikanische Isolationismus eine effektive Aktion Amerikas unmöglich machte. Diese Überzeugung mehr als jeder andere Grund . . . machte ihn ungeduldig gegenüber amerikanischen Vorhaltungen über internationales Betragen und das Pochen auf amerikanische Prinzipien . . . (sie) lenkte sein Bewußtsein mehr denn je in die einzige Richtung, die damals aller Wahrscheinlichkeit nach geeignet war, den Krieg zu vermeiden – in die Richtung spezifischer und wahrscheinlich begrenzter Vereinbarungen erst mit Mussolini, dann mit Hitler.«

So geriet das amerikanisch-englische Verhältnis, ohnehin schon belastet von Mißtrauen, Antipathien und sachlichen Differenzen, die sich primär aus der jahrzehntelangen Konkurrenz um Weltmarkt- und Weltmachtchancen ergeben hatten, unter Roosevelt und Chamberlain in eine tiefe Krise. Das war das zentrale Ereignis der Jahre 1937 bis 1940, um die sich alle anderen Ereignisse drehten. In allen wichtigen Fragen der internationalen Politik hatten die konservativen englischen Reichspolitiker vom Schlage Chamberlains, Simons und Hoares in den vergangenen Jahren mit den liberal-demokratischen Internationalisten um Hoover und Roosevelt Streit gehabt – in der Währungspolitik, in der Handelspolitik, in der Kriegsschuldenfrage, in der Flottenpolitik, im Verhältnis zu Japan, zum Völkerbund, zu Frankreich. Und ständig kamen neue Streitpunkte hinzu: z. B. 1937 Spanien und Ostasien. Der amerikanisch-englische Streit um die richtige Deutschlandpolitik aber brachte den Weltfrieden 1938/39 zum Kippen.
In der französischen Krise, die im Sommer 1937 zum Sturz Blums führte, war Chamberlains Schatzkanzler Simon der Volksfront nach Meinung Morgenthaus in den Rücken gefallen, indem er das Ende des Tripartite-Abkommens

ankündigte. Der amerikanische Finanzminister, wie immer besorgt um den Zusammenhalt der Westmächte, ließ daher eine geharnischte Note nach London los, in der er Frankreich »an dieser Weggabelung der weltpolitischen Angelegenheiten« gegen England in Schutz zu nehmen versuchte. [13]

In der Tat stand die Welt 1937 am Scheidewege. In diesem Moment war die Ernennung Joseph Kennedys zum amerikanischen Botschafter in London, der dort dem todkranken Robert Bingham folgte, ein besonders harter Affront. Bis dahin war es üblich gewesen, daß die Amerikaner für diesen vielleicht wichtigsten Auslandsposten einen Protestanten ernannten, dessen Vorfahren aus Schottland stammten. Kennedy war aber nicht nur katholisch, sondern er hatte auch irisches Blut in seinen Adern. Er stand also einem Land besonders nahe, mit dem England in blutiger Fehde lag und das sich vom Empire entfernte. Außerdem hatte Kennedy gerade die amerikanische Schiffbauindustrie so reorganisiert, daß die sechs bis sieben verbleibenden Giganten allen englischen Werften zusammen die Stirn bieten konnten.

Als der ehrgeizige, eigenwillige und hemdsärmelige Kennedy, der sich nach dem Posten gedrängt hatte, für seine Ernennung den Zuschlag erhielt, mußte er im Arbeitszimmer des Präsidenten die Hosen herunterlassen, um seine krummen Beine zu zeigen – einer von den derben Späßen, die Roosevelt liebte, mit dem er diesmal aber auf subtile Weise die englischen Traditionen der Lächerlichkeit preisgab. Denn durch Kennedys *Strip-tease* sollte bewiesen werden, welche komische Figur der amerikanische Botschafter abgeben würde, wenn er den Empfang beim englischen König in den vorgeschriebenen Kniebundhosen, Seidenstrümpfen und Schnallenschuhen absolvierte, was Kennedy veranlaßte, bei dieser Gelegenheit im Frack zu erscheinen und den ersten Eklat zu provozieren.

Der neue amerikanische Botschafter, der erst am 1. März 1938 seinen Bestimmungsort mit dem Luxusdampfer »Manhattan« erreichte, hatte die üblichen Vorurteile gegenüber England, das er als überaltert, schrullig und engstirnig empfand. Wer aber in der Roosevelt-Administration gedacht hatte, Kennedy werde als williges Werkzeug die Politik des Präsidenten ausführen, sah sich getäuscht. Der neue Mann, der als hervorragender Golfer, Pferdenarr und Vater von neun Kindern auf der Insel ungewöhnlich schnell populär wurde, schaffte es, die Duzfreundschaft Chamberlains zu gewinnen. Aber die Tatsache, daß er mit dessen Entspannungspolitik mehr übereinstimmte als mit der Konfrontationspolitik Roosevelts, isolierte ihn in Washington und wurde so pradoxerweise zu einer zusätzlichen Belastung der amerikanisch-englischen Beziehungen.

Der Kern des Konflikts zwischen der alten Weltmacht England und der jungen Supermacht Amerikas war letzten Endes die unterschiedliche Einstellung Roosevelts und Chamberlains zu den Diktatoren. Auf der einen Seite stand das ideologisch bestimmte Feindbild des amerikanischen Präsidenten von den »Gangstern«, mit denen man schon aus moralischen Gründen keine Geschäfte machte. Auf der anderen das pragmatische Vertrauen des Premierministers zu

den griebenen Künsten seiner bewaffneten Entspannungs- und Vertragspolitik, der es schon gelingen würde, Hitler und Mussolini zur Räson zu bringen, wenn die beiden nur endlich die Gelegenheit erhielten, Verträge auf einer halbwegs fairen Basis mit den Westmächten abzuschließen.
Letzten Endes war es das unterschiedliche Mussolini- und Hitler-Bild, das Roosevelt und Chamberlain voneinander trennte. Während das Image, das die beiden Diktatoren in bestimmten Kreisen der amerikanischen Ostküste genossen, bereits 1937 ziemlich verteufelt war, schrieb Chamberlain noch im Januar 1938:

»Die Diktatoren werden zu oft betrachtet, als wären sie total unmenschlich. Ich glaube, diese Vorstellung ist ganz abwegig.« [14]

Auch in der Gefahreneinschätzung und in den Bedrohungsvorstellungen gingen Roosevelts und Chamberlains Ansichten auseinander. Da England sich nicht in der Lage befand,

»leichtherzig in einen Krieg mit einer so formidablen Macht wie Deutschland zu ziehen, noch weniger, wenn Deutschland unterstützt wird von italienischen Angriffen auf unsere Besitzungen und Verbindungen im Mittelmeer«, [15]

war Krieg für England und das Empire die größte Gefahr. Umgekehrt bestand für Amerika die größte Gefahr gerade darin, daß sich England und Deutschland, gefolgt von Frankreich und Italien, auf einen friedlichen modus vivendi einigten. Denn das konnte eigentlich nur auf Kosten Amerikas und wahrscheinlich Rußlands gehen.
Morgenthau hatte diesen Zusammenhang schon im Frühjahr 1936 erkannt, als er nach der Rheinland-Krise zu Roosevelt sagte:

»Wenn sich Hitler in Europa bedeckt halten kann, so daß er keinerlei Konflikte an seinen Grenzen hat . . . so ist er in der Lage, Japan die Hand zu reichen und Rußland anzugreifen.« [16]

Dies zu verhindern, war der oberste Grundsatz der amerikanischen Strategie und Außenpolitik in den 30er und 40er Jahren. Durch die *Appeasement*-Politik Chamberlains geriet dieser Grundsatz aber 1937 in Gefahr. So stellte Botschafter Bullitt am 10. Januar 1938 in einer Depesche an Roosevelt mit einem Unterton der Betroffenheit fest:

»Wir könnten erleben, daß die Erhaltung des Friedens in Europa einfach darauf beruht, daß England und Frankreich die deutsche Herrschaft über Mitteleuropa ruhig hinnehmen.« [17]

Aus der Sicht der amerikanischen Internationalisten konnte es keine schlimmere Perspektive geben.
Wie aber, wenn Hitler, durch die scheinbare Nachgiebigkeit Chamberlains aufgereizt, sich plötzlich dazu entschließen würde, Frankreich oder gar England zu überfallen? Welcher Taktik oder Strategie würde er sich in diesem Fall bedienen? In diesem, für die globale Sicherheit Amerikas wichtigsten Punkt

gingen Roosevelt und Chamberlain ebenfalls nicht konform. In Kenntnis der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands und seines unvollkommenen Rüstungsstandes meinte Roosevelt Anfang 1937: Am wahrscheinlichsten sei ein deutscher Überraschungschlag aus der Luft gegen London, ein sog. »*Knock-out-blow*«, der eine militärische Entscheidung im Westen innerhalb von 2 oder 3 Wochen erzwinge. Zwar war die deutsche Luftwaffe für ein solches Flächen- und Dauerbombardement gar nicht gerüstet – wovon sich westliche Beobachter noch 1938 überzeugen konnten. Auch nahm die Stärke der deutschen Landstreitkräfte von Monat zu Monat zu, was eher auf einen Kontinentalkrieg hindeutete. Trotzdem hielt der US-Präsident an diesem unwahrscheinlichen Kriegsbild fest, einfach deshalb, weil man damit am besten die Kriegsangst in Amerika und Europa schüren konnte. [18]

Dagegen ging Chamberlain, ohne die deutsche Gefahr im Vergleich zur japanischen Gefahr überzubewerten, mindestens bis zum Herbst 1938 grundsätzlich eher von der Annahme eines konventionellen deutschen Angriffs im Osten aus als im Westen. Und sofern er an einen Westangriff dachte, weigerte er sich lange, die eigenen Verteidigungsanstrengungen auf die Abwehr eines deutschen Luftangriffs auf London zu fixieren. Während er die englische Luftrüstung gegen Deutschland quantitativ und qualitativ ständig forcierte – ab Frühjahr 1938 auch mit amerikanischer Unterstützung – bereitete sich England bis zum Herbst 1938 realistischerweise auf eine Kriegsdauer von etwa drei Jahren vor. Erst danach wurden die amerikanischen Bedrohungsvorstellungen unter dem Eindruck falscher Kriegsgerüchte amtlicherseits übernommen.

Letztlich entschieden den Konflikt zwischen Roosevelt und Chamberlain um das »richtige« Hitler- oder Mussolini-Bild, die »richtige« Gefahreneinschätzung und die »richtigen« Bedrohungsvorstellungen jedoch nicht die höhere Moral, der größere Weitblick oder die besseren Argumente. Wer hätte 1937 in die Zukunft schauen und sagen können, was richtig oder falsch, was besser oder schlechter war? Letztlich entschied darüber die Fähigkeit, die öffentliche Meinung in Amerika und England für die eigenen Imaginationen zu gewinnen und diese den politischen Entscheidungsprozessen in London oder Washington aufzuzwingen. Hier hatte Roosevelt die Nase eindeutig vorn, weil er die liberaldemokratischen Medien diesseits und jenseits des Atlantiks auf seiner Seite hatte. Dagegen erreichte Chamberlain mit Ausnahme weniger Wochen nach der Konferenz in München im Herbst 1938 nie eine vergleichbare Popularität.

Entscheidend war in diesem Zusammenhang, daß es Roosevelt im Herbst 1937 gelang, über die antifaschistischen Friedensbewegungen Amerikas hinaus direkten Zugang zu den englischen Schwesterorganisationen zu finden – und das unter tätiger Mithilfe des englischen Außenministeriums. [18] Ende September 1937 war der frühere Chefredakteur der Londoner *Times*, Wickham Steed, nach Amerika gereist. Dort traf er in Boston und New York mit einer Reihe höchst einflußreicher Männer wie Bernard Baruch, Arthur Sulzberger und Felix Warburg zusammen. Er sprach in den Redaktionen der *New York-*

*Times* und des *Christian Science Monitor* vor und hielt einen Vortrag vor dem »Rat für Auswärtige Beziehungen«.
Wie es der Zufall wollte, hatte gerade Roosevelts Sonderbotschafter Norman Davis den Vorsitz über diese Hochburg des Internationalismus. Steed war der Kontaktmann des Foreign Office in einer Organisation, die sich »Anti-Nazi-Rat« oder auch »FOCUS« nannte und der u. a. Winston Churchill angehörte. Sie bestand in 24 verschiedenen Ländern der Erde, hatte Hauptquartiere in Brüssel, London, New York und Prag und wurde hauptsächlich von den jüdischen Dachorganisationen Englands und Amerikas finanziert.
Auf Vermittlung des englischen Außenministers kam am 12. Oktober 1937 dann auch ein Gespräch Steeds mit Roosevelt und Außenminister Hull zustande, das unter strengster Geheimhaltung stattfand. Dabei wurde die Gründung eines amerikanischen »Anti-Nazi-Rats« beschlossen, der wenig später unter Leitung Clark M. Eichelbergers, Direktor der amerikanischen »Völkerbunds-*Association*«, ins Leben trat. Diese Organisation koordinierte bereits mehrere hundert inneramerikanische Institutionen, Gremien und Verbände und wurde vor allem von der »Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden« finanziert.
Der englische und amerikanische »Anti-Nazi-Rat« verabredeten sogleich, Präsident Roosevelt als »Anti-Hitler der freien Welt« aufzubauen. Steed, der über seine Amerikareise ordnungsgemäß an das Foreign Office berichtet hatte, [19] wurde nach seiner Rückkehr sogar von Chamberlain in Downing Street Nr. 10 empfangen. Aber der Premierminister ließ sich von dem großangelegten Propagandamanöver nicht beeindrucken. Propaganda ersetzte in seinen Augen nicht Politik.
Die Schaffung eines Weltverbundes aller antifaschistischen Bewegungen unter der Leitfigur Roosevelts war die Ouvertüre für die endgültige Formulierung des Weltfriedensplanes und zugleich dessen wichtigste Voraussetzung. Roosevelts Schulfreund aus Grotoner Tagen, der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Sumner Welles, begann im Oktober 1937 mit den Vorarbeiten. Der ehrgeizige, fleißige aber auch etwas steife 45jährige hatte reich geheiratet und bevorzugte elegante Anzüge. Trotz seiner außenpolitischen Kompetenz wurde Welles vom englischen Botschafter Lindsay als »anfällig für Irrtümer« bezeichnet. [20] Und vielleicht war der »Plan des Präsidenten« sein größter Irrtum.
Begleitet wurden Welles' Vorarbeiten nämlich nicht nur von heftigen Protesten Hulls, der das ganze für ein überflüssiges *Show*-Spiel hielt, sondern auch von einem heftigen Konflikt mit England. Chamberlain hatte Roosevelts »Quarantäne«-Rede Anfang Oktober mit gemischten Gefühlen gehört. Er hielt die Annahme des Präsidenten einfach für naiv, die angelsächsischen Mächte könnten Japan in Acht und Bann schlagen, ohne zugleich einen Krieg zu provozieren – für naiv oder für unaufrichtig. Der Premierminister war davon überzeugt, daß wirtschaftliche Sanktionen nur dann Zweck hatten, wenn sie wirksam waren, daß wirksame Sanktionen aber unweigerlich zum

Krieg führen mußten. Und England konnte alles andere als einen Krieg im Fernen Osten oder anderswo gebrauchen.

Mit umso mehr Ärger und Verwirrung registrierte die englische Regierung in den nächsten beiden Monaten, daß Roosevelt trotz seiner scharfen Worte offenbar gar keine Quarantäne plante, daß er der in Brüssel tagenden Fernost-Konferenz jede Unterstützung versagte und daß er sich sogar dem Wunsch nach einer gemeinsamen Flottendemonstration mit England widersetzte, mit der Chamberlain gern den »Panay«-Zwischenfall beantwortet hätte. Schließlich wurde es selbst Roosevelts altem Weggefährten Norman Davis zu bunt. Der 57jährige hatte in den vergangenen vier Jahren manche heikle Mission für den Präsidenten ausgeführt, manchen Kompromiß mit der Legalität geschlossen und manche Situation gerettet. Jetzt aber, nach seinem Debakel auf der Ostasien-Konferenz in Brüssel, bei dem ihm Roosevelt, Hull und Welles gemeinsam in den Rücken gefallen waren, fühlte er sich desavouiert. Davis nahm seinen Abschied vom öffentlichen Dienst und wurde Direktor des Roten Kreuzes in Nordamerika – kein Verlust für Morgenthau, der ihn immer für übervorsichtig gehalten hatte.

Die Vertrauenskrise im Zusammenhang mit dem japanisch-chinesischen Krieg Ende 1937 war ein Wendepunkt in den amerikanisch-englischen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg. Wie ernst Chamberlain seinen Wunsch nach einer gemeinsamen Flottendemonstration auch gemeint haben mag – er wußte jetzt felsenfest, daß er vorerst nichts von Roosevelt erwarten konnte, nichts an konkreten Taten. Der Abschied von Davis war auch ein Wendepunkt innerhalb der Roosevelt-Administration. Gemäßigte Kräfte wie er und Hull wurden in den Hintergrund gedrängt, und die Vertreter eines militanten Kurses wie Moffat und Messersmith, Ickes und Morgenthau, der seine Kriegslust im Fall Japans kaum noch bezähmen konnte, drängten nach vorn. Das Ergebnis dieser doppelten Entwicklung war der Weltfriedensplan, den Lindsay am Nachmittag des 12. Januar 1938 nach London übermittelte, nicht ahnend, daß ihm dieser Plan auf dem diplomatischen Parkett Washingtons den Hals brechen würde. [21]

Der Anlaß für diese Aktion, mit der die Roosevelt-Administration offiziell, wenn auch unter strengster Geheimhaltung, ihren Weltführungsanspruch anmeldete, lag freilich nicht in Ostasien, sondern in Europa. Der amerikanische Präsident wurde durch die Versuche Chamberlains, einen friedlichen Ausgleich mit Hitler und Mussolini herbeizuführen, alarmiert und buchstäblich auf den Plan gerufen. Roosevelts Initiative für ein »*world appeasement*« bildete das genaue Gegenstück zu Chamberlains *Appeasement*-Politik der regionalen Einzelschritte. Und obwohl jeder der beiden Staatsmänner für sich in Anspruch nahm, gerade seine Politik werde die des anderen unterstützen, war kein größerer Gegensatz als der zwischen der amerikanischen und der englischen Konzeption denkbar. Ihr unmittelbarer und dramatischer Zusammenprall Anfang 1938, der sich mit den laufenden Annäherungsversuchen Chamberlains an Hitler und Mussolini überschnitt und der ein lange nachwirkendes

Beben in der englischen Innenpolitik erzeugte, war das Schlüsselereignis in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges.

Natürlich lautete die alles überragende Frage, welche Politik den Weltfrieden sicherer machen würde, weil ja Roosevelt und Chamberlain, jeder für sich, dieses Ziel zum obersten Leitmotiv ihres politischen Handelns gemacht hatten. In dieser Beziehung war der Plan des US-Präsidenten ausgesprochen ehrgeizig. Er sprach von einer »Pazifierung des Universums« durch verschiedene Regelungen, die auch gewisse »Ungleichheiten« des Verailler Vertrages beseitigen sollten, eine Verheißung, wie sie zuletzt Wilson mit seinem »Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit« aufgestellt hatte. Nur versuchte Roosevelt den Hauptfehler seines Vorgängers zu vermeiden, indem er von vornherein jede amerikanische Beteiligung an einer Festsetzung von politischen Grenzen in Europa ausschloß.

Um den Frieden auf den diplomatischen Schlachtfeldern der Welt zu erreichen, schlug Roosevelt folgende Prozedur vor: Die amerikanische Regierung lädt eine Reihe von Regierungen nach Washington ein, die dort mit ihr folgende Problemkreise beraten:

1) Grundlegende Normen der internationalen Beziehungen,
2) Begrenzung der Rüstungen oder sogar Maßnahmen zur Abrüstung,
3) Sicherung des gleichen Zugangs für alle Nationen zu den Rohstoffgebieten und Lösung anderer Wirtschaftsfragen,
4) Regeln der Kriegsführung zu Lande und zu Wasser sowie die Rechte der Neutralen im Krieg.

Zu diesen Fragen erarbeiten die Vertreter der eingeladenen Regierungen gemeinsam mit der Roosevelt-Administration eine Reihe von Vorschlägen, die dann allen anderen Regierungen der Welt zur Annahme empfohlen werden. Ziel sei keine allgemeine Weltkonferenz, hieß es ausdrücklich im Text, sondern ein »gemeinsamer Akkord« aller Staaten der Erde, wobei sich Roosevelt für die Vereinigten Staaten ausdrücklich die bisherige »Freiheit von politischer Verwicklung« vorbehielt. Er versprach lediglich die »Kooperation« seiner Regierung bei dem Versuch, die genannten Friedensziele zu erreichen. [22]

Dieser Plan warf eine Reihe von schwerwiegenden Fragen auf. Vor allem diese: Über die Revision des Versailler Vertrages, über die Abrüstung und die weltwirtschaftlichen Probleme hatten die Mächte seit dem Ersten Weltkrieg wiederholt verhandelt bzw. nicht verhandelt, ohne zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen. Wie konnte Roosevelt unter diesen Umständen erwarten, daß sie jetzt mehr Erfolg haben würden? In London gab aber allein schon die Form zu denken, in der der Plan übermittelt wurde: Ohne jede Vorankündigung, geschweige denn Konsultation wurde Chamberlain mit einem Vorhaben überfallen, dessen Verwirklichung erklärtermaßen über Krieg und Frieden entscheiden sollte. Lindsay kabelte, der Präsident sei

»mehr denn je beeindruckt von der Gefahr eines allgemeinen Weltenbrandes«,

so daß er »irgendeine überlegene Anstrengung unmittelbar« für nötig halte, um

diese Gefahr mit ihren »verheerenden Folgen« abzuwenden. Trotzdem meinte Roosevelt, daß außer England keine andere Macht vorgängig über seinen Plan informiert werden solle, ja er ließ Chamberlain ausrichten, die ganze Sache sei so geheim, daß sie der Premierminister möglichst für sich behalten solle. [23]

Dieses Verhalten entsprach keineswegs den diplomatischen Usancen. Sicher war auch in Washington bekannt, daß der englische Premierminister nicht die Befugnis hatte, allein über Krieg und Frieden zu entscheiden. Schon deshalb war er gezwungen, sich mit der Regierung Seiner Majestät zu beraten. Aber Roosevelt hatte für die englische Antwort eine außerordentlich knappe Frist bemessen. Vom Zeitpunkt des Eintreffens seines Planes an gerechnet, betrug sie nur fünf Tage. Das kam fast einem Ultimatum gleich, da in diesen Zeitraum noch ein Wochenende fiel, an dem in England normalerweise auch die Tätigkeit der Regierung ruhte.

Aber damit nicht genug: Der Präsident wollte nur dann mit seinem Weltfriedensplan an die Öffentlichkeit treten, wenn ihm Chamberlain bis zum 17. Januar 1938 seine »freundliche Zustimmung« und die »aus ganzem Herzen kommende Unterstützung« seiner Regierung zugesagt hatte. [24] Widersprüche, Kritik oder Ergänzungsvorschläge waren nicht nur nicht vorgesehen, sie wurden ausdrücklich ausgeschlossen. Das ganze sei eine »rein amerikanische Bemühung«, meldete Lindsay und fügte drohend hinzu, indem er sich auf die mündlichen Erläuterungen von Unterstaatssekretär Welles bezog: Sollte England

> den Plan zunichte machen, bevor er in Vorschlag gebracht wurde, indem es ihm seine Unterstützung versagte«,

würde die Regierung Chamberlain von der Roosevelt-Administration vor aller Welt »in den Anklagezustand versetzt« werden. [25]

Nach der – hoffentlich – zustimmenden Erklärung Chamberlains wollte Roosevelt dann am 20. Januar 1938 an die Regierungen in Frankreich, Deutschland und Italien herantreten und sie in groben Zügen über sein Vorhaben informieren. Dabei beabsichtigte er allerdings, die vorhergegangene Absprache mit England zu verschweigen, also die Welt über die gewichtige Tatsache hinwegzutäuschen, daß bereits eine Sonderabsprache zwischen Amerika und England bestand. Ohne längere Erklärungsfrist für die zuletzt angesprochenen Regierungen sollte dann zwei Tage später der große Augenblick kommen: Der Auftritt des Präsidenten vor dem Diplomatischen Corps, das sich zu diesem Zweck extra im Weißen Haus versammeln sollte, und die Verkündung des Weltfriedensplanes. [26]

Mit seinem sonderbaren Plan, der in der Diplomatiegeschichte seinesgleichen suchte, verfolgte Roosevelt eine Reihe von Zwecken. Welles hatte sie am 10. Januar 1938 in einem Memorandum für den Präsidenten festgehalten und gegenüber Lindsay zum Teil noch näher mündlich erläutert. Am besten faßt man beides zusammen, damit die eigentlichen Intentionen Roosevelts deutlich werden. [27]

Angeblich wollte der Präsident den englisch-französischen Bemühungen um eine Verständigung mit Hitler und Mussolini einen »frischen Impetus« und einen »kräftigen Beistand« geben. In Wirklichkeit ging es ihm aber darum, die weltpolitische Entwicklung zum fühestmöglichen Zeitpunkt wieder unter die Kontrolle der beiden angelsächsischen Mächte zu bringen, die mittleren und kleinen Staaten Europas davon abzuhalten, sich der Achse Berlin – Rom anzuschließen und auf diese vermittelte Weise die wachsende Macht der faschistischen Mächte einzudämmen. Dabei dachte Roosevelt selbst durchaus in den harten Kategorien der Machtpolitik, die eine Anwendung von wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmitteln nicht aus-, sondern einschlossen. Das wurde in dem Kommentar deutlich, den Hull am 16. Januar 1938 gegenüber Lindsay abgab, als er es

»die beste Methode, um mit der gegenwärtigen Situation fertig zu werden«,

nannte,

»daß sich die Regierung Seiner Majestät und die Regierung der Vereinigten Staaten, die alle Finanzen, Devisen und Rohstoffe kontrollieren, eng zusammenschließen und die Ereignisse durch die Macht beeinflussen, die ihnen gegeben ist, mit den beiden Kriegsmarinen vereint in der Hinterhand«. [28]

So stellte sich der Roosevelt-Plan bei näherem Hinsehen als der mit zweifelhaften Mitteln eingeleitete Versuch dar, ein informelles und geheimes Bündnis zwischen den beiden angelsächsischen Seemächten herzustellen. Diese Allianz sollte natürlich auch die vorgesehenen Beratungen der zehn Mächte in Washington beherrschen. Dabei ging Roosevelt von der Voraussetzung aus, daß England und Frankreich vorher keine Annäherung an Italien vollzogen, weil dies ja die moralische Position des gesamten Westens gegenüber Deutschland und Japan geschwächt hätte.

Diese Annahme, die von Welles stammte, beruhte zwar auf einer eklatanten Fehleinschätzung der englischen Absichten, die für den ganzen Weltfriedensplan tragische Folgen hatte. Aber immerhin sah der Fahrplan des Präsidenten vor, daß die Washingtoner Zehn-Mächte-Konferenz und die Verhandlungen zwischen den vier europäischen Hauptmächten parallel zueinander stattfinden sollten. Wenigstens auf dem Papier schlossen sich somit das »*world appeasement*« Roosevelts und die regionale Appeasement-Politik Chamberlains nicht aus. Aber dadurch, daß es der Präsident übernahm, die nötigen Komunikationen zwischen den beiden Verhandlungsrunden herzustellen, sicherte er sich doch faktisch eine nicht zu übersehende Dominanz über das gesamte Konferenzgeschehen. Mit Hilfe der öffentlichen Meinung Amerikas hätte er es jederzeit in der Hand, sich zum Weltschiedsrichter über die europäischen Einigungsversuche aufzuschwingen.

Kein Zweifel, daß das Roosevelts eigentliche Absicht war. Bei einem Minimum an eignen Verpflichtungen – die Freiheit von politischer Verwicklung sollte ja für die USA ausdrücklich erhalten bleiben – war sein Plan darauf berechnet,

den Vereinigten Staaten ein Maximum an weltpolitischen Einflußmöglichkeiten zu verschaffen, während die Hauptlast der Verhandlungen und das damit verbundene Kriegsrisiko weiterhin auf den Schultern der europäischen Mächte liegen würde. Sollten sie sich einigen, so glaubten Welles und Roosevelt, würden Deutschland und Italien ihre Unterstützung für Japan so weit verringern, daß Amerika das fernöstliche Kaiserreich zwingen könnte, in China auf der Basis der Washingtoner Verträge von 1922 Frieden zu machen. Insofern war der ganze Plan nur ein Mittel zu dem Zweck, Japan zur Kapitulation und zum Rückzug zu zwingen.

Aber war es überhaupt realistisch, von einer Einigungsmöglichkeit zwischen den vier europäischen Hauptmächten auszugehen, und war dieser Plan dazu angetan, diese Möglichkeit zu erhöhen oder zu verringern? Diese Fragen, die das Zentrum der ganzen Operation berührten, erregten in London die ernstesten Zweifel. In diesem Zusammenhang war die Haltung Deutschlands entscheidend. Offenbar wollte Roosevelt dadurch, daß sein Plan eine Revision des Versailler Vertrages und Beratungen über Rohstoff- und Wirtschaftsfragen in Aussicht stellte, Hitler an den Verhandlungstisch bringen oder es ihm zumindest vor der Weltöffentlichkeit erschweren, die Beschlüsse der Washingtoner Zehn-Mächte-Konferenz zu ignorieren. Für den unwahrscheinlichen Fall, daß Hitler mitzog, würden England und Frankreich nicht um Konzessionen im Bereich ihrer Europa- und Kolonialpolitik herumkommen, ohne daß sie deren Ausmaß bestimmen könnten. Diese Aussicht mißfiel Chamberlain, weil er damit rechnen mußte, daß Roosevelt seine Dominanz über den Gesamtkomplex der Verhandlungen dazu benutzen würde, England und Frankreich gewisse, für Amerika vorteilhafte Konzessionen abzuzwingen.

Für den viel wahrscheinlicheren Fall aber, daß sich Hitler und Mussolini nicht auf Roosevelts Plan einließen, sah Chamberlain die Gefahr eines neuen Weltkrieges voraus, und Welles' Vorüberlegungen bewiesen, daß Roosevelt dann in der Tat die Daumenschrauben der Quarantäne anziehen und notfalls auch den letzten aller Kriege wagen wollte, um Hitler zur Räson zu bringen. Sollten die Verhandlungen zwischen den vier europäischen Hauptmächten scheitern, so hieß es nämlich im Memorandum des Unterstaatssekretärs unmißverständlich,

> »hätte diese Regierung wenigstens die Unterstützung aller Regierungen der Welt gewonnen, sofern sie nicht untrennbar mit der Achse Berlin – Rom verbunden sind, für praktische Empfehlungen, die den Weltfrieden und die moderne Zivilisation sichern würden«. [30]

Denn praktische Empfehlungen bedeutete nichts anderes als Quarantäne, Blockade, Defensivkrieg.

Überhaupt verriet der ganze Kontext des Planes, daß Roosevelt mit ihm letztlich unfriedliche Absichten verfolgte, weil er die daraus zwangsläufig resultierende Kriegsgefahr bewußt in Kauf nahm, wenn nicht indirekt anstrebte. Weder war in Anbetracht aller objektiven Umstände zu erwarten,

daß sich der geschworene »Bilateralist« Hitler den Beschlüssen einer multilateralen Konferenz beugen würde, wie sie der Plan des Präsidenten vorsah. Noch rechnete Roosevelt selbst damit, daß Hitler an den Verhandlungstisch kommen würde. [31] Schließlich war er ja von Hitlers Willen zum Krieg überzeugt und keineswegs gewillt, mit den Diktatoren irgendwelche wesentlichen Kompromisse zu machen. [32]

Im ganzen zielte Roosevelts Operation darauf ab, das nationalsozialistische Deutschland vor, auf oder nach der Konferenz ins Unrecht zu setzen, dadurch einen Keil zwischen Hitler und die deutsche Armeeführung zu treiben und das Regime in Berlin auf diesem Umweg zu Fall zu bringen. [33] Sollte Hitler die Operation wider Erwarten politisch doch überleben, hätte Roosevelt die nationale und internationale Akzeptanz für seine interventionistische Politik mit Hilfe des Planes wenigstens so erhöht, daß er ihm das Leben schwer machen konnte. So hieß es in dem Memorandum von Welles:

> »Die Sammlung der öffentlichen Meinung in Weltmaßstab hinter einer Politik, die allein Frieden und wirtschaftlichen Fortschritt schaffen kann« würde schon »in sich selbst ein produktives und praktisches Gut« sein. [34]

Denn das würde vielleicht eine Reform des Völkerbundes, eine Revision des amerikanschen Neutralitätsgesetzes und damit die Entfesselung eines Weltkrieges möglich machen. [35]

In der erwarteten Rückwirkung auf die amerikanische Innenpolitik lag, wenn man so wollte, denn auch der eigentliche und letzte Zweck des Weltfriedensplanes. Der Präsident war der Meinung, daß sich die öffentliche Meinung Amerikas in letzter Zeit »sehr beträchtlich« auf seine internationalistischen Auffassungen zubewegt habe, was das zunehmende Interesse der Amerikaner an der Weltpolitik zeige. [36] Dieser Trend, der Roosevelt à la longue neue außenpolitische Handlungsspielräume eröffnete, sollte durch das friedenspolitische Spektakel im Weißen Haus beschleunigt und bestärkt werden. Und Roosevelt bedrohte Chamberlain deshalb so massiv mit propagandistischen Repressalien, weil er zumindest verhindern wollte, daß ihm der englische Premierminister die massenpsychologischen Fortschritte der letzten beiden Jahre kaputt machte.

Aber Chamberlain prüfte das amerikanische Angebot nicht unter dem Blickwinkel, ob es das Bedürfnis Roosevelts nach wirkungsvoller Selbstdarstellung befriedigte, sondern einzig und allein danach, ob es den Sicherheitsinteressen seines Landes diente. Und obwohl er das Dilemma sah, in das ihn der amerikanische Präsident dadurch brachte, daß er England unvermittelt und ultimativ vor die Wahl zwischen der Freundschaft mit Amerika oder der Verständigung mit den Achsenmächten stellte, kam Chamberlain hier sofort zu einem völlig eindeutigen Ergebnis: Roosevelts Weltfriedensplan vermindere nicht, sondern erhöhe die Kriegsgefahr, und Botschafter Lindsay widersprach den gefährlichen Spekulationen der Roosevelt-Administration auf einen Umsturz in Deutschland, indem er zu Welles sagte: »Herr Hitler ist vollkommen Herr der Lage.«

Als der Premierminister den Wortlaut des Planes gelesen hatte – in Abwesenheit seines Außenministers Eden, der in Südfrankreich Ferien machte, führte Chamberlain selbst die außenpolitischen Geschäfte – äußerte er seinen Mitarbeitern gegenüber »die ernsteste Besorgnis«. [37] Und der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, der knapp vierzehn Tage nach seiner Ernennung vor der wahrscheinlich schwersten Bewährungsprobe seiner sechsjährigen Amtszeit stand, notierte in seinem Tagebuch: Roosevelts Plan enthalte »wilde Ideen über die Formulierung einer Weltregelung«. [38]

In der eilig zusammengetrommelten Beratungsrunde herrschte zunächst der Eindruck vor, der amerikanische Präsident habe diesen überaus schwerwiegenden Schritt einfach in Unkenntnis der englisch-französischen Politik unternommen. Schließlich hatte der Ministerrat der Entente erst in seiner letzten Sitzung Ende November 1937 Chamberlain grünes Licht für seine Gesprächsaufnahme mit Mussolini und Hitler gegeben. In Ausführung dieser Beschlüsse arbeiteten verschiedene Ministerien in London an einer extensiven Umschreibung der politischen Landkarte Afrikas, weil zu dem Gesprächsangebot an Hitler auch eine kolonialpolitische Offerte gehören sollte. Das Positionspapier des Foreign Office für die Verhandlungen mit Mussolini, basierend auf einer Formel Chamberlains für die völkerrechtliche Anerkennung von Italienisch-Abessinien, war sogar bereits fertiggestellt.

Am 15. Januar wollte sich Eden auf der Rückreise nach England außerdem in Paris mit seinem französischen Amtskollegen Delbos treffen, um mit ihm die letzten Einzelheiten in der dornigen Anerkennungsfrage auszuhandeln. Roosevelts Initiative konnte also zu keinem ungünstigeren Zeitpunkt kommen, und in Anbetracht aller Umstände gehörte wenig Phantasie dazu, in ihr einen unverschämten Einmischungsversuch der Vereinigten Staaten in die Außenpolitik der beiden westeuropäischen Demokratien zu erblicken. Wahrscheinlich lag hier auch der Grund dafür, daß die durchaus entspannungswillige Regierung Chautemps im Januar 1938 stürzte.

Ganz abgesehen davon, daß der Plan des Präsidenten noch an verschiedenen Stellen ausfüllungs- und erklärungsbedürftig war, erregten schon seine vier Hauptpunkte bei Chamberlain die allerschwersten Bedenken. Denn es war klar, daß weltweite Verhandlungen über internationale Verhaltensnormen, Rohstoffe, Abrüstung und Regeln der Kriegsführung verschiedene Interessen Englands auf das Schwerste bedrohten, wenn es nicht Herr des Verfahrens blieb. Dies war aber angesichts der merkwürdigen und inkonsistenten Prozedur, die der Präsident vorschlug und die den amerikanischen Dominanzanspruch betonte, nicht zu erwarten.

Kurzum, Chamberlain paßte die ganze Richtung nicht, und so setzte er sich schon am nächsten Tag, den 13. Januar 1938, an seinen Schreibtisch und rieb, nachdem er Lindsays Erläuterungen gelesen hatte, dem Präsidenten eine schmetternde Absage hin. [39]

Diese Botschaft muß man im Zusammenhang mit den Bemerkungen sehen, die Chamberlain in einem Begleittelegramm niederlegte, um Botschafter Lindsay,

der Roosevelts Initiative befürwortet hatte, auf die englischen Motive einzustimmen. Ohne die diplomatische Förmlichkeit, die der Premier gegenüber dem Präsidenten beobachten mußte, hieß es hier mit aller Deutlichkeit: Roosevelts Plan »droht alles umzuwerfen, was wir hier zu tun versuchen«, um mit den Diktatoren ins Gespräch zu kommen, und einige Formulierungen des Präsidenten bereiteten London sogar »großes Unbehagen«. Z.B. werde die »Freiheit von politischer Verwicklung«, die sich die USA vorbehielten, nicht verfehlen, Japan zu ermutigen, seinen Eroberungszug durch China noch weiter auszudehnen. Und die angedeutete Revision des Versailler Vertrages werde

»fast sicher Deutschland ermutigen, seine kolonialen Ansprüche sehr hoch zu schrauben«.

In seiner Antwort an Roosevelt konzentrierte sich Chamberlain jedoch auf den Hauptaspekt des Konflikts mit dem amerikanischen Präsidenten: das künftige Verhältnis der beiden angelsächsischen Mächte zu den Diktatoren und die Sicherung des Weltfriedens. Freimütig, differenziert und ohne jede Schärfe setzte er dem Präsidenten auseinander, warum »das Risiko« bestehe, »daß sich sein Vorschlag mit unseren Bemühungen hier überschneidet.« Es könnte nämlich sein, daß sich die Regierungen Deutschlands und Italiens, von denen England einen Beitrag zum *Appeasement* erwarte, »den sie nicht allzu bereit sind zu leisten«, allen weiteren Verhandlungen unter dem Vorwand entzögen,

»daß die in Rede stehenden Gesprächsgegenstände, die ihrer Natur nach größtenteils konkret und spezifisch sind, mit größeren Problemen vermischt werden, die der Präsident als Ganzes zu behandeln trachtet«.

Da deshalb die Gefahr bestehe, daß seine Initiative

»den Fortschritt in einer Richtung blockiert, die wir in den letzten Monaten so sorgfältig ausgearbeitet haben«,

bat Chamberlain Roosevelt, seinen Plan »für eine kurze Weile« anzuhalten, damit man sehen könne,

»welchen Fortschritt wir in dem Beginnen machen können, einige der Probleme schrittweise anzugehen«.

Immer wieder betonte Chamberlain, seine Ziele unterschieden sich in nichts von denen des Präsidenten. Ihre friedenspolitischen Methoden seine durchaus miteinander vereinbar und Roosevelt könne die Verwirklichung seines Vorhabens ja an die europäischen Einigungsversuche anschließen. Aber das waren nur diplomatische Höflichkeitsfloskeln. Denn die inhaltlichen Gegensätze zwischen den Konzeptionen der beiden Männer wurden in aller Schärfe sichtbar, als der Premierminister auf Einzelheiten seines Verhandlunskonzepts zu sprechen kam. Bei dieser Gelegenheit erfuhr die Roosevelt-Administration zum erstenmal, daß England und Frankreich bei ihren *Appeasement*-Versuchen nicht mit Hitler, sondern mit Mussolini den Anfang machen wollten. [40]

»Unser Plan sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Italien«,

schrieb Chamberlain an Roosevelt,

»beruht auf der Auffassung, daß wir und sie in einer Position sind, in der jede Seite einen Beitrag zu einem Ziel leisten kann, das beide zu erreichen wünschen. Dabei braucht man nicht darüber zu diskutieren, ob unser Beitrag größer ist als der ihre. Es kommt nur darauf an, sicherzustellen, daß der Beitrag der einen Seite zusammen mit dem der anderen eine Vereinbarung ergibt, die das Appeasement bringt.«

Deshalb sei die englische Regierung bereit, wenn möglich in Übereinstimmung mit dem Völkerbund, die italienischen Eroberungen in Abessinien völkerrechtlich anzuerkennen, und Frankreich werde sich dem hoffentlich anschließen.
In bezug auf Deutschland sei die englische Regierung dabei, die Lage nach Halifax' Deutschland-Besuch daraufhin zu untersuchen,

»in welchem Ausmaß deutsche Ansprüche befriedigt werden könnten, so daß es seinerseits einen Beitrag zum allgemeinen Appeasement leisten könnte«.

Und obwohl das »eine sehr schwierige und sehr komplizierte Angelegenheit« sei, vertraue er doch darauf, daß die Gespräche mit Hitler bald beginnen könnten.
Deutlich war an diesem Dokument die fundamentale Differenz zwischen der amerikanischen und der englischen Friedenspolitik abzulesen. Roosevelt wollte die Ergebnisse einer multilateralen Konferenz, an der Deutschland und Italien keinerlei Anteil hatten, den Diktatoren aufzwingen – und zwar notfalls mit Gewalt. Dagegen versuchte Chamberlain in direkten bilateralen Verhandlungen Leistung und Gegenleistung in ein annäherndes Gleichgewicht zu bringen, so daß sich in Europa ein gewisser Entspannungs- und Befriedungseffekt ergab, der positiv zum politischen Weltklima beitragen würde. Das schloß englische und französische Konzessionen ausdrücklich nicht aus, sondern ein.
Chamberlain verwarf auch Roosevelts Anregung, Hitler die gewünschte Handlungsfreiheit in Europa durch wirtschaftliche Konzessionen abzukaufen, weil dies, wie er richtig meinte, zwecklos sei. Nach seiner Ansicht müßte die Initiative des amerikanischen Präsidenten unbedingt unterbleiben, damit sich Hitler und Mussolini nicht den angestrebten Verhandlungen entzögen, ihre Forderungen in unziemlicher Weise erhöhten oder England durch eine einseitige Politik der vollendeten Tatsachen in Bedrängnis brächten. Mit anderen Worten: Roosevelt wurde von Chamberlain an den Rand des Spielfeldes verwiesen, wo er warten sollte, bis ihn die Engländer riefen.
Damit war der amerikanische Weltfriedensplan tot, und obgleich Chamberlain eine Woche später, vom inzwischen heimgekehrten Eden dazu gezwungen, noch einen krassen Rückzieher machte und den US-Präsidenten nun doch um die Verwirklichung seines Vorhabens bat, konnte sich Roosevelt nicht mehr dazu entschließen. Er war entsetzt über das »korrupte Geschäft«, das Cham-

berlain mit Mussolini vorhatte, und er warnte den Premierminister in seiner Antwortnote vom 18. Januar 1938 vor der »schmerzhaften« und »ernsten« Wirkung, die eine völkerrechtliche Anerkennung von Italienisch-Abessinien sowohl auf die amerikanischen Fernostinteressen, als auch auf die öffentliche Meinung Amerikas haben würde. [41] Dann aber, nachdem Chamberlain am 22. Januar versprochen hatte, die leidige Anerkennungsfrage nur im Rahmen einer allgemeinen Übereinkunft mit Italien zu lösen, schien auch Roosevelt plötzlich umzufallen und dem Premierminister wenigstens in diesem Punkt seinen Segen zu geben. [42]

Was Roosevelt dazu brachte, in der Abessinien-Frage nachzugeben, blieb letztlich der Spekulation überlassen. Wahrscheinlich war es ein Akt der Resignation, der aus der Erkenntnis folgte, daß Chamberlain unfähig war, das Amoralische seiner Haltung einzusehen und daß man ihn in der Anerkennungsfrage nicht bremsen konnte. Vielleicht wollte Roosevelt dadurch auch den Konflikt zwischen Chamberlain und Eden verschärfen. Dabei hielt es der Premierminister für ungerecht, ihn der Indifferenz gegenüber den höheren Idealen des liberal-demokratischen Internationalismus zu zeihen. Wie er am 21. Januar 1938 in einem persönlichen Telegramm an Lindsay schrieb, [43] war die Spannung in Europa für seine Begriffe »unerträglich«, und man konnte mit ihrem Abbau seiner Meinung nach doch nicht solange warten, bis es gelang, die Völkerbundsakte umzuschreiben.

Nach Chamberlains Überzeugung kam es deshalb nicht darauf an, »fundamentale Prinzipien zu formulieren und ihnen zuzustimmen«, wie es der Präsident wollte, sondern darauf,

> »einen dauerhaften Frieden durch die praktische Beachtung dieser Prinzipien zu sichern«.

Besser konnte man die Unterschiede, die zwischen den Konzeptionen Roosevelts und Chamberlains bestanden und die an den Unterschied zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik erinnerten, eigentlich nicht beschreiben.

Abschließend meinte der Premierminister, ohne sein regionales *Appeasement* in Mitteleuropa und im Mittelmeerraum würden die hochgestimmten Vorschläge des Präsidenten in Berlin und Rom auf taube Ohren stoßen. Mit seinem *Appeasement* aber wäre England in der Lage,

> »mit den Vereinigten Staaten in Gegenden zu kooperieren, in denen wir gemeinsame Interessen haben«.

Dieser Satz bestätigte noch einmal, daß Chamberlain im Interesse der englischen Weltmachtstellung seine regionale Entspannungspolitik in Europa als Voraussetzung für eine Mitwirkung von gleich zu gleich an der von Roosevelt anvisierten »Pazifizierung des Universums« ansah, vor allem in Ostasien.

In dieser entscheidenden Beziehung trennten sich also die Wege Englands und Amerikas Anfang 1938. Andererseits wollte der Premierminister aber auch die

Chance für eine spätere Zusammenarbeit mit Roosevelt nicht ganz verschütten. Im Zuge seiner Doppelpolitik zwischen Abschreckung und Entspannung ließ er sich daher im Januar 1938 gleichzeitig auf die von seinem Außenminister Eden eingeleitete Flottenkooperation mit den USA ein, wenngleich er sicher die Weisung mißbilligte, mit der Roosevelts Unterhändler Ingersoll wenige Tage vorher nach London gekommen war. Diese Weisung sah nämlich vor, daß die Flottenkooperation solange nicht stattfinden könne, wie sich die beiden Partner nicht auf alle Eventualitäten vorbereitet hätten – »einschließlich Krieg«. [44]

Trotz der Abfuhr, die seine Quarantäne-Politik durch Chamberlain erhielt, war das Ergebnis seines Vorstoßes auch aus der Sicht Roosevelts nicht eindeutig negativ. Am Rande des dramatischen Notenwechsels hatte sein Außenministerium eine »intime diplomatische Liaison« zwischen den beiden angelsächsischen Mächten verlangt. Es erzielte im Januar 1938 wenigstens eine Vereinbarung über den »vollen Austausch diplomatischer Informationen« mit dem Foreign Office. [54] Damit begann die englische Außenpolitik Anfang 1938 einen Teil ihrer Unabhängigkeit an Washington zu verlieren.

Durch die Flottenabsprache, die Informationsvereinbarung, die Verhandlungen über den Handelsvertrag und die bald darauf einsetzende Rüstungskooperation geriet England so – trotz Chamberlains Willen zur Eigenständigkeit – ab Anfang 1938 allmählich in wachsende Abhängigkeit zu den Vereinigten Staaten. Zuallererst machte sich diese neue Bedingung englischer Außenpolitik bei der Anbahnung der Gesprächskontakte mit Mussolini und Hitler bemerkbar.

Am 21. Januar hatte der Premierminister unter dem Druck seiner innen- und außenpolitischen Gegner dem Präsidenten wider besseren Wissens doch noch grünes Licht für den Weltfriedensplan gegeben. [46] Da sich Roosevelt aber im Verlauf der folgenden Woche nicht regte, drohte eine Blockade der gesamten englischen Außenpolitik einzutreten.

»Solange wir seine Ansichten und Absichten nicht kennen«,

klagte Chamberlain, [47]

»ist es für uns sehr schwierig, irgendwelche Vorkehrungen für unsere nächsten Schritte zu treffen – weder in bezug auf unsere Deutschland-, noch auf unsere Italien- oder Chinapolitik.«

Gegen den hinhaltenden Widerstand seines eigenen Außenministers Eden hatte der Premierminister bereits den Kontakt zu Mussolini hergestellt. Frankreich war trotz des inzwischen erfolgten Sturzes der Regierung Chautemps mit der Gesprächsaufnahme einverstanden. Und Botschafter Nevile Henderson, von der Spree zu Gesprächen an die Themse beordert, wartete auf Instruktionen, welche Offerte er Hitler überbringen sollte. Aber die Zeit verging, ohne daß etwas geschah. Nichts war in jenen kritischen Tagen, Wochen und Monaten freilich so kostbar wie die Zeit. Chamberlain wußte, daß er in eine völlig unhaltbare Situation geraten würde, wenn er seine bilateralen Verhandlungen

startete und Roosevelt dann doch noch mit seinem Weltfriedensplan überkam. Also wartete er ab.

Am 3. Februar 1938 ließ der US-Präsident den Premierminister bitten, seine »Pferde noch ein paar Tage zurückzuhalten«. [48] Inmitten von Gerüchten über einen monarchistischen Umsturz spitzte sich in Deutschland gerade der Konflikt zwischen Hitler und seiner Generalität zu, und jede Initiative, die England jetzt in Richtung Italien unternehmen würde, mußte die deutschen Besorgnisse hinsichtlich Österreichs bestärken. Roosevelt wartete ab, wie sich die Krise in Berlin entwickelte, um seinen Weltfriedensplan im richtigen Moment wie eine Trumpfkarte auszuspielen. Gleichzeitig hinderten ihn die Vorgänge in London, wo die Regierung Chamberlain über der Anerkennungsfrage zu zerfallen drohte, an einer Aktion.

Unzweifelhaft zogen die Vereinigten Staaten ihren Widerstand gegen die völkerrechtliche Anerkennung Italienisch-Abessiniens durch England erst am 6. Februar zurück – genau an dem Tag, an dem in Rom die Kontakte zu Mussolini angebahnt wurden. Drei Tage später meldete Lindsay aus Washington, Roosevelt halte seinen Plan in Anbetracht der Blomberg-Fritsch-Krise zurück, aber nur noch für ein paar Tage, nicht für Wochen. [49]

Weitere zehn Tage vergingen, in denen sich die Lage an der Spitze des Dritten Reiches wieder konsolidierte: Hitler entließ seinen Reichskriegsminister von Blomberg und den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner von Fritsch, und machte sich selbst zum Chef der Wehrmacht. Außerdem wurde der im Westen wegen seiner Arroganz verhaßte Ribbentrop neuer deutscher Außenminister.

Dann hieß es, der Präsident werde mit seinem Plan losmarschieren, was den Unterstaatssekretär im Londoner Außenministerium, Cadogan, zu der Bemerkung veranlaßte, dies wäre »ein unverantwortlicher Eingriff in unsere Verhandlungen« [50] (mit Italien und Deutschland – D. B.). Doch aus Roosevelts Initiative wurde nichts mehr.

Dennoch, die Fäden der englischen Politik verwirrten sich. Von der englisch-italienischen Annäherung alarmiert, hatte Hitler den österreichischen Kanzler Kurt von Schuschnigg nach Berchtesgaden zitiert, um das Alpenland unter nationalsozialistische Kontrolle zu bringen. Diese klar erkennbare Absicht mußte wiederum die englisch-deutsche Annäherung erschweren. Einstweilen hatte Chamberlain freilich alle Hände voll zu tun, um die eigene Position zu stabilisieren. Denn in dem Streit um die Prioritäten der englischen Politik trat am 20. Februar 1938 sein Außenminister Eden zurück.

Sofort tauchten in der englischen Presse Gerüchte auf, der Premierminister werde sich jetzt »um jeden Preis« mit Hitler und Mussolini verständigen – nach wie vor die sicherste Methode, eine Einigung zu hintertreiben und Englands Ruf in Amerika zu ruinieren. Geradezu beschwörend ließ sich Chamberlain daher vier Tage später gegenüber Roosevelt ein, Edens Rücktritt beruhe auf »Differenzen ... über die Taktik, nicht über die Strategie« der englischen Außenpolitik. [51] Der Leiter der Europaabteilung im amerikanischen Außen-

ministerium, Moffat, empfand das als »Geplapper«, [52] weil die Demission Edens das Gegenteil bewies. Erst jetzt teilte der US-Präsident den Engländern mit: Er werde die Verwirklichung seines Planes verschieben, er finde Chamberlains Verhandlungsmethoden richig und vielversprechend – was man eben so sagt, wenn man sich nichts mehr zu sagen hat. [53]

In Wahrheit hatte der Präsident den Premierminister im Verdacht, er sei drauf und dran, Europa und den Mittelmeerraum den Diktatoren auszuliefern als Preis für den englischen Wohlstand und die englische Sicherheit. Der Präsident verglich Chamberlain mit den »ökonomischen Königen« daheim, womit er die konservativ-protektionistische Opposition gegen seinen eigenen *New Deal* meinte, und er dachte gar nicht daran, ein zweiter Neville Chamberlain zu werden.

Würden die USA den Kurs Englands einschlagen, so schrieb Roosevelt an den US-Botschafter in Irland, Cudahy, am 16. April 1938, dann würden sie binnen kurzem wieder prosperieren.

»Aber wenn das getan ist, hätten wir in vier bis acht Jahren noch mehr Schwierigkeiten.« [54]

Es half also nichts: Wenn es nicht auf direkte Weise ging, so mußte man auf indirekte Weise den Widerstand gegen Chamberlains *Appeasement*-Politik organisieren.

---

Anmerkungen

1 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 457.

2 PRO FO 800/296 C 3148: Cranborne 20. 4. 37 Eden – Chamberlain war zu diesem Zeitpunkt noch designierter Premierminister.

3 Borg, United States, S. 375.

3a Der französische Ministerpräsident Léon Blum hatte Bullitt, wie der amerikanische Botschafter nach Washington gemeldet hatte, bereits im Dezember eine internationale Konferenz unter Führung Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten vorgeschlagen. Bevor Schacht Anfang 1937 Hitlers Verständigungsangebot an England herantrug, hatte er dem amerikanischen Botschafter Davies bei dessen Durchreise nach Moskau ebenfalls einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Diese Vorgänge waren der Anlaß für Roosevelt, der Realisierung seines schon lange gehegten Weltfriedensplanes näherzutreten. Vgl. dazu Bullitt, President, S. 199ff.

4 PRO PREM 1/261: Lindsay 31. 7. 37 FO.

5 PRO PREM 1/261: Eden-Memorandum, 17. 6. 37 – US-Botschafter Bingham hatte Roosevelts Einladung ursprünglich für den 19. oder 20. Juni angekündigt. Warum sie um einen ganzen Monat verschoben wurde, blieb unbekannt. Eventuell kam der »Leipzig«-Zwischenfall vom 19. 6. 37 und die damit verbundene Krise der englischen Non-Interventions-Politik dazwischen.

6 Feiling, Life, S. 322f.: Brief Chamberlain an Frau Morton Prince vom 16. 1. 38, vier Tage nach Eingang des Weltfriedensplanes. Auch die Zitate aus diesem und dem vorhergehenden Absatz stammen aus diesem Brief, dem wegen des Zeitpunktes seines Entstehens eine besondere Bedeutung zukommt.

7 Borg, United States, S. 87.

8 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 95.

9 ebda.
10 Bullitt, President, S. 212ff.: Bullitt 5. 5. 37 FDR, persönlich/vertraulich.
11 Ovendale, Appeasement, S. 94: So Cadogan in einem Brief aus dem Jahre 1951.
12 Lord Templewood, Nine Troubled Years. London 1954, S. 268.
13 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 477.
14 Feiling, Life, S. 324.
15 ebda.
16 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 224.
17 Bullitt, President, S. 252
18 Das folgende: Dietrich Aigner, »For the Defence of Freedom and Peace« – eine politische Neugruppierung in England 1936 im Licht bisher unveröffentlichter deutscher Botschaftsberichte. In: Preußen, Deutschland und der Westen. Auseinandersetzungen und Beziehungen seit 1789. Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Oswald Hauser. Göttingen/Zürich 1980, S. 204 und Eugen Spier, FOCUS. A Footnote to the History of the Thirties. London 1963, S. 123f.
19 PRO FO 371/20 663 A 7441: Steed an Vansittart, in: Mallet 13. 10. 37 FO.
20 PRO FO 371/22 834 A 5562: Aufzeichnung Lindsay über führende Persönlichkeiten der USA, 4. 8. 39, vertraulich.
21 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/höchst geheim – Dieses Telegramm enthält den Wortlaut des Planes. Die folgenden Telegramme müssen im Zusammenhang mit diesem Plan betrachtet werden, weil sie mündliche Erläuterungen von Welles und Hull, aber auch Kommentare und Anfragen des Foreign Office und Chamberlains enthalten, das in der Abwesenheit Edens faktisch vom Premierminister geleitet wurde. Aus diesen Telegrammen ergibt sich der politische Zusammenhang, in dem man den Weltfriedensplan sehen muß:
Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 1)
Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 2)
Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 3)
Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 4)
Lindsay 13. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim
Chamberlain 13. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim
Lindsay 14. 1. 38 Chamberlain, wichtig/äußerst geheim
Lindsay 14. 1. 38 Chamberlain, wichtig
Lindsay 16. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim
Lindsay 18. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim
Lindsay 20. 1. 38 FO, sehr geheim
Chamberlain 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim
FO (Eden) 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim
(Nach Rückkehr aus dem Urlaub am 15. 1. 38 hatte Eden seine Amtsgeschäfte am 16./17. 1. 38 wiederaufgenommen.)
Chamberlain 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim
Eden 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim
Lindsay 22. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim
Lindsay 26. 1. 38 FO, sehr geheim
Chamberlain 28. 1. 38 Lindsay, sehr geheim
Lindsay 2. 2. 38 Chamberlain, wichtig/sehr geheim
Eden 4. 2. 38 Lindsay, wichtig/sehr geheim
Lindsay 6. 2. 38 FO, wichtig/sehr geheim
Lindsay 9. 2. 38 Chamberlain, wichtig
FO 11. 2. 38 Lindsay, wichtig/sehr geheim
Lindsay 12. 2. 38 FO, wichtig/sehr geheim
FO 24. 2. 38 Lindsay, wichtig/vertraulich
FO 3. 3. 38 Lindsay, sehr geheim

22 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/höchst geheim (Nr. 3) – Vertreter folgender Staaten sollten nach Washington eingeladen werden: *Schweden* als skandinavisches Land, *Belgien* und die *Niederlande,* weil sie sich dem Tripartite-Währungsabkommen angeschlossen hatten, die *Schweiz* als Vertreterin der Neutralen, *Ungarn,* weil es unter dem Vertrag von Trianon gelitten hatte, *Jugoslawien* als Mitglied der Kleinen Entente, die *Türkei* wegen ihrer Verbindungen nach Asien und drei noch nicht näher bezeichnete Staaten Südamerikas. Welles hielt das für einen »guten Querschnitt durch Europa« und meinte, auf diese Weise sei »jede Ansicht« bei den Beratungen in Washington vertreten. Vgl. PRO PREM 1/259: Lindsay 22. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim.

23 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 2).

24 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 1).

25 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 3).

26 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim (Nr. 1).

27 FRUS 1938 I, S. 125ff.: Memorandum Welles 10. 1. 38 FDR.

28 PRO PREM 1/259: Lindsay 16. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim.

29 Auf die am 1. 12. 1938 begonnene Flottenkooperation zwischen den USA und England wurde bereits mehrfach hingewiesen.

30 Vgl. oben Anm. 27.

31 Vgl. Sumner Welles, Jetzt oder nie! (»The Time for Decision«). Stockholm 1944, S. 84: »Der Präsident war der Meinung, daß, wenn auch die Großmächte Europas einschließlich der Sowjetunion einer Verständigung nicht näherkämen, wenigstens die Vereinigten Staaten die Unterstützung aller Regierungen, *ausgenommen die Achse Berlin – Rom,* erhielten, um den Weltfrieden zu wahren.« (Hervorhebg. D. B.).

32 So wurden in der Endfassung des Planes die Hürden für ein Eingehen Deutschlands auf die Initiative noch erhöht. In Welles' Memorandum hatte die Beseitigung der Ungleichheiten des Versailler Vertrages noch unter den vier Hauptpunkten der Washingtoner Konferenz rangiert. An ihre Stelle trat die Forderung nach Prinzipien des internationalen Verhaltens, hinter der sich völlig andere Vorstellungen verbargen als Hitler sie hatte. – Die von Roosevelt avisierte Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sollte sich offenbar nicht auf den Bereich der Luftrüstungen beziehen. Doch hatte sich Hitler früher besonders an einem Luftpakt interessiert gezeigt. – Außerdem wurde im Januar 1938, während die amerikanisch-englischen Verhandlungen über Roosevelts Plan liefen, vom US-Außenministerium gegen eine Erneuerung des amerikanisch-deutschen Handelsvertrages entschieden. – Dies alles zeigt, daß die Administration keineswegs daran dachte, eine weiche Linie gegenüber Hitler einzuschlagen.

33 Der nach Amerika emigrierte ehemalige Reichskanzler Deutschlands, Heinrich Brüning, hatte Roosevelt erzählt, die deutsche Armee sei »sehr mächtig« und wolle »über die Regierung das Sagen haben«. Roosevelt glaubte auf Grund dieser Informationen, daß es ein Leichtes sei, »Hitlers Äppelkarre umzukippen«. Vor dem Kabinett sagte der Präsident am 11. 2. 38 im Zusammenhang mit der Blomberg-Fritsch-Krise, die sich seit Beginn des Jahres angebahnt hatte, die Nazi-Herrschaft werde »im Innern einer ernsten Prüfung unterzogen«, die leicht zu einem Umsturz führen könne. Ickes, Diaries, Vol. II, S. 315.

34 Vgl. oben Anm. 27: In Welles' Memorandum war nur von »unausweichlichen Rückwirkungen auf die deutschen und italienischen Bevölkerungen« die Rede gewesen. Als Welles aber am 22. 1. 38 mit Lindsay die möglichen Folgen des Weltfriedensplanes diskutierte, ließ er Zweifel daran durchblicken, daß sich »die deutsche Armee in Sympathie mit den gegenwärtigen allgemeinden Tendenzen der deutschen Politik« befinde. Der Andeutung des Unterstaatssekretärs, die Armeeführung könnte die deutsche Politik beeinflussen, widersprach Lindsay mit den Worten: »Herr Hitler ist vollkommen Herr der Lage.« Vgl. PRO PREM 1/259: Lindsay 22. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim. Die wenig später ausbrechende Blomberg-Fritsch-Krise schien eher Welles zu bestätigen.

35 Während Welles die Zusammenhänge zwischen dem Weltfriedensplan und der amerikanischen Innenpolitik in seinem Memorandum nicht berührte, machte er entsprechende

Andeutungen am 12. 1. 38 gegenüber Lindsay: Bei der inhaltlichen Erläuterung des Planes sagte er, der Begriff der Neutralität befinde sich im Falle Amerikas »in einem chaotischen Zustand«, weil jeder etwas anderes darunter verstehe. Aber die Vorschläge Roosevelts enthielten »einen klaren Hinweis auf den Völkerbund«. Sollte es auf ihrer Grundlage zu einer »allgemeinen Übereinkunft« kommen, müßte auch eine Neufassung der Völkerbundsakte erwogen werden, was dann die Neutralitätsfrage klären könnte.

36 PRO PREM 1/259: Lindsay 12. 1. 38 FO (Nr. 3), sofort/äußerst geheim.

37 David Dilks (Ed.), The Diaries of Sir Alexander Cadogan, O. M., 1938–1945. London 1971, S. 37.

38 ebda., S. 35.

39 PRO PREM 1/259: Lindsay 13. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim.

40 Über die Frage, ob die USA in der Anerkennungsfrage ins Vertrauen gezogen werden sollten oder nicht, hatte es am 7. und 8. 1. 38 einen Meinungsaustausch zwischen London und der englischen Botschaft in Washington gegeben. Chamberlain und Cadogan hielten es nicht für nötig, daß die englische Regierung »ihre Haltung in so einer europäischen Frage der US-Öffentlichkeit anpaßt, und sie könnte zur Fortsetzung ihres Weges trotz des amerikanischen Mißvergnügens gezwungen sein«. Obwohl es Lindsay nicht für erforderlich hielt, sich Sorgen über die amerikanische Haltung zur völkerrechtlichen Anerkennung Italienisch-Abessiniens zu machen – angesichts dessen, was folgte, eine schwere Verkennung der Situation – riet er dennoch dazu, das US-Außenministerium beizeiten zu informieren. Der entsprechende Auftrag an Lindsay wurde aber auf die Zeit nach der Rückkehr Edens verschoben, so daß sich Roosevelt in dem Zeitpunkt, als er Chamberlain mit seinem Weltfriedensplan konfrontierte, tatsächlich nicht in Besitz der nötigen Informationen befand. Vgl. dazu PRO PREM 1/276.

41 PRO PREM 1/259: Lindsay 18. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim.

42 PRO PREM 1/259: Chamberlain 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim; Lindsay 2. 2. 38 Chamberlain, wichtig/sehr geheim; Lindsay 6. 2. 38 FO, wichtig/sehr geheim – Außer den beiden genannten Gründen stand hinter dem Widerstand in der Anerkennungsfrage die Befürchtung Washingtons, England könnte (1) sofort nach Beginn der Verhandlungen von Mussolini mit dem Ultimatum konfrontiert werden, die Anerkennung sofort und als Vorleistung zu vollziehen, (2) sich dieser Forderung beugen, (3) damit Hitler zu ähnlichen Unverschämtheiten herausfordern, die (4) Mussolini wiederum überbietet. Eden, Memoirs, Vol. II, S. 557 – Worauf sich diese Befürchtungen stützten, war unklar, doch schien sich die Roosevelt-Administration vor allem darum zu sorgen, daß England in den Verhandlungen mit Italien Konzessionen auf Kosten Frankreichs machte, das selbst nicht an den Verhandlungen teilnehmen sollte. – Unklar war zunächst auch, ob Welles gegenüber Lindsay am 1. 2. wirklich grünes Licht für die Anerkennung gegeben hatte. Doch bestätigte der Botschafter auf Anfrage Edens am 6. 2., dies sei »ausdrücklich« und »unzweideutig« der Fall gewesen. Ob sich diese Zustimmung auch auf die Aufnahme von Gesprächen mit Deutschland bezog, wie es nach Lindsays Bericht vom 2. 2. 38 den Anschein haben konnte, blieb jedoch unklar. Es hätte nicht in der Logik der amerikanischen Politik gelegen.

43 PRO PREM 1/259: Eden 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim.

44 Eden, Memoirs Vol. II, S. 546.

45 PRO PREM 1/259: Lindsay 26. 1. 38 FO, sehr geheim – Gegenstand der Abmachung, die Welles einerseits, Lindsay andererseits (letzterer i. A. Edens) trafen, war viererlei: (1) Für den Informationsaustausch sollten feste Regeln soweit wie möglich vermieden werden; (2) der Informationsaustausch sollte vertraulich erfolgen und keine dritte Partei – etwa Frankreich – einbeziehen. (3) Beide Seiten kamen überein, ihre gegenseitigen Informationen in London und Washington und nicht an dritten Orten einzuholen. (4) Der Informationsaustausch sollte »Informationen, Meinungen und Einschätzungen« der beiden Regierungen umfassen. Wieweit Chamberlain von dieser Vereinbarung wußte, muß dahingestellt bleiben. Lindsay quittierte den hemdsärmeligen Versuch Hulls, ihn gleich am 26. 1.

auszufragen, mit deutlichem Unbehagen. Aufschlußreich sind die Punkte, für die sich der US-Außenminister bei dieser Gelegenheit interessierte: Er erkundigte sich nach der Festigkeit des französisch-russischen Bündnisses, nach der Möglichkeit einer Wiederannäherung der Sowjetunion an Deutschland und nach den Wirkungen einer deutschen Durchdringung Südosteuropas auf die sowjetische Politik. Das beweist, daß man sich zumindest im State Department bereits Anfang 1938 mit der Einkreisung Deutschlands befaßte, wobei man – im Gegensatz zum Winter 1938/39 – noch an die Einbeziehung Rußlands, nicht Polens dachte. – Die Vereinbarung über den Informationsaustausch wurde nach Edens Rücktritt auch von Halifax befolgt.

46 PRO PREM 1/259: Chamberlain 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim.
47 ebda.
48 ebda.: Lindsay 2. 2. 38 Chamberlain, wichtig/ sehr geheim.
49 ebda.: Lindsay 9. 2. 38 Chamberlain, wichtig.
50 Dilks, Cadogan, S. 49.
51 PRO PREM 1/259: FO 24. 2. 38 Lindsay, wichtig/vertraulich.
52 Nancy H. Hooker (Ed.), The Moffat Papers. Selection from the diplomatic Journals of Jay Pierrepont Moffat 1919–1943. Cambridge/Mass. 1956.
53 Dilks, Cadogan, S. 56.
54 Roosevelt, Letters, Vol. III, S. 233–4: FDR 16. 4. 38 Cudahy.

## 2.

# Tote stehen wieder auf

Der englische Außenminister Sir Robert Anthony Eden, der in seiner schlaksigen Eleganz alle Tugenden des mondänen »Jung-England« verkörperte, war Anfang Januar 1938 im Park Palace Hotel des Badeortes Grasse an der Côte d'Azur abgestiegen, um sich im milden Klima der französischen Riviera einen kurzen Winterurlaub zu gönnen. Der 40 Jahre alte Landedelmann, der seit dem fünfundzwanzigsten Lebensjahr als Angehöriger der Konservativen Partei den Wahlkreis Warwick im Parlament von Westminster vertrat, diente seinem Land seit drei Jahren als Außenminister. Er erholte sich, indem er lange schlief, etwas Tennis spielte und gelegentlich mit Winston Chruchill und David Lloyd George speiste, die gerade in einem Nachbarort Ferien machten.

Am 14. Januar 1938 erreichte Eden ein Anruf von Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan, dem höchsten Laufbahn-Beamten des Foreign Office, dessen Stimme beunruhigend klang: Es seien gewisse Entwicklungen eingetreten, über die er am Telefon nicht sprechen könne. Sie machten eine sofortige Rückkehr erforderlich. Eine Kuriertasche des Außenministeriums mit den wichtigsten Telegrammen der letzten Tage sei bereits auf dem Weg zum englischen Generalkonsul in Marseille, damit sich der Minister auf der Rückreise einlesen könne. Obwohl Cadogan den Weltfriedensplan des amerikanischen Präsidenten und dessen kompromißlose Zurückweisung durch Chamberlain nicht erwähnte, begriff Eden den Ernst der Situation und beschloß, seine Zelte in Grasse abzubrechen.

Über der Rückreise des englischen Außenministers auf die Britischen Inseln, damals noch ein umständliches Unternehmen von mehreren Tagen, schien ein Unstern zu stehen. In Marseille verpaßte Eden die angekündigte Kuriertasche. In Paris konnte er wegen des schlechten Wetters nicht in die Maschine nach London umsteigen. Er mußte die Kanalfähre nach Folkestone nehmen, und die Überfahrt gestaltete sich wegen des rauhen Wetters so ungemütlich, daß der Kapitän beim Anlegen auf der anderen Seite des Kanals die Pier beschädigte.

Cadogan und Edens Privatsekretär, Sir Oliver Harvey, waren ihrem Minister entgegengereist und erwarteten ihn nun mit Leichenbittermienen. Auf der Bahnfahrt in die englische Hauptstadt überflog Eden mit wachsendem Ingrimm die Botschaften, die Roosevelt und Chamberlain miteinander ausgetauscht hatten.

»Meine sofortige Reaktion war«, schrieb er später, [1] »daß wir Roosevelts Angebot voll und ganz akzeptieren müssen.«

Unglücklicherweise aber war inzwischen das Gegenteil davon geschehen, und Eden war wütend darüber, daß ihn Chamberlain übergangen hatte.

Mit dem düsteren Gefühl, daß eine große Krise des amerikanisch-englischen Verhältnisses sein ganzes außenpolitisches Werk zu zerstören drohte, war Eden am Abend nach seiner Rückkehr zum Dinner bei Cadogan, als sich Botschafter Sir Robert Lindsay telefonisch aus Washington meldete. Wie zur Bestätigung der schlimmsten Vorahnungen berichtete er von der Enttäuschung Roosevelts über die englische Reaktion. Am 16. Januar fuhr Eden daraufhin mit dem Wagen nach Chequers, dem Landsitz des englischen Premierminister vor den Toren Londons, wo er Chamberlain zur Rede stellte. Dabei brachen die schon lange schwelenden Gegensätze wieder auf.

Als sich die beiden Männer nach dem gemeinsamen Lunch in den Parkanlagen ergingen, die Chamberlain wegen ihrer üppigen Flora über alles liebte, sagte Eden: England habe doch schon so lange darauf gewartet, daß Amerika helfend die Hand ausstrecke. Der Premier erwiderte, was Roosevelt vorschlage, sei viel zu vage und werde mit Sicherheit fehlschlagen. Was dann? Darauf Eden: Selbst wenn alles schiefginge – der Minister vermied das Wort »Krieg« –, würden weitere Interventionen Amerikas sicher folgen und England könne davon doch nur profitieren. Aber Chamberlain hielt mit dogmatischer Starre an seinem Entschluß fest, das Gespräch mit Mussolini und Hitler zu suchen.

Damit zeichnete sich jene unüberbrückbare Kluft ab, die reichlich vier Wochen später, am 20. Februar 1938, zum Rücktritt Edens führte. Sie beschädigte das Prestige Lindsays in Washington so, daß der Diplomat bis zu seiner Ablösung im Dezember 1938 nur noch als Botschafter auf Abruf fungierte. [2] Unter diesen Umständen waren die amerikanisch-englischen Beziehungen nicht mehr gut zu nennen.

Der Rücktritt Edens bedeutete aber vor allem einen tiefen Einschnitt in der innenpolitischen Entwicklung Vorkriegs-Englands, weil er Chamberlain nach innen und außen in die Isolierung führte. Sicher spielte dabei eine Reihe von Faktoren mit: persönliche Aversionen, politische Meinungsverschiedenheiten über die Opportunität einer völkerrechtlichen Anerkennung Italienisch-Abessiniens und die vielen Konfusionen der englischen Innen- und Außenpolitik.

Aber alles das war nicht das Entscheidende. Denn im Vorder- und Hintergrund ging es immer um die zentrale Frage, die sich der englischen Gesamtpolitik seit Anfang 1937 stellte: Was sollte Vorrang erhalten – der Verständigungsversuch mit dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland oder die Freundschaft mit dem liberal-demokratischen Amerika? Gewiß wurde vieles von dem, was die Welt während der folgenden zwölf Monate in atemloser Spannung hielt, von Hitlers Griff nach Österreich und der Tschechoslowakei ausgelöst. Aber ihre eigentliche Zuspitzung erhielten die Ereignisse erst durch

die dramatischen Konflikte zwischen Amerika und England und in England um Chamberlains *Appeasement*-Politik.

Mit ihren innen- und außenpolitischen Implikationen war die Regierungskrise rund um den Rücktritt Edens ein Paradefall für die konfliktreiche Gemengelage der englischen Politik. Sie zeigte durch einen bedenklichen Mangel an innerer Einigkeit schon damals erhebliche Auflösungserscheinungen. Chamberlain hatte Roosevelts Weltfriedensplan am 13. Januar 1938 klar und unmißverständlich zurückgewiesen, was den Präsidenten fünf Tage später veranlaßte, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen. [3] Am Vorabend aber hatte sich der außenpolitische Kabinettsausschuß in London auf das energische Drängen von Außenminister Eden auf einen Kompromiß geeinigt, der eine völkerrechtliche Anerkennung Italienisch-Abessiniens nur innerhalb eines *»world appeasements«* vorsah, wie es der US-Präsident gerade in einer öffentlichen Rede gefordert hatte.

Dieser Beschluß glich dem Versuch, das an sich Unvereinbare miteinander zu verbinden, nämlich den Respekt vor der amerikanischen Nichtanerkennungs-Doktrin und die Anerkennung. Doch geriet die englische Politik am 21. Januar völlig aus der Fasson. Unter dem Eindruck von Edens Rücktrittsdrohungen ließ sich Chamberlain zu einem Kniefall vor Roosevelt bewegen, indem er in einer kurzen Botschaft an den Präsidenten doch noch grünes Licht für den Start des Weltfriedensplanes gab. [4] Der Außenminister, der dies zu Recht als »großen Sieg« (Cadogan) betrachtete, formulierte daraufhin eine Reihe weiterer Telegramme an die Adresse Washingtons, aus denen hervorging, daß England seine Annäherungsversuche an Hitler und Mussolini zunächst einmal einstellen werde. Gleichzeitig ließ Chamberlain jedoch den Präsidenten wissen, er werde ihn über den Fortgang der Verhandlungen mit Deutschland und Italien auf dem laufenden halten – was ja voraussetzte, daß die Annäherungsversuche weitergingen. [5]

Der englische Regierungschef und sein Außenminister befanden sich also in einem offenen Konflikt, und in Washington hoffte man, daß Eden so viel Macht haben würde, Chamberlain von seinem verhängnisvollen Kurs abzubringen. Diese Macht verdankte der noch relativ junge Außenminister seiner Stellung in der englischen Innenpolitik, die weit über das eigentliche Ministeramt hinausreichte. Als Kriegsfreiwilliger aus dem Eton-Oxford-Zirkel hatte sich Eden in Flandern und Frankreich ausgezeichnet. Die politische Karriere des studierten Orientalisten begann im Schatten des Chamberlain-Clans, als Sekretär von Neville Chamberlains Halbbruder Austen in den zwanziger Jahren. Seit 1931 war Eden im Foreign Office tätig. Als Berufspolitiker ohne brennenden Ehrgeiz und auch ohne jede Erfahrung in benachbarten Gebieten wie der Außenwirtschaft oder der Verteidigungspolitik brachte Eden nicht einmal ein übermäßiges Interesse an den auswärtigen Angelegenheiten mit, und manchmal stöhnte er unter dem zeitraubenden Einerlei der Amtsgeschäfte, die ihm keine Zeit mehr für seine Hobbies Tennis und Lesen ließen.

Sein Biograph David Carlton schildert Eden als konzeptionslosen, entschei-

dungsschwachen und nicht einmal besonders charakterfesten Vertreter eines »schwankenden und auf Zeitgewinn spielenden Kurses«, [6] der einmal für die Verständigung mit Italien ohne Deutschland, ein anderes Mal für die Verständigung mit Deutschland ohne Italien eintrat, dann wieder gegen jede Verständigung mit den Diktatoren und stattdessen für das Bündnis mit Frankreich und Amerika, ganz wie es zu den Opportunitäten des Tages paßte.

Tatsächlich verhielt es sich so. Aber das Bild eines hemmungslosen Opportunismus ohne Sinn für Prioritäten muß in einem zentralen Punkt korrigiert werden. Eden, der sich noch 1935 die Freiheit genommen hatte, als erster Minister einer Großmacht Hitler zu besuchen, folgte durchaus konsequent einer ganz bestimmten Linie: Er war ein bedingungsloser Anhänger der kollektiven Sicherheit und des Wilsonismus, und sein teils sprunghaftes, teils zögerndes Taktieren als Außenminister 1937/38 hing vor allem damit zusammen, daß sich diese Prinzipien gerade damals in Erwartung des Weltenrichters Roosevelt mit neuen Inhalten füllten.

Die entscheidende Wende im politischen Leben des jungen Dandy war 1934 eingetreten, als Eden Anschluß an die englische »Völkerbundunion« fand, Filiale einer weltumspannenden Organisation zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die bis nach Amerika und Rußland reichte. Diese vermutlich

»größte und einflußreichste außenpolitische ›*Pressure Group*‹ der Zwischenkriegszeit« [7]

funktionierte wie eine Art Verschiebebahnhof für die verschiedenen Spielarten des Internationalismus, auf dem die ideologischen Züge in immer neuen Varianten aufgestellt und unter Dampf gehalten wurden.

In England fungierten die beiden Friedensnobelpreisträger Lord Robert Cecil und Philip Noël-Baker als Chefs der »Völkerbundunion«, was der Organisation einen friedfertigen Anstrich gab. Aber dieser Anschein täuschte. Cecil, der 1937 bereits das 73. Lebensjahr überschritt, war im Ersten Weltkrieg englischer Blockademinister gewesen, einer der Architekten des alliierten Sieges, und seit Clement Attlee und Ernest Bevin die pazifistische Führung der Labour Party abgelöst hatten, fungierte der ebenfalls äußerst kämpferische Noël-Baker, ein ehemals hervorragender Leichtathlet von jetzt 58 Lebensjahren, als ihr außenpolitischer Kopf. Diese Koalition zwischen dem konservativen Cecil und dem linken Noël-Baker unter dem Glorienschein des Völkerbundes war der Inbegriff jener »*United Front*«, die vielen englischen Progressiven damals als Ideal vorschwebte. Sie verkörperte zugleich das militant-ideologische Kontrastprogramm zum verstockt-pragmatischen Konservatismus Chamberlains.

Die englische »Völkerbundsunion« war über Lord Cecil auch mit der 1936 in Paris gegründeten, kommunistisch gesteuerten »Weltfriedensbewegung« verbunden. Sie hatte verschiedene Wandlungen durchgemacht. Zu ihren hervorragenden Leistungen zählte die Volksabstimmung von 1934, wegen ihrer unklaren Zielsetzung »*peace bullet*« oder auch »*blood bullet*« genannt, zu

deutsch etwa »Abstimmung über den Frieden« oder »über das Blutvergießen«.
Bei dieser Gelegenheit sollten die Engländer einen Katalog von fünf Fragen mit »ja« oder »nein« beantworten, wobei die letzte Frage sinngemäß lautete, ob sie um des Friedens willen auch zum Krieg bereit seien, natürlich nur, um die internationale Rechtsordnung zu verteidigen. Daß sie damit zugleich auch die wirtschaftlichen, finanziellen und ideologischen Interessen der amerikanischen und englischen Internationalisten verteidigen sollten, wurde den elf Millionen Engländern, die an diesem fragwürdigen Frage- und Antwort-Spiel teilnahmen, natürlich nicht gesagt. Die Tatsache, daß 60 Prozent von ihnen die letzte Frage bejahten, war ein erstes und eindrucksvolles Beispiel dafür, wie man die Massen im Zeichen des Friedens für den Krieg mobilisieren konnte. Dem Negus in Addis Abeba nützte das alles freilich nichts. Denn der gereizte Mussolini, der vom Ergebnis dieser Umfrage eigentlich abgeschreckt werden sollte, griff Abessinien nun erst recht an.
Seit dieser Schlappe des Völkerbundes setzte sich die englische »Völkerbundunion« für eine Ausstattung der Genfer Weltorganisation mit einer möglichst starken, möglichst sogar militärischen Sanktionsgewalt ein, um künftig ähnlichen Aggressionen vorzubeugen. Da diese Möglichkeit aber in dem Maße entfiel, wie der Völkerbund verfiel, trat an die Stelle jenes Denkmodells ab 1937 immer stärker der Gedanke an eine Große Allianz aller antifaschistischen Mächte, die den Frieden notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigen sollten.

Die zeitliche und sachliche Nähe zu Roosevelts Idee von einer Schlichtung aller Weltkonflikte notfalls durch Blockadekrieg oder kriegsähnlicher Akte lag auf der Hand. Die zunehmenden Widersprüche zwischen Frieden als Ziel und Krieg als Mittel einer Politik, die ausdrücklich nicht den nationalen Interessen Englands dienen sollte, kostete die »Völkerbundunion« zwar bis 1938 fast die Hälfte ihrer einst 400000 Mitglieder. Die meisten von ihnen verstanden diesen Widerspruch nicht. Aber die Organisation blieb in der öffentlichen Meinung Englands und der Welt trotzdem von beachtlichem Gewicht, zumal ihre Verbindung bis ins Foreign Office reichten.
Seit sich Eden mit dieser »Völkerbundunion« liiert hatte, wurde er von ihr mehr oder weniger gezielt zur Leitfigur eines englischen Internationalismus aufgebaut, dazu bestimmt, gegen die konservativen Neoimperialisten vom Schlage Baldwins und Chamberlains Front zu machen. Ziel war eine »*Peace-Front*«, die von Churchill bis zur Labour Party reichen sollte. Wie gut sich Eden in dieser Rolle machte, beschrieb Sir John Wheeler-Bennett noch aus der Rückschau in beinah hymnischen Wendungen:

»Meine Zeitgenossen und ich kamen dazu, auf Anthony Eden als die einzige Person im öffentlichen Leben zu blicken, die unsere Ideale repräsentierte . . . Anthony war der Goldjunge, schlank, gut aussehend und charmant. Meine Generation sah in ihm den typischen Vertreter der Generation, die den Krieg überlebt hatte, um der Meister und Verteidiger unseres pathetischen Glaubens an das zu sein, was sich als flüchtige Wilson-

sche Sentenzen wie ›der Krieg zur Beendigung aller Kriege‹ und ›wir wollen die Welt sicher machen für die Demokratie‹ herausstellte.« [8]

Kein Wunder, daß der strahlende Held, den Daladier einmal ziemlich ungalant einen »jungen Idioten« nannte, in seinen späteren Versammlungen bis zu 18000 Menschen anzog, ein großartiger Erfolg der *Public Relations*, der Massenbeeinflussung und der selbstgerechten Kreuzzugsstimmung.
Edens Stunde schlug zum ersten Mal Ende 1935, als der englische Außenminister Hoare und der französische Ministerpräsident Laval Mussolini ein Friedensangebot machen wollten. Zum ersten Mal bewiesen die Internationalisten in der und um die »Völkerbundunion«, welche Macht sie auf die englische Innenpolitik auszuüben vermochten. Hoare, durch gezielte Indiskretionen der Pariser und Londoner Presse um seinen Ruf gebracht, mußte zurücktreten, Laval wurde wenig später durch die Volksfront gestürzt. Eden, zu diesem Zeitpunkt durch Cecils Protektion im Foreign Office bereits zuständig für den Völkerbund, avancierte zum jüngsten Außenminister Englands seit 1851.
Chamberlain fand also Eden bereits in der Regierung vor, als er im Mai 1937 Premierminister wurde, und in Anbetracht seiner außenpolitischen Leitvorstellungen war es kein Zufall, daß er ihn übernehmen mußte. Es war das halb erzwungene, halb freiwillig gemachte Zugeständnis an eine mächtige Strömung innerhalb der öffentlichen Meinung Englands, die das von ihr aus gesehen ziemlich weit rechts stehende Kabinett Chamberlain sonst kaum widerspruchslos hingenommen hätte. Zugleich lieferte der englische Premierminister damit seine Außenpolitik zum Teil seinen Gegnern aus.
Mit seinen Widerständen gegen Chamberlains Appeasement-Kurs, die er bisweilen als »Unterschiede in der Methode« zu bagatellisieren suchte, [9] stand Eden im Foreign Office nicht allein. Eine Gruppe von älteren und angesehenen Laufbahnbeamten, die in den Führungsetagen des Amtes saß, umgab den jungen Helden wie eine etwas bärbeißige Prätorianergarde. Zu ihr zählten in erster Linie der Permanente Unterstaatssekretär Sir Robert Vansittart, im Rang etwa vergleichbar mit einem deutschen beamteten Staatssekretär, als der eigentliche Behördenleiter; dessen Stellvertreter Sir Orme Sargent; der Parlamentarische Unterstaatssekretär Lord Cranborne, vergleichbar mit einem deutschen parlamentarischen Staatssekretär; William Strang, Leiter der Mitteleuropäischen Abteilung; Reginald Leeper, Chef der Presseabteilung; Edens Privatsekretär Oliver Harvey und der Parlamentarische Privatsekretär des Außenministers, J. P. Thomas. [10]
Ohne Zweifel hatte jeder dieser Männer seinen eigenen Standpunkt zu den Fragen der internationalen Politik, seine eigenen Grundüberzeugungen, Meinungen, die von Fall zu Fall auch von denen Edens abwichen oder mit denen von Chamberlain übereinstimmten. Man arbeitete sehr locker, sehr unabhängig, bisweilen auch etwas unkoordiniert und ein wenig nach Art eines Herrenclubs hinter den neoklassizistischen Mauern des Foreign Office in der Londo-

ner King Charles Street, nur einen Steinwurf von Downing Street entfernt. Aber gleichzeitig war der Korpsgeist der leitenden Beamten so stark, daß Gladwyn Jebb von einem »Bruderbund« sprechen konnte. [10a] Der Privatsekretär Cadogans, der ab 1937 mit zu der Prätorianergarde zählte, beschrieb die »Defekte« dieses Bundes mit Überheblichkeit, Besserwisserei und einem Mangel an Selbstkritik.

Die herausragende Figur dieses Kollektivs war zweifellos der 49jährige Sir Robert Vansittart, der die Leitung des Amtes 1930 von Sir Robert Lindsay übernommen hatte. Sein »Vansittartismus« – eine vor dem Ersten Weltkrieg in Wort und Schrift weit verbreitete Pseudo-Lehre, die der »deutschen Rasse« einen ihr unheilbar innewohnenden Kriegsgeist unterstellte – war fast schon legendär. Er spielte unterschwellig freilich auch vor dem Zweiten Weltkrieg eine Rolle. Obwohl Vansittarts Privatleben durchaus liebenswürdige Züge aufwies – er war mit einer reichen Amerikanerin verheiratet, besaß ein luxuriöses Haus in Mayfair und sprach so glänzend Französisch, daß er in dieser Sprache ein Drama schreiben konnte – gestaltete sich der dienstliche Umgang mit ihm schwierig. Denn Vansittart war ebenso verrückt anti-deutsch wie pro-amerikanisch und pro-französisch, Obsessionen, die bisweilen sein politisches Urteil trübten. Nicht selten glichen seine Memoranden wahren Kriegserklärungen an die deutsche Adresse, und seine Haßtiraden gegen Hitler fielen nicht selten so maßlos aus, daß er dann niemand mehr überzeugen konnte.

Chamberlain hatte daher auf seiner Ablösung von der Leitung des Foreign Office bestanden, und Halifax hatte ihn durch den bedächtig abwägenden Cadogan ersetzt. Mit dem schmückenden Titel eines »diplomatischen Chefberaters« abgefunden, sah sich Vansittart Anfang 1938 an den Rand des Geschehens abgedrängt. Aber obwohl ihn seine Vorgesetzten und Kollegen in den folgenden zwölf Monaten mitunter zum Teufel wünschten, konnte er seinen Einfluß auf Halifax langsam aber sicher vergrößern. Denn hinter Vansittart, der in den zwanziger Jahren die Amerika-Abteilung des Foreign Office geleitet hatte, stand die Macht von FOCUS, die Roosevelt zum Anti-Hitler machen wollte.

Einige der Spitzenbeamten, Vansittart eingeschlossen, befürworteten die klassische Linie der englischen Politik gegenüber Deutschland: enges Bündnis mit Frankreich, gegründet auf der kollektiven Sicherheit des Völkerbundes, und absoluter Widerstand gegen alle Ansprüche der Achse. Andere meinten, England müsse, bevor es zu spät sei, eine ernsthafte Anstrengung in Richtung auf eine Verständigung entweder mit Hitler oder mit Mussolini und vielleicht auch mit Japan machen.

In einem Punkt freilich gab es einen Konsens, der zugleich der entscheidende Dissens zu Chamberlain war. Es war die Überzeugung, daß die Freundschaft mit Amerika unter allen Umständen Vorrang haben mußte vor einer Verständigung mit Deutschland und/oder Italien.

Oliver Harvey, der Privatsekretär Edens und Halifax', faßte diesen Stand-

punkt der Dissidentengruppe vielleicht am besten zusammen, als er Anfang 1938 schrieb:

»Von uns im Foreign Office wird kein wirklicher Fortschritt von unseren eigenen Versuchen erwartet, ›allgemeine Übereinkünfte‹ mit Deutschland und Italien herbeizuführen. Wir versuchen lediglich, Zeit zu gewinnen, wobei wir von unserer Aufrüstung abhängen ... die einzige tödliche Gefahr für uns besteht darin, daß wir in einen Gegensatz zu Roosevelt und Amerika geraten. Ohne ihre Rückendeckung könnten wir in einem Krieg überwältigt werden.« [11]

Das war der Grund, wenn sich Chamberlain darüber beschwerte, das Außenministerium habe

»niemals eigene Anstrengungen gemacht, um mit den Diktatoren auf eine Linie zu kommen«,

und wenn er sich über die »negative Politik des Foreign Office« beklagte, negativ im Sinne seines *Appeasements*. [12] Seit sich mit der Davis-Mission und dem Regierungsantritt Chamberlains der verhängnisvolle Zusammenprall zwischen den Weltführungskonzeptionen der beiden angelsächsischen Mächte im Frühsommer 1937 anbahnte, hatten die Dissidenten im englischen Außenministerium, an der Spitze Eden, jeden Fortschritt in Richtung auf eine Entspannung in Europa blockiert oder zumindest verzögert, und einige von ihnen standen sogar in Verbindung mit jenem Mann, der innenpolitisch Chamberlains gefährlichster Gegner wurde, Winston Leonhard Spencer Churchill.
Churchill stammte aus der berühmten Familie der Herzöge von Marlborough, die ihrem Land seit Jahrhunderten gedient hatten. Obwohl seine Mutter Amerikanerin war, bezaubernde Tochter eines früheren Eigentümers der *New York Times*, stand er in der Ahnenreihe der englischen Imperialisten vom Schlage eines Milners, Kitchners und Rhodes'. Seit seiner abenteuerlichen Flucht aus burischer Gefangenschaft während des Burenkrieges galt Churchill als nationaler Held, der vor dem Ersten Weltkrieg wie ein Komet am Firmament der englischen Politik aufstieg. Nachdem er einige Ministerämter bekleidet hatte, wurde der bullige Mann zu Beginn des Ersten Weltkrieges Chef der englischen Flotte.
Das vorläufige Ende dieser glänzenden Karriere kam, als Churchill bei seinem »Abenteuer von Gallipoli« in den Dardanellen beinahe einen Teil der *Royal Navy* gegen die Türken verloren hätte. Zwar tauchte er in der Nachkriegszeit noch einmal auf und bekleidete von 1924 bis 1929 sogar das Amt des Schatzkanzlers. Aber dann wurde es allmählich still um ihn. Der korpulente Machtmensch, Zigarrenraucher und Freund alkoholischer Getränke galt als verantwortungsloser politischer Abenteurer, dem man lieber kein neues Ministeramt mehr anvertraute, obwohl Churchill in seiner Gier nach Macht und Ruhm heftig danach verlangte.
Dennoch verklärte ihn in den dreißiger Jahren, als der alte Haudegen das 60. Lebensjahr überschritt, noch ein wenig der heroische Glanz längst vergangener

Zeiten. Churchill hatte ohne Zweifel mythische Qualitäten und dazu eine große literarische und rhetorische Begabung, die er zur Verstärkung dieser Qualitäten nutzte. Aber sein politischer Weg war mit Parteiwechseln, politischen Fehden und Intrigen gepflastert, und ein paarmal hatte er auch den Weg Chamberlains gekreuzt. Die beiden stimmten in der Frage »Freihandel oder Präferenzsystem« nicht überein und in einigen anderen wichtigen Punkten. Chamberlain hielt Churchill für einen »verdammt unbequemen Bettgenossen«, [13] und Churchill schmerzte am meisten die Tatsache, daß Chamberlain an ihm vorbei an die Spitze der Konservativen Partei und Englands aufrücken konnte, während er selbst nach seinem Bruch mit Baldwin und einigen zweifelhaften Manövern während der Staatskrise um die Abdankung König Edward VIII. in der Versenkung verschwand.

Niemand hätte für Churchill noch einen Pfennig gegeben. Viele in der Konservativen Partei fürchteten sich vor seiner Unberechenbarkeit, vor seiner Treulosigkeit und vor seinem vulkanischen Temperament. Nicht wenige hielten ihn wegen seines Draufgängertums für ein Sicherheitsrisiko der englischen Politik. Und einige zweifelten schlicht und ergreifend an seiner Kompetenz, weil Churchill immer wieder allzu abenteuerliche Pläne hegte.

Durch seine Kriegsmemoiren wurde er wieder bekannt. Seine Artikel und Kommentare zu politischen Gegenwartsfragen erschienen in den dreißiger Jahren zwischen Buenos Aires und Prag in allen möglichen Zeitungen und Zeitschriften vom *Evening Standard* über den *Daily Telegraph* bis hin zur amerikanischen Hearst-Presse in Millionenauflage. Häufig sprach der eloquente Engländer in Rundfunksendungen, die nach Amerika ausgestrahlt wurden. Dennoch wurde Churchill von der öffentlichen Meinung diesseits und jenseits des Atlantiks bis 1937 eher für einen Mann mit einer großen Vergangenheit als mit einer großen Zukunft gehalten. Zu groß war in England der Konsens über Chamberlains Appeasement-Politik, zu konservativ Churchills Image in den USA.

Neben seiner Opposition gegen eine allzu fortschrittliche Kolonialpolitik hatte Churchill aber schon 1933 ein Thema entdeckt, das nicht der Massenwirksamkeit entbehrte. Es eignete sich besser als jedes andere, ihn wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Dieses Thema war die »deutsche Gefahr«. Diese Propagandaformel hatte das englische Volk schon vor dem Ersten Weltkrieg mobilisiert. Nun, da Deutschland von Hitler regiert wurde und durch seinen Wiederaufstieg zur militärischen Großmacht den europäischen status quo gefährdete, enthielt die Formel eine neue und bedrängende Aktualität.

Churchills frühe Warnung vor den Nazis, sein unerbittlicher Ruf nach einer Beschleunigung und Verstärkung der englischen Aufrüstung, schließlich sein unaufhörliches Reden vom Krieg, der unausweichlich werde, wenn sich der Rest der Welt nicht gegen das böse Deutschland zusammenschließe, verliehen ihm allmählich die fast magische Ausstrahlungskraft eines politischen Sehers. Betrachtete man den Abessinienkrieg, die Rheinlandkrise und den

Spanischen Bürgerkrieg, so schienen sich seine Prophezeiungen wie von selbst zu erfüllen.

Nur wenige kamen auf den Gedanken, hinter dieser allmählichen Aufwertung Churchills zu einer nationalen Gegenfigur Chamberlains nicht nur das unbestreitbare Charisma dieses Mannes zu erblicken, sondern eine von langer Hand angelegte und durchgeführte Machteroberungsstrategie. An ihr strickte eine Große Koalition aller Chamberlain-Gegner. Churchill war es 1935 gelungen, in jenen Unterausschuß des Reichsverteidigungsausschusses zu gelangen, der sich mit der Luftrüstung Englands befaßte. Der Zugang zu den Daten dieses sensiblen Bereiches der Landesverteidigung verschaffte ihm einen Informationsvorsprung vor allen anderen Kritikern der Regierung, den Churchill in einer zum Teil demagogischen Manier gegen Chamberlain auszuspielen wußte.

Churchill war ein Einzelkämpfer, der sich seine eigene kleine Regierung hielt. Seine Drähte reichten über das »*Old Boys*«-Netzwerk bis weit in die offizielle Regierung hinein. Zu seiner kleinen, fähigen und verschworenen Mannschaft gehörten an erster Stelle der Geheimdienstmann Desmond Morton, vor allem auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kriegsführung tätig, der Physikprofessor Frederick Lindemann, liebevoll »the prof« genannt, der schon im Ersten Weltkrieg am Aufbau der englischen Luftabwehr mitgearbeitet hatte, und der australische Journalist, Finanzier und konservative Abgeordnete Brendan Bracken, im Hauptberuf Verlagsdirektor des einflußreichsten Wirtschaftsmagazins *The Economist* und der *Financial News*. Außerdem arbeitete in der konservativen Unterhausfraktion, in der Admiralität und im Luftwaffenministerium eine ganze Reihe treu ergebener Freunde für ihn. Seit 1936 hatte Churchill Kontakte zu Vansittart und Leeper.

Aber in Wirklichkeit reichten Churchills Verbindungen noch viel weiter, und niemand wußte ganz genau, bis wohin. Das galt besonders für seine finanziellen Verhältnisse. Churchill verdiente an seiner publizistischen Tätigkeit nicht schlecht. Aber er hatte einen großen Teil seines Vermögens während der Weltwirtschaftskrise durch Aktienspekulationen an der New Yorker Börse verloren. So befand er sich während der dreißiger Jahre fast ständig in finanziellen Nöten, so daß der Bankier Strakosch im März 1938 für die nächsten drei Jahre sämtliche Verpflichtungen aus den Aktienspekulationen übernahm, nachdem Churchill an der Börse abermals hohe Verluste erlitten hatte. Noch im Juli 1937 bot ihm Lord Rothermere »weitere 600 Pfund« an, wenn er das Cognac-Trinken lasse.

Ein Jahr vor Hitlers Machtergreifung hatte Churchill versucht, mit dem deutschen Reichskanzler in spe in Verbindung zu treten. Gemeinsam mit seiner Frau, seinem Sohn Randolph, seiner Tochter Sarah, Lindemann und dem Verleger Lord William Camrose (*Sunday Times*, *Financial Times*, *Daily Telegraph*) reiste er damals in München an. Die Gesellschaft wartete mehrere Stunden lang vergeblich in einem Lokal, das Hitler sonst aufzusuchen pflegte, ohne daß Churchill ganz klargemacht hätte, was er eigentlich von dem Deutschen wollte. Aber ausgerechnet an diesem Tag erschien Hitler nicht.

Im Frühjahr 1936, nach dem Abessinien-Krieg und der Rheinland-Krise, schwenkte Churchill um. Er beerdigte seinen antisowjetischen Komplex und fing an, über die Einbeziehung Rußlands in ein antideutsches Bündnis, die »Große Allianz«, nachzudenken. Ein Jahr später

»begann Churchill, über die Notwendigkeit einer Teilnahme der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten zu schreiben und zu sprechen«. [14]

Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich bereits mit Robert Vansittart und Reginald Leeper im Foreign Office verschworen, den sogenannten »Anti-Nazi-Rat« zum wichtigsten Instrument der psychologischen Kriegführung gegen eine Verständigung mit Deutschland zu machen. Der offizielle Name dieser Organisation lautete: »Nicht-sektiererischer Anti-Nazi-Weltrat zum Kampf für die Menschenrechte«.

Der jüdische Anwalt und Unternehmer Samuel Untermeyer aus New York hatte diese Organisation 1936 gemeinsam mit dem englischen Gewerkschaftsführer und Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sir Walter Critine gegründet. Sie wurde auf englischer Seite über den geheimen *Jewish Defence Funds* finanziert und blieb durch ein Gesetz den Blicken der Öffentlichkeit verborgen. Zu Recht sagte Churchill im Herbst 1936 zu einem Bekannten:

»Die Basis der Anti-Nazi-Liga ist natürlich das jüdische Ressentiment gegen ihre abscheuliche Verfolgung.« [15]

Untermeyer stand Roosevelt immerhin so nahe, daß sein Neffe Laurence Steinhardt im Herbst 1938 als Nachfolger des Präsidenten-Freundes Joseph Davies neuer US-Botschafter in Moskau wurde. Nach den Usancen der amerikanischen Politik werden mit so wichtigen Posten in der Regel nur die engsten Freunde des Präsidenten beehrt.
Churchills Kampfgenossen Vansittart und Leeper förderten die Versuche Critines, alle antifaschistischen Organisationen zu einer zentral gesteuerten Propagandamaschine zusammenzufassen. Das Ergebnis war ein »rein außenpolitisches Aktionsbündnis« (Dietrich Aigner), das sich »FOCUS« (zu deutsch: Brennpunkt) nannte. Es wurde von der englischen Gewerkschaftsführung (Critine, Bevin), von der Völkerbundsunion (Cecil, Noël-Baker), der Labour Party (Hugh Dalton, Noël-Baker), und den Sinclair-Liberalen (Sinclair, Sir Walter Layton mit den Zeitungen *News Chronicle*, *Star*, *The Economist*, *Manchester Guardian*, *Daily News*) und sogar vom Erzbischof von Canterbury unterstützt.
Mit Churchill als nationalem Hauptpropaganda-Redner und – nach Wickham Steeds Amerika-Reise im Herbst 1937 – mit Roosevelt als internationaler Leitfigur faßte »FOCUS« alle politischen Strömungen zusammen, die in Opposition zu Chamberlains Appeasement-Politik standen. Churchill und Roosevelt, die im Ersten Weltkrieg für kürzere oder längere Zeit den Einsatz

der angelsächsischen Seemacht geleitet hatten, kannten einander natürlich, obwohl man bis heute annimmt, sie hätten erst am 11. September 1939, zehn Tage nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wieder persönlichen Kontakt miteinander aufgenommen – als Churchill erneut Chef der englischen Flotte war.

Wahrscheinlich kommunizierten die beiden bis dahin über den New Yorker Börsen-Spekulanten und Roosevelt-Finanzier Bernard Baruch, den Churchill mindestens seit 1919 kannte. Gesellschaftspolitisch stand Churchill in Opposition zum *New Deal*, so daß er 1937 unter dem Titel »Worum wir die Vereinigten Staaten bitten« einen öffentlichen Appell an Roosevelt richtete, im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Hitler den »rücksichtslosen Krieg gegen das private Unternehmertum« einzustellen. [16]

Weit wichtiger war jedoch die Übereinstimmung, die zwischen den außenpolitischen Grundüberzeugungen Churchills und Roosevelts herrschte. Beide Politiker waren sich darin einig, daß es einen Frieden mit den Diktatoren auf die Dauer nicht geben könne. Hitler mußte ihrer Meinung nach zum frühestmöglichen Zeitpunkt, solange das deutsche Reich seine volle Kampfkraft noch nicht erreicht hatte, durch die Demonstration einer überwältigenden militärischen Macht entweder an weiteren außenpolitischen Erfolgen gehindert oder, sollte er diese Erfolge zu erzwingen suchen, in einem Defensivkrieg besiegt werden. [17] Diese »überwältigende Macht« konnte nach Roosevelts und Churchills Meinung nur eine »Große Allianz« unter Einschluß Amerikas und Rußlands aufbringen, also ein weltpolitisches Bündnis, das geeignet war, Deutschland außerhalb der Reichweite seiner kontinentalen Schock-Armeen einzukreisen, abzuschnüren und gegebenenfalls auszuschalten. Die beiden Politiker waren sich einig, daß dabei die Luftwaffe neben der englischen und amerikanischen Flotte die strategisch entscheidende Rolle spielen würde und daß sich anschließend alle Weltprobleme von einer Handvoll erleuchteter Staatsmänner am »runden Tisch« lösen ließen, worunter sie sich mit schöner Bescheidenheit zuallererst selbst verstanden.

Der unaufhaltsame Aufstieg Churchills in den dreißiger Jahren beruhte auf mehreren Faktoren. Zunächst verband er seinen militanten Chauvinismus mit einer klaren außenpolitischen Perspektive. Das von ihm vertretene Bündnis Englands und Frankreichs mit Rußland und Amerika stellte seiner ganzen Natur nach eine klare Alternative dar zur feingesponnenen Appeasement-Konzeption Chamberlains, in der eine Große Allianz wegen der ihr innewohnenden Kriegsgefahr immer nur ein Aushilfsmittel für den äußersten Notfall sein konnte.

Diese Alternative trug den Anti-*Appeasern* – soweit sie Churchills Meinung teilten – einen entscheidenden Vorteil im politischen Tageskampf ein. Sie brauchten nämlich die Politik Chamberlains nur fortlaufend zu stören, um eine Befriedung der Achsenmächte zunehmend unwahrscheinlich und damit zugleich den Rückgriff auf die Große Allianz zunehmend wahrscheinlich zu machen. Tatsächlich liefen die Ereignisse auf englischer Seite von 1937 bis 1939

so, daß Churchills Konzeption nicht zuletzt dank der FOCUS-Aktivitäten immer wieder bestätigt und Chamberlains Konzeption ebenso oft widerlegt wurde. Da Churchill von Anfang an ständig von der Unausweichlichkeit des nächsten Krieges geredet hatte, was ihm bei seinen Gegnern den Ruf eines »Kriegstreibers« und »Alarmmachers« eintrug, wirkte die ganze Entwicklung wie Wasser auf seine Mühlen.

Noch wichtiger aber war vielleicht etwas anderes. Durch seine klare und in den Augen vieler Engländer auch völlig unverdächtige Forderung nach dem Bündnis mit Amerika und Rußland schien Churchill die englischen Reichsinteressen mit den ideologischen Postulaten des liberal-demokratischen und kommunistischen Internationalismus zu versöhnen. Das machte ihn innenpolitisch vom rechten Flügel der Konservativen bis weit hinein in die Labour Party bündnisfähig, was Chamberlain von sich nicht behaupten konnte. So bildete Churchill in den Jahren 1937 bis 1939 innerhalb der konservativen Unterhausfraktion eine Anti-*Appeasement*-Fronde, die jederzeit den Brückenkopf für einen parlamentarischen Machtwechsel bilden konnte. Diese Möglichkeit rückte automatisch immer näher, je mehr Chamberlain durch die außenpolitische Entwicklung, an der Churchill und Roosevelt nicht unbeteiligt waren, in einen Gegensatz zum militant-antifaschistischen Trend der öffentlichen Meinung geriet.

Durch seine vielen und sicher nicht immer einwandfreien Verbindungen zum Foreign Office, zur Admiralität und zu anderen Regierungsstellen hatte Churchill schließlich 1938/39 die Hand am Puls der englischen Außenpolitik. Gerade in den kritischen Momenten, als in den Londoner Amtsstuben manches drunter und drüber ging, konnte er einige Operationen direkt beeinflussen. Das galt auch für die politischen Prozesse in Paris und Prag, wo Churchill seit dem Ersten Weltkrieg viele Freunde hatte. Ab Herbst 1937 stand er mit Außenminister Eden im Bunde.

In Anbetracht all dieser Umstände konnte es niemanden überraschen, daß Chamberlain sein eigener Außenminister zu sein versuchte. In drei entscheidenden Situationen – vor Halifax' Reise nach Berlin und Berchtesgaden, nach dem Eintreffen von Roosevelts Weltfriedensplan und bei der Anbahnung der Kontakte zu Mussolini – handelte der Premierminister bewußt an Eden vorbei, um das Risiko politischer Sabotage auszuschalten. Zwar konnte Chamberlain den streitbaren Vansittart, dessen Kompetenz seit 1937 sogar von Eden bestritten wurde, [18] zum 1. Januar 1938 durch den ausgleichenden Cadogan als neuen Staatssekretär ersetzen. Cadogan schwankte aber selbst zwischen *Appeasement* und Anti-*Appeasement*. Nach München trug er entscheidend zur Verhärtung der englischen Politik bei, und Vansittart blieb als »diplomatischer Chefberater« des Premierministers innerhalb und außerhalb des Foreign Office eine einflußreiche Figur. Die anderen Spitzenbeamten verziehen es Chamberlain nie, daß er in ihre Amtsbereiche eingriff. Sie beklagten sich bitter, daß der Premierminister in seiner Not seinen Chefberater in Beschäftigungsfragen, Sir Horace Wilson, zu seinem Schattenaußenminister machte.

So herrschte zwischen Downing Street Nr. 10 und dem Foreign Office in den

Jahren 1937 bis 1939 ein von innen und außen geschürter Kleinkrieg, der jede konstruktive, vorausschauende und glaubwürdige Außenpolitik unmöglich machte. Dieser stille, aber zähe Kampf wurde mit den Mitteln der Intrige, der Indiskretion und der Insubordination ausgetragen. In den nur neun Monaten, die Chamberlain und Eden zusammenarbeiteten, mußte der Premier seinen Außenminister mehr als einmal zur Ordnung rufen, ertappte er ihn wiederholt dabei, wie er interne Abmachungen anders ausführte als abgesprochen, und einmal, während einer erregten Auseinandersetzung im November 1937, wurde Eden von Chamberlain mit den Worten nach Hause geschickt, er solle »eine Aspirin nehmen und sich ins Bett legen«. [19] Danach war das Verhältnis zwischen den beiden kaum noch zu retten.

Es ist sicher, daß Roosevelt von diesen Spannungen wußte, und man kann nicht ausschließen, daß er seinen Weltfriedensplan im Januar 1938 bewußt an Chamberlain persönlich adressierte, um den Premierminister zu Fall zu bringen. Schließlich konnte sich der Präsident an den Fingern einer Hand ausrechnen, wie negativ der Premierminister reagieren würde, und der Bruch mit Eden trat ja auch sofort ein, als der Außenminister nach seiner Rückkehr am 18. Januar 1938 den Satz diktierte:

> »Wir haben zwischen dem Versuch einer englisch-amerikanischen Kooperation zur Rettung des Weltfriedens und einer schrittweisen Regelung durch eine problematische Vereinbarung mit Mussolini zu wählen.« [20]

Dadurch wurde Chamberlain indirekt in die Nähe eines Friedensstörers gerückt, und Churchill brachte später an der bereits zitierten Stelle seiner Memoiren klar genug zum Ausdruck, daß er Chamberlain wirklich für einen solchen hielt.

Tatsächlich setzte Eden mit seinem Rücktritt die Kooperation zwischen den beiden angelsächsischen Weltmächten aufs Spiel, um Chamberlain mit in den Abgrund zu reißen. Wie ernst die Lage für den Premierminister war, machte eine Warnung Horace Wilsons deutlich: Sollte Eden zurücktreten, so drohte er dessen Freunden, und Roosevelt anschließend erklären, England habe die Vereinigten Staaten zurückgestoßen und es verdiene im Kriegsfall die amerikanische Hilfe nicht mehr, würde er Edens Beziehungen zu den Diktatoren enthüllen sowie die Tatsache, daß die Friedenspolitik Chamberlains an der »beschämenden Obstruktion« des Foreign Office gescheitert sei. Daraufhin mußte sich der Außenminister damit begnügen, seine Demission mit dem an sich sekundären Streit über die Anerkennung Italienisch-Abessiniens zu begründen, und Chamberlain blieb im Amt. [21] So hart waren die Bandagen, mit denen um den Kurs der englischen Außenpolitik gefochten wurde. Schon Monate vor dem Rücktritt Edens hatte die Dissidenten-Gruppe im Foreign Office mit und ohne den Minister darüber beraten, ob, wann und mit welchem Ziel er zurücktreten sollte. Wegen Edens grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten mit Chamberlain lag der Bruch seit Beginn der englisch-italienischen Annäherung im Spätsommer 1937 in der Luft, und es kam nur noch auf den

Anlaß und die Wirkung an, deren es bedurfte, um ihn herbeizuführen. Auch bei diesen Überlegungen spielte der Gedanke eine zentrale Rolle, daß die Demission Edens das ganze Kabinett Chamberlains mitreißen und den Weg für eine »echte« Regierung der nationalen Konzentration freigeben würde, möglichst einschließlich der Labour Party. Für die dann geplante Einführung der allgemeinen Wehrpflicht brauchten die Anti-*Appeaser* die Arbeiterbewegung, damit die Rüstungsproduktion trotz des Verlustes von Arbeitskräften an die Armee noch stärker angekurbelt werden konnte.

»Ein Eden-Kabinett würde den Kampf gegen die Diktaturen zum Ziel haben – an erster Stelle gegen Mussolini«,

notierte der italienische Außenminister Ciano denn auch besorgt in sein Tagebuch kurz vor dem Rücktritt seines englischen Amtskollegen. [22] Zum Sturz Chamberlains kam es jedoch nicht, weil das Kabinett zusammenhielt. Die prägnanteste Begründung dafür lieferte ausgerechnet der Minister für Verteidigungskoordination, Thomas Inskip, der in die entscheidende Kabinettsitzung einen Merkzettel mit dem Satz mitbrachte: [23]

»Edens Politik eines Aufmarsches der USA, Großbritanniens und Frankreichs bedeutet Krieg.«

Den aber wollte 1938 weder die Regierung noch die Konservative Partei, noch die öffentliche Meinung Englands. So mußte nicht Chamberlain, sondern Eden, begleitet von seinen Mitarbeitern Cranborne und Thomas, gehen. Dagegen blieben die anderen Mitglieder der Dissidenten-Gruppe – Harvey, Leeper, Sargent, Strang und Vansittart – im Amt, um gerade die Kontinuität zu Eden zu sichern.

Die Regierung Chamberlains litt schwer und nachhaltig unter dieser ersten großen Krise. In den Augen großer Teile der Öffentlichkeit und des Parlaments hatte sie erheblich an Prestige verloren, auch in den Augen Frankreichs und Roosevelts. Nichts illustrierte das besser als die Tatsache, daß das Unterhaus den Tadelsantrag, der nach Edens Rücktritt gegen Chamberlain eingebracht wurde, mit der knappsten Mehrheit seit 1931 ablehnte.

In dieser Debatte hatte Churchill seinen ersten großen Auftritt gegen Chamberlain. »Dies war eine gute Woche für die Diktatoren«, höhnte er. [24] Für den Premierminister begann danach ein monatelanger Marathon-Hürdenlauf über weitere Tadelsanträge, Vertrauensfragen und parlamentarische Interpellationen, der sich bis zum Kriegsausbruch im September 1939 hinzog. Alle diese Manöver hatten den Zweck, England von seinem Verständigungskurs gegenüber den Diktaturen abzubringen, sei es, daß Chamberlain selbst klein beigab und seine Politik änderte, sei es, daß man ihn stürzen mußte.

Chamberlain vermochte die Verschlechterung seiner innen- und außenpolitischen Position auch nicht dadurch aufzufangen, daß er Lord Halifax zum Nachfolger Edens berief. Eingedenk seines Besuches auf dem Obersalzberg wurde der neue Mann im Unterhaus als »Hitlers Mann« begrüßt, und obwohl

es nur der kommunistische Abgeordnete Gallacher war, der diese vorlaute Bemerkung machte, hatten doch alle das Gefühl, daß der ehemalige Vizekönig von Indien schon aus Mangel an Erfahrung in der europäischen Politik fast bedingungslos dem *Appeasement*-Kurs Chamberlains folgen würde. Das war auch zunächst durchaus der Fall. Aber es nutzte Chamberlain in der parlamentarischen Auseinandersetzung nicht viel. Denn als Angehöriger des Hochadels hatte Halifax nur einen Sitz im Oberhaus, so daß er seinem Premierminister bei den außenpolitischen Debatten im Unterhaus nicht sekundiern konnte. Lange hätte er es sowieso nicht getan, denn im Sommer 1938, nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt, begann sich auch Halifax von seinem Premierminister abzuwenden.

Englands Tragödie vor dem Krieg – und damit zu einem Gutteil auch die Tragödie Europas und der ganzen Welt – bestand darin, daß es in der entscheidenden Phase der Jahre 1937/38 nacheinander zwei Außenminister hatte, die weder willens noch in der Lage waren, der englischen Außenpolitik für Freund und Feind erkennbare, berechenbare und glaubwürdige Konturen zu geben, die den Absichten Chamberlains entsprochen hätten. Als sechstes und letztes Kind ohne linke Hand geboren, stammte der liebenswürdig und ehrbar wirkende Halifax aus der abseitigen Welt des Landgutes Hickleton in Yorkshire, wo die Bediensteten die Lampen löschten, wenn die Hausglocke zur Bettruhe rief, wo man Sonntags dreimal zur Kirche ging und wo Jagdausflüge, weite Ritte über das Hügelland und Abendmahlzeiten mit acht Gängen zu den wenigen Abwechslungen zählten, die der feudale, uneilige und traditionelle Lebensstil des englischen Landadels bot. Halifax' Vater war ein ebenso prominentes wie exzentrisches Mitglied der anglikanischen Laienbewegung. Für den Sohn kam das Deutschland Hitlers »gleich nach der Hölle«. [25]

Wie Eden hatte auch Halifax die hohe Schule von Eton und Oxford absolviert, hatte Geschichte studiert und sich auf Reisen ein wenig in der Welt umgesehen. Er war beileibe kein Intellektueller, sondern ein einfacher, geduldiger und ausgleichend wirkender Mensch, der seine Arbeit im Außenamt, die er ohne feste Überzeugung und mit nur wenigen reflektierten Vorstellungen von europäischer Politik versah, bisweilen als etwas freudlose Pflicht empfand. Im Gegensatz zu Eden, der immerhin an die kollektive Sicherheit und an den Wilsonismus wie an das Evangelium glaubte, fiel es bei Halifax schwer, irgendeinen konzeptionellen Gedanken von Bedeutung zu erkennen.

Trotzdem war es kein Zufall, sondern ein wohlüberlegter Schachzug, daß sich Chamberlain für den ehemaligen Vizekönig von Indien als neuen Außenminister entschied. Halifax hatte in Neu Delhi einen Palast mit 300 Zimmern bewohnt und die englische Weltmacht durch seine Verhandlungen mit Gandhi davor bewahrt, auf dem indischen Subkontinent im Flammenmeer eines Bürgerkrieges unterzugehen. Er hatte also einen Erfolg vorzuweisen, und außerdem schien er lenkbarer zu sein als der sperrige Eden.

In der englischen Politik, die einem Haus mit vielen Wohnungen glich, in denen miteinander befreundete und verfeindete Geschlechter lebten, zählte Halifax

außerdem zu jenen Politikern, die an vielen Türen anklopfen konnten, ohne abgewiesen zu werden, und deren Türen selbst für alle anderen offen standen. Er war mit dem konservativen Unterhaus-Rebellen Leo Amery ebenso befreundet wie mit dem Herausgeber der Londoner *Times*, Georges Dawson, mit Lord Lothian und mit Churchills Kriegskameraden Sir Edward Grigg. Halifax hatte gute Beziehungen zum Königshaus, zu einflußreichen Juden, zur Labour Party, zum Erzbischof von Canterbury, zu Winston Churchill und spätestens seit April 1938 auch zu dessen Agitprop-Organisation FOCUS.

Nach seiner Rückkehr aus Indien war Halifax zunächst als Lordsiegelbewahrer Mitglied des Kabinetts geworden, ohne die Lasten eines ausgewachsenen Fachressorts zu tragen. Gleichsam als »freier Mitarbeiter« des Foreign Office ging er freilich durch die Schule seines Vorgängers Eden. Zwar teilte er nicht dessen Begeisterung für den Völkerbund, aber Halifax versuchte Edens Politik des »*Keep them guessing*« zu kopieren, indem er Deutschland und Frankreich im unklaren darüber ließ, ob Großbritannien in einen kontinentaleuropäischen Konflikt militärisch eingreifen würde oder nicht. Und mindestens einmal, nämlich in den kritischen Tagen der Septemberkrise 1938, ließ sich Halifax von Eden direkt und in massiver Weise gegen Chamberlain beeinflussen.

Halifax' Haltung zu Amerika unterschied sich 1938 zunächst nicht von der, die er 1917 eingenommen hatte. Damals hatte England schon einmal vor der Frage »Verständigungsfrieden mit Deutschland oder Kampf bis zum letzten Mann mit Hilfe Amerikas« gestanden. Halifax' Antwort: »Durchhalten, bis diese Hilfe etwas bringt«. [26] Schon damals hatte Halifax »irgendeine Art von internationaler Zwangs ›Pakt‹-Maschinerie« gefordert, die Wilsons Grundideen entsprach und deren Verwirklichung jetzt, mit Roosevelts Weltfriedensplan in der Schwebe, sich der Realisierung zu nähern schien.

Dies und der Sturz Edens führten dazu, daß der 57jährige Halifax sein holzgetäfeltes Amtszimmer im *Foreign Office* im Februar 1938 nur mit einer bedingten Loyalität zu Chamberlain betrat. Einerseits fühlte er sich verpflichtet, die *Appeasement*-Politik des Regierungschefs mitzutragen, weil es dazu im Moment keine greifbare Alternative gab. Andererseits lebte in Halifax der Glaube an die Notwendigkeit eines amerikanisch-englischen Bündnisses fort, und je näher dieses Bündnis rückte, desto mehr entfernte er sich von Chamberlain. Halifax' Außenpolitik stand deshalb 1938/39 unter dem Vorbehalt, daß Amerika die Lektionen der Geschichte seit 1914 beizeiten lernen würde, [27] und je wahrscheinlicher dies im Verlauf des Jahres 1938 wurde, desto mehr schmolz die Loyalität des Außenministers dahin. Bis zur Krieg-in-Sicht-Krise im September versuchte Halifax als treuer Diener seines Herrn, Deutschland und Frankreich im Tauziehen um die Tschechoslowakei von der Anwendung von militärischer Gewalt zurückzuhalten und Staatspräsident Benes zu einem Maximum an Konzessionen zu bewegen. Dann aber, in den entscheidenden Tagen zwischen dem 25. und 27. September 1938, als sich die

»Große Allianz« einschließlich Amerikas und Rußlands abzuzeichnen schien, fiel Halifax plötzlich um. Er führte die Revolte des Kabinetts gegen Chamberlain an und gab Prag das Signal zum bewaffneten Widerstand.
Sicher hing das auch mit dem unerbittlich steigenden Druck zusammen, mit dem Hitler den Sommer über das Sudetenland von der Tschechoslowakei abzuspalten versuchte. Aber das war nur sekundär. Primär versuchten die Anti-*Appeaser* von Roosevelt bis Churchill, England von den Konzessionen abzuhalten, die Halifax in seinem Gespräch mit Hitler im November 1937 angedeutet hatte. Das Ergebnis dieser beiden Entwicklungen war die Konferenz von München, jener Akkord der vier europäischen Hauptmächte, der paradoxerweise nicht den Frieden, sondern den Krieg näherbrachte.

---

Anmerkungen

1 Eden, Memoirs, Vol. II, S. 552.
2 Der Grund für diesen Prestigeverlust war die Tatsache, daß Welles in politischen Kreisen Washingtons ausstreute, er habe niemals seine Zustimmung zur völkerrechtlichen Anerkennung Italienisch-Abessiniens durch England im besonderen und zur englischen Appeasement-Politik im allgemeinen gegeben.
3 PRO PREM 1/259: Lindsay 18. 1. 38 FO, sofort/äußerst geheim.
4 ebda., Chamberlain 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim.
5 ebda.
6 Carlton, Eden, S. 84.
7 Dietrich Aigner: Pazifisten und Friedenskämpfer am Vorabend des 2. Weltkrieges. Die internationale Friedensbewegung in den 30ger Jahren. (Vortragsmanuskript)
8 John Wheeler-Bennett, Knaves, Fools, and Heroes. In Europe between the Wars. London 1974, S. 13f. – Bullitt, President, S. 310.
9 Harvey, Diaries, S. 48.
10 Alle diese Angaben beziehen sich auf den Stand von 1937/38.
10a Gladwyn Jebb, The Memoirs of Lord Gladwyn. London 1972, S. 51ff.
11 Harvey, Diaries, S. 70.
12 ebda., S. 48.
13 Martin Gilbert, Winston S. Churchill. Vol. V: 1922–1939 London 1976, S. 296.
14 ebda., S. 870f.
15 ebda., S. 800.
16 Lash, Roosevelt, S. 28.
17 Dabei zeigten Churchills Pläne für die Operationen der Royal Navy eine hohe Affinität zu Roosevelts Blockadeplänen: Die englische Flotte sollte durch ihre Operationen in der Ostsee die deutsche U-Boot-Waffe vom Atlantik ablenken, was dort die Errichtung einer amerikanisch-englischen Seeblockade erleichtert hätte. Vgl. Churchills Memorandum vom 27. 3. 39 – Ein anderes Churchill-Szenario sah die Bindung der deutschen Wehrmacht durch Defensivoperationen der französischen Armee hinter der Maginot-Linie vor, während die tschechoslowakische Armee gleichzeitig den Rest der deutschen Streitkräfte auf der anderen Seite in Feindseligkeiten verwickelte. Auch eine Kombination der beiden Szenarien zu Wasser und zu Lande war denkbar. Vgl. zu diesen Plänen Gilbert, Churchill, S. 1051. Dazu wäre natürlich noch der von Churchill bevorzugt propagierte Bombenkrieg gekommen.
18 Eden empfand schon im März 1937 einen »Mangel an Vertrauen in Vansittarts Urteil«. Harvey fand, daß der Nachfolger als Permanenter Unterstaatssekretär, Sir Alexander

Cadogan, vor dem »sehr aktiven« Vansittat geschützt werden müsse, was aber nicht gelang. – Harvey, Diaries, S. 63.

19 Harvey, Diaries, S. 60f.

20 Eden, Memoirs, Vol. II, S. 614.

21 ebda., S. 562.

22 ebda., S. 598.

23 ebda., S. 560.

24 Gilbert, Churchill, S. 905.

25 Oswald Hauser, England und das Dritte Reich. Zweiter Band: 1936 bis 1938. Göttingen/Zürich 1982, S. 318.

26 Birkenhead, Halifax, S. 114: So Halifax in einem Leserbrief, den er im November 1917 auf Bitten von Lord Henry Bentinck an den Daily Telegraph schrieb – als Antwort auf einen Leserbrief des Fünften Marquis of Lansdowne, der zu einem Verständigungsfrieden mit Deutschland aufgerufen und damit – ein halbes Jahr nach Kriegseintritt der USA, aber noch vor dem massiven Wirksamwerden der amerikanischen Truppenverstärkungen – eine erregte Debatte über die englische Kriegszielpolitik ausgelöst hatte.

27 ebda.: Schon in seinem Leserbrief hatte Halifax vor einem vorzeitigen Friedensschluß mit Deutschland gewarnt, weil dieses sonst die Lektion von 1914 nicht lernen würde. Daran schloß er die rhetorische Frage an, ob nicht auch die USA diese Lektion lernen müßten – eine Anspielung darauf, daß Amerika nicht sofort an der Seite Englands in den Krieg eingetreten war – »so daß das Britische Empire und die USA miteinander verbunden sind in einem gemeinsamen Lernen; und zusammenstehen für die Sache des Friedens durch die Stärke dessen, was sie gemeinsam gelernt haben?«

## 3.

## Die dreifache Schicksalsfrage

Gegen die Widerstände Churchills, Edens und des Foreign Office und trotz der groben Einmischung Roosevelts versuchte Chamberlain im Frühjahr 1938, seine Entspannungspolitik gegenüber den Diktatoren voranzutreiben. Dabei mußte er seltsame Wege gehen, um seinem ersten Ziel – einer Verständigung mit Mussolini über den Nahen Osten, Nordafrika und den Mittelmeerraum – näherzukommen. In diesem Fall bediente er sich seiner Schwägerin Lady Ivy Chamberlain. Die alte Dame, die eine Schwäche für den italienischen Duce hatte, traf sich in Rom mit Außenminister Ciano zum Lunch. Geheimnisvoll raunte ihr der elegante Graf zu: »Zeit ist alles. Heute würde es leicht sein, ein Abkommen zu schließen. Aber es geschehen Dinge in Europa, die es morgen unmöglich machen könnten.« [1]

Die »Dinge in Europa«, die Ciano meinte, waren der bevorstehende Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. Die ganze Welt hatte dieses Ereignis seit Jahr und Tag kommen sehen, und Chamberlain hoffte jetzt, daß er Mussolini davon abhalten könne, diese einseitige Änderung des europäischen status quo widerspruchslos hinzunehmen, wenn England vorher die italienischen Eroberungen in Abessinien völkerrechtlich anerkannte. Dieser Schritt schien dem Premierminister eine entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung Italiens als unabhängiger Macht zu sein, für die Schwächung der »Achse Berlin-Rom« und damit zugleich auch für den Frieden.

Doch hatte Eden immer neue Bedenken erhoben und sich zuletzt auf die Bedingung versteift, vorher müsse Mussolini einem Abzug der italienischen Freiwilligen-Armee aus Spanien zustimmen. Der italienische Botschafter in London, Graf Grandi, der mit dem Premier und dem Außenminister die Vorgespräche führte, hielt diese Forderung für eine Falle. Inmitten des allgemeinen Tumults, der in London bereits um Roosevelts Weltfriedensplan und den Streit über die Prioritäten der englischen Politik herrschte, drohte der Draht nach Rom abzureißen. In dieser dramatischen Situation kam Chamberlain ein informeller Kontakt zupaß, den er vor einiger Zeit zur italienischen Botschaft über deren Rechtsberater Dingli und Sir Joseph Ball geknüpft hatte, einen führenden Mann der konservativen Parteiorganisation.

Kurz bevor der Premier seinen Außenminister am Sonntag, den 20. Februar 1938, zu sich rief, um ihm den Rücktritt nahezulegen, wurde dieser Ball von Dingli irgendwo auf dem Lande aufgestöbert. Dingli hatte eine wichtige Botschaft für Ball: die Bereitschaft Mussolinis, seine Truppen aus Spanien

abzuziehen. Die beiden Männer trafen sich am Londoner Bahnhof »Waterloo-Station« und fuhren mit einem Taxi zu Old Queen Street. Dingli übergab Ball dort das heiß erwartete Zeichen von Mussolinis gutem Willen, der es sofort an Chamberlain weiterleitete.
Kaum hatte Eden bei dem folgenden Gespräch in seinen Rücktritt eingewilligt, zog der Premierminister seinen Trumpf aus dem Ärmel. Obwohl Eden damals glaubte, Chamberlain habe nur geblufft, kann man noch heute bei den Akten die handgeschriebene Bleistiftnotiz finden:

»Grandi gibt heute formell die Versicherung, daß die Antwort (Mussolinis auf das englische Ansinnen, die Anerkennung Italienisch-Abessiniens mit dem Rückzug der italienischen Freiwilligen-Armee aus Spanien zu verbinden – D. B.) günstig sein wird.« [2]

Knapp zwei Monate später, am 16. April 1938, war das englisch-italienische Abkommen, wie von Chamberlain erwartet, unter Dach und Fach, [3] das die amerikanische Nicht-Anerkennungdoktrin sprengte. Natürlich wurde auch die englische Deutschland-Politik in den Strudel der englischen Regierungskrise und der angelsächsischen Zwistigkeiten hineingerissen, die Roosevelts Plan und Edens Rücktritt verursacht hatten. Das wichtigste Memorandum des Foreign Office, das den bisherigen Beratungsstand zusammenfaßte und erste inhaltliche Vorschläge für die Gesprächsaufnahme mit Hitler enthielt, stammte vom 25. Januar 1938. [4] Dieser Zeitpunkt lag knapp 14 Tage nach Übermittlung des Weltfriedensplanes und knapp vier Wochen vor der Demission Edens. Dieser selbst trug noch die politische Verantwortung für das Papier.
Die Übermittlung des englischen Gesprächsangebots an Botschafter Sir Nevile Henderson in Berlin erfolgte dann erst am 12. Februar – immer noch reichlich eine Woche vor Edens Rücktritt, als der Außenminister den amerikanischen Präsidenten gerade ermutigte, seinen Weltfriedensplan doch in die Tat umzusetzen. [5] Staatssekretär Cadogan, der die Instruktion ausgefertigt hatte, versah sie mit dem wichtigen Vorbehalt, Henderson möge Hitler das Gesprächsangebot erst auf ausdrückliche telegraphische Anweisung aus London übermitteln.
Das aber geschah erst am 3. März 1938, als Henderson mit dem Führer zusammentraf, knapp 14 Tage nach Edens Rücktritt. Der Botschafter überreichte Hitler also ein Gesprächsangebot, das noch von Eden stammte und das deshalb die Züge der englischen Krise trug. Inzwischen hatte die Einmischung Roosevelts in die englische Politik außerdem eine neue Tatsache von großem Gewicht geschaffen, nämlich die Vereinbarung über einen geheimen Informationsaustausch zwischen den Regierungen in London und Washington. Das heißt, von jetzt an saß Roosevelt unsichtbar mit am deutsch-englischen Verhandlungstisch.
Die englische Deutschland-Politik war also nicht mehr frei, zumal Chamberlain und Halifax auf eine Billigung ihrer Bemühungen um Verständigung mit Hitler durch Roosevelt hofften, den sie in der abessinischen Anerkennungsfrage

24/25/26 *Generalissimus Francó* (links), *Kaiser Hirohito von Japan* (rechts) *und Duce Mussolini* (unten links)

27 *Hitlers »blutlose Siege« – hier: sein Besuch in Eger nach der Besetzung des Sudetenlandes – fordern die anderen Mächte heraus.*

28 *Sir Ronald Lindsay, englischer Botschafter in Washington* (links)

29 *William E. Dodd, US-Botschafter in Berlin* (rechts)

30 *Hans Dieckhoff* (Mitte, links), *deutscher Botschafter in Washington*

31 *Herbert von Dirksen* (unten, rechts), *deutscher Botschafter in London*

32 *Hermann Göring und der polnische Außenminister Josef Beck*

33 *Englisch-französisches Ministertreffen in London mit dem englischen Außenminister Halifax* (2. v. l.), *Premierminister Chamberlain, dem französischen Aussenminister Georges Bonnet und dem Direktor des Quai d'Orsay, René Léger* (2. v. r.)

34 *Karl Friedrich Goerdeler* (links oben)

36 *Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht* (oben)

35 *Staatssekretär Ernst von Weizsäcker* (links)

37 *Auf der Münchner Konferenz treffen sich Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier, Hitler, Mussolini und dessen Schwiegersohn, Graf Galeazzo Ciano* (v. l. n. r.)

bereits erheblich genervt hatten. Und Frankreich hatte zu diesem neuen *Appeasement*-Schritt noch nicht einmal seinen Segen gegeben. Neun Tage später, am 12. März 1938, rückte die deutsche Wehrmacht außerdem nach Österreich ein, um den sogenannten »Anschluß« der Alpenrepublik an das Dritte Reich zu vollziehen, den sie immer als innerdeutsche Angelegenheit betrachtet hatte.

Zum zweitenmal seit der Rheinlandkrise ließ Hitler seine Armee marschieren, seine Luftwaffe fliegen und in den frisch eingemeindeten Gebieten Jagd nach Juden, Kommunisten und Sozialisten machen. Das und die einseitige Veränderung des status quo schockierte die liberal-demokratischen Internationalisten in aller Welt, obwohl die österreichische Bevölkerung den deutschen Führer mit frenetischem Jubel empfing und seine Soldaten mit Blumen bekränzte.

Denn der Anschluß Österreichs an das Dritte Reich, der wenige Tage später von einer Volksabstimmung sanktioniert wurde, gefährdete die Sicherheit der Tschechoslowakei, und man kann sicher nicht behaupten, dies alles wäre nicht eingetreten, wenn Henderson das englische Angebot früher übergeben hätte. Aber wer weiß, vielleicht hätte sich Hitler anders verhalten, hätte ihm Chamberlain zu einem früheren Zeitpunkt ein wirklich überzeugendes Verständigungsangebot unterbreitet.

An der englischen Verbalnote konnte der Führer jedoch erkennen, daß der Premierminister noch immer, zehn Monate nach seinem Amtsantritt, meilenweit entfernt von einer wirklichen Verständigung war. Ribbentrop hatte Hitler darüber informiert, daß dies die Folge des innen- und außenpolitischen Drucks war, der seit dem Frühjahr 1937 auf Chamberlain lastete und eine Verständigung nach Ansicht des deutschen Außenministers unmöglich machte. Dieser Druck kam hauptsächlich aus Amerika und wurde durch die englische Innenpolitik verstärkt. Außerdem rächten sich jetzt die eingebauten Fehler der *Appeasement*-Konzeption.

Die Weisung, deren Inhalt Henderson unter strengster Geheimhaltung mündlich an Hitler weiterzugeben hatte, bestand aus vier Punkten. Ein fünfter betraf die Unterrichtung Frankreichs, die erst *nach* Hendersons Besuch beim Führer erfolgen sollte. Der englische Botschafter konnte also nur für England und nicht einmal für die ganze Entente sprechen, und da man in Berlin nicht gut auf Frankreich zu sprechen war, in dem man den Geist erkannte, der stets verneint, minderte dieser Umstand den Wert des englischen Angebots noch zusätzlich.

Bei dem Gespräch, das Hitler und Henderson am 3. März 1938 in der Berliner Reichskanzlei miteinander führten, [6] wurde gleich zu Anfang deutlich, daß der Botschafter praktisch mit leeren Händen kam. Er sagte, in London »*diskutiere*« man weiter über das *Appeasement* »als Basis für ein *mögliches* Abkommen«, das jedoch, nach dieser Formulierung zu schließen, offenbar noch in weiter Ferne lag. Trotzdem erwarte die englische Regierung, so Henderson, schon jetzt »eine deutsche Zusammenarbeit in Sachen *Appeasement*«, wobei der Botschafter ausdrücklich auf Österreich und die Tschechoslowakei verwies. Will sagen: England erwartete von Deutschland als Vorleistung

ein kooperatives Verhalten in Mitteleuropa, während es selbst seine Rüstungen verstärkte, Hitler die ersehnte Verständigung vorenthielt und die Achse durch Verhandlungen mit Mussolini zu spalten versuchte.
Was Henderson zum Thema Abrüstung zu sagen hatte, klang nicht viel ermutigender. Er bekundete zwar das englische Interesse an einer Rüstungsbegrenzung auf dem Gebiet der Bombenflugzeuge, womit er an Hitlers Wunsch nach einem Luftpakt anknüpfte. Aber England kam dem deutschen Wunsch nach einem allgemeinen Verbot des Bombenkrieges nicht entgegen, obwohl sich Hitler, wie Henderson wußte, in der Frage der »Humanisierung des Krieges« bisher stets »äußerst entgegenkommend« gezeigt hatte. [7] Kein Wunder, die *Royal-Air-Force* stellte sich damals bereits auf einen strategischen Bombenkrieg gegen Deutschland ein. [8]
Der vierte und letzte Punkt betraf die Kolonialfrage. Auch hier drückte sich das englische Angebot äußerst verschwommen aus: Es gebe in London

»eine wirkliche *Neigung*, diese Angelegenheit in allen ihren Verästelungen zu *studieren*«. (Hervorhebungen D.B.)

Ziel sei eine neue Form der kolonialen Verwaltung, an der Deutschland teilnehmen solle, die aber analog zur Regelung im afrikanischen Kongo-Becken auch für alle anderen Mächte offen und annehmbar sein müsse. Henderson empfand das Angebot seiner Regierung offenbar selbst als so mager, daß er sich über seine Weisung hinwegsetzte und Hitler andeutete, die Rückgabe der deutschen Kolonien sei wenigstens nicht ganz ausgeschlossen. [9]
Für Hitler, dem Henderson schon 1937, vor dem Halifax-Besuch, ein Angebot Englands in Aussicht gestellt hatte, waren diese Eröffnungen natürlich sehr enttäuschend. Der englische Berg hatte gekreißt, aber wieder einmal nur ein Mäuslein geboren. Es lief auf den nebulösen Tauschhandel »deutsches Wohlverhalten in Europa gegen Beteiligung an internationaler Kolonialzone« hinaus. Dabei konnte niemand sagen, wann die englische Gegenleistung der deutschen Vorleistung folgen und wie sie genau aussehen würde. Außerdem stand die deutsche Führung auf dem Standpunkt, sie habe durch den Verzicht auf Gleichberechtigung zur See schon eine entscheidende Vorleistung erbracht und mische sich auch nicht in die Angelegenheiten des *Empires* ein, so daß England jetzt am Zuge sei, Deutschland freie Hand in Südosteuropa zu lassen.
Ziemlich barsch verbat sich Hitler daher den kaum verhüllten Versuch, ihn auf so plumpe Weise an der Erreichung seiner territorialen Ziele zu hindern. Drohend fügte er im Hinblick auf Österreich hinzu, wenn sich England hier weiterhin einer

»gerechten und vernünftigen Lösung« widersetze, werde »der Augenblick kommen, wo gekämpft werden müsse«. [10]

Damit lag die befürchtete Kriegsdrohung zum ersten Mal auf dem Tisch. Aber England hatte sich die negative Reaktion Hitlers selbst zuzuschreiben. Zwar hatte es von vornherein zwei Punkte ausgeklammert, die als besonders neural-

gisch galten: die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und den Abschluß eines Westpaktes zum Schutz der belgisch-französischen Ostgrenzen. Beide Punkte waren jedoch noch nicht endgültig vom Tisch. Hitler hatte dagegen kurz vor dem Besuch des englischen Botschafters öffentlich erklärt, Deutschland werde niemals mehr in die Genfer Weltorganisation zurückkehren, und selbst Frankreich hatte in Sachen Westpakt seit acht Monaten nichts mehr von sich hören lassen. Henderson brachte diese beiden Punkte also gar nicht mehr zur Sprache. Da die europäischen Mächte aber noch im Frühsommer 1937 eifrig über eine vertragliche Garantie des status quo in Westeuropa verhandelt hatten, die womöglich auch Ostmitteleuropa erfassen sollte, erhob sich die Frage: Was hatte England veranlaßt, gerade jetzt den Gedanken an ein europäisches Paktsystem fallenzulassen, da die deutsche Ostexpansion vor der Tür stand und die kollektive Sicherheit zu Staub zerfiel?

Die Antwort stand in Edens Memorandum zur Deutschlandpolitik vom 25. Januar 1938: Dem Außenminister schien eine europäische Vier- oder Fünf-Mächte-Kombination (Deutschland, England, Frankreich, Italien, eventuell Belgien, aber auf keinen Fall Rußland und die Tschechoslowakei) – Kernstück von Chamberlains *Appeasement*-Konzeption –

»kaum ein befriedigendes Instrument für die Erhaltung des europäischen Friedens zu sein«.

Amerika war ja nicht dabei! Da Eden andererseits in Übereinstimmung mit der Kabinettsmehrheit den Völkerbund ausgeklammert hatte, trat in dem englischen Gesprächsangebot an die Stelle des regionalen Paktsystems und der kollektiven Sicherheit ein völliges Nichts – ein Vakuum. Es wurde lediglich durch die Erwartung eines deutschen Wohlverhaltens in Gebieten ausgefüllt. Da England diese Gebiete im Ernst weder verteidigen konnte, noch wollte, kam das ganze einer Einladung an Hitler gleich, sich so schnell wie möglich zu nehmen, was er brauchte. Vielleicht würde England danach verständigungsbereiter sein.

Im Grunde war das englische Angebot sogar schlechter als nichts, weil es die englische Schwäche aufdeckte – die Unfähigkeit Chamberlains, das System der kollektiven Sicherheit durch eine neue Konzeption zu ersetzen, die Aussicht auf Akzeptanz im eigenen Lande, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in der Tschechoslowakei hatte. Die außen- und innenpolitischen Konflikte, die in England zu diesem inhaltlich dürftigen Ergebnis geführt hatten, kamen auch in operativer Hinsicht zum Ausdruck. Halifax hatte ja im November 1937, nach seinem Gespräch mit Hitler, empfohlen, die Kolonialfrage als Hebel dafür zu verwenden, daß sich Deutschland zu einem friedlichen Wandel der europäischen Verhältnisse bereitfand. [11] Zwar war es im ganzen unwahrscheinlich, daß sich Hitler auf einen solchen Tauschhandel einlassen würde, aber Henderson hatte im Januar 1938 eine Prozedur ersonnen, die den Anschein eines Kuhhandels weitgehend vermied und die wenigstens den Vorzug hatte, daß sie England die politische Initiative wiedergegeben hätte. [12]

Diese Prozedur gliederte sich in drei Schritte: (1) England allein oder England und Frankreich gemeinsam machen Deutschland ein konkretes Angebot in der Kolonialfrage. Großzügig genug, müßte es wenigstens die allgemeine Linie skizzieren, auf der dieses Problem gelöst werden soll. Beispielsweise könnte es eine grundsätzliche Anerkennung des deutschen Rechtsanspruchs auf Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien beinhalten, auf den Hitler immer gepocht hatte. (2) England verbindet dieses Angebot mit der erklärten Erwartung, daß Deutschland seinerseits zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt beitrage. Begründung: Nur dann könne England die Lösung der Kolonialfrage zu Hause und im *Empire* durchsetzen. (3) Sollte Hitler daraufhin entsprechende Vorschläge machen, wären die Voraussetzungen für eine Konferenz über die deutsch-englische Verständigung gegeben, vorausgesetzt, diese Vorschläge seien vernünftig genug. Sollte Hitler dagegen unvernünftige Vorschläge machen, wäre England wenigstens legitimiert, eigene Vorschläge zu unterbreiten. Vielleicht würden dann Verhandlungen zustandekommen.

Die Frage lautete natürlich, welchen Beitrag man von Deutschland vernünftigerweise zum Frieden und zur Sicherheit in Europa erwarten konnte. Auch hierzu hatte Henderson seine Meinung geäußert. Schon im Dezember 1937 glaubte er, daß der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich nicht mehr zu verhindern sei, weil Hitler diese Angelegenheit als rein innerdeutsche Frage betrachte. Es sei denn, daß in Europa doch noch ein Klima des Vertrauens entstehe, das einseitige Schritte überflüssig mache. In diesem Fall könnte man Deutschland vielleicht doch noch für eine Garantie der österreichischen Souveränität und Integrität gewinnen.

Das eigentliche Problem, das hinter Österreich stand, war in Hendersons Augen jedoch die Tschechoslowakei. Der Botschafter hielt die volle Gleichberechtigung der Sudetendeutschen innerhalb des tschechoslowakischen Staatsverbandes für unvermeidbar. Aber, so seine Warnung, Deutschland werde die Integrität der Tschechoslowakei nur dann garantieren, wenn sich Prag außenpolitisch in Abhängigkeit zu Berlin statt zur »Achse Paris-Moskau« (Henderson) begebe. Wenn dies geschehe, könne man von Hitler den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen Nichtangriffsvertrages als Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa verlangen, wie er schon zwischen dem Dritten Reich und Polen bestand.

Es versteht sich von selbst, daß die kritischen Punkte in Hendersons Plan die Kolonialfrage und die außenpolitische Orientierung der Tschechoslowakei waren. Es waren gewissermaßen die »heiligen Kühe« der westlichen Politik. Die eine berührte den Kolonialbesitz Englands, also das *Empire* samt seiner Völkerbundsmandate, die andere Frankreichs Ostpaktsystem und die kollektive Sicherheit. Bei ihrer Schlachtung würden sich England und Frankreich von ihrer gesamten Nachkriegspolitik verabschieden müssen.

So wurde aus der Frage, was man vernünftigerweise als Beitrag Deutschlands zu Frieden und Sicherheit in Europa erwarten könne, durch Hendersons

klugen Plan unversehens die Vorfrage nach den Abstrichen, die England und Frankreich bereit waren, an ihren Interessen in Europa und Übersee zu machen. Und genau an dieser entscheidenden Frage war man bei den Beratungen in London über das englische Gesprächsangebot, an denen auch Henderson teilnahm, nicht weitergekommen.

England und seine Dominions, allen voran die Südafrikanische Union, waren nicht bereit, einen Teil ihres Besitzes für eine Entspannung in Europa zu opfern. Zwar hatte Chamberlain einen recht anspruchsvollen Plan für eine internationalisierte Kolonialzone in Afrika zwischen Sahara/Sudan/Abessinien im Norden, Angola und Mozambique im Süden entworfen. An ihrer Verwaltung sollte neben England, Frankreich und Italien auch Deutschland teilnehmen. Aber er hatte diese Zone geschickterweise so geschnitten, daß sie nur belgische und portugiesische Gebiete, nicht aber englische und französische umfaßte. [13]

Viel wichtiger aber war etwas anderes. Ministerpräsident Chautemps hatte auf der letzten Sitzung des englisch-französischen Ministerrates Ende November 1937 den Grundsatzbeschluß durchgesetzt,

»daß keine Diskussion der Kolonialfrage mit Deutschland stattfinden soll vor einer Diskussion über die anderen Angelegenheiten«,

womit die europäischen Probleme (Westpakt, Österreich, Tschechoslowakei, Völkerbund, Abrüstung) entgegen Halifax' und Hendersons Empfehlungen an die erste Stelle des englischen Verhandlungsfahrplanes rückten. Das kam einem französischen Veto gegen eine deutsch-englische Separatverständigung gleich. Das gleiche Veto gegen den englischen Versuch, Deutschland durch koloniale Konzessionen zu einer gewissen Mäßigung in Europa zu bewegen, wenigstens aber durch einen Beweis des guten Willens das politische Klima zu verbessern und den *Appeasement*-Prozeß in Gang zu bringen, hatte ja Léon Blum bereits im Mai 1937 eingelegt.

Mit anderen Worten: Frankreich blockierte seit 1937 jeden Versuch Englands, einen Schritt auf dem Wege zu einer Verständigung mit Deutschland voranzukommen, und es fiel schwer, den Gedanken an den amerikanischen Einfluß auf die französische Politik zu unterdrücken. Dieser Widerstand war an sich nichts Neues, weil sich die Franzosen bereits 1934 quergelegt hatten, als die Engländer ein erstes Verständigungsangebot an Hitler formulieren wollten. Seither bestand Frankreich darauf, daß England

»die deutsche Übereinstimmung mit einem System vollständiger politischer Sicherheit für Frankreich«

sicherstellt – d. h., England hatte Frankreich erlaubt, »die britische Politik zu bestimmen«. [15] Und Eden, der ja der Verfasser des englischen Gesprächsangebots vom März 1938 war, dachte gar nicht daran, sich über die französischen Widerstände hinwegzusetzen.

Außerdem bestand zwischen den beiden Entente-Partnern ein anhaltender

Konflikt darüber, in welchem Ausmaß sich England an die französischen Kontinentalinteressen binden sollte, zu denen auch die Bündnisse Frankreichs mit der Tschechoslowakei und Rußland gehörten. Selbst die sogenannte Leamington-Rede Edens vom November 1936, die noch immer als offizielle Plattform der englischen Außenpolitik galt, hatte sich da nicht klar genug ausgedrückt. Einerseits betonte sie die Verpflichtungen, die sich für England aus der Völkerbundsakte und aus dem Prinzip der kollektiven Sicherheit ergaben. Andererseits sprach sie sich gegen die Übernahme neuer Verpflichtungen aus, die über Englands bilaterale Beistandsversprechen für Frankreich, Portugal, Irak und Ägypten hinausgingen. Das eine schloß unter bestimmten Umständen – wenn nämlich z. B. Deutschland unprovoziert angriff – den englischen Beistand für die Tschechoslowakei ein. Das andere schloß ihn aus. [16]

Aus allen diesen Gründen fiel das englische Gesprächsangebot im März 1938 inhaltlich und operativ so unbefriedigend aus, und Chamberlain, von der Regierungskrise um den Roosevelt-Plan und Edens Rücktritt geschwächt, fand nicht mehr die Kraft, es in seinem Sinne umzuschreiben. Sicher spielte auch eine Rolle, daß sich gerade mit dem Anschluß Österreichs abermals eine einseitige Änderung des europäischen status quo durch Deutschland ankündigte. Für England, das bisher so viel Zeit verspielt hatte, bis Hitler zu einer Politik der vollendeten Tatsachen überging, war das natürlich nicht der beste Zeitpunkt, um Deutschland entgegenzukommen.

In Wahrheit deckte Hitler mit dem »Anschluß« Österreichs, der zugleich auch das Schicksal der Tschechoslowakei berührte, die entscheidende Schwäche in Chamberlains *Appeasement*-Konzeption erbarmungslos auf: ihr ungeklärtes Verhältnis zu den französischen Bündnisverpflichtungen in Ostmitteleuropa. Mit Hitlers Drohung, notfalls für den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes an das Reich zu kämpfen, stand England im Grunde wieder vor dem Dilemma, vor dem es schon 1914 gestanden hatte, als Frankreich wegen Serbien Krieg gegen Deutschland führen wollte. Sollte das *Empire* seine Existenz aufs Spiel setzen, indem es die französischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei deckte, oder sollte es seinen einzigen Bündnispartner auf dem Kontinent verraten?

Spätestens seit dem französisch-russischen Pakt und dem russisch-tschechoslowakischen Bündnis von 1935 hatte England befürchtet, gegen seinen Willen entweder von Frankreich oder von Rußland in einen Krieg gegen Deutschland hineingezogen zu werden. Die einzige Alternative dazu wäre eine zeitige und umfassende Verständigung mit Hitler über die Tschechoslowakei gewesen. Henderson hatte bereits Mitte Dezember 1937 in einem Telegramm gewarnt, [17] das den Londoner Beratungen über die englische Deutschlandpolitik zugrunde lag: Das mindeste, was Hitler von der Tschechoslowakei fordern werde, sei eine Art »territoriale Autonomie« für das Sudetenland. Nur dann sei Deutschland bereit, die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei zu garantieren. Wahrscheinlich aber werde sich Hitler auf die Dauer nur dann

zufriedengeben, wenn die Tschechoslowakei ein deutscher Satellitenstaat werde. Das aber schloß die Bündnisse aus, die Frankreich und Rußland mit der Tschechoslowakei unterhielten. Sie waren ja gerade dazu da, diese Quasi-Großmacht davor zu bewahren, unter deutschen Einfluß zu geraten.

Damit stand Chamberlain seit der Jahreswende 1937/38 vor einer dreifachen Schicksalsfrage: Wie konnte er Frankreich um der Verständigung mit Deutschland willen dazu bringen, sich von seinen Bündnisverpflichtungen in Ostmitteleuropa loszusagen? Wie konnte er die Tschechoslowakei daran hindern, um ihrer Stellung als »Quasi-Großmacht« willen die Bündnisse mit Frankreich und Rußland anzurufen und unter irgendeinem Vorwand den Zweiten Weltkrieg auszulösen? Und wie konnte er beides vor dem Amerika Roosevelts rechtfertigen?

Niemand konnte behaupten, die Engländer wüßten nicht, was ihnen bevorstand, wenn ihnen keine überzeugenden Antworten gelängen. Aber sie hatten nicht die Kraft, einen Schritt nach vorne zu tun und sich über die Widerstände Frankreichs und Amerikas hinwegzusetzen. Seit Jahr und Tag pilgerte Kurt Henlein, der Führer der Sudetendeutschen, nach London zum Völkerbundsrat, um dort die Beschwerden seiner Landsleute vorzutragen. Schon 1936 hatte das Foreign Office in einer Denkschrift festgestellt, die »größte Gefahr« für die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und den Frieden in Europa bestehe in einem Extremismus von Henleins Partei. [18] Noch im Mai 1938 sprach sich der Führer der Sudetendeutschen bei Gesprächen in London gegen einen Anschluß seiner Heimat an Deutschland aus. [19] Auch der tschechoslowakische Staatspräsident Eduard Beneš, nach Meinung von Bullitt »Zeit seines Lebens ein Abenteurer«, war in der englischen Hauptstadt kein Unbekannter. Er widersetzte sich allen bilateralen Lösungsversuchen Deutschlands, weil er sich den Westmächten nicht entfremden wollte. [20] Da Frankreich auf dem Standpunkt beharrte, seine Sicherheit werde in der Tschechoslowakei verteidigt, machte sich selbst Oliver Harvey von der Dissidenten-Gruppe im Foreign Office Sorgen über »den Geisteszustand Hitlers«, [21] dessen Entschlossenheit er kannte, »sich freie Bahn in Mitteleuropa zu verschaffen«.

Was also tun? Zu Frankreich hatte Chamberlain »nicht das geringste Vertrauen«. [22] Ein russisches Angebot, an Kollektivaktionen gegen Deutschland mitzuwirken, wies er als trügerisch und unrealistisch zurück. [23] Einen

»Grund, zu vermuten, daß die Vereinigten Staaten darauf vorbereitet sind, in Europa zu intervenieren«,

sah der Premierminister nicht. [24] Der Generalstab erklärte ihm, »kein militärischer Druck« Englands könne Deutschland davon abhalten, Böhmen zu überrennen und die tschechische Armee zu besiegen. [25] Was also tun?

Diese ausweglose Lage verlangte von Chamberlain eine politische Führungsentscheidung von geschichtlichem Gewicht. Im Grunde war er jetzt aufgerufen, das zu tun, was England seit dem Krieg zu tun immer sich geweigert hatte: Er mußte zwischen Deutschland und Frankreich wählen, wenigstens zwischen

den französischen Bündnisinteressen und den deutschen Revisionsansprüchen in Ostmitteleuropa, vielleicht sogar zwischen Frieden und Krieg. Hätte er es nur mit Frankreich zu tun gehabt – wer weiß, vielleicht hätte sich Chamberlain über die französischen Bedenken hinweggesetzt. Aber hinter Frankreich stand das Amerika Roosevelts und hinter diesem wieder die Tschechoslowakei Beneš'. Und da dieser Zusammenhang – abgesehen von dem erratischen Verhalten Hitlers, der seine Ziele gegebenenfalls auch auf eigene Faust anstrebte – den Krieg wahrscheinlicher als den Frieden machte, in dem er Frankreich und die USA brauchen würde, wich Chamberlain einer klaren Entscheidung aus. Mit einer überaus doppeldeutigen Rede, die er am 24. März 1938 vor dem Unterhaus hielt, versuchte er, Europa und der Welt einen mittleren Weg durch die sich anbahnende Krise zu weisen.
Ausgehend von dem Grundsatz eines jeden souveränen Staates, die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht aus der Hand zu geben, sagte der Premierminister einerseits: England werde nur dann Krieg führen, wenn

> unsere Freiheit und das Recht, unser Leben im Einklang mit unseren nationalen Traditionen . . . zu leben«,

angegriffen werde. Das sprach gegen englische Verpflichtungen in der Tschechoslowakei. Andererseits räumte Chamberlain jedoch ein, daß ein Krieg, sollte er ausbrechen,

> »wahrscheinlich nicht auf diejenigen beschränkt bleiben« werde, »die solche Verpflichtungen übernommen haben«.

Danach stand England also unter bestimmten Umständen doch zu Frankreichs Verbündeten. [26]
Dieses »einerseits – andererseits« machte die Sache nur schlimmer. Aber Chamberlain hatte keine andere Wahl, obwohl er dem französischen Ministerpräsidenten Chautemps ja schon im November 1937 gesagt hatte, England werde für die Tschechoslowakei »nicht kämpfen«. Eine öffentliche Distanzierung von den französischen Bündnisverpflichtungen, die Chamberlain immer wieder erwog, hätte jedoch mit Sicherheit das Ende seiner politischen Laufbahn und damit wahrscheinlich auch Krieg bedeutet, einen Krieg, den er ja gerade verhindern wollte.
So geriet der Premierminister 1938 in eine vollkommen absurde Situation. Um den Krieg zu verhindern, der bei seinem Sturz durch Churchill, Eden & Co. ausgebrochen wäre, ging Chamberlain das Risiko eines Krieges ein, indem er sich von der Mithaftung Englands für die französischen Bündnisinteressen nicht lossagte. Er vertraute weiterhin auf die geriebenen Künste seiner Kabinettspolitik, obwohl Harvey, für jedermann ohnehin einsichtig, notierte:

> »Frankreich hat gesagt, es werde seinen Alliierten beistehen, und wenn es das tut, wird es Krieg in Europa bedeuten«

– also auch Krieg für England. [27]

Im Grunde war Chamberlain seit dem Frühjahr 1938 der Gefangene der Opposition innerhalb und außerhalb seiner Regierung, einer Opposition, die nicht nur unentwegt an seinem Sturz bastelte, sondern die teilweise auch allen Ernstes mit dem Gedanken an einen allgemeinen europäischen Krieg, an die Entfesselung eines Weltkrieges spielte. Diese Opposition reichte von Churchill auf dem rechten Flügel über Eden, die Foreign-Office-Dissidenten und die Abweichler in der konservativen Unterhausfraktion wie Harold Macmillan, Paul Emrys-Evans, Richard Law, Brendan Bracken, Robert Boothby, Duncan Sandys, dem Schwiegersohn Churchills, bis zur Labour Party und zu den Gewerkschaften. Aber sie reichte eben auch über den nationalen Rahmen hinaus, von London über Paris und Prag bis nach Washington. Aus ihren Beratungen und Gedankenverbindungen zog Harvey Ende April 1938 eine Art Resümee, als er schrieb:

»Die Tschechoslowakei kann wirklich nur erhalten bleiben, wenn Deutschland einen allgemeinen Krieg fürchten muß.«

Zugleich machte der Beamte Englands Dilemma deutlich: »Wir sind auf einen allgemeinen Krieg nicht vorbereitet.« [28]

Deshalb war es logisch, daß Chamberlain seit Frühjahr 1938 an Neuwahlen im Herbst 1938 dachte. Wenn es ihm gelang, den Frieden bis dahin zu erhalten, konnte er als »Friedenspremier« vor die Wähler treten, eine Parlamentsmehrheit nach seinem Geschmack gewinnen und sich dann ungehindert eine eigene außenpolitische Plattform zimmern, eine *Appeasement*-Plattform, von der aus er die Verständigung mit Hitler betreiben konnte. Umgekehrt mußte die Anti-Chamberlain-Opposition alles daran setzen, diese aus ihrer Sicht unerwünschte Entwicklung zu verhindern. Das war am besten dadurch zu erreichen, daß sie sich nach Kräften bemühte, die Welt Hand in Hand mit Hitler an den Rand eines Krieges zu führen.

In diesem Spiel um die Herrschaft über England, hatte Chamberlain von vornherein schlechte Karten. Das Beste für den Frieden in Europa waren aus seiner Sicht rechtzeitige und ausreichende Konzessionen Prags an die Sudetendeutschen und als Gegenleistung dafür ein Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Hitler hatte Beneš auch wiederholt einen solchen Vertrag angeboten. Aber der tschechoslowakische Staatspräsident hatte, wie man in London wußte, »aus Angst vor einer Disloyalität zu England und Frankreich« nicht zugegriffen,[29] womit er natürlich die Disloyalität gegenüber den Anhängern der kollektiven Sicherheit meinte, die nichts von derartigen Geschäften mit den Diktatoren hielten. Außerdem weigerte sich Beneš hartnäckig, den Sudetendeutschen die heiß ersehnte Gleichberechtigung zu geben.

Chamberlain mußte also davon ausgehen, daß die von ihm erwünschte direkte Verständigung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in Prag auf Widerstand stoßen und daß dies bei Hitler um so mehr Erbitterung auslösen würde, je mehr Beneš auf Zeitgewinn spielte. Auch für die tschechische

Verzögerungstaktik lagen bereits im März 1938 Beweise vor. [30] Deshalb stand Chamberlains Politik, Deutschland, Frankreich und die Tschechoslowakei dadurch zu mäßigen, daß er sie im unklaren darüber ließ, ob England in einen etwaigen militärischen Konflikt eingreifen werde oder nicht, von vornherein auf tönernen Füßen. Es war eine Politik, die sich vor harten Entscheidungen drückte.

Im Grunde nahm Chamberlain diese Position bis zur englisch-französischen Polen-Garantie im Frühjahr 1939 ein. Er versuchte, sie auch noch danach weiter durchzuhalten, weil sie sich am besten mit seiner Politik des gleichzeitigen Redens und Rüstens vertrug. Der Premierminister hoffte, England dadurch aus den kontinentalen Konflikten so weit wie möglich herauszuhalten. In Wahrheit aber bewirkte Chamberlains Politik das Gegenteil von dem, was sie bezweckte: Weil die anderen Mächte innerhalb und außerhalb Englands ständig hofften oder befürchteten, das Vereinigte Königreich werde seine Zurückhaltung irgendwann doch einmal aufgeben, überboten sich Hitler auf der einen, die Anti-*Appeaser* in London, Paris, Prag und Washington auf der anderen Seite ständig in ihren Feindseligkeiten, um die Partie beizeiten für sich zu entscheiden, bevor England für die jeweils andere Seite Partei ergriff. Und Chamberlain mußte den englischen Einsatz laufend erhöhen, um das schlimmste zu verhindern, seinen Sturz und/oder den Krieg.

Das war die Mechanik der Krise von 1938/39, die dem *Appeasement* allmählich den Boden entzog, bis Chamberlain, inzwischen von Hitler, Roosevelt und Churchill selbst zum Sündenbock abgestempelt, Anfang 1939 widerstrebend zur ultima ratio der englischen Politik Zuflucht nahm, zum Bündnis mit Amerika. Doch half er damit erst recht, das herbeizuführen, was er seit seinem Amtsantritt im Mai 1937 hatte vermeiden wollen: einen neuen Weltkrieg und seine eigene Entmachtung durch Churchill im Mai/Juni 1940.

Es war ein Prozeß nicht der plötzlichen Entscheidungen, sondern der gleitenden Übergänge. Am klarsten war noch Hitlers Position. Spätestens seit dem 1. April 1938 lag in London die eindeutige Warnung vor, Deutschland werde sich »scharf jeder Intervention von uns (Engländern)« in der Tschechoslowakei widersetzen. [31] Freilich ließ der Führer noch Mitte Juli 1938 durch seinen Adjutanten Fritz Wiedemann in London das Versprechen übermitteln: Deutschland ziehe eine friedliche Lösung vor und werde so lange nicht zu den Waffen greifen, wie es im Sudetenland kein Blutvergießen gebe.

Während sie nach außen ihre Positionen sowohl voreinander als auch dritten gegenüber offenhielten, versuchten England und auch Frankreich hinter den Kulissen, die Tschechoslowakei zu einem Maximum an Konzessionen zu bewegen. Intern wurden dabei zumindest auf englischer Seite von Anfang an die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, die außenpolitische Neutralisierung des Reststaates und dessen völkerrechtliche Garantie durch die europäischen Hauptmächte in Erwägung gezogen. D. h., es waren von Anfang an mehr oder weniger alle Elemente im Spiel, die später das Münchner Abkommen kennzeichneten. Dieses so unerhört umstrittene Ergebnis der

ganzen Krise beruhte also weniger auf äußerem Druck, als auf einer von vornherein gegebenen inneren Einsicht, daß der Frieden in Europa nur so und nicht anders erhalten werden konnte. Aber Taten folgten dieser Einsicht – wie immer in der englischen Politik seit 1933 – nicht oder viel zu spät.

Der französische Ministerpräsident Daladier, seit Mitte April im Amt, erreichte wenig später mit Unterstützung Vansittarts, daß England in der Sudetenfrage gegenüber Deutschland als Sprecher der Entente auftrat und dabei die französische Kampfbereitschaft betonte. Der Versuch, Hitler gleichzeitig durch eine diskrete Geste versöhnlich zu stimmen, wurde durch eine Indiskretion vereitelt. So vergrößerte sich der Widerspruch zwischen dem, was Chamberlain eigentlich um des Friedens willen unterlassen wollte, und dem, was er mit Rücksicht auf die Kriegspartei in London, Paris, Prag und Washington tun mußte, von Anfang an. Dabei glaubten nicht einmal die Dissidenten im Foreign Office daran, daß Frankreich im Ernst für die Tschechoslowakei kämpfen werde.

Kein Wunder, daß Chamberlain unter diesen Umständen seinem Vorsatz, das englische Engagement auf dem europäischen Kontinent nicht zu erhöhen, nicht treu bleiben konnte.

Insgesamt steigerten sich die Verpflichtungen, die England in der Tschechoslowakei-Krise 1938 übernahm, in vier Phasen.

In der ersten Phase, die von März bis Juni reichte, versuchte London durch diskrete Sondierungen in Prag und Paris zu einer Lösung zu kommen. Sie fand ihren Abschluß, als Halifax entdeckte, daß die Tschechen gar nicht aufrichtig mit den Sudetendeutschen verhandelten.

Die zweite Phase dauerte von Juli bis August. In dieser Zeit setzte England eine offizielle Untersuchungskommission unter Sir Walter Runciman ein, die nach Prag reiste, um Beneš zu einer Lösung zu zwingen. Diese Lösung sollte möglichst durch einen englisch-deutschen Akkord abgesegnet werden.

Die dritte Phase umfaßte die dramatischen Ereignisse im September, als die Welt am Abgrund des Krieges stand und als Chamberlain durch seine beiden Blitzreisen zu Hitler nach Berchtesgaden und Bad Godesberg an vorderster Front als Vermittler in das Krisenmanagement eingriff.

In der vierten und letzten Phase, auf der Konferenz von München, übernahm England dann zum ersten Mal seit dem Ersten Weltkrieg eine neue Verpflichtung auf dem Kontinent. Chamberlain erklärte sich bereit, zusammen mit Daladier, Hitler und Mussolini die um das Sudetenland verkleinerte Rest-Tschechoslowakei zu garantieren.

Natürlich war die deutsch-tschechoslowakische Konfrontation die Hauptursache für das wachsende Engagement Englands auf dem Kontinent. Zu dieser Konfrontation aber wäre es ohne die Anti-*Appeaser* vielleicht gar nicht gekommen. Die Höhepunkte ihres Kesseltreibens, das sich ebenso gegen Chamberlain wie gegen Hitler richtete und das die Auslösung eines Weltkrieges zum Ziel hatte, mit dem sie wiederum den Sturz Hitlers bezweckten, waren die beiden »Krieg-in-Sicht-Krisen« im Mai und September 1938. Sie trugen entscheidend

dazu bei, den Rest an Vertrauen, den Hitler noch zu Chamberlains Verständigungswillen hatte, zu zerstören und die *Appeasement*-Politik des Premierministers vor aller Welt als feige und korrupt zu diskreditieren.

Die Ereignisse der sogenannten »Wochenendkrise« vom 20./21. Mai 1938 sind, obwohl immer wieder geschildert, bis heute nicht restlos aufgeklärt. Aber sie zeigten zum ersten Mal, wie bestimmte Exponenten des deutschen Widerstandes und die Anti-*Appeaser* in London, Paris, Prag und Washington zusammenwirkten, um ihr Doppelziel – den Kriegsausbruch und den Sturz Hitlers – zu erreichen. Dabei gingen sie von der überaus gewagten Annahme aus, daß das eine, der Kriegsausbruch, das andere, den Sturz Hitlers, zwangsläufig zur Folge haben und den gerade ausgebrochenen Krieg sehr rasch beenden würde. Obwohl es schwierig ist, die einzelnen Handlungsstränge zu entwirren, wirkten bei dieser Operation Reaktionäre und Progressive, Presseleute und Militärs, Amerikaner, Deutsche, Engländer, Franzosen und Tschechen in typischer Weise zusammen.

Die Idee von einem Umsturz in Deutschland durch einen mutwillig herbeigeführten Krieg, wirkte wie eine Parodie auf Roosevelts Weltfriedensplan. Sie stammte wahrscheinlich aus Deutschland selbst. Der Rittergutsbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin, letzter Vorsitzender des »Hauptvereins der Konservativen«, hatte den Mitteleuropa-Korrespondenten des liberalen *News Chronicle*, Ian Colvin, nach dem Österreich-Anschluß vor weiteren Abenteuern Hitlers gewarnt. Seiner Meinung nach sollte England im Wiederholungsfall eine energische Haltung einnehmen und vor dem Risiko eines Krieges nicht zurückschrecken. Dadurch könnte es dem deutschen Widerstand den Rücken stärken und das Prestige Hitlers so empfindlich verletzen, daß es dessen Opposition im deutschen Generalstab vielleicht wagen würde, offen gegen ihn hervorzutreten. Dann wäre der Krieg nur kurz. Diese Rechnung mit vielen Unbekannten wurde nach der Blomberg-Fritsch-Krise auch von dem Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler unterstützt, einem Hauptexponenten des deutschen Widerstandes. Auf Umwegen gelangte sie ins Foreign Office zu Vansittart.

Auf die Dissidenten im englischen Außenministerium und ihre ausländischen Gesinnungsgenossen übte dieser deutsche Plan eine gewisse Faszination aus, weil er die Niederlage Hitlers ohne großes Blutvergießen zu versprechen schien. Um ihn zu realisieren, kam es freilich darauf an, ein internationales Klima der Angst zu schaffen, um mit der deutschen Intervention in der Tschechoslowakei zugleich eine Gegenintervention der Westmächte auszulösen und damit die Kettenreaktion vom Kriegsausbruch über Hitlers Sturz bis zum Kriegsabbruch durch Deutschland in Gang zu setzen. Deshalb wurden seit April 1938 mehr oder weniger planmäßig Gerüchte über die angeblich unmittelbar bevorstehende Errichtung einer Militärdiktatur in Prag und über deutsche Truppenbewegungen an der Grenze zur Tschechoslowakei ausgestreut. Diese Truppen verfolgten angeblich den Zweck, in das Nachbarland einzufallen und die Militärdiktatur zu stürzen. Entsprechende Meldungen in der Presse

erwiesen sich zwar regelmäßig als falsch. Aber wie zur Bestätigung der Kriegsgefahr steuerte der deutsche Botschaftsrat Fürst von Bismarck am 20. Mai aus London die Information bei, bestimmte Kreise der Konservativen Partei – womit er Churchill und seine Freunde meinte – hielten einen baldigen Krieg mit Deutschland für unvermeidlich. Dazu hatte der Engländer, der bei seinen Gegnern im Ruf eines »unzuverlässigen politischen Gangsters« stand, seit März 1938 in ziemlich unverhüllter Form aufgerufen. [32]

Churchill war bereits am 25. März, einen Tag nach Chamberlains windelweicher Rede vor dem Unterhaus, nach Paris gereist, um seine Freunde in der französischen Politik auf Widerstand gegen das *Appeasement* im Fall der Tschechoslowakei einzuschwören. Aus seiner langen politischen Laufbahn, zum Teil noch aus der Zeit der Waffenbrüderschaft gegen das deutsche Kaiserreich kannte Churchill fast die gesamte politische Prominenz vom Anführer des Rechtskartells, Pierre Flandin, über den Präsidenten der Radikal-Sozialisten, Edouard Herriot, und den neuen Ministerpräsidenten Edouard Daladier bis hin zum Anführer der Sozialisten, Léon Blum, und den »Robbespierre der Linken«, Joseph Paul-Boncour.

Solche informellen Kontakte zwischen den führenden Politikern der Entente waren an sich nichts Ungewöhnliches. Jetzt aber wurden sie offenbar zur Sabotage an der amtlichen Politik Englands mißbraucht. In der Hauptstadt ihres wichtigsten Bundesgenossen hatte die Tschechoslowakei, vertreten durch ihren Gesandten Stefan Osusky, besonders viele Freunde. Osusky, der mit Beneš in Prag in Verbindung stand, wurde vom Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, in der Mai-Krise der Mitverschörung bezichtigt.

Am Freitag, den 20. Mai 1938, häuften sich plötzlich die Gerüchte über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen. Sie wurden zwar in Berlin sofort und – wie sich später herausstellte – durchaus den Tatsachen entsprechend dementiert, eine Tatsache, welche die französischen und englischen Militärattachés in der deutschen Reichshauptstadt ihren Regierungen intern schon in den nächsten beiden Tagen als richtig bestätigten. Aber es stand eben ein Wochenende bevor, und da Hitler die Feiertagsruhe bisher dazu benutzt hatte, um im Rheinland und in Österreich vollendete Tatsachen zu schaffen, erhielten alle Falschmeldungen den erwünschten Anschein der Glaubwürdigkeit.

So nahm es nicht weiter Wunder, daß die Tschechoslowakei, vermutlich auf einen Wink des englischen Geheimdienstes, am Freitagabend 175000 Mann ihrer hervorragend ausgerüsteten und als besonders kampfstark bekannten Armee mobilisierte, um die fiktive Invasion abzuwehren. Gleichzeitig erweckten die Angehörigen der englischen Botschaft in Berlin den Anschein, sie würden in fliegender Hast ihre Koffer packen, von jeher ein sicheres Anzeichen dafür, daß der Krieg unmittelbar vor der Tür stand. In London erkundigte sich derweil der amerikanische Marineattaché, Kapitän Russell Wilson, nach den Schlachtplänen der englischen Flotte.

Unglücklicherweise wurden am nächsten Tag im böhmischen Eger zwei Deutsche, die auf einem Motorrad fuhren, von einer tschechischen Polizeistreife erschossen. Damit war im Sudetenland das Blut geflossen, von dem Hitler immer gesagt hatte, es würde ihn zum militärischen Eingreifen zwingen. Aber zur Überraschung der ganzen Welt ließ er seine Armee nicht marschieren, nachdem ihn Halifax auf diplomatischem Wege gewarnt hatte: Falls Deutschland angreife, werde Frankreich hineingezogen, und falls Frankreich hineingezogen werde, könne niemand mehr garantieren, daß nicht auch England zu den Waffen greifen müßte. Hitler hielt still. Er konnte nicht ahnen, daß Halifax gleichzeitig die Franzosen vor einem Alleingang warnte.

Nun aber geschah das Unerhörte: Der Pressechef des englischen Außenministeriums, Reginald Leeper, erklärte am Mittag dieses tragischen Sonntags vor einer erregten Journalistenmenge aus aller Welt, »daß er einen Krieg für bevorstehend halte«. Das war schon deshalb ein hahnebüchener Vorgang, weil Erklärungen von solch ungeheurem Gewicht gewöhnlich nicht in die Kompetenz von Pressesprechern fallen. Außerdem war England weit davon entfernt, kriegsbereit zu sein. Trotzdem griffen die Vertreter der internationalen Presse, die das Foreign-Office belagerten, die Leeper-Erklärung begierig auf, die in den Zeitungen Schlagzeilen machte. Weil Hitler trotzdem nicht marschierte, entstand am nächsten Tag der willkommene Eindruck, der Diktator sei aus Angst vor der Kampfentschlossenheit Englands und der Tschechoslowakei zurückgezuckt.

Selbstverständlich erfuhr die Welt damals nicht, daß dieser Eindruck auf kühler Berechnung beruhte. Dazu ließ er sich viel zu gut als Scheinbeweis gegen Chamberlains *Appeasement*-Politik benutzen, und tatsächlich wurde von dieser Möglichkeit in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten auf seiten der Anti-*Appeaser* ausgiebig Gebrauch gemacht. War durch die »Wochenend-Krise« nicht bewiesen, daß Hitler zurückweichen würde, wenn ihm England nur mit allem, was es an militärischen, wirtschaftlichen und politischen Mitteln aufzubieten hatte, kampfentschlossen entgegentrat? War es in Anbetracht dieser Evidenz nicht ein Verbrechen, daß Chamberlain den Diktator schonte, ihn immer stärker werden ließ und dadurch alles tat, um das nationalsozialistische Deutschland, das ja bekanntlich wie das Kaiserreich nach der Weltherrschaft strebte, unbesiegbar zu machen? Würde die freie Welt auf diese Weise nicht Chamberlains faulen Frieden über kurz oder lang gegen einen um so größeren Krieg eintauschen müssen?

So lauteten damals die Argumente. Sie waren dazu bestimmt, die Menschen in Europa und Amerika gegen Chamberlains Politik einzunehmen. Ihre Urheber wollten sich auf diese Weise die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Entmachtung des Premiers und zur Entfesselung des Krieges erschleichen. Selbst für die Verantwortlichen im Foreign Office, die Chamberlain zum Teil mit erheblicher Reserve gegenüberstanden, bedeutete der 21. Mai 1938 deshalb eine ernste Warnung, die Konfrontation nicht zu weit zu treiben,

damit man nicht eben den Krieg bekam, den man ja vermeiden wollte. Bis in das Frühjahr 1939, als die öffentliche Meinung Englands durch bewußt herbeigeführte Fehlalarme ähnlicher Art immer häufiger verängstigt wurde (engl.: »*scared*«), verstummten die Warnungen vor »einem neuen 21. Mai« nicht. So wurde dieser Schicksalstag allmählich zum Symbol einer fehlgeleiteten Politik, die schließlich sogar von Halifax und den Foreign-Office-Dissidenten mitgetragen, indirekt zum Zweiten Weltkrieg führte.

Im Grunde funktionierten alle diese »*scares*« nach einem ähnlichen Muster. Sie vermischten Dichtung und Wahrheit so geschickt miteinander, daß sie ihre massensuggestive Wirkung nicht verfehlten. Die zweite Krieg-in-Sicht-Krise im September 1938 wich jedoch insofern von der »Wochenendkrise« im Mai 1938 ab, als diesmal England selbst bereits mit einem halben Bein im Kriege stand: Das Kabinett beschloß am 28. September 1938 die Mobilmachung der Flotte, bei einer Seemacht stets das sicherste Zeichen dafür, daß militärische Feindseligkeiten unmittelbar bevorstehen. Und Chamberlain entkam seinem Sturz nur noch mit knapper Not.

Es gab aber noch zwei weitere Unterschiede. Das eine war der ultimative Druck, mit dem Hitler bei Chamberlains zweitem Besuch in Bad Godesberg auf die Besetzung des Sudetenlandes durch die deutsche Wehrmacht bestand. Das wirkte auf die Engländer und Franzosen derartig aufreizend, daß die Regierung in London, angeführt von Halifax, dem noch immer kompromißbereiten Chamberlain am 25./26. September die Gefolgschaft verweigerte. Das andere waren die diplomatischen Manöver, mit denen US-Präsident Roosevelt erstmals persönlich und direkt in das englische Krisenmanagement eingriff. Davon wird im nächsten Kapitel die Rede sein.

Seit dem Bruch zwischen Chamberlain und Roosevelt in der Sicherheits- und Friedenspolitik Anfang 1938 wurde die englische Politik in Washington mit gesteigertem Argwohn verfolgt. Zwar ließ sich der Präsident auf Bitten von Halifax und auf Drängen von Welles im April dazu herbei, den englisch-italienischen Akkord über den Mittelmeerraum durch eine öffentliche Erklärung in verschleierter Form gutzuheißen. Aber sein ablehnender Standpunkt in der Anerkennungsfrage war im Grunde unverändert. Roosevelt hielt die englische Non-Interventions-Politik in Spanien für einen »Skandal«, und er haßte es, »jedesmal, wenn England pfeift, wie ein braver Hund zu kuschen«. [33]

Der vertraulichen Bitte von Halifax, den englisch-italienischen Akkord abzusegnen, war der Präsident auf Drängen von Welles gefolgt, um Deutschland durch die Demonstration amerikanisch-englischer Solidarität von einseitigen Schritten in der Sudetenfrage abzuschrecken und den Wert von friedlichen Verhandlungen zu betonen. Roosevelt war über den Anschluß Österreichs an das deutsche Reich entsetzt, mehr vielleicht noch über die schlappe Reaktion Chamberlains, der es bei papierenen Protesten belassen hatte. Dagegen zögerte Washington nicht, zur Strafe den österreichisch-amerikanischen Handelsvertrag aufzukündigen und die österreichischen Kriegsschulden auf das

Dritte Reich zu überschreiben, zwei Maßnahmen, die Hitler wirtschaftlich unter Druck setzen sollten.
Mit dieser Mischung aus Druck und scheinbarem Verhandlungswillen versuchte Washington, eine weltpolitische Entwicklung aufzuhalten, die es als bedrohlich empfand.

»Wenn sich Deutschland ... die Kontrolle ... über Südosteuropa verschafft, wird es England und Frankreich auf den zweiten Platz verdrängen«,

schrieb der Leiter der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Jean Pierre Moffat, in einem Memorandum einen Monat vor dem Anschluß Österreichs. [34] Seine Schlußfolgerung:

»Das kann nur die graduelle Desintegration des Britischen Empires bedeuten ..., was wir meiner Meinung nach nicht ohne Besorgnis mit ansehen können. Ich bin sicher, daß wir am Ende unsere eigenen Schwierigkeiten in Südamerika haben werden, wo Deutschland, Italien und Japan schon jetzt so aktiv sind und wo sie ihre klaren Ziele haben – besonders Deutschland.«

Diesen Bemerkungen fügte Moffat am 22. März 1938 die Tagebuchnotiz hinzu: [35] Sollte Hitler eines Tages Ostmitteleuropa in der Tasche haben, würde er

»ein weit gefährlicherer Feind für Großbritannien in der ganzen Welt sein« –

eine für die Vereinigten Staaten bedrohliche Perspektive. Das alles bedeutete nicht, daß die Roosevelt-Administration plötzlich zum Anwalt des englischen Weltreiches geworden wäre. Aber es war ein Unterschied, ob sie es selbst beerbte oder ob es Hitler gelang, den Schutzschild der englischen Seemacht beiseite zu schieben, hinter dem sich die amerikanische Weltmacht bisher ungestört entwickelt hatte. Außerdem wollte Washington der Möglichkeit vorbauen, daß sich Hitler und Chamberlain zusammenschlossen, um der amerikanischen Konkurrenz auf den Weltmärkten gemeinsam entgegenzutreten.
Das englisch-deutsche Handels- und Finanzabkommen vom 1. Juli 1938, das beiden Mächten die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Kooperation auf dem Balkan eröffnete, bestärkte die amerikanischen Befürchtungen. Offenbar wollte sich Chamberlain dadurch die Option für eine friedliche Verständigung mit Hitler offenhalten. Weitere deutsch-englische Wirtschaftsverhandlungen wurden für den Herbst und Winter 1938 verabredet. Um seinen Einfluß auf die amtliche englische Politik nicht ganz zu verlieren, unterstützte Roosevelt die englische Verhandlungsbereitschaft nach außen hin vorsichtig. Dabei hatte er intern schon im März 1938 – zwischen dem englischen Gesprächsangebot an Hitler und dem Anschluß Österreichs – emphatisch erklärt: Er denke gar nicht daran,

»an der Frage eines politischen Appeasements in Europa mitzuwirken«. [36]

Folglich liefen auch Halifax' Versuche ins Leere, den Segen des Präsidenten für

die Vermittlungsaktion Sir Walter Runcimans in Prag zu bekommen. Runciman, ein alter Freund Roosevelts und nicht zuletzt deshalb unter mehreren Kandidaten für seine schwere Aufgabe ausgewählt, warb in einem persönlichen Brief um den Mann im Weißen Haus. Aber er erhielt keine Antwort. [37]

Roosevelt hütete sich auch, Chamberlain öffentlich oder geheim einen Blankoscheck auf amerikanische Hilfe für den Fall auszustellen, daß der Engländer mit seiner *Appeasement*-Politik Schiffbruch erlitt. Dadurch verstärkte sich im Verlauf des Sommers 1938 der doppelte Druck, unter dem der Premierminister stand: Weil Hitler hinter der englischen Verhandlungsführung gegenüber Paris und Prag die Macht vermißte, schraubte er seine Forderungen immer höher, während in London niemand wußte, wie sich die Vereinigten Staaten verhalten würden, sollte Hitler den englischen Bluff durchschauen und die Tschechoslowakei tatsächlich angreifen.

Diese Unsicherheit wurde von Roosevelt und seinen Botschaftern, Bullitt und Kennedy, nach Kräften geschürt. Hull versuchte sie dazu zu benutzen, England bei den Handelsvertragsverhandlungen mehr Zugeständnisse abzuluchsen. [38] Sein Standardargument lautete, sollte England den amerikanischen Forderungen nicht entgegenkommen, würden sich die USA in die Isolation zurückziehen. Das war nichts anderes als die verklausulierte Drohung, England im Kriegsfall jede Unterstützung zu verweigern. Umgekehrt meinte der Führer der englischen Liberalen, Sinclair, der Churchills Agitprop-Organisation FOCUS angehörte, der amerikanisch-englische Handelsvertrag sei der »Vorläufer für eine Politik der breiteren Anwendung«, womit er auf die erwünschte US-Hilfe im Kriegsfall anspielte. [39]

Für die Anti-*Appeaser* in London war das Klima der doppelten Angst, das sie vor einem Angriff Hitlers und einem Disengagement Roosevelts schürten, die beste Voraussetzung dafür, einen radikalen Kurswechsel der englischen Politik zu verlangen. Er sollte die Westmächte im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zusammenführen. Statt dessen schienen sie durch Chamberlains gefährliche Konzessionsbereitschaft – gefährlich vor allem für den Zusammenhalt des Westens selbst – voneinander getrennt zu werden. In Wirklichkeit konnte jedoch von einer konkreten Aussicht auf amerikanischen Beistand überhaupt gar keine Rede sein. Der Kongreß verschob die von Chamberlain so dringend gewünschte Revision des Neutralitätsgesetzes im Frühjahr 1938 auf das Frühjahr 1939.

Der Präsident schien es auch gar nicht eilig zu haben, wie er seinem Freund Phillipps im September 1938 verriet, die europäischen Mächte aus ihrem Teufelskreis aus Angst und Bedrohung zu befreien: »Ich glaube«, schrieb er an den US-Botschafter in Rom, [40] während der englische Premierminister mit dem deutschen Führer in Berchtesgaden zusammentraf, um den Frieden zu retten,

»Sie haben recht, weil der heutige Besuch Chamberlains bei Hitler die Dinge entweder auf die Spitze treiben oder in einem zeitweiligen Aufschub dessen resultieren wird, was

mir ein unvermeidbarer Konflikt innerhalb der nächsten fünf Jahre zu sein scheint. Vielleicht, wenn es dazu kommt, werden die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Scherben der europäischen Zivilisation aufzusammeln . . .«

Das ganze erinnerte an das Verhalten des Präsidenten im Fernostkonflikt Ende 1937. Sein unveränderter Glaube an die Unvermeidbarkeit eines europäischen Krieges und seine Weigerung, Chamberlains *Appeasement*-Politik in einem zweckdienlichen Sinne politisch zu flankieren, tauchte Roosevelts Haltung während der »Krieg-in-Sicht«-Krise im September 1938 in ein trübes Licht. Wollte er den Frieden oder den Krieg oder wollte er einfach nur Chamberlain schwächen? Schon während der Wochenendkrise im Mai hatte er seine Bereitschaft zu einer Kooperation mit der englischen Flotte angedeutet und seine Begeisterung über die tschechoslowakische Teilmobilmachung und die Leeper-Erklärung nicht verhehlt, indem er ausrief:

»So muß man mit ihnen (den Diktatoren – D. B.) sprechen!« [41]

Mitte Juni 1938 berichtete die *New York Times*, die nächsten Flottenmanöver der USA würden 1939 nicht, wie bisher, im Pazifik, sondern im Atlantik stattfinden, angeblich um den amerikanischen Doppelkontinent gegen einen Angriff aus Europa zu schützen. Mitte Juli, bei einem Besuch in San Francisco, wurde die US-Flotte vom Präsidenten bedeutungsvoll als »mächtige und immer einsatzbereite Tatsache« gewürdigt. [42] Am 1. September bildeten die Vereinigten Staaten außerdem ihre erste Atlantik-Schwadron, ein Flottenverband, der aus den sieben modernsten Kreuzern der Welt bestand. Damit begann die Verlagerung des strategischen Schwergewichts der USA vom Pazifik zum Atlantik konkrete Form anzunehmen.

Mit aller Umsicht baute die Roosevelt-Administration im Verlauf des Jahres 1938 eine maritime Drohkulisse auf, welche die Entscheidungen der europäischen Mächte beeinflussen sollte. Sie sollte Hitler von militärischen Gewaltlösungen in der Tschechoslowakei zurückhalten und die beiden westeuropäischen Demokratien zu einer militanteren Haltung gegenüber Deutschland ermutigen. Ab Mitte August, als sich das Scheitern der Runciman-Mission abzeichnete, schien Hitler den Einmarsch vorzubereiten. Zumindest, so fürchtete man in den westlichen Hauptstädten, könnte er auf dem Parteitag der NSDAP am 12. September 1938 ein Ultimatum stellen. In dieser Spannungssituation trat Roosevelt mit einer Rede an die Öffentlichkeit, in der er die Vereinigten Staaten zum ersten Mal auf den Schutz eines Teils des Empires verpflichtete, nämlich auf den Schutz Kanadas. Der Grund: Der amerikanische Präsident plante, dort – außerhalb der Reichweite der deutschen Luftwaffe – eine Schattenindustrie für die alliierte Flugzeugproduktion zu errichten.

Das wachsende Engagement der USA blieb in der Tat nicht ohne Wirkungen auf England und Frankreich. Halifax war von der Rede Roosevelts so begeistert, daß er um Wiederholung unmittelbar vor dem Nürnberger Parteitag bat. Der englische Außenminister ließ seinen Amtskollegen in Washington wissen,

Hitler sei ein Irrer, ein Krieg in Europa sei möglich, und ohne Abtötung des Nazi-Geistes sei ein Friede in Europa ausgeschlossen.

Trotzdem zuckte Halifax zurück, als die Kriegspartei im englischen Kabinett um Flottenchef Duff Cooper, Gesundheitsminister Walter Elliot, Handelsminister Oliver Stanley und Lordsiegelbewahrer De la Warr am 30. August 1938 versuchte, Chamberlain auf Kriegskurs festzulegen. Ihr Ansinnen, England solle einen Angriff Deutschlands auf die Tschechoslowakei als »casus belli« betrachten, wurde von der Kabinettsmehrheit abgelehnt und Chamberlains Standpunkt vom 24. März noch einmal bekräftigt. Einstweilen wog die Befürchtung, ein Krieg könne die Einheit des englischen Weltreiches zerbrechen, noch schwerer als die unsichere Aussicht auf einen Sieg an der Seite der Vereinigten Staaten. [43]

Gewiß, Roosevelt beabsichtigte nicht direkt, hier und jetzt einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen, obwohl es für ihn vielleicht der kürzeste Weg gewesen wäre, aus der »Sturmkeller-Neutralität« auszubrechen. Im Gegenteil schien seine Haltung in den kritischen Tagen zwischen dem 25. und 27. September streckenweise sogar die Furcht zu beherrschen, Ungeschicklichkeit oder Kriegslist der Engländer könnten die USA in einen Krieg hineinziehen, was die innenpolitische Stellung des Präsidenten am Vorabend der Kongreßwahl erschüttern würde. Wie dem auch sei – unzweifelhaft wollte der Präsident mit seinen Signalen die westeuropäischen Demokratien und Rußland augenblicklich zu einer festeren Haltung gegenüber Hitler bewegen, was immer daraus erwachsen würde.

In Anbetracht der instabilen Mehrheitsverhältnisse, die in den Parlamenten und Regierungen zu London und Paris herrschten, in Anbetracht so abenteuerlicher Figuren wie Hitler, Churchill und Beneš waren mit Roosevelts Aktivitäten freilich unabsehbare Risiken verbunden. Da er diese Umstände kannte, nahm der Präsident das Kriegsrisiko, das aus seinem politischen Handeln resultierte, offenbar bewußt in Kauf, und die Tatsache, daß er auf dem Gipfel der September-Krise noch einmal Verhandlungen befürwortete, bewies nicht das Gegenteil.

## Anmerkungen

1 PRO PREM 1/276: Perth 17. 2. 38 Chamberlain – Lady Chamberlain war die Witwe des erst kürzlich verstorbenen Halbbruders Austen Chamberlain, der pikanterweise Churchills FOCUS unterstützt hatte.
2 PRO PREM 1/276.
3 Die Ratifizierung des Abkommens wurde von Chamberlain an den Abzug der italienischen »Freiwilligen« aus Spanien gebunden, der tatsächlich ab Herbst 1938 erfolgte, als sich Franco dem Sieg zu nähern begann. Den Vorstellungen des englischen Premiers folgend, stellte es der Völkerbundsrat Anfang Mai 1938 auf Antrag Englands seinen Mitgliedern frei, wie sie sich in der Anerkennungsfrage verhalten wollten. Damit war die amerikanische Nicht-Anerkennungsdoktrin, die seit 1931 Bestand gehabt hatte, gesprengt, und der äthiopische Vertreter in Genf durfte an den Beratungen nur noch als persönlicher »Repräsentant des Kaisers Haile Selassi« teilnehmen.
4 PRO PREM 1/330: F. P. (36) 43 »German Contribution Towards General Appeasement, 25. 1. 38 – gezeichnet »A(nthony). E(den).« – Geheime Verschlußsache.
5 PRO PREM 1/259: Eden 21. 1. 38 Lindsay, sofort/äußerst geheim. Das Gesprächsangebot ist im Dokument, Anmerkung 4 oben, abgedruckt.
6 ADAP D I, S. 196ff.: Aufzeichnung Gespräch Hitler–Henderson, 3. 3. 38.
7 Vgl. Anmerkung 4: Henderson 15. 12. 37 FO.
8 PRO PREM 1/236: Das Programm für schwere Bomber, das der RAF-Stab am 23. 12. 38 ablieferte und das die Bedrohung Deutschlands tendenziell erheblich vergrößerte, beruhte auf einer Studie von März 1938.
9 PRO PREM 1/330: Cadogan 12. 2. 38 Henderson.
10 ADAP D I, S. 199: Aufzeichnung Gespräch Hitler–Henderson, 3. 3. 38.
11 PRO PREM 1/330: Undatiertes Memorandum von Halifax über dessen Gespräche mit Hitler, Goebbels und Neurath.
12 PRO PREM 1/330: Henderson 15. 12. 37 FO in F. P. (36) 45.
13 PRO CAB 27/623: FPC, 21. Sitzung 24. 1. 38.
14 PRO PREM 1/330: F. P. (36) 43: FO-Memorandum, 22. 1. 38.
15 William N. Medlicott, Britain and Germany. The Search of Agreement 1930–1937. London 1969, S. 13 – Simon Newman, March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy. Oxford 1976, S. 25.
16 Umstritten war die Frage, ob England aus seiner bilateralen Locarno-Verpflichtung zur Hilfe eilen mußte, wenn Frankreich in Wahrnehmung seiner bilateralen Beistandsverpflichtung gegenüber der Tschechoslowakei von Deutschland – provoziert oder unprovoziert – angegriffen wurde. Ein Memorandum des Foreign Office, das eine solche Beistandsverpflichtung vorsah, wurde Ende März 1938 vom Außenpolitischen Kabinettsausschuß ausdrücklich verworfen. – Harvey, Diaries S. 122.
17 PRO PREM 1/330: F. P. (36) 43 »German Contribution Towards General Settlement«, Annex I: Henderson 15. 12. 37 Eden.
18 PRO FO 800/296: Aufzeichnung über Direktkontakte zwischen Sudetendeutschen und englischer Regierung 1937.
19 Nicolson, Nicolson, S. 282.
20 PRO FO 800/296: Memorandum Cranborne, 8. 2. 37.
21 Harvey, Diaries, S. 109.
22 Feiling, Life, S. 347.
23 ebda.
24 PRO CAB 23/93: Kabinettssitzung vom 22. 3. 38, geheim.
25 PRO CAB 16/183 A: Memorandum »Military Implications of German Aggression against Czechoslovakia«, 28. 3. 38.
26 Hansard, Parl. Debs., Commons, Vol. 333, Cols. 1405/06, 24. 3. 38.
27 Harvey, Diaries, S. 133.

28 ebda., S. 132.
29 PRO FO 800/296: Cranborne-Memorandum, 8. 2. 37.
30 PRO FO 800/309: Aufzeichnung vom Gespräch Benes 1. 4. 38 mit Churchill-Freund Edward Spears.
31 PRO FO 800/309: Aufzeichnung vom 1. 4. 38.
32 Neville Thompson. The Anti-Appeasers. Conservative Opposition to Appeasement in the 1930's. Oxford 1970, S. 170 – Gilbert, Churchill, S. 943 referiert einige der Redewendungen, in die Churchill seine Kriegshetze vorzugsweise verpackte. So forderte er eine englische Luftwaffe, »die so zahlreich und erfolgreich ist, daß sie den Feind in fairem Kampf besiegen kann« oder einen »Angriff auf die Nester, von denen die feindlichen Geier kommen« oder – als zarte Umschreibung der Panik, die im Mai 1938 erzeugt wurde – »eine Atmosphäre der Tatkraft und Entschlossenheit«. Alle diese Formeln benutzte Churchill im Frühjahr 1938, um seine Forderung nach einem Luftkrieg gegen Deutschland zu verschleiern.
33 Dallek, Roosevelt, S. 160.
34 FRUS 1938 I, S. 17–24: Moffat-Memorandum, 18. 2. 38.
35 Hooker, Moffat, S. 192.
36 Langer/Gleason, Challenge, S. 30: Welles 7. 3. 38 Lindsay.
37 PRO FO 371/21 230 C 7757: Aufzeichnung Sargent, 2. 8. 38 – C. A. MacDonald, The United States, Britain, and Appeasement 1936–1939. Oxford 1981, S. 90.
38 FRUS 1938 II, S. 38ff.: Hull 25. 7. 38 Kennedy.
39 Ovendale, Appeasement, S. 139.
40 Vgl. oben Anmerkung 19 im Zweiten Teil, 2. Kapitel: FDR 15. 9. 38 Philipps.
41 Boris Celovsky, Das Münchner Abkommen 1938. Stuttgart 1958, S. 246.
42 New York Times, 15. 7. 38.
43 PRO CAB 23/94: Kabinettssitzung, 30. 8. 39, geheim – Typisch die Argumentation MacDonalds: »Das Britische Commonwealth of Nations und die Vereinigten Staaten von Amerika seien zusammen die einzige Kraft, die eventuell dem Fortschreiten der Diktatoren Einhalt gebieten könne; eines Tages könnte diese Kombination das wachsende Übel zu bekämpfen haben. Seiner Majestät Regierung sollte jetzt keinen Schritt tun, der das Commonwealth zerbrechen würde.« – Auf der letzten Reichskonferenz im Frühsommer 1937 hatten die Dominions eine Fortsetzung und Verstärkung von Chamberlains Appeasement-Politk gefordert. Mit dem Hinweis auf die Aufrechterhaltung der Reichseinheit als Vorbedingung für das Überleben Englands wurde Frankreich vor unbedachten Schritten zurückgehalten.

# 4.

# Kein Friede in Sicht, nur Krieg

Bereits am 14. April 1938 hatte Roosevelts Freund, US-Botschafter Joseph Davies, aus der sowjetischen Hauptstadt gemeldet, nur »eine Achse London-Paris-Moskau« könne das nationalsozialistische Deutschland wirksam eindämmen. [1] Das bezeichnete die Richtung, in der auch der Präsident dachte, setzte aber mindestens dreierlei voraus: (1) Eine neue englische Regierung, die eine Große Allianz akzeptierte, da sich Chamberlain bekanntlich hartnäckig weigerte, Stalin in seine Deutschlandpolitik einzubeziehen. (2) Eine französische Regierung, die willens und in der Lage war, ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei und Rußland einzulösen, was wiederum zum Teil von der Haltung Chamberlains und Stalins abhing. (3) Die Mitwirkung Stalins, die ein größeres Engagement der USA in Europa voraussetzte.

Mit seinen militärischen und politischen Signalen, die er während des Sommers 1938 aussandte, versuchte Roosevelt, alle drei Ziele gleichzeitig zu erreichen. So ließ er der englischen Regierung Anfang September vorschlagen, sie solle Stalin ersuchen, seine Flugzeuggeschwader analog zu dem amerikanischen Flottenverband, der im Atlantik kreuzte, in das westliche Rußland vorzuverlegen. Aber was konnte er im Fall Frankreichs machen?

Die französische Regierung, Kammer und Öffentlichkeit waren in der Frage »Frieden oder Krieg wegen der Tschechoslowakei« tief gespalten. Auch hier gab es nach dem Urteil des englischen Botschafters Phipps »eine kleine, aber laute und korrupte Kriegspartei«, [2] die zum Teil offen einen Präventivkrieg gegen Deutschland forderte. Zur »Widerstandsgruppe« gegen Daladiers *Appeasement*-Kurs innerhalb des Kabinetts zählten sieben Minister, darunter (ab November 1938) auch Churchills Freund Paul Reynaud, während der undurchsichtige Außenminister Georges Bonnet seinen Regierungschef mit einer Reihe anderer Minister rechts zu überholen versuchte.

Ähnlich wie die Dissidenten-Gruppe im Foreign Office wachte Generaldirektor Marie René Léger im französischen Außenministerium am Quai d'Orsay darüber, daß sich sein Land nicht allzu weit von seinen Bündnisverpflichtungen und von den ehernen Grundsätzen der kollektiven Sicherheit entfernte. Da die Minister laufend wechselten, war Léger, der unter dem Pseudonym »St. John Perse« nebenbei auch einen nicht unbedeutenden Ruf als Schriftsteller genoß, seit 1933 der eigentliche Meister der französischen Außenpolitik.

Die französische Politik hatte freilich mit Poesie nichts zu schaffen. Obwohl er Chamberlain mit der angeblichen Kriegsbereitschaft Frankreichs immer wie-

der zu ködern versuchte, war Daladier zu keinem Zeitpunkt der Septemberkrise wirklich zum Krieg entschlossen. Dagegen drängte die Armeeführung unter Generalstabschef Maurice Gamelin auf Kampf, solange Hitler in seinem Westwall, der sogenannten »Siegfried-Linie«, noch nicht alle Lücken geschlossen hatte. F. Requin, Kommandeur am Abschnitt Straßburg-Luxemburg, wo ein französischer Durchbruch 1938 noch unschwer möglich war, trug den französischen Operationsplan ständig in seiner Brusttasche mit sich herum.
US-Botschafter Bullitt war freilich dafür, daß die französische Armee im Kriegsfalle nicht einfach zum frontalen Angriff auf Deutschland antrat, sondern so lange hinter der Maginot-Linie operierte, bis sich die englische Blokkade auf die deutsche Widerstandskraft auswirkte. Erst dann sollte die Entscheidung gesucht werden. Der phantasiebegabte Diplomat, der aus Angst vor einem Sieg des Kommunismus in Deutschland während der Tschechoslowakei-Krise einen mäßigenden Einfluß auf den Präsidenten auszuüben versuchte, befürwortete eine klassische Defensivstrategie. Ihr zufolge sollte die französische Armee große Teile der deutschen Wehrmacht am Rhein binden, so daß die tschechoslowakische Armee eine Chance bekam, mit dem Rest von Hitlers Heer fertig zu werden. Die Ähnlichkeit mit Churchills Plänen konnte niemand übersehen.
Voraussetzung für das alles war freilich, daß Frankreich für seine Rüstung die nötigen Mittel und für die Anhebung seiner Kampfmoral die nötige Unterstützung von außen fand. Für beides sorgte Roosevelt seit Anfang 1938, indem er die französische Luftwaffe vorrangig mit amerikanischen Flugzeugen versorgen ließ und dem französischen Botschafter in Washington, René de Saint-Quentin, Vertreter einer französischen Durchhaltepolitik auf Biegen und Brechen, im Juni 1938 erklärte:

»sollte Frankreich untergehen, so würden wir offenbar mit untergehen.« [3]

Da es unwahrscheinlich war, daß der Präsident dem Untergang Amerikas untätig zuschauen würde, kam dieser Satz einem indirekten Beistandsversprechen für Frankreich gleich. Wenige Wochen später – Finanzminister Morgenthau machte gerade per Auto eine Urlaubsreise durch Europa, wobei er auch seine Freunde in Paris besuchte – hatten die Amerikaner Gelegenheit, den Franzosen tatkräftig unter die Arme zu greifen. Der Franc war durch die ständigen Abwertungen geschwächt, und Frankreich hatte gravierende neue Währungsprobleme, die wie immer den Bestand der Regierung gefährdeten. Finanzminister Paul Marchandeau kam zu dem Schluß, daß nur die Vereinigten Staaten helfen könnten, am besten mit England gemeinsam.
Morgenthau schwebte zunächst vor, den amerikanischen Stabilisierungsfonds zu benutzen, um Franc zu kaufen und dessen Kurs dadurch wieder aufzuhelfen. Das hätte den französischen Devisenschatz mit Dollars aufgefüllt und die angenehme Nebenfolge gezeitigt, daß neue Liquidität für französische Rüstungskäufe in den USA bereitgestellt wurde. Der amerikanische Finanzminister hielt freilich die Mitwirkung Englands an der Stützungsaktion für uner-

läßlich, um die politische Einheit der Tripartite-Mächte gegenüber Hitler zu betonen. Daladier appellierte daraufhin am 12. August 1938 an Chamberlain, [4] diese Aktion mit einer gemeinsamen Erklärung einzuleiten. Gleichzeitig schickte er den Generalgouverneur der *Banque de France*, Emmanuel Monick, nach London.

Die Botschaft Daladiers und die Stimmung, in der sich Monick bei seinem Eintreffen präsentierte, ließen den Premierminister und seinen Schatzkanzler Simon Schlimmes befürchten. Chamberlains Chefberater Wilson war nicht ganz sicher, ob sich der Bankpräsident geistig nicht vielleicht schon im Kriegszustand mit Deutschland befand. Monick benutzte jedenfalls auffallend häufig die Wendung »Wenn es Krieg gibt . . .«, als wäre die englische Unterstützung schon gesichert. Das Ganze schien nur ein politisches Manöver zu sein, um England an Frankreich und die USA zu binden und auf diese Weise vielleicht den Krieg gegen Deutschland in Gang zu setzen. [5]

Obwohl Frankreich in den letzten drei Wochen durch den permanenten Krisendruck täglich eine Million Pfund an Gold (bei einem Goldschatz von nur 50 bis 60 Millionen Pfund) an das Ausland verloren hatte, weigerte sich Chamberlain deshalb, an der Stützungsaktion mitzuwirken. [6] Das Kriegsrisiko war ihm zu hoch. Außerdem empfand er keine Neigung, die englischen Währungsreserven in ein Faß ohne Boden zu schütten. Die versteckte Drohung mit Daladiers Rücktritt – nach Simons Urteil das sicherste Mittel, »die Deutschen zum Zuschlagen einzuladen« – wurde in London sofort als politischer Erpressungsversuch durchschaut. [7]

So hatte sich wieder eine Chance zur Bildung einer westlichen Einheitsfront gegen Deutschland zerschlagen, und Morgenthau reiste am 24. August unverrichteter Dinge auf der »Normandie« zurück nach Amerika. Doch er und Roosevelt gaben die Hoffnung auf die Einheitsfront nicht auf.

Der Finanzminister wurde nach seiner Rückkehr vom Präsidenten gebeten, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich die aus England und Frankreich permanent abfließenden Goldströme auffangen ließen, natürlich »nur um sie sicherzustellen«, wie Roosevelt uneigennützig sagte. Aber jedermann war klar, daß auf diese Weise in Amerika die Reserven entstehen würden, die man nach Kriegsausbruch beschlagnahmen konnte, um mit ihnen die englisch-französischen Rüstungskäufe zu finanzieren. Unter verschiedenen Vorschlägen, die daraufhin in Morgenthaus Ministerium ausgearbeitet wurden, entschied sich Roosevelt für den aufsehenerregendsten Plan, um Hitler zu beeindrucken.

Inzwischen war es Ende August geworden, und mit Hitlers wachsender Ungeduld gegenüber der Tschechoslowakei, die immer noch auf Zeit spielte, wuchs auch die Gefahr, daß die deutschen Armeen marschieren würden. In einer Atmosphäre der Kriegspsychose, die an die Panay-Krise von Ende 1937 erinnerte, wurden in Washington daher von der Verhängung von Strafzöllen über die Beschlagnahme von deutschen Seeschiffen bis hin zu einem kompletten Handelsembargo die verschiedensten Methoden erwogen, um Hitler von

dem Äußersten zurückzuhalten – oder um ihn in den Krieg hineinzuzwingen. Das wurde eigentlich nie ganz klar. Morgenthau drückte wieder einmal aufs Tempo, als er am 31. August 1938 vor seinen Mitarbeitern erklärte:

»Mein Gefühl sagt mir, daß wir, wenn wir überhaupt etwas tun wollen, es innerhalb der nächsten 48 Stunden tun müssen.« [8]

Aber Roosevelt hatte seinen Finanzminister gebeten, vorher Außenminister Hull zu konsultieren, und dieser legte sich – wie schon im Dezember 1937 – wieder quer. Seiner Meinung nach konnte man des Guten auch zu viel tun, womit der Außenminister auf die Kriegsgefahr anspielte, die mit Morgenthaus Plänen verbunden war. Der alte Herr machte einen weniger provozierenden Alternativvorschlag. Aber Roosevelt bestand auf den Plänen seines Finanzministers und drohte, er werde den deutschen Botschafter Hans Dieckhoff persönlich zu sich rufen und ihm erklären:

»Es steht 100 : 1, daß ich das tun werde, wenn Sie in die Tschechoslowakei einfallen – zwingen Sie mich nicht dazu.« [9]

Aber Hull blieb widerspenstig, und als der Außenminister gegangen war, lenkte der Präsident ein und ließ Morgenthaus Pläne fallen.
Ein paar Tage lang schien Roosevelt selbst daran zu zweifeln, ob die von ihm erwogenen Repressalien das richtige Mittel waren, um Hitler zu stoppen, und ob Chamberlain nicht bereits den Punkt überschritten hatte, wo man ihn noch von einer Verständigung mit dem Führer zurückhalten konnte.
Offenbar eigenmächtig hatte Kennedy dem englischen Premierminister am 30. August eröffnet, Roosevelt habe sich jetzt entschieden,

»mit Chamberlain in den Krieg zu ziehen; welchen Kurs Chamberlain auch immer einzuschlagen wünsche, er (Roosevelt – D. B.) würde ihn billigen«,

so daß die USA gegebenenfalls »binnen kurzem« kriegsbereit wären.[9a] Dieser Versuch, den amerikanischen Präsidenten in ein Auto zu setzen, das der englische Regierungschef chauffierte, stieß in Washington indessen auf herbe Kritik. Dort war man momentan sogar gegen »fortlaufende Konsultationen« mit England, weil man befürchtete, dadurch gegen den eigenen Willen zu einer »assoziierten Macht« Englands zu werden.[9b]
Von den Vereinigten Staaten allein gelassen, trieben England und Frankreich so ziemlich hilflos dem Höhepunkt der Krise entgegen, der von Hitlers Rede am 12. September auf dem NSDAP-Parteitag in Nürnberg erwartet wurde. Zwei Tage vorher fragte Halifax sicherheitshalber bei Kennedy an, welche Haltung die Vereinigten Staaten einnehmen würden, sollte sich England veranlaßt sehen, dem Führer eine warnende Note zu senden. Dieser Versuch, sich bei Roosevelt für den Fall eines Konflikts abzusichern, stieß in Washington deshalb übel auf, weil er am nächsten Tag in den englischen Zeitungen stand. Im Hinblick auf seine Kongreß-Opposition ärgerte sich Roosevelt darüber, daß sein Botschafter in London den Presseberichten nicht sofort mit der Behaup-

tung entgegengetreten war, sie beruhten auf reiner Irreführung. Seitdem sich Kennedy den Sommer über vergeblich um ein Gespräch unter vier Augen mit Hitler bemüht hatte, um eine Zuspitzung der Krise abzubiegen, wurde er in der amerikanischen Hauptstadt faschistischer Neigungen bezichtigt.

Wenn Roosevelt im Sommer 1938 für eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Tschechoslowakei eintrat, dann leiteten ihn sicher nicht pazifistische Motive. Natürlich wollte er nicht, daß Hitler das Sudetenland mit militärischer Gewalt an sich riß, weil dies die »Heiligkeit der Verträge« verletzt hätte, auf der das außenpolitische Programm des Präsidenten seit seiner Wahl von 1933 fußte. Andererseits sprach alle militärische Vernunft dafür, daß die Westmächte den Krieg gegen das Dritte Reich, den Roosevelt für unvermeidbar hielt, zum frühestmöglichen Zeitpunkt suchten, solange die Wehrmacht noch nicht ihre volle Kampfstärke erreicht hatte.

Neben dem »Ob« eines Krieges in Europa war aber auch die Frage des »Wie« zu bedenken. Wenn man Hitler von einem erneuten Bruch des Versailler Vertrages abhalten wollte, mußten die beiden westeuropäischen Demokratien – eventuell auch die Tschechoslowakei und Rußland – bereit sein, gegen Hitler einen defensiven Präventivkrieg zu führen. Aber das warf für den amerikanischen Präsidenten weitere Probleme auf. Weder durfte er es zulassen, daß in den Vereinigten Staaten der Eindruck aufkam, der Präsident versuche, für England und Frankreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen, noch durfte er den beiden westeuropäischen Demokratien Grund zu der Klage geben, sie hätten sich nur deshalb nicht energischer gegen Hitlers Politik der Gewaltdrohungen gewehrt, weil ihnen Roosevelt die nötige Hilfe verweigert habe. Beides wollte er vermeiden, weil beides seine innen- und außenpolitische Stellung geschwächt hätte. Da sich Roosevelt während des Sommers 1938 weder in der einen noch in der anderen Richtung festlegte, verfolgten die Vereinigten Staaten in der Schlußphase der Septemberkrise freilich einen schwankenden und widersprüchlichen Kurs, der seinerseits wiederum die europäischen Staaten verwirrte.

Bonnet fragte am 8. und 12. September aus Paris in Washington an, ob der Präsident nicht als Schlichter auftreten oder durch einen direkten Appell an Hitler das Blutvergießen in der Tschechoslowakei verhindern könne. Die Weigerung Roosevelts trug wesentlich dazu bei, daß Ministerpräsident Daladier am 13. September – einen Tag nach der Hitler-Rede in Nürnberg, die nichts verschärfte und nichts entspannte – in Panik geriet, die französische Armee nicht mobilisierte und seinen Amtskollegen in London beschwor, eine Dreier-Konferenz (mit Hitler, aber ohne Mussolini) über die tschechoslowakische Frage einzuberufen. Chamberlain griff daraufhin auf seinen bereits vorbereiteten »Plan Z« zurück: eine persönliche Begegnung mit dem Führer. Das Ergebnis war Chamberlains Reise auf den Obersalzberg am 15. September. Roosevelt weigerte sich, dem Premier für diesen »tragischen Fehler« einen »Blankoscheck« zu geben. [9c]

Zum erstenmal in seinem Leben vertraute sich der englische Regierungschef

einem Flugzeug an, obwohl er ja nicht mehr zu den Jüngsten zählte. Während des Fluges von London nach München gab er sich wie immer distanziert, undurchdringlich und selbstbewußt. In der bayrischen Hauptstadt stieß Botschafter Henderson zu der kleinen Reisegruppe, die nur aus dem Premierminister und einem hochgestellten Beamten des Foreign Office bestand. Dann ging es in einem Sonderzug nach Berchtesgaden, wo sich Chamberlain nach einer kurzen Ruhepause in seinem Hotel sofort auf den Weg zum Obersalzberg machte.

Vor dem großartigen Panorama der Salzburger Alpen forderte der Führer erstmals die Abtretung des Sudetenlandes. Das war eine Lösung, die Chefredakteur Geoffrey Dawson in der Londoner *Times* möglicherweise auf einen Wink von Halifax schon am 7. September vorgeschlagen hatte. Chamberlain war damit einverstanden, und Hitler versprach im Gegenzug, keine militärische Gewalt anzuwenden, solange ihn nicht ein übertrieben schimpflicher Zwischenfall dazu zwinge, damit Frankreich und England die Einzelheiten für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an die Sudetendeutschen ausarbeiten könnten.

Der entscheidende Augenblick des dreistündigen Gespräches kam, als Hitler fragte, ob ihm Chamberlain versichern könne,

»daß die britische *Regierung* das Prinzip der Selbstbestimmung (für die Sudetendeutschen) akzeptiere«,

(Hervorhebung D. B.), das er, Hitler, ja nicht erfunden habe. Dieser Hinweis auf Wilsons heiligsten Grundsatz brachte Chamberlain, der sein Kabinett von der Reise nur informiert hatte, in Verlegenheit. »Ich kann keine Zusicherung machen ohne Konsultation«, sagte er und schlug vor, das Gespräch an dieser Stelle zu unterbrechen, um zurück nach London zu fliegen, dort seine Minister um ihr Einverständnis zu bitten und den Führer dann erneut zu treffen. Etwas verwundert über diese für einen 70jährigen Premierminister reichlich umständliche Prozedur, willigte Hitler ein. [10]

Roosevelt betrachtete die Verständigung, die Chamberlain und Hitler in Berchtesgaden über das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen erzielt hatten, als

»das schrecklichste und ruchloseste Opfer, das einem Staat jemals abverlangt wurde«. [11]

Bis dahin war der Präsident trotz des Drängens von Morgenthau und unter dem Gegendruck von Hull der Linie Bullitts gefolgt, der aus Paris zu bedenken gab, er sei

»mehr denn je überzeugt, daß wir versuchen sollten, (aus einem Krieg) herauszubleiben und uns bereitzuhalten, die Bruchstücke wieder zusammenzusetzen, die von der europäischen Zivilisation übrigbleiben mögen«. [12]

Deshalb hatte der Präsident auch eine Rede dementiert, in der sein Botschafter

wenige Tage zuvor den Kriegseintritt der USA wenigstens nicht mehr völlig ausgeschlossen hatte. Bullitts Rede

»begründet kein moralisches Engagement der Vereinigten Staaten für die Demokratien«,

sagte Roosevelt und fügte hinzu:

»Die Vereinigten Staaten in eine Allianz (mit) Großbritannien gegen Hitler einzuschließen, ist eine Interpretation politischer Analytiker, die hundertprozentig falsch ist.« [13]

Diese Worte hinderten den Präsidenten jedoch nicht daran, insgeheim genau diese Allianz anzustreben. Die Absprache zwischen Chamberlain und Hitler machte es nötig, daß jetzt in London, Moskau, Paris und Prag definitive Entscheidungen fielen, denn am 18./19. September verabschiedete der in London tagende englisch-französische Ministerrat nach stürmischen Debatten einen Plan, der allen Ernstes die Abtretung des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei vorsah. Danach sollte der Reststaat unter eine internationale Garantie der vier europäischen Hauptmächte (Deutschland, England, Frankreich, Italien – ohne Rußland!) gestellt werden, was seiner außenpolitischen Neutralisierung gleichkam.
In dieser zum Zerreißen gespannten Situation schlug der französische Sozialistenführer Léon Blum im *Populaire* eine internationale Konferenz unter Einschluß der USA vor, forderte die englische Labour Opposition eine Große Allianz zwischen England, Frankreich und Rußland und während Beneš die Tschechoslowakei unter Kriegsrecht gestellt hatte, rief Roosevelt in Washington den englischen Botschafter Lindsay am Abend des 19. September zu sich, um ihm zwei komplementäre Vorschläge zu machen: eine Weltkonferenz auf den Azoren mit dem US-Präsidenten, Hitler und anderen Staatschefs als Teilnehmern und – sollte sich Deutschland diesem Ratschluß nicht beugen – eine Seeblockade von der Nordsee bis zum Suez-Kanal, d. h. eine totale Quarantäne der europäischen Achsenmächte. Nach den Vorgängen im Januar 1938 war klar, daß dieser Plan, der auf einen Krieg »nur durch Blockade in einer rein defensiven Weise« (Roosevelt) abzielte, ein informelles Bündnis zwischen England und den USA voraussetzte.
Diese völlig neue Methode der Kriegführung und Bündnispolitik sollte nach Roosevelts Worten zwar erst angewandt werden, wenn sich England, Frankreich, Rußland und die Tschechoslowakei »zum Krieg gezwungen« sehen, also nach einem Fehlschlag der Weltkonferenz. Trotzdem war allein schon dieser Konferenzplan geeignet, die bisher mühsam gehaltene Waage zwischen Frieden und Krieg in Richtung Krieg anzustoßen. Roosevelt selbst hatte Morgenthau am Nachmittag des 19. September gesagt, als sich die beiden über den Plan unterhielten, die Zeit für Reden sei vorbei. Jetzt wolle er der Welt auf andere Weise seine »Sympathie für einen Defensivkrieg« demonstrieren. [14].

Angesichts der dramatischen Entscheidungen, vor denen in diesen Tagen alle Mächte standen, wirkte der Vorstoß des amerikanischen Präsidenten auf die Anti-*Appeaser* in London, Paris und Prag wie das lang erwartete Signal, den eben beschlossenen Abtretungsplan wieder umzustoßen und Anlehnung an die Vereinigten Staaten zu suchen, an eine Macht, die England, Frankreich, Rußland und die Tschechoslowakei im Kriegsfall unterstützen würde. Der französische Botschafter in Washington bat den Präsidenten, seine Pläne bis zum 22. September zu konkretisieren, also bis zu dem Tag, an dem Chamberlain ein zweites Mal Hitler treffen würde. Roosevelt selbst glaubte, daß die Tschechen kämpfen würden, und wenn alle Länder diesem Beispiel folgten, so rechnete der Präsident seinem Finanzminister vor, hätte Hitler nur noch eine Siegeschance von 40 : 60.

Roosevelt stand in jenen Tagen mit dem tschechischen Botschafter in London, Jan Masaryk, Sohn des tschechoslowakischen Staatsgründers, in telefonischer Verbindung, der wiederum zum FOCUS-Kreis um Churchill und natürlich zu Staatspräsident Beneš in Prag Kontakt hielt. Aus Paris hielt Bullitt den Präsidenten täglich mehrfach per Telefon und Telegramm auf dem laufenden. Schon am 19. September, als er Lindsay empfing, hatte Roosevelt die Note an die tschechoslowakische Regierung in den Händen, in denen England und Frankreich die Abtretung des Sudetenlandes verlangten. Am 23. September, als Chamberlain ein zweites Mal bei Hitler weilte, wußte man in Washington bereits, daß Berlin die sofortige Besetzung des Sudetenlandes verlangte. Die Nachrichtenverbindungen funktionierten so gut, daß der Präsident die Ereignisse jederzeit direkt beeinflussen konnte.

Einen Tag nach seinem Gespräch mit Lindsay lehnte Prag den englisch-französischen Abtretungsplan ab, obwohl London und Paris gewarnt hatten, Ablehnung bedeute Krieg, und Frankreich werde nicht kämpfen. An demselben 20. September reiste Churchill mit dem Flugzeug nach Paris, um von dort aus den Sturz der Regierungen Daladier und Chamberlain zu betreiben. Vansittart und Léger hielten die Verbindungen zwischen den Außenministerien der beiden Ententemächte aufrecht. Unter diesen Umständen war Daladier plötzlich angeblich doch zum Krieg bereit, während Chamberlain fest blieb. Sein Sturz wurde von politischen Kreisen diesseits und jenseits des Kanals für den Nachmittag des 22. September vorhergesagt – genau an dem Tag, an dem der Regierungschef den deutschen Führer zum zweitenmal aufsuchen wollte.

Unterdessen wiegelte der französische Kolinialminister, Georges Mandel, einst Clemenceaus Kabinettschef, Beneš am Telefon zum Präventivkrieg gegen Hitler auf:

»... wenn Sie die erste Kanone abfeuern, wird das Echo durch die ganze Walt hallen, so daß dann auch die Kanonen Frankreichs und Rußlands einfallen ...« [15]

Mit Italien an seiner Seite, so Mandel weiter, werde Deutschland in sechs, ohne Italien in drei Monaten besiegt sein. Gleichzeitig kam in den Vereinigten

Staaten wie auf Verabredung eine Pressekampagne in Gang, die England »des Verrats an der Tschechoslowakei« anklagte.
Da abzusehen war, daß sich der amerikanisch-französische Konferenz- und Blockadeplan am Widerstand Chamberlains zerschlagen würde, gab Beneš, der unentwegt vom englischen Gesandten, Sir Basil Newton, einem Freund Botschafter Hendersons, bearbeitet wurde, dann am 21. September doch nach: Schweren Herzens stimmte seine Regierung dem Abtretungsplan zu. Derweil bearbeiteten Churchill und dessen Freund, Generalmajor Sir Edward Spears, in Paris den tschechoslowakischen Gesandten Osusky und die französische Kriegspartei in entgegengesetzter Richtung. Chamberlain reiste in den Mittagsstunden nach Bad Godesberg, um mit Hitler die Durchführung des Abtretungsplanes zu besprechen. Dieses zweite Treffen zwischen dem englischen Premierminister und dem Führer fand am 22. und 23. September im »Hotel Dreesen« statt.
Diesmal ließ sich der Premierminister von seinem außenpolitischen Chefberater Sir Horace Wilson, seinem Botschafter Sir Nevile Henderson, dem Sekretär an der englischen Botschaft in Berlin, Sir Ivone Kirkpatrick, und einem Beamten des Foreign Office begleiten. Obwohl der Konferenzort an den berüchtigten »Blutsonntag« erinnerte – Hitler hatte die Säuberung seiner Partei von seinem rebellischen SA-Führer Röhm und anderen Abweichlern 1934 vom »Hotel Dreesen« aus eingeleitet – fühlte sich die englische Delegation recht wohl, weil sie im luxuriösen »Hotel Petersberg« hoch über dem Rheintal residierte. Die Straßen in Bad Godesberg waren schwarz von Menschen, die erwartungsvoll auf die vorbeifahrenden Wagen starrten.
Hitler war über Beneš' Verzögerungstaktik äußerst erbittert. Er war durch Görings »Forschungsamt«, das den Telefonverkehr zwischen London und Paris einerseits, Prag andererseits abhörte, genau über die Versuche der Anti-*Appeaser* informiert, eine Verhandlungslösung zu verhindern. Er glaubte nicht an die rasche Realisierung des englisch-französischen Abtretungsplanes. Anstatt ihn zu akzeptieren, erhöhte Hitler daher seine Forderungen und kleidete sie in ein Ultimatum: Deutschland könne sich nicht länger mit einer bloßen Abtretung des Sudetenlandes zufriedengeben, weil dies zu unsicher sei. Er müsse das umstrittene Gebiet jetzt vielmehr militärisch besetzen, und zwar nach Ablauf der nächsten vier Tage. Verschnupft zog sich Chamberlain daraufhin in sein Quartier auf dem Drachenfels zurück. Von dort schrieb er dem Führer einen Brief, in dem er auf einer friedlichen Lösung beharrte und seine guten Dienste als Vermittler zwischen Berlin und Prag anbot.
Währenddessen versammelte Churchill, der gerade aus Paris zurückgekehrt war, in seiner Londoner Wohnung, Morpeth Mansion Nr. 11, eine Reihe von Unter- und Oberhausabgeordneten um sich, unter ihnen Sinclair, Bracken und Harold Nicolsen, um den Sturz Chamberlains einzuleiten. Die Runde kam überein, gegen den Premierminister loszuschlagen, sollte er mit einem unehrenhaften Frieden aus Bad Godesberg zurückkehren. Clement Attlee ließ ausrichten, auch die Labour Party stehe für den Machtwechsel bereit.

Die Nachrichten aus Bad Godesberg ließen in den Augen der Anti-*Appeaser* in der Tat das Schlimmste befürchten. Andererseits wurde Chamberlain, der mit London in Telefonkontakt stand, auch von den Nachrichten aus der englischen Hauptstadt beeindruckt. Nachdem man ihm verdächtige Bewegungen der Wehrmacht an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze gemeldet hatte, ließ der Premierminister während der Verhandlungspause am Nachmittag des 23. September vom Hotel Petersberg aus dem englischen Gesandten in Prag mitteilen, er könne Staatspräsident Beneš freie Hand für die Mobilmachung geben. [15a] Damit schien der Krieg unmittelbar vor der Tür zu stehen.

In Wirklichkeit wollte Chamberlain aber den Krieg immer noch vermeiden. Deshalb schickte er Henderson und Wilson mit der Bitte zu Hitler über den Rhein, ihm das deutsche Ultimatum in offizieller Form schriftlich zu geben. Es war der absolute Höhepunkt seiner »*dual policy*«: Hätte Hitler die Bitte abgelehnt, wäre der Krieg unausweichlich geworden. Der Führer verstand aber, daß die Bitte Chamberlains weniger als Affront, denn als Brückenschlag gemeint war. Er wies seinen Außenminister Ribbentrop an, die deutschen Forderungen in ein offizielles Memorandum zu kleiden. Als es am Abend fertig war, konnten die Verhandlungen fortgesetzt werden.

In diese Besprechungen platzte dann die Meldung von der tschechoslowakischen Mobilmachung herein. Auch Frankreich mobilisierte 500000 Mann. Den drohenden Zwei-Fronten-Krieg vor Augen, bestand Hitler zunächst mit um so mehr Härte auf seinem Ultimatum, ließ sich dann aber zum Nachgeben überreden. Er verlängerte die Frist für eine Einigung mit Beneš bis zum 1. Oktober, indem er sich mit den Worten an den Premierminister wandte:

»Sie sind der einzige Mann, dem ich jemals eine Konzession machte.« [16]

Daraufhin erklärte sich Chamberlain bereit, das Memorandum nach Prag weiterzuleiten.

In den folgenden vier Tagen erreichten die Spannungen ihren Höhepunkt, und es war nicht immer ganz leicht, die verschiedenen Handlungsebenen auseinanderzuhalten. Deutschland, die Tschechoslowakei, in einem geringeren Maße auch Frankreich hatten ihre Truppen mehr oder weniger vollständig mobilisiert, England ließ einige Minenleger auslaufen, und Roosevelt schickte die beiden Superkreuzer »Nashville« und »Honolulu« nach Portland und die Themse hinauf.

»Hitler ist entschlossen, alles – wenn nötig augenblicklich – für den Krieg bereitzuhaben«,

hatte Harvey schon Anfang September in seinem Tagebuch analysiert und hinzugefügt: [17]

»Ob er beabsichtigt, Krieg zu machen und in die Tschechoslowakei einzufallen, oder ob er lediglich beabsichtigt, seine Macht zur Erpressung zu benutzen, um eine Lösung des Sudetenproblems zu erzwingen, vermag niemand, nicht einmal seine Umgebung zu sagen. Wahrscheinlich weiß er es selbst noch nicht.«

Tatsächlich hatte Hitler die englische Politik des »*keep them guessing*« inzwischen gegen ihre Urheber gekehrt. Nachdem es die Westmächte versäumt hatten, sich beizeiten mit Deutschland zu einigen oder die Tschechoslowakei zu einem Nichtangriffsvertrag mit dem Dritten Reich zu bewegen, wie ihn Polen schon seit vier Jahren besaß, standen sie jetzt vor der dreifachen Frage: Sollten Sie abwarten? Sollten sie mit dem Krieg beginnen, um Hitler niederzuwerfen? Oder mußten sie sogar zu den Waffen greifen, bevor er es tat und die Tschechoslowakei überrannte?

Selbst die USA drängten seit dem 11. September, Chamberlain sollte Hitler für den Fall, daß er die Tschechoslowakei angreife, mit dem englischen Kriegseintritt drohen. Um Halifax die Befürwortung dieses schicksalsschweren Schrittes zu erleichtern, hatte Churchill schon am 31. August im Foreign Office die Einbeziehung Rußlands und der Vereinigten Staaten angeregt. Sie würde die Zwei-Fronten-Lage für Deutschland vollenden, und Churchill hoffte, daß Hitler dann bei einer Warnung Roosevelts vor einem Zweiten Weltkrieg kleinbeigeben oder stürzen werde.

Diesem Gedankengang kam das, was Roosevelt dem englischen Botschafter am 19. September unter dem Siegel äußerster Geheimhaltung vorgeschlagen hatte, zweifellos entgegen, und als der russische Außenminister Litwinow am 24. September 1938 in Genf am Rande der Völkerbundsversammlung erklärte, die Sowjetunion stehe zu ihren Verpflichtungen aus dem Beistandsvertrag mit der Tschechoslowakei, sie verlange außerdem eine Konferenz mit England und Frankreich zwecks Verabredung militärischer Maßnahmen, war Churchill der Erfüllung seiner Wünsche sehr nahe. Denn tags zuvor, in Abwesenheit Chamberlains, hatte Außenminister Halifax nach Washington telegrafiert, England werde im Kriegsfall die Blockade längs der von Roosevelt skizzierten Linie verstärken. Gleichzeitig hatte er unter dem Druck der Anti-*Appeaser*, die sich diesmal sogar im Foreign Office trafen, der tschechoslowakischen Mobilmachung zugestimmt.

Einerseits war diese Zuspitzung sicher eine Reaktion auf Hitlers Ultimatum, seinen Truppenaufmarsch und die sich häufenden Zwischenfälle im Sudetenland. Andererseits aber auch nicht, weil Churchill und Roosevelt ihre Vorschläge zum Teil schon lange vor Bad Godesberg gemacht hatten und weil Chamberlain mit Hitler in Bad Godesberg noch um eine Verhandlungslösung rang, als an bestimmten Stellen in Paris, Moskau und London bereits die Entscheidungen zugunsten der tschechoslowakischen Mobilmachung gefallen waren.

»Die öffentliche Meinung Frankreichs scheint wie die unsrige immer widerspenstiger zu werden«,

schrieb Harvey am 23. September befriedigt in sein Tagebuch. [18]

Am nächsten Tag war der Premierminister aus Bad Godesberg zurück. Er hatte Hitlers Memorandum bereits nach Prag weitergeleitet, und als er am Nachmittag des 24. September in Downing Street Nr. 10 vor das Innere Kabinett trat,

dem neben ihm Außenminister Halifax, Schatzkanzler Simon und Innenminister Hoare angehörten, war der ebenfalls anwesende Unterstaatssekretär Cadogan

»völlig entsetzt – er (Chamberlain) war ganz ruhig für die totale Kapitulation«, [19]

d. h. für die Annahme von Hitlers ultimativen Forderungen. Sollte man denn jetzt, da die Abtretung des Sudetenlandes ohnehin feststand, nur wegen der von Hitler geforderten militärischen Besetzung zum Krieg schreiten?
Offenbar war dem Premierminister der Stimmungsumschwung entgangen, der während seiner Abwesenheit in London, Paris und Washington eingetreten war. Als Chamberlain am Nachmittag, jetzt vor dem vollständig versammelten Kabinett, noch einmal für die Erfüllung von Hitlers Forderungen eintrat, stürzte Lord Winterton, Kanzler der Grafschaft Lancaster, aus dem Kabinettssaal in Downing Street No. 10 hinaus, um den konservativen Unterhaus-Rebellen Leo Amery zu alarmieren, einen von Churchills Freunden. Vier oder fünf Minister, darunter der Chef der englischen Flotte, Duff Cooper, drohten ihren Rücktritt an. Zum zweiten Mal seit Roosevelts Weltfriedensplan und Edens Demission schwebte die Regierung Chamberlain in Gefahr, über dem *Appeasement* zu zerbrechen, und Chamberlain konnte seinen Sturz am Ende nur noch dadurch verhindern, daß er die Entscheidung der Mehrheit hinnahm, Hitlers Memorandum der tschechoslowakischen Regierung nicht zur Annahme zu empfehlen.
Der amerikanische Präsident und seine außenpolitischen Berater Hull, Morgenthau und Welles, die das Ergebnis von Bad Godesberg ja bereits kannten, schienen der Entwicklung in Paris momentan mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dort hatte soeben der 53jährige Ex-Ministerpräsident und Radikalsozialist, Camille Chautemps, das Lager der *Appeaser* verlassen, was Außenminister Bonnet isolierte und der Kriegspartei neuen Auftrieb gab. Damit erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, daß Beneš das Hitler-Memorandum zurückwies, und in diesem Fall würden Frankreich und England endgültig und unerbittlich vor der Frage nach Frieden oder Krieg stehen.
Während Morgenthau seinen Freunden in Paris deshalb auf alle Fälle schon die finanzielle Kooperation der Vereinigten Staaten zusagte, setzte sich Bullitt am 24. September in Washington noch einmal telegrafisch für seinen Lieblingsplan ein: die sofortige Einladung Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Polens zu einer Friedenskonferenz, an der auch ein Vertreter der USA teilnehmen sollte. Beneš appellierte gleichzeitig an Roosevelt, er möge auf England und Frankreich einwirken, die Tschechoslowakei nicht im Stich zu lassen.
Am 25. September spitzte sich die Regierungskrise in London dramatisch zu. Vor dem Kabinett, das praktisch in Permanenz tagte, faßte Chamberlain noch einmal seine Haltung zusammen: Hitler sei nach wie vor an der Freundschaft mit England interessiert. Er habe während der Tschechoslowakei-Krise immer wieder Abstand von militärischen Gewaltlösungen genommen. Seine territo-

rialen Ziele in Europa seien begrenzt, und er, Chamberlain, habe sogar den Eindruck, daß der Führer zu ihm ein wenig Vertrauen gefaßt habe. Eine Verständigung über das Sudetenland könnte ein Ende des Wettrüstens einleiten. Jedenfalls lohnten die Einzelheiten, die jetzt noch zu regeln seien, keinen Krieg.

Um so überraschter war der Regierungschef dann, als sich Halifax, der sich am Vortag noch so »glücklich defätistisch-pazifistisch« (Cadogan) gegeben hatte, jetzt plötzlich gegen das *Appeasement* stellte.

»Ihr vollständiger Meinungswandel . . . ist ein schrecklicher Schlag für mich«,

kritzelte Chamberlain auf einen Zettel, den er seinem Außenminister über den Kabinettstisch schob. [20]Als die Minister Duff Cooper, Elliot, Hailsham und Hore-Belisha (»Es ist Zeit, gegen Hitler zu kämpfen«) [21] erneut mit Rücktritt drohten, wußte der Premier, was die Stunde geschlagen hatte. In diesen Augenblicken traf aus Prag die Nachricht ein, die Tschechoslowakei weise Hitlers Memorandum zurück. Als am Abend der französische Ministerpräsident Daladier, Außenminister Bonnet, Generaldirektor Léger und Generalstabschef Gamelin zu den erforderlichen Beratungen nach London kamen und sich zu ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei bekannten, schienen die Zeichen endgültig auf Krieg zu stehen. Frankreich hatte bereits eine Million Mann mobilisiert.

Der Hintergrund: Den Vorschlag einer internationalen Konferenz unter Einschluß der Vereinigten Staaten modifizierte man am 25. September im amerikanischen Außenministerium so, daß der Präsident bei einer weiteren Zuspitzung der Lage seine »guten Dienste« anbieten werde, falls *alle* betroffenen Länder an ihn appellierten. Dazu mußte Deutschland erst einmal der Ernst der Lage vor Augen geführt werden. Diesen Vorschlag griff Roosevelt in der Nacht zum 26. September auf, weil er die Krise entscheiden wollte.

So standen die Dinge auf Spitz und Knopf, als am nächsten Tag in Downing Street No. 10 die erste der beiden persönlichen Botschaften eintraf, mit denen der amerikanische Präsident zum ersten Mal direkt und öffentlich in die europäische Krise eingriff. Roosevelt, von Kennedy über die Regierungskrise in London laufend informiert, hatte sich zunächst für Bullitts Vorschlag erwärmt, sich dann aber von Hull überzeugen lassen, daß sich Hitler jetzt nur noch durch die Zurschaustellung von nackter Macht abschrecken lasse.

Damit sah sich der Präsident vor die Frage gestellt, wie er die nötige Rücksicht auf den Kongreß und die ihm feindliche Stimmung dort mit einer amerikanischen Machtdemonstration verbinden könne, ohne sich dem »schlüpfrigen« Chamberlain allzu sehr zu verpflichten. Um dieses vielschichtige Problem zu lösen, verfiel Roosevelt auf seine persönliche Botschaft an Beneš, Chamberlain, Daladier und Hitler, die ihre verschiedenen Zwecke auf meisterliche Weise miteinander verband. Sie wurde nach mehreren Entwürfen, die Welles und der neue Unterstaatssekretär Adolph Berle angefertigt hatten, in der

Nacht zum Montag, dem 26. September, 1.00 Uhr, in Washington abgesetzt. Sie lag den Regierungen Deutschlands, Englands, Frankreichs und der Tschechoslowakei wenige Stunden später vor.
In dieser Botschaft forderte der Präsident die europäischen Mächte auf, ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung der Tschechoslowakei-Frage fortzusetzen. Dies konnte Chamberlain als Ermutigung für sein Appeasement, Hitler und Beneš als Bitte um den Verzicht auf militärische Gewaltlösungen interpretieren. Der amerikanische Kongreß fand in dem Satz eine Beruhigung:

»Es ist der höchste Wunsch des amerikanischen Volkes, in Frieden zu leben. Aber im Falle eines allgemeinen Krieges ist es sich dessen bewußt«,

so fuhr der Text fort,

»daß kein Volk bis zu einem gewissen Grade den Folgen einer solchen Weltkatastrophe entgehen kann«. [22]

Daraus vermochten die Anti-*Appeaser* eine wenn auch noch so verschleierte Zusicherung des amerikanischen Beistandes für den Fall herauszulesen, daß ihre und Hitlers Konfrontationspolitik doch noch zum Krieg führte.
Welchen Einfluß die Botschaft Roosevelts auf die dramatischen Ereignisse des 26. September hatte, ließ sich im einzelnen nicht genau sagen. Auf jeden Fall war allein schon die Tatsache, daß der amerikanische Präsident nach Jahren der Geheimdiplomatie und des öffentlichen Lavierens erstmals direkt an Hitler und an die anderen Regierungschefs appellierte, von erheblichem Gewicht. Sie verriet das wachsende Engagement der Vereinigten Staaten in der europäischen Krise, und vor dem Hintergrund von Roosevelts Plänen für eine Weltfriedenskonferenz und eine defensive Weltkriegsführung, die er eine Woche zuvor Lindsay anvertraut hatte, gab seine Botschaft den Anti-*Appeasern* in London gerade so viel Auftrieb, daß sie sich an diesem Montag zum Losschlagen entschlossen.
Ab 10.30 Uhr tagte in Downing Street No. 10 der englisch-französische Ministerrat. Cadogan sicherte den Franzosen für den Fall, daß ihr Land infolge eines deutschen Angriffes auf die Tschechoslowakei »in aktive Feindseligkeiten verwickelt« [23] werde, den Beistand Englands zu. Damit wurde die doppeldeutige Position aufgegeben, die Chamberlain seit dem 24. März 1938 bis zu einem Gespräch mit Daladier unter vier Augen in der Nacht vom 25. auf den 26. September mit eiserner Konsequenz aufrechterhalten hatte – bis zu dem Moment also, da Roosevelt sich zum Handeln aufraffte. Der kämpferische Gamelin trug seine Vorstellungen von einer sogenannten »*Squib-Offensive*« vor, bei der die französische Armee mit geballter Wucht hinter der Maginot-Linie hervorbricht, in das Rheinland einfällt, um den Krieg gegen Hitler auszulösen, sich dann aber ebenso rasch wieder hinter ihre Befestigungswerke zurückzieht, wo sie abwartet, bis England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat und ein Expeditionsheer auf den Kontinent schicken kann. Mit dem größten Teil ihrer Divisionen im Westen gebunden, sollte Hitlers restliche

Wehrmacht derweil im Osten von den Tschechen, eventuell auch Russen geschlagen werden. Kombiniert mit einer amerikanisch-englischen Seeblokkade ähnelten diese Pläne sehr dem Bild, das sich Roosevelt und Churchill vom nächsten Krieg machten.

Um 12.00 Uhr trat das englische Kabinett zusammen. Unter dem Eindruck von Roosevelts Botschaft und der französischen Kriegsbereitschaft beschloß es nach einer langen und dramatischen Diskussion die Mobilisierung der englischen Flotte. Die Befehle sollten am nächsten Tag hinausgehen. Damit drohte eine erhebliche Eskalation des europäischen Spannungszustandes einzutreten, die ihrer Natur nach geeignet war, den Krieg zwischen den Kontinentalmächten auszulösen. Daladier und Gamelin waren in »vollständiger Übereinstimmung« [24] mit den Engländern bereits mittags nach Paris zurückgeflogen. Obwohl Phipps ständig das Gegenteil berichtete, warteten sie nach Meinung der englischen Anti-*Appeaser* darauf, daß Chamberlain das Signal zum Angriff gab.

Am Nachmittag wurde Churchill wie der Vertreter einer fremden Macht auf eigenen Wunsch von Chamberlain, Halifax und Vansittart in Downing Street No. 10 empfangen. Unterdessen bereiteten seine parlamentarischen Mitverschwörer, inzwischen 14 an der Zahl, den Sturz des Premierministers vor. Trotz seiner 64 Lebensjahre schien der Kriegsheld von ehedem zu immer größerer Form aufzulaufen. Am Vortag hatte Roosevelts Freund Baruch mit seinem alten Freund Churchill telegrafisch Kontakt aufgenommen: Falls der Krieg in Europa ausbreche, sollte der Engländer seine Kinder nach Amerika schicken, so lautete die Botschaft. Daraufhin telegrafierte Churchill mit einem deutlichen Fingerzeig auf Roosevelt zurück:

»Nun ist es Zeit für Deinen Mann (gemeint war der Präsident – D. B.) zu sprechen.« [25]

Die Botschaft Roosevelts lag jetzt bereits vor, und gemeinsam mit Vansittart setzte Churchill bei Chamberlain und Halifax durch, daß der Text einer englisch-französischen Solidaritätserklärung für die Tschechoslowakei hier und jetzt aufgesetzt werde. Diese Erklärung drohte nicht nur das militärische Eingreifen Englands und Frankreichs, sondern erstmals auch das der Sowjetunion an, ohne daß Stalin vorher konsultiert worden war. Das ungewöhnliche Manöver war Teil von Churchills Plan, Roosevelt durch eine konzertierte Aktion der europäischen Großmächte – einschließlich Rußlands! – zu einer ernsten Warnung an Hitler zu veranlassen, die deutsche Regimeopposition zum aktiven Widerstand gegen den Diktator zu animieren und das Ende des Dritten Reiches entweder durch Umsturz von innen oder durch einen kurzen, aber vernichtenden Krieg der umliegenden Staaten herbeizuführen, sollte sich Hitler doch noch in letzter Minute zum Angriff entschließen. Diesem Entschluß sollte offenbar durch die von Churchill gleichfalls vorgeschlagene Flottendemonstration der *Royal Navy* nachgeholfen werden.

Außerdem wurde unter Federführung Vansittarts ein Vertrag zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion über den Abschluß einer Großen

Allianz entworfen, in die nach Möglichkeit auch Polen einbezogen werden sollte. Damit schien sich unter der virtuellen Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten der europäische Einkreisungsring um Deutschland zu schließen, und obwohl Chamberlain skeptisch blieb, wurde dieses seltsame Manifest englischer Originalität von Leeper gegen 20 Uhr veröffentlicht, gerade als Hitler anhob, im Berliner Sportpalast eine mit Spannung erwartete, vielleicht entscheidende Rede zu halten. [26]

Es war der Fehdehandschuh, den Churchill Deutschland hinwarf und der von der Weltpresse begierig aufgegriffen wurde. Hätte ihn Hitler aufgegriffen, wäre es jetzt unweigerlich zum Krieg gekommen. Aber Hitler griff ihn nicht auf. Er wich zum zweitenmal zurück.

Noch vor Beginn der »heißen« Krisenphase hatte Chamberlain erklärt:

> »Wir würden falsch liegen, wenn wir erlauben würden, daß die lebenswichtigste Entscheidung, die ein Land treffen kann, die Entscheidung über Krieg oder Frieden, von uns auf den Führer eines anderen Landes übergeht, dazu noch auf einen wahnsinnigen wie diesen.« [27]

Er hatte damit Hitler gemeint. Mit der Churchill-Leeper-Erklärung war etwas ähnliches geschehen: Der Premierminister hatte die Führung seines Landes am 26. September an seine schärfsten Widersacher aus dem FOCUS-Kreis verloren. Chamberlain wollte 1938 den Krieg um der englischen Weltstellung willen immer noch vermeiden. Er hatte jedoch in jenen düsteren Tagen ein entscheidendes Handicap. Um seine bis an die Grenzen der Selbstverleugnung gehende Friedenssuche vor seiner Regierung, dem Parlament und der englischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, mußte er den Glauben an eine friedliche Lösung im politischen Bewußtsein seines Landes etablieren. Das fiel ihm natürlich schon deshalb schwer, weil Hitler diesen Prozeß durch seine Politik der Gewaltdrohungen laufend störte, so daß in England eine Vertrauenslücke im Verhältnis zu Deutschland entstand.

Es war aber auch deshalb schwer, weil Chamberlains Politik auf der Annahme beruhte, daß eine friedliche Koexistenz grundsätzlich auch mit einem Diktator wie Hitler möglich sei, vorausgesetzt, dieser bekam durch friedliche Mittel rechtzeitig das, was er zumindest mit einem Anschein von Recht begehrte. Diese Politik vermochte der Premierminister deshalb nicht glaubwürdig zu machen, weil sie von ihren Gegnern in England, in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in den Vereinigten Staaten und – denkt man an die Aktivitäten des deutschen Widerstandes – auch in Deutschland ständig und mit zum Teil zweifelhaften Mitteln, aber am Ende mit beträchtlichem Erfolg in Zweifel gezogen wurde. So tat sich auch bei Hitler eine Vertrauenslücke im Verhältnis zu England auf, die ihn bewog, seinen ohnehin schon gefährlichen Kurs noch beträchtlich zu forcieren.

Auf diese Weise wurde die Glaubwürdigkeit Chamberlains wie eine Kerze aufgezehrt, die an beiden Enden gleichzeitig brannte. Bis zum 25. September, als sich Halifax unter dem Einfluß Edens und Cadogans von Chamberlain

abwandte, hatte der Premierminister die Dinge offenbar noch einigermaßen unter Kontrolle. Dann aber reduzierte sich seine ganze Politik auf den mit allen Mitteln betriebenen Versuch, die eigene Macht um des Friedens willen zu retten.

Der Konservative Bonar Law schätzte die Stärkeverhältnisse in seiner Partei damals so ein: Eine kleine Minderheit bestehe aus den Anti-*Appeasern*, eine noch kleinere Minderheit unterstütze das *Appeasement*. Aber die große Masse der *Tories* sei

»erbärmlich unglücklich und würde nun einer anderen Führung folgen, wenn es sie gäbe«. [28]

In der konservativen Unterhaus-Fraktion scharte Eden 30 bis 40 Abgeordnete (unter ihnen Harold Macmillan, Paul Emrys-Evans, Richard Law) und Churchill noch einmal ungefähr 15 Abgeordnete (Brandan Bracken, Robert Boothby, Duncan Sandys u. a.) um sich, an sich keine Affaire. Da diese Anti-*Appeaser* aber nicht nur mit unabhängigen Rebellen wie Harold Nicolson und Leo Amery, sondern darüber hinaus auch mit Archibald Sinclairs Liberalen und Clement Attlees Labour Party in Verbindung standen, drohte Chamberlain die Parlamentsmehrheit zu entgleiten. Diejenigen von seinen Ministern, die mit dem Rücktritt drohten, warteten jetzt offenbar nur noch darauf, daß sich die neue Mehrheit einer neuen Führung unterstellte, um endgültig abzuspringen.

So waren die Aussichten für Chamberlain und für den Frieden äußerst prekär, als der Premierminister, clever wie immer und zu keinem Zeitpunkt wirklich verzagt, am 26. September zum Gegenstoß ansetzte. Er tat es mit unnachahmlicher Geschicklichkeit. Zunächst war er am Vortag dem Wunsch Daladiers und des Kabinetts nach einer erneuten Warnung Hitlers gefolgt, die sein außenpolitischer Chefberater, Sir Horace Wilson, dem Führer am 26. September persönlich in Berlin überbringen sollte. Obwohl an diesem Tag Roosevelts Appell eintraf, gab Chamberlain seinem Emissär zusätzlich noch eine handschriftliche Botschaft mit, die erreichen sollte, daß Hitler nicht gänzlich an der Möglichkeit einer friedlichen Lösung verzweifelte.

Als Wilson am Abend des 26. September in der Berliner Reichskanzlei eintraf, fand er den Führer wegen der jüngsten Ereignisse so aufgebracht vor, daß er nicht wagte, ihm Chamberlains Botschaften zu übergeben. Zwar bestand Hitler wütend darauf, daß Beneš bis zum 28. September, 14.00 Uhr, den deutschen Forderungen zustimme, sonst würde die deutsche Wehrmacht das Sudetenland am 1. Oktober besetzen. Aber bei seiner anschließenden Rede im Sportpalast hielt sich der Führer doch so weit zurück, daß keine neue Verschärfung der Lage eintrat. [29] Hitler erklärte, das Sudetenland sei die letzte territoriale Forderung, die er in Europa habe.

Nach Hitlers Rede – also noch am 26. September, nach der Veröffentlichung der Churchill-Leeper-Erklärung – gab Chamberlain eine öffentliche Stellungnahme heraus, mit der er dem Führer einen kleinen Schritt weiter entgegen-

kam. In ihr hieß es: England und Frankreich würden dafür sorgen, daß die Tschechoslowakei den westlichen Abtretungsplan – nicht Hitlers Memorandum! – innerhalb eines vernünftigen Zeitraums erfüllte, wenn Deutschland keine militärische Gewalt anwende. Damit war Churchills Manifest der Großen Allianz entkräftet, und als Wilson am Morgen des 27. September die beiden Chamberlain-Botschaften übergab, nicht ohne die Warnung vor dem Krieg etwas abzuschwächen, antwortete Hitler mit der Versicherung, Deutschland werde das Sudetengebiet nicht militärisch besetzen und an einer Garantie des Reststaates mitwirken. Damit war er zum dritten Mal vor dem äußersten zurückgeschreckt.

Inzwischen hatte die englische Außenpolitik wieder ihr gewohntes Doppelgesicht angenommen, das aus Verhandlungsbereitschaft und Demonstration der Stärke bestand. Während in London Splittergräben ausgehoben, Gasmasken verteilt und die Mob-Maßnahmen bei der *Royal Navy* in Gang gesetzt wurden, wirkte das Foreign Office auf Beneš und Daladier ein, es nicht zum äußersten kommen zu lassen. Es bereitete darüber hinaus eine Plattform für deutsch-tschechoslowakische Direktverhandlungen vor. Dennoch wurde dem englischen Botschafter Lindsay noch an diesem 27. September von Außenminister Hull versichert, die USA würden die Nachteile nicht ausnützen, die Englands Welthandelsstellung durch einen Krieg erleide.

Am Abend ging Chamberlain dann vor aller Öffentlichkeit zur Offensive über. In einer Rundfunkansprache begründete er noch einmal seine Politik und kündigte ein drittes Treffen mit Hitler an. Bezeichnenderweise versagte sich Roosevelt, den Chamberlain telefonisch um die Übertragung der Rede nach den USA gebeten hatte, diesem Wunsch. Die Begründung des Präsidenten, ein solcher Vorgang könne mißdeutet werden, klang ziemlich fadenscheinig. Dahinter standen massive amerikanisch-englische Differenzen. Schließlich hatte Chamberlain nicht weniger vor als seinen Hörern zu sagen, daß England sein Empire nicht wegen eines »weit entfernten Landes« aufs Spiel setzen könne und daß es nur »wegen größerer Fragen« kämpfen werde, was keineswegs Roosevelts Auffassung entsprach. Anschließend setzte sich der Premierminister hin und schrieb Hitler folgende Zeilen:

»Ich bin sicher, daß Sie alles, was Ihnen wesentlich ist, ohne Krieg und ohne Verzögerung bekommen werden.« [30]

Damit war die Kuh vom Eis, und obwohl Daladier in jeder Hinsicht den starken Mann markierte, tat Chamberlain gut daran, sich nicht auf scharfmacherische Berichte über die angebliche Kriegsbereitschaft Frankreichs zu verlassen. Denn der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, übergab Hitler an diesem 27. September einen Abtretungsplan, der noch weiter ging als der alliierte Plan vom 18./19. September. Jedenfalls war jetzt der Weg frei, der durch die Einschaltung Mussolinis am 29./30. September zur Gipfelkonferenz nach München führte.

Roosevelt hatte noch am 26. September aus Paris erfahren, daß sich der Wind

drehte. Er versuchte noch gerade rechtzeitig, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Morgenthau hatte bis zuletzt eine noch härtere Politik verlangt. Dann aber nahm der Minister doch von dem geplanten Boykott Deutschlands Abstand, weil er plötzlich auch nicht mehr daran glaubte, daß diese Maßnahme geeignet sein würde, Hitler vom Krieg zurückzuhalten. Außerdem hielt es Morgenthau für unglücklich, wenn die Antisemiten in Berlin erfahren würden, daß ausgerechnet der jüdische Finanzminister Amerikas »versuchte, ihre Nation wirtschaftlich zu erwürgen.« [31]

Nach alledem stellte sich der amerikanische Präsident am Abend des 27. September in einem Appell an Hitler und Mussolini voll und ganz hinter eine friedliche Regelung durch eine Konferenz in Den Haag, um ein Mindestmaß an amerikanischer Mitwirkung an der Lösung der europäischen Krise sicherzustellen. Die damit verbundene Zerschlagung der Tschechoslowakei billigte Roosevelt damit nicht. Er nahm sie nur mit äußerstem Widerwillen in Kauf.

Auch die Anti-*Appeaser* in London waren für den Moment entmutigt. Am 29. September, als Chamberlain zum Flug nach München startete, trafen sich einige FOCUS-Mitglieder, an der Spitze Winston Churchill, im Pinafore-Zimmer des luxeriösen Savoy-Hotels in der Londoner Fleet-Street, dem Presseviertel der englischen Hauptstadt. Der Entwurf einer Erklärung ging herum. Sie sollte den Premierminister vor weiteren Konzessionen an Hitler warnen. Als Unterzeichner waren Churchill, Lord Cecil (Völkerbundsunion), Clement Attlee (Labour Party), Archibald Sinclair (Liberale), Anthony Eden u. a. vorgesehen, praktisch die gesamte Prominenz der »*United Front*«, der Anti-Chamberlain-Koalition.

Aber Eden sagte ab, und Attlee versteckte sich hinter seiner Partei, deren Zustimmung nicht vorlag, so daß am Ende nur Churchill, Lord Cecil und Sinclair übrigblieben. Das war ein mageres Ergebnis, und während Chamberlain dem letzten kurzen Triumph seiner langen politischen Laufbahn entgegenstrebte, beobachtete Lady Violet Bonham Carter seinen mächtigen Gegenspieler Churchill –

»in seinem Armsessel sitzend, eisig, wie ein Mann aus Stein. Ich sah Tränen in seinen Augen. Ich konnte sehen, wie sich das Eisen in seine Seele senkte.« [32]

## Anmerkungen

1 MacDonald, United States, S. 83: Davies 4. 4. 38 McIntyre.
2 DBFP 1938, 3/II, S. 510: Phipps 24. 9. 38 FO – Phipps' Worte gingen Halifax gegen den Strich, so daß er zurückschrieb: »Mit ›Kriegspartei‹ meinen Sie sicher nicht alle diejenigen, die fühlen, daß Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ausführen müsse.« Darauf antwortete der Botschafter: »Ich meine die Kommunisten, die von Moskau bezahlt werden und die seit Monaten auf den Krieg hingearbeitet haben. Ein bekannter französischer Minister hat seit vielen Monaten ebenfalls einen Präventivkrieg (gegen Deutschland D. B.) befürwortet.« Ebda., S. 535 u. 543: Halifax 25. 9. 38 Phipps; Phipps 26. 9. 38 Halifax.
3 Celovsky, Abkommen, S. 246.
4 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 513ff. – PRO PREM 1/267: Daladier 12. 8. 38 Chamberlain.
5 PRO PREM 1/267: So Horace Wilson in einer Notiz vom 15. 8. 38 für Chamberlain: Frankreich komme es darauf an, »Vorräte an (Kriegs-)Material gegen Gold zu kaufen und auch, wenn möglich, insbesondere die USA an die Annahme von Gold (als Zahlungsmittel) zu gewöhnen, um es für sie unmöglich zu machen, sich an der europäischen Situation zu desinteressieren.« Darauf deutet auch der Passus in Daladiers Brief hin, der von »einer konzertierten Anstrengung zur Erzielung definitiver Ergebnisse für Wohlstand und Frieden« spreche – in der Diplomatensprache jener Tage ein Synonym für die Niederwerfung Deutschlands.
6 PRO PREM 1/267: Chamberlain 17. 8. 38 Daladier.
7 PRO PREM 1/267: Simon-Notiz 17. 8. 38 Chamberlain.
8 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 516.
9 ebda.
9a DBFP 3/II, S. 212: Halifax 2. 9. 38 Lindsay.
9b Hooker, Moffat, S. 203.
9c ebda.
10 DBFP 3/II, S. 349: i. e. engl. Übersetzung des deutschen Gesprächsprotokolls.
11 So Roosevelt in seinem Geheimgespräch mit Lindsay am 19. 9. 38 – Vgl. Zweiter Teil, 4. Kapitel, Anmerkung 13.
12 Bullitt, President, S. 282.
13 ebda., S. 285.
14 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 519.
15 Susan B. Butterworth, Daladier and the Munich Crisis. A Reappraisal. In: Journal of Contemporary History, Band 9, Nr. 3 (7/1974), S. 210.
15a DBFP 3/II, S. 1049ff.: Chamberlain 23. 9. 38 Newton – Halifax hatte freilich schon am Vorabend an Newton gekabelt, er könne »die Verantwortung nicht weiter übernehmen, der tschechischen Regierung zu raten, nicht zu mobilisieren.« Vgl. ebda., S. 1027: Halifax 22. 9. 39 Newton – Der Gesandte wurde freilich angewiesen, nicht vor dem 23. 9., 21 Uhr, eine entsprechende Mitteilung an Beneš zu geben. Hitler hatte also sein Ultimatum unter einer latenten Kriegsdrohung gestellt.
16 Feiling, Life, S. 370.
17 Harvey, Diaries, S. 168.
18 ebda., S. 193.
19 Dilks, Cadogan, S. 104.
20 Birkenhead, Halifax, S. 400.
21 Harvey, Diaries, S. 197.
22 FRUS 1938 I, S. 637f.
23 Dilks, Cadogan, S. 106.
24 Dilks, Cadogan, S. 106f.: Die Übereinstimmung bezog sich darauf, daß England den Franzosen sofort zur Hilfe kommen wollte, wenn diese in aktive Feindseligkeiten verwik-

kelt würden, daß Frankreich aber England konsultiert, bevor es selbst irgendwelche offensiven (d. h. präventiven) Maßnahmen ergreift.

25 Gilbert, Churchill, S. 982.

26 DBFP 3/II, S. 541 – ebda., S. 554ff.: Aufzeichnung Wilson von seinem Gespräch mit Hitler, 26. 9. 38 – ebda., S. 564ff.: dass. vom 27. 9. 38 – Churchill hatte Halifax bereits am 31. 8. brieflich mit seinem Plan vertraut gemacht. Vgl. Gilbert, Churchill, S. 967 – Ob und wann Roosevelt von diesem Plan erfuhr, ist nicht bekannt. Es erscheint aber als nicht ausgeschlossen, daß seine zweite Botschaft vom 27. 9. – diesmal an Hitler direkt – als Beitrag zu Churchills Szenario gedacht war.

27 Feiling, Life, S. 360: Chamberlain am 11. 9. 38.

28 Eden, Memoirs, Vol. III, S. 26.

29 Die Meinungen über die Hitler-Rede gingen natürlich weit auseinander. Für den Foreign-Office-Dissidenten Oliver Harvey brachte sie offenbar nichts Neues. In seinem Tagebuch heißt es lakonisch: »Hitlers Rede um acht gewalttätig wie immer.« Harvey, Diaries, S. 198 – Der US-Journalist William Shirer notierte dagegen in seinem Tagebuch, freilich ohne seinen Eindruck sachlich zu begründen: »Hitler hat endgültig alle Brücken hinter sich abgebrochen.« Shirer, Diary, S. 118.

30 Feiling, Life, S. 372.

31 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 521.

32 Robert Rhodes James, Churchill. A Study in Failure 1900–1930. London 1970, S. 336.

# 5.

# Bereit sein ist alles

Drei Monate vor der Gipfelkonferenz in München, am 23. Juni 1938, rief Charles Lindbergh, der sich gerade bei den verschiedenen Luftwaffen Europas umgesehen hatte, US-Botschafter Bullitt in Paris an, um ihm mitzuteilen:

»Deutschland hat eine riesige Luftwaffe, während England schlief und Frankreich sich mit der russischen Allianz betrog.« [1]

Der amerikanische Oberst, der seinen kleinen Sohn durch eine Entführung verloren und als erster Mensch im Non-Stop-Flug 1927 den atlantischen Ozean überquert hatte, war der nationale Heros Amerikas. Weil er berichtete, was man sich in den europäischen Hauptstädten ohnehin erzählte, glaubte Bullitt dem Oberst und brachte ihn im September bei einem Dinner in Chantilly mit dem französischen Luftwaffenminister Guy LaChambre zusammen, wobei über die Verstärkung der amerikanischen Flugzeuglieferungen an Frankreich gesprochen wurde.

Der französische Außenminister Georges Bonnet nahm sich Lindberghs Erzählungen derartig zu Herzen, daß er Ministerpräsident Edouard Daladier zur Aufgabe seiner anfangs festeren Haltung in der Tschechoslowakei-Frage brachte. Der Regierungschef, der sich von den Amerikanern und Engländern im Stich gelassen fühlte, beschwor daraufhin postwendend seinen englischen Amtskollegen Chamberlain, bei Hitler eine Dreier-Konferenz (ohne Italien) über die tschechoslowakische Frage anzuregen. Einen Tag nach dem »Zusammenbruch Bonnets« (Phipps) reiste der Premierminister zu seiner ersten Begegnung mit dem deutschen Führer nach Berchtesgaden.

Wahrscheinlich handelte es sich bei Lindberghs Informationen um ein raffiniertes Täuschungsmanöver, das US-Botschafter Kennedy in London eingefädelt hatte. Der Diplomat und der Oberst standen den *Appeasern* nahe. Sie fürchteten den Bankrott Europas und der USA durch einen neuen Krieg. Die Stärke der deutschen Luftwaffe wurde damals aus den verschiedensten Gründen überschätzt, zum Teil einfach deshalb, um Hitler als übergroßen Vampir erscheinen zu lassen, der in der Lage sei, ganz Europa auszusaugen, wenn man ihm nicht endlich mit der Waffe in der Hand entgegentrat. Obwohl Lindbergh die Luftwaffe nach eigenem Augenschein eigentlich besser kennen mußte, gab er die übertriebenen Zahlen auf Wunsch Kennedys an Bullitt und die französische Regierung durch, um Daladier zu zeigen, daß

militärischer Widerstand gegen Deutschlands Forderungen zwecklos sei, und Bullitt leitete sie nach Washington weiter. [2]
In London wurde die September-Krise von Bernard Baruch beobachtet, einem Freund Roosevelts und Churchills. Der amerikanische Finanzier sah, wie kraftvoll der bullige Engländer gegen Chamberlain agierte, und er sah auch die angreifbare Stellung des Premierministers. »Der Krieg kommt sehr bald«, sagte Churchill zum Abschied, nachdem er seinen Visionen durch die eigenen Aktivitäten wieder einmal etwas nachgeholfen hatte.

»Wir werden in ihm sein, und Ihr werdet in ihm sein. Du wirst die Dinge drüben erledigen, und ich werde hier in Reserve stehen.« [3]

Baruch reiste zurück nach Amerika und begab sich sofort zu Roosevelt. Am 12. Oktober dinierte er mit dem Präsidenten und schwärmte ihm von dem streitbaren Churchill vor. Besonders treffend fand Baruch die Worte, die der Engländer in der bewegten Unterhausdebatte über die Münchner Gipfelkonferenz gefunden hatte:

»Wir haben eine totale und unabgemilderte Niederlage erlitten . . . .« [4]

Als Baruch, der im Weißen Haus übernachtete, am nächsten Morgen die breite Treppe hinunterging, wurde er von einigen Reportern erwartet, die Roosevelts Pressesprecher auf Geheiß des Präsidenten zusammengetrommelt hatte. Auf die Frage, was er von München halte, wiederholte Baruch die Worte Churchills und fügte hinzu:

»Herr Hitler wußte, daß England und Frankreich diesmal nicht darauf vorbereitet waren, mit ihm fertig zu werden.«

Dann sagte er noch einen Satz, auf dessen nationale und internationale Verbreitung der Präsident am meisten Wert legte:

»Ich hoffe, daß wir uns niemals in der demütigenden Lage befinden werden, in der Chamberlain war . . . wir sollten in der Lage sein, uns selbst zu verteidigen.«

Am selben Tag traf Bullitt in Washington ein, um Roosevelt Bericht zu erstatten. Der Botschafter bestärkte den Eindruck des Präsidenten, daß Chamberlain und Daladier nur deshalb nach München gegangen seien, weil Hitler sonst in der Lage gewesen wäre, Paris und London aus der Luft zu zerbomben. Auch bei dieser Gelegenheit wurde über die Verstärkung der amerikanischen Flugzeuglieferungen an Frankreich gesprochen, und Bullitt wiederholte den Vorschlag, seinen alten Freund Jean Monnet mit der Organisation zu beauftragen.
Die Besuche Baruchs und Bullitts blieben nicht ohne Wirkung. Der Präsident, der bis dahin in seinem Urteil über München nicht ganz sicher gewesen zu sein schien, beschloß nun, Churchill fortan mehr Aufmerksamkeit zu schenken und den Westen aktiv auf den unvermeidlichen Krieg gegen Hitler vorzubereiten. Schon am 14. Oktober hielt er die bereits laufende Budget-Planung für das

Haushaltsjahr 1939 mit dem Hinweis auf »neue Weltbedingungen« an, um den Etat der Vereinigten Staaten einer forcierten Aufrüstung anzupassen.
Fünf Tage später, am 19. Oktober 1938, fuhr Jean Monnet, der schon im Ersten Weltkrieg die wirtschaftliche Einheitsfront gegen Deutschland so erfolgreich organisiert hatte, mit dem Zug von New York nach Hyde Park. Der französische Finanzier, der jetzt mit 50 Lebensjahren im besten Mannesalter stand, kam gerade aus Paris. Er hatte den Auftrag von Ministerpräsident Daladier in der Tasche, in den Vereinigten Staaten 1700 Flugzeuge der neuesten Bauart für die französische Luftwaffe zu ordern, und Präsident Roosevelt, der nach den Aufregungen der September-Krise ein paar Tage Urlaub genommen hatte, war bereit, ihn auf seinem Landsitz zu empfangen.
Als der gedrungene Franzose in Roosevelts Arbeitszimmer eintrat, saß der Präsident hinter einem großen Tisch, wie immer in einem Rollstuhl, die gelähmten Beine in einem orthopädischen Apparat. Auf einen Briefbogen mit dem Kopf des Weißen Hauses warf er ein paar Zahlen. Nach amerikanischen Schätzungen konnten die Deutschen maximal 40000 Maschinen pro Jahr herstellen, die Engländer 25000 und die Franzosen 15000, zusammen etwa genauso viele wie die Deutschen allein. Die 20000 bis 30000 Maschinen, die der Entente an der Luftüberlegenheit über das Dritte Reich fehlten, mußten also woanders herkommen. »Aus den Vereinigten Staaten«, sagte Roosevelt zur Freude Monnets. [5]
Als ihn der Franzose auf die Schwierigkeit ansprach, die sich bei Kriegsausbruch ergeben würde, daß nämlich das amerikanische Neutralitätsgesetz dann die Ausfuhr von Kriegsgerät an die kriegführenden Parteien verbieten würde, antwortete Roosevelt:

»Aber dafür sind wir ja da, um Mittel zu finden, mit denen diese Hindernisse zu überwinden sind.«

Es war zwar etwas merkwürdig, daß ein Staatsoberhaupt die Gesetze seines Landes als Hindernisse empfand, die es zu überwinden galt, anstatt sich an sie gebunden zu fühlen. Aber Roosevelt und Monnet hatten in Hitler längst »den schlimmsten Feind der Freiheit« erkannt, und das rechtfertigte in ihren Augen fast jedes Mittel.
Folglich machten sich der Präsident und sein Besucher anhand einer Kartenskizze daran, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Am einfachsten schien es Roosevelt, eine Schattenindustrie in Kanada aufzubauen, das ja zum englischen Empire gehörte und für das er – wahrscheinlich schon mit diesem Hintergedanken – vor kurzem die Garantie übernommen hatte. Selbst wenn Kanada einem Krieg gegen Deutschland beitreten würde, könnte man die Flugzeugteile einzeln – vielleicht als »halbfertig verarbeitete Rohstoffe« getarnt, die nicht unter das Neutralitätsgesetz fielen – aus Amerika exportieren, sie jenseits des St. Lorenzstromes in extra dafür errichteten Montagefabriken zusammensetzen und sie dann, natürlich in englischen Schiffen, weiter nach England befördern. Der letzte Teil des Lieferweges

würde dann ganz unverfänglich wie ein Transfer innerhalb des Empires aussehen.

Roosevelt hatte sich bereits einen Standort in der Nähe der kanadischen Stadt Montreal ausgesucht und rechnete Monnet vor: Wenn drei Fabriken in drei Schichten zu je acht Stunden arbeiten, könnten sie jährlich etwa 5000 Maschinen produzieren. In fünf bis sechs Jahren hätten England und Frankreich dann das, was sie brauchten, um Hitler in die Knie zu zwingen. Weil ihm dieser Zeitraum als zu lang erschien, wurde die Anzahl der geplanten Fabriken vier Wochen später auf sieben erhöht, was einen Sieg über Deutschland theoretisch in der Hälfte der Zeit, also in zwei bis drei Jahren möglich machte.

Ein weiteres Problem war freilich die Finanzierung. Frankreich, das die Lieferung der ersten 1700 Maschinen allein 85 Millionen Dollar kosten würde, befand sich in einer permanenten Krise. Es mußte von seinem unaufhörlich zusammenschmelzenden Gold- und Devisenschatz auch noch andere lebenswichtige Importe bezahlen. Monnet wurde daher von Roosevelt zu Finanzminister Morgenthau geschickt, und als die beiden am 22. Oktober in Washington miteinander zu Abend aßen, zeichnete sich auch hier eine Lösung ab. Von der einen Milliarde Dollar französischen Fluchtkapitals, das in den Vereinigten Staaten existierte, konnten 500 »vagabundierende« (also noch nicht endgültig investierte) Millionen »mobilisiert« werden. Die französische Regierung brauchte sie nur noch per Dekret zu beschlagnahmen und der Luftrüstung zuzuführen.

Monnet, den Roosevelt und Morgenthau bemerkenswert vertrauensvoll in ihre Planungen einweihten, kehrte Anfang November befriedigt nach Paris zurück. Die französische Regierung beschloß, sich durch die Verausgabung ihrer Währungsreserven finanziell in die Hand Roosevelts und der amerikanischen Flugzeugindustrie zu geben. Danach begab sich Monnet Anfang Dezember erneut in die USA. Diesmal hatte er die Weisung, 1000 Maschinen zu bestellen, lieferbar schon im Juli 1939, und da es das beste sein sollte, was die Amerikaner derzeit zu bieten hatten, reisten Colonel Jacquin und dessen Adjutant Chemidlin als Spezialisten mit.

Die Reise fand unter dem Siegel strengster Geheimhaltung statt. Es zeigte sich jedoch, daß sich die amerikanische Luftwaffenführung unter General Henry Arnold keineswegs gerne in ihre Karten schauen ließ. Der Kongreß, der die Mittel für die Entwicklung einer leistungsfähige Flugzeugindustrie zu bewilligen hatte, drohte damit, sich dem Ansinnen Roosevelts und Morgenthaus zu widersetzen, die produzierten Maschinen vorrangig einer fremden Macht und nicht der eigenen Luftwaffe zur Verfügung zu stellen. Viele Bankiers und Industrielle, die Roosevelt ohnehin für dessen *New Deal* grollten, sahen nicht ein, warum sie erneut riesige Fertigungskapazitäten aus dem Boden stampfen sollten, da sich dies nach dem Ersten Weltkrieg als Mühlstein um den Hals der amerikanischen Wirtschaft erwiesen hatte. Zudem hatten England und Frankreich noch nicht einmal ihre Altschulden abgezahlt.

Schließlich warnten die Marine- und Armeeführung, die fieberhaft an ihren eigenen Rüstungsprogrammen arbeitete, vor einer einseitigen Bevorzugung der Luftwaffe.

Unter diesen Umständen sah sich Roosevelt bis Januar 1939 gezwungen, das amerikanische Bauprogramm vorläufig auf 5000 statt der vorgesehenen 10000 Flugzeuge pro Jahr zu verringern. Die Haushaltsansätze, die seine Kongreßbotschaft vom 12. Januar 1939 im Verteidigungsbereich enthielten, waren noch relativ bescheiden, wenn man sie an den ursprünglichen Wunschträumen maß. Dennoch stellten sie einen kühnen Sprung nach vorn dar. Die Mittel wurden im Laufe der nächsten Monate und Jahre freilich in riesigen Raten erhöht. Aber der Präsident setzte bereits im Januar 1939 nicht nur die Priorität Frankreichs bei den Flugzeuglieferungen durch, sondern auch, daß Colonel Jacquin die neuesten Modelle zu sehen bekam.

Unglücklicherweise stürzte kurz darauf ein noch geheimer Prototyp der Douglas-Werke in Kalifornien ab. Es handelte sich um den berühmten D. B.-7-Bomber, die spätere »Fliegende Festung«, die Deutschlands Städte in Schutt und Asche legen sollte. Niemand anderes als Jacquins Adjudant, Kapitän Chemidlin, hatte als Beobachter in der Maschine gesessen. Obwohl er sich wie durch ein Wunder nur ein Bein brach, war die Aufregung in der Öffentlichkeit groß. Diese drohte Roosevelts Versuchen, das Neutralitätsgesetz zu umgehen, auf die Schliche zu kommen.

Kurzerhand gab man den verunglückten Franzosen als »Firmenmenchaniker Smithins« aus, und als das nichts mehr half, versuchte Roosevelt den Kongreß mit der ebenso verblüffenden wie einleuchtenden Erklärung zu beruhigen: Mit dem französischen Kapital werde die amerikanische Flugzeugindustrie aufgebaut, wogegen man vom geschäftlichen Standpunkt aus kaum etwas einwenden konnte. Jedenfalls fuhr Monnet völlig unbehelligt nach Paris zurück. Er hatte Aufträge für 600 moderne Maschinen – mit einer festen Option für weitere 1500 lieferbar 1940 – unter Dach und Fach gebracht.

Nicht zufällig erklärte Roosevelt am 31. Januar 1939 vor dem Verteidigungsausschuß des Senats, der geheim tagte: »Die Grenzen der Vereinigten Staaten liegen am Rhein.« [6] Obwohl der republikanische Publizist Mark Sullivan kurz vorher unwidersprochen über »England – Amerikas Schild« geschrieben und die Flugzeuglieferungen wärmstens empfohlen hatte, erregte die Äußerung des Präsidenten einen Sturm der Entrüstung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Er veranlaßte Roosevelt, seine Äußerungen vor der Presse mit Worten zu dementieren, die kaum mit der Wahrheit übereinstimmten.

Aber obwohl er dadurch nur Öl in das Feuer goß, sicherte er einem engen Freund Daladiers, dem führenden Radikalsozialisten Jacques Keyser insgeheim zu:

»Die Vereinigten Staaten würden Frankreich und Britannien alle Flugzeuge geben, die sie brauchten.«

Begründung: Er »erwarte, daß der Krieg im Frühjahr (1939) ausbreche«. [7]

Nach dem Weltfriedensplan zu Beginn des Jahres 1938 waren die rüstungspolitischen Entscheidungen Roosevelts Ende 1938/Anfang 1939 das zweite Schlüsselereignis auf westlicher Seite vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Das eine hatte dazu beigetragen, die Entfaltung des europäischen *Appeasements* zu verhindern. Das andere sollte die beiden westeuropäischen Demokratien in waffenstarrende Frontstaaten verwandeln und sie zur Kriegführung befähigen. Das eine hatte den Kalten Krieg gegen Hitler gefördert. Das andere sollte den heißen Krieg vorbereiten. Das nationalsozialistische Deutschland hatte nach der Jahreswende 1938/39 – langfristig gesehen – kaum noch eine Chance zum Sieg.

Im Rückblick auf die damaligen Ereignisse kam der viel erfahrene Jean Monnet später zu dem gleichen Ergebnis:

»Ich war der festen Überzeugung, die mich schon 1914 angetrieben hatte: In einer Konfliktsituation gibt es immer einen Punkt, der über Sieg oder Niederlage entscheidet. Dieser Punkt liegt nicht notwendigerweise in der blutigsten Schlacht, dort, wo die Massen aufeinanderprallen und kaum eine Entscheidung fällt. 1917 hatte die Kontrolle der Meere die Entscheidung gebracht, die Kontrolle der Luftherrschaft würde sie eines Tages bringen . . . mir war klar, daß die (Rüstungs)-Maschinerie, von der ich im Verlauf meiner Mission (nach Amerika) die ersten Bewegungen gesehen hatte, nur schwer anzutreiben war, daß sie aber eines Tages alles zermalmen würde – und es kam für die europäischen Demokratien darauf an, diesen Tag erwarten zu können.« [8]

Auf einer Geheimsitzung im Weißen Haus, die der Implementierung der wegweisenden Aufrüstungsentscheidungen diente, hatte Roosevelt schon am 14. November 1938, vier Tage nach der sogenannten Reichskristallnacht, seine Beweggründe zusammengefaßt: München habe die internationalen Beziehungen der USA »vollständig neu orientiert«. Zum ersten Mal seit der Heiligen Allianz von 1818 sehe sich Amerika »der Möglichkeit eines Angriffs auf dieser Seite des Atlantiks« gegenüber. Er, der Präsident, benötige daher

»sofort eine riesige Luftwaffe, damit wir keine große Armee brauchen, die dieser Luftwaffe nachfolgt«. [9]

Diese Äußerungen konnten den Eindruck erwecken, als sei Roosevelts Entscheidung nach München, von einer Politik der großen Worte zu einer Politik der großen Taten überzugehen, etwas völlig Neues, Unerwartetes und nur eine Reaktion auf Hitlers Verhalten in der Septemberkrise gewesen. Dieser Eindruck wurde zwar noch dadurch bestärkt, daß der US-Präsident auf jener Sitzung im November 1938 sagte, er sei

»nicht mehr sicher, ob ich stolz darauf bin, was ich Hitler schrieb, als ich ihn dazu drängte, sich an einen Tisch zu setzen und Frieden zu machen«.

Das klang gerade so, als hätte Roosevelt zu irgendeinem Zeitpunkt wirklich an eine Verständigung mit Hitler geglaubt und sei erst durch München anderen Sinnes geworden.

Wenn ein solcher Eindruck aufkam, dann beruhte er auf einem mehr oder

minder beabsichtigten Mißverständnis: Die Öffentlichkeit sollte glauben, Hitler habe Roosevelt erst durch seinen Triumph in München dazu gezwungen, seine Verständigungspolitik aufzugeben. In Wirklichkeit hatte Roosevelt aber nie daran gedacht, Hitler in substantieller Weise entgegenzukommen. Der Frieden, den der amerikanische Präsident im Kopf hatte, als er an den deutschen Diktator schrieb, hätte dessen Vorstellungen über die Zukunft der Tschechoslowakei auf keinen Fall entsprochen. Aus ihm wäre im Gegensatz zu Chamberlains *Appeasement* auch kein modus vivendi des Gebens und Nehmens geworden.

Was Roosevelt während der Mai- und Septemberkrise 1938 vorgeschwebt hatte, war vielmehr jene der Weltöffentlichkeit unbekannte Kombination aus Weltkonferenz und Weltkrieg, die Verhandlungen nur bis zu dem Punkt zuließ, wo sie mit den Prinzipien des liberal- demokratischen Internationalismus kollidierten – und jenseits dieses Punktes gab es die Quarantäne, Blokkade, Krieg. Diese Prinzipien schlossen eine Abtretung des Sudetenlandes unter dem Druck von militärischen Gewaltdrohungen an und für sich aus, weil ein solcher Vorgang die »Heiligkeit von Verträgen« bedrohte – mochte der wichtigste dieser Verträge auch ein Diktat sein und manche Ungerechtigkeit enthalten. Gegen diese Vision einer »Pax americana« – einer im liberalen, demokratischen und internationalistischen Sinne befriedete Welt unter der erleuchteten Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten – hatte freilich nicht nur Hitler, sondern auch Chamberlain verstoßen, indem er sich unter Druck auf Verhandlungen mit dem deutschen und italienischen Diktator einließ. Das Ergebnis von München widersprach daher in eklatanter Weise dem amerikanischen Weltführungsanspruch: Anstatt sich mit den USA auf Gedeih und Verderb zu jener überwältigenden Macht zu verbünden, gegen die das Dritte Reich keine Chance gehabt hätte, waren England und Frankreich eine unheilige Allianz mit Deutschland und Italien eingegangen, was Roosevelt an das frühe 19. Jahrhundert erinnerte, als das nachnapoleonische Frankreich in das Konzert der europäischen Mächte zurückgekehrt war. Denn ebenso wie damals konnte Amerika künftig vor Übergriffen in die westliche Hemisphäre grundsätzlich nicht mehr sicher sein.

Dies galt in einem zwar noch entfernten, aber ganz praktischen Sinne: Mit dem Sudetenland hatte das Münchner Abkommen die böhmischen Festungswerke an Deutschland abgetreten. Als kaum einnehmbare Bastion der tschechoslowakischen Armee hatten sie bisher einen Teil jenes tückischen Zwangsmechanismus gebildet, der nach dem Willen des Versailler Diktats den deutschen Expansionismus in Schach halten sollte. Wenn England nach seiner Nicht-Intervention in die Rheinlandkrise und in den Spanischen Bürgerkrieg nun auch noch dies zuließ, mochte sich Hitler zu immer kühneren Taten ermutigt sehen. Und dies konnte langfristig auch Amerikas Schutzschild, die maritime Weltmachtstellung Englands, bedrohen. Deshalb sprach Roosevelt von einer fundamentalen Neuorientierung der Beziehungen, welche die Vereinigten Staaten zu anderen Mächten unterhielten.

Diese Neuorientierung galt seit München insbesondere gegenüber England. Sollte nämlich Chamberlain unter Druck oder aus freien Stücken eine weitere Expansion Deutschlands in östlicher oder westlicher Richtung zulassen – womöglich ergänzt durch einen neuen Akkord auch mit Frankreich, Italien und anderen europäischen Mächten wie Polen – würde die maritime Weltmacht England gegenüber der wachsenden Kontinentalmacht Hitlers immer schwächer werden. Ganz gleich, ob es der deutschen Wehrmacht in naher oder ferner Zukunft glückte, mit Mann und Maus über den Atlantik zu setzen – eine weitere Schwächung Englands war in Roosevelts Augen mit dem nationalen Interesse Amerikas unvereinbar, es sei denn, daß sie das unvermeidliche Ergebnis eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland war.

Mit Schaudern sah der amerikanische Präsident nach München, worauf er sich eingelassen hatte, als er um optischer Effekte willen Verhandlungen mit Hitler ermutigte: auf eine indirekte, schleichende und am Ende vielleicht verhängnisvolle Schwächung der amerikanischen Macht. Und wie immer verstand er es, diesen nüchternen Sachverhalt in ein fast biblisch anmutendes Pathos zu kleiden, das nicht ihn, sondern seine Widersacher ins Unrecht setzte – vor allem den englischen Premier. Als wäre die Demontage der Tschechoslowakei glatter Mord, sah Roosevelt, wie sich Chamberlain und auch Daladier »das Blut von ihren Judas-Ischariot-Händen wuschen«. [10] Sie hatten sich halt gegen sein Quarantäne-Konzept vergangen, das im Zweifel freilich einen sehr viel höheren Blutzoll gefordert hätte.

Schon am 17. September 1938 – zwischen Berchtesgaden und Bad Godesberg – hatte der amerikanische Präsident an Krieg gedacht, Krieg nicht durch Hitler, sondern durch die öffentliche Meinung des Westens entfacht, präventiver Defensivkrieg, den korrupten Regierungen in London und Paris ebenso aufgezwungen, wie dem Tyrannen in Berlin. Aber Chamberlain hatte Roosevelt ausgetrickst. [11]

Auf den Kriegsgedanken griff Roosevelt auch am 14. November zurück, als er eine »riesige Luftwaffe« forderte, indem er im Rückblick auf Chamberlains Verhandlungen bemerkte:

> »Das mag jetzt viele, viele Menschenleben gerettet haben, aber es kann letztlich den Verlust eines Vielfachen dieser Menschenleben zur Folge haben.«

Denn nach München und dem deutschen Geländegewinn in der Tschechoslowakei blieb ja gar nichts anderes mehr übrig, als Hitler in einer ungünstigeren Lage zu stellen, und das würde die Menschheit natürlich noch teurer zu stehen kommen.

Die Rüstungsentscheidungen des Präsidenten dienten der aktiven Vorsorge für diesen Fall. Mit ihnen ging Roosevelt nicht so sehr zu etwas über, zu dem Hitler ihn zwang. Eher kehrte er zu etwas zurück, was er schon immer vorgehabt und nur wegen eines Mangels an eigenen Mitteln bisher nicht verwirklicht hatte: den Einsatz einer überlegenen militärischen Macht zu Abschreckungs-, notfalls aber auch zu Kriegszwecken. Als politisches Drohpotential richteten sich diese

Mittel nicht nur gegen Hitler, sondern, wenngleich in anderer Weise, auch gegen Chamberlain und Daladier.
Dieser eigentümliche Doppelzweck der amerikanischen Luftrüstung klang ebenfalls in Roosevelts Ausführungen vom 14. November 1938 an.

»Wenn ich an fremde Staaten schreibe«,

so sagte er im Rückblick auf seine beiden Botschaften während der Septemberkrise,

»muß ich etwas haben, was meinen Worten Nachdruck verleiht. Wenn wir in diesem Sommer 5000 Flugzeuge und die Kapazität gehabt hätten, sofort 10000 jährlich zu produzieren, hätte es Hitler nicht gewagt, die Stellung einzunehmen, die er eingenommen hat.«

Auch Chamberlain und Daladier hätten es nicht gewagt, sich so zu verhalten, wie sie es getan hatten. Sie hätten eine politische Verständigung mit Hitler in diesem Fall gar nicht nötig gehabt. Sie hätten ihn militärisch besiegen können.
Wie nahe dem Präsidenten dieser Gedanke lag, machte er dadurch deutlich, daß er schon im nächsten Atemzug jenes »Pacht- und Leih-« Gesetz skizzierte, das die Rüstungskooperation zwischen Amerika und seinen Alliierten während des Zweiten Weltkrieges ab 1941 bestimmte. Wenn die westeuropäischen Demokratien gewillt waren, sich dem deutschen Expansionismus zu widersetzen, so wollte der Präsident damit zum Ausdruck bringen, dann sollte die Umsetzung dieses Willens in die Tat nicht an Amerika scheitern. Er würde England und Frankreich mit allem, was sie an Waffen, Munition und Kriegsgerät brauchten, unterstützen, auch wenn die Alliierten es sich pumpen müßten.
Daladier hatte eine verstärkte Rüstungskooperation mit Roosevelt gleich nach München gesucht. Aber Chamberlain versuchte immer noch, das äußerste zu vermeiden – die Mobilisierung der englischen Wirtschaft für den Krieg. Denn dies konnte Hitler leicht zum äußersten treiben. Dennoch hatte auch die amerikanisch-englische Rüstungskooperation schon lange vor München begonnen.
Ende März 1938 beschloß der Reichsverteidigungsrat, eine Expertenkommission auf Erkundungsreise durch Nordamerika zu schicken. Das Ergebnis bestand darin, daß Chamberlain am 2. Juni 1938 der Erwerb von 200 B-14 Bomben- und Aufklärungsflugzeugen der Firma *Lockheed* sowie von »200 NA 16« Übungsflugzeugen der Firma *North American* zum Gesamtpreis von sechs Millionen Pfund empfohlen wurde. [12] Darüber hatte dann nur noch das Innere Kabinett zu entscheiden. Die Transaktion lief ohne jedes Aufhebens ab, weil die Gelder direkt von der *Bank of England* der *Federal Reserve Bank* in New York zuflossen. Außerdem wurden die Kontrakte, wie die *New York Times* erfuhr, geschickterweise nicht in Washington, sondern in London geschlossen.
Dies alles zeigte bereits, daß England in einer ganz anderen Lage als Frankreich war. Es hatte keine Zahlungsprobleme, noch keine, und es hatte eine

leistungsfähige und moderne Flugzeugindustrie. Freilich sah die Regierung Chamberlain wie die meisten anderen Regierungen Europas immense Haushaltsprobleme voraus, wenn das Wettrüsten so weiterging. Seit die Rüstungsprogramme der Jahre 1937/38 riesige Summen verschlangen, warnte Schatzkanzler Simon bereits im März 1938 davor, »daß wir unsere Finanzen vorzeitig ruinieren«. [13]

Trotzdem wurde die englische Luftrüstung im April 1938 von finanziellen Restriktionen freigestellt. Luftwaffenminister Swinton wurde ermächtigt, so viele Flugzeuge bei der Industrie zu bestellen, wie nach seiner Meinung in den nächsten beiden Jahren produziert werden konnten. Man sprach in diesem Zusammenhang von 12000 Maschinen. Dazu kamen weitere Zukäufe aus Amerika. Die englische Luftrüstung beschrieb also während des ganzen Jahres 1938 eine aufwärtsweisende Kurve, wobei sich mit der Studie über den Langstreckenbomber, der seine tödliche Last über Deutschland abwerfen konnte, die Akzente allmählich von der Defensiv- zur Offensivrüstung verschoben. Die eigentliche und dramatische Wende in der englischen Aufrüstung trat jedoch erst nach der Konferenz von München ein. Nicht zufällig gab der neue Luftwaffenminister Kingsley Wood am 16. November vor dem Unterhaus bekannt, sein Land habe bei einem kanadischen Konsortium den ersten schweren Bomber bestellt.

Den Premierminister hatte die Einladung Hitlers zum Gipfeltreffen am Nachmittag des 28. September gerade in dem Augenblick erreicht, als er an der »*despatch box*« stand, dem Rednerpult des Unterhauses, und ihm ein Beamter des Außenministeriums eine entsprechende Notiz zusteckte. Der Regierungschef unterbrach daraufhin seine Rede, gab die Einladung mit dem Zusatz bekannt, er werde nach Deutschland fahren, und das englische Parlament erlebte anschließend eine Szene, wie es sie zuletzt 1914 gesehen hatte, als der damalige Außenminister Grey den Krieg gegen Deutschland erklärte: Unter unbeschreiblichem Jubel sprangen die Abgeordneten von ihren Bänken auf, wedelten mit den Armen, warfen irgendwelche Papiere in die Luft und bereiteten Chamberlain eine Ovation. Churchill, Eden, Amery und Nicolson, die Frondeure, blieben aus Protest demonstrativ sitzen.

Auch in anderer Beziehung glich die Lage vor München jenen düsteren Augusttagen vor 24 Jahren, als der Erste Weltkrieg begonnen hatte. Die englische Flotte, dieses größte und mächtigste, aber auch schwerfälligste Kriegsinstrument der damaligen Zeit, war mobilisiert. Sie lag bereit, durch die Straße von Calais zu dampfen und schon vor Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen eine beherrschende Position einzunehmen. Die Welt stand hart am Abgrund eines neuen Krieges, und nur so ist es zu erklären, daß sie die Meldungen von der Münchner Konferenz mit einer unbeschreiblichen Erleichterung aufnahm.

In seinem schwarzen Paletot, mit dem schwarzen Regenschirm über dem Arm war der eisgraue und kantige Mann aus England, dem die Welt offenbar den Frieden verdankte, inzwischen zu einer populären Figur auch in Deutschland

geworden. Seine Gegner erinnerte Chamberlain dagegen mehr an einen teils düsteren, teils lächerlichen Krähenvogel, der Hitler in erniedrigender Weise hinterherhüpfte, und die Tatsache, daß mit dem Premierminister am Verhandlungstisch in München nur sein treuer Schildknappe Wilson saß, aber nicht Außenminister Halifax, deutete schon an, wie isoliert er war.

»H(alifax) hat alle Illusionen über Hitler verloren und betrachtet ihn nun als kriminellen Irren. Er verabscheut den Nazismus«,

notierte Harvey am Eröffnungstag des Vierertreffens im Braunen Haus zu München. [14]
Das Hauptergebnis der zweitägigen Verhandlungen zwischen Chamberlain, Daladier, Hitler und Mussolini, die in einer entspannten, fast legeren Atmosphäre stattfanden, bestand für den Premierminister darin, daß es nun

»in Ausführung einer Verhandlungslösung eine ordentliche, statt einer gewalttätigen Methode«

zur Regelung der Tschechoslowakei-Frage gab. [15] Die drei wichtigsten Punkte des Münchner Abkommens lauteten: (1) Beginnend mit dem 1. Oktober wird das Sudetengebiet in fünf Phasen von der deutschen Wehrmacht besetzt. (2) Der Abtretungsprozeß unterliegt einer internationalen Kontrolle. (3) Die Unabhängigkeit des Reststaates wird von den vier europäischen Hauptmächten garantiert.
Dieses Ergebnis war ein Kompromiß zwischen dem englisch-französischen Abtretungsplan und Hitlers Godesberger Memorandum. Die Tatsache, daß es der Tschechoslowakei, die am Verhandlungstisch nicht vertreten war, aufoktroyiert werden mußte, störte Chamberlain nicht. Die Abwesenheit Rußlands war ihm sogar willkommen. Am Rande der Konferenz sprach der Premierminister mit Hitler und Mussolini auch über die anderen europäischen Probleme – Spanien, Südosteuropa, Abrüstung – und da es ihm am 30. September gelang, den Diktator auch noch überraschend zu einer Unterschrift unter eine deutsch-englische Friedenserklärung zu bewegen – ganz »gleichgültig, ob Hitler sie einhält oder nicht« – schien ihm das Ganze

»ein durchschlagender Erfolg in den Vereinigten Staaten und im Hinblick auf die allgemeine öffentliche Meinung«

zu sein. [15a] Bei seiner Rückkehr nach London wurde Chamberlain in der Tat unter einer Woge der Zustimmung, der Dankbarkeit und der Freude begraben. Er mußte sich auf dem Balkon des Buckingham Palastes der erregten Menge zeigen, und in Downing Street No. 10 sprach er an jenem Fenster, von dem aus David Lloyd George 1919 den Waffenstillstand verkündet hatte, die goldenen Worte vom »Frieden in unserer Zeit«. Baldwin hatte sie 1925 nach dem englischen Generalstreik als nationale Versöhnungsformel geprägt. Im Innersten aber schien der Premierminister keineswegs sicher zu sein, daß ihm die nationale und internationale Versöhnung auf Dauer gelungen war. Denn er

sagte zu Halifax, als sie sich durch die schreiende und gestikulierende Menschenmasse bewegten: »Dies alles wird in drei Monaten vorüber sein«. [16]
Sir Orme Sargent, einer der Dissidenten aus dem Foreign Office, der die bewegten Begrüßungsszenen beobachtete, verlieh der Stimme des Zweifels, die auch jetzt nicht verstummen wollte, Ausdruck, als er sagte:

»Bei all dem Jubel und Lärm könnte man denken, daß sie einen bedeutenden Sieg über einen Feind feiern. Stattdessen feiern sie den Verrat an einem kleineren Verbündeten.« [17]

München verletzte bei vielen Engländern das Gefühl für Fairneß und die Sympathien für den tschechoslowakischen »*under dog*«. Die Anti-*Appeaser* hielten mit ihrer Kritik nicht zurück, und der Chef der englischen Flotte, Duff Cooper, nahm aus Protest gegen das Münchner Abkommen seinen Hut.
Churchill nannte München in der Debatte des Unterhauses eine »totale und unabgemilderte Niederlage«, Eden eine »Kapitulation und Demütigung«, Attlee einen »Sieg der brutalen Gewalt«, und Sinclair beklagte, daß

»Juden und Sozialisten (im Sudetenland) jetzt Freiheit gegen Gewalt eintauschen«

müßten. [18] Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage für Chamberlain am 6. Oktober enthielten sich 30 konservative Abgeordnete der Stimme und 13 weitere straften den Premierminister mit Mißachtung durch Nichtaufstehen. Der Regierungschef konnte sich vor dem Ansturm seiner Kritiker nur noch dadurch retten, daß er am dritten Tag des parlamentarischen Scherbengerichts eine Verstärkung und Beschleunigung der englischen Aufrüstung versprach. Obwohl es in den Wahlkreisen Versuche gab, die Anti-*Appeaser* aus der Konservativen Partei hinauszudrängen, und Chamberlain sich bemühte, Churchill in den Rüstungsberatungen kaltzustellen, war die politische Atmosphäre gespannt, und niemand wußte eigentlich so recht, wie es weitergehen sollte.
Die Antwort auf die Frage, ob München für den Westen ein Sieg oder eine Niederlage war, hing vom Standpunkt des Betrachters ab. Vom Standpunkt der *Appeasement*-Politik war München durchaus ein Erfolg. England hatte sowohl den Krieg, als auch neue bindende Verpflichtungen auf dem Kontinent vermieden, sofern es ihm gelang, sich der Garantie für die Tschechoslowakei zu entziehen, und dazu waren alle vier europäischen Hauptmächte entschlossen. Chamberlain hatte sich bei allen Schritten, die nach München führten, vom lebhaften und einmütigen Beifall seines Volkes und der Dominions leiten lassen, so daß die Einheit des Weltreiches gewahrt blieb.
Andererseits war klar, daß der Erfolg seine Grenzen in sich trug. Chamberlain würde eine zweite Situation à la Godesberg politisch nicht überleben – mit Hitler auf der einen Seite, der seine Forderungen immer höher schraubte, und mit den Anti-*Appeasern* auf der anderen Seite, die einer Verständigung mit Deutschland immer größere Steine in den Weg legten. Seine verzweifelten Versuche, dieser Zwangslage zu entrinnen, hatten das Prestige des Premierministers angeschlagen, und im Wiederholungsfall würde er sich entweder einer deutschen Mili-

täraktion oder einem parlamentarischen Aufstand gegenübersehen. Beides würde über kurz oder lang seinen Sturz und den Krieg bedeuten.
Schließlich hatte sich die strategische Lage in Mitteleuropa mit der Besetzung des Sudetenlandes durch die deutsche Wehrmacht nicht unbeträchtlich zugunsten des Dritten Reiches verschoben. Zwar hatte Hitler auf eine »strategische Grenze« durch Böhmen und Mähren verzichtet, die Deutschland ganz und gar von einer Bedrohung durch die tschechoslowakische Armee freigestellt hätte. Aber abgesehen von dem Prestigegewinn, den die Abtretung des Sudetenlandes bedeutete, waren ihm kampflos die böhmischen Festungswerke in die Hand gefallen, hinter denen die 35 Divisionen Prags bisher Schutz gefunden hatten. An seiner Ostfront spürbar entlastet, konnte das Dritte Reich seine Kampfkraft jetzt um so stärker als bisher auf Frankreich konzentrieren, dessen militärische Stärke es ohnehin schon zu übertreffen begann.
Obwohl Hitler also in München keineswegs freie Hand für seinen »Drang nach Osten« erhalten hatte, war Frankreichs Stellung auf dem Kontinent doch indirekt so geschwächt, daß England daraus Konsequenzen ziehen mußte, wenn es das europäische Gleichgewicht aufrechterhalten wollte. Und das war nach wie vor seine Absicht. Chamberlain bereitete England daher seit München darauf vor, im Kriegsfall so schnell wie möglich ein Expeditionskorps von vier regulären Divisionen plus vier Divisionen des Ersatzheeres auf den Kontinent zu entsenden. Ab Oktober/November 1938 wurden sämtliche Rüstungsprogramme überprüft, beschleunigt und erweitert. Wegen der langfristig wirksamen Vorentscheidungen früherer Jahre änderte sich zwar nichts daran, daß die RAF ihre kriegsmäßige Einsatzstärke erst im Juni 1940 erreichen würde. Aber insgesamt gab England 1938/39 mit 270 Millionen Pfund Sterling soviel in einem Jahr für seine Rüstung aus wie noch nie in seiner langen Geschichte. Immer deutlicher trat die Tendenz zutage, das wirtschaftlich schwächere Deutschland totzurüsten, und seit dem 25. Januar 1939 befanden sich sämtliche Streitkräfte des Inselreichs in einem »Zustand der Bereitschaft«, letzte Stufe vor dem Beginn der Mobilisierung.
Aber vor zwei Maßnahmen, die von den Anti-*Appeasern* immer dringlicher gefordert wurden, die Hitler jedoch auf kaum noch hinnehmbare Weise herausgefordert hätten, scheute Chamberlain noch immer zurück: vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und vor der Schaffung eines Versorgungsministeriums. Das eine vertrug sich nicht mit dem deutsch-englischen Flottenabkommen, zu dessen Geschäftsgrundlage gehörte, daß sich England in Friedenszeiten auf seine für große Landkriege nicht ausreichende Berufsarmee beschränkte. Das andere hätte praktisch die Einführung der Kriegswirtschaft bedeutet, bei einer Defensivmacht wie England stets ein untrügliches Zeichen dafür, daß sie ihre Prioritäten endgültig von Frieden auf Krieg verschiebt. Soweit war Chamberlain noch nicht. Aber er hatte nichts dagegen, daß die englische Rundfunkgesellschaft BBC ab Herbst 1938 Propagandasendungen in deutscher Sprache ausstrahlte, um die Deutschen gegen Hitler aufzubringen.
Insgesamt erreichte die englische Politik nach München einen Punkt, an dem es

Chamberlain immer schwerer fiel, die beiden Seiten seines *Appeasements* – Aufrüstung und Gesprächsbereitschaft – miteinander im Einklang zu halten. Der Premierminister versuchte dem Dilemma dadurch zu entkommen, daß er ein paar festere Reden an die deutsche Adresse hielt. Andererseits wartete er auf ein ermutigendes Zeichen Hitlers für eine Fortsetzung des Dialoges, der sich auf wirtschaftlichem Gebiet anzubahnen schien.

Auf seiner Gratwanderung vermochte Chamberlain aber immer weniger den Druck aufzufangen, unter den ihn Roosevelt und die Anti-*Appeaser* setzten. Die Restenergie seiner Politik reichte einfach nicht mehr aus, um das Blatt noch einmal zugunsten eines europäischen modus vivendi zu wenden. Die gegen Deutschland gerichtete Rüstungskooperation zwischen England und Amerika schuf ständig neue und gegen das *Appeasement* gerichtete Fakten, und mit dem amerikanisch-englischen Handelsvertrag, der im November 1938 unterschrieben wurde, näherte sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden angelsächsischen Demokratien einem Punkt, an dem der Widerstand gegen Roosevelts Konfrontationskurs einfach akademisch wurde. Trotzdem schien dieser persönliche Widerstand die letzte und wichtigste Rückzugslinie zu sein, auf der Chamberlain seinen politischen Kurs gegen die wachsende Opposition innerhalb und außerhalb seiner Regierung zu verteidigen suchte.

Für die politische Stellung des englischen Premierministers war die sogenannte »Reichskristallnacht« vom 9./10. November 1938 ein noch schlimmerer Schlag als die Konferenz von München. Nach der Ermordung eines deutschen Diplomaten in Paris durch einen Juden, der mit der zwangsweisen Rückführung seiner Verwandten nach Polen nicht einverstanden war, zettelte Reichspropagandaminister Goebbels in jener Nacht die bisher brutalsten Ausschreitungen gegen die Juden an. Es gab 35 Tote, 20000 Menschen wurden verhaftet, überall im Reich brannten die Synagogen, und 7500 Geschäfte wurden ausgeraubt. Zu allem Überfluß mußten die Juden, die gleichzeitig aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet wurden, dann auch noch eine Geldbuße von einer Milliarde Reichsmark aufbringen. Sie sollte angeblich der Regulierung der Schäden dienen.

Durch diesen organisierten Terror, den das Nazi-Blatt »Der Angriff« in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den politischen Aktivitäten Churchills, Edens und des nach München zurückgetretenen Marineministers Cooper brachte, wurde Chamberlains *Appeasement*-Politik moralisch schwer diskreditiert. Das galt insbesondere für die Vereinigten Staaten, wo jetzt selbst Politiker und Journalisten, die bisher einer Verständigung mit Hitler das Wort geredet hatten, an der Richtigkeit ihrer Haltung zweifelten. Auch das persönliche Verhältnis zwischen Chamberlain und Roosevelt wurde dadurch nicht besser.

Das Foreign Office hatte den Premierminister seit Frühjahr 1938 gedrängt, zur Unterzeichnung des Handelsvertrages nach Washington zu reisen. Seit dem 14. März lag ein Memorandum von Frank Ashton-Gwatkin [19] vor, wirtschaftspolitischer Berater des englischen Außenministeriums, das für eine

deutliche Verstärkung der amerikanisch-englischen Zusammenarbeit plädierte. Von der Kriegsschuldenfrage über die Währungspolitik bis hin zur Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Kriegsfall führte das Papier alle möglichen Punkte auf, in denen sich ein Gespräch zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister lohnte. Aber gerade eine »parallele Erklärung« Roosevelts und Chamberlains zu allgemeinen Fragen der Weltpolitik, die Ashton-Gwatkin als Höhepunkt einer Washington-Reise befürwortete, wollte der englische Regierungschef nicht. Sie hätte unweigerlich die Spannungen in Europa noch weiter erhöht, weil sie einem offiziellem Schulterschluß zwischen den beiden angelsächsischen Mächten gleichgekommen wäre. Deshalb und weil die Vereinigten Staaten durch ihr Neutralitätsgesetz immer noch daran gehindert waren, in einen europäischen Krieg rasch und überzeugend einzugreifen, entschied sich der Premierminister gegen die Reise. [20]

So kam es, daß Chamberlain bis zum Herbst 1938 zwar dreimal Hitler, aber kein einziges Mal Roosevelt begegnet war, ein merkwürdiges Mißverhältnis, das sein Image in den Vereinigten Staaten belastete. Die englische Politik galt in den liberal-demokratischen Kreisen der Vereinigten Staaten als »pro-Diktator« und »pro-Nazi«, und nach den offenen Judenpogromen in Deutschland nahm die anti-englische Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit besorgniserregende Ausmaße an.

»Ich finde bei den Amerikanern, die man trifft, und auch in der Presse eine allgemeine Tendenz zu der Annahme«,

schrieb der englische Geschäftsträger Mallet aus Washington nach London, [21]

»daß unsere Anstrengungen in puncto ›Kriegsbereitschaft‹ in England ziemlich schwach und halbherzig sind.«

Die »Kapitulation von München«, so werde unter Beifügung des Wortes »schmachvoll« häufig gesagt, sei der »offenkundigen Schwäche« Englands und Frankreichs zuzuschreiben.

»Deshalb bekommen wir wenig Sympathie für die Vergangenheit«,

fuhr Mallet fort,

»aber wir sollten mehr Respekt in Zukunft ernten, wenn man (in den USA – D. B.) allgemeiner das Gefühl haben könnte, daß unsere Regierung frühere Unterlassungen wieder wettmacht, daß die Wiederaufrüstung wirklich vorankommt und daß die Luftabwehr in London in besserer Verfassung ist, als sie es im letzten Herbst war. Die Amerikaner glauben sehr an Selbsthilfe, und es wäre fatal, wenn hier der Eindruck um sich griffe, daß wir zu wenig tun, um uns selbst zu helfen und nur herumsitzen und hoffen, daß Amerika uns helfen würde, wenn das Strafgericht über uns hereinbricht . . .«

So schien die englische Politik gegen Ende des Jahres zwischen Baum und

Borke zu geraten. Das Vertrauen, das Chamberlain bei Hitler verloren hatte, gewann er bei Roosevelt anscheinend nicht hinzu. Untergründig begannen die Dinge aber von einer unerwarteten Seite her in Bewegung zu geraten, und nirgends war dieser Wandel besser zu beobachten als im Foreign Office. Dort hatte man nach München begonnen, sich Gedanken über eine »neue« Politik zu machen. Deutlich waren die Spuren der Resignation an dem deutschlandpolitischen Positionspapier zu erkennen, das Staatssekretär Cadogan Mitte Oktober aufgesetzt hatte. [22]

»Wir müssen«, so hieß es da, »unsere Verluste in Mittel- und Osteuropa verschmerzen. Lassen wir Deutschland, wenn es kann, seinen ›Lebensraum‹ finden und sich, wenn es kann, als mächtige Wirtschaftseinheit etablieren. Ich denke nicht, daß das unsere Handels- und Wirtschaftsaussichten verschlechtert... aber ich glaube, daß jede bewußte, nicht-wirtschaftliche ›Einkreisung‹ Deutschlands vergeblich und (für England) ruinös sein wird... Können wir die Deutschen verunsichern und damit den Prozeß umkehren, unter dem wir seit Jahren gelitten haben, weil uns die Deutschen verunsicherten? ... Ich denke, es ist zu spät dafür.«

Der 54jährige Sir Alexander Cadogan, der dem Auswärtigen Dienst seines Landes seit 1908 angehörte, entstammte dem begüterten Landadel. Er hatte seine diplomatische Lehrzeit beim Völkerbund und in China absolviert. Der studierte Historiker, leidenschaftliche Golfer und erfahrene Causeur – ein kleiner Herr mit auffallend hohem Kopf, das dünne Haupthaar in der Mitte gescheitelt, mitunter prüfend mit den Augen über den Brillenrand peilend – hatte das Vertrauen seines Außenministers. Wenn die beiden morgens durch den St. James Park zum Foreign Office gingen, wirkten sie ein wenig wie Pat und Patachon.

Am 9. November, am Tag vor der Reichskristallnacht, war Cadogan bei Halifax, um ihm sein Positionspapier zu überreichen.

»Macht den Deutschen ein gutes Angebot, das wird sie vielleicht davon abhalten, Hitler in noch wildere Abenteuer zu folgen«,

sagte er zum Abschied. [23] Es war die Linie, die Lord Lothian schon vor anderthalb Jahren befürwortet hatte. Dann verließ Cadogan das Amt, warf sich in seine Galauniform und besuchte das traditionelle Bankett des Londoner Oberbürgermeisters.

Es war aber nur ein kurzer Anfall von Depression, der den Staatssekretär plagte. Zwei Tage später, am Sonntag, den 11. November 1938, einen Tag nach der Reichskristallnacht, aß Cadogan zu Hause und machte einen kleinen Spaziergang. Dann suchte er Halifax in dessen Haus am Londoner Eaton Square auf.

»Rüttelte ihn auf mit geheimen Berichten, die wir hatten und die alle dazu tendieren, Hitler, Rib(bentrop) und Co. als Exaltés zu zeigen«,

schrieb er am Abend in sein Tagebuch. [24]

Diese Berichte stammten von Carl-Friedrich Goerdeler, Exponent des deut-

schen Widerstandes. Goerdeler hatte Hitler 1934/35 als sogenannter »Preiskommissar« gedient, eine hohe Funktion in der deutschen Wirtschaftsverwaltung. Der konservative Kommunalpolitiker aus Westpreußen trat 1937 von seinem Amt als Leipziger Oberbürgermeister zurück, weil die Nazis seine Abwesenheit dazu benutzt hatten, vor dem berühmten Gewandhaus der sächsischen Metropole das Denkmal des jüdischen Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy zu entfernen. Seitdem wurde Goerdeler, der mit Vansittart im Foreign Office ebenso Verbindung hatte wie mit US-Außenminister Hull, von dem Stuttgarter Großindustriellen Robert Bosch protegiert.

Ende Juli 1938 bat Vansittart einen Freund, den englischen Industriellen und Bosch-Freund Arthur Young, der einen elektrotechnischen Betrieb in Rugby leitete, sich mit Goerdeler in Verbindung zu setzen. Young war wie Vansittart ein überzeugter Anti-*Appeaser*. Er traf sich mit dem deutschen Regimegegner zum ersten Mal am 6./7. August 1938 in Rauschen Düne bei Königsberg an der Ostsee, ein Badeort, in dem Goerdeler mit seiner Familie gerade Ferien machte. Es folgten vier weitere Begegnungen in Zürich und in London. Einmal, Anfang November 1938, bat Young den Kontaktmann Goerdelers in London, einen gewissen Dr. Reinhold Schairer – ein deutscher Emigrant, der im betrieblichen Ausbildungswesen tätig war –, ein Treffen mit Goerdeler in der Schweiz wahrzunehmen. Am 16. März 1939, einen Tag nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei, fand die letzte Begegnung zwischen Young und Goerdeler statt.

Die Ergebnisse dieser zum Teil mehrtägigen Unterredungen hielten die Gesprächspartner Goerdelers, Young und Schairer, in ausführlichen Aufzeichnungen fest. [25] Auf diese Weise entstanden sechs hoch geheime »X-Dokumente« – »X« war der Deckname von Goerdeler im Foreign Office – auf die sich Cadogan in seiner Unterredung mit Halifax am 11. November bezog. Diese Gesprächsaufzeichnungen fanden freilich unter der Hand eine Verbreitung, die weit über das englische Außenministerium hinausging. Sie reichte bis nach Amerika und zu Roosevelt, und ihr Inhalt beeinflußte die Haltung der englischen und amerikanischen Regierungen an der Jahreswende 1938/39 gegenüber Hitler entscheidend.

Goerdeler, der Hitler und den Nationalsozialismus aus tiefster Überzeugung bekämpfte, aber einen Krieg angeblich »um jeden Preis« vermeiden wollte, machte kein Hehl daraus, daß er Chamberlains *Appeasement*-Politik für verhängnisvoll hielt. Seiner Meinung nach sollten England und Frankreich in der Krise um das Sudetenland und die Tschechoslowakei mit mehr Härte und mehr Verhandlungsbereitschaft zugleich auftreten – Härte, indem sie rechtzeitig, offen und unzweideutig erklärten, daß jede Anwendung von militärischer Gewalt durch Hitler sofort einen Krieg zur Folge haben würde. Sollte sich Hitler dennoch zum Krieg entschließen, würde entweder die deutsche Generalität in letzter Minute gegen ihn putschen – und damit dann doch noch das allgemeine Blutvergießen verhindern –, oder die wehrpflichtige Arbeiterschaft würde ihre Gewehre gegen die Naziherrschaft wenden. In jedem Fall wäre der

Krieg nur kurz, und anschließend müßten England und Frankreich, wie sie ebenfalls vorher öffentlich anzukündigen hätten, mit der neuen Regierung über die »deutschen Lebensprobleme« verhandeln.
Obwohl Goerdeler ausdrücklich erklärte, [26] daß er »im Auftrag der deutschen Generäle« spreche, überzeugte seine Konzeption, die in den beiden ersten X-Dokumenten enthalten war, die Regierung in London nicht. Der Deutsche betonte zwar während der September-Krise [27] immer wieder, Hitler sei »zum Krieg entschlossen«. Aber den Grad dieser Entschlossenheit kannte man ebensowenig, wie die Größe des deutschen Widerstandspotentials, so daß Goerdelers Schlußfolgerung, ein Krieg werde nur von kurzer Dauer sein, äußerst fragwürdig wirkte. Außerdem ließ der Widerstandskämpfer keinen Zweifel daran, daß eine von ihm geführte Nach-Hitler-Regierung im wesentlichen dieselben territorialen Forderungen, wenn auch im Geiste der internationalen Zusammenarbeit, erheben würde.
Dagegen blieben Goerdelers Ansichten nicht ohne Einfluß auf das amerikanische Krisenmanagement, auch wenn man diesen Einfluß während der Septemberkrise im einzelnen nicht messen kann. Goerdelers Londoner Kontaktmann Schairer reiste Anfang August 1938 nach Amerika, wo ihn am 22. August ein Brief von Young mit dem X-Dokument Nr. 1 erreichte. Arthur Young bat Schairer ausdrücklich, die Gesprächsaufzeichnung Owen D. Young zu zeigen, damals Ehrenvorsitzender von *General Electric* und Vorsitzender der *Federal Reverse Bank* in New York. Der einflußreiche Industrielle und Bankier kannte Goerdeler und Roosevelt. Arthur Young verband mit seinem Schritt die Erwartung, daß die USA »nützlichen Druck« auf Chamberlain ausüben würden, denn Owen D. Young wäre

»in der Position, diejenige Art von Druck über die amerikanische Botschaft in London auszuüben, die hier gemeint«

sei. Schon zwei Tage vorher hatte Arthur Young mit Schairer telefoniert und ihn gebeten, nicht nur Owen D. Young, sondern auch Außenminister Hull und Präsident Roosevelt aufzusuchen. Dabei wurde deutlich, daß der amerikanische Druck direkt auf den Sturz Chamberlains abzielen sollte. Arthur Young verlieh seinen Worten Nachdruck, indem er in die Sprechmuschel rief, die nächsten zehn Tage seien »äußerst kritisch und vielleicht entscheidend«. Tatsächlich erreichte das X-Dokument Nr. 1 in den nächsten Tagen Hull. Eleanor Roosevelt, die Frau des Präsidenten, wurde ebenfalls informiert, so daß man annehmen kann, daß Roosevelt wenigstens über den Geist von Goerdelers Ansichten unterrichtet wurde.
Schairer bediente sich bei diesen Kontakten der Vermittlung eines gewissen Dr. Spencer Miller, industrieller Berater der Episkopalischen Kirche. Zufällig oder nicht war es dieselbe Kirche, der auch Roosevelt angehörte. Miller trat drei Wochen später wieder in Aktion, als Arthur Young das X-Dokument Nr. 2 mit dem Luxusdampfer »Queen Mary« von London nach New York schickte. Auch diesmal lautete Youngs Kommentar, die »nächsten zehn Tage (seien)

entscheidend«. Miller kehrte am 19. September von einer Kanadareise nach New York zurück und nahm das X-Dokument Nr. 2 in Empfang. Da es ihm sicher gelang, den Inhalt noch an diesem Tag nach Washington zu übermitteln, ist anzunehmen, daß Roosevelts Gespräch mit dem englischen Botschafter Lindsay, in dem der Präsident einen Blockadekrieg gegen Deutschland vorschlug, vor diesem Hintergrund stattfand.

Goerdelers Informationen und Ansichten bestärkten die Vorstellungen, die man sich in Washington von Hitler und seiner Politik machte, auf eindrucksvolle, wenn auch irreführende Weise. Obwohl der Widerstandskämpfer einräumte, Hitler sei noch vor einem Jahr »ein Mann des Friedens« gewesen, stellte er ihn jetzt als »verrückt« und als »Gangster« dar, der sich neuerdings »wie ein Gott« fühle. Hinter ihm stehe SS-Führer Himmler als eigentlicher Machthaber. Dies bestärkte die Überzeugung der Falken innerhalb der Roosevelt-Administration, daß mit Hitler nicht zu reden sei, und die Tatsache, daß Goerdeler von schweren Konflikten innerhalb der deutschen Führung, ja von der Revolutionsbereitschaft des deutschen Volkes berichtete, bestätigte Roosevelts Vorurteil, man brauche den Deutschen nur fest entgegenzutreten, um sie zum Nachgeben zu bewegen. Jedenfalls ließ alles dies Chamberlains Versuche, mit Hitler im Gespräch zu bleiben, als vergebliche Liebesmüh, wenn nicht als gefährlichen Unsinn erscheinen.

Die Anti-*Appeaser* waren geradezu wütend auf Chamberlain, als sie Mitte Oktober 1938 aus dem X-Dokument Nr. 3 erfuhren, Hitler habe in der dramatischen »Krieg-in-Sicht«-Krise bis zum 29. September nur geblufft, weil die deutsche Wehrmacht nicht einmal fähig gewesen sei, an *einer* Front siegreich zu kämpfen. Göring habe zu Hitler am 28. September gesagt, als die Meldung über die Mobilmachung der deutschen Flotte in Berlin eintraf: »Es darf keinen Krieg geben, die Leute wollen ihn nicht.« [28] Goerdelers These: Hätte Chamberlain damals die Krise mit eiserner Härte durchgestanden – also um den Preis eines Krieges – wäre der Hitlerismus heute kaputt. Noch alarmierender klang freilich, welche Entwicklung Goerdeler für die Zeit nach München prophezeite: Auch die deutschen Generäle würden jetzt den Krieg weniger fürchten; jeder künftige Akt der Aggression, den Deutschland mit Erfolg begehe, werde dessen Kampfkraft stärken; Deutschland, Japan und Italien marschierten Arm in Arm und würden ihre Eroberungspläne in allen vier Himmelsrichtungen durchsetzen. Außenminister Ribbentrop habe nach München gesagt:

»Er (Chamberlain) hat heute die Todesurkunde für das Britische Empire unterschrieben.«

Goerdelers Schlußfolgerung: Nur wenn England die Dinge innerhalb der nächsten sechs Monate – also bis April 1939 – »auf die Spitze« treibe, könne das größte Desaster abgewendet werden. Sonst trete die Katastrophe nach Ablauf von zwei Jahren ein.

Wie Goerdeler auf diese eigentümliche Zeitrechnung kam, blieb unerfindlich.

Sie beeinflußte die politischen Entscheidungsabläufe bei den Westmächten in verhängnisvoller Weise. Offenbar schwebte Goerdeler im Oktober 1938 eine Weltkonferenz über die deutschen Lebensfragen vor, aber auch über eine globale Neuordnung der sozialen Verhältnisse, der Finanz- und Handelsbeziehungen,

»um ein Maximum an Kooperation zwischen Kapital, Arbeit und dem Gemeinwesen zu erzielen«.

Außerdem sollte seiner Meinung nach über die Abrüstung und über die Anerkennung eines ewigen Moralkodex für die internationalen Prinzipien verhandelt werden. Die Nähe dieser Gedanken zu Roosevelts *New Deal* und Weltfriedensplan war nicht zu übersehen, und Goerdeler deutete selbst an, daß er die Anregung für diesen Plan, der mit Hilfe der Könige von England und Belgien verwirklicht werden sollte, einer Anregung aus Amerika verdankte. Die Initiative für diese Konferenz müßte freilich von England ausgehen. [29]
Das Gespräch, das der deutsche Regimegegner am 5. und 7. November 1938 mit Schairer in der Schweiz führte, war jedoch dazu angetan, jeden Gedanken an eine solche Weltkonferenz zu verscheuchen – nicht, weil Deutschland zu stark, sondern weil es offenbar so verzweifelt schwach war, daß es nach Meinung Goerdelers bis April 1939 in sich zusammenbrechen werde. Der Inhalt dieses Gespräches wurde in X-Dokument Nr. 4 vom 6./7. November 1938 wiedergegeben. [30] Das Papier gelangte über Ashton-Gwatkin, einen Freund Youngs, am 10. November 1938 ins Foreign Office – am Tag nach der Reichskristallnacht.
Folgte man Goerdelers Darstellung, dann war die innere Lage des Dritten Reiches hoffnungslos. Es habe intern 60 Milliarden Reichsmark Schulden und bei den Banken »jeden Kredit verloren«; Produktivität und Exporterlöse seien rückläufig; Reichswirtschaftsminister Schacht dränge auf einen sofortigen Rüstungsstop, um das unmittelbar bevorstehende Finanzchaos abzuwenden; alle Errungenschaften des Nationalsozialismus wie Arbeitsdienst, Autobahn, der Umbau Berlins, die Produktion des »Volkswagens« müßten abgeblasen oder verschoben werden; Deutschland stehe vor einer »kompletten Panik«; Hitler werde »immer verrückter«; jede Art von Mord und Verbrechen sei jetzt erlaubt.
Diese Äußerungen, die durch die Ereignisse der »Reichskristallnacht« anscheinend bestätigt wurden, gipfelten in der Vorhersage Goerdelers, Deutschland werde binnen Jahresfrist Belgien und die Niederlande und kurz darauf sogar England angreifen. Gleichzeitig werde Italien in einer Art Arbeitsteilung die Kontrolle über Tunesien, den Suezkanal, Korsika und den größeren Teil der französischen Kolonien verlangen. Auch das wurde anscheinend durch einen Vorgang in der italienischen Kammer Anfang Dezember bestätigt, als einige faschistische Abgeordnete den Ruf nach »Tunesien, Korsika, Nizza!« erhoben, Gebiete, die unzweifelhaft Frankreich gehörten.
Damit gab es zwei gravierende Widersprüche in X-Dokument Nr. 4. Wie

konnte Hitler, dessen Reich angeblich unmittelbar vor dem Bankrott stand, noch an einen Krieg mit England denken, der unweigerlich einen Weltkrieg zur Folge haben würde? Und wie konnte Mussolini an die beschriebene Arbeitsteilung mit Hitler denken, die ebenfalls Krieg bedeuten würde, wenn es nach Goerdelers eigenen Angaben in demselben Dokument

»nicht die geringste Anzeichen dafür (gab), daß Italien an der Seite Deutschlands in den Krieg eintritt«?

Auch dafür hatte der Deutsche eine Erklärung parat: Hitler und Mussolini würden die Kriegsfurcht Englands und Frankreichs hochtreiben und dann, wenn sie ihren Höhepunkt erreicht habe, einfach erklären: Deutschland und Italien verzichten für die nächsten 20 Jahre auf die Eintreibung ihrer Forderungen, wenn ihnen (1) alle Schulden erlassen, (2) riesige Kredite gewährt und (3) sämtliche Rohstoffprobleme gelöst würden. Das finanzielle Volumen dieses Pakets bezifferte Goerdeler auf sechs Milliarden Pfund, und das war ungefähr das, was England in Versailles aus Deutschland herausgeholt hatte.
Am 14. November 1938 lagen die letzten X-Dokumente dem Außenpolitischen Kabinettsausschuß in London vor. Sie zeigten nach Meinung Oliver Harveys,

»daß die Nazi-Hitzköpfe Oberwasser bekommen, daß Hitler einer Vereinbarung mit Großbritannien – das er als hoffnungslos schwach und defätistisch betrachtet – weniger Wichtigkeit beimißt . . .«.

Man kam überein, daß man gegenwärtig nichts weiter tun könne, außer zu versuchen, mit Mussolini auf besserem Fuß zu stehen und die Achse von daher zu schwächen. [31]
Bis Jahresende 1938 schienen Goerdelers Erzählungen bei der englischen Regierung nur auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Das galt vor allem für das Memorandum, das er auf Anregung von Arthur Young in der Halle eines Züricher Hotels mit einem Finger in die hauseigene Schreibmaschine getippt hatte. Es enthielt so etwas wie Goerdelers außenpolitisches Programm [32]: (1) Beseitigung des polnischen Korridors, (2) Rückgabe der deutschen Kolonien unter internationalem Recht, (3) Anleihe von sechs Millionen Goldmark zur Behebung der deutschen Währungskrise, (4) Rüstungsbegrenzungen bzw. Abrüstung, (5) keine deutsche Hegemonie über Osteuropa, (6) Gleichgewicht mit der Sowjetunion und »friedliche Wiederherstellung einer vernünftigen Ordnung« in Rußland mit Hilfe der USA, (7) Beendigung des Spanischen Bürgerkrieges und Erhaltung des Status quo im Mittelmeer, (8) Kooperation mit den Westmächten zur Wiederherstellung des Friedens in Ostasien, (9) ein neuer Völkerbund, (10) freie Marktwirtschaft.
Immerhin fiel an diesem Programm auf, daß Goerdeler und seine Gesinnungsgenossen im deutschen Widerstand nach dem Sturz Hitlers und der Regierungsübernahme nicht beabsichtigten, den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und die Abtretung des Sudetenlandes mit der damit verbundenen Schwächung der Tschechoslowakei rückgängig zu machen. Auch dieses Papier

war in London Gegenstand der Beratungen im inneren Kreis der außenpolitischen Macher. Harvey hielt es für einen

»verrückten Plan, mit dem wir auf keinen Fall etwas zu tun haben können«. [33]

Auch Cadogan hielt es für unakzeptabel und sagte auch, warum: ». . . zu sehr wie ›Mein Kampf‹«. [34] Die beiden Beamten waren sich nicht sicher, wie weit sie Goerdelers Versicherungen Glauben schenken sollten, die deutsche Anti-Hitler-Opposition sei zum Zuschlagen bereit. Cadogan meinte immerhin:

»Wenn etwas dran ist, ist es das größte Ding seit Jahrhunderten.«

Chamberlain und Halifax verwarfen Goerdelers Memorandum und beschlossen, ihn keinerlei Antwort zu würdigen. Orme Sargent, einer von den Foreign-Office-Dissidenten, äußerte sogar Zweifel, ob es wirklich besser sei, mit Goerdeler statt mit Hitler weiterzumachen, weil ihm ein schwaches Nazi-Regime ein leichterer Gegner zu sein schien als eine straffe Militärdiktatur. Der Premierminister fühlte sich durch die X-Dokumente sogar eher in seiner Politik bestätigt. Er war weiterhin davon überzeugt, daß

»Hitler (in der September-Krise – D. B.) gekämpft hätte und daß wir in keiner Verfassung waren, zu kämpfen«. [35]

In Anbetracht von Goerdelers Informationen vertrat Chamberlain weiterhin die Auffassung, daß Zeitgewinn gegenüber Deutschland nach wie vor das wichtigste sei. Er führte zwei Gründe dafür an:

»Weil es eine Chance gibt, daß Deutschland viel schwächer ist als wir erwarten und eventuell zu einer Verständigung kommen wollte oder müßte; weil die Risiken eines Krieges für uns weit größer sind als für sie – denn wenn wir verlieren, geht das ganze Empire den Bach hinunter. Wenn Deutschland verliert, kann es sich wieder erholen, siehe 1914 bis 1919 und danach; wir sollten deshalb nur für ein lebenwichtiges Interesse kämpfen, wenn wir das Risiko auf uns nehmen müssen.« [36]

Trotzdem bildeten die X-Dokumente ein Ferment in der öffentlichen Meinung Englands, das den Trend gegen das *Appeasement* verstärkte. Sei es, daß Hitler beabsichtigte, Holland und Belgien anzugreifen sei es, daß Deutschland wirtschaftlich vor dem Zusammenbruch stand – in beiden Fällen schien eine Politik der Verständigung sinnlos oder überflüssig zu sein. Goerdeler sorgte 1938/39 selbst durch seine Reisen nach England, Frankreich und Italien, durch den Balkan und in die USA für die Verbreitung seiner Einsichten und Gedanken. In den Vereinigten Staaten hatte er einen eigenen Repräsentaten dafür, einen gewissen Dr. G. P. Bronisch, Assistent an der Universität von Pennsylvania. Arthur Young gab in England die X-Dokumente speziell an Meinungsmacher wie Professoren, hohe Geistliche und Journalisten weiter wie A. J. Cummings *(News Chronicle)* und Wickham Steed *(BBC)*, aber auch an Anthony Eden. Da er selbst für ein Kabinett Churchill/Eden war, nahm es

kein Wunder, daß Young die Geheiminformationen vor allem unter den Anti-*Appeasern* streute. So wurden sie allmählich Gesprächsstoff in bestimmten Londoner Kreisen.

Außerdem schob Goerdeler immer neue Informationen nach, z. B. in einem Gespräch mit Arthur Young am 4. Dezember 1938 in Zürich die Neuigkeit, Deutschland werde nicht zuerst Belgien und die Niederlande angreifen, sondern die Schweiz, nach dem Motto, jeder Diktator brauche »einen Mord zum Frühstück«. [37] Das habe er von einem Mann, der »täglich Kontakt« mit Hitler habe. Gleichzeitig schlug Goerdeler einen neuen Ton an, indem er prophezeite: Den Judenverfolgungen in Deutschland würde über kurz oder lang ein Anschlag gegen das Kapital folgen bis hin zur Zerschlagung von Judentum, Christenheit und Kapitalismus.

Unter dem Eindruck dieser Informationen begann sich die politische Atmosphäre in der englischen Hauptstadt gegen Jahresende doch allmählich zu wandeln. Dazu trug eine Reihe weiterer Faktoren bei wie die anhaltende Schwäche des Pfundes, ein allmählicher Stimmungsumschwung in der City und der immer heftigere Streit zwischen *Appeasern* und Anti-*Appeasern*, der die Konservative Partei zu spalten drohte. Die stärksten Impulse kamen jedoch wie immer aus Amerika.

Am 29. November hatte US-Botschafter Kennedy Ex-Außenminister Eden gebeten, die Einladung der US-Maschinenbau-Industrie anzunehmen, auf ihrem Jahrestreffen im New Yorker *Waldorf Astoria Hotel* als Hauptredner zu sprechen. Die Begrüdnung des Diplomaten lautete, Edens Auftritt könne dazu beitragen, die anti-englische Stimmung in den Vereinigten Staaten nach München zu dämpfen. Da auch Halifax diese Reise befürwortete, überquerte Eden den Ozean mit der »Aquitania« und einer Kiste Sekt von Kennedy an Bord, und als er in New York eintraf, spielte die Kapelle das Lied »Oh, Land der Hoffnung und des Ruhmes«, das sonst auf den Parteitagen der englischen Konservativen zu erklingen pflegte. Es war ein besonderes Zeichen des Willkommens für den Anti-*Appeaser*.

Während seines einwöchigen Besuches in den USA, den er auch zu Gesprächen mit Roosevelt und Welles nutzte, wurde Eden von den liberal-demokratischen Medien gefeiert wie ein Filmstar. Er versicherte, England erwarte von den Vereinigten Staaten nicht, daß sie die Kastanien des Empires aus dem Feuer holten. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses, Senator Pittman, hielt diese Erklärung für so bedeutsam, daß sie auf seinen Vorschlag zu den Akten des US-Kongresses genommen wurde.

Am 13. Dezember 1938 war Eden bei Roosevelt im Weißen Haus, nachdem er mit Welles gesprochen hatte. Zwar versuchte der englische Ex-Außenminister in seinen Memoiren später den Eindruck zu erwecken, als habe man sich dabei bemüht, die Außenpolitik auszuklammern. Doch ist diese Behauptung schon deshalb unglaubwürdig, weil Eden im gleichen Atemzug mit der Palästina-Frage, der japanischen Gefahr und den englischen Flugzeugkäufen in den USA ein paar von den außenpolitischen Themen nannte, die der Präsident mit ihm

erörterte, ohne daß der Leser erfährt, ob das alles war. [38a] Ausdrücklich vermerkte Eden jedoch, daß über den Weltfriedensplan Roosevelts nicht mehr gesprochen wurde. Die Zeit war über ihn hinwegggegangen. [38]
Als Vorsitzender des holländisch-polnischen Schiedsausschusses, den man bei Abschluß der Locarno-Verträge eingesetzt hatte, war Eden außerdem Träger hochwichtiger Informationen, und schon im Hinblick auf das, was in den nächsten drei Monaten geschah, ist es unwahrscheinlich, daß er davon in Washington nichts erzählte. Kurz vor seiner Amerika-Reise am 10. Oktober, hatte Eden in London nämlich zwei interessante Besucher gehabt, den polnischen Botschafter in der englischen Hauptstadt, Graf Edward Raczynski, und den holländischen Gesandten, Baron van Swinderen, den Doyen des Diplomatischen Korps.
Mit Raczynski war Eden persönlich befreundet, und als er dem Polen Vorhaltungen darüber machte, daß sich sein Land an der Zerschlagung der Tschechoslowakei beteiligt habe, antwortete ihm der Graf:

»Hätten Sie und Frankreich der Tschechoslowakei beigestanden, dann hätten wir die Tschechen nicht angerührt, sondern unsere Neutralität erklärt, und schließlich, da habe ich keinen Zweifel, wären wir an Ihrer Seite in den Krieg eingetreten.«

Raczynski bat darum, der Westen möge Polen wegen seines Verhaltens in der September-Krise nicht fallenlassen. Zwar sei eine Einkreisung Deutschlands nicht länger möglich, doch könne Polen nach wie vor nützlich sein, wenn es darum gehe, Hitler in Schach zu halten.
Während diese Äußerungen in Edens Ohren noch einigermaßen hoffnungsvoll klangen, schien van Swinderen bereits vollkommen schwarz zu sehen. Für seine Begriffe hatte Deutschland nach seinem blutlosen Sieg in der Tschechoslowakei die Hegemonie über Europa von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer errungen. Das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent sei zerstört, und obwohl der Gesandte nicht gerade einen militärischen Angriff auf sein Land befürchtete, ging er davon aus, daß es künftig unter nationalsozialistischen Druck geraten werde. Die Lage Dänemarks sei noch ernster, und alles hänge jetzt davon ab, daß England in seiner Rüstungspolitik eine äußerste nationale Anstrengung mache.[39]
Eden nahm die Ausführungen Raczynskis und Swindererns so wichtig, daß er sie sofort Halifax mitteilte. Immerhin schienen die beiden Diplomaten zweierlei zu beweisen: Die kleinen, aber strategisch wichtigen Staaten Europas wie Polen hätten sich in der Tschechoslowakei-Krise anders verhalten, wenn England statt einer Verständigung die Konfrontation mit Deutschland gesucht hätte. Nach dem Sieg Hitlers drohten jedoch immer mehr dieser Staaten unter nationalsozialistischen Druck zu geraten, und sie schienen nur noch darauf zu warten, daß England endlich Front gegen Deutschland machte.
Ohne Zweifel wurde diese Lageeinschätzung auch von Roosevelt und den maßgebenden Leuten seiner Administration geteilt, die im Grunde alle

Nachbarstaaten Deutschlands als Frontstaaten betrachteten, nur daß sie dies in einem globalen Rahmen taten. Denn für das liberal-demokratische Amerika war der Nazismus via England eine Weltgefahr, die nicht nur die Sicherheit Europas, sondern auch Lateinamerikas und – im Verein mit Japan – Ostasiens bedrohte und damit auch die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika.

Diese Gefahr konnte in ganz verschiedener Form auftreten – als militärische Gefahr in Europa, als wirtschaftliche in Lateinamerika, als ideologische praktisch überall in der Welt. Überall hatte Amerika deshalb damit begonnen, aktiv und offensiv gegen diese Gefahren anzugehen, weil es unterhalb der Kriegsschwelle die einzige Möglichkeit zu sein schien, der politischen Neutralisierung immer größerer Gebiete durch Hitler und den Nationalsozialismus vorzubeugen.

Dem polnischen Außenminister Josef Beck hatte Roosevelt schon im Oktober durch seinen Botschafter in Warschau, Anthony Biddle, in freundlichem Ton ausrichten lassen, er würde es begrüßen, wenn Polen es vorzöge, seine Konflikte mit Nachbarländern auf friedliche Weise zu lösen. Der Völkerbund stand vor der Frage, ob er das Mandat für seinen Kommissar in Danzig verlängern sollte oder nicht, und während England daran interessiert war, die Tätigkeit von Professor Burckhardt zu beenden, bevor Hitler die Frage politisch hochspielte, waren Polen und die Vereinigten Staaten dafür, daß der Schweizer Völkerbundskommissar seine Tätigkeit fortsetzte. Alles andere hätte ihrer Ansicht nach Hitler, der die »Freie Stadt« Danzig heim ins Reich holen wollte, als westliche Kapitulation auffassen müssen.[40] Deshalb kam es aus amerikanischer Sicht darauf an, Polen den Rücken zu stärken. Um so entsetzter war man in Washington, daß sich die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien Ende November dem »Wiener Schiedsspruch« der Achsenmächte unterwarfen.[41]

Die Macht Deutschlands in Ostmitteleuropa schien ständig zu wachsen, aber noch mehr Abscheu rief in Amerika zweifellos die Verfolgung der Regimegegner und Juden im Dritten Reich hervor. Sie erreichte mit der sogenannten »Reichskristallnacht« einen neuen Höhepunkt von bisher nicht gekannter Brutalität. Obwohl sie damit eine erstrangige Informationsquelle direkt vor Ort verloren, berief die Roosevelt-Administration ihren Botschafter Hugh Wilson aus Berlin ab, woraufhin die Deutschen mit ihrem Botschafter Hans Dieckhoff in Washington dasselbe taten. Zwar wurde von beiden Seiten erklärt, dies geschehe nur vorübergehend zum Zweck von Konsultationen. Aber in Wahrheit wußten sie, daß sie ihre diplomatischen Beziehungen auf Dauer einfroren. Roosevelt war damit einverstanden, weil er wie sein Außenminister Hull glaubte, daß Hitler Worten ohnehin nicht mehr zugänglich sei, sondern nur noch Taten beachte.

Von überall auf der Welt schienen Amerika jetzt plötzlich Gefahren zu drohen – und überall gingen die Vereinigten Staaten an der Jahreswende 1938/39 zur Offensive über. In Tokio verhandelten Deutschland und Japan über die

Umwandlung ihres Antikominternpaktes in ein Militärbündnis. Hier wurde das State Department über US-Botschafter Joseph Grew aktiv.[42]
Auf Taten kam es auch in Lateinamerika an, wo die deutsche Handelsoffensive in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht hatte. Es lag nicht nur an den Nazis, daß der von Washington aus gesteuerte Panamerikanismus seit der Konferenz in Buenos Aires »eine Baisse« erlebte, wie sich der amerikanische Historiker Arnold A. Offner ausdrückte. Nur das kleine Nikaragua und die USA selbst hatten alle elf Verträge und Abkommen ratifiziert, die man inzwischen ausgehandelt hatte. Dagegen befürchtete eine Reihe von süd- und mittelamerikanischen Staaten, von Roosevelt und der amerikanischen Rüstungsindustrie in eine Defensiv-Allianz gegen die Achsenmächte hineingezogen und auf dem Wege dorthin wirtschaftlich noch stärker von Amerika ausgebeutet zu werden.
Zweifellos erfreute sich Hitler bei den deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika, hier und dort auch bei den Regierungen einer gewissen Beliebtheit. Viele Rohstoff- und Nahrungsmittelexporteure in Santiago, Buenos Aires und Sao Paulo zogen das deutsche Präferenzsystem mit seinen hohen Preisen und festen Abnahmequoten vor, während die amerikanischen Farmer über ihre Kongreß-Lobby die lateinamerikanischen Exporte hartnäckig diskriminierten, weil sie selbst auf ihrer Überschußproduktion sitzen zu bleiben drohten. Dahinter aber immer und überall eine »Fünfte Kolonne« der Nazis zu vermuten, wie es zum Beispiel Roosevelt und Churchill taten, war reiner Unfug, weil diese »Fünfte Kolonne« in Wirklichkeit »nicht existierte«.[43] Mit dieser Behauptung schirmten die Vereinigten Staaten lediglich die rüden Methoden ab, mit denen sie den amerikanischen Doppelkontinent gegen Deutschland in Stellung brachten.
Brasilien war in den dreißiger Jahren Deutschlands größter Lieferant für Baumwolle, Kaffee und Gummi geworden. Sein Diktator Getúlio Varga, der seit 1930 eine Schaukelpolitik zwischen den USA und dem Dritten Reich betrieben hatte, wurde im Oktober 1938 durch seinen Botschafter in Washington, den späteren Außenminister Oswalda Aranha, und den amerikanischen Dollarimperialismus dazu gebracht, sich mit Hitler zu überwerfen. Mexiko, das eine Reihe amerikanischer Ölgesellschaften verstaatlicht hatte, willigte nach zähen Verhandlungen im November 1938 in die Zahlung von Entschädigungen ein. Und Argentinien, das noch nicht einmal einen Handelsvertrag mit den USA abgeschlossen hatte, wurde von US-Außenminister Hull im Dezember 1938 unter Androhung von wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien zur Räson gebracht.
Das geschah auf der Achten Panamerikanischen Konferenz in Lima, auf der Hull eine Erklärung durchsetzte, derzufolge sich alle 21 amerikanischen Staaten für den Fall, daß eine auswärtige Macht einen von ihnen bedrohte, zu Konsultationen auf Außenministerebene bereiterklärten. Sie taten damit einen deutlichen Schritt über die Konferenz von Buenos Aires hinaus, auf der Roosevelt vor zwei Jahren den ersten Ansatz für seinen Weltfriedensplan

entwickelt hatte – die Neutralisierung des gesamten Doppelkontinents in einem Krieg gegen Deutschland und die anderen Achsenmächte, also die Voraussetzungen für eine panamerikanische »Quarantäne«. Für die Anwendung dieser Sanktion schuf Lima nun einen Mechanismus, und Hull bat alle Staaten der Erde um »universale Anerkennung«, was beweist, daß die Roosevelt-Administration nach wie vor hoffte, der »Triumph der Neuen Welt« (Hull) werde in der Alten Welt Europas und Asiens Nachahmung finden.[44]
Wichtiger war jedoch auch hier die »stählerne Seele«, die Washington dem Panamerikanismus einzog und der die Erklärung von Lima zu einem Instrument des militärischen Interventionismus machte. Brasilien, das sich an strategisch wichtiger Stelle wie eine Bastion zwischen den Nord- und Südatlantik vorschob, wurde nach der Konferenz Anfang 1939 in den Verteidigungs-Parameter der USA einbezogen. Die US-Kriegsakademie fertigte auf höheren Befehl bis März 1939 eine Eilstudie über den Einsatz amerikanischer Streitkräfte im Falle eines nationalen Notstandes an. Sie war so geheim, daß sie nicht einmal alle Offiziere im amerikanischen Generalstab kannten.
Dieser »*Pot of Gold*«-Plan sah den Einsatz von 10000 US-Soldaten in Brasilien per Luftbrücke, von weiteren 100000 Mann per Schiff sowie eine mächtige Armada von zwei Flugzeugträgern, vier Schlachtschiffen, neun Kreuzern und drei Zerstörergeschwadern vor. Es war ein eindrucksvolles Beispiel dafür, welch hohen Militarisierungsgrad die amerikanischen Strategieplanungen im Frühjahr 1939 bereits erreicht hatten. Auch die Überlegungen über den Einsatz amerikanischer Soldaten in einem Krieg gegen die Achsenmächte waren bereits weit gediehen, während der Präsident noch immer öffentlich behauptete, er wolle die USA aus jedem Krieg heraushalten.
Mit der »Hemisphären-Verteidigung«, unter die dieser Plan fiel, verfolgte die Roosevelt-Administration drei Zwecke: Erstens militärische Vorsorge für den Ernstfall

> »einer Verletzung der Monroe-Doktrin durch eine oder mehrere der faschistischen Mächte und eines gleichzeitigen Versuchs der Japaner, ihren Einfluß auf die Phillippinen auszudehnen«,

wie es in einer Anweisung des amerikanischen Generalstabs an seinen Planungsausschuß vom 12. November 1938 hieß. [45]
Es war bezeichnend, daß das Strategie-Papier, das daraufhin entstand, von Zweifeln an einer »aktiven englischen Unterstützung« ausging, solange ein militärischer Konflikt weder den englischen Welthandel noch englisches Territorium berührte. So wenig sicher waren sich die Vereinigten Staaten Englands noch im Winter 1938/39! Das Papier hielt den Verlust der Phillippinen und Guams an die Japaner nicht für lebenswichtig und betrachtete die Verteidigung dieser Inseln auch gar nicht für möglich. Das war ein klarer Beweis dafür, wie schutzlos Singapur, Britisch-Malaya und letztlich ganz *Australasia* waren und wie recht Chamberlain hatte, jeden militärischen Konflikt mit Japan zu vermeiden.
Schließlich kam das Papier zu dem überaus wichtigten Ergebnis, daß eine

gleichzeitige Verteidigung des atlantischen und pazifischen Ozeans – und erst das wäre ja die perfekte »Hemisphären-Verteidigung« – unmöglich sei. Daraus zog der Planungsausschuß den schicksalsschweren Schluß, daß die Verteidigung des Atlantiks den Vorrang haben müsse, wobei eine weitere Studie bereits im April 1939

»offensive Maßnahmen gegen Deutschland und Italien« empfahl, »um die lebenswichtige Sicherheit der Karibik und des Panamakanals zu sichern«. [46]

In dieser Studie hieß es weiter, eine »aktive Aggression« Deutschlands und Italiens auf Amerika sei nur dann zu erwarten,

»wenn die Marinestreitkräfte der Vereinigten Staaten unentwirrbar in Operationen im westlichen Pazifik verwickelt sind«.

Da sich Roosevelt aber im Frühjahr genau gegen diese Verwicklung entschied – womit er, wie besagte Studie voraussah, in einer gewissen Weise den Angriff der Japaner auf Pearl Harbor vorprogrammierte [47] – beseitigte er die Bedingung der Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Nord- oder Südamerika. Diese Tatsache entlarvte alle weiteren Warnungen des Präsidenten vor einem deutschen Angriff als reine Stimmungsmache.

Ausgehend von der Hemisphären-Verteidigung befand sich die militärische Strategieplanung der Vereinigten Staaten an der Jahreswende 1938/39 also in vollem Fluß, wobei die Gewicht vom Pazifik zum Atlantik verlagert und innerhalb dieses Wandels der Schwerpunkt von der Defensive zur Offensive verschoben wurde. So fanden im Grunde zwei strategische Revolutionen in einer statt, die aus den Vereinigten Staaten Schritt für Schritt eine atlantische und eine offensive Macht machten. Dadurch veränderte sich unterschwellig das gesamte Weltgleichgewicht.

Während Japan jetzt noch den Raum fand, seine Expansion in den Westpazifik voranzutreiben, mußten Deutschland und Italien über kurz oder lang mit der Intervention der Vereinigten Staaten in den europäisch-afrikanischen Raum rechnen. Bis dahin hatten England und Frankreich in ihrer unbequemen Drei-Fronten-Stellung auszuharren.

Natürlich stand die doppelte strategische Revolution einstweilen nur auf dem Papier, weil in dem völlig abgerüsteten Amerika »Männer auf Waffen warteten und Waffen auf Männer«. [48] Und so blieb es noch eine ganze Weile, über den Kriegsausbruch hinaus. Aber selbst in diesem papierenen Aggregatzustand war der strategische Wandel, den die Vereinigten Staaten vollzogen, eine gewaltige Demonstration ihrer Macht und die Erfüllung dessen, was Präsident Roosevelt bereits in seiner Kingston-Rede im August 1938 beschworen hatte:

»Wir in den Amerikas sind nicht länger ein weit entfernter Kontinent . . ., wir in den Amerikas sind für jedes Propagandaministerium und für jeden Generalstab in Übersee ein Faktor geworden.« [49]

Nur eine Reaktion auf München war der von den USA ausgelöste Umsturz des Weltgleichgewichts also nicht. Neben ihrer Funktion als außenpolitischer

Droh- und Druckkulisse erfüllte die »Hemisphären-Verteidigung« aber noch einen dritten, innenpolitischen Zweck. Sie sollte als Türöffner im Kongreß für die Revision des Neutralitätsgesetztes dienen. Denn sicher verstanden die Kongreßmänner und Senatoren, die Roosevelts Außenpolitik ablehnend gegenüberstanden, eine militärische Planung für den amerikanischen Doppelkontinent eher als »Verteidigung« als eine offensive Planung für den Atlantik. Erst einmal an die Bewilligung von finanziellen Mitteln für die eigene Aufrüstung gewöhnt, würden sie vielleicht eher einsehen, daß andere Länder wie England und Frankreich ebenfalls Rüstungsgüter aus Amerika benötigten, um ihre Verteidigung zu vollenden, und dann das für den Kriegsfall bestehende Waffenembargo aufheben.

Roosevelt hatte bei der Kongreßwahl im November 1938 freilich die schwerste Niederlage seiner ganzen zwölfjährigen Amtszeit erlitten. Trotzdem schien die Ausgangslage für eine Änderung oder Abschaffung des Neutralitätsgesetzes nicht ungünstig zu sein. Die Republikaner gewannen zwar in beiden Häusern des Kongresses an Sitzen hinzu, vermochten aber die dort bestehende Mehrheit der Demokraten nicht zu brechen. »Isolationisten« wie der Senator Borah, die ihre anti-englischen Ressentiments nährten, betrachteten »München« als finsteres Komplott, und sie durchschauten Roosevelts Behauptung, Hitler werde die USA überall in der Welt aus ihren Märkten vertreiben und sie dann mit Krieg überziehen, als reinen Schwindel.

Gegen Roosevelts Interventionismus gab es in beiden Häusern nach wie vor die interfraktionelle Opposition aus rechten Republikanern und südstaatlichen Demokraten, nun noch verstärkt durch linke *New Dealer*, die den innenpolitischen Reformen Vorrang gaben. Aber Roosevelt hatte sich in der September-Krise um die Tschechoslowakei außenpolitisch profiliert, dazu nach außen hin jedes Abenteurertum vermieden, die Vereinigten Staaten trotz mancherlei Anlässe nicht in fremde Kriege verwickelt, und seiner Analyse, daß die weltpolitische Lage immer gefährlicher werde und daß Amerika sich dieser Entwicklung auf die Dauer nicht entziehen könne, ließ sich in Anbetracht dessen, was sich die Nazis in Österreich, in der Tschechoslowakei und während der »Reichskristallnacht« geleistet hatten, kaum noch widersprechen.

Der polnische Botschafter in Washington, Graf Potocki, faßte die Stimmung, die in den Vereinigten Staaten an der Jahreswende 1938/39 herrschte, so zusammen:

»(Sie) zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler und überhaupt alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehören fast zu hundert Prozent das Radio, der Film, die Presse und die Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird, Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt – man nutzt vor allem die religiösen Verfolgungen und die Konzentrationslager –, wirkte sie aber doch so gründlich, da das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung von der Lage in Europa hat . . . Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem

amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch am seidenen Faden hänge, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volk unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losung von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.« [50]

Potockis Schilderung war zwar nicht frei von einem subtilen Antisemitismus. Aber sie traf im großen und ganzen zu, und trotzdem war es für das politische Bewußtsein der meisten Amerikaner zweierlei, Hitler für die größte Weltgefahr zu halten oder sich geradewegs in einen Krieg zu stürzen, für den man das Neutralitätsgesetz ändern mußte. Denn Krieg zu anderen als zu reinen Verteidigungszwecken galt in den Augen vieler Amerikaner als etwas Beschämendes, Barbarisches und letztlich Unamerikanisches. Dennoch hatte die Roosevelt-Administration im November 1938 mit Vorgesprächen über eine Revision des Neutralitätsgesetzes begonnen, die vor dem Hintergrund des Spanischen Bürgerkriegs stattfanden, und Außenminister Hull nahm Roosevelts Gegenkandidaten bei der letzten Präsidentschaftswahl, Alfred Landon, im Dezember mit nach Lima, um bei den Republikanern gut Wetter zu machen.

Es bestand sogar die Chance, die rechten Republikaner und südstaatlichen Demokraten über eine Frage von überragender Bedeutung unmittelbar in Roosevelts Kriegsvorbereitungspolitik hineinzuziehen, und das war die Frage der strategischen Rohstoffe. Nach einer Aufstellung des englischen Geheimdienstes [51] waren die Vereinigten Staaten 1938/39 in folgenden Prozentsätzen von fremden Ländern abhängig: bei Zinn zu 100% von Britisch-Malaya, Niederländisch-Ostindien und China; bei Nickel zu 98% von Kanada; bei Gummi zu 95% von Britisch-Malaya und Niederländisch-Ostindien; bei Mangan zu über 90% von Rußland, Goldküste und Kuba; bei Chrom zu über 90% von Südafrika, Kuba, Neukaledonien und den Phillippinen. Die Liste ließe sich noch erheblich verlängern, wobei die meisten Rohstoffgebiete in Lateinamerika und Ostasien lagen. Aber ohne Zinn, Gummi, Nickel, Mangan und Chrom keine modernen Waffen und Fahrzeuge und ohne moderne Waffen und Fahrzeuge kein siegreicher Krieg.

Hier mußte also etwas geschehen, wenn man die amerikanischen Kriegsvorbereitungen nicht auf Sand bauen wollte. Außenminister Hull hatte den Präsidenten schon am 21. Oktober 1938 in einem Brief gewarnt, das Problem werde immer dringender. Die Tschechoslowakei-Krise habe gezeigt, daß gewisse Länder in so einer Lage sofort den Export von strategischen Rohstoffen verbieten würden. Daher seien das Außen-, das Kriegs- und das Marineministerium dafür,

»eine nationale Politik in bezug auf dieses Problem einzuleiten und frühe und wirksame Beschlüsse des Kongresses herbeizuführen.« [52]

Unter »nationaler Politik« verstand Hull eine Politik, die von Republikanern und Demokraten gemeinsam getragen wurde. Es war ungefähr das, was in den Kreisen des englischen Anti-*Appeasement* unter dem Stichwort »*United Front*« kursierte. Eine Große Koalition des nationalen Notstandes, die im Kongreß

die riesigen Mittel für die Anlegung einer strategischen Rohstoffreserve zu bewilligen hatte, würde zustande kommen, wenn es der Roosevelt-Administration gelang, den Kauf von hunderttausenden Tonnen von Chrom, Gummi, Mangan, Nickel und Zinn in ein gigantisches Tauschgeschäft zu verwandeln, bei dem die Rohstoffländer gezwungen wurden, die überschüssigen Mengen an amerikanischem Weizen und an amerikanischer Baumwolle abzunehmen. Unter diesen Umständen, die herbeizuführen Hulls Absicht war, bestand eine gewisse Aussicht, daß selbst die rechte republikanische Geschäftswelt und die rückständigen Südstaaten-Demokraten zum erstenmal für einen Teil von Roosevelts Außenpolitik stimmten, der unmittelbar im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung stand.

So unbefriedigend die Rohstofflage Amerikas im Hinblick auf spezielle Produkte auch war, so unbefriedigend war sie für England jedoch im allgemeinen. Während sich die Vereinigten Staaten im Kriegsfall darauf verlassen mußten, daß sie beispielsweise ihren Bedarf an Zinn und Gummi ungestört in Niederländisch-Ostindien decken konnten, war England gänzlich außerstande, überhaupt nur an einen größeren Krieg zu denken, solange es nicht das Versprechen Amerikas hatte, mit allen seinen Rohstoffen und seinen Ressourcen zur Verfügung zu stehen. Dieses Versprechen hatte Chamberlain bisher gefehlt. Jetzt aber, da sich in den Vereinigten Staaten mit einer »nationalen Politik« in der Rohstoff-Frage die Chancen für eine Revision des Neutralitätsgesetzes zu verbessern schienen, wurde das Versprechen von Roosevelt abgegeben.

Am 14. Dezember 1938 erhielt der englische Premierminister Besuch von einem alten Freund des amerikanischen Präsidenten.[53] Oberst Edward Murray kannte Roosevelt seit dem Ersten Weltkrieg, als der schottische Aristokrat und spätere Lord Elibank als Stellvertretender Militärattaché Englands in Washington diente. Als Sachwalter Englands nahm der Liberale im Oktober 1938 an den Gesprächen teil, die Roosevelt mit Jean Monnet und Bullitt in Hyde Park über die amerikanischen Flugzeuglieferungen führte. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Präsident, England werde

»im Falle eines Krieges gegen die Diktaturen die industriellen Ressourcen der amerikanischen Nation hinter sich haben«.

Jetzt fand sich Murray persönlich in Downing Street Nr. 10 ein, um Chamberlain das Beistandsversprechen des amerikanischen Präsidenten zu überbringen. Es war ein Akt von großem Gewicht und besonderer Delikatesse, weil die USA damit faktisch und geheim ihre Neutralität aufgaben, ohne das Neutralitätsgesetz auf den dafür vorgeschriebenen Wegen revidiert zu haben. Zwar blieb gerade deshalb ein Rest von Zweifel, ob es dem Präsidenten im Ernstfall tatsächlich gelingen würde, das Embargo für Munition, Waffen und Rüstungsgüter beiseitezuschieben. Aber der Premierminister fand die vertrauliche Gesprächsnotiz doch so wichtig, daß er an ihren Rand mit Tinte schrieb:

»Sorgfältig aufheben. Bemerke die Formel auf Seite 2, die benutzt werden könnte.«

Die »Formel auf Seite 2« war eine Sprachregelung, die Roosevelt und Murray

in Hyde Park entwickelt hatten. Schließlich mußten sie für den Fall eines Krieges mit heftigen Auseinandersetzungen in der amerikanischen und englischen Öffentlichkeit rechnen, die einen Kriegseintritt der beiden angelsächsischen Seemächte noch nie widerspruchslos hingenommen hatte. In diesen Debatten würde eine solche Formel, besonders wenn sie diesseits und jenseits des Atlantiks gleich lautete, sehr nützlich sein. Sie klang unverfänglich genug:

»Im Kriegsfall könnte sich Großbritannien darauf verlassen, daß es von den Demokratien der Welt Rohstoffe erhält.«

Chamberlain wurde von Roosevelt ermächtigt, diese Formel in der Öffentlichkeit zu gebrauchen.
»Rohstoffe« waren zwar etwas ganz anderes als »industrielle Ressourcen«, während man unter »Demokratien der Welt« nicht unbedingt die Vereinigten Staaten zu verstehen brauchte. Aber offenbar sah Roosevelt an der Jahreswende 1938/39 keinen anderen Weg mehr, um England auf den Kriegspfad zu bringen, als dieses massive Täuschungsmanöver. Dabei hatte das politische Bewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit nach seiner Einschätzung bereits deutliche Fortschritte gemacht. Früher hätten nur zehn Prozent der Amerikaner geglaubt,

»daß, sollte es einer deutsch-italienisch-japanischen Allianz gelingen, eine beherrschende Position zu erlangen, ihr nächster Schritt Südamerika sein werde.«

Heute seien es dagegen schon 40 Prozent. Unter bestimmten Umständen wäre Amerika sogar bereit, das englische Empire zu verteidigen.
Mit diesen Worten versuchte der Internationalist Roosevelt, dem Neo-Imperialisten Chamberlain eine goldene Brücke zu bauen, über die sie gemeinsam in den Krieg ziehen könnten. Trotz seines Eifers mußte sich der Präsident freilich den Einwand eingestehen, den der Premier in diesem Zusammenhang zu machen pflegte:

»Eine von seinen (Chamberlains – D. B.) Schwierigkeiten besteht natürlich darin, daß die Vereinigten Staaten die letzte der Demokratien wären, die ein Krieg wirklich treffen würde.«

Dennoch war jetzt der Punkt erreicht, an dem es hieß: Hic Rhodus, hic salta. Chamberlain mußte über seinen Schatten springen.

---

Anmerkungen

1 Bullitt, President, S. 276.

2 Ob Bullitt seinerseits die Manipulation durchschaute, muß offenbleiben. – Einen Tag vor München, am 28. 9. 38, meldete er Roosevelt folgende Zahlen über die Stärkeverhältnisse in der »1. Linie«, d. h. ohne Reserven und zu erwartende Produktionszuwächse: Frankreich 600, Deutschland 6500, Italien 2000 Bomber und Jäger. Angaben über die RAF, deren Kampfstärke zu Recht sehr hoch eingeschätzt wurde, waren in dieser Aufstellung bezeichnenderweise nicht enthalten. – Bullitt, President, S. 297 – M. Postan, War Produc-

tion, S. 56, der sich auf Angaben des Strategischen Bomberkommandos der USA stützte, stellte nach dem Krieg fest, England sei in der 1. Linie um 60 Prozent schwächer gewesen als Deutschland, wobei der monatliche Ausstoß der englischen Flugzeugindustrie bis 1939 nur wenig *unter*, danach deutlich *über* dem deutschen gelegen habe. – Nach einem strategischen Memorandum Englands vom 14. 3. 39 sahen die tatsächlichen Stärkeverhältnisse jedoch ganz anders aus: Frankreich 802, England 984, Deutschland 2900 und Italien 894 Bomber und Jäger (ohne die in Übersee stationierten Maschinen Englands, Frankreichs und Italiens). PRO FO 371/22 969 C 5263: »Anglo-French Staff Conversations 1939« 14. 3. 39 AFC (39) 1, Geheime Verschlußsache – Danach war der englischen Führung spätestens im Frühjahr 1939 bekannt, daß England und Frankreich zusammen Deutschland allein gegenüber nur im Verhältnis von 2:3, der Achse Berlin–Rom gegenüber im Verhältnis von 1:2 in der 1. Linie unterlegen waren. Dagegen hätte Deutschland nach Bullitts Angaben bereits 1938 eine Überlegenheit von 10:1 über Frankreich (ohne die starke RAF Englands!) gehabt. Da dies eine Einschätzung war, die sich in einem eklatanten Widerspruch zu den Realitäten befand, ist anzunehmen, daß diese Zahlen in die Welt gesetzt wurden, um in Washington eine alarmistische Stimmung zu erzielen und die Bereitschaft zu größeren Flugzeuglieferungen zu wecken.

3 Lash, Roosevelt, S. 29
4 ebda.
5 Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers. München/Wien 1978, S. 153 – Dort auch die folgenden Zitate.
6 So Monnets Version, die wohl auf einer Vergröberung der tatsächlich gemachten Aussage beruhte. Monnet, Erinnerungen, S. 158 – Die englische Botschaft brachte in Erfahrung, Roosevelt habe gesagt, »Frankreich bilde die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten.« PRO FO 371/22 829 A 1324: Mallet 3. 2. 39 FO – Da die US-Presse die Äußerung des Präsidenten aber in Monnets Sinne verstand, wird hier dessen Version wiedergegeben.
7 PRO FO 371/22 813 A 1321: Godfrey Haggard/GB-GenKons New York 2. 2. 39 Mallett.
8 Monnet, Erinnerungen, S. 159.
9 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 48.
10 Ickes, Diaries, Vol. II, S. 474: So eine Metapher, die Roosevelt am 17. 9. 38 benutzte.
11 ebda.
12 PRO PREM 1/236: Bericht der Kommission, 2. 6. 38.
13 PRO CAB 23/93: Kabinettssitzung, 12. 3. 38.
14 Harvey, Diaries, S. 202.
15 Feiling, Life, S. 377.
15a Kenneth Young, Sir Alec Douglas Houme. London 1970, S. 53f. Als Parlamentarischer Staatssekretär hatte Alexander Douglas Houme den Premierminister nach München begleitet.
16 ebda., S. 382.
17 Bruce Lockhart, Friends, Foes, and Foreigners. London 1956. S. 196.
18 Gilbert, Churchill, S. 992.
19 PRO PREM 1/261: Memorandum Ashton-Gwatkin, 14. 3. 38.
20 PRO PREM 1/291: Chamberlain 11. 10. 38 Mackenzie King – Als Begründung für seine Absage an den kanadischen Ministerpräsidenten, der ihn ebenfalls zu der Reise gedrängt hatte, schrieb Chamberlain, er müsse am 23. 11. 38, sechs Tage nach Unterzeichnung des Handelsvertrages, nach Paris zu einem englisch-französischen Ministertreffen.
21 PRO FO 371/22 827 A 1143: Mallet 26. 1. 39 FO.
22 Dilks, Cadogan, S. 119f.
23 ebda., S. 124.
24 ebda., S. 125.
25 Arthur Young, The X-Documents. London 1974.
26 ebda., S. 117.
27 ebda., S. 55 und S. 75.

28 ebda., S. 113ff.
29 ebda., S. 121.
30 ebda., S. 131ff. – Dort alle folgenden Zitate.
31 Harvey, Diaries, S. 220.
32 Young, X-Documents, S. 154–156.
33 Harvey, Diaries, S. 227.
34 Dilks, Cadogan, S. 128 – Dort auch das folgende Zitat.
35 Harvey, Diaries, S. 222.
36 ebda.
37 Young, X-Documents, S. 148ff.
38 Eden, Memoirs, Vol. II, S. 41.
39 ebda., S. 35f.
40 Philip Cannistraro et al. (Ed.), Poland and the Coming of the Second World War. The Diplomatic Papers of A. J. Drexel Biddle, Jr., United States Ambassador to Poland 1937–1939, Columbus/Ohio 1974, S. 282ff.: Biddle 23. 12. 38 Washington – Leider vermerken die Herausgeber nicht, an wen in Washington der US-Botschafter seine Telegramme im einzelnen richtete. Die wichtigsten wird Roosevelt gelesen haben, zumal Biddle zu seinen persönlichen Freunden gehörte.
41 Der Wiener Schiedsspruch vom 29. Oktober 1939 – praktisch ein Machtspruch Deutschlands und Italiens – regelte die ungarischen Ansprüche an die Tschechoslowakei und bewies damit, daß die Achsenmächte Südosteuropa unter sich aufteilten.
42 Vgl. dazu Theo Sommer, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935 bis 1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt. Eine Studie über die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Tübingen 1962, S. 152ff.
43 Stanley Hilton, Hitlers Secret War in South America 1939–45. Germanys Espionage and Allied Counterspionage in Brasil. o. O. 1981.
44 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 611.
45 Unter dem Begriff des US-Generalstabes, den wir der Einfachheit halber benutzen, ist der »Joint Army and Navy Board«, kurz auch »Joint Board«, zu verstehen. Es handelte sich um das höchste Koordinierungsorgan der amerikanischen Streitkräfte, das 1942 – unter Einbeziehung eines eigenständigen Luftwaffenstabes – in »Joint Chiefs of Staff« (»Vereinigte Stabschefs«) umbenannt wurde, eine Bezeichnung, die noch heute gilt.
46 Watson, Chiefs, S. 198.
47 Vgl. dazu aus der Fülle der Literatur die minuziöse Neuerscheinung von Cordon W. Prange, At Dawn we slept. The untold Story of Pearl Harbor. London 1982 – Prange verneint die oft vertretene These, Roosevelt habe von dem bevorstehenden Angriff der Japaner auf die amerikanische Pazifik-Flotte schon vorher gewußt und ihn geschehen lassen, um endlich einen Grund für den amerikanischen Kriegseintritt zu haben. Wie im europäischen Konflikt legte der Präsident aber Wert darauf, daß die Achsenmacht Japan eindeutig als Aggressor in Erscheinung trat, d. h. also den ersten Schuß abgab. Nachdem die Vereinigten Staaten den Japanern den Ölhahn abgedreht hatten, konnte der Präsident aber – wie nach der Polen-Garantie im Falle Deutschlands – davon ausgehen, daß Japan bald zum Angriff übergehen würde. Insofern gibt es eine gewisse Parallele zwischen Pearl Harbor und Polen.
48 Watson, Chiefs, S. 11.
49 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 588.
50 Auswärtiges Amt (Hg.), Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge. Berlin 1940, S. 16: Potocki 12. 1. 39 Beck.
51 PRO FO 371/22 813 A 2419: Bericht des Industriellen Geheimdienstes vom 22. 3. 39.
52 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 625.
53 PRO PREM 1/367: Gesprächsnotiz Roosevelt-Murray, undatiert, vertraulich.

# Teil V

# Holland und Polen

# 1.
# Falscher Alarm

Nach fünf Jahren Dienst an der englischen Botschaft in Berlin erhielt deren Erster Sekretär, Sir Ivone Kirkpatrick, im November 1938 Weisung, in die englische Hauptstadt zurückzukehren. Der zierliche Mann mit der auffallend langen Nase und dem melancholischen Blick sollte im Foreign Office die Stellvertretung von William Strang übernehmen, dem Leiter der wichtigen Mitteleuropa-Abteilung, und sich bevorzugt um die englische Deutschlandpolitik kümmern. Wie es sich gehörte, machte der 41jährige Berufsdiplomat eine Reihe von Abschiedsbesuchen in den politischen Salons der Reichshauptstadt. Am 10. Dezember war er auch bei der Witwe des früheren deutschen Kolonialministers, Frau von Solf, zu Gast, die dem deutschen Widerstand angehörte.
Am nächsten Tag saß Kirkpatrick wieder in seinem Büro an der Berliner Wilhelmstraße, als ihm eine handschriftliche Notiz hereingereicht wurde. Sie stammte von einem Mann, den er am Vorabend kennengelernt hatte, einem ehemaligen Außenminister des Deutschen Reiches, der den Engländer in einer wichtigen Angelegenheit dringend zu sprechen wünschte.
Wie ihm geheißen, begab sich Kirkpatrick sofort zu der angegebenen Adresse, nachdem er seinen Wagen ein paar Straßen vorher abgestellt hatte, um seine Spur zu verwischen. In der Privatwohnung des Ex-Ministers wurde der Engländer mit allen Anzeichen strengster Geheimhaltung empfangen. Das Telefon war abgestellt, die Dienstboten hatten Ausgang bekommen, selbst die Dame des Hauses hielt sich fern.
Bevor der Deutsche zu reden begann, nahm er seinem Besucher das Versprechen ab, nichts von dem, was er sogleich erfahren werde, nach London zu telegrafieren und auch niemandem gegenüber den Namen seines Informanten preiszugeben. Kirkpatrick, der bei dieser Gelegenheit erfuhr, daß die Nazis den Code der englischen Botschaft geknackt hatten, gab die gewünschte Versicherung. Was er anschließend hörte, ließ ihm eine Gänsehaut über den Rücken laufen. Hitler, so berichtete der Deutsche unter Berufung auf angeblich erstklassige Informationen aus dem Reichskriegs- und aus dem Reichsluftwaffenministerium, habe die Vorbereitung eines überraschenden Luftangriffs auf London befohlen. Der Plan solle binnen der nächsten drei Wochen abgeschlossen sein, also genau nach Ablauf des Jahres 1938. Das Bombardement werde aus heiterem Himmel über die im tiefsten Frieden liegende Millionenstadt hereinbrechen und verheerende Folgen anrichten.
Natürlich, so fuhr der ehemalige Minister fort, dürften die Engländer aus dieser

Mitteilung nicht schließen, daß Hitler bereits unwiderruflich beschlossen habe, London zu bombardieren. Aber er wünsche in der Lage zu sein, es zu tun, wann immer er es wolle. Warum er das alles Kirkpatrick erzähle? Nun, er und seine Freunde seien entsetzt über Hitlers barbarischen Plan, mehr noch, sie glaubten nicht, daß ein solcher Luftangriff England entscheidend treffen werde. Er würde lediglich den Namen Deutschlands für Jahrhunderte verdunkeln und die ganze Welt gegen das Reich aufbringen, also einen neuen Weltkrieg bedeuten. Deshalb sollten die Engländer selbst diesen Plan vereiteln, indem sie in ihrer Hauptstadt einige sichtbare und elementare Vorkehrungen für die Luftabwehr trafen. Dann werde Hitler das Ganze wieder abblasen, da er ja daran erkennen könne, daß ihm ein Überraschungsschlag nicht mehr gelingen würde.

Pflichtschuldig überzeugte sich Kirkpatrick von der Verläßlichkeit seines Informanten. Der Deutsche gab an, er stehe in enger Verbindung mit dem früheren Generalstabschef Ludwig Beck, der im August 1938 aus Protest gegen Hitlers Politik in der Tschechoslowakei-Krise zurückgetreten war, und einigen anderen Mitgliedern der Militär-Opposition. Er würde auch einige Tage, bevor Hitler über die Verwirklichung seines Planes entschied, davon informiert werden. In diesem Fall, so versprach Sir Kirkpatricks Gesprächspartner, werde er eine unauffällige Warnung nach London senden. Dabei griff er nach dem Katalog einer Buchhandlung, der zufällig vor ihm auf dem Tisch lag, und versprach, ihn an Kirkpatricks Club zu senden, wenn es so weit sei. Freilich, so versicherte der Deutsche zum Schluß, sollte die deutsche Botschaft aus der englischen Hauptstadt in nächster Zeit an das Auswärtige Amt in Berlin berichten, die in London getroffenen Luftabwehrmaßnahmen deuteten darauf hin, daß die Engländer auf der Hut seien, werde der Luftangriff niemals stattfinden. [1]

Am 15. Dezember verließ Kirkpatrick Berlin und reiste nach London zurück, wo er sich sofort in das Foreign Office begab, um seine schockierenden Informationen abzuladen. [2] Sie schienen seine Überzeugung zu bestätigen, die er sich bereits zu Beginn seiner Berliner Zeit zurechtgelegt hatte, daß nämlich der Nazismus nichts weiter als Krieg bedeute und daß man Hitler rechtzeitig etwas aufs Haupt geben müsse, um das Schlimmste zu verhindern. Diese Überzeugung teilten andere Angehörige des englischen Außenministeriums, und soweit die Mitglieder der englischen Regierung und der Premierminister selbst anderer Meinung waren, wurden sie von Kirkpatricks Erzählungen überzeugt oder von den folgenden Ereignissen überollt. Das war im Einzelfall schwer zu unterscheiden.

Vielleicht wäre unter normalen Umständen alles anders gekommen. Aber die Umstände waren nicht normal. Das Foreign Office fühlte sich durch das Verhalten Chamberlains in der Tschechoslowakei-Krise brüskiert, das Wettrüsten war in vollem Gange, England drohte in Amerika jeglichen Kredit zu verlieren, und Frankreich stand auf des Messers Schneide. Der englische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, ein glühender Verfechter der *Appeasement*-Politik, mußte sich gerade in der kritischen Zeit, als die Weichen

für den Weltkrieg gestellt wurden, einer schweren Krebsoperation unterziehen. Er hielt sich vom 11. November 1938 bis zum 13. Februar 1939 in England auf, so daß er die umlaufenden Gerüchte über Hitlers angebliche Angriffsabsichten nicht verifizieren konnte.

Überhaupt schöpfte das Foreign Office in diesem Schicksalswinter überwiegend aus zweifelhaften Quellen. Nachrichten wie die Kirkpatrick-Story, die über Leben und Tod von Millionen von Menschen entscheiden konnten, wurden nicht oder zu spät überprüft. Auf etwas anderes war der altmodische Amtsbetrieb noch gar nicht eingerichtet. Erst nach dem deutschen Einmarsch in Prag gab es ein »Lageberichts-Zentrum«, das ständig von einem Beamten des Außenministeriums und drei Geheimdienstleuten besetzt war.

Den deutschen Botschafter in London, Herbert von Dirksen, durchaus kein unterwürfiger Hitler-Anbeter, empfing Außenminister Halifax in der Zeit vom Oktober 1938 bis März 1939 nur ein einziges Mal (abgesehen von einer Gelegenheit Anfang Januar 1939, als Dirksen den Minister aufsuchte, um dagegen zu protestieren, daß der *News Chronicle* Hitler, Göring und Goebbels als »nachweisbar geistesgestört« bezeichnet hatte). Dagegen verließ sich sein Amt selbst in Augenblicken, in denen die Existenz Englands auf dem Spiel zu stehen schien, auf Informationen aus zweiter und dritter Hand, überwiegend aus Kreisen des deutschen Widerstandes. Vansittart, den schon Eden wegen augenscheinlicher Urteilsschwächen aus dem Amt hatte entfernen wollen, verschaffte sich zunehmenden Einfluß auf Halifax, und nachdem Goerdeler in seinen »X-Dokumenten« die Gefahr eines deutschen Angriffs auf Holland und die Schweiz an die Wand gemalt hatte, die angeblich der Erpressung Englands dienen sollten, schienen Nachrichten wie Kirkpatricks »Blitzschlags«-Geschichte irgendwie ins Bild zu passen.

Auffallenderweise hatte auch Roosevelt bereits Anfang 1937 von einem angeblich zu befürchtenden »Knock-out-blow« der deutschen Luftwaffe gegen London gesprochen.

Jedenfalls lösten Kirckpatricks Erzählungen eine ganze Kette von Ereignissen aus, an deren Ende das Dritte Reich tatsächlich eingekreist war, nachdem England und Frankreich unter kräftiger Nachhilfe der Roosevelt-Administration und des Präsidenten persönlich erst Holland und die Schweiz, dann auch Polen garantiert hatten.

Was an diesen Ereignissen auf moralischer Überzeugung, entschuldbaren Irrtümern, bewußter Irreführung beruhte, ließ sich bei den handelnden Politikern in London, Paris, Warschau oder Washington nicht in jedem Einzelfall genau sagen. Wahrscheinlich kam in den meisten Fällen das eine und andere zusammen. Fatal waren nur die Folgen: Hätte die Einkreisung Deutschlands zu einer wirksamen Abschreckung Hitlers oder nur zu einem ganz kleinen Krieg und zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes geführt, wie es die Initiatoren wollten, wären sicher viele Personen bereit gewesen, sich zu ihren Taten zu bekennen. Denn der Erfolg hat bekanntlich viele Väter.

So aber, da die Operation mit einem eklatanten Fehlschlag endete – nämlich

mit einem blutigen Weltkrieg von entsetzlichen Ausmaßen, der die politische und moralische Erdkarte bis zur Unkenntlichkeit umpflügte – wollte es später niemand mehr gewesen sein, der den Stein ins Rollen brachte. Denn der Mißerfolg ist ein Waisenkind. Fest steht nur, daß

- bestimmte politische Kreise, denen Juden und Marxisten ebenso angehörten wie Amerikaner, Deutsche, Engländer, Franzosen und Polen, im Winter 1938/39 mit Erfolg versuchten, Hitler im Westen seines Reiches mit einer überlegenen Mächtekombination zu konfrontieren, in die im Osten von Anfang an auch Polen einbezogen werden sollte;
- dieses Vorhaben mit dem bedingten Vorsatz betrieben wurde, Deutschland dann von Westen her mit Krieg zu überziehen, wenn es seinen »Lebensraum« im Osten mit militärischen Mitteln erobern sollte, wobei die Hauptbedingung darin bestand, daß England, Frankreich und Polen bis dahin kriegsbereit waren;
- die Gesamtoperation ohne die aktive Mitwirkung der Roosevelt-Administration und des Präsidenten persönlich nicht gelungen wäre, wobei der ideologische Anpassungsdruck, den die liberal-demokratischen Internationalisten auf England und Frankreich ausübten, den ausschlaggebenden Faktor darstellte.

Roosevelt befand sich an der Jahreswende 1938/39 politisch in einer überaus komplizierten Situation. Im Zeichen einer galoppierenden Wirtschaftskrise hatte er die Kongreßwahlen im November 1938 verloren. Zwar blieb die demokratische Mehrheit in beiden Häusern erhalten. Aber die Stellung des Präsidenten war innerhalb der Demokratischen Partei geschwächt, seit er im Herbst 1938 vergeblich versucht hatte, die Partei von seinen politischen Gegnern zu säubern. So bestand die interfraktionelle Koalition aus Südstaaten-Demokraten und konservativ-protektionistischen Republikanern weiter, die in Senat und Repräsentantenhaus eine Revision des Neutralitätsgesetzes blokkierte.

Zum ersten Mal in seiner zwölfjährigen Präsidentschaft spielte Roosevelt im Winter 1938/39 mit dem Gedanken, nicht wieder für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Die Wahl von 1940 warf ihre Schatten voraus, und in Anbetracht der innerparteilichen Stärkeverhältnisse mußte damit gerechnet werden, daß sich die Demokraten auf ihrem nächsten Konvent für einen konservativen Kandidaten entscheiden würden. In diesem Zusammenhang wurden unter der Hand Außenminister Hull und Botschafter Kennedy genannt, die als Exponenten einer »Friedens-Plattform« taugten.

Die Spekulationen um die politische Zukunft Roosevelts wurden erst im Frühjahr 1939 beendet, als auch die konservativen Demokraten angesichts der außenpolitischen Entwicklung einsahen, daß sie keinen besseren Kandidaten als den amtierenden Präsidenten hatten. Da Roosevelt selbst maßgeblich daran mitwirkte, daß sich die Lage in Europa zunehmend verschärfte, muß man annehmen, daß ihn dabei auch innenpolitische Motive leiteten. Andererseits legten ihm die innenpolitischen Rücksichten gewisse Fesseln an, so daß die

amerikanische Außenpolitik – jedenfalls soweit sie für die Öffentlichkeit sichtbar wurde – meistens der klaren Konturen entbehrte.
Seit der Reichskristallnacht wurde Roosevelt von der jüdischen Lobby bedrängt, die Konfrontation mit dem Dritten Reich über das Einfrieren der diplomatischen Beziehungen hinaus zu verschärfen. Dieser Druck wurde naturgemäß besonders über die jüdischen Mitglieder der Administration wie Morgenthau und Messersmith ausgeübt, aber auch auf das allgemeine Meinungsklima innerhalb und außerhalb der Administration. Politische Beobachter hatten den Eindruck, »daß die Juden Amerika in den Krieg trieben«. [3]
Der Finanzminister stand

»unter starkem Druck seiner Glaubensbrüder und anderer, die Macht, die ihm zur Verfügung steht, zu nutzen, um die Ziele der totalitären Staaten zu durchkreuzen, insbesondere diejenigen Deutschlands«.

Der Streit über die Zulässigkeit einer Außenwirtschaftspolitik, die sich nach anderen als fiskalischen Kriterien richtete, war im Schatzamt so hart, daß Unterstaatssekretär Wayne Taylor aus Protest gegen Morgenthaus Praktiken schließlich zurücktrat. [3a]
Auf der anderen Seite standen die Senatoren der Baumwollstaaten, die ihre Überproduktion im großen Stil an die Achsenmächte verkaufen wollten, die sogenannte »Hoover-Gruppe« mit den Senatoren Robert Taft und Arthur Vandenberg an der Spitze, und große Teile der multinationalen Industrie, die aus verschiedenen Gründen gegen Roosevelts Kriegsvorbereitungspolitik auftraten. In einem Brief, den die *New York Times* am 24. Januar 1939 veröffentlichte, wurde der Präsident zwar von dem früheren US-Kriegsminister Henry Stimson aufgefordert, einen »dynamischen Schritt« zur Revision des Neutralitätsgesetzes zu tun – dann würden England und Frankreich der Führung durch die Vereinigten Staaten folgen. Aber obwohl das eine bedeutsame Annäherung gewisser republikanischer Kreise an die Roosevelt-Administration bedeutete, hatte der Außenpolitische Ausschuß des Senats seine Beratungen über die Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos bereits fünf Tage vorher abgebrochen.
Der Grund dafür lag in dem bevorstehenden Ende des Spanischen Bürgerkrieges durch den Sieg Francos über die Republikaner. Die antifaschistische Friedensbewegung Amerikas überschüttete das Kapitol und das Weiße Haus mit tausenden von Briefen, Telegrammen und Resolutionen, die Millionen von Unterschriften trugen. Sie forderten die Roosevelt-Administration auf, die Neutralität zugunsten der Republikaner aufzuheben. Da diese Lawine im Kongreß sofort eine entsprechende Gegenbewegung auslöste, brach die Debatte über das Neutralitätsgesetz gleich im Ansatz zusammen.
Der bevorstehende Sieg Francos steigerte die amerikanische Horror-Vision eines faschistisch beherrschten Europa vom Ural bis nach Gibraltar, das die atlantische Küste, die englisch-französische Herrschaft über das Mittelmeer und – falls Deutschland/Italien dazu kamen, Japan die Hand zu reichen – die

Sowjetunion gefährdete. Damit stand anscheinend die Existenz Amerikas auf dem Spiel. Diese Befürchtung lenkte die Energien des liberal-demokratischen Internationalismus mit vermehrter Heftigkeit gegen die beiden Politiker, die dieses Ergebnis nach dem Urteil des überwiegenden Teils der veröffentlichten Meinung hauptsächlich verschuldet hatten, Hitler und Chamberlain.
Die Stimmung in den Vereinigten Staaten war gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland und seinem Führer in diesem Winter so gespannt,

»daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917«. [4]

Aber auch Chamberlain war in Amerika zur persona non gratissima geworden. Es gehörte in den Medien zum guten Ton, die europäische Gipfelkonferenz, die 1938 den Frieden gerettet hatte, »als schmachvolle Kapitulation von München« zu bezeichnen, und die meisten Beobachter hielten die englischen Kriegsvorbereitungen, vor allem die Luftabwehr, für »ziemlich schwach und halbherzig«. Die Zeitungen und der Rundfunk wurden beherrscht von den Predigern der Anti-Chamberlain-Richtung, die den Eindruck verstärkten,

»daß England und seine Regierung untätig sind und wenig Sympathien verdienen, wenn die Zeit (des Krieges – D. B.) gekommen sein sollte«. [5]

An der Ostküste zirkulierte im Januar 1939 das Gerücht, Premierminister Chamberlain werde den April politisch nicht mehr überleben.
In der Roosevelt-Administration herrschte Einigkeit darüber, daß der Krieg spätestens im April 1939 ausbrechen werde. Dafür wurde der Mangel an Abschreckungsmacht auf seiten der westeuropäischen Demokratien verantwortlich gemacht. Denn Deutschland, so kabelte der amerikanische Botschafter Anthony Biddle aus Warschau, schicke sich an, »die beherrschende Macht diesseits des Atlantiks« zu werden. Als Schlußstein für die deutsche Hegemonialstellung über Europa wurde ein »ukrainischer Vasallenstaat« betrachtet, mit dessen Etablierung Hitler die Integrität Polens und der Sowjetunion verletzen würde. [6]
Zwar wußte Roosevelt durch Goerdeler, den ehemaligen Reichskanzler Brüning und andere deutsche Emigranten über die Krise des Dritten Reiches längst Bescheid. Der Völkerbundskommissar in Danzig, Burckhardt, berichtete von »Hund-frißt-Hund«-Konflikten in den oberen Rängen der Naziführung, und obwohl Biddle einen »*frühen* Sturz des Naziregimes« (Hervorhebung Biddle) für »unwahrscheinlich« hielt, hatte Goerdeler schon in der ersten Botschaft an seine Freunde in Washington einen kurzen Krieg, so schrecklich er auch immer sei, für »die billigste Lösung« gehalten. [7]
Auf Washington wirkte Hitler so unberechenbar wie ein angeschlagener Boxer. So tauchten in der amerikanischen Hauptstadt um die Weihnachtszeit 1938 plötzlich Gerüchte auf, die von einer Kriegsgefahr nicht im Osten, sondern im Westen Europas sprachen. Brüning hörte etwas von einer deutschen Teilmobilmachung gegen Holland. Im FOCUS-Netzwerk kursierte die

Nachricht, Hitler habe Anfang Dezember vor führenden Parteifunktionären gesagt, sein außenpolitisches Sofortprogramm umfasse auch die italienischen Gebietsansprüche an Frankreich, und Deutschland werde sie notfalls mit Waffengewalt unterstützen. Irgendwie schien die Meinung des polnischen Außenministers Josef Beck, Hitlers »überragendes Interesse« werde 1939 der Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien gelten, [8] damit zusammenzupassen.

Jedenfalls sprach der Präsident in der ersten Kabinettssitzung des neuen Jahres, die am 1. Januar 1939 stattfand, von Krieg im Mittelmeer, wobei er sein altes Quarantäne-Konzept empfahl: Sollte Mussolini am Horn von Afrika nach Französisch-Djibouti oder -Somaliland greifen, müßte England sofort den Suezkanal sperren, um Italien in ein bis zwei Jahren auszuhungern. Unausgesprochen stand dahinter der Wunsch Roosevelts, die Vereinigten Staaten in eine bestehende Blockade einzureihen und dadurch auch Deutschland in den Krieg hineinzuziehen.

Vor diesem aufgeregten Hintergrund nahmen sich aus amerikanischer Sicht vier Ereignisse in Europa besonders beunruhigend aus: Die deutsch-französische Friedenserklärung vom 6. Dezember 1938; das Gespräch zwischen Hitler und Beck am 5. Januar 1939; das Gipfeltreffen zwischen Mussolini und Chamberlain vom 11. bis 14. Januar 1939 und der Fall Barcelonas am 25. Januar 1939. Jedes der vier Ereignisse rief bei den europäischen Mächten je nach dem Grad ihrer Betroffenheit spezifische Besorgnisse oder Erleichterungen hervor. Alle zusammen verstärkten jedoch die Befürchtung der Roosevelt-Administration, daß ein faschistischer Friede in Europa kaum noch aufzuhalten sei.

Paradoxerweise erzeugte das nahende Ende des Spanischen Bürgerkrieges in Washington keine friedlichen Gefühle. Je weiter die siegreichen Truppen des faschistischen Generalissimus Franco auf die Hauptstadt Kataloniens vorrückten, letzter Hoffnungsanker der spanischen Republik, desto mehr drohte Frankreich in die Lage der Tschechoslowakei von 1938 zu geraten. Langsam aber sicher wurde es auf drei Seiten von faschistischen Mächten umfaßt, und innerhalb der Dritten Republik gab es um Bonnet, Flandin und Laval genügend Kräfte, die in einer Verständigung mit Hitler, Mussolini und Franco die beste Garantie für Frankreichs Zukunft sahen.

In diesem Zusammenhang wirkte die deutsch-französische Friedenserklärung wie ein Fanal. Für die Anhänger der kollektiven Sicherheit und des liberaldemokratischen Internationalismus war sie schon deshalb ein starkes Stück, weil das Dokument von dem französischen Außenminister Bonnet und seinem deutschen Kollegen Ribbentrop im *Salle d'Orloge* unterzeichnet wurde. Dort hatte zehn Jahre zuvor der damalige US-Außenminister Kellogg den nach ihm benannten Kriegsächtungspakt besiegelt. Selbst das konservative England war über die Zukunft Frankreichs besorgt. Obwohl sich Chamberlain in München mit Hitler über eine ganz ähnliche Erklärung geeinigt hatte, war ihm der Gedanke an eine separate Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zuwider. Staatssekretär Cadogan hatte den Eindruck, »daß sie (die Franzosen – D. B.) abdriften«, [9] und der Premierminister versuchte, dieser

Entwicklung dadurch einen Riegel vorzuschieben, daß er öffentlich die »Identität der Interessen« zwischen England und Frankreich beschwor. [10]
Noch schlimmere Ahnungen plagten die Polen. Die Außenpolitik des halbautoritär regierten Landes wurde seit 1932 von Oberst Josef Beck geleitet, einer großen, eleganten und selbstsicheren Erscheinung, der gleichzeitig etwas Mephistophelisches anhaftete. Polens großer alter Mann, Joseph Pilsudski, dem sein Land den Rang einer Quasi-Großmacht verdankte, hatte einmal über seinen Kabinettschef gesagt:

»Verlassen Sie sich nie auf Beck. Sie werden ihn nie zu fassen kriegen.« [11]

Der Außenminister verstand es mit meisterhafter Geschicklichkeit, sich in den Strudeln der polnischen Innen- und Außenpolitik über Wasser zu halten. Seit sich Beck während seiner Zeit als Militärattaché im Paris der zwanziger Jahre mit einer finsteren Geheimdienstaffaire kompromittierte, galt er als gerissen, ja als charakterlos.
Polen befand sich zwischen Deutschland und Rußland in einer äußerst prekären Lage. Seitdem das Reich der Jagellonen in Versailles auf Wunsch Wilsons neu erschaffen wurde, hatte es Angst vor einem Krieg, in dem es von seinen beiden mächtigen Nachbarn zerrissen wurde. Und es hatte Angst vor einem Frieden, in dem sich die europäischen Hauptmächte über seine Köpfe hinweg einigten. Deshalb hatte sich Polen mit Duldung Hitlers parallel zur Konferenz von München sein eigenes Stück Beute aus der waidwunden Tschechoslowakei herausgerissen, das Olsagebiet und das Kohlerevier von Teschen. Seitdem wurde es von den liberal-demokratischen Internationalisten als »das Schakal Europas« verachtet.
Die deutsch-französische Annäherung von Dezember 1938 entwertete nun zusätzlich noch den französisch-polnischen Beistandsvertrag von 1921. Polen drohte dadurch seinen Rückhalt im Westen zu verlieren, den es brauchte, um seine Rolle als Gendarm Ostmitteleuropas zwischen Deutschland und Rußland weiter zu spielen. Gleichzeitig begann das Dritte Reich, seinen Wunsch nach einer »Globallösung« in Warschau vorzutragen. Hitler strebte offenbar die Umwandlung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages von 1934 in ein positives und langfristiges Freundschaftsverhältnis an.
Bei dieser Gelegenheit sollten nach dem Willen Berlins alle offenen Probleme zwischen beiden Ländern, die schon bisher in recht großer Harmonie miteinander gelebt hatten, ein für allemal bereinigt werden: Danzig, Korridor, Oberschlesien. Jedoch war an den deutschen Verhandlungsvorschlägen bereits abzulesen, daß Polen eine Garantie seiner Grenzen für lange Zeit mit einer gewissen Abhängigkeit vom Dritten Reich würde bezahlen müssen. Polen hing also im Winter 1938/39 zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland gewissermaßen in der Luft, was wiederum das benachbarte Baltikum und Rumänien beunruhigte. Außerdem beabsichtigte England, das Mandat des Völkerbundskommissars zu beenden, so daß auch von dieser Seite her die Frage nach dem künftigen Status der Stadt Danzig aufgeworfen wurde.

In dieser ungemütlichen Schwebelage begann Beck sein verwegenes und am Ende völlig überzogenes Spiel um die polnische Großmachtstellung. Er verbesserte Polens Verhältnis zur Sowjetunion. Er sagte zu Hitlers Angebot »Nein«, erweckte aber gleichzeitig gegenüber England und Frankreich den Eindruck, als habe er bereits »Ja« gesagt oder werde es demnächst tun. Das war der Sinn seines Besuchs bei Hitler auf dem Obersalzberg am 5. Januar 1939 und der anschließenden Verhandlungen, die sofort zur Folge hatten, daß man sich in Paris um den Verbündeten Sorgen machte. Aber Beck tat noch etwas Viertes, und das war von allem das Wichtigste: Er zog den amerikanischen Botschafter in Warschau, Anthony Biddle, in sein Vertrauen.

Während die Missionschefs Englands und Frankreichs, Sir Howard Kennard und Léon Noël, noch Mitte Januar 1939 bei Beck antichambrierten, um Näheres über dessen Gespräch mit Hitler zu erfahren, war Biddle von dem Minister bereits mehrfach empfangen und in alle Einzelheiten eingeweiht worden. Die anhaltende Ungewißheit über die Haltung Polens, die in London herrschte, führte am 25. Januar 1939 schließlich dazu, daß Außenminister Halifax »in Anbetracht weiterer Entwicklungen« seinen polnischen Amtskollegen zu einem »persönlichen Gespräch« in die englische Hauptstadt einlud. [12] Dieses Treffen fand Anfang April 1939 statt – eine Woche nach der englischen Polen-Garantie.

Das vierte Ereignis dieses unheilvollen Winters, in dem sich der Knoten für den Zweiten Weltkrieg schürzte, war der Besuch Chamberlains in Rom. Obwohl nichts dabei herauskam, signalisierte das Treffen, daß nun auch der italienische Diktator Mussolini in England hoffähig geworden war, nachdem sich der englische Premierminister dreimal mit Hitler getroffen hatte. Das englisch-italienische Mittelmeerabkommen, um das man 1937 so lange miteinander gerungen hatte, war seit kurzem in Kraft, obwohl über Mussolinis endgültige Haltung in der spanischen Frage weiterhin keine Klarheit bestand. Und damit schien die Stellung Frankreichs langfristig durch weitere Kompromisse zwischen Chamberlain, Hitler und Mussolini gefährdet zu sein.

Deshalb verminderte das nahende Ende des Spanischen Bürgerkrieges die Spannungen in und um Europa auch nicht, sondern erhöhte sie in einer gewissen Weise. Denn welchen außenpolitischen Kurs würde Franco künftig einschlagen – einen Kurs der Unabhängigkeit oder der Vasallentreue zu Hitler und Mussolini? Würde Italien nach dem Ende der Feindeligkeiten alle seine Truppen aus Spanien abziehen, auch von Mallorca, von wo aus es die Seeverbindungen zwischen dem französischen Mutterland und seinen nordafrikanischen Besitzungen bedrohte? Und was würde eigentlich geschehen, wenn sich Mussolini querlegte, wenn er neue und unverschämtere Forderungen an Frankreich richtete und dabei die Unterstützung Hitlers und Francos fand? Der Ruf der Faschisten nach »Korsika, Tunis, Djibouti« klang den Franzosen noch schrill in den Ohren, und für viele Beobachter bestand die Gefahr, daß Hitler, wenn Mussolini nicht durch Verhandlungen bekam, was er verlangte, die gewaltsame Durchsetzung der italienischen Forderungen unterstützen und daß

Frankreich dann innerlich und äußerlich zusammenbrechen würde. Damit wäre dann auch England lebensgefährlich bedroht.

In Anbetracht dieser Eventualitäten standen die beiden westeuropäischen Demokratien wieder einmal vor der schicksalsschweren Frage, ob sie durch zeitiges Nachgeben wenigstens die von ihnen selbst als berechtigt angesehenen Forderungen der faschistischen Staaten erfüllen oder ob sie lieber um der Ideale des liberal-demokratischen Internationalismus Willen den Krieg riskieren sollten. [13] In der Tschechoslowakei-Krise von 1938 war Chamberlain diesem Dilemma noch entschlüpft, indem er die Forderungen Hitlers gegen massive Widerstände in England, in Frankreich und in den USA mit Mussolinis Hilfe buchstäblich in letzter Minute erfüllte. Schon zwei Monate später hatte er jedoch keine Chance mehr. Die Widerstände vor allem in den Vereinigten Staaten waren zu groß.

Die geographische Entfernung vom Schauplatz Europa isolierte Roosevelt keineswegs von den europäischen Ereignissen. Im Gegenteil – wieder liefen in Washington alle Fäden zusammen. Zwar waren die Botschafter Bullitt und Kennedy inzwischen von ihren Posten in London und Paris nach Amerika zurückgekehrt – Bullitt schon 14 Tage nach der Konferenz von München, um an den kriegspolitischen Weichenstellungen in Washington mitzuwirken, und Kennedy Mitte Dezember 1938, um seine Weihnachtsferien in Florida zu verbringen. Der Mann aus Boston wußte, daß er danach nicht mehr für lange auf seinen alten Posten zurückkehren würde. Kennedy hatte sich mit den Falken in der Administration überworfen, die ihn für einen verkappten Nazi hielten.

In Abwesenheit Bullitts und Kennedys galt der amerikanische Botschafter in Warschau, Anthony Biddle, als Roosevelts wichtigster Mann östlich des Rheins, seit Joseph Davies im Sommer 1938 von Moskau nach Brüssel gewechselt war. Der lange, schlanke und elegante Biddle aus Philadelphia genoß das politische und persönliche Vertrauen des Präsidenten. Er hatte Roosevelt im Wahlkampf von 1932 finanziell unterstützt. Der reiche Geschäftsmann, der mit seinem sportiven Charme und den maßgeschneiderten Anzügen eher wie ein Filmschauspieler wirkte, wurde auf Empfehlung Bullitts im Mai 1937 in die polnische Hauptstadt entsandt, um dort den Boden für Roosevelts Weltfriedensplan vorzubereiten.

In der folgenden Zeit schuf sich Biddle in Warschau vorzügliche Kontakte zu allen wichtigen Instanzen, baute sich in Europa ein eigenes Netz von Informanten auf und trat mit Paris und Berlin in lebhafte Verbindung. Da in der Reichshauptstadt seit der Reichskristallnacht nur noch ein amerikanischer Geschäftsträger amtierte, übernahm der charmante, intelligente und fleißige Biddle mit seinen stahlblauen Augen und dem sorgfältig in der Mitte gescheitelten Haar zum Teil auch die Beobachtung Deutschlands.

In einer langen, gründlichen und überaus differenzierten Analyse sagte Biddle am 22. Dezember 1938 mit verblüffender Genauigkeit Hitlers außenpolitisches Programm voraus. [14] Der Schlußstein für die deutsche Hegemonie über

Europa sei die »Größere Ukraine«, ein Satellit des Dritten Reiches, der aus Gebietsteilen Polens, Rußlands und der Tschechoslowakei bestehen werde. Bevor sich Hitler jedoch in eine militärische Auseinandersetzung mit Stalin begebe, werde er das Areal zwischen der deutschen Ost- und der russischen Westgrenze in lauter kleine und abhängige Pufferstaaten zerlegen. Dies würde für Polen zu empfindlichen Gebietsverlusten und zur militärischen Schwächung führen.
In diesem Zusammenhang schloß Biddle nicht aus, daß Hitler demnächst einen »offenen Konflikt« mit Polen provozieren werde.

»Denn ich glaube, daß Hitler und seine ›extremistischen‹ Genossen – vorausgesetzt, sie sind hinreichend sicher, daß Frankreich durch die jüngst zwischen Paris und Berlin ausgetauschte Erklärung (vom 6. 12. 38 – D. B.) neutralisiert wurde und daß die Sowjets weder in der Stimmung, noch in der Lage sind, Polen zu Hilfe zu kommen – eine Gelegenheit willkommen heißen würde, um ihre Armee in einem vorhersehbar siegreichen Krieg von kurzer Dauer ›auszuprobieren‹, um Vertrauen innerhalb ihrer Streitkräfte zu schaffen und um das zu beseitigen, was Hitler angeblich als Defätismus und Pazifismus interpretiert, der unter den Deutschen umgehe. Überdies . . . würde es Hitler vorziehen, dies unter der Voraussetzung zu erreichen, daß er es ›lokalisieren‹ kann, bevor Frankreich und England weitere spürbare Fortschritte in ihrer Aufrüstung erzielt haben.«

Dieses Szenario stellte einen deutschen Krieg gegen Polen in die Perspektive eines deutsch-italienischen Krieges gegen Frankreich hinein, der wiederum im Horizont eines deutschen Lebensraumkrieges gegen Rußland stand. Die Frage war nur: Würde Hitler zuerst im Osten oder im Westen angreifen? Auch hierzu hatte der Botschafter seine dezidierte Auffassung:

»Hitler glaubt«,

so schrieb er weiter,

»er müsse Polen als potentiellen Widerstand so schnell wie möglich ausschalten, um einen Stoß gegen Frankreich zu führen, bevor es sich wirksam auf einen vereinigten Angriff Deutschlands und Italiens vorbereitet hat. Wie der türkische Botschafter (in Warschau, einer von Biddles Informanten – D. B.) sagt, wagt es Hitler nicht, sich mit Frankreich anzulegen, solange Polen nicht niedergeworfen ist. Denn Hitler ist davon überzeugt, daß ihm Polen in dem Moment in den Rücken fallen wird, da die französischen und vielleicht die englischen Streitkräfte mit den deutschen Armeen auf den Schlachtfeldern die Klingen kreuzen.«

An dieser Analyse war bemerkenswert, daß Biddle (1) den bekannten Drang Hitlers nach Osten mit angeblichen Kriegsabsichten gegenüber dem Westen verband, daß er (2) am Willen Englands, in einen Krieg Deutschlands gegen Frankreich einzugreifen, zweifelte, und daß er (3) die territorialen Ziele Hitlers in Rußland auf die Ukraine begrenzte. Nicht minder bemerkenswert war die Tatsache, daß der US-Botschafter das strategische Dilemma Hitlers klar und richtig erkannte: Um seinen »Lebensraum im Osten« zu gewinnen, mußte der

Führer erst einmal erfolgreich den »Vorraum« zwischen deutscher Ost- und russischer Westgrenze durchschreiten. Das heißt: Deutschland mußte erst in einem kurzen und lokalisierten Krieg Polen schlagen, bevor es sich gegen Frankreich wenden konnte, und beides mußte vor Abschluß der Nachrüstung Frankreichs und Englands durch Amerika geschehen. Erst dann, nach einem Sieg über Polen und Frankreich, hatte Deutschland eine Chance, ohne große Verluste die Ukraine zu gewinnen, wenn es ihm auf Dauer gelang, England zu neutralisieren. Und das hing wiederum weitgehend von der Haltung Amerikas ab.

Hitlers mutmaßlicher Plan bestand also aus drei Phasen – aus einem kurzen und lokalisierten Krieg im östlichen Vorraum gegen Polen, aus einem Krieg im Westen gegen Frankreich und wieder aus einem Krieg im Osten gegen Rußland. Wenn man diesen Plan mit der größten Wirkung bei geringstem Einsatz vereiteln wollte, mußte man dafür sorgen, daß aus dem kurzen und lokalisierten Krieg der ersten Phase ein langer und ausgedehnter Krieg wurde, der die Realisierung der zweiten und dritten Phase entweder ganz vereitelte oder für Hitler nur unter unverhältnismäßig hohen Kosten möglich machte. Das beste Mittel dafür war die Herstellung einer Zwei-Fronten-Lage, die Hitlers militärische Macht zersplittern würde. Die Voraussetzung dafür war freilich, daß England und Frankreich im Westen angriffen, während Deutschland noch im Osten gegen Polen und/oder Rußland kämpfte.

Aus Biddles scharfsinniger Analyse ließ sich also die ganze Kette jener strategischen Folgerungen ableiten, die den Westen in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigten. Aber so plausibel und alarmierend das ganze Szenario auch anmutete – es fußte auf zwei Annahmen, die sich nicht ohne weiteres mit den bekannten Tatsachen deckten. Wollte Hitler denn überhaupt einen »Probekrieg« gegen Polen führen, wie der amerikanische Botschafter meinte? Das deutsche Verhandlungsangebot vom 19. November 1938 deutete eher darauf hin, daß er beabsichtigte, sich mit Polen langfristig zu verständigen – ein Eindruck, den Biddle auch nach Becks Besuch bei Hitler Anfang Januar 1939 bestätigte. [15] Das schloß zwar spätere Verwicklungen nach dem Muster der Tschechoslowakei nicht aus. Aber es gab an der Jahreswende 1938/39 kaum Anzeichen dafür, daß Hitler Polen »so schnell wie möglich« beseitigen wollte.

Aber es tat sich noch ein zweiter Widerspruch zu den erkennbaren Realitäten auf, jedenfalls ein Teilwiderspruch. Biddles Hypothese von einem »deutschen Probekrieg« gegen Polen ging davon aus, daß Hitler beabsichtige – gemeinsam mit Mussolini – Frankreich anzugreifen, bevor es seine Nachrüstung vollendet habe. Für diese Annahme sprachen zwar die italienischen Forderungen nach einer Veränderung des status quo im Mittelmeerraum und in Nordafrika. Auch die an der Jahreswende 1938/39 laufenden Verhandlungen zwischen Deutschland, Italien und Japan, aus denen dann im Mai 1939 der deutsch-italienische »Stahlpakt« wurde, wiesen in diese Richtung. Dagegen sprach jedoch die deutsch-französische Friedenserklärung vom 6. Dezember 1938.

Diese Deklaration hatte allerdings einen Haken. Sie deckte nur die französische Rheingrenze ab, nicht das französische Imperium, das übrigens auch nicht voll von den Entente-Verpflichtungen Englands geschützt wurde. Hier gab es also ein Fenster der Verwundbarkeit, durch das hindurch Hitler Mussolini in einen Krieg gegen Frankreich folgen konnte, wenn er wollte, ohne seine feierlich eingegangenen Verpflichtungen zu brechen. Die Entscheidung über einen Krieg der Achse gegen Frankreich hing demnach von dem Willen Hitlers ab, Mussolinis territoriale Ziele militärisch zu unterstützen. Zwar glaubte der polnische Außenminister nicht, wie er Biddle am 13. Januar 1939 anvertraute, daß Deutschland

»bewußt Krieg mit dem Westen riskiert und sich so vor einem Ostunternehmen schwächt, seinem eigentlichen strategischen Ziel«. [16]

Aber indem Beck wenigstens gegenüber England und Frankreich den Eindruck erweckte, er beabsichtige, sich an die Achse anzulehnen, verstärkte der polnische Außenminister in London und Paris indirekt die Befürchtung, Hitler werde am Ende doch erst im Westen zuschlagen. [17] Denn dafür würde er ja nach einer Einigung mit Beck den Rücken frei haben. Biddle bezeichnete das Ablenkungsmanöver des polnischen Außenministers freilich ausdrücklich als »Spiel«, das ein

»heftig begehrter Vorwand für Beratungen mit den britischen Staatsmännern«

sei. Die von Beck auf subtile Weise geschürte Unsicherheit über die Prioritäten Hitlers bei der Verwirklichung seiner außenpolitischen Ziele, bestärkte die Roosevelt-Administration in ihrem Willen, die Anrainerstaaten Deutschlands im Westen und im Osten, Frankreich und Polen, so zu stärken, daß sie gegen jede Eventualität gewappnet waren. Dies führte an der Jahreswende 1938/39 praktisch dazu, daß die Vereinigten Staaten die Zwei-Fronten-Lage für Deutschland zumindest potentiell wiederherstellten, die sich durch die deutsch-französische Friedenserklärung zu verflüchtigen drohte. Dabei nahm Roosevelt bewußt ein deutsch-russisches Rapprochement in Kauf.

In erster Linie kostete diese Stützungsaktion amerikanisches Geld. Die Roosevelt-Administration versuchte, Frankreich in einen waffenstarrenden Frontstaat zu verwandeln, gegen die Versuchungen der Appeasement-Politik zu immunisieren und zur Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen zu befähigen. Morgenthaus Biograph kleidete die Bemühungen des amerikanischen Finanzministers und Rüstungskoordinators in das unnachahmliche »Understatement«:

»Von Mitte November 1938 bis Anfang Januar 1939 . . . konzentrierte sich der Minister darauf, Amerika zu verteidigen, indem er seine demokratischen Freunde stärkte.« [18]

Seine demokratischen Freunde – das waren vor allem die Senatoren der sozialistischen und radikal-sozialistischen Parteien, die sich im Winter 1938/39 in Washington gegenseitig die Klinke in die Hand gaben. Das waren aber auch

»rechte« Politiker wie Paul Reynaud, die aus nationalistischen Gründen gegen eine Verständigung mit Deutschland oder Italien und für eine Erfüllung der französischen Bündnisverpflichtungen in Ostmitteleuropa eintraten.
Morgenthaus Devise lautete:

»Ich meine, wir sollten alles nur Mögliche tun, um einen europäischen Krieg zu verhindern, *solange* England und Frankreich nicht darauf vorbereitet sind. In der Zwischenzeit, so denke ich, sollte das Volk der Vereinigten Staaten nach Frieden streben.« (Hervorhebung D. B.) [19]

Klarer konnte man kaum sagen, daß der amerikanische Friedenswille nur noch bis zur Vollendung der französischen Rüstung befristet war.
Noch deutlicher wurde Bullitt, der streckenweise mit Roosevelt, Morgenthau, Monnet und dessen Rechtsberater John Foster Dulles [20] an den amerikanisch-französischen Rüstungsberatungen teilnahm. Der Botschafter wußte danach, wohin die Reise ging. Er war überzeugt,

»daß die demokratischen Staaten absolut noch zwei Jahre bis zur vollständigen Aufrüstung brauchten. In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme. Da das Kräftepotential der Sowjetunion bisher nicht bekannt sei, könne es sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten . . . Deutschland attackieren und zu einer Kapitulation zwingen.«

Diese Aussage nahm den Verlauf des Zweiten Weltkrieges vorweg.
Auf die Frage seines Gesprächspartners, des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, ob denn auch die Vereinigten Staaten an einem solchen Krieg teilnehmen würden, antwortete Bullitt allerdings:

»Zweifellos ja, aber erst dann, wenn sich England und Frankreich zuerst rührten.«

Nach seiner Ansicht würde der Krieg mindestens sechs Jahre dauern und mit der

»völligen Zerschlagung Europas und mit dem Kommunismus in allen Staaten«

enden. Ausdrücklich fügte Bullitt hinzu:

»Zweifellos würde Sowjetrußland am Schluß daraus den Nutzen ziehen.« [21]

In Washington gab es also schon im Winter 1938/39 recht konkrete Vorstellungen vom künftigen Krieg und von der wichtigsten Voraussetzung, die dazu gehörte: Hitlers Angriff auf Rußland. Dabei schien man sich kaum zu fragen, ob das wachsende politisch-militärische Engagement der Vereinigten Staaten in Europa bei gleichzeitigem Abbruch der Entspannungs- und Vertragspolitik am Ende nicht für den deutschen Diktator einen gewissen Zwang begründen könnte, die militärische Entscheidung gegen Frankreich und/oder Polen zu

suchen, bevor ihm die Westmächte Arm in Arm voll gerüstet entgegentraten.

Dieser bedauerliche Mangel an Selbstreflektion beruhte einerseits auf dem geradezu naiven Vertrauen der Roosevelt-Administration in den Erfolg ihrer Abschreckungspolitik, ein Vertrauen, das letztlich auf die überwältigende Macht der beiden angelsächsischen Seemächte baute. Nach Roosevelts fester Überzeugung waren Amerika und England zusammen so stark, daß sie, verstärkt durch die europäischen Frontstaaten, den Frieden wahren konnten – natürlich am besten ohne einen einzigen Schuß abzufeuern.

Diese Annahme setzte freilich andererseits voraus, daß Hitler nicht »verrückt spielte«, daß er also dem Aufmarsch um ihn herum ruhig zusah, ohne zumindest den Versuch zu unternehmen, seine Position zu verbessern. Das aber war gerade nach dem pathologischen Bild, das man sich in führenden Kreisen der amerikanischen Ostküste von dem deutschen Diktator machte, ganz und gar unwahrscheinlich. Das Vertrauen in die »friedliche« Wirkung der eigenen Abschreckungspolitik verriet deshalb entweder einen erstaunlichen Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen, oder es bedeutete, daß man insgeheim ganz bewußt auf die bereits sattsam bekannte Aggressivität Hitlers spekulierte.

Da man Hitler nirgends genauer als in Amerika analysierte, war letzteres wahrscheinlich. Schließlich hatte Roosevelt bereits 1937 von der Unvermeidbarkeit eines Krieges gesprochen, und viele seiner Handlungen und Äußerungen seither zeigten, daß es ihm gar nicht so sehr darauf ankam, ob der Krieg in Europa früher oder später ausbrach – Hauptsache, Hitler würde endlich beseitigt. Immerhin würde ein Krieg, je früher er eintrat, um so billiger sein, und es würden England, Frankreich und/oder Polen, vielleicht Rußland, aber nicht die Vereinigten Staaten sein, die zuerst die Hauptlast zu tragen hätten.

Der bedingte Vorsatz zum Krieg war aus dem Blickwinkel der Roosevelt-Administration auch keineswegs schockierend oder gar unmoralisch. Ihr fehlte jedes Unrechtsbewußtsein, weil sie sich ihrer internationalistischen Überzeugung nach ja im Recht befand, wenn sie ein kriminelles Regime »bestrafte«. Man würde ja auch keinen Sheriff dafür verurteilen, daß er einen in flagranti ertappten Verbrecher über den Haufen schoß, und obwohl die Deutschen seit 1933 noch nirgendwo »richtigen« Krieg gemacht hatten, galten sie in den Augen der Roosevelt-Administration schon seit dem Ersten Weltkrieg als notorische »Aggressoren.«

Für die Roosevelt-Administration lag die eigentliche Gefahr für den Frieden auch gar nicht im Krieg, sondern in einer Fortsetzung der *Appeasement*-Politik. Ein Krieg konnte Amerika schon deshalb nicht gefährlich werden, weil er die westliche Hemisphäre nach menschlichem Ermessen gar nicht berühren würde. Dagegen lag die Gefährlichkeit des *Appeasements* in dem politischen Zwang, den die Diktatoren durch die bloße Androhung von militärischer Gewalt auf ihre Nachbarn auszuüben vermochten, solange sich die Demokratien nicht bis

an die Zähne bewaffnet hatten. Alle politischen Krisen der dreißiger Jahre von der Mandschurei bis zur Tschechoslowakei hatten gezeigt, daß dieser Zwang über die morschen Regierungen in London und Paris unmittelbar an die Regierung in Washington weitergegeben wurde, und dadurch wurde auf die Dauer die Idee des internationalen Friedens, des Rechts und der liberalen Demokratie geschwächt, Amerikas gefährlichste Waffe im Weltbewußtseinskampf und die tragende Säule seines Image-Imperiums.

Die Nachrüstung Frankreichs, die Stützung Polens und der Druck auf England beseitigten diese Gefahr im Winter 1938/39 und ersetzten sie allmählich durch die wachsende Gefahr für Hitler und Mussolini, daß die Westmächte ihrerseits auf sie Zwang im Sinne des liberal-demokratischen Internationalismus ausübten, den die Diktatoren als eingeschworene Nationalisten gerade abzuschütteln gedachten. Mitte Dezember 1938 begann in Washington eine neue und entscheidende Verhandlungsrunde zwischen den französischen und amerikanischen Rüstungskoordinatoren, Monnet und Morgenthau. Diesmal ging es um den bereits erwähnten Kauf von 1000 Flugzeugen, darunter den P-40-Jäger, angeblich »die beste Maschine der Welt«, und Roosevelt bemühte sich gemeinsam mit seinem Finanzminister, den Franzosen in jeder Beziehung entgegenzukommen.

Am 28. Dezember 1938 gelang der Durchbruch durch einen juristischen Kniff, mit dem die Roosevelt-Administration den geltenden *Johnson-Act* umging. [22] Jeder Kontrakt, der danach geschlossen wurde, jedes amerikanische Flugzeug, das in Frankreich eintraf, jede Million, die in den Kassen und Tresoren der amerikanischen Rüstungsindustrie und Banken verschwand und ihre Kapazität erweiterte, schwächte in Paris die *Appeasement*-Fraktion um Außenminister Bonnet. Das war einfach schon deshalb so, weil alle diese Schritte zusammen die Wahrscheinlichkeit konkreter und zeitiger Hilfe der USA im Kriegsfall erhöhten. Je handgreiflicher und sichtbarer diese Wahrscheinlichkeit wurde, desto mehr nahm die Neigung der Regierung Daladier ab, sich mit Hitler und/oder Mussolini in irgendeiner Frage von Belang zu verständigen. Je mehr nahm ihre Neigung zu, um Danzig oder Djibouti den Krieg zu wagen.

Durch die amerikanische Nachrüstung Frankreichs veränderte sich jedoch nicht nur die militärische Stärke und, schneller noch, das innenpolitische Klima der Dritten Republik. Noch bedeutsamer waren die Rückwirkungen, die dieser Vorgang auf die Stärkeverhältnisse in ganz Europa hatte, auf die europäische Psychologie der Macht. Wenn Frankreich stärker wurde, dann konnte es auch wieder seine europäische Führungsfunktion wahrnehmen aus den alten Zeiten des Völkerbundes. Wenn dann auch noch England mitmachte und die Vereinigten Staaten sichtbar und spürbar hinter die beiden westeuropäischen Demokratien traten, dann würde praktisch die Mächtekonstellation von Versailles wiederhergestellt werden, mit allen Implikationen, die das für Deutschland und Polen im Schlechten und im Guten haben mochte.

Am 26. Januar 1939 hatte sich die Lage innerhalb und außerhalb Frankreichs

bereits so verändert, daß Ministerpräsident Daladier vor der Kammer erklären konnte, indem er ausdrücklich Bezug auf die USA nahm, sein Land sei entschlossen, zu seinen Pakten zu stehen, womit er u. a. den französisch-polnischen Bündnisvertrag von 1921 meinte. Erleichtert telegrafierte der polnische Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, vier Tage später an Außenminister Beck,

»daß in der politischen Anschauung der Franzosen in bezug auf uns ein ziemlich tiefgehender und grundlegender Wandel vor sich gegangen ist«. [23]

Es geschahen eben doch noch Zeichen und Wunder in der internationalen Politik. Nur waren es bei näherem Hinsehen amerikanische Machinationen. Schon Mitte 1937 hatte der polnische Botschafter in Washington, Potocki, zu US-Außenminister Hull gesagt:

»Polen . . . sieht auf die Vereinigten Staaten, wenn es um die Führung in Europa und auf der ganzen Welt geht.« [24]

Wenn Roosevelt diese Führungsfunktion jetzt tatsächlich übernahm, mußte das zwangsläufig auch Konsequenzen für Polens Haltung gegenüber Deutschland haben.
Der amerikanische Präsident wußte von seinem Botschafter Biddle seit Sommer 1938, daß Beck nie eine deutsch-polnische Allianz gegen Rußland unterstützen würde und daß die deutsch-polnische Freundschaft nur vorübergehend sei. Schon damals hatte Biddle vorausgesagt:

»Für meine Begriffe . . . hegt Beck die bestimmte Hoffnung, daß sich eine kraftvolle polnische Aktion in Verbindung mit England und Frankreich, die Deutschlands expansiven Ehrgeiz kontert, sich für Polen als der beste Ausweg aus der grimmigen Aussicht herausstellen könnte, entweder ein Opfer der deutschen Expansion oder eine Rollbahn für einen deutschen Angriff auf die Ukraine zu werden . . . Mehr noch, Beck ist sich bewußt, daß die vereinigten Armeen Polens, seines Alliierten Rumäniens, möglicherweise Jugoslawiens und Ungarns und sogar der Tschechoslowakei ein wirksamer Widerstand gegen eine ostwärts gerichtete Militäraktion Deutschlands seien, vorausgesetzt, England und Frankreich haben die Deutschen gleichzeitig an der Westfront engagiert.« [25]

Roosevelt wußte weiter, daß England und Frankreich in Warschau während der Tschechoslowakei-Krise darauf gedrängt hatten, Deutschland in eine Zwei-Fronten-Lage zu manöverieren. [26] Der Präsident selbst hatte ja Beck damals vor einseitigen Gewaltaktionen an der Seite Hitlers gewarnt – ein Wink, auf die Seite der Westmächte zu treten. Aber der polnische Außenminister befürchtete im Herbst 1938, daß sich Chamberlain und Daladier in letzter Minute doch noch mit den Deutschen verständigen, daß die Westmächte im Ernst nicht kämpfen und daß Polen dadurch gegenüber Deutschland in eine lebensgefährliche Lage geraten würde, wenn es sich gegen Hitler stellte. Deshalb verzichtete er darauf, bediente sich selbst an den Resten der Tschechoslowakei und nahm den schlechten Ruf eines »Schakals« in Kauf.

Wenn sich Frankreich und England jetzt aber unter der Führung Amerikas bereitfanden, Deutschland gegebenenfalls an der Westfront zu engagieren, wendete sich für Beck das ganze Blatt. Entweder gelang es ihm, die Angriffsrichtung Deutschlands überhaupt nach Westen umzulenken – dann könnte er Hitler bei passender Gelegenheit selbst in den Rücken fallen. Oder die Westmächte würden Polen zur Hilfe eilen, sollte Deutschland im Osten angreifen. Auf jeden Fall, das war nach Biddles Vorinformationen im Winter 1938/39 jedermann in Washington klar, würde sich Becks Haltung gegenüber Hitler versteifen, je mehr indirekte und direkte Rückenstützung er aus Amerika und Frankreich bekam.

Roosevelt wußte schließlich auch, daß eine Verschlechterung des deutsch-polnischen Verhältnisses die Gefahr einer deutsch-russischen Annäherung heraufbeschwor, also genau das, was acht Monate später zum Hitler-Stalin-Pakt, zum deutschen Angriff auf Polen und zur Auslösung des Zweiten Weltkrieges führte. Biddle, der bei seiner Regierung im Dezember 1938 unermüdlich Hilfe und Verständnis für Polen mobilisierte und gleichzeitig Becks Widerstandswillen stärkte, hatte nämlich schon am 26. November 1938 nach Washington gekabelt: Sollte Polen auf das deutsche Verständigungsangebot unnachgiebig reagieren, könnte Hitler Stalin eine wechselseitige Abgrenzung der Einflußzonen in Ostmitteleuropa vorschlagen – sprich: die vierte Teilung Polens.[27]

Der Präsident wußte also, was er tat, als er sich Anfang Januar 1939 mit seiner berühmten Kongreßbotschaft nicht nur an den Kampfgeist Englands, Frankreichs, sondern eben auch des halbautoritären, antisemitischen und hochfahrenden Polens appellierte – einen Tag, bevor Beck bei Hitler auf dem Obersalzberg aufkreuzte und sein »Nein« in der Danzigfrage wiederholte. Der amerikanische Präsident tat es, obwohl er wußte, daß es die Kriegsgefahr erhöhte. Kurz darauf wurde Warschau von der amerikanischen Import-Export-Bank, einem Instrument der amtlichen Außenwirtschaftspolitik, der erste einer Reihe von langfristigen Krediten gewährt.

Roosevelt setzte also bereits ein Vierteljahr vor der englischen Garantie willentlich und wissentlich auf die polnische Karte, und alles, was danach mit Holland geschah, muß man unter diesem Aspekt betrachten. Offenbar hatte man in Washington den Eindruck gewonnen, daß für den Fall einer gelungenen Einkreisung Deutschlands nur Polen zweifelsfrei zum Kampf entschlossen sei, während Rußland im Westen seit 1937 verdächtigt wurde, es werde sich in letzter Minute doch noch mit Deutschland verbünden. [28] Seit Stalin im Zuge der großen Säuberung einen großen Teil des russischen Offizierskorps beseitigt hatte, galt die Kampfkraft der Roten Armee als geschwächt. Außerdem hatte die sowjetische Regierung schon vor der Septemberkrise des Jahres 1938 signalisiert: Sollte der Westen die Tschechoslowakei fallenlassen, werde sich Rußland auf sich selbst zurückziehen. Sollte Hitler anschließend den Balkan erobern, würde es auch nichts unternehmen. Selbst mit einer deutschen Besetzung der Ukraine könne sich Rußland abfinden, denn es sei unbesiegbar,

38 *Der englische Außenminister Lord Halifax und sein Staatssekretär Sir Alexander Cadogan* (links) *auf dem Weg ins Foreign Office*

39 *Sir Robert Vansittart*

40 *Macht und Glanz des Britischen Empire: Nach seiner Krönung nimmt Georg VI. die Huldigung entgegen*

41 *1939: Churchill Erster Lord der Brit. Admiralität*
42 *Sir Horace Wilson* (unten links) *und Sir Nevile Henderson, englischer Botschafter in Berlin*

43 *Sir Eric Phipps* (Bildmitte links), *englischer Botschafter in Paris, und André François-Poncet, französische Botschafter in Berlin*

44 *Nach seiner Rückkehr aus München schwenkt Chamberlain die deutsch-englische Erklärung als Zeichen der Versöhnung* (unten Mitte)

45 *Der französische Ministerpräsident Léon Blum* (rechts) *und Churchill* (links)

46 *Anthony Eden* (unten links) *und Sir Oliver Harvey*

47 *Erich Kordt in seinem Arbeitszimmer in der Berliner Wilhelmstraße*

48 *Lord Lothian vor der englischen Botschaft in Washington*

49 *William Strang, Leiter der Mitteleuropäischen Abteilung im Foreign Office*

autark und undurchdringlich. [28a] Folglich kam Stalin seit München nicht mehr als ernstzunehmender Bündnispartner des Westens in Frage.

An die Entscheidung für Polen knüpften sich in Washington jedoch noch weitergehende Überlegungen, welche die Neuordnung Mitteleuropas nach dem nächsten Krieg betrafen. Zunächst würde ein deutscher Angriff im Osten einen langen und kräftezehrenden Krieg Hitlers gegen Polen und die Sowjetunion zur Folge haben, der es den Westmächten erlaubte, Deutschland ziemlich gefahrlos in den Rücken zu fallen. Dies war der von Bullitt apostrophierte »napoleonische Effekt«. Diese Vorstellung korrespondierte mit Plänen Stalins, die Becks Rußland-Experten dem amerikanischen Botschafter in Warschau zugeflüstert hatten. Diese Pläne besagten, Rußland werde es den Westmächten erlauben, Deutschland durch Krieg zu schwächen, dann aber in einem psychologisch günstigen Moment selbst in den Krieg eintreten, Deutschland von Osten her befreien, aufteilen und unter kommunistischen Vorzeichen einen russisch-deutschen Block bilden. Der werde dann bis zu den vom Westen eroberten Gebieten reichen. [29]

Beide Pläne ergänzten sich gegenseitig. Sie ließen das Schicksal Polens formal offen und liefen auf eine Teilung Deutschlands hinaus. So kamen die Bestandteile der amerikanisch-sowjetischen Gesamtkonzeption für die Neuordnung Europas, wie sie 1944 in Jalta vereinbart wurde, bereits vor Kriegsausbruch zum Vorschein. Der einzige Differenzpunkt zwischen Roosevelt und Stalin bestand lediglich darin, daß jeder der beiden hoffte, das letzte Wort zu behalten – das heißt, als letzter in den Krieg eintreten zu müssen.

Aus der Sicht des sowjetischen Diktators trat dieser Fall dann ein, wenn sich Hitler zuerst mit den Westmächten in einen Krieg verstrickte. Deshalb hielt sich Stalin 1939 von der Großen Allianz fern und hielt Hitler durch die Teilung Polens den Rücken frei für den Angriff auf Frankreich. Der amerikanische Präsident sah die Dinge zwangsläufig umgekehrt – aus seiner Sicht mußte Hitler als erstes im Osten angreifen, wenn Amerika als letztes in den Krieg eintreten wollte. Damit die Dinge in diese Richtung liefen, mußten freilich England und Frankreich kriegsbereit sein.

Diesem Ziel diente Roosevelts Kongreßbotschaft vom 4. Januar 1939. Obwohl der amerikanische Präsident zu Beginn eines jeden Jahres vor den Kongreß tritt, um ihn über die Grundlinien seiner Politik zu informieren, war seine Rede diesmal natürlich kein Routineereignis. Sie war das außenpolitisch bedeutsamste Signal zum aktiven Widerstand gegen Hitler, das vor dem Krieg abgegeben wurde. Es wurde auch überall so verstanden – von den *Appeasern* und Anti-*Appeasern* in London, Paris und Warschau, von den Nazis und ihren Gegnern in Berlin, von den chinesischen Nationalisten in Chungking, von den Militärs in Tokio, von den Faschisten und Monarchisten in Rom und von den vielen Wankelmütigen, Zaghaften und Opportunisten in Rio de Janeiro, Warschau oder Teheran, die sich bisher nicht entschieden hatten. Zum ersten Mal bekundete der amerikanische Präsident öffentlich und mit bestimmten Worten seine Entschlossenheit, die Vereinigten Staaten bis an die Schwelle des Krieges

in den Kampf gegen die Achsenmächte, in erster Linie Deutschland, hineinzuführen.
An die Adresse Englands, Frankreichs, Polens, Chinas und aller anderen Staaten gerichtet, die es mit den Achsenmächten zu tun hatten, erklärte Roosevelt, die Demokratien sollten alles unterlassen, was einen Aggressor ermutigen, unterstützen oder stärken könnte. Die Tatsache, daß die USA nicht mit militärischen Mitteln in die Krisen der Welt eingreifen könnten, bedeute nicht, daß sich die anderen Staaten verhalten dürften, als gäbe es keine Aggression. Außerdem verfüge Amerika über »viele Methoden kurz unterhalb der Kriegsschwelle« (*methods short of war*), die »stärker und wirksamer« seien als Krieg, und der Präsident ließ keinen Zweifel mehr daran, daß er sie tatsächlich auch einzusetzen gedenke,

»um den Aggressor-Regierungen die wahren Gefühle unseres Volkes zu vermitteln«. [30]

Damit wußte alle Welt, was die Stunde geschlagen hatte. Roosevelts Rede war die Ankündigung des Versuches, das Rad der Geschichte, das sich seit Versailles in eine ganz andere Richtung gedreht hatte, wieder auf den Tag zurückzudrehen, da Amerika, England und Frankreich über das Schicksal der Welt bestimmten. Sie bedeutete einen gewaltigen Schritt zurück, der freilich im Licht des liberal-demokratischen Internationalismus als riesiger Fortschritt erscheinen sollte. Sie war der Versuch, zumindest rhetorisch die Führung der Welt im Zeichen des *einen* Marktes, der *einen* Sicherheit und des *einen* politischen Bewußtseins an sich zu reißen.
Die ungeschützte Sprache, die Roosevelt wählte, war schon für sich genommen ein hochrangiges Politikum. Sie zeigte, wie weit der politische Stimmungswandel in Amerika bereits gediehen war. Denn hier sprach ja ein Mann, dessen innenpolitischer Spielraum zu keinem Zeitpunkt begrenzter war. Vor reichlich einem Jahr, nach seiner Quarantäne-Rede im Oktober 1937, hatten ihn seine Gegner noch fast in der Luft zerrissen, so daß Roosevelt heimliche und in mancher Beziehung zweifelhafte Wege beschreiten mußte, um seine Konzeption von der *einen* Welt voranzutreiben. Inzwischen hatte sich sein Image als Weltfriedenspräsident jedoch anscheinend so gefestigt, daß er ganz offen sprechen konnte, wobei kaum jemand ahnte, was er verschwieg.
England und Frankreich waren beeindruckt. Polen reagierte enthusiastisch. Hitler zeigte sich »nicht nur wütend, sondern extrem besorgt«, wie Beck seinem Konfidenten Biddle berichtete. [31] Die Falken in Washington sahen ihre Abschreckungspolitik bestätigt.
Auch in England waren die Dinge allmählich in Fluß geraten. Wenige Tage nach der Reichskristallnacht sagte US-Botschafter Kennedy zu Außenminister Halifax: Die Ereignisse in Deutschland hätten in den Vereinigten Staaten »eine stark antibritische Atmosphäre« geschaffen. Im allgemeinen sei die amerikanische Öffentlichkeit der Meinung, England hätte in der Lage sein müssen, »die Verfolgung der Juden zu stoppen«. Halifax erwiderte zwar, er sehe die

Berechtigung dieses Vorwurfes nicht ganz ein. Schließlich habe ja Amerika selbst seine Einwanderungsquote für diese unglücklichen Menschen nicht erhöht. [32] Aber der Minister erkannte sofort die immense Gefahr, die England von jenseits des Atlantiks drohte.

So erklärte Halifax am 16. November im Kabinett: Die Position Englands lasse sich in Amerika nur noch dann verbessern, wenn es gelinge, politisch wieder die Führung zu übernehmen und die Vereinigten Staaten zu veranlassen, international irgend etwas Positives zu tun. Vielleicht, so fügte der Minister hinzu, könnte in irgendeinem Teil des Empires Platz für die Juden geschaffen werden. Vorübergehend erwogen die Minister Britisch-Guyana in Südamerika als Siedlungsgebiet. [33]

Vier Tage nach der Unterredung mit Kennedy, am 20. November 1938, erhielt Halifax dann von Roosevelts Freund Murray die Zusage, daß Amerika mit allen seinen industriellen Ressourcen im Kriegsfall hinter England stehe. [34] Dadurch wurde dem Außenminister das Rohmaterial für die zwanzig- bis dreißigtausend Flugzeuge zugesagt, die England brauchte, um innerhalb der nächsten Jahre die Luftüberlegenheit über Deutschland zu erringen.

Wie zur Bekräftigung dieses Beistandsversprechens begannen im amerikanischen Außenministerium zu diesem Zeitpunkt die Vorbereitungen für eine Revision des Neutralitätsgesetzes. Einen halben Monat später, am Nachmittag des 15. Dezember 1938, traf dann Kirkpatrick mit seiner »Blitzschlags«-Geschichte im *Foreign Office* ein, und nun begann der Fluß der Ereignisse an Tempo zu gewinnen. Staatssekretär Cadogan, von dem heimkehrenden Diplomaten über den angeblich bevorstehenden Überfall der deutschen Luftwaffe auf London informiert, unterrichtete umgehend Außenminister Halifax, der wiederum Chamberlain alarmierte.

Daraufhin berief der Premierminister für den nächsten Tag, den 16. Dezember 1938, 10.00 Uhr vormittags, den Reichsverteidigungsrat ein, das höchste sicherheitspolitische Gremium des Vereinigten Königreichs. Wegen der ungeheuren Brisanz der Beratungen wurde Halifax von Chamberlain gebeten, ausnahmsweise kein volles Protokoll der Sitzung anzufertigen und bei den übrigen Mitgliedern des Kabinetts in Umlauf zu setzen. [35]

Der Reichsverteidigungsrat beschloß an diesem Freitag eine grundsätzliche Beschleunigung der Bereitschaftsmaßnahmen für die englischen Streitkräfte und vertagte sich dann auf Donnerstag, den 22. Dezember. Bis dahin hatten die Befehlshaber der Teilstreitkräfte unter der Regie des Generalstabes, des Kriegsministeriums und des Ministers für Verteidigungskoordination die erforderlichen Einzelheiten auszuarbeiten.

Zwei Tage vor Weihnachten 1938, der letzten Friedensweihnacht vor dem Kriegsausbruch von 1939, beschloß der Reichsverteidigungsrat dann in seiner zweiten Sitzung, die Luftabwehr in London sofort zu verstärken, bestimmte Bereitschaftsmaßnahmen bei der Royal Navy durchzuführen und bis Ende März 1939 sämtliche Kriegspläne Englands fertigzustellen. Außerdem stimmte das Gremium dem Vorschlag von Halifax zu, die Zusammenarbeit mit dem

französischen Generalstab für den Fall zu verstärken, daß England allein von Deutschland angegriffen werde und Frankreich zur Hilfe eile.
Damit hatte Kirkpatricks alarmierender Bericht innerhalb von acht Tagen zwei äußerst bedeutsame Ergebnisse gezeitigt. Der Reichsverteidigungsrat, von den Anti-*Appeasern* bisher immer als »Rat zur Verhinderung der Verteidigung« bespöttelt, drehte die nach München ohnehin schon beschleunigte Kriegsmaschine Englands auf noch höhere Touren. Er bereitete das Land außerdem darauf vor, die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich zu verstärken. Seit dem Ersten Weltkrieg hatten sämtliche englische Regierungen diesen Schritt vermieden, aus Angst, dadurch in den nächsten Weltkrieg hineingezogen zu werden.
Die Beschlüsse des Reichsverteidigungsrates waren vor allem deshalb so bedeutsam, weil sie mit dem Aufbruch Lord Lothians zu einer Amerikareise und der Rückkehr Edens von einer Amerikareise zusammenfielen. Lothian verabschiedete sich am 16. Dezember von Chamberlain, just an dem Tag, an dem Kirkpatricks Horror-Story in London für helle Aufregung sorgte. Ex-Außenminister Eden besuchte seinen Nachfolger Halifax am 21. Dezember, just einen Tag, bevor England seine Kriegsbereitschaft und seine militärische Zusammenarbeit mit Frankreich verstärkte. Dieser zeitliche Zusammenhang war gewiß kein Zufall. Er beweist vielmehr, daß US-Präsident Roosevelt in dieser kritischen Phase die entscheidende Bezugsperson der englischen Politik war.
Eden hatte bekanntlich schon am 13. Dezember mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen, und Lothian beabsichtigte, Roosevelt in den ersten Tagen des Neuen Jahres zu sehen. Jeder der beiden Briten versuchte auf seine Weise, England und die USA zusammenzuführen, die sich ihrerseits bereits um Frankreich und Polen bemühten. Dabei war Kirkpatricks Horror-Story von Hitlers angeblich bevorstehenden »Blitzschlag« gegen London nur als Initialzündung ausersehen. Sie sollte dafür sorgen, daß die überlegene Mächtekombination, von der die Anti-*Appeaser* bisher immer nur geträumt hatten, nun endlich Wirklichkeit wurde – mit dem amerikanischen Weltfriedenspräsidenten an der Spitze.
Damit begannen die Westmächte an der Jahreswende 1938/39 den Rubikon zu überschreiten [35a], und es war ebenfalls kein Zufall, daß Lothian und Eden dabei die Rolle von Zwischenträgern spielten. Der schottische Edelmann, Hitlers verständnisvoller Gesprächspartner aus den Jahren 1935 und 1937, hatte inzwischen eine bezeichnende Wandlung durchgemacht. Einst von der Notwendigkeit einer zeitigen und umfassenden Verständigung zwischen Deutschland und England überzeugt – einer Verständigung freilich, die England möglichst wenig kosten sollte – glaubte Lothian jetzt, daß Amerika den »Schlüssel zur Zukunft« habe. Dieser Überzeugungswandel war bei einem Mann, der bereits einige Häutungen hinter sich hatte, sicher nichts Ungewöhnliches. Wahrscheinlich hatte Lothians Wendung auch nur wenig mit Charakterstärke und Moral zu tun, mehr mit politischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen.

Im Grunde seines Herzens war der unverheiratete Publizist, der auf seinen Schlössern ein einsames und gottesfürchtiges Leben führte, jedoch immer ein liberal-demokratischer Internationalist englischer Prägung geblieben und ein Anhänger der Christlichen Wissenschaft, der jetzt einfach seine politisch-moralischen Grundüberzeugungen wiederentdeckte.
Lothian hatte bereits von seinem politischen Lehrmeister Lloyd George gelernt, daß es stets darauf ankomme,

»zu entdecken, welches in den nächsten zwanzig Jahren wahrscheinlich die dauerhaften politischen Kräfte sind und eine politische Lösung zu errichten, die Dauer haben wird, weil sie mit diesen Realitäten übereinstimmt«. [36]

Aus der Sicht von 1935 oder noch 1937 waren ihm Hitler und der Nationalsozialismus als »die dauerhaften politischen Kräfte« erschienen, denen die Zukunft gehörte. Aber angesichts der Krise, die das Dritte Reich inzwischen erfaßt hatte, und angesichts der zunehmenden Isolierung, in die es durch das wachsende Engagement der Vereinigten Staaten in Europa geriet, schätzte Lothian die Zukunft neuerdings anders ein. Er begann wieder von jener Union der englisch-sprechenden Völker zu schwärmen, die ihn schon 1915 beflügelt hatte.
Im Grunde ging es Lothian ähnlich wie seinen Freunden Halifax und Dawson, dem Außenminister und dem Herausgeber der Londoner *Times*, Männer, die er seit den Tagen von Lord Kitchners »Kindergarten« kannte. Der Stimmungsumschwung diesseits und jenseits des Atlantiks war seit München und der Reichskristallnacht ziemlich allgemein, und es war schwer zu sagen, welchen Einfluß die amerikanischen Freunde im einzelnen auf Lothian hatten – Roosevelts »graue Eminenz«, Felix Frankfurter, der gerade zum Obersten Bundesrichter avancierte, der Teilhaber der Morgan-Bank, Thomas Lamont, und Arthur Sulzberger, Herausgeber der *New York Times*. Außerdem war Lothian im Begriff, innerhalb der amtlichen englischen Außenpolitik eine äußerst wichtige Funktion zu übernehmen, was den ohnehin geschmeidigen Mann für diplomatische Finessen noch empfänglicher machte.
Gegen die Widerstände der Anti-*Appeaser* im eigenen Amt, die den ehemaligen *Appeaser* und Amateurdiplomaten nicht akzeptieren wollten, hatte Halifax seinen Freund Lothian bereits im August 1938 als neuen Botschafter in Washington durchgeboxt, also schon lange vor München. Die Akkreditierung sollte zwar erst nach der königlichen Amerika-Reise im Juni 1939 erfolgen, die George VI. noch gern an der Seite des alterfahrenen Botschafters Lindsay absolvieren wollte. Aber der Monarch und der Premierminister hatten der Ernennung Lothians bereits ihren Segen gegeben, und solange der liebenswürdige Geschäftsführer des *Rhodes-Trust* noch nicht offiziell im Amt war, genoß er die Bewegungsfreiheit eines Privatmannes, eine Bedingung, unter der die Diplomatie der angelsächsischen Mächte von jeher ihre Höchstleistungen vollbrachte.
Die Einladung Roosevelts an König Georg VI. und der von Halifax betrie-

bene Wechsel von Lindsay zu Lothian zeigten, worin der amerikanische Präsident und der englische Außenminister übereinstimmten: Das Image Englands in Amerika bedurfte dringend der Aufbesserung, eine Tatsache, aus der nach der Reichskristallnacht ein Imperativ wurde. Außerdem hatte sich Lindsay in den Augen der Roosevelt-Administration im Zusammenhang mit der völkerrechtlichen Anerkennung von Italienisch-Abessinien kompromittiert, als er es offenbar nicht verstand, seiner Regierung die moralische Abscheu Washingtons vor diesem Schritt deutlich zu machen. Viele US-Journalisten, Senatoren und Kongreßleute empfanden den Ton der englischen Botschaft an der Massachusetts-Avenue als so distanziert und arrogant, daß englische Noten, Aide-Mémoires oder Memoranden in ihren Ohren häufig wie englische Befehle klangen.

Hier sollte Lothian Abhilfe schaffen. Der weitgereiste Kosmopolit überquerte fast jedes Jahr den Atlantik und fühlte sich immer 15 Jahre jünger, wenn er in New York ankam, wo die Wolkenkratzer in den Himmel wuchsen. Der schottische Liberale hatte viel Erfahrung im Umgang mit den Medien, das richtige »*feeling*« für amerikanische Empfindlichkeiten und eine hoch entwikkelte Fähigkeit, Politik auf höchster Ebene so zu diskutieren, als handle es sich um die letzten Baseball-Ergebnisse und nicht um die Ausführung hoch amtlicher Instruktionen, und das kam in Washington an. In Wirklichkeit war Lothians Aufgabe jedoch noch viel spezifischer. Halifax hatte ihm dieselbe Rolle zugedacht, die der englische Botschafter in Washington, Sir Cecil Spring-Rice, während des Ersten Weltkrieges so glänzend ausgefüllt hatte. Lothian sollte die Vereinigten Staaten auf den Kriegseintritt an der Seite Englands und Frankreichs vorbereiten, ohne daß die Amerikaner merkten, wie ihnen geschah.

Der wichtigste Unterschied zwischen diesen beiden Missionen bestand freilich darin, daß Lothian mit der Ausführung seines Auftrages bereits vor Ausbruch des Krieges begann, praktisch schon an der Jahreswende 1938/39, obwohl er erst am 31. August 1939 in Washington akkreditiert wurde. Das erforderte der aufgebrachte Zustand der öffentlichen Meinung Amerikas, die ständig das Schreckgespenst eines neuen Krieges an die Wand malte und die sich in ihrer Verachtung für Chamberlain und das *Appeasement* wie ein Alpdruck auf die englische Seele legte. Der Kern dieses Drucks war die Angst, von den Vereinigten Staaten im Stich gelassen zu werden, die Befürchtung, Roosevelt könnte die von ihm gegebene Hilfszusage wieder zurückziehen, wenn es einmal ernst werden würde.

Neben diesem negativen Druck gab es auch den positiven Druck, den Erwartungsdruck Amerikas. Die Roosevelt-Administration erwartete von der englischen Regierung, was sie auch von den Regierungen Frankreichs und Polens erwartete – daß sie Hitler nicht weiter entgegenkamen. Als Eden am 21. Dezember nach seiner Rückkehr ins Foreign Office kam und von seinen amerikanischen Reiseerfahrungen berichtete, war der Eindruck so niederschmetternd, daß einfach etwas geschehen mußte.

»Unsere Aktien könnten (bei Roosevelt – D.B.) nicht schlechter stehen infolge der Politik des Premierministers, die als pro-Diktator und pro-Nazi gilt«,

klagte Harvey im Anschluß an die Erzählungen des Ex-Ministers. [37]
Der Privatsekretär von Halifax tröstete sich zwar damit, daß sich Eden jenseits des Atlantiks offenbar mit Erfolg darum bemüht hatte, ein besseres England-Bild zu zeichnen. Großen Anklang hatte vor allem die Versicherung des englischen Konservativen gefunden, sein Land erwarte von Amerika nicht, daß es die englischen Kastanien aus dem Feuer hole – eine Metapher für einen neuen Geist des Mutes und der Entschlossenheit, für den bisher noch jedes sichtbare Anzeichen fehlte. Eden, der versucht hatte, Roosevelt den Verdacht auszureden, Chamberlain sei ein Nazi, vergaß nämlich nicht, in London zu berichten, der amerikanische Präsident sei äußerst besorgt über die europäische Lage, besonders über die schwache Luftabwehr Englands, die umgehend verbessert werden müsse.
Angesichts des doppelten Drucks von Angst und Erwartung, unter dem England stand, kamen Kirkpatricks Horror-Geschichte, Lothians Abreise und Edens Rückkehr gerade recht. US-Botschafter Kennedy telegrafierte extra an Chamberlain, der Besuch Edens habe mehr für die amerikanisch-englischen Beziehungen getan als jeder andere, an den er sich erinnern könne, und der Reichsverteidigungsrat faßte seine zukunftweisenden Beschlüsse, um den doppelten Druck abzubauen.
Lothian hatte von der »Blitzschlag«-Panik gerade noch soviel mitbekommen, daß er ein Gefühl ohnmächtiger Bedrohung mit nach Amerika nehmen konnte und ein Memorandum von Sir Maurice Hankey, dem Sekretär des Reichsverteidigungsrates, mit dem er schon während des Ersten Weltkrieges unter Lloyd George zusammengearbeitet hatte. In diesem Papier stand der berühmte Satz:

»Die erste Verteidigungslinie ist für die Vereinigten Staaten die französische Armee«,

eine Formel, die in etwas veränderter Form wenige Tage später publik wurde und die ganze Welt in Aufruhr versetzte. Dieses Wort von der »amerikanischen Grenze am Rhein« beherrschte fortan die transatlantische Diskussion als Zeichen der Hoffnung für die westeuropäischen Demokratien, als Zeichen der Drohung gegen die Diktatorstaaten. [38]
Roosevelt erreichte in diesen Tagen freilich noch ein anderes Memorandum. Es zeigte, welche Frage die amerikanische Regierung an der Jahreswende 1938/39 am meisten beschäftigte: Was geschieht mit den Vereinigten Staaten, wenn Hitler – nach einem »Probekrieg« gegen oder einer Verständigung mit Polen – die Ukraine erobert, gemeinsam mit Mussolini Frankreich besiegt und im Verein mit den japanischen Militärs das englische Weltreich so schwächt, daß es entweder zu einer zweitrangigen Macht absinkt oder ganz zusammenbricht? Kennedy, der London schon am 9. Dezember verlassen hatte, schickte das Papier am 19. Dezember vom New Yorker *Rockefeller Center* aus direkt an das Weiße Haus, bevor er in den Weihnachtsurlaub ging.

Der amerikanische Botschafter hatte sich das Memorandum, das auf einen Auftrag aus Washington zurückging, von einem halben Dutzend hochstehender Engländer anfertigen lassen, unter denen sich auch Lothian befand. Die Autoren sahen voraus, daß die drei Achsenmächte bei einem Untergang Englands und des Empires, worunter vor allem das Ende der englischen Seemacht verstanden wurde, folgendes verlangen und erreichen würden:

- die Auslieferung der *Royal Navy*;
- die Übergabe aller strategischen Flotten- und Luftstützpunkte wie Gibraltar, Falkland Inseln, Ägypten, Suezkanal, Aden, Ceylon, Singapur, einige südpazifische Inseln;
- die Herausgabe riesiger Kolonialgebiete in Afrika, insbesondere Westafrika und anderswo, um sie ihrem eigenen »Zollverein« einzuverleiben (das Memorandum benutzte das deutsche Wort).

Auf diese Weise würden die drei Achsenmächte die Herrschaft oder Kontrolle gewinnen über

- die Ozeane und Hochsee-Wasserstraßen, insbesondere über die Passage zwischen Nord- und Südatlantik;
- Südafrika, evenutell Teile Südamerikas, Australien und Neuseeland;
- Portugal und Spanien mit den Azoren, Madeira und Teneriffa;
- Handel, Währungssysteme und andere Kommunikationsmittel einer großen Anzahl von Ländern, die daraufhin in ihrem Waren- und Geldverkehr mit Drittländern wie den USA zu bilateralen Präferenzverträgen übergehen würden (wie sie das Dritte Reich praktizierte).

Vielleicht würden die Achsenmächte außerdem die Westindischen Inseln, Britisch- und Französisch Guyana gegen Irland eintauschen, um die USA günstig zu stimmen. Trotzdem, so das Memorandum, würde dies alles bedeuten, »daß sie die Welt beherrschen könnten.«

Für die Vereinigten Staaten würden sich daraus folgende Konsequenzen ergeben:

1. *Strategisch-militärisch*

- eine enorme Erhöhung der Verteidungsausgaben;
- der friedliche Erwerb oder die kriegerische Eroberung von Flotten- und Luftstützpunkten wenigstens im Atlantik bis zu einer Tiefe von 1000 Meilen, eventuell sogar in Westafrika;
- eine ungeheure Komplizierung der Verteidigung der Monroe-Doktrin.

Das hieß, die USA müßten

> »im Interesse ihrer Sicherheit bis zu einem gewissen Grade in das Spiel des imperialistischen Wettbewerbs eintreten«,

(was sie bisher im Interesse ihres Image-Imperiums vermieden hatten).

2. *Politisch-ideologisch*

In einer solchen unsicheren und unfriedlichen Welt würden Freiheit und Demokratie überall stark zurückgehen. Sie wären auf die Dauer selbst in den Vereinigten Staaten gefährdet.

3. *Wirtschaftlich-gesellschaftspolitisch*
Daran würde auch der »alte freie kapitalistische Austausch« Schaden nehmen.

In Anbetracht dieser Gefahren hatten die USA nach Meinung der Autoren nur noch die Wahl,

– entweder

»die Kontrolle der Ozeane durch die Demokratien zu unterstützen, was in der Vergangenheit immer die eigentliche Grundlage ihrer Sicherheit gewesen ist«;

– oder

»die Dinge laufen zu lassen, den totalitären Mächten sowohl die politische, als auch die wirtschaftliche Herrschaft nicht nur über Europa und Asien, sondern auch über die Ozeane zu überlassen und sich mit der Errichtung eines bewaffneten Festungswalls rund um Nordamerika zu begnügen, in dem sie alle lebenswichtigen Positionen im Umkreis von 1000 Meilen besetzen.«

Der Rückzug der Demokratien gehe bereits soweit, daß es für die Vereinigten Staaten jetzt »keinen Mittelkurs« mehr gebe, stellten die Verfasser des Memorandums fest. Ausdrücklich warnten sie: Sollten die Vereinigten Staaten es zulassen,

»daß die europäischen Demokratien besiegt oder zur Unterwerfung gezwungen werden, könnten sie sich in einer Krise nicht mehr auf die bewaffneten Ressourcen Englands und Frankreichs verlassen . . . die Welt außerhalb Amerikas wäre in der Tat totalitär.«

Also blieb keine andere Wahl, als den ersten Weg zu beschreiten, wobei das Memorandum zwei Modelle vorschlug:
1. Eine Rückkehr zum Wilsonismus – nämlich zu der These,

»daß die Vereinigten Staaten erneut in den Kampf eintreten müssen, um ›die Welt sicher für die Demokratie zu machen‹, indem die Diktaturen durch Niederlage oder Propaganda überwältigt werden.«

2. Die Integration Europas

»entweder durch freiwillige Konföderation oder durch den beherrschenden Einfluß einer oder mehrerer Großmächte«,

wie sie zur Zeit unter Führung des Dritten Reiches stattfinde.

»Das mag zwar für Frankreich und England tödlich sein. Aber es wäre nicht tödlich in einer demokratischen Welt, die sich zur Selbstverteidigung vereinigt«,

schrieben die Autoren über Modell Nr. 2 weiter.
Die Folge wäre ihrer Meinung nach lediglich ein aus vier oder fünf Mächtegruppierungen bestehendes Weltsystem mit (1) Nord- und Südamerika, (2) England und Frankreich mit ihren Kolonialreichen, (3) das »germanische System«, (4) Rußland und (5) eine japanisch-chinesische Kombination.
Bemerkenswert, daß Hitlers Lebensraumziele im europäischen Osten von

diesen Engländern nicht als Bedrohung empfunden wurden, daß dieses fünf- oder (zu Lasten Rußlands?) vierpolige Weltsystem einen Platz für das Großdeutsche Reich vorsah, daß es auf Krieg verzichtete und eine ideologische Koexistenz zwischen Faschismus und Demokratie für möglich hielt. Wie wäre die Weltgeschichte verlaufen, wenn das Modell Nr. 2 Wirklichkeit geworden wäre?

Aber es wurde nicht Wirklichkeit. Denn obwohl die englischen Autoren des Kennedy-Memorandums zwischen den Zeilen kaum einen Zweifel daran ließen, daß sie für das Modell Nr. 2 optierten, vermieden sie jede konkrete Stellungnahme oder Empfehlung. Die Stellung Englands war ihrer Meinung nach schon so geschwächt, daß sie nur noch feststellen konnten:

»Die Entscheidung über diese gewaltigen Fragen liegt jetzt bei den Vereinigten Staaten.«

Damit stand Roosevelt an der Jahreswende 1938/39 genau da, wo er sich immer hingewünscht hatte: An der Spitze der weltpolitischen Machtpyramide in der Position des Weltenrichters, eines »arbiter mundi«, der zwischen Behemoth oder Armageddon zu wählen hatte. Es wird wenige Momente in der Geschichte gegeben haben, in denen ein Politiker vor so klare Alternativen gestellt war wie er, vor eine Entscheidung von ähnlicher Tragweite, vor eine so furchtbare Wahl.

Sicher war Roosevelt bei seiner Entscheidung nicht frei – die Achsenmächte hatten in Europa, in Afrika, in Asien unbequeme Fakten geschaffen. Die westeuropäischen Demokratien waren vor ihnen zurückgewichen. Jeden Augenblick konnte irgendwo irgendetwas Unvorhergesehenes geschehen, was die Kräfteverhältnisse noch weiter zugunsten der Diktaturen verschob.

Aber auch ohne das alles wäre Roosevelt in seiner Entscheidung nicht frei gewesen. Eine Welt, die außerhalb Amerikas totalitär war? Eine Koexistenz mit Faschismus und Kolonialismus? Eine Zerschlagung Rußlands? Für einen liberal-demokratischen Internationalisten, der seine Ziele so hartnäckig und so aggressiv verfolgte wie der amerikanische Präsident, wäre das zweifellos undenkbar gewesen. Der Rückzug auf eine »Festung Amerika« kam in Roosevelts Konzeption der *einen* Welt nicht vor.

»Das ist ein mächtig interessantes Memorandum. Vielen Dank für die Zusendung«,

schrieb der Präsident höflich an Kennedy, aber auch etwas kurz angebunden. Das Memorandum bestärkte seinen Willen, Amerika ganz vorne, an der Kanalküste und am Rhein, zu verteidigen. Es bildete den Hintergrund für die Kongreßbotschaft des Präsidenten und die Verkündung seiner »*methods short of war*«. Es bekräftigte seine Entschlossenheit, so weiterzumachen wie bisher, wenn auch noch energischer: nachrüsten, die Frontstaaten in Europa kriegsbereit machen, die Diktatoren in die Enge treiben, bis sie aufgaben, stürzten oder explodierten.

Vielleicht sah Roosevelt aber auch schon, daß sich Modell Nr. 1 und 2 gar nicht

gegenseitig ausschlossen, daß man sie vielmehr als aufeinanderfolgende Schritte einer globalistischen Gesamtkonzeption betrachten konnte: erst Niederwerfung der Achsenmächte, dann Integration Europas unter dem Zepter Amerikas. Solche Gedanken waren ja damals bei Leuten wie Monnet und Dulles, die nach 1945 maßgeblich die Nachkriegswelt gestalteten, ohne Zweifel schon vorhanden.

Jedenfalls wußte der Präsident, daß die Dinge auf Spitz und Knopf standen, als er am 2. Januar 1939 Lothian im Weißen Haus empfing. Der Lord hatte sich am 17. Dezember 1938 auf dem Luxusdampfer »Normandie« eingeschifft und einen Tag vor Heiligabend von New York aus um einen Gesprächstermin gebeten. Aus den 15 Minuten, die ihm das Büro des Präsidenten zugebilligt hatte, wurde eine Stunde.

Die Unterredung zwischen Roosevelt und Lothian verlief freilich alles andere als harmonisch. [40] Der Engländer suchte den Präsidenten vor allem deshalb auf, um ihm mit beschwörenden Worten klarzumachen, daß England und Frankreich ohne die praktische Unterstützung Amerikas keine Chance hätten, eine militärische Auseinandersetzung mit Hitler zu bestehen. Zur Illustration dessen erzählte er ihm von Kirkpatricks »Blitzschlags«-Geschichte und überreichte ihm das Memorandum, das der Sekretär des Reichsverteidigungsrates, Sir Maurice Hankey, seinem Freund heimlich mit auf die Reise gegeben hatte. Dabei benutzte Lothian so pathetische Wendungen wie »den Speer aufheben« oder »die Fackel weiterreichen«, um seine Meinung zu veranschaulichen, daß Amerika nach den 150 oder 1000 Jahren, in denen England die Zivilisation verteidigt habe, diese Aufgabe nun übernehmen müsse.

Aber damit war Lothian bei Roosevelt an der falschen Adresse. Hatte nicht Eden eben erst versichert, England erwarte nicht, daß Amerika die Kastanien aus dem Feuer hole? Und nun dieses defätistische Gerede! Zwar hörte der Präsident gern, daß der ehemalige *Appeaser* endlich selbst zu der Erkenntnis gekommen war, mit Hitler könne man eben nicht verhandeln. Aber in Anbetracht der Memoranden, die er von Kennedy und Hankey erhalten hatte, in Anbetracht auch der Kriegsgerüchte, die über den Atlantik drangen, in Anbetracht schließlich der Berichte von Botschafter Biddle wußte der Präsident, daß die Entscheidung in Europa nahe war. Jetzt oder nie mußte gehandelt werden mit einem England, das vor dem Risiko des Krieges nicht länger zurückschreckte.

Deshalb reagierte Roosevelt auf Lothians Selbstmitleid mit einer Reihe heftiger Vorwürfe, die seine Differenzen mit Chamberlain noch einmal scharf hervortreten ließen: England habe einen Minderwertigkeitskomplex, weil es zum ersten Mal in seiner Geschichte am Verhandlungstisch ausmanövriert worden sei. Es habe sich hinsichtlich der Non-Interventions-Politik in Spanien selbst betrogen. Die englische Oberklasse habe soviel Angst vor dem Kommunismus, der für England gar keine Bedrohung sei, daß sie sich dem Nazismus in die Arme geworfen habe, und nun wisse sie nicht, wie sie da wieder herauskomme.

Wie schon in seinem Gespräch mit Eden kritisierte Roosevelt auch die englische Palästinapolitik, die mit Rücksicht auf die Araber die jüdische Siedlungspolitik blockierte. Es war die diskrete Erinnerung daran, daß die USA 1917 erst dann an der Seite der Entente in den Ersten Weltkrieg eingetreten waren, nachdem sich der englische Außenminister Balfour dazu verpflichtet hatte, den Juden in Palästina eine nationale Heimstatt zu schaffen. Es war klar, daß die amerikanischen Juden ohne eine Einlösung dieses Versprechens kaum bereit sein würden, England im Zweiten Weltkrieg zu helfen.

Schließlich war Roosevelt so wütend über die englische »Wir, die wir sterben müssen, grüßen euch«-Attitüde, daß er kaum noch weitersprechen konnte. Immerhin brachte er noch eine Drohung heraus, die, obgleich sie mit einem Versprechen versüßt wurde, Lothians Atem stocken ließ: Er, der amerikanische Präsident, sei zwar bereit zu helfen, wo er nur könne, zum Beispiel auch, um die Munitionsknappheit Englands zu beheben. Aber wenn es sich weiter »duckt wie ein Feigling«, werde er überhaupt nichts mehr tun.

Zuckerbrot und Peitsche, so wurde England auf dem Weg in den Krieg vorangetrieben. Dahinter stand die zweifellos übertriebene Vorstellung des Präsidenten, daß »die ganze Welt bedroht« sei,

»wenn die Rheingrenze fällt. Dann ist die deutsche Einflußsphäre unbegrenzt.« [41]

Präsident Roosevelt betrachtete die kriegsentschlossene Haltung Englands gegenüber Hitler und Mussolini als Bringschuld, und die Anti-*Appeaser* in London waren bereit, ihm dabei so weit wie möglich entgegenzukommen. Seit Edens Rückkehr aus Amerika war in London plötzlich wieder von der Aufnahme des ehemaligen Außenministers in die Regierung die Rede, und Churchill reiste Anfang 1939 wieder einmal nach Frankreich, um vor seinem Urlaub an der Riviera mit seinen Freunden in Paris zu konspirieren.

»Inzwischen hat Chamberlain, indem er alles bekräftigte, was Roosevelt (in seiner Kongreßbotschaft – D. B.) sagte, eine bedeutende Annäherung an meine Auffassung vollzogen«,

schrieb der große Widersacher triumphierend an seine Frau. Obwohl sich Churchill vergeblich bemühte, das Tanzen zu erlernen –

»wir machen drei Schritte und dann einen Hops, aber ich hopse immer an der falschen Stelle«

– schien er jetzt politisch endlich richtig zu liegen. [42]

Premierminister Chamberlain hatte zwar Mitte Dezember vor der Auslandspresse in London erklärt, die Beziehungen Englands zu Frankreich gingen über alle rechtlichen Verpflichtungen hinaus, weil sie sich auf eine »Identität der Interessen« gründeten. [43] Das und seine Replik auf Roosewelts Kongreßbotschaft wurde überall im liberal-demokratischen Lager mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Aber Chamberlains Entschlossenheit gegenüber den Diktatoren ließ doch noch sehr zu wünschen übrig. Sie war einfach nicht hart

und eindeutig genug. Hier sprang die Anti-Chamberlain-Fronde im Foreign Office hilfreich ein.

In den ersten Tagen des Neuen Jahres wollte der Präsident der *Bank of England*, Montague Norman, im Einvernehmen mit dem Premierminister und Schatzkanzler Simon nach Deutschland reisen, um in einem privaten Rahmen mit Hitler über die Lösung der Judenfrage zu sprechen. Goerdelers Freund Arthur Young hörte davon und alarmierte sofort den Vorsitzenden der Transportarbeitergewerkschaft, Ernest Bevin, und A. J. Cummings vom *News Chronicle*, einer Zeitung, die Chamberlain für »das gefährlichste englische Blatt« hielt. [44]

Der Bankier wurde daraufhin von Cadogan verwarnt, sich nicht in »unseriöse Verhandlungen« hineinzubegeben. [45] Norman, immerhin einer der mächtigsten Männer Englands, blieb nichts anderes übrig, als unter Protest zu versprechen, er werde in Berlin keinerlei Ergebnisse erzielen. Seine Ankunft in der Reichshauptstadt wurde vom *News Chronicle* und dem kommunistischen *Daily Herald* mit wütenden Kommentaren begleitet, die dem Emissär jegliche Legitimation für Verhandlungen absprachen.

Auf eine ähnliche Null-Lösung wurde Chamberlain von der Foreign-Office-Fronde auch vor seiner Reise zu Mussolini nach Rom festgelegt, dem vorletzten größeren *Appeasement*-Versuch seiner Regierungszeit. Bereits Mitte Dezember hatten sich die Dissidenten in Halifax' Amtszimmer versammelt, um zu beschließen, »nichts für nichts herzugeben«. Die Begründung: Durch irgendwelche Konzessionen im Mittelmeerraum

> »verärgern wir Frankreich und machen wir die USA argwöhnisch«. [46]

Die Folge: Außer einer weiteren Entfremdung zwischen England und Italien kam aus dem Gipfeltreffen Mitte Januar 1939 nichts heraus.

Seit Ende November 1938 war das Foreign Office fest entschlossen, die Annäherung zwischen den drei Westmächten auf Biegen und Brechen durchzuführen und die *Appeasement*-Politik auf dem Altar der westlichen Einheit zu opfern. Kirkpatricks Horror-Story hatte ausgericht, die Operation anzuschieben. Aber plötzlich kam sie an der Jahreswende 1938/39 ins Stocken: Die »Blitzschlag«-Geschichte ließ sich vom englischen *Strategic Intelligence Service* beim besten Willen nicht erhärten. Aus dem von langer Hand geplanten Brückenschlag Englands zu den anderen Westmächten, dessen Stützpfeiler die akute Luftdrohung Hitlers gegen London sein sollte, drohte ein gigantischer Schuß in den Ofen zu werden.

Fast alle Anzeichen sprechen dafür, daß es sich bei den Informationen des ehemaligen Botschaftssekretärs um eine reine Erfinung handelte, allein dazu bestimmt, den außenpolitischen Entscheidungsprozeß Englands manipulativ in eine bestimmte Richtung zu lenken. Im Gegensatz zu seiner Geschichte von dem konspirativen Treffen mit dem ehemaligen deutschen Außenminister in Berlin, das Kirkpatrick in seinen 1959 veröffentlichten Memoiren kunstvoll ausspinnt, gibt es nämlich noch zwei andere Versionen, die ganz anders lauten.

So berichtet Halifax in seinen zwei Jahren vorher publizierten Memoiren, [47] der Botschaftssekretär habe sich im nächtlich dunklen Tiergarten von Berlin mit einem deutschen Generalstabsoffizier getroffen, der ihm von einem angeblich bevorstehenden »totalen Luftangriff gegen England« erzählt und diesen auch gleich noch für Mitte März 1939 vorhergesagt habe. Als Warnsignal wollte der unbekannte Offizier kurz vor dem Tag X eine Seite aus dem Telefonbuch der deutschen Reichshauptstadt nach London schicken.

Cadogan wiederum schreibt in seinem Tagebuch [48] – also in einem ganz geringen Zeitabstand zum tatsächlichen Geschehen – Kirkpatricks Geschichte stamme von dessen »Freund K«. Das ist ein klarer Hinweis auf Erich Kordt, der dem deutschen Widerstand angehörte. [49] Kordt war zwar kein früherer deutscher Außenminister, aber immerhin Legationsrat und Bürochef des amtierenden deutschen Außenministers Ribbentrop, ein zusätzliches Indiz für seine Urheberschaft.

Kordt und dessen älterer Bruder Theodor, der 1938/39 an der deutschen Botschaft in London als Botschaftsrat und Geschäftsträger wirkte, gehörten einer im deutschen Auswärtigen Amt tätigen Widerstandsgruppe an. Erich Kordt hatte aber auch enge Verbindungen zu anderen Fraktionen der deutschen Regime-Opposition, die sich in der militärischen Abwehr um Admiral Canaris und Oberstleutnant Oster sowie in der deutschen Armeeführung um den Generalstabchef Halder gruppierten. Der unauffällige und schmale Rheinländer mit der strengen Hornbrille und dem glatt zurückgekämmten Haar, der immer etwas wieselig wirkte, setzte seine Friedenshoffnungen ähnlich wie Goerdeler auf den Sturz Hitlers durch Druck aus dem Ausland.

Kordt hatte sich schon im Herbst 1938 auf unkonventionelle Weise in das Krisenmanagement um die Tschechoslowakei eingeschaltet. Im Auftrag Osters reiste er damals heimlich nach England. Er traf sich auf Vermittlung durch andere Personen in der Nacht vom 7. auf den 8. September 1938 unter vier Augen mit Halifax, und zwar in Downing Street Nr. 10, wohin Kordt unbemerkt durch den Garteneingang gelangte.

In diesem Gespräch gab sich der Deutsche als Sprecher einer einflußreichen Gruppe von oppositionellen Militärs und Politikern aus, die Hitler um des Friedens Willen stürzen wollten. Um den englischen Außenminister zu überzeugen, wies Kordt eine Erklärung vor, die der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, für diesen Zweck formuliert hatte. In ihr hieß es u. a., der Erste Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen, wenn Halifax' damaliger Amtsvorgänger Grey unmißverständlich dargelegt hätte, daß England im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich nicht abseits stehen werde. Diese Auffassung schien Kordts Gesprächspartner zu überzeugen, denn Halifax beauftragte daraufhin Henderson, Außenminister Ribbentrop eine entsprechende Warnung zu überbringen. Der englische Botschafter in Berlin weigerte sich jedoch, diesen Auftrag auszuführen, weil er der Überzeugung war, dieses werde erst recht den Zweiten Weltkrieg auslösen. Daraufhin lenkte Halifax ein, Chamberlain flog nach Berchtesgaden, um sich mit Hitler zu verständigen

und die deutsche Militäropposition mußte ihren gepanzerten Arm, den sie zur Gefangennahme oder Tötung des Führers bereits erhoben hatte, unverrichteter Dinge wieder sinken lassen. Da Hitler den Befehl zum Einmarsch in die Tschechoslowakei nicht gab, konnte der Befehl zum Putsch gegen ihn von Halder nicht gegeben werden.

Nach der Reichskristallnacht provozierte Kordt einen Krach mit Ribbentrop, der ihn gerade zum Vortragenden Legationsrat ernennen wollte. An und für sich entschlossen, aus den Diensten des Dritten Reiches auszuscheiden, nahm der Beamte erst einmal Urlaub und begab sich nach London, wo er sich bis Mitte Dezember aufhielt, um jüdischen Freunden zur Auswanderung in die USA zu verhelfen. Während dieses Aufenthaltes traf er u. a. auch mit Sir Robert Vansittart zusammen, Koordinator des FOCUS-Netzwerkes im Foreign Office, das bis Churchill und Roosevelt reichte. [50]

Diesmal enthielten die Informationen, die Kordt nach England mitbrachte, die entscheidende Variante, daß Hitler in naher Zukunft beabsichtige, England direkt anzugreifen, wenn man in London nicht bestimmte Luftverteidigungsmaßnahmen ergreife. Im Gegensatz zur September-Krise ging es im Dezember 1938 also nicht mehr um Frankreich und dessen Verbündeten, die Tschechoslowakei, sondern angeblich um die Selbsterhaltung Englands. Ohne Zweifel sollte dadurch ein noch stärkerer Zwang auf die englische Regierung ausgeübt werden, gegenüber dem Dritten Reich in eine unerbittliche Abwehrhaltung zu gehen.

In Anbetracht aller Umstände ist es wahrscheinlich, daß Kordt seinen Freund Kirkpatrick, der subjektiv vielleicht gutgläubig war, gar nicht in Berlin, sondern erst in London mit der »Blitzschlag«-Geschichte spickte. Kirkpatrick verfälschte die Details der Informationsübergabe und die Identität seines Informanten nur, um Kordt, der befürchtete, von der Gestapo beschattet zu werden, vor Verfolgung zu schützen. Gegenüber Halifax oder Vansittart bestand freilich kein Zwang zu solcher Diskretion, weil Kirkpatrick politisch auf der Linie der Foreign-Office-Dissidenten lag und weil er zu seinem Außenminister ein besonderes Vertrauensverhältnis unterhielt, seit er Halifax im November 1937 auf den Obersalzberg begleitet hatte.

Aber waren Kirkpatrick und seine Kollegen wirklich so gutgläubig? Der weitere Ablauf der Ereignisse schließt diese Annahme so gut wie aus. Obwohl die Geschichte, die Kirkpatrick am 15. Dezember mit ins Amt brachte, die Frage nach Frieden und Krieg aufwarf, fertigte der Unglücksbote keinerlei schriftliche Aufzeichnung von seinen erregenden Neuigkeiten an. Kirkpatrick durfte sogar am nächsten Tag für zwei Wochen in den Urlaub aufs Land fahren, so daß er seinen Vorgesetzten für Rückfragen nicht mehr zur Verfügung stand. Inzwischen hatte Halifax, ohne sich mit der sachlichen Prüfung der Informationen aufzuhalten, die den Tod von Millionen Menschen bedeuten konnten, noch am 15. Dezember den Premierminister alarmiert, der für den nächsten Tag den Reichsverteidigungsrat einberief. Ein solches Verhalten verstieß nicht nur gegen die elementarsten Regeln der Amts- und Aktenführung. [51] Es läßt

auch den Schluß zu, daß die Spitze des Foreign Office von vornherein eingeweiht war und die Geschichte möglicherweise sogar bestellt hatte.
So kam es, daß das höchste sicherheitspolitische Gremium des Vereinigten Königreiches seine wegweisenden Beschlüsse vom 16. und 22. Dezember aufgrund von Informationen faßte, die auf einem großangelegten Täuschungsmanöver beruhten und die mit anderen Erkenntnissen über Deutschlands Absichten im krassen Widerspruch standen. [52] Es stellte sich sogar in diesen Tagen heraus, daß der englische *Secret Intelligence Service* die Kordt-Kirkpatrick-Ente trotz aller Bemühungen nicht zu erhärten vermochte. Im Gegenteil, alle Informationen der Abwehr wiesen daraufhin,

»daß Hitler beabsichtige, sich im Frühjahr nach Osten zu bewegen und nicht nach Westen«,

wie der für Geheimdienstangelegenheiten zuständige Gladwyn Jebb am 6. Januar 1939 feststellte. [53] Bis dahin hatte Kirkpatrick noch nicht einmal den Fragebogen erhalten, auf dem er bestätigen sollte,

»daß Hitler . . . dem ›Blitzschlag‹ zugestimmt habe . . .« [54]

Der Reichsverteidigungsrat hatte die außenpolitische Weichenstellung also nicht nur aufgrund von ungeprüften, sondern – selbst aus der Sicht des englischen Geheimdienstes – sogar unzutreffenden Informationen eingeleitet. Seine Beschlüsse fußten nicht auf harten Tatsachen – dem festen Plan oder Befehl Hitlers, London zu bombardieren – sondern auf einer reinen Fabrikation, die das Foreign Office von langer Hand vorbereitet hatte. Der Leitung des Foreign Office kam es lediglich auf die politischen Wirkungen an, die sich mit der Kordt/Kirkpatrick-Geschichte erzielen ließen. Ein gezielt ausgestreutes Gerücht, das durch seine Präsentation den Anstrich einer gewissen Wahrscheinlichkeit erhielt, sollte die Regierung Chamberlain dazu bringen,

- die von Roosevelt gegenüber Eden und Lothian angemahnte Verbesserung der englischen Luftverteidigung als symbolhaftes Zeichen dafür durchzuführen, daß England seine Bringschuld einer kriegsentschlossenen Haltung gegenüber Deutschland erfüllte;
- Belgien, Frankreich, Holland und die Vereinigten Staaten von Amerika zu alarmieren und zu einer bündnisähnlichen Mächtekombination zusammenzuführen, die England wiederum befähigte, gegenüber Mussolini und Hitler eine kompromißlose Haltung einzunehmen;
- die Prophezeiung von einem bevorstehenden Westangriff Hitlers in die Welt zu setzen, die sich entweder von selbst erfüllte – dann gab es Krieg, in dem sich der Zusammenschluß der Westmächte bewähren würde; oder die sich nicht erfüllte – dann würde Hitler wie am 21. Mai 1938 eine schwere Prestigeeinbuße erleiden, weil man ihm dann vorhalten konnte, er sei vor den Vergeltungsdrohungen des Westens zurückgewichen.

Tatsächlich kursierte seit dem mißglückten Putsch während der September-Krise in den Fraktionen des deutschen Widerstandes, denen Kordt nahestand,

eine sog. »Rückschlagstheorie«. [55] Generalstabschef Halder und die militärische Abwehr um Oster glaubten, daß die Wehrmacht nur

»im Fall eines weithin sichtbaren, durch keinerlei Propagandakünste zu vertuschenden Rückschlages«

gegen Hitler vorgehen würde. »Die Wende war nur außenpolitisch zu erhoffen«, meinte Hans-Bernd Gisevius. Der Abwehrmann hielt, als deutscher Vizekonsul getarnt, von Zürich aus die Verbindungen nach England und wahrscheinlich auch nach Amerika.
In einem Gespräch, das der deutsche Generalstabschef mit Gisevius im Frühherbst 1938 geführt hatte, war Halder angeblich sogar soweit gegangen, um eines solchen Rückschlages Willen

»das Risiko erster Kriegshandlungen, auch von Bombardierungen, in Kauf zu nehmen«.

Alle Planungen der militärischen Regime-Opposition basierten seither auf der Annahme,

»daß man im westlichen Lager keinen neuen ›Blitz‹ hinnehmen werde«.[56]

Auch Churchill schien mit ähnlichen Gedanken schwanger zu gehen. [57] Nach einer Bombardierung Londons durch die deutsche Luftwaffe, so kalkulierte er in jenen Wochen, reagieren die USA empört und treten in den Krieg ein, während Frankreich gemeinsam mit England im Mittelmeer Italien besiegt. Mit der »Blitzschlag«-Geschichte hängte sich das Foreign Office also gewissermaßen in die Rückschlags-Konzeption des deutschen Widerstandes und der englischen Anti-*Appeaser* ein, d. h. es nahm ein hohes Kriegsrisiko bewußt in Kauf. Mit wieviel Vorbedacht dabei gehandelt wurde, zeigten die Einzelheiten der Operation. Sie bewiesen, daß nicht nur der deutsche Widerstand, sondern auch der amerikanische Präsident über einen Mittelsmann seine Finger im Spiel hatte.
Im Grunde handelte es sich bei der »Blitzschlag«-Panik um dasselbe Schema, das auf westlicher Seite auch schon die Tschechoslowakei-Krise gekennzeichnet hatte. Damals hatte es unmittelbar im Zusammenhang mit Kordts Besuch bei Halifax eine Fühlungnahme zwischen dem englischen Außenminister und Roosevelt gegeben, wobei man sich des US-Botschafters Kennedy als Mittelsmann bediente: Nachdem Kordt den englischen Außenminister in der Nacht vom 7. auf den 8. September zu einer unnachgiebigen Haltung gegenüber Hitler überredet hatte, fragte Halifax am 10. September bei Kennedy an, welche Haltung die USA einnehmen würden, sollte England eine warnende Note an Deutschland richten. [58] Kennedy antwortete ausweichend. Halifax fühlte sich ermutigt. Drei Tage später wies er den englischen Botschafter in Washington vorsorglich an, im Falle eines Kriegsausbruchs nach freiem Ermessen zu entscheiden, ob England mit dem Ersuchen an Roosevelt herantreten solle, beim Kongreß die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes zu beantragen. [59] So dicht stand der Westen damals am Rande des Krieges, der dann nur

noch durch den »Zusammenbruch Bonnets« und Chamberlains Reise nach Berchtesgaden abgewendet wurde.

Aber es gab auch gravierende Unterschiede. Im Gegensatz zur Tschechoslowakei-Krise handelte es sich bei der »Blitzschlag«-Panik nicht um den angeblich kurz bevorstehenden Angriff Hitlers auf ein ostmitteleuropäisches Land oder dessen Verbündeten Frankreich, sondern um einen angeblich geplanten Angriff auf England. Dessen Sicherheit war aber nicht nur für die Sicherheit Westeuropas, sondern auch für die Sicherheit Amerikas eine conditio sine qua non. Diese Tatsache vereinfachte die Operation, weil sie den Zwang zu energischer Gegenwehr auch für die politischen Kräfte einsichtig machte, die wie die englischen *Appeaser* oder Teile der amerikanischen Öffentlichkeit an und für sich gegen eine Konfrontation mit Deutschland und/oder gegen einen amerikanischen Kriegseintritt waren. Eine Bedrohung Englands durch Deutschland rechtfertigte, auch das war von vornherein abzusehen, in den Augen des überwiegenden Teils der Weltöffentlichkeit notfalls sogar das äußerste Gegenmittel, den Krieg. Einen Krieg aber würde England an der Seite Frankreichs und der Vereinigten Staaten siegreich überstehen.

So forderte der falsche »Blitzschlag«-Alarm nicht nur den Selbstverteidigungswillen Englands heraus. Er war außerdem dazu angetan, die Westmächte näher zusammenzuführen, was während der Tschechoslowakei-Krise nicht gelungen war. Jetzt aber war es aus zwei Gründen möglich: Die Dritte Republik und die USA befanden sich an der Jahreswende 1938/39 in einer ganz anderen Verfassung als während der September-Krise. Sie waren zumindest auf dem besten Wege dazu, und auch das war den internationalen Gerüchteköchen nicht entgangen. Frankreich, durch die Rüstungskooperation mit Amerika und die demokratischen Freunde Morgenthaus und Churchills gestärkt, bewegte sich in Richtung auf die *»union sacrée«*, den heiligen Bund, den die Grande Nation in Kriegszeiten zu bilden pflegt. Polens Außenminister Beck war sogar der Auffassung, daß »eine Entscheidung zugunsten eines Krieges heute nur in Paris getroffen werden könne«. [60] Auch die Vereinigten Staaten waren zumindest psychologisch der *»preparedness«*, der Kriegsbereitschaft, ein gutes Stück nähergerückt. Mit Hilfe Frankreichs und der USA würde England einen Krieg nicht nur führen, sondern auch gewinnen können.

Eigentlich brauchte man nur noch einen Grund, Anlaß oder Vorwand dafür. Im Jahr 1938 hatte man viel von der Bedrohung der französischen Hauptstadt durch die deutsche Luftwaffe gesprochen, was auf den Weg nach München führte. War London vielleicht weniger bedroht? Diesmal wurde die in der Öffentlichkeit stark übertriebene Überlegenheit der deutschen Luftwaffe durch den falschen »Blitzschlag«-Alarm freilich wie durch einen Taschenspielertrick gegen Hitler gekehrt: Unter dem Eindruck der angeblichen, aber aktuell gar nicht gegebenen Bedrohung der englischen Hauptstadt aus der Luft brachten Kordt, Kirkpatrick, Halifax und Cadogan den englischen Regierungschef dazu, eine Position aufzugeben, die sämtliche Premierminister

vor ihm 20 Jahre lang mit peinlichster Genauigkeit beachtet hatten – den Grundsatz nämlich, keinen Militärpakt mit Frankreich einzugehen.
Die Vorgeschichte dieses Ereignisses mutete beinahe wie eine Kriminal-Story an. Am 10. Dezember hatte der unermüdliche Freund Goederlers, Arthur Young, wieder einmal den wirtschaftspolitischen Berater des Foreign Office, Ashton-Gwatkin, aufgesucht. Angeblich stand die deutsche Generalität wieder einmal zum Putsch bereit. Sie wartete nur noch auf ein Zeichen aus England, das Deutschland für die Zeit nach dem Sturz Hitlers ein gnädiges Schicksal verheißen sollte.
Wie Young von Dr. Schairer, Goerdelers Kontaktmann in London, gehört hatte, sah der Plan für den Staatsstreich folgendes vor: der nach Holland emigrierte Ex-Kaiser Wilhelm II. begibt sich an Bord eines deutschen Kriegsschiffes, um in einer öffentlichen Erklärung die deutsche Wehrmacht von ihrem Eid zu entbinden und seinem Enkel, Prinz Friedrich, die Krone anzutragen. Daraufhin schlägt die Armeeführung los, verhaftet Hitler und errichtet eine Militärdiktatur unter der Hohenzollernkrone – vorausgesetzt, sie hat vorher aus London eine verbindliche Zusage darüber erhalten, daß England den deutschen Schwächemoment nicht militärisch ausnützt und sich zu Verhandlungen mit dem nachnationalsozialistischen Deutschland bereiterklärt. Da die Aktion in der Zeit vom 18. bis 31. Dezember abrollen sollte, wurde diese Zusage von den deutschen Verschwörern bis zum 18. Dezember 1938 erwartet. [61]
So sah sich die englische Führung in diesen Tagen, da die Operation zur Herstellung der westlichen Einheitsfront anlief, erneut gezwungen, sich mit der Frage zu befassen, was besser für England sei – das baufällige, isolierte und in mancher Beziehung schwache Dritte Reich oder ein effizientes, von der Weltöffentlichkeit anerkanntes und daher starkes »Viertes Reich« à la Goerdeler, dessen außenpolitisches Programm zum Teil mit den Erfolgen Hitlers übereinstimmte. [62]
Chamberlain meinte etwas indigniert: »Diese Leute müssen ihren Kram allein machen.« Er sah sich außerstande, einer Oppositionsgruppe, die sich bisher durch nichts als durch die Beteuerung ihres guten Willens ausgezeichnet hatte, irgendwelche verbindlichen Zusagen zu machen. Auch Cadogan hielt nichts von der ganzen Sache, konnte sich aber nicht die Bemerkung verkneifen:

»Wenn etwas dran ist, dann ist es das größte Ding seit Jahrhunderten.« [63]

Seine Antwort auf Goerdelers Ansinnen,

»daß wir nicht über ein geteiltes Deutschland herfallen werden und mit jedem anständigen Regime zusammenarbeiten, das aus diesem Schlamassel erwächst«,

fiel dementsprechend unverbindlich aus.
Immerhin sah Goerdelers Putschplan vor, daß England und Frankreich erst einmal Hitler Verhandlungen über alle offenen Fragen anbieten sollten, um bei Ablehnung oder Anwendung von militärischer Gewalt einen Grund für den

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu haben. Der vorsichtige Staatssekretär konnte nicht ausschließen, daß der Führer das Verhandlungsangebot aufgreifen und dadurch die bereits laufende Operation des Foreign Office zur Stärkung der westlichen Solidarität stören würde. Deshalb verhielt sich Cadogan abwartend.
Cadogans Stellvertreter, Sir Orme Sargent, war sogar der Meinung:

»Eine direkt vorwärts gerichtete und effiziente Militärdiktatur mag sogar noch gefährlicher sein als das gegenwärtige Naziregime, das, so wie es ist, mit allen Arten von finanziellen und wirtschaftlichen Unfähigkeiten kämpft.«

Dagegen interessierte Halifax, der sich mit dem ganzen Komplex just an dem Tag befaßte, an dem Eden in Washington von Roosevelt empfangen wurde, ein ganz anderer Punkt:

»Ich kann kein positives Anzeichen dafür entdecken, daß Dr. Goerdeler und seine Gefährten irgend etwas Wirksames tun können für den Umsturz des gegenwärtigen Regimes.« [64]

Zwei Tage später, am 15. Dezember 1938 – es war der Tag vor Lothians Abreise nach Amerika – war dieses »positive Anzeichen« in Form der »Blitzschlag«-Desinformation plötzlich da. Diese von Kordt/Kirkpatrick offenbar auf Bestellung gelieferte Desinformation hatte für Halifax einen doppelten Wert: Sie stammte erstens nicht von dem aufdringlich-schwatzhaften Goerdeler, dessen vielen Ankündigungen noch nie Taten gefolgt waren, [65] sondern von einem Exponenten der militärisch-geheimdienstlichen Opposition, den der englische Außenminister bereits aus der September-Krise von 1938 als entschlossenen Akteur kannte. Zweitens verpflichtete die »Blitzschlag«-Geschichte die englische Regierung gegenüber dem deutschen Widerstand politisch zu nichts. Stattdessen hatte sie den entscheidenden Vorteil, daß sie genau in die laufende Operation des Foreign Office paßte, indem sie England dazu zwang, seine Luftabwehr zu verstärken. Dadurch würde England die von Roosevelt gerade wieder angemahnte Bringschuld einer kriegsentschlossenen Haltung erfüllen, den amerikanischen Beistand für den Ernstfall sicherstellen und damit die wichtigste Voraussetzung für einen engeren Zusammenschluß des Westens schaffen.
Halifax und Cadogan packten daher die Gelegenheit beim Schopf, indem sie Chamberlain und den Reichsverteidigungsrat alarmierten. Damit kamen sie auch dem Kalkül entgegen, das Erich Kordt und dessen politische Freunde bewegte: Entweder würde der Aufmarsch der westlichen Demokratien Hitler derartig massiv von weiteren Aktionen abschrecken, daß er bei der deutschen Bevölkerung politisch-psychologisch einen schweren Rückschlag erlitt und von den Militärs ohne eigene Prestigeverluste gestürzt werden konnte. Oder Hitler würde sich unter dem Eindruck der Westdrohung nach Osten wenden, um seine Position kurzfristig zu stärken, und durch eine Militäraktion im polnisch-russischen Morast versinken, so daß die Westmächte früher oder später über

ihn herfallen könnten. Über Hans-Bernd Gisevius wußten wahrscheinlich sogar die Amerikaner über den Plan des deutschen Widerstandes Bescheid, was ihre Mitwirkung zusätzlich erklären könnte. [65]
Das Entscheidende an dem ganzen »Blitzschlag«-Plan war nämlich einen Tag vor der Rückkehr Kirkpatricks aus Berlin, am 14. Dezember 1938, geschehen. An diesem Tag erhielt Chamberlain die schriftliche Zusage des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, hinter England würden

»im Fall eines Krieges mit den Diktaturen die industriellen Ressourcen der amerikanischen Nation stehen«. [67]

Damit war das Rohmaterial für die zwanzig- bis dreißigtausend Flugzeuge gemeint, die England brauchte, um die Luftüberlegenheit über Deutschland zu gewinnen. Das Papier enthielt außerdem einen Vorschlag, wie Chamberlain von diesem Beistandsversprechen in der Öffentlichkeit Gebrauch machen könne, ohne den US-Präsidenten dadurch in Konflikt mit dem Neutralitätsgesetz zu bringen.
Durch diese Vorleistung Roosevelts wurde Chamberlain in doppelter Weise auf den Schock präpariert, der ihn am nächsten Tag ereilte: Er konnte in seiner Reaktion auf die Bombendrohung gegen London eine gewisse Härte zeigen, weil er die Vereinigten Staaten jetzt hinter sich wußte. Andererseits mußte er das auch in einer gewissen Weise tun, um Roosevelts Beistandsversprechen nicht gleich wieder verlustig zu gehen. Schließlich kannte Chamberlain ja die Erwartungen des amerikanischen Präsidenten, denen er bis dahin hartnäckig widerstanden hatte. Insofern war der Moment für die Übergabe des Papiers psychologisch optimal gewählt, und der Premierminister veranlaßte im Reichsverteidigungsrat in der Tat die anscheinend unvermeidlichen Beschlüsse.
Folgende Episode bewies, daß der Regierungschef zumindest anfangs von seinem Außenminister bewußt über den eigentlichen Zweck des »Blitzschlag«-Alarms im unklaren gelassen wurde. Nach der Sitzung des Reichsverteidigungsrates vom 16. Dezember blieben Chamberlain und Halifax noch unter vier Augen zurück. Als sich Sargent wenige Tage später bei seinem Außenminister erkundigte, ob er Chamberlain bei dieser Gelegenheit um die Zustimmung des Premierministers gebeten habe, an die beiden anderen Westmächte heranzutreten, antwortete der Außenminister frank und frei: »Ich fragte ihn tatsächlich nicht.« Triumphierend fügte er hinzu: »Mittlerweile ist es die Auffassung des Departements« – als ob der Premierminister immer noch unwissend wäre. [68]
Damit war klar, daß der Desinformationsversuch von Kordt und Kirkpatrick zunächst dem Regierungschef ganz persönlich gegolten hatte und daß Halifax zumindest anfangs beabsichtigte, den Brückenschlag nach Amerika und Frankreich in eigener Regie zu unternehmen. Ohne zu wissen, was eigentlich gespielt wurde, sollte Chamberlain unter einer frei erfundenen Kriegsdrohung lediglich dazu gebracht werden, dem ersten Schritt zu einer bündnisähnlichen

Zusammenarbeit der Westmächte zuzustimmen, von der er wußte, daß sie seine *Appeasement*-Politik über kurz oder lang vernichten würde.
Im Einklang mit der öffentlichen Meinung Amerikas hatte Halifax den Premierminister schon seit Mitte November in dieser Richtung bearbeitet, und obwohl Chamberlain anfangs noch hinhaltenden Widerstand geleistet hatte, brach seine Position seitdem Schritt für Schritt zusammen, bis er schließlich unter dem Eindruck des »Blitzschlag«-Alarms, des amerikanischen Beistandsversprechens und Edens alarmierenden Amerikaerfahrungen am 22. Dezember vorläufig kapitulierte.
In diesem Zusammenhang spielten Goerdelers X-Dokument Nr. 4, die Reichskristallnacht und die vehemente Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit auf dieses Ereignis eine zentrale Rolle. Sie unterminierten Chamberlains Position. Am 6./7. November 1938 hatte sich Goerdelers Londoner Verbindungsmann, Dr. Schairer, auf Bitten von Arthur Young mit dem Ex-Bürgermeister von Leipzig in der Schweiz getroffen, um dessen neuestes Memorandum entgegenzunehmen. Es enthielt diesmal nicht nur wie sonst alarmierende Neuigkeiten über den kritischen Zustand des Dritten Reiches und über Hitlers aggressive Absichten nach innen und nach außen, sondern zum ersten Mal auch das außenpolitische Programm der deutschen Regimeopposition. Anschließend kehrte Schairer in die englische Hauptstadt zurück.
Ausgerechnet in der Nacht *vor* jenem 10. November 1938, an dem Young das Dokument dem wirtschaftspolitischen Berater des Foreign Office, Ashton-Gwatkin, übergab, ereignete sich dann in Deutschland die Reichskristallnacht – als hätte Goebbels von diesen Kontakten Wind bekommen und beschlossen, eine deutsch-englische Verständigung ein für alle mal zu unterbinden. Das Echo auf diesen Ausbruch nackter und unzivilisierter Gewalt war jedoch insbesondere in den Vereinigten Staaten so heftig, daß Roosevelt öffentlich erklärte:

»Ich für meinen Teil kann kaum glauben, daß so etwas in der Zivilisation des 20. Jahrhunderts geschehen könnte.« [69a]

Acht Tage nach diesem furchtbaren Ereignis, am 18. November 1938, begab sich Schairer mit den X-Dokumenten in der Tasche auf eine Reise nach Frankreich und Belgien, nachdem ihm Young in Paris und Brüssel die erforderlichen Kontakte geknüpft hatte. Am 19. November wurde Schairer vom belgischen König empfangen, bevor der Monarch in die Niederlande reiste. Am nächsten Tag fuhr Schairer nach Paris weiter, wo er u. a. mit Paul Reynaud zusammentraf. Am 21. November kehrte er nach London zurück. Danach konnte in der englischen Hauptstadt »ein Meinungswandel über Hitler in den höheren Kreisen registriert werden«. [69]
Durch die in Goerdelers X-Dokument Nr. 4 *vor* der Reichskristallnacht angestellten Vermutungen über die zukünftigen Absichten der Nazi-Führung, die durch die nächtlichen Szenen der Gewalt anscheinend bestätigt wurden, geriet Chamberlain *nach* der Reichskristallnacht sofort unter massiven Druck der

Anti-*Appeaser*. Offenbar war das Dritte Reich jetzt in einen akuten Zustand der Fäulnis übergegangen, so daß es schleunigst unter Quarantäne gestellt werden mußte. Eine solche Quarantäne war aber nur unter Mitwirkung Englands, Frankreichs, Polens und der USA möglich. Deshalb wurde Chamberlain in den folgenden Wochen Schritt für Schritt von seiner *Appeasement*-Politik abgebracht.

Bereits in der Sitzung des außenpolitischen Kabinettsausschusses vom 14. November 1938 wies Halifax warnend darauf hin, wie negativ die USA auf die Reichskristallnacht reagiert hätten. Zugleich wartete der Außenminister mit neuen Alarmmeldungen über Hitlers angebliche Lage und Absichten auf. Daraufhin erklärte sich der Premier zu einer »gemeinsamen Aktion« mit den Vereinigten Staaten von Amerika bereit. [70] Chamberlain dachte dabei an wirtschaftliche Sanktionen. Tatsächlich schloß der drei Tage später in Washington unterzeichnete amerikanisch-englische Handelsvertrag Deutschland von der Meistbegünstigung aus. Außerdem deutete der englische Regierungschef seine Bereitschaft an, die anstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit dem Dritten Reich abzusagen.

Dagegen war man in Washington kriegerischer gestimmt: Roosevelt forderte am 14. November auf der Sitzung im Weißen Haus eine »riesige Luftwaffe«, um sie kurzfristig einzusetzen. [71] Halifax – nicht Chamberlain! – wurde auch an diesem Tag durch Ed Murray, dem Freund des Präsidenten, die Hilfe der amerikanischen Industrie für den Kriegsfall zugesagt.

Mit seiner Bereitschaft, gemeinsam mit Roosevelt gewisse Aktionen gegen das Dritte Reich zu ergreifen, wich Chamberlain um den ersten Schritt von seiner Position ab. Deutlich konnte man zu diesem Zeitpunkt jedoch noch das Bemühen des Premiers erkennen, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten und nicht durch unbedachte Maßnahmen weiter zu verschärfen. Seine »Konterpolitik« sollte deshalb aus einer Annäherung an Italien und einer beschleunigten Aufrüstung bestehen, wie er den Ministern am 14. November sagte. Dagegen hielt der Premierminister nichts vom Vorschlag seines Außenministers, den deutschen Widerstand durch eine demonstrative Politik der Stärke zu ermutigen – etwa durch Vorbereitungen für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Chamberlain wußte, daß England noch einige Zeit brauchte, um kriegsbereit zu werden. Denn der englische Industrieverband hatte ihm soeben mitgeteilt, wegen Auslastung der industriellen Kapazitäten sei bis Ende August 1939 keine Steigerung der Rüstungsproduktion mehr zu erwarten. [72]

Auf der Sitzung des englisch-französischen Ministerrates fünf Tage später, am 19. November in Paris, wich Chamberlain dann einen weiteren Schritt zurück. Er schlug der Regierung Daladier gemeinsame Stabsgespräche für den Fall vor, daß England von Deutschland allein angegriffen werde – ein deutlicher Reflex auf Goerdelers Vorhersage, Hitler werde demnächst Holland attackieren, um mit der Kanalküste eine Ausgangsbasis für einen Luft- und U-Boot-Krieg gegen England zu gewinnen. Für die Franzosen war Chamberlains Angebot jedoch nur eine halbe Freude, denn Goerdeler hatte ja auch einen Angriff

Deutschlands gegen Frankreich über die Schweiz prophezeit. Die Stabsgespräche für diesen Fall, die es schon immer in einem rein formalen Sinne auf Attaché-Ebene gegeben hatte, wollte der englische Regierungschef jedoch nicht verstärken. [73]

Zu diesem letzten Schritt fand sich Chamberlain erst unter dem Eindruck des »Blitzschlag«-Alarms am 22. Dezember 1938 bereit, ein Ereignis, das Halifax später etwas übertrieben als »einen Wendepunkt in Chamberlains Denken« darstellte. [74] Denn innerlich blieb der Regierungschef auch danach bei seiner Überzeugung, daß ein Krieg vermeidbar sei. Dennoch stimmte der Premierminister an diesem Tag im Reichsverteidigungsrat dem Vorschlag seines Außenministers zu, daß die Stabsgespräche mit Frankreich »im Lichte der Sitzung vom 16. 12. noch verstärkt werden.« [75] Edens Berichte vom Vorabend über das verheerende Image Englands in Amerika hatten ihre zusätzliche Wirkung getan.

Die Entscheidung vom 22. Dezember war zwar nur ein Grundsatzbeschluß. Aber er hatte es in sich. Durch ihn kamen die Grundfragen der westlichen Gesamtstrategie ins Spiel – etwa die, ob den englisch-französischen Stabsgesprächen die Annahme zugrunde liegen solle, daß Krieg nicht nur gegen Deutschland allein, sondern gleichzeitig auch gegen Italien und Japan zu führen sei. Wenn man diese Frage bejahte, dann war eine Weltkriegsplanung erforderlich, die sich ohne die USA nicht realisieren ließ. [76]

Zwar wurde die Konkretisierung der Grundsatzentscheidung vom Reichsverteidigungsrat bis auf die Zeit nach Chamberlains Gipfeltreffen mit Mussolini Mitte Januar 1939 verschoben, dessen Fehlschlag das Foreign Office schon im November 1938 vorprogrammiert hatte. Aber auch so bewegten sich die Dinge in Richtung auf eine militärische Konfrontation mit Deutschland zu.

Bereits am 15. Dezember – am Tag des »Blitzschlag«-Gerüchts – hatte Kriegsminister Leslie Hore-Belisha ein Geheimpapier vorgelegt, das im Ernstfall die Verlegung von vier (bisher zwei) regulären Divisionen plus vier Divisionen des Ersatzheeres nach Frankreich vorsah. [77] Das Foreign Office richtete an diesem Tag außerdem das Ersuchen an Frankreich, der *Royal Air Force* die Benutzung der Flugplätze und Luftwaffeneinrichtungen auf französischem Boden zu gestatten, die sie bisher nur bei einem Angriff Deutschlands gegen Frankreich hätte benutzen dürfen. [78] Es war also allerhand, was man mit ein paar gezielten Desinformationen über angebliche Angriffsabsichten Hitlers in Bewegung setzen konnte, wenn nur die politische Stimmung danach war. Dafür hatten Roosevelt, Kordt, Kirkpatrick und Eden – jeder auf seine Weise – freilich gesorgt. Selbst der gewitzt-routinierte Cadogan, der in diesen dramatischen Tagen gemeinsam mit Halifax die Geschicke Englands leitete, konnte es nicht fassen, wie glatt alles ging. »Es scheint, als würden wir tatsächlich vorangehen«, schrieb er nach der Weichenstellung vom 22. Dezember in sein Tagebuch. Und als ob er eine noch radikalere Wendung Englands begrüßt hätte, fügte er trotzig hinzu. »Aber manchmal wünsche ich mir, wir wären ein totalitärer Staat.«

Wie kriegerisch die Stimmung im Foreign Office jetzt bereits war, machte der Privatsekretär von Halifax deutlich, der ebenso elegante wie dynamische Sir Oliver Harvey:

»Die ganze Frage ist«,

so stellte er in einer weltpolitischen Betrachtung »zwischen den Jahren« fest, [79]

»ob sich Hitler nach Osten in Richtung Ukraine wendet oder ob er, bevor er sich nach Osten . . . wendet, denkt, daß er erst mit dem Westen fertig werden muß. Aber wenn er erst einmal mit Rußland und Polen im östlichen Morast steckt, müssen Frankreich und wir über ihn herfallen . . .«

Genauso hatte Bullitt Mitte November schon zum polnischen Botschafter Potocki gesprochen. [80] Auch Goerdeler hatte in seinem X-Dokument Nr. 5 die Feststellung getroffen, [81] möglicherweise habe der von ihm sonst so heftig kritisierte Chamberlain

»Weisheit bewiesen . . . mit seiner stillschweigenden Hinnahme von Hitlers Wunsch, nach Osten zu expandieren . . . wenn er dabei im Sinn hatte, daß sich Hitler so ›die Finger verbrennen‹ würde«.

Über den »napoleonischen Effekt«, den ein deutscher Ostkrieg auf Hitlers Herrschaft haben würde, schien also an der Jahreswende 1938/39 bereits so etwas wie ein transatlantischer Konsensus zu bestehen.
Mit einem deutlichen Seitenhieb auf Goerdeler fuhr Harvey allerdings fort:

»Von Deutschland selbst läßt sich nur wenig Tröstliches aus der wachsenden Unzufriedenheit der Mittelklasse – diese Würmer ändern sich nie – oder aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ableiten. Diese Unzufriedenheit mag Hitler den Hals brechen, sobald der Krieg begonnen hat und nicht gut verläuft, aber ich zweifle daran, solange er nicht ausgebrochen ist.« [82]

Die Krise Deutschlands war auf westlicher Seite vielleicht das stärkste Argument für den Krieg. Denn ein Krieg würde die Krise des Dritten Reiches unweigerlich verschärfen und eventuell Hitlers Sturz bedeuten. Aber zunächst mußten die Westmächte die dafür notwendigen Vorkehrungen treffen. Militärisch liefen sie ja schon. Aber wie stand es um die Bündnispolitik?
Wie gesagt, der englische Geheimdienst hatte die Kordt-Kirkpatrick-Desinformationen nicht zu bestätigen vermocht. Sie taugten nicht mehr als Vehikel für einen engeren Zusammenschluß der Westmächte.

»Es muß daher noch entschieden werden, ob wir es den Amerikanern und Franzosen sagen sollen, und wenn, in welcher Weise«,

mahnte Jebb seine Vorgesetzten im Hinblick auf den falschen Bombenalarm in den ersten Januartagen des neuen Jahres. [83] Halifax und Cadogan winkten ab. Die Gesamtoperation zur Herstellung der Quarantäne drohte steckenzubleiben. Aber schon kündigte sich mit dem sogenannten »*Holland scare*« die nächste Chance an, das Dritte Reich in eine Zwei-Fronten-Lage zu manövrieren.

## Anmerkungen

1 Vgl. bis hierher Ivone Kirkpatrick, The Inner Circle. London 1959, S. 136ff.
2 Kirkpatrick berichtet in seinen Memoiren, er habe sich erst am 16. 12. 38 auf's Amt begeben. Diese Angabe beruht offenbar auf einem Erinnerungsfehler. Denn Cadogan, der über die Ereignisse aus kürzerer zeitlicher Distanz Buch führte, spricht in seinem Tagebuch vom 15. Dezember. Da dieses Datum auch mit den folgenden Ereignissen übereinstimmt, wird es dieser Darstellung zugrundegelegt. Dilks, Cadogan, S. 130.
3 PRO FO 371/22 829 A 1385: Halifax 17. 2. 39 Lindsay nach dem ersten Gespräch, das der englische Außenminister nach der Rückkehr Kennedys aus Amerika mit dem Botschafter führte.
3a PRO FO 371/22 813 A 1690: Lindsay 24. 2. 39 Halifax.
4 Auswärtiges Amt, Polnische Dokumente, Seite 9: Potocki 21. 11. 38 Beck.
5 PRO FO 371/22 827 A 1143: Mallett 26. 1. 39 FO.
6 Cannistraro, Poland, S. 259. Biddle 22. 12. 38 Washington.
7 Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. 1. Aufl. Stuttgart 1954. S. 210 – Denkschrift vom 19./21. 10. 38, von der nur eine Abschrift an Goerdelers englischen Freund A. P. Young ging. Sie ist in dessen Buch über die »X-Documents« leider nicht abgedruckt.
8 Cannistraro, Poland, S. 300: Biddle 13. 10. 38 Washington.
9 Dilks, Cadogan, S. 126.
10 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 1. 2. 39 – Dort ist der Wortlaut der Erklärung wiedergegeben, die Chamberlain am 23. 12. 38 vor der Auslandspresse in London abgab.
11 Craig/Gilbert, Diplomats, S. 581.
12 DBFP 3/IV, S. 11: Halifax 25. 1. 39 Kennard.
13 Jebb, Memoirs, S. 85 – Einen Sitz für Italien im Vorstand der Suezkanal-Gesellschaft und eine Arrondierung von Italienisch-Abbessinien um einige Streifen von Englisch- und Französisch-Somaliland, vielleicht auch die Abtretung des südlichen Tunesiens hielt man in London für möglich, ohne darin ein Sicherheitsrisiko für Frankreich zu erblicken.
14 Cannistraro, Poland, S. 259ff.: Biddle 22. 12. 38 Washington.
15 ebda., S. 300: Biddle 13. 1. 39 Washington.
16 ebda., S. 306.
17 ebda., S. 297f.: Biddle 5. 1. 39 Washington.
18 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 49.
19 ebda., S. 50.
20 Dulles, nach dem Zweiten Weltkrieg Außenminister unter Präsident Eisenhower, gehörte damals der renommierten Anwaltsfirma Sullivan and Cromwell aus New York an, die u. a. auch General Franco in den USA vertrat, ohne darin einen Widerspruch zu ihrem französischen Mandat zu erblicken.
21 Auswärtiges Amt, Polnische Dokumente, S. 8: Potocki 21. 11. 38 Beck.
22 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 68ff. – Dieses Gesetz untersagte es jeder amerikanischen Regierung, anderen Ländern Kredite oder Anleihen zu gewähren, die sich mit der Tilgung ihrer Schulden aus dem Ersten Weltkrieg in Verzug befanden. Dazu zählte auch Frankreich. Der Engpaß wurde dadurch umgangen, daß Frankreich in den USA eine Kaution von 10 Millionen Dollar zum Zeichen seiner Zahlungsfähigkeit hinterlegte. Die französische Regierung vergab ihre Aufträge dann direkt an die amerikanischen Rüstungsfirmen und rechnete mit ihnen auch direkt ab, so daß die Vereinigten Staaten nicht als Bürgen, Anleihe- oder Kreditgeber aufzutreten brauchten. Etwaige Zahlungsversäumnisse konnten dann aus der Kaution befriedigt werden. Mit dieser Lösung entfiel auch der Gedanke, eine Scheinfirma zu gründen, was man zunächst erwogen hatte.
23 Jedrzejewicz, Lukasiewicz, S. 165: Lukasiewicz 1. 2. 39 Beck, streng geheim.
24 Cannistraro, Poland, S. 8.

25 ebda., S. 21: Biddle-Memorandum, 19. 6. 38.
26 ebda., S. 257: Biddle 7. 12. 38 Washington unter Berufung auf Beck.
27 Langer/Gleason, Challenge, S. 59 – Die in der Fußnote angegebene Jahreszahl »1939« ist offensichtlich ein Versehen, weil es im dazugehörigen Lauftext richtig »November 1938« heißt. Die beiden Autoren bemühen sich in ihrem 1952 erschienenen Buch noch nach Kräften, die Bedeutung von Biddles Berichten für die außenpolitische Weichenstellung der Roosevelt-Administration an der Jahreswende 1938/39 herunterzuspielen, indem sie u. a. auf den langen Postweg zwischen Warschau und Washington verweisen. Doch müssen auch sie zugeben, daß Biddles Kabel vom 26. 11. 38 bereits am 10. 12. 38 im State Department eintraf – also rechtzeitig genug, um von Roosevelt bei der Formulierung seiner Kongreßbotschaft berücksichtigt zu werden. Den unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesem Ereignis, den Biddle-Berichten und Becks Besuch bei Hitler stellen dagegen Cannistraro/Wynot in ihrem 1974 erschienenen Buch, Poland and the Coming of the Second World War, das die Biddle-Papiere z. T. im Wortlaut enthält, ganz klar heraus. Vgl. dort vor allem Seite 25.
28 Cannistraro, Poland, S. 181 ff.: Biddles Abschlußbericht über seine polnische Mission, den er kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Oktober 1939 in Paris verfaßte, Kapitel 6, »Der russische Aspekt«. Danach hatte Außenminister Eden Ende 1936 von angeblichen Geheimkontakten zwischen der deutschen und russischen Generalität über eine Militärallianz erfahren, wovon Biddle im März 1937 hörte und was er sich von Eden bestätigen ließ. Ob es dem US-Außenministerium gelang, diese Informationen zu verifizieren, wie Biddle in Washington anregte, ist nicht bekannt. – Was die Kampfentschlossenheit Polens angeht, war Washington offenbar von den polnischen Freiwilligen beeindruckt, die im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republik gekämpft hatten. Unter ausdrücklichem Hinweis darauf sagte Kennedy am 16. 6. 39 zum polnischen Handelsrat Jan Wszelaki in London: »daß wir (die Polen – D. B.) das einzige Volk in Osteuropa seien, auf dessen Rüstungen nicht nur, sondern auch auf dessen militärischen Wert man mit ganzer Gewißheit rechnen könne.« Vgl. Auswärtiges Amt, Polnische Dokumente, S. 39: Aufzeichnung Wszelaki, 16. 6. 39. So auch Ovendale, Appeasement, S. 201.
28a So der sowjetische Botschafter in London, Ivan Maisky, am 22. 8. 38 zu Harold Nicolson, der auf Drängen Vansittarts von dieser aufschlußreichen Unterhaltung sofort ein Memorandum aufsetzen mußte. Dieser Umstand hebt die Wichtigkeit der Maisky-Äußerung hervor sowie die Tatsache, daß die Anhänger einer »Grossen Allianz« in Foreign Office sofort die Bedeutung dieser Mitteilung erkannten. Nicolson, Nicolson, S. 296 f.
29 Zum »napoleonischen Effekt« vgl. Bullitts bereits zitierte Äußerung gegenüber Potocki vom 19. 11. 38 – Ein absichtlich von den Westmächten geduldetes Vorgehen Hitlers gegen Rußland, dem nach einer gewissen Zeit dann die Eröffnung einer zweiten Front im Westen folgen würde, und der angebliche Plan Stalins schlossen sich gegenseitig nicht aus – vorausgesetzt, die Westmächte eröffneten ihre Front rechtzeitig genug, nämlich vor einem deutschen Sieg über Rußland. Ob es in Moskau tatsächlich so einen Plan gab, ob Roosevelt und Stalin schon vor 1939 versucht haben, sich darüber zu verständigen und ob der spätere Streit zwischen Stalin und den Westalliierten über die Eröffnung der zweiten Front vor diesem Hintergrund gesehen werden muß, konnte nicht ermittelt werden. Biddle, der Stalins angeblichen Plan in seinem Abschlußbericht erwähnt und als Quelle auf Lenins Werke und auf die Akten des 6. Komintern-Kongresses verweist, sagt leider nicht, wann er zum erstenmal in Warschau davon hörte. Cannistraro, Poland, S. 181.
30 Rosenman, Papers, Vol. VII, S. 1 ff.
31 Cannistraro, Poland, S. 300: Biddle 13. 1. 39 Washington.
32 PRO FO 414, 275 LC 13 400: Halifax 15. 11. 38 Lindsay.
33 PRO CAB 23/96: Kabinettssitzung, 16. 11. 38 und PRO CAB 27/624: Sitzung des Außenpolitischen Kabinettsausschusses, 14. 11. 38 – Für 1938 galten folgende Einwanderungsquoten: USA = 20000 Deutsche p. a., einschließlich Juden, eine Quote, die für die nächsten fünf Jahre voll ausgeschöpft war und nur durch Gesetz erhöht werden konnte;

England = 60000 Deutsche p. a., inklusive Juden, von denen aber nur 15000 effektiv kamen. Chamberlain erwog, den nicht ausgenutzten Teil der englischen Einwanderungsquote wenigstens zum Teil für die Juden zur Verfügung zu stellen, die in den USA keine Aufnahme mehr fanden. Halifax befürchtete aber, daß dadurch die antisemitischen Gefühle in England verschärft werden könnten.

34 PRO 1/367: Aufzeichnung Murray, o. D. – Murray behauptet zwar, er habe Roosevelts Zusage – durch Halifax – schon am 20. November 1938 Chamberlain übermittelt. In Anbetracht der späteren Umstände – vgl. dazu unten Seite 395 und insbesondere Anmerkung 67 zu den Ereignissen zwischen dem 15. und 22. Dezember – erscheint es als ausgeschlossen, daß Chamberlain die Mitteilung schon Ende November erhielt. Sonst hätte sich Murray nicht im Dezember extra um einen Termin bei Chamberlain bemüht, wie man den Akten entnehmen kann.

35 Dies und das folgende in PRO CAB 2/8: Committee of Imperial Defence (CID), Sitzung vom 16. und 22. 12. 38.

36 Butler, Lothian S. 78.

37 Harvey, Diaries, S. 229.

38 Die Tatsache des Hankey-Memorandums bestätigt der englische Botschafter in Paris, der diese Information von Hankey persönlich hatte. PRO FD 371/22 964 C 1548: Phipps 6. 2. 39 FO

39 Eine Kopie dieses Memorandums, das vom 19. 12. 38 datiert, verdanke ich Herrn Dr. David Reynolds vom Gonville and Caius College/Cambridge, England. Herr Dr. Reynolds, der gerade an einer Veröffentlichung mit dem Titel »Lord Lothian and Anglo-American Relations« arbeitet, stellte mir freundlicherweise auch die Daten über Lothians Amerika-Reise im Dezember 1938/Januar und Februar 1939 zur Verfügung. Wir telefonierten am 3. 11. 82 miteinander.

40 Naturgemäß gibt es keine Aufzeichnung von diesem privaten Gespräch. Die Informationen über den Gesprächsinhalt stammen aus folgenden Quellen: PRO FO 371/22 827 A 1143: Mallett 26. 1. 39 FO; Ickes, Diaries, Vol. II, S. 571 und David Reynolds, FDR and the British. A Postscript. In: Proceedings of the Massachussetts Historical Society (1978), 90, S. 106, wo ein Brief Roosevelts an seinen früheren Harvard-Professor Roger Merriman vom 15. 2. 39 zitiert wird, in dem der Präsident noch einmal auf sein Treffen mit Lothian einging. – Für Roosevelts Gespräch mit Eden wurde auf Harvey, Daries, S. 229, zurückgegriffen.

41 Roosevelt am 31. 1. 39 auf der Geheimsitzung des Verteidigungspolitischen Senatsausschusses. Vgl. Dallek, Roosevelt, S. 181.

42 Gilbert, Churchill, S. 1034: Churchill 8. 1. 39 an seine Frau.

43 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 1. 2. 39.

44 ADAP D IV, S. 340: Dirksen 25. 1. 39 AA unter Berufung auf Chamberlain.

45 Dilks, Cadogan, S. 133.

46 Harvey, Diaries, S. 231.

47 Earl of Halifax, Fulness of Days. London 1957. S. 200.

48 Dilks, Cadogan, S. 130.

49 So auch der amerikanische Hitler-Biograph John Toland, der in diesem Zusammenhang schrieb: »Es handelte sich um den Versuch einer deutschen Widerstandsgruppe, England in den Krieg gegen Deutschland zu manövrieren . . .« John Toland, Adolf Hitler, Band II, S. 670.

50 Erich Kordt, Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928–1945. Stuttgart 1950, S. 289. In seinen Memoiren berichtet Kordt nichts über ein Treffen mit Kirkpatrick und den folgenden »Blitzschlag«-Alarm. Zu seinen Londoner Gesprächspartnern zählten bei diesem Aufenthalt, so Kordt, auch sein Bruder Theodor und Lothians Freund, Conwell Evans, was für die folgenden Ereignisse nicht unwichtig ist. Nach seinem Aufenthalt in London machte Kordt eine mehrmonatige Urlaubsreise per Schiff, die ihn bis in den Pazifik führte und die er schon vor

seinem London-Aufenthalt vorbereitet hatte. Bei seiner Rückkehr entschloß sich Kordt, im Interesse der Regime-Opposition doch im Dienst zu bleiben. Als er Anfang März 1939 wieder seine Geschäfte aufnahm, hatte ihm Ribbentrop verziehen. Dies alles war aber zum Zeitpunkt seines London-Aufenthaltes nicht abzusehen.

51 Kirkpatrick, Circle, S. 139 behauptet im Gegenteil, er habe die Geschichte auf Weisung Cadogans für Halifax aufgezeichnet, der sie dann in die Kabinettssitzung mitgenommen habe. Aber weder das eine, noch das andere stimmt. Gladwyn Jebb, Privatsekretär Cadogans, stellte am 6. 1. 39 nach amtsinternen Recherchen fest, daß es »keine Aufzeichnung der Kirkpatrick-Geschichte« gebe. Vgl. unten Anm. 53 – Außerdem tagte am 16. 12. 38 nicht das Kabinett, sondern der Reichsverteidigungsrat, ein ganz anderes Gremium.

52 So schrieb Vansittart, der Hitlers Absichten ständig analysierte, am 19. 12. 38 an Halifax: »Die Deutschen werden ihrem Drang nach Beherrschung Europas fortsetzen *und dann* gegen den Westen vorgehen.« Das implizierte, daß sich Hitler nach Vansittarts Auffassung erst nach Osten wenden würde. Vgl. Ian Colvin, Vansittart in Office, A Historical Survey of the Origins of the Second World War, based on the Papers of Sir Robert Vansittart. London 1965, S. 287.

53 PRO FO 371/22 961 C 939 = F.P. (36) 74: »Possible German Intentions«, Geheime Verschlußsache mit Marginalien von Halifax, Harvey, Sargent, Jebb, Strang, Butler – Hierbei handelt es sich um Notizen, mit denen die Führung des Foreign Office – z. T. in direktem Frage- und Antwort-Spiel – die offenbar sehr hektischen Vorgänge des 16. 12. 38 und der folgenden Tage nachträglich für die Akten zu glätten versuchte. Diese Notizen stammen aus dem Zeitraum vom 30. 12. 38 bis 6. 1. 39, als der sog. »Hollandsacre« begann. – Vgl. dazu das nächste Kapitel.

54 ebda., Feststellung Jebb, 6. 1. 39.

55 Vgl. Hans Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende. Vom Reichstagsbrand bis zum 20. Juli 1944. Hamburg o. J., S. 351 – Das folgende ist ein Zitat aus einem Gespräch, das Halder in der ersten Septemberwoche 1938 mit Gisevius und Schacht führte. Wie Gisevius auf Seite 355 weiter berichtet, schien Halder später im Herbst 1938 anderen Sinnes zu werden, als er den Eindruck bekam, »Hitler werde von den Westmächten einen Freipassierschein nach Osten erhalten«. Schon vorher hatte es Halder im Gegensatz zu Gisevius abgelehnt, den »Rückschlag« von sich aus herbeizuführen, weil er die Wehrmacht nicht mit dem Makel eines neuen »Dolchstoßes« belasten wollte. – Gisevius wurde 1943 von seinem Freund, Gero von Schulze Gaevernitz, beim Europa-Chef des US-Geheimdienstes, Allan Dulles, der seit Ende 1942 von Genf aus operierte, eingeführt. Wie weit diese Kontakte in die Vergangenheit zurückreichen, ist nicht bekannt. Vgl. dazu Gisevius, Ende, 436, der betont, daß seine Verbindungen zu den Amerikanern und Engländern immer nur »auf einer nicht-nachrichtendienstlichen Basis« liefen, was immer das heißen mochte. Vgl. auch Allan Dulles, Verschwörung in Deutschland. Kassel 1949, S. 161.

56 Gisevius, Ende, S. 356.

57 Langer/Gleason, Challenge, 57: Churchill am 10. 2. 39 im Gespräch mit William Wassermann. Der Inhalt dieses Gespräches wurde Roosevelt übermittelt.

58 DBFP 3/II, S. 284: Halifax 10. 9. 38 Lindsay und FRUS 1938 I, S. 385/6: Kennedy 19. 9. 39 Hull – Die Initiative für das Gespräch vom 10. 9. 38 ging von Kennedy aus.

59 PRO FO 371/21 543 A 7125: FO 13. 9. 38, Lindsay, geheim.

60 Cannistraro, Poland, S. 307: Biddle, 13. 1. 39 Washington.

61 PRO FO 371/21 665 C 14 809: Aufzeichnung Ashton-Gwatkin, 10. 12. 38, geheim.

62 PRO FO 371/22 961 C 938: Memorandum Ashton-Gwatkin, 6. 12. 38 – in Youngs Terminologie »X-Document No. 5« – das der Leitung des Foreign Office als Beratungsgrundlage diente, weil es Goerdelers außenpolitisches Programm enthielt. Der Begriff »Viertes Reich« kommt in diesem Papier nicht vor.

63 Dilks, Cadogan, S. 128f. beide Zitate.

64 Die Äußerungen von Sargent und Halifax befinden sich auf dem in der vorletzten Anmerkung genannten Dokument.
65 PRO FO 371/22 963 C 1290: Wie sehr sich damals die Zeichen des Unmuts über Goerdeler im Foreign Office mehrten, zeigt die Äußerung Sargents vom 15. 1. 39: »Es ist schade, daß Dr. G(oerdeler) versucht, unser Blut in Wallung zu bringen, indem er seinen Fall übertreibt.«
66 Vgl. dazu Anmerkung 55 oben.
67 PRO PREM 1/367: Es handelt sich um die Aktennotiz über die Gespräche zwischen Roosevelt und dessen Freund Murray vom 16. bis 24. Oktober 1938 in Hyde Park. Murray hatte diesen Satz durch An- und Abführungszeichen als wörtliche Rede Roosevelts ausgewiesen. – PREM 1/367: Die Vermutung, daß die Übergabe von Roosevelts Beistandsangebot, der »Blitzschlag«-Alarm und der Staatsstreich-Plan des deutschen Widerstandes zeitlich aufeinander abgestimmt waren, wird auch von der Tatsache gestützt, daß das Treffen Chamberlain–Murray am 10. 12. auf den 14. 12. terminiert wurde, wobei Halifax die Federführung hatte. Am 10. 12. wurde nämlich durch das Memorandum von Ashton-Gwatkin im Foreign Office bekannt, daß Hitlers Gegner bis zum Jahresende 1938 die Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie planten.
68 Vgl. Anmerkung 53 oben: Frage von Sargent, 30. 12. 38, Antwort von Halifax, 3. 1. 39.
69 Young, X-Documents, S. 142.
70 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 14. 11. 38, geheim.
71 Vgl. oben Seite 333.
72 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 14. 11. 38, geheim.
73 PRO CAB 2/8: Reichsverteidigungsrat, 22. 12. 38, geheim.
74 Halifax, Fullness, S. 200.
75 PRO CAB 2/8: Reichsverteidigungsrat. 22. 12. 38, geheim.
76 Vgl. die Beschlußlage nach der Sitzung des Reichsverteidigungsrates vom 22. 12. 38: PRO CAB 27/627: F.P. (36) 74 »Possible German Intentions«, Geheime Verschlußsache, Kapitel V: »Military Relations Between the United Kingdom and the three Western Powers (France, Belgium, Netherlands)«, Strang-Memorandum, 16. 1. 39 – Im Text heißt es versehentlich, daß der Reichsverteidigungsrat am 23. 12. 38 tagte.
77 PRO CAB 2/8: CID-Paper No. 1498 B.
78 Quelle vgl. Anmerkung 76 (Strang-Memo) – Die Erlaubnis traf am 11. 1. 39 ein.
79 Harvey, Diaries, S. 232: Eintragung 25. 12. 38.
80 Vgl. oben Seite 374.
81 Young, X-Documents, S. 148ff.
82 Vgl. Anmerkung 79 oben.
83 PRO FO 371/22 961 C 939: »Possible German Intentions« – vgl. Anmerkung 53 oben.

## 2.

## »Fast soviel wie eine Allianz«

Kaum war die Kordt-Kirkpatrick-Story »gestorben«, kehrte der englische Kriegsminister Leslie Hore-Belisha mit besorgniserregenden Neuigkeiten aus Paris zurück. Wie auf Bestellung belebten sie die Angst vor einem deutschen Blitzkrieg in westlicher Richtung.

Hore-Belisha, wegen seiner jüdischen Herkunft scherzhaft auch »Horeb-Elisha« genannt, war mit seinen 45 Lebensjahren einer der jüngsten Mitglieder des Kabinetts Chamberlain, ein kräftiger, etwas älter aussehender Mann, der zweireihige Anzüge bevorzugte. Er hatte in der französischen Hauptstadt mit Generalstabschef Maurice Gamelin Gespräche über die Verstärkung der militärischen Kooperation geführt. Dabei bestätigte der französische General, was der Chef seines Geheimdienstes *Deuxième Bureau*, Oberst Gauché, eben auch dem englischen Militärattaché in Paris erzählt hatte: Deutschland werde demnächst die Niederlande [1] nördlich des Rheins besetzen. Danach werde die Wehrmacht in der Defensive verharren, indem sie nur eine gewisse Aktivität ihrer Luft- und U-Bootwaffe aufrechterhalte. An der niederländischen Grenze gebe es bereits deutsche Truppenkonzentrationen. [2] Zweck des ganzen Unternehmens: Erpressung der Westmächte zu politischen Zwecken.

Ähnliches hörte zu derselben Zeit der Leiter der Westeuropa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, James Dunn, von seinem Freund Paul Scheffer, Washington-Korrespondent der *Frankfurter Zeitung*. [3] Angeblich hatte Scheffer die Geschichte absichtlich in die Welt gesetzt, um das amerikanische Außenministerium hellhörig zu machen. Bis zu Hull und Roosevelt drang das Geraune. Aber der englische Geschäftsträger in Washington, Sir Victor Mallet, hatte den Eindruck, daß der Präsident »bereits von derselben Idee (eines deutschen Angriffs auf Holland –D. B.) erfaßt« gewesen sei, bevor er Dunns Quelle kannte. Außerdem habe sich »dieser Gedanke auch in Brünings Kopf festgesetzt«, obwohl der ehemalige deutsche Reichskanzler, der 1934 nach Amerika emigriert war, entschieden behauptete, daß er seine Informationen aus anderer Quelle habe. [4]

In der Tat war unklar, woher alle diese Gerüchte stammten, die die westlichen Hauptstädte wie auf Kommando in beträchtliche Unruhe versetzten. Roosevelts ehemaliger Sonderbotschafter Norman Davis meinte, Urheber sei »ein internationaler jüdischer Finanzring« in Amsterdam, was auch Mallet gehört hatte. [5] Der belgische Botschafter in London und der Sekretär an der

französischen Botschaft, de Margerie, glaubten wiederum, die Polen und insbesondere Außenminister Beck steckten dahinter. [6] Der englische Gesandte in Den Haag, Sir Neville Bland, berichtete unter Berufung auf den niederländischen Geheimdienst und auf das *Deuxième Bureau*, es sei eine »deutsche marxistische Gruppe« in London, die diese Gerüchte verbreite. [7] Frank Roberts von der Mitteleuropa-Abteilung des Foreign Office hielt das für einen Irrtum, obwohl es für ihn »keinen Zweifel« gab,

»daß anti-deutsche Kreise die gegenwärtigen Gerüchte größtenteils verursacht haben«. [8]

Die Frage war natürlich, ob die deutschen Angriffspläne – immer vorausgesetzt, die Gerüchte trafen zu – auf eine isolierte Aktion gegen England hinausliefen, wie sie Kirkpatrick mit seiner »Blitzschlag«-Geschichte vorausgesagt hatte, oder ob sie Teil eines deutsch-italienischen Gesamptlanes waren, der einen gleichzeitigen Angriff Italiens auf Frankreich umfaßte. Zwar hatte Hitler in seinen Neujahrsansprachen nichts Näheres dazu gesagt. Aber die Berichte des englischen Geheimdienstes SIS und andere Informationen, die freilich den Erkenntnissen des MI 5 widersprachen, gingen davon aus: Hitler habe Mussolini bereits im Herbst 1938 fest versprochen, die italienischen Ansprüche notfalls auch militärisch zu unterstützen. Auch Roosevelt sagte ja in der ersten Kabinettsitzung des neuen Jahres einen baldigen Angriff Italiens auf Französisch-Djibouti und -Somaliland voraus.
Es war klar, daß ein kombinierter deutsch-italienischer Angriff auf das französische Imperium und auf England via Holland sofort einen neuen Weltkrieg auslösen würde, und es war der Zweck aller dieser Gerüchte, weltweite Angst vor diesem Ereignis zu wecken. Ob der Krieg ausbreche, so urteilte der Chef der Mitteleuropa-Abteilung im Foreign Office, William Strang, am 6. Januar 1939, hänge letztlich davon ab, was Hitler wolle. Beabsichtigte er, sich zuerst nach Osten zu wenden, könnte er ein Interesse daran haben, daß Frankreich von Italien neutralisiert wird, ohne daß daraus gleich ein Weltkrieg entsteht, weil Deutschland dann leicht in eine Zwei-Fronten-Lage geraten könnte. Beabsichtigte Hitler dagegen, sich zuerst nach Westen zu wenden, könnte er an einem offenen militärischen Konflikt zwischen Frankreich und Italien interessiert sein, weil die Westmächte dann bereits mit einem Gegner beschäftigt wären. Strang erschien es als

»zweifelhaft ob Hitler selbst weiß, welchen Weg er im Frühjahr gehen will; es mag sein, daß er bisher nicht entschieden hat, ob er sich überhaupt bewegen will.« [9]

Vansittart, der den Deutschen sonst alles zutraute, hielt eine »sofortige massive deutscher Intervention« überhaupt für eine Unmöglichkeit. Schließlich war das deutsche Eisenbahnnetz erst kürzlich wegen Überalterung der Wagen, Schienen und Signale zusammengebrochen. Wie aber wollte man die deutsche Wehrmacht ohne die Reichsbahn mobilisieren?
Trotzdem wollten die Gerüchte um Holland und die Schweiz nicht verstum-

men. Sie gipfelten Mitte Januar 1939 in der Warnung Goerdelers, die deutschen Minister für Wirtschaft und Finanzen, Hjalmar Schacht und Lutz Graf Schwerin von Krosigk, hätten Hitler den Bankrott des Dritten Reiches angekündigt. Der Führer beabsichtige daher, »Mitte Februar 1939 an der holländischen und Schweizer Grenze die Mobilisierung (der deutschen Wehrmacht D.B.) zu befehlen (er soll diesen Termin in Anbetracht der inneren Krise Deutschlands vorverlegt haben)«. Seine Absicht sei es, die westlichen Länder durch Drohungen zu terrorisieren und wenn nötig dadurch, daß er in Holland und vielleicht einem Teil der Schweiz einmarschiert, um sie als Pfand zu behalten, bis Hitlers Forderungen voll erfüllt sind. [10]

Diese Forderungen umfaßten angeblich die Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien, die Gewährung von riesigen Anleihen, den gleichen Zugang zu den Rohstoffgebieten und Weltmärkten. Gewissermaßen zum Ausgleich werde Hitler versprechen, daß er die Schweiz und Holland wieder räumen werde, sobald Deutschlands Lebensprobleme gelöst seien.

Gleichzeitig mit der deutschen Militäraktion, so Goerdeler weiter, würden Italien und Spanien Frankreich bedrohen, das daraufhin zusammenbrechen werde. Hitler werde sich dann die Herrschaft über Europa durch eine große Friedensgeste sichern. Sobald das gelungen sei, werde er Nordfrankreich und Belgien zur »deutschen Sicherheitszone« erklären. Danach würden die faschistischen Mächte das Mittelmeer abriegeln, Francos Anspruch auf Gibraltar unterstützen, die Suezkanalzone besetzen, die jüdischen Siedlungen in Palästina unterbinden und Afrika erobern. Am Schlußpunkt dieser Entwicklung stehe die Weltherrschaft des Nationalsozialismus.

Dieser angebliche deutsche Welteroberungsplan wich radikal von alledem ab, was man Hitler bisher in den westlichen Hauptstädten zugetraut hätte. Kein Wort mehr von der »Größeren Ukraine«, von Danzig und dem Korridor, vom »Lebensraum im Osten«. Stattdessen schien es Deutschland jetzt auf die Beherrschung der Kanalküste gegenüber England, des Mittelmeeres und Afrikas abzusehen, verbunden mit einer Lösung seiner Wirtschaftsprobleme. Goerdelers Szenario spielte exakt auf das »Trauma von München« an – auf die Angst der Westmächte davor, Deutschland könnte im Vertrauen auf die Schwäche Frankreichs und Englands erneut einen »blutlosen Sieg« erringen und dadurch dann die amerikanischen Lebensinteressen direkt bedrohen. Der Rat des deutschen Regimegegners, die Demokratien sollten sich auf kein zweites München mehr einlassen, keine weiteren Verhandlungen mehr zulassen und zu einer »klaren und festen Aktion« schreiten – »die letzte Chance ist jetzt« – war dem amerikanischen Präsidenten und den Foreign-Office-Dissidenten sicher aus der Seele gesprochen. Sie verfehlte ihre Wirkung in London und Washington nicht.

Vansittart folgerte sofort:

»Der beste und wahrscheinlich einzige Weg, dies alles rechtzeitig anzuhalten, wird darin bestehen, daß wir und die Franzosen jetzt eine vollkommen klare und feste Erklärung sowohl über Holland als auch über die Schweiz abgeben. Die Deutschen verlassen sich

noch auf unsere Impotenz; aber eine solche Aktion würde die Illusion zerstreuen und die Luft reinigen, solange noch Zeit dazu ist. Aber wir haben nur noch sehr wenig Zeit.« [11]

Damit hatten die internationalen Gerüchteköche ihr Ziel erreicht, und der Weg für die kommenden Ereignisse war vorgezeichnet.
Roosevelt betrachtete die europäische Szenerie »in einem Zustand tiefer Depression und Alarmierung«, wie der englische Geschäftsträger in Washington nach London berichtete. [12] Kennedy habe dem Präsidenten gesagt, die Chancen stünden 3 : 1, daß es im Frühjahr 1939 Krieg gebe, und das Außenministerium teile diese Ansicht. Aber das seien

»Leute, die in enger Verbindung mit deutschen jüdischen Elementen stehen und von ihnen beeinflußt werden«,

schrieb Mallet. Dies sei auch der Hintergrund des »unerwartet dringenden Tones«, den Roosevelt in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß angeschlagen habe.
Der amerikansiche Präsident hatte den Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, bereits wissen lassen, die USA müßten im Falle eines Falles

»schnell (in einen Krieg) eintreten, wenn sie noch wirklich von Nutzen sein sollten«.

Auf dieses Ziel seien seine Propaganda und der Aufbau der amerikanischen Luftwaffe abgestimmt. Seine Kongreßbotschaft wurde von der englischen Diplomatie wie ein halber Sieg gefeiert: Jetzt werde auch England die Kraft haben, die ihm bisher gefehlt habe, jubelte Mallet. [13] »Es ist die beste Nachricht, die wir bisher hatten«, atmete Oliver Harvey im Foreign Office auf. [14]
Selbst der skeptische Chamberlain ließ sich zu einer öffentlichen Erklärung herbei, in der er die lebenswichtige Rolle der amerikanischen Demokratie in der Weltwirtschaft würdigte. Der Akkord zwischen den beiden Führern der westlichen Welt, der vor einem Jahr an der Tücke von Roosevelts Weltfriedensplan und am Eigensinn des englischen Premierministers gescheitert war, schien nun unter den veränderten Umständen endlich Wirklichkeit zu werden. Das beispiellose Ereignis erregte weltweites Aufsehen, und politische Kreise in Paris, die nach zwanzigjähriger Dürre den Weizen der französischen Sicherheit plötzlich blühen sahen, konstatierten, der »amerikanisch-englische Block« sei jetzt ebenso eine Realität wie die »englisch-französische Achse«. Beides zusammen sei »solider und geschmeidiger als jede Achse der totalitären Staaten.«. [15]
Ganz soweit war es zwar nocht nicht, aber doch schon kurz davor. Auf einer Geheimsitzung der Verteidigungsausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus, die am 10. Januar 1939 in Washington stattfand, wurden Bullitt und Kennedy zur Lage in Europa vernommen. Die beiden Botschafter – »von deutschen, jüdischen Emigrantenorganisationen« und von einem »jüdisch-

marxistischen Büro in London« mit Informationen gespickt [16] – schilderten die Lage in den düstersten Farben: Die nächste Krise oder sogar der Krieg sei im Frühjahr 1939 wahrscheinlich – sei es, daß Deutschland nach der Ukraine greife, sei es, daß Italien das französische Imperium attackiere. Roosevelt benutzte Hankeys Formel, die französische Armee sei die erste Linie der amerikanischen Verteidigung, womit er die Senatoren ebenso beeindruckte wie alarmierte. Angesichts der Kriegsgerüchte, die umliefen, war der Präsident gar nicht so unglücklich, daß seine plakative Äußerung an die Öffentlichkeit durchsickerte.

Gleichzeitig berichtete die *New York Times*, es gebe Hinweise darauf, daß Frankreich allmählich des *Appeasements* müde werde, während England anscheinend weiter bereit sei, den Diktatoren nachzugeben. Das war eine verklausulierte Warnung an Chamberlain, bei seinen Gesprächen mit Mussolini nicht zu weit zu gehen. Offenbar hatte der US-Präsident die Senatoren und Kongreßabgeordneten wieder einmal nach allen Regeln seiner hochentwickelten Kunst bearbeitet, um größere Beträge für die amerikanische Aufrüstung loszueisen. Denn Botschafter Kennedy sah sich nach der Sitzung genötigt, die Behauptung zu dementieren, England hätte nichts dagegen, wenn die Deutschen in Kanada einen Luftstützpunkt errichteten.

So wurde England durch das Mißtrauen Amerikas und die Erwartungen Frankreichs unter Druck gesetzt, während sich die Alarmmeldungen im Foreign Office häuften. Der belgische Generalstabschef, General van den Bergen, und der niederländische Außenminister, Patijn, meinten Mitte des Monats übereinstimmend, die deutsche Wehrmacht werde sich allein gegen England wenden, indem sie die belgische Neutralität respektiere und Frankreich links liegen lasse.

Die beiden bezogen sich auf angebliche Pläne, die der deutsche Generalstab kürzlich in Aachen bzw. Köln ausgearbeitet habe. Obwohl nicht gesagt wurde, wie sich Hitler den Angriff auf das Inselreich vorstellte, schien die Gefahr für die Niederlande am größten zu sein, und Patijn ließ gegenüber dem französischen Gesandten in Den Haag durchblicken, seine Regierung überlege allen Ernstes, ob es nicht klüger sei, mit Deutschland endlich den von Hitler schon lange angebotenen Nichtangriffsvertrag zu schließen.

Gleichzeitig verlautete aus Warschau, Hitler habe Beck angekündigt, Deutschland werde sich nach Westen statt nach Osten wenden. Der Führer habe mit bedeutungsvoller Miene hinzugefügt, das werde zum Vorteil Polens sein. Wie der französische Botschaftssekretär, de Margerie, dem Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im Foreign Office am 16. Januar erzählte, habe seine Regierung aus anderer Quelle gehört, Hitler werde in seiner Rede zum sechsten Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1939 im großen Stil die Kolonialfrage aufwerfen.

Nach diesen Informationen begann man sich in London verstärkt Sorgen um die künftige Haltung der Niederlande und Polens sowie um das Empire zu machen. Ein deutsch-niederländischer Nichtangriffsvertrag wäre etwas ande-

res als die Haltung der betonten Nicht-Bindung und Nicht-Verpflichtung, die Den Haag bisher gegenüber Berlin beobachtet hatte, und wenn Hitler am 30. Januar als Fürsprecher aller Länder auftrat, die wie Polen einen eigenen Kolonialbesitz forderten, bestand die Gefahr, daß er Beck in Versuchung führte und die koloniale Weltordnung, die England so viele Privilegien bescherte, gänzlich durcheinanderbrachte.

Polen bedurfte also aus den verschiedensten Gründen der Stabilisierung, zumal der deutsche Außenminister Ribbentrop Ende Januar 1939 zu einem Besuch in Warschau erwartet wurde. Da traf es sich gut, daß Bullitt dem Botschafter in Washington, Graf Potocki, am 16. Januar die Richtlinien mitteilen konnte, mit denen er in den nächsten Tagen nach Paris zurückkehren werde. Die Europapolitik des Präsidenten, so sagte der amerikanische Diplomat, werde künftig auf vier Eckwerten fußen: (1) auf einer scharfen und unzweideutigen Verurteilung der totalitären Staaten; (2) auf einer Beschleunigung der amerikanischen Kriegsvorbereitungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft, die 1,25 Milliarden Dollar verschlingen werde; (3) auf dem Ende der englisch-französischen Kompromißpolitik gegenüber den totalitären Staaten sowie aller Gebietsveränderungen; (4) auf der moralischen Versicherung der Vereinigten Staaten, England und Frankreich alle finanziellen und Rohstoff-Ressourcen zur Verfügung zu stellen und im Falle eines Krieges aktiv auf ihre Seite zu treten. [17] Der Graf aus Polen meldete diese vier Punkte, die einer Magna Charta des amerikanischen Führungsanspruchs in Europa gleichkamen, postwendend nach Warschau. Bei dem Gewicht, das man der Haltung Amerikas zu den europäischen Dingen dort zumaß, verfehlte sie ihre Wirkung auf Beck nicht.

Bei einem Mittagessen mit seinem Innenminister Ickes machte Roosevelt Ende Januar deutlich, daß seine Instruktionen für Bullitt Bestandteil einer großangelegten atlantischen Konzeption waren. Sie definierte die amerikanische Sicherheit so, daß sie nicht nur England und Frankreich, sondern auch

»alle kleinen europäischen Staaten, die bisher nicht von den Nazis überwältigt wurden«,

als

»unsere erste Verteidigungslinie« [18]

betrachtete. Diese Konzeption, die natürlich auch Holland und Polen umfaßte, schloß jede weitere Teilverständigung zwischen den europäischen Staaten und dem Dritten Reich aus.

Der niederländische Außenminister Patijn hatte Mitte des Monats freilich den Eindruck erweckt, als würden ihn die Kriegsgerüchte veranlassen, das Verhältnis seines Landes zum Dritten Reich zu überprüfen. Vielleicht war es nur ein Schachzug, um das Interesse der Westmächte an den Niederlanden zu wecken. Vielleicht war es aber auch ein Annäherungsversuch an das Dritte Reich, denn wenige Tage später machte Patijn im Gespräch mit englischen

Diplomaten deutlich, er glaube nicht, daß sich Hitler gegen den Westen wenden werde. Diese Schwankungen in der niederländischen Haltung legten sich erst, als Roosevelt persönlich eingriff.

Am 26. Januar 1939 bat der amerikanische Präsident den neuen niederländischen Gesandten in Washington, Dr. A. London, einen großen, gut gebauten und blendend aussehenden Mann, der mit einer Amerikanerin verheiratet war, zu sich, um ihm folgendes zu eröffnen [19]: Er, Roosevelt, habe »ernste Gründe«, sich nach den Niederlanden zu erkundigen. Aus drei voneinander unabhängigen Quellen höre er, daß Deutschland und Italien miteinander ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis abgeschlossen hätten, dem beizutreten Japan eingeladen worden sei. Unter einer Reihe anderer Modelle gebe es den Plan für einen Konflikt zwischen Deutschland und den Niederlanden innerhalb »der nächsten Monate«, in dessen Verlauf Italien seine Ansprüche gegenüber Frankreich erheben werde. Auf die Frage des Diplomaten, ob die Niederlande in diesem Fall allein stünden, antwortete Roosevelt, »daß dies von Großbritannien abhänge«.

Bei seinen Überlegungen, wie das Königreich der Oranier einer Beeinträchtigung seiner Unabhängigkeit und Integrität entgehen könne, hatte der Präsident einen Bruch der niederländischen Neutralität durch den Westen bereits fest eingeplant: Roosevelt betrachtete den Abschluß einer englisch-niederländischen Militärkonvention als einzigen Ausweg – für ein neutrales Land eine Unmöglichkeit. Ohne eine solche Konvention, so sagte der Präsident zu London, könne England nur dann in einen deutsch-niederländischen Konflikt eingreifen, wenn Hitler sich weigere, sich einer friedlichen Schlichtung zu unterwerfen. Offenbar befürchtete Roosevelt, daß der deutsche Führer das Gegenteil tun würde. Denn er sagte, auch die Vereinigten Staaten könnten nur dann Einfluß auf die Verhandlungen nehmen, wenn es einen englisch-niederländischen Pakt gebe. Offensichtlich wollte der Präsident eine friedliche Schlichtung auf Kosten der Niederlande von vornherein ausschließen, als er die Militärkonvention vorschlug.

Nach einem Konflikt mit Deutschland, in den die Westmächte nicht wirksam eingreifen könnten, so erklärte Roosevelt dem Gesandten weiter, würde aus den Niederlanden ein halb unabhängiger Staat unter deutscher Oberherrschaft werden. Hitler würde aus Amsterdam und Rotterdam deutsche Freihäfen machen, während er das restliche Land in die deutsche Wirtschaft eingliedern werde.

In Wirklichkeit befürchte der amerikanische Präsident jedoch nicht so sehr, daß Deutschland die Niederlande besetzte. Wahrscheinlicher schien ihm eine Mobilisierung der deutschen Wehrmacht an der niederländischen Ostgrenze um ganz anderer Ziele willen zu sein. Roosevelt wußte zu diesem Zeitpunkt bereits, daß sich Hitler und Mussolini über die Umwandlung der »Achse« in ein echtes Bündnis geeinigt hatten. Er wußte, daß die japanische Regierung sich dem Drängen Hitlers widersetzte, den Antikominternpakt in eine antiwestliche Allianz umzuwandeln. Er zweifelte außerdem immer noch an dem Willen

Englands, die Niederlande um den Preis eines Krieges gegen Deutschland zu verteidigen. Deshalb versuchte er, durch Druck auf Den Haag den englischen Premierminister Chamberlain zu einer härteren Haltung gegenüber Hitler zu drängen.

Im Zusammenhang mit den Vorstellungen, die der amerikanische Präsident im Januar 1939 von einer Bedrohung der Niederlande hatte, spielten der ehemalige deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning und der englische Historiker Sir John Wheeler-Bennett eine Schlüsselrolle. Der deutsche Zentrumspolitiker war 1934 über verschiedene Zwischenstationen nach Amerika emigriert, wo er einflußreiche Freunde hatte. So frischte er seine Kontakte zu George Messersmith wieder auf, dem früheren US-Generalkonsul in Berlin. Der Unterstaatssekretär im State Departement kümmerte sich seit 1937 um die amerikanische Deutschlandpolitik und zählte zu den Falken der Roosevelt-Administration.

Brüning hielt 1938 Vorlesungen an der Universität von Virginia in Charleston, wo damals auch Wheeler-Bennett lehrte. Zu dessen Studenten gehörte einer von Roosevelts Söhnen. Dadurch hatte der Engländer direkten Zugang zum Weißen Haus. Als Mitarbeiter des »*Royal Institute of International Affairs*« (*Chatham House*) in London zählte Wheeler-Bennett außerdem zur Gemeinde der liberal-demokratischen Internationalisten. Brüning übernahm Anfang 1939 eine Professur für öffentliche Verwaltung an der Harvard-Universität, Roosevelts Alma mater. Trotzdem hielt er sich Ende Januar im Raum Washington/Philadelphia auf. Brüning bewertete die Gefahr eines Kriegsausbruchs damals so hoch, daß er eine geplante Reise nach England auf den 20. Februar verschob.

Der Ex-Kanzler hatte schon um die Weihnachtszeit 1938 von einer deutschen Teilmobilmachung gegen die Niederlande gehört und sich mit seinem Freund Wheeler-Bennett eine eigene Theorie für Hitlers mutmaßliches Verhalten zurechtgelegt, die Goerdelers Thesen zum Teil widersprach, zum Teil aber auch bestätigte. [20] Die beiden Deutschen, die das Deutschlandbild der englischen Regierung und der Roosevelt-Administration an der Jahreswende 1938/39 maßgeblich prägten, gingen übereinstimmend von einer Krise des Dritten Reiches aus. Brüning meinte, wenn Hitler Anfang 1938 noch 75 Prozent der deutschen Bevölkerung hinter sich gehabt habe, so seien es jetzt nur noch 35 Prozent.

Wie Goerdeler glaubte auch Brüning, daß Hitler

> »wütend über England und bitter enttäuscht über seine eigene persönliche Position als Ergebnis des Münchner Abkommens«

sei. Er werde von allen Seiten kritisiert – von den Extremisten in seiner Umgebung, weil er 1938 vor einem siegreichen Krieg zurückgeschreckt sei, von der übrigen Bevölkerung, weil er Deutschland an den Rand eines von ihr nicht gewollten Krieges geführt habe. Deshalb sinne Hitler auf eine »erneute Demütigung« Englands und Chamberlains, der an seiner Stelle als Friedensheld gefeiert werde.

Im Gegensatz zu Goerdeler glaubte Brüning aber nicht, daß Hitler deshalb einen Krieg anzetteln werde. Der Führer sei sich bewußt, daß England und Frankreich kämpfen würden, wenn er versuchte, die deutschen Kolonien auf direktem Wege zurückzugewinnen. Andererseits sei es Hitler nicht gelungen, »sich die polnischen Sympathien für eine Bewegung Richtung Osten zu sichern«. Deshalb werde er als nächstes durch eine Methode, die er für friedlich halte, zu einer »Plünderung« der niederländischen Kolonien und möglicherweise auch des niederländischen Goldschatzes übergehen, um seine wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zu beheben.

Und so sah der Hitler-Plan nach Meinung Brünings und Wheeler-Bennetts aus: Mobilisierung der deutschen Wehrmacht an der niederländischen, vielleicht auch belgischen Ostgrenze; Aufforderung der Niederlande zur Kapitulation und zur Herausgabe von Niederländisch-Ostindien. Wenn er Java und Sumatra verschone, so glaube Hitler, werde das englische Empire nicht kämpfen, sondern ein neues München akzeptieren. Die Demütigung Chamberlains vor aller Welt wäre dann perfekt.

Auch Brünings Szenario zielte also auf das westliche »München-Trauma«, nur daß es die angeblichen Pläne Hitlers mit einer für die Vereinigten Staaten besonders gefährlichen Variante versah. Denn Niederländisch-Ostindien war ein für sie lebenswichtiges Rohstoffgebiet, aus dem sie den größten Teil ihres Zinns und Kautschucks bezogen. Die Annahme einer durch Androhung von militärischer Gewalt erzwungenen Übergabe dieser Kolonie an das Dritte Reich bildete denn auch den Hintergrund für das Gespräch, das Roosevelt mit dem niederländischen Gesandten London führte. Dabei war er davon überzeugt, daß Hitler nicht nur eine erneute Demütigung Englands, sondern darüber hinaus die Umwandlung der »triangulären Achse« Berlin-Rom-Tokio in ein antiwestliches Defensiv- und Offensiv-Bündnis bezwecke. Um die Japaner hierfür zu gewinnen, werde Hitler ihnen ein Drittel von Niederländisch-Ostindien überlassen.

Die Intervention Roosevelts blieb in Den Haag nicht ohne die beabsichtigte Wirkung. Kaum hatte der niederländische Außenminister am 27. Januar den alarmierenden Bericht seines Gesandten aus Washington empfangen, als er den englischen Gesandten Bland zu sich rief. Bisher, so sagte Patijn, habe er nicht viel von den umlaufenden Gerüchten über einen angeblich bevorstehenden Angriff der Deutschen gehalten. Aber Informationen »in so einer Form aus so einer Quelle«, wie sie der amerikanische Präsident darstelle, beunruhigten ihn »beträchtlich«. [21] Schon kurz darauf stellte sich der von Roosevelt beabsichtigte Effekt ein. »In Anbetracht der Informationen aus Amerika« verlangte der niederländische Außenminister, seinen englischen Amtskollegen Halifax am 15. Februar 1939 – »ohne Aufsehen zu erregen« – in London zu sprechen. [22] Damit stand die Neutralität der Niederlande auf dem Spiel, und der Ball lag endgültig im englischen Feld.

Für das Foreign Office war der »Holland-scare« – der falsche Alarm um die angebliche Bedrohung Hollands und dann auch Englands durch Hitler – wie

frisches Wasser auf eine Mühle, die gerade zum Stillstand zu kommen drohte. Nachdem die Kordt-Kirkpatrick-Story gestorben war, machten die Dissidenten nun einfach mit den neuen Gerüchten weiter, obwohl deren Herkunft und Stichhaltigkeit mehr als zweifelhaft waren.
Bezeichnend dafür war der Kommantar von Frank Roberts, der im Hinblick auf die umlaufenden Deutungsmuster für die Urheberschaft erklärte:

»Alles ist möglich, aber wesentlich war es, die Geschichte ernst zu nehmen und eine feste Reaktion zu zeigen.«

Selbst die Gefahr, auf ein Täuschungsmanöver der Nazis hereinzufallen, vermochte den frisch gebackenen Vize-Chef der Mitteleuropa-Abteilung, Kirkpatrick, nicht zu schrecken. Sein Trost: Hätte England auf die Gerüchte mit *Appeasement* geantwortet, hätte Hitler die Niederlande vielleicht tatsächlich angegriffen. [23]
Die Meinung von William Strang zeigte, wie gerissen die Wahl war, welche die internationalen Gerüchteköche getroffen hatten, als sie sich für die Niederlande als neuen Krisenherd entschieden. In einem Positionspapier schrieb der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im Foreign Office Mitte Januar:

»... Deutschland hat bereits bewiesen, daß Frankreich zu impotent ist, um in Mitteleuropa zu handeln; es könnte jetzt meinen, daß die Zeit gekommen sei, zu beweisen, daß England zu impotent ist, um in den Niederlanden einzugreifen. Ein Angriff auf Holland würde natürlich keinerlei Verpflichtungen ins Spiel bringen, weil weder das Vereinigte Königreich, noch Frankreich, noch Belgien verpflichtet sind, Holland beizustehen. Aber England hat ein traditionelles Interesse an der Integrität der Niederlande, und deshalb ist es an uns mehr denn an Frankreich, etwas für ihre Verteidigung zu unternehmen.«

Aus dieser Analyse ergab sich die Notwendigkeit für England, neue Verpflichtungen auf dem europäischen Festland zu übernehmen – also genau das zu tun, was es seit Versailles vermieden hatte. Eine solche Abwendung von den ehernen Gesetzen der englischen Außenpolitik setzte einen bündnisähnlichen Zusammenschluß der Westmächte voraus – also genau das, was der »*Hollandscare*« eigentlich bezweckte.
Unter all seinen hochgeborenen und vermögenden Kollegen und Vorgesetzten war Strang eine seltene Ausnahmeerscheinung in seinem Rang. Im Gegensatz zu Halifax, dem ehemaligen Vizekönig von Indien, und Kirkpatrick, der als Sohn eines irischen Kolonialoffiziers in Indien geboren wurde, hatte der schmale und ernste Mann mit der dunklen Hornbrille keine Extravaganzen der Herkunft und des Standes aufzuweisen. Strang, der wie das marmorne Standbild des englischen Beamten wirkte, stammte aus den kargen bäuerlichen Verhältnissen Schottlands, obwohl er in Essex geboren wurde. Mit seinen 46 Jahren verkörperte er den sozialen Aufsteiger, der seine verantwortungsvolle Position nach kurzen Auslandsaufenthalten in Belgrad, Moskau und beim Völkerbund 1937 gewissermaßen auf dem Verwaltungswege erreicht hatte.

Die Tatsache, daß Strang den Premierminister 1938 nach Berchtesgaden, Bad Godesberg und München begleitet hatte, bedeutete nicht, daß er die Politik Chamberlains, ihre Methoden und ihre Ziele, billigte. Dazu stand Strang dem Gedanken der kollektiven Sicherheit zu nahe. Außerdem fühlte er sich durch die außenpolitische *One-man-show*, die der Premier betrieb, in seinem Amtsstolz verletzt. Diese Art von persönlicher Diplomatie verstieß einfach gegen Strangs etwas formellen Begriffe von Ordnung und Anstand.

Für den Leiter der Mitteleuropa-Abteilung war München nur eine »tragische Notwendigkeit«, obwohl er selbst die von Chamberlain und Hitler unterschriebene Friedenserklärung entworfen hatte. [25] Untadelig und unnahbar verkörperte Strang die ehernen Gesetze der englischen Diplomatie – Kenntnis der Vergangenheit, Übersicht über die Gegenwart, Imagination der Zukunft und die Entschlossenheit, »mutige Entscheidungen zu treffen und durchzuhalten« – wenn es sein mußte bis zum bitteren Ende. Und anscheinend mußte es jetzt sein, daß man wieder einmal bis zum bitteren Ende durchzuhalten hatte.

In Begleitung von Halifax, Cadogan und einigen anderen Beamten reiste Chamberlain am 10. Januar mit dem »Goldenen Pfeil«, einem Schnellzug, der zwischen London und den Kanalhäfen verkehrte, zum Gipfeltreffen mit Mussolini nach Rom ab. Inzwischen führte William Strang im Foreign Office die Geschäfte. In Anbetracht der Alarmmeldungen hatte Oberst Petibon vom französischen Generalstab dem englischen Militärattaché in Paris bereits am 10. Januar erklärt, Frankreich werde einer Bedrohung seines Alliierten durch Deutschland nicht tatenlos zusehen. Dabei fügte er listig hinzu, solange sich England nicht besser auf einen Landkrieg vorbereite, sei es allerdings eher eine Belastung als ein Trumpf für Frankreich.

Damit war klar, daß der französische Alliierte für den Fall eines militärischen Konflikts auf mehr englische Landstreitkräfte spekulierte. Da er das praktisch seit dem Ersten Weltkrieg tat, war das nicht weiter überraschend. Mehr interessierte Strang die Frage, ob denn Frankreich – mit mehr oder weniger englischen Truppen – überhaupt in der Lage wäre, sich selbst in einem Krieg gegen Deutschland und Italien zu wehren, sei es, daß der deutsche Angriff über die Maginot-Linie, sei es, daß er über die Niederlande und Belgien erfolgte. Ein entsprechender Analyse-Auftrag wurde von ihm am 12. Januar an den englischen Generalstab vergeben, und so hatte der »*Holland-scare*« bereits seinen Weg in die Verästelungen der englischen Militär-Bürokratie gefunden, bevor überhaupt irgendeine politische Entscheidung über die Anrufung der anderen Westmächte gefallen war.

Dieses Tempo war wirklich atemberaubend. Es zeigte, daß der eigentliche Entschluß, die Dinge jetzt bis zum bitteren Ende durchzustehen, eben doch schon weiter zurücklag. Freilich hatte es sich im Dezember um einen ganz anderen Anlaß gehandelt. Er wurde jetzt einfach »fortgeschrieben«.

Als Staatssekretär Cadogan via Paris aus der italienischen Hauptstadt zurückkehrte, und am Dienstag, den 17. Januar 1939, wieder an seinem Schreibtisch Platz nahm, fand er Strangs Vorarbeiten bereits vor. Er brauchte jetzt nur noch

»eine Warnung vor einem ›Angriff (Deutschlands) im Westen‹, i.e. – grundsätzlich – Holland«,

zu verfassen. Sie war für den Außenpolitischen Kabinettsausschuß bestimmt, der am 23. Januar 1939 zusammentreten sollte. Bis dahin ging Außenminister Halifax nach Yorkshire in den Kurzurlaub.
Dies alles deutete nicht gerade auf eine akute Panik hin, sondern wirkte eher wie ein Routinemanöver. Schließlich hatte man das alles schon einmal 1914 erlebt. Zu widersprüchlich war auch das vorliegende Nachrichtenbild. Nicht alles sprach für einen deutschen Westangriff, und man wollte ihn natürlich auch nicht durch ein übermäßig unvorsichtiges oder herausforderndes Verhalten provozieren. So hatte der Militärattaché an der englischen Botschaft in Berlin, Oberst Mason-Macfarlane, ein Mann, der es eigentlich wissen mußte, erst in den letzten Dezembertagen des Jahres 1938 gewettet, es stehe 10:1, daß sich Hitler zunächst um eines begrenzten Lebensraumes willen nach Osten wenden werde. Nach wie vor sei es sein Ziel, die Ukraine zu besetzen.
Der niederländische Militärattaché in Berlin hatte das bestätigt. Diese Lageeinschätzung wurde auch vom französischen Militärattaché in Berlin geteilt, der am 10. Januar 1939 eher gewisse Gefahren für Rumänien vorhersah. Der Stellvertretende Direktor der Militärischen Abwehr MI5, Oberst Frederick Beaumont-Nesbitt, vom Foreign Office um Rat gefragt, erklärte am 12. Januar 1939, [26] es wäre »gegen jede Logik«, wenn sich Hitler zuerst gegen den Westen wenden würde. Sein ausführliches Gutachten, – Musterbeispiel einer methodisch und sachlich einwandfreien Analyse – gipfelte in den prophetischen Sätzen.

»Die inneren Verhältnisse in Deutschland entwickeln sich dergestalt, daß sie Hitler in naher Zukunft zwingen könnten, durch einen Angriff nach außen davon abzulenken, und das wird Richtung Osten geschehen, wahrscheinlich zunächst über die Tschechoslowakei gegen Rumänien und anschließend gegen die Ukraine (letztere als Ziel der langfristigen Politik). Was Polen angeht: Im Moment mag es sich einer weiteren kurzen Periode eines unsicheren Friedens erfreuen, falls es nicht aktiv in Hitlers Pläne eingreift. Sollte es eingreifen, könnte es den Anlaß zu jenem größeren Krieg geben, den sich Hitler angeblich seit seiner Jugendzeit wünscht. Jedenfalls hat Polen jetzt zu entscheiden, ob es mit Deutschland Frieden zu den Bedingungen machen will, die es erreichen kann, und diese Bedingungen werden in Berlin aufgestellt. Was eine mögliche Bewegung in Richtung Westen angeht – entweder gegen England oder Frankreich oder gegen beide, so sprechen alle logischen Argumente dagegen . . . Obwohl es unklug wäre, ein solches Vorhaben ganz auszuschließen, würde es dem Verzweiflungswurf eines Spielers gleichen.«

Aber im Grunde kam es gar nicht mehr auf sachliche Argumente an, sondern auf die Bestätigung bestimmter Vorgaben, die in den Rahmen der politischen Gesamtoperation paßten. Strang bewertete die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Westangriffs einfach »etwas höher« als die militärischen Experten. Schließlich sprachen seiner Meinung nach auch das Wetter, das im Februar/

März 1939 angeblich noch keine militärischen Operationen in Ostmitteleuropa zuließ, sowie die Tatsache dafür, daß Beck mit Hitler bisher keinen Streit bekommen hatte. Der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung und die anderen Dissidenten hatten sich nun einmal auf die These festgelegt, Hitler sei plötzlich von einem Ost- auf einen Westkrieg umgeschwenkt, um die Notwendigkeit eines westlichen Bündnisses zu rechtfertigen, und nun schoben sie alles beiseite, was ihnen dabei in die Quere kam.

Cadogan und Vansittart gingen dennoch ziemlich methodisch vor, indem sie am 19. Januar Einigkeit darüber erzielten, daß es nun an der Zeit sei, den amerikanischen Präsidenten Roosevelt ins Vertrauen zu ziehen. [27] Der Staatssekretär hatte schon vor seiner Reise nach Rom vom Präsidenten die Versicherung erhalten, daß die USA im Kriegsfall

»schnell eintreten müßten, wenn sie noch wirklich von Nutzen sein sollten.« [28]

Diese Zusage übertraf noch Roosevelts Beistandsversprechen von November/Dezember 1938, so daß nun gehandelt werden konnte.

Wenn wenigstens das, was für die Annahme eines deutschen Westangriffes sprach, hieb- und stichfest gewesen wäre. Aber das, was Halifax dem Außenpolitischen Kabinettsausschuß am 23. Januar als Quintessenz der Foreign-Office-Erkenntnisse vorsetzte, war ein höchst seltsames Gebräu. Cadogan, der maßgeblich an der Vorlage mitgearbeitet hatte, war hinterher so erleichtert über die Reaktion der Minister, daß er in sein Tagebuch schrieb: »Sie buhten unser Papier nicht aus . . .« [29] Vorsichtshalber wurde die Denkschrift nach der Sitzung gleich wieder eingesammelt, nachdem der Ausschuß beschlossen hatte, sie nicht wie üblich bei den übrigen Kabinettsmitgliedern in Umlauf zu setzen. So kam es, daß nur wenige Minister nur für kurze Zeit schwarz auf weiß sahen, was Englands schicksalhafte Wendung begründete.

Für die plötzliche, entschlossene und weitreichende Wendung, die England im Dezember 1938/Januar/Februar 1939 vollzog, war diese Denkschrift des Außenministeriums über »mögliche deutsche Intentionen« in der Tat das Schlüsseldokument. [30] Es bestand aus einem Memorandum Cadogans über mögliche deutsche Angriffsabsichten gegen die Westmächte, aus einer Zusammenfassung der geheimdienstlichen Erkenntnisse durch Gladwyn Jebb, aus zwei anonymen Memoranden, die von zwei »prominenten Germanophilen« stammten, aus einem Memorandum von Vansittart und einer Übersicht über die militärpolitischen Beziehungen Englands zu Frankreich, Belgien und den Niederlanden aus der Feder Strangs. Nachgeschoben wurde von Halifax außerdem eine Notiz Kirkpatricks über »kürzlich in Berlin geführte Gespräche«, ein politischer Stimmungsbericht aus der Reichshauptstadt, der vom 6. Januar datierte und den angeblich geplanten »Blitzschlag« der Luftwaffe gegen London mit keinem Wort mehr erwähnte. [31]

Die manipulatorische Funktion der Denkschrift wurde nur zwischen den Zeilen erkennbar und auch nur für den, der einen Überblick über die gesamte Nachrichtenlage hatte. Diesen Überblick hatte aber außer Halifax niemand,

obwohl der Außenpolitische Kabinettsausschuß, der unter dem Vorsitz von Premierminister Chamberlain tagte, aus den wichtigsten Ministern bestand. [32] Zwar beging keiner der Foreign-Office-Autoren in seinem Beitrag den Fehler, die Gefahr eines deutschen Westkrieges zu übertreiben – im Gegenteil, fast jeder beeilte sich, auf das Vorläufige und Ungesicherte seiner Erkenntnisse hinzuweisen. Aber wahrscheinlich wirkte die Warnung, es wäre »die größte Verrücktheit« (Cadogan), die Möglichkeit auszuschließen, daß Hitler »einen überwältigenden Schlag gegen die Westmächte« führt (Halifax), gerade deshalb umso glaubwürdiger. [33]

Diese Glaubwürdigkeit wäre zweifellos erschüttert worden, wenn die Minister gewußt hätten, was alles nicht in der Denkschrift stand: Nichts von den Berichten der Militärattachés aus Berlin, nichts von Beaumont-Nesbitts Memorandum, nichts auch von jener Friedensinitiative, die am 5. Januar 1939 angelaufen war. Um die Kriegsgerüchte zu entschärfen, hatte überraschend Belgien angekündigt, es werde sich über die »Oslo-Gruppe« im Völkerbund [34] um eine europäische Vier-Mächte-Konferenz bemühen, in die auch die Vereinigten Staaten von Amerika einbezogen werden könnten. Die Reaktion der deutschen Führung fiel bis zum 12. Januar »sehr viel ermutigender aus« als vermutet, so daß die Initiatioren schon »mehr Möglichkeiten für eine neue Haltung« in Berlin erspähten, »als üblicherweise erwartet wird«. Weitere Gespräche unter anderem mit Außenminister Ribbentrop wurden angekündigt. Aber nach dem »engen und vertraulichen Kontakt«, den das Foreign Office mit der amerikanischen und belgischen Regierung aufgenommen hatte, wurde daraus nichts mehr. [35]

Verschwiegen wurde auch, daß das meiste an der rätselhaften Denkschrift – nämlich das Memorandum der beiden Germanophilen – schon etwas älteren Datums war, als hätte man es schon von langer Hand vorbereitet und würde es jetzt nur noch bei passender Gelegenheit aus der Schublade ziehen. [36]

Das Hauptziel der Denkschrift bestand darin, den Eindruck zu erwecken, daß alle Informationen, die das Foreign Office in den letzten Tagen erhalten hatte, in ein und dieselbe Richtung wiesen –

»daß Hitler einen ›Coup‹ erwägt, der zeitig in diesem Jahr stattfinden soll, wobei die Gefahrenperiode im Februar beginnt« (Halifax),

und zwar in Richtung Westen. Bei dieser Behauptung bezog sich der Außenminister ausdrücklich auf den Präzedenzfall der Tschechoslowakei-Krise, bei der im Juli/August/September 1938 angeblich eine ähnliche Eindeutigkeit in der Nachrichtenlage geherrscht habe. Er vergaß freilich darauf hinzuweisen, daß es sich damals um Vorhersagen gehandelt hatte, die sich innerhalb von Hitlers Ostkriegs-Dispositionen bewegten und daß die Führung in Berlin am Ende doch noch von der Eröffnung eines Krieges Abstand genommen hatte.

Um Hitlers angebliche Wendung zu einem Westkrieg zu begründen, griffen die Autoren auf alles zurück, was sie an Informationen zu zwei Punkten hatten: (1) daß Hitler wütend über die ihm aufgezwungene Konferenz von München sei

und (2) daß er England, das Empire und Chamberlain persönlich seither mit äußerstem Haß verfolge. Diese Informationen bestanden hauptsächlich aus wörtlichen Zitaten des Führers, seiner engsten Mitarbeiter und namenloser Parteigenossen, die sich in unflätigster Weise über England, das Empire und die führenden Persönlichkeiten ausließen. Diese Äußerungen stammten freilich aus anonymen Quellen (»Herr Q.«). Doch wurde gerade dadurch der Eindruck eines völlig außer Rand und Band geratenen Nazi-Regimes erweckt, das in seiner Not nur noch darauf aus sei, möglichst schnell an Geld heranzukommen, und sei es auch um den Preis des Zweiten Weltkrieges.

Einen besonders breiten Raum nahmen die Ausführungen der beiden prominenten »Germanophilen« ein. Im Gegensatz zu dem Eindruck einer positiven Voreingenommenheit, den die Bezeichnung »germanophil« (deutschfreundlich) erzeugt, ergingen sich die beiden Autoren in allerlei pessimistischen Betrachtungen über die Natur und die Perspektiven des Naziregimes und seines Führers Hitler. Sie gipfelten in der Feststellung, 1938 sei in Deutschland der Umschlag zu einem »braunen Bolschewismus« erfolgt, der in seiner satanischen Art nacheinander das Bürgertum, die Kirchen und die Juden vernichten werde. Hitler sei vollkommen pathologisch, paranoisch und unberechenbar geworden. Gegen dies alles helfe nur noch eine »moralische Offensive« des Westens und eine »vollkommen unnachgiebige Politik«, die einen Keil zwischen Hitler und das deutsche Volk treibe, sowie die Rückkehr zu den Grundmustern von 1917/18 mit der Abschreckung durch eine Große Allianz als Leitmotiv.

Weil dieser abgrundtiefe Pessimismus offenbar gut in ihr Konzept paßte, England auf ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis der Westmächte festzulegen, hatte die Leitung des Foreign Office diese Ausführungen in ihre Denkschrift aufgenommen, obwohl die beiden Germanophilen zu einem anderen Schluß als die anderen Autoren kamen: Hitler werde erst im Osten, und dann im Westen zuschlagen. Einer der beiden Autoren sagte sogar unter Berufung auf zwei verschiedene deutsche Quellen die Zerschlagung Polens für die Zeit von April bis Juli 1939 sowie den Abschluß aller Vorbereitungen für einen Krieg gegen Rußland am 1. März 1939 voraus. Manches in diesem Memorandum, in dem sich Argumente und Emotionen mischten, erinnerte an die Argumentation Goerdelers, und an einer Stelle gab es sogar einen kleinen Hinweis auf die Urheber: Offenbar handelte es sich um niemand anders als um Lord Lothian und seinen Freund Conwell Evans. Sie waren die einzigen Engländer, die im Mai 1937 »unser zweites Interview mit Hitler« hatten. [37]

Die beiden Ex-*Appeaser* bekannten offen, sie hätten sich in ihrer früheren Einschätzung des Nazi-Regimes geirrt. Wahrscheinlich wurden ihre Namen nur deshalb geheimgehalten, weil die Leitung des Foreign Office peinlichen Fragen nach der Verläßlichkeit von Zeugen ausweichen wollte, die *vor* München und der Reichskristallnacht einem Ausgleich mit Deutschland das Wort geredet hatten und die *nach* München und der Reichskristallnacht einen

moralischen Kreuzzug gegen das Dritte Reich empfahlen. Ihre schwungvoll vorgetragene Warnung, England und das *Empire* schwebten jetzt in größerer Gefahr denn je in ihrer Geschichte und könnten bereits 1940 untergehen, war darauf berechnet, die in Ehren ergrauten, konservativen und dem Reichsgedanken verpflichteten Minister in Angst und Schrecken zu jagen.

In diesem seltsamen Dokument schoß Gladwyn Jebb jedoch den Vogel ab. Der 39jährige Sproß einer alten, gutsherrlichen, aber nichtadeligen Familie aus Derbyshire hatte die übliche Eton-Oxford-Ausbildung absolviert, bevor er sich 1923 dem diplomatischen Dienst zuwandte. Seine Auslandserfahrungen stammten aus Paris, Teheran, Rom und Genf, dem Sitz des Völkerbundes. Jebb war ein introvertierter, simpel gestrickter, etwas kalt wirkender Mann von einfachen, aber festen Überzeugungen, dessen Loyalität gegenüber seinen Vorgesetzten nur noch von seiner Feindschaft gegen Hitler und den Nationalsozialismus übertroffen wurde.

Seit 1937 war Jebb als Cadogans Privatsekretär im Foreign Office u. a. zuständig für Geheimdienstangelegenheiten. Jetzt berichtete er dem Außenpolitischen Kabinettsausschuß, Hitler sei unter dem Einfluß Ribbentrops und Himmlers zu einer außenpolitischen »SS-Taktik« übergegangen, weil er befürchte, seinen Rüstungsvorsprung vor den rasch nachrüstenden Westmächten binnen kurzem zu verlieren. Zur Illustration dessen, was er meinte, benutzte Jebb in diesem Zusammenhang die deutschen Worte »einfach drauflos«, um auf Hitlers besinnungslosen Kriegsgeist hinzuweisen.

Unter Berufung auf den ungenannten Nazi-Funktionär »Herrn Q.« behauptete Jebb, diese Taktik laufe auf einen »gleichzeitigen Angriff« Deutschlands auf die Ukraine und die Westmächte hinaus – eine Vorhersage, zu der sich keiner der anderen Autoren verstiegen hatte. Und dann folgte der inhaltsschwere Satz, der jede weitere Gesprächsbereitschaft Englands ad absurdum führte:

> »Selbst wenn England die deutsche Aktion im Osten hinnähme, würde es angegriffen werden.«

Wenn diese Behauptung zutraf, hatte es wirklich keinen Sinn mehr, ein zweites München anzustreben.

Hitler, so Jebb weiter, werde Polen durch einen Aufmarsch der deutschen Wehrmacht in Schach halten und gleichzeitig – hier tauchte Kirkpatricks »Blitzschlag«-Geschichte in abgewandelter Form wieder auf – den Krieg gegen die Westmächte durch einen »›blitzartigen‹ Überraschungsschlag« aus der Luft eröffnen. Angeblich wollte der Führer die Westmächte dadurch am Eingreifen hindern, während er sich in den Besitz Rumäniens und vielleicht Ungarns setzte und damit die Fähigkeit gewann, einen längeren Krieg auszufechten. Etwas unlogisch fuhr Jebb in der Wiedergabe von Hitlers angeblichen Absichten fort: »Deshalb müssen sie (die Westmächte – D. B.) vernichtet werden.«

Insgesamt mußte die Foreign-Office-Denkschrift auf die Mitglieder des Außenpolitischen Kabinettsaussusses einen verwirrenden Eindruck machen. Hitler war augenscheinlich vollkommen verrückt geworden, daß er das Risiko

eines Zwei-Fronten-Krieges einging und die Weltherrschaft anstrebte, obwohl er kurz vor dem Bankrott stand. Aber bei seinem grenzenlosen Haß auf England, bei seinen wirtschaftlichen Nöten und bei seiner Angst vor der westlichen Nachrüstung war ihm offenbar alles zuzutrauen. Hatte er nicht erst 1938, während der Tschechoslowakei-Krise, den Frieden bedroht? Hatte er nicht selbst das große Judenpogrom, die sog. »Reichskristallnacht«, befohlen? Hatte er nicht soeben seinen Reichsbankpräsidenten Schacht entlassen, der in London zu den »Gemäßigten« zählte?

In der Tat wurde die Entlassung Schachts in London als Indiz für »weitreichende Veränderungen« in der deutschen Führung gewertet. [38] Angeblich war der Reichsbankpräsident wegen seiner erfolglosen England-Reise im Dezember 1938, auf der er sich um eine Lösung der Judenfrage bemühen sollte, entlassen worden. In diesem Zusammenhang wurde der Deutsche, der dem Widerstand nahestand, am 15. Dezember – es war genau der Tag des blinden »Blitzschlag«-Alarms – von Chamberlain empfangen. Dabei sagte Schacht ganz offen, »es gebe kein ›Appeasement‹ mit Hitler« mehr. [39], obwohl er einen nach Meinung seiner amerikanischen und englischen Gesprächspartner ziemlich vernünftigen Vorschlag für eine baldige Auswanderung von 400000 deutschen Juden mitbrachte. Die restlichen 200000 Juden, die für eine Auswanderung zu alt waren, sollten ihren Lebensabend unbehelligt in Deutschland verbringen können.

Latent hatte das anti-deutsche Feindbild sicher schon vorher in der Regierung Chamberlain existiert. Durch die Denkschrift des Foreign Office wurde es jedoch in äußerst massiver Weise bestärkt und gleichsam auf den neuesten Stand gebracht. Damit fand der militante Antifaschismus erstmals Eingang in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß der englischen Führung. Aber das war kein Wunder. Denn viele im Foreign Office dachten bereits so wie Oliver Harvey:

> »Es wird niemals einen sicheren und zivilisierten Frieden geben, solange Hitler oder Mussolini lebt.« [40]

Das Hitler-Bild des englischen Außenministeriums hatte sich in den letzten Wochen und Monaten auf die Fratze eines wahnsinnigen, keinem Einfluß von außen mehr zugänglichen, um jeden Preis kriegsentschlossenen »Monsters« (so Evans/Lothians) reduziert. Da sich dieses Monster im Besitz der furchterregenden deutschen Kriegsmaschine befand, schienen weitere Verhandlungen nicht nur zwecklos, sondern gefährlich zu sein. Denn wenn man Hitler nicht bald durch Krieg oder Umsturz beseitigte – und etwas anderes schien jetzt nicht mehr übrigzubleiben – würde er nach und nach die ganze Welt mit Krieg überziehen, bis er die Weltherrschaft errungen hatte.

Gleichzeitig wurde diese Horrorvision von der Denkschrift jedoch so geschickt modifziert und gegen England gerichtet, daß sie statt Resignation und Fatalismus bei den Mitgliedern des Außenpolitischen Kabinettsausschusses einen gewissen Kampfgeist und Optimismus erweckte. Niemand von den Ministern ließ sich gern von den Nazis als »arrogante Affen« beschimpfen, und jeder war beeindruckt von der angeblichen Gefahr, daß das Empire bis 1940 von der

Bildfläche verschwinden würde, wenn man sich nicht endlich aufraffte. Schließlich schöpften alle Minister Mut aus der Erkenntnis, daß Hitler offenbar so wenig Rückhalt im deutschen Volk hatte, daß er den Verzweiflungswurf eines Spielers wagen mußte. »Hitlers Stern sinkt«, schrieb Vansittart, sonst eher geneigt, die deutsche Gefahr zu übertreiben, in seinem Momorandum. Wenn das zutraf, dann mußte der Stern Englands, den die Konferenz von München verdunkelt hatte, zwangsläufig wieder steigen.

Tatsächlich wurde in der Denkschrift behauptet, die Opposition gegen das Nazi-Regime – mit Hitlers Stellvertreter Göring als »Anführer einer Friedenspartei« an der Spitze – sei während der letzten Zeit in einem unvermutet eindrucksvollen Ausmaß gestiegen. Aber diese Opposition sei unbewaffnet und machtlos, »es sei denn während eines sehr gefährlichen Krieges«. Allein die »Furcht vor dem Feind« könne die deutschen Massen »zur Revolte treiben«, hieß es in dem Memorandum. Sollte Deutschland an der Eroberung Rußlands scheitern, könnten England und Frankreich das Nazi-Regime durch Intervention oder Schlichtung leicht zu Fall bringen. Auf jeden Fall müßten sie dem deutschen Volk jedoch schon jetzt sagen, daß es bei einem Konflikt mit den Westmächten auch mit den Vereinigten Staaten zu rechnen habe.

Das Foreign Office fand, England müsse das Dritte Reich so schnell wie möglich durch eine Demonstration moralischer, politischer und militärischer Stärke beeindrucken, zumal es Anhaltspunkte dafür gebe, daß Hitler damit rechne, England und Frankreich würden auch bei seinem nächsten »Kreuzzug« (Evans/Lothian) neutral bleiben oder sogar voneinander abfallen. Um eine Isolierung Englands vorzubeugen, wurde dem Außenpolitischen Kabinettsausschuß daher vier Schritte vorgeschlagen:

(1) Beschleunigung der Defensiv- und Offensivmaßnahmen im Bereich der Luftverteidigung;
(2) Intensivierung der Stabsgespräche mit Frankreich, Herbeiführung von belgisch-französischen Stabsgesprächen, Einladung des holländischen Ministerpräsidenten Colijn nach London so bald wie möglich;
(3) Bereitstellung eines Schlichtungsgremiums für den Fall eines deutschen Angriffs auf die Niederlande – nicht weil Cadogan glaubte, daß Hitler im Ernstfall zu einer Schlichtung bereit wäre, sondern »weil dies einen besseren Ausgangspunkt für unsere Intervention oder die von anderen abgeben würde« – wobei er größten Wert auf die Mitwirkung der USA legte;
(4) sofortige vertrauliche Information von Präsident Roosevelt über alle Besorgnisse und Absichten Englands und Bitte um tatkräftige Unterstützung.

Obwohl sich das Foreign Office soviel Mühe gegeben hatte, die Minister auf ein bestimmtes Handlungskonzept einzustimmen, verlief die anschließende Diskussion im Außenpolitischen Kabinettsausschuß ausgesprochen kontrovers. [41] Als hätte er die manipulatorischen Absichten der Denkschrift durchschaut, zog Innenminister Samuel Hoare, neben dem Premierminister einer der eifrigsten *Appeaser*, ein eigenes Papier aus der Tasche, das völlig andere Informationen enthielt. Danach hatte Göring kürzlich gesagt, Deutschland

brauche ein Jahr Frieden. Zwar schienen sich hinter diesem Wunsch auch nicht gerade ungeheuer freundliche Absichten zu verbergen, obwohl sie eher in Richtung Osten wiesen. Aber immerhin habe man in Berlin die Reichskristallnacht inzwischen als »fatalen Irrtum« erkannt und den dafür verantwortlichen Propagandaminister Goebbels »kaltgestellt«. Hoares Informationen beeindruckten die Ministerrunde so, daß Halifax schließlich nichts anderes übrig blieb, als ihre Existenz einzugestehen und sie selbst vorzutragen. Damit war die psychologische Wirkung der Denkschrift weitgehend verpufft.

Die härtesten Auseinandersetzungen gab es natürlich um die Frage, ob und unter welchen Umständen ein deutscher Angriff auf die Niederlande als »casus belli« für England anzusehen sei und wie man dieser Eventualität am besten vorzubeugen habe. In diesem entscheidenden Punkt schälten sich sofort die beiden Lager und Standpunkte heraus, die sich bis zur englischen Garantie für Polen und Rumänien wie feindliche Heerhaufen gegenüberlagen: Auf der einen Seite Halifax, dessen diplomatischer Chefberater Vansittart, Staatssekretär Cadogan, Handelsminister Oliver Stanley und einige andere, die für eine unbedingte Garantie eintraten – auf der anderen Seite der Premierminister, dessen außenpolitischer Chefberater Sir Horace Wilson, Minister Hoare und andere, die gegen neue Verpflichtungen Englands auf dem europäischen Festland waren. Beide Lager waren ungefähr gleich stark. Das dazwischenliegende Feld der Unsicheren und Schwankenden würde schließlich den Ausschlag geben.

Chamberlain gab allen Ernstes zu bedenken, ob die Niederlande wirklich »so vital für die Interessen und die Sicherheit« Englands seien, daß es sich für ihre Integrität (nicht nur für ihre Unabhängigkeit) verbürgen müsse. Das hörte sich fast so an, als würde der Premierminister mit dem Gedanken spielen, die holländischen Nordprovinzen im Falle eines Falles wie einst das Sudetenland an Deutschland abzutreten, um England vor dem Kriegseintritt zu bewahren. Zweifellos war es auch so gemeint, denn ausdrücklich warnte der Regierungschef seine Minister, England könne im Falle eines Krieges nicht unter allen Umständen gleich eine riesige Armee auf den Kontinent entsenden.

So umstritten die Holland-Garantie auch war – in einem Punkt waren sich die Minister merkwürdigerweise sofort einig: Die Niederlande sollten in dieser für sie lebenswichtigen Frage vorher nicht konsultiert, sondern nur hinterher informiert werden, also *nach* der englischen Entscheidung. Offenbar wollte man Einsprüche aus Den Haag vermeiden. Denn alle Sitzungsteilnehmer wußten, daß die niederländische Regierung die umlaufenden Kriegsgerüchte, die sie wie ein Schwarm von Unglücksraben umflatterten, auf das heftigste dementierte und sich nach keiner Seite hin binden wollte. Aber was machte das schon? England erwartete jetzt von jedem Holländer, daß er seine Pflicht tat, um das Empire zu retten.

Insgesamt zeigte die Debatte, daß Chamberlain den »Blitzschlag«-Schock inzwischen überwunden hatte. Er spielte souverän auf Zeit, versuchte seine *Appeasement*-Position zurückzugewinnen und setzte sich schließlich mit dem

Vorschlag durch, zunächst einen Unterausschuß des Generalstabes um ein Gutachten über die militärischen Implikationen einer englischen Garantie für die Niederlande zu bitten. Außerdem einigte man sich darauf, erst einmal politische Klarheit über die englische Position in dieser Frage herbeizuführen, bevor man mit irgendwelchen alarmierenden Mitteilungen an die anderen Westmächte herantrat.

Mit einer Ausnahme allerdings – und das waren die Vereinigten Staaten. Auch Chamberlain war jetzt dafür, Roosevelt umgehend über die englischen Absichten und Besorgnisse zu informieren, auch wenn er bezweifelte, daß es klug sei, die USA sogleich öffentlich als Vermittler für den Konfliktfall zu benennen. Seine Begründung: Offenbar sei Hitler nicht bereit,

»die Vereinigten Staaten unter den gegebenen Umständen als neutrales Land zu betrachten«.

Außerdem sollte nach Ansicht des Premierministers in die Information für Roosevelt noch nichts über eine etwaige Garantie Englands für die Niederlande gesagt werden. Chamberlain wollte sich in diesem wichtigen Punkt noch nicht festlegen und einen eventuellen Konflikt um die Niederlande für eine echte Vermittlung offenhalten.

Der Außenpolitische Kabinettsausschuß folgte dem vorsichtigen Kurs des Regierungschefs. Das Gremium beschloß am 23. Januar außerdem noch einige Maßnahmen zur Verbesserung der Londoner Luftabwehr gegen deutsche Überraschungsangriffe. Untergründig spielte der von Kordt/Kirkpatrick ausgelöste »Blitzschlag«-Alarm also immer noch eine gewisse Rolle, obwohl der englische Luftwaffenchef Sir Cyril Newall bezweifelt hatte, daß es den Deutschen überhaupt möglich sei, unbemerkt von den englisch-französischen Frühwarnsystemen auf den Klippen von Dover und in Nordfrankreich über die Nordsee anzugreifen.

So hatte das Foreign Office am Ende dieser Sitzung mit seinem sorgfältig eingefädelten Vorstoß nur zwei seiner drei Ziele erreicht: Die Kontaktaufnahme mit dem amerikanischen Präsidenten zwecks politischer Abstimmung zwischen den beiden angelsächsischen Führungsmächten und die Erfüllung der englischen Bringschuld in Form der Verschärfung der Luftabwehr. Dagegen ließ die Zusammenführung aller fünf Westmächte zu einer bündnisähnlichen Kombination – Kernstück und eigentlicher Zweck der Gesamtoperation – angesichts der Widerstände innerhalb der Regierung noch etwas auf sich warten.

Durch die Beschlüsse des Außenpolitischen Kabinettsausschusses erhielt der »niederländische Aspekt« eine gewisse »Priorität«, wie Cadogan empfohlen hatte. Das bedeutete aber nicht, daß man den polnischen Aspekt vernachlässigt hätte. Im Gegenteil, einstimmig und ohne ein Wort der Diskussion darüber zu verlieren, begrüßte die Ministerrunde am 23. Januar den Vorschlag von Halifax, den polnischen Außenminister Beck zu Gesprächen nach London einzuladen. Diese seltene Einigkeit und der hohe Stellenwert, den das Foreign

Office in seiner Denkschrift der künftigen Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen beimaß, bewiesen zweierlei:
(1) Die erwogene Garantie für Holland war von Anfang an nur der erste von zwei Schritten, mit denen man Deutschland »einkreisen« wollte.
(2) Er wurde als erstes getan, weil die Zusammenführung der Westmächte die Voraussetzung für eine Annäherung Polens an den Westen war.
Wahrscheinlich hatte der »*Holland-scare*« – eine Fabrikation aus dubiosen Quellen, für deren Stichhaltigkeit es noch immer keine Beweise gab – von vornherein nur diesen einen Doppelzweck verfolgt: Er sollte außer den USA auch Polen in die westliche Allianz einbringen [42] und zugleich eine deutsch-polnische Einigung verhindern. Der Grund: Der englische Botschafter in Rom, Lord Perth, hatte schon am 16. Dezember 1938 davor gewarnt, Polen könnte demnächst in die Achse einbezogen werden. [42a] Deshalb befaßten sich Jebb, Vansittart und die beiden »Germanophilen« in der Denkschrift mehr oder minder ausführlich mit der polnischen Frage. [43]
Aus ihren Darlegungen schälten sich zwei mögliche Modelle für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen heraus, von denen das eine alarmierender als das andere wirkte. Das eine Modell, das auf älteren Informationen beruhte, sah die Möglichkeit eines deutsch-polnischen Krieges gegen Rußland voraus (die wirtschaftlich-strategischen Vorbereitungen dafür sollten angeblich am 1. 3. 1939 abgeschlossen sein). Das andere Modell ging jedoch von einem angeblichen »Handel« zwischen Beck und Hitler auf dem Obersalzberg aus.
Der Führer, so ein ungenannter Informant Vansittarts, habe dem polnischen Außenminister am 5. Januar 1939 gesagt, er plane in den nächsten drei bis sechs Wochen einen Krieg in Süd- oder Südwesteuropa vom Zaun zu brechen. [44] Anstatt sich mit dem Westen zu verbünden, von dem Polen ohnehin nur »verraten und verkauft« werde, solle es in diesem Fall doch lieber eine Position der bewaffneten Neutralität einnehmen. Es werde Polens Schade nicht sein. Hitler habe Beck angeboten, daß Polen nach diesem Westkrieg eine Staatenkonföderation in Ostmitteleuropa bilden solle, die von der Ostsee bis zum Mittelmeer reiche. Das wäre dann »die politische Maginot-Linie Deutschlands gegenüber Rußland«. In diesem Zusammenhang könnten Deutschland und Polen alle zwischen ihnen offenen Fragen regeln und auch die italienischen Ambitionen im Mittelmeer befriedigen.
Beck habe auf dieses Angebot zwar zurückhaltend reagiert, berichtete Vansittarts anonymer Informant, wobei man zwischen seinen Zeilen das Verlangen des polnischen Außenministers herauslesen konnte, von den Westmächten erlöst zu werden. Aber, so hieß es weiter, es sei anzunehmen,

> »daß Hitler, sollte er eine Neutralitätserklärung Polens erhalten, die Westmächte binnen kurzem vor die Wahl zwischen einem neuen, gründlicheren und abschließenden München oder Krieg stellen wird«.

Um die Bedeutung dieses Satzes hervorzuheben, der genau auf das westliche

München-Trauma zielte, hatte Vansittart dafür gesorgt, daß er kursiv gesetzt wurde. Es waren die einzigen Kursiv-Zeilen, die die ganze Denkschrift des Foreign Office enthielt.
Dadurch wurde noch einmal klar, daß die amerikanisch-englisch-französische Sorge um Polen die eigentliche Ursache des »*Holland-scare*« gewesen war. Aber auch das war klar: Es war nicht die Sorge um einen Angriff Deutschlands auf Polen, sondern die Sorge um eine Verständigung Deutschlands mit Polen, die das ganze Unternehmen zur Zusammenführung der Westmächte veranlaßt hatte. Denn eine deutsch-polnische Verständigung würde dem Westen gefährlich werden, weil Hitler dann freie Hand bekommen würde, erst gegen den Westen und dann gegen den Osten vorzugehen. Um die ahnungslosen Minister anzutreiben, hob Cadogans Privatsekretär, Gladwyn Jebb, gleich zu Beginn der Denkschrift hervor:

»Es gibt starke Gerüchte, daß die Polen (von Hitler – D. B.) eingeladen wurden und daß sie – nach allem, was wir wissen – zugestimmt haben, sich am Kadaver des britischen Löwen zu mästen.«

– ein Alarmruf, der in der Realität jeglicher Begründung entbehrte.
Einen Tag, nachdem die desinformierte Regierung Chamberlain ihre ersten noch zögernden Schritte auf einem Weg gemacht hatte, der England, Deutschland und die ganze Welt knapp neun Monate später in den Krieg führte, machten sich Halifax und Cadogan daran, die Beschlüsse des Außenpolitischen Kabinettsausschusses in die Tat umzusetzen. Das Ergebnis war die »Londoner Depesche« vom 24. Januar 1939. [45] Sie verdient es, neben der berühmten »Emser Depesche« des 19. Jahrhunderts als eines der Dokumente betrachtet zu werden, die in gewisser Weise Weltgeschichte machten. Das Geheimtelegramm war der offzielle Hilferuf Englands an die Adresse Roosevelts auf Grund einer Bedrohung, die es in der geschilderten Form gar nicht gab. Bei allen wohlgesetzten Worten klang dieser Appell so dringlich und so kläglich wie der Ruf einer alten und schwachen Mutter nach ihrem jungen und starken Sohn. Es war die Abdankungsurkunde der Weltmacht England.
Das Telegramm, dessen Entwurf von Staatssekretär Cadogan stammte, nahm den Faden der Foreign-Office-Denkschrift wieder auf. In ihm hieß es: Hitler beabsichtige

»einen Angriff gegen die Westmächte als Einleitung für eine anschließende Aktion im Osten«.

Dabei verschwieg Cadogan freilich den angeblichen »Handel« zwischen Beck und Hitler, dem Roosevelt nach allem, was er von Biddle wußte, sicher kaum Glauben geschenkt hätte. Stattdessen hielt Cadogan nicht nur einen Angriff Deutschlands auf die Niederlande für möglich, sondern auch eine deutsch-italienische Militäraktion gegen Frankreich, obwohl davon im Außenpolitischen Kabinettsausschuß kaum noch die Rede gewesen war. Der Staatssekretär bezog sogar die mögliche Umwandlung des Antikominternpaktes in eine

militärische Defensivallianz zwischen Deutschland, Italien und Japan in seine Betrachtungen ein – von jeher für Roosevelt der *»cauchemar des coalitions«*.
Als Grund für den geplanten Ausbruch Hitlers Richtung Westen gab Cadogan »die wirtschaftliche und finanzielle Krise« des Dritten Reiches an. Sie zwinge die deutsche Führung zur Wahl zwischen drei Alternativen: Drosselung des Rüstungstempos, Aufgabe der Expansionspolitik oder »irgendein außenpolitisches Abenteuer«. Einen überzeugenden Grund dafür, warum sich der angeschlagene Hitler ausgerechnet den stärksten Gegner, die Westmächte, ausgesucht hatte, wußte der kleine Staatssekretär nicht zu nennen. Er glaubte, der Führer könnte dadurch von seinen inneren Schwierigkeiten ablenken und sich seiner »zweifelhaften Armee« versichern, »indem er ihr eine Besetzung verschafft«. Im übrigen sei es Hitlers »mentaler Zustand«, der ihm einen »Verzweiflungsschlag gegen die Westmächte« nahelege.
England wolle nicht untunlich »alarmistisch« sein, fuhr Cadogan fort, aber es sei wieder wie im letzten September, womit er auf die Verbindungen zum deutschen Widerstand anspielte. Freilich fügte der Staatssekretär einen Satz hinzu, der Goerdeler oder Kordt in den Ohren klingen mußte, hätten sie ihn gehört: Nach reiflicher Prüfung sei man in London zu dem Ergebnis gekommen, daß das deutsche Volk Hitlers Befehle ausführen werde und

»daß keine Revolte antizipiert werden kann – auf jeden Fall nicht während der Eröffnungsphase eines Krieges«.

Damit war klar, daß das Foreign-Office das Konzept des deutschen Widerstandes, Hitler notfalls durch einen kleinen Krieg zu stürzen, als unrealistisch verworfen hatte und sich nun auf einen längeren Krieg einstellte. Ein längerer Krieg aber setzte den Beistand der USA voraus.
Um Roosevelt diesen Beistand schmackhaft zu machen, zählte Cadogan alles auf, was England bislang unternommen hatte, um seine Bringschuld einer kriegsentschlossenen Haltung zu erfüllen, vor allem die Beschleunigung seiner Verteidigungsmaßnahmen. Es erwäge außerdem »weitere Schritte«, was eine diskrete Anspielung auf den niederländischen Garantie-Plan war. England werde für den Konfliktfall eine Schlichtung anbieten, damit die Regierung Seiner Majestät »einen ›locus standi‹ für angemessene Handlungen« habe, womit Cadogan auf dezente Weise die Bereitschaft seines Landes andeutete, den Krieg im Ernstfall auf sich zu nehmen.
Damit hatte das Foreign Office eigentlich alles getan, was es nach dem Stand der Dinge tun konnte, um Roosevelt von der Ernsthaftigkeit der englischen Konfliktbereitschaft zu überzeugen. Unter diesen nicht ungeschickt formulierten Voraussetzungen wagte es Cadogan dann, die Katze aus dem Sack zu lassen: den englischen Hilferuf.
Dieser diplomatische Kniefall vor dem Weltführungsanspruch Amerikas – Roosevelts Ziel seit 1933 – war in ein seltsames Gewand aus Förmlichkeit und Lässigkeit gekleidet.

»In Anbetracht der vertraulichen Beziehungen, die zwischen unseren beiden Regierungen bestehen, und des Ausmaßes, in dem bisher Informationen ausgetauscht wurden«,

so hieß es im entscheidenden Paragraphen der »Londoner Depesche«,

»fühlt sich die Regierung Seiner Majestät verpflichtet, ihre Besorgnisse in bezug auf die Zukunft freimütig zum Ausdruck zu bringen und anzudeuten, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt.«

Und dann:

»Es wäre natürlich von großer Hilfe, wenn der Präsident weitere Vorschläge hätte.«

Welcher Art diese »Vorschläge« sein sollten, deutete Cadogan abschließend an. England würde es begrüßen, wenn der amerikansiche Präsident vor der große Rede Hitlers, die für den 30. Januar angekündigt war, eine öffentliche Erklärung abgeben könnte. Welchen Inhalts diese Erklärung sein sollte, sagte der Staatssekretär zwar nicht – es hätte Roosevelt wie eine Anmaßung Englands erscheinen müssen. Aber es verstand sich von selbst, daß London eine Aussage erwartete, die geeignet war, Hitler von provozierenden Forderungen abzuschrecken. Die Tatsache, daß Cadogan davon Abstand nahm, dem Präsidenten für die Formulierung seiner Aussage Vorschläge zu machen, war freilich nicht nur ein Zeichen der Courtoisie, sondern auch der Ohnmacht. Sie war gleichbedeutend mit einem politischen Blankoscheck, den Roosevelt zum Beispiel dadurch einlösen konnte, daß er seinen Weltfriedensplan wieder aus der Schublade zog.

Chamberlain, der das Telegramm absegnete, ergriff damit die Hand, die ihm Roosevelt in Form seines Beistandsversprechens hingestreckt hatte, und obwohl es der Premierminister mit unausgesprochenen Vorbehalten tat, änderte es nichts an der Tatsache, daß sich England jetzt in politische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten begab. Vor einem Jahr noch hatte der englische Regierungschef es abgelehnt, sich dem Führungsanspruch des amerikanischen Präsidenten zu unterwerfen, als er den Weltfriedensplan Roosevelts zurückwies. So tief aber waren Englands Aktien inzwischen in den USA gesunken, daß Chamberlain jetzt nichts anderes mehr übrig blieb. Die »Londoner Depesche« war die Demutsgebärde Englands vor der amerikanischen Supermacht.

Zu diesem äußersten Schritt sah sich die englische Regierung genötigt, weil sich die Prophezeiung des »*Holland-scare*«, Hitler werde gegen die Westmächte einen Krieg vom Zaun brechen, mit Hilfe der liberal-demokratischen Medien nun offenbar von selbst zu erfüllen drohte. Der *News Chronicle* schrieb jedenfalls am 13. Januar 1939, Hitler verschlechtere die Beziehungen zu den Niederlanden seit Dezember 1938 systematisch, um einen Vorwand für einen Angriff zu bekommen. Obwohl über die internen Beratungen der englischen Regierung offiziell nichts verlautete, nahm die internationale Flüsterkampagne allmählich solche Ausmaße an, daß in London Ende Januar

1939 schon wieder die fiebrige Atmosphäre der Tschechoslowakei-Krise von 1938 herrschte.

Der *Nieuwe Rotterdamsche Courant* brachte in seiner Ausgabe vom 25. Januar 1939 einen Bericht seines England-Korrespondenten, in dem es hieß, das Foreign Office werde zur Zeit wieder einmal von Journalisten und Auslandskorrespondenten aus aller Welt überrannt, die irgendwelche Sensationen witterten. Selten habe es so viele Gerüchte und so wenige Fakten gegeben, Folge der geschrumpften Kommunikation zwischen Deutschland und England seit der Reichskristallnacht. Jedoch, so der Journalist, sei an den Mutmaßungen über Holland sicher nichts Wahres dran.

In den nächsten Tagen entbrannte der Kampf um den außenpolitischen Kurs Englands denn auch mit voller Wucht. Jede Seite – die Befürworter und die Gegner einer Garantie für die Niederlande – warf ihre Bataillone in die Schlacht, heuerte Hilfstruppen an und legte allerlei falsche Fährten, um die andere Seite in die Irre zu führen. Am Mittwoch, den 25. Januar 1939, vier Wochen nach dem Auftauchen der Kriegsgerüchte, beschäftigte sich das Kabinett, oberste Instanz der englischen Gesamtpolitik, erstmals mit dem »*Holland-scare*«. Die Minister versammelten sich, an der Spitze Chamberlain, im Kabinettssaal von Downing Street No. 10, der nicht größer als das Speisezimmer eines mittleren Landlords war. Über dem Kamin prangte wie immer das Bildnis von Robert Walpole, jenes englischen Staatsmannes aus dem 18. Jahrhundert, der gegen seinen Willen in einen Krieg gezwungen wurde und politisch daran zugrunde ging.

Es war ein Tag, den noch weitgehend die Vernunft beherrschte. Aus Berlin meldete der Militärattaché Mason-Macfarlane, die deutsche Armee arbeite zwar »unter Hochdruck« an ihrer Vollendung und sei dabei, im Raum Bayern/Österreich ein »Kraftzentrum« zu bilden. Aber dies schien eher auf die Blickrichtung Südosteuropa/Adria hinzudeuten. Eine frühe Mobilmachung sei unwahrscheinlich. [46]

Beaumont-Nesbitt von der militärischen Abwehr lieferte wieder einmal eines seiner vorzüglichen Memoranden, in dem er versicherte, Hitler denke gar nicht an einen Krieg gegen den Westen, da er »jede Aktion, die zu einem verlängerten Krieg führen könnte«, schon aus wirtschaftlichen Gründen vermeiden müsse. Auch für einen längeren Luftkrieg gegen London mit Spreng-, Gas- und Brandbomben gebe es zur Zeit »keine Daten«. Eine Bewegung Hitlers nach Osten sei nach wie vor das Wahrscheinlichste, weil sie »eine fast sofortige Erleichterung seiner ökonomischen Schwierigkeiten« verspreche. [47]

Aus Den Haag berichtete der englische Gesandte Bland, er habe soeben mit dem niederländischen Militärattaché in Paris gesprochen. Oberst Evekin glaube nach Rückkehr von einer Deutschlandreise nicht an einen Angriff Hitlers auf sein Land »weil es einen europäischen Krieg herausfordern würde«, auf den das Dritte Reich nicht vorbereitet sei. Eher könne er sich einen »Anschluß« der Tschechoslowakei vorstellen – das erste Mal, daß dieser Hinweis auftauchte. [48] Doktor Weber von der deutschen Botschaft in

London sagte zum wirtschaftspolitischen Berater des Foreign Office, Ashton-Gwatkin, England stehe jetzt vor der Wahl, ob es sich mit den USA verbinden oder mit Deutschland verständigen wolle – in Anbetracht aller Umstände keine unzutreffende Bemerkung. [49]

Im englischen Außenministerium hatte man in den letzten beiden Tagen mit Hochdruck an der Erklärung gearbeitet, die Halifax am 25. Januar vor dem Kabinett abgeben sollte – als Ersatz für die seltsame Denkschrift, die man lieber nicht vorzeigte. Kirkpatrick, der nun als zweiter Mann hinter Strang in der mitteleuropäischen Abteilung amtierte, tat dies nicht ohne eine gewisse Anmaßung. Beaumont-Nesbitts Ausarbeitung kanzelte er mit den Worten ab: »Kein Werk, über das es sich lohnt, viel Zeit zu verlieren«. Er, der unbeirrbar an Hitlers Unberechenbarkeit glaubte, hielt auch nichts von dem Hinweis des Abwehrmannes auf eine deutsch-russische Annäherung, obwohl das Gegenteil klüger gewesen wäre. Nach Meinung des ehemaligen Botschaftssekretärs hatte Hitler die sowjetische Macht »abgeschrieben«. [50]

Vansittart, diplomatischer Chefberater des Außenministers, versuchte Halifax in letzter Minute durch seinen Fleiß zu beeindrucken. Mit einem längeren Memorandum legte er anhand seiner üblichen

»Quellen, die sich auch schon in der Vergangenheit als verläßlich erwiesen haben«,

dar, warum es Hitlers unverändertes Ziel sei, England und Frankreich voneinander zu isolieren. Der Führer habe den Blitzkrieg gegen Holland fünf Tage nach München befohlen, und es hänge jetzt völlig von der Haltung Englands ab, ob es Hitler gemeinsam mit Mussolini gelinge, Frankreich faschistisch zu machen. Wenn ja, würden die Achsenmächte England und Amerika vom eurasischen Kontinent verdrängen. Am 3. März würden die Würfel fallen. [51]

Wahrscheinlich kam es daher, daß Halifax, als er seine Erklärung vor dem aufmerksam lauschenden Kabinett abgab, vor allem zwei Gefahren betonte: die Gefahr, daß alle drei Achsenmächte, also einschließlich Japans, Ende Januar/Anfang Februar eine »Triple-Ausgabe der tschechischen Krise« produzierten; und die Gefahr, daß Deutschland nach dem 15. Februar 1939 gleichzeitig militärische Aktionen in Richtung Osten und Westen startete. Zwar führte der Minister nicht aus, wie er sich die Realisierung eines solchen Mammutprogramms durch einen halbbankrotten Staat im einzelnen vorstellte. Aber auch denjenigen unter seinen Kabinettskollegen, die sich in der Geographie Kontinentaleuropas nicht so genau auskannten, leuchtete die Phantastik dieser angeblichen Pläne ein. [52]

Der englische Generalstab hatte auf Wunsch des Außenpolitischen Kabinettsausschusses inzwischen ein Gutachten über die Auswirkungen eines deutschen Angriffs auf die Niederlande ausgearbeitet. Einerseits drückten sich die Militärs um eine klare Aussage herum – sie bezeichneten einen solchen Angriff nur »als direkte Herausforderung unserer Sicherheit«, nicht als unbedingten »casus belli« für England. Andererseits trafen sie in der Hauptsache eine Feststellung,

die später auch die Überlegungen zur englischen Polen-Garantie bestimmte. Sie wurde von jetzt ab das gewichtige ceterum censeo der englischen Außenpolitik, ihr eigentlicher Beweggrund und Fixpunkt: Da man keine Chance habe, die Niederlande im Ernstfall davor zu bewahren, daß sie von den deutschen Armeen überrannt würden, hänge das Schicksal dieses Landes vom endgültigen Kriegsausgang ab. Über den Ausgang des Krieges aber entscheide das

»Eingreifen anderer Mächte, insbesondere das der Vereinigten Staaten von Amerika.«

Folglich müsse England von jetzt ab alles unterlassen, was sein Image im Ausland »unterminieren« würde. Vor allem müsse es England unterlassen, bei einem deutschen Angriff nicht in den Niederlanden zu intervenieren. [53]
Damit begann sich das konservative England an etwas zu binden, was nicht unter allen Umständen identisch mit seinem Staatsinteresse war – an die politischen Maßstäbe des liberal-demokratischen Internationalismus Amerikas, aus dem inzwischen ein Interventionismus geworden war. Vielleicht führte für England kein Weg mehr daran vorbei, weil sich die Kräfteverhältnisse zwischen den westeuropäischen Demokratien und den Achsenmächten in den letzten Jahren wirklich so gewaltig verschoben hatten. Aber war Hitler noch so stark?
In Wirklichkeit hatten sich die Stärkeverhältnisse zwischen den westeuropäischen Demokratien und den Vereinigten Staaten von Amerika so gewaltig verschoben, daß sie die amerikanischen Maßstäbe übernahmen. Sonst hätten sie die Sympathien der Supermacht verloren, und das konnte in dem Fall, daß es zu kriegerischen Entwicklungen kam, lebensgefährlich werden. So kam es, daß Roosevelt in diesen Januartagen durch die englisch-französische Hintertür die europäische Walstatt betrat und das Gewicht seines Landes in die Waagschale der Entente warf – mit allem, was das für ihre Kolonialreiche und für Deutschland an Konsequenzen hatte.
Chamberlain schien die Gefahr, die mit dem Auftreten der amerikanischen Entscheidungsmacht verbunden war, zu ahnen. Vehement sprach er in der Kabinettssitzung gegen eine englische Garantie für die Niederlande, [54] so als könnte er noch durch irgendwelche Tricks dem unausweichlichen Schicksal entgehen. Er sei »weit davon entfernt«, alle Gerüchte über Holland zu glauben, sagte er. Man müsse alles unterlassen, was Deutschland, Italien und Japan zu einer Militärallianz zusammenführe. Es wäre eine »Narrheit«, in Spanien zu intervenieren, um Barcelona zu retten, wie es die Antifaschisten Amerikas verlangten. So lauteten seine Argumente.
Sicher, auch für den Premierminister stand fest, England müsse sich im Fall eines deutschen Angriffs auf die Niederlande gebunden fühlen, einzugreifen. Aber er bezweifelte, »ob es ratsam sei, das sofort zu sagen« und »bindende Verpflichtungen« einzugehen, »die sich unter Umständen als unangenehm erweisen könnten.« Außerdem habe Den Haag ja noch nicht einmal wegen einer Garantie angefragt. Zumindest müsse man von den Holländern als Vorbedingung erwarten, daß sie sich selbst einer Invasion widersetzten.

Das Kabinett schien diesen Zwiespalt zu begreifen und einzusehen, daß England jetzt am Scheideweg stand. Es verweigerte jedenfalls Halifax' dringenden Appellen, sofort Maßnahmen zu ergreifen, seine Zustimmung. Es faßte keinerlei Beschlüsse, sondern verwies die ganze Angelegenheit an den Außenpolitischen Kabinettsausschuß zurück. Enttäuscht schrieb Cadogan nach der Sitzung in sein Tagebuch, als müßte er eine Niederlage beichten: »Keine Entscheidung über Holland.« [55]

Am 26. Januar 1939 griff die Holland-Panik, die bereits die öffentliche Meinung beherrschte, auch auf die englische Regierung über. Es war genau der Tag, an dem der deutsche Außenminister Ribbentrop in Warschau anreiste, um die Verhandlungen mit dem polnischen Außenminister Beck fortzusetzen, ein Ereignis, das nach dem Urteil des Völkerbundkommissars Burckhardt

»einen leider nicht unbeträchtlichen Teil der westlichen Meinung fürchten (ließ), es könnte doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridorproblem zustandekommen.« [56]

Es war der Tag, an dem Außenminister Bonnet in der Kammer erneut, überraschend und demonstrativ die französische Präsenz im europäischen Osten betonte.

Den Ausschlag in London gaben angebliche letzte Informationen, die der Leiter der Presseabteilung im Foreign Office, Reginald Leeper, von Goerdelers Freund Schairer erhalten hatte und sofort an Cadogans Privatsekretär weitergab. Danach waren sich Hitler und Mussolini in allen Fragen einig. Der deutsche Führer werde in seiner Rede am 30. Januar 1939 die Kolonialfrage hochspielen und Ende Februar/Anfang März »definitiv ein Drei-Tage-Ultimatum« an England richten. Im Falle der Ablehnung werde Deutschland die Niederlande und die Schweiz besetzen, während Mussolini seine Forderungen gegenüber Frankreich erhebe. Falls es dann zum Krieg komme, würden Deutschland und Italien »Seite an Seite kämpfen.« [57]

Damit drohte sich zu wiederholen, was schon den 21. Mai 1938 gekennzeichnet hatte [58] – eine neue »Krieg-in-Sicht«-Krise, die auf der Beschuldigung Deutschlands mit aggressiven Absichten oder Handlungen beruhte, die wiederum die Möglichkeit eröffneten, Hitler vor aller Weltöffentlichkeit als Kriegstreiber zu denunzieren, wenn es tatsächlich zum Kriege kam, oder, wenn der Führer vor den Gegenmaßnahmen der Westmächte zurückwich, ihn der Schwäche zu bezichtigen. Dieser Meinung war auch der amerikanische Kolumnist Walter Lippmann.

Das riskante Konzept entsprach exakt jener »Rückschlagstheorie«, die der deutsche Widerstand befürwortete und mit der das Foreign Office sympathisierte. Zwar meinte Halifax zu den neuesten Gerüchten:

»Das mag ja alles so sein. Aber man kann nicht umhin, sich zu fragen, woher Schairer die Pläne der Diktatoren so genau kennt.«

Dennoch mußte er die Erkenntnisse weitergeben, zumal sie seinen eigenen Absichten entsprachen. [59]

Unter dem Eindruck dieser Tatarenmeldungen entschloß sich der Außenpolitische Kabinettsausschuß noch an demselben Tag, den Vorschlägen des Foreign Office zu folgen. [60] Das Gremium beschloß unter dem Vorsitz Chamberlains, daß England

- in den Krieg eintritt, sollte Deutschland die Niederlande angreifen, vorausgesetzt, daß sich die Regierung in Den Haag der Invasion widersetzt;
- in Paris anfragt, ob es Frankreich beistehen soll, falls Deutschland die Schweiz angreift und die französische Regierung daraufhin Hitler den Krieg erklärt;
- die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich, Belgien und den Niederlanden sucht, die auf der Annahme eines gleichzeitigen Krieges gegen Deutschland und Italien beruhen und sowohl die Kriegsschauplätze in Kontinentaleuropa, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, als auch gemeinsame Pläne für die militärischen Operationen und die Versorgung der Alliierten umfassen soll;
- das Schlachtschiff »Repulse« in Bereitschaft hält, um bei Eintreten des Kriegszustandes dem Königspaar zur Flucht nach Kanada zu verhelfen – dasselbe Kanada übrigens, das Roosevelt bereits im August 1938, kurz vor Ausbruch der September-Krise, garantiert hatte – während aus dem benachbarten Lichfield zwei Luftabwehr-Regimenter nach London verlegt werden sollten, falls die deutsche Luftwaffe doch noch überraschend die englische Hauptstadt bombardierte.

Zwar wurden diese Beschlüsse erst am 1. Februar 1939 in einer Sondersitzung vom Kabinett abgesegnet. Aber der Außenpolitische Ausschuß hatte Minister Halifax bereits ermächtigt, in Paris die erforderlichen Schritte zur Einleitung der politischen und militärischen Kooperation zu unternehmen. Im Gegensatz zu der sehr oberflächlichen und formalen Prozedur, die sich bisher auf gelegentliche Kontakte zwischen den Militärattachés beider Länder beschränkt hatte, sollten die drei Waffengattungen der englischen, der französischen, möglichst auch der belgischen und niederländischen Streitkräfte künftig auf der Ebene der Stabschefs miteinander zusammenarbeiten. [61]

Nachdem sich England bereits mit den USA kurzgeschlossen und Zeichen einer militanteren Haltung gegenüber Hitler von sich gegeben hatte, folgte nun Teil drei der Operation, die das Foreign Office vor eineinhalb Monaten begonnen hatte – der englisch-französische Schulterschluß. Damit näherten sich die Westmächte dem Punkt, an dem sie als überwältigende Macht den status quo auf der ganzen Welt zum Nachteil der Achsenmächte verändern konnten.

Wie sehr sich der status quo allein schon in West- und Ostmitteleuropa veränderte, zeigte das Beispiel der Niederlande, der Schweiz und Belgiens. Sie alle wurden durch die englisch-amerikanisch-französische Kooperation mittelbar oder unmittelbar betroffen. Nicht zufällig handelte es sich um diejenigen Anrainerstaaten Deutschlands, die in Roosevelts Augen Frontstaaten waren, und die zum Teil grotesken Begleiterscheinungen der Aktion bewiesen, daß es

nicht so sehr um die Errichtung einer selbstlosen »Friedensfront« ging, sondern um eine selbstsüchtige, offensive, gegen Deutschland und Italien gerichtete Allianzpolitik zu Lasten der kleineren Staaten.

In der Lage zwischen England/Frankreich einerseits, Deutschland/Italien andererseits befanden sich die Niederlande, Belgien und die Schweiz 1938/39 in einer ähnlichen Situation wie Polen zwischem dem Dritten Reich und der Sowjetunion: Die Kunst ihrer politischen Führungen bestand darin, zwischen den mächtigen Nachbarn einen Balanceakt zu vollbringen, der die eigene Handlungsfreiheit sicherte, ohne die Sicherheit des Landes zu gefährden. Im Gegensatz zu Polen handelte es sich bei den drei westmitteleuropäischen Ländern jedoch um neutrale Staaten. Seit dem Ende von Locarno verfolgten die Niederlande und Belgien eine Politik der betonten Unantastbarkeit und Unabhängigkeit, die jede Bindung, gleich an welche Seite, vermied, während die Schweiz seit dem Wiener Kongreß von 1815 auf den ehrwürdigen Fundamenten ihrer »integralen Neutralität« ruhte. [62]

Hitler hatte die Neutralität der drei Nachbarländer durch verschiedene Erklärungen feierlich anerkannt, [63] und welche Gedanken sich dahinter auch immer verbergen mochten, diese Versicherung bis zum Januar 1939 eingehalten. Dagegen war die englisch-amerikanisch-französische Operation dazu angetan, die Niederlande, Belgien und die Schweiz in eine prekäre Lage zu bringen, die sich nur schwerlich mit ihrem neutralen Status vertrug. Durch die einseitige Garantie, die sie den Niederlanden und der Schweiz gaben, verletzten die Westmächte zwar nicht das Völkerrecht. Aber sie wandten hier erstmals jene zweifelhafte Methode an, die wenig später Polen zum Verhängnis wurde, indem sie beide Länder in den gegen Deutschland gerichteten Einkreisungsring einbezogen, [64] und dies nur aufgrund »dubioser und widersprüchlicher Informationen«, wie Luftwaffenmeister Kingsley Wood beklagte. [65]

Es war ein Rechtsakt, der gegen den Willen Belgiens, der Niederlande und der Schweiz als reiner Machtanspruch vollgezogen wurde, ohne daß sich die betroffenen Länder dagegen wehren konnten. Alle drei Regierungen beteuerten bis zum Schluß – bis zu den entscheidenden Beschlüssen der englischen Regierung vom 26. Januar und 1. Februar – sie hätten für die Bedrohung ihrer Integrität oder Unabhängigkeit keinerlei Anzeichen, und jede versuchte, die unfreiwillige Vereinnahmung durch die Westmächte bis zum letzten Moment zu vermeiden. Aus Brüssel meldete der Gesandte Sir Robert Clive, König Albert lege Wert darauf, daß Hitler die belgische Neutralität respektiere, was er sicher nur so lange tun werde, wie sich auch Belgien an sie halte. [66] Der Schweizer Generalstab erklärte, er sehe keinerlei Grund zur Besorgnis. [67] Und der holländische Außenminister Patijn verdächtigte die Westmächte sogar: »Sie wollen eine Art Tschechoslowakei aus uns machen« – für die Niederlande lebensgefährlich. [68]

Allein, es half alles nichts, nachdem sich US-Präsident Roosevelt als Hilfswilliger in den »*Holland-scare*« eingeschaltet hatte. Am 28. Januar 1939 gingen die Telegramme von London nach Paris und Brüssel hinaus. Sie beauftragten die

diplomatischen Vertreter Seiner Majestät in alarmierender Weise, bei der belgischen und französischen Regierung sofort und unter äußerster Geheimhaltung die nötigen Schritte einzuleiten. [69] Der Regierung in Den Haag wurde bei dieser Gelegenheit in brutaler Weise reiner Wein eingeschenkt: Zwar könne England die Niederlande im Ernstfall nicht davor retten, von den Deutschen überrannt zu werden – eine Gefahr, die durch diese Aktion ja vielleicht gerade heraufgeschworen wurde – so daß erst der endgültige Kriegsausgang über die Wiederherstellung des Landes entscheiden werde, sprich: der Beistand der Vereinigten Staaten. Aber England halte die strategische Bedeutung der Niederlande und von Niederländisch-Ostindien für so groß, daß es eine Invasion der Deutschen als »casus belli« betrachten müsse. [70] Der englische Gesandte in Den Haag wurde angewiesen, mit äußerster Diskretion bei Regierungschef Dr. Hendrik Colijn zu erkunden, ob die Niederlande im Falle des Falles zu kämpfen gedächten. [71]

Die Vermutung, daß England bei seiner Garantie für die Niederlande der reine Eigennutz leitete – und Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, die den Zinn und das Kautschuk von Niederländisch-Ostindien so nötig wie das tägliche Brot brauchten – wurde durch ein Memorandum bestätigt, daß William Strang und der Rechtsberater des Foreign Office, Sir William Malkin, am 30. Januar vorlegten. [72] Danach befürchtete das englische Außenministerium beileibe nicht nur eine Invasion, also einen Akt der Aggression Deutschlands gegen die Niederlande, sondern auch eine Reihe von anderen Eventualitäten, die nicht notwendigerweise die Anwendung oder Androhung von militärischer Gewalt voraussetzten.

An erster Stelle stand die Befürchtung, daß die Regierung in Den Haag – ähnlich wie Polen – einem Defensiv- oder Offensivbündnis oder einer Zollunion mit Deutschland beitreten oder daß sie das Dritte Reich in anderer Weise privilegieren könnte. Das war bei den anglophilen Neigungen Colijns und der Abhängigkeit der niederländischen Kolonien vom Schutz der angelsächsischen Seemächte zwar unwahrscheinlich. Aber ausgeschlossen war es nicht. Wie alle Länder Europas waren auch die Niederlande in ihrer Haltung dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber gespalten, und jede Wahl konnte neue Überraschungen bringen.

Trotz aller Widerstände schien die englische Garantie in der Tat zu einer gewissen Annäherung der Niederlande an England und die USA zu führen. Außenminister Patijn begab sich heimlich nach London, um Außenminister Halifax am 14. Februar zu versichern: Er glaube zwar nicht an eine deutsche Invasion, aber wenn sie erfolge, werde sein Land kämpfen. Der Engländer nahm diese Versicherung befriedigt zur Kenntnis, weil davon im Ernstfall die englische Intervention abhing.

Anschließend reiste der Holländer in die Vereinigten Staaten weiter, wo ihn Unterstaatssekretär Welles mit der Behauptung bearbeitete, Japan ziele mit der soeben erfolgten Besetzung der Hainan-Inseln darauf ab, England und Frankreich zu einem Teilabzug ihrer Flottenstreitkräfte aus dem Mittelmeer zu

zwingen, damit Deutschland und Italien im März umso leichter über die westeuropäischen Demokratien herfallen könnten. Es war der ziemlich plumpe Versuch, den niederländischen Außenminister einzuschüchtern und den Wünschen der angelsächsischen Seemächte gefügig zu machen. Aber nicht einmal die Fernostabteilung des Foreign Office glaubte daran, obwohl sie sich nach dem japanischen Vorstoß natürlich um die Sicherheit »*Australasias*« sorgte. [73]

In erster Linie verfolgte England mit seiner Garantie der Niederlande und seinem Anerbieten, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auf die Schweiz beizustehen, strategische Ziele. Spätestens seit dem Ersten Weltkrieg, als die kaiserlichen Armeen Deutschlands in kühnem Schwung wie ein eiserner Besen durch Belgien hindurch bis in die französischen Nordprovinzen hineinfegten, war allen militärischen Experten und politischen Beobachtern die strategische Bedeutung dieser Länder überdeutlich.

Wenn der Westen diese Länder im Kriegsfall besaß, konnte er Hitler den Kriegsschauplatz vorschreiben. Während auf den 125 km zwischen Mosel und Rhein der deutsche »Westwall« den westlichen Armeen das Eindringen in das Dritte Reich erschwerte, gab es zwischen Mosel und Maas eine doppelt so lange, aber nicht einmal halb so gut befestigte Grenze, über die England und Frankreich den Krieg rasch nach Deutschland hineintragen konnten. Voraussetzung dafür war allerdings, daß die französischen Armeen über das niederländische Maastricht marschieren durften. Außerdem kam es im Kriegsfall darauf an, möglichst schnell die belgischen Hindernisse wie den Albert-Kanal, die Festung Lüttich und die zum Teil tief eingeschnittenen Flußläufe der Maas, Oour und Sauer zu besetzen, um die deutschen Stoßkeile aufzuhalten, bevor sie das Territorium Frankreichs oder die Kanalküste erreichten. Von den belgischen Flugplätzen aus konnte die alliierte Luftwaffe dann den Bombenkrieg gegen die Bevölkerungszentren am Rhein und gegen das Ruhrgebiet aufnehmen – bis die amerikanischen Streitkräfte kamen.

Wie Teil V der schon oft zitierten Denkschrift über die militärischen Beziehungen zwischen England und den übrigen Westmächten zeigte, hatte das Foreign Office diese strategischen Ziele von vornherein in seine Operation einkalkuliert. Schließlich stellte der Austausch von Feindinformationen, die gemeinsame Planung von militärischen Operationen und logistischen Organisationen, wie sie hier beabsichtigt wurden, kein zweckfreies Kinderspiel dar. Die Planungen blieben, wie sich zeigte, auch keinesfalls auf den Defensivkrieg beschränkt. Sie waren freilich dazu angetan, die Neutralität Hollands, Belgiens und der Schweiz anzutasten.

Obwohl die deutsche Führung beharrlich an die Existenz einer geheimen Militärkonvention zwischen England und den Niederlanden glaubte, schienen die militärischen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern im Januar 1939 nur daraus zu bestehen, daß der Generalstab in Den Haag sich mehr oder weniger fest auf den automatischen Beistand Englands im Kriegsfall verließ. Ob es auch in den nächsten Wochen und Monaten dabei blieb, erscheint als

zweifelhaft. Immerhin zeigte der sog. »Venlo-Zwischenfall«, bei dem im November 1939 eine enge Zusammenarbeit zwischen dem niederländischen und englischen Geheimdienst aufgedeckt wurde, daß es den Engländern gelungen war, die Kooperation mit den Niederländern mindestens bis an die Grenze dessen, was das Recht der Neutralen vorschrieb, zu intensivieren.
Obwohl es sich mit dem neutralen Status des Landes kaum vereinbaren ließ, pflegte der belgische Generalstab bereits Anfang 1939 geheime Beziehungen zu den englischen *Chiefs of Staff* (COS) unter Lord Gort. Wichtiger war jedoch, daß eine militärische Zusammenarbeit zwischen Belgien und Frankreich zustandekam. Denn die Verteidigung der belgischen Kanalhäfen hing u. a. davon ab, wie schnell die französischen Panzerspitzen im Kriegsfall zur Stelle waren. Die Regierung in Brüssel hatte sich seit 1937 hartnäckig geweigert, aus dem eigenen Land noch einmal das Schlachtfeld der Welt machen zu lassen. Aber die Einbeziehung Belgiens in das westliche Sicherheitssystem betrachtete Polen seitdem als Mindestvoraussetzung dafür, daß der französisch-polnische Beistandsvertrag im Ernstfall auch funktionierte, und der belgische Generalstabchef van den Bergen zeigte sich im Januar 1939 in der Tat an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Westmächten interessiert.
Kernstück und Hauptziel der politischen Operation, die mit dem »Blitzschlag«-Alarm und dem »*Holland-scare*« im Dezember 1938 begonnen hatte, war jedoch die Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich – Voraussetzung wiederum für eine großzügige und wirksame Unterstützung durch die USA. Diesem Zweck diente die Einbeziehung der Schweiz in den Bereich der westlichen Schutzgarantie.
Wenn England nämlich erwartete, daß Frankreich bei der Verteidigung der Niederlande half, dann mußte es ein Äquivalent anbieten, um ein formales Gleichgewicht der Verpflichtungen herzustellen. Die Schweiz war also nur ein Vehikel für die westliche Einigung, und der rein instrumentelle Charakter der ungleichen Verpflichtung ging schon daraus hervor, daß die geographischen Gegebenheiten der Schweiz einem deutschen Angriff auf Frankreich im Wege standen. Die meisten Täler des Alpenvorlandes verlaufen nun einmal von Nordost nach Südwest, also in eine für die deutsche Wehrmacht ungünstige Richtung, und insgesamt war der hier zur Verfügung stehende Raum nach dem Urteil des französischen Generalstabs so klein, daß nicht mehr als zehn deutsche Divisionen auf einmal operieren konnten – zu wenig, um die starken Festungswerke in den französischen Alpen zu knacken. [75]
Aber der Zweck heiligte die Mittel. Der Zweck, den die westlichen Demokratien mit ihrem Aufmarsch verfolgten, bestand darin, dem deutschen Streben nach einer Vormachtsstellung diesseits des Atlantiks durch Stärkung der eigenen Macht die Spitze abzubrechen. [76] Das Ganze war eine politisch-strategische Präventivaktion, die ihr Ziel erreichen sollte, bevor Hitler sein Ziel erreichte. Untergründig wurde davon ganz Europa erschüttert, zumal im Hintergrund Amerika Pate stand. Der deutsche Außenminister Ribbentrop bekam das Beben noch am 26. Januar 1939 in Warschau zu spüren: Kaum war

in London die Garantie-Entscheidung gefallen, erklärte Außenminister Beck kurz vor eine Gala-Dinner, das er am Abend seinem Gast aus Berlin gab, er habe sich plötzlich erkältet und könne daher nur ein paar kurze Begrüßungsworte sprechen. Der Text einer längeren und wärmeren Rede blieb, wenngleich schon an die Mitglieder der deutschen Delegation verteilt, in seiner Tasche. Selbst im fernen Amerika fand man plötzlich, Englands Position sei sehr viel stärker geworden.

Das englisch-französische Militärbündnis, Voraussetzung für die Westwendung Polens, kam endgültig am 10. Februar 1939 durch einen geheimen Notenwechsel zustande. [78] Die beiden Mächte vereinbarten, daß

- ein unprovozierter Angriff Deutschlands auf die Niederlande und/oder die Schweiz für die Westmächte den »casus belli« darstellt, der England und Frankreich zu sofortigem gegenseitigen Beistand verpflichtet, vorausgesetzt, daß sich die beiden angegriffenen Länder der Invasion mit eigenen Kräften widersetzen;
- die Westmächte eine »Schicksalsgemeinschaft« (Bonnet) bilden, welche die Gefahren, die von Deutschland und Italien ausgehen, als unteilbar ansehen und unter Einsatz ihrer gesamten Ressourcen gemeinsam bekämpften;
- England und Frankreich die Stabsgespräche in einem größeren Rahmen intensivieren, wie es den Vorschlägen des Foreign Office entspricht.

Natürlich war das kein »richtiges« Bündnis im völkerrechtlich formalen Sinne. [79] Es ließ auch noch verschiedene Punkte offen. [80] So wollte Chamberlain nicht den Eindruck aufkommen lassen,

> »daß wir (bei einem deutschen Angriff auf die Niederlande – D. B.) notwendigerweise sogleich in einen Krieg gegen Deutschland eintreten müssen, ohne andere Erwägungen in Betracht zu ziehen«

– ein Eindruck, der nach der apodiktischen »casus belli«-Formulierung, die Halifax bewußt gewählt hatte, aufkommen konnte. Dem Premierminister und auch seinem Staatssekretär Cadogan widerstrebte jede Form einer Beistands-Automatik, die das Schicksal Englands von den Entscheidungen fremder Regierungen abhängig machte. Aber das Kabinett war sich einig, daß die englisch-französische Vereinbarung »ein großer Schritt vorwärts und fast ebensoviel wie eine Allianz« sei. Vorsichtshalber bestand die englische Regierung in Paris darauf, diese Tatsache vor der Öffentlichkeit strengstens geheimzuhalten, damit sich Deutschland nicht provoziert fühlte.

Wie weit die militärischen und politischen Implikationen dieses Vorgangs reichten, ging schon daraus hervor, daß Außenminister Halifax als ersten Präsident Roosevelt geheim und persönlich von der englisch-französischen Militärkonvention informierte. [81] Dabei legte er Wert auf die Feststellung, daß England auf jeden Fall für die Niederlande kämpfen werde, auch wenn sich diese einer deutschen Invasion *nicht* erwehrten. Damit blieb er der Linie der Foreign-Office-Dissidenten treu, Washington um fast jeden Preis die Kriegsentschlossenheit Englands zu beweisen. Als Gegenleistung ließ der Präsident

durch seinen Geschäftsträger in London, Herschel Johnson, den Außenminister wissen, daß jenseits des Atlantiks »alles gut vorangehe«, womit er die steigende Kriegsbereitschaft Amerikas meinte. Durch diese heimlichen Signale, die man nun häufiger telefonisch und telegraphisch miteinander austauschte, entstand allmählich ein englisch-amerikanisches Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die englische Kriegsbereitschaft und die Mobilisierung der amerikanischen Öffentlichkeit für die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes gegenseitig bestärkten.

Gleichzeitig wurde Botschafter Kennedy, Chamberlains Duz-Freund, durch diese halboffiziellen Kontakte in einer gewissen Weise kaltgestellt. Nach jeder Unterhaltung, die Halifax mit dem Diplomaten führte, kreuzte der amerikanische Geschäftsträger Johnson im Foreign Office auf, um sich über den Inhalt des Gesprächs zu informieren. Er wurde dann durch den englischen Außenminister oder einen seiner leitenden Beamten informiert, auch über Depeschen, die an Botschafter Lindsay in Washington gingen. Auf diese Weise war Johnson, der auf der Seite der Anti-*Appeaser* stand, ebenso gut unterrichtet wie Kennedy und konnte dessen Berichterstattung beeinflussen. In Abwesenheit des US-Botschafters, der erst Anfang März wieder nach London zurückkehrte, liefen die amerikanisch-englischen Kontakte sowieso nur über ihn.

Manchmal waren es nur kleine Hinweise wie die Bemerkung Johnsons: »Alles läuft gut auf dieser Seite. Erzählen sie hier nichts« – was Halifax so verstand, »daß, je weniger hierzulande über Roosevelt gesagt wird, desto besser.« [82]

Im Laufe der Zeit schwoll der bereits 1938 verabredete Informationsaustausch zwischen dem Foreign Office und Roosevelt »über wichtige internationale Entwicklungen« jedoch so an, daß man fast schon von einem informellen Konsultativverhältnis sprechen konnte. Wenn der Chef der Mitteleuropa-Abteilung, William Strang, seine leitenden Mitarbeiter im Frühjahr 1939 aufforderte, die Entwürfe für ihre Telegramme an Lindsay vor Abgang nicht nur ihren Vorgesetzten, sondern auch dem amerikanischen Geschäftsführer zu zeigen, dann bewies er, in welche Abhängigkeit sich die amtliche englische Außenpolitik bereits von den Vereinigten Staaten befand. [83]

Ebenso bedeutsam waren die militärischen Implikationen der amerikanisch-englisch-französischen Kooperation. Auf ihre strategischen Ziele in Westmitteleuropa wurde schon hingewiesen. Wie gesagt, man war sich einig, daß letztlich nur der Kriegseintritt Amerikas über das Schicksal Belgiens, Hollands und der Schweiz entscheiden würde. Dasselbe galt auch für den Fernen Osten. Nach dem Urteil des englischen Generalstabs durfte die Wahrscheinlichkeit eines japanischen Angriffs auf Singapur zwar nicht unterschätzt werden. Aber in Anbetracht des chinesischen Morasts, in dem Japan bereits steckte, und in Anbetracht seiner Furcht vor Rußland und Amerika ging man in London davon aus, daß Japan zumindest zu Beginn eines Weltkrieges nicht besonders gefährlich werden würde. [84]

So vermochten sich Frankreich und England bei ihrer Kriegsplanung von Anfang an auf die beiden Kriegsschauplätze Kontinentaleuropa und Mittel-

meer/Nahost zu konzentrieren. Gewiß, es blieb noch das Risiko Singapur sowie der Schutz Australiens und Neuseelands. In Anbetracht der von ihr mitverursachten Verschärfung der Krise im europäisch-atlantischen Raum war England jetzt weniger denn je in der Lage, im Kriegsfall eine Flotte von sieben bis acht »*capital ships*«, zwei Flugzeugträgern, zwanzig Kreuzern, einigen Zerstörern und zwanzig U-Booten in den pazifisch-asiatischen Raum zu entsenden, die es dem Vizekönig von Indien und den Dominions in »*Australasia*« zugesagt hatte, ohne das östliche Mittelmeer und die englische Nahoststellung gefährlich zu entblößen. Aber wenn sich die Roosevelt-Administration dazu entschloß, die Insel Guam zu befestigen und im Fall einer Krise die US-Flotte nach Hawaii vorzuschieben – und für beides traf sie gerade in den kritischen Monaten Februar/März 1939 erste Anstalten – würde auch Singapur strategisch gesichert sein, und Australien und Neuseeland könnten sich in den Schutz der Vereinigten Staaten begeben. [85]

Der bündnisähnliche Zusammenschluß Amerikas, Englands und Frankreichs kann als Keimzelle der späteren NATO bezeichnet werden, nur daß sich diese nordatlantische Allianz – noch – nicht gegen das bolschewistische Rußland, sondern gegen das nationalsozialistische Deutschland richtete, um es an der gesamteuropäischen Hegemonie zu hindern. Die Mitwirkung Amerikas befreite die beiden westeuropäischen Demokratien zunächst von dem schwersten Handicap, das sie bisher in ihrer Auseinandersetzung mit den Achsenmächten zu tragen hatten – von dem Drei-Fronten-Druck. Jedenfalls versprach dieser Druck umso geringer zu werden, je größer der politische Einklang zwischen den Westmächten wurde. Seit Januar 1939 drängte der amerikanische Marineattaché in London, Kapitän Russell Wilson, wieder auf eine Vertiefung der Flottenkooperation mit England, die mit der Ingersoll-Mission vor einem Jahr begonnen hatte. Am 19. März gab das Foreign Office grünes Licht. [86]

Gravierend war die Lage jedoch im atlantisch-europäischen Raum, weil hier England/Frankreich bis auf weiteres allein Deutschland/Italien gegenüberstanden, wenn man von der amerikanischen Nachrüstung im Luftwaffenbereich einmal absah, für die man gerade die Voraussetzungen geschaffen hatte.

Militärische Stärkeverhältnisse zwischen England/Frankreich und Deutschland/Italien, März 1939 [87]

*1. Marine*

| | GB | F | GB+F | D | I | D+I | Verhältnis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Capital ships | 12 | 7 | 19 | 2 | 2 | 4 | 4,8:1 |
| Panzerschiffe | – | – | – | 3 | – | 3 | 0 :3 |
| Flugzeugträger | 6 | 1 | 7 | – | – | – | 7 :0 |
| Kreuzer | 54 | 18 | 72 | 8 | 22 | 30 | 2,4:1 |
| Torpedojäger | – | 32 | 32 | – | – | – | 32 :0 |
| Zerstörer | 97 | 38 | 135 | 44 | 87 | 131 | 1 :1 |
| Ältere Kriegsschiffe | 63 | 2 | 65 | 6 | 39 | 45 | 1,4:1 |

| | GB | F | GB+F | D | I | D+I | Verhältnis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| U-Boote | 54 | 80 | 134 | 57 | 105 | 162 | 1 :1,2 |
| Torpedoboote | 18 | 10 | 28 | 20 | 60 | 80 | 1 :2,9 |
| Begleitschiffe | 30 | 25 | 55 | 10 | 9 | 19 | 2,9:1 |
| Luftabwehr-Schiffe | 4 | – | 4 | – | – | – | 4 :0 |

*2. Heer* (in Divisionen) à 25000 Mann

| Stand: 18 Tage nach | GB | F | GB+F | D | I | D+I | Verhältnis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Kriegsbeginn[1] | | | | | | | |
| Aktive Infanterie | – | 28 | 28 | 39 | 32 | 71 | 1 :2,5 |
| Reserve Infanterie | – | 20 | 20 | 28 | – | 28 | 1 :1,4 |
| Landwehr | 13[2] | – | 13 | 24 | – | 24 | 1 :1,8 |
| Gebirgstruppen | – | – | – | 3 | 5 | 8 | 0 :8 |
| Panzer | – | 1 | 1 | 5 | – | 5 | 1 :5 |
| Motorisierte | – | 5 | 5 | – | 3 | 3 | 1,6:1 |
| Leichte | – | – | – | 4 | – | 4 | 0 :4 |
| Festung | – | 12 | 12 | 3 | – | 3 | 4 :1 |
| | 13 | 66 | 66 | 106 | 40 | 146 | |
| Kolonien/Empire | 4,5[3] | 10 | 14,5 | – | 4 | 4 | |

*3. Luftwaffe*

| Stand: Maximum der | GB | F | GB+F | D | I | D+I | Verhältnis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Linie, d. h. ohne Reserven | | | | | | | |
| Langstrecken-Bomber (mehr als 350 km Reichweite) | 488 | 336 | 824 | 1580 | 444 | 2024 | 1:2,5 |
| Kurzstreckenbomber | – | – | – | 320 | – | 320 | 0:320 |
| Jäger | 469 | 466 | 962 | 1000 | 450 | 1450 | 1:1,5 |
| Allgemeine Kampfflugzeuge | 84 | 324 | 408 | 300 | 225 | 525 | 1:1,3 |
| Aufklärungs-, Marineflieger u. a. | 222 | 324[4] | 546 | 500 | 274 | 774 | 1:1,4 |

[1] 18 Tage bis zu einem Monat nach Kriegsbeginn kamen auf alliierter Seite noch 2 englische Divisionen und bei Italien noch 32 Divisionen hinzu. Bis drei Monate nach Kriegsbeginn konnte England weitere drei Divisionen mobilisieren. Sonst blieb das Bild – abgesehen von der dann auf beiden Seiten zu erwartenden Einberufung und Ausbildung von Rekruten – unverändert.

[2] Hier werden die 13 Territorialdivisionen (1 Panzer, 1 Mot, 9 Inf) mitgezählt, die freilich noch ausgerüstet werden mußten.

[3] Hier werden die drei indischen Brigaden und 2 australischen Infanteriebrigaden mitgezählt.

[4] Davon konnten 143 als Bomber verwendet werden.

| | GB | F | GB+F | D | I | D+I | Verhältnis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Kolonien/Empire | – | – | – | | | | |
| Langstrecken-Bomber | 84 | 37 | 121 | – | 288 | 288 | 1:2,4 |
| Kurzstrecken-Bomber | 164 | 66 | 230 | – | – | – | 230:0 |
| Jäger | 42 | 56 | 98 | – | 198 | 198 | 1:2,0 |
| Allgemeine Kampfflugzeuge | 72 | 124 | 196 | – | 117 | 117 | 1,7:1 |
| Aufklärung, Marineflieger | 18 | 42 | 60 | – | 9 | 9 | 6,7:1 |

Das Bild bot keine großen Überraschungen: Einer drückenden Überlegenheit der Achsenmächte bei den Landstreitkräften und einer starken Überlegenheit bei der Luftwaffe entsprach eine drückende Flotten-Überlegenheit der westeuropäischen Demokratien. Militärpolitisch kam es deshalb jetzt für den Westen darauf an, die vorhandenen Rüstungsdefizite zu beseitigen und Italien von einem Kriegseintritt an der Seite Deutschlands abzuhalten, um die Achse zu schwächen. Der englische Militärexperte Basil Lidell-Hart brachte die Probleme in einem öffentlichen Vortrag, über den die *New York Harold Tribune* am 17. Februar 1939 berichtete, auf den kurzen Nenner: Ohne die USA könnten England und Frankreich zwar den nächsten Krieg nicht gewinnen. Aber sie könnten Deutschland immer noch beweisen, daß es ebenfalls nicht gewinnen könne. Jedenfalls reichten die Ressourcen des Deutschen Reiches für »einen längeren Krieg« nicht aus. [88]

Folglich mußte aus westlicher Sicht alles geschehen, damit es Hitler nicht gelang, in nächster Zeit einen zeitlich begrenzten und lokalisierbaren Blitzkrieg zu führen. Höchste Priorität hatten daher die Umwandlung des englischen Freiwilligenheeres in eine Wehrpflichtigenarmee und die Verkürzung der Frist, innerhalb der sie auf dem Kontinent in das Kriegsgeschehen eingreifen konnte. Denn nur so konnte der Westen die Rheingrenze halten und hoffen, irgendwann einmal zum Gegenangriff überzugehen. Am 15. Februar brachte die Regierung Chamberlain daher im Unterhaus den Entwurf für ein Gesetz zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein – eine Maßnahme, die England noch nie in Friedenszeiten ergriffen hatte. Sieben Tage später billigte das Kabinett die Vorschläge von Kriegsminister Hore-Belisha, die englische Armee so umzuorganisieren, auszurüsten und aufzufüllen, daß sie rasch und wirksam in einem Krieg auf dem europäischen Kontinent eingesetzt werden konnte. Weitere zwei Tage später, am 24. Februar 1939, lag die Zustimmung Frankreichs zur militärischen Kooperation auf Generalstabsebene vor, die am 29. März 1939 unter strengster Geheimhaltung in London begann. [89] Inzwischen hatten die beiden westeuropäischen Demokratien auf Wunsch der Amerikaner angefangen, ihre Flugzeugeinkäufe in den USA und andere Versorgungsmaßnahmen miteinander zu koordinieren.

Aber ging es überhaupt noch darum, den Ausbruch des nächsten Krieges zu

verhindern? Unter dem Druck Amerikas hatte England damit begonnen, seine »*staying power*« zu ruinieren. Schatzkanzler Simon warnte vor den finanziellen Konsequenzen, sah aber ein, daß

»andere Aspekte diese Angelegenheit (d. h. der englischen Nachrüstung – D. B.) schwerer wiegen als die Finanzen.« [90]

Außenminister Halifax tröstete sich damit, daß

»der gegenwärtige Spannungszustand nicht unbegrenzt andauern könne und entweder in einem Krieg oder in der Zerstörung des Nazi-Regimes enden müsse.« [91]

Andere Minister meinten, eigentlich befinde sich England schon im Krieg, und länger als ein Jahr werde der gegenwärtige Zustand kaum anhalten. Er wurde von Hitler jedoch schon nach sieben Monaten durch den Angriff auf Polen beendet.

---

Anmerkungen

1 Im Gegensatz zu unserem Sprachgebrauch sind oder waren mit den Niederlanden im Verständnis der Engländer immer Holland plus Belgien gemeint, was auf die politischen Verhältnisse im 19. Jahrhundert zurückgeht. Deshalb ist in den englischen Dokumenten, die diesem Kapitel zugrundeliegen, auch immer nur vom »Holland-scare« – im Deutschen etwa: »Holland-Alarm« – die Rede, obwohl damit ein möglicher deutscher Angriff gegen die Niederlande gemeint war.

2 Vgl. Anmerkung 76 im vorigen Kapitel – Die Tatsache, daß Gamelin zu diesem frühen Zeitpunkt bereits von angeblichen deutschen Truppenkonzentrationen sprach, ergibt sich nicht aus diesem Dokument, sondern aus PRO FO 371/22 961 C 864: Memorandum Frank Roberts, 21. 1. 39.

3 PRO FO 371/22 965 C 1789: Brief Mallett 1. 2. 39 Strang, privat/geheim – In diesem Dokument ist von einem gewissen »Paul Schaefer« die Rede. Da es im Verlauf des Textes aber heißt, der Korrespondent habe früher der Redaktion des »Berliner Tageblatts« angehört, handelt es sich mit Sicherheit um Paul Scheffer, den ehemaligen Chefredakteur dieser Zeitung, der nach Amerika emigrierte. Sein Name wurde von dem englischen Geschäftsträger nur versehentlich falsch geschrieben.

4 Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche. Hg. von Claire Nix. Stuttgart 1974, S. 237 – Der Ex-Reichskanzler schrieb am 29. 3. 39 an Wheeler-Bennett, er habe schon »um die Weihnachtszeit« 1938 von einer deutschen »Teilmobilmachung gegen Holland« gehört.

5 Vgl. die Quelle in Anmerkung 3 oben.

6 PRO FO 371/22 962 C 1181: Notiz betr. Gespräch Halifax 28. 1. 39 Belgischer Botschafter/London und PRO FO 371/22 961 C 552: FO-Notiz betr. Mündliche Mitteilung Margerie 16. 1. 39 Strang.

7 PRO FO 371/22 963 C 1235: Bland 30. 1. 39 FO.

8 ebda., Notiz Roberts.

9 PRO FO 371/22 961 C 789: Strang-Marginalien zu einem höchst geheimen Memorandum von J. K. Roberts »The German Attitude to the French-Italian Dispute«, 6. 1. 39 – Wickham Steed, der 1937 den Kontakt zwischen Roosevelt und Churchills FOCUS hergestellt hatte, und der zu den Empfängern von Goerdelers »X-Documents« zählte, hatte Vansittart bereits am 19. 12. 38 davon unterrichtet, Hitler habe vor hohen Nazi-Führern gesagt, das Sofortprogramm der Achse umfasse auch die italienischen Ansprüche

und Deutschland würde diese Ansprüche mit Waffengewalt unterstützen, falls Italien gegen Frankreich verliere. – Diese Informationen entsprachen aber nicht dem tatsächlichen Sachstand. Was die militärische Unterstützung der italienischen Ansprüche an Frankreich angeht, spielte die deutsche Führung auf Zeit, um die Westmächte nicht zu beunruhigen. Bei Steeds Mitteilung handelte es sich also um eine – bewußte? – Falschinformation, die Vansittart – nicht? – durchschaute.

10 PRO FO 371/22 961 C 864: Aktennotiz Roberts, 21. 1. 39 – Roberts faßte hier alle X-Dokumente sowie letzte Informationen Goerdelers vom 7. bis 14. 1. 39 zusammen, die in Paris von einem Mann empfangen worden seien, der »X« kürzlich in Deutschland gesehen habe. Ob es sich bei diesem Mann um Schairer handelte und ob diese Informationen identisch mit dem Memorandum waren, das Schairer von einem Gespräch mit Goerdeler aufgezeichnet hatte und das – via Arthur Young – das Foreign Office ebenfalls kurz vor dem 15. 1. 39 erreichte, konnte nicht festgestellt werden. Vgl. dazu Young, X-Documents, S. 156.

11 Marginalie vom 24. 1. 39 auf der Aktennotiz Roberts, vgl. Anmerkung 10.

12 PRO FO 371/22 962 C 1063: Mallet 10. 1. 39 Scott, privat und vertraulich.

13 ebda.

14 Harvey, Diaries. S. 236

15 PRO FO 371/22 812 A 166: Phipps 6. 1. 39 FO.

16 PRO FO 371/22 964 C 1425: Engl. Militärattaché in Paris, Oberst Fraser 2. 2. 39 FO unter Berufung auf niederländische und französische Geheimdienste.

17 Auswärtiges Amt, Polnische Dokumente, S. 17: Potocki 16. 1. 39 Beck, geheim.

18 Ickes, Diaries, Band II, S. 571.

19 PRO FO 371/22 962 C 1152: Niederländischer Geschäftsträger in Washington 26. 1. 39 Niederländischer Außenminister (Abschrift), Anlage zu Brief Englischer Gesandter in Den Haag, Bland 27. 1. 39 FO.

20 Brüning, der Goerdelers X-Dokumente im Februar 1939 bei einem Freund in Brüssel las, schrieb am 29. 3. 39 an Wheeler-Bennett: Goerdeler sei von den Nazis »absichtlich irregeführt worden, was die unmittelbare Gefahr für Holland und die Schweiz betrifft, die er für Februar vorhersagte«. Es habe sich dabei nur um Truppenmanöver gehandelt, die Deutschland freie Hand im Osten verschaffen sollten. Brüning, Gespräche, S. 235ff. – Abgesehen davon, daß dieses Argument in sich unlogisch ist, widerspricht es auch Brünings eigener Theorie von Januar 1939, die in dem eben zitierten Buch freilich nicht wiedergegeben wird. Vgl. dazu PRO FO 371/22 963 C 1229: Brief Mallet 30. 1. 39 FO, wichtig/geheim unter Berufung auf einen »hochverläßlichen Besucher des Weißen Hauses« (möglicherweise Wheeler-Bennett) und PRO FO 371/22 965 C 2107: Mallet 30. 1. 39 Cadogan, Anlage: Geheime Aktennotiz über ein Gespräch, das der Legationsrat an der Englischen Botschaft in Washington, Keith Officer, am 29. 1. 39 mit Brüning und Wheeler-Bennett führte.

21 PRO FO 371/22 962 C 1111: Bland 27. 1. 39 Cadogan, sofort/geheim.

22 PRO FO 371/22 962 C 1112: Bland 27./28. 1. 39 FO.

23 PRO FO 371/22 965 C 1789: Mallet 1. 2. 39 Strang, privat/geheim – Marginalien Roberts/Vansittart auf dem Dokument.

24 Quelle vgl. Anmerkung 76 im vorigen Kapitel, S. 31.

25 William Strang, Home and Abroad. London 1956. S. 153.

26 PRO FO 371/22 961 C 718: Beaumont-Nesbitt 12. 1. 39 Strang, geheim/persönlich, Anlage: »Retrospect and Forecast« – Strang – Antwort vom 19. 1. 39 ebda.

27 Dilks, Cadogan, S. 140.

28 PRO FO 371/22 812 A 660: Mallet 10. 1. 39 FO.

29 Dilks, Cadogan, S. 140.

30 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 75 »Possible German Intentions« 19. 1. 39, Geheime Verschlußsache.

31 ebda.

32 Unter Vorsitz von Premierminister Chamberlain gehörten diesem Gremium an: Simon (Schatzkanzler), Halifax (Außen), MacDonald (Kolonien), Hoare (Innen), Lord Stanley (Dominions), Inskip (Verteidigungskoordination) und Stanley (Handel). Der Außenpolitische Kabinettsausschuß war das Lenkungsgremium der englischen Außenpolitik über dem Foreign Office.

33 Vgl. Anmerkung 30 oben.

34 Vgl. S. 232 in diesem Buch.

35 PRO FO 371/22 961 C 271: Leith-Ross 5. 1. 39 Harvey, geheim – Ebda., C 318: Ramsey/Kopenhagen 9. 1. 39 Leith-Ross – Ebda., C 617: Leith-Ross 13. 1. 39 Chamberlain-Büro (Kopie) – Es scheint sich um eine Initiative gehandelt zu haben, die über Chamberlains Wirtschaftsberater Sir Frederick Leith-Ross lief. Ende November hatte der »Strategic Intelligence Service« entdeckt, daß Downing Street No. 10 über den Presseattaché der deutschen Botschaft in London, Fritz Hesse, in einem geheimen Direktkontakt mit Ribbentrop stand. Obwohl nicht klar wurde, wer Hesses Kontaktmann auf englischer Seite war, verstopften Cadogan und Halifax diesen Kanal.

36 Die Rätselhaftigkeit dieses Schlüsseldokuments betrifft vor allem seine Datierung. Obwohl die einzelnen Memoranden der Denkschrift größtenteils auf Mitte Januar 1939 datiert sind – mit Ausnahme des Memorandums der beiden Germanophilen, das überhaupt kein Datum trägt – ist nicht eindeutig zu erkennen, wann das Gesamtwerk wirklich entstand und ob einzelne Bestandteile nicht einfach vordatiert wurden. Natürlich trifft das auf die aktuellen Beiträge von Cadogan und Strang nicht zu, die z. B. auf die englisch-französische Absprache über die Benutzung der französischen Flugplätze durch die RAF vom 11. 1. 39 abheben. Aber die Datierung der übrigen Beiträge ist im Grunde unüberprüfbar, weil sie sich auf geheime Informationen aus deutschen Quellen beziehen, die sich nicht in den Akten wiederfinden und deren Herkunft ebenso unüberprüfbar ist wie deren Entstehungsdatum. Soweit man die von diesen Quellen genannten Daten oder Ereignisse als Maßstab für eine Datierung heranzieht, ergibt sich der Eindruck, daß wesentliche Teile der Denkschrift – vor allem die Beiträge der beiden Germanophilen, die von den 31 Seiten des Gesamtwerkes allein (mit Anhängen und Nachträgen) 16 füllen – den Sachstand von Mitte bis Ende Dezember 1938 repräsentieren, also auch schon damals entstanden sind, und zwar im Zusammenhang offenbar mit der Kordt-Kirkpatrick-Desinformation. Verwirrend wirkt auch der von Strang am 25. 1. 39 angefertigte Vermerk vorn auf dem Dokument: »Dieses Papier wurde erwogen auf einem Treffen des Außenpolitischen Kabinettsausschusses am 22. Januar . . .« Diese Sitzung fand nachweislich des Protokolls am 23. 1. 39 statt.

37 Sollte diese Vermutung zutreffen, für die auch die im Memorandum enthaltenen Zitate aus der damaligen Unterhaltung sprechen, müßte Lothian seine Ausführungen entweder vor seiner Abreise nach Amerika Mitte Dezember 1938 niedergelegt oder nach seinem Besuch bei Roosevelt aus Amerika an das Foreign Office geschickt haben. Letzteres ist unwahrscheinlich, weil das Memorandum mit wissenschaftlicher Gründlichkeit ausgearbeitet wurde. Es gliedert sich in die beiden Teile A und B, die von je einem der Germanophilen geschrieben sein sollen. Dem Sprachduktus nach zu urteilen stammen sie aber eher von einem einzigen Autor. In Anbetracht aller Umstände – der Autor von A schreibt zum Beispiel, daß er Deutschland seit 1923 jedes Jahr besuchte – ist eher Conwell Evans als Verfasser anzunehmen. Wahrscheinlich hat Lothian das Memorandum aber vor seiner Abreise abgesegnet.

38 PRO FO 371/22 961 C 887: Aufzeichnung Ashton-Gwatkin, 20. 1. 39.

39 Dilks, Cadogan, S. 130.

40 Harvey, Diaries, S. 232: Eintragung vom 25. 12. 38.

41 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 23. 1. 39.

42 Der englische Militärattaché in Berlin hatte in einem Gutachten über die »Militärischen Möglichkeiten« Deutschlands 1939 in Übereinstimmung mit dem niederländischen Militärattaché vorhergesagt, daß Hitler mit einer Wahrscheinlichkeit von 10:1 im Frühsom-

mer 1939 die Ukraine besetzen werde. Dieser Meinung stimmte auch der englische Geschäftsträger Ogilvie Forbes zu – und zwar gerade für den Fall, daß Hitler wegen seiner innenpolitischen Schwierigkeiten ein »außenpolitisches Abenteuer« suchen sollte. PRO FO 371/22 960 C 15: Forbes 29. 1. 38 Halifax, vertraulich, mit Anlagen 1 und 2 (i. e. »Memorandum respecting the military possibilities in 1939« und Anschreiben Mason Macfarlane vom 26. 12. 38 – Eingang im FO 2. 1. 39). Dieses Memorandum, das im Foreign Office wegen seiner Gründlichkeit höchste Anerkennung fand, bestimmte dort das tatsächliche Meinungsbild mindestens bis zum 12. 1. 39. Bis dahin hatten es alle führenden Leute von Roberts über Strang, Sargent, Cadogan bis zu Halifax gesehen, wie die auf dem Dokument angebrachten Marginalien (mit Datumsangabe) beweisen. Dieser Zeitraum fiel zum großen Teil mit der Entstehung der Foreign-Office-Denkschrift zusammen. – Trotzdem behauptete Vansittart in seiner Notiz vom 12. 1. 39 unverständlicherweise, daß Macfarlanes Memorandum »eine sehr entschiedene Möglichkeit« eines Westangriffs ergebe. Dagegen meinte Cadogan: »Es gibt keinen Zweifel, daß 1939 ein Schicksalsjahr ist. Wir können nicht erraten, was Hitler entscheiden wird . . . Wir können uns nur auf die schlimmsten Schocks vorbereiten.« (6. 1. 39) Unter diesen Umständen muß man annehmen, daß es im Foreign Office Anfang 1939 zwei Positionen gab: eine, die sich alle Optionen offenhielt, und eine andere, die Vansittart anführte, die im Interesse einer Anbindung Polens die von den erkennbaren Tatsachen nicht gedeckte Gefahr eines deutschen Westangriffs favorisierte. – Vgl. dazu auch PRO FO 371/22 961 C 219: Vermerk Vansittart 6. 1. 39 Halifax, der unter Berufung auf anonyme Deutschland-Quellen die Annahme eines deutschen Westkrieges – diesmal unter ausdrücklicher Berufung auf »Kirkpatricks Information« – bestärkte. Offenbar war der Zweck dieser Desinformationen, eine deutsch-polnische Verständigung dadurch zu verhindern, daß sich die Westmächte zur Abwehr eines angeblich bevorstehenden Angriffs Hitlers zusammenschlossen und Polen zu sich herüberzogen.

42a PRO FO 371/22 961 C 264: Perth 16. 12. 38 FO.

43 Jebbs Memorandum stammte vom 19. 1. 39, das von Vansittart vom 16. 1. 39 – Die wichtigste Information (nämlich die über ein Angebot, das Hitler dem polnischen Außenminister angeblich am 5. 1. 39 auf dem Obersalzberg gemacht hatte, um Polen bei einem deutschen Westkrieg zum Stillhalten zu bewegen) – sind in einer ergänzenden Notiz Vansittarts zum Teil A des Memorandums der beiden »Germanophilen« enthalten. Diese Notiz ist leider nicht datiert. Immerhin steht fest, daß die Informationen aus der Zeit nach dem Hitler-Beck-Treffen stammten, also aus der Frühzeit des »Holland scares«. Dieser Zusammenhang und der Inhalt der Information bestätigen die Vermutung des französischen Botschaftssekretärs de Margerie, Beck sei der Urheber des »Holland scare«. Da die ersten Alarmnachrichten – ausweislich der amtlichen englischen Akten – jedoch vom französischen Geheimdienst »Deuxième Bureau« stammten, und zwar aus der Zeit *vor* dem Hitler-Beck-Treffen, ist eine französisch-polnische Kooperation nicht auszuschließen. Vgl. dazu PRO FO 371/22 960 C 20: Oberst Fraser, Militärattaché Paris 29. 12. 38 FO, geheim unter Berufung auf Oberst Gauché, Chef des Deuxième Bureau, der hier etwa das Szenario entwickelte, das sich im Verlauf des Januar 1939 auch Roosevelt zueigen machte. – Immerhin waren die Kontakte zwischen den Geheimdiensten Englands, Frankreichs und Polens bereits so eng, daß der Abwehrspezialist des französischen Generalstabes, Kapitän Gustave Bertrand, am 9./10. 1. 39 in Paris einen Direktkontakt mit den polnischen – und auch den englischen – Geheimdienstexperten herstellte, die dem Geheimnis der deutschen »Enigma«-Maschine auf der Spur waren. Mit dieser Kodier-Maschine verschlüsselte die deutsche Wehrmacht ihren Funkverkehr. Ronald Lewin schreibt in seinem Buch ausdrücklich, dieser Kontakt sei als vertrauensbildende Maßnahme zwischen den drei Generalstäben gedacht gewesen. Er berichtet weiter, der Chef der Nachrichtenabteilung im polnischen Generalstab, Oberst Smolenski, habe im Januar 1939 mit der Maßgabe sein Amt angetreten: »Im Falle eines drohenden Krieges muß das Enigma-Geheimnis (dem die Polen bereits am dichtesten auf der Spur waren – D. B.) als unser polnischer Beitrag für die

gemeinsame Sache der Verteidigung benutzt und an unsere zukünftigen Verbündeten weitergeleitet werden.« Vgl. Ronald Lewin, Entschied Ultra den Krieg? Alliierte Funkaufklärung im Zweiten Weltkrieg. Koblenz/Bonn 1981, S. 48ff. – Wenn das zutrifft und Smolenski keine rein private Meinung äußerte, dann muß die Entscheidung der polnischen Führung über ein Zusammengehen mit den Westmächten etwa zum Zeitpunkt von Roosevelts Kongreßbotschaft gefallen sein. Das Enigma-Geheimnis – Deckname »Ultra« – wurde von den Polen dann im Juli 1939, also nach der englisch-französischen Polen-Garantie, in Warschau an die Engländer und Franzosen weitergegeben. Diese Tatsache von Gewicht wurde erst in den siebziger Jahren bekannt.

44 Diese Behauptung war schon deshalb völlig abwegig, weil Oberst Macfarlane in seinem bereits erwähnten Memorandum – vgl. Anmerkung 42 oben – ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß eine deutsche Mobilmachung – Voraussetzung für jede größere militärische Operation – frühestens im März 1939 erfolgen könnte.

45 PRO FO 371/22 961 C 939: F. P. (36) 74 »Possible German Intentions«.

46 PRO FO 371/22 962 C 1023: Macfarlane 24. 1. 39 Ogilvie Forbes.

47 PRO FO 371/22 962 C 1194: Beaumont-Nesbitt/MI 3 24. 1. 39 Strang, geheim, »Note on Germanys present position and future aims«.

48 PRO FO 371/22 961 C 902: Phipps 24. 1. 39 Halifax, geheim.

49 PRO FO 371/22 961 C 877: Aufzeichnung Ashton-Gwatkin, 23. 1. 39, geheim.

50 Marginalie auf dem in Anmerkung 49 genannten Dokument vom 25. 1. 39.

51 PRO FO 371/22 962 C 1096: Memorandum Vansittart 25. 1. 39 Halifax, geheim.

52 PRO FO 371/22 962 C 1065: »Statement of the Secretary of State to the Cabinett«, 25. 1. 39 – Merkwürdigerweise sagte Halifax nicht, wie er sich eine Ostaktion Hitlers – mit Polen? gegen Rußland? – im einzelnen vorstellte, während er in bezug auf die angeblich geplante Westaktion die Niederlande und die Schweiz als gefährdet hinstellte. Gegen alle Gewohnheit wurde Halifax' Erklärung nicht zu den Kabinettsakten genommen, nachdem man schon darauf verzichtet hatte, die Foreign-Office-Denkschrift unter den Ministern in Umlauf zu setzen.

53 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 77 COS-830, geheim: »German aggression against Holland«.

54 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 25. 1. 39.

55 Dilks, Cadogan, S. 144.

56 Jacob Burckhardt, Meine Danziger Mission. München 1960 (Hard-Cover), S. 326 – Dieser wichtige Passus fehlt in der sonst zitierten Taschenbuchausgabe von 1962.

57 PRO FO 371/22 962 C 1196: Memorandum Jebb 26. 1. 39 Cadogan.

58 Den Vergleich zwischen dem »Holland scare« und der »Wochenendkrise« hatte Walter Lippmann in einem Zeitungsartikel gezogen. PRO FO 371/22 963 C 1245: Mallet 30. 1. 39 FO.

59 Quelle vgl. Anmerkung 57 oben.

60 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 26. 1. 39.

61 Dieser Beschluß wurde erst auf der Kabinettssitzung vom 1. 2. 39 gefaßt. PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 1. 2. 39.

62 Der Wiener Kongreß erhob nach der Niederwerfung Napoleons die »immerwährende Neutralität« der Schweiz zu einem festen oder »integralen« Bestandteil der europäischen Sicherheit, was von allen Großmächten der damaligen Zeit anerkannt wurde. Nach dem Zerfall der Vereinigten Niederlande wurde 1831/39 auch Belgien neutralisiert. Das heißt: Die belgische Neutralität wurde erst durch die europäischen Großmächte geschaffen, während sie im Fall der Schweiz gewissermaßen von Anfang an bestanden hatte. Wie Belgien und die Schweiz hatten sich auch die Niederlande im Ersten Weltkrieg für neutral erklärt. Doch wurde die belgische Neutralität durch den deutschen Angriff von 1914 verletzt.

63 In seiner Rede vom 30. 1. 37 hatte Hitler an die Adresse Belgiens und der Niederlande erklärt, Deutschland sei bereit, »diese Staaten jederzeit als unantastbare neutrale Gebiete

anzuerkennen und zu garantieren«. – Gegenüber dem Schweizer Bundesrat Edmund Schultheß erklärte Hitler am 23. 2. 37: »Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren.« – Zitiert nach Horst Lademacher, Die Niederlande und Belgien in der Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939. Ein Aufriß und Horst Zimmermann, Die »Nebenfrage« Schweiz in der Außenpolitik des Dritten Reiches. Beide in: Manfred Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Nachdruck der 1. Aufl. Düsseldorf 1977, S. 654f. und 814f.

64 Es war nicht zum erstenmal. Bereits 1937 hatten England und Frankreich eine Garantieerklärung für Belgien abgegeben, die dieses Land, das sich gerade aus dem Völkerbund löste, auf seine Verpflichtungen aus der Völkerbundsakte festnageln sollte. So sollte Belgien verpflichtet werden, bei einer militärischen Aktion des Völkerbundes gegen Deutschland den englisch-französischen Truppen Durchmarschrechte zu gewähren. Hitler konterte diese Garantie noch im gleichen Jahr, indem er Belgien die Sicherheit vor einem deutschen Angriff zusicherte und seinen Beistand gegen Angriffe Dritter versprach. Vgl. Lademacher, Niederlande und Belgien, S. 664.

65 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 26. 1. 39.

66 PRO FO 371/22 963 C 1312: Clive 31. 1. 39 FO, geheim und ebda. C 1317: Clive 1. 2. 39 FO, wichtig sowie FO 371/22 964 C 1502: Brief Clive 2. 2. 39 Halifax, geheim.

67 PRO FO 371/23 046 C 1526: Warner 4. 2. 39 FO, vertraulich.

68 PRO FO 371/22 962 C 1111: Bland 27. 1. 39 Cadogan, sofort/geheim – Der niederländische Geschäftsträger in London, Teixeira, verwahrte sich am 27. 1. 39 in einem Gespräch mit Strang gegen die Vereinnahmung. PRO FO 371/22 964 C 1470: Memorandum Mounsey/Strang, 27. 1. 39.

69 PRO FO 371/22 962 C 1144: FO 28. 1. 39 Phipps/Clive, geheim/sofort – Im wesentlichten waren die Telegrammtexte identisch mit der »Londoner Depesche« an die Vereinigten Staaten, wenngleich man sie der aktuellen Beschlußlage der englischen Regierung angepaßt hatte. Gleichlautende Telegramme gingen zur Information auch an die diplomatischen Vertretungen in Berlin, Den Haag, Bern und Rom – An den englischen Gesandten Bland in Den Haag mit den im folgenden erwähnten Abweichungen.

70 Zu dieser Verschärfung hatte ein Telegramm von Conwell Evans aus Berlin entscheidend beigetragen, in dem ein militärischer Angriff Deutschlands und Italiens auf die Westmächte definitiv für März 1939 vorhergesagt wurde. PRO FO 371/22 962 C 1009: Ogilvie Forbes 26. 1. 39 FO, geheim – Das Telegramm traf erst am 27. 1. 39 in London ein mit dem Kommentar des englischen Geschäftsträgers: »Obwohl sensationell, sende ich das hier mit aller Reserve.« – Danach hatte Hitler angeblich vor, die Maginot-Linie durch eine großangelegte Zangenbewegung über die Niederlande und die Schweiz aus den Angeln zu heben. Sein Ziel sei die Rückgewinnung der ehemals deutschen Kolonien und die Durchsetzung von Mussolinis Forderungen gegenüber Frankreich. In dieser Meldung, die Evans aus absolut sicherer Quelle in Parteikreisen haben wollte, fehlte auch der Hinweis auf Polen nicht: Angeblich hielt sich Ribbentrop zu dem Zweck in Warschau auf, um Beck in die deutschen Pläne einzuspannen. – Nach dem Eintreffen dieses Telegramms hielt das Foreign Office das Telegramm an die diplomatischen Vertretungen in Berlin, Bern, Brüssel, Paris und Rom an, das Staatssekretär Cadogan bereits formuliert hatte, und ersetzte es durch die in Anmerkung 69 genannte wesentlich verschärfte Fassung. Conwell Evans' Bericht wurde sofort an den Buckingham Palast und an Downing Street weitergeleitet, wobei das Foreign Office allergrößten Wert darauf legte, daß der Urheber Evans nicht erwähnt wurde. Tags zuvor hatte Roosevelt durch sein bereits erwähntes Gespräch mit dem niederländischen Gesandten die Regierung in Den Haag veranlaßt, einer Garantie durch England näherzutreten.

71 PRO FO 371/22 962 C 1012: Cadogan 26. 1. 39 Bland, sofort – Zu diesem Zeitpunkt hatte Cadogan die umlaufenden Kriegsgerüchte noch so zurückhaltend bewertet, daß er schrieb: »Wir sind gegenüber der Glaubwürdigkeit dieser Berichte offen, obwohl die

Möglichkeit, daß sie wohlbegründet sind, nicht völlig außer Betracht gelassen werden kann.« Bland bedankte sich am 27.1.39 für diese Beruhigung, die seiner Meinung nach in Den Haag »viele korrupte Gruppen eingedämmt« habe. PRO FO 371/22 962 C 1111: Bland 27.1.39 Cadogan, sofort / geheim – Doch wurde die Stimungslage in Den Haag am 27.1.39 durch Roosevelts Intervention schlagartig verschärft, wie Bland berichtete. Dieser Vorgang blieb natürlich auch auf London nicht ohne Rückwirkung. Er war die zweite Ursache für die Verschärfung der Telegrammtexte vom 28.1.39. Er änderte aber nichts an der Linie, die England gegenüber den Niederlanden eingeschlagen hatte. Es blieb dabei, daß Bland die Haltung Den Haags im Kriegsfall nur vorsichtig sondieren sollte. Dabei ging freilich die Formulierung im Telegramm vom 28.1.39, England betrachte eine deutsche Invasion in den Niederlanden als »casus belli«, in dieser Eindeutigkeit über das hinaus, was die Regierung in London bis dahin beschlossen hatte.

72 PRO FO 371/22 963 C 1292: Aktennotiz Strang/Malkin, 30.1.39.

73 PRO CAB 23/97: Kabinettsitzung vom 15.2.39, auf der Halifax vom Besuch Patijns berichtete – PRO FO 371/22 905 C 2199: Brief Strang 20.2.39 Bland.

74 Jacobus Gijsbertus Beus, Morgen bei Tagesanbruch. Dramatische Stunden im Leben eines Diplomaten. Berlin 1982, S. 69 – Beus behauptet, die Niederlande hätten »bis zum letzten Augenblick, ja bis zur Nacht vom 9. auf den 10. Mai« (das war der Tag des deutschen Westangriffs im Jahre 1940 – D. B.) ihre Neutralität eingehalten. Das mag so sein. Da Beus aber mit keinem Wort auf die hier beschriebenen Vorgänge eingeht, muß man hinter seine apodiktische Feststellung ein gewisses Fragezeichen machen. Denn offenbar war Beus die englisch-französische Garantie für die Niederlande nicht bekannt. Ausführlich geht er dagegen auf die Verbindungen des deutschen Widerstandes um General Oster zur Regierung in Den Haag ein, die größtenteils über den niederländischen Militärattaché in Berlin, Oberst Sas, liefen. Oster verriet die »Operation Weserübung« (deutsche Besetzung der Niederlande und Belgiens im Frühsommer 1940 als Eröffnungszug) und den deutschen Westangriff (über die Niederlande und Belgien gegen Frankreich) an Sas. Nach den vielen »blinden Alarmen« des deutschen Widerstandes seit Januar 1939, die Beus nicht erwähnt, war es kein Wunder, daß die Regierung in Den Haag den »richtigen« Warnungen Osters im Winter 1939/40 zunächst keinen Glauben schenkte.

75 PRO FO 371/23 046 C 1339: Brief Phipps 31.1.39 Sargent, geheim.

76 Vansittart nannte die ab November 1938 laufende Operation des Foreign Office deshalb auch einmal »heading off tactics«.

77 Annelies Ribbentrop, Verschwörung gegen den Frieden, Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. 2. erw. Auflage. Leoni 1963, S. 296 – PRO FO 371/22 963 C 1245: Mallet 30.1.39 FO.

78 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 8.2.39, Annexe III u. IV. Die Prozedur war folgendermaßen: Der englische Botschafter in Paris, Phipps, überreichte der französischen Regierung am 29.1.39 ein Memorandum, das auf Halifax' Telegramm vom 28.1.39 fußte. Die französische Regierung antwortete darauf mit einer Note von Außenminister Bonnet, die am 1.2.39 Phipps übergeben und auf der Kabinettssitzung vom 8.2.39 beraten wurde (Annex III). Auf dieser Sitzung nahm die englische Regierung auch von Halifax' Antwort zustimmend Kenntnis (Annex IV), die daraufhin am 10.2.39 als Note nach Paris abgesandt wurde. PRO FO 371/22 963 C 1318 – Da mit dieser Note Übereinstimmung in den wichtigsten Punkten erzielt wurde, kann man das Bündnis vom 10.2.39 datieren. Die folgenden Zitate stammen aus dem Kabinettsprotokoll vom 8.2.39 und den beiden Annexen.

79 PRO FO 371/22 963 C 1318: Aufzeichnung Strang, 1.2.39, über die Antwort der englischen Regierung auf die französische Note vom 1.2.39. Strang behandelte darin auch die Frage, warum England nicht sofort eine formelle Defensivallianz mit Frankreich abschließen wollte. Drei Gründe waren dafür ausschlaggebend: 1) der alte Grundsatz der englischen Außenpolitik, auf dem Kontinent keine neuen Verpflichtungen einzugehen, 2) das Mißtrauen gegenüber Frankreich, von dem man befürchtete, es könnte England in

einen Präventivkrieg gegen Deutschland hineinziehen, 3) die militärische Unmöglichkeit, Frankreich sowohl gegenüber Deutschland, als auch gegenüber Italien zu sichern, während England in der Gestalt Deutschlands nur einen Gegner hatte. Alle diese Vorbehalte wurden durch die Polen-Garantie beiseitegedrückt.

80 So forderte die französische Note im Falle eines deutschen Angriffes auf die Niederlande eine »gemeinsame Aktion präventiven Charakters«, was bei der englischen Regierung einiges Rätselraten auslöste. Auf den französischen Wunsch, sofort die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, ging die Regierung Chamberlain nicht ein. Umgekehrt hielt sie es für richtig, die Regierung Daladier darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht in jedem Fall im französischen Interesse liegen müsse, daß England in einen französisch-italienischen Krieg eingreift. Nämlich z. B. dann nicht, wenn dies zum Kriegseintritt eines bis dahin abseits stehenden Deutschlands führen und aus einem lokalisierten einen Weltkrieg machen würde. Frankreich erhob den Vorbehalt, daß es für die Niederlande nur eine faktische, aber keine vertragliche Verpflichtung übernehme. Beide Seiten nahmen die Reservationen der jeweils anderen ohne Widerspruch zur Kenntnis, was gegenseitige Anerkennung bedeutete. Immerhin blieb danach noch einiges zwischen England und Frankreich offen. Durch die Polen-Garantie wurden die beiden Entente-Mächte noch fester aneinander geschmiedet.

81 PRO CAB 23/97: Halifax in der Kabinettssitzung vom 8. 2. 39.

82 PRO FO 371/22 827 A 1090: Mitteilung Halifax 3. 2. 39 Chamberlain.

83 PRO FO 371/23 081 C 3936: Aktennotiz Sargent »Communication of Information to the United States Governement«, 22. 3. 39.

84 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung vom 1. 2. 39.

85 PRO CAB 2/8: Reichsverteidigungsrat, 24. 2. 39.

86 PRO ADM 116/3922: FO 19. 3. 39 Lindsay – Am 18. 4. 39 wurde auch Frankreich in die amerikanisch-englische Flottenkooperation einbezogen. PRO FO 371/22 970 C 5595 und 5596: Phipps 15. 4. und 18. 4. 39 FO.

87 PRO FO 371/22 969 C 5263: Strategisches Memorandum zur Vorbereitung der »Anglo-French Staff Conversations 1939«, 14. 3. 39, Geheime Verschlußsache – Das Memorandum entstand einen Tag vor dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei.

88 New York Herald Tribune, 17. 2. 39.

89 PRO FO 371/22 970 C 5748: Reichsverteidigungsrat 20. 4. 39 Strang – Zu diesem Zeitpunkt, drei Wochen nach der englisch-französischen Garantie, wurde Polen in die Stabsgespräche einbezogen.

90 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 22. 2. 39.

91 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung vom 2. 2. 39 – Der nächste Satz bezieht sich auf eine Äußerung von Handelsminister Stanley, der zu den Anti-Appeasern gehörte.

# 3.

# Eine bewußte Entscheidung für den Krieg

Trotz seiner schweren körperlichen Behinderung befand sich Präsident Roosevelt im Frühjahr 1939 in bester Form. Er schäumte geradezu über vor Energie. Die politischen Spannungen der letzten Wochen und Monate schienen wie eine Verjüngungskur auf ihn zu wirken. Aber hinter der filmreifen Fassade des immer lächelnden, immer zuversichtlichen, immer erfolgreichen Politikers war der 57jährige schwer bedrückt, vor allem von der Lage in Europa.

Zwei Männer beunruhigten den amerikanischen Präsidenten nach wie vor am meisten: Adolf Hitler und Neville Chamberlain. Aus angeblich zuverlässiger Quelle in Berlin hatte Roosevelt gehört, Hitler werde versuchen, 1939 Osteuropa, 1940 Frankreich, so bald wie möglich danach England und dann – mit Hilfe Japans – sage und schreibe auch die Vereinigten Staaten von Amerika in seine Gewalt zu bringen. Trotz aller Gerüchte, die es in den letzten Wochen und Monaten über einen deutschen Westkrieg gegeben hatte, glaubte Roosevelt doch, daß Hitler als nächstes seinem »Drang nach Osten« folgen werde. Nicht, daß Deutschland gleich Rußland angreifen werde. Aber der Präsident hatte schlechte Nachrichten vom Balkan und aus dem gesamten Donauraum. Von Belgrad bis Athen und Konstantinopel schwankten die Regierungen, ob sie sich in den Sog des deutschen Machtzuwachses begeben sollten, der ihre Fundamente gurgelnd umspülte, oder welche Vorteile es für sie haben würde, wenn sie weiterhin dem zwar wirtschaftlich starken, aber militärisch schwachen Westen die Treue hielten.

Typisch für das, was in den Köpfen dieser Politiker vor sich ging, war das, was der Schah von Persien dem amerikanischen Präsidenten hatte zu Ohren kommen lassen: In seinem Land wimmele es nur so von deutschen Agenten, und obwohl er sich eigentlich dem Westen anschließen wolle, fürchte er doch, das falsche Pferd zu satteln.

Nicht zufällig kam Präsident Roosevelt, als er seinem Freund Arthur Willert im März 1939 davon erzählte, [1] im gleichen Atemzug auf Chamberlain zu sprechen. Warum gab es in England noch keine Wehrpflicht? Warum überließ England den Deutschen das Monopol der politischen Einschüchterung? Warum ließ England nicht mehr über seine ungeheuren Anstrengungen zur Vorbereitung des Bombenkrieges gegen Deutschland verlauten? Die deutsche Heimatfront war nach der Einschätzung Roosevelts schwach. Man könnte sie mit allen diesen Maßnahmen noch mehr schwächen. Der Präsident war ja bereit, alles zu tun, um die Diktatoren von der Verwirklichung ihrer aggressi-

ven Pläne abzuschrecken. Aber im Grunde fürchtete er wie der Schah, mit Chamberlain auf das falsche Pferd zu setzen.

Folgender Vorgang war wieder einmal typisch gewesen. England hatte sich Ende Januar 1939 mit einem melodramatischen Appell an den Präsidenten persönlich gewendet und ihn offiziell um politischen Beistand gebeten. Roosevelt sollte vor der großen Hitler-Rede, die zum sechsten Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung am 30. Januar 1939 erwartet wurde, das Nazi-Regime durch ein öffentlich gesprochenes Machtwort davon zurückgehalten, irgendwelche unerfüllbaren Forderungen zu erheben. Aber im Gegensatz zu diesem Ansinnen, das die »Londoner Depesche« enthielt, hatte sich der listige Premierminister in letzter Minute dem von Halifax, Goerdeler und Roosevelt empfohlenen Konfrontationskurs entzogen.

Anstatt, wie es sein Außenminister gefordert hatte, den Abschluß der englisch-französischen Allianz vor der Hitler-Rede mit lautem Aplomb zu verkünden und den amerikanischen Präsidenten im Vorwege wenigstens vom kämpferischen Geist seiner Ausführungen zu überzeugen, damit Roosevelt in seiner Erklärung darauf einsteigen konnte, verstand es Chamberlain, die Abgabe seines Statements bis zum 6. Februar 1939 hinauszuzögern. Und dann ging er nicht weit über das hinaus, was er bereits im Dezember 1938 vor der Auslandspresse gesagt hatte: Die »Solidarität der Interessen« zwischen England und Frankreich gebiete es, daß sich beide Länder im Kriegsfall mit allen ihren Streitkräften zur Verfügung stünden. Kein Wort vom »casus belli« in Holland und der Schweiz und von der militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich, geschweige denn von der Schirmherrschaft der USA. [2]

In Anbetracht dieser bitteren Tatsache verzichtete der Präsident auf eine verbale Machtdemonstration. Kurz vor ihrem Schulterschluß versicherte er den Regierungen in London und Paris zwar noch einmal diskret seiner Bereitschaft, sie mit allen Flugzeugen zu beliefern, die sie für einen Sieg über Deutschland brauchten. [3] Roosevelt ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er die Regierung in Paris wissen ließ:

> »Im Falle eines Krieges zwischen den Demokratien und Diktatoren würde das (Neutralitäts-) Gesetz fast augenblicklich aufgehoben werden.« [4]

Damit hatte er Amerika in einer Weise verpflichtet, wie es Frankreich seit 1919 erträumt hatte, wenngleich der Präsident natürlich nicht für den Senat sprechen konnte.

Zugleich beantwortete Roosevelt die »Londoner Depesche« jedoch in einer Weise, die auf das Foreign Office wie ein Guß kalten Wassers wirkte. Keinerlei öffentliche Erklärung, keinerlei persönliche Antwort des Präsidenten, stattdessen nur ausweichendes Gerede von Außenminister Hull und Unterstaatssekretär Welles gegenüber dem englischen Geschäftsträger in Washington, Sir Victor Mallet. Zur Begründung mußten wieder einmal die innenpolitischen Verhältnisse Amerikas herhalten, die den Präsidenten gerade jetzt zu größter Zurückhaltung zwängen. [5] Aber die Herren in Whitehall wußten natürlich,

daß sie der amerikanische Präsident wegen ihres halsstarrigen Premierministers mit Nichtachtung strafte.

Die Crux bestand darin, daß es Hitler in perfekter Weise verstand, die Reihenfolge seiner Prioritäten vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen, wenn er überhaupt schon wußte, in welcher Richtung er vorgehen wollte. Nach wie vor rätselten die europäischen Regierungen an der Frage herum, ob sich Deutschland erst nach Osten oder erst nach Westen wenden würde. Oder war es sogar der Kriegstreiberei müde geworden? Oder brauchte es nur eine wirtschaftliche Erholungspause?

Hitlers Rede vor dem Reichstag in Berlin am 30. Januar 1939 fiel jedenfalls ganz anders aus, als alle Welt befürchtet hatte. Keine Forderung nach Rückgabe der deutschen Kolonien, keine Forderung nach einem Stop für die englische Nachrüstung, keine Forderung nach Rückzahlung der deutschen Reparationen, kein Wort von einer Umwandlung des Anti-Komintern-Paktes in eine Triple-Allianz zwischen Deutschland, Italien und Japan, keine Drohungen gegen Holland, die Schweiz oder Polen. Kein Wort übrigens auch von Rußland, erster versteckter Hinweis auf eine neue außenpolitische Orientierung des Dritten Reiches. Dieser Wink wurde im Westen freilich ebensowenig beachtet wie Hitlers fürchterliche Drohung, ein neuer Krieg werde »die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa« bedeuten. [6]

Keine der Befürchtungen, die sich der Leiter der Mitteleuropaabteilung im Foreign Office, William Strang, vorsorglich notiert hatte, trat ein. [7] Außenminister Halifax mußte sogar vor dem Kabinett eingestehen, es gebe nichts, was auf militärische Aktionen Deutschlands hinweise, weder im Westen noch im Osten, noch im Süden. [8] Deutschland-Referent Kirkpatrick, der sich in der Umgebung Ribbentrops über die Hintergründe der Führer-Rede umgehört hatte, gestand kleinlaut, wegen der schlechten Stimmung in Deutschland werde Hitler wohl 1939 keinen Krieg mehr wagen. [9]

Chamberlain, der nach wie vor auf die Erfolgskombination von strategischer Stärke und anpassungsfähiger Diplomatie baute, meinte nach der Hitler-Rede schon wieder Oberwasser zu haben: »Am Ende steigen wir den Diktatoren doch noch aufs Dach«, [10] schrieb er triumphierend an seine Schwester. Er hielt es für möglich, daß das Nazi-Regime, über dessen inneren Zustand man soviel Kritisches hörte, am Ende von selbst zerfallen werde.

Für die Zurückhaltung des deutschen Diktators sah der englische Premierminister zunächst drei Gründe: Die Nachrüstung Englands, den aufgebrachten Zustand der öffentlichen Meinung im Westen und die wirtschaftliche Krise des Dritten Reiches. Als mindestens ebenso bedeutsam erschien ihm jedoch ein vierter Grund:

»Roosevelt mag was der Himmel weiß sagen, es muß nur etwas Unerfreuliches für die Diktatoren sein, und schon macht sich das ungemütliche Gefühl breit, daß es keiner großen Unannehmlichkeiten bedarf, um die Vereinigten Staaten an die Seite der Demokratien zu bringen.«

Der Meinung, daß diese Art von verbaler Abschreckung perfekt funktionierte,

war auch der amerikanische Botschafter in Paris, William Bullitt. Er schrieb an Roosevelt: Die Reichstagsrede des »neurotischen Häusermalers« – gemeint war Adolf Hitler – zeige

»ein endgültiges Zögern vor dem Provozieren von Krieg, was auf Furcht vor der Feindschaft der Vereinigten Staaten beruht.« [11]

Damit drohte freilich das Gegenteil dessen einzutreten, was die Erfinder des »Blitzschlag«-Alarms und »*Holland-Scares*« beabsichtigt hatten: Der Aufmarsch der westlichen Demokratien geriet in London, wo es an der Börse im Februar einen ausgesprochenen »Hitler-Boom« gab, wieder ins Stocken.
Bullitt glaubte jetzt auch nicht mehr daran, daß Mussolini nach dem unmittelbar bevorstehenden Ende des Spanischen Bürgerkrieges unerfüllbare Forderungen an Frankreich richten werde. Denn welche Erfolgsaussichten hatte er ohne die Unterstützung Deutschlands?

»Es ist fraglos, daß Ihre Handlungen eine abkühlende Wirkung auf Hitler ausübten«,

schrieb der amerikanische Botschafter an den Präsidenten, [12] womit er andeuten wollte, daß nun auch Mussolini der Mut verlassen werde. Das aber löste in Paris die bange Frage aus: Welchen Grund hatte England unter diesen Umständen noch, seine gerade erst übernommenen Verpflichtungen gegenüber Frankreich einzulösen?
Tatsächlich schien sich Ministerpräsident Daladier jetzt mehr davor zu fürchten, daß Hitler die italienischen Forderungen *nicht* mit militärischer Gewalt unterstützte als vor dem Gegenteil. Wenn Deutschland nämlich Krieg gegen Frankreich machte, würde England nichts anderes übrig bleiben, als seinem Alliierten zu Hilfe zu eilen. Das sahen ja schon die Ententeverträge von 1904–1907 vor. Wenn Deutschland aber in einem französisch-italienischen Konflikt neutral bliebe, könnte es England mit Aussicht auf Erfolg auffordern, ein Gleiches zu tun. Und wenn Chamberlain diesem Vorschlag folgte, dann würde er, Daladier, ganz allein Mussolini gegenüberstehen, und das konnte unangenehme Folgen in Nordafrika haben. [13] Der kleine energische Mann aus Vaucluse, der zugleich das Verteidigungsressort Frankreichs führte, hatte unter dem Streß der vergangenen Wochen und Monate immer häufiger zur Flasche gegriffen. Anfang Februar, als sich die internationale Lage wieder entspannte, bestärkte er das Mißtrauen, das Roosevelt sowieso gegenüber Chamberlain empfand.
England sei ein »äußerst schwaches Rohr« und der Premierminister ein »verdörrter Stock«, an dem man kaum Halt finden könne, polemisierte der französische Regierungschef in Gegenwart Bullitts, der das gleich an seinen Präsidenten weiterleitete. [14] Obwohl Halifax auf dem Rückweg aus Rom noch in Paris Station gemacht hatte, um die Franzosen über das ergebnislose Treffen Chamberlains mit Mussolini zu berichten, gab Daladier vor, er sei überhaupt nicht informiert, und am Ende werde ihn Chamberlain mit Konzessionen an Italien betrügen. Aber Verrat sei ja »das übliche Schicksal aller Verbündeten der Briten.«

Der französische Regierungschef spielte sein Blatt außerordentlich geschickt. Auf der einen Seite ließ er den amerikanischen Präsidenten wissen, die Engländer würden im Kriegsfall nur 140 Flugzeuge und 40000 Mann auf den Kontinent entsenden, letztere ohne Ausrüstung und nur bewaffnet mit Karabinern und Maschinengewehren. Chamberlain habe ihm neulich anvertraut, England denke gar nicht daran, bei einer Bedrohung Hollands zu kämpfen, sondern werde sich um eine friedliche Schlichtung bemühen. Der französische Ministerpräsident meinte, England werde sich gegenüber seinem Land am Ende ebenso verhalten wie gegenüber der Tschechoslowakei, indem es ihn, Daladier, zwinge, Mussolinis Forderungen auf halbem Wege entgegenzukommen. Chamberlain werde auch nichts dagegen unternehmen, wenn Hitler in einem französisch-italienischen Krieg sogenannte »Freiwillige« über die grüne Grenze am Rhein nach Frankreich schicke. Die Parallelen zu Spanien waren nicht zu übersehen.

Auf der anderen Seite ging Daladier nicht so weit, bei Roosevelt alle Zweifel über die künftige Haltung Frankreichs zu beseitigen. Er glaube,

»daß Deutschland nicht wünscht, gegen Frankreich in einen Krieg zur Unterstützung Italiens einzutreten«,

ließ er den Präsidenten durch Bullitt wissen. Göring habe ihm erst neulich nahegelegt, sich nicht länger an das dekadente England zu halten, sondern sich gemeinsam mit Hitler das Britische Empire zu teilen. Natürlich habe er, Daladier, darauf geantwortet: Frankreich könne sich nicht von England absondern, weil es dann unweigerlich das nächste Opfer der deutschen Aspirationen wäre. Aber Göring habe weiter vom Wahnsinn eines neuen Krieges zwischen den beiden Nachbarvölkern geredet. Kurzum, so kündigte der französische Regierungschef an:

»Ich werde Göring demnächst einmal einladen.«

Im Grunde spielte Daladier dasselbe Spiel, das zur gleichen Zeit, nur mit schlechteren Karten, Beck spielte: Er verunsicherte den Westen, indem er die Möglichkeit einer Verständigung mit Hitler an die Wand malte, und er wiegelte Amerika gegen England auf, indem er den senilen Chamberlain zum Sündenbock für diese bedauerliche Entwicklung machte. Im Nachgang zum Besuch seines deutschen Amtskollegen Ribbentrop in Warschau erzählte der polnische Außenminister dem amerikanischen Botschafter Anthony Biddle Mitte Februar: Ruthenien und die Karpatho-Ukraine seien offene Fragen zwischen Deutschland und Polen ohne aktuelle Bedeutung. In der Danzig- und Korridor-Frage verlangten die Deutschen zwar immer noch zuviel. Aber Ribbentrop habe versichert, daß diese Probleme »ruhig und in einem nachbarlichen Sinne ausgehandelt« werden könnten. Zwar sei die tschechoslowakische Angelegenheit noch immer weit davon entfernt, endgültig geregelt zu sein. Aber Hitler werde »dieses Jahr nicht bewußt den Krieg wagen« und sich eher nach Westen wenden. Denn er könne nur gewinnen, wenn Mussolini etwas gegen Frankreich unternehme. [15]

Obwohl Beck und Daladier auf diese Weise das Interesse Roosevelts an Frankreich und Polen wachhielten, sandten sie ihm doch genügend Zeichen der Anhänglichkeit, damit sich der amerikanische Präsident nicht verzweifelt von Europa abwandte. So streute der französische Ministerpräsident in eine öffentliche Erklärung den Wunsch nach einer Weltkonferenz unter dem Vorsitz Roosevelts ein und versprach, seinen persönlichen Freund, den Luftwaffenminister La Chambre, zum neuen Botschafter in Washington zu machen. Das konnte sich nur günstig auf die amerikanischen Flugzeuglieferungen auswirken.

Beck wiederum sagte zu Biddle: Polen bewerte Roosevelts Erklärungen und Kongreßvorlagen seit Jahresbeginn sehr hoch. Sie hätten Hitler und Mussolini gestoppt, Chamberlain den Rücken gesteift, den Widerstand der Dominions gegen das englische *Appeasement* verstärkt und den französischen Defätismus beseitigt. Wenn diese Bilanz von Roosevelts Abschreckungspolitik so positiv war, dann sprach eigentlich alles dafür, sie fortzusetzen.

Anfang Februar 1939 war Bullitt mit frischen Instruktionen seines Präsidenten von dem Amerika-Aufenthalt, den er nach der Münchner Gipfelkonferenz angetreten hatte, in sein kleines Schloß Chantilly bei Paris zurückgekehrt. Zwar versuchte der Diplomat nach außen den Eindruck zu erwecken, als gebe es keine amerikanische Außenpolitik, die eine unmittelbare Einwirkung auf die europäischen Verhältnisse bezweckte. Aber das war nur die übliche Tarnung. Sie diente dazu, Roosevelt den Rücken gegenüber der Kongreß-Opposition freizuhalten, die nicht gezögert hätte, den Präsidenten des Amtes zu entheben, wenn sie gewußt hätte, wie tief er bereits in der europäischen Politik steckte. Gleichzeitig konnten England, Frankreich und Polen durch das offizielle Disengagement Washingtons dazu gezwungen werden, ihre eigenen Anstrengungen für den Kriegsfall energisch voranzutreiben. Denn schließlich würde es den Vereinigten Staaten nur dann gelingen, einen Krieg gegen Deutschland zugunsten der europäischen Demokratien zu entscheiden, wenn diese bis dahin einigermaßen erfolgreich durchgehalten hatten.

Während man in den Hauptstädten Europas nach der überraschenden Hitler-Rede eine gewisse Erleichterung verspürte, machte Bullitt bei seinen Gesprächen in Paris klar, daß das liberal-demokratische Amerika die Lage als »ungeheuer ernst und unter der Gefahr eines bewaffneten Konflikts stehend« betrachte. In diesem Zusammenhang pflegte er hinzuzufügen: Sollte England und Frankreich von Deutschland und Italien besiegt werden, dann würde Hitler »den realen Interessen der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent gefährlich werden.« Das gab seinen Gesprächspartnern das beruhigende Gefühl, daß die USA von vornherein und aus ernstzunehmenden Gründen auf ihrer Seite standen, wenngleich Bullitt aus besagten Gründen nie zu erwähnen vergaß, daß es bis zum faktischen Kriegseintritt Amerikas im Ernstfall noch eine Weile dauern würde. Gegenüber dem polnischen Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, fand der amerikanische Botschafter für diesen politisch kalkulierten Attentismus eine klassische Formulierung:

»Sollte ein Krieg (in Europa – D. B.) ausbrechen, so werden wir sicher nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.« [16]

Wie Bullitt in diesem Gespräch klarmachte, war Roosevelt trotz aller Camouflage entschlossen, auf die europäische Politik einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Er beabsichtigte, die Achse zu isolieren, indem er die Regierungen in London und Paris dazu zwang, ihre Kontakte zu Deutschland und Italien abzubrechen. Das alte Ziel seines Weltfriedensplanes wurde in stark reduzierter Form wieder sichtbar – die totale Quarantäne der Aggressorstaaten. Sie würde es leichter machen, mit ihnen gegebenenfalls auch militärisch fertigzuwerden.
Die Ansprüche Mussolinis an Frankreich, so sagte Bullitt zu Lukasiewicz weiter, entbehrten jeglicher Grundlage. Paris könne und dürfe »nicht einmal scheinbare Zugeständnisse machen.« Das würde die französische Position in Afrika erschüttern. Die akuteste Gefahr sah Roosevelt in Übereinstimmung mit Daladier jedoch darin, daß Chamberlain und Hitler eine Krise dazu benutzten, um Frankreich einen Kompromiß mit Italien aufzuzwingen, der sich nicht mit den französischen – und notabene amerikanischen – Interessen deckte. Denn Bullitt sagte ausdrücklich, in diesem Fall könne Frankreich »auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen.«
Für den Fall, daß Chamberlain doch noch versuchen sollte, ein zweites München zu inszenieren, so erläuterte Bullitt, verfügten die USA gegenüber England über »viele verschiedene und sehr mächtige Druckmittel«, die das verhindern würden. Allein die Drohung mit ihrer Anwendung würde ausreichen, die englische Regierung von jedem Kompromiß auf Kosten Frankreichs abzuhalten. Deutlich spielte der amerikanische Botschafter auf das wachsende Abhängigkeitsverhältnis Englands von den Vereinigten Staaten an: Das Prestige Englands sei jenseits des Atlantiks »sehr stark gesunken«. Andererseits lege die Regierung in London mehr denn je Wert auf die amerikanische Unterstützung. Unschwer konnte Lukasiewicz daraus folgern, daß Chamberlain diese Unterstützung nicht erhalten würde, sollte er gegen Roosevelts Willen versuchen, sich dennoch mit Hitler und/oder Mussolini zu arrangieren. Sein Sturz wäre dann wohl so gut wie sicher.
Aber es kam Roosevelt nicht nur darauf an, jedes *Appeasement* zu unterbinden. Er wollte die Achsenmächte auch direkt bekämpfen. Die maßgebenden Kreise Amerikas, so sagte Bullitt zu Lukasiewicz, seien Deutschland und Italien gegenüber »negativ« eingestellt. Man stelle bereits Druckmittel zusammen, die für Hitler und Mussolini »genügend ausdrucksvoll und fühlbar« seien, womit er offenbar wirtschaftliche Repressalien meinte. Unbeirrbar hielt Bullitt an dem Glauben fest, eine solche Politik werde

»in bedeutendem Maße den Ausbruch eines bewaffneten Konflikts oder eine Entwicklung der europäischen Situation in eine Richtung verhindern, die vom Standpunkt Washingtons aus unerwünscht ist«,

womit er offenbar eine Verständigung zwischen den vier europäischen Hauptmächten meinte.

Lukasiewicz schien von der friedlichen Wirkung dieser Politik jedoch nicht ganz überzeugt zu sein. Er fragte Bullitt etwas verwundert, ob denn die USA bereit wären, sich für das französische Kolonialreich zu schlagen und gegen den Faschismus zu kämpfen. Bullitt gab darauf eine ausweichende Antwort, indem er wiederholte, seiner Regierung gehe es nicht um Ideologien, sondern nur um »reale Interessen«. Der Gedanke war nicht von der Hand zu weisen, daß ein möglichst später Kriegseintritt Amerikas mit zu diesen Interessen gehörte.

Es war kein Zufall, daß Lukasiewicz einer der ersten Diplomaten war, mit denen Bullitt nach seiner Rückkehr aus Amerika zusammentraf. Der 46jährige Ukrainer mit den blitzenden Augen und dem sinnlichen Kinn hatte seine politische Laufbahn als linker Untergrundkämpfer gegen das russische Zarenreich begonnen. Er war ein Gefolgsmann Pilsudskis, Vertrauter Becks und ein enger persönlicher Freund Bullitts seit gemeinsamen Moskauer Tagen. Der Weg der beiden Diplomaten war seitdem in einem gewissen Gleichklang verlaufen. Beide wechselten 1936 nach Paris, als Hitler das Rheinland besetzte und Frankreich von Polen gefragt wurde, ob es dieses Ereignis als »casus belli« betrachte. Polen war damals bereit gewesen, seine Bündnisverpflichtungen einzulösen. Wäre Frankreich seinem Beispiel gefolgt, dann hätte sich Hitler schon damals in einem Zwei-Fronten-Krieg wiedergefunden. Aber Frankreich hielt still, weil England gekniffen hatte.

So hatten Bullitt und Lukasiewicz ihren Dienst an der Seine just zu dem Zeitpunkt aufgenommen, als die französisch-polnische Allianz einer ebenso ernsten wie erfolglosen Prüfung unterzogen wurde. Damals fehlte es den westeuropäischen Demokratien einfach an Macht, um Hitler ihren Willen aufzuzwingen, weil die Vereinigten Staaten nicht hinter ihnen standen. Jetzt aber, da mit dem wachsenden Engagement Amerikas in Europa neue Bedingungen geschaffen wurden, galt es, eine neue Probe auf den französisch-polnischen Pakt zu machen.

Folgerichtig meldete der polnische Botschafter seinem Außenminister im Anschluß an das Gespräch mit Bullitt, Roosevelt werde in der nächsten Zeit (1) den Widerstand Frankreichs gegen jeden Kompromiß mit den Achsenmächten stärken, (2) Deutschland und Italien derartig unter Druck setzen, daß sie sich politisch zurückhielten und (3) die Kompromißtendenzen Chamberlains schwächen. Diese Mitteilungen bestätigten die Wertschätzung, die man den Vereinigten Staaten in Warschau traditionellerweise entgegenbrachte. Wenn es dem amerikanischen Präsidenten gemeinsam mit Daladier gelang, Chamberlains Verständigungsbereitschaft zu stoppen, konnte Polen auf eine Alternative zur außenpolitischen Orientierung auf Deutschland hoffen.

Chamberlain hatte freilich gute Gründe, die Dinge im Augenblick nicht auf die Spitze zu treiben. Denn Frankreich spielte ein doppeltes Spiel, die Deutschen gerieten wegen des zunehmenden amerikanischen Drucks allmählich in Panik, und die Aussichten auf eine Revision des Neutralitätsgesetzes schienen immer mehr zu schwinden.

Die einzige Formulierung in Hitlers Rede, die die Regierung in London etwas länger beschäftigt hatte, stammte anscheinend aus französischer Quelle. Und zwar hatte der Führer nicht im deutschen Originaltext, wohl aber in der englischen unf französischen Übersetzung von der möglichen Teilnahme Deutschlands an einem »ideologischen Krieg« gesprochen. Angeblich hatte ein Abgesandter Bonnets am 29. Januar heimlich an der Konferenz im Reichspropagandaministerium teilgenommen, auf der die Rede vorbereitet wurde, und dringend um die Aufnahme einer solchen Formulierung gebeten.

Hitler und Ribbentrop weigerten sich zwar zunächst, da sie glaubten, das deutsche Volk werde nur für Lebensnotwendigkeiten und nicht für Ideologien kämpfen. Aber nach einigen Telefongesprächen zwischen Berlin und Paris willigten sie dann doch in diesen Kompromiß ein. Der Grund für diesen höchst ungewöhnlichen Vorgang bestand darin, daß Bonnet »große Schwierigkeiten« mit seinen Militärs hatte, die auf eine Besetzung Menorcas und Spanisch Marokkos als Unterpfand für den völligen Abzug der Italiener aus Spanien drängten. Eine Formulierung, die andeutete, daß Deutschland gegebenenfalls bereit sei, zusammen mit Italien in einen Krieg der faschistischen Mächte gegen die Demokratien zu ziehen, wäre nach Aussicht des französischen Außenministers deshalb »sehr nützlich«. Denn die Forderungen seiner Militärs drohten »zu einem allgemeinen Krieg zu führen«. [17]

Unter diesen Umständen hielt es Chamberlain nicht für ratsam, das internationale Klima noch weiter anzuheizen. Schließlich hatte er schon immer befürchtet, Frankreich werde England eines Tages in einen unnützen Krieg hineinziehen. Zudem zeigte die deutsche Führung wachsende Nervosität in Anbetracht des wachsenden Engagements der Vereinigten Staaten. Wie der deutsche Botschafter in London, Herbert von Dirksen, am 22. Februar zu Außenminister Halifax sagte, sei Hitler

»schwer verbittert über das Verhalten des amerikanischen Präsidenten. Es sei äußerst beunruhigend, daß das Oberhaupt eines so großen Landes seit einiger Zeit in der einen oder anderen Form mindestens einmal pro Woche derartige Erklärungen abgebe, wie sie Präsident Roosevelt in die Welt setze. Es sehe ganz so aus, als würde Amerika, sollten Frankreich und England in einen Krieg verwickelt werden, nicht innerhalb der nächsten zwei Monate, sondern der nächsten zwei Tage in den Krieg eintreten und England unterstützen. Dies würde naturgemäß große Besorgnis bei der deutschen Regierung auslösen . . .« [18]

Aus Berlin meldete Botschafter Henderson, selbst der als gemäßigt geltende Göring habe sich darüber beschwert, Amerika und die englische Presse würden

»die Westmächte in den Krieg gegen Deutschland treiben. Wenn diese Kampagne anhalte, müsse die deutsche Regierung überlegen, ob es nicht angebrachter sei, jetzt selbst zur Tat zu schreiten, bevor es zu spät sei und solange sich Deutschland militärisch noch in einer stärkeren Position befinde.« [19]

Während die Interventionen Roosevelts in die europäische Politik aus amerikanischer Sicht eine abkühlende Wirkung auf die deutsche Führung hatten,

bewirkten sie aus deutscher Sicht das genaue Gegenteil, und jeder englische Premier, welcher der politischen Vernunft und nicht irgendwelchen ideologischen Obsessionen folgte, hatte das einzukalkulieren.
Zwar reagierte die Leitung des Foreign Office empört auf die Eigenmächtigkeit Hendersons, der, um Göring zu beruhigen, gesagt hatte, solange Chamberlain im Amt sei, könnte Hitler sicher sein, daß England mit seiner Nachrüstung keine aggressiven Ziele verfolge. Aber auch Halifax konnte sich nicht der Einsicht verschließen, die ihm der englische Geschäftsträger aus Washington vermittelte, daß nämlich

»unter den gegebenen Umständen wenig Aussicht auf irgendeine Modifizierung des Neutralitätsgesetzes bestehe«. [20]

Offenbar hatte es sich Roosevelt durch seine öffentlichen Erklärungen in der letzten Zeit wieder einmal gründlich mit der amerikanischen Öffentlichkeit verdorben. [21] Eine Änderung des Neutralitätsgesetzes war aber der einzige sichere Weg, auf dem er die von ihm selbst gegebenen Hilfszusagen im Kriegsfall einlösen konnte.
Unter diesen Umständen sah sich die englische Führung im Moment kaum in der Lage, die Erwartungen zu erfüllen, die Amerika, Frankreich und Polen in sie setzten. Chamberlain ging sogar soweit, am 17. Februar zu US-Botschafter Kennedy zu sagen: Obwohl Hitler ein Fanatiker sei, könne man nur mit ihm umgehen, wenn man ihn beim Wort nehme. Bisher habe Hitler sein Wort nicht gebrochen. Zwar hielt ihm der amerikanische Diplomat die abweichende Meinung des Foreign Office vor, das Hitler für absolut unzuverlässig halte. Aber der Premier ließ sich nicht aus der Reserve locken. Wenn Hitler sich ruhiger verhalte, dann liege es an Roosevelts Erklärungen und an der Aufrüstung Amerikas, verbunden mit seiner eigenen festeren Haltung. [22]
In Wahrheit beabsichtigte Chamberlain, unter dem verbalen Schutzschirm Roosevelts die eigenen Schäfchen ins trockene zu bringen – eine Verständigung mit Deutschland und Italien. Am 19./20. Februar schrieb er an seinen Vertrauten, Botschafter Henderson in Berlin:

»Es sieht so aus, als ob sich die Lage in Spanien recht bald klärt. Danach wird als nächstes die Brücke zwischen Paris und Rom zum Tragen zu bringen sein. Danach könnten wir Gespräche über die Abrüstung einleiten, indem wir vorzugsweise mit Mussolini beginnen, aber auch so schnell wie möglich die Deutschen beteiligen. Wenn alles gut geht, werden wir die Atmosphäre so verbessert haben, daß wir an Gespräche über die Kolonialfrage denken könnten. Aber die Leute wurden so verängstigt und ›aufgehetzt‹, daß wir uns der Angelegenheit mit der größten Sorgfalt nähern sollten.« [23]

In diesen Tagen schrieb Winston Churchill an seine Schwester:

»Ich selbst bin leichteren Herzens als ich lange war. Alles, was ich an Informationen erhalte, scheint in Richtung Frieden zu weisen, und ich wiederhole noch einmal, wir sind den Diktatoren schließlich doch noch aufs Dach gestiegen.« [24]

Bei aller verbalen Übereinstimmung schien »Frieden« bei Chamberlain und Churchill etwas ganz Unterschiedliches zu bedeuten.
In der Tat konnte Chamberlain mit seiner »*dual policy*« weder bei Churchill noch bei Roosevelt oder Daladier auf Verständnis rechnen. Daher brach jetzt, Mitte Februar 1939, der zweite »*Holland-Scare*« los, und wieder konnte man die Urheber in Amerika, Frankreich, vielleicht auch in Polen vermuten. [23] Nach Gesprächen mit Daladier, Gamelin und dem Sozialistenführer Blum hatte US-Botschafter Bullitt bereits Anfang/Mitte Februar den amerikanischen Präsidenten alarmiert: Die politische Lage sei so gefährlich wie vor der Septemberkrise von 1938. Mussolini verstärke seine Armee in Libyen und werde gegenüber Frankreich unannehmbare Foderungen erheben, so daß der Krieg Mitte März 1939 zu erwarten sei. Zur Unterstützung Italiens werde dann auch Hitler Frankreich angreifen. Daher sei die Regierung Daladier entschlossen, mit Deutschland ein groß angelegtes Wirtschaftsarrangement einzugehen, um sich von der Kriegsgefahr freizukaufen. Gleichzeitig sei auch die Lage Englands extrem ernst, da es unfähig sei, Australien, Neuseeland, Hongkong und Singapur zu verteidigen – dies im Licht eines eventuellen Bündnisses von Deutschland, Italien und Japan. [24a]
Am 19. Februar, zwei Tage nach dem Gespräch zwischen Chamberlain und Kennedy, klappte die *Washington Post* nach, indem sie meldete:

»Gerüchte in den meisten Hauptstädten Europas deuten an, daß Hitler demnächst gegen Holland vorgeht.« [25]

Es war nicht zufällig das Blatt seiner Intim-Feindin Dorothy Thompson. Einen Tag später, am 20. Februar, war der englische Botschafter Lindsay in Washington bei Unterstaatssekretär Welles. Der Amerikaner meinte, er hätte sich mehr über Chamberlains ruhigen Ton im Gespräch mit Kennedy gefreut, wenn er nicht direkt vom französischen Generalstab folgende Meldung erhalten hätte: Italien habe 300000 Mann mobilisiert (Ende Februar würden es bereits eine Million sein), Deutschland habe schon Militärexperten, mechanische Waffen, 400–500 schwere Geschütze und sogar etwas Infanterie nach Libyen geschickt sowie sechs Divisionen in Österreich zusammengezogen, die bereit seien, die italienische Grenze in Richtung Frankreich zu überschreiten. Ende des Monats würden die Italiener ihre Forderungen erheben, so daß die Krise Mitte März da sei und es Ende des Monats wahrscheinlich eher Krieg als Frieden geben werde.
Welles fuhr fort, er sei nunmehr sicher, daß sich die drei Achsenmächte über den neuen Antikomintern-Pakt einig geworden seien – der Unterstaatssekretär dachte wohl an die Umformung dieses Paktes in eine Militärallianz, die aber gerade kurz vorher gescheitert war, wie die englische Regierung bereits wußte [26] – und daß sich Berlin, Rom und Tokio künftig gegenseitig die Bälle zuspielen würden. Dagegen klinge das, was er aus Den Haag höre, ermutigender: Die niederländische Regierung messe den Kriegsgerüchten offenbar keine große Bedeutung zu. [27] Sie sage, daß die Stimmung der deutschen Bevölke-

rung immer mehr gegen einen Krieg sei. Aber Den Haag sei sich nicht sicher, ob die Extremisten in der deutschen Führung diese Informationen an Hitler heranließen. Allerdings sei das deutsche Eisenbahnnetz aus Geldmangel derartig verfallen, daß es im Kriegsfall die deutsche Mobilmachung gefährden werde. [28]

Welles' Alarm rief im Foreign Office ein zwiespältiges Echo hervor. Vansittart schob noch am gleichen Tag ein geheimnisvolles Memorandum nach, in dem er Außenminister Halifax unter Berufung auf den deutschen Widerstand ein Verhalten nahelegte, das den Krieg provozieren sollte:

»Ich glaube«,

so hieß es in diesem Dokument des diplomatischen Chefberaters,

»eine Reihe wirklich scharfer Reden von Ihnen beiden (gemeint waren Halifax und Chamberlain – D. B.) in sehr naher Zukunft könnte die Dinge zum Kippen bringen. Es ist klar, daß sehr viele im deutschen Offizierskorps es immer noch gern so hätten. Aber wie ich seit dem 6. Februar stets gesagt habe (der Tag, an dem Chamberlain öffentlich die ›Solidarität der Interessen‹ zwischen England und Frankreich beschworen hatte, ohne die geheime Militärkonvention zu erwähnen – D. B.), wird die Erklärung des Premierministers, so zeitgerecht und unschätzbar sie war, es allein nicht tun ohne eine weitere Verschärfung, und nun ist die Zeit dafür gekommen, da Deutschland zögert.« [29]

Zur Bekräftigung seines Wunsches nach einer Entscheidung fügte Vansittart seinem Memorandum den Brief eines ungenannten deutschen Freundes bei, der vor einem zweiten München warnte. Dies würde eine weitere Opposition im deutschen Offizierskorps gegen das Nazi-Regime unmöglich machen, obwohl die konservativen Offiziere

»mehr und mehr zurückgestoßen sind von Hitlers Anti-Haltung gegen die Mittel- und Oberklasse, die Christen und Monarchisten«.

Eine energische Haltung Chamberlains würde die innerdeutsche Regime-Opposition dagegen bedrohlich anwachsen lassen, und das wäre »der beste Beitrag zum Frieden, den man sich denken kann.« Denn die erste Münchner Konferenz hätte den Kriegsausbruch und damit die Revolution gegen Hitler verhindert.

Die anderen Mitglieder der Amtsleitung, letztlich auch Halifax, reagierten auf Welles' Warnungen indessen besonnener. Schließlich hatten sie sich schon während des ersten »*Holland-Scares*« davon überzeugt, daß das deutsche Volk im Falle eines Krieges eher marschieren als putschen würde. Gladwyn Jebb ließ die Informationen, die aus der französisch-amerikanischen Konnektion stammten, sofort von der militärischen Abwehr abklären. Ergebnis: Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich um

»alarmistische Gerüchte, die Juden und Bolschewisten für ihre eigenen Zwecke ausgestreut haben.« [30]

Rückfragen in Paris ergaben, daß der französische Generalstab »vollkommen ruhig« sei. Das englische Kriegsministerium hatte ähnliche Gerüchte schon vor ein paar Tagen nicht bestätigen können. Auch aus eigener Erkenntnis lagen der militärischen Abwehr keinerlei Informationen über eine italienische Mobilmachung vor.

Auf Vorschlag von Cadogans Stellvertreter, Sir Orme Sargent, ergriff das Foreign Office daraufhin lediglich zwei höchst geheime Vorsichtsmaßnahmen. Es bat den englischen Botschafter in Paris, [31] Sir Eric Phipps, weitere Erkundigungen einzuholen, und es beschloß, ein Extra-Telegramm nach Washington zu senden. Es sollte den Kriegsgerüchten aufgrund der englischen Erkenntnisse entgegentreten. Ausdrücklich wollte Sargent damit verhindern, daß der US-Präsident, der zu diesem Zeitpunkt eine Kreuzfahrt durch die Karibik machte, irgendwelchen Falschmeldungen aufsaß [32] und daraus politisch gefährliche Schlußfolgerungen ableitete. Nach einem Hinweis von Welles auf die angebliche Gefahr hatte sich Roosevelt schon vorsorglich dazu bereiterklärt, notfalls sofort nach Washington zurückzukehren, was überall unliebsame Beachtung gefunden hatte. Nach Sargents Informationen hatten bestimmte französische Kreise ihren Generalstab dazu mißbraucht, Roosevelt auf der Höhe der europäischen Probleme zu halten.

»Sollte es so sein«,

fügte Cadogans Stellvertreter hinzu,

»sollten wir mit diesem verrückten und gefährlichen Spiel nicht in Verbindung gebracht werden.«

Offenbar bewertete man die Lage in London aber doch als so ernst, daß Halifax mit Dirksen und Chamberlain mit Kennedy sprachen. Durch Staatssekretär Cadogan erfuhr der amerikanische Botschafter auch, wie stark die deutsche Regierung vom wachsenden amerikanischen Engagement in Europa beeindruckt wurde. Selbstverständlich wurde diese Mitteilung in Washington als Bestätigung der eigenen Politik empfunden. Der englische Außenminister wiederum versuchte die Lage zu entspannen, indem er im Gespräch mit Dirksen Außenminister Ribbentrop nach London einlud. Insgesamt reagierte das Foreign Office ziemlich gelassen auf die neueste Kriegspanik. Vorab schon hatte es aus dem Auswärtigen Amt in Berlin erfahren, daß Hitler einen Krieg zur Unterstützung Mussolinis als »Judaslohn« für Italiens Verrat an Deutschland im Ersten Weltkrieg ansehen würde, und offenbar tat der Führer alles, um den Duce von unbedachten Schritten abzuhalten. [33]

Diese Erkenntnis schien allen vorherigen Spekulationen über einen deutsch-italienischen Westkrieg, welche die Gemüter in den vergangenen zwei Monaten so erhitzt hatten, endgültig den Boden zu entziehen. In den nächsten 14 Tagen hatte die englische Regierung deshalb noch einmal Gelegenheit, sich ernsthaft, ausführlich und ohne künstlich geschürten Krisendruck mit dem Dritten Reich zu befassen, bis neue Ereignisse neue Tatsachen schufen. In

dieser Zeit vor dem deutschen Einmarsch nach Prag erreichten Außenminister Halifax lange Berichte von Lord Brocket, Präsident der »Gesellschaft für deutsch-englische Freundschaft«, von dem französisch-polnischen Senator, Graf Castellane, und von Botschafter Henderson aus Berlin. Alle drei kannten Deutschland sehr gut und hatten in letzter Zeit mit seinen führenden Repräsentanten gesprochen. Wenn man ihre Analysen las, war es so, als ob man einen Deckel hochhob und in das brodelnde Innere eines Topfes hineinguckte. [34]

In einem Punkt stimmten die drei ganz unterschiedlichen Beobachter überein: Deutschland war verblüfft und verärgert vom Aufmarsch der westlichen Demokratien, aber es hegte unmittelbar keine aggressiven Absichten – weder nach Osten, noch nach Westen. Im Gegenteil, sowohl Brocket als auch Henderson meinten übereinstimmend, Hitler wünsche sich eine »Periode des Friedens« (Brocket), der Konsolidierung seines Reiches, »eine Verdauungspause« (Henderson), nachdem er 1938 zehn Millionen Deutsche »heim ins Reich« geholt hatte.

Aber auch in diesem Punkt stimmten die drei Deutschland-Experten überein: Hitler verspürte tiefe Ressentiments gegenüber dem Westen, seit ihn die englische, amerikanische und französische Presse in der »Wochenendkrise« des Mai 1938 vor aller Welt gedemütigt hatte. Er fürchtete, daß die Regierung Chamberlain demnächst von einer »Regierung der Kriegstreiber« (Brocket) unter Churchill, Eden und Duff Cooper abgelöst werden könnte, unter Einschluß der Liberalen und der Labour Party. Solange diese Gefahr bestehe, so meinte Brocket, werde sich die deutsche Führung nicht auf eine Abrüstung einlassen.

»Das wichtigste Ereignis der letzten Zeit«, meinte Graf Castellane jedoch, seien für Hitler die öffentlichen Erklärungen Roosevelts gewesen. Seitdem bestehe in Berlin kein Zweifel mehr daran, daß die USA in einem Krieg England und Frankreich unbedingt zur Hilfe kommen würden. Diese Tatsache habe die deutsche Führung erst »mit Bestürzung und einer gewissen Ungläubigkeit« zur Kenntnis genommen. Aber dann habe diese Erkenntnis einen »wirklichen Schock« ausgelöst, und nun betrachte Hitler die internationale Lage mit einer gewissen »Konsternation«. Dies werde, so sagte der Graf voraus, »sehr weitreichende Wirkungen auf die deutsche Politik« haben, sehr viel weitergehende als man derzeit vermute.

Diese schockartige Veränderung der internationalen Konstellation hatte das Dritte Reich offenbar in einen kritischen Bewußtseinszustand versetzt. Nach dem Hochgefühl des nationalen Wiederaufstiegs, das in den letzten Monaten und Jahren in Deutschland geherrscht habe, so fuhr Castellane fort, fragten sich viele Deutsche heute,

> »ob sich Hitler innerhalb kurzer Zeit vom Schöpfer eines größeren Deutschlands in dessen Totengräber verwandelt habe«.

Castellane wies in diesem Zusammenhang auf die Wirtschaftskrise des Reiches

als verstärkenden Faktor für diese Unsicherheitsgefühle hin. Die Nazi-Führung selbst schien von dieser Unsicherheit erfaßt zu sein. Denn Henderson schrieb, um ihrer momentanen Orientierungslosigkeit Ausdruck zu verleihen, Deutschland stehe heute

»am Scheidewege zwischen internationaler Zusammenarbeit und dem Gesetz des Dschungels«.

Welche konkreten Folgen würde dieser labile Gemütszustand, in dem sich Ärger, Angst und Aggressivität mischten, nun für die deutsche Politik mittelfristig haben? Auch in diesem Punkt bewies Graf Castellane den größten Überblick: Deutschland werde sich »sobald wie möglich« mit Rußland verständigen, die Dinge seien bereits im Fluß. Ihm war auch klar, daß Becks Haltung gegenüber Hitler seit den Roosevelt-Erklärungen schon »etwas steifer« geworden war. Brocket meinte aber, daß Hitler ein Interesse daran habe, daß Polen als Puffer zwischen Deutschland und Rußland bestehen bleibe, und Henderson kritisierte, daß alles, was man in den letzten Wochen und Monaten über angebliche deutsche Vorstöße in die Niederlande und die Schweiz, nach Rumänien und in die Ukraine gesagt und geschrieben habe, zumindest »sehr voreilig« gewesen sei. Hitlers Ziele lägen einstweilen

»irgendwo zwischen den Befürchtungen der Pessimisten und den Hoffnungen der Optimisten«.

Der englische Botschafter skizzierte Hitlers Ziele für die nächsten zehn Jahre wie folgt: (1) die Rückführung des Memelgebiets und Danzigs, zwei Gebiete von unstreitig deutschem Charakter, wenn auch mit hoher internationaler Konfliktanfälligkeit, in das Deutsche Reich; (2) wenigstens teilweise Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien; und (3) die »komplette Unterwerfung der Tschechoslowakei«. Henderson setzte in bezug auf das dritte Ziel hinzu:

»Das mögen wir nicht leiden, aber geographisch ist es unausweichlich.«

Brocket sah in einem Rückfall dieses Landes in eine »Beneš-Haltung« den »einzigen Gefahrenpunkt« der nächsten Zeit.
Weder Brocket noch Henderson glaubten daran, daß Deutschland Streit mit dem Westen suchen werde. Im Gegenteil, es werde nach einer »Verbesserung des Handels« (Brocket) mit dem Westen streben. Der polnisch-französische Graf Castellane meinte, es sei dem neuen Reichsbankpräsidenten und Schacht-Nachfolger, Walter Funk, gelungen, Hitler davon zu überzeugen, daß Deutschland eine wirtschaftliche Atempause von mehreren Jahren brauche. Das gigantische Defizit im Reichshaushalt 1938 von 11 Milliarden Mark sei bis auf 6 Milliarden sogar aus dem Verteidigungsetat beglichen worden. Das kam einer einseitigen Rüstungsbegrenzung gleich. Während Castellane die Gefahr eines deutschen »Luftschlages« gegen London nicht ganz von der Hand wies, bevor die USA in der Lage seien einzugreifen, meinte Brocket, die deutsche Haltung werde sogar in der Judenfrage vernünftiger werden.

Wenn Deutschland keinen Streit mit dem Westen suchte, was erwartete es dann selbst vom Westen? Brocket und Henderson wiesen in diesem Zusammenhang übereinstimmend auf die Schlüsselrolle Englands hin, während sich Castellane in vielsagendes Schweigen hüllte. Hitlers Vertrauen zu England gründete sich offenbar einzig und allein auf Chamberlain. Aber es war anscheinend längst nicht mehr ungebrochen. Außenminister Ribbentrop hatte Brocket erzählt, Hitler habe nicht verstanden, warum es nach der Konferenz in München diesen Ruf nach mehr Waffen in England gegeben habe. Entweder habe Chamberlain dem Führer nicht vertraut, oder der Premier habe in München geblufft. Jedenfalls sei Hitler seither der Meinung, der englische Regierungschef habe in München einen »kolossalen Sieg« errungen und ihn, Hitler, »ins Bockshorn gejagt«, da England zu jenem Zeitpunkt über keine Luftabwehr verfügt habe. Der Führer verstehe die riesige englische Aufrüstung nicht, da Deutschland nicht beabsichtige, England anzugreifen. Brocket hatte den Eindruck, daß sogar der in England allgemein verhaßte Ribbentrop eine Verbesserung der deutschen Beziehungen zu England und den USA anstrebte.

Kurzum, so schrieb Brocket, Hitler fühle sich »wie ein verschmähter Liebhaber«, nachdem England alle seine Verhandlungsangebote und Freundschaftsbezeugungen abgewiesen hatte. [35] Henderson glaubte, Hitler werde nur dann den Nazi-Extremisten in seiner Umgebung anheimfallen und militärische Gewalt anwenden, wenn der Westen in Deutschlands »spezielle Interessensphäre« eingreife, womit der Botschafter den europäischen Osten meinte. Er war weiter der Meinung, Hitler werde sich nur dann gegen den Westen wenden, wenn er sehe, daß alle seine Wege nach Osten versperrt seien oder daß der westliche Widerstand so groß geworden sei,

»daß er sich nicht ostwärts wenden kann, solange er ihn nicht beseitigt hat.«

Weit davon entfernt, einem »Blankoscheck« für Hitler das Wort zu reden, empfahl Henderson, England müsse die »dauernde und ärgerliche Einmischung« in Angelegenheiten vermeiden, die seine Interessen »nicht direkt oder in lebenswichtiger Weise« tangierten. Nur die »Aussicht auf britische Neutralität« im Falle eines Engagements im Osten werde Hitler zu einer Verbesserung des englisch-deutschen Verhältnisses bewegen, wobei Henderson keinen Zweifel daran ließ, daß er einen deutsch-russischen Konflikt um die Ukraine ohne englische Beteiligung begrüßen würde. Der künftige Kurs Deutschlands, der auf eine »politische und wirtschaftliche Vorherrschaft über Mittel- und Osteuropa« und nicht auf »Weltherrschaft« ziele, hänge daher

»in einem hohen Maße von der Politik Seiner Majestät Regierung in diesem kritischen Moment gegenüber Deutschland«

ab, stellte der Botschafter fest. Nach seiner Meinung stand auch England am Scheidewege.

Unter dieses wichtige und aufschlußreiche Dokument, das sich größtenteils

diametral von den Auffassungen des Foreign Office unterschied, schrieb Henderson wenige Tage später mit der Hand:

»Die oben stehende Depesche wurde geschrieben, bevor die gegenwärtige Tschechoslowakei-Krise akut wurde und ist folglich insofern momentan akademisch.«

Er wußte zu diesem Zeitpunkt noch nicht, daß sie für alle Zeiten gegenstandslos geworden war. Denn am 14./15. März 1939 war die deutsche Wehrmacht nach Böhmen und Mähren einmarschiert, und Hitler hatte, indem er den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Emil Hacha nächtens nach Berlin zitierte und mit der Bombardierung Prags bedrohte, das »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren« gegründet. Da sich die Slowakei zunächst in einen selbständigen Marionettenstaat verwandelte, glich dieser Vorgang einer Annexion der Tschechei.

Diese einseitige Veränderung des status quo und die heftigen Reaktionen der USA auf dieses Ereignis leiteten die unmittelbare Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ein. Aber auch die grimmige Aussicht auf Krieg hatte für den Westen ihre tröstlichen Aspekte. Denn knapp drei Wochen vor dem Fall von Prag hatte der südafrikanische Major Joubert dem Foreign Office mitgeteilt: Major Graf Schwerin von der deutschen Abwehr habe ihm erzählt, Deutschland empfinde »heiligen Respekt« vor der Royal Air Force, und die deutsche Wehrmacht setze nur wenig Vertrauen in die deutsche Luftwaffe, so daß ein langer Krieg in Anbetracht der englischen Ressourcen für Deutschland vernichtend sein werde. Daraus schloß Major Joubert: Im Falle eines Falles würde Deutschland »als geschlagene Macht« in den Krieg eintreten, was Kirkpatrick kurz und trocken mit den Worten kommentierte: »So sehen wir es auch ungefähr.« [36]

Hitler hatte sich viel Mühe gegeben, seinen Coup als völkerrechtlich einwandfreie Befriedungsaktion zu tarnen, weil er sich die Zustimmung des Westens sichern wollte. Aber abgesehen davon, daß man in den westlichen Hauptstädten nachgerade genug von dieser Art »blutlosen Siegen« hatte, machte der Führer jetzt zwei Schritte, die sich unweigerlich gegen ihn selber richteten. Zum drittenmal seit der Rheinlandbesetzung und dem »Anschluß« Österreichs ließ er wieder die deutsche Wehrmacht marschieren, und er griff erstmals über den von ihm selbst gesetzten Rahmen des Großdeutschen Reiches hinaus, indem er einwandfrei fremde Gebiete okkupierte. Immerhin lebten in der Tschechei sieben Millionen nicht-deutsche Menschen. Auch wenn sich nur relativ wenige deutsche Divisionen in Bewegung setzten – die sogenannte »Friedenswehrmacht«, d. h. ohne kriegsmäßige Mobilisierung von Reservisten – war das Ganze doch eine ziemlich furchterregende Streitmacht, und in den europäischen Nachbarstaaten fragte man sich besorgt, wo sie zum Stillstand kommen würde.

Diese Besorgnis wurde durch vier weitere Umstände verstärkt, die in einen mittel- oder gar unmittelbaren Zusammenhang mit der deutschen Militäraktion gebracht werden konnten: Deutschland und die Slowakei, die den Zusam-

menhalt des tschechoslowakischen Staatsverbandes in den letzten Wochen und Monaten unterminiert hatten, schlossen am 18./23. März einen Schutzvertrag, so daß das »Reichsprotektorat« jetzt praktisch bis an die polnische Südgrenze reichte. Hitler zwang zweitens den baltischen Zwergstaat Litauen durch ein Ultimatum vom 22. März 1939, das unstreitig deutsche Memelgebiet an das Dritte Reich abzutreten. Drittens vereinbarten Berlin und Bukarest am 23. März einen Vertrag, der die rumänische Wirtschaft in eine starke und langfristige Abhängigkeit zu Deutschland brachte, das dadurch im Bereich der Nahrungsmittel- und Ölversorgung autark zu werden drohte. Viertens gingen die deutsch-polnischen Verhandlungen über Danzig und den Korridor weiter, bis sie am 26. März unter dem internationalen Krisendruck zusammenbrachen.

Aber damit nicht genug. Ohne es zu wollen, bestärkte Hitler mit seiner Militäraktion zwei Entwicklungen, die bereits gegen ihn liefen – den Aufmarsch der westlichen Demokratien und die Annäherung Polens an den Westen. Insofern trug der Führer selbst zu der Einkreisung bei, die an der Jahreswende 1938/39 begonnen hatte und die Ende März 1939 durch die englisch-französische Garantie für Polen und Rumänien vollendet wurde. Ja, Hitler gefährdete sogar seine Freundschaft mit Mussolini. Der italienische Diktator war so verschnupft, als er erst am 15. März von den Ereignissen in der Tschechoslowakei unterrichtet wurde, daß er sich weigerte, eine entsprechende Erklärung aus Berlin zu veröffentlichen.

»Die Italiener würden mich auslachen«, schnaubte er, »jedes Mal, wenn Hitler ein Land besetzt, schickt er mir eine Botschaft.« [37]

Aber geschah die Besetzung der Tschechoslowakei wirklich ganz aus freien Stücken? War sie ein Akt der Offensive oder der Defensive? Strebte Hitler damit die Weltherrschaft an oder wollte er nur den Bestand der deutschen Einflußzone in Ostmitteleuropa sichern, um sich für die Zukunft alle Optionen offenzuhalten?

Schon vor dem deutschen Einmarsch in Prag hatte es eine bemerkenswerte Bewegung im Viereck Warschau-Bukarest-Budapest-Rom gegeben, hinter der italienische Einflüsse standen. Diese Bewegung war so stark, daß das Foreign Office bereits vom »Anfang einer neuen Gruppierung osteuropäischer Staaten« sprach. [37a] Offenbar gab es zwischen Rom und Warschau politische Kräfte, die sich gegen eine weitere Durchdringung dieses Raumes durch Deutschland querlegten. Unter Berufung auf den rumänischen Außenminister Grigore Gafencu berichtete der englische Botschafter, Sir Reginald Hoare, am 7. März 1939 aus Bukarest – sieben Tage vor dem deutschen Einmarsch – Beck habe sich jetzt für die Westmächte entschieden. [37b]

Besonders symptomatisch für diese Kräfteverschiebung war das, was der polnische Militärattaché in Berlin, Oberst Antoni Szymanski, der zum engeren Kreis um Beck gehörte, am 6. März seinem englischen Kollegen erzählte. Danach kreisten die

»polnischen Träume ... um die Möglichkeit eines englisch-französisch-italienischen Rapprochements«

als Barriere auf Hitlers Weg zur

»kompletten Beherrschung Europas und noch wahrscheinlicher zur Welthegemonie.«

Zwischen den Zeilen konnte man lesen, daß sich Polen dieser Kombination gern anschließen würde. [38]
Vor allem plauderte der französische Publizist und Kammerabgeordnete Henri de Kerillis am 12. März 1939, zwei Tage vor dem deutschen Einmarsch, das bis dahin streng geheime Militärbündnis zwischen England und Frankreich aus. In einem Artikel der Pariser *Epoque* brachte er Hitlers »bemerkenswertes Zögern« damit in Verbindung. [39] Diese Indiskretion erfolgte vor dem Hintergrund einer »erstklassigen Flüsterkampagne« über angebliche deutsche Angriffsabsichten gegenüber dem Westen. Offenbar versuchten bestimmte deutschfeindliche Kreise der französischen Rechten und Linken, unterstützt vom Quai d'Orsay, die wieder recht friedlichen Engländer dazu zu bewegen, ihre militärischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich ernster zu nehmen.
Was immer Hitler tatsächlich beabsichtigt haben mochte – allein schon diese Umstände im Osten und Westen seines Reiches sprachen dafür, daß er mit der Bildung des Reichsprotektorats seinen mühsam zusammengeklaubten Besitzstand zu konsolidieren versuchte, um ihn vor überraschenden Entwicklungen im internationalen Umfeld des Deutschen Reiches zu sichern. Selbst Beck hatte Biddle noch am 11. März gesagt, die langsam zerfallende Tschechoslowakei sei eine ungelöste Frage, von der eine destabilisierende Wirkung auf ganz Ostmitteleuropa ausgehen könnte. [40] Der Legationssekretär an der amerikanischen Gesandtschaft in Prag, George Kennan, schrieb sich in diesen Tagen und Wochen die Finger wund, um seinen Vorgesetzten im fernen Washington

»die zahlreichen Widersprüche und Verlegenheiten zu beschreiben, in die sich die Deutschen durch ihre ebenso rücksichtslose wie leichtsinnige Zerstörung des status quo in diesem Gebiet selbst hineinmanövriert hatten«. [41]

Halifax' diplomatischer Chefberater Vansittart sagte, eine deutsche »Strafexpedition nach Prag« bereits Ende Februar voraus, wozu Deutschlandkenner Conwell Evans treffend bemerkte: Eine solche Intervention »manu militari« sei

»in Wirklichkeit das Eingeständnis eines Versagens und der Impotenz«,

weil Hitler damit indirekt zu verstehen gebe, daß ihm größere Abenteuer im Osten oder Westen momentan zu gefährlich seien. [42]
Im Grunde wußten die westlichen Regierungen also, daß die Besetzung der Tschechoslowakei eher eine defensive Verlegenheitslösung war. Da es aber um die Festigung der westlichen Einheit ging, ließ sich die Bedeutung des depri-

mierenden Ereignisses auch bedeutend höher ansetzen – als erster Schritt zur Weltherrschaft. Nicht wenige Beobachter fühlten sich an die Besetzung Belgiens durch Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg erinnert, obwohl die Tschechoslowakei nicht neutral war, und die liberal-demokratischen Medien in aller Welt wurden nicht müde, die möglichen Folgen in den schwärzesten Farben zu malen.

Tatsächlich hatte Hitler mit seiner Militäraktion eine Reihe bedeutender Vorteile auf billigste Weise einkassiert: Durch seinen Handstreich gewann Deutschland kostenlos Ausrüstungsgegenstände und Kriegsgerät für 30 bis 40 neue Divisionen. Es erhielt mit dem Vinkowitzer Walzwerk und den Skodawerken zwei der besten und größten Rüstungsfabriken der Welt. Es schwächte die Verteidigungskraft Jugoslawiens, Polens und Rumäniens, die ihre bisher in der Tschechoslowakei gefertigten Waffen jetzt nicht mehr standardisieren konnten. [43]

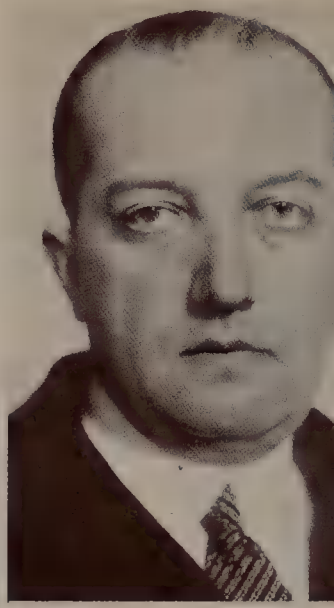
Im Vergleich zu diesen Vorteilen ergaben sich für Amerika und die europäischen Staaten eine Reihe von Nachteilen, die sich zu einer recht eindrucksvollen Schadensbilanz summierten. Polen sah sich nun auf drei Seiten (Memel, Schlesien, Slowakei) vom Hitler-Deutschland umfaßt und in seiner Bedeutung als strategischer Rückhalt des Westens geschwächt. Jugoslawien, Rumänien und Ungarn mußten für den Fall, daß sie außenpolitisch bestimmte Toleranzgrenzen überschritten (indem sie sich etwa an eine italienisch-polnische »Querachse« anlehnten) künftig mit ähnlichen Strafexpeditonen Hitlers rechnen. Dadurch drohte der ganze Balkan – bis hinunter nach Griechenland und der Türkei – ins Rutschen zu geraten, was längerfristig Frankreichs »Kleine Entente« und die Herrschaft Englands über das östliche Mittelmeer gefährden konnte. Eine solche Aussicht ließ unter dem Blickwinkel des Weltgleichgewichts auch die Vereinigten Staaten von Amerika nicht unberührt.

Kurzum, als Hitler auf dem Hradschin in Prag das »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren« ausrief, war er seinem Ziel, der mächtigste Mann diesseits des Atlantiks zu sein, einerseits einen Schritt nähergekommen. Denn schon Bismarck hatte gesagt: »Wer Böhmen und Mähren hat, der hat Europa.« Andererseits hatte er sich aber auch einen Schritt von diesem Ziel entfernt. Denn die Westmächte wußten, daß jeder Zugewinn an Lebensraum das Dritte Reich unverwundbarer gegenüber einer Blockade der angelsächsischen Seemächte machte, und sie nahmen jetzt alle Kräfte zusammen, um Hitler kurz vor dem Erreichen dieses Zieles abzufangen. Das letzte Jahr, so hatte US-Botschafter Biddle Anfang März 1939 geschrieben, sei »ein Wettstreit zwischen West- und Osteuropa« gewesen, »um den Wirbelsturm der Achse in die jeweils andere Richtung zu lenken«. [44] Folgte man diesem Argument, so hatte der Westen diesen Wettstreit durch die Bildung der Achse Paris – London – Washington insofern gewonnen, als es Hitler nun nicht mehr wagte, Frankreich oder England über Holland und die Schweiz direkt anzugreifen. Stattdessen ging er, seinem »Drang nach Osten« folgend, den Umweg über Ostmitteleuropa. In Anbetracht eines geeinten Westens würde Polen nun ganz von selber kommen

50 *Eduard Beneš, bis zur Konferenz von München Staatspräsident der Tschechoslowakei* (links)

51 *Der französische Ministerpräsident Edouard Daladier* (rechts)

52 *Mit ohnmächtiger Wut reagieren die Tschechen auf den deutschen Einmarsch in Prag*

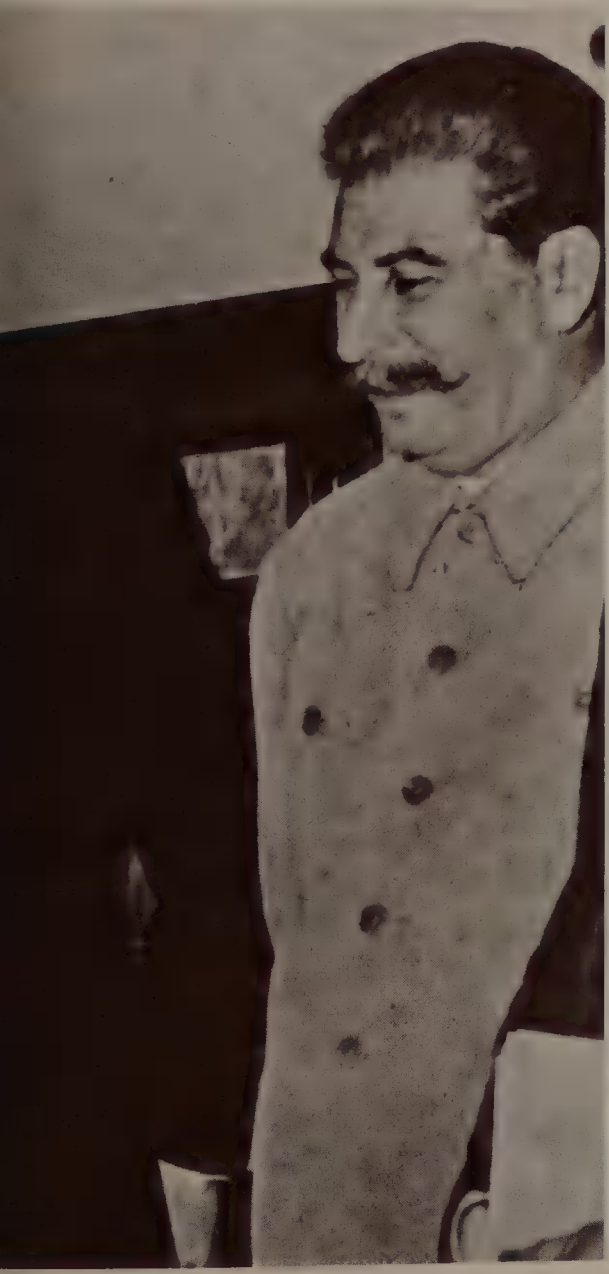


53 *Halifax* (links) *konferiert nach der englischen Polen-Garantie mit Beck in London* (links außen)

54 *Josef Lipski, polnischer Botschafter in Berlin* (links)

56 *Juliusz Lukasiewicz, polnischer Botschafter in Paris* (rechts)

55 *Joseph Stalin und Joachim von Ribbentrop* (2. v. r.) *mit Wyacheslaw Molotow* (im Vordergrund) *bei Unterzeichnung des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes* (unten)



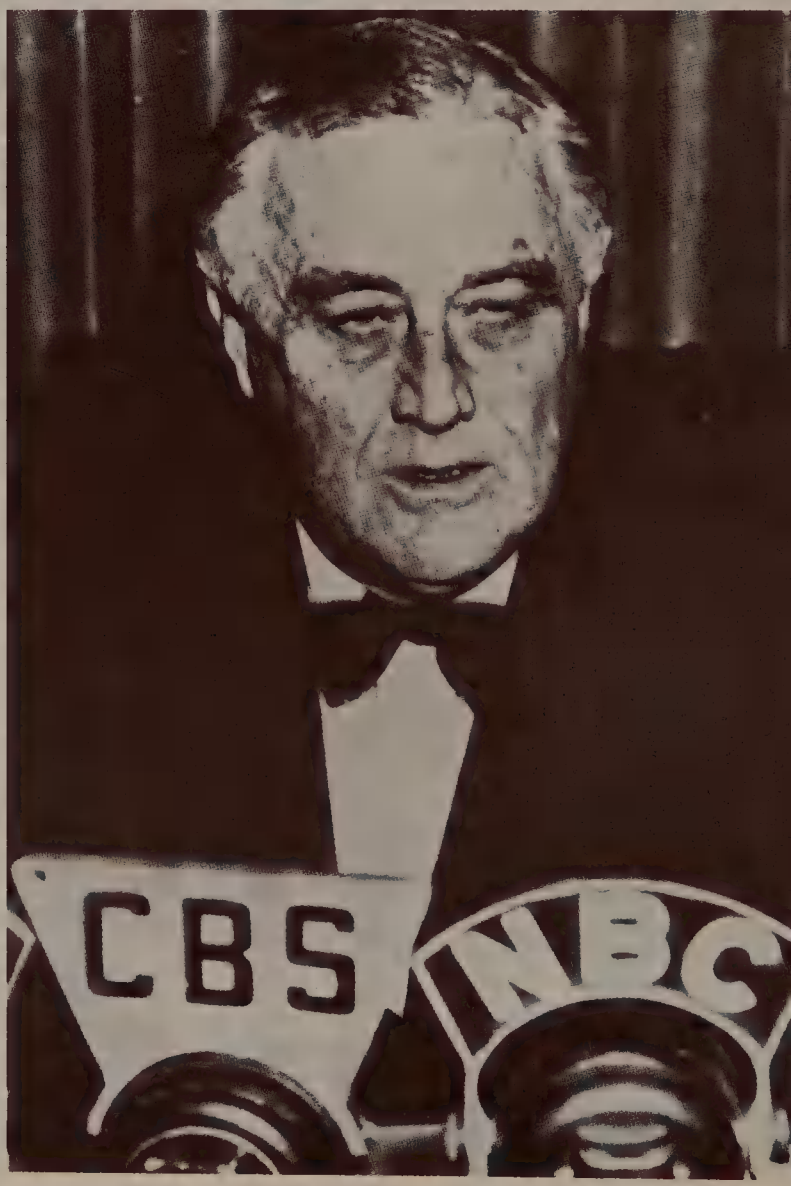
57 *Paul Reynaud, französischer Finanzminister* (rechts oben)

58 *Hans Herwarth von Bitterfeld* (oben)

59 *Charles Bohlen* (unten)

62 *Der deutsche Angriff auf Polen beginnt* (oben)

63 *Roosevelt erklärt bei Kriegsausbruch die Neutralität der USA*




60 *Der englische Journalist Ian Colvin* (Foto 1957)

61 *Völkerbundskommissar Jacob Burckhardt*

und dadurch die Zwei-Fronten-Lage herstellen, die Amerika, England und Frankreich brauchten, um das Dritte Reich niederzuringen.
Nach wie vor Prag galt es daher bei den Anti-*Appeasern* von Warschau bis Washington als oberstes Gebot der Stunde, Chamberlains *Appeasement*-Politik abzuwürgen. Nicht ohne Stolz hatte US-Präsident Roosevelt noch kurz vor der deutschen Militäraktion verkündet:

»Unsere Politik während des letzten Monats... hatte eine definitive Wirkung auf Deutschland.« [45]

Andererseits hatten ihn Biddles Berichte beunruhigt, Frankreich suche nach einem Mittelmeerkompromiß, und Chamberlain bereite eine »zweite größere Friedensinitiative« vor. [46] Insofern wurde die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei in Washington nicht nur als offene Herausforderung Hitlers an Roosevelts Pazifizierungsversuche verstanden, sondern auch als Probe auf das Exempel der westlichen Allianz, die sich gerade zu bilden begann.
Um ihren Führungsanspruch zu bekräftigen, faßte die Roosevelt-Administration als erste der westlichen Regierungen wieder Tritt, indem sie unmißverständliche Signale aussandte: Sie verurteilte die Besetzung der Tschechoslowakei in einer scharfen Erklärung öffentlich

»als die zeitweise Auslöschung der Freiheiten eines freien und unabhängigen Volkes.«

Sie ließ den tschechoslowakischen Gesandten in Washington weiter amtieren, so als hätte ihn Hitler nicht soeben abgesetzt. Und sie verhängte gegen deutsche Exporte nach Amerika eine 25prozentige Zollerhöhung, die sie freilich im Grundsatz schon zehn Tage vorher beschlossen hatte. Im Außenministerium und im Weißen Haus erreichte die antideutsche Stimmung den Siedepunkt. [47]
Auf Frankreich hatten die amerikanischen Signale sofort die erwartete Wirkung. Ministerpräsident Daladier begrüßte die Erklärung von Unterstaatssekretär Welles mit den Worten, sie sei »in der gegenwärtigen Lage von fundamentaler Bedeutung«. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Paris durfte ebenfalls weitermachen, und der Regierungschef teilte US-Botschafter Bullitt erfreut mit: Die Kammer werde ihm, Daladier, demnächst parlamentarische Sondervollmachten erteilen, woraufhin er sofort zwei Klassen von Reservisten mobilisieren werde. Nach dem nur mühsam gebändigten Chaos, das die französische Innen- und Außenpolitik bisher bekennzeichnet hatte, klang das in Roosevelts Ohren verheißungsvoll. [48]
In zwei Punkten, die für den weiteren Gang der Ereignisse ebenfalls fundamentale Bedeutung hatten, verhielt sich Bullitt jedoch negativ. Diese beiden Punkte betrafen eine Verständigung Frankreichs mit Italien und mit Rußland. Wie ihm Daladier drei Tage nach Hitlers Vorstoß mitteilte, hatten italienische Kreise aus der Umgebung Mussolinis und des Königs Victor Emmanuel mit Paris Fühlung aufgenommen, weil sie über den deutschen Machtzuwachs beunruhigt waren. In Übereinstimmung mit Roosevelt bestand Bullitt jedoch

darauf, daß die Italiener ein offizielles Verständigungsangebot vorlegten, bevor es zur Aufnahme von Gesprächen kam – alles andere würde Frankreichs Widerstandswillen und Moral zerstören. [49] Daladier, der eigentlich Pierre Laval hatte heimlich nach Rom entsenden wollen, beugte sich den amerikanischen Wünschen. Ein französisch-italienischer Mittelmeerkompromiß kam daraufhin nicht mehr zustande.

Außerdem strebte Daladier »eine feste und absolute mitlitärische Verständigung mit der Sowjetunion« an, also den Abschluß einer französisch-russischen Militärkonvention. Zu diesem Zweck beabsichtigte der Regierungschef, den Radikalsozialisten Edouard Herriot heimlich nach Moskau zu entsenden. Bullitt, von der sowjetischen Haltung in den letzten Jahren ohnehin enttäuscht, entgegnete, »daß man sich auf kein Versprechen der Sowjetunion verlassen könne.« Außerdem hielt er Herriot als Verhandlungspartner Stalins einfach nicht für clever gnug. Aber das war nur ein senkundäres Argument. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner längst auf die polnische Karte gesetzt, weil sie von der polnischen Armee militärisch mehr erwarteten als von der Roten Armee. Zwar wurden in den folgenden Tagen von London und Paris aus noch einige Versuche unternommen, Rußland in eine anti-deutsche Front einzubeziehen. Aber auch sie führten zu nichts, weil sie der nötigen amerikansichen Unterstützung entbehrten.

Auf diese Weise wurden von der Roosevelt-Administration gleich zu Beginn der März-Krise die beiden einzigen Wege abgeblockt, auf denen der Westen den Zweiten Weltkrieg vielleicht noch hätte verhindern können – jedenfalls seinen Ausbruch schon im Herbst 1939: die Spaltung der deutsch-italienischen Achse und die Abwendung des Hitler-Stalin-Paktes. Diese Unterlassung schien nur auf den ersten Blick als unverständlich. Auf den zweiten Blick verriet sie die Entschlossenheit Washingtons, es jetzt zu einem europäischen »*show down*« kommen zu lassen, zu einer definitiven Entscheidung – offenbar die einzige Methode, Hitler endgültig loszuwerden.

Durch Anwendung oder bloße Androhung von Repressalien und Sympathieentzug verhinderte die Roosevelt-Administration nach Prag daher eine Wiederaufnahme der Verständigungspolitik zwischen den vier europäischen Hauptmächten. Was aber konnte sie positiv tun, um die europäischen Mächte in eine Frontstellung gegen Hitler und Mussolini zu manövrieren? Während Daladier seinem Freund Bullitt von sich aus versprach, ihn künftig anstelle von Außenminister Bonnet vor allen wichtigen Entscheidungen zu konsultieren, verhielt sich der englische Premierminister nach wie vor ziemlich spröde.

Chamberlain hatte noch den Tenor eines Memorandums im Ohr, den das Foreign Office vor der Besetzung Prags angefertigt hatte:

»Es gibt nichts, mit dem wir ihn (Hitler) stoppen können außer dem Krieg«. [50]

Nachdem England 1938 den Krieg zur Verteidigung einer unabhängigen und freien Tschechoslowakei vermieden hatte, machte es nach der Besetzung Prags eigentlich wenig Sinn, den Krieg 1939 zu riskieren, da dieser Staat gar nicht

mehr existierte. Aber Hitler hatte mit seinem Coup die politische Stellung des Premierministers so geschwächt, daß diesem am Ende gar nichts anderes mehr übrig blieb, als dem vereinigten Ansturm seiner Gegner nachzugeben und das Unvermeidliche auf sich zu nehmen – den Krieg. Alles andere hätte Chamberlain wahrscheinlich schon im März 1939 politisch um Kopf und Kragen gebracht.

Wie immer gingen die Meinungen des Premierministers und der Foreign-Office-Dissidenten über eine angemessene Reaktion auf das deutsche Vorgehen zunächst weit auseinander. Vansittart, den der Haß auf die Deutschen in einen neurotischen Zustand versetzte, [51] hatte einen Tag vor der Militäraktion eine knallharte Reaktion à la Roosevelt empfohlen: (1) Vorwurf an die Adresse Hitlers, er habe das Abkommen von München zerrissen, (2) Abberufung des englischen Botschafters Henderson aus Berlin mindestens für einige Monate, (3) Streichung des Besuchs von Handelsminister Stanley, der im März nach Berlin reisen sollte, um dort groß angelegte Wirtschaftsverhandlungen abzuschließen. [52]

Chamberlain war zwar über Hitler verärgert, weil er die Schwächung seiner politischen Stellung spürte, und er sah nicht zuletzt deshalb ein,

»daß es unmöglich ist, mit ihm zurechtzukommen, nachdem er alle seine eigenen Versicherungen über Bord geworfen hat«. [53]

Aber wie immer versuchte der alte Fuchs zunächst,

»Zeit (zu) gewinnen, denn ich akzeptiere die Auffassung niemals, daß der Krieg unausweichlich ist«.

Die Folge dieses Widerstreits war der gewundene Weg, der England in den 14 Tagen nach Prag unter kräftiger Nachhilfe der Roosevelt-Administration zur Garantie für Polen führte – und zu einer ersten politischen Teilkapitulation Chamberlains vor der Kriegspartei.

Der Premierminister hatte am 15. März vor dem Unterhaus eine Erklärung abgegeben, die eine Verurteilung Hitlers mit dem Versprechen verband, die englische Regierung werde fortfahren, alle internationalen Streitfragen durch »Methoden der Diskussion«, statt durch »Methoden der Gewalt« zu lösen. [54] Zwar war das Kabinett insgesamt in seiner ersten Reaktion auf den Prager Coup noch sehr gemäßigt gewesen. Aber der Premierminister hatte mit seinem Bekenntnis zur Fortsetzung der bewaffneten *Appeasement*-Politik eigenmächtig den mit dem Foreign Office abgestimmten Rahmen gesprengt. Insgesamt rief seine Erklärung genau den Eindruck hervor, von dem Halifax schon auf der Kabinettsitzung gewarnt hatte, er müsse mit Rücksicht auf die »öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten« vermieden werden, England regiere zu lasch. [55]

Die Angelegenheit hatte freilich noch einen anderen Aspekt, über den sich Chamberlain und Halifax, England und Frankreich überraschend einig waren: Mit der Einverleibung der Tschechoslowakei in das Dritte Reich erlosch die

englisch-französische Garantie, die nach der Konferenz von München jedoch nie richtig Gestalt gewonnen hatte. [56] Die Regierungen in London und Paris stellten sich auf den Standpunkt, sie hätten nur Beistandsverpflichtungen für den Fall eines unprovozierten Angriffs übernommen, nicht aber gegen die »Anwendung moralischen Drucks« (Chamberlain). Da Hitler aber mit dem tschechischen Staatspräsidenten Hacha einen völkerrechtlich wirksamen Vertrag über die Gründung des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren« geschlossen hatte – immerhin eine formal einwandfreie Scheinlegitimation für die Besetzung des Landes – sah Chamberlain keine Basis für eine Gegenintervention.

Damit drohte der Westen die einzige Waffe zu verlieren, mit der er in Ostmitteleuropa Krieg machen konnte, ohne als erster einen Schuß abzugeben: die einseitige und unbedingte Garantie für ein Gebiet, das seit Versailles zu seinen vitalen Interessen zählte. In Holland und in der Schweiz hatte man diese Waffe gerade erfolgreich in Anschlag gebracht. Da wurde sie ihm von Chamberlain im Fall der Tschechoslowakei aus der Hand geschlagen.

In der Tat hätte es der Premierminister auf diese Weise beinahe geschafft, über den Abgrund der zweiten Tschechoslowakei-Krise hinweg zur Tagesordnung überzugehen. Aber natürlich standen die Anti-*Appeaser* Kopf, und Vansittart warnte nicht ohne Grund, wenn England nicht mehr Entschlossenheit zeige, werde es

> »sicher jede Möglichkeit einer wirksamen Kooperation mit den Vereinigten Staaten verlieren, sollte unsere Stunde (d. h. der Krieg gegen Deutschland – D. B.) kommen«. [57]

Auf der anderen Seite stachelte Beck die Rumänen an, sich der Karpatho-Ukraine zu bemächtigen, wodurch ein Konflikt mit Ungarn zu entstehen drohte, das dem Dritten Reich nahestand und dem Hitler dieses Gebiet zugesprochen hatte [58]. Dies wiederum weckte in Paris die Besorgnis, die deutschen Truppen könnten in Rumänien einfallen, das Mitglied der »Kleinen Entente« und Bündnispartner Polens war. [59] So kam auf dem Umweg über die rumänische Frage zwei Tage nach Prag doch wieder die Frage nach Krieg und Frieden ins Spiel, wobei Amerikaner und Franzosen bereitwillig Mittlerdienste leisteten.

In diesem Zusammenhang spielte der sogenannte »*Rumania-scare*« – eine künstlich erzeugte Panik in der westlichen Öffentlichkeit, die auf Falschmeldungen über angebliche deutsche Angriffsabsichten gegen Rumänien beruhte – eine Schlüsselrolle. Am Morgen des 17. März wurde der rumänische Gesandte in London, Viorel Tilea, ein junger, intelligenter und ehrgeiziger Mann der liberal-demokratischen Richtung, der König Carol II. nahestand, von seinem Pariser Kollegen Georges Tatarescu telefonisch geweckt. Angeblich hatte Hitler während der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen der Regierung in Bukarest ein Ultimatum gestellt. Tilea, der ohnehin Weisung hatte, England stärker als bisher für Südosteuropa zu interessieren, begab sich

nach dem Alarmruf sofort ins Foreign Office. Wie zufällig machte der Diplomat, der zu den fünf führenden Industriellen seines Landes zählte, unterwegs in der amerikanischen Botschaft am Grosvenor Square Zwischenstation. US-Botschafter Kennedy gab die alarmierende Neuigkeit sogleich an das State Departement weiter. [60]

Am Vortag hatte Tilea im englischen Außenministerium bereits zwecks Waffenlieferungen vorgefühlt. Am 17. März lag dem Stellvertreter Cadogans, Sir Orme Sargent, ein Ersuchen des rumänischen Königs vor, England und Frankreich sollten bei nächster Gelegenheit bekunden, wie wichtig ihnen der Balkan sei. Nachdem Tilea von Hitlers angeblicher Drohung berichtet hatte, veranlaßte der Stellvertretende Staatssekretär, daß ein entsprechender Passus in den Entwurf jener Rede hineingeschrieben wurde, die Chamberlain an diesem Abend vor seinen Wählern in Birmingham halten wollte.

Unterdessen sorgte Vansittart dafür, daß der »*Rumania-scare*« in London und New York an die Presse durchsickerte. Halifax, Cadogan und Sargent berieten, wie Rumänien am besten zu helfen sei, wobei sie wie von selbst auf den Nachbarn Polen verfielen. Noch am Abend des 17. März, gegen 22 Uhr, gingen Telegramme an die diplomatischen Vertreter Englands hinaus, durch die bei den Regierungen Griechenlands, Jugoslawiens, Polens, Rußlands und der Türkei angefragt wurde, wie sie sich im Falle eines deutschen Angriffs auf Rumänien verhalten würden. [61]

Am nächsten Tag, den 18. März, war also schon die ganze Welt alarmiert, als der polnische Botschafter, Juliusz Lukasiewicz, in Paris mit US-Botschafter Bullitt zusammentraf. Die beiden erörterten wieder einmal mit allem Freimut die internationale Lage, wobei sie mit weiteren deutschen Vorstößen in Ostmitteleuropa rechneten. Der Amerikaner und der Pole stimmten sehr schnell miteinander überein, daß man Hitler nur dann von weiteren Akten à la Prag abhalten könne, wenn man eine Lage schaffe, die ihn mit der »vollständigen Sicherheit ... eines ernsten bewaffneten Konflikts« konfrontiere. [62] Lukasiewicz, der befürchtete, daß die Deutschen als nächstes nach Danzig greifen könnten, rätselte anschließend an der Frage herum, welche Haltung wohl Frankreich einnehmen würde, sollte es über die Danzigfrage zu einem Krieg zwischen Deutschland und Polen kommen.

Bill »Buddha« Bullitt, der dies zu Recht als kollegiale Bitte verstand, fragte noch an demselben Tag seinen Freund Daladier danach. Die Antwort, die Bullitt gleich wieder Lukasiewicz übermittelte, wirkte wie eine Maßvorlage des französischen Regierungschefs: Natürlich könne Polen mit dem »militärischen Beistand« Frankreichs rechnen, vorausgesetzt, Polen übernehme eine Garantie für den Fall, daß Rumänien von Deutschland angegriffen werde.

Den einzigen Vorbehalt, den Außenminister Bonnet in diesem Augenblick machte, war die Revision des amerikanischen Neutralitätsgesetzes. Doch wurde eine entsprechende Zusage Roosevelts von Bullitt bis zum 20. März beschafft. [62a] So zeichnete sich vor dem Hintergrund des amerikanischen Beistandes im Dreieck Bullitt-Daladier-Lukasiewicz knapp vierzehn Tage,

bevor Neville Chamberlain vor dem englischen Unterhaus eine entsprechende Erklärung abgab, das Grundmuster jener Polen-Garantie ab, die den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ein entscheidendes Stück näherbrachte.
Dabei wurde Rußland abermals bewußt ausgeklammert, so als wollten Bullitt und Lukasiewicz in verhängnisvoller Überschätzung der polnischen Armee den Ausbruch des Krieges um jeden Preis sicherstellen. Der polnische Botschafter bestärkte die Meinung seines amerikanischen Kollegen, die auch in Washington geteilt wurde, daß die sowjetische Hilfe im Kriegsfall unerheblich sei. Die beiden Männer waren sich völlig einig, daß

»der entscheidende Faktor stets sei, wann und wie England und Frankreich selbst auf einen möglichen deutschen Angriff gegen uns reagieren würden«,

schrieb Lukasiewicz hinterher. Die Zeit der »platonischen Proteste sei unwiderruflich vorbei«.
So lag wie schon beim »*Holland-scare*«, als Roosevelt persönlich eingegriffen hatte, der Ball mit amerikanischer Hilfe wieder im englischen Feld. Am Tage, bevor die amerikanisch-französisch-polnische Konnektion infolge des »*Rumania-scares*« so deutlich in Erscheinung trat, hatte die englische Regierung Botschafter Henderson »zur Berichterstattung« aus Berlin nach London zurückgerufen. Das war nicht gleichbedeutend mit dem Einfrieren der diplomatischen Beziehungen, wie es die Roosevelt-Administration schon nach der Reichskristallnacht praktiziert hatte. Aber es war ein erstes Anzeichen dafür, daß Chamberlain begann, vor dem öffentlichen Druck zurückzuweichen, der sich vor ihm allmählich wie eine Gewitterwand aufbaute.
In seiner Rede in Birmingham, die per Radio nach Amerika und in die Dominions übertragen wurde, nahm der Premierminister jedoch noch nicht Abschied von der *Appeasement*-Politik, wie es die Legende später wissen wollte. Er beklagte sich zwar bitter über Hitler und stellte die rhetorische Frage, ob die Besetzung der Tschechoslowakei

»ein Schritt in die Richtung eines Versuchs zur Weltherrschaft durch Gewalt«

sei. Aber das war nur eine verbale Anpassung an die Anti-*Appeaser*. Im Gegenteil, Chamberlain verging sich in seiner Rede gegen ihre Wünsche, indem er die Empfehlung des Foreign Office mißachtete, eine Verpflichtung für Rumänien auszusprechen.
Das Entscheidende an seinem Auftritt in Birmingham lag denn auch ganz woanders, nämlich in dem versteckten Appell des englischen Regierungschefs an den amerikanischen Präsidenten, in eine »tiefernste und gewissenhafte Erwägung« der internationalen Lage einzutreten, was nichts anderes als die verklausulierte Bitte war, endlich das Neutralitätsgesetz zu revidieren. Mit einem gewissen Zweckoptimismus behauptete Chamberlain zwar, es gebe Anzeichen dafür, »daß dieser Prozeß eingesetzt« habe, und er werde nun »voraussichtlich einen schnelleren Verlauf nehmen«. Aber sicher war der Premierminister eben nicht, und solange er nicht die Sicherheit hatte, daß Amerika im Kriegsfall das

Embargo für Waffen und Munition unverzüglich zu Gunsten Englands aufheben würde, war er nicht bereit, sich in eine offene Konfrontation mit Hitler zu begeben. [63]

Nachdem die Roosevelt-Administration die englische Garantie für Holland und die Schweiz – Vehikel für die militärische Kooperation mit Frankreich – durch die Zusage von beliebig vielen Flugzeugen und eines möglichst frühzeitigen Kriegseintritts Amerikas beflügelt hatte, wurde nun die Aufhebung des amerikanischen Neutralitätsgesetzes zum entscheidenden Faktor für die englisch-französische Polen-Politik.

Außenminister Halifax hatte US-Botschafter Kennedy vor Chamberlains Auftritt in Birmingham am 17. März zu sich gebeten und versucht, Amerika durch eine offene Sprache für England einzunehmen: Es komme jetzt darauf an, »alle Kräfte der Ordnung und des Friedens« zusammenzufassen und im Vorwege eine Entscheidung über den gemeinsamen Widerstand des Westens gegen die Verletzung dieser Werte herbeizuführen, sagte er. Kennedy, der ganz richtig verstand, versprach daraufhin, sich bei Roosevelt für eine Aufhebung des Neutralitätsgesetzes einzusetzen. [64]

Der US-Botschafter suchte Halifax am 18. März erneut auf. Der englische Außenminister kommentierte Chamberlains Rede bei dieser Gelegenheit mit den Worten, sie bedeute,

> »daß dieses Land (England – D. B.) sich einer weiteren aggressiven Aktion Deutschlands nicht unterwerfen werde«. [65]

Genau das aber konnte man aus der Birminghamer Rede noch nicht herauslesen, auch wenn es insgeheim schon die Absicht des Premierministers gewesen sein mag. Bei Halifax' Äußerung handelte es sich zunächst nur um eine Kurzformel für den Verkehr mit Amerika, die Englands Kriegsentschlossenheit zum Ausdruck bringen sollte – Voraussetzung für die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes. Deshalb fand sie ihren Weg sogleich in die Öffentlichkeit.

Wie weit England unter dem Eindruck des »*Rumania-scares*« schon zu diesem Zeitpunkt bereit war, seine Bringschuld gegenüber Amerika zu erfüllen, zeigten die Beschlüsse der Militärs. Der hochkarätige Ausschuß, den der englische Generalstab zur Vorbereitung der Zusammenarbeit mit den Franzosen Ende Februar eingesetzt hatte, revidierte am 17. März seine Einschätzung der europäischen Situation. Er rechnete damit, daß Hitler jetzt gleich bis zum Mittelmeer vorstoßen werde, und empfahl England, (1) sich Polen und Rumänien als Alliierte zu sichern, (2) sich Griechenland und die Türkei als Verbündete vorzumerken und (3)

> »sicherzustellen, daß Deutschland an zwei Fronten engagiert wird«. [66]

Den Hintergrund für diese schwerwiegende Entscheidung zur Einkreisung Deutschlands bildete freilich nicht nur die aktuelle politische Lage, sondern auch ein »Strategisches Memorandum« vom 14. März 1939. Es zeigt, daß die englischen Militärs die Vereinigten Staaten schon vor dem deutschen Ein-

marsch in die Tschechoslowakei fest in ihre Pläne einberechnet hatten – Voraussetzung für die Planung jedes größeren Krieges. Nach Ansicht des englischen Generalstabes würden sich die USA im Falle eines Krieges »freundlich neutral« gegenüber England verhalten und bereit sein »ihre Neutralitätsgesetzgebung zu unseren Gunsten zu modifizieren«. Selbst ein späterer Kriegseintritt der Vereinigten Staaten wurde nicht mehr ausgeschlossen. [67]

Am 18. März wurde allen diesen Kalkulationen jedoch plötzlich der Boden entzogen. Ganz London war wie vom Donnerschlag gerührt. Der rumänische Außenminister Grigore Gafencu pfiff nämlich seinen Londoner Gesandten Tilea mit der Begründung zurück, an den Gerüchten über ein deutsches Ultimatum sei nichts Wahres dran. Die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen bewegten sich in vollkommen normalen Bahnen.

Damit drohte die Einkreisung Deutschlands erneut ins Stocken zu geraten. [68] Gleichzeitig aber schoben der französische Generalstab und das *Deuxiéme Bureau* am gleichen Tag die Vermutung nach, Hitler werde sich demnächst nach Westen wenden, um die italienischen Ansprüche gegenüber Französisch-Nordafrika zu unterstützen und eventuell über die Niederlande und Belgien sogar Frankreich direkt angreifen. [69] Natürlich wußte in London niemand, ob das stimmte. Aber diese Meldungen verfolgten insofern einen nützlichen Zweck, als sie England mit allem Nachdruck auf die militärische Kooperation mit Frankreich verwiesen, und darauf kam es ja nach Ansicht von Bullitt und Lukasiewicz vor allem an.

Unter diesen Umständen nahm die Kabinettsitzung vom 18. März einen Verlauf, wie ihn sich die Gegner Chamberlains nur wünschen konnten. Der Premierminister erklärte,

> »er sei jetzt endgültig zu dem Schluß gekommen, Herrn Hitlers Haltung mache es unmöglich, Verhandlungen mit dem Nazi-Regime auf der alten Basis fortzusetzen«.

Wenn Deutschland jetzt noch einen Schritt auf dem Wege zur Beherrschung Europas tue, werde England die Herausforderung annehmen.

Wie es schien, schlug damit die letzte Stunde der *Appeasement*-Politik. Ausdrücklich fragte der Premier seine Kabinettskollegen, ob sie mit diesem Kurswechsel einverstanden seien, was die meisten bejahten. Halifax machte Eindruck mit der Annahme, ein Krieg werde den Sturz Hitlers bedeuten, woraus er die Forderung ableitete, »daß Deutschland sehr schnell mit Krieg überzogen werde«. Andere wandten zwar ein, daß England seine militärische Stärke erst in etwa acht bis neun Monaten deutlich verbessert haben werde, also nicht vor November/Dezember 1939, und äußerten Bedenken gegen einen Angriffskrieg. Aber Chamberlain faßte die Diskussion sehr wirksam zusammen, indem er feststellte,

> »daß Polen sehr wahrscheinlich der Schlüssel für die ganze Situation sei«.

Deshalb sollte die Fühlungnahme mit Warschau weiter gehen als mit allen anderen Mächten.

Der Kanzler des Herzogtums von Lancaster, der auf den schönen Namen Shakespeare Morrison hörte, riet gegen Ende der Sitzung zur Vorsicht,

»sonst könnten wir der Einkreisung angeklagt werden und Gefahr laufen, einen Angriff (Hitlers – D. B.) zu provozieren«.

Aber in der kriegerischen Stimmung, die jetzt unter dem Bildnis Walpoles herrschte, hörte niemand mehr auf ihn. Das Kabinett beschloß, nunmehr in verbindlicher Form an die Regierungen Rußlands, Polens, Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei heranzutreten. Diese Staaten sollten ihre Zusicherung geben,

»daß sie sich im Widerstand gegen jeden Akt deutscher Aggression mit uns vereinigen würden, der darauf abzielt, die Herrschaft über Südosteuropa zu erlangen«.

Außerdem wurden Vorkehrungen für den Beginn der Einberufung von Rekruten und zur Einrichtung eines Ministeriums getroffen, das die Versorgung Englands im Kriegsfall sicherstellen sollte. [69a]
Der falsche Rumänien-Alarm hatte so echt geklungen, daß der englische Generalstab noch am 18. März verlangte:

»Wir sollten uns auf diplomatischem Wege bemühen, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika endgültig auf unsere Seite stellen.« [70]

Um in Europa schneller zu einem Erfolg zu kommen, wurde der Versuch einer anti-deutschen Blockbildung auf Frankreich, Polen und Rußland konzentriert. [71] Fünf Tage nach Prag schien damit die Super-Koalition gegen Hitler endlich zustandezukommen.
Aber Chamberlain sorgte dafür, daß sich zwischen Theorie und Praxis doch noch eine ganze Reihe von Hindernissen auftürmte. Beck war infolgedessen mit der englischen Haltung noch keineswegs zufrieden, und alles, was in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten folgte, beruhte auf dem Widerstand des polnischen Außenministers gegen die Versuche, sein Land um leichtfertiger Versicherungen Willen in einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland hineinzuziehen sowie auf dem Widerstand Chamberlains gegen die Versuche Amerikas, Frankreichs und Polens, aus leichtfertigen Versicherungen vertragliche Verpflichtungen zu machen.
Einen Tag nach den englischen Grundsatzentscheidungen kehrte der polnische Botschafter in Berlin, Josef Lipski, nach Warschau zurück. Der 45jährige Diplomat, von Geist und Habitus her ebenso anti-germanisch wie pro-französisch, brachte schlechte Nachrichten aus der Reichshauptstadt mit. Im Einklang mit den umlaufenden Gerüchten hatte ihm der französische Botschafter Robert Coulondre erzählt, Deutschland werde als nächstes entweder gegen Polen/Rumänien oder gegen Frankreich/England losschlagen. Gleichzeitig hatte Coulondre wegen eines englisch-französisch-polnischen Bündnisses vorgefühlt. Daraufhin trat die polnische Führung in eine rapide Überprüfung ihrer außenpolitischen Orientierung ein.

Am 21. März kehrte Lipski nach Berlin zurück, um am nächsten Tag die Verhandlungen mit dem deutschen Außenminister Ribbentrop fortzusetzen. Es war der Tag, an dem die englischen Bemühungen um die Bildung eines antideutschen Blocks bekannt wurden. Das führte in den deutsch-polnischen Gesprächen zu einem Wettersturz. Der polnische Botschafter beschwerte sich über die Einverleibung der Slowakei durch das Dritte Reich, der deutsche Außenminister beklagte sich über anti-deutsche Demonstrationen in Warschau, die Stimmung zwischen den beiden war gereizt. Immerhin deutete der deutsche Außenminister den Verzicht auf den Korridor an. Die Stimme, mit der Ribbentrop schließlich seinen Kollegen Beck nach Berlin einlud, klang wegen der polnischen Unbeweglichkeit ein wenig scharf, so daß Lipski mit bösen Ahnungen nach Warschau zurückkehrte.

Dort hatte man die englische Note, die selbst nach dem Eingeständnis Chamberlains »keine wirklich neuen Verpflichtungen« enthielt, [72] inzwischen mit offener Empörung zur Kenntnis genommen. Der Vorschlag für eine gemeinsame »Anti-Aggressions-Erklärung« sah im Ernstfall nur Konsultationen zwischen England, Frankreich, Polen und Rußland vor, keine Taten. Beck wollte weder etwas mit Stalin zu tun haben, den er noch mehr fürchtete als Hitler, noch wollte er den westlichen Politikern einen Vorwand liefern, sich in letzter Minute ihren Verpflichtungen gegenüber Polen zu entziehen. Der polnische Außenminister schlug England daher eine klare bilaterale Vereinbarung vor,

»um zu vermeiden, daß wir einen groß angelegten Plan zur Einkreisung Deutschlands verfolgen«, [73]

wie er seiner Meinung nach durch die Einbeziehung Rußlands zustandegekommen wäre.

Am 24. März schürzte sich der Knoten. Während sich Deutschland noch einmal um eine Verständigung mit Polen bemühte, ging US-Botschafter Bullitt von der Überlegung aus:

»Wenn die Polen ohne Kampf einlenken, wird es als nächstes gegen Frankreich gehen.« [74]

Folglich unternahmen Frankreich und die Vereinigten Staaten alle Anstrengungen, damit eine deutsch-polnische Einigung unterblieb.

Das Auswärtige Amt in Berlin, wo eine wichtige Fraktion des deutschen Widerstandes saß, spielte in diesem Zusammenhang eine etwas zwielichtige Rolle. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker schickte am 24. März seinen Legationsrat Scheliha nach Warschau, der Beck vor die »Option: Feind oder Freund« stellte. [75] Ob dies ein deutsches Ultimatum war oder nur ein Zeichen der deutschen Regime-Opposition an Beck, gegenüber Hitlers Avancen hart zu bleiben, blieb umstritten. Der polnische Außenminister sagte jedenfalls am 25. März zu US-Botschafter Biddle, Hitler fordere eine Regelung der Danzig-Frage »bis Ostern«, was darauf hinweist, daß er das Zeichen so oder so verstanden hatte. [76]

In Warschau wurde inzwischen der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Jean Szembek, vom französischen Botschafter Leon Noël auf die »Tatsache von erstrangiger Bedeutung« hingewiesen, die in der »Entscheidung Englands« liege, »aktiv in Osteuropa zu intervenieren. Die Garantie Belgiens, Hollands und der Schweiz«, so sagte der Diplomat unter Hinweis auf diese Präzedenzfälle weiter,

»ist bereits abgeschlossen. Die Mitwirkung Englands an der Verteidigung Osteuropas präzisiert sich rasch«. [77]

In Paris wurde dem polnischen Botschafter Lukasiewicz gleichzeitig von Ministerpräsident Daladier versichert, diesmal müßten die Engländer

»auch konkrete Verpflichtungen (in Osteuropa – D. B.) übernehmen«. [78]

Aber das Mißtrauen der polnischen Regierung gegenüber England wich trotz dieser Überredungsversuche nicht. Seinem amerikanischen Freund Bullitt schüttete der Pole daher anschließend das Herz über die perfiden Engländer aus: Es sei doch

»kindisch naiv und gleichzeitig ehrenrührig, einem Staat, der sich in der Lage Polens befinde, vorzuschlagen, daß er sich (durch die geplante Anti-Aggressions-Erklärung – D. B.) gegenüber einem starken Nachbarn wie Deutschland kompromittiert und die Welt der Gefahr eines neuen Krieges aussetzt, nur um die innenpolitischen Bedürfnisse der Regierung Chamberlain zu befriedigen«.

Auch komme eine Zusammenarbeit mit Rußland überhaupt nicht in Frage. Indirekt forderte Lukasiewicz seinen Freund auf, endlich für ein vernünftiges Angebot Englands zu sorgen. [79]
In dieser heiklen Lage, in der Polen zwischen Skylla und Charybdis schwebte, war es der amerikanische Botschafter in Paris, Roosevelts langer Arm in Europa, der nun tatsächlich den Gordischen Knoten durchschlug. Bullitt fragte Juliusz Lukasiewicz im Anschluß an dessen Jeremiade nämlich kurz und trocken,

»ob wir (die Polen – D. B.) eine gemeinsame Allianz abzeptieren würden für den Fall, daß sie England und Frankreich morgen vorschlagen«. [80]

Obwohl sich Lukasiewicz offiziell nicht dazu äußern konnte, ohne Warschau vorher zu konsultieren, hatte Bullitt mit seinem Vorschlag zweifellos ins Schwarze der polnischen Wunschvorstellungen getroffen.
Mit Sicherheit wurde Bullitts bedeutungsvolle Anregung sofort nach Warschau übermittelt. Beck hielt es jedenfalls für richtig, das Steuer seiner Außenpolitik noch an diesem 24. März scharf auf anti-deutschen Kurs umzulegen: Hitler, so schimpfte er auf der entscheidenden Konferenz im Außenministerium, habe jeden Sinn für Verantwortung verloren, so daß eine völlig neue Lage entstanden sei. Polen habe seine Interessen genau definiert.

»Jenseits dieser Linie gibt es das polnische non possumus. Das ist sehr einfach: Wir werden uns (mit Deutschland – D. B.) schlagen.«

Danzig sei für Polen ein nationales Symbol. [81]
Schon am Abend dieses Tages leitete Polen eine Teilmobilmachung seiner Armee ein, so daß US-Botschafter Biddle am nächsten Tag mit einer gewissen Genugtuung nach Washington melden konnte:

»Polen heute auf Kriegsfuß. Hat dieses rasch und ohne viel Aufhebens erreicht.« [82]

Zwei Tage später stimmten Ribbentrop und Lipski bei der Fortsetzung ihrer Verhandlungen in Berlin überein, daß sie in den entscheidenden Fragen nicht übereinstimmten. Die deutsch-polnische Freundschaft war zerbrochen.
Aber Beck hatte das andere Ufer noch nicht erreicht – die eindeutige englische Beistandsverpflichtung. Er wußte auch nicht, daß es Chamberlain für den Fall, daß ein Krieg gegen Deutschland sein mußte, auch gar nicht direkt auf die Rettung Polens ankam. Denn der Premierminister hatte am 20. März vor dem Kabinett gesagt: Sollte Hitler seinen Marsch zur Weltherrschaft fortsetzen – etwa durch einen Angriff auf Polen – dann müßte England

»angreifen, nicht um ein bestimmtes Opfer zu retten, sondern um den Tyrannen niederzuwerfen«. [83]

Das heißt: Der Ausgang des Gesamtkrieges solle gegebenenfalls über das Schicksal Polens entscheiden. Mit anderen Worten: der Beistand Amerikas.
Um dem englischen Premierminister den Sprung über den eigenen Schatten zu erleichtern, hatte die Roosevelt-Administration am 20. März demonstrativ die Revision des Neutralitätsgesetzes eingeleitet. Der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, Key Pittman, wie immer in enger Fühlung mit dem Weißen Haus, legte dem Kongreß einen Gesetzentwurf vor, der zwei bedeutsame Neuerungen vorsah: Die Streichung des obligatorischen Waffenembargos und die Erweiterung der »*cash & carry*«-Klausel auf den gesamten Außenhandel Amerikas. Dadurch sollte der Ermessensspielraum des Präsidenten für die Versorgung Englands und Frankreichs im Kriegsfall bedeutend erweitert werden, und England konnte hoffen, dann gemeinsam mit den USA die Kontrolle über den Atlantik zu gewinnen.
Aber abgesehen davon, daß darüber der Kongreß das letzte Wort zu sprechen hatte, plagte Chamberlain noch eine andere Sorge: Wenn er in Ostmitteleuropa neue Verpflichtungen übernahm, mußte er woanders ältere Verpflichtungen abstoßen. England war ja nicht in der Lage, einen Krieg gleichzeitig an drei Fronten zu führen. Es mußte sich im ostasiatisch-pazifischen Raum Erleichterung schaffen, damit es sich auf die Front im europäisch-atlantischen Raum konzentrieren konnte. Auf Anregung des australischen Ministerpräsidenten wurde deshalb Lindsay in Washington am 19. März vom Foreign Office beauftragt, für eine Fortsetzung der amerikanisch-englischen Flottenkooperation zu sorgen. [84] Das Ziel: Die USA sollten ihre Flotte nach Hawaii vorschieben

»als Geste vis-à-vis Japan, wenn wir in einen Krieg mit Deutschland und Italien verwickelt werden«.

Roosevelts Reaktion auf dieses Ansinnen, auf das er seit dem »Panay«-Zwischenfall gewartet hatte, sprach Bände: Er trat nicht selbst in Aktion, sondern ließ in der Nacht vom 20. auf den 21. März 1939 seinen Unterstaatssekretär heimlich in der englischen Botschaft an der Massachusetts Avenue in Washington anrufen. Welles fiel es schwer, die Begeisterung seines Präsidenten darüber zu unterdrücken, daß England endlich aus seiner Reserve herauskam. Roosevelt sei einfach enthusiastisch, sagte der Unterstaatssekretär, nur müßten die Gespräche unter noch strengeren Sicherheitsvorkehrungen als im Mai 1938 stattfinden. Am besten wäre es, hinterher alle Unterlagen zu verbrennen. [85]

Eines war sicher: Für den Sieg der Westmächte über das Dritte Reich war das Zusammenwirken der beiden Flotten entscheidend. Aber das Ganze hatte für England auch eine Schattenseite: Nicht umsonst schwante dem Chef der Planungsabteilung in der Royal Navy, Victor Danckwerts, die Amerikaner könnten den Engländern auf dem Umweg über die Flottenkooperation

»die Macht abnehmen, unseren eigenen politischen Kurs zu bestimmen«. [86]

Spätestens seit dem 22. März wurden die Abhängigkeit Englands von der amerikanischen Seemacht und Versorgung und die daraus resultierende Erpreßbarkeit Chamberlains zu entscheidenden Faktoren der englischen Außenpolitik. Außenminister Halifax sagte vor den Hochkommissaren der Dominions, die sich in Anbetracht des englischen Kurswechsels um die Sicherheit ihrer Länder sorgten: US-Botschafter Kennedy habe ihm am Abend des 21. März versichert, das Neutralitätsgesetz werde binnen weniger Tage revidiert sein.

»Zusätzlich sei Präsident Roosevelt sehr darauf bedacht, so weit wie er könne zu helfen, und (obwohl dies sehr privat sei und Lord Halifax die anwesenden Hochkommissare bitte, es zu ›vergessen‹) könnte er es so einrichten, wenn nötig, daß die Flotte der Vereinigten Staaten in den Pazifik verlegt werde, i. e. nach Hawaii, um die Japaner ruhig zu halten, falls in Europa Krieg ausbreche.« [87]

Damit hatte der amerikanische Präsident sein Land auch in militärischer Beziehung in einem Maße auf den Beistand für England und notabene Frankreich verpflichtet, das mit seiner verfassungsmäßigen Verpflichtung, sein Land nicht in verstrickende Bündnisse zu führen, nicht mehr zu vereinbaren war. Gewiß, es gab keinen Vertrag, und alles war nur mündlich. Aber dennoch wurde die Selbstverpflichtung Roosevelts nun auch ein wichtiger Bestandteil des innenpolitischen Meinungsstreites um den künftigen Kurs der englischen Außenpolitik. Vor allem war sie geeignet, die Unterstützung der Dominios für den Kriegsfall zu sichern – ein erstrangiger Gesichtspunkt für Chamberlains Reichspolitik.

Die englische Regierung hatte die Hochkommissare vor dem Abschluß der Militärkonvention mit Frankreich im Januar 1939 nicht konsultiert. [88] Während die Dominions in *Australasia* am Schutz des holländischen Kolonialreichs

ein vitales Interesse hatten, war ihnen Polen relativ gleichgültig. Umso mehr zählte Roosevelts Flottenzusage gerade jetzt.
Der südafrikanische Premierminister, General James Hertzog, hielt die neue englische Politik für ausgesprochen schädlich und gefährlich. »Die Folgen der Einkreisung Deutschlands«, so warnte er in jenen Tagen,

»könnten nur aus einem Krieg bestehen, für den England verantwortlich sein würde«.

Als sich in der Sitzung mit Halifax am 22. März die Hochkommissare Kanadas und Südafrikas, Vincent Massey und Charles teWater, gegen diese Politik verwahrten, antwortete der englische Außenminister in einer Weise, die klarmachte, daß er wußte, mit welchem Risiko England und Amerika spielten:

»(Er) stimme zu, es gebe eine Gefahr, daß die gegenwärtige Politik Deutschland vor die Entscheidung stellen könnte, sofort Krieg zu machen – das sei ihm stets bewußt gewesen.« [90]

Aber Roosevelts Flottenzusage half den Hochkommissaren, ihre Bedenken zu überwinden, so daß das Britische Empire knapp sechs Monate später geschlossen in den Krieg gegen Deutschland eintreten konnte.
Die an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit, daß die Einkreisung Deutschlands über kurz oder lang den Krieg bedeuten würde, war denn auch der Hauptgrund, warum Chamberlain immer noch zögerte, bindende Verpflichtungen für Polen zu übernehmen, obwohl er von Roosevelt eigentlich alle Zusicherungen erhalten hatte, die er brauchte, um das mit einem Krieg verbundene Risiko für England und das Empire erträglicher zu machen. Auch Frankreich hatte am 20. März das Versprechen Roosevelts erhalten, das Neutralitätsgesetz werde demnächst revidiert werden. [91] Aber noch zögerte Chamberlain, weil er nicht wußte, wie er die beiden einander ausschließenden Ziele seiner Politik in Einklang bringen sollte – den Schutz Polens vor einem ungerechtfertigten Gewaltakt Hitlers und die Befriedigung der gerechtfertigten Wünsche Deutschlands nach einer Lösung der Probleme in Danzig und im Korridor. Dem englischen Premier war

»klar, daß die Deklaration (gemeint war die Anti-Aggressions-Erklärung – D. B.) keine Garantie der bestehenden Grenzen und der immer währenden Beibehaltung des status quo begründet«. [92]

Aber sie enthielt eben auch keine klaren englischen Beistandsverpflichtungen für Polen.
Zwischen der Einsicht Chamberlains in die Risiken einer Garantie und den Folgerungen, die Beck voraussichtlich aus ihr ziehen würde, bestand jedoch ein himmelweiter Unterschied. Die Gefahr, daß sich Polen im Vertrauen auf ein englisches Beistandsversprechen gegenüber berechtigten Forderungen der Deutschen unnachgiebig zeigte oder vielleicht sogar einen herausfordernden Hochmut an den Tag legte, ließ sich nicht von der Hand weisen. Auch eine Einigung zwischen Deutschland und Polen in letzter Stunde war nicht auszu-

schließen. Noch am 29. März, zwei Tage vor der Garantieerklärung, hatte man in London so wenig Vertrauen zu Beck, daß man daran dachte, mit dem Anerbieten des Schutzversprechens an den polnischen Staatspräsidenten, General Edward Smigly-Rydz, heranzutreten. [93]

Auch im Verhältnis Englands zu Frankreich gab es ja eine Vertrauenskrise, nachdem in Paris durch eine Indiskretion – wie man in London glaubte: Bonnets – die englisch-französische Militärkonvention und die westliche Schutzgarantie für die Niederlande und die Schweiz bekannt geworden war. In einem geharnischten Protest an die Adresse seines Kollegen erklärte Halifax, er wisse nicht, wie man die Verbindung zwischen beiden Ländern »auf der Basis des Vertrauens« aufrechterhalten könne. [94] Dieses Vertrauen war aber nötig, wenn eine gemeinsame Garantie der Seemacht England und der Landmacht Frankreich für Polen im Ernstfall funktionieren sollte. Halifax befürchtete jetzt sogar, Hitler könnte die französische Indiskretion »als Vorwand für Agitation oder Aktion« gegen Holland und die Schweiz benutzen.

Unter diesen Umständen traf es sich gut, daß der französische Staatspräsident Albert Lebrun vom 21. bis 25. März zu einem Staatsbesuch nach England kam. Es war ein Ereignis, das Anlaß zu allerlei festlichen Veranstaltungen bot – Bankett im Buckingham-Palast, Theateraufführungen im Indien-Ministerium, Gala-Abend in Covent Garden – an deren Rand wiederum politische Gespräche stattfanden. Durch sie wurde das englisch-französische Vertrauensverhältnis bis zur nächsten Krise wiederhergestellt.

Am 21. März trafen Halifax und Bonnet im Foreign Office zu einem Gespräch unter vier Augen zusammen. [95] Der englische Außenminister erklärte, seine Regierung gedenke

»der deutschen Aggression Einhalt zu gebieten, sei es gegen Frankreich oder England oder die Niederlande oder die Schweiz, sei es gegen Rumänien oder Polen oder Jugoslawien oder wo auch immer«.

So vollmundig hatte bisher eigentlich nur Präsident Roosevelt gesprochen. Bonnet kam auf den Punkt, indem er entgegnete:

»Eine Sache sei jedoch entscheidend. Es sei absolut unerläßlich, Polen einzubeziehen. Die russische Hilfe wäre nur effektiv, wenn Polen mitmacht ... Daher müßte der stärkste Druck auf Polen ausgeübt werden.«

Da Halifax sein Einverständnis bekundete, waren nun alle drei Westmächte einer Meinung, daß in Warschau der Schlüssel für die Lösung des Hitler-Problems lag.

Am nächsten Tag wurden die Beratungen in Gegenwart Chamberlains wiederaufgenommen. Aber es zeigte sich, daß der englische Premierminister nicht zu bewegen war, von seinem Kurs der Besonnenheit abzugehen. So kam man lediglich überein, daß England und Frankreich gemeinsam eine Garantie des bestehenden polnisch-rumänischen Beistandsvertrages über-

nehmen sollten. Dabei machte Halifax noch einmal deutlich, daß es nicht darum gehe, wie man diesen beiden Ländern im Ernstfall am besten beistehen könnte,

»sondern ob wir gegen Deutschland erfolgreich Krieg führen können«. [96]

Diesen Krieg aber wollte Chamberlain immer noch nach Möglichkeit vermeiden. Die englisch-französische Zusage vom 22. März war denn auch nicht viel wert, weil das polnische Beistandsversprechen nur für den Fall galt, daß Rumänien von Rußland und nicht für den Fall, daß es von Deutschland angegriffen wurde.

So drohte die Einkreisung Deutschlands sieben Tage nach Prag abermals ins Stocken zu geraten, und die Amerikaner mußten schon schwereres Geschütz auffahren, um Chamberlain zu etwas zu bringen, was aus seiner Sicht kaum mit den nationalen Interessen Englands zu vereinbaren war. Bullitt hatte ja schon in einem früheren Gespräch mit seinem polnischen Freund Lukasiewicz auf die »verschiedenen und sehr mächtigen Druckmittel« hingewiesen, bei denen allein schon die Drohung mit ihrer Anwendung genügen würde, um England zur Räson zu bringen. [97] Jetzt wurden sie eingesetzt.

Zu diesen Druckmitteln gehörte natürlich in aller erster Linie die Drohung, alle bereits gewährten Zusagen hinsichtlich der Flugzeuglieferungen, der Flottenkooperation und der Revision des Neutralitätsgesetzes wieder zurückzuziehen, aber auch ein ganzes Bündel von finanziellen Repressalien, die je nach Lage angewandt werden konnten. Durch seine wachsende Abhängigkeit von den USA war England in einem so hohen Maße erpreßbar geworden, daß Chamberlain sich jetzt beugen mußte, wenn er politisch überleben wollte.

Der Anstoß kam von polnischer Seite. Lukasiewicz machte Bullitt am 24. März klar, in welchem selbstfabrizierten Dilemma Polen und der Westen bereits saßen. Sollte es bei den unzureichenden Vorschlägen Englands und Frankreichs bleiben und Polen darauf eingehen, dann würde sich Hitler dazu gezwungen sehen, gegen Polen anzutreten. Dies würde einen europäischen Krieg auslösen, in dem Polen dank der englisch-französischen Unentschlossenheit wahrscheinlich untergehen würde – mit der unangenehmen Folge, daß sich Hitler dann ungehindert gegen den Westen wenden könnte. Sollten die Verhandlungen zwischen England und Polen über bessere Garantien indessen scheitern, würde Hitler daraus auf die Schwäche des Westens schließen und zu neuen expansionistischen Abenteuern in Ostmitteleuropa schreiten, was früher oder später zur Katastrophe eines Weltkrieges führen würde. [98]

Mit anderen Worten: Nach Meinung von Lukasiewicz standen die Westmächte und Polen vor der Wahl, ob sie lieber jetzt einen kleineren oder lieber später einen größeren Krieg haben wollten. »Wenn die englische Regierung das heute nicht versteht«, so stellte der Pole fest,

»dann ist ein allgemeiner europäischer Krieg, vielleicht ein Weltkrieg unausweichlich,

und er wird wahrscheinlich bald stattfinden, da die Wahl des günstigsten Moments bei Hitler liegt«.

Diese Argumentation brachte Bullitt dazu, im Namen Roosevelts von England den Abschluß einer Triple-Allianz mit Frankreich und Polen zu fordern. Einen Tag nach dem entscheidenden Gespräch mit Lukasiewicz rief der US-Botschafter seinen Kollegen Kennedy in London an, um diesen entscheidenden Schritt einzuleiten. Der Botschafter am Hof von St. James wurde angewiesen, sich am Sonntag, den 26. Januar, auf den Landsitz des Premierministers nach Chequers zu begeben, wo Chamberlain das Wochenende verbrachte. Ihm gegenüber sollte Kennedy

»alles wiederholen (was Lukasiewicz gesagt hatte – D. B.), indem er kategorisch die Verantwortung der englischen Regierung betonte«.

Bullitt berief sich bei dem, was er sagte, ausdrücklich auf die Vollmachten, die er von Roosevelt hatte. Denn eigentlich war es unüblich im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten, daß ein Botschafter dem anderen Weisungen erteilte.

Kennedy führte die Demarche aus, wobei im Hintergrund die amerikanischen Druckmittel standen. Chamberlain hörte sich verständnisvoll an, was der US-Botschafter zu sagen hatte. Er gab zu erkennen, daß er den Ernst der Situation voll begreife und sich in einer Stimmung der Stärke und der Entschlossenheit befinde. Der Premierminister bekräftigte diesen Eindruck, indem er Kennedy versicherte, daß England auf der Seite Polens stehe und es verteidigen werde, sollte Hitler über die Danzig-Frage einen Konflikt vom Zaun brechen. Damit war Chamberlain bei den Amerikanern im Wort, und Lukasiewicz, der gerade bei Bullitt in Chantilly weilte, als Kennedy aus London anrief, um von seinem Erfolg zu berichten, gab die sensationelle Neuigkeit sofort nach Warschau durch.

Dies alles geschah am 26. März, als die Verhandlungen in Berlin zwischen Ribbentrop und Lipski zusammenbrachen. Zwar hatte der polnische Botschafter seine negativen Instruktionen bereits am 25. März erhalten und sie angeblich auch schon ausgeführt, bevor die Verpflichtung Chamberlains für Danzig in Warschau eintraf. [99] Aber Beck hatte zumindest von jetzt ab eine feste Basis, von der aus er die Krise um die Ostseestadt eskalieren konnte, so daß in den nächsten drei Tagen jene kriegerische Atmosphäre entstand, in der die endgültige und formelle Entscheidung für die englische Polen-Garantie fiel. Bis zum 27. März mobilisierte Polen 750 000 Mann, etwa Dreiviertel seiner Armee. Weil nicht zuletzt deshalb die unmittelbare Gefahr eines bewaffneten Konflikts entstand, mußte die Garantie letztendlich gegeben werden.

Die amerikanische Demarche hatte den englischen Premierminister derart weichgeklopft, daß er noch am Nachmittag des 26. März trotz der geheiligten Ruhe des englischen Wochenendes mit Halifax, Cadogan und dem parlamentarischen Unterstaatssekretär Richard Butler zusammentraf. In diesem Kreis

wurde erstmals über eine formelle Garantie Englands für Polen und Rumänien beraten. Als am nächsten Tag der Außenpolitische Kabinettsausschuß zusammentrat, lagen bereits die ersten Textentwürfe vor. Sie wurden ohne viel Aufhebens beschlossen und den englischen Gesandten in Bukarest und Warschau noch am 27. März zugeleitet. Die Regierung Daladier stimmte diesem Schritt am 29. März 1939 zu. [100]
Allen Anwesenden war bei dieser schicksalhaften Entscheidung klar, daß England und Frankreich im Kriegsfall

»keineswegs Polen und Rumänien davor schützen könnten, (von Deutschland – D. B.) überrannt zu werden«.

Die Minister wußten aber auch, daß England die Sympathien der USA verlieren würde, wenn es sich jetzt nicht dem amerikanischen Führungsanspruch beugte. Um es in Halifax' Worten zu sagen: [101]

»Wir waren konfrontiert mit dem Dilemma, entweder nichts zu tun oder in einen verheerenden Krieg einzutreten. Wenn wir nichts tun würden, dann würde dies einen großen Zuwachs an deutscher Stärke und einen großen Verlust an Sympathie für uns in den Vereinigten Staaten, in den Balkanländern und in anderen Teilen der Welt bedeuten. Unter diesen Umständen, in denen wir zwischen zwei gleich großen Übeln zu wählen hatten, befürwortete er (Halifax – D. B.) die einzig mögliche Alternative: ›Unseren Eintritt in den Krieg.‹«

Es war, als ob die Regierung Seiner Majestät aus Angst vor dem Tode Selbstmord machte. Aus Angst, die Unterstützung Roosevelts und damit auch einen künftigen Krieg zu verlieren, stimmte sie einem Schritt zu, der aller Voraussicht nach den Krieg und die Zerstörung des Empires, sowie den Untergang Polens und Rumäniens bedeuten würde. Den einzigen Trost, den sie dabei hatte, war »Deutschlands schwacher Punkt«, nämlich Hitlers »Unfähigkeit«, »gegenwärtig einen Krieg an zwei Fronten gleichzeitig auszukämpfen«. [102]
Auch Chamberlain schien mit dem Ergebnis einverstanden zu sein, wobei ihm angesichts des amerikanischen Drucks nichts anderes übrig blieb, als sich zu fügen. Ohne das Bündnis zwischen Polen und dem Westen, so lautete seine Argumentation, hätte Hitler die Möglichkeit, der Eventualität des Zwei-Fronten-Krieges auszuweichen. An die naheliegende Gefahr, daß Hitler mit Stalins Hilfe erst Polen und dann Frankreich niederwarf, um auf diese Weise dem Krieg an zwei Fronten zu entgehen, hatte der Premierminister offenbar nicht gedacht. So sehr er gezwungenermaßen mit Roosevelt den Willen teilte, Hitler bei nächster Gelegenheit zu stellen, so sehr teilte Chamberlain mit dem amerikanischen Präsidenten freiwillig den Irrtum über die Einigungsmöglichkeiten zwischen den beiden Diktatoren.
Größer als dieser Irrtum schien aber von Anfang an das Selbstvertrauen der englischen, französischen und polnischen Führung zu sein, einen Krieg mit Hilfe Amerikas am Ende doch siegreich gegen Hitler zu entscheiden. Als die

Offiziere der beiden Generalstäbe am 29. März erstmals unter strengster Geheimhaltung in London zusammentrafen um ihre Kooperation aufzunehmen, kamen sie sofort überein, ihre Strategie »einem langen Krieg« anzupassen. Denn wie viele Irrtümer auch immer über Hitlers Fähigkeit bestanden, mit dem Risiko eines Zwei-Fronten-Krieges fertig zu werden, soviel Klarheit bestand auch auf westlicher Seite, daß Deutschland unfähig war, einen strategischen Langzeitkrieg zu gewinnen.

In so einem Krieg, so legten die Generalstabsoffiziere in ihren ersten Sitzungen am 29. und 30. März fest, [103] würden die Alliierten nach Eröffnung der Feindseligkeiten zunächst in der Defensive bleiben, um allmählich diejenige militärische Stärke aufzubauen, die sie benötigten, um in die Offensive zu gehen. Dabei wurden folgende strategische Ziele in der Reihenfolge ihrer Prioritäten festgelegt: (1) Verteidigung der Integrität Englands und Frankreichs samt ihrer Kolonialreiche und vitalen Interessen, (2) scharfe Blockade gegenüber dem europäischen Festland, (3) Niederwerfung Italiens, (4) Sieg über Deutschland. Am 31. März kamen die beiden Generalstäbe außerdem überein, daß es sich keiner der beiden Alliierten leisten könne,

> »Polen und Rumänien direkten Beistand zur See, zu Lande oder in der Luft zu leihen, damit sie einer deutschen Invasion widerstehen«.

Obwohl England und Frankreich an diesem Tag Polen politisch garantierten, wurde so gleichzeitig über dieses Land militärisch bereits das Todesurteil gesprochen. [104]

Zwei Tage vor diesem Tag, der das Schicksal Europas besiegelte, war der letzte Widerstand Chamberlains gegen die Garantie gefallen, und wieder hatten die Roosevelt-Administration und wahrscheinlich auch der deutsche Widerstand ihre Finger im Spiel. An diesem 29. März trafen auf zwei verschiedenen, aber miteinander verschlungenen Wegen gewisse Informationen in London ein, die – wie schon an der Jahreswende 1938/39 – scheinbar in dieselbe Richtung wiesen.

US-Botschafter Kennedy ließ sich bei Halifax melden. Unter Berufung auf einen Bericht seines Warschauer Botschafter-Kollegens Biddle vom gleichen Tage teilte der amerikanische Diplomat dem englischen Außenminister mit, Ribbentrop habe die Herrschaft über Hitler errungen und dränge nun auf eine »sofortige Aktion« gegen Polen. Angeblich spekulierte der deutsche Außenminister auf die Nachgiebigkeit Englands und Frankreichs sowie darauf, daß ihnen dadurch Amerika entfremdet werde. [105]

Diese alarmierende Neuigkeit wurde wirkungsvoll ergänzt von mündlichen Berichten, die der 26jährige Ian Colvin, Deutschland-Korrespondent des *News Chronicle*, am 28. März aus der Reichshauptstadt nach London mitgebracht hatte. [106] Danach stand die deutsche Wehrmacht just seit diesem Tag »bis zur letzten Feldflasche« bereit, wie eine Stahlfeder gespannt, um gegen Polen loszuschlagen und es von der Ostsee abzuschneiden.

Was der junge Mann dem Leiter der Presseabteilung im Foreign Office, Rex

Leeper erzählte, hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit Kirkpatricks geplatzter »Blitzschlag«-Story, die Mitte Dezember 1938 in London blinden Alarm ausgelöst hatte: Angeblich war der Angriff gegen Polen nur geplant, noch keineswegs fest terminiert, und Hitlers Pläne seien noch keineswegs unwiderruflich, so als könnten sie durch eine energische Gegenaktion Englands wieder gegenstandslos werden. Auch war von einem deutschen Präventivkrieg gegen das Inselreich die Rede, auf den Hitler kürzlich sämtliche Parteigenossen und einen Teil des Offizierskorps eingeschworen habe.

Nach den falschen »*Holland*-« und »*Rumania-scares*« hatte die englische Hauptstadt damit ihre Polen-Panik, und es war allem Anschein nach kein Zufall, daß sie gerade am 28./29. März ausbrach. Am Dienstag, den 28. März, hatte die Anti-Chamberlain-Opposition nämlich unter Führung von Ex-Außenminister Eden erstmals einen parlamentarischen Antrag im Unterhaus eingebracht, der zwecks maximaler Aufrüstung innerhalb kürzester Frist eine Nationale Regierung forderte. Dieser Antrag wurde von mehr als 30 Abgeordneten unterstützt, zu denen – und das war die zweite Premiere – erstmals auch Winston Churchill zählte. Durch die Sammlung aller Kräfte hatte die Anti-*Appeasement*-Bewegung eine neue kämpferische Qualität erreicht.

Obwohl der von bestimmten englischen Medien geschürte Haß gegen das deutsche Volk fast von Tag zu Tag zunahm, [107] konnte Chamberlain noch bis zum Mittwoch, den 29. März, die Abgabe der Polen-Garantie vermeiden. [108] Ein Gutachten des Generalstabes warnte davor, »die Frage nach Frieden und Krieg« von einer Regierung abhängig zu machen,

> »über die wir keine Kontrolle besitzen und zu einem Zeitpunkt, da unsere Verteidigungsprogramme weit davon entfernt sind, erfüllt zu sein«.

Außerdem hoben die *Chiefs of Staff*, um Polen und Rumänien im Falle eines deutschen Angriffs eine faire Chance zu geben, die Bedeutung Rußlands als möglicher Alliierter hervor – eine Eventualität, die Chamberlain gerade mit Rücksicht auf Polen ausschließen wollte. [109]

Während die Regierung Chamberlain unter dem Anprall ihrer Gegner wankte, drohte die Polen-Garantie so unter der Last der Widersprüche, welche die englische Politik in diesem Stadium prägten, ein letztes Mal ins Stocken zu geraten, obwohl sich US-Präsident Roosevelt just an diesem 28. März dazu durchrang, vom Kongreß die ersatzlose Streichung des Neutralitätsgesetzes zu verlangen. In dieser Situation des »Alles oder Nichts« wirkten Biddles Bericht und der Besuch Colvins in der englischen Hauptstadt wie das erlösende Gewitter nach einem schwülen Tag. Jedenfalls erzwangen sie die Entscheidung.

Colvin, der wegen seiner anti-deutschen Berichterstattung bereits einen Ausweisungsbefehl des Nazi-Regimes in der Tasche hatte, wurde am 28./29. März nacheinander von Schatzkanzler Simon, Staatssekretär Cadogan, Außenminister Halifax und von Premierminister Chamberlain empfangen als wäre er der Kaiser von China. Die Frage, was einem so jungen Journalisten die Ehre

verschaffte, von der politischen Prominenz seines Landes mit soviel Aufmerksamkeit überschüttet zu werden, obwohl das liberal-demokratische Blatt die Regierung Chamberlain wie eine Bande von gewissenlosen Schurken bekämpfte, erklärte sich nicht nur mit dem angeblichen Wert der Informationen, die Colvin aus Berlin mitbrachte. Vielmehr wurde Halifax ein Empfang des Korrespondenten vom Verleger des *News Chronicle*, Sir Walter Layton, dringend anempfohlen. Layton war gerade von einer Amerika-Reise zurückgekehrt. Er gehörte zu den Gründungsmitglieder von FOCUS, jener Agitprop-Organisation, die Roosevelt zum »Anti-Hitler« hochstilisierte, und die Tatsache, daß der Außenminister Seiner Majestät sofort parierte, bewies mehr als alles andere, wie sehr sich die innenpolitischen Machtverhältnisse inzwischen zuungunsten Chamberlains verschoben hatten.

Im Grunde war der Premierminister in jenen letzten Märztagen ein Gefangener seiner Gegner, der, um politisch seinen Kopf zu retten, wie ein Strohmann fremder Interessen agierte. Die gespenstische Szene, die sich am Abend des 29. März im Gotischen Zimmer von Westminster abspielte – einem Raum, der dem Premierminister während der Parlamentssitzungen für Besprechungen zur Verfügung stand – machte das Unwürdige dieser Lage schmerzhaft deutlich. Anwesend waren außer dem Regierungschef dessen Außenminister, Staatssekretär Cadogan, der parlamentarische Privatsekretär, Lord Dunglass, der Pressechef des Foreign Office, Sir Reginald Leeper, und ein Geheimdienstmann.

Bis auf Chamberlain hatten alle Anwesenden die Erzählungen Colvins schon gehört, und während sie der junge Mann auf eine Bitte von Halifax wiederholte, saß der Premierminister – gestreifte Hosen, schwarzes Jackett, steifer Kragen, die goldene Uhrkette über der Weste – starren Blicks auf seinem Stuhl, zupfte mit der Hand ebenso unablässig wie nachdenklich an der schlaffen Haut unter seinem Kinn und hörte sich Colvins Worte wie ein Todesurteil an, während der lange Halifax unheildrohend die Lehne überragte. Der Außenminister wurde in den Wandelgängen des Parlaments schon wieder als möglicher Kandidat für die Nachfolge Chamberlains genannt.

Gerade hatte der Journalist vom deutschen Widerstand gegen das Nazi-Regime erzählt. Auf die Frage Chamberlains, was denn die deutsche Regime-Opposition anzubieten habe, erbot sich Colvin, es bei seiner Rückkehr nach Berlin herauszufinden. Die nächste Frage, die irgendein anderer der Anwesenden stellte, traf den Premierminister wie der Schlag mit einem dumpfen Gegenstand auf den Kopf:

»Was würden die Deutschen sagen, wenn Lord Halifax und Mister Chamberlain miteinander die Plätze tauschten?«

Auf diese Weise kam ein 26-jähriger Journalist, dessen Haus mit Chamberlain in erbitterter Fehde lag, in kritischer Lage dazu, seine Meinung über die politische Zukunft des alten Herrn da vor ihm auf dem Stuhl zu äußern.

Aber Colvin hatte seinen großzügigen Tag. Er meinte, es sei besser, wenn der Premier im Amt bliebe – wobei ihn der Gedanke leitete,

»Neville Chamberlain zu beeindrucken und ihn zum Handeln zu bewegen«. [110]

Das Ganze grenzte schon fast an ein Possenspiel, bei dem jeder eine verabredete Rolle spielte. Aber auch Chamberlain handelte wie befohlen, indem er »hier und jetzt« endgültig die englische Garantie für Polen akzeptierte. [111]
Noch an demselben Abend wurde die französische Regierung von dem englischen Entschluß informiert und um ihr Einverständnis gebeten. Der Entwurf des Telegramms enthielt sogar einen Hinweis auf das auslösende Moment, die Informationen von US-Botschafter Biddle. [112] Doch irgend jemand strich diesen Makel später wieder aus. Auf diese Weise erschien die Erklärung, die Chamberlain schließlich am 31. März auch im Namen Daladiers abgab, obwohl sich alle Gerüchte über eine deutsche Mobilmachung gegen Polen inzwischen wieder verflüchtigt hatten, wie eine freie, selbständige und heroische Tat. Dagegen beruhte sie in Wirklichkeit auf politischer Täuschung und Erpressung und auf dem Willen bestimmter Kreise zum Krieg.
Der Premierminister erklärte vor dem Unterhaus, Polen gegen »jede Aktion« beizustehen,

»die eindeutig die polnische Unabhängigkeit bedroht und gegen die sich mit ihren nationalen Streitkräften zu widersetzen die polnische Regierung als lebenswichtig erachtet«.

Damit hatte Chamberlain das Schicksal Europas nicht nur in die Hand Becks, sondern auch in die Hand Roosevelts gelegt. Drei Tage später unterzeichnete Hitler eine Weisung, die die deutsche Wehrmacht ab 1. September 1939 in die Lage versetzen sollte, Polen bei günstiger Gelegenheit zu zerschlagen.

---

Anmerkungen

1 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 80 »Notice« Arthur Willert, 25.4.39, über seine Gespräche mit FDR am 25./26.3.39.
2 Auswärtiges Amt (Hg.), Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. 1939 Nr. 2. Berlin 1939, S. 182.
3 PRO FO 371/22 813 A 1321: Engl. Generalkonsul 2.2.39 Engl. Botschafter/Washington.
4 PRO FO 371/22 964 C 1548: Phipps 6.2.39 FO – Dieses Telegramm wurde per Kuriertasche übermittelt, bedurfte daher keiner besonderen Geheimhaltung oder Verschlüsselung. Die Versicherung hinsichtlich der Aufhebung stammte von Bullitt, der sie wiederum telefonisch von FDR persönlich hatte.
5 PRO FO 371/22 962 C 1093: Mallet 27.1.39 FO wichtig/geheim.
6 Domarus, Hitler, Band II, S. 1058.
7 PRO FO 371/22 963 C 1295: Strang Aktennotiz 31.1.39 Halifax.
8 PRO CAB 23/97: Kabinettssitzung, 8.2.39.
9 PRO FO 371/22 964 C 1403: Aktennotiz Kirkpatrick, 2.2.39 unter Berufung auf den Ribbentrop-Referenten Brückelmeier.
10 David Reynolds, Creation, S. 47f.: Chamberlain 5.2.39 Hilda Chamberlain.

11 Bullitt, President, S. 305: Bullitt 1.2.39 FDR, persönlich/streng vertraulich.
12 ebda.
13 Genau diesen Vorbehalt machte die englische Note vom 10.2.39, durch welche die englisch-französische Militärallianz zustandekam. Vgl. Anmerkung 78 im vorigen Kapitel.
14 Bullitt, President, S. 310: Bullitt 1. und 6.2.39 FDR, streng vertraulich/persönlich. Dort auch die folgenden Zitate.
15 Cannistraro, Poland, S. 310: Biddle 15.2.39 Washington.
16 Jedrzejewicz, Lukasiewicz, S. 168ff.: Lukasiewicz Februar 1939 Beck, strengstens geheim – Nach Meinung des Herausgebers stammt dieser nicht näher datierte Bericht von Anfang Februar.
17 PRO FO 371/22 965 C 1982: Aktennotiz Vansittart (i. e. undatierter Brief eines ungenannten Freundes), 14.2.39 – Vansittart meinte, daß die Quelle für die schier unglaubliche Geschichte hundertprozentig sei. Er sah sich auch in seinem Vorurteil gegenüber Bonnet bestätigt.
18 PRO FO 371/22 965 C 2242: Entwurf Brief Halifax 23.2.39 Henderson, der eine Wiedergabe des Gesprächsinhalts enthält.
19 PRO FO 371/22 965 C 2243: Henderson 22.2.39 FO.
20 PRO FO 371/22 962 C 1094: Mallet 27.1.39 FO, wichtig/geheim.
21 Aus den diplomatischen Berichten geht hervor, daß es sich um Roosevelts Erklärung auf der Geheimsitzung des Verteidigungsausschusses des Senats vom 31.1.39 handelte. Der Präsident hatte bei dieser Gelegenheit noch einmal seine Meinung von der amerikanischen Grenze am Rhein wiederholt. Er war, wie er selbst sagte, gar nicht unglücklich darüber, daß diese Worte durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit durchsickerten, wo sie dann einen Sturm der Entrüstung hervorriefen.
22 FRUS 1939 I, S. 14–17: Kennedy 17.2.39 Hull.
23 Cannistraro, Poland, S. 317: Biddle hatte am 17.2.1939 ein geheimes Memorandum des polnischen Generalstabes nach Washington gesandt. In ihm hieß es: Nach einer schwierigen Eröffnungsphase in den ersten beiden Monaten würde sich das Blatt in einem Krieg zwischen Deutschland/Italien einerseits, England/Frankreich andererseits zugunsten der westeuropäischen Demokratien wenden. In einem längeren Krieg hatte die Achse nach Ansicht der polnischen Militärs keinerlei Siegeschance.
24 Gilbert, Churchill, S. 1041.
24a Bullitt, President, S. 311: Bullitt o. D. FDR, der sich gerade mit dem Kreuzer »Houston«, dem Flaggschiff der US-Atlantikflotte, auf einer Karibik-Kreuzfahrt befand.
25 PRO FO 371/22 966 C 3304: Brief Mallet 10.3.39 Kirkpatrick, geheim – Als Autor wurde Paul Scheffer vermutet. Wie eng die Kontakte zwischen den einschlägigen Medien Frankreichs und Amerikas in dieser Frage waren, geht aus der Tatsache hervor, daß der *Debat* – ein Blatt, das der Regierung Daladier nahestand – den Artikel zwanzig Tage später, am 9.3.39, wortgleich publizierte.
26 PRO CAB 23/97: So die Mitteilung von Halifax in der Kabinettssitzung vom 15.2.39 unter Berufung auf ein Telegramm des englischen Botschafters in Tokio, Craigie, vom 10.2.39.
27 PRO FO 371/22 965 C 2199: Strang 20.2.39 Bland – Der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung berichtete in diesem Telegramm von dem Anruf des niederländischen Geschäftsträgers Teixeira, in dem dieser von dem bereits erwähnten Gespräch zwischen Welles und dem niederländischen Außenminister Patijn erzählt hatte. Strang beruhigte Teixeira nach Konsultation der Fernost-Abteilung im Foreign Office: Die Japaner hätten genügend eigene Gründe für die eben erfolgte Besetzung der Hainan-Inseln, so daß Welles' Vermutung, die Japaner wollten durch diese Besetzung einen Teilabzug der englischen Flotte aus dem Mittelmeer erzwingen, um Deutschland und Italien einen Angriff auf die Westmächte zu erleichtern, unzutreffend sei. Was diesen angeblichen Angriff angehe, so hatte Strang Teixeira weiter versichert, lägen in London keine neuen alarmierenden Meldungen vor. – Die Beruhigung, die sie nach Strangs Auskünften erhielt, hatte die niederländische Regierung offenbar nach Washington weitergegeben, so daß

jetzt auch Welles beruhigter war. Er war aber bereits am 18. 2. 39, wie er Lindsay sagte, mit alarmierenden Äußerungen an die Öffentlichkeit getreten, so daß der Artikel in der *Washington Post* offenbar darauf beruhte.

28 PRO FO 371/22 965 C 2431: Lindsay 20. 2. 39 FO, geheim.

29 PRO FO 371/22 965 C 2209: Vansittart 20. 2. 39 Halifax, geheim – Mit Anlage: Undatierter Brief eines ungenannten deutschen Freundes.

30 PRO FO 371/22 965 C 2431: Lindsay 20. 2. 39 FO, Bearbeitungsvermerk Jebb, 21. 2. 39 – Dort auch die folgenden Zitate. Halifax und Cadogan bewiesen durch ihre Paraphen, die sie ohne weiteren Kommentar unter Jebbs und Sargents Mitteilungen setzten, ihr Einverständnis.

31 PRO FO 371/22 965 C 2431: Brief FO 3. 3. 39 Phipps, äußerst geheim – PRO FO 371/22 966 C 2706: Engl. Militärattaché/Paris 6. 3. 39 Phipps, äußerst geheim: Fraser teilte mit, der amerikanische Alarm über die angebliche Mobilmachung Italiens sei grob übertrieben. Die Meldung aus Washington über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen in Österreich entbehrten jeglicher Grundlage. – Diese für die allgemeine Lageeinschätzung wichtige Mitteilung wurde im Foreign Office »leider verlegt« bis zum 25. 4. 39, wie sich aus dem Bearbeitungsvermerk auf dem Dokument ergibt. Sie stand also während der Tschechoslowakei-Polen-Albanien-Krise Ende März/Anfang April nicht für die Meinungsbildung im Foreign Office zur Verfügung. – PRO FO 371/22 965 C 2431: FO 27. 2. 39 Lindsay, äußerst geheim.

32 Ickes, Diaries, Vol. II, S. 576: Roosevelt hatte schon am 7. 2. 39 zu seinem Innenminister Ickes etwas von einem deutschen Angriff auf die Niederlande und die Schweiz gesagt.

33 PRO FO 371/22 965 C 1982: Vansittart Aktennotiz, 14. 2. 39, in der unter Berufung auf einen ungenannten Freund das Wort vom »Judaslohn« auftauchte. Zur Begründung hatte Hitler angeblich gesagt: Mussolini könne nicht von Deutschland verlangen, daß es die italienischen Forderungen auf Grund des Londoner Vertrages von 1915 militärisch eintreiben helfe. Denn dieser Vertrag – durch den sich das zunächst neutrale Italien der Entente anschloß und dafür gewisse territoriale Zusicherungen erhielt – sei unter Bruch des deutschen Vertrauens zustandegekommen. – PRO FO 371/22 965 C 1979: Brief General Temperley/Daily Telegraph 9. 2. 39 Cadogan: Weizsäcker, den er soeben besucht habe, lasse schön grüßen. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt glaube nicht, daß es zum Krieg kommen werde, weil die deutsche Regierung Mussolini unter Druck setze, sich zurückzuhalten.

34 PRO FO 371/22 965 C 2575: Brief Brocket 1. 3. 39 Halifax; PRO FO 371/22 966 C 2590: Phipps 1. 3. 39 Halifax (Anlage: Brief Castellane 21. 2. 39 Phipps); ebda. C 3184: Memorandum Henderson 9. 3. 39 FO.

35 Diese Formulierung hatte der Verbindungsoffizier zwischen Hitler und Ribbentrop, Walther Hewel, gegenüber Brocket benutzt.

36 PRO FO 371/22 966 C 2672: FO Aktennotiz, 27. 1. 39 – Der Kirkpatrick-Kommentar befindet sich auf diesem Dokument.

37 Sidney Aster, 1939. The Making of the Second World War. London 1973, S. 84.

37a PRO FO 371/23 150 C 2687: Kennard 6. 3. 39 FO und Marginalie auf diesem Dokument.

37b PRO FO 371/23 150 C 3187: Hoare 10. 3. 39 FO.

38 PRO FO 371/22 966 C 2888: Aufzeichnung Mason Macfarlane 6. 3. 39 Henderson, sehr vertraulich.

39 PRO FO 371/22 966 C 2956: Phipps 12. 3. 39 FO – Das nächste Zitat siehe in PRO FO 371/22 966 C 2973: Phipps 11. 3. 39 Halifax – Kerillis hatte sich im Oktober 1938 dadurch hervorgetan, daß er gemeinsam mit den Kommunisten als einziger Abgeordneter der Rechten in der französischen Kammer gegen das Abkommen von München stimmte. Neben Madame Tabois und »Pertinax« zählte er zu Frankreichs prominentesten Kolumnisten. Mit den »amerikanischen Kreisen« ist vor allem Dorothy Thompson und Anhang gemeint. Über Gesinnungsfreunde sorgte die streitbare Amerikanerin dafür, daß der »Holland scare« auch im Februar/März 1939 nicht aus der westlichen Presse verschwand.

40 Cannistraro, Poland, S. 322: Biddle 11. 3. 39 Washington.
41 Kennan, Memoiren, S. 106.
42 PRO FO 371/22 965 C 2209: Memorandum Vansittart 20. 2. 39 Halifax, geheim – Die Äußerung Conwell Evans' ist in einem »PS« enthalten. Der Geschichtsprofessor war gerade aus Deutschland zurückgekehrt und hatte die »Einverleibung der Reste der Tschechoslowakei in sehr naher Zukunft« vorausgesagt.
43 PRO FO 371/22 966 C 3368: Memorandum des Rates für Industriespionage, 16. 3. 39.
44 Cannistraro, Poland, S. 322f.: Biddle 11. 3. 39 Washington.
45 Dallek, Roosevelt, S. 182.
46 Cannistraro, Poland, S. 322: Memorandum Biddle 11. 3. 39 Washington.
47 Dallek, Roosevelt, S. 183.
48 Bullitt, President, S. 323: Bullitt 18. 3. 39 FDR und an den amtierenden Außenminister, geheim/persönlich – Dort auch das Folgende.
49 PRO CAB 27/627: F. P. (36) 80 »Notice«, Gespräch FDR-Willert 25. und 26. 3. 39: Mussolini hatte Roosevelt bis dahin über verschiedene Kanäle inoffizielle Vorschläge für eine Weltkonferenz gemacht. Doch hatte Roosevelt immer darauf bestanden, daß diese Vorschläge direkt und offiziell an ihn gerichtet werden müßten, wenn er sie aufgreifen solle. Da Roosevelt im Gegensatz zu Chamberlain nicht glaubte, daß sich der italienische Diktator einmal von Hitler trennen könnte, kam diese starre Haltung einer Ablehnung von Mussolinis Fühlern gleich.
50 DFP 3/IV, Seite 238ff.: FO-Memorandum Roberts, 13. 3. 39.
51 Colvin, Vansittart, S. 292: So die Beurteilung Cadogans.
52 PRO FO 371/22 966 C 3234: Memorandum Vansittart, 13. 3. 39 Halifax, geheim.
53 Feiling, Life, S. 399: Chamberlain-Tagebuch, Eintragung vom 19. 3. 39 – Dort auch das folgende Zitat.
54 Hansard, Commons, Volume 345, Colums 438–440: Chamberlain-Erklärung, 15. 3. 39.
55 PRO CAB 23/98: Kabinettssitzung, 15. 3. 39.
56 England und Frankreich hatten in der Septemberkrise von 1938 die Verpflichtung übernommen, die restliche Tschechoslowakei zu garantieren, wenn die Regierung in Prag das Sudetenland an das Deutsche Reich abtrete. Unter dieser Voraussetzung hatte der inzwischen zurückgetretene und in die USA emigrierte Beneš dem englisch-französischen Abtretungsplan am 19. 9. 38 zugestimmt. Zumindest England hatte jedoch von Anfang an gewollt, daß auch Deutschland und Italien dieser Garantie beitraten, worüber am Rande der Münchner Konferenz auch zwischen Chamberlain, Daladier, Hitler und Mussolini gesprochen wurde. Doch war keine der vier Mächte wirklich am Zustandekommen dieser Garantie interessiert, so daß England schließlich nur eine »moralische Garantie« übernahm. Halifax machte aber in der Kabinettssitzung vom 15. 3. 39 klar, die Regierung habe nie beabsichtigt, »in dieser Angelegenheit die Verpflichtung für ein Monopol der Verpflichtung zu übernehmen«. Vgl. PRO CAB 23/98: Kabinettssitzung, 15. 3. 39 – Damit gab der englische Außenminister zu erkennen, daß sich England nie wirklich an die einseitige »moralische Garantie« gebunden gefühlt hatte. Obwohl Frankreich vor dieser englischen Verpflichtung erklärt hatte, seine Garantie sei für die Tschechoslowakei bereits in Kraft, fühlte es sich nach dem deutschen Einmarsch ebenfalls nicht mehr an sie gebunden. Dies alles bewies, daß die beiden westeuropäischen Demokratien noch am 15. 3. 39 bereit waren, die Besetzung hinzunehmen.
57 PRO FO 371/22 966 C 3102: Aktennotiz Vansittart, 15. 3. 39.
58 ADAP D VI, S. 6: Deutscher Gesandter Fabricius/Bukarest 16. 3. 39 AA – Hitler hatte die Karpatho-Ukraine, den östlichsten Teil der Tschechoslowakei, Ungarn zugesprochen, das am 14. 3. begonnen hatte, das Gebiet zu besetzen und auf diese Weise eine gemeinsame Grenze mit Polen erhielt. Beck hatte sich das zwar früher immer gewünscht, war jetzt aber nicht mehr daran interessiert, weil sich Hitler die Slowakei einverleibte, anstatt diese Polen zu überlassen. Beck, der zu diesem Zeitpunkt längst Anschluß an den Westen suchte, veranlaßte Rumänien am 16. 3. zu einer Teilmobilmachung gegen Ungarn, das

wiederum entschlossen war, die Rumänen aus der Karpatho-Ukraine hinauszuwerfen, sollten sie eine Invasion wagen.

59 PRO FO 371/22 966 C 3136: Phipps 15. 3. 39 FO.

60 FRUS 1939 I, S. 72: Kennedy 17. 3. 39 Hull

61 DBFP 3/IV, S. 389f.: Halifax 17. 3. 39 Waterlow, Campbell, Kennard, Seeds und Knatchbull-Hugheson.

62 Jedrzijewicz, Lukasiewicz, S. 174: Aufzeichnung Lukasiewicz über sein Gespräch mit Bullitt am 18. 3. 39. Dort auch die folgenden Zitate.

62a PRO FO 371/22 967 C 4196: C. P. 73 (39) = Protokoll der Ministergespräche Halifax-Bonnett, 21./22. 3. 39 in London – Der Ablauf war so, daß Bullitt den französischen Außenminister am 18. 3. 39 aufsuchte und fragte, ob er dem amerikanischen Präsidenten etwas ausrichten solle, wenn er gleich mit ihm telefoniere – eine Geste, die den USA für den Fall weiterer Verwicklungen, mit denen am 18. 3. gerechnet wurde, ein Alibi für eigene Schritte verschaffen sollte. Bonnet antwortete, das beste sei, die Amerikaner würden ihr Neutralitätsgesetz revidieren. Am 20. 3. 39 kehrte Bullitt dann mit der Mitteilung zurück, Roosevelt sei sich seiner Mehrheit im Senat sicher. Das war jedoch eine grobe Übertreibung, wie die Ereignisse im Sommer 1939 zeigten.

63 Der Bezug auf Amerika ergibt sich aus folgender Passage der Birminghamer Rede: Nachdem Chamberlain die Frage nach Hitlers »Versuch zur Weltherrschaft durch Gewalt« gestellt hatte, fuhr er mit den Worten fort, »das sind schwerwiegende und ernste Fragen. Ich werde diese Fragen heute abend nicht beantworten. Ich bin aber überzeugt, daß sie die tiefernste und gewissenhafte Erwägung nicht nur durch Deutschlands Nachbarn, sondern auch durch andere Mächte, vielleicht sogar solche jenseits der Grenzen Europas, notwendig machen würden. Schon jetzt liegen Anzeichen dafür vor, daß dieser Prozeß eingesetzt hat, und es ist augenscheinlich, daß er nunmehr voraussichtlich einen schnelleren Verlauf nehmen wird.« Dies war eine Anspielung auf die Revision des US-Neutralitätsgesetzes, auf die Chamberlain hoffte. Text vgl. Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939 (deutsche Übersetzung). Basel 1939, S. 5ff.

64 DBFP 3/IV, S. 394: Halifax 17. 3. 39 Lindsay – Kennedy suchte Halifax am 18. 3. 39 erneut auf. Der englische Außenminister kommentierte Chamberlains Rede mit den Worten, »daß damit die Aussage verbunden sei, daß dieses Land (gemeint war England – D. B.) sich einer weiteren aggressiven Aktion Deutschlands nicht unterwerfen würde.« Genau dies aber kann man aus Chamberlains Rede noch nicht herauslesen, auch wenn es schon insgeheim seine Meinung gewesen sein mag.

65 PRO CAB 23/98: Kabinettssitzung, 18. 3. 39.

66 PRO CAB 16/209: Strategic Appreciation Sub-Committee, 3. Sitzung vom 17. 3. 39 – vgl. auch PRO CAB 53/10: Chiefs of Staff (COS), Sitzung vom 18. 3. 39 – PRO FO 371/22 958 C 3565: Memorandum Jebb, 18. 3. 39: Trotz der offiziellen Widerlegung der Gerüchte durch Gafencu am 18. 3. 39 glaubte auch der englische Geheimdienst SIS noch an diesem Tage, daß die deutsche Wehrmacht nicht in Prag stehenbleiben werde.

67 PRO FO 371/22 969 C 5263: Strategisches Memorandum, 14. 3. 39 – Geheime Verschlußsache.

68 PRO CAB 23/98: Kabinettssitzung, 18. 3. 39: Mitteilung Halifax auf Grund einer Depesche des englischen Gesandten in Bukarest, die eine Antwort auf die Anfrage des Foreign Office vom 17. 3. 39 darstellt, was Rumänien im Falle eines deutschen Angriffs zu tun gedenke. Annex zum Kabinettsprotokoll. Chamberlain erklärte auf der Sitzung ausdrücklich, er glaube nicht mehr an einen Angriff Deutschlands auf Rumänien.

69 PRO FO 371/22 966 C 3552: Phipps 18. 3. 39 Halifax, geheim.

69a CAB 23/98: Kabinettssitzung, 18. 3. 39.

70 PRO CAB 53/10: Chief of Staffs, 283. und 284. Sitzung vom 18. 3. 39 – CAB 55/3: Joint Planning Comittee, 242. Sitzung vom 18. 3. 39 – Die zweite Empfehlung an die Regierung Chamberlain, ein Bündnis mit Frankreich, Polen und Rußland herzustellen und Deutsch-

land ein Ultimatum zu stellen, sollte es beabsichtigen, Rumänien zu schlucken, entfiel mit dem Verschwinden der Kriegsgerüchte. Gleichwohl spielte das Bündnis mit Rußland auch später noch eine gewisse Rolle in den Überlegungen des englischen Generalstabes, als es um die Garantie für Polen ging.

71 PRO CAB 23/98: Kabinettsitzung, 20. 3. 39.

72 PRO CAB 23/98: Kabinettsitzung, 20. 3. 39.

73 Jean Szembek, Journal 1933–1939. Paris 1952, S. 314 – Szembek war damals Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium. Der polnische Botschafter in London, Graf Edward Raczynski, verlangte von Halifax am 24. 3. 39 eine bilaterale vertrauliche Verständigung. DBFP 3/IV, S. 518: Halifax 24. 3. 39 Kennard – Wie Beck zum Leiter des englischen Außenwirtschaftsamtes, Hudson, sagte, der Warschau am 22. 3. 39 besuchte, legte Polen auf eine Geheimhaltung dieser Abmachung wert, die dann eventuell sogar eine Verbindung mit Rußland gestattet hätte. Colvin, Vansittart, S. 302. Doch kam es den Westmächten wegen des Abschreckungseffektes, den sie sich davon in Berlin versprachen, auf die Öffentlichkeit der Garantieverpflichtung an.

74 Bullitt, President, S. 333: Bullitt 23. 3. 39 FDR, privat/vertraulich.

75 ADAP D VI, S. 91 – Schlehia war angeblich ein sowjetischer Agent, dessen Identität erst 1941 aufgedeckt wurde, wie die Witwe von Außenminister Ribbentrop, unter Berufung auf David J. Dallin, Die sowjetische Spionage. Prinzipien und Praktiken. Köln 1956, S. 151 und Dulles, Verschwörung, S. 129 behauptet. Vgl. Annelies von Ribbentrop, Verschwörung, S. 326. Frau von Ribbentrop wirft in diesem Buch Staatssekretär von Weizsäcker vor, er habe ein doppeltes Spiel gespielt, indem er seinem Außenminister ein Ultimatum unterschob, das dieser gar nicht gestellt hatte, nur um Becks Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen zu verhindern. – Waclaw Jedrzejewcz (Ed.), Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs of Josef Lipski, Ambassador of Poland. New York/London 1968, S. 502 behauptet wiederum, Ribbentrop habe das Ultimatum gegen Hitlers Willen gestellt. – Klar ist nur, daß Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres am 25. 3. 39 anwies: »Der Führer will die Danzig-Frage jedoch nicht durch Gewalt lösen. Er wünscht nicht, daß Polen dadurch in die Arme Englands getrieben wird.« ADAP D VI, S. 98f.

76 Diese Terminierung nannte Beck in einem Gespräch mit US-Botschafter Biddle am 25. 3. 39. FRUS 1939 I, S. 101: Biddle 25. 3. 39 Washington – Günter Wollstein spricht in diesem Zusammenhang sehr unklar von einem »unbefristeten Ultimatum«, ohne auf die in der vorigen Anmerkung erwähnten Vorgänge weiter einzugehen. Günter Wollstein, Die Politik des nationalsozialistischen Deutschland gegenüber Polen 1933 bis 1939/45. In: Funke, Hitler, S. 807.

77 Szembek, Journal, S. 436.

78 Dieses Gespräch hatte schon am 23. 3. 39 stattgefunden. Jedrzewicz, Lukasiewicz, S. 177.

79 ebda., S. 180: Lukasiewicz 29. 3. 39 Beck, streng geheim.

80 ebda.

81 Jedrzewicz, Lipski, S. 503: »Memorandum on the Conference of Senior Officials with the Polish Minister of Foreign Affairs on March 24th 1939, secret« – So auch Szembek, Journal, S. 434.

82 FRUS 1939 I, S. 101: Biddle 25. 3. 39 Washington.

83 PRO CAB 23/98: Kabinettssitzung, 20. 3. 39.

84 PRO FO 371/22 967 C 3859: Protokoll eines Ministertreffens, 19. 3. 39, in Downing Street No. 10, an dem außer Chamberlain nur Simon, Halifax, Stanley, Cadogan und zwei andere Berater teilnahmen. Ausdrücklich wurde dabei auf die »sehr freundliche Haltung« hingewiesen, die Roosevelt während des ersten Teils der Tschechoslowakei-Krise im September 1938 zur amerikanisch-englischen Flottenkooperation eingenommen hatte. PRO ADM 116/3 922: FO 19. 3. 39 Lindsay.

85 PRO ADM 116/3 922: Lindsay 21. 3. 39 FO.

86 PRO ADM 116/3 922: Aufzeichnung Danckwerts, 24. 3. 39.

87 PRO FO 371/22 968 C 4415: Auszug Sitzungsprotokoll, 22. 3. 39 – Der zitierte Satz wurde in diesem Dokument durchgestrichen und von Halifax mit der Randbemerkung »Weglassen« versehen – ein Beweis dafür, für wie brisant der Außenminister die Verpflichtung Roosevelts hielt.
88 Ovendale, Appeasement, S. 208 ff.: Man hatte die Hochkommissare nur informiert, nicht konsultiert und am 9. 2. 39 sogar das »Allgemeine Gesetz über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten« aufgehoben, das die Prozedur in außenpolitischen Fragen, bei denen es um Krieg und Frieden ging, zwischen den Dominions und England regelte.
89 ebda., S. 220: Die Äußerung Hertzogs fiel am 23. 3. 39.
90 Vgl. Anmerkung 87 oben.
91 PRO FO 371/22 967 C 4196: C. P. 73 (39): Protokoll der Ministergespräche Halifax-Bonnet, 21./22. 3. 39.
92 PRO CAB 23/98: Kabinettssitzung, 20. 3. 39 – Auf dieser Sitzung kam man überein, eine deutsche Aktion in bezug auf Danzig oder das Memelland nur dann als Anwendungsfall für diese Schutzgarantie zu betrachten, wenn die Aktion »eine Bedrohung der Sicherheit und der politischen Unabhängigkeit Polens bedeutet.« Diese Formel ging nicht so weit wie die endgültige Garantie.
93 PRO FO 371/22 968 C 4402: FO 29. 3. 39 Kennard.
94 PRO FO 371/22 966 C 2997: Halifax 17. 3. 39 Phipps – Aus der Protestnote, die Phipps dem französischen Außenminister mündlich übermittelte, geht hervor, daß die Niederlande und die Schweiz bis zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht offiziell von der englisch-französischen Garantie unterrichtet waren.
95 PRO FO 371/22 967 C 4196: C. P. 73 (39) = Gesprächsprotokoll Bonnet-Halifax, 21./22. 3. 39, London.
96 ebda., und Dilks Cadogan, S. 161.
97 Jedrzewicz, Lukasiewicz, S. 168: Das geschah Anfang Februar. Es handelte sich dabei im wesentlichen um die Repressalien, die Morgenthau seit der Konferenz von München entwickelt hatte, um sie vor allem gegen Deutschland einzusetzen. Danach konnte der US-Finanzminister von Roosevelt ermächtigt werden, die Währungsverhältnisse, die Gewährung von Auslandskrediten, den Export von Gold und Devisen und die Behandlung ausländischer Guthaben in Amerika beträchtlich zu manipulieren. Entsprechende Verordnungen wurden Roosevelt am 16. 4. 39 vorgelegt. Bei einer gegen England gerichteten Auslegung waren sie geeignet, die Kapitalversorgung des Inselreiches im Kriegsfall zu erschweren oder gar lahmzulegen. Blum, Morgenthau, Band II, S. 86 ff. – Allein schon die Drohung mit diesen Zwangsmitteln würde ausreichen, um Chamberlain zu stürzen oder weichzumachen, weil die Londoner City und die Anti-Appeaser einen solchen Schlag niemals widerspruchslos toleriert hätten. Gegenüber Deutschland kam noch die am 17. 3. 39 bereits verhängte Erhöhung der US-Importzölle hinzu.
98 Jedrzewicz, Lukasiewicz, S. 180 ff.: Lukasiewicz 29. 3. 39 Beck, streng geheim – Dort auch das Folgende, vor allem die Auszüge aus Lukasiewicz' Bericht, S. 183 ff.
99 Das behauptet Lukasiewicz in Jedrzewicz, Lipski, S. 183.
100 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 27. 3. 39 Dort auch die folgenden Zitate. Zur Zustimmung Frankreichs vgl. DBFP 3/II, S. 540: Phipps 29. 3. 39 Halifax – Diese Botschaft bestand nur aus den drei Worten: »French Gouvernment Agrees.« (Französische Regierung stimmt zu).
101 PRO CAB 27/624: Außenpolitischer Kabinettsausschuß, 27. 3. 39.
102 ebda.
103 PRO CAB 29/60: AFC (J) Paper 29, 4. 4. 39 und Sitzungsprotokoll 29. 3. 39.
104 Es war freilich die französische Delegation, die an diesem Tage, um ihren polnischen Alliierten zu retten, »eine lange, solide und dauerhafte Front« in Osteuropa unter Einschluß Rußlands forderte, womit auch der englische Generalstab übereinstimmte.
105 PRO FO 371/23 015 C 4505: Memorandum Sargent, 29. 3. 39.
106 Vgl. zu diesem Komplex Colvin, Vansittart, S. 303 ff. – Neben anderen Quellen berief

sich Colvin auf einen deutschen Oberst als Informanten, der »in Fühlung mit dem deutschen Kriegsministerium« gestanden habe. Diese Beschreibung könnte auf Oberst Hans Oster passen, der als Offizier der militärischen Abwehr dem Widerstand angehörte.

107 So die Beobachtung Brünings, Gespräche, S. 240 – Der Ex-Reichskanzler hielt sich in diesen Märztagen in London auf.

108 PRO CAB 23/98: Kabinettsitzung, 29. 3. 39.

109 PRO CAB 53/47: Chief of Staff, Paper 870, 28. 3. 39 – CAB 53/10: Chief of Staffs, 285. Sitzung, 28. 3. 39 – Auch die Führung der Labour-Party hatte am 28. 3. 39 vergeblich auf eine Einbeziehung Rußlands gedrängt, um die Große Allianz herzustellen.

110 Colvin, Vansittart, S. 309.

111 So Newman, March 1939, S. 185: Brief Chamberlain 4. 4. 39 an seine Schwester Hilda.

112 PRO FO 371/23 015 C 4525: Halifax o. D. Phipps.

# 4.

# Ein letztes Mal: Appeasement

Während die deutsche Wehrmacht in dichtem Schneetreiben Prag besetzte, wurde das frühlingshafte Düsseldorf Zeuge einer friedlichen Szene. Im »Parkhotel«, neben dem Berliner »Adlon« und dem »Bayerischen Hof« in München eine der Nobelherbergen des Dritten Reiches, prosteten sich am 16. März einige gut betuchte Herren gegenseitig mit Portwein und Champagner zu. Grund für die festliche Stimmung war ein langfristiges Abkommen, mit dem die Spitzenverbände der deutschen und der englischen Industrie ihrer amerikanischen Konkurrenz auf den Weltmärkten entgegentreten wollten. Ebenso wie durch die einseitige Expansionspolitik Hitlers fühlte sich die Roosevelt-Administration durch die wirtschaftliche Komplizenschaft Chamberlains mit den Nazis angespornt, über der tschechoslowakischen Frage die Entscheidung in Europa zu suchen.

Obwohl er persönlich wenig von Wirtschaft verstand, verfolgte der Präsident die finanz- und handelspolitische Zusammenarbeit zwischen England und dem Dritten Reich mit wachsendem Argwohn, weil sie nicht zu seiner Quarantäne-Politik einer zunehmenden Isolierung Deutschlands paßte. In den vergangenen fünf Jahren war die US-Regierung einer Verbesserung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen unter immer neuen Vorwänden ausgewichen. [1] Zwar wiederholte Außenminister Hull seine Vorwürfe gegen das bilaterale Präferenzsystem des deutschen Außenhandels gebetsmühlenartig. Aber in Wirklichkeit koppelten er und Handelsminister Harry Hopkins das angeblich so heilige Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung in den Handelsverträgen, die sie mit Drittstaaten schlossen, ebenso an bilaterale Zolltarifabsprachen wie das Dritte Reich.

Der wichtigste und für Washington ärgerlichste Unterschied bestand freilich darin, daß das devisenarme Deutschland in seine Handelsverträge mit Drittstaaten allerlei devisensparende Klauseln einbaute. Sie liefen häufig auf einen bloßen Tauschhandel »Ware gegen Ware« hinaus. So konnten die deutschen Handelspartner im Warenverkehr mit dem Dritten Reich keine Devisen erwirtschaften, die sie für neue Einkäufe in den USA benötigt hätten. Obwohl Amerika in Gold und Devisen schwamm und sich im Handelsverkehr mit Drittstaaten keinerlei Beschränkungen aufzuerlegen brauchte, fühlten sich die amerikanischen Exporteure, Banken und Produzenten, die auf galoppierende Wachstumsraten im Außenhandel setzten, durch die deutschen Praktiken geschädigt.

Während sich die Nazis so den Zorn der liberal-demokratischen Internationalisten zuzogen, hinter denen sich das außenwirtschaftliche Interesse an dem *einen* Weltmarkt verbarg, war England den deutschen Handels- und Zahlungsnöten seit 1934 immer weiter entgegengekommen. Im Gegensatz zur Roosevelt-Administration, die den »Anschluß« Österreichs an das Dritte Reich mit wirtschaftlichen Sanktionen beantwortete, [2] nahm die Regierung Chamberlain zwei Tage nach der berüchtigten »Wochenend-Krise« im Mai 1938 Verhandlungen über ein neues Handels- und Finanzabkommen mit der deutschen Regierung auf. Sie führten am 1. Juli 1938 zu jenem Vertrag, den man als »ökonomisches München« bezeichnen könnte.

Deutschland erhielt dadurch gegen bestimmte Konzessionen den österreichischen Staatsschatz in voller Höhe von 20 Millionen Pfund Sterling und darüber hinaus weitere Bardevisen aus dem Handel mit England zugesprochen. Dadurch wurde Hitler, der wegen seiner Autarkiepolitik an einem chronischen Devisenmangel litt, auf den Weltmärkten wieder etwas flüssiger. Zum Beispiel konnte er die »freie Devisenspitze« aus dem Handel mit England jetzt dazu benutzen, sich in Südamerika mit den Rohstoffen einzudecken, die er für seine Aufrüstung brauchte, während es der Roosevelt-Administration gerade darum ging, den deutschen Führer daran zu hindern. [3]

Abgesehen davon, daß sich Chamberlain und die *Appeaser* von diesen wirtschaftlichen Abmachungen eine entkrampfende Wirkung auf die deutsche Führung versprachen, hatte die ganze Angelegenheit jedoch noch einen ganz anderen Aspekt, und der war für die Vereinigten Staaten am gefährlichsten. Das deutsch-englische Handels- und Finanzabkommen von 1938 eröffnete nämlich mittelfristig die Aussicht auf ein wirtschaftliches Viereck zwischen Deutschland, dem englischen Mutterland, dem Empire und Ostmitteleuropa, in das unter Umständen auch westeuropäische Länder wie Frankreich und Italien vielleicht auch Japan einbezogen werden konnten. Auf diese Weise traten hinter den Nebelwänden der Tschechoslowakei-Krise von 1938/39 allmählich die Umrisse eines weltwirtschaftlichen Blocks hervor, der gegenüber den USA und dem Dollar zu einer abschließenden Wirkung neigte. Er war geeignet, langfristig die überlegene Weltmachtstellung der USA zu bedrohen.

Mitte Oktober 1938, nach der Konferenz von München, reiste Sir Frederick Leith-Ross, Chamberlains wichtigster Wirtschaftsberater, nach Berlin, um über eine Erhöhung der freien Devisenspitze zu verhandeln. Sie sollte von England, Frankreich und den Niederlanden gemeinsam aufgebracht werden, damit Deutschland seine Importe aus Südosteuropa bezahlen konnte. Zwar kam es nicht mehr dazu, weil die Konferenz von München, die Reichskristallnacht, der blinde »Blitzschlag«-Alarm und der falsche »*Holland-scare*«, die europäischen Staaten voneinander entfernte. Aber Leith-Ross hatte keinerlei Zweifel daran gelassen, daß bestimmte Kreise Englands nach wie vor der Meinung waren,

»die europäische Wirtschaft sei auch und gerade gegenüber der immer stärker werdenden Wirtschaft der Vereinigten Staaten in ernsthafter Gefahr, wenn die vier Groß-

mächte Europas (gemeint waren Deutschland, England, Frankreich und Italien – D. B.) gegeneinander- statt zusammenarbeiten«. [4]

Ziel dieser Bemühungen war offenbar ein »europäischer *New Deal*« – eine Neuverteilung der Weltmarkt- und Weltmachtchancen von Europa aus.

Diese Zielvorstellung kam Hitlers Verlangen nach einer Verständigung mit England grundsätzlich entgegen. Obwohl die beiden Länder politisch und wirtschaftlich zum Teil heftig miteinander rivalisierten, drückte England und Deutschland 1938/39 zumindest ein gemeinsames Problem: Sie hatten sich an dem forcierten Wettrüsten übernommen oder waren im Begriff, es zu tun. Deshalb suchte man in Berlin und London seit dem Sommer 1938 behutsam nach Möglichkeiten, wie man sich zumindest zeitweise vom Druck der unproduktiven Rüstungsausgaben entlasten konnte. Vereinzelt war sogar davon die Rede, daß ein Übergang von der »Kriegswirtschaft« zur »Friedenswirtschaft« zu schaffen sei. Dadurch gerieten England und Deutschland tendenziell in einen Gegensatz zu den USA, wo von der Roosevelt-Administration im Herbst 1938 gerade die ersten Vorkehrungen zur Umstellung der amerikanischen Wirtschaft von Frieden auf Krieg getroffen wurden.

Deutschland und England hatten ihre Rüstungsausgaben von 1933 bis 1939 um 800 bzw. 600 Prozent erhöht – von 8,6 bzw. 8,3 Prozent auf 61,4 bzw. 50 Prozent des jeweiligen Staatshaushalts. Da die Aufrüstung auf beiden Seiten mit Ablauf des Jahres 1938 einen gewissen Sättigungsgrad erreichte, stellte sich die strukturell und politisch heikle Frage: Wie konnte man von den immensen Rüstungslasten wieder herunterkommen, ohne daß bei sinkender Geldwertstabilität, Erschöpfung der Kapitalmärkte und steigender Arbeitslosigkeit eine sogenannte »Stagflation« ausbrach, also eine wirtschaftliche Stagnation bei gleichzeitiger Inflation mit eventuell verhängnisvollen Folgen für den sozialen Frieden.

Chamberlain und Hitler waren an einer Festigung des gesellschaftspolitischen status quo in ihren Ländern gegen die Anfechtungen des liberal-demokratischen Zeitalters interessiert. Der Premier hatte dem Führer schon im Sommer 1938 signalisiert, aus der Rivalität um Absatz- und Rohstoffmärkte brauche kein Krieg zu entstehen. Der Rohstoff- und Nahrungsmittelhandel zwischen Europa und dem Empire, der naturgemäß über die Londoner City lief, hatte in Deutschland seinen dankbarsten Abnehmer, der mit festen Abnahmegarantien und hohen Preisen lockte. Der deutsche Markt war daher für die Empire-Kaufleute langfristig interessanter als der amerikanische Markt, wo jeder Versuch, indische Baumwolle oder kanadischen Weizen abzusetzen, auf den wütenden Widerstand der amerikanischen Farmer gestoßen wäre.

Umgekehrt blickten die englischen Unternehmer mit einer Mischung aus Neid und Bewunderung auf die deutsche Industrie und Exportwirtschaft, die ihren englischen Konkurrenten durch zentrale Planung, hohes Leistungniveau und größere Effektivität zum Teil überlegen war – vom chronischen Kapital – und Devisenmangel abgesehen. Hier war eine weltweite Zusammenarbeit auf der

Basis »englische Kapitalkraft *plus* deutsche Nachfragemacht« grundsätzlich denkbar, wie sie weder im Verhältnis Englands zu den USA, geschweige denn im Verhältnis Deutschlands zu den USA in Frage gekommen wäre.

Auch in der Reichshauptstadt hatte man über die langfristigen Perspektiven der deutschen Wirtschaft nachgedacht. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, »Denkfabrik« des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), fertigte im Sommer 1938 eine Studie an, die gewisse Veränderungen im außenwirtschaftlichen Kurs des Dritten Reiches empfahl: Die Alternative dürfe nicht länger »Weltwirtschaft *oder* Autarkie« [5] heißen. Sie müsse von der Synthese »Weltwirtschaft *und* Autarkie« abgelöst werden. Erst dadurch sei eine gesunde, ertragreiche und finanzkräftige Friedenswirtschaft möglich.

Vor dem Hintergrund der bedrohlichen Wirtschafts- und Finanzkrise, die das Dritte Reich schüttelte, entwickelten Wirtschaftsminister Walter Funk und Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk im November 1938 ein Programm, das nicht nur Hitlers Stellvertreter Göring unterstützte, sondern das sogar die Billigung des Führers fand. Es sah ein ausgeglichenes Reichsbudget, eine Beseitigung der Devisenkontrollen und eine Abwertung der Reichsmark vor, eine Annäherung an die wirtschaftspolitischen Methoden also, die der Westen seit langem forderte. Die Verwirklichung dieses Programms sollte, wie Reichsbankdirektor Emil Puhl bei einem Besuch in London Ende November 1938 berichtete, Hand in Hand gehen mit einer internationalen Rüstungsbegrenzung, tiefgreifenden Veränderungen in der national-sozialistischen Außenpolitik und einem Verzicht auf aggressive Ziele, da nach Hitlers Meinung »auf lange Sicht die Logik der Fakten« zähle.

Mit der Realisierung seines Programms, so führte Puhl aus, wollte der Führer indessen so lange warten, bis sich die Aufregung in England und Amerika über die Reichskristallnacht gelegt habe. Diese Pogrome seien das Werk weniger Extremisten in seiner Umgebung wie Propagandaminister Goebbels gewesen, die eine Westintegration Deutschlands verhindern wollten.

Obwohl nicht auszuschließen war, daß es sich um ein reines Ablenkungsmanöver handelte, stießen Puhls Vorstellungen bei den *Appeasern* auf Interesse. Aber nach Meinung der Anti-*Appeaser* hatte sich Deutschland mit der Judenverfolgung »sein eigenes Grab gegraben«, und sie waren jetzt entschlossen, »alles (zu) tun, dies der Welt, besonders Deutschland, klarzumachen«. [6] Weil diese Entschlossenheit einen Erfolg bei den deutsch-englischen Industrieverhandlungen ausschloß, die im Dezember 1938 begannen, kam ein Abkommen nicht mehr zustande.

Als Exponent der »Gemäßigten« in Hitlers Umgebung wurde Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht betrachtet, der als Konstrukteur des »deutschen Wirtschafts- und Rüstungswunders« in London ein großes Ansehen genoß. Seine Entlassung Ende Januar 1939 wirkte auf die Appeaser zunächst wie ein Schock. Sie bestärkte die umlaufenden Gerüchte, daß es in Deutschland alsbald eine Wendung zum noch Schlechteren geben werde. Aber der englische Botschafter

in Paris, Sir Eric Phipps, seit seinen Berliner Tagen mit den deutschen Verhältnissen wohl vertraut, warnte seine Regierung davor, [7] das Ereignis »zu tragisch« zu nehmen. Schachts Nachfolger sei »ein vollkommen integrer und sensibler Mann«, der zu den Gemäßigten aus der Umgebung Görings zählte. Hitler habe nicht vor, »seine allgemeine Außenpolitik zu ändern«, etwa durch einen Angriff auf den Westen, wie damals überall behauptet wurde.
Allerdings deutete sich mit Hitlers Rede vom 30. Januar 1939 eine Wende an – eine Wende jedoch zum Positiven. Denn endlich gab der deutsche Führer die Zeichen, auf die der englische Premierminister seit der Konferenz von München vergeblich gewartet hatte. Hitler

- würdigte das Münchner Abkommen als »Beispiel ... für die Möglichkeit einer allgemeinen vernünftigen Behandlung und Erledigung bestimmter lebenswichtiger Probleme«;
- lobte die »hoch zu schätzende Bereitwilligkeit Chamberlains und Daladiers« zu diesem Abkommen, indem er hinzufügte, es gebe auch in England »Stimmen ruhig und vernünftig denkender Menschen«, und es würde »ein Glück für die ganze Welt sein, wenn die beiden Völker zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gelangen könnten«;
- bekannte sich zu einer »Ausweitung des Handels mit Rohstoffen und Lebensmitteln«, indem er emphatisch erklärte: »Wir müssen exportieren oder sterben«;
- versicherte, daß sich der Antikominterpakt nicht gegen das Empire richte und daß Deutschland keine territorialen Forderungen an England und Frankreich habe außer der Rückgabe der Kolonien, um die sich aber ein Krieg nicht lohne;
- erklärte, Deutschland sei »glücklich, heute im Westen, Süden und Norden befriedete Grenzen besitzen zu dürfen«, und er, Hitler, »glaube an einen langen Frieden«. [8]

Vor allem gab der Führer seiner Rede einen stark anti-amerikanischen Akzent, indem er sich bitter über Roosevelts Interventionen in Europa beklagte. Zum Schluß seiner Rede rief er aus:

»Frankreich den Franzosen, England den Engländern, Amerika den Amerikanern und Deutschland den Deutschen.«

Chamberlain war von diesen Äußerungen so beeindruckt, daß er noch an demselben Tag vor dem Unterhaus erklärte:

»Ich erhielt sehr definitiv den Eindruck, daß es nicht die Rede eines Mannes war, der dabei ist, Europa in eine neue Krise zu stürzen.« [9]

Damit versuchte der englische Regierungschef den Ball aufzufangen, den ihm Hitler soeben zugeworfen hatte. Da das aber vor dem Hintergrund von hysterischen Kriegsgerüchten geschah, die den Westen nicht mit, sondern gegen Deutschland einigen sollten, schadete diese Reaktion Chamberlain eher als daß sie ihm nützte. Vor allem reichte sie nicht aus, Deutschland und

England über das hinweg wieder einander näher zu bringen, was die beiden Länder bereits trennte.

Das Industrie-Abkommen, der sogenannte »Düsseldorf-*Deal*«, war vor dem Krieg die letzte größere Chance für eine deutsch-englische Teilverständigung. Im Februar 1939 begannen die Verhandlungen zwischen den beiden Spitzenverbänden, und der wirtschaftspolitische Berater des Foreign Office, Ashton-Gwatkin, reiste nach Berlin, um dort den Besuch von Handelsminister Stanley vorzubereiten, der den Abschluß der Verhandlungen krönen sollte. In seinen Gesprächen mit Göring und Funk sowie mit den Top-Managern der Firma Krupp konnte der Engländer eine ganze Reihe von verhandlungsfähigen Punkten notieren. Ashton-Gwatkin, der ja auch mit Goerdeler in Verbindung stand, kehrte mit dem Eindruck nach London zurück: In der ökonomischen Zwangslage, in der sich Deutschland befinde, werde sich Hitler über kurz oder lang gezwungen sehen, seine Rüstungsanstrengungen zu reduzieren und seine Politik zu mäßigen. England solle daher »die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung offenhalten« was immer das heißen mochte.

Trotz des wiederaufflammenden »*Holland-scares*« standen die Zeichen in London noch günstig, obwohl die englisch-französische Militärallianz bereits in eine grundsätzlich andere Richtung zeigte. Anfang März, kurz vor dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei, war die Stimmung so optimistisch, daß Innenminister Samuel Hoare von einem »Goldenen Zeitalter« in Europa sprach, sollte es Chamberlain, Daladier, Hitler, Mussolini und Stalin gelingen, ihre Völker von der Kriegsgefahr und von den Rüstungslasten zu befreien. Bezeichnenderweise fand sich Präsident Roosevelt nicht unter den Genannten. Der Karikaturist der satirischen Zeitschrift *Punch* ließ in einer Zeichnung das Kriegsgespenst durch ein geöffnetes Fenster entweichen, und Chamberlain versprach den Londoner Parlamentskorrespondenten, der Besuch von Handelsminister Stanley in Berlin werde

»zu einem weiteren Schritt in die Richtung auf die Beilegung offener Differenzen in Europa führen«. [11]

Für Robert Hudson, Chef des englischen Außenwirtschaftsamtes, reimte sich das alles bereits zu einem fertigen Friedensplan zusammen.

»Jetzt verhandeln wir auf wirtschaftlichem Gebiet und werfen das deutsche System der zweiseitigen Tauschtransaktionen um«,

schwärmte er in Gegenwart des polnischen Botschafters in London, Graf Raczynski,

»im Herbst ziehen wir Göring nach London, in einem Jahr werden wir es zu einem die Rüstungen beschränkenden Vertrag gebracht haben, in 18 Monaten aber werden wir die schmerzhaften Kolonial-Rohstoff-Geschwüre restlos erledigt haben, und auf diese Weise sichern wir den Frieden und stellen das erschütterte politische Gleichgewicht wieder her«. [12]

Dem polnischen Diplomaten müssen die Ohren geklungen haben.

Die *Appeaser* hatten die Rechnung denn auch ohne den amerikanischen Wirt gemacht, von dessen Tische sie im Kriegsfall essen wollten. Die Roosevelt-Administration war nämlich gerade dabei, die friedlichen Möglichkeiten auszuschließen, die sich durch die deutsch-englische Wirtschaftsverhandlungen ergeben hatten, indem sie aus Anlaß der Tschechoslowakei-Besetzung zum offenen Handelskrieg gegen Deutschland überging und den »Düsseldorf-*Deal*« torpedierte. Durch die Stigmatisierung Hitlers als Angreifer war Chamberlain anschließend in seinen Entschlüssen keineswegs mehr so frei, sich in seiner Deutschlandpolitik irgendwelche friedlichen Optionen offenzuhalten. Vielmehr hatte er Roosevelt jetzt auch in der Handelspolitik eine kriegsentschlossene Haltung zu beweisen, wollte er der amerikanischen Beistandszusagen im Ernstfall nicht verlustig gehen oder die Revision des Neutralitätsgesetzes gefährden.
Die Roosevelt-Administration hatte den Handelsvertrag mit England im November 1938 vor allem aus politischen Gründen geschlossen. Sie verfolgte mit ihm das Ziel,

»daß sie (die Engländer – D. B.) keine Pläne mehr für eine weitreichende ökonomische Verständigung mit Deutschland vorantreiben könnten, wie sie Chamberlain und seine Freunde gehabt haben mögen«. [13]

Der Präsident verdammte geradezu die amerikanischen Firmen und Einzelunternehmer, die der Meinung waren, man könne mit dem Dritten Reich wie mit jedem anderen Land Geschäfte machen. [14] Wenn dieser rigorose Zug in der amerikanischen Außenpolitik nicht immer deutlich in Erscheinung trat, dann hauptsächlich aus zwei Gründen: Einmal konnte Roosevelt mit seinem Kampf gegen die amerikanisch-deutsche Wirtschaftsverflechtung nicht zu weit gehen, ohne seine innenpolitische Basis noch weiter zu schwächen. Zum anderen war sich seine Administration lange Zeit nicht einig, ob, wie und in welchem Umfang man die deutsche Wirtschaft aktiv schädigen sollte.
Zum Beispiel hatte Unterstaatssekretär Welles anfangs gehofft, Roosevelt könnte mit Hilfe seines Weltfriedensplanes zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Wenn der Präsident bestimmte, in ihrer Berechtigung unabweisbare Forderungen Hitlers auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllte, würde er erstens Deutschland »denazifizieren«, indem er der Regierung in Berlin den aggressiven Stachel nahm. Zweitens würde der Präsident Europa unter die wirtschaftliche Kontrolle Amerikas bringen, wenn es ihm gelang, eine politische Verständigung zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien an die Prinzipien der amerikanischen »*Open-door*«-Politik zu binden. Diese Hoffnung, von der nicht bekannt ist, ob sie Roosevelt teilte, lief also auf eine Zähmung oder gar Absetzung Hitlers um den Preis einer wirtschaftlichen Herrschaft Amerikas über Europa hinaus. Sie hatte sich aber am Widerstand Chamberlains gegen Roosevelts Weltfriedensplan zerschlagen.
Mit der Konferenz von München, erst recht seit der Reichskristallnacht war jedoch eine völlig neue Lage eingetreten. Seither betrieben die Vereinigten

Staaten gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland eine kompromißlose Abschreckungspolitik mit dem bedingten Vorsatz zum Krieg, wobei die Hauptbedingung in der Kriegsbereitschaft der westeuropäischen Demokratien zu sehen war. Solange England und Frankreich diese Hauptbedingung nicht erfüllt hatten, stellten sich in Washington vor allem zwei Fragen: Wie sollte man Deutschland ökonomisch behandeln? Und wie konnte man Chamberlain daran hindern, sich hinter dem Rücken Roosevelts wenigstens wirtschaftlich doch noch mit Hitler zu verständigen?

Was die ökonomische Behandlung Deutschlands anging, so lebten im amerikanischen Außenministerium nach München noch einmal für kurze Zeit die Vorstellungen von Welles wieder auf. Aber der Unterstaatssekretär vermochte sich damit nicht einmal im eigenen Haus, geschweige denn gegen Finanzminister Morgenthau durchzusetzen. Sowohl die Falken im State Departement wie Messersmith als auch Morgenthau und auch Hull fürchteten, sie würden durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime am Ende nur Amerika selbst schaden. Für sie bestand kein Zweifel daran, daß Hitler sämtliche Abmachungen, die man mit ihm im Bereich der Außenwirtschaft traf, nur dazu benutzen würde, Deutschland weiter aufzurüsten, seine kriegerischen Ziele zu verfolgen und das amerikanische Handelsvertragssystem noch weiter zu demolieren als er bereits in Lateinamerika und Ostmitteleuropa getan hatte.

Unter diesen Umständen war eigentlich nur noch die Frage zu entscheiden, ob man Deutschland gewissermaßen in eigenen Saft schmoren lassen sollte in der Hoffnung, daß die Nazi-Herrschaft unter der Last ihrer wirtschaftlichen Probleme von selbst zusammenbrach oder von einer Militärdiktatur abgelöst wurde, mit der man dann wieder verhandeln konnte. Oder ob man das Ende Hitlers durch wirtschaftliche Repressalien beschleunigen sollte, auch auf die Gefahr hin, daß sich das in die Enge getriebene Nazi-Regime dann auf andere Weise holte, was es brauchte. Während Außenminister Hull eher die eine Meinung vertrat, setzte sich Morgenthau mit der anderen Meinung durch.

Der amerikanische Finanzminister und Rüstungskoordinator hatte seine Hausjuristen schon nach der Konferenz von München gebeten, ihm eine Handhabe zur Verhängung von Strafzöllen auf deutsche Einfuhren zu geben. Den Vorwand dafür lieferte ihm die Tatsache, daß Deutschland – wie übrigens viele andere Länder auch – seine Exporte auf verschiedene Weise subventionierte, was nicht dem amerikanischen Recht entsprach. Aber natürlich gedachte Morgenthau diese Strafzölle vor allem als politisches »Druckmittel ... gegen die Aggressoren« [15] einzusetzen. Schließlich mußte man mit der von Roosevelt geplanten Quarantäne irgendwann einmal den Anfang machen. Aber der Finanzminister setzte sich mit seinen Entschlüssen zunächst nicht gegen die Widerstände Hulls durch.

Wie der Außenminister am 19. November 1938 in einem Memorandum – zehn Tage nach der Reichskristallnacht – zu bedenken gab, seien von der geplanten Maßnahme

»bedeutende Rückwirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen«

zu befürchten. Hull gab weiter zu bedenken, daß die Verhängung von Strafzöllen möglicherweise sogar die Auswanderung der Juden aus Deutschland verhindern könne. Man rechnete gerade damit, daß das sogenannte »Evian-Committee« [16] demnächst Vorschläge zur Lösung dieser heiklen Frage machen werde, und dem amerikanischen Außenminister lag sehr daran, daß der Zusammenarbeit Hitlers mit diesem Gremium keine Steine in den Weg gelegt wurden. Schließlich ging der Ausschuß, als dessen Chef-Administrator der Roosevelt-Freund George Rublee amtierte, auf eine Initiative des amerikanischen Präsidenten zurück.

Die Reaktionen Morgenthaus zeigten jedoch, wie fanatisch entschlossen er war, einen Handelskrieg gegen Deutschland vom Zaun zu brechen. Der Minister zweifelte einfach daran, daß es Hitler mit der Emigration der Juden ernst meine. Er hielt die handelspolitischen Bedenken Hulls für unsinnig in einer Welt, die sich seiner Meinung nach rapide auf den Krieg zu bewegte. Er versuchte drei Monate lang immer wieder, den zögernden Präsidenten zum Handeln zu bewegen. Die Begründung Morgenthaus:

»Ich muß das Gesetz ausführen. Ich kann nicht als Jude damit aufhören und fragen, ›ist das nun gut oder schlecht für die Juden?‹« [17]

Der Finanzminister hatte mit seinem Drängen aber erst dann Erfolg bei Roosevelt, als die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei dem Präsidenten den willkommenen Anlaß lieferte, die Strafzölle als politische Waffe gegen Hitler einzusetzen. In diesem Augenblick stimmte auch Hull zu.

Dieser Zusammenhang ließ die Reaktion der USA auf die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei in einem anderen Licht erscheinen. Abgesehen von ihren allgemeinen politischen Implikationen war sie das Mittel zum Zweck, das deutsch-englische Industrieabkommen zu zerstören. Während Chamberlain verzweifelt versuchte, die goldene Brücke zu überschreiten, die ihm Hitler mit der Scheinlegitimation für seinen Einmarsch gebaut hatte, sah sich die Roosevelt-Administration in ihren Befürchtungen bestätigt,

»daß in den anstehenden Vereinbarungen, die aus der Konferenz von München erwachsen können, jemand anderes als wir selbst etwas Wertvolles weggibt, das uns gehört«. [18]

Bei diesem Wert handelte es sich im Fall des deutsch-englischen Industrieabkommens um die Weggabe eines politischen Druckmittels durch Chamberlain, auf das die liberal-demokratischen Internationalisten Amerikas glaubten, ein Anrecht zu haben: die Anwendung von wirtschaftlichem Zwang. In der Tat paßten der »Düsseldorfer-*Deal*« und die amerikanischen Strafzölle auf Importe aus Deutschland nicht zusammen. Das eine war ein Rückfall in den »Geist von München«, das andere der Beginn einer wirtschaftlichen Quarantäne. Weil es in diesem Konflikt grundsätzlich um die künftige Richtung der westlichen Politik ging und die Roosevelt-Administration keine Entspan-

nung im Verhältnis zu Deutschland mehr zulassen wollte, hinderte sie in den nächsten Tagen Chamberlain daran, über die tschechoslowakische Krise zur Tagesordnung überzugehen und dadurch das deutsch-englische Industrieabkommen zu retten.

Dadurch sorgte Washington gleichzeitig dafür, daß die letzte größere Chance für eine Teilverständigung zwischen England und Deutschland platzte, womit der Krieg wieder um ein Stück wahrscheinlicher wurde. Denn der deutsche Botschafter in London, Dirksen, schloß aus den amerikanischen Manövern messerscharf:

»Die jüdische Hochfinanz der Vereinigten Staaten will England zu einem Zusammengehen mit Amerika zwingen und von einem Zusammengehen mit den totalitären Staaten abhalten.« [19]

In den Augen des Rassisten Hitlers war das ein todeswürdiges Verbrechen.

Mit dem Düsseldorfer Abkommen rächte sich die englische Industrie für den amerikanisch-englischen Handelsvertrag, der ihr – insbesondere den englischen Autoherstellern – nur Nachteile brachte. [20] Gleichzeitig versuchte sie, die »Offene Tür« wieder zuzustoßen, die sich Amerika gerade mit dem Vertrag eröffnet hatte und durch die hindurch es sich anschickte, England wirtschaftlich zu beherrschen. Die Zwölf-Punkte-Erklärung, die vom »Reichsverband der Deutschen Industrie« und der »*Federation of British Industries*« in Düsseldorf verabschiedet wurde, sah nicht nur eine wechselseitige Steigerung der Exporte vor, sondern auch einen einseitigen Abbau des englischen Meistbegünstigungssystems zugunsten Deutschlands sowie eine Erhöhung der freien Devisenspitze. Weitere 50 Einzelabkommen sollten für die verschiedenen Sparten der Industrie geschlossen und Drittländer in aller Welt zum Beitritt eingeladen werden. Die anti-amerikanische Spitze des ganzen Vorhabens war unübersehbar. Beide Seiten waren sich einig,

»daß England zu Europa (nicht zu Amerika – D. B.) gehört und die Bildung eines starken Wirtschaftsblocks Deutschland-England-Frankreich-Italien angestrebt werden müsse«. [21]

Hull, über Ziel und Verlauf der Verhandlungen absichtlich im unklaren gelassen, bemühte sich vergeblich darum, die Engländer von ihrem Vorhaben abzubringen, indem er sie mit der öffentlichen Meinung Amerikas zu erpressen versuchte. Führende Wirtschafts- und Finanzkreise der Vereinigten Staaten ließen ihre englischen Ansprechpartner über offizielle und inoffizielle Kanäle wissen, es sei mit massiven Vergeltungsaktionen zu rechnen, sollten die *Appeaser* Deutschland in die Lage versetzen, seine Exporte zu steigern, *ohne* die englischen Interessen zu verletzen. Diese Logik mutete zwar etwas seltsam an. Aber den Freunden des westlichen Bündnisses, die ja zugleich Gegner einer deutsch-englischen Verständigung waren, leuchtete sie ein. Denn nur eine Verletzung der englischen Interessen durch deutsche Exporte würde England um so fester an das westliche Bündnis ketten.

Die Abmachung mit den Deutschen fiel für die Engländer so günstig und für die Amerikaner so ungünstig aus, daß sie Außenminister Hull mit den ungnädigen Worten kommentierte:

»Arrangements wie das beschriebene bieten keine Grundlage für enthusiastischen Beifall. Was man anzustreben scheint, ist eine Serie von Kartellabkommen ohne präzise Pläne für eine Vergrößerung des Handelsvolumens«

– sprich: ohne Vorteile für die amerikanische Exportwirtschaft. Mit drohendem Unterton forderte der amerikanische Außenminister die englische Regierung auf, zu den tragenden Prinzipien des amerikanisch-englischen Handelsvertrages zurückzukehren. [22]
Besonders empörte Hull der Artikel 8 des Industrie-Abkommens. Er sah gemeinsame Zwangsmaßnahmen der deutschen und englischen Regierung gegen Staaten vor, die sich weigerten, diesem Abkommen beizutreten – etwa gegen die Vereinigten Staaten. Die Vorstellung, daß Chamberlain und Hitler – Arm in Arm – Roosevelt zwingen könnten, die deutsch-englischen »*terms of trade*« zu akzeptieren, überstieg einfach das Fassungsvermögen Washingtons. Sie grenzte in den Augen der liberal-demokratischen Internationalisten schon an politische Blasphemie.
In Anbetracht der »*condition americaine*«, unter der die englische Außenpolitik nun schon seit geraumer Zeit operierte, kam das Industrie-Abkommen einfach zu spät. Es war längst von einer politischen Entwicklung überholt, die auf ein westliches Bündnis gegen Deutschland zusteuerte, nicht auf eine Verständigung zwischen Chamberlain und Hitler. Die Roosevelt-Administration hatte schon während der Industrie-Verhandlungen mahnend erklärt, daß sich ihr Interesse auf

»die politische und wirtschaftliche Bedeutung *aller* Arrangements erstreckt, die zwischen England und Deutschland vereinbart werden könnten«. [23]

Deutlicher konnte sie ihren Führungsanspruch kaum anmelden, ohne die Regeln der diplomatischen Höflichkeit zu verletzen.
Aber Hull tat noch ein übriges, indem er die Engländer aufforderte,

»eher einen langfristigen Standpunkt einzunehmen als sich verleiten zu lassen, kleine Happen eines unmittelbaren Vorteils aufzupicken«.

Mit dieser Erinnerung an den »langfristigen Standpunkt« zog er abermals die Waffe hervor, mit der England von den Amerikanern fast beliebig erpreßt werden konnte. Denn was zählte auf die Dauer mehr, wenn man die ungewisse Zukunft ins Auge faßte – eine Teilverständigung mit Deutschland oder die Sympathien Amerikas? Auf diese Frage konnte es nur *eine* Antwort geben. Schließlich machte schon die Kriegsgefahr, die die kompromißlose Reaktion Washingtons auf den deutschen Einmarsch nach Prag heraufbeschwor und die in der Polen-Garantie gipfelte, die Sicherung des amerikanischen Nachschubs für England nötig.

Der Wink mit diesen Druckmitteln, von denen US-Botschafter Bullitt schon im Zusammenhang mit der polnischen Frage gesprochen hatte, tat in England seine Wirkung, wo es natürlich auch erbitterte Gegner des deutsch-englischen Industrie-Abkommens gab. Der Abschluß eines Arrangements mit einer »als Aggressor gebrandmarkten Nation« wie Deutschland, so wetterte etwa die *Financial News* in London, sei gerade jetzt, da Amerika einen partiellen Bann gegen deutsche Importe verhänge, »ein riesiger Irrtum« Chamberlains und »eine Beleidigung der internationalen öffentlichen Meinung«. [24] Nicht zufällig war der Boß dieses Blattes Brendan Bracken, ein enger Freund Churchills.

»Ist es nicht eine Tatsache, daß die Verhandlungen (über das Industrie-Abkommen – D. B.) nach völlig falschen Gesichtspunkten geführt wurden und großen Verdruß in anderen Ländern verursacht haben?«

fragte der Labour-Abgeordnete Philip Nöel-Baker mit einem deutlichen Seitenblick auf Amerika in der Debatte des Unterhauses. Nicht zufällig gehörte Nöel-Baker der antifaschistischen Friedensbewegung an. [25] Es war auch kein Zufall, daß die *Financial News* just an dem Tag, an dem Roosevelt die Revision des Neutralitätsgesetzes einleitete, das englische Dilemma auf einen kurzen Nenner brachte. Bei dem Industrie-Abkommen handele es sich um eine »anglo-deutsche Handelsallianz, die sich neben anderen Industrieländern auch gegen die USA richtet« und

»die schwere Besorgnisse in den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern genau in dem Augenblick verursacht hat, da es von überragender Bedeutung ist, enge Beziehungen mit allen demokratischen Ländern zu unterhalten«. [26]

Das war deutlich genug gesprochen. Noch am 20. März kapitulierte die Regierung Chamberlain vor den internen und externen Widerständen. Das Industrie-Abkommen wurde auf Eis gelegt, der Besuch von Handeslminister Stanley in Berlin auf den St. Nimmerleinstag verschoben. US-Botschafter Kennedy meldete nach Washington, Halifax habe ihm zugesagt, daß seine Regierung die Industrieverhandlungen »im Hinblick auf die politische Situation« nicht weiter unterstützen werde. Auch deutsch-englische Handelsgespräche werde es vor einer »politischen Regelung« nicht mehr geben. [27]
Zusammen mit der späteren Polen-Garantie bildete die Verhinderung des Industrieabkommens einen markanten Einschnitt in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Roosevelts Freund, Joseph Davies, als US-Botschafter in Belgien ein aufmerksamer Beobachter Europas, faßte die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge Ende März treffend zusammen. Sie führten ihn zu einer äußerst pessimistischen Lagebeurteilung:

»Krieg wird für unvermeidlich gehalten. Es wird lediglich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Ausbruch von Feindseligkeiten wenigstens für die nächsten Monate vermieden wird.«

Besonders interessant war, was Davies über das Ende des *Appeasements* und die Schlußfolgerungen schrieb, die Hitler voraussichtlich daraus ziehen würde:

»Der Frieden in diesem Sommer wird nicht mehr durch eine britische Politik des Appeasements beschützt. Man nimmt an, daß Hitler jetzt vor die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden gestellt ist, wo er auf dem Höhepunkt seiner Macht steht, die zu einem späteren Zeitpunkt relativ geringer sein wird. Wenn er sich für den Frieden entscheidet, kann er ihn nur noch unter der Bedingung der Abrüstung haben . . . Wirtschaftlich, sozial und wahrscheinlich politisch würde eine Abrüstung für Deutschland verheerend sein. Es gibt keinen angemessenen Binnen- oder Auslandsmarkt für deutsche Industrieerzeugnisse und deshalb auch keine angemessene Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften. Folglich würde Arbeitslosigkeit enorme Finanzkredite und Goldreserven verschlingen. Deutschland hat keines von beidem.«

Hier genau hatte das deutsch-englische Industrieabkommen mit seiner Devisenklausel Abhilfe schaffen sollen. Davies war völlig klar, welche Folgen es für Hitlers Politik haben mußte, wenn dieses Abkommen jetzt in der Versenkung verschwand, wie es die Roosevelt-Administration wollte. Denn mit einem Anflug von Scheinheiligkeit fuhr der Amerikaner fort:

»Aus diesem Blickwinkel gesehen, würde Frieden für Hitler einen harten Ausweg bedeuten. Man fürchtet, daß Hitler denkt, daß Krieg der einfachere und sicherere Ausweg ist . . .« [28]

Der wirtschaftliche Grund dafür, daß Roosevelt lieber einen Krieg riskierte, als eine deutsch-englische Teilverständigung im Bereich der Wirtschaft hinzunehmen, war eine fast groteske Angst davor,

»daß Hitler, wenn er seine Macht auf die kleinen Länder ausdehnt, die ihm dann zur Verfügung stehende wirtschaftliche Waffe dazu benutzt, um uns – sogar ohne einen Gedanken an den Versuch, auch Soldaten an unseren Küsten zu landen – einen ernsten Schlag versetzt«. [29]

In Wirklichkeit hatte er keinen ernstzunehmenden Grund für diese Annahme. Das deutsche Handelsvertragssystem machte den Amerikanern zwar überall Konkurrenz, vor allem in Südamerika, und das wurde in Washington natürlich als unbequem empfunden. Aber das war im Grunde ganz normal, und die Wirtschafts- und Finanzkrise des Dritten Reiches war diesseits und jenseits des Atlantiks zu bekannt, als daß man sich vor der deutschen Konkurrenz hätte fürchten müssen.
So stellte Joseph Tenenbaum, Leiter des jüdischen Boykott-Komitees in Amerika, im April 1939 an Hand von exakten Zahlen fest, die auch der Roosevelt-Administration zugänglich waren: [30]

»Die Bedingungen, unter denen sich das Dritte Reich im Jahre 1938 befindet, ähneln stark den Bedingungen, denen sich Deutschland im Jahr 1918 gegenübersah«,

dem letzten Jahr des Ersten Weltkrieges, also kurz vor dem Zusammenbruch des Kaiserreichs. Wie damals hatte Deutschland nach Ansicht Tenenbaums zwar die stärkste Armee der Welt, ganz Europa lag ihm zu Füßen, und kein Hindernis schien mehr auf seinem Weg zum Endsieg zu liegen – außer seiner

immensen wirtschaftlichen Schwäche. Deshalb, so argumentierte Tenenbaum weiter, »gewinnt Hitler die Schlachten, aber er verliert den Krieg«.
Nach Tenenbaums Berechnungen, die sich auf Angaben des deutschen Wirtschaftsmagazins *Der Volkswirt* stützten, stand Hitler im Frühjar 1939 vor der Notwendigkeit, seine Exporte um 30% zu steigern, um die Importe auf ihrem bereits reduzierten Niveau zu halten und die dringendsten Bedürfnisse seines Landes zu decken. Das war in Anbetracht aller außenwirtschaftlichen Umstände völlig ausgeschlossen. Allein schon eine Minderung der Exporte um 20%, so rechnete Tenenbaum denn auch vor, würde eine weitere Aufrüstung Deutschlands unmöglich machen, und ein Minus von weiteren 20% würde früher oder später Hitlers Ende bedeuten.
Tenenbaum empfahl deshalb eine Boykottfront aller west- und osteuropäischen Staaten, um Hitler auf unkriegerische Weise zu beseitigen. Dieser optimistische Plan lag aber nur zum Teil auf Roosevelts Quarantäne-Linie, weil ihm das militärische Zwangselement fehlte. Amerikanische Bankkreise waren Ende März 1939 der Meinung, der deutsche Führer habe nur noch 18 Monate Zeit,

»um seine Position im Osten zu konsolidieren, bevor die westlichen Demokratien zu stark geworden sind«. [31]

Die Zeit des Tausendjährigen Reiches schien also in seinem sechsten Jahr endgültig auszulaufen, und eigentlich kam es jetzt nur noch darauf an, Hitler von militärischen Verzweiflungstaten abzuhalten.
Schon machten sich die ersten Vorboten der späteren Nachkriegszeit bemerkbar. Der amerikanische Generalkonsul in Köln, A. W. Klieforth, ein guter Bekannter des früheren Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, hatte Mitte Februar 1939 nach Washington von einem bemerkenswerten Stimmungsumschwung unter den Industriellen an Rhein und Ruhr berichtet. Zum alljährlichen Abendessen, das der Präsident der Vereinigten Stahlwerke, Ernst Poensgen, gab – Klieforth: »das herausragende gesellschaftliche Ereignis Westdeutschlands« – war kein einziger Parteibonze eingeladen. Niemand wagte es, in der braunen Uniform zu erscheinen, und niemand grüßte mit »Heil Hitler«. Die Dame des Hauses erklärte dem interessiert lauschenden Amerikaner frank und frei:

»Solange wir Gefangene des Nazi-Staates sind, weigern wir uns, unsere Gefängnisaufseher einzuladen.« [32]

Die Entlassung Schachts wurde von der versammelten Prominenz zwar als Erfolg der Nazi-Extremisten betrachtet. Aber viele Gäste sahen darin kein Unglück, weil sie es jetzt leichter fanden, »richtige Opposition« gegen das Regime zu machen.

»Sie glaubten, daß sich Deutschland an der Schwelle zu großen Ereignissen befinde«,

notierte Klieforth – wobei er an Erschütterungen von Hitlers Herrschaft dachte.

»Diese Gruppe (von Industriellen – D. B.) betrachtet das Dritte Reich als eine von zwei extremen Phasen, die Deutschland seit 1918 durchstehen müsse, bevor das Pendel wieder zurückschlägt. Nun hoffen sie auf ein Viertes Reich mit einem Monarchen an der Spitze«.

Fritz von Thyssen, der Hitler früher finanziert hatte, finanziere jetzt die Kirchen ganz offen und die monarchistische Bewegung ganz heimlich, berichtete Klieforth weiter, nicht ohne begeistert hinzuzufügen: »Er ist durch und durch pro-amerikanisch.« Alle Partygäste bedauerten, daß es in der Septemberkrise des vorigen Jahres nicht zum Krieg gekommen sei, denn dies hätte Hitler plus Anhang ein Ende bereitet. Keiner der 30 Millionen Deutschen Katholiken bete heute für einen deutschen Sieg wie 1914. Sie seien jetzt ebenso weit wie die Industrie und würden dem Hitlerismus einen tödlichen Schlag versetzen,

»selbst wenn das die Niederlage ihres Landes in einem Krieg bedeute.«

In Anbetracht dieser Tatsachen und des begreiflichen Zögerns Hitlers vor dem nächsten größeren Schritt lag es nahe, die innere Entwicklung Deutschlands abzuwarten, die eigene Aufrüstung zu vollenden und durch Gesten der Entspannung zu verhindern, daß es in Europa zum Äußersten kam – zum Krieg. Das war die Politik, die Chamberlain vorschwebte und die einen Krieg vielleicht in der Tat noch vermieden hätte. Dagegen lief Roosevelts Politik einer forcierten, lückenlosen und dauerhaften Isolierung Hitlers im Schatten einer wachsenden Drohung aus dem Westen auf nichts anderes als auf den Krieg hinaus, ultima ratio der Quarantäne, damit dem Eingeschlossenen am Ende nichts weiter mehr übrig blieb, als kämpfend unterzugehen oder zu kapitulieren.

Der amerikanische Präsident, vom Gerede über den angeblichen Widerstandswillen deutscher Industriellen und Katholiken aufgestachelt, war in der Tat für den Krieg. Denn er gab seinem englischen Freund Arthur Willert am 25./26. März 1939 unter vier Augen zu erkennen,

»daß er es nicht bedauern würde, die Vereinigten Staaten im Krieg zu sehen« [33]

– immer vorausgesetzt, daß Hitler den Krieg beginnen würde. Dabei wußte der amerikanische Präsident, welchen Gefahren er sein eigenes Land aussetzte, wenn es ihm nicht gelang, die Fessel der Neutralität rechtzeitig abzustreifen. In einem Memorandum hatte sich Botschafter Joseph Kennedy nämlich am 3. März noch einmal ausführlich mit der Frage befaßt, welches die Folgen einer englisch-französischen Niederlage gegen die Achsenmächte wären. Im Gegensatz zu seinem Memorandum vom Dezember 1938, das die strategischen Gesichtspunkte betont hatte, überwogen diesmal die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aspekte:

- Amerika verliert 50% seines Außenhandels und 75% seiner Auslandsinvestitionen an seine potentiellen Feinde, die diesen Machtzuwachs dazu benutzen, Amerika zu weiteren Konzessionen zu bewegen;

- der Rückgang des amerikanischen Außenhandels und die enormen Kosten für die dann erforderliche Aufrüstung gegen die Achsenmächte senken den amerikanischen Lebensstandard und verändern die wirtschaftlichen Strukturen der USA radikal;
- diese Entwicklung schafft so viel Unruhe und Unzufriedenheit in der amerikanischen Bevölkerung, daß sich faschistische und kommunistische Ideen ausbreiten und die demokratischen Institutionen der USA gefährden;
- die amerikanische Marine ist allein nicht mehr in der Lage, die amerikanischen Handelswege im Pazifik und Atlantik offen zu halten, während sich strategische Rohstoffe wie Gummi und Zinn in feindlicher Hand befinden;
- der Liberalismus stirbt im Handel, im politischen Bewußtsein und in den sozialen Organisationen Europas und Asiens ab, und die Folgen davon machen sich bald auch in jeder amerikanischen Familie bemerkbar;
- die Ressourcen der eroberten Völker setzen die Achsenmächte gegen die USA ein, während sie Amerika jetzt als Schutz dienen. [34]

Roosevelt wußte weiter, welche Risiken Europa, Asien und die ganze restliche Welt auf sich nahmen, wenn der Krieg ausbrach und die Vereinigten Staaten *nicht* rechtzeitig zur Stelle waren. Denn auch das stand in Kennedys Memorandum:

- England, Frankreich und die Niederlande werden besiegt, müssen ihre Kolonien an die Sieger abtreten und sinken zu zweit- und drittklassigen Mächten herab;
- Deutschland beherrscht Europa von Gibraltar bis zum Dnjepr, während sein italienischer Satellit das Mittelmeer und Nordafrika kontrolliert;
- Japan dominiert Ostasien von Australien bis Singapur und beteiligt Deutschland am Kolonialbesitz im Pazifik;
- Deutschland und Japan verkrüppeln gemeinsam Rußland und bedrängen Indien, eine unabhängige, aber von inneren Kämpfen zerrissene Föderation;
- Kanada und die Westindischen Inseln schließen sich an die Vereinigten Staaten an. [35]

Das Ergebnis, so der US-Botschafter, werde eine dreigeteilte Welt sein mit einem Europa und Afrika unter der Herrschaft der Achse Berlin-Rom, mit einem Asien unter der Vormacht Japans und mit einem demokratischen Amerika.

Unter diesen Umständen, so stellte der US-Botschafter fest, wären die USA gezwungen,

»eine reglementierte, von der Regierung kontrollierte Wirtschaftsordnung einzuführen«,

welche »die grundlegenden Züge eines faschistischen Staates« tragen würde. Kennedy:

»Um den Totalitarismus zu bekämpfen, hätten wir also totalitäre Methoden zu übernehmen. (Auf diese Weise) würde Amerika in Kürze, allein in einer neidischen und

feindlichen Welt, herausfinden, daß die Anstrengungen und Kosten für eine Aufrechterhaltung seiner ›splendid isolation‹ so hoch wie diejenigen wären, die es für die Zerstörung all derjenigen Werte aufbringen muß, welche die isolationistische Politik bewahren will.«

Dieses Memorandum fand Roosevelt so richtig und wichtig, daß er es sogleich an die Oberbefehlshaber von Heer und Marine weitergab. In der Tat enthielt es den innersten Kern des liberal-demokratischen Internationalismus, mit dem sich der Präsident persönlich identifizieren konnte – die Angst vor einem Amerika »allein in einer neidischen und feindlichen Welt«. Angesichts der Realitäten war diese Angst zwar ziemlich hypochondrisch. Aber sie war da und erzeugte in Washington eine Art von Verfolgungswahn, Paranoia oder »*idée fixe*«, der eine tödliche Logik innewohnte. Wenn es nämlich stimmte, daß die Kosten einer zwischen der Achse und Amerika aufgeteilten Welt so hoch waren, wie sie Kennedy und Roosevelt veranschlagten, dann waren die Kosten für einen Krieg gegen Hitler nicht zu hoch. Denn dann würde dieser Krieg den Sieg des Faschismus in Amerika verhindern. Dann wäre dieser Krieg nicht nur gerecht, sondern sogar lebensnotwendig.

Wohl gemerkt, alle diese negativen Folgen, die Kennedy aufzählte, würden nur dann eintreten, wenn die USA *nicht* in einen Krieg zwischen den Achsenmächten und den europäischen Demokratien eintraten. Da es aber im März 1939 noch vollkommen offen war, ob die USA überhaupt je dazu in der Lage sein würden, grenzte es an bodenlosen Leichtsinn, die europäische Krise durch die Isolierung Deutschlands anzuheizen, bevor das Neutralitätsgesetz revidiert war. Aber in einer gewissen Weise war das eine auch wiederum die Voraussetzung für das andere.

Schließlich bot die Verschärfung der europäischen Krise der Roosevelt-Administration auch die verlockende Gelegenheit, die Abhängigkeit Englands und Frankreichs von Amerika zu verstärken und auf diesem Umweg die Auflösung der europäischen Kolonialreiche einzuleiten. Neben dem Sturz Hitlers und dem Ruin des Dritten Reiches war dies das zweite große Ziel, das die amerikanische Politik am Vorabend des Krieges bestimmte, wobei man sich über die Gewichtung der beiden Ziele streiten konnte.

Der Ausverkauf des französischen Imperiums an Amerika hatte bereits vor der März-Krise des Jahres 1939 begonnen. Daladiers neuer Finanzminister Paul Reynaud, Churchills alter Freund, bot US-Botschafter Bill Bullitt Ende Februar eine Regelung der leidigen Kriegsschuldenfrage an, damit die Vereinigten Staaten endlich den *Johnson-Act* aufhoben. [36] Der Grund für dieses Ansinnen war der riesige Kapitalbedarf, den die französische Nachrüstung erzeugte und den Reynaud auf dem amerikanischen Kapitalmarkt decken wollte. Außerdem war er wie Daladier davon überzeugt, daß im Ernstfall nur Amerika Frankreich retten könnte.

Bullitt bezweifelte jedoch, daß der amerikanische Kongreß die von Reynaud als Abschlagszahlung genannten 10 Milliarden Gold-Francs als »ein gutes Geschäft« betrachten würde. Da der US-Botschafter den französischen Bedarf

an amerikanischen Flugzeugen kannte, fragte er Reynaud, ob er einen Gegenvorschlag machen könne. Als der Finanzminister bejahte, sagte Bullitt, Amerika sei an »zehn Milliarden Franc plus X« interessiert, wobei er erläuternd hinzufügte:

»X sollten französische Besitzungen repräsentieren, die wir aus strategischen Gründen wünschen könnten.«

Reynaud bot ihm daraufhin sofort die Clipperton-Inseln, die Hebriden und »jede andere französische Besitzung in der Karibik oder im Pazifik« an, »an der wir (die Amerikaner – D. B.) Gefallen finden könnten«. [37]
Damit bahnte sich jener Handel »Land gegen Waffen« an, der 1940, also nur ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, im Tausch englischer Besitzungen in Neufundland und Britisch-Guyana gegen 50 amerikanische Zerstörer älterer Bauart ihren Höhepunkt finden sollte. Das war mehr als nur ein Trick, mit dem sich England und Frankreich an ihrer internationalen Zahlungsunfähigkeit vorbeimogelten, um ihre Nachrüstung voranzutreiben. Es war der sicherste Weg, ihre Weltreiche einzureißen. Denn jedes dieser beiden Reiche war nur soviel wert, wie die Sicherheit der Wege, die sie mit ihren Mutterländern verbanden. In dem Augenblick, da die Vereinigten Staaten englische und französische Stützpunkte übernahmen, übernahmen sie mit der Sicherung der Wege zum Teil auch die Herrschaft über diese europäischen Einflußzonen.
Freilich, der ziemlich weit rechts stehende Paul Reynaud hatte es merkwürdig gefunden, daß Daladier nicht danach fragte, wie viele Inseln notwendig seien, um die amerikanische Nachfrage zu befriedigen. Hatte sich derselbe Daladier nicht bisher hartnäckig geweigert, auch nur einen einzigen Quadratzentimeter französischen Bodens an Mussolini abzutreten? Aber wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht das gleiche, und diese Erfahrung mußte nun auch Neville Chamberlain machen, kaum hatte er sich mit der Polen-Garantie in Roosevelts Hand begeben.
Zunächst hatte kurz darauf der englische Industrieverband mit der amerikanischen Handelskammer Kontakt aufgenommen. Als wäre ein böser Bann von ihnen gefallen, behaupteten die englischen Unternehmer nun, daß eine engere Beziehung zwischen den Geschäftsleuten diesseits und jenseits des Atlantiks nur Gutes mit sich bringen könne. Der Leiter des englischen Außenwirtschaftsamtes, Robert Hudson, der noch vor Monatsfrist Handelsminister Stanley nach Berlin hatte begleiten sollen, reiste nun nach Amerika, und eine Delegation der Handelskammer von Manchester wurde bei einem USA-Besuch Ende Mai 1939 sogar von Handelsminister Harry Hopkins und dem wirtschaftspolitischen Berater Hulls, Herbert Feis, empfangen.
Aber die Engländer bekamen nichts geschenkt. Seit Mitte April versuchten die Vereinigten Staaten, größere Mengen an Weizen und Baumwolle gegen Zinn und Gummi einzutauschen, um zwei Ziele auf einmal zu erreichen: den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Überschußproduktion und die Anhäufung von strategischen Rohstoffen, die sie im Krieg benötigen würden. Das eine sollte die

Südstaaten-Senatoren dazu bewegen, der Revision des Neutralitätsgesetzes zuzustimmen. Das andere sollte die amerikanische Kriegsmaschine mit Rohstoffen versorgen, die auf dem Territorium der USA nicht vorkamen. Es war offenbar Roosevelts persönliche Politik, die beiden Ziele miteinander zu verbinden.

Damit programmierte der amerikanische Präsident einen Konflikt mit England und den Niederlanden vor, die das Weltgummikartell beherrschten. Denn die angestrebte Schließung der Rohstoffmärkte für fünf Jahre zwecks Erhöhung der Preise ließ sich weder mit den Kartellbestimmungen vereinbaren, noch mit den Prinzipien des Freihandels, die von US-Außenminister Hull sonst so warmherzig befürwortet wurden. England, ohnehin schon Hauptabnehmer für amerikanische Baumwolle, fürchtete um seine Herrschaft über große Teile der Weltzinn- und -gummiproduktion – im Kriegsfall eine scharfe Waffe gegen den zu befürchtenden Handel der Amerikaner mit feindlichen Mächten, und die Niederlande weigerten sich, Deutschland durch die bevorzugte Behandlung der Vereinigten Staaten zu diskriminieren.

Von Mai bis Juni wurde über das Tauschgeschäft in London und Den Haag verhandelt, wobei die Amerikaner wieder einmal alle Register zogen. Im großen und ganzen versuchte US-Botschafter Kennedy, die amerikanischen Agrarprodukte möglichst teuer zu verkaufen und die wichtigen Rohstoffe möglichst billig einzukaufen. Schließlich drängte er die Engländer, möglichst viel Baumwolle abzunehmen,

»wenn die isolationistische Kampagne gegen die Neutralitätsgesetzesvorlage niedergeschlagen werden soll.« [38]

Wie sehr England im Sommer 1939 bereits der Gefangene Amerikas war, machte Chamberlains Einstellung deutlich. Er bezweifelte zwar,

»ob es irgendeine Modifikation des Neutralitätsgesetzes zu unseren Gunsten geben werde.« [39]

Aber trotzdem war er bereit, 600000 Ballen Baumwolle gegen 70000 Tonnen Zinn einzutauschen und den Amerikanern 100000 Tonnen Gummi zu verschaffen – ein gigantisches Tauschgeschäft, das zwangsläufig große Teile des Weltrohstoffmarktes ruinierte. Kleinlaut meinte der Premierminister zur Begründung, es wäre »gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr unglücklich«, wenn die Verhandlungen zusammenbrächen. Am 27. Juni 1939 wurde der Vertrag als ungedeckter Wechsel auf Englands Zukunft unterzeichnet. Drei Tage später lief sich die Debatte über die Revision des Neutralitätsgesetzes im amerikanischen Kongreß fest.

## Anmerkungen

1 Deutschland hatte den Handelsvertrag mit den USA im Oktober 1934 per 14. 10. 35 in der irrigen Annahme gekündigt, es könne in einem neuen Abkommen einige von seinen handelspolitischen Prinzipien unterbringen, um Devisen zu sparen. Da diese Hoffnung täuschte, bestand zwischen den beiden Ländern 1939 ein handelsvertragsloser Zustand.

2 Washington kündigte den amerikanisch-österreichischen Handelsvertrag, um Deutschland nicht in den Genuß der darin enthaltenen Meistbegünstigungsklausel kommen zu lassen und überschrieb die österreichischen Schulden aus dem Ersten Weltkrieg auf das Dritte Reich, was dessen Zahlungsbilanz verschlechterte.

3 Laut Handels- und Finanzabkommen von 1938 mußte Deutschland 60 Prozent der im Handel mit England erzielten Erlöse im Kauf englischer Waren anlegen. Die restlichen 40 Prozent bildeten die sog. »freie Devisenspitze«, über die das Reich frei verfügen konnte.

4 ADAP D IV S. 274: Dirksen 19. 10. 38 AA mit Anlage: Vermerk über das Gespräch Leith-Ross 18. 10. 38 Rüter/Süßkind.

5 ebda.

6 So die Worte des englischen Militärattachés Mason Macfarlane. DBFP 3/IV, S. 173ff.: Henderson 9. 3. 39 Halifax, Anhang: Memorandum Macfarlane.

7 PRO FO 371/22 961 C 983: Phipps 25. 1. 39 FO, vertraulich.

8 Domarus, Hitler, Band II, S. 1047ff. – Den Osten hatte Hitler mit Rücksicht auf die ungeklärte Situation in der Tschechoslowakei, wahrscheinlich aber auch im Hinblick auf Danzig, den Korridor, das Memelland und sein weiteres Lebensraumprogramm ausgeklammert.

9 Hansard, Commons, Vol. 343, Cols. 81.

10 Bernd-Jürgen Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933–1939. Düsseldorf 1971, S. 548.

11 Colvin, Vansittart, S. 290.

12 Auswärtiges Amt, Polnische Dokumente, S. 26: Raczynski 9. 3. 39 Beck, geheim.

13 McDonald, United States, S. 116: Messersmith 28. 11. 38 Heinemann.

14 Samuel Rosenman, Working with Roosevelt. New York 1952, S. 182.

15 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 79.

16 Die Konferenz von Evian, an der 32 Länder teilnahmen, trat am 6. 7. 38 auf Initiative der USA zusammen, um eine Lösung für die europäische Judenfrage durch Auswanderung und Neuansiedlung vorzuschlagen. Sie endete ohne Ergebnis, nachdem sich lediglich die Dominikanische Republik bereiterklärt hatte, 100000 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufzunehmen.

17 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 81.

18 FRUS 1939 I, S. 704ff.: Messersmith 29. 8. 38 Hull – Es war das erste Memorandum innerhalb der Roosevelt-Administration, nach der europäischen Vier-Mächte-Konferenz, das vor zu weitgehenden Erwartungen in bezug auf München warnte.

19 ADAP D IV, S. 318: Dirksen 20. 2. 39 AA.

20 PRO PREM 1/291: Aufzeichnung Hudson, 11. 11. 38 Chamberlain – Der Leiter des Außenwirtschaftsamtes rechnete damit, daß der Spitzenverband der englischen Industrie »Federation of British Industries« (FBI), der Verband der englischen Industrie- und Handelskammern »Association of Britisch Chambers of Commerce« und die »National Union of Manufacturers« den Vertrag mit den USA scharf kritisieren würden.

21 ADAP D IV, S. 325ff.: Reichsgruppe Industrie 4. 1. 39 AA mit Anlage: Aufzeichnung v. Brackel über den Handelsverkehr mit England – Das englische Außenhandelsamt hatte Ende November 1938 eine Fortsetzung der Verhandlungen vorgeschlagen, weil die englische Industrie nach Abschluß des Handelsvertrages mit Amerika befürchtete, in Abhängigkeit von den USA zu geraten. Anlage: Hipp-Erklärung, 21./22. 12. 38 in London gegenüber der englischen Delegation.

22 Wendt, Economic Appeasement, S. 575.

23 FRUS 1939 I, S. 28f.: Hull 7. 3. 39 Kennedy.
24 Financial News, 20. 3. 39.
25 Hansard, Commons, Vol. 345, Col. 1109ff.
26 Financial News, 20. 3. 39.
27 FRUS 1939 I, S. 81: Kennedy 20. 3. 39 Hull.
28 FRUS 1939 I, S. 104: Davies 30. 3. 39 Hull.
29 ebda.
30 Joseph Tenenbaum, The Economic Crisis of the Third Reich. New York, April 1939, S. 29.
31 PRO FO 371/22 968 C 4795: Aktennotiz Harvey, 29. 3. 39 nach einem Gespräch mit einem Teilhaber des Bankers Trust, New York.
32 Hugh R. J. Wilson, A Career Diplomat. The Third Chapter: The Third Reich. New York 1960, S. 78ff.: Klieforth 21. 2. 39 Wilson, dem nach der Reichskristallnacht abberufenen US-Botschafter, der das State Department seitdem in der Deutschlandpolitik beriet.
33 PRO CAB 27/627: Aufzeichnung Gespräch FDR – Willert, 25./26. 3. 39 – Die maschinenschriftliche Fassung von Willerts »Notizen« datiert zwar erst vom 25. 4. 39. Bei der grundsätzlichen Bedeutung des Gesprächs für die amerikanisch-englischen Beziehungen ist aber denkbar, daß Willert die wesentlichen Inhalte schon zu einem früheren Zeitpunkt mündlich oder fernmündlich an das FO übermittelt hat. Die Bedeutung geht schon allein daraus hervor, daß die Notizen als nächstes Dokument nach der im vorletzten Kapitel wiederholt zitierten Foreign-Office-Denkschrift in die Kabinettspapiere eingeordnet wurden.
34 Detlef Junker, Nationalstaat und Weltmacht. In: Weltpolitik II 1939–1945. 14 Vorträge. Hg. von Oswald Hauser. Göttingen/Frankfurt/Zürich 1975, S. 26ff.
35 ders., Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941. Stuttgart 1975, S. 211ff.
36 Das Johnson-Gesetz verbot Anleihen und Kredite an Länder, die ihre Schulden aus dem Ersten Weltkrieg noch nicht zurückgezahlt hatten.
37 Bullitt, President, Seite 315: Bullitt 22. 2. 39 FDR, persönlich/geheim – Der amerikanisch-französische Tauschhandel kam, wie es scheint, vor Kriegsausbruch nicht mehr zustande.
38 PRO FO 371/22 797 A 3446: FO 25. 5. 39 Lindsay.
39 PRO CAB 23/99: Kabinettssitzung vom 14. 6. 39.

# 5.
# Im Käfig der Quarantäne

Nach der Einschließung Deutschlands, die durch Becks Besuch Anfang April in London befestigt wurde, erwartete man in den westlichen Hauptstädten fast täglich den Kriegsausbruch mit einer Mischung aus Angst, grimmiger Entschlossenheit und einer öffentlich zur Schau getragenen Unschuldsmiene. Die Besetzung Albaniens durch Italien verstärkte wieder einmal die Gerüchte, Mussolini und Hitler würden demnächst ganz Europa von Gibraltar bis zur Weichsel aufrollen, was England veranlaßte, auch Rumänien, Griechenland und der Türkei gewisse Schutzversprechen zu geben. [1] Von den hysterischen Hilferufen aus Paris und London aufgeschreckt, brach der amerikanische Präsident am Ostersonntag, den 9. April, in seinem Urlaubsort Warm Springs/Georgia zur Rückfahrt nach Washington auf. Zu den Leuten, die seinen Wagen umdrängten, sagte er zum Abschied: »Ich werde im Herbst zurück sein, wenn wir keinen Krieg haben.« [2] Natürlich kehrte er nicht zurück.

Persönlich befand sich Franklin Delano Roosevelt schon im Frühjahr 1939 längst auf dem Weg in den Krieg und mit ihm die Flotte der Vereinigten Staaten. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatte die US-Navy im Januar 1939 Manöver vor den Windward Inseln – auf der Grenze zwischen der Karibischen See und dem Atlantik – abgehalten, und die Übungen zur Verteidigung des Panamakanals im März bewiesen, daß eine Blockade dieser lebenswichtigen Wasserstraße durch feindliche Marinestreitkräfte praktisch ausgeschlossen war. Damit schien die überlegene Weltmachtstellung der USA, die letztlich auf ihrer Unverwundbarkeit und Fähigkeit beruhte, die eigene Flotte bei Bedarf sehr rasch im Atlantischen oder Pazifischen Ozean zu konzentrieren, gesichert zu sein.

Um sie auch gegen das Risiko zu schützen, daß Hitler und Mussolini die Flotten Frankreichs und Englands in ihre Gewalt brachten, entwickelte der Präsident im Frühjahr und Frühsommer 1939 sehr viel weiterreichende Pläne. Sie bestanden im wesentlichen aus der Bildung einer sogenannten »Neutralitäts-Zone«, die östlich und westlich des amerikanischen Doppelkontinents bis zu 1000 Meilen (ca. 1800 Kilometer) in den Atlantik und Pazifik hinreinragen sollte, und zwar auf der ganzen Länge von Neufundland bzw. Alaska im Norden bis Feuerland im Süden. Innerhalb dieses »Keuschheits-Gürtels«, der fast die Hälfte des Nord- und Südatlantiks und den Pazifik fast bis nach Hawaii abdeckte, durften nach Roosevelts Vorstellungen im Kriegsfall keine

Schiffe der kriegführenden Mächte mehr operieren, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von Einheiten der US-Navy versenkt zu werden.
Auf den ersten Blick wirkte die geplante Erweiterung der nord- und südamerikanischen Hoheitsgewässer rein defensiv und ziemlich harmlos, allein dazu bestimmt, die deutschen U-Boot-Kapitäne davon abzuhalten, die englischen und französischen Versorgungsschiffe schon vor dem Hafen von New York oder Paramaribo abzufangen. Aber Roosevelt, der gelehrige Mahan-Schüler, verband mit seinen Plänen durchaus aggressive und offensive Ziele, die für die Achsenmächte lebensgefährlich waren.
Schließlich gab es keine Macht, die den amerikanischen Präsidenten im Falle eines Falles daran hindern konnte, die amerikanische Sicherheitszone praktisch auf den ganzen Atlantik auszudehnen. Dies würde im Kriegsfall unweigerlich die Gefahr von ernsten Zusammenstößen zwischen deutschen und amerikanischen Flotteneinheiten heraufbeschwören, woraus sich wiederum das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und dem Dritten Reich ergab – eine Perspektive, die Hitlers Expansionspläne im europäischen Osten in Frage stellte.
Genau das war jedoch Roosevelts Ziel. Denn schon 1914 hatte der Vater der amerikanischen Seestrategie dem Stellvertretenden Marineminister den grundlegenden Widerspruch zwischen deutscher Kontinentalhegemonie und amerikanischer Seehegemonie vor Augen geführt. In einem Brief an Roosevelt schrieb Mahan damals:

»Deutschlands Prozedur besteht darin, (seine Gegner) durch konzentrierte Vorbereitung und ungestüme Triebkraft schlagartig zu überwältigen ... Sollten die Deutschen Frankreich und Rußland zu Lande besiegen, würden sie eine ›Atempause‹ gewinnen, die sie in die Lage versetzen könnte, eine Seemacht vergleichbar mit der Englands aufzubauen. In diesem Fall würde die Welt mit einer Seemacht konfrontiert werden nicht vom Zuschnitt Großbritanniens, das territorial saturiert ist, sondern voller gierigen und expansiven Ehrgeizes ... Diese Erwägung mag gut und gerne die amerikanischen Sympathien beeinflussen.« [3]

Wie sehr diese Erwägung die amerikanischen Gefühle gegenüber Deutschland beeinflußte, hatte der Erste Weltkrieg erwiesen. Sie führte 1917 zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten. Mochte es zwischen Wilhelm II. und Adolf Hitler auch noch so viele Unterschiede geben – darunter auch den, daß das Dritte Reich im Gegensatz zum Kaiserreich über keine »Risikoflotte« von vergleichbarer Stärke verfügte – hatte Mahan in aller Prägnanz »das deutsche Problem« erfaßt, wie es sich Amerika 1914 und 1939 stellte. Roosevelt sah dieses Problem mit dem geschulten Blick des Seestrategen, und er war geradezu wild entschlossen, es ein für allemal zu lösen.
Außer der Einkreisung Deutschlands war die von ihm projektierte Sicherheitszone rund um die westliche Hemisphäre dafür ein ideales Instrument, weil sie die gleichzeitige Lösung mehrerer Einzelprobleme verhieß, ohne die Vereinigten Staaten von vornherein auf den Kriegseintritt festzulegen. (1) Sie

schränkte die Operationsgebiete der deutschen Seestreitkräfte ein und erschwerte ihnen den im Krieg erforderlichen Kampf gegen die alliierten Geleitzüge, die zwecks Versorgung Englands den Atlantik überquerten. (2) Sie erlaubte es England und Frankreich, ihre Flotten auf das Mittelmeer und auf die Nordsee zu konzentrieren, also auf diejenigen Seegebiete, in denen unmittelbar über die Wirksamkeit der alliierten Hungerblockade gegen Deutschland und Italien entschieden wurde. (3) Sie lieferte »endlose Gelegenheiten für ›casus belli‹-Zwischenfälle«, wie der Präsident erfreut bemerkte, also jede Menge Anlässe für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zu fast jedem beliebigen Augenblick. [4]

Die vierte Wirkung, die von der amerikanischen Sicherheitszone ausging, bestand freilich darin, daß sie bereits vor ihrer Realisierung einen unerbittlichen Zeitdruck auf Hitler ausübte. Weil der Diktator an Roosevelts Flottenpolitik sah, daß ihm eine »Atempause« beim Aufbau seiner Kontinentalhegemonie voraussichtlich nicht mehr vergönnt sein würde, mußte er die Verwirklichung seiner eigenen Expansionspläne beschleunigen, auch auf die Gefahr hin, sie gerade dadurch zum Scheitern zu bringen. Diese zeitliche Pression war die wichtigste Wirkung, die von der maritimen Weltpolitik des amerikanischen Präsidenten seit 1937 ausging, und es wäre überraschend, wenn Roosevelt sie nicht beabsichtigt hätte.

Sein Versprechen vom 22. März, den Schutz des Pazifiks zu übernehmen, löste Roosevelt am 15. April 1939 mit der Verlegung der amerikanischen Flotte nach San Diego/Kalifornien ein. Die maritime Konzeption des Präsidenten verband ein Höchstmaß an amerikanischem Selbstschutz einerseits mit einem Maximum an Bedrohung für die Achsenmächte, andererseits mit einem Maximum an Beistand für die westeuropäischen Demokratien unter der Bedingung der Neutralität. Das heißt: Die sogenannte »Hemisphärenverteidigung« war gerade noch so neutral, daß sie den Buchstaben des Völkerrechts erfüllte, und sie war gleichzeitig schon so unneutral, daß sie den Untergang Englands verhindern konnte. Denn sie ließ die Versorgung des Inselreichs in einer Weise zu, die einer amerikanischen Teilgarantie gleichkam. Außer dem Einigungszwang, den sie auf die Staaten Lateinamerikas ausübte, hatte die panamerikanische Sicherheitszone überdies die angenehme Nebenfolge, daß sie die englischen und französischen Besitzungen im West- und Südatlantik bei Kriegsausbruch von ihren Mutterländern abschneiden bzw. der amerikanischen Flotte und Luftwaffe als Stützpunkte zuspielen würde. Roosevelt war wohl der letzte, der übersah, daß dieser Umstand die Bande lockern mußte, die die europäischen Kolonialreiche zusammenhielten.

Im Kern enthielt die Seestrategie, die Roosevelt im Frühjahr und Frühsommer 1939 entfaltete, bereits die wichtigsten Elemente der amerikanischen Seekriegsführung im Zuge jener seltsamen »*methods short of war*«, die Washington in der Zeit zwischen dem Ausbruch des europäischen Krieges im September 1939 und dem amerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941

praktizierten. Ja, man könnte sagen, daß sie bereits im Kern den Grund für die Niederlage Hitlers enthielt. Denn sie stahl ihm die Zeit, die er für einen soliden und besonnenen Ausbau seines Imperiums benötigt hätte.
Als Anfang Juni 1939 der englische König George VI. die USA besuchte, hatten die Vorstellungen des Präsidenten schon soweit Gestalt angenommen, daß er dem Monarchen genau den Unterschied zwischen »Trinidad-Patrouille« und »Bermuda-Patrouille« erklären konnte. [5]
Roosevelt vergaß auch nicht, den englischen König auf die wahrscheinlichste Form des amerikanischen Kriegseintritts hinzuweisen:

»Wenn er ein (deutsches) U-Boot sehe, würde er es sofort versenken und abwarten, was das für Folgen hat«,

notierte der junge und unerfahrene Engländer, der den ebenso ausgefuchsten wie jovialen Amerikaner nach dieser Begegnung grenzenlos bewunderte. Wer weiß, vielleicht würde Hitler Amerika nach einer solchen Attacke doch den Krieg erklären.
Hinterher fragte sich George VI. zwar etwas bange, ob man diese Art von Neutralität, die Roosevelt ihm da vor Augen führte, ohne Kriegserklärung bewerkstelligen könne. Dieser Zweifel bezog sich auf die völkerrechtliche Zulässigkeit der Angelegenheit, und er war in bezug auf Hitlers hartnäckige Weigerung, Amerika vor Pearl Harbor in den Krieg hineinzuziehen, auch durchaus berechtigt. Aber der Präsident hatte in Hyde Park mit soviel Ernst und Eindringlichkeit gesprochen, daß sich seine Worte wie eine feierliche Verpflichtung der Vereinigten Staaten anhörten, das an sich Unzulässige zu tun, um England zu retten. Jedenfalls trug der englische König das Original seiner Gesprächsnotizen während des ganzen Krieges bei sich, so als wollte er für den Fall, daß sein Land in ernste Schwierigkeiten geriet, bei Roosevelt den amerikanischen Beistand einklagen.
Natürlich wurden die Zweifel Chamberlains an der Fähigkeit des Präsidenten, die westeuropäischen Demokratien im Kriegsfall wenigstens mit Waffen, Munition und sonstigen Kriegsgütern wirksam zu versorgen, enorm verstärkt, als Ende Juni/Anfang Juli 1939 die Revision des Neutralitätsgesetzes scheiterte. Es war *das* Ereignis, mit dessen Eintritt der vorsichtige und vorausschauende Premier immer gerechnet hatte.
Die Novelle, die Senator Pittmann am 20. März eingebracht hatte, stieß im Senat auf so großen Widerstand, daß sich die Roosevelt-Administration im Mai einer Initiative des Kongreßabgeordneten Sol Bloom anschloß, der die Revision über das Repräsentantenhaus voranbringen wollte, ein ziemlich hektisches Verfahren. Bloom, wie Pittmann Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses seines Hauses, verhielt sich jedoch ebenso ungeschickt wie sein Vorreiter, so daß auch sein Vorstoß im Laufe der Beratungen steckenblieb. Außerdem sah Blooms Entwurf eine Erweiterung der präsidialen Befugnisse bei der Feststellung des Kriegszustandes und bei der Anwendung des revidierten Neutralitätsgesetzes vor, die weit über die Pittmann-Novelle hinausging.

Damit war der kritische Punkt des amerikanischen Verfassungssystems, das Verhältnis von Kongreß und Präsident, berührt.
Während Roosevelt in seiner Not bereits mit dem Gedanken spielte, im Kriegsfall einfach am Gesetzgeber vorbei zu handeln, um die Unterstützung der Alliierten sicherzustellen, was ein klarer Verfassungsbruch gewesen wäre, billigte das Repräsentantenhaus den Bloom-Entwurf am 30. Juni 1939 doch noch mit der knappen Mehrheit von 200:188 Stimmen. Vorher hatte die Administration freilich auf die Aufhebung des Waffenembargos verzichten müssen, das Herzstück der beabsichtigten Revision. Offenbar wollte das Repräsentantenhaus eine Aufwertung der präsidialen Stellung nur um den Preis zugestehen, daß Roosevelts Möglichkeiten beschnitten wurden, das europäische Gleichgewicht durch exzessive Waffenlieferungen an die westeuropäischen Demokratien noch weiter zu verschieben.
Nach dieser Niederlage wurde die Pittmann-Novelle wiederbelebt. Obwohl die Roosevelt-Administration und die Anti-*Appeaser* aus London und Paris massiv auf die Senatoren einwirkten, ließ sich die Mehrheit aus Republikanern und Südstaaten-Demokraten nicht erweichen. Am 11. Juli 1939 wurden die weiteren Beratungen vom Außenpolitischen Ausschuß auf die nächste Sitzungsperiode im Herbst vertagt, so daß auch die am 1. Mai abgelaufene »*cash & carry*«-Klausel, Nabelschnur der westeuropäischen Demokratien im Krieg, nicht verlängert werden konnte.
Sicher war bei diesen negativen Entscheidungen viel amerikanische Innenpolitik im Spiel, die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Machtgruppen, die auf dem Felde der Außenpolitik ausgetragen wurden. Viel bedeutsamer aber war die außenpolitische Willensbekundung, die hier zum Ausdruck kam. Sie ließ sich mit dem Schlagwort »Isolationismus« nicht ohne weiteres erklären. Vielmehr bewies die Mehrheit des Kongresses, daß sie das Bedenkliche an Roosevelts bedenkenloser Abschreckungspolitik klar erkannte und als mögliche Kriegsursache ausschließen wollte.
So hieß es in einem Votum der Roosevelt-Opposition klipp und klar:

»Wir opponieren gegen die Politik des Präsidenten, die Drohung mit unserer Macht zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa zu benutzen. Wir glauben zwar nicht, daß der Präsident bewußt Krieg provoziert, aber wir glauben, daß der Weg zum Frieden für uns darin besteht, neutral zu sein und nicht parteiisch, freundlich und nicht bedrohlich . . .« [6]

Für Roosevelt war das Scheitern in der Neutralitätsfrage ein »Wendepunkt hin zum Krieg«. [7] Dieser Feststellung, die von vielen politischen Beobachtern vor allem in Europa geteilt wurde, lag die Annahme zugrunde, Hitler werde den Krieg jetzt um so schneller wagen, seit er davon ausgehen könne, daß Amerika die westeuropäischen Demokratien dann im Stich lassen werde. An dieser Ansicht war sicher etwas Wahres daran. Aber überzeugte sie wirklich? Hätte Hitler vielleicht nicht auch dann – oder vielleicht sogar dann erst recht – losgeschlagen, wenn die Revision des amerikanischen Neutrali-

tätsgesetzes gelungen wäre? Hätte er dann vielleicht doch London oder Paris bombardiert?

In Wirklichkeit änderte die Niederlage Roosevelts in der Neutralitätsdebatte nur wenig daran, daß sich Hitlers Aussichten auf einen Sieg bereits entscheidend verschlechtert hatten, und der Präsident wußte das. Schon im März hatte er seinem Freund Arthur Willert in aller Offenheit erzählt, er sei zwar für soviel »wohlwollende Neutralität« gegenüber England und Frankreich wie möglich, aber er bezweifle, daß ihm der Kongreß freie Hand geben werde. Vielleicht könnte man die »*cash & carry*«-Klausel auf Munitionslieferungen ausdehnen. Im übrigen fand der Präsident, »dies sei genug für uns (Engländer – D. B.)«, notierte der ehemalige Chefredakteur der *Times*.

Nach Meinung Roosevelts verfügte England über genügend Geldreserven in den Vereinigten Staaten, die es für seine Versorgung locker machen konnte.

»Irgendwie findet das Geld seine seltsamen, aber sicheren Wege, dorthin zu kommen, wo es am meisten gebraucht wird«,

meinte der Präsident. Er wies auf die Möglichkeit hin, daß England in den USA billig Kriegsschiffe aufkaufen könne, und wischte sogar den *Johnson-Act* beiseite

»als irrelevant in bezug auf die Art und Weise, in der Geld durch die Grenzen sickert«, [8]

und wahrscheinlich hatte er recht damit.

Die eigentliche Bedeutung der Tatsache, daß das alte verworrene Neutralitätsgesetz in Kraft blieb und die »*cash & carry*«-Klausel nicht verlängert wurde, lag denn auch nicht in ihrer Wirkung auf Hitler, den in der Roosevelt-Administration sowieso niemand mehr für zurechnungsfähig hielt. Sie lag in ihrer Wirkung auf die »Frontstaaten« Europas, auf England und Frankreich, auf die Niederlande, Belgien und die Schweiz, auf Polen, Griechenland, Rumänien und die Türkei, auf die Beständigkeit ihrer inneren Fronten. Alle diese Staaten fühlten sich ja durch die englisch-französischen Garantien gegenüber den Machtansprüchen Deutschlands und Italiens exponiert, Garantien, die im Kriegsfall nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten eingelöst werden konnten. Wenn die Aussicht auf diese Hilfe schwand, und das war nach dem Scheitern der Revision der Fall, dann mußte die Bereitschaft zu einem Arrangement mit Deutschland und Italien in allen diesen Staaten wieder wachsen. Genau das meinte Roosevelt, als er die Senatoren warnte: Ein Fehlschlag in der Neutralitäts-Frage werde

»die Führerschaft der Vereinigten Staaten bei der Ausübung ihres mächtigen Einflusses auf die Sache der Friedenserhaltung zwischen anderen Nationen schwächen«.

Trotzdem blieb dieser Einfluß natürlich erhalten. In einer gewissen Weise erlitt der bereits eingekreiste Hitler sogar einen weiteren Nachteil dadurch, daß die amerikanische Neutralität im Sommer 1939 nicht bis an die Grenze ihrer Abschaffung revidiert wurde. Wäre es geschehen, dann hätte er sich vielleicht

doch dazu entschlossen, den Westen durch gezielte Präventivschläge zu lähmen oder auszuschalten. So aber mußte sich Hitler mit Rücksicht auf die möglichen Reaktionen Amerikas weiterhin eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, indem er zuerst nicht im Westen, sondern im Osten angriff. Denn das hatte Roosevelt dem englischen König George VI. hoch und heilig versprochen:

»Wenn London bombardiert wird, treten die USA (in den Krieg – D. B.) ein.« [9]

Aber Roosevelt mußte noch mehr tun, um seinen weltpolitischen Führungsanspruch aufrechtzuerhalten als verschwiegene Zusagen zu geben und kriegerische Reden zu führen. Er mußte Hitlers Vorwurf der Einkreisung entkräften und ihn zum Aggressor abstempeln, bevor noch der Krieg begann. Denn soviel stand von vornherein fest: Eine militärische Auseinandersetzung ließ sich in einer Zeit des permanenten Weltbewußtseinskrieges nur von der Basis ideologischer Überlegenheit aus erfolgreich führen, nur aus einem Gefühl der verletzten Unschuld heraus. Nur dann kamen die Massen richtig in Schwung.

»Wenn Amerika jemals in einen europäischen Krieg eintritt, dann wegen irgendeines gewaltigen emotionalen Impulses, der den letzten und entscheidenen Schub auslöst«,

hatte Lindsay schon während der Märzkrise 1939 aus Washington richtig vorausgesagt. [10] Damals erreichten London gewisse Hinweise, Amerika werde dann und nur dann innerhalb von drei Wochen in den Krieg eintreten, wenn dieser auf der Basis einer klaren ideologischen Frontstellung geführt werde, also nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Italien – als Kreuzzug der Demokratie gegen die Diktatur. [11]
Die Frage der Einkreisung war vor dem Zweiten Weltkrieg naturgemäß ebenso umstritten, wie sie es vor dem Ersten Weltkrieg gewesen war. Während sich die nationalsozialistische Führung wütend über Roosevelts »Kriegspolitik«, »Panikmache« und »Hetze« beschwerte und den Einkreisungsvorwurf erhob, gab es für den amerikanischen Präsidenten

»nichts dergleichen wie Einkreisung . . . irgendeiner friedlichen Nation durch andere friedliche Nationen«. [12]

Da der Präsident das nationalsozialistische Deutschland für eine unfriedliche Macht hielt, die sich allein schon durch ihre totalitären Herrschaftsmethoden aus der Völkerrechtsgemeinschaft ausgeschlossen hatte, hielt er es für richtig, sie wie einen bösartigen Kranken unter Quanrantäne zu stellen. Mit Einkreisung hatte das aus Roosevelts Sicht natürlich nichts zu tun, eine Einstellung, die der englische Schatzkanzler Simon, früher einmal Befürworter der Verständigung mit Hitler, im Sommer 1939 auf die klassische Formel brachte:

»Wir bereiten uns nicht auf den Krieg vor, sondern bauen eine Friedensfront auf.« [13]

Die »Frankfurter Zeitung«, trotz aller Zensur kein Nazi-Blatt, traf den Nagel auf den Kopf, als sie demgegenüber in einem Leitartikel unter dem Titel »Was ist das: Einkreisung?« definierte:

»Die Bündnisse und Garantien, die England jetzt in den Mittelpunkt seiner Politik stellt, haben nicht allein den Zweck, etwaigen Angriffen entgegenzutreten, sondern sie wollen überhaupt die Lösung offener Fragen verhindern. Sie wollen zum mindesten die Lösungen in das alleinige Ermessen der Länder stellen, die diese neue Politik leiten, die von uns Einkreisungspolitik genannt wird. Die neue Politik soll die Handhabe geben, jeden Ansatz zu einer Lösung mit dem Namen ›Angriff‹ belegen zu können.« [14]

Selbst der Privatsekretär des englischen Außenministers, Sir Oliver Harvey, bekannte in seinem Tagebuch:

»Ich kann das Einkreisungs-Argument verstehen. Die Fehler der Vergangenheit haben Hitler hervorgebracht, und nun, in unserer Not, sind wir gezwungen, eine neue Einkreisung anzufangen, um ihn aufzuhalten.« [15]

Unter diesen Umständen war es um so wichtiger, Deutschland von vornherein zum Aggressor abzustempeln, damit an der Kriegsschuld kein Zweifel mehr aufkommen konnte. Das war der erklärte Sinn und Zweck jenes Friedensappells, mit dem Roosevelt inmitten der fabrizierten Kriegsgerüchte am 14. April 1939 an die Weltöffentlichkeit trat. In einer Rede zum Tag der »Panamerikanischen Union« stellte er die rhetorische Frage, ob es denn »keine besseren Methoden« gebe, mit denen gewisse Nationen ihre Ziele zu erreichen suchten, als »diejenigen, die von Hunnen und Vandalen vor 1500 Jahren benutzt wurden.« [16]

Mit dieser emotionalen Sprache schlug Roosevelt einen neuen Ton an, der an die alliierte Propaganda aus der Zeit des Ersten Weltkriegs erinnerte, als man die Deutschen schon einmal als »Hunnen« beschimpft hatte. Der Präsident fügte seiner Rede einen Appell an die Adresse Hitlers und Mussolinis an, der die beiden Diktatoren aufforderte, (1) keine weiteren Schritte zu unternehmen, die in Europa zum Krieg führen könnten, (2) keine weiteren Länder anzugreifen oder zu okkupieren und (3) alle Probleme friedlich am Konferenztisch zu lösen. Noch am Abend desselben Tages gingen die Botschaften des amerikanischen Präsidenten nach Berlin und Rom hinaus. [17]

Im Grunde handelte es sich um eine Wiederholung des Weltfriedensplanes von Anfang 1938. Roosevelt schlug friedliche Verhandlungen vor allem über die Abrüstung und weltwirtschaftliche Fragen unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten vor, wobei er den Regierungen freistellte, unter sich – d. h. ohne die USA – auch über andere Probleme zu verhandeln. Er dachte also vordergründig abermals an ein zweiteiliges Konferenzmodell mit und ohne die USA, das aber, so wie die weltpolitischen Dinge nun einmal lagen, dem Präsidenten nach wie vor die Herrschaft über das Gesamtverfahren sichern sollte. Roosevelt, der sich im Widerspruch zu den Realitäten als »Oberhaupt einer Nation« bezeichnete, »die weit entfernt von Europa ist« und die nicht in die europäischen Streitigkeiten verwickelt sei, dachte jedoch nach wie vor nicht daran, für die Vereinigten Staaten irgendwelche friedenssichernden Verpflichtungen zu übernehmen.

Roosevelts Appell stellte also dieselbe Mischung aus wohlklingendem Pathos

und weltpolitischem Führungsanspruch dar, verbunden mit bedrohlich wirkenden Warnungen vor dem »Chaos des Krieges«, wie sein Weltfriedensplan von Anfang 1938. Freilich konnte er jetzt, da die amerikanische Aufrüstung anlief, mit einer »Sprache der Stärke« sprechen.

Aber es gab auch gewichtige Unterschiede zwischen diesem Weltfriedensappell und dem ursprünglichen Plan des Präsidenten. Erstens hatte Roosevelt diesmal den englischen Premierminister nicht in sein Vertrauen gezogen, was das Mißtrauen illustrierte, das zwischen den beiden Männern immer noch herrschte. Zweitens forderte Roosevelt von Hitler als Vorleistung eine öffentliche Erklärung über seine künftige Politik, eine offene Herausforderung, die den unfriedlichen Charakter des Weltfriedensappells bestätigte. Drittens sollte Hitler versichern, daß er 31 namentlich genannte Staaten und Territorien in Europa und im Nahen Osten im Verlauf der nächsten zehn bis 25 Jahre weder angreifen noch à la Prag besetzen werde. Auch dieses Verlangen hatte von vornherein keinerlei Aussicht auf Verwirklichung, auch wenn der Präsident behauptete, der angegebene Zeitraum reiche aus, »mit friedlichen Methoden für einen dauerhaften Frieden zu arbeiten.« Schließlich hatten die 20 Jahre, die seit Versailles verstrichen waren, dafür ebenfalls nicht ausgereicht.

Mit seinem Weltfriedensplan hatte Roosevelt im Januar 1938 das Ziel verfolgt, England – und notabene Frankreich – an einer bilateralen Verständigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu hindern. Nach dem Zusammenbruch des *Appeasements* beabsichtigte der Präsident mit seinem Weltfriedensappell jetzt, den erwarteten Zusammenstoß der Westmächte mit Hitler und Mussolini moralisch vorzubereiten. Die beiden Diktatoren sollten schon dann als Verschwörer gegen den Frieden erscheinen, wenn sie sich weigerten, die 31 genannten Staaten für den gewünschten Zeitraum zu garantieren. Das war der eigentliche Zweck des Unternehmens.

Dabei besaß Roosevelt die Unverfrorenheit, von Hitler und Mussolini zu verlangen, daß sie sich gewissermaßen selbst unter Quarantäne stellten. Denn im Gegenzug zu ihrer Garantie für die genannten Staaten und Territorien, unter denen sich törichterweise auch solche befanden, die gar keine souveränen Völkerrechtssubjekte waren, sollten diese umgekehrt die Versicherung abgeben, daß sie nicht beabsichtigten, Deutschland und/oder Italien anzugreifen.

Bei einem Bruch der Garantie durch Hitler und/oder Mussolini würden diese Staaten und Territorien also berechtigt sein, ihre Nichtangriffsversprechen zu widerrufen, und in einen Krieg gegen die beiden Diktaturen einzutreten. Da es außer dem US-Präsidenten keine Instanz in der Welt gab, die sich mit Aussicht auf Erfolg zum Richter darüber aufschwingen konnte, ob die Diktatoren ihre Garantien einhielten oder nicht, eignete sich Roosevelts Plan hervorragend dazu, die Vereinigten Staaten zum Richter über Frieden und Krieg zu erheben. Sollte der amerikanische Präsident nämlich eine Verletzung der Garantie feststellen, würden sich alle 31 Staaten wie ein Mann gegen den »Angreifer« erheben.

Da er selbst kaum an den Erfolg seines Unternehmens glauben konnte, fragte

es sich, ob Roosevelt mit seinem Quarantäne-Modell beabsichtigte, den Krieg auszulösen. Hintergrund seines Appells waren nämlich neue Kriegsgerüchte, die nach der Albanien-Krise die französische Hauptstadt schüttelten und zu dessen Sprecher sich US-Botschafter Bullitt machte. Angeblich hatte Mussolini vor, die Insel Korfu vor der griechischen Küste zu besetzen. Aber es gab auch Gerüchte, die von einer Besetzung Tangers durch Franco und den Einmarsch Hitlers in Rumänien sprachen. Auch von einem Schlag Hitlers gegen Polen war wieder die Rede. Als die deutsche Kriegsmarine zu einer Übung in den atlantischen Gewässern nordwestlich Marokkos auslief, erreichte das Nervenfieber seinen Höhepunkt.

Wie schon bei den Alarmübungen, die zur Garantie Englands und Frankreichs für die Niederlande, die Schweiz und Polen führten, waren die Urheber und ihre Zwecke auch diesmal nur schwer auszumachen. [18] Hauptergebnis waren jedenfalls die Beistandsversprechen, die England und Frankreich analog zu ihrer Polen-Garantie am 13. April für Griechenland und Rumänien und am 12. Mai 1939 für die Türkei abgaben. [19]

Aber das war es nicht allein. Gewiß sollte Rumänien in die westliche Garantiezone einbezogen werden, um Hitler von den Ölquellen und Weizenfeldern fernzuhalten, die Deutschland in die Lage versetzen würden, einen längeren Krieg ohne Treibstoff- und Nahrungsmittelknappheit durchzustehen. Nicht minder wichtig war jedoch die Bereitschaft Polens, bei einem deutschen Angriff auf Rumänien, Belgien, die Niederlande und/oder die Schweiz aktiv zu kämpfen. Auch das wurde durch die Kriegspanik erreicht, und zwar von Bullitt, der Beck auf der Rückreise von London nach Warschau in der Bahn ein Stück des Weges begleitete. [20]

Schließlich wollte der polnische Außenminister sicherstellen, daß das französisch-polnische Bündnis auf dieselbe Basis gestellt wurde wie das englisch-polnische Bündnis, d. h., daß jede Vertragspartei der jeweils anderen mit allen militärischen Mitteln zu Hilfe eilte, wenn diese fand, daß der »casus belli« eingetreten sei. Auch darüber wurde Einigkeit erzielt, und zwar ebenfalls mit Bullitts Hilfe. [21]

Es war die alte amerikanisch-französisch-polnische Konnektion, die sich hier wieder regte, nur daß sie durch Roosevelts Weltfriedensappell eine höhere Weihe erhielt. Der Präsident benutzte diese Gelegenheit, um Frankreich die amerikanische Flottenhilfe anzudienen und in London auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu dringen. Der amerikanische Marineattaché in Paris ließ die französische Marineleitung am 15. April wissen: Sollte es irgendwelche Erkenntnisse über die Pläne der Achse geben, könnte der Präsident, ohne den Kongreß zu fragen, eine Flottille entweder in die Irische See zu einem »Freundschaftsbesuch« oder nach den Phillippinen entsenden. Es war ein Anerbieten, das der englische Militärattaché in Paris als »amerikanische Bereitschaft« interpretierte, »auf unserer Seite (in einen Krieg – D. B.) einzutreten«. Kapitän Cedric Holland vergaß nicht hinzuzufügen, »daß die öffentliche Meinung Amerikas viel antideutscher ist als 1917.« [22]

Durch seinen Botschafter in Paris ließ der amerikanische Präsident die Engländer vier Tage später wissen, es sei absolut unerläßlich, noch vor Hitlers Antwort auf den Weltfriedensappell, die für den 28. April erwartet wurde, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Um nicht in den Vereinigten Staaten den Verdacht aufkommen zu lassen, sie meine es am Ende nicht ernst mit ihren neuen Verpflichtungen, richtete es die Regierung Chamberlain daraufhin so ein, daß das entsprechende Gesetz noch am 27. April vom Unterhaus verabschiedet wurde. Da England die allgemeine Wehrpflicht noch nie in Friedenszeiten eingeführt hatte, kam dies schon fast einer Kriegserklärung an Deutschland gleich. Erstaunlicherweise war Roosevelt dagegen der Meinung, daß diese Maßnahme »noch den Frieden retten mochte.«

Insgesamt waren die Kriegsgerüchte und der Friedensappell des amerikanischen Präsidenten darauf abgestimmt, drei Ziele auf einmal zu erreichen. Sie sollten

- Hitler und Mussolini von weiteren Übergriffen auf die vitalen Interessen der Westmächte abschrecken;
- Deutschland und Italien für den Fall eines europäischen Krieges in eine möglichst lückenlose Zwei-Fronten-Lage manövrieren;
- den beiden Diktatoren unabhängig davon, welches Ereignis den Kriegsfall auslösen würde, von vornherein die Schuld zuzuweisen.

Wie wichtig Roosevelt gerade dieser letzte Aspekt war, hatte er deutlich gemacht, als er zu Außenminister Hull sagte: Auch wenn sein Friedensappell nichts einbrächte, würde er Hitler und Mussolini als das erscheinen lassen, was sie seien – »Planer der Eroberung Europas«. [23]

Außerdem schien der amerikanische Präsident und die politischen Kreise, die seine Quarantäne-Politik unterstützten, auch diesmal wieder auf den Aufstand der deutschen Generäle zu spekulieren, ohne deren Loyalität Hitler naturgemäß keinen Krieg gewinnen konnte. Das zeigte ein Vorgang, der sich am 12. April 1939, zwei Tage vor Roosevelts Weltfriedensappell, in Berlin abgespielt hatte. Der deutsche Generalstabschef Franz Halder, der dem Widerstand nahestand, nahm Kontakt mit dem amerikanischen Geschäftsträger in der Reichshauptstadt, M. Geist, auf, um die Vereinigten Staaten vor einer Fehleinschätzung Deutschlands zu warnen. Die deutsche Wehrmacht fürchte zwar einen europäischen Krieg, sagte der General, indem er Roosevelts Vertrauen auf seine Abschreckungspolitik bestärkte. Aber wenn Hitler den Befehl gebe, werde sie marschieren, fügte Halder hinzu. Geist fiel daraufhin nichts anderes ein, als auf dem Abschreckungs-Argument herumzureiten. Er entgegnete ungerührt: Amerika werde im Falle eines Krieges nicht zögern, alle seine Ressourcen gegen Deutschland einzusetzen. Solange Hitler seine Politik nicht radikal ändere, würden die amerikanisch-deutschen Beziehungen außerdem eingefroren bleiben. [24]

Um den moralischen Druck auf das nationalsozialistische Regime zu maximieren und wenigstens die deutschen Katholiken zum Abfall von ihrem gottlosen Führer zu ermutigen, scheute die Roosevelt-Administration auch nicht davor

zurück, den Papst für ihre Zwecke einzuspannen. Sie bearbeitete einflußreiche Katholiken Amerikas, sich bei der Kurie dafür einzusetzen, daß sich der Heilige Vater dem Friedensappell des Präsidenten anschloß. Das würde den Deutschen das Gefühl der Einkreisung nehmen, hieß es in Washington, womit die Existenz dieses eigenartigen Phänomens doch indirekt zugegeben wurde. [25]

Nach dem Tod von Papst Pius XI. schien das Unterfangen nicht ganz aussichtslos zu sein, da dessen Nachfolger, der frühere Nuntius Eugenio Pacelli, von jeher über hervorragende Beziehungen zu Roosevelt und Kennedy verfügte. [26] Papst Pius XII. tat dem amerikanischen Präsidenten schließlich auch den Gefallen, indem er am 21. April 1939 im *Osservatore Romano*, dem offiziellen Organ des Vatikans, zu einem »Kreuzzug für den Frieden« aufrief.

Damit war das ideologische Leitmotiv der nächsten sechs Jahre gegeben, und die Reaktionen der Diktatoren machten postwendend deutlich, daß der Frieden durch die amerikanische Quarantäne-Politik nicht sicherer, sondern unsicherer wurde. Hitler wies Roosevelts Appell in einer seiner besten Reichstagsreden hohnlachend zurück, indem er behauptete, die meisten Staaten, deren Garantie der Präsident verlangt hatte, fühlten sich nicht von Deutschland bedroht, so daß sie gar nicht garantiert werden wollten. Gleichzeitig aber kündigte der Führer mit dem deutsch-englischen Flottenabkommen von 1935 und dem deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag von 1934 die beiden einzigen Verträge, die bisher dafür gesorgt hatten, daß die Nazis im Umgang mit ihren Nachbarstaaten gewisse Grenzen des Wohlverhaltens nicht überschritten. [27] Obgleich Hitler England und Polen aufforderte, neue Verträge mit ihm abzuschließen, trat jetzt ein vertragsloser Zustand ein, der nach Meinung des Führers offenbar nur noch durch Krieg oder durch die Aufhebung der Quarantäne-Politik beendet werden konnte.

Nachdem sich auch Mussolini verächtlich gegen »messiasähnliche Botschaften« des Präsidenten verwahrt hatte, [28] fürchteten die Regierungen der kleineren europäischen Länder schon, Roosevelt könnte die Dinge mit seiner dramatischen und unnötig provozierenden Aktion überstürzt haben. [29] Die amerikanischen Senatoren Borah und Nye klagten den Mann im Weißen Haus an, er habe die Diktatoren herausgefordert, und diese hätten daraufhin die Tür für die Erörterung weiterer Friedensvorschläge ein für allemal zugeschlagen. [30]

In den nächsten Wochen und Monaten hielt sich der amerikanische Präsident mit öffentlichen Erklärungen zurück, was hier und dort den Anschein erweckte, als seien die Vereinigten Staaten nicht an dem Tauziehen beteiligt, das dem deutschen Angriff auf Polen vorausging. Die diplomatischen Vertreter Washingtons wurden den Sommer über nicht müde, gegenüber den Regierungen, bei denen sie akkreditiert waren, zu betonen,

> »daß der Frieden solange sicher sei, wie sich Polen der Unterstützung durch England und Frankreich sicher sei«. [31]

Botschafter Kennedy gönnte sich den Luxus eines mehrwöchigen Sommer-

urlaubs in Frankreich, um mit seinem zweitältesten Sohn John, dem späteren Präsidenten, Französisch zu lernen. Während Hitler seinen Groll in der Einsamkeit der Alpen nährte und dem Entschluß, jetzt oder nie Krieg zu führen, innerlich immer näher rückte, tat man im Westen stellenweise so, als würde die Welt noch mitten im Frieden leben.

In Wirklichkeit hatte Roosevelt den Diktatoren längst den Krieg erklärt, nur daß er es nicht nötig hatte, militärische Mittel einzusetzen. Die indirekten Methoden des Drucks, der Drohung und der ideologischen Imagepflege genügten schon, um die Feindseligkeiten auszulösen. Sein Botschafter Kennedy hatte sich bereits in der Septemberkrise 1938 gefragt, »warum jedermann Krieg haben möchte, um die Tschechen zu retten« – ein Satz, den ihm das State Departement aus dem Entwurf einer Rede herausstrich, weil er allzu deutlich die Haltung Roosevelts kritisierte. In der Sommerkrise des Jahres 1939 fragte sich Kennedys Freund Chamberlain, warum er um der Polen Willen einen blutigen Krieg riskieren sollte, nur um Hitler an einem blutlosen Sieg in Danzig zu hindern. Aber im Grunde war er sich klar darüber, daß er von Roosevelt gehörig »etwas auf die Finger bekommen« würde, wenn er auch nur den Versuch unternahm, sich den einmal eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. [32] Außerdem war Ministerpräsident Daladier, darin von US-Botschafter Bullitt unentwegt unterstützt, strikt gegen jeden Kompromiß.

Die öffentliche Meinung Amerikas hatte die Polen-Garantie der beiden westeuropäischen Demokraten als »vollständigen Neuanfang ihrer Nachkriegspolitik« und als das »Ende des ›Appeasements‹« interpretiert. [33] Zwar wollten die Zweifel an der Konsequenz, mit der England und Frankreich ihre Verpflichtungen einzuhalten gedachten, nie ganz verstummen. Es gab auch immer wieder Stimmen, die dem polnischen Außenminister Beck nicht zutrauten, daß er sein Land auf Gedeih und Verderb an den Westen binden würde, und amerikanische Journalisten spekulierten im Sommer 1939 mit Vorliebe über die künftige Haltung der Sowjetunion. Aber im Grunde war die Welt seit den Iden des März gebieterisch vor die Alternative »Krieg oder Frieden« getellt, und die Politiker rund um den Globus wußten, daß Hitler einer Entscheidung nicht mehr lange ausweichen konnte.

Roosevelt hatte Chamberlain und Daladier in der Märzkrise zu Erfüllungsgehilfen seiner Quarantäne-Politik gemacht. Seitdem sorgten die öffentliche Meinung Amerikas, der französische Ministerpräsident und der polnische Außenminister dafür, daß die Isolierung Hitlers nicht kleiner, sondern größer wurde. Tatsächlich war das, was sich in Europa in den fünf Monaten abspielte, die von der Polen-Garantie bis zum Kriegsausbruch vergingen, nichts anderes als der erste geschichtlich nachweisbare Anwendungsfall der amerikanischen Quarantäne-Politik, einer umfassenden Eindämmungsstrategie, in der die negativen, auf militärische Abschreckung und politisch-ideologische Einschüchterung zielenden Elemente eindeutig überwogen.

Nach Meinung Walter Lippmanns hatte Hitler mit der Polen-Garantie »die

schwerste diplomatische Niederlage seiner ganzen Karriere erlitten«, und obwohl der amerikanische Kolumnist schrieb, die Geschichte zeige

»daß es leichter ist, ein Bündnis zu schmieden als es über einen langen Zeitraum hinweg aufrechtzuerhalten«,

war der amerikanische Präsident erstaunlich erfolgreich damit, die nordatlantische Allianz zu organisieren. Dabei kamen ihm verschiedene Umstände entgegen.

Den ganzen Sommer über gaben sich die Vertreter des deutschen Widerstandes in London gegenseitig die Klinke in die Hand, um die englische Regierung zu bestärken, Churchill in ihre Reihen aufzunehmen, die kompromißlose Haltung gegenüber den Nazis zu bewahren und ein Bündnis mit Rußland abzuschließen. Die Hoffnung auf eine deutsche »*levée en masse*« gegen Hitler gehörte zu den bevorzugten Spekulationen, und noch kurz vor Kriegsausbruch tröstete sich Außenminister Halifax über die Unvermeidlichkeit dieses Ereignisses mit der Meldung hinweg, in Deutschland reiße der aufgebrachte Mob bereits die nationalsozialistischen Parolen von den Wänden.

Im April/Mai 1939 hatte es die letzten deutsch-amerikanischen Friedensfühler gegeben. Sie liefen von James Mooney, Europa-Chef des Auto-Riesen *General Motors*, über US-Botschafter Kennedy bis zu Hitler. [34] Angeblich ging es um die Sanierung des Dritten Reiches durch eine amerikanische Goldanleihe von einer halben Milliarde Dollar, durch die Rückgabe der deutschen Kolonien, die Aufhebung der amerikanischen Strafzölle auf Importe aus Deutschland und die Öffnung des chinesischen Marktes für deutsche Exporte. Im Gegenzug sollte Deutschland einer Rüstungsbegrenzung, Nichtangriffsverträgen und der Wiedereinführung des freien Devisenverkehrs zustimmen. Tatsächlich soll Hitler Anfang Mai 1939 sein Einverständnis für diesen Plan gegeben haben.

Aber Kennedy wagte es nicht, ohne die Zustimmung Roosevelts im Pariser »Hotel Ritz« mit Görings Chefberater, Helmut Wohlthat, zusammenzutreffen, um letzte Einzelheiten zu besprechen. Als er darum bat, erhielt der Botschafter natürlich nicht die Erlaubnis des Präsidenten. Daraufhin reiste Wohlthat mit Genehmigung Hitlers heimlich nach London, wo er am 9. Mai im »Berkeley Hotel« mit dem amerikanischen Diplomaten zusammentraf. Als die englische Presse dem »*mystery man*« auf die Schliche kam, flog der Kontakt auf, und Roosevelt, von den Zeitungsberichten alarmiert, verbot Kennedy jede weitere Mitwirkung an solchen Arrangements.

Obwohl es im Juli noch einmal zu geheimen Gesprächen zwischen Wohlthat, dem deutschen Botschafter Dirksen und führenden Engländern kam, blieb Chamberlain im Käfig der amerikanischen Quarantäne-Politik gefangen. Nach dem Erfolg ihrer diplomatischen Offensive im ersten Quartal des Jahres 1939 war die englische Regierung im zweiten und dritten Quartal unter dem Druck der öffentlichen Meinung diesseits und jenseits des Atlantiks nicht mehr in der Lage, gegenüber Hitler eine »heilende Diplomatie« anzuwenden,

wie es der Parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office, R. A. Butler, noch im April naiverweise vorgeschlagen hatte. [35]
Immer mehr Menschen fragten sich, ob Hitler überhaupt noch »heilbar« sei oder ob er die Realitäten in einer Art aggressiven Wahns verkenne. Die Sorge, die im Westen am häufigsten geäußert wurde, bezog sich auf die Vermutung, daß sich der Führer, von seinem Außenminister Ribbentrop getäuscht und nicht im vollen Besitz der Informationen, über die Entschlossenheit Englands und Frankreichs irren könne, notfalls für die Unabhängigkeit und Integrität Polens zu kämpfen. Aber Chamberlain wußte schon im Juli,

»daß Hitler sehr gut weiß, daß wir es ernst meinen. Die einzige Frage, auf die er sich keine sichere Antwort geben kann, ist die, ob wir beabsichtigen, ihn anzugreifen, sobald wir stark genug sind.« [36]

Der Premierminister hatte Hitlers Dilemma begriffen.
Spätestens seit dem Gespräch, das der Völkerbundskommissar am 11. August 1939 mit Hitler auf dem Obersalzberg führte, [37] konnte das Argument, der Westen müsse die Quarantäne Deutschlands gnadenlos aufrechterhalten, weil der Führer nicht glaube, daß der Westen entschlossen sei, die Freiheit der europäischen Völker notfalls auch durch Krieg zu verteidigen, keine Glaubwürdigkeit mehr beanspruchen. Es war nur noch ein Scheinargument, das eigene aggressive Absichten bemäntelte. Das Protokoll dieses Gesprächs, das in London, Paris und Washington zirkulierte, wies nämlich eindeutig aus, daß Hitler

- wußte, ein Angriff auf Polen würde »einen allgemeinen Krieg« bedeuten;
- diesen Krieg, wenn ihm nichts anderes übrigblieb, »lieber heute als morgen« führen würde.

Wer jetzt noch etwas für den Frieden tun wollte, hätte die Quarantäne lockern müssen, um Hitler das beruhigende Gefühl zu geben, daß er seine Ziele in Polen bis zu einer gewissen Grenze auch mit friedlichen Mitteln erreichen könnte. Eine solche Politik hätte auch im nationalen Interesse Englands und Frankreichs gelegen, denen anderenfalls nur die Wahl blieb, in letzter Minute unter unwürdigen Umständen zu kapitulieren oder sich in einen verheerenden Krieg zu stürzen. Um diesen Gedanken nicht aufkommen zu lassen, wurde die wichtigste Erkenntnis unterdrückt, die Burckhardt bei seinem Gespräch mit Hitler gewonnen hatte.
Der Führer hatte dem Völkerbundskommissar nämlich erklärt, er sei entschlossen, sich

»mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden«

– wenn der Westen »zu dumm und zu blind« sei, um zu begreifen, daß »alles, was ich unternehme, gegen Rußland gerichtet ist.« [38] Als Grund gab der deutsche Diktator die Hauptgefahr an, die für seine Begriffe von den angelsächsischen Seemächten auf das Dritte Reich ausging:

»Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg (durch die Blockade – D. B.) aushungern kann.«

In Unkenntnis der wahren Zusammenhänge glaubten große Teile der öffentlichen Meinung freilich schon damals, daß

»der Verlauf der pathologischen Tragödie eines einzigen Menschen (i. e. Hitlers – D. B.) das Geschick der ganzen Menschheit bestimmte«,

wie Burckhardt später in seinen Erinnerungen notierte. [39] Aber wenn man schon annahm, daß Hitler unter einer Zwangsneurose litt, dann mußte man eigentlich auch einsehen, daß die Torpedierung aller Gesprächsversuche das Leiden des Führers nicht lindern, sondern verschlimmern würde. Und trotzdem wurden sie torpediert. Am 22. Juli, drei Tage nach den geheimen Wohlthat-Gesprächen, hatte der *News Chronicle* unzutreffende Meldungen über »neue und sensationelle *Appeasement*-Versuche« in die Welt gesetzt, die von anderen Zeitungen begierig aufgegriffen wurden. Die Indiskretionen ließen diesen Versuch, dem Krieg durch Verhandlungen zuvorzukommen, platzen.

Anfang August begann Hitler, für alle Welt sichtbar, mit den Vorbereitungen für eine militärische Entscheidung der deutsch-polnischen Krise. Am 4. August, eine Woche vor dem Hitler-Burckhardt-Treffen, wurde der deutsch-polnische Kleinkrieg um Danzig von der Regierung in Warschau ohne vorherige Konsultation mit England und Frankreich ultimativ hochgespielt. Ein polnisches Kommuniqué veröffentlichte Teile des erregten Notenwechsels, der von der westlichen Presse als Niederlage Hitlers gedeutet wurde.

Als der Führer mit dem Völkerbundskommissar zusammentraf, regte er sich über diesen Prestigeverlust mehr auf als über alles andere, weil er sein 21.-Mai-Trauma berührte. Trotzdem schlug Hitler einen Friedensvertrag mit England vor und lud General William Ironside, Generalinspekteur der Empire-Truppen, zu Gesprächen ein, weil dieser Offizier fließend deutsch sprechen konnte. Zwei Tage nach der Begegnung zwischen Burckhardt und Hitler, am 13. August, behauptete jedoch der *France Soir* fälschlicherweise, Hitler habe dem Völkerbundskommissar einen Brief an Chamberlain mitgegeben. Damit war auch diese vielleicht aussichtsreichste Friedensinitiative zerstört.

In seinem Gesprächsprotokoll zeichnete Burckhardt freilich ein Bild des gerade 50jährigen Hitler, das die Wirksamkeit der Quarantäne-Politik bestätigte, wenn man ihr Ziel als »Krieg mit friedlichen Mitteln« definierte:

Herr Hitler war ein ganz anderer Mann als der, den ich 1937 gesehen habe, viel älter und weißer. Er gab mir den Eindruck der Furcht und schien nervös, pathetisch und zuweilen fast geschüttelt zu sein.« [40]

Im Gespräch mit seinen Kontaktleuten hob der Völkerbundskommissar zwar die günstigen Passagen in den Äußerungen des Führers hervor, insbesondere Hitlers Wunsch nach Gesprächen mit England und seine Nervosität wegen des nahenden Krieges. Aber General Ironside wurde von Chamberlain nicht nach

Deutschland entsandt, weil man das in Washington sicher als Dolchstoß empfunden hätte.
Je mehr die Danzig-Krise eskalierte, desto mehr geriet Hitler

»in dieselbe Geistesverfassung, in der sich in bezug auf die Tschechen befunden hatte«, [41]

diagnostizierte Burckhardt richtig. Im Gegensatz zu 1938 gab es aber 1939 kein »zweites München«. Damit war der Krieg schon Wochen bevor er ausbrach besiegelt.
Der dominierende Einfluß der Vereinigten Staaten auf die politischen Entscheidungsprozesse in London, Paris und Warschau war dafür auf westlicher Seite entscheidend. Seit ihrer Garantie für Polen wußten die Regierungen Englands und Frankreichs,

»daß jede Handlung, die als Verwässerung oder Nichteinlösung unserer kürzlich eingegangenen Verpflichtungen interpretiert werden könnte, eine äußerst ungünstige Reaktion der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten auslösen würde«, [42]

hieß es beispielsweise in einem grundlegenden Memorandum des Foreign Office. Halifax und Cadogan glaubten sogar, der Abschreckungseffekt auf Deutschland werde um so größer sein, je mehr Hitler mit einem baldigen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten an der Seite Englands rechnen müsse.

»Daraus folgt, daß jede Handlung unsererseits, die die gegenwärtig starke Bewegung in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten gegen den Isolationismus schwächt, uns teuer zu stehen kommen würde, weil sie unsere Feinde ermutigt, die Wahrscheinlichkeit einer Intervention der Vereinigten Staaten unseretwegen – erst recht einer raschen Intervention – zu unterschätzen.«

Der Verfasser fuhr fort:

»Ich unterstreiche ›rasch‹, denn so lange die Deutschen nicht glauben, daß die Vereinigten Staaten fast sofort eingreifen, werden sie weniger zurückhaltend sein, Krieg zu machen, was für sie ›Blitzkrieg‹ bedeutet . . .«

England und Frankreich hatten den Entschluß, Amerika bei der Einhaltung ihrer Garantien nicht zu enttäuschen, in der Erwartung gefaßt, daß es der Roosevelt-Administration gelingen werde, das Neutralitätsgesetz zu revidieren. Jedoch war die Meinung, die man in London vom amerikanischen Kongreß besaß, nicht sehr hoch und das Vertrauen zu Amerika in dieser Beziehung ziemlich gering, [43] so daß sich die Enttäuschung in Grenzen hielt, als die Novellierung im Juni/Juli 1939 abgelehnt wurde.
Maßgeblich für diese Gelassenheit war die Einstellung, die der Leiter der Amerika-Abteilung im Foreign Office, John Balfour, zu diesem heiklen Thema hatte: [44]

»Auf Grund des politischen Systems in Amerika sind die Mitglieder des Kongresses, die das verfassungsmäßige Recht haben, den Krieg zu erklären, die gehorsamen Abgesandten der Teilinteressen, die sie repräsentieren. Daraus folgt, daß ihre Haltung gegenüber

internationalen Ereignissen in erster Linie durch die Bewegungen der öffentlichen Meinung beherrscht wird, die sich mit den wechselnden Umständen des Augenblicks verändern.«

Der Haß auf die totalitären Staaten, die Aufrüstung der USA und die Besorgnis über die faschistischen Umtriebe in Lateinamerika, so fuhr Balfour fort, hätten die öffentliche Meinung zwar dafür sensibilisiert,

»daß sich die Vereinigten Staaten schließlich nicht gegenüber den Folgen der nazistisch-faschistischen Expansion desinteressieren könnten.«

Es wäre aber falsch, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen,

»daß diese Entwicklung in Richtung Realismus den Punkt erreicht hat, wo er die intensive Zurückhaltung des amerikanischen Volkes gegenüber kriegerischen Verwicklungen überwiegt.«

Deshalb sollte England nach Meinung des Amerika-Experten im Kriegsfall

»nicht mehr von der US-Regierung erwarten, als den maximalen Grad an Unterstützung, der mit der Aufrechterhaltung der Neutralität verträglich ist.«

Wie erwähnt, war das auch Roosevelts Meinung.
Nachdem der Kongreß nicht nur die Revision des Neutralitätsgesetzes verweigert, sondern darüber hinaus sogar die »*cash & carry*«-Klausel hatte auslaufen lassen, ohne sie zu verlängern, mochte der Grad an Unterstützung, den England und Frankreich im Kriegsfall zu erwarten hatte, noch geringer ausfallen. Aber für Halifax machte das keinen großen Unterschied:

»Solange die Zeitungen sagen, Amerika werde handeln, sobald es Schwierigkeiten gibt, und das hochgespielt wird,«

sagte der englische Außenminister am 5. Juli 1939 zu Kennedy,

»sind wir zufrieden.« [45]

Da die Haltung Amerikas in einem künftigen Krieg den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage bedeuten konnte, wurden die westeuropäischen Demokratien, Polen, Rumänien, Griechenland und die Türkei und alle anderen Staaten, die ihr Schicksal mit dem Westen verknüpft hatten, im Sommer 1939 zu Geiseln der öffentlichen Meinung Amerikas. Zumindest mußten sie fortlaufend den Beweis erbringen, daß sie keinerlei »Kompromisse über moralische Prinzipien« (Balfour) mit den totalitären Staaten schlossen, wollten sie nicht den Verlust der amerikanischen Unterstützung riskieren.
Schon die Albanien-Krise hatte gezeigt, zu welchen politischen Anpassungszwängen diese Abhängigkeit führte. Die englische Regierung hatte zunächst – ähnlich wie im Falle der Tschechoslowakei – nicht beabsichtigt, aus der unblutigen Besetzung dieses Landes durch Italien einen »casus belli« zu machen. Die besondere italienische Position in Albanien war von der Pariser Botschafterkonferenz seit langem anerkannt, und solange Mussolini nicht

Korfu besetzte oder die englischen Interessen im östlichen Mittelmeer verletzte, schien auch wenig Anlaß zu bestehen, größeres Aufhebens um die Militäraktion zu machen. [46]
Vor allem aus Angst, die albanische Minderheit in den Vereinigten Staaten könnte mit einem Aufschrei der Entrüstung reagieren und die anti-englischen Gefühle mobilisieren, beschloß die Regierung Chamberlain jedoch drei Tage später, die Beistandsverpflichtungen für Rumänien und die Türkei voranzutreiben, um gegenüber der öffentlichen Meinung Amerikas einen antifaschistischen Unbedenklichkeitsnachweis zu erbringen.
Besorgt hatte sich Staatssekretär Cadogan schon gefragt:

»Würden sie (die Vereinigten Staaten – D.B.) es nur dann als anständig ansehen, wenn wir über über dieser Frage einen europäischen Krieg beginnen?« [47]

Dies schien sogar Vansittart zu weit zu gehen, aber er und Halifax waren der Meinung, England und die USA müßten jetzt ihre Botschafter aus Rom abziehen. Um alle Fehldeutungen der englischen Haltung auszuschließen, wurde Botschafter Lindsay in Washington gebeten, mit der Roosevelt-Administration engste Fühlung zu halten.
Der Friedensappell des amerikanischen Präsidenten vom 14. April führte darüber hinaus sogar dazu, daß die außenpolitischen Apparate Amerikas und Englands zum ersten Mal »konzertiert« agierten. Um den spezifischen Quarantäne-Effekt zu erzielen, hatte Roosevelt seine Botschaft nicht nur an Mussolini und Hitler, sondern auch an die Regierung Kanadas und 19 lateinamerikanischer Staaten sowie an die Regierungen und Verwaltungen weiterer 30 Staaten und Territorien in Europa und Nahost adressiert. Die amerikanischen Missionschefs in diesen Gebieten wurden angewiesen, die 49 Administrationen um positive Stellungnahmen möglichst hochrangiger Politiker zu bitten. Es war dasselbe Verfahren »öffentlicher Diplomatie«, das Hull bereits vor zwei Jahren bei seinen »Acht Säulen des Friedens« angewandt hatte und das zum klassischen Repertoire des liberal-demokratischen Internationalismus gehörte. Die Zustimmung fast aller Regierungen der Welt und die dadurch erzeugte Resonanz in der Weltöffentlichkeit sollte die Achsenmächte wirksam isolieren.
Zwar hatte die englische Regierung den Wortlaut des Appells erst unmittelbar vor seiner Veröffentlichung erhalten. Sie hatte auch inhaltlich einiges an ihm auszusetzen. [48] Wenig später wurde in London jedoch bekannt, daß Hitler bei den meisten Staaten, die er nach Roosevelts Willen garantieren sollte, anfragen ließ, ob sie sich von Deutschland überhaupt bedroht fühlten. Wenn er genügend verneinende Antworten bekam, wollte der Führer den amerikanischen Präsidenten vor aller Welt als Kriegstreiber bloßstellen.
Um zu verhindern, daß die kleineren Mächte die von Hitler gestellte Frage aus lauter Angst mit »nein« beantworteten, weil Amerika fern und Deutschland nah war, schlug Kirkpatrick vor: Die englischen Missionschefs in den elf Nachbarländern Deutschlands und in der Türkei sollten sich bei »ihren«

Regierungen erkundigen, ob ihnen irgendwelche Besorgnisse über die außenpolitischen Absichten Hitlers bekannt seien.
Dieser Einfall wurde auch sofort in die Tat umgesetzt. Er führte dazu, daß Hitlers Gegenzug gegen Roosevelts Friedensappell von England neutralisiert wurde. Denn durch die Anfrage der englischen Missionschefs sahen die elf Regierungen ja, daß sie nicht allein waren, sondern daß England mit Roosevelts Friedensappell sympathisierte.
England und Frankreich selbst blieb nichts anderes übrig, als sich voll hinter die Quarantäne-Politik des US-Präsidenten zu stellen. Die Antwort der Regierung Daladier auf den Friedensappell fiel denn auch geradezu enthusiastisch aus: [49]

»Die französische Regierung ist glücklich, ihre vollständige Zusammenarbeit anzubieten zwecks Herstellung einer Periode garantierter Nicht-Aggression von 25 Jahren, zwecks zunehmender Abrüstung und zwecks Suche nach allen nur möglichen Mitteln, um allen Nationen die Teilhabe an der Wiederbelebung des internationalen Handels in Gleichheit zu ermöglichen.«

Die offizielle Identifizierung der beiden westeuropäischen Demokratien mit den Vereinigten Staaten in den drei wichtigsten Feldern der internationalen Politik – Sicherheit, Nachrüstung, Handel – ließ ihnen kaum noch Spielraum für eine abweichende Deutschlandpolitik. Neben der Isolierung Hitlers und Mussolinis hatte Roosevelt damit auch den zweiten Hauptzweck seiner Aktion erreicht – die Herstellung einer nordatlantischen Blocksolidarität.
Natürlich war diese Solidarität nicht ungefährdet. England und Frankreich hatten mit ihren Garantien für die Frontstaaten

»die Frage nach Krieg und Frieden mit Deutschland den Handlungen anderer Regierungen ausgeliefert«,

wie der englische Generalstab tadelte, [50]

»über die wir keine Kontrolle haben und das zu einem Zeitpunkt, da unser Verteidigungsprogramm weit davon entfernt ist, erfüllt zu sein.«

Die beiden ersten englischen Divisionen, die im Sommer 1939 aufgestellt wurden, konnten nicht früher als drei Monate nach Kriegsausbruch auf dem Kontinent sein. Daraus ergab sich die bestürzende Folgerung,

»daß weder England noch Frankreich Polen und Rumänien direkte Unterstützung zur See, zu Lande und in der Luft geben können, um ihnen zu helfen, einer deutschen Invasion zu widerstehen.«

Wenn Polen und Rumänien im Ernstfall vom Westen nicht verteidigt werden konnten – welchen Sinn hatte dann die englisch-französische Garantie? Da Beck selbst mit zäher Entschlossenheit an dieser Garantie festhielt und die öffentliche Meinung Amerikas ein »zweites München« verhinderte, geriet der polnische Außenminister in eine absolute Vetoposition, die jeden Kompromiß mit Hitler blockierte.

Die Angst, von Polen in einen überflüssigen Weltkrieg hineingezogen zu werden, gab es in England schon deshalb, weil die Regierung Chamberlain drei Wochen nach ihrer Polen-Garantie entdeckte, daß Beck sie betrogen hatte. Ursprünglich war es nicht ihre Absicht gewesen, jeden vernünftigen Fortschritt in der Danzig-Frage zu blockieren. Im Gegenteil, England hatte seit 1936 ein permanentes Interesse daran, die Verantwortlichkeit des Völkerbundes für die »Freie Stadt« gegen einen neuen Status einzutauschen. Deutschland und Polen sollten ihn lediglich von gleich zu gleich miteinander vereinbaren, d. h. frei von deutschen Erpressungsversuchen. [51]

Bei Abgabe der Garantieerklärung am 31. März waren Chamberlain und Halifax davon ausgegangen, daß Beck in der Danzig-Frage kompromißbereit sei, und zwar auch in der besonders heiklen Status-Frage. Nur hatten sie sich unter dem Druck der März-Ereignisse dessen nicht versichert. Obwohl er Hitlers und Ribbentrops Vorschläge längst abgelehnt hatte, erweckte der polnische Außenminister noch bei seinem Besuch in London Anfang April den Eindruck, er sei verhandlungsbereit. [52]

Das Foreign Office entdeckte erst am 23. April, daß sich Beck einer »suppressio veri« (Unterdrückung der Wahrheit) [53] schuldig gemacht hatte. Botschafter Henderson fühlte sich durch diesen Vertrauensbruch derart erschüttert, daß er psychisch zusammenbrach und aus Berlin an Chamberlains Berater Horace Wilson schrieb:

»Hätte man damals (zum Zeitpunkt der Garantieerklärung – D.B.) von Hitlers Angebot und von der Tatsache gewußt, daß es die Polen bereits abgelehnt hatten, wäre sie (die Garantie) als eine noch unerwünschtere und riskantere Abweichung von der normalen britischen Politik erschienen« – [54]

und, so muß man wohl hinzufügen, unterblieben. Nach dem »Nein« der Polen und der Polen-Garantie standen die Chancen für eine Verständigung mit Deutschland denkbar schlecht, und England hatte alle Hände voll damit zu tun, sich gegen die Gefahr abzusichern, daß es von den feurigen, eigensinnigen und in mancher Beziehung realitätsfremden Polen

»in einen nutzlosen Weltkrieg hineingezogen wurde.« [55]

Im Juli 1939 wurde General Ironside, Hitlers Wunsch-Gesprächspartner, von der englischen Regierung zu einer Sondermission nach Warschau entsandt. Er sollte den Polen das Versprechen abnehmen, daß sie sich in allen Fragen, die für die polnische Integrität und Unabhängigkeit wichtig sind, mit England und Frankreich abstimmen, bevor sie irgendwelche unwiderruflichen Schritte (etwa in Danzig) gegenüber Deutschland unternahmen. Dadurch sollte verhindert werden, daß Polen die Krise zuspitzte und im Fall von militärischen Feindseligkeiten auch noch als Provokateur oder Angreifer dastand. Beck gab Ironside auch das gewünschte Versprechen,

»die Regierung Seiner Majestät sofort von jeder Entwicklung zu informieren, die eine Aktion erforderlich machen könnte.« [56]

Obwohl der polnische Außenminister seine Danziger Zollbamten ausdrücklich in dieses Versprechen einbezog, wurde es durch sein Ultimatum vom 5. August flagrant gebrochen. [57]
Nach Meinung des Völkerbundskommissars Burckhardt

»hätten die lokalen Fragen, um die es in Danzig ging, geregelt werden können, wenn die Polen ihr Ultimatum nicht geschickt hätten.« [58]

So aber zog die Danzig-Krise immer weitere Kreise, und England und Frankreich befanden sich in der undankbaren Lage von zwei Gouvernanten, die nur noch hilflos zuschauen konnten, wie die Wellen, die Hitler und Beck im trüben Tümpel der deutsch-polnischen Beziehungen schlugen, die Fundamente des Friedens unterspülten.
Während der Führer die Beendigung der Einkreisung praktisch als Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Polen bestrachtete, sofern er daran überhaupt noch interessiert war, lehnte der polnische Außenminister die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen ab, [59] weil er dadurch eine Schwächung Polens befürchtete. Abgesehen von dem verunglückten Versuch einer Verhandlungsaufnahme am 31. August, gab es vor dem Kriegsausbruch keine ernstzunehmende Kontakte mehr zwischen Deutschland und Polen.
Das einzige Mittel, das einen Krieg vielleicht noch verhindern konnte, war ein Bündnis zwischen den Westmächten und Rußland, die Große Allianz. Denn sie war geeignet, Hitler von vornherein in eine hoffnungslose Lage zu manövrieren. Allerdings hatte Beck auch hier eine absolute Vetoposition, die England und Frankreich respektierten.
Gewiß war dafür, daß ein reziproker Beistandsvertrag mit Rußland nicht zustande kam, eine ganze Reihe von Faktoren maßgeblich, und vielleicht hatte Stalin, seit er sich für ein Bündnis mit Hitler interessierte, gar nicht mehr die ernsthafte Absicht, einen Pakt mit dem Westen zu schließen. Aber wenn man in den westlichen Hauptstädten Polen als den »Schlüssel zur Situation« (Chamberlain) betrachtete, nämlich als die militärisch wirksamsten Garanten für die Zwei-Fronten-Lage Deutschlands, dann konnte es kein vernünftiges Ziel der westlichen Diplomatie sein, Polen durch die Einbeziehung Rußlands aus dem Bündnis zu vertreiben. Hier blieben die Westmächte die Gefangenen ihrer eigenen Grundentscheidung, und Beck wehrte sich bis zuletzt dagegen, der Roten Armee ein Durchmarschrecht durch sein Land zu gewähren. [60]
Obwohl Roosevelt direkt weder etwas mit den deutsch-polnischen Problemen noch mit den englisch-französisch-russischen Verhandlungen zu tun hatte, war er auch im Sommer 1939 bis zum Kriegsausbruch die alles überragende Zentralfigur des internationalen Geschehens. Auf den Erfolg seiner Quarantäne-Politik und die atlantische Blockbildung wurde schon hingewiesen. Voraussetzung dafür, daß der amerikanische Präsident den Schwerpunkt seiner

weltpolitischen Aktivitäten in den atlantisch-europäischen Raum verlagern konnte, war freilich die strategische Defensive gegenüber Japan. Sie wurde durch ein ausgeklügeltes System verschiedener Züge sichergestellt.

Nach der Eroberung der chinesischen Nordprovinzen und der wichtigsten Küstenstädte hatte Japan Ende des Jahres 1938 im Fernen Osten eine »Großostasiatische Wohlfahrtszone« errichtet. Sie umfaßte sämtliche Eroberungen und Einflußgebiete Japans und sollte das Kaiserreich unabhängig vom Handel mit dem Westen machen, wobei sich die »Neue Ordnung« mindestens ebenso gegen den russischen Kommunismus richtete. Gleichzeitig versuchte Japan, China in den Antikomintern-Pakt hineinzuziehen, während die »Achse Berlin-Rom« mit der Regierung in Tokio über die Umwandlung dieses Paktes in ein antiwestliches Defensivbündnis verhandelte. Obwohl Japan eine wirtschaftliche Betätigung des Westens in Ostasien nicht ganz und gar ausschließen wollte, entstand hier um die Jahreswende 1938/39 eine geostrategische Situation, die insbesondere für die Vereinigten Staaten langfristig gefährlich werden konnte. Um diese Gefahr abzuwenden, wurde Tokio von Washington auf diplomatischem Wege so unter Druck gesetzt, daß ab Januar 1939 eine Regierung die andere in rascher Folge ablöste. In dieser permanenten Regierungskrise bekämpften sich die Befürworter und Gegner einer antiwestlichen Wendung mit der Folge, daß der japanische Außenminister Hachiro Arita dem amerikanischen Botschafter in Tokio, Joseph Grew, schon im Mai 1939 die beruhigende Mitteilung machen konnte, Japan werde gegenüber Deutschland und Italien keine militärischen Verpflichtungen übernehmen.

Arita warnte jedoch vor drei Fällen, in denen Japan seine Haltung überprüfen werde – nämlich falls (1) Rußland an einem Krieg in Europa teilnimmt, falls (2) England und Frankreich eine Allianz mit Rußland abschließen und falls (3) die Vereinigten Staaten und Rußland in einen europäischen Krieg eingreifen. Seitdem war das Interesse der Roosevelt-Administration an einem Pakt mit der Sowjetunion noch weiter gesunken.

Auf die dringende Bitte Bullitts hatte Roosevelt die amerikanische Flotte während der Albanien-Krise in den Pazifik beordert, damit England für den Fall einer Krise um Singapur nicht gezwungen war, das östliche Mittelmeer zu entblößen, was Frankreich gegenüber Italien geschwächt hätte. Daran gewöhnt, die pazifisch-asiatischen und atlantisch-europäischen »Theater« in einem globalen Zusammenhang zu sehen, drohte Roosevelt Japan jetzt mit der maritimen Macht der USA, während er gleichzeitig Hitler und Mussolini mit seiner Quarantäne-Politik isolierte.

Ende Juni hatten die amerikanischen Pressionen auf Japan schon soviel Erfolg, daß die Regierung Kiichiro Hiranuma der Roosevelt-Administration eine gemeinsame Vermittlungsaktion in Europa vorschlug. Abgesehen davon, daß dies die europäischen Dinge wahrscheinlich nur noch weiter kompliziert hätte, ohne den USA einen unmittelbaren Vorteil zu versprechen, hätte Roosevelt durch eine gemeinsame Aktion mit Hiranuma indirekt auch die japanischen Eroberungen der letzten zwei Jahre in Ostasien sanktioniert. Da dies der

amerikanischen Nicht-Anerkennungs-Doktrin wiedersprach, wurde die japanische Friedensinitiative verworfen.

Damit hatte Washington aber immer noch nichts gegen Japans »Neue Ordnung« unternommen, die den Prinzipien der amerikanischen »*Open door*«-Politik zuwiderlief und angeblich die ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten im Fernen Osten bedrohte. Ein ziemlich belangloser Zwischenfall in Tientsin auf dem chinesischen Festland zwischen Japanern und Engländern, vor allem aber das anschließende Abkommen zwischen Arita und dem englischen Botschafter in Tokio, Robert Craigie, durch das London faktisch die Präsenz japanischer Truppen in China anerkannte, gab der Roosevelt-Administration endlich den gewünschten Vorwand zum Gegenschlag: Sie kündigte am 26. Juli 1939 das seit 1911 bestehende amerikanisch-japanische Handelsabkommen zum 26. Januar 1940. Sie leitete damit jene Politik progressiver Repressalien ein, die zweieinhalb Jahre später zum japanischen Angriff auf Pearl Harbor führte.

Auf den ersten Blick wirkten diese Züge auf dem weit entfernten Schachbrett der Fernost-Politik für Europa ziemlich belanglos. Aber ihre Auswirkungen waren in der Realität doch ganz enorm. Zunächst einmal wurde Japan durch die amerikanische Politik als Bündnispartner Deutschlands entwertet. Denn das Inselreich hatte nicht nur weiterhin den chinesischen Mühlstein um den Hals, der die japanischen Truppen band, so daß sie für eine Bedrohung Rußlands nicht mehr zur Verfügung standen. Vielmehr schwebte Japan jetzt auch in der Gefahr, mit den Vereinigten Staaten aneinanderzugeraten, ein unabsehbartes Risiko, das man in Tokio gern vermieden hätte. Beide Aspekte zusammen führten zu einer weitgehenden Lähmung der japanischen Politik. Nicht umsonst berichtete der polnische Botschafter Potocki, als er Anfang August aus Warschau via Berlin nach Washington zurückkehrte, die Kündigung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages habe auf Hitler wie ein Schock gewirkt. [61]

Der deutsche Diktator suchte daraufhin um so dringender die Verständigung mit Stalin, und Japan signalisierte den Vereinigten Staaten sechs Tage vor Kriegsbeginn, es strebe keinerlei Militärpakt mehr mit den anderen Achsenmächten an. Da Roosevelt diese Nachricht zweifellos begrüßte – schließlich hatte er sich in all den Jahren seit 1933 am meisten vor einem festen Bündnis der drei Achsenmächte gefürchtet – bestimmte sie wahrscheinlich auch seine Haltung gegenüber dem Hitler-Stalin-Pakt mit. Schon um Japan von Deutschland zu trennen, mußte aus amerikanischer Sicht alles unterbleiben, was das deutsch-russische Bündnis gefährdet hätte.

Wie auf einem Feldherrnhügel, auf dem die verschiedenen Nachrichtenströme zusammenflossen, beobachteten Roosevelt und seine Berater im Sommer 1939, wie Chamberlain, Daladier und Hitler nach Moskau um die Wette rannten und wie sich die beiden Diktatoren schließlich gegen Polen und die Westmächte zusammentaten. Der Präsident sah es nicht nur, sondern er ließ es sogar bewußt geschehen – Hauptsache, die sogenannte »Friedensfront« in

Europa fiel nicht auseinander, die wichtigste Voraussetzung für einen siegreichen Krieg.

Dadurch, daß Roosevelt alles andere der Aufrechterhaltung der Quarantäne unterordnete, wurde der Krieg aus der Sicht Washingtons der einzige Ausweg aus der Krise für den eingekreisten Hitler. Übereinstimmend waren Bullitt und Kennedy, die vorgeschobenen Beobachter des amerikanischen Präsidenten in Europa, schon im Juni der Meinung gewesen, daß es für den Diktator keine Alternative mehr gebe. [62] US-Geschäftsträger Geist in Berlin hatte den deutschen Angriff auf Polen bereits Anfang Mai richtig für September vorhergesagt. [63]

Das Beharren Roosevelts trotz dieser Informationen auf einer Einbeziehung Polens in die Friedensfront wäre einem direkten Anschlag auf die polnische Integrität und Unabhängigkeit gleichgekommen, hätte sich Beck nicht selbst danach gedrängt, mit dem amerikanischen Präsidenten im Gleichschritt zu bleiben. US-Botschafter Biddle, der die polnische Anhänglichkeit nach Kräften unterstützte, wurde während der Sommermonate nicht müde, Ergebenheitsadressen des polnischen Außenministers an Roosevelt und Amerika zu senden. Trotzdem wurde die Treue Becks von den Amerikanern schlecht gelohnt.

In Washington teilte man zwar nicht die an Verblendung grenzende Siegeszuversicht der polnischen Armee, die auf ihre Fähigkeit baute, mit ihren Kavallerieregimentern einem Angriff der deutschen Panzerdivisionen und Sturzkampfbomber in den östlichen Landesteilen aufzufangen und die Defensive alsdann in eine Offensive Richtung Berlin umzukehren. Aber man tat auch nichts, um Warschau von diesem Wahnsinn abzubringen. Die Roosevelt-Administration unterstützte den polnischen Widerstand gegen Hitlers Forderungen, weil jede Nachgiebigkeit

»unzweifelhaft den Widerstandsgeist zerstören« würde, »der durch die Konzeption einer Anti-Aggressions-Front Englands, Frankreich und Polens aufgebaut«

wurde.[64] Aber sie beschränkte sich nicht darauf, sondern polsterte zusätzlich Polens Wirtschaft auf, als gäbe es für dieses todgeweihte Land von der Bindung an den Westen noch irgend etwas zu gewinnen.

Von Ende April bis Ende Mai 1939 hielt sich der polnische Minister für Handel und Industrie an der Spitze einer eindrucksvollen Delegation in Amerika auf, angeblich um den Pavillon seines Landes auf der New Yorker Weltausstellung einzuweihen. In Wirklichkeit traf er mit Roosevelt, Hull und Vertretern der amerikanischen Wirtschaft zusammen, um die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den beiden Alliierten in Gang zu bringen.

Anfang September hatte man die Probleme ausgeräumt, die daraus resultierten, daß der amerikanische Wunsch nach dem Export von überschüssiger Baumwolle auf die Unfähigkeit Polens stieß, seine Importe zu bezahlen. Im Ergebnis wurde der amerikanisch-polnische Handel wie auch sonst üblich von den Banken beider Seiten kreditiert. Das Besondere lag darin, daß die 80pro-

zentige Garantie, welche die amerikanische Export- und Importbank für diese Kredite gewährte, innerhalb einer Kreditlinie lag, welche die Regierungen Washington und Warschau miteinander vereinbart hatten. Das unterstrich den politischen Charakter der Geschäfte. [65]

In Amerika sah man es nicht ungern, daß Polen die Danzig-Frage immer weniger als technisches Problem und immer mehr als Sache quasi-religiöser Überzeugung betrachtete. Noch kurz vor dem Burckhardt-Hitler-Treffen ließ Beck die Roosevelt-Administration durch Biddle wissen, er sei an einer Vier-Mächte-Konferenz über Danzig nicht interessiert, sondern bestehe auf deutsch-polnischen Direktverhandlungen – dies als Gegenwehr gegen Gerüchte, England werde Polen im letzten Moment fallenlassen. Der polnische Außenminister dachte freilich auch jetzt nicht im entferntesten daran, von seinem Starrsinn in der Danzig-Frage abzurücken.

Ab Anfang August wurde endgültig klar, daß sich Hitlers Wunsch nach einer Verständigung mit Chamberlain und der Widerstand Daladiers, Becks und Roosevelts gegen ein zweites München gegenseitig ausschlossen und daß auch deutsch-polnische Direktverhandlungen aller Voraussicht nach nicht mehr zustande kommen würden. Die Eskalation der Danzig-Krise durch den Zollkonflikt und die anlaufenden Vorbereitungen Deutschlands für eine militärische Lösung gaben einen ersten Vorgeschmack auf den nahen Krieg, und nun kam alles darauf an, daß am Ende nicht Beck, sondern Hitler vor aller Welt als Angreifer dastand.

Schon Mitte Februar 1939 hatte des Foreign Office, das sich mit dieser Frage seit August 1938 befaßte, in einem Gutachten festgestellt: Der sicherste Weg, den amerikanischen Kongreß zur Aufhebung des Neutralitätsgesetzes zu bewegen, sei ein Bruch des Kellogg-Paktes. [65a] Deshalb mußte Beck unter allen Umständen daran gehindert werden, selbst als Aggressor in Erscheinung zu treten. Mit beschwörenden Worten appellierte Roosevelt daher am 11. August 1939 an den polnischen Außenminister, er möge

»im Interesse der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten«

dafür sorgen,

»daß die Geschichte nicht berichtet, der erste Akt der Aggression militärischen Charakters sei von Polen ausgegangen.« [66]

Salbungsvoll bekundete Beck zwei Tage später sein Verständnis, nicht ohne hinzuzufügen, daß

»Polen einer direkten Bedrohung seiner vitalen Interessen und Prinzipien widerstehen müsse.« [67]

Das war ein nicht zu übersehender Hinweis auf den ungebrochenen Kampfgeist Polens.

Um Beck bei Laune zu halten und von dem an sich naheliegenden Gedanken einer Verständigung mit Deutschland abzulenken, mußte unter allen Umstän-

den vermieden werden, daß Polen von der Einigung zwischen Hitler und Stalin geschockt wurde. Paradoxerweise aber hätte vielleicht gerade das noch einmal den Krieg abgewendet. Es war dieser Punkt, an dem der innere Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der amerikanischen Quarantäne-Politik als »Friedenspolitik« am schmerzhaftesten deutlich wurde.

Die englisch-französische Garantie für Polen vom 31. März 1939 war nur ein Provisorium gewesen. Sie sollte nur solange gelten, bis sie in einen regelrechten Beistandsvertrag auf Gegenseitigkeit umgewandelt wurde. Die Verhandlungen dauerten den ganzen Sommer, was nicht nur an der Weigerung Englands lag, für ein im Grunde bereits verloren gegebenes Land noch furchtbar viel Geld auszugeben. Erst Anfang August wurde den um Bargeld verlegenen Polen eine englische Anleihe von acht Millionen Pfund Sterling gewährt.

Andererseits widersetzte sich Beck dem westlichen Ansinnen, als Gegenleistung für den Schutz des eigenen Landes Beistandsverpflichtungen nicht nur für England und Frankreich, sondern gleich auch noch für die Niederlande, die Schweiz und Rumänien zu übernehmen. Denn das widersprach dem Grundsatz gleicher Leistung und Gegenleistung, wie er in internationalen Verträgen üblich ist. Da aber die Verpflichtungen Englands und Frankreichs nur um den Preis drei- und vierfacher Verpflichtungen Polens zu haben waren, schickte sich Warschau schließlich in das Unvermeidliche. Gegen eine Einbeziehung Rußlands in das Garantiesystem blieb es aber bis zuletzt eisenhart.

Für England war Polen der Schlüssel für die Herstellung einer antideutschen Zwei-Fronten-Lage. Aber die Regierung in London hatte schließlich doch dem Drängen ihres französischen Verbündeten auf eine Verstärkung der Ostfront durch Rußland nachgegeben. Damit drohte sich die Einkreisung Deutschlands im Netz der antipolnischen Ressentiments Frankreichs und der anti-russischen Animositäten Englands zu verfangen.

Im französischen Außenministerium, dem Quai d'Orsay, war man damals so schlecht auf Beck zu sprechen, daß es einmal im Sommer 1939 sogar einen Boxkampf zwischen dem polnischen Botschafter Lukasiewicz und Minister Bonnet gegeben haben soll. Auf der anderen Seite bewies schon die phlegmatische Manier, in der die Engländer ihre Verhandlungen in Moskau führten, daß sie nicht gerade der Glaube motivierte, in Rußland einen verläßlichen und vor allem starken Verbündeten zu finden.

Die Roosevelt-Administration wußte seit Mai 1939, daß England einen Beistandsvertrag mit Polen erst abschließen wollte, nachdem es sich mit Rußland verständigt hatte. [68] Diese Reihenfolge verfolgte zweifellos den Zweck, die Polen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Aber sie beinhaltete auch die Gefahr, daß der englisch-polnische Vertrag nicht zustande kam, wenn es England und Rußland nicht gelang, sich vorher zu verständigen.

Die Rote Armee konnte zum Sturm auf Deutschland nur durch die Einfallstore von Wilna und Lemberg antreten. Sie mußte also polnisches Territorium passieren. Da Beck bei allem Mißtrauen gegenüber Hitler nichts mehr fürchtete als die Gefahr, daß Stalin einen Krieg als Vorwand benutzte, sich in Polen

festzusetzen, gefährdete sein Widerstand gegen die Einbeziehung Rußlands den englischen Verhandlungsfahrplan und den Erfolg der Einkreisung überhaupt.

In dem Konflikt zwischen polnischer und russischer Option hatte die Roosevelt-Administration von vornherein dadurch Stellung bezogen, daß sie auf das Bündnis mit Polen setzte. Hierfür war der Glaube an die überlegene Kampfkraft der polnischen Armee und an den Willen des polnischen Volkes, sich im Gegensatz zu den Tschechen einer deutschen Besetzung zu widersetzen, das entscheidende Motiv gewesen. Jedoch kam hinzu, daß sich die amerikanisch-russischen Beziehungen in den letzten beiden Jahren verschlechtert hatten.

Bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Moskau 1933 hatte Washington noch gehofft, daß eine weltpolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und Rußland möglich sein würde. Sie sollte einen abschreckenden Effekt auf das nationalsozialistische Deutschland und das militaristische Japan ausüben. Doch zerschlug sich diese Hoffnung am erfolgreichen Widerstand, den Chamberlain im Frühjahr 1938 gegen den Weltfriedensplan Roosevelts leistete. Die Enttäuschung der Administration über das geringe Ausmaß der amerikanisch-sowjetischen Kooperation war in der Folgezeit so groß, daß Außenminister Hull im Januar 1939, als er die Gespräche mit dem russischen Botschafter Alexander Troyanowski wiederaufnahm, mit einer Reduzierung der diplomatischen Beziehungen drohte.

Obwohl als liberal-demokratischer Internationalist dem kommunistischen Internationalismus gegenüber durchaus aufgeschlossen, ging Roosevelt in dem Gespräch mit dem englischen König Anfang Juni 1939 sogar so weit, sich als »betont anti-russisch« [69] zu bezeichnen. Vordergründig handelte es sich dabei nur um den Versuch, das konservative England über den »roten« Progressismus Amerikas zu beruhigen. In Wirklichkeit war Roosevelt vor allem deshalb gegen eine Einbeziehung Rußlands in den sich anbahnenen europäischen Konflikt, weil dies, wie Außenminister Arita im Mai versichert hatte, den Kriegseintritt Japans und, wie Beck andeutete, das Ausscheiden Polens aus der Anti-Hitler-Koalition bedeuten würde.

Erste Anzeichen für eine deutsch-russische Annäherung hatte Außenminister Hull bereits Ende November 1938 registriert. Da man in Washington die ideologischen Gegensätze zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus überschätzte, wurden sie nicht weiter tragisch genommen. Auch als Anfang Mai 1939 der sowjetische Außenminister Litwinow – Verfechter der kollektiven Sicherheit und Partner Roosevelts bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor sechs Jahren – von Molotow abgelöst wurde, ging Washington nicht zu einer prorussischen Politik über. Erst als sich Anfang August herausstellte, daß Chamberlain und Daladier den Wettlauf mit Hitler um die Gunst Stalins verlieren würden, wagte sich der amerikanische Präsident mit der Warnung hervor, [70] Rußland werde ein Bündnis mit Deutschland teuer zu stehen kommen. Angesichts der amerikanischen Grundent-

scheidung für Polen und die Neutralisierung Japans war dies jedoch nicht mehr als eine rhetorische Pflichtübung.

Dabei war keine Regierung der Welt besser über Tempo und Inhalt der deutsch-russischen Verhandlungen informiert als die Roosevelt-Administration – die deutsche und die sowjetische natürlich ausgenommen. Etwa 70 km westlich von Moskau besaß die amerikanische Botschaft eine Datscha, eine hellgelb gestrichene Villa aus Holz mit zwei Etagen und einer Terrasse, von der aus man einen hübschen Blick über die wellige Landschaft hatte. In dem dazugehörigen Stall standen zwei Pferde, die den Amerikanern, einem Mitglied der englischen Botschaft und dem Zweiten Sekretär der deutschen Botschaft, Hans Heinrich (»Johnny«) Herwarth von Bitterfeld, gemeinsam gehörten. Der liebenswürdige Diplomat war befreundet mit einem geichrangigen Kollegen an der amerikanischen Botschaft, Charles (»Chip«) Bohlen. Bei gemeinsamen Ausritten, Tennispartien und Begegnungen auf dem Lande und im Büro plauderte Herwarth, der dem deutschen Widerstand um Erich Kordt angehörte, seinem Freund alle Einzelheiten aus. [71]

Da Bohlen lange Zeit nicht verstehen konnte, warum Herwarth ausgerechnet einem Amerikaner diesen Gefallen tat, da Roosevelt doch der ärgste Feind Hitlers war, fielen seine Berichte an das State Department zunächst sehr verhalten aus. Dort bestand zunächst auch wenig Neigung, sie besonders ernstzunehmen. Um den einzigartigen Informanten nicht zu gefährden, wurden außerdem die Engländer und Franzosen nicht eingeweiht. Erst als Anfang August 1939 klar wurde, daß die Deutschen und Russen rascher als erwartet auf eine Verständigung zusteuerten, die auch den territorialen Status quo Ostmitteleuropas von der Ostsee bis zum Mittelmeer umfassen sollte, wurden die englischen und französischen Botschafter in Washington von Hull in groben Zügen über den Geheimkontakt informiert.

Herwarth hatte das Odium des Hochverrats auf sich genommen, weil er hoffte, die Roosevelt-Administration werde Bohlens Berichte dazu verwenden, um den Engländern und Franzosen in ihren umständlichen Verhandlungen mit Stalin Beine zu machen. Am 23. August 1939 wurde die Sache heiß, als der deutsche Außenminister Ribbentrop in Moskau landete, um den Nichtangriffsvertrag mit Molotow im Kreml aufzusetzen. Die Dokumente wurden am nächsten Tag um zwei Uhr früh in Anwesenheit Stalins unterzeichnet. Während sein sektmüder Vorgesetzter noch im Obergeschoß der deutschen Botschaft schlief, bat Herwarth Bohlen am Vormittag des 24. August 1939 in sein holzgetäfeltes Arbeitszimmer, um ihm die Details des Abkommens zu verraten.

Zwei Punkte erregten dabei besondere Aufmerksamkeit: Das wechselseitige Verbot für die Vertragsparteien, sich feindlichen Bündnissen anzuschließen, und das Einverständnis darüber, daß der östliche Teil Polens, die baltischen Staaten Estland und Lettland sowie Bessarabien künftig zur russischen Einflußzone gehören sollten. Während ersteres im Hauptvertrag stand, war das zweite in einem geheimen Zusatzprotokoll enthalten, dessen Existenz von der

Sowjetunion bis auf den heutigen Tag bestritten wird. [72] Über die Brisanz dieser Bestimmungen bestand bei zwei so geschulten Diplomaten wie Bohlen und Herwarth gar kein Zweifel: Das Bündnisverbot gegenüber feindlichen Drittstaaten vernichtete sowohl die Hoffnung Englands und Frankreichs, trotz des Hitler-Stalin-Paktes doch noch zu einem Abkommen mit Rußland zu gelangen, als auch die deutsch-japanische Zusammenarbeit, und das Zusatzprotokoll bedeutete die Teilung Polens.

Bis auf ein paar Kleinigkeiten entsprachen Herwarths Informationen tatsächlich dem Inhalt und Zweck des deutsch-russichen Vertrages. Nachdem er die sensationelle Neuigkeit vernommen hatte, eilte Bohlen zum »Spazzo-Haus« zurück, der amerikanischen Botschaft in Moskau, wo er seinem Vorgesetzten, Botschafter Laurence Steinhardt, alarmierte. Genau mittags zwölf Uhr, wurde das Telegramm abgesetzt, das nun auch Washington präzise informierte [73] – eher noch, als Hitler seine unangenehm überraschten Achsenpartner Italien und Japan unterrichtete. Erstaunlicherweise aber hatte Unterstaatssekretär Welles am Vortag dem englischen Botschafter Lindsay unter Berufung auf eine spezielle, aber nicht näher genannte Quelle eröffnet – es konnte sich nur um Herwarth handeln:

»Jede Erwähnung Polens (in dem deutsch-sowjetischen Vertrag – D. B.) ist ausgeschlossen.« [73a]

Was die bevorstehende Teilung Polens – und das hieß nach menschlichem Ermessen: den unmittelbar drohenden Angriff Deutschlands und Rußlands auf Polen – anging, so hing über der Informationspolitik der Roosevelt-Administration in den nächsten Tagen bis zum Kriegsausbruch eine düstere Wolke der Ungewißheit, der Vernebelung und des Verrats. War es denn nicht selbstverständlich, daß sich der amerikanische Präsident sofort nach Eintreffen des Steinhardt-Telegramms mit einer öffentlichen Aufforderung an die Adresse Hitlers und Stalins wandte, von dem vorgesehenen Anschlag auf Polen Abstand zu nehmen? Mußte nicht Außenminister Hull unverzüglich den Botschafter Polens zu sich rufen, um ihm mitzuteilen, welches Schicksal seinem Land zugedacht war? War es nicht wenigstens angebracht, umgehend die Garantiemächte England und Frankreich zu informieren, daß ihre Garantie zwecklos war?

Aber nichts von alledem geschah. Der Präsident, der sonst so gern an die Weltöffentlichkeit appellierte, schwieg. Hull hatte zwar die Botschafter Englands und Frankreichs vor ein paar Tagen in groben Zügen über die deutsch-russische Annäherung informiert. Aber das war am 16. August zu einem Zeitpunkt gewesen, als man noch glaubte, die Verständigung zwischen Hitler und Stalin würde sich auf die baltischen Staaten beschränken und auf das Ende der deutsch-japanischen Kooperation. Und zumindest aus den publizierten Akten ist nichts darüber zu entnehmen, daß wenigstens die Regierungen in London und Paris über die Zwecklosigkeit ihrer Garantie unterrichtet wurden. Bohlen schrieb dazu in seinen Memoiren:

»Wir waren die einzige Regierung neben der sowjetischen und der deutschen, die alles von den Verhandlungen wußte, und deshalb waren Präsident Roosevelt und das Außenministerium vorbereitet auf den Schock. Washington hat, wie erwähnt, (am 16. August – D. B.) versucht, die Engländer und Franzosen zu warnen (als es nur um das Baltikum zu gehen schien – D. B.), aber ohne Wirkung. Auf jeden Fall gab Washington keine Stellungnahme heraus und ergriff auch keine Maßnahmen, welche die Vereinigten Staaten in Verlegenheit gebracht hätten, nachdem der Vertrag angekündigt worden war.« [73b]

Warum eigentlich nicht? Die Antwort kann nur lauten, daß der amerikanische Präsident lieber die Teilung Polens riskierte als einen Zerfall der europäischen »Friedensfront.« Oder anders gesagt: Die Aufrechterhaltung der Quarantäne über Deutschland war ihm wichtiger als die Erhaltung des Friedens. Oder noch pointierter: Roosevelt wollte den Krieg, und Polen rannte ungewarnt in sein Verderben.

Natürlich kann niemand sagen, ob sich Hitler von einem Angriff auf Polen hätte abhalten lassen, wenn der amerikanische Präsident mit seinen Informationen sofort an die Öffentlichkeit getreten wäre. Aber es gibt Grund zu der Annahme, daß der Einkreisungsring rund um Deutschland zerbrochen wäre, hätte Chamberlain beizeiten von der Zwecklosigkeit seiner Garantie für Polen erfahren. Vielleicht wäre auch noch Beck abgesprungen, und es hätte Verhandlungen gegeben. So wie die Dinge am 24. August standen, war die Verhinderung eines »zweiten Münchens« denn auch das eigentliche Ziel, das der amerikanische Präsident mit seinem Schweigen verfolgte.

Wie war die Lage? Am 20. August hatte Beck der Großen Allianz zwischen Rußland und den Westmächten den Todesstoß versetzt, indem er es endgültig ablehnte, der Roten Armee ein Durchmarschrecht durch Polen zu gewähren. [74] Am nächsten Tag meldete die internationale Presse unter Berufung auf die Reichsregierung in Berlin, der Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes stehe unmittelbar bevor. Bullitt alarmierte das Außenministerium in Washington: der 24. oder 25. August sei »der Tag« des deutschen Angriffs auf Polen. [75] Der Botschafter legte Unterstaatssekretär Welles dringend nahe, Roosevelt aus dem Urlaub zurückzuholen.

Am 22. August sagte Ministerpräsident Daladier zu seinem Freund Bullitt: Durch den deutsch-russischen Vertrag gerate Frankreich in eine »äußerst tragische und schreckliche Lage«. [76] Das gesamte Garantiesystem auf dem Balkan drohte zusammenzubrechen: Die Türkei hatte sich nur unter der Bedingung zum Schutz Rumäniens bereiterklärt, daß es dem Westen gelang, ein Bündnis mit Rußland zu schließen. Ohne türkische Hilfe, so fürchtete man in Paris, werde sich Rumänien in die Arme Hitlers werfen, und ohne Rumänien an seiner Seite stand Polen allein.

Um diese Kettenreaktion zu vermeiden, leitete Frankreich noch am 22. August die Mobilmachung ein. Bis zum nächsten Tag wurden 1,5 Millionen Mann aufgerufen, zu den Fahnen zu eilen. Maßgebliche Regierungskreise und der

überwiegende Teil der öffentlichen Meinung glaubten, nur wenn Frankreich jetzt seine Kampfbereitschaft demonstriere, werde sich die Katastrophe vermeiden lassen. Sonst müßten England und Frankreich ein paar Jahre später unter noch schlechteren Voraussetzungen gegen Hitler kämpfen. [77] Auch aus London wurde gemeldet, der Hitler-Stalin-Pakt werde in der englischen Politik gegenüber Polen keinen Wandel hervorrufen. [78] Umgekehrt versicherte Beck den westlichen Botschaftern in Warschau: Was immer geschehe – Polen stehe zu seinen Verpflichtungen. [79]

In dieser Lage, da der Ausbruch des Krieges wie schon im April 1939 als unausweichlich erschien, kam es Bullitt vor allem darauf an, daß Hitler von vornherein klar und eindeutig die Schuld zugewiesen wurde. Der rührige Botschafter bat den polnischen Außenminister, dem amerikanischen Präsidenten zweckdienliche Empfehlungen für eine entsprechende Erklärung zu machen. [80] Daladier ersuchte Roosevelt noch am 22. August, eine Weltfriedenskonferenz nach Washington einzuberufen. Seine Begründung: Frankreich würde die Einladung akzeptieren und Deutschland werde sie wahrscheinlich ablehnen. Aber dann wäre wenigstens »die moralische Frage klargemacht«. [81]

Washington, das unter der sommerlichen Hitzeglocke vor sich hindöste, hatte sich noch gar nicht auf die europäische Krise eingestellt, als sie bereits gefährliche Dimensionen erreichte. Roosevelt schwamm auf dem Kreuzer »Tuscaloosa« vor der Küste Neufundlands. Hull verbrachte seinen Urlaub in White Sulphur Springs, um sich für den nun schon lange erwarteten Kriegsausbruch fit zu machen. Morgenthau bereiste mit seiner Familie Norwegen. Er erreichte Amerika erst nach Kriegsausbruch.

Im Weißen Haus und im State Department versahen Stallwachen nur die nötigsten Dienstgeschäfte. Wahrscheinlich lag es an diesem Ferienbetrieb, daß Roosevelt die Telefongespräche mit Hull und Welles mißverstand. Anstatt Bullitts und Daladiers Vorschläge aufzugreifen, ließ er am 23. August von unterwegs eine Friedensbotschaft an den italienischen König Victor Emmanuel absetzen, die viel Ärger machte: Sie wurde von den Anti-*Appeasern* in London und Paris als *Appeasement*-Versuch mißverstanden. [82]

Am 23. August, als sich Ribbentrop nach Moskau begab, schienen die europäischen Fronten jedoch ganz allgemein ins Rutschen zu kommen. In Washington wurde die erste Botschaft Chamberlains an Hitler bekannt. In ihr betonte der Premierminister zwar, daß England zu seinen Verpflichtungen für Polen stehe. Gleichzeitig schlug er jedoch deutsch-polnische Direktverhandlungen unter neutraler Vermittlung vor, wenn es beide Seiten wünschten. Bullitt fand, dies sehe aus »wie die Vorbereitung eines neuen Münchens«. [83] Der 70jährige Regierungsschef in London, soeben aus dem Angelurlaub in Schottland zurückgekehrt, schien nervlich völlig am Ende zu sein. Er könne nichts tun, um Polen zu Konzessionen zu zwingen. Er könne Polen aber auch nicht durch Krieg retten, klagte er seinem Freund Kennedy. Das einzige, was England nach einem deutschen Angriff auf Polen übrig bliebe, wäre ein Revanchekrieg, »der

die Zerstörung ganz Europas bedeuten würde«. [84] Das klang schon gefährlich nach Defätismus.

Immerhin war die Lage an dem Tag, an dem Hitler in Moskau der vermeintlich größte diplomatische Coup seiner ganzen Laufbahn glückte, nach Einschätzung Bullitts noch so, daß Amerika die Aussicht auf einen europäischen Krieg mit einer gewissen Zuversicht betrachten konnte. Japan und Italien schienen durch den deutsch-russischen Pakt verwirrt, Frankreich und Polen waren bereit zu kämpfen, und auch in England gab es nach seiner Meinung »kein Anzeichen dafür, daß es seine Absicht abschwächt, Polen zu unterstützen«. [85] Vorsichtshalber flog der Botschafter aber noch am 23. August zu einem geheimen Blitzbesuch nach London, um Chamberlain und Halifax den Rücken zu steifen, [86] wobei er mit den sattsam bekannten Druckmitteln drohte.

Am frühen Nachmittag des nächsten Tages, dem 24. August, kehrte Roosevelt mit dem Sonderzug nach Washington zurück, wo tags zuvor auch Hull eingetroffen war, der den Präsidenten mit dem Wagen vom Bahnhof abholte. Das entscheidende Telegramm Steinhardts aus Moskau lag bereits vor, und eine erste Analyse des deutsch-russischen Vertrages ergab, daß Hitler mit dem Abfall seiner beiden einzigen Verbündeten, Italien und Japan, rechnen mußte. Damit schien die Achse ruiniert, und Kennedy meinte, es gebe in Europa Krieg, wenn man Polen nicht endlich zu Konzessionen zwinge. Weil Chamberlain durch seine Verpflichtungen gebunden sei, erwarte er, daß Roosevelt auf Beck Druck ausübe. [87]

In den oberen Rängen der Roosevelt-Administration reagierte man auf dieses Ansinnen nur mit Verachtung.

»So wie wir es hier sehen, bedeutet das nur, daß sie (die Engländer – D. B.) wollen, wir sollten die Verantwortung für ein neues München übernehmen und ihnen die Dreckarbeit abnehmen«,

grollte der Chef der Europa-Abteilung im State Departement, Jay Pierrepont Moffat. Und Hull fügte hinzu:

»Weder der Präsident, noch ich verspürten irgendeine Neigung, Druck auf Polen auszuüben.«

Die Aufklärung Becks über die von Hitler und Stalin beschlossene Teilung Polens durch Roosevelt wäre in dieser Situation zweifellos das schwerste aller denkbaren Druckmittel gewesen, das Washington hätte anwenden können, um die Polen zu Verhandlungen zu bewegen. Indem Roosevelt dieses Mittel nicht einsetzte, nahm er in Kauf, daß Hitler gegen Polen losschlug, dadurch den Krieg auslöste und die Teilung des von England und Frankreich garantierten Landes einleitete. Ein Irrtum war ganz ausgeschlossen. Denn an diesem 24. August, 16.00 Uhr, traf ein neues Telegramm Bullitts in Washington ein, das besagte, der Krieg sei in den nächsten Tagen unausweichlich, weil England und Frankreich fest hinter Polen stünden. Um 16.47 Uhr meldete US-Geschäftsträger Alexander Kirk aus Berlin, Hitler werde lieber jetzt als in fünf

bis zehn Jahren gegen England kämpfen. Der Führer halte Verhandlungen für sinnlos, weil die Polen wegen der Unterstützung durch den Westen unansprechbar geworden seien. [88]
Der amerikanische Präsident und sein Außenminister wußten also, was sie taten, als sie weder den polnischen, noch den französischen, noch den englischen Botschafter ins Vertrauen zogen.
Für die Annahme, daß Roosevelt lieber den Krieg in Kauf nahm, als die Quarantäne Deutschlands aufs Spiel zu setzen, sprach auch die Tatsache, daß es ihm an diesem 24. August vor allem darauf ankam, Hitler abermals vorsorglich die Schuld am Krieg zu geben. Anstatt vor der Teilung Polens zu warnen, beschränkte sich der Präsident nämlich am Abend dieses kritischen Tages darauf, in Berlin und Warschau eine friedliche Lösung des deutsch-polnischen Konfliktes durch direkte Verhandlungen anzumahnen, von denen jeder wußte, daß sie ohne kräftige Nachhilfe Amerikas nicht mehr zu haben waren. Die beiden Roosevelt-Appelle wurden denn auch nicht deshalb abgesandt, weil irgend jemand in Washington an den Erfolg dieser Aktion glaubte oder ihn auch nur wollte, sondern »großenteils«, wie Hull eingestand,

»um die Schuld am Krieg, wenn er kam, dort abzuladen, wo sie hingehörte – auf Adolf Hitler«. ]89]

Die Bekanntgabe der im Kriegsfall bevorstehenden Teilung Polens hätte an diesem 24. August in allen europäischen Hauptstädten wie eine Bombe gewirkt und mit hoher Wahrscheinlichkeit das dünne Geflecht reziproker Garantien, das Europa überzog, zerrissen. Ohnehin schon rang die Regierung Daladier an diesem Tag unter Vorsitz von Staatspräsident Lebrun verzweifelt um ihre Einigkeit unter der deutsch-russischen Drohung. In London verhandelten die Engländer mit den Polen über die Umwandlung der wechselseitigen Verpflichtungen in einen regelrechten Beistandsvertrag. Gleichzeitig erwog die Regierung Chamberlain in Gegenwart von US-Botschafter Kennedy, ob sie der von Hitler vorgeschlagenen Verhandlungslösung zustimmen sollte: Garantie des Empires, Abrüstung, Regelung der kolonial-wirtschaftlichen Fragen, wenn Polen nur bereit war, seine Differenzen mit Deutschland beizulegen. [90]
Da begann in Warschau spätabends die Mobilisierung.
Am Freitag, den 25. August, hatte sich der Betrieb in Washington soweit normalisiert, daß das Krisenmanagement immer besser funktionierte. Kennedy und Bullitt hingen in London und Paris fast ständig am transatlantischen Telefon, um den Präsidenten und dessen Außenminister auf dem laufenden zu halten. Das State Department hatte einen regen Telegrammverkehr mit seinen Auslandsmissionen. Es gab einen Nachtdienst und eine Arbeitsgruppe, die ständig das Radio abhörte und Roosevelt, Hull, Welles und andere Spitzenberater alle anderthalb Stunden mit den aktuellen Nachrichten versorgte. Aber eine Erklärung zu Polen gab es nicht.
Es war der Tag, an dem Hitler, wie Bullitt vorausgesehen hatte, um 15.00 Uhr den Angriff gegen Polen endgültig auf den 26. August, 5.45 Uhr, festlegte,

diesen Befehl aber um 18.00 Uhr widerrief, als er von dem englisch-polnischen Beistandsvertrag und von der Weigerung Mussolinis hörte, an der Seite Deutschlands in einen Krieg einzutreten. Zwischendurch hatte der Führer, der jetzt eher wie ein Getriebener wirkte, sein Angebot an Chamberlain wiederholt.

Roosevelt war von der Aussicht, daß sich Hitler nach einer friedlichen Beilegung seines Konflikts mit Polen und der Verständigung mit England als Kunstmaler aufs Altenteil zurückziehen wollte, derartig amüsiert, daß er sich Kennedys Bericht, der diese unglaubliche Neuigkeit enthielt, aufbwahrte. [91] Der Präsident glaubte dem Diktator einfach nicht. Wie schlecht mußte es um Hitler stehen, wenn er nur noch hoffen konnte, seine Ziele um den Preis seines Rücktritts zu erreichen? Auf der Kabinettsitzung, die am Nachmittag des 25. August im Weißen Haus stattfand, tat Roosevelt zwar so, als sei er nach wie vor an einer friedlichen Beilegung des deutsch-polnischen Konflikts interessiert. Aber im Grunde rechnete er bereits fest mit dem Kriegsausbruch, und er ließ wenig Zweifel daran, daß ihn diese Aussicht mit einer gewissen Genugtuung erfüllte.

War Hitler 1938 nicht nur deshalb ohne Krieg davongekommen, weil Chamberlain in München gekniffen hatte? Jetzt scheine es so, führte der Präsident vor seinen Ministern aus, »daß England diesmal bereit ist, und Frankreich ist es erst recht«. [92] Roosevelt war auch davon überzeugt, »daß Polen kämpfen wird«. Der Quarantäne-Mechanismus funktionierte wie eine überdimensionale Zitronenpresse, und es war eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, bis Hitler den Befehl zum Ausbrechen geben würde. Der Präsident schmiedete allerlei Pläne, wie sich die USA dann verhalten würden, und Innenminister Harold Ickes, wie Roosevelt ein eingeschworener liberal-demokratischer Internationalist, stellte mit einem Unterton von Befriedigung fest:

»Die Zerstückelung des britischen und französischen Imperiums ist in Sicht.«

In den nächsten Tagen wurde aus der Sicherung der Quarantäne, auf die sich die diplomatischen Operationen der Roosevelt-Administration konzentrierten, [93] doch noch eine nervenzerrende Zitterpartie. Chamberlain und Hitler traten nach dem Austausch ihrer persönlichen Botschaften in einen regelrechten Notenwechsel ein, und da der deutsche Führer vor einem allgemeinen Krieg zurückzuschrecken schien, richteten sich die Blicke Washingtons auf London, das natürlich auch von Berlin, Paris und Warschau mit einer Mischung aus Argwohn und Hoffnung beäugt wurde. [94]

Innenpolitisch wurde die Szene Englands in diesen Tagen durch den ebenso merkwürdigen wie unaufhaltsamen Aufstieg Winston Churchills bestimmt, in dessen Gefolge auch Anthony Eden wieder an Macht und Einfluß gewann. Seit April 1939 bestand eine Vereinbarung zwischen den beiden Konservativen, daß keiner ohne den anderen in die Regierung Chamberlain eintreten werde. Der ehemalige Außenminister, der ebenso wie Churchill einen Sitz im Unterhaus hielt, hatte den Kontakt zur Tagespolitik seit seinem Ausscheiden aus

dem Amt nie verloren, in der er zusammen mit Churchill als einsamer Rufer in der Wüste des *Appeasements* agierte. Zum Beispiel suchte ihn der polnische Außenminister Beck gleich nach dessen Gesprächen mit Chamberlain auf, um zu versichern, Polen werde sich Hitler niemals beugen.

Welche politischen Beziehungen die beiden konservativen Dissidenten für das liberal-demokratische Lager Englands so überaus interessant machten, war nicht klar zu erkennen. Aber gewiß wurden sie von den Führern der Liberalen und der Labour Party nicht weniger als von der Roosevelt-Administration als die geeigneten Anführer einer nationalen Regierung betrachtet, die es zu bilden galt, wenn der Krieg kam. Allein aus dem parteipolitischen Blickwinkel gesehen, war der Krieg die Voraussetzung für die Regierungsbeteiligung der Labour-Party unter Churchill und Eden, wie auch umgekehrt die Übernahme der Regierungsverantwortung durch Churchill und Eden mit hoher Wahrscheinlichkeit Krieg bedeutete. Aber natürlich wurde in der Anti-Chamberlain-Opposition nur vom Frieden gesprochen, den es zu sichern gelte.

Die Abschreckung Hitlers vor weiteren Gewaltaktionen war links und rechts von der Konservativen Partei die Parole. Dennoch hatten die beiden Oppositionsparteien im April gegen das Gesetz zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gestimmt. Sie wollten deutlich machen, daß sie Chamberlain nicht als Einiger der Nation akzeptierten. Der Premierminister wiederum befürchtete, die Hereinnahme Churchills und Edens in sein Kabinett könnte Hitler veranlassen,

»jetzt auszubrechen (aus dem Einkreisungsring – D. B.), bevor die Demokratien ihre Position weiter gestärkt hätten.« [95]

Daher verzichtete er darauf, seine politische Position auf diese Weise zu schwächen.

Allein schon das Scheitern der *Appeasement*-Politik schwächte Chamberlains Position jedoch immer mehr, je länger die Quarantäne dauerte. Im Frühsommer machte in London die Tschechen-Gold-Affäre Furore. Unter maßgeblicher Mitwirkung von Montague Norman, Gouverneuer der *Bank of England* und Gesinnungsfreund Chamberlains, hatte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel der Auszahlung des tschechischen Goldschatzes an das Dritte Reich zugestimmt. Die Transaktion sollte einer Abwertung der Reichsmark dienen und Deutschland gleichzeitig vor dem finanziellen Zusammenbruch retten.

Niemand anders als Brendan Bracken, Churchills publizistischer Schildknappe, griff die Geschichte in seiner *Financial News* auf. Am nächsten Tag faßte der *Daily Telegraph* nach, indem er die Affaire in Verbindung mit den anstehenden Geheimgesprächen des Göring-Beraters Wohlthat brachte. Das Blatt behauptete, der Deutsche werde kommen, um das geraubte Gold abzuholen. Duncan Sandys, Churchills Schwiegersohn, startete diesbezüglich eine parlamentarische Anfrage im Unterhaus, und nach ein paar Wochen immer neuer »Enthüllungen« und Gerüchte war die innenpolitische Atmosphäre so

vergiftet, daß der Premierminister keinen Schritt mehr in Richtung auf die Diktatoren tun konnte, ohne in den peinlichen Verdacht des Kapitulantentums zu geraten.

Den Höhepunkt erreichte diese Kampagne Ende Juli, als der *News Chronicle* die phantastische Geschichte in die Welt setzte, England spendiere eine Anleihe von einer Million Pfund, um Hitler dessen aggressive Politik abzukaufen und Frieden mit ihm zu machen. [96] Wenig später schon wurde eine Milliarde daraus. Unglücklicherweise stammte die Falschmeldung vom Leiter des Außenhandelsamtes, Robert Hudson, geltungssüchtiger Sohn eines reichen Seifenfabrikanten. Der junge Mann wollte sich auf diese Weise in die Schlagzeilen bringen. Hinterher war sich die Presse freilich vom Massenblatt *Daily Mail* bis zum kommunistischen *Daily Herald* in dem Tadel einig, der Juniorminister habe durch seine Teilnahme an den Wohlthat-Gesprächen die Friedensfront geschwächt und sich selbst geschadet.

Chamberlain hatte im April an seine Schwester geschrieben:

»Ich weiß, es gibt eine Menge rücksichtsloser Leute, die uns sofort in den Krieg stürzen wollen, aber wir müssen uns ihnen widersetzen, bis es wirklich unausweichlich wird.« [97]

Diese Form der flexiblen Selbstverteidigung bewahrte den Premierminister zwar vor dem Sturz. Aber sie machte den Krieg nicht unvermeidlich.

Seit April forderte die englische Presse fast täglich die Einbeziehung Churchills in das Kabinett – erst die *Picture Post* seines Freundes Stephan Lorant, dann der *News Chronicle* des FOCUS-Mitgliedes Sir Walter Layton, schließlich der *Daily Telegraph* des Lord Camrose und eine ganze Reihe anderer Blätter. Das Ganze glich einer langsam anschwellenden Flut, die den ehemaligen Flottenchef mit unwiderstehlicher Kraft nach oben trug und den amtierenden Regierungschef unter sich zu begraben drohte.

Auch in den Vereinigten Staaten fand dieses Phänomen reges Interesse. Mitte Juni hatte Churchill in London eine Begegnung mit dem amerikanischen Star-Kolumnisten Walter Lippmann, der soeben von US-Botschafter Kennedy gehört hatte, Chamberlain werde mit Hitler verhandeln, sollte England in einem Krieg von der Gefahr der Niederlage bedroht werden. Bei einem Dinner im luxuriösen »Claridge Hotel«, an dem auch andere Dissidenten teilnahmen, versicherte Churchill dem lustvoll lauschenden Amerikaner, es könne »Tag und Nacht Stahl und Feuer vom Himmel regnen«, aber England werde nicht aufhören zu kämpfen. Dabei schwenkte er in der einen Hand sein Whisky-Glas, während er mit der anderen die dicke Zigarre in den Aschenbecher rammte. [98]

Dies war eine Sprache, die Roosevelt schätzte. Im Gegensatz zu Paris wurde seine Position in London aber dadurch geschwächt, daß der dortige US-Botschafter Chamberlains *Appeasement* unterstützte, während das Foreign Office fand, Kennedy befinde sich nicht im Einklang mit dem amerikanischen Präsidenten. Nach Hitlers letztem Angebot stand England wieder vor der

Frage, vor der es im Grunde schon seit 1933 oder 1919 gestanden hatte, ob es sich mit Deutschland die Herrschaft über Europa und einen beträchtlichen Teil der Welt teilen oder ob es seine Weltstellung in einem Zweiten Weltkrieg den liberal-demokratischen Idealen aufopfern sollte, hinter denen der weltpolitische Führungsanspruch Amerikas stand.

Aber England war in seinen Entscheidungen längst nicht mehr frei. Chamberlain hatte die Schlacht um den Frieden innen- und außenpolitisch bereits verloren, noch bevor es zum Kriege kam. Während der schwedische Geschäftsmann und Göring-Freund Birger Dahlerus mit dem Flugzeug zwischen Berlin und London hin- und herpendelte, um gemeinsam mit Botschafter Henderson ein Schlupfloch aus dem Verhängnis zu finden, endete Chamberlains Laufbahn am 3. September in einer erniedrigenden Teilkapitulation vor seinen innenpolitischen Erzfeinden, Eden und Churchill: Unter der Drohung seines Sturzes mußte er sie am Tage der englisch-französischen Kriegserklärung gegen Deutschland als Chef der Flotte und als Minister für die Dominions in den Reihen seines Kabinetts akzeptieren.

Während die Luftsirenen der englischen Hauptstadt an diesem Tag einen ersten, wenn auch blinden Alarm gaben, lag Washington noch in tiefstem Frieden. Die Ereignisse der letzten Woche hatten wieder einmal alle Vorurteile gegen die Engländer bestätigt. Im Gegensatz zur Regierung Chamberlain, die sich unter den Entscheidungszwängen wand, die ihr Churchill, Hitler und Roosevelt auferlegten, wackelte Daladier nicht. Abgesehen von der Rücksicht, die er auf die USA zu nehmen hatte, befürchtete der französische Ministerpräsident für den Fall, daß es zu Verhandlungen über Polen kam, daß dann auch Mussolini seine Forderungen an Frankreich präsentieren würde. Schon aus diesem Grund verpuffte der Vermittlungsversuch, den der italienische Diktator in vorletzter Minute unternahm.

Seit dem 27. August zählte man in Washington die Wartezeit bis zum Kriegsausbruch nur noch nach Stunden. Die Roosevelt-Administration beurteilte Chamberlains Spielen auf Zeit als »völlig unrealistisch« im Hinblick auf die deutsche Psychologie, [99] so als würde der kommende Krieg am Ende so oder so wie ein Naturereignis aus einer kranken Volksseele hervorbrechen. In Anbetracht dieser Erwartung verhielt sich Hitler unprogrammgemäß, als er den Angriffsbefehl immer wieder hinauszögerte.

Dieser »Zustand der Unentschlossenheit«, den man in Washington registrierte, [100] spornte die Roosevelt-Administration freilich nicht zu einer letzten Anstrengung für den Frieden an. Sie entlockte dem amerikanischen Botschafter in Warschau, Anthony Biddle, vielmehr eine Überlegung, die den aggressiven, nicht auf friedlichen Ausgleich, sondern auf die Anwendung einseitiger Zwangsmaßnahmen zielenden Charakter der Quarantäne-Politik ein letztes Mal bestätigte.

»Sollte Europa die nächsten Tage ohne Krieg überstehen«,

so kabelte Roosevelts Freund nach Washington,

»ist es nach meinem Dafürhalten denkbar, daß die Anti-Aggressions-Front ihre Selbstbehauptung auf die Spitze treibt, indem sie (von Hitler – D. B.) sogar Abrüstung etc. der Reihe nach verlangt, was tatsächlich einem Ultimatum gleichkommen könnte, aber maskiert durch Formeln, die so diskret sind, daß sie für Hitler ausreichen, sein Gesicht zu wahren.«

Vielleicht hätte ein wirklich neutrales Amerika in diesem allerletzten Moment doch noch ein Wunder vollbracht. Aber das Amerika Roosevelts war, mit dem nationalsozialistischen Deutschland als potentieller Hegemonialmacht an der atlantischen Gegenküste konfrontiert, nie neutral gewesen, wobei sich ideologische Überzeugungen und machtpolitische Kalkulationen auf eigentümliche Art mit dem natürlichen Sendungsbewußtsein Amerikas vermischten. Gewiß war kein größerer Gegensatz als der zwischen dem liberal-demokratischen Internationalismus Roosevelts und dem national-sozialistischen Rassismus Hitlers denkbar. Aber dieser zu einem moralischen Gegensatz zwischen »Gut« und »Böse« hochstilisierte Antagonismus war es nicht allein, der die weltpolitische Strategie des amerikanischen Präsidenten bestimmte.

Es war vor allem sein Wille, die Deutschen rechtzeitig vom Aufstieg zur Weltmacht durch die möglichst offene Parteinahme Amerikas für die westeuropäischen Demokratien abzuschrecken und ihnen für den Fall, daß diese Form der Eindämmungsstrategie mißlang, von vornherein den Stempel des Aggressors aufzudrücken. Auch wenn in Berlin ein ganz anderer als Hitler regiert hätte – er hätte bei einem »Griff nach der Weltmacht« wahrscheinlich dasselbe Schicksal erlitten.

Präsident Roosevelt wollte durch seine unneutrale Politik und antizipatorische Schuldzuweisung vermeiden, daß sich die Fehler der Vergangenheit, wie er sie sah, wiederholten. Seiner Meinung nach hatte Wilson im Ersten Weltkrieg den Fehler gemacht, die Deutschen allzulange sowohl über ihre Kriegsschuld als auch über den Willen Amerikas hinwegzutäuschen, seine unermeßlichen Ressourcen in die Waagschale der Entente zu werfen, wenn es der Selbsterhaltungstrieb erforderte. Vor allem hatte Wilson die Deutschen in den Augen Roosevelts auf der Friedenskonferenz von Versailles viel zu milde behandelt.

Alle diese Fehler wollte der amerikanische Präsident diesmal vermeiden. Seine Friedensappelle waren daher weder ihrem Inhalt noch ihrer Intention nach vergleichbar mit Wilsons Vermittlungsangeboten. Sie waren vielmehr die drohenden Vorboten des Krieges, des Verlangens nach bedingungsloser Kapitulation und dauerndem Schuldbewußtsein, subtile Signale einer massenwirksamen Feindschaft, die Hitler seinerseits als lebensgefährliche Akte der Aggression betrachtete. Als nun in den letzten Augusttagen des Jahres 1939 die Vermutung auftauchte, der Höhepunkt der deutsch-polnischen Krise sei vielleicht schon überschritten – eine Vermutung, die amerikanische Kommentatoren wie am 21. Mai 1938 eilfertig als Niederlage Hitlers im Nervenkrieg um den Frieden interpretierten – wurde die Schattenseite von Roosevelts

Friedenspolitik plötzlich wieder sichtbar: Sie hatte sich in einem sterilen »Alles oder Nichts« verrannt, und die Vereinigten Staaten drohten nun überraschend ins Abseits zu geraten.
Das wurde auch Jay Pierrepont Moffat bewußt, der als Leiter der Europaabteilung des State Departements im Zentrum der Entscheidungsprozesse saß, obwohl er selbst nicht sehr viel zu sagen hatte. Der 43jährige Beamte war 1917 in den Diplomatischen Dienst seines Landes eingetreten. Moffat hatte zwar schon damals gemeint:

»Persönlich denke ich, daß nicht nur unsere Ehre als Land, sondern auch unsere Ehre als zivilisierte Nation auf dem Spiel steht und wir die festesten Maßnahmen – ja, Krieg – ergreifen müssen, wenn sich Deutschland nicht sofort ändert.« [101]

Das sprach für ein Sendungsbewußtsein, das sich berechtigt glaubte, auch kriegerische Methoden gegenüber Andersdenkenden anzuwenden. Aber jetzt, da England auf Zeit spielte und Hitler nach einem festen Standpunkt suchte, wurde der ernste und integre Mann doch etwas nachdenklich.

»Natürlich würden sie (die Deutschen – D. B.) es vorziehen, ihren Willen ohne Krieg zu bekommen«,

schrieb Moffat am 28. August in sein Tagebuch, [102]

»und bis zum Allerletzten werden sie versuchen, die Briten und Franzosen voneinander zu trennen, die Opposition in England zu ermutigen und die Moral der Polen zu zerbrechen etc., aber ich sehe keine Anzeichen dafür, daß die deutsche Entschlossenheit nachläßt.«

Nach dieser Einschätzung der außenpolitischen Lage wandte sich Moffats Blick nach innen, auf die internen Überlegungen, welche die Roosevelt-Administration an diesem 28. August anstellte.

»Wir hatten das übliche Treffen im Amtszimmer des Ministers (wo sich die Spitzen des State Departements in Krisenzeiten zu versammeln pflegten – D. B.). Außer Warten gab es für uns wirklich nicht viel zu tun. Welche Trümpfe wir auch immer hatten – sie sind längst ausgespielt. Es gab beträchtliche Indignation über Hitlers Antwort an Daladier, die ihrer Plausibilität zu verdanken ist. [103] Es gab eine ganze Menge Gerede über die Wichtigkeit, die amerikanische Öffentlichkeit zu erziehen, aber kein Anzeichen dafür, in welche Richtung das geschehen sollte. Ich wurde angewiesen, ein Memorandum vorzubereiten, das die verschiedenen Gelegenheiten aufzeigen soll, bei denen Hitler sein Wort gebrochen hat . . .«

Offenbar gab es Stimmen in der Roosevelt-Administration, die Hitlers Position nicht für ganz und gar haltlos hielten, die eine neue Verhandlungsinitiative von ihm befürchteten, und die sich auf diesen Augenblick vorbereiteten, um den Diktator erneut ins Unrecht zu setzen. Diese Kräfte hätten auch dann kein Pardon gegeben, wenn Hitler seine kriegerischen Pläne in letzter Minute aufgegeben hätte. Aber es gab auch Leute wie Moffat, die es offenbar bedauerten, daß Roosevelt bereits alle Trümpfe nutzlos verspielt hatte, was

wohl eine Anspielung auf die provozierenden »Friedensappelle« des Präsidenten war.

In dieser schwierigen Lage kam alles darauf an, daß Polen nicht vorprellte und durch irgendeinen aggressiven Akt den Krieg auslöste. Die Schuldfrage mußte klar sein, gerade wenn Hitler – vielleicht nach einem isolierten Coup gegen Danzig [104] – doch noch an einen Verhandlungsfrieden dachte. Während der Notenwechsel zwischen Chamberlain und Hitler anhielt und die deutsche Wehrmacht in ihre slowakischen Bereitstellungsräume einrückte, konnten die Botschafter Englands und Frankreichs in Warschau, Kennard und Nöel, die Polen am 28./29. August nur unter Anwendung äußersten Drucks dazu bewegen, die allgemeine Mobilmachung auf den 30. August, 15.00 Uhr, zu verschieben.

An diesem Tag, an dem Hitler einen bevollmächtigten Unterhändler Polens in Berlin erwartete, wußte man in Washington bereits, daß Warschau sich weigern würde, Außenminister Beck zu entsenden. Léger in Paris bat Botschafter Bullitt am 30. August extra in sein Arbeitszimmer, um einen Zeugen zu haben, als er Daladier telefonisch darauf festlegte, die Polen *nicht* zu Verhandlungen zu zwingen. Kennedy meldete aus London, Chamberlain sei nach wie vor darum bemüht, Beck zur Vernunft zu bringen, aber Churchill, Eden und ein großer Teil der öffentlichen Meinung bestärkten die Polen, nicht nachzugeben, weil sie den Eindruck hätten, daß Hitler bereits »am Laufen« sei. [105]

Roosevelt lehnte den von Daladier, Léger und Bullitt vorgetragenen Wunsch, den Papst, den König von Belgien oder die Königin der Niederlande als Vermittler einzuschalten, an diesem Mittwoch ab. Seine Begründung, er wolle zunächst einmal abwarten, ob die bilateralen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen auf der Basis strikter Gleichheit zustandekämen, klang fadenscheinig. Denn jedermann wußte ja längst, daß deutsch-polnische Verhandlungen ohne eine deutsch-englische Verständigung überhaupt nicht mehr möglich waren. Aber es gab nichts, was Roosevelt mehr widerstrebte.

Am Spätnachmittag des 30. August gab Polen die allgemeine Mobilmachung für den nächsten Tag bekannt, um England und Frankreich jeden Rückweg aus der Konfrontation abzuschneiden. Damit hatte Beck, der im Schutz der englisch-französischen Garantie und mit stillschweigender Rückendeckung der USA gefahrlos mit Hitler hätte verhandeln können, den Rubikon endgültig überschritten, und US-Botschafter Biddle meldete um 19.30 Uhr, Beck sage zu Hitlers Vorschlägen »40-mal ›Nein‹«. Die Haltung der polnischen Führung sei ruhig und entschlossen. [106]

Da England zu lange gezögert hatte, in Warschau auf die fristgemäße Entsendung eines bevollmächtigten Unterhändlers nach Berlin zu dringen, ähnelten die Vorgänge des letzten Augusttages dem amerikanischen *Chicken*-Spiel: Hitler setzte 12.40 Uhr den deutschen Angriff endgültig auf den 1. September, 4.45 Uhr in der Frühe, fest, und die Militärmaschinen der beiden Länder rasten nun wie zwei Automobile mit zunehmender Geschwindigkeit aufeinander zu,wobei es für jeden der beiden Fahrer darauf ankam, als letzter auszuwei-

chen. Hitler war aus ähnlichem Anlaß von den westlichen Medien bereits mehrfach der Feigheit bezichtigt worden. Wer konnte unter diesen Umständen eigentlich im Ernst erwarten, daß er noch einmal »blinzeln« werde?

Der polnische Außenminister Beck hatte US-Botschafter Biddle am späten Abend des 30. August zu sich nach Hause gebeten, [107] um ihn genau über die Gründe für seine kompromißlose Haltung zu informieren. Außerdem diente die Einladung dem Zweck, den amerikanischen Verbündeten bei sich zu haben, wenn die erwartete Antwort Englands auf Hitlers letztes Friedensangebot in Warschau eintraf. Dies geschah dann zwar erst, als Biddle schon wieder gegangen war. Die englische Note enthielt keinerlei Pressionen auf Polen. Aber Beck hatte dem amerikanischen Diplomaten schon vorher gesagt, er denke gar nicht daran, bis Mitternacht einen Emissär nach Berlin zu entsenden, und mit Biddle die vollkommen negative Antwort Polens vorbesprochen.

Mit Verblüffung entdeckte der polnische Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, am Morgen des 31. August in der englischen Note, die ihm Außenminister Bonnet zeigte, daß Chamberlain anscheinend doch bereit war, eine europäische Gipfelkonferenz à la München zu akzeptieren. [108] An ihr sollte diesmal freilich auch Rußland teilnehmen.

Der polnische Diplomat stand unter dem Eindruck von Presseberichten, die von einer beginnenden »*détente*« zwischen England und Deutschland sprachen. Da Lukasiewicz auch noch Anzeichen für eine Aufweichung der französischen Haltung hatte, bestürmte er Beck telegrafisch, gegenüber den deutsch-englischen Annäherungsversuchen eine unnachgiebige Haltung einzunehmen. Das Ergebnis war die Antwort Becks auf die englische Note, die London seltsamerweise erst in den Abendstunden des 31. August erreichte, obwohl Beck dem englischen Gesandten schon vormittags mitgeteilt hatte, der polnische Botschafter in Berlin werde *nicht* ermächtigt werden, deutsche Verhandlungsvorschläge in Empfang zu nehmen. Merkwürdigerweise lag Hitlers definitiver Befehl zum Angriff genau dazwischen.

In diesem Zusammenhang, der den Krieg unausweichlich machte, spielten die Botschafter Biddle und Bullitt eine Schlüsselrolle. Bullitt hatte Lukasiewicz am Morgen des 31. August unter Berufung auf verläßliche Quellen versichert, die Deutschen und Russen hätten bei ihren Verhandlungen in Moskau weder Polen noch Rumänien erwähnt, und das möglicherweise existierende geheime Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt betreffe nur die baltischen Staaten, *nicht* aber Polen. [109]

Sicher wagt man zunächst nicht zu behaupten, daß Bullitt seinen polnischen Kollegen in diesem kritischen Moment mit Absicht belügen wollte. Schließlich läßt sich denken, daß der amerikanische Botschafter selbst nicht genau über das informiert war, was sein Kollege Steinhardt vor einer Woche aus Moskau gemeldet hatte. Da der Hitler-Stalin-Pakt aber das herausragende Ereignis der internationalen Politik vor Kriegsausbruch war, für dessen Inhalt sich jeder Diplomat brennend interessierte, und weil Bullitt das persönliche Vertrauen Roosevelts besaß, muß man doch eher das Gegenteil annehmen. Warum gab

der amerikanische Botschafter seine Informationen nicht wenigstens in diesem Moment an Lukasiewicz weiter?

Es war derselbe Grund, der die Roosevelt-Administration daran gehindert hatte, England, Frankreich und Polen beizeiten reinen Wein einzuschenken. Lukasiewicz begann sich nämlich gerade an diesem 31. August darüber klarzuwerden, daß Polen im Fall einer deutsch-englischen Annäherung »in eine extrem schwierige und ungemütliche Lage« geraten würde. Wenn diese Einsicht in Warschau Schule machte, konnte die ganze Quarantäne ins Wanken geraten. Deshalb bleibt auch angesichts der konkreten Umstände nur der Schluß, daß es sich bei Bullitts Mitteilung um eine bewußte Desinformation handelte, die Beck von einer Revision seiner überzogenen Position abhalten sollte. Sie erhielt noch dadurch zusätzliches Gewicht, daß sie von Außenminister Bonnet bestätigt wurde.

Über das Schicksal, das ihr Land im Fall eines Krieges gegen Deutschland erleiden würde, von den Amerikanern bewußt getäuscht bzw. im unklaren gelassen, rannten die Polen in ihr Verderben. Da Beck in Biddle seinen politischen Vertrauten sah, muß man annehmen, daß der US-Botschafter in Warschau auch am letzten Tag des Friedens das polnische Verhalten maßgeblich mitbestimmte. Jedenfalls hielt er sich über Becks Kommunikation mit den Regierungen in Berlin und London genau auf dem Laufenden. Auf die verzweifelte Frage seines englischen Kollegen Kennard, ob Roosevelt nicht noch eine letzte Anstrengung um den Frieden machen könne, winkte der amerikanische Diplomat nur müde ab: Da Hitler die beiden Appelle des Präsidenten nicht beantwortet habe, seien weitere Schritte nicht zu erwarten. [110]

Am 31. August befahl auch England die Generalmobilmachung, was aus dem Krieg nur noch eine Frage von Stunden machte. Mussolini startete zwar den erwarteten Versuch, die deutsch-polnischen Probleme durch eine Konferenz der vier europäischen Hauptmächte zu lösen. Aber die französische Regierung lehnte diesen Vorschlag als Vorbereitung eines »zweiten Münchens« ab, wie Bullitt ebenso erwartungsgemäß nach Washington berichtete. [111] Damit war die letzte, nur noch theoretische Friedenschance geplatzt.

Während in Europa Hunderttausende von Soldaten ihre Stellungen bezogen, um in den blutigsten Krieg der Weltgeschichte einzutreten, ging in Washington ein ganz normaler Arbeitstag zu Ende. Nur in den politischen Departements der amerikanischen Hauptstadt, in dem engen Zirkel zwischen Kapitol, Weißem Haus und Lincoln-Memorial hatte mehr Hektik als sonst geherrscht. In der Europa-Abteilung des State Departments klingelten den ganzen Tag über die Telefone, was eine kontinuierliche Arbeit fast unmöglich machte.

Nach dem Hin und Her des diplomatischen Telegrammverkehrs, der Konferenzen und der mehr oder weniger bestätigten Pressegerüchte beschloß Jay Pierrepont Moffat, sich mit Jimmy Dunn, dem Leiter der Westeuropa-Abteilung, und dem früheren Botschafter in Berlin, Hugh Wilson, ein klein wenig Abwechslung zu verschaffen. Die drei benutzten den schönen Spätsommer-

abend, um gemeinsam essen zu gehen. Anschließend saßen sie noch eine ganze Weile im nächtlichen Garten und hörten die Messe in b-Moll von Johann Sebastian Bach.
Es war 2.40 Uhr am folgenden Morgen, den 1. September 1939, [112] als in der Telefonzentrale des Weißen Hauses der Summer ertönte. Die schläfrige Nachtwache ging in die Leitung und hörte, wie sich in Paris eine Stimme meldete. Im nächsten Moment erklang es merkwürdig scharf und rauh:

»Kann ich den Präsidenten sprechen?«

Der Telefonist erkannte die Stimme von William Bullitt, klingelte Roosevelts Sekretärin Missy LeHand aus dem Schlaf und sagte ihr, er habe den Botschafter an der Strippe.

»Stell ihn durch«, antwortete Missy.

Der Telefonist ließ den Apparat im Schlafraum des Präsidenten klingeln. Roosevelt, der in diesen Nächten nicht sehr tief schlief, war sofort wach. Er nahm den Hörer an seinem Bett ab.

»Hier ist Bill Bullitt, Herr Präsident.«
»Ja, Bill?«
»Tony Biddle kam eben aus Warschau durch, Herr Präsident. Mehrere deutsche Divisionen stehen tief im polnischen Territorium, und die Kämpfe sind schwer. Tony sagte, es gebe Berichte von Bombern über der Stadt. Dann wurde er abgeschnitten. Er hatte eine halbe Stunde lang versucht, Sie zu erreichen, bevor er mich anrief.«
»Nun, Bill, jetzt ist es soweit. Gott helfe uns allen«,

sagte Roosevelt. Die beiden erörterten einen Appell an die kriegführenden Parteien, nicht offene Städte zu bombardieren, und besprachen, wie man am besten die in Europa festsitzenden Amerikaner nach Hause bringen könne.
Der Präsident verabschiedete sich von Bullitt, um Sumner Welles und Cordell Hull aus den Betten zu klingeln.

In Washington gingen die Lichter an.

## Anmerkungen

1 Im Falle Rumäniens und Griechenlands handelte es sich um einseitige Garantien nach dem Muster Polens, im Falle der Türkei um eine reziproke Beistandsverpflichtung. Die Haltung der Türkei, die im Ersten Weltkrieg mit Deutschland verbündet war, entschied darüber, ob die sowjetische Schwarzmeer-Flotte im Kriegsfall die Dardanellen passieren konnte, um sich im Mittelmeer mit den Flotten Englands und Frankreichs zu vereinigen. Vgl. dazu auch unten Anmerkung 19.

2 New York Times, 10. 4. 39.

3 Lash, Roosevelt, S. 45: Brief Mahan 13. 8. 14 FDR.

4 PRO CAB 27/627: Gespräch FDR 25./26. 3. 39 Willert.

5 John Wheeler-Bennett, King George VI. His Life and Reign. London 1958. S. 391ff. – Hier ist das Ergebnisprotokoll jener beiden Gespräch abgedruckt, die George VI. und Roosevelt am 10./11. 6. 39 in Hyde Park miteinander führten. Das Original liegt im königlichen Archiv zu London. Die »Trinidad-Patrouille« sollte von der gleichnamigen Karibik-Insel aus, die den Engländern gehörte, den Schutz des strategisch entscheidenden Seegebietes zwischen Nord- und Südatlantik übernehmen. Von den Bermudas aus, einer englischen Besitzung vor der Küste Nordamerikas, sollte die US-Navy im Kriegsfall das Seegebiet zwischen Florida und kanadischer Grenze verteidigen. Für den Schutz des Südatlantiks waren Stützpunkte an der brasilianischen Küste vorgesehen.

6 Langer/Gleason, Challenge, S. 141.

7 Blum, Morgenthau, Vol. II, S. 86.

8 PRO CAB 27/627: Gespräch FDR 25./26. 3. 39 Willert.

9 Wheeler-Bennett, George VI., S. 391.

10 PRO FO 395/648b: Lindsay 17. 3. 39 Leeper.

11 PRO FO 800/315 H/X 5/138: Aktennotiz Cadogan, 27. 3. 39.

12 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 621: So Roosevelt am 14. 4. 39 in seiner Panamerikanischen Deklaration.

13 Ian Colvin, The Chamberlain Cabinet. London 1971, S. 261.

14 Frankfurter Zeitung, 4. 6. 39.

15 Harvey, Diaries, S. 282: Eintragung vom 21. 4. 39.

16 Dallek, Roosevelt, S. 185.

17 FRUS 1939 I, S. 130ff.: FDR 14. 4. 39 Hitler.

18 FRUS 1939 I, S. 115: US-Geschäftsträger Geist/Berlin 6. 4. 39 Hull.

19 Die Beistandserklärung wurde zunächst nur zwischen der Türkei und England ausgetauscht. Die USA hatten sich von vornherein sehr stark für die englisch-türkische Vereinbarung interessiert. PRO FO 371/22970 C 5591: FO-Aktennotiz 15. 4. 39 über ein entsprechendes Gespräch mit US-Geschäftsträger Johnson. Erst am 19. 10., also eineinhalb Monate nach Kriegsbeginn, folgte ein Beistandsvertrag zwischen England und Frankreich einerseits, der Türkei andererseits.

20 FRUS 1939 I, S. 117ff.: Bullitt 7. 4. 39 Hull – Beck gab bei dieser Gelegenheit in verschlüsselter Form die Zusage, auch für Belgien, Niederlande und die Schweiz zu kämpfen und dadurch im Fall eines deutschen Westangriffs die Zwei-Fronten-Lage für das Dritte Reich herzustellen.

21 FRUS 1939 I, S. 128: Bullitt 12. 4. 39 Hull – Die Initiative zu diesem Schritt war am 9. 4. 39 von Polen ausgegangen, als plötzlich Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen an der polnischen Grenze umliefen. Dabei betätigte sich Bullitt als Mittler zwischen Außenminister Beck und dem Generaldirektor im Quai d'Orsay, Léger, die »Todfeinde« (Bullitt) waren. Vgl. auch FRUS 1939 I, S. 120ff.: Bullitt 9. 4. 39 Hull und ebda., S. 124: Bullitt 11. 4. 39 Hull.

22 PRO FO 371/22 970 C 5595: Phipps 15. 4. 39 FO mit Gesprächsnotiz Holland vom 15. 4. 39 – ebda., C 5596: Memorandum Holland 18. 4. 39 Phipps über ein weiteres Gespräch mit dem US-Marineattaché, in dem dieser seine Vorschläge unter Berufung auf US-Botschaf-

ter Bullitt wiederholte, für dessen Meinung Mr. Roosevelt »hohe Achtung« empfinde. – Ebda., C 5610: Phipps 20. 4. 39 FO: Bullitt erklärte Phipps freilich am 19. 4. 39, es sei gegenwärtig leider nicht möglich, die amerikanische Atlantik-Flotte nach Europa zu entsenden, da Roosevelt soeben erst mehrere Schiffe in den Pazifik verlegt habe. Doch müßten weitere Schritte unternommen werden, bevor Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag am 28. 4. 39 eine Antwort auf Roosevelts Friedensappell formulierte. In diesem Gespräch drängte Bullitt auch im Namen seines Präsidenten auf die Einführung der englischen Wehrpflicht.

23 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 620.

24 PRO FO 371/22 969 C 5145: Ogilvie Forbes 13. 4. 39 FO, sofort/geheim.

25 PRO FO 371/22 969 C 5468: Lindsay 17. 4. 39 FO unter Berufung auf Hull.

26 Eugenio Pacelli war am 2. 3. 1939 als Nachfolger des im Februar verstorbenen Pius XI. zum Papst gewählt worden.

27 Domarus, Hitler, Band II. S. 1148ff.: Eine Kopie von Hitlers Rede wurde dem US-Geschäftsträger am 28. 4. 39 anstelle eines diplomatischen Dokuments übergeben.

28 New York Times, 21. 4. 39.

29 PRO FO 371/22 969 C 5545: Aufzeichnung Cadogan über ein Gespräch vom 18. 4. 39 mit dem Schweizer Gesandten.

30 New York Times, 29. 4. 39.

31 FRUS 1939 I, S. 177ff.: Bullitt 28. 4. 39 Hull.

32 Blum, Morgenthau, Vol. I, S. 518: Diese Metapher hatte Roosevelt in der Septemberkrise 1938 gebraucht, um Kennedy von seinen Ketzereien abzubringen.

33 PRO FO 371/22 829 C 4805: Lindsay 4. 4. 39 FO – Dort auch die folgenden Zitate Lippmanns.

34 Charles Higham, Trading with the Enemy. An Exposé of the Nazi-American Money Plot 1933–1949. New York 1983, S. 168ff. – Higham schreibt nicht, von wem die Initiative ausging. Ein Exemplar des Planes zur Sanierung des Dritten Reiches aus der Feder Wohltaths liegt in der Georgetown University/Washington bei Mooneys Tagebüchern.

35 PRO FO 371/22 970 C 5864: Aktenvermerk Butler, 19. 4. 39.

36 Gilbert, Churchill, S. 1087.

37 PRO PREM 1/331 A: »Danzig and the international Situation. Visit of Monsieur Burckhardt to Herr Hitler at Berchtesgaden. Report on conversation with M. Burckhardt and M. Arnal of the Quai d' Orsay at Basle on August 13th« (mit Anhang) von Roger Makins, einem Rechtsberater des Foreign Office, geheim – Hitler hatte Burckhardt zu diesem Gespräch unter dem Siegel strengster Geheimhaltung eingeladen. Der Völkerbundskommissar informierte aber vor seiner Abreise sowohl Beck, als auch Halifax und Bonnett. Er traf sich nach dem Besuch bei Hitler mit Makins und Pierre Arnal, Vorsitzender des Dreierkommittees, das sich im Völkerbund mit der Danzig-Frage befaßte. Das Treffen fand in Basel statt, wo Burckhardt den beiden Diplomaten sein kurz nach der Unterredung auf dem Obersalzberg angefertigtes Gesprächsprotokoll übergab. – FRUS 1939 I S. 219: Johnson 16. 8. 39 Hull: Der amerikanische Geschäftsträger in London, Herschel Johnson, bekam das Burckhardt-Protokoll, das man schon am Vortag an Lindsay zwecks Weitergabe an die Roosevelt-Administration übermittelt hatte, »durch eine Freundlichkeit des Foreign Office« am 16. 8. 39 zu sehen. – Das Burckhardt-Protokoll ist deswegen von besonderem Gewicht, weil es einen sehr authentischen Eindruck von Hitler kurz vor Kriegsausbruch vermittelt.

38 Burckhardt, Mission, S. 272 – Burckhardt gibt keinen Grund dafür an, warum Makins und Arnal dieses wichtige Zitat, das Hitlers gesamten Kriegsplan vorwegnahm, in ihren Berichten verschwiegen.

39 ebda., S. 256.

40 PRO PREM 1/331 A: Burckhardt-Protokoll wie in Anmerkung 37.

41 ebda.

42 PRO FO 371/22 829 C 4805: Memorandum Scott, 6. 4. 39 – Staatssekretär Cadogan kommentierte es z. B. mit den Worten: »Ich glaube, wir sind uns dessen bewußt.«

43 PRO FO 371/22 812 A 660: Mallet 10. 1. 39 FO – Typisch die auf diesem Dokument angebrachten FO-Kommentare.

44 PRO FO 371/22 829 A 2856: Memorandum Balfour, 14. 4. 39.

45 FRUS 1939 I, S. 282f.: Kennedy 5. 7. 39 Hull.

46 PRO CAB 23/98: Kabinettssitzungen, 5. und 8. 4. 39.

47 PRO FO 371/22 829 A 4805: Memorandum Scott, 6. 4. 39, und Marginalien von Cadogan, 6. 4., Vansittart und Halifax, 8. 4.

48 PRO FO 371/22 970 C 5592: Cadogans Stellvertreter, Sargent, fand es vor allem seltsam, daß Roosevelt von den westeuropäischen Demokratien verlangte, sie sollten bloße Nichtangriffsversprechen Hitlers akzeptieren – »nach dem, was geschehen ist«.

49 FRUS 1939 I, S. 134: Bullitt 15. 4. 39 Hull – Daladier hatte die Note, die Bullitt übermittelte, in Gegenwart des US-Botschafters aufgesetzt, um »die absolute Identität der Ansichten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten auszudrücken«. Chamberlain gab keine vergleichbare Antwort, was andeutet, daß er von der Methode des amerikanischen Präsidenten, den Krieg durch provozierende Friedensappelle herbeizureden, nach wie vor nichts hielt.

50 PRO FO 371/22 969 C 5041: COS-Paper 872, 3. 4. 39 »Military Implications of an English-French Guarantee for Poland and Rumania«.

51 PRO PREM 1/331 A = C. P. 106 (39) = Memorandum Halifax, 5. 5. 39 »Danzig«, geheime Verschlußsache – Selbst der Völkerbundsrat hatte den Wunsch geäußert, die Tätigkeit Burckhardts zu beenden. Der Hauptgrund bestand darin, daß das zu 90 Prozent deutsche Danzig von den Nationalsozialisten schon seit langem innenpolitisch mit dem Reich gleichgeschaltet war. Polen wehrte sich – abgesehen von den Prestigegesichtspunkten – vor allem aus strategischen Gründen gegen einen Anschluß Danzigs an das Reich: In diesem Fall wäre die Stadt nämlich offen remilitarisiert worden und hätte dann sowohl die Weichselmündung, als auch den polnischen Ostseehafen Gdingen bedroht, Polens einzige Zugänge zum Meer.

52 PRO PREM 1/331 A: Protokoll der Gespräche zwischen Chamberlain, Halifax und Beck vom 4. bis 6. 4. 39.

53 PRO PREM 1/331: Aktennotiz Makins, 28. 4. 39, der diesen lateinischen Ausdruck verwandte.

54 PRO PREM 1/331 A: Henderson 9. 5. 39 Wilson.

55 PRO PREM 1/331 A: Bericht General Ironside, 28. 7. 39, über seine Sondermission nach Warschau – Obwohl die Regierungen Englands und Polens übereingekommen waren, daß jede Partei für sich über das Eintreten des Garantiefalles entscheidet und die jeweils andere Seite dann automatisch zu den Waffen greift, stellte Ironside in Warschau weisungsgemäß klar: »Unsere Garantie würde wirksam werden, wenn die polnische Regierung sich in einem Fall zum Widerstand entschließt, der die polnische Unabhängigkeit ›klar‹ bedroht.« Dadurch wollten die Engländer nachträglich eine Sicherung dagegen in ihre Garantie einbauen, daß sie von den Polen wegen irgendwelcher verhandlungsfähigen Fragen in den Krieg hineingezogen wurden.

56 Vgl. Anmerkung 55.

57 So Burckhardt, Mission, S. 272 – Ursache für das polnische Ultimatum war der schon lange schwelende Streit zwischen dem nationalsozialistischen Senat der »Freien Stadt« und den polnischen Zollbehörden, die vergeblich versuchten, die illegalen Waffenlieferungen aus dem Dritten Reich zu unterbinden. Gerüchte, der Senat werde die polnischen Zollkontrollen nicht mehr anerkennen und sogar eventuell die Grenze nach Ostpreußen öffnen, was die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich bedeutet hätte, führten zu der ultimativen Warnung Polens, dies würde den »casus belli« bedeuten. Diese Warnung wurde ohne vorherige Konsultation der Garantiemächte abgegeben. Zu diesem Zeitpunkt war ein erstes Treffen zwischen den Danziger und polnischen Autoritäten, das nach dem Wunsch

Hitlers unter Vermittlung Burckhardts stattfinden sollte, bereits für den 7.8.39 anberaumt.

58 PRO PREM 1/331 A: Burckhardt-Protokoll wie oben in Anmerkung 37.

59 PRO PREM 1/331 A: Halifax-Memorandum »Danzig« wie oben in Anmerkung 51 – Beck wollte das Regiment des Völkerbundes durch eine deutsch-polnische Garantie für den Status Danzigs als »Freie Stadt« ablösen. Anstelle einer exterritorialen Auto- und Eisenbahn durch den Korridor beabsichtigte er, die deutschen Transitrechte, wie sie im Eisenbahnverkehr bereits bestanden, auf den Autoverkehr auszuweiten.

60 Die beiden einzigen Zugänge für die Rote Armee in den mitteleuropäischen Raum waren damals die »Korridore« von Wilna und Lemberg, die auf polnischem Territorium lagen.

61 FRUS 1939 I, S. 207: Notiz Hull über sein Gespräch mit Potocki, 9.8.39.

62 FRUS 1939 I, S. 194: Bullitt 28.6.39 Hull unter Berufung auf den französischen Außenminister Bonnet – Kennedy im Gespräch mit dem polnischen Handelsrat Wszelaki am 16.5.39 vgl. Auswärtiges Amt, Polnische Dokumente, S. 39: Wszelaki 16.5.39 Beck, geheim.

63 FRUS 1939 I, S. 178f.: Geist 3.5.39 Hull – Geist schätzte, daß der Krieg, von Mai an gerechnet, innerhalb der nächsten 14 Tage bis vier Monate ausbrechen werde.

64 FRUS 1939 I, S. 177: Biddle 28.4.39 Hull.

65 PRO FO 371/22 833 A 3943: Kennard 29.5.39 Halifax und andere Dokumente ebda.

65a PRO FO 371/22 812 A 1048: Gutachten vom 15.2.39.

66 FRUS 1939 I, S. 211: Amtierender Außenminister 11.8.39 Biddle – Die Tatsache, daß Biddle am Vortag den deutsch-polnischen Notenwechsel über den Zollkonflikt nach Washington übermittelt hatte, läßt die Roosevelt-Botschaft vom 11.8. als Indiz dafür erscheinen, daß der amerikanische Präsident ebenfalls Beck als den Verantwortlichen für die Zuspitzung der Krise betrachtete. – Biddle wurde angewiesen, die Warnung vor einem provokativen Verhalten Polens auch gegenüber den Regierungen in London und Paris (über Kennedy und Bullitt) zu wiederholen.

67 FRUS 1939 I, S. 213: Biddle 13.8.39 Hull.

68 FRUS 1939 I, S. 189f: Bullitt 22.5.39 Hull unter Berufung auf Halifax – Die englischen und französischen Verhandlungsdelegationen einigten sich am 24.6.39 mit der sowjetischen Regierung über einen Beistandsvertrag. Doch sollte dieser Pakt erst nach Abschluß einer Militärkonvention in Kraft treten, über die erst ab 12.8.39 verhandelt wurde. Sie kam infolge des Hitler-Stalin-Paktes nicht mehr zustande.

69 Wheeler-Bennett, George VI., S. 391.

70 FRUS 1939 I, S. 239: Welles 4.8.39 Steinhardt.

71 Vgl. dies und das folgende Hans von Herwarth, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931–1945. Frankfurt/Berlin/Wien 1982 und Charles E. Bohlen, Witness to History 1929–1969. New York 1973.

72 Text des Hitler-Stalin-Paktes samt Geheimes Zusatzprotokoll vgl. Vertrags-Ploetz, S. 173ff.

73 FRUS 1939 I, S. 342f.: Steinhardt 24.8.39 Hull.

73a DBFP 3/III S. 154ff.: Lindsay 23.8.39 FO.

73b Bohlen, Witness, S. 85.

74 FRUS 1939 I, S. 301: Bullitt 22.8.39 Hull.

75 Hooker, Moffat, S. 251: Bullitt unter Berufung auf Quellen in Berlin und Paris.

76 FRUS 1939 I, S. 301: Bullitt 22.8.39 Hull.

77 ebda.

78 FRUS 1939 I, S. 304: Johnson 22.8.39 Hull.

79 Hooker, Moffat, S. 251: Eintragung vom 22.8.39.

80 Jedrezejewicz, Lukasiewicz, S. 254.

81 FRUS 1939 I, S. 350: Bullitt 22.8.39 FDR/Amtierender Außenminister.

82 FRUS 1939 I, S. 351: FDR 23.8.39 König Emmanuel.

83 FRUS 1939 I, S. 354: Bullitt 23.8.39 Hull.

84 FRUS 1939 I, S. 355: Kennedy 23. 8. 39 Hull.
85 FRUS 1939 I, S. 307: Bullitt 23. 8. 39 Hull.
86 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 661.
87 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 621 und Hooker, Moffat, S. 253: Eintragung vom 24. 8. 39 – Dort auch die beiden folgenden Zitate.
88 FRUS 1939 I, S. 309: Bullitt 24. 8. 39 Hull.
89 Hull, Memoirs, Vol. I, S. 662.
90 FRUS 1939 I, S. 369: Kennedy 25. 8. 39 – Hierbei handelte es sich um eine Wiedergabe des Gesprächs Hitler-Henderson vom 23. 8. 39 über Chamberlains Brief vom 23. 8. 39 – Zwar hatte Hitler in diesem Gespräch gewarnt, er werde gemeinsam mit Stalin die polnische Frage lösen, sollten der Westen und Polen nicht einlenken. Aber in der amtlichen Aufzeichnung des Gesprächs, das Henderson zur Übermittlung nach London übergeben wurde, fehlte dieser Hinweis, wie Kennedy bemerkte. – Der US-Botschafter wurde in den Beratungen mit Chamberlain, Halifax, Cadogan und Wilson am 25. 8. 39 gefragt, ob Hitler denn schon auf Roosevelts Botschaft geantwortet habe. Als Kennedy verneinte, meinte der Premierminister, Hitlers Angebot vom 23. 8. sei wohl diese Antwort. Daraus läßt sich schließen, daß Chamberlain die Botschaft des Führers vom 23. 8. als Signal für die Bereitschaft zur Aufnahme von Direktverhandlungen mit Polen interpretierte. Doch ließ sich Polen nicht dazu bewegen.
91 So Ickes, Diaries, Vol. II, S. 707 – Diese Information war in Kennedys Bericht über das Gespräch Hitler-Henderson vom 24. 8. 39 enthalten. Vgl. vorige Anmerkung.
92 Ickes, Diaries, Vol. II, S. 702 – FRUS 1939 I, S. 365: Bullitt 25. 8. 39 FDR/Hull – Danach hatte Daladier Bullitt bei einem gemeinsamen Mittagessen unter vier Augen an diesem Tage erneut die unbedingte Kriegsbereitschaft Frankreichs versichert. Die Dritte Republik hatte am 25. 8. 39 bereits 1,9 Millionen Mann mobilisiert, ohne die Generalmobilmachung erklärt zu haben. – Vgl. dort auch die beiden folgenden Zitate.
93 Gemeint ist damit vor allem Roosevelts zweiter Appell an Hitler vom 25. 8. 39, der auf Anregung Biddles erfolgte und ebenfalls nur der antizipatorischen Schuldzuweisung diente. FRUS 1939 I, S. 368 – Die in diesem Appell übermittelte Bereitschaft Polens zu Direktverhandlungen war inhaltlich ohne jede Bedeutung, da Beck keinerlei Neigung zeigte, den deutschen Forderungen entgegenzukommen. Dasselbe gilt für die polnische Bereitschaft, sich einer Schlichtung durch den US-Präsidenten zu unterwerfen. Sicher hätte Roosevelt eine Schwächung Polens vermieden, wenn es zu einer solchen Schlichtung gekommen wäre. Wahrscheinlich hätte er sogar die Gelegenheit benutzt, um Hitler ins Unrecht zu setzen. Aber Roosevelt dachte gar nicht daran, den deutsch-polnischen Konflikt zu schlichten. Ohne die verbindliche Zusicherung Englands, Verhandlungen über die polnische Frage in eine allgemeine Verständigung mit Deutschland einzubinden, hatten Roosevelts und Mosickis Angebote wenig Wert für Hitler. Da diese Zusicherungen nach den Angeboten des Führers vom 23. und 25. 8. aus den bekannten Gründen ausblieben und Hitler zunehmend zum Krieg entschlossen war, fielen seine Antworten auf die Botschaften des amerikanischen Präsidenten negativ aus.
94 FRUS 1939 I, S. 371: Bullitt 26. 8. 39 FDR/Hull – Die Einschätzung, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg wünsche, stammte von Außenminister Bonnet. Wie schon während der Tschechoslowakei-Krise von 1938 tat sich auch im Polen-Konflikt eine tiefe Kluft zwischen Bonnet und dem Generaldirektor des Quai d'Orsay, Marie-René Léger, auf, die nur durch Légers Verachtung für Polen abgemildert wurde. Während der Minister Verhandlungen mit Hitler befürwortete, war Léger »intensiv gegen eine Politik eines neuen Münchens«, wie Bullitt berichtete, der selbst ebenfalls gegen eine Verständigung mit Deutschland war. – FRUS 1939 I, S. 375: Bullitt 26. 8. 39 Hull – Auch Daladier lehnte separate Verhandlungen zwischen den europäischen Hauptmächten ab und wirkte entsprechend auf Chamberlain ein. Zur Bekräftigung seiner Kriegsbereitschaft ließ der französische Regierungschef, der zugleich Verteidigungsminister war, am 26. 8. 39 weitere 700000 Mann mobilisieren, so daß an diesem Samstag bereits 2,5 Millionen französische Soldaten unter Waffen standen.

95 Eden, Memoirs, Vol. II, S. 52.
96 News Chronicle, 22. 7. 39.
97 Gilbert, Churchill, S. 1055.
98 Steel, Lippmann, S. 376.
99 Hooker, Moffat, S. 256: Eintragung vom 27. 8. 39.
100 FRUS 1939, I, S. 378: Biddle 28. 8. 39 FDR/Hull – Dort auch das folgende Zitat.
101 Hooker, Moffat, S. 2: Moffat 15. 5. 15 an seine Mutter.
102 ebda.
103 Nach Chamberlain war am 26. 8. 39 auch Daladier in einen Austausch von Botschaftern mit Hitler eingetreten. Der Führer hatte auf den Brief des Ministerpräsidenten vom 27. 8. 39 u. a. geantwortet: Er bedaure es zwar, wenn es wieder zu einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland kommen würde. Aber er sehe »keinen Weg, Polen, das sich ja nun im Schutze seiner Garantien unangreifbar fühlt, hier zu einer friedlichen Lösung bewegen zu können«. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Nachbarländern sei in einem künftigen Krieg der, daß Deutschland dann »um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts« und Frankreich »um die Beibehaltung desselben« kämpfen werde. Vgl. Auswärtiges Amt, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, S. 298.
104 Die Westmächte hatten nicht von Anfang an mit einem deutschen Großangriff auf Polen gerechnet, sondern auch eine sich auf Danzig beschränkende Aktion für möglich gehalten, die dem Nazi-Regime die Möglichkeit offenließ, Polen die Entscheidung über Krieg und Frieden zuzuschieben.
105 FRUS 1939 I, S. 392: Kennedy 30. 8. 39 Hull.
106 FRUS 1939 I, S. 388: Biddle 30. 8. 39 Hull.
107 Cannistraro, Poland, S. 85.
108 Jedrzejewicz, Lukasiewicz, S. 269 – Worauf sich die Verblüffung des polnischen Diplomaten bezog, wird an Hand der Note nicht ganz klar. In ihr war nur von einer internationalen Garantie für jede Art von deutsch-polnischer Regelung unter Einbeziehung der Sowjetunion die Rede. Dies setzte zwar eine Konferenz voraus, aber erst *nach* einer deutsch-polnischen Regelung. Wie Lukasiewicz darauf kam, daß die englische Note eine Veränderung des status quo in Pommern vorsehe – i. e. des Korridors – ist gänzlich unerfindlich. Vgl. den Text der Note in Blaubuch der Britischen Regierung, S. 89: Antwort der Regierung Seiner Majestät auf die Mitteilung des Reichskanzlers vom 29. August 1939. Diese Antwort wurde durch Henderson in Berlin um 24 Uhr übergeben und erreichte Kennard in den frühen Morgenstunden des 31. 8. 39 – Es ist nicht auszuschließen, daß Lukasiewicz den Interpretationen der englischen und französischen Kriegspartei aufsaß, die eine Einigung zwischen Deutschland und England à tout prix verhindern wollte.
109 Jedrzejewicz, Lukasiewicz, S. 269.
110 Cannistraro, Poland, S. 87.
111 FRUS 1939 I, S. 398: Bullitt 31. 8. 39 Hull – Das Telegramm wurde um Mitternacht MEZ vom 31. 8. auf den 1. 9. 39 abgesandt, traf aber wegen der Zeitverschiebung noch am Abend des 31. 8. 39, 21.22 Uhr Ostküstenzeit, in Washington ein.
112 Joseph Alsop/Robert Kintner, American White Paper. New York 1940, S. 1f.

# Anhang

# Abkürzungen

| | |
|---|---|
| AA | Auswärtiges Amt |
| ADAP | Akten zur deutschen auswärtigen Politik (D IV S. 340 heißt z. B. Serie D, Band IV, S. 340) |
| ADM | Admirality (Admiralität) |
| AFC | Anglo-French Conversations (englisch-französische Ministergespräche) |
| CAB | Cabinet (Kabinett) |
| CID | Committee of Imperial Defence (Reichsverteidigungsrat) |
| Cols. | Colums (Spalten) |
| C.P. | Cabinet Paper (Kabinettsvorlage) |
| COS | Chiefs of Staff (Generalstab) |
| DBFP | Documents of British Foreign Policy (Dokumente zur britischen Außenpolitik – 3/II, S. 510 heißt z. B. 3. Serie, Band II, S. 510) |
| Ed. | Editor (Herausgeber) |
| FDR | Franklin Delano Roosevelt |
| FO | Foreign Office (Außenministerium) |
| F. P. | Foreign Policy |
| FRUS | Foreign Relations of the United States (Akten zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten – 1933 I 121 heißt z. B. Jahrgang 1933, Band I, S. 121) |
| NYT | New York Times |
| o. D. | ohne Datum |
| o. J. | ohne Jahr |
| PREM | Premierminister |
| PRO | Public Record Office, London (Englisches Staatsarchiv) |
| RAF | Royal Air Force (Königliche Luftwaffe) |
| Vol. | Volume (Band) |

Aus Platzgründen wird die diplomatische Korrespondenz so zitiert, daß erst der Absender, dann das Absendedatum und schließlich der Empfänger genannt werden. »Welles 4. 8. 39 Steinhardt« heißt also: Unterstaatssekretär Welles am 4. 8. 39 an US-Botschafter Steinhardt. Sofern nichts anderes vermerkt ist, handelt es sich um Telegramme.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

*I. Unveröffentlichte Dokumente* / (Public Record Office [PRO], London)

1. ADM (Akten der Admiralität) 116/3922, 4302
2. CAB (Kabinettsakten) 2/8–9 (Sitzungsprotokolle des Reichsverteidigungsrates); 4/28–30 (Papiere des Reichsverteidigungsrates); 16/80, 182, 183 A-B (Sitzungsprotokolle und Papiere des Unterausschusses für Verteidigungsplanung); 16/209 (Sitzungsprotokolle und Papiere des Unterausschusses für die Einschätzung der strategischen Lage); 23/93–100 (Kabinettsprotokolle); 24/278–288 (Kabinettspapiere); 27/624–627 (Sitzungsprotokolle und Papiere des außenpolitischen Ausschusses); 29/159–162 (Protokolle und Papiere der englisch-französischen Ministerbesprechungen); 53/9–11, 41–54, 54/2, 4–11, 55/3, 13–19, 79/1, 80/1–3, 82/1,4, 84/1,7 (Sitzungsprotokolle und Papiere der Stabschefs, ihrer verschiedenen Ausschüsse und Unterausschüsse)
3. FO (Foreign Office/Politische Akten) 371/20 663, 21 230, 21 543, 21 663, 21 665, 22 797, 22 799, 22 812, 22 813, 22 872, 22 834, 22 905, 22 954, 22 958, 22 960, 22 961, 22 962, 22 963, 22 964, 22 965, 22 966, 22 967, 22 968, 22 969, 22 970, 23 015, 23 046, 23 081, 23 989; (Persönliche Nachlässe) 800/309–328 (Halifax), 294 (Cadogan), 296 (Cranborne), 648 (Leeper)
4. PREM (Büro des Premierministers) 1/215, 236, 259, 261, 267, 276, 291, 330, 331 A, 367

*II. Veröffentlichte Dokumente und Memoiren*


Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bände I-VI

Auswärtiges Amt, (Hg.), Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge. Berlin 1940

–, (Hg.), Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Nr. 2. Berlin 1939

Beck, Josef, Dernier Report. Genf 1951

Benes, Eduard, Memoirs of Dr. Eduard Benes. From Munich to New York and New Victory. Boston 1948

Berle, Beatrice B./ Travis Jacobs, (Ed.), Navigating the Rapids 1918–1971. From the Papers of Adolf A. Berle. New York 1973.

Beus, Jacobus G. de, Morgen bei Tagesanbruch. Dramatische Stunden im Leben eines Diplomaten. Berlin 1982

Biddle, George, An American Artist's Story. Boston 1939

Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939 (dt. Übersetzung). Basel 1939

Blum, John Morton, (Ed.), From the Morgenthau Diaries, Vols. 1-2. Boston 1959 und 1965
Bohlen, Charles, Witness to History 1929–1969. New York 1973
Bonnet, Georges, Vingt Ans de Vie Politique 1918–1938. Paris 1969
Brüning, Heinrich, Briefe und Gespräche 1934–1945. Hg. von Claire Nix u. a. Stuttgart 1974
Bullitt, Orville H., (Ed.), For the President. Personal and Secret Correspondence between Franklin Delano Roosevelt and William C. Bullitt. o. O. 1972
Burckhardt, Carl Jacob, Meine Danziger Mission. München 1960
–, Meine Danziger Mission. München 1962 (Taschenbuch)
Cannistraro, Philip/E. D. Wynot, (Ed.), Poland and the Coming of the Second World War. The Diplomatic Papers of A. J. Drexel Biddle Jr., United States Ambassador to Poland 1937–39. Columbus/Ohio 1974
Daladier, Edouard, Défense de la pays. Paris 1939
Davies, Joseph, Mission to Moscow. New York 1943
Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner u. a. München 1968
Dilks, David, (Ed.), The Diaries of Sir Alexander Cadogan, O. M., 1938–1945. London 1971
Documents of British Foreign Policy, Third Series, Vols. 1–6
Dodd, William E., Ambassador Dodd's Diary 1933–1938. New York 1941
Domarus, Max, (Hg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–45. 2 Bände. Würzburg 1963
Eden, Anthony, The Memoirs of Anthony Eden, Vols. 2 und 3. London 1960 und 1965
Foreign Relations of the United States 1933–1939
Freund, Michael, Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten. Bände I-III. Freiburg 1953–1955
Galbraith, John Kenneth, Leben in entscheidender Zeit. Memoiren. München 1982
Gaulle, Charles de, Memoiren 1942–46. Die Einheit – Der Ruf. Düsseldorf 1961
Gibson, Hugh (Ed.), The Ciano Diaries 1939–1943. New York 1946
Gisevius, Hans Bernd, Bis zum bitteren Ende. Vom Reichstagsbrand bis zum 20. Juli 1944. Hamburg o. J.
Halifax, Earl of, Fullness of Days. London 1957
Hansard, Parliamentary Debates, House of Commons, House of Lords
Harvey, John, The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940. London 1970
Herwarth, Hans von, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931–1945. Frankfurt/Berlin/Wien 1982
Hill, Leonidas (Hg.), Die Weizsäcker-Papiere 1900–1932. Berlin/Frankfurt/Wien 1982
–, Die Weizäcker Papiere 1933–1950. o. O., o. J.
Hitler, Adolf, Mein Kampf. 2 Bände. 19. Aufl. München 1933
Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. Stuttgart 1961
Hooker, Nancy Harrison, (Ed.), The Moffat Papers. Selections from the Diplomatic Journals of Jay Pierrepont Moffat 1919–1943. Cambridge/Massachusetts 1956
Hull, Cordell, The Memoirs of Cordell Hull. 2 Vols. New York 1948
Ickes, Harold, The Secret Diary of Harold Ickes, Vols. II and III. New York 1954

Jacobsen, Hans-Adolf, (Hg.), Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940. Göttingen/Berlin/Frankfurt 1956
Jäckel, Eberhard/Axel Kuhn (Hg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Stuttgart 1980
Jebb, Gladwyn, The Memoirs of Lord Gladwyn. London 1972
Jedrzejewicz, Waclaw, (Ed.), Julius Lukasiewicz. Diplomat in Paris 193651939. New York 1970
–, (Ed.), Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs of Josef Lipski, Ambassador of Poland. New York/London 1968
Kennan, George, Memoiren eines Diplomaten. Stuttgart 1968
Kirkpatrick, Ivone, The Inner Circle. London 1959
Konferenzen und Verträge. Teil II, 4 Bd. Neueste Zeit 1914–1959. 2 erw. u. veränd. Aufl. Würzburg 1959 (Vertrags-Ploetz)
Kordt, Erich, Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse. Begegnungen und Eindrücke 1928–1945. Stuttgart 1950
Liddell Hart, Basil, The Memoirs of Captain Liddle Hart. 2 Vols. London 1965
Lockhart, Bruce, Friends, Foes, and Foreigners. London 1956
Maisky, Ivan, Memoirs of a Soviet Ambassador. The War 1939–1943. New York 1968
Millis, Walter, (Ed.), The Forrestal Diaries. New York 1951
Monnet, Jean, Erinnerungen eines Europäers. München/Wien 1978
Muggeridge, Malcolm (Ed.), Cianos Diary 1937–38. London 1952
Nicolson, Nigel (Hg.), Harold Nicolson. Tagebücher und Briefe 1930–1941. Frankfurt 1969
Roosevelt, Elliot (Ed.), Franklin Delano Roosevelt. His Personal Letters 1928–45. 2 Vols. New York 1950
Roosevelt, Franklin Delano, Blick vorwärts (Dt. Übersetzung). Berlin 1933
–, Our Foreign Policy. A Democratic View. In: Foreign Affairs VI, Nr. 4 (1928), S. 573–586
Rosenman, Samuel L., (Ed.), The Public Papers and Adresses of Franklin Delano Roosevelt. Vols. I-VII. New York 1938ff.
Shirer, William, Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934–1941. London 1942
Schellenberg, Walter, Memoiren. Köln 1959
Schmidt, Paul, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Bonn 1949
Strang, William, Home and abroad. London 1956
Szembek, Journal 1933–1939. Paris 1952
Templewood, Lord, Nine Troubled Years. London 1954
Vansittart, Robert G., The Mist Procession. London 1958
Weizsäcker, Ernst von, Erinnerungen. München/Leipzig/Freiburg 1950
Wilson, Hugh R. Jr., A Career Diplomat. The Third Chapter: The Third Reich. New York 1960

*III. Sekundärliteratur*

Aigner, Dietrich, »For the Defense of Freedom and Peace« – eine politische Neugruppierung in England 1936 im Licht bisher unveröffentlichter deutscher Botschaftsberichte. In: Preußen, Deutschland und der Westen. Auseinandersetzungen und Beziehungen seit 1789. Festschrift zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Oswald Hauser. Göttingen/Zürich 1980

–, Pazifisten und Friedenskämpfer am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Die internationale Friedensbewegung in den 30er Jahren. (Vortragsmanuskript)

Adams, Willi Paul (Hg.), Die Vereinigten Staaten von Amerika (= Band 30 der Fischer Weltgeschichte). Frankfurt 1977

Alsop, Joseph/Robert Kintner, American White Paper. New York 1940

Angermann, Erich, Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. 6., durchges. u. stark erw. Aufl. München 1978 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Aster, Sidney, 1939. The Making of the Second World War. London 1973

Backer, John H., The Decision to Divide Germany. Durham/North Carolina 1978

Baldwin, Hanson W., Our New Long Shadow. In: Foreign Affairs Nr. 4 (1939), S. 465–476

Barnes, Harry E. (Ed.), Perpetual War for Perpetual Peace. A Critical Examination of the Foreign Policy of Franklin Delano Roosevelt and it's Aftermath. Caldwell/Id. 1953

Barnow, Erik, A History of Broadcasting in the United States. Vols I-III. Cambridge/Mass. 1970

Beard, Charles A., American Foreign Policy in the Making 1932–1940. A Study in Responisibilities. New Haven 1946

–, The Idea of National Interest. An Analytical Study in American Foreign Politics. Chicago 1966

Becker, Josef/ Klaus Hildebrandt, (Hg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 München 1980

Beloff, Max, The Foreign Policy of Soviet Russia 1929–1941. Vol. I: 1929–1936. London 1968

Benz, Wolfgang/Hermann Graml, (Hg.), Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg. Stuttgart 1979

Berg, Peter, Deutschland und Amerika 1918–1920. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre. Lübeck. 1963

Berkowitz, Morton (Ed.), American National Security. A Reader in Theory and Policy. New York 1965

Berle, Adolf, The 20th Century Capitalist Revolution. New York 1954

Bernstein, Barton J., (Ed.), Towards a New Past. Dissenting Essays in American History. London 1970

Besson, Waldemar, Von Roosevelt bis Kennedy. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933–1963. Frankfurt 1964

–, Franklin D. Roosevelt, der New Deal und die neuen Leitbilder amerikanischer Politik. Zum politischen Selbstverständnis der Amerikaner im 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Amerikastudien, 5 (1960), S, 121 ff.

–, Die politische Terminologie des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt. Tübingen 1955

Birkenhead, Earl of, Halifax. London 1965

Blasius, Rainer A., Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst von Weizsäkker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen. Köln/Wien 1981

Borg, Dorothy, The United States and the Far Eastern Crisis of 1933–38. Cambridge/Mass. 1964
Brüning, Heinrich, Die Vereinigten Staaten und Europa. Stuttgart 1954
Butterworth, Susan, B., Daladier and the Munich Crisis. A Reappraisal. In: Journal of Contemporary History, Vol. 9, Nr. 3 (7/1974), S. 191–216
Bracher, Karl Dietrich, (Hg.), Internationale Beziehungen (Fischer Lexikon). Frankfurt 1969
–, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1982
Butler, J.R.M., Lord Lothian (Philip Kerr) 1882–1940. London 1960
Cantril, H. M. Strunk, (Ed.), Public Opinion 1935–1946. Princeton 1951
Carlton, David, Anthony Eden. A Biography. London 1981
Cartier, Raymond, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg 1918–1939. München/Zürich 1982
Celovsky, Boris, Das Münchner Abkommen 1938. Stuttgart 1958
Churchill, Randolph, S., The Fight for the Tory Leadership. A Contemporary Chronicle. London 1964
Churchill, Winston S., The Second World War. Vol. I: The Gathering Storm. 2. Aufl. London 1949
–, World Crisis. The Aftermath. New York 1923
Clifford, Nicholas, Britain, America, and the Far East 1937–40. A Failure in Cooperation. In: Journal of British Studies III (1963/4), S. 137–154
Colvin, Ian, Vansittart in Office. A historical Survey of the Origins of the Second World War, based on the Papers of Sir Robert Vansittart. London 1965
–, The Chamberlain Cabinet. London 1971
Cowling, Maurice, The Impact of Hitler. British Politics and British Policy 1933–1940. Cambridge 1975
Craig, Gordon A./F. Gilbert, (Ed.), The Diplomats 1919–1939. New York 1969
Dallek, Robert, Franklin Delano Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945. New York 1979
Dallin, J., Die sowjetische Spionage. Prinzipien und Praktiken. Köln 1956
Davis, J. S., The World between the Wars 1919–39. An Economist's View. Baltimore 1975
Deist, Wilhelm u. a., Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979
Deny, Ludwell, America conquers Britain. New York 1930
Deutsche Bundesbank, (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975. Frankfurt 1975
Dieckhoff, Hans Heinrich, Zur Vorgeschichte des Roosevelt-Krieges. Berlin 1943
Dilks, David, (Ed.), Retreat from Power. Studies in Britain's Foreign Policy of the Twentieth Century. 2 Vols. London 1981
Divine, Robert, The Illusion of Neutrality. Chicago 1962
Dülffer, Jost, Der Beginn des Krieges 1939. Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem. In: Geschichte und Gegenwart 2 (1976), S. 443–470
Dulles, Allen, Verschwörung in Deutschland. Kassel 1943
Feiling, Keith, The Life of Neville Chamberlain. London 1946
Ferguson, Thomas, From Normalcy to New Deal. Industrial Structure, Party Competition, and American Public Policy in the Great Depression. o. O., o. J. (unveröffentlichtes Manuskript)

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1914–1918. Düsseldorf 1961

Forndran, Erhard u. a., (Hg.), Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien. Opladen 1977

Forstmeier, F./H.-E. Volkmann, (Hg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Düsseldorf 1975

Fraenkel, Ernst, Das deutsche Wilsonbild. In: Jahrbuch für Amerikastudien. Band 5 (1960), S. 66–120

–, Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens. Äußerungen deutscher Staatsmänner und Staatsdenker über Staat und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika. Köln 1959

–, Roosevelt – Schatten über der NATO. In: Deutsche Rundschau 84/2 (1958), S. 908–915

–, USA – Weltmacht wider Willen. Berlin 1957

Funke, Manfred, (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Nachdruck der 1. Aufl. Düsseldorf 1977

Furnia, A. H., The Diplomacy of Appeasement. Anglo-French Relations and the Prelude to World War II 1931–38. Washington 1960

Geiss, Immanuel/Bernd-Jürgen Wendt, (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973

Gemzell, Carl-Axel, Raeder, Hitler und Skandinavien. Der Kampf für einen maritimen Operationsplan. Lund 1965

Gilbert, Martin, Winston S. Churchill. Vol. V: 1922–1939. London 1976

Gowing, Margaret, Britain and Atomic Energy 1939–45. London 1964

Graml, Hermann, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes. In: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien. Köln/Berlin 1966

–, Europa zwischen den Kriegen. München 1969

Grewe, Wilhelm, Zwischen Neutralität und Kollektivsicherheit. Zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten. In: Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, Band 4 (1937), S. 627–638

Gruchmann, Lothar, Geschichte des Zweiten Weltkrieges. München 1967. (= dtv. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 10)

–, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer »deutschen Monroe-Doktrin«. Stuttgart 1962

Gundelach, Karl, Gedanken über die Führung eines Luftkrieges gegen England bei der Luftflotte 2 in den Jahren 1938/39 (Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Luftschlacht um England). In: Wehrwissenschaftliche Rundschau Jgg. 10 (1960), S. 33–46

Haight, John McVickar Jr., American Aid to France 1938–1940. New York 1970

–, France, the United States and the Munich Conference. In: Journal of Modern History, Vol. XXXII (12/1960), S. 340–358

–, France and the Aftermath of Roosevelts Quarantine Speech. In: World Politics, Vol. 24 (1964), S. 283–306

Hauser, Oswald, England und das Dritte Reich. 2 Bände. Stuttgart 1972 und Göttingen/Zürich 1982

Heideling, Jürgen, Aeropag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der

alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931. Husum 1979
Helbich, Wolfgang, Franklin Delano Roosevelt. Berlin 1971
Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935–39. Boppard 1973
Henson, E. L., Britain, America, and the Month of Munich. International Relations, Vol. 2, Nr. 5 (4/1962), S. 291–301
Herzfeld, Hans (Hg.), Geschichte in Gestalten. 4 Bände. Frankfurt 1963 (= Fischer Lexikon, Sonderbände)
Hesse, Fritz, Das Spiel um Deutschland. München 1953
Higham, Charles, Trading with the Enemy. An Exposé of the Nazi-American Money Plot 1933–1949. New York 1983
Hilberg, Paul, Die Vernichtung der europäischen Juden. Berlin 1982
Hillgruber, Andreas, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967
–, Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1977
–, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941. Frankfurt 1965
–, Der Zenit des Zweiten Weltkrieges. Juli 1941. Wiesbaden 1977
–, Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Situationsanalyse und Machtkalkül. der beiden Partner. In: HZ 230 (1980), S. 339–361
Hirschfeld, Gerhard/Lothar Kettenacker (Hg.), Der »Führerstaat« – Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981
Hilton, Stanley, Hitlers Secret War in South America 1939–45. Germanys Espionage and Allied Counterspionage in Brasil. o. O. 1981
Hodgson, Godfrey, All Things to all Men. The False Promise of the American Presidency. New York 1980
Hodson, H. V., The British Commonwealth and the Future. London 1939
Hofer, Walter, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939. Mit Dokumenten. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1964
Hoffmann, Peter, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 2. verb. u. erw. Aufl. Frankfurt/Berlin/Wien 1970
Hubmann, Hanns/Arthur Steiner, New York. Weltstadt des Westens. Hamburg 1959
Irving, David, Hitlers Weg zum Krieg. München/Berlin 1978
–, Die Tragödie der deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch. Frankfurt/Berlin 1970
Jacobsen, Hans-Adolf, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt 1968
–, Der Fall Gelb. Wiesbaden 1957
Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Tübingen 1969
Jäckh, Ernst, Amerika und wir. Amerikanisch-deutsches Ideenbündnis. Stuttgart 1929
James, Robert R., Churchill. A Study in Failure. London 1970
Johnson, Franklin A., Defence by Committee. The British Committee of Imperial Defence 1885–1959. London 1960
Jones, Cranstone, Homes of the American Presidents. New York/Toronto/London 1962
Jordan, W. M., Great Britain, France, and the German Problem 1918–1939. London 1943
Junker, Detlef, Franklin Delano Roosevelt. Macht und Vision – Präsident in Krisenzeiten. Göttingen 1979

–, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941. Stuttgart 1975

–, Nationalstaat und Weltmacht. In: Weltpolitik II. 1939–45. 14 Vorträge. Hg. von Oswald Hauser, Göttingen/Frankfurt Zürich 1975, S. 17–36

Kennan, George, American Diplomacy 1900–1950. New York 1952

Kennedy, Sir John, The Business of War. London 1957

Kimball, Warren, F., Lend Lease and the Open Door. The Temptation of British Opulence 1937–42. In: Political Science Quarterly, Vol. 86 (1971), S. 232–259

Kindleberger, Ch. P., Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939. München 1973

Klein, Burton, Germany's Economic Preparations of War. Cambridge/Mass. 1959

Knapp, Manfred/Werner Link/Hans-Jürgen Schröder/Klaus Schwabe, Die USA und Deutschland 1918–1975. Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft. München 1978

Knipping, Franz, Die amerikanische Rußlandpolitik in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes 1939–1941. Tübingen 1974

Kottmann, Richard, Reciprocity and the North Atlantic Triangle 1932–38. Ithaca/N. Y. 1968

Kuhn, Axel, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939. Stuttgart 1970

Landecker, Manfred, The President and Public Opinion. Leadership in Foreign Affairs. Washington 1968

Langer, William/S. Gleason, The Challenge to Isolation 1937–40. London 1952

Lash, Joseph, Roosevelt and Churchill 1939–41. The Partnership, that saved the West. New York 1976

Laski, Harold, Reflections on the Revolution of our Time. New York 1942

–, The American Presidency. London 1940

Leuchtenburg, Franklin Delano Roosevelt and the New Deal 1932–40. New York 1963

Leutze, James, Bargaining for Supremacy. Anglo-American Naval Cooperation 1937–1941. Chapel Hill 1977

Lewin, Ronald, Entschied Ultra den Krieg? Alliierte Funkaufklärung im Zweiten Weltkrieg. Koblenz/Bonn 1981

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32. Düsseldorf 1970

–, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1980

McDonald, Callum A., United States, Britain and Appeasement. London 1981

Macleod, Ian, Neville Chamberlain. London 1961

Mann, Golo, Vom Geist Amerikas. Stuttgart 1954

Martin, Bernd, Amerikas Durchbruch zur politischen Weltmacht. Die interventionistische Globalstrategie der Regierung Roosevelt 1933–1941. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1981, S. 57–98

–, Friedensinitiativen und Machtpolitik im 2. Weltkrieg. 2. Aufl. Düsseldorf 1976

Medlicott, William N., Britain and Germany. The Search of Agreement 1930–37. London 1969

Messerschmidt, Manfred/Bernd Martin/Klaus-Jürgen Müller/Gerhard Schreiber, Das strategische Lagebild der deutschen Führung im Jahre 1938. (Unveröffentlichtes Manuskript)

Metzmacher, M., Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939. In: VfZ 14 (1966), S. 369–412

Middlemas, Keith, Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany 1937–39. London 1972

Moltmann, Günter, Atlantische Blockpolitik. USA und Europa, zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973

–, Franklin Delano Roosevelts Friedensappell vom 14. April 1939. Ein fehlgeschlagener Versuch zur Friedenssicherung. In: Jahrbuch für Amerikastudien, Band 9 (1964), S. 91–109

Morgenthau, Hans J., Macht und Frieden. Grundlagen einer Theorie der internationalen Politik. Gütersloh 1963

–, In Defense of the National Interest. A Critical Examination of American Foreign Policy. New York 1951

Neustadt, Richard, Presidential Power. New York 1964

Newman, Simon, March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy. Oxford 1976

Niedhart, G., (Hg.), Kriegsbeginn 1939. Darmstadt 1976

–, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–39. München 1972

Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963

O'Connor, Raymond, Perilous Equilibrium. The United States, Great Britain, and Germany 1933–40. In: Journal of American History, Vol. 64 (1977/78), S. 373

–, The Origins of the Second World War. American Foreign Policy and World Politics. 1917–1941. New York 1975

–, American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany 1933–38. Cambridge 1969

Osgood, Robert, Ideals and Self-Interest in America's Foreign Relations. Chicago 1953

Ovendale, Ritchie, »Appeasement« and the English Speaking World. Britain, the United States, the Dominions and the Policy of Appeasement. 1937–39. Cardiff 1975

Pirow, Oswald, James Barry Munnik Hertzog. Kapstadt 1958

Pool, J & S., Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen deutschen und internationalen Quellen. Bern/München 1979

Postan, M. M., British War Production. London 1952

Prange, Gordon, At Dawn We Slept. The Untold Story of Pearl Harbor. London 1982

Pratt, Lawrence, The Anglo-American Conversations of January 1938 and the Far East. In: International Affairs, Vol. XLVII (10/1971), S. 745–763

Pütz, Karl Heinz, Strukturen amerikanischer Außenpolitik. Diss. rer. oec. Berlin 1975

Range, Willard, Franklin Delano Roosevelt's World Order. Athens 1959

Rauch, Basil, Roosevelt from Munich to Pearl Harbor. A Study in the Creation of a Foreign Policy. New York 1950

Remond, H. R./J. Bourdin, Edmond Daladier. Chef au Gouvernement 1938–1939. Paris 1977

Reynolds, David, FDR and the British. A Postscript. In: Proceedings of the Massachusetts Historical Society, Vol. 90 (1978), S. 106–110

–, The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–39. A Study in Competitive Cooperation. London o. J.

–, Lord Lothian and Anglo-American Relations 1939–40. (unveröffentlichtes Manuskript)

Ribbentrop, Annelies, Die Kriegsschuld des Widerstandes. Aus britischen Geheimdo-

kumenten 1938/39. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Rudolf von Ribbentrop. 2. Aufl. Leoni 1975

–, Verschwörung gegen den Frieden. Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. 2. erw. Aufl. Leoni 1963

Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. 3. Aufl. Stuttgart 1956

Roosevelt, James, My Parents. A Differing View. London 1977

Rose, N. A., The Gentile Zionists. A Study in Anglo-Zionist Diplomacy 1929–45. London 1973

Roseman, Samuel, Working with Roosevelt. New York 1952

Rosen, Elliot, Roosevelt and the Brains Trust. An Historiographical Overview. In: Political Science Quarterly, Vol. LXXXVII (1972), S. 531–563

R(othfels), H(ans), Trott und die Außenpolitik des Widerstandes. In: VfZ 12 (1964), S. 300–323

–, Dokumentation: Adam von Trott und das State Department. In: VfZ 7 (1959), S. 319–332

Rubel, Maximilian, Josef W. Stalin in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek 1975 (=Rowohlt Monographie)

Sayre, Francis, Our Problem of Foreign Trade. Washington 1936

Schäfer, Peter, Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von 1933 bis 1939. Unter besonderer Berücksichtigung der handelspolitischen Beziehungen und der Boykottbewegung in den Vereinigten Staaten. Diss. phil. Ostberlin 1960

Schlesinger, Arthur, The Making of the New Deal. Boston 1958

–, The Politics of Upheaval. Boston 1960

Schlesinger, Stephen/Stephen Kinzer, Bitter Fruit. New York 1982

Schmidt, Gustav, England in der Krise. Grundlagen und Grundzüge der englischen Appeasementpolitik 1930–37. Opladen 1981

Schmitt, Carl, USA und die völkerrechtlichen Formen des modernen Imperialismus. In: Auslandsstudien, Band 8 (1933), S. 117–142

–, Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff. In: Schriften der Akademie für deutsches Recht, Nr. 5 (o. J.)

Schönemann, Friedrich, Amerika und der Nationalsozialismus. Berlin 1934 (= Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 4)

–, Die aggressive Wehrwirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Stuttgart 1939

–, Die aggressive Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten in Südamerika und die Stellung Deutschlands. Stuttgart 1939

–, England gegen Amerika. Berlin 1940 (= Schriften des Deutschen Instituts für außenpolitische Forschung, Heft 34)

–, Demokratie und Außenpolitik der USA. Berlin 1939

Schröder, Hans-Jürgen, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes. Wiesbaden 1970

–, Economic Appeasement. Zur britischen und amerikanischen Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. In: VfZ 1 (1982), S. 82–97

Schwabe, Klaus, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit. Wiesbaden 1975

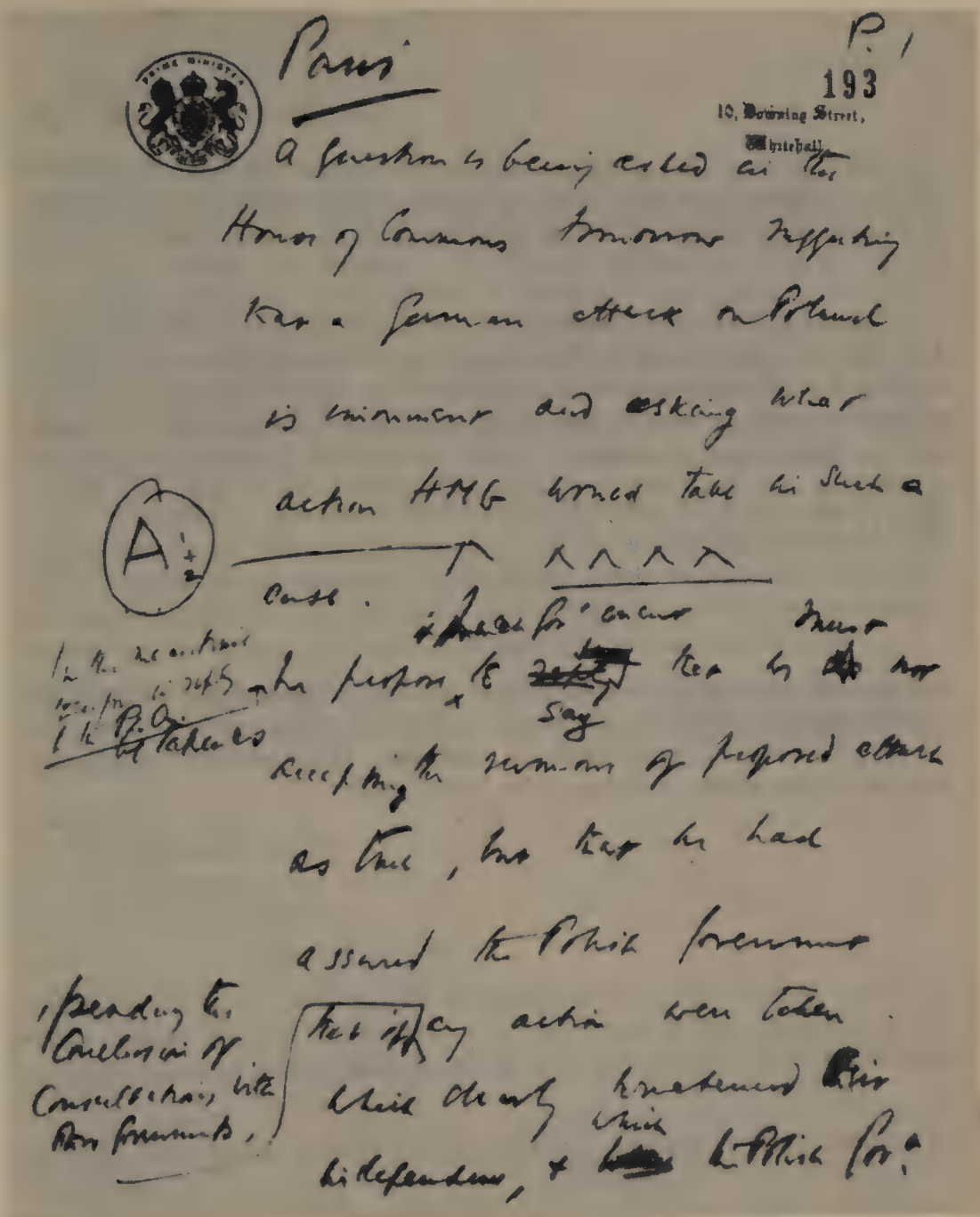
Schwarz, Urs, Strategie gestern, heute, morgen. Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika. Düsseldorf/Wien 1965
Sherwood, Robert E., Roosevelt and Hopkins. An Intimate History. New York 1948
Shirer, William S., Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. München/Zürich 1963
Sipols, Vilnis, Das diplomatische Ringen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Moskau 1979
Sommer, Theo, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–40. Vom Antikomintern- zum Dreimächtepakt. Eine Studie über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Tübingen 1962
Spier, Eugen, FOCUS. A Footnote to the History of the Thirties. London 1963
Steel, Ronald, Walter Lippmann and the American Century. London/Sydney/Toronto 1980
Steele, Richard, The Pulse of the People. Franklin D. Roosevelt and the Gauging of American Public Opinion. In: Journal of Contemporary History, Vol. 9, Nr. 4 (1974), S. 195–216
Strauch, Rudi, Sir Nevile Henderson. Britischer Botschafter in Berlin von 1937 bis 1939. Bonn 1959
Stromberg, Roland N., Collective Security and American Foreign Policy. New York 1963
Tansill, Charles, Back Door to War. 2. Aufl. Chicago 1952
Tenenbaum, Joseph, The Anti-Nazi Boycott Movement in the United States. In: Yad Washem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance, Vol. 3, (1959), S. 141–159
–, The Economic Crisis of the Third Reich. New York 1939
Thomas, Georg, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918–1943/45. Boppard 1966
Thompson, Neville, The Anti-Appeasers. Conservative Opposition to Appeasement in the '30s. Oxford 1970
Thomson, England in the Twentieth Century 1914–1972. Harmondsworth 1981
Tocqueville, Alexis de, Über die Demokratie in Amerika. In: Alexis de Tocqueville, Werke und Briefe. Band 1 und 2. Stuttgart 1959
Toland, John, Adolf Hitler. 2 Bände Bergisch Gladbach 1977
Tolstoy, Nikolai, Stalins Secret War. London 1981
Tuchmann, Barbara, Der stolze Turm. Ein Porträt der Welt vor dem Ersten Weltkrieg 1890–1914. München 1969
–, August 1914. Bern/Stuttgart 1964
Tugwell, Rexford, FDR – Architect of an Era. New York 1967
Völker, Karl-Heinz, Die deutsche Luftwaffe 1933–1939. Aufbau, Führung und Rüstung der Luftwaffe sowie die Entwicklung der deutschen Luftkriegstheorie. Stuttgart 1967
Wagner, Gerhard, (Hg.), Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945. Im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung. München 1972
Watson, Mark, Chiefs of Staff. Pre-War Plans and Preparations. Washington 1950
Watt, Donald C., Hitler's Visit to Rome and the May Weekend Crisis. A Study in Hitler's Response to External Stimuli. In: Journal of Contemporary History, Vol. 9, Nr. 1 (1/1974), S. 22–33
–, Roosevelt and Neville Chamberlain. Two Appeasers. In: International Journal, Vol. XXVIII (1973), S. 185–204
Welles, Sumner, Jetzt oder nie! Stockholm 1944

Wendt, Bernd-Jürgen, Economic Appeasement. Handel und Finanzen in der britischen Deutschlandpolitik 1933–39. Düsseldorf 1971
Whalen, Richard, J., The Founding Father. The Story of Joseph P. Kennedy. London 1965
Wheeler-Bennett, John, Knaves, Fools and Heroes. In Europe between the Wars. London 1974
–, King George VI. His Life and Reign. London 1958
Willert, Arthur, Washington and other Memories. New York 1972
Williams, William A., From Colony to Empire. Essays on the History of American Foreign Policy. New York 1972
–, The Legend of Isolationism in the 1920's. In: Science & Society XVIII, Nr. 1 (1954), (Sonderdruck)
–, The Tragedy of American Diplomacy. New York 1959
Willkie, W., One World. London 1943
Winkler, Heinrich-August (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Göttingen 1974
–, (Hg.), Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929–39. Göttingen 1973
Young, Kenneth, Sir Alec Douglas Home. London 1970

*IV. Zeitungen und Zeitschriften*

Die Tat
Financial News
Frankfurter Zeitung
News Chronicle
New York Herald Tribune
New York Times
The Times
Time
Völkischer Beobachter

DOKUMENT II



Paris

P. 1

193

10, Downing Street,
Whitehall

A question is being asked in the House of Commons tomorrow suggesting that a German attack on Poland is imminent and asking what action HMG would take in such a case.

A 1/2

In the meantime [illegible] in reply to the P.O. [illegible] taken as

he proposes to say that we must not accepting the rumours of proposed attack as true, but that he had assured the Polish Government that if any action were taken which clearly threatened their independence, & which the Polish Govt.

pending the conclusion of consultations with other Governments,

(Übersetzung siehe Seite 630)

Übersetzung von DOKUMENT II (Seite 629)

PARIS

P.,
193
10 Downing Street
Whitehall

*Im Unterhaus wird morgen eine Anfrage gestellt werden, die andeutet, daß ein deutscher Angriff auf Polen unmittelbar bevorsteht und die danach fragt, welche Maßnahmen die Regierung Seiner Majestät in einem solchen Fall ergreifen würde.*

*Inzwischen* (unleserlich) *schlagen wir* (als Antwort auf die Parlamentarische Anfrage) *vor, wenn die französische Regierung zustimmt, daß wir das Gerücht von dem angeblichen Angriff für wahr halten sollten, daß wir aber der polnischen Regierung versichert hätten, daß – den Abschluß von Konsultationen mit anderen Regierungen vorausgesetzt – wenn irgendwelche Schritte unternommen werden, die klar ihre Unabhängigkeit bedrohen und die die polnische Regierung . . .*

---

Bei diesem Dokument handelt es sich um den handschriftlichen Entwurf Chamberlains für eine Note, mit der die englische der französischen Regierung die Abgabe einer Garantie für Polen vorschlägt. Das undatierte Dokument stammt aus den letzten Märztagen des Jahres 1939.

Übersetzung von DOKUMENT I (Seite 4 und 5)

DAS WEISSE HAUS
WASHINGTON

*28. Juli 1937*

*Mein lieber Mr. Chamberlain:*

*Ich habe mit großem Interesse Ihren Brief vom 8. Juli an Mr. Norman Davis als Antwort auf jenen Brief gelesen, den er Ihnen auf Vorschlag von mir schrieb. Es freut mich, zu erfahren, daß Sie meinen, es würde wünschenswert sein, hier einen Besuch zu machen – wie angeregt – sobald es die Bedingungen als gerechtfertigt erscheinen lassen, und auch, daß wir in bezug auf die Wichtigkeit der anglo-amerikanischen Zusammenarbeit zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität und des Friedens in der Welt übereinstimmen. Ich stimme Ihnen zu, daß, wie wünschenswert eine Begegnung zwischen uns auch immer sein mag, es notwendig ist, sie ordentlich vorzubereiten und zu terminieren, wenn sie fruchtbare Ergebnisse zeitigen soll.*

*Mein Vorschlag an Mr. Davis, den er Ihnen in seinem Brief übermittelte, ging dahin, daß es mir sehr zusagen würde, wenn Ihr Besuch im Frühherbst stattfände, vorausgesetzt, daß der Boden dafür vorher ausreichend vorbereitet werden kann. Ich erkenne jedoch an, daß sich die Ereignisse nicht so gestaltet haben, daß sie einen so frühzeitigen Besuch praktisch möglich machen.*

*Ich würdige, daß es wünschenswert ist, soviel Fortschritt auf anderen Wegen zu machen, wie es im Interesse der Terminierung unseres Treffens hier möglich ist. Ich würde*

*Dem Ehrenwerten*
*Neville Chamberlain*
*Downing Street Nr. 10*
*Whitehall*
*London, England*

*mich jedoch über jeden anderen Vorschlag freuen, den Sie für zusätzliche vorbereitende Schritte haben mögen, die wir in naher Zukunft unternehmen könnten, um den Fortschritt in Richtung des angestrebten Zieles zu beschleunigen.*

*Ich bin, mein lieber Premierminister, indem ich Ihnen meine Hochachtung versichere,*

*Ihr ergebener*
*Franklin D. Roosevelt*

*Ich bitte den Botschafter, Ihnen dieses persönlich zu übermitteln.*

# Register


Acheson, Dean 29, 64, 71, 132
Adenauer, Konrad 555f.
Aigner, Dietrich 310
Albert, König von Belgien 476
Aldrich, Winthorp 55
Amery, Leo 316, 353, 358, 372
Andropow, Jurij 9
Arita, Hachiro 585
Arnold, Henry 366
Ashton-Gwatkin, Frank 376f., 382, 438, 472, 547
Asquith, Herbert 183
Astor, Lady Nancy, geb. Langhorn 232
Attlee, Clement 234, 303, 350, 358, 360, 374
Auriol, Vincent 135

Baldwin, Stanley 138f., 212, 220, 230ff., 240, 242, 304, 308, 373
Balfour 428
Balfour, John 579f.
Ball, Sir Joseph 319f.
Bartlett, Vernon 167
Baruch, Bernard 41, 52, 114, 132, 281, 310, 356, 364
Beaumont-Nesbitt, Frederick 458, 460, 471f.
Beck, Josef 17, 163, 387, 405ff., 410f., 415ff., 434, 448, 451f., 459, 466f., 474, 477, 497f., 500, 507, 510f., 516, 522f., 526f., 529, 563, 572, 583f., 587ff., 593, 597, 603ff.
Beck, Ludwig 400
Bell, Hans 187
Beneš, Eduard 261, 327ff., 331, 339, 349ff., 353ff., 358f.
Bergen, van den 451
Berle, Adolph 54, 354
Bernay, Edward 83
Bernstein, Barton 50
Bevin, Ernest 303, 429
Bewley, Kenneth 237, 272f.
Biddle, Anthony 72, 220, 387, 404, 407ff., 415f., 418 427, 497f., 511ff., 522, 524, 532, 534, 587, 600, 603ff.
Bingham, Robert 279
Bismarck, Otto von 27, 95, 512
Bland, Sir Neville 448, 455, 471
Blomberg, Werner von 294
Bloom, Sol 566
Blum, John Morton 277
Blum, Léon 135, 225, 240, 242, 263, 273, 278, 325, 348
Bohlen, Charles (Chip) 591f.
Bonnet, Georges 133, 342, 346, 353f., 363, 405, 414, 434, 474, 501, 514, 517, 527, 589, 604f.
Boothby, Robert 329, 358
Borah, William 65f., 104, 574
Borg, Dorothy 151
Bosch, Robert 379
Bracken, Brendan 309, 329, 358, 553, 598
Brandeis, Louis 54, 59
Brauchitsch, Walther von 17
Briand, Aristide 102, 204
Brocket, Lord 506ff.
Bronisch, G. P. 384
Brüning, Heinrich 177, 206, 404, 447, 454f.
Buck, Lossing 72
Buck, Pearl S. 72
Bullitt, William C. 72, 120, 161, 163, 165, 220ff., 243, 280, 327, 337, 347f., 353f., 363f., 393, 408, 412, 417, 441, 450, 452, 496ff., 503, 513f., 517, 520, 522f., 528f., 553, 558f., 572, 575, 585, 593ff., 603ff.
Burckhardt, Carl J. 200, 387, 404, 474, 577ff., 584

Burke, Edmund 186
Butler, Nicholas Murray 171
Butler, Richard 529, 577

Cadogan, Sir Alexander 142, 178, 278, 289, 294, 300ff., 306, 320, 353, 355, 357, 378f., 384, 405, 419, 429f., 434ff., 440f., 450, 457, 459f., 462, 464ff., 468ff., 474, 480, 505, 517, 529, 532f., 579, 581
Camrose, Lord William 309, 599
Canaris 430
Carol II., König von Rumänien 516
Carlton, David 302
Carter, Lady Violet Bonham 360
Caruso, Enrico 83
Castellane, Graf 566f.
Cecil, Lord Robert 303, 305, 310, 360
Chamberlain, Austen 63, 230, 302
Chamberlain, Lady Ivy 319
Chamberlain, Joseph 230
Chamberlain, Neville 12, 63, 70, 79, 116ff., 121, 123ff., 133, 135, 140ff., 151f., 154f., 157, 163f., 166, 169ff., 174ff., 186, 210ff., 215, 218, 220, 222, 225f., 229ff., 249f., 252ff., 263ff., 271ff., 300ff., 319ff., 323, 325ff., 334f., 342, 344ff., 363f., 369ff., 389, 393f., 400, 404f., 497f., 415, 419f., 422f., 427ff., 434ff., 447, 450f., 454f., 457, 460, 463, 465f., 468, 470, 473, 475, 480f., 484, 493ff., 506, 508, 513ff., 518ff., 523ff., 542ff., 546ff., 556, 559f., 566, 573, 575ff., 581, 583f., 586, 588, 590, 593ff.
Chautemps, Camille 289, 325, 328, 353
Chemidlin 366f.
Churchill, Winston 25, 83, 126, 164, 170, 173, 217, 220, 225, 231ff., 251, 261, 282, 300, 304, 397ff., 316f., 319, 329f., 333, 337, 339, 343, 349f., 352f., 356ff., 364, 372, 374, 376, 384, 388, 428, 431, 433f., 502f., 506, 532, 558, 576, 597ff., 603
Ciano, Graf Galeazzo 259, 314, 319
Clemenceau, Georges 100, 185ff., 193f., 349
Clive, Sir Robert 476
Colijn, Hendrik 464, 477
Colvin, Ian 531ff.
Coolidge, Calvin 67, 101
Cooper, Duff 339, 353f., 374, 376, 506
Cot, Pierre 172
Coughlin, Pater 58
Craig, Gordon A. 208
Craigie, Robert 586
Cranborne, Lord 305, 314
Critine, Sir Walter 225, 310
Cudahy 295
Cummings, A. J. 384, 429

Dahlerus, Birger 600
Daladier, Edouard 142, 186, 236, 305, 331, 343f., 346, 349, 354ff., 358f., 363ff., 367, 371, 373, 414f., 439, 496ff., 503, 513f., 517, 523, 530, 546f., 558f., 575, 586, 688, 590, 593f., 596, 602f.
Dalton, Hugh 310
Danckwert, Victor 525
Daniels, Joseph 38
Davies, Joseph 72, 120, 122f., 125, 275, 310, 342, 553f.
Davis, Norman 110, 131, 151, 250, 253, 272, 274ff., 282f., 447
Dawes, Charles 206
Dawson, George 232, 316, 347, 421
de Gaulle, Charles 164, 211
de la Warr, Lord 339
Delbos, Yvon 222, 264, 289
Deterding, Sir Henry 64
Dieckhoff, Hans 13, 345, 387
Dingli 319f.
Dirksen, Herbert von 12f., 401, 501, 505, 551, 576
Dodd, William 72, 86
Donovan, William 46
d'Ormesson, Wladimir 167
Dulles, John Forster 412
Dunglass, Lord 533
Dunn, James C. 138, 447, 605

Early, Steve 81
Eden, Sir Robert Anthony 86, 119, 233,238, 240, 245f., 248, 250ff.,

257ff., 263ff., 274f., 289, 291ff., 300ff., 312ff., 319f., 323, 325f., 329, 353, 357, 360, 372, 374, 376, 384ff., 420, 422f., 427f., 430, 440, 506, 532, 597f., 600
Edison, Thomas 27
Eduard VIII., König von England, später Herzog von Windsor 211, 308
Eichelberger, Clark M. 282
Einstein, Albert 158
Elibank, Lord 393
Elliot, Walter 339, 354
Emry-Evans, Paul
Evans, Conwell 243, 461, 464, 511
Evekin 471

Farley, James 41
Feiling, Keith 192
Feis, Herbert 559
Flandin, Pierre 333, 405
Forrestal, James 44
Fraenkel, Ernst 78
Franco, Francisco 86, 216, 249ff., 256, 403, 405, 449
François-Poncet, André 359
Frankfurter, Felix 54, 59, 63, 220, 421
Freud, Sigmund 83
Fritsch, Werner von 294
Funk, Walter 507, 545, 547

Gafencu, Gregor 510, 520
Galbraith, John Kenneth 60
Gallacher 315
Gamelin, Maurice 343, 354, 356, 447, 503
Garner, John 47
Garwin, James 232
Gauché 447
Geist, M. 573
George V., König von England 132
George VI., König von England 211, 421, 566, 569
Getty, Paul 64
Geyer, Michael 208
Giannini, Amadeo 44, 56, 149
Gifford, Walter 55
Gilbert, S. Parker 201
Gisevius, Hans-Bernd 433, 437
Goebbels, Joseph 376, 382, 401, 438, 465, 545
Goerdeler, Carl Friedrich 332, 378ff., 401, 404, 429f., 435f., 438f., 441, 449, 545f., 461, 469, 474, 494, 547
Goethe, Johann Wolfgang von 89
Gollancz, Victor 225
Göring, Hermann 163, 244f., 247, 260, 263, 350, 401, 464, 497, 502, 545f., 547, 576
Gort, Lord 479
Grady, Henry F. 119
Grandi, Graf Dino 256, 319f.
Grew, Joseph 29, 585
Grey, Sir Edward 372, 430
Grigg, Edward 316
Groose, Edward 60f.

Hacha, Emil 509, 516
Hailsham 354
Haldane, Graeme 158
Halder, Franz 430ff., 573
Halifax, Lord 163, 241, 260ff., 265, 291, 306, 314ff., 320, 323, 325, 331, 334ff., 338f., 345, 347, 352ff., 356f., 373f., 378f., 384ff., 401, 407, 418ff., 423, 429ff., 433f., 435ff., 455ff., 465, 468, 472ff., 477, 480f., 485, 494ff., 501f., 504ff., 511, 515, 517, 519f., 525, 527ff., 553, 576, 579ff., 583, 595
Hankey, Sir Maurice 254ff., 423, 427, 451
Hampton, T. C. 154
Harding, Warren 53
Harriman, Averell 29, 44, 55
Harriman, Henry 55
Harrison, Leland 124
Harvey, Sir Oliver 259, 300, 305f., 314, 327ff., 351f., 373, 383f., 423, 441, 450, 569
Hearst, Randolph 46ff., 60, 76, 80
Henderson, Sir Nevile 249, 261, 265, 293, 320ff., 350f., 400, 502, 506ff., 515, 583
Henlein, Kurt 327
Herriot, Edouard 130, 333, 514
Hertzog, James 526
Herwarth von Bitterfeld, Hans Heinrich (Johnny) 591f.
Hillgruber, Andreas 14, 134
Himmler, Heinrich 381
Hiranuma, Kiichiro 585

Hitler, Adolf 9 ff., 16 ff., 25, 45 f., 48, 62, 70, 73, 75, 92, 106, 109 f., 117 f., 122 ff., 129 f., 139, 141 f., 145, 155 ff., 159 f., 163 ff., 168 ff., 173 ff., 204, 206, 208, 213, 215, 217 ff., 221 ff., 226, 231, 234 f., 239 ff., 247, 249 f., 253, 257 ff., 273 ff., 278, 280, 283, 287 ff., 294, 301 ff., 306, 208 f., 311, 315, 317, 320 ff., 344 ff., 363 ff., 368 ff., 375 ff., 378 ff., 383 f., 386 ff., 391, 399 ff., 404 ff., 413 ff., 421 f., 427 ff., 438 f., 441, 464, 558 f., 451 ff., 458 ff., 466 ff., 474 ff., 478 f., 485, 493, 495, 497 ff., 526 ff., 530 ff., 542 ff., 558, 563, 565, 569 ff., 575 ff., 581 ff., 588 ff., 594 ff.
Hoare, Sir Reginald 510
Hoare, Sir Samuel 234, 278, 305, 353, 464 f., 547
Hodgson, Godfrey 81, 85
Holland, Cedric 572
Hoover, Herbert 45, 52 f., 95, 104, 110, 131, 206 ff.
Hopkins, Harry 79, 542, 559
Hore-Belisha, Leslie 354, 440, 447, 484
House, Edward 46, 185
Howard, Sir Esmé 203
Howe, Louis McHenry 40 f., 48, 81
Hudson, Robert 547, 599
Hughes 91
Hughes, Charles Evans 67, 202 f.
Hull, Cordell 62, 65, 70, 72 ff., 78, 86, 90, 93, 117, 119, 124, 132, 135 ff., 140, 142, 145, 169, 226, 252 f., 272, 275, 282 f., 286, 337, 345, 347, 353 f., 358, 387 ff., 392 f., 401, 415, 447, 494, 542, 549 ff., 559, 573, 590 ff., 594 ff., 606

Ickes, Harold 77, 79, 283, 452, 597
Ingersoll, Royal 153 f.
Inskip, Thomas 314
Ironside, William 578, 583

Jacquin 366 f.
Jebb, Gladwyn 306, 432, 441, 459, 462, 467, 504
Jefferson, Thomas 26
Johnson, Herschel 481
Johnson, Hiram 111
Johnson, Louis 153, 158
Joubert 509
Joyce, James 27
Juliot 158

Kant, Immanuel 98
Kellogg, Frank 101 f., 405
Kennan, George 125, 190, 511
Kennard, Sir Howard 407, 603, 605
Kennedy, Edward 57
Kennedy, Joe 220
Kennedy, John F. 25 f., 44, 575
Kennedy, Joseph 41, 44, 48, 55 ff., 72, 220, 279, 345 f., 354, 363, 385, 401, 408, 418, 423, 426 f., 433, 450 f., 481, 502 f., 517, 519, 505, 525, 529, 531, 557 f., 560, 574 ff., 576, 580, 594 ff., 599, 603
Kerillis, Henri de 511
Kerr, Philip siehe Lothian, Lord Philip
Kerr, Walter 174
Keynes, John Maynard 60, 186
Keyser, Jacques 367
Kimball, Warren 119
King, Mackenzie 140, 142
Kipling, Rudyard 37
Kirk, Alexander 595
Kirkpatrick, Sir Ivone 261, 350, 399 ff., 419 f., 423, 427, 429, 431 f., 434, 436 f., 440 f., 447 f., 456, 459, 466, 472, 495, 509, 532, 581
Kleist-Schmenzin, Ewald von 332
Klieforth, A. W. 555
Knickerbocker, Red 174
Kordt, Erich 430 ff., 436, 440 f., 447, 456, 466, 469
Kordt, Theodor 430
Krock, Arthur 168

LaChambre, Guy 363, 498
Lamont, Thomas 278, 421
Landon, Alfred 75, 392
Lansbury, George 234
Laski, Harold 177, 220, 225
Laval, Pierre 220, 405, 514
Law, Richard 329, 358
Layton, Sir Walter 310, 533, 599
Leahy, William 155
Lebrun, Albert 527, 596

Le Corbusier 26
Leeper, Reginald 305, 309f., 314, 334, 357, 474, 531f.
Léger, Marie René 342, 349, 354, 603
LeHand, Missy 40f., 606
Lehman, Herbert 41, 44
Leith-Ross, Sir Fredrick 241, 274, 543
Lenin, Wladimir 61, 243
Leuchtenberg, William 50
Lewis, Sinclair 168
Lidell-Hart, Basil 484
Lindbergh, Charles 109, 363
Lindemann, Frederick 309
Lindsay, Sir, Ronald 137f., 154ff., 266, 282ff., 288f., 292, 294, 301, 306, 348f., 355, 358, 381, 481, 503, 569, 581, 592
Link, Werner 203
Lippmann, Walter 77, 167f., 575, 599
Lipski, Josef 521f., 524, 529
Litwinow, Maxim 120f., 123, 243, 352, 590
Lloyd George, David 100, 120, 183, 185ff., 194, 196, 217, 235, 243, 300, 373, 423
Lodge, Henry Cabot 65, 210
London, A. 453, 455
Long, Hugh 58
Lorant, Stephan 599
Lothian, Lord Philip 102, 243ff., 255f., 261, 316, 378, 420ff., 427, 430, 436, 461, 464
Lukasiewicz, Juliusz 415, 498ff., 517f., 520, 523, 518d., 589, 604f.

MacDonald, Ramsey 136, 151, 202, 212, 230ff.
Macmillan, Harold 329, 358
Mahan, Alfred Thayer 30, 33, 146, 564
Malkin, Sir William 477
Mallet, Victor 177, 377, 447, 450, 494
Mandel, Georges 349
Mander 178
Mann, Golo 78
Mann, Thomas 78, 177
Mao Tse-Tung 124
Marchandeau, Paul 343
Margerie, Roland de 448, 451
Marx, Karl 60
Masaryk, Jan 349
Mason-Macfarlane, Sir Frank 458, 471
Massey, Vincent 526
McCaby, Packy 36
McCormick 174
McKinley, William 32, 81, 95
Meinecke, Friedrich 66
Mendelssohn-Bartholdy, Felix 379
Mercer (Rutherford), Lucy 32
Messersmith, George 283, 403, 454, 549
Miller, Spencer 380f.
Moffat, Jean Pierrepont 283, 295, 336, 595, 602, 605
Moffet, James 64
Moley, Raymond 53f., 63, 132
Molotow, Wjatscheslaw 121, 590f.
Monick, Emmanuel 135, 344
Monnet, Jean 149, 364ff., 368, 393, 412, 414, 427
Monroe, James 94
Montoux, Etienne 186
Mooney, James 576
Morgenthau, Henry 59, 65, 70ff., 79, 133, 136, 152, 158, 164, 220, 225f., 236ff., 271ff., 277, 280, 283, 343ff., 347f., 353, 360, 366, 403, 411f., 414, 434, 549f., 594
Morrison, Shakespeare 521
Morton, Desmond 309
Müller, Hermann 187
Murphy, Charly 36
Murray, Edward 173f., 393, 419, 439
Mussolini, Benito 17, 84, 117, 123, 141f., 145, 159, 169f., 173, 204, 215ff., 223, 225, 234, 251, 254ff., 276, 278, 280, 283, 289ff., 301f., 304ff., 319, 322, 331, 359f., 373, 383, 405, 407f., 410f., 414, 423, 428f., 440, 448, 451, 453, 457, 472, 474, 496ff., 502f., 505, 510, 513f., 547, 559, 563, 570ff., 581, 585, 597, 600, 597, 605

Neurath, Konstantin Freiherr von 249, 253, 261
Newall, Sir Cyril 466
Newton, Sir Basil 350
Nicolson, Harold 172, 186ff., 350, 358, 372
Nixon, Richard 25
Noël, Léon 407, 523, 603

Noël-Baker, Philip 303, 310, 553
Nolte, Ernst 50
Norman, Montague 429, 598
Nye, Gerald 65, 84, 574

Ochs, Adolph 65
Offner, Arnold A. 388
Oster, Hans 430, 432
Osusky, Stefan 333, 350

Pacelli, Eugenio, s. a. Pius XII. 56, 574
Packard, Phoebe 174
Patijn 451f., 455, 476f.
Paul-Boncour, Joseph 333
Peabody, Endicott 29
Perkins, Francis 77
Pershing 53, 184
Perth, Lord 259, 467
Pétain, Philippe 236
Petibon 457
Phillipps 72, 117, 337
Phipps, Eric 86, 342, 356, 505, 546
Pilsudski, Joseph 406
Pittman, Key 132, 385, 524, 566
Piux XI. 574
Pius XII. 574
Poensgen, Ernst 555
Potocki, Jerzy Graf 391f., 412, 415, 441, 452
Puhl, Emil 545

Raczynski, Edward Graf 386, 547
Raskop, John 57
Reagan, Ronald 9, 25
Reed, John 120
Requin, F. 343
Reynaud, Paul 342, 412, 558f.
Ribbentrop, Joachim von 260, 265, 275, 294, 351, 378, 381, 405, 430, 452, 460, 474, 477, 495, 497, 501, 505, 508, 522, 524, 529, 531, 583, 591, 594
Roberts, Frank 448, 456
Rockefeller, John D. 44, 55
Roepke, Wilhelm 206
Roesser, Charly 64
Röhm, Ernst 350
Roosevelt, Eleanor 31f., 40, 73, 380
Roosevelt, James 26, 30, 35
Roosevelt, Jimmy (James) 44, 78
Roosevelt, Sara 27, 30f., 138
Roosevelt, Theodor 32f., 35f., 40f., 76, 95, 97ff., 115
Rosenman, Sam 83
Rothermere, Lord 309
Rublee, George 550
Runciman, Viscount Walter 138f., 331, 337
Russell, Bertrand 108

Saint-Quentin, René de 343
Sandys, Duncan 329, 358, 598
Sargent, Sir Orme 305, 314, 384, 436f., 505, 517
Sayer, Francis 145
Schacht, Hjalmar 130, 240f., 242, 244, 247, 274, 449, 545f., 555
Schairer, Reinhold 379f., 382, 435, 438, 474
Scheffer, Paul 447
Scheliha 522
Schlesinger, Arthur 82
Schmitt, Carl 101
Schurz, Carl 92
Schuschnigg, Kurt von 294
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf von 449, 509, 545
Sherwood, Robert 83
Shirer, William 173ff.
Simon, John 142, 151f., 234, 257f., 278, 344, 353, 372, 429, 532, 569
Simpson, Sarah 211
Sinclair, Archibald 234, 310, 337, 358, 360, 374
Smigly-Rydz, Edward 527
Smith, Adam 60
Smith, Alfred 44ff.
Solf, Frau von 399
Spears, Sir Edward 350
Spellman, Francis 56
Spinasse, Charles 275
Spring-Rice, Sir Cecil 422
Stalin, Josef 25, 62, 90, 92, 120f., 123, 124ff., 161, 165, 167, 240, 342, 356, 416f., 514, 522, 547, 584, 589f., 592, 595
Stanley, Oliver 339, 465, 515, 547, 553, 559

Steed, Wickham 281f., 310, 384
Steinhardt, Laurence 310, 592, 595, 604
Stimson, Henry 67, 104, 207, 257, 403
Strachey, John 225
Strawinsky, Igor 27
Strang, William 305, 314, 399, 448, 456f., 459, 477, 481, 495
Stresemann, Gustav 102, 202, 204
Sullivan, Mark 367
Sulzberger, Arthur 59, 65, 281, 421
Swanson 122
Swinderen, Baron van 386
Swinton, Lord 372
Swope, Gerald 55
Szembek, Jean 523
Szymanski, Antoni 510

Taft, Robert 403
Tatarescu, Georges 516
Taylor, Wayne 152, 403
Teagle, Walter 55
Tenenbaum, Joseph 554f.
teWater, Charles 526
Thomas, J. P. 305, 314
Thomas, Norman 250
Thompson, Dorothy 167f., 503
Thomsen, Hans 13f.
Thomson, David 212
Thomson, George 158
Thorez, Maurice 220
Thyssen, Fritz von 556
Tilea, Viorel 516f., 520
Tocqueville, Alexis de 92
Townsend 58
Troyanowski, Alexander 590
Truman, Harry S. 124
Tschiang Kai-shek 72, 251
Tugwell, Rexford 54

Untermeyer, Samuel 310

Vansittart, Sir Robert 306, 309f., 312, 314, 331, 349, 356, 379, 401, 448f., 459, 464f., 467f., 472, 504, 511, 515ff., 581
Varga, Getúlio 388
Victor Emmanuel, König von Italien 513, 594
Viktoria, Königin von England 30

Wagner, Richard 27
Walker, Elisha 56
Walker, Jimmy 47
Warburg, Felix 281
Warburg, James 64, 132
Washington, George 26
Watson, Thomas 55
Weber 471
Weizsäcker, Ernst Freiherr von 188, 430, 522
Welles, Sumner 29, 70, 74, 163, 169, 282f., 285ff., 335, 353f., 385, 477, 494, 503ff., 513, 525, 547, 594, 596, 606
Wester-Wemyses, Lord 147
Wheeler-Bennett, Sir John 304, 454f.
Wilhelm II., dt. Kaiser 30, 218
Wilkie, Randolph 75
Willert, Arthur 28, 118, 493, 568
Williams, W. A. 50
Wilson, Sir Horace 265, 278, 344, 350f., 358, 373, 465, 583
Wilson, Hugh 387, 605
Wilson, Russel 155, 333, 482
Wilson, Woodrow 13, 36f., 42, 45f., 54, 65f., 76, 81, 85, 89, 95, 97, 99, 120, 167, 185, 187, 191f., 194, 210, 234, 243, 272, 275, 284, 316, 601
Wineberg, Sidney 44
Winterton, Lord 353
Wohlthat, Helmut 576, 598
Wood, Kingsley 372, 476
Wooley, Mary E. 84

Young, Arthur 379f., 382f.., 429, 435, 438
Young, Owen D. 56, 200f., 380

## Bildnachweis

*Bilderdienst Süddeutscher Verlag:*
2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 15, 17, 18, 23, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 45, 49, 50, 51, 53, 56, 57, 58, 61

*Hulton Picture Library:*
45, 46

*Keystone:*
60

*Ullstein:*
13, 21, 22, 24

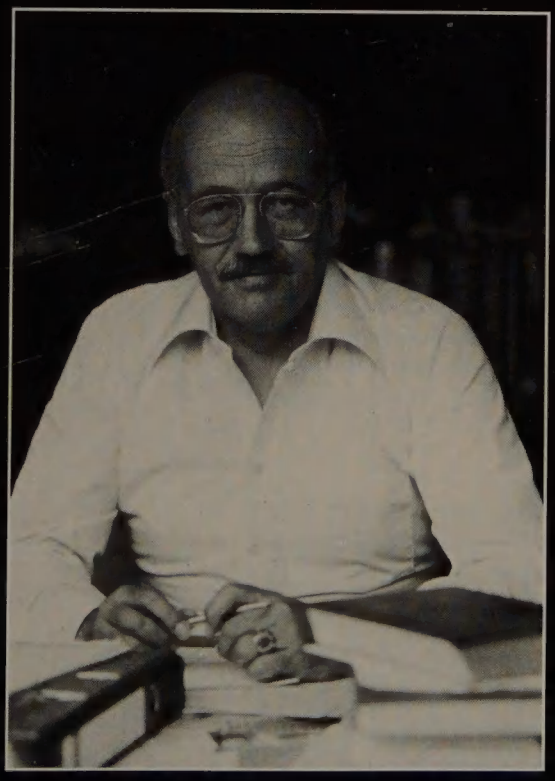
*Wide world:*
1

*Zeitgeschichtliches Archiv Heinrich Hoffmann:*
27, 36, 41, 52, 56, 62

DIE LAGE IN EUROPA 1.9.1939
Gebiet der »Achse Berlin-Rom und des Hitler-Stalin-Paktes
Gebietsgewinne der Achse vor Kriegsausbruch
Gebiet der Entente, ihrer Kolonien und Mandate
Garantiestaaten der Entente
Teilung Polens zwischen Deutschland und Rußland
NORW
NORDSEE
DÄNE
NORDIRLAND
IRLAND (EIRE)
GROSS BRITANNIEN
London
NIEDER-LANDE
Den Haag
Rhein
DEUTS
Brüssel
BELGIEN
Godesberg
Ärmelkanal
Seine
Paris
LUXEM-BURG
Loire
FRANKREICH
Berch
Bern
SCHWEIZ
Genf
Garonne
Ebro
Marseille
PORTUGAL
Tajo
Madrid
Lissabon
SPANIEN
Barcelona
Korsika
Valencia
Balearen
Mallorca
Sardinie
MITTELLANDISCHES
Gibraltar
NORDAFRIKA

FINNLAND
Helsinki
HWEDEN
Stockholm
ESTLAND
OSTSEE
LETTLAND
LITAUEN
Memelgebiet
Ost-
preußen
Danzig
Warschau
POLEN
Lemberg
TSCHECHOSLOWAKEI
Wien
Budapest
UNGARN
RUMÄNIEN
Bukarest
Donau
Belgrad
JUGOSLAWIEN
BULGARIEN
Sofia
ALBANIEN
GRIECHENLAND
Athen
Dardanellen
Konstantinopel
Ankara
TÜRKEI
Dodekanes
Kreta
Zypern
SYRIEN
SCHWARZES MEER
Krim
Ukraine
Dnjepr
Don
Wolga
Moskau
SOWJETUNION
MEER
Malta (brit.)

nis. Für ihn sind Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, der Niedergang der europäischen Kolonialmächte und letztlich auch der Kalte Krieg schicksalhaft verwoben mit dem Aufstieg der USA zur nuklearen Supermacht. Nicht zufällig hat man dieses Jahrhundert das »amerikanische Jahrhundert« genannt.
Die zentrale Figur dieses gewaltigen Geschehens, das Dirk Bavendamm vor dem Leser ausbreitet, war *Franklin Delano Roosevelt*. Er regierte sein Land länger und mit mehr Folgen für die ganze Menschheit als jeder andere Präsident. Unter ihm nahm die amerikanische Friedenspolitik jene Formen an, die auch heute noch kriegerische Konflikte auslösen könnten.



DER AUTOR

Dirk Bavendamm, Jahrgang 1938, ist promovierter Historiker und Journalist. Viele Jahre lang arbeitete er als Redakteur und Korrespondent für namhafte deutsche Tages- und Wochenzeitungen. Seit einigen Jahren lebt er als freier Autor für Presse, Funk und Fernsehen in der Nähe Hamburgs.

HERBIG

# Roosevelts Plan – Weltfrieden durch Weltkrieg?

An Hand bislang unveröffentlichter Dokumente der höchsten Geheimhaltungsstufe aus dem englischen Staatsarchiv erzählt dieses Buch die dramatische Geschichte der tschechoslowakischen Krise von 1938/39, die dazu führte, daß

- die Konferenz von München stattfand – Roosevelts größte Niederlage vor dem Krieg,
- Roosevelt und Morgenthau Frankreich nachrüsteten, und England und Polen zum Widerstand gegen Hitler ermutigten,
- England und Frankreich unter dem Patronat Roosevelts eine geheime Militärkonvention schlossen, und Holland und die Schweiz garantierten,
- England und Frankreich in einem zweiten Schritt unter amerikanischem Druck Polen garantierten, Deutschland einkreisten und Hitler dadurch vor letzte Entscheidungen stellten.

* P4-ALZ-289 *

087 01260